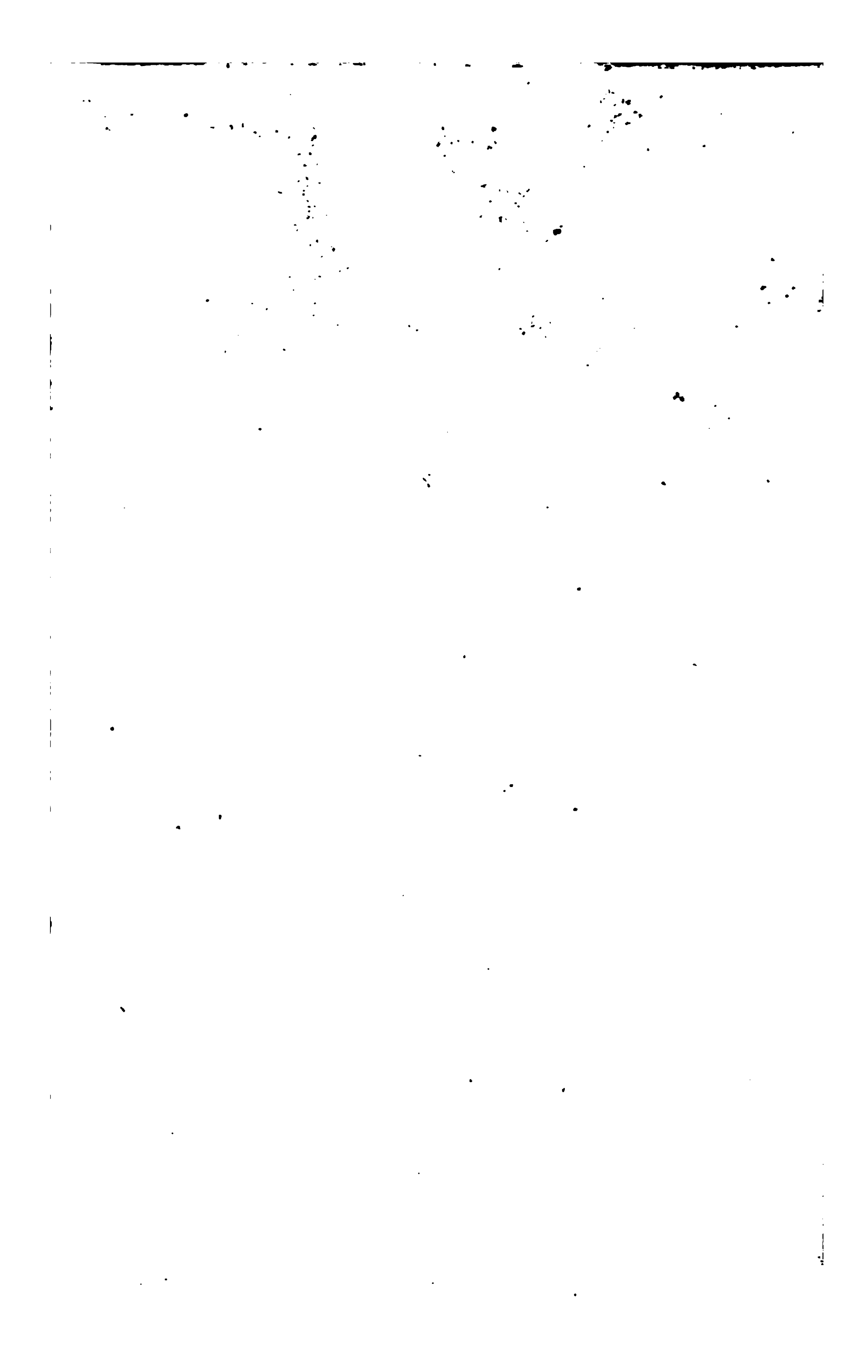
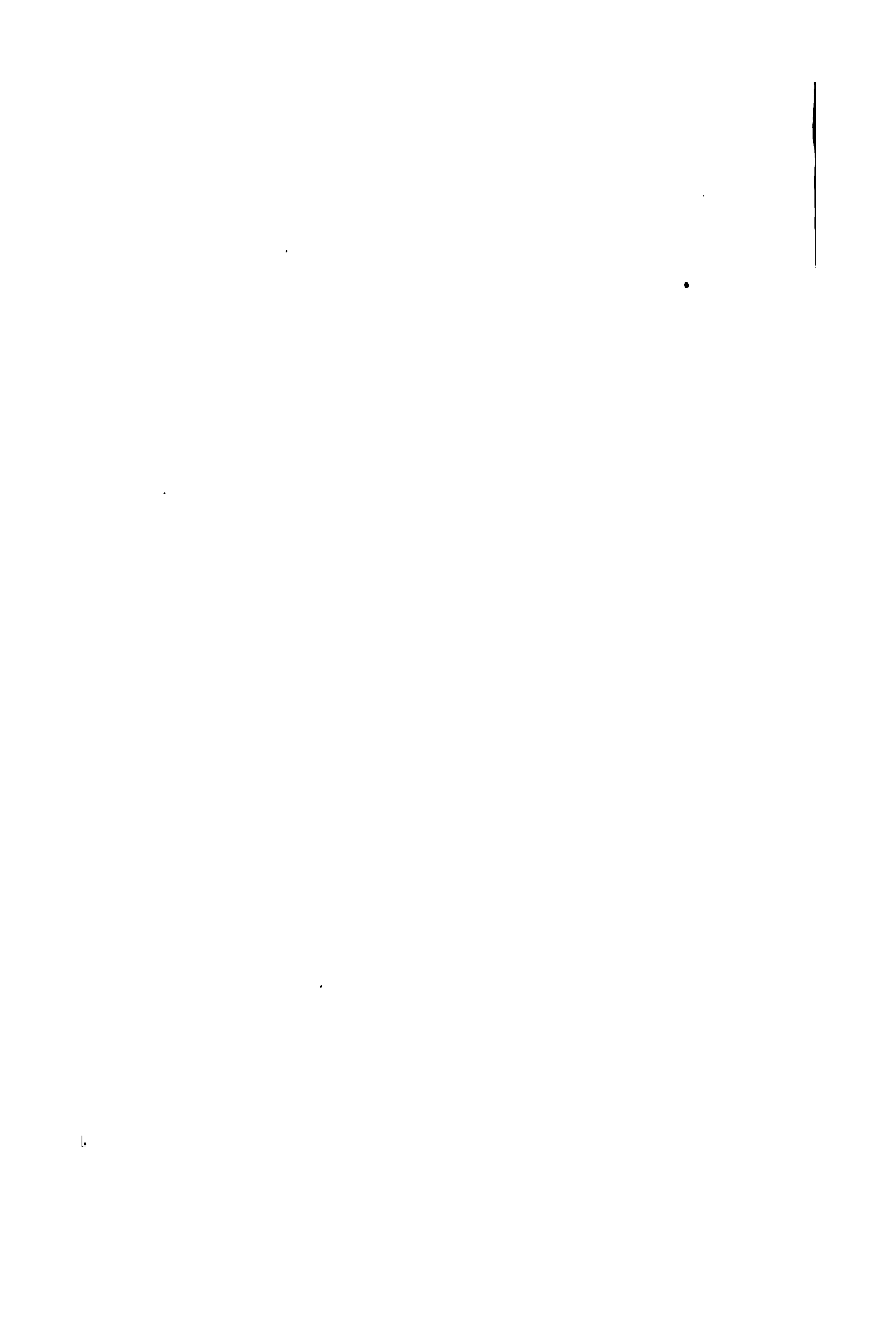






Fürst Bismarck.



Fürst Bismarck.

Sein politisches Leben und Wirken

urkundlich

in Thatsachen und des Fürsten eigenen Kundgebungen

dargestellt

von

Ludwig Hahn.

(Vollständige, pragmatisch geordnete Sammlung der Reden, Depeschen, Staatsschriften und politischen Briefe des Fürsten.)

Dritter Band

bis 1879.



Berlin.
Verlag von Wilhelm Hertz.
(Bessersche Buchhandlung.)
1881.

Vorrede.

Nach einer schweren Krankheit habe ich zunächst Gott zu danken, daß ich noch im Stande war, den vorliegenden Band dieses Werkes zu bearbeiten, — und um Entschuldigung zu bitten, wenn die Ausführung der Größe des Gegenstandes nicht überall entspricht.

Die vorliegende Fortsetzung des Buches giebt zunächst eine Uebersicht über den gesammten Verlauf der orientalischen Frage und der Einwirkung der deutschen Politik auf dieselbe bis zu deren Hervortreten zu mächtiger Bewährung in dem Berliner Kongreß. Es ist der höchste Triumph dieser Politik und der ihr zu Grunde liegenden aufrichtigen Friedensliebe, die höchste Anerkennung, die ihr zu Theil werden konnte, daß in einer Frage, die Deutschland am wenigsten unter den Mächten unmittelbar berührte, die uns nicht die Knochen eines Musketiers werth schien, doch des Fürsten Bismarck Wort einen so großen Einfluß übte, — daß die Rolle des „ehrlichen Maklers" auf allen Seiten so hohe und bereitwillige Aufnahme fand. Die orientalische Frage war übrigens einer der Anlässe, warum der Herausgeber wünschen mußte, diesen Band möglichst bald erscheinen zu lassen; denn die letzte Zeit hat zur Genüge erwiesen, daß eben die Beschlüsse des Kongresses von Berlin in jeder Beziehung die Grundlage bilden, auf welcher sämmtliche Mächte in der orientalischen Frage weitere Entwickelungen anzubahnen gedenken. Daß aber solche weitere Entwickelungen in naher Zeit zu erwarten sind, scheint jetzt unzweifelhaft, weniger um der englischen Politik willen, als in Folge der Verblendung der Pforte selbst, welche die Möglichkeit einer

Fortexistenz, die ihr der Berliner Vertrag darbot, vermessen aufs Spiel setzt. Angesichts dieser neuen Entwickelungen erschien es um so dringender, den Gesammtverlauf der früheren Phasen der orientalischen Frage, die Stellung der deutschen Politik in jeder derselben und besonders die Verhandlungen des Berliner Kongresses in Erinnerung zu rufen. Zu letzterem Zweck sind die Protokolle des Kongresses selbst, welche, zumal in ihrer vollständigen Gestalt, nur geringe Verbreitung gefunden haben, welche aber auf jeder Seite von dem großen und maaßgebenden Einfluß des Fürsten Bismarck zeugen, sowie die maaßgebenden Urtheile der Staatsmänner in allen Ländern über die Bedeutung der Berliner Abmachungen hier mitgetheilt.

Vielleicht wird es als ein Mangel empfunden werden, daß dieser Band bei den nächsten Erfolgen des Kongresses innehält und von der Kaiserbegegnung in Alexandrowo und von den durch den Besuch des Fürsten Bismarck in Wien eingeleiteten Beziehungen der deutschen Politik nichts enthält. Diese Beziehungen gehören aber überhaupt einem neuen Abschnitt der Politik an und es wird sich erst in Zukunft zeigen, inwieweit dieselben von thatsächlicher Wichtigkeit waren. Ueberdies sind aus dieser Phase der Bismarck'schen Politik Aktenstücke nicht in authentischer Weise bisher veröffentlicht worden, das vorliegende Werk konnte daher nach den für den Herausgeber maaßgebenden Grundsätzen auf dieselbe nicht näher eingehn. Deshalb mußte auch die neueste Entwickelung der orientalischen Frage, die Berliner Nach-Konferenzen und was sich daran knüpft, noch unerwähnt bleiben. Ebenso natürlich die weiteren Schritte der Bismarck'schen Politik seit dem Herbst 1879.

Dagegen erschien es nicht wohl thunlich, mit der Sammlung der offiziellen Thatsachen und Aeußerungen in Bezug auf den Sozialismus und auf die Grundlegung der neuen Wirthschaftspolitik in einem Werke, das nicht ausschließlich für die Zukunft bestimmt ist, länger zu warten.

Im Sinne des Fürsten Bismarck zumal sind die beiden Seiten der Sache, die Bekämpfung der Sozialdemokratie und der Aufbau der neuen Volkswirthschaft, nicht von einander zu trennen. Fürst Bismarck hat vor dem Ueberwuchern falscher sozialer Anschauungen und Bestrebungen in den Massen rechtzeitig gewarnt und die Autorität des Staates und der Gesetzgebung in vollem Maaße gegen diese geltend zu machen gesucht; aber er hat nie verkannt, daß die Gesellschaft vor Allem auch Pflichten den Massen gegenüber zu erfüllen habe, und bei der Wirthschaftspolitik, wie sie in ihrem Zusammenhange dem Geist des großen Staatsmanns vorschwebt, ist die Erfüllung jener Pflichten, die Berücksichtigung der Massen, einer der hauptsächlich leitenden Gesichtspunkte. Die Bekämpfung der Bourgeoispolitik (nicht des deutschen Bürgerthums, das im Parteiinteresse mit jener identifizirt oder vielmehr zusammengeworfen wird) war von Anfang an eine der Aufgaben seiner inneren Politik, und auch seine Beziehungen zu hervorragenden Sozialisten erklären sich sehr einfach durch jene Ueberzeugung von den positiven Pflichten der Gesellschaft.

Die neue Wirthschaftspolitik ist noch nicht nach allen Seiten ausgebaut, aber die Grundlegung derselben ist von solcher Bedeutung für unser öffentliches Leben, daß es nothwendig erschien, die maaßgebenden Aeußerungen Bismarck's in ihrem Zusammenhange schon jetzt zu reproduziren. Die neueren Phasen der Entwickelung der Wirthschaftspolitik, insbesondere der Eisenbahnpolitik, haben ohne ostensible Mitwirkung des Fürsten Bismarck stattgefunden und werden später nur im Zusammenhange der weiteren Schritte des Fürsten zu erwähnen sein. Die Verhandlungen über die Stellvertretung des Kanzlers u. s. w., besonders die betreffenden Reden des Fürsten Bismarck sind von dem höchsten Interesse für die innere Gestaltung des deutschen Reichs.

In Bezug auf die Wiederherstellung des kirchlichen Friedens und die dazu gethanen Schritte der preußischen Regierung lag in den betreffenden Depeschen, welche zum Theil vom Fürsten Bismarck

selbst herrühren, ein reiches Material auch aus dem letzten Jahre vor. Der Verfasser versagte es sich jedoch für jetzt, jenes Material mitzutheilen, um dasselbe künftig hoffentlich im Zusammenhange der wirklichen Erreichung des edlen Ziels zu benutzen.

In dem ersten Band dieses Werkes sind die politischen Reden des Fürsten Bismarck auch aus älterer Zeit mitgetheilt, aber nur die politischen, nicht auch die Reden über Specialgegenstände, wie die früheren Handwerker-Bestrebungen, die Aufhebung der Reallasten, die damaligen Rentenbanken und dergleichen. Mit Bezug auf die neueren Pläne des Fürsten sind jedoch in einem Anhange seine älteren Reden über die Handwerkerfrage und die Innungen nachgetragen.

Im Oktober 1880.

Ludwig Hahn.

Inhaltsverzeichniß.

Das deutsche Reich und die Orientkrisis bis zum Berliner Kongreß.

Die innere Politik 1878—1879.

Die Aera der Wirthschaftsreform.



Fürst Bismarck.

Sein politisches Leben und Wirken

urkundlich

in Thatsachen und des Fürsten eigenen Kundgebungen

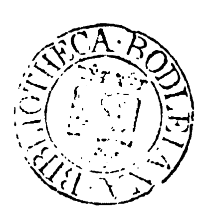
dargestellt

von

Ludwig Hahn.

(Vollständige, pragmatisch geordnete Sammlung der Reden, Depeschen, Staatsschriften und politischen Briefe des Fürsten.)

Dritter Band
bis 1879.



Berlin.
Verlag von Wilhelm Hertz.
(Besser'sche Buchhandlung.)
1881.



1. Der Ausbruch der Krisis.

1875. 29. October. Erklärung des russischen Regierungs-Anzeigers über die Vorgänge auf der Balkan-Halbinsel.

(Uebersetzung der Petersburger Zeitung.)

„Die wichtigen politischen Ereignisse, die sich zur Zeit auf der Balkan-Halbinsel vollziehen, haben Rußland nicht alleinstehend ereilt, sondern in Bündnissen, den europäischen Frieden aufrechtzuerhalten und zu befestigen. Fern allen eigennützigen politischen Absichten, auf gegenseitiges Vertrauen gegründet und durch die Zusammenkunft der Drei Kaiser besiegelt, tritt dieses Bündniß Europa gegenüber nicht als ein Schiedsrichter über seine Geschicke auf, sondern als ein Wahrer seiner Freiheit und Wächter seiner Ruhe.

Wenn es aber auch an diesen Bündnissen Theil nimmt, so hat Rußland ihm doch nicht die Sympathie zum Opfer gebracht, die es beständig für die unterdrückte christliche Bevölkerung der Türkei gehegt, und welche das gesammte christliche Europa mit ihm theilte und ohne Zweifel auch jetzt theilt. Die Opfer, die das russische Volk den Christen in der Türkei gebracht, sind so groß, daß sie Rußland das Recht geben, diese Sympathie auch jetzt vor dem Antlitz von ganz Europa zu dokumentiren. Durchdrungen von der früheren Sympathie für die christliche Bevölkerung der Balkan-Halbinsel und dem Bewußtsein der Gefahr, welche der Ruhe Europa's drohte, konnte das kaiserliche Cabinet jetzt, wie auch früher unter gleichen Verhältnissen, nicht ein gleichgiltiger und theilnahmloser Zuschauer der Ereignisse bleiben, die sich in der Herzegowina vollziehen, die Serbien und Montenegro in einen ungleichen Kampf zu verwickeln und einen Krieg zu entflammen drohten, dessen Grenze schwer vorauszusehen wäre. Das kaiserliche Cabinet erhob zuerst seine Stimme zum Schutz der bedrängten, durch übermäßige Steuern zum Aeußersten getriebenen Bevölkerung der Herzegowina und für die Aufrechterhaltung des Friedens, dessen Europa im Allgemeinen und die Türkei im Besonderen so sehr bedarf. Auf seine Anregung beeilten sich die verbündeten und von dem gleichen Wunsche, weiteren Conflicten in der Türkei vorzubeugen, geleiteten Regierungen von Deutschland und Oesterreich-Ungarn, ihm bei der Versöhnung der Pforte mit ihren aufständischen Unterthanen ihre Unterstützung zu leihen.

Die Regierungen von Frankreich, England und Italien theilten die Ansichten der nordischen Cabinette von der dem europäischen Frieden gefahrdrohenden Lage der Dinge in der Türkei und schlossen sich den Bemühungen derselben zur Erreichung des vorgesteckten Zieles an. Friedliebende Rathschläge, welche der Pforte von den Vertretern der Mächte in Konstantinopel ertheilt wurden, hatten zur Folge — zunächst die Entsendung einer Konsular-Kommission in die Herzegowina, welche

1875.

die Versöhnung der Insurgenten mit der Regierung anstreben sollte, und dann — die aus freien Stücken und zwangslos erfolgte Proklamirung eines Irade seitens Sr. Majestät des Sultans, welcher seinen christlichen Unterthanen bedeutende Steuererleichterungen, Gleichberechtigung mit den Muselmännern vor Gericht und bessere administrative Organisation zusagt.

Natürlich bezweifelt Niemand die Aufrichtigkeit des Wunsches seiner Majestät des Sultan, die gegenwärtige elende Lage seiner christlichen Unterthanen zu verbessern. Die Regierungen aller Großmächte nehmen das neue Irade als einen untrüglichen Beweis der beständigen Fürsorge des Sultan für das Wohl dieser Unterthanen mit Wohlwollen auf. Beispiele nicht ferner Vergangenheit aber, welche klar darthun, daß ähnliche Zusagen der europäischen Diplomatie zugestanden wurden, geben der öffentlichen Meinung Europas Anlaß, dem neuen Irade des Sultans nicht mit dem Vertrauen entgegenzukommen, das ihm als Ausdruck des Mitgefühls seiner Majestät für die bedrängte Lage seiner christlichen Unterthanen gebührte. Das Vertrauen dieses letztern aber zu derartigen Acten der Regierung ist in dem Grade erschüttert, daß es der Pforte schwer werden dürfte, dasselbe sogleich ohne freundschaftliche Mitwirkung der europäischen Cabinette wiederherzustellen. Und diese Mitwirkung werden die Cabinette ohne Zweifel der Pforte nicht versagen; ihrerseits wird auch die Pforte nicht ermangeln, diesen Cabinetten greifbare Beweise ihrer festen und unbeugsamen Entschlossenheit zu geben, die jetzigen feierlich übernommenen Verpflichtungen hinsichtlich der Christen zu erfüllen und somit der annormalen Lage, die Europa soviel Befürchtungen einflößt, eine Grenze zu setzen. Jedenfalls darf man sich versichert halten, daß der klägliche Stand der Dinge, wie er bis jetzt in der Türkei den Interessen der Pforte, ihrer Unterthanen und Europa's zum Schaden gereicht hat, ein Ende finden muß."

1876. 10. Mai. Note der Wiener Zeitung, betreffend die Aktion im Orient.

„Seit einiger Zeit sind in- und ausländische Blätter voll von Nachrichten, welche die öffentliche Meinung alarmiren und die Handelswelt in unerwarteter Weise beunruhigen. Aus totaler Unkenntniß der Verhältnisse, hie und da vielleicht in der Absicht, das Einvernehmen der drei Mächte zu stören, oder gar in der Tendenz, die Börsencurse zu drücken, werden eine Audienz, welche der russische Botschafter in Constantinopel bei Sr. Maj. dem Sultan gehabt, ein Besuch, den er dem Großvezier gemacht, zur Bedeutung von Ereignissen hinaufgeschraubt, welche für den europäischen Frieden bedrohliche Aspekten eröffnen sollen. Dem gegenüber dürfte es an der Zeit sein und wohl auch hinreichen, wenn auf Grund verläßlicher Kenntniß der Sachlage erklärt wird, daß seit Beginn der Aktion im Orient Rußland ebensowenig wie Oesterreich-Ungarn oder Deutschland, General Ignatieff ebensowenig wie Graf Zichy oder Baron Werther, sei es beim Sultan, sei es beim Großvezier, einen Schritt gethan haben, welcher nicht den gemeinsam festgestellten Instruktionen entsprochen und auch die Zustimmung der anderen Cabinette gefunden hätte."

17. Mai. Note des russischen Regierungs-Anzeigers, betreffend die Befürchtungen für den Frieden.

„Die in einem Theile der europäischen Presse anläßlich der gegenwärtigen Wirren in der Herzegowina laut gewordenen Befürchtungen finden weder in der allgemeinen politischen Situation Europa's, noch auch in dem besonderen Stande

der Dinge auf der Balkan-Halbinsel ihre Berechtigung. Noch niemals befand sich Europa in einer günstigeren Lage als jetzt, um erfolgreich und friedlich alle Schwierigkeiten zu beseitigen, welche seine Ruhe beeinflussen könnten. Drei mächtige Reiche des Nordens streben mit vereinter Kraft und unterstützt von den übrigen europäischen Regierungen danach, eine friedliche Lösung der in der Herzegowina eingetretenen Verwickelungen zu finden, und Niemand kann daran denken, den Frieden zu stören und sich in einen Gegensatz zu den allgemeinen friedliebenden Bestrebungen zu stellen. Und somit darf denn abermals positiv ausgesprochen werden, daß, so beklagenswerth die Verwickelungen auch sein mögen, die wir gegenwärtig haben, die vereinten Anstrengungen der drei Mächte mit Hülfe der übrigen europäischen Cabinette diesen Verwickelungen einen der jetzigen friedliebenden Stimmung entsprechenden Ausgang geben werden, und jedenfalls der Friede Europa's so sicher auf dem gegenseitigen Vertrauen und Einvernehmen der Großmächte ruht, daß für die Störung desselben durchaus keine Gefahr zu erblicken ist."

---

2. Oesterreichs und Deutschlands Politik in der orientalischen Frage.

Reformprogramm des Grafen Andrassy.

1875. 30. Dezember. Depesche des Grafen Andrassy an die Botschafter in London, Paris und Rom über das mit Deutschland und Rußland vereinbarte Reformprogramm.

(Auszug.)

Die Höfe von Oesterreich-Ungarn, Rußland und Deutschland haben sich vereinigt, um in Gemeinschaft ihre Bemühungen für die Beruhigung eintreten zu lassen. Dieses Ziel schien mit dem allgemeinen Wunsch zu sehr übereinzustimmen, als daß die anderen Kabinette nicht durch ihre Gesandten in Konstantinopel sich mit unseren Anstrengungen vereinigen sollten. Die Mächte haben in der That sich geeinigt, um all ihren Einfluß anzuwenden zu dem Ziel, den Conflict zu lokalisiren und alle Gefahren und Kalamitäten, die daraus entstehen können, zu vermindern, indem sie Serbien und Montenegro verhindern, an der Bewegung theilzunehmen. Die Kabinette waren bisher von dem Wunsch geleitet, alles zu vermeiden, was als vorzeitige Einmischung Europas gedeutet werden könnte. In diesem Ideengang haben alle Kabinette der Regierung des Sultans gerathen, sich nicht auf die militärischen Maßregeln zu beschränken, sondern sich zu bemühen, das Uebel durch moralische Mittel zu bekämpfen. —

Ein Zustand, welcher die gemeinsame Existenz der Bevölkerung, die sich mit so viel Erbitterung bekämpft hat, möglich mache, werde nur gesichert erscheinen, wenn die christliche Religion rechtlich und thatsächlich vollständig mit dem Islam gleichgestellt werde. —

Dies ist die feste Ueberzeugung Oesterreichs, Rußlands und Deutschlands.

1876. Februar. Friedensversuche gegenüber der Türkei.

(Provinzial-Correspondenz vom 9. Februar.)

„Die europäischen Ländergebiete der Türkei, in welchen die christliche Bevölkerung vorwiegt, befinden sich seit geraumer Zeit in einem Zustande fortwährender Gährung. Die Christen führen lebhafte Klage über mangelhafte Rechtspflege, über Mißbräuche in der Verwaltung und schwere Steuerlasten, deren Druck durch

Willkür bei der Erhebung zur Unerträglichkeit gesteigert wird. Von Zeit zu Zeit führt die Unzufriedenheit zu Versuchen gewaltsamer Auflehnung, die dann meist durch Waffengewalt für kurze Zeit unterdrückt werden, um bald an anderer Stelle wieder hervorzubrechen. Ein solcher Ausbruch hat im vorigen Jahre wieder in der Herzegowina stattgefunden und schnell an Kraft und Umfang gewonnen, so daß auch die stammverwandten Bevölkerungen der benachbarten Gebiete in lebhafte Aufregung geriethen.

Seit dem Beginn der jetzigen Unruhen in der Herzegowina hatten die europäischen Regierungen im Interesse der Erhaltung des allgemeinen Friedens ihre Blicke auf die dortigen Ereignisse gerichtet. Die drei Kaiserlichen Höfe von Oesterreich-Ungarn, Rußland und Deutschland zunächst hatten sich zu gemeinsamen Bemühungen Behufs Friedensstiftung vereinigt, und auf ihre Aufforderung hatten die anderen Kabinette durch ihre Vertreter in Konstantinopel jene Bemühungen unterstützt. Die gemeinsamen Bestrebungen waren dahin gerichtet, den Kampf auf das bisherige Gebiet zu begrenzen, sowie die Gefahren und das Elend desselben zu vermindern, besonders indem Serbien und Montenegro von der Betheiligung an der Bewegung zurückgehalten wurden.

Bei ihrem Verhalten haben sich die Mächte seither vornehmlich von dem Wunsche leiten lassen, Alles zu vermeiden, was als eine verfrühete Einmischung Europas angesehen werden könnte; deßhalb haben sie sich darauf beschränkt, der Regierung des Sultans den Rath zu geben, sich nicht an bloße militärische Maßregeln zu halten, sondern das Uebel durch moralische Mittel zu bekämpfen, welche zukünftigen Ruhestörungen vorzubeugen vermöchten.

Die Kabinette gedachten somit, der Pforte die moralische Unterstützung, deren sie bedurfte, zu leisten und außerdem die Zeit zur Beruhigung der Gemüther in den aufständischen Provinzen zu gewähren, indem sie sich der Hoffnung hingaben, daß hierdurch jede Gefahr einer weiteren Verwickelung beseitigt werde.

Leider sind ihre Hoffnungen getäuscht worden. Einerseits scheinen die von der Pforte veröffentlichten Reformen nicht die Beschwichtigung des Volkes in den aufständischen Provinzen ins Auge gefaßt zu haben und auch nicht zur Erreichung des wesentlichen Zweckes zu genügen; andererseits ist es den türkischen Waffen nicht geglückt, dem Aufstande ein Ziel zu setzen.

Unter diesen Umständen hielten die Mächte den Augenblick für gekommen, sich über gemeinsame Schritte zu einigen, durch welche sie verhindern könnten, daß die Bewegung durch längere Fortdauer schließlich den Frieden Europas gefährde. Denn die anarchischen Zustände, welche die nordwestlichen Provinzen der Türkei verwüsten, haben nicht nur Schwierigkeiten für die Pforte im Gefolge; es liegt in ihnen auch eine große Gefahr für den allgemeinen Frieden, und die verschiedenen Staaten Europas können nicht mit Gleichgültigkeit einen Zustand sich stets wiederholen und verschlimmern sehen, der schon jetzt schwer auf Handel und Industrie lastet und der, mit jedem Tage mehr das Vertrauen des Publikums in die Erhaltung des Friedens erschütternd, stets höhere und wichtigere Interessen in Frage stellt.

Die Kabinette von Wien, Petersburg und Berlin haben deßhalb in Folge eines vorgängigen vertraulichen Ideenaustausches der ernstlichen Erwägung der europäischen Garantiemächte die Nothwendigkeit vorgestellt, der hohen Pforte anzuempfehlen, ihr Programm durch solche Maßregeln zu vervollständigen, die unabwendbar erscheinen, um in den augenblicklich durch die Geißel des Bürgerkrieges verwüsteten Provinzen Friede und Ordnung wiederherzustellen.

In einer auf jenen vertraulichen Vorverhandlungen beruhenden Denkschrift hat die österreichisch-ungarische Regierung die nothwendigen Maßregeln näher dargelegt und schließlich dahin zusammengefaßt: Die volle und unverkürzte Religionsfreiheit; die Abschaffung der Verpachtung der Steuern; ein Gesetz, welches verbürgt, daß der Ertrag der directen Steuern von Bosnien und der Herzegowina zum Besten der Provinz selbst verwendet werde; die Einsetzung eines besonderen Ausschusses, der in gleicher Anzahl von Muselmännern und Christen besteht, um

die Ausführung der von den Mächten vorgeschlagenen Reformen zu überwachen'; endlich die Verbesserung der wirthschaftlichen Lage der Landbevölkerung.

Auf den von Rußland und Deutschland unterstützten Vorschlag der österreichischen Regierung haben sich in der That die europäischen Mächte vereinigt, durch eine Kundgebung im obigen Sinne den ausdrücklichen Willen darzulegen, der Bewegung, welche den Orient zu überfluthen droht, Einhalt zu thun. Zu diesem Zweck sollte von der Regierung des Sultans zunächst eine amtliche Erklärung verlangt werden, durch welche die früher in Aussicht gestellten Reformen bestätigt und die Annahme der oben erwähnten Punkte behufs Beruhigung der aufständischen Provinzen ausgesprochen wird.

Nachdem die sämmtlichen Mächte, nämlich außer den drei Kaiserstaaten auch England, Frankreich und Italien, sich über diesen Weg verständigt hatten, ist am 31. Januar eine Note der österreichisch-ungarischen Regierung des erwähnten Inhalts in Konstantinopel übergeben worden, und die Vertreter der übrigen Mächte haben die Vorstellungen Oesterreichs einmüthig unterstützt.

Der gewichtige Schritt hat eine unmittelbare Wirkung bei der Pforte nicht verfehlt. Die Regierung des Sultans hat den Mächten folgende Erklärung gegeben:

„In Folge der Besprechungen, welche zwischen der Pforte und den Botschaftern der drei Nordmächte bezüglich der Beschwichtigung des Aufstandes in der Herzegowina stattgefunden haben, hat die Regierung beschlossen, den aufständischen Distrikten die in den 5 Punkten der Note des Grafen Andrassy erwähnten Reformen zu gewähren."

6. Mai. Ermordung des preußischen und des französischen Konsuls in Salonichi.

11.—13. Mai. Besuch Kaiser Alexanders in Berlin.

Konferenzen zwischen Fürst Bismarck, Fürst Gortschakoff und Graf Andrassy.

Der englische Botschafter Lord Russell an den Auswärtigen Minister, 5. Mai:

Der Czar und die Kaiser von Oesterreich und Deutschland sind übereingekommen, daß ihre Minister sich vereinigen sollen, um über die Mittel zur Beruhigung des Aufstandes in der Herzegowina zu berathen. Fürst Bismarck hat auf Befehl des Kaisers den Grafen Andrassy eingeladen, nach Berlin zu kommen, wie dies Fürst Gortschakoff schon in voriger Woche gethan hat; Graf Andrassy hat seine Ankunft auf nächsten Dienstag (9.) angekündigt. Auf meine Anfrage sagt nun Herr von Bülow, daß die Andrassy'sche Note die Grundlage der angestrebten Friedensstiftung sein solle. Doch werde es von der bevorstehenden Besprechung abhängen, in welcher Weise Fürst Gortschakoff und Graf Andrassy eine praktische Ausgleichung zwischen den Aufständischen und der Pforte herbeiführen zu können glaube. Die deutsche Regierung, die an der in Rede stehenden Friedensstiftung nicht unmittelbar betheiligt sei, werde bereit sein, ihre moralische Unterstützung jeder friedlichen Lösung zu gewähren, über welche sich ihre russischen und österreichischen Verbündeten verständigen.

Zu den Berliner Konferenzen.

„Provinzial-Correspondenz" vom 11. Mai.

„Wiederum führt das Frühjahr den Kaiser Alexander von Rußland zu kurzem Besuche an den Hof unseres Kaisers. Es bedarf nicht vieler Worte, um von Neuem den wahrhaft herzlichen Gefühlen Ausdruck zu geben, mit welchem die Wiederkehr des erhabenen und verehrten Gastes von unserm Kaiserhause und

nicht minder im preußischen und deutschen Volke begrüßt wird, — um die segensreiche Bedeutung zu betonen, welche die innige Gemeinschaft der beiden Monarchen und ihrer Regierungen von Jahr zu Jahr in höherem Maße für die europäische Politik gewonnen hat. Das Bewußtsein dieser Bedeutung ist wie in unserem Volke so in ganz Europa lebendig und durch den Gang der Thatsachen fort und fort gestärkt worden: es gehört zu den höchsten Errungenschaften der politischen Entwickelung der jüngsten Jahre, daß das auf den Frieden und die Wohlfahrt der Völker gerichtete Streben der Politik, welche in der Einigkeit der beiden Kaiser ihren ersten Ausgangspunkt hatte und welcher der Kaiser von Oesterreich sich in gleicher Ueberzeugung anschloß, immer entschiedener auch das allgemeine Vertrauen der Völker gewonnen hat, und daß jede erneute Begegnung der Fürsten und ihrer Staatsmänner, im Gegensatze zu den Erfahrungen anderer Zeiten, von vorn herein als eine neue Bürgschaft friedlicher Bestrebungen und Gestaltungen begrüßt wird.

Die Kraft der Drei-Kaiser-Politik hat sich gerade in der letzten Zeit, gegenüber den Schwierigkeiten, welche durch die Vorgänge in der Türkei hervorgerufen worden sind, auf's Neue erfolgreich bewährt: so groß die Verschiedenheit der Gesichtspunkte und Interessen der einzelnen Mächte in Bezug auf die angeregten Fragen an und für sich ist, so hat doch die aufrichtige Gemeinschaft friedlichen Wollens und Strebens, welche von dem Drei-Kaiserbund ausgehend mehr und mehr alle europäischen Großstaaten verknüpft hat, zu einer Verständigung über eine friedliche Einwirkung geführt, durch welche eine Beilegung der Bewegung in den aufständischen Provinzen der Türkei versucht und die Ausdehnung derselben auf die Nachbarstaaten verhindert werden sollte.

Nachdem die ersten Schritte den gehofften Erfolg nicht haben erreichen lassen, wird es nunmehr die weitere Aufgabe der gemeinsamen europäischen Friedenspolitik sein, die Mittel und Wege in Betracht zu ziehen, um den kundgegebenen Absichten Nachdruck zu verleihen.

Wie nun die feste Verbindung der drei Kaiser bisher den Mittelpunkt der europäischen Verständigung gebildet hat, so bietet die neue Zusammenkunft der Kaiser von Rußland und von Deutschland die naturgemäße Gelegenheit zu weiterer vertraulicher Besprechung der fernerhin einzuschlagenden Wege zu dem gemeinsamen Ziel.

In der Stellung der einzelnen Mächte zu den türkischen Angelegenheiten aber ist es begründet, daß in dieser Frage vor Allem das Einvernehmen zwischen Rußland und Oesterreich die Grundlage aller Entschließungen bildet, die Aufgabe der deutschen Politik aber wesentlich darin besteht, dieses Einvernehmen unter Berücksichtigung der allgemeinen europäischen Verhältnisse auf jede Weise zu fördern. So war denn die unmittelbare Theilnahme Oesterreichs an den erneuten vertraulichen Besprechungen gerade jetzt besonders erwünscht, und in der Anwesenheit des österreichischen Ministers Grafen Andrassy wird man ein neues Anzeichen sehen, daß die Beziehungen zwischen den drei Kaiserreichen, welche seit fünf Jahren den festen Grund der europäischen Friedenspolitik bilden, in voller Kraft fortbestehen und auch unter den jetzigen Schwierigkeiten eine Bürgschaft friedlichen Wollens und Strebens gewähren."

3. Phase des Berliner Memorandum.

1876. Aufstand in Bulgarien.

13. Mai. Berliner Memorandum.

(Auszug.)

— — Die beunruhigenden Nachrichten, welche fort und fort aus der Türkei einlaufen, begründen hinreichend den Wunsch der Mächte, ihr Einvernehmen noch fester zu knüpfen. Die drei kaiserlichen Höfe erachten sich für berufen, nach gemeinsamem Uebereinkommen unter der Mithülfe der übrigen christlichen Mächte, den Gefahren, welche diese politische Lage im Gefolge haben könnte, zu steuern. Nach der Meinung der drei Kaisermächte erfordert die zeitweilige Lage der Türkei eine doppelte Reihe von Maßregeln; zuvörderst erscheint es als eine dringende Pflicht Europas, ähnlichen Vorkommnissen, wie sie sich in Salonichi ereignet haben und wie sie in jüngster Zeit auch in Smyrna und Konstantinopel auszubrechen drohten, vorzubeugen. Zu diesem Ende müßten die Großmächte sich über die nöthigen Schritte verständigen, um allenthalben, wo Leben und Eigenthum ihrer Bürger oder auch der christlichen Unterthanen der Türkei gefährdet erscheint, zum Schutze derselben handelnd aufzutreten. Dieser Zweck würde durch die Entsendung von Kriegsschiffen nach den bedrohten Punkten und durch die gemeinsame Ausgabe solcher Weisungen an die Schiffsbefehlshaber erreicht werden, welche dahin zielen würden, im Nothfalle ein gemeinsames bewaffnetes Vorgehen zur Aufrechterhaltung der Ordnung und der Ruhe zu ermöglichen. Trotzdem wird dieses Ziel nur unvollkommen erreicht werden können, so lange nicht der Ausgangspunkt aller Unruhen mit der Beruhigung Bosniens und der Herzegowina erstickt ist. Dieser Gedanke war die Ursache, welche die Großmächte zur Absendung der Depesche vom 30. Dezember veranlaßte, in welcher, ohne den politischen Status quo anzutasten, eine Verbesserung der Lage der Herzegowiner und Bosniaken von der Pforte verlangt wurde. Die Pforte erwiderte auf jene Rathschläge der Mächte, daß sie fest entschlossen sei, die geforderten Reformen durchzuführen. Daraus ergab sich nun die moralische Pflicht für die christlichen Staaten Europas, die Ausführung dieser Versprechungen zu überwachen und energisch darauf zu bestehen, daß auch die Aufständischen und Flüchtlinge durch Aufgeben des Kampfes, beziehentlich Rückkehr in ihre Heimath das Friedens-

werk unterstützten. Dieses Programm, obzwar von allen Parteien angenommen, hat indessen im Verlauf seiner Durchführung ein doppeltes Fiasco erlitten. Die Aufständischen glaubten nach den Erfahrungen der Vergangenheit, sich nicht ohne positive Schutzmaßregeln der Mächte an die Pforte ausliefern zu dürfen, und letztere erklärte ihrerseits, daß die Durchführung einer politischen und wirthschaftlichen Neugestaltung des Landes unmöglich sei, so lange aufrührerische Haufen die Provinzen durchstreiften und die Flüchtlinge sich nicht zur Rückkehr in die Heimath entschließen könnten. Inzwischen sind die Feindseligkeiten aufs Neue ausgebrochen und die Aufregung, welche der nunmehr schon achtmonatliche Kampf im Gefolge hatte, hat sich bereits auch anderen Provinzen der Türkei mitgetheilt. Die muselmännische Bevölkerung mußte daraus schließen, daß die Pforte nur nothgedrungen in Folge der eindringlichen Vorstellungen der Mächte jene Reformen verheißen habe, in Wahrheit aber durchaus nicht geneigt sei, dieselben in Wirksamkeit treten zu lassen. Hieraus ergab sich eine Erregung der politischen Leidenschaften, welche die traurigen Begebnisse von Salonichi im Gefolge hatte, demnächst auch an anderen Orten der Türkei die Leidenschaften entflammte und zweifellos nicht wenig die Haltung Bosniens und der Herzegowina beeinflußte. Es ist ganz natürlich, daß die Christen der aufständigen Provinzen Bedenken tragen, sich dem durch einen hartnäckigen Kampf erbitterten Feinde gutwillig auszuliefern, nachdem sie gesehen haben, wie man in einer friedlichen Stadt am hellen lichten Tage unter den Augen der ohnmächtigen Behörde selbst die Vertreter zweier auswärtigen Nationen ums Leben brachte. Wenn diese Lage länger fortdauerte, so würde man in dem gesammten Umkreis des türkischen Reiches den Aufruhr entbrennen sehen und die guten Absichten der europäischen Mächte würden wieder vollständig vereitelt werden. Es ist demgemäß eine Sache der äußersten Nothwendigkeit, gewisse Garantien festzustellen, welche die Ausführung der von der Pforte verheißenen Reformen zu sichern geeignet sind.

Der erste Schritt in dieser Hinsicht würde der sein, daß die verbündeten Mächte mit der ganzen Autorität, welche der einstimmigen Forderung Europas innewohnt, darauf bestehen, daß ein zweimonatlicher Waffenstillstand in's Werk trete. Dieser Waffenstillstand würde zweierlei Zwecken dienen, einmal könnte man innerhalb dieser Zeit auf die Aufständischen in dem Sinne der Niederlegung der Waffen, auf die Flüchtlinge in dem Sinne der Rückkehr in die Heimath wirken, und andererseits würde die Pforte Zeit haben, zu zeigen, daß es ihr mit der Durchführung der verheißenen Reformen Ernst sei. Schließlich könnte dieser Waffenstillstand auch eine directe Verständigung zwischen der Pforte und den Vertretern der Aufständischen auf Grundlage der von letzteren ausgesprochenen Wünsche anbahnen. Diese Ausgangspunkte der zu eröffnenden Verhandlungen würden folgende sein: 1. Die Materialien zum Wiederaufbau ihrer Häuser und Kirchen werden den zurückkehrenden Aufständischen von der Pforte geliefert werden, ebenso die nöthigen Lebensmittel, bis die Aufständischen wieder im Stande sein würden, sich dieselben durch eigene Arbeit zu beschaffen. 2. Ueber die Vertheilung dieser Subsistenzmittel wie über die Durchführung der Reformen würde der türkische Commissar sich mit der in der Depesche vom 30. Dezember erwähnten gemischten Commission zu verständigen haben, einer Commission,

1876.

die unter dem Vorsitze eines christlichen Herzegowiners nach dem Maßstab der Kopfzahl Vertreter der beiden Religionen vereinigen und sofort nach Beginn des Waffenstillstandes in's Leben treten würde. 3. Um jeden blutigen Zusammenstoß hinfürder zu vermeiden, würde in Konstantinopel der freundschaftliche Rathschlag gegeben werden, die türkischen Streitkräfte, bis die Aufregung der Gemüther sich gelegt habe, an gewissen, näher zu vereinbarenden Punkten zusammenzuziehen. 4. Die Christen würden gleicher Weise wie die Muselmänner in Waffen bleiben. 5. Die Consuln und Vertreter der Mächte würden die Durchführung der Reformen im Allgemeinen und die Rückkehr der Flüchtlinge im Besonderen überwachen. Wenn der dringende und wohlgemeinte Wunsch der Mächte zu Gunsten des Waffenstillstandes eine Verständigung in diesem Sinne, die Rückkehr der Flüchtlinge und die Wahl einer gemischten Commission im Gefolge haben sollte, so würde ein wesentlicher Schritt zur Beruhigung der aufständischen Provinzen geschehen sein. Sollte aber die Frist des Waffenstillstandes verlaufen, ohne daß ein solches Ergebniß erzielt worden wäre, so würden die drei kaiserlichen Höfe nach gemeinsamer Verständigung ihrem diplomatischen Vorgehen wirksamere Maßregeln hinzuzufügen haben, wie sie im Interesse des Allgemeinen und zur Vermeidung des Weitergreifens der Empörung geboten erscheinen."

13. Mai. Mittheilung des Berliner Memorandums an die übrigen Großmächte.

Lord Russel an den ausw. Minister:

„Ich erhielt heute ein Schreiben des Fürsten Bismarck, worin er mich bat, mit den Botschaftern von Frankreich und Italien heute bei ihm mit den Kanzlern von Rußland und Oesterreich zusammenzukommen. Ich folgte der Aufforderung und fand, daß auch Herr von Bülow und Baron Janini zugezogen waren. Nach einigen einleitenden Worten des Fürsten Bismarck sprachen Fürst Gortschakoff und Graf Andrassy, indem sie ihr herzliches Einverständniß versicherten, die aufrichtige Hoffnung und den dringenden Wunsch aus, daß England, Frankreich und Italien, welche dem Versuche der Friedensstiftung in der Herzegowina ihre moralische Unterstützung geliehen, auch genöthigt sein würden, die weiteren Versuche eines Einverständnisses gegenüber den besorglichen Zuständen in der Türkei zu unterstützen. Baron Janini wurde sodann aufgefordert, uns das beifolgende Dokument vorzulesen, in welchem die Vorschläge enthalten sind, für welche sie die Unterstützung der übrigen Mächte erbitten. Indem ich dies Schriftstück entgegen nahm, sagte ich, daß ich dasselbe in Ermangelung von Instruktionen ad referendum nehmen müßte. Fürst Gortschakoff bemerkte, daß er und Graf Andrassy bis Montag in Berlin blieben und hofften, daß die Regierungen von England, Frankreich und Italien bis dahin im Stande sein würden, eine telegraphische Erklärung über die Vorschläge abzugeben."

13. Mai. Der französische Botschafter in Berlin Vicomte von Gontaud-Biron an den Minister Decazes.

„Ich komme soeben von der Versammlung bei dem Fürsten Reichskanzler: Fürst Gortschakoff und Graf Andrassy befanden sich daselbst und ebenso meine Kollegen von England und Italien. Fürst Bismarck und Fürst Gortschakoff legten uns den Gegenstand der Versammlung dar: die Vertreter der drei nordischen Kaiserreiche hatten sich vereinigt, um sich über ein neues Programm zu verständigen, das einerseits durch das Ungenügende der bisher erreichten Erfolge nöthig

geworden ist, andererseits durch die Ereignisse in Salonichi und durch die in einem Theil der Türkei hervortretende Erregung. Sie sind dahin gelangt, in einem Promemoria die hauptsächlichen Punkte festzustellen, welche nach ihrer Auffassung dazu dienen können, eine friedliche Beilegung herbeizuführen. Fürst Gortschakoff legte das größte Gewicht auf die Erwägung, daß bisher keine der von der Pforte zugesagten Reformen ausgeführt worden sei. Er fügte hinzu, daß das Ziel, welches für die drei Kaisermächte unverändert dasselbe sei, nämlich die Erhaltung der Integrität des türkischen Reiches, aber mit ernstlichen Verbesserungen, mit einem Wort: „der verbesserte status quo", er rief das Zeugniß seiner Kollegen von Deutschland und Oesterreich an, daß zwischen ihnen ein absolutes Einverständniß über das zu erreichende Ziel und über die in der neuen Note zu behandelnden Punkte herrsche. Er sagte sodann, daß die Mitwirkung der übrigen christlichen Mächte wünschenswerth sei und von den Kaisermächten in hohem Maße gewürdigt werde, und daß diese Werth darauf gelegt hätten, daß kein Tag vergehe zwischen der Redaction der neuen Note und der Mittheilung derselben, welche hiermit geschehen solle. Zwei bis drei Mal ist der Fürst auf die Wichtigkeit der Uebereinstimmung und Mitwirkung der Mächte, die wir repräsentiren, zurückgekommen.

Nach dieser Auseinandersetzung las Baron Janini die zwischen den drei Mächten vereinbarte Note vor, und wir wurden nach unserer Meinung darüber gefragt.

Der Botschafter Englands sagte, daß er ohne Instruktion sich der Note nur **ad referendum** nehmen könne, er werde seinen Hof unverweilt davon in Kenntniß setzen. Auf die Bemerkung des Fürsten Gortschakoff, daß er nach der ihm zugegangenen Mittheilung Grund habe, auf die Zustimmung Lord Derby's zu rechnen, erwidert Lord Russel, er nehme in der That an, daß dieselbe erfolgen werde. Ich sagte an meinem Theil, daß ich über die im voraus nicht gekannten Punkte keine bestimmten Instruktionen haben könne, aber ich glaubte die Absichten meiner Regierung genau genug zu kennen, um anzunehmen, daß dieselbe die Absicht im Allgemeinen billigen würde, vorbehaltlich der Prüfung im Einzelnen. Der italienische Botschafter erging sich aber ausführlicher, sprach jedoch in demselben Sinne wie ich. Die drei Minister, welche bis Montag Abend hier versammelt bleiben, drängten uns, ihnen die Antwort bald zu geben, und wir machten uns verbindlich, sie so rasch wie möglich zu geben. Ich bitte deshalb, mir Ihren Bescheid bis morgen Vormittag zugehen zu lassen."

14. Mai. Frankreich und Italien treten dem Memorandum bei.

18. Mai. Erklärung des Grafen Andrassy über die Politik der Kaisermächte (im Budgetausschusse der Reichsrathsdelegation).

„Das im vorigen Jahre dargelegte Ziel der Politik der Regierung ist gewesen: die Erhaltung des allgemeinen Friedens, die Verhinderung von Verwickelungen innerhalb des türkischen Reichs und der Nachbarländer und die Erreichung geeigneter Zugeständnisse, um Bürgschaften zu bieten gegen die Wiederholung der in den aufständischen türkischen Provinzen eingetretenen Eventualitäten. Er könne heute bezüglich des ersten und zweiten Punktes konstatiren, der europäische Friede sei thatsächlich gesichert, soweit menschliche Voraussicht reichte, die Theilnahme von Serbien und Montenegro an der Insurrektion sei verhindert, und die vorgeschlagenen Reformen sollen die Garantien für die Ordnung der Wirren bieten. Die Reformen sind allerdings noch nicht ins Leben getreten, aber sie sind von der Pforte und von ganz Europa angenommen und von den Insurgenten nicht zurückgewiesen. Ihre Durchführung hänge nicht allein von den Mächten ab,

gegenwärtig sei man bereits in das Stadium der Durchführung derselben eingetreten.

Der Minister hält es für seine Pflicht, in erster Linie vor der weitverbreiteten Schwarzseherei zu warnen. Früher habe man ebenso gemeint, die drei Mächte würden sich nie vereinigen können; es sei gelungen. Man glaubte allgemein, es würden die übrigen Mächte den Reformvorschlägen nicht zustimmen; auch dies sei gelungen. Man meinte, die Türkei werde die Reformvorschläge nicht annehmen; sie habe sie angenommen.

Das Resultat der Berliner Konferenzen sei zunächst die vollständige Einigung der Mächte über die Ziele und über die nach Maßgabe der gegenwärtigen Verhältnisse anzuwendenden Mittel. Das Verhältniß der drei Mächte sei ein inniges, vertrauensvolles geworden. Frankreich und Italien haben den getroffenen Vereinbarungen zugestimmt, und nur die Zustimmung Englands sei noch ausstehend. Der Minister glaubt aber mit aller Entschiedenheit, daß England, sobald es die Pacifications-Intentionen der Mächte genau kennen werde, auch mit seiner Zustimmung nicht länger zögern dürfte.

Den Inhalt der in Berlin getroffenen Vereinbarungen könne der Minister den Delegirten noch nicht vorlegen, weil einmal die Zustimmung Englands noch ausstehe und sodann, weil aus diesem Grunde die Pforte noch keine offizielle Verständigung erhalten habe; so viel aber könne er schon heute sagen: es habe sich darum gehandelt, die Reformen durchzuführen, die Hindernisse auf beiden Seiten zu entfernen, die Einträchtigkeit der Mächte zu konstatiren und endlich das Umsichgreifen der Uebel einzudämmen. Man bestrebte sich, die Pforte zur Durchführung der Reformen zu bestimmen und die Insurgenten zur Annahme derselben zu drängen. Die größte Wichtigkeit der Berliner Berathungen liege in dieser Einigung der Mächte und in dem Vorhaben, sich auch fernerhin von Fall zu Fall verständigen zu wollen.

Nach näherer Darlegung der bisherigen Politik gegenüber den türkischen Wirren fuhr der Minister fort:

Die Resultate sprechen für die Richtigkeit dieser Politik. Denn bei Befolgung einer anderen Politik stünde wahrscheinlich die ganze Balkan-Halbinsel jetzt in Flammen. Griechenland wäre gleichfalls in die Aktion getreten, und auch Rumänien hätte sich der Bewegung angeschlossen, während beide Staaten sich jetzt von derselben fernhalten und jede Betheiligung ablehnen. Die Bewegung selbst hat abgenommen. Das Aufflammen derselben in Bosnien ist nur noch ein vereinzeltes. Gegen die Türkei sei man für Montenegro eingetreten, weil die Pforte im Falle einer Verwickelung mit diesem Vasallenstaate noch weniger im Stande gewesen wäre, der Bewegung Herr zu werden. Andererseits habe man Serbien erklärt, daß man dessen Einschreiten nicht dulden werde, und so dieses Land zum Friedenhalten genöthigt, wie man dies auch fernerhin durch das Einvernehmen der Mächte thun werde. Die begehrten Reformen sind absolut nothwendig und, wie von allen Mächten anerkannt, so von der Pforte acceptirt; sie sollen und werden ein friedliches Zusammenleben der beiderlei Religionsbekenner ermöglichen. Hierauf aber müsse man sich beschränken.

Auf weitere Fragen erklärte Graf Andrassy wiederholt:

Die vorbehaltene Verständigung von Fall zu Fall habe praktische Bedeutung, weil dadurch die Gefahr egoistitischer Sonder-Interessen einzelner Mächte zurückgedrängt werde, und nachdem für jeden unvorhergesehenen Fall die Mächte sich zu verständigen beschlossen, sei die Spekulation auf die Differenzen der leitenden Mächte bodenlos geworden. Die Tendenz der Politik der Großmächte ist der status quo amélioré (Erhaltung, aber zugleich Verbesserung des bisherigen Zustandes) in der Türkei. Diese Tendenz durch allgemeines Zusammenwirken der Mächte zu erreichen und sich weiter von Fall zu Fall zu verständigen, darüber habe man sich in Berlin geeinigt. — Oesterreich habe den entschiedenen Willen, Frieden zu halten. Der Hauptfaktor hierfür sei das Verlangen des Kaisers von

Rußland, daß der Frieden erhalten werde, welches Verlangen von Deutschland unterstützt werde. Wie die Dinge in Zukunft sich gestalten werden, könne man nicht voraussehen. Er habe die feste Ueberzeugung, daß der Friede zunächst gesichert sei, weil der Kalkul auf die Differenzen der Mächte bodenlos geworden ist."

19. Mai. England lehnt den Beitritt zu dem Berliner Memorandum ab.

22. Mai. Abgang eines deutschen Panzergeschwaders nach Salonichi.

Der weitere Verlauf und die Erledigung der Salonichi-Angelegenheit.

Bericht des Reichs- und Staatsanzeigers vom 8. August.

„Die Ermordung des deutschen und des französischen Konsuls in Salonichi, welche am 6. d. Mts. bei Gelegenheit eines Straßentumults Seitens der muhamedanischen Bevölkerung erschlagen worden sind, hat die Aufmerksamkeit noch in erhöhtem Maße auf die traurigen inneren Zustände in der Türkei gerichtet. Ueber die Veranlassung und den Hergang des höchst bedauerlichen Vorganges sind genauere Nachrichten noch abzuwarten.

Nach Eingang der Nachricht in Konstantinopel haben die Botschafter von Deutschland und Frankreich, in Gemeinschaft mit den übrigen Vertretern, sofort die nöthigen Schritte bei der Pforte für den Schutz der Christen in Salonichi und Einleitung einer strengen Untersuchung gethan. Der Großvezier hat sich bereit erklärt, alle geforderten Maßregeln zu ergreifen. Der Sultan hat sofort durch seinen ersten Adjutanten den Botschaftern von Deutschland und Frankreich sein innigstes Bedauern über den Vorfall und die Zusage der strengsten Bestrafung der Schuldigen aussprechen lassen. Ein türkisches Kriegsschiff ist von Konstantinopel nach Salonichi abgegangen mit außerordentlichen Kommissaren und mit deutschen und französischen Konsularbeamten. Außerdem ist noch ein türkisches Panzerschiff und Verstärkung der Garnison nach Salonichi gesendet worden.

In Folge der Nachrichten aus Salonichi hat die deutsche Korvette „Medusa", welche auf einer Uebungsfahrt im Mittelmeer sich befindet, den Befehl erhalten, sich sofort nach Salonichi zu begeben. Der Befehl hat das Schiff in Messina erreicht, wo es eben eingelaufen war; es ist also im Stande, seinen neuen Bestimmungsort in nicht zu langer Zeit zu erreichen. Gleichzeitig werden auch die russische und die österreichische Kriegsflagge in Salonichi vertreten sein, indem bereits von Petersburg und Wien Weisung ertheilt worden, daß sofort Kriegsschiffe dieser Mächte nach Salonichi abgehen sollen."

Juni. Entthronung des Sultans Abdul-Aziz. — Einsetzung des Sultans Abdul-Murad-Khan.

Vertagung weiterer Schritte in Verfolg des Berliner Memorandums durch Uebereinkunft der drei Kaiserhöfe.

Konferenzgedanken.

10. Juni. Lord Derby an Lord Odo Russel.

„Der deutsche Botschafter sprach heute mit mir über die türkischen Angelegenheiten — — — Er sagte, daß seiner Regierung von verschiedenen Seiten, besonders von Frankreich, Vorschläge wegen einer Konferenz zugegangen seien. Ich erwiderte, daß auch wir solche Vorschläge empfangen

hätten, daß aber, obwohl ich gegen das Prinzip einer Konferenz kein Bedenken hätte, doch keinen praktischen Erfolg von einer solchen Zusammenkunft absehen könnte, wenn nicht vorher ein gewisses Einverständniß über die allgemeinen Grundzüge des dabei zu erörternden Plans erreicht wäre. Graf Münster sagte mir, daß dies auch die Ansicht des Fürsten Bismarck sei."

Bemerkung der „Provinzial-Correspondenz" vom 14. Juni.

„Die größte Wichtigkeit der Berliner Berathungen, verkündete Graf Andrassy, liege in dieser Einigkeit der Mächte und in dem Vorhaben, sich auch fernerhin von Fall zu Fall verständigen zu wollen.

Rascher nun, als man es irgend vermuthen konnte, traten diesmal Ereignisse ein, welche eine wesentlich veränderte Lage schufen: ein gewaltsamer Thronwechsel in dem Staate, mit welchem verhandelt werden sollte, und eine anscheinend veränderte Stellung der neuen Regierung in Bezug auf die zunächst anzustrebenden Ziele, mußten nothwendiger Weise einen augenblicklichen Stillstand der auswärtigen Einwirkung und neue Erwägungen in Betreff der Art und Weise des weiteren Vorgehens herbeiführen. Die Verständigung „von Fall zu Fall" mußte sich diesmal in rascher Folge erproben, und sie erschien im ersten Augenblicke um so schwieriger, als inzwischen das an der Orientfrage unmittelbar betheiligte England aus seiner bisherigen Zurückhaltung zu einer lebhaften Betheiligung an den Ereignissen hervorgetreten war.

Dem Ernst und der Macht des Friedensgedankens im Drei-Kaiser-Bunde ist es vor Allem zuzuschreiben, daß auch in dieser unerwartet veränderten Lage eine Verständigung über die weitere Haltung der Mächte und eine neue Stärkung der Friedenshoffnungen in verhältnißmäßig kurzer Zeit erreicht werden konnte, und daß somit auch in diesem Falle „die Spekulation auf die Differenzen der leitenden Mächte vereitelt worden ist".

14.—18. Juni. Zusammensein des Kaisers von Rußland und des Deutschen Kaisers in Ems.

14. Juni. Fürst Bismarck nach Kissingen.

Juni. Erzherzog Albrecht von Oesterreich in Ems und in Jugenheim bei dem Kaiser von Rußland.

8. Juli. Zusammenkunft in Reichsstadt zwischen dem Kaiser von Rußland und dem Kaiser von Oesterreich.

„Provinzial-Correspondenz" vom 12. Juli.

„Eine zuverlässige Mittheilung über das Ergebniß der Begegnung lautet dahin, daß Oesterreich und Rußland grundsätzlich über die Nichteinmischung in die augenblicklichen türkischen Wirren übereinstimmen, sich aber vorbehalten, sobald die Kriegsereignisse eine Entscheidung herbeigeführt haben, mit allen christlichen Großmächten ein vertrauliches Einvernehmen herbeizuführen. Der Eindruck, welchen die Begegnung gemacht hat, wird von Wien aus dahin bezeichnet, daß jede Gefahr, den Krieg über die bisherigen Grenzen nach Europa getragen zu sehen, als beseitigt betrachtet wird."

Ueber die Reichstadter Zusammenkunft telegraphirt Graf Andrassy am 9. Juli 1876 nach Paris, London und Rom:

„Theilen Sie als Ergebniß der Reichsstadter Begegnung vertraulich mit, daß wir mit Beseitigung aller neueren Vorschläge übereingekommen sind, an

Nichtintervention unter gegenwärtigen Verhältnissen festzuhalten. Erst wenn die Umstände es erfordern und ein konkreter Fall vorliegen wird, soll ein weiteres vertrauliches Einvernehmen zwischen allen christlichen Großmächten eingeleitet werden."

Hierauf antwortet Graf Beust unterm 10. Juli.

„Telegramm Euer Excellenz erhalten. Lord Derby empfing die Mittheilung mit großer Befriedigung und sagte: „Jetzt erst kann ich erklären, daß kein allgemeiner Krieg zu befürchten ist, was hier so sehr beunruhigt."

10. Juli. Lord Derby an den englischen Botschafter in Wien.

Der österreichische Botschafter theilte mir heute den Inhalt eines Telegrammes mit, das er von seiner Regierung über die Zusammenkunft in Reichstadt erhalten habe. Das Ergebniß der Besprechung wird als zufriedenstellend bezeichnet. Die beiden Kaiser waren darüber einig, unter den jetzigen Umständen eine Politik der Nicht-Intervention zu verfolgen. Wenn weitere Ereignisse es nöthig machen sollten, oder wenn irgend ein bestimmter thatsächlicher Wendepunkt eintrete, sollten Anstrengungen gemacht werden, um zu einer allgemeinen Verständigung unter den Mächten zu gelangen.

10. Juli. Würzburger Zusammenkunft Kaiser Wilhelms mit Fürst Bismarck. (Der Kaiser begiebt sich nach dem Badeaufenthalt in Ems von Koblenz nach Würzburg, um dort mit dem aus Kissingen herüberkommenden Kanzler zusammenzutreffen.)

Juni. Greuel in Bulgarien. Blutige Unterdrückung des Aufstandes.

Juli u. August. Aufregung in Europa, namentlich in England über die bulgarischen Greuelthaten. Entrüstungsmeetings, — Gladstone's Agitation.

Juli. Serbien und Montenegro erklären der Pforte den Krieg. — Unglückliche Operationen der Serben, glücklichere der Montenegriner.

August. Beilegung der Salonichi-Angelegenheit.

Note des „Deutschen Reichsanzeigers" vom 8. August.

„Die Verhandlungen, welche wegen der Ermordung der Konsuln von Deutschland und Frankreich in Salonichi zwischen den betheiligten Regierungen und der Pforte geschwebt haben, sind nunmehr zum Abschluß gebracht. Die Pforte hat in allen Punkten die Forderungen von Deutschland und Frankreich erfüllt.

Bekanntlich war alsbald nach dem traurigen Ereignisse des 6. Mai d. J. eine außerordentliche Kommission von Konstantinopel nach Salonichi abgegangen, bestehend aus Vertretern der Pforte mit besonderen Voll-

machten und aus den Delegirten der Botschaften von Deutschland und Frankreich, um die Untersuchung über die Vorfälle einzuleiten. Bei der Erregtheit der Bevölkerung und der Unzulänglichkeit der in Salonichi vorhandenen militärischen Kräfte bedurfte es einiger Zeit, bis die Kommission ihre Thätigkeit beginnen konnte. Inzwischen waren nun Truppen aus Konstantinopel nach Salonichi gesandt und Kriegsschiffe von allen europäischen Großmächten in den Hafen eingelaufen. Die deutsche Kriegsmarine wurde daselbst zunächst durch S. M. S. „Medusa" vertreten, welches am 15. Mai in Salonichi erschien, später noch durch S. M. Kanonenboot „Komet", und endlich, seit dem 25. Juni, durch das Panzergeschwader unter Befehl des Kontre-Admiral Batsch, das am 22. Mai von Wilhelmshaven in See gegangen war.

Nachdem am 13. Mai die Verhaftungen in Salonichi begonnen hatten, wurden schon am 16. sechs Individuen, deren direkte Betheiligung am Morde nachgewiesen war, öffentlich hingerichtet. Dieselben gehörten sämmtlich der niedrigsten Volksklasse an. Die Fortsetzung der Untersuchung ergab sodann bis zum 5. Juni d. J. folgende weitere Verurtheilungen: 6 Personen (außer den bereits Exekutirten) zum Tode, darunter ein in contumaciam; 3 zu lebenslänglichem Zuchthaus, 2 zu 10 Jahren, 11 zu 5 Jahren, 1 zu 3 Jahren Zuchthaus, 3 zu 3 Jahren, 1 zu 1 Monat Gefängniß, 1 zu 3 Jahren Verbannung und ein Knabe zu körperlicher Züchtigung. Sämmtliche Inkulpaten sind Muhamedaner und mehr oder minder bei dem Morde der Konsuln betheiligt gewesen oder der Aufreizung des Volkes überwiesen. Wenige unter denselben gehören zu den mittleren Klassen, einer der zum Tode Verurtheilten ist ein Softa. Die Vollziehung der Todesstrafe an den später Verurtheilten hat bisher noch nicht stattgefunden.

Wenn somit die Untersuchungskommission den einen Theil der Aufgabe, Ausübung der Gerechtigkeit gegen die Vollführer der Mordthaten, erledigt hatte, so blieb noch der in den Augen der Regierungen von Deutschland und Frankreich besonders wichtige Punkt übrig, nämlich volle Justiz gegen die höheren türkischen Beamten und Offiziere, durch deren verbrecherisches oder pflichtwidriges Verhalten die Katastrophe des 6. Mai herbeigeführt worden war. Die Voruntersuchung hatte in dieser Beziehung ausreichendes Material geliefert, um einerseits gegen den höchsten Repräsentanten der Civilmacht des Ortes, den General-Gouverneur Mohamed Rifaat Pascha, andererseits gegen die obersten zur Zeit der Mordthaten in Salonichi anwesenden Militärs, den Polizeichef, sowie den Kommandanten der Garnison und den Kommandanten der im Hafen stationirten Korvette, einzuschreiten. Die Aburtheilung derselben geschah durch ein besonders zu diesem Zwecke aus Konstantinopel entsendetes Kriegsgericht; jedoch mit einem so illusorischen Verfahren, daß sofort die in Salonichi befindlichen Delegirten von Deutschland und Frankreich dagegen Protest einlegten. Der Gouverneur wurde zu 8 Tagen Gefängniß und Disponibilität auf 1 Jahr, der Polizei-Oberst zu 1 Jahr Gefängniß und Degradation, die Kommandanten der Garnison und der Korvette zu je 45 Tagen Arrest verurtheilt. Auf Verlangen der Botschafter in Konstantinopel hob die Pforte diese Urtheile auf und verwies die Sache vor einen obersten Kriegsrath in Konstantinopel, an dessen Verhandlungen jedoch ebenfalls Delegirte der Botschaften Theil nahmen. Erst am 14. Juli

wurde von diesem Tribunal ein Urtheilsspruch gegen die drei Offiziere erzielt, mit dem die Regierungen von Deutschland und Frankreich sich einverstanden erklären konnten. Derselbe lautet auf 15 Jahre Galeerenstrafe gegen den Polizei-Obersten, 10 Jahre Gefängniß gegen den Kommandanten der Korvette, 3 Jahre Gefängniß gegen den Kommandanten der Garnison und Degradation gegen alle Drei. Der frühere General-Gouverneur wurde von dem obersten Civil-Gerichtshof in Konstantinopel zu 1 Jahr Gefängniß verurtheilt. Die Pforte hat gleichzeitig in einer an die Botschafter gerichteten Note die förmliche Zusage ertheilt, daß Mohamed Rifaat Pascha niemals wieder ein öffentliches Amt bekleiden kann. In Betreff des Aktes der an den drei Offizieren zu vollziehenden Degradation ist festgesetzt, daß derselbe in Salonichi, als dem Orte des Verbrechens, in Gegenwart der türkischen Truppen, der Befehlshaber der daselbst vor Anker liegenden Geschwader von Deutschland und Frankreich, und der Delegirten der Konsulate beider Mächte stattzufinden habe.

Endlich ist auch der letzte Punkt der von den beiden Regierungen verlangten Satisfaktion, die Zahlung der Entschädigungen für die Familien der ermordeten Konsuln jetzt erledigt worden. Deutscherseits war die Summe von 300,000 Frcs. für die kinderlose Wittwe des Konsul Abbot, von Frankreich sind 600,000 Frcs. für Frau und Kinder des ermordeten Konsul Moulin gefordert worden. Am 6. August hat die Pforte diese Zahlungen zu Händen der Botschafter in Konstantinopel geleistet.

Somit ist diese Angelegenheit jetzt zu einem befriedigenden Abschluß geführt und zwar unter dem festen Zusammenwirken der beiden zunächst betheiligten Regierungen, sowie im gemeinsamen Interesse aller übrigen, bei der Sühne eines so schweren Verbrechens gleichmäßig interessirten Mächte."

31. August. Neuer Thronwechsel in der Türkei. Sultan Murad vom Scheich El Islam des Islam des Thrones entsetzt. Sein Bruder Abdul Hamid als Sultan anerkannt.

---

4. Verhandlungen in Konstantinopel.

Die Verhandlungen in Konstantinopel und die Stellung der deutschen Regierung.

1876. 6. Oktober. Rundschreiben des Staatssecretärs von Bülow an die preußischen Vertreter bei den deutschen Regierungen.

Euere pp. habe ich durch frühere Mittheilungen von der Entwicklung der orientalischen Angelegenheiten im letzten Jahre in Kenntniß zu setzen die Ehre gehabt. Im Anschluß daran will ich nicht unterlassen, Ihnen von dem Gang der Verhandlungen zwischen den Europäischen Mächten seit dem Ausbruch des Krieges zwischen der Türkei und Serbien und Montenegro, sowie von der Stellung, welche die Kaiserliche Regierung zu der gegenwärtigen Lage der Dinge einnimmt, weitere vertrauliche Nachricht zu geben.

Nach dem Eintreten Serbiens und Montenegros in offene Feindseligkeit zur Pforte Ende Juni, einigten sich alle Mächte dahin, dieser neuen Phase der im Orient herrschenden Wirren gegenüber zunächst an dem Princip der Nichtintervention festzuhalten und dem Laufe der Ereignisse nicht vorzugreifen. Die Deutsche Regierung, ihrer bisherigen Haltung in der orientalischen Frage entsprechend, hatte dieser Tendenz sich nur anschließen können.

Der Moment für Beendigung eines der Ruhe Europa's vielleicht bedrohlichen Krieges schien indessen einigen der Mächte gekommen, als im Gefolge des mit großer Grausamkeit geführten Kampfes von türkischer Seite gegen die christlichen Bewohner jener Gegenden unerhörte Gräuelthaten verübt wurden, und als es sich mehr und mehr herausstellte, daß, wenn auch die türkischen Waffen im Ganzen größern Erfolg aufzuweisen hatten, doch keine der streitenden Parteien kräftig genug sei, um den Gegner vollständig zu besiegen.

Geleitet von der Ueberzeugung, daß unter solchen Umständen vor allem dem Blutvergießen ein Ende gemacht werden müsse, wonach die lebhaft erregte öffentliche Meinung in allen Ländern Europa's laut verlangte, nahmen sämmtliche Kabinette die ihnen von Serbien und Montenegro angetragene Mediation an und begannen dieselbe mit dem Versuch

in Konstantinopel auf die Einstellung der Feindseligkeiten hinzuwirken. Deutscher Seits war dabei als leitender Grundsatz aufgestellt und von allen Kabinetten angenommen, daß die Vorbedingung der weiteren Friedensverhandlung ein wirklicher Waffenstillstand auf allen Punkten also auch in Bosnien und der Herzegowina sein müsse.

Obwohl es nicht gelang einen definitiven Waffenstillstand durchzusetzen, so hatten die Bemühungen der Mächte wenigstens das Resultat, daß vom 16. September an bis zum 25. die Offensive von beiden Theilen sowohl auf dem serbischen als auf dem bosnisch-montenegrinischen Kriegsschauplatze eingestellt wurde und damit de facto eine Waffenruhe eintrat.

Diese Frist schien geeignet, um den förmlichen Waffenstillstand anzubahnen und auch die Annahme von Friedensvorschlägen zu erreichen.

So völlig das Einvernehmen über das in dieser Richtung zu erstrebende Ziel war, so erhoben sich doch über die hierbei einzuschlagenden Wege auseinandergehende Ansichten je nach dem Standpunkt, welchen die einzelnen Mächte ihren Interessen entsprechend für die Ordnung der Verhältnisse im Orient einnehmen.

Für unsere Politik mußte auch in dieser Lage das Festhalten an dem Einverständniß mit unseren engeren Verbündeten bestimmend sein. Wir hatten, gegenüber einer politischen Frage, von der die Interessen Deutschlands nicht direkt berührt werden, lediglich in vermittelnder und wohlwollender Thätigkeit zwischen den uns gleich befreundeten Nachbarmächten von Rußland und Oesterreich-Ungarn, welche beide in weit höherem Grade an dem Schicksal des osmanischen Reiches und seiner Bevölkerungen betheiligt sind, Stellung zu nehmen. Gleichzeitig aber durften wir es uns angelegen sein lassen, auch der weiteren Verständigung mit den übrigen europäischen Großmächten, und ganz besonders mit der Großbritannischen Regierung, so viel es in unseren Kräften stand, Vorschub zu leisten.

Festere Gestalt erhielten die auf den Frieden bezüglichen Verhandlungen, als zuerst und in so erfreulicher Weise zwischen Rußland und England eine Basis der Anschauung gefunden wurde, von welcher ausgehend diese beiden Reiche sich in Betreff einer zukünftigen Ordnung der orientalischen Verhältnisse begegnen konnten.

Die, aus Unterhandlungen des russischen Botschafters in London mit dem Kabinet von St. James in der ersten Hälfte des Septembers hervorgegangene Verständigung umfaßte im wesentlichen folgende, den anderen Unterzeichnern des Pariser Friedens demnächst zur Annahme mitgetheilten Vorschläge

1. sofortiger Waffenstillstand für wenigstens einen Monat;
2. Rückkehr zum einfachen status quo ante bellum für Serbien und Montenegro;
3. Vorbehalt einer kleinen territorialen Vergrößerung für Montenegro;
4. Gewährung einer autonomie locale für Bosnien und die Herzegowina, sowie ein Gleiches für das jetzt zum ersten Mal in den Kreis der europäischen Vertretung aufgenommene Bulgarien, wobei jedoch die Errichtung kontributärer Staaten, somit die politische Trennung dieser Provinzen von der Türkei ausgeschlossen bleiben sollte.

Die Kaiserliche Regierung durfte diesem, aus einem für uns so erwünschten Zusammengehen Englands mit Rußland entstandenen und den

deutschen Interessen sachlich durchaus entsprechenden Programm um so eher ihre Zustimmung geben, nachdem auch das Wiener Kabinet sich zum Beitritt entschlossen hatte, dessen ursprüngliche Bedenken in Betreff der den slavischen Provinzen der Türkei zuzubilligenden Selbstständigkeit durch eine Verständigung über die praktische Bedeutung des Begriffs Autonomie beschwichtigt waren.

Noch während die bezüglichen Verhandlungen unter den Großmächten schwebten, hatte die Pforte selbst Friedens- und Reform-Propositionen aufgestellt, deren Inhalt indessen einerseits von so demüthigender Natur für Serbien war und andererseits so wenig Garantien für eine bessere und gerechtere Gestaltung der Lage der Rajah bot, daß ein ernstliches Eingehen auf diese Initiative von allen Kabinetten abgelehnt werden mußte.

Die Regierungen von England, Rußland, Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Frankreich und Italien erließen vielmehr am 25. resp. 26. September cr. in identischer Form durch ihre Vertreter in Konstantinopel die Aufforderung an die Pforte, die von England formulirten, oben aufgeführten Friedensbedingungen anzunehmen.

Dem Verlangen nach Unterbrechung der Feindseligkeiten wurde Seitens des Divans auch jetzt nicht durch einen Waffenstillstand, sondern nur durch Verlängerung der Waffenruhe bis zum 2. October Genüge gethan. Diese, auf der Gegenseite nur von Montenegro angenommene Uebereinkunft ist im westlichen Kriegstheater auch über den ursprünglich festgesetzten Termin hinaus, noch gegenwärtig in Kraft. Bedauerlicher Weise erneute dagegen Serbien nach Ablauf der ersten Waffenruhe den Angriff auf das türkische Heer, so daß gegenwärtig der Kampf in den serbisch-türkischen Grenzdistricten fortdauert.

Was die übrigen auf die Pacificirung bezüglichen Punkte des englisch-russischen Projects anlangt, so hat die türkische Regierung bisher die Annahme derselben verweigert und Gegenpropositionen aufgestellt, welche nach Genehmigung durch den großen Rath, einer Versammlung von 100 geistlichen und weltlichen Würdenträgern, jetzt der Sanction des Sultans unterbreitet sind und demnächst den fremden Vertretern mitgetheilt werden sollen.

Dieselben lauten etwa folgendermaßen:

1. Zugeständniß des status quo ante bellum an Serbien und Montenegro;
2. Einsetzung eines Senats und einer aus Wahlen der Bevölkerung hervorgehenden Versammlung in Konstantinopel, welchen Körperschaften an Gesetzgebung und Verwaltung eine gewisse Mitwirkung eingeräumt werden würde;
3. Vervollständigung des s. g. Vilagetsystems d. h. einer gewissen Selbstverwaltung der einzelnen Provinzen, unter Erweiterung der Rechte der von den Bewohnern gewählten Provinzialräthe (Medjliss).
4. Inangriffnahme der Reformpläne, wie sie in der Note des Grafen Andrassy vom Dezember v. J. empfohlen wurden, für alle Provinzen des Reiches.

Vergl. den Erlaß vom 6. Januar d. J.

Indem die Pforte die sub 2—4 aufgezählten Zusicherungen, und zwar aus freiem Entschluß, für das ganze Reich ertheilen will, vermeint sie es ablehnen zu sollen, sich gegen das Ausland förmlich zu Gewährung

einer privilegirten Sonderstellung an die insurgirt gewesenen Provinzen, Bosnien, Herzegowina und Bulgarien zu verpflichten.

Bei dem tiefen Mißtrauen, welches die so oft gegebenen und regelmäßig unausgeführt gebliebenen Reformversprechungen der Pforte in ihren christlichen Unterthanen erzeugt haben, würde jedoch wenig Aussicht vorhanden sein, daß die von ihr jetzt ausgehenden Anerbietungen, zu einer Beruhigung der Zustände im Orient führten.

Es ist deshalb nicht wahrscheinlich, daß die Mächte von ihrer Formulirung der Pacificationsvorschläge abstehen könnten.

In Voraussicht der ablehnenden Antwort der türkischen Regierung sind dieselben gegenwärtig in neuen Verhandlungen begriffen. Wie ich ganz vertraulich bemerke, wird dabei zunächst die Frage erwogen, mit welchen Mitteln nunmehr die Annahme eines definitiven Waffenstillstandes zu erlangen sei, welche namentlich die Englische Regierung mit erneutem Nachdruck und mit der Drohung, eventualiter die Türkei ihrem Schicksal zu überlassen, betreibt.

So wenig danach zu verkennen ist, daß die augenblickliche Lage der orientalischen Angelegenheiten ernsthafte und schwierige Aufgaben für die Europäischen Kabinette in sich schließt, so haben wir doch allen Grund zu hoffen, daß die Elemente zur Verständigung stark genug sein werden, um Zerwürfnissen der Mächte untereinander auch ferner, wie bisher vorzubeugen. Namentlich dürfen wir uns der Erwartung hingeben, daß Rußland und Oesterreich, die in besonderem Maße durch geographische Lage, historische Ueberlieferung und Stammesverwandtschaft von den Schicksalen des Türkischen Reiches in Mitleidenschaft gezogen sind, trotz theilweiser Verschiedenheit der Gesichtspunkte, durch die gegenwärtige Krisis zu einer Ausgleichung derjenigen Rücksichten und Pflichten gelangen werden, welche jeder von ihnen zur Befriedigung seiner politischen und materiellen Interessen als maßgebend ansieht.

Eure pp. wollen von dem Inhalt dieses Erlasses dem dortigen Herrn Minister der auswärtigen Angelegenheiten in geeigneter Weise Kenntniß geben.

15. Oktober. Weitere Mittheilung des Staatssecretärs von Bülow an die Vertreter bei den deutschen Regierungen.

In Verfolg meiner Mittheilung vom 6. d. M. beehre ich mich Euere pp. vertraulich zu benachrichtigen, daß, nach eingetretener Verständigung der Cabinette, die Vertreter der Pariser Vertragsmächte in Constantinopel angewiesen worden waren, die Annahme eines Waffenstillstandes pur et simple bei der Pforte eindringlich zu befürworten und sich dieses Auftrags am 8. und 9. d. M. entledigt haben. Die Regierung des Sultans hat in Folge dieses Schrittes die Euerer pp. aus dem Erlaß vom 6. d. M. bekannten Beschlüsse des Großen Raths fallen lassen und als Antwort an die Mächte ein neues Programm in zwei unterm 12. d. M. an die 6 Botschafter in Constantinopel gerichteten Noten mitgetheilt. In der ersten Note wird unter gewissen Voraussetzungen die Annahme eines Waffenstillstandes bis zum 30. März 1877 alten Styls zugesagt, während die zweite eine Reformacte für das ganze Türkische Reich zur Kenntniß der Garantiemächte bringt.

1876.

Indem ich nicht unterlasse, ein Resumé der hierauf bezüglichen telegraphischen Meldungen des Kaiserlichen Botschafters in Constantinopel sowie Abschrift eines von dem hiesigen türkischen Botschafter mir mitgetheilten Telegramms seiner Regierung, ergebenst beizufügen, beehre ich mich zu bemerken, daß die Friedensbedingungen vom 14. Septbr., auf welche die Pforte Bezug nimmt, mit denjenigen identisch sind, welche in meinem Erlaß vom 6. d. M. erwähnt wurden und deren Wortlaut zur vollständigeren Erläuterung hier gleichfalls in Abschrift angeschlossen wird.

Ueber die Aufnahme, welche die letzten Propositionen der Pforte bei den Mächten gefunden, liegen bis jetzt nur unvollständige Nachrichten vor und behalte ich mir darüber weitere Mittheilung vor.

Euere pp. ersuche ich ergebenst, von dem Inhalt vorstehenden Erlasses und seiner Anlagen in geeigneter Weise Kenntniß zu geben.

Resumé von 2 Telegrammen des Kaiserlichen Botschafters in Constantinopel vom 12. Oktober d. J. betr. die Antwort der Pforte auf die Waffenstillstandsvorschläge der Mächte.

Mittels Note vom 12. Oktober erklärt die Pforte, daß sie Act nehme von den Vorschlägen der Mächte zur Wiederherstellung des Friedens mit Serbien und Montenegro auf Grund des status quo und bereit sei, die Entscheidung derselben in Betreff der von ihr, der Pforte, am 14. September mitgetheilten Friedensbedingungen anzunehmen. Sie willigt in einen Waffenstillstand vom 1. Oktober d. Js. bis zum 30. März 1877 alten Styls und verlangt, um den Eintritt der Waffenruhe zu beschleunigen, daß die vermittelnden Mächte so bald als möglich Delegirte zur Regulirung des Waffenstillstandes an Ort und Stelle ernennen möchten.

Die Pforte drückt am Schluß dieser Note die Hoffnung aus, daß die Mächte sofort Maßregeln ergreifen würden, um die Zufuhr von Waffen und Kriegsmunition sowie den Zuzug von Freiwilligen nach Serbien und Montenegro zu verhindern. Sie erklärt, daß die Fortdauer eines solchen Zustandes unfehlbar ernste Verwicklungen und die Unmöglichkeit, den Frieden aufrecht zu erhalten, nach sich ziehen würde.

In einer zweiten Note theilt die Pforte den Botschaftern diejenigen Reformen mit, welche soeben für das ganze Türkische Reich decretirt worden sind. Sie vermeidet es dabei der bezüglichen Vorschläge in dem englischen Programm Erwähnung zu thun.

Télégramme.

Constantinople, 12. Octobre 1876.

Le Ministre des affaires étrangères au représentant de la S. Porte.

Berlin.

Voici les nouvelles institutions dont S. M. le Sultan vient de doter l'Empire: Une assemblée générale composée de membres élus par les habitants des vilayets et de la capitale sera convoquée à Constantinople. Cette assemblée, dont la session annuelle sera de trois mois, aura pour mandat de voter les lois, les impôts et les budgets de l'Empire. Une autre assemblée, dont les membres seront nommés par l'Etat, sera investie dans des limites restreintes et bien définies des attributions d'un sénat; une commission instituée à la S. Porte sous la présidence de S. A. Midhat pascha et composée de hauts fonctionnaires musulmans et chrétiens élabore en ce moment la loi concernant les détails relatifs

à la constitution de ces deux grands corps de l'Etat; une autre loi relative à la réorganisation de l'administration des provinces, assurera l'exécution de tout ce qui se trouve actuellement dans la loi des vilayets en étendant dans une large mesure le droit d'élection et comprendra en même temps les réformes pratiques qu'on a voulu voir introduites dans les provinces de la Bosnie et de l'Herzégowine; les conseils généraux des provinces auront le droit de veiller à l'exécution des lois et des règlements et, pour ne pas laisser le pouvoir exécutif sans contrôle dans l'intervalle des différentes sessions, cette tâche sera dévolue aux conseils d'administration qui tirent également leur origine de l'élection populaire. Ils auront à expédier les affaires qui rentrent dans les attributions de conseils généraux et à surveiller les agents de l'administration locale de manière à ce qu'ils ne s'écartent pas des dispositions des lois et des règlements et ne se laissant point entraîner à des actes; d'améliorer le mode d'assiette et de perception des impôts partout dans l'Empire; d'imprimer aux cercles municipaux tout le développement qu'ils comportent; de leur affecter une partie des revenus publics; de réorganiser la police; en un mot de faire passer dans le domaine des faits et de la vérité tous les progrès que peut prouver une organisation provinciale aussi complète que possible. Ces différentes institutions répondent pleinement aux voeux exprimés par les puissances et donnent partout satisfaction aux besoins généralement sentis d'une amélioration radicale et offrent aussi des garanties de bonne administration.

5. Die russischen Rüstungen.

Verhandlungen behufs eines Waffenstillstandes zwischen Serbien und der Türkei.

1876. 30. Oktober. Eine Depesche Lord Derbys an Lord Loftus in Petersburg resumirt die Verhandlungen seit August und fährt fort:

„Am 12. Oktober macht die Pforte den Vorschlag auf einen sechsmonatlichen Waffenstillstand — — —

Unmittelbar, nachdem ich durch Sir H. Elliot von der Absicht der Pforte einen Waffenstillstand von 6 Monaten zu gewähren, hörte, stellte ich Graf Schuwaloff und Graf Beust die Wichtigkeit vor, daß ihre beiderseitigen Regierungen Serbien zur Annahme des Waffenstillstandes bewegten. Ich betrieb das auch durch die englischen Botschaften in Paris, Berlin, Petersburg und Rom und sandte gleichlautende Instruktionen nach Belgrad und Montenegro. Der russische Botschafter sprach seine Zweifel aus, ob der Waffenstillstand in Livadia würde angenommen werden. Ich hielt es für angemessen, Se. Excellenz darauf aufmerksam zu machen, daß, wie stark auch das Gefühl nationaler Entrüstung gegen türkische Grausamkeiten sein möge, es von einem sehr verschiedenen Gefühle ersetzt werden würde, wenn die englische Nation einst glaubte, daß Konstantinopel bedroht sei. Ich sagte, daß, ob mit Recht oder Unrecht, der Schluß, zu dem ein jeder kommen würde, der sein würde, daß die Verwerfung der türkischen Vorschläge durch Rußland einen festen Vorsatz, Krieg zu beginnen, anzeige; und ich ersuchte ihn, seine Anstrengung zu unterlassen, um seiner Regierung zu zeigen, in welchem Licht dieser Entschluß vom englischen Volke angesehen werden würde."

Lord Derby berichtet dann weiter, wie er nach und nach von der Einwilligung Frankreichs und Oesterreichs in den langen Waffenstillstand gehört, daß beide Mächte die Ausschließung der Türkei, wenn eine Konferenz zu Stande kommen sollte, indeß für dem Vertrage von Paris zuwiderlaufend erklärt hätten.

Am 16. sei dann aus Livadia eine Depesche Gortschakoffs eingetroffen, Rußland könne einen halbjährigen Waffenstillstand nicht für Schaffung eines dauerhaften Friedens günstig halten, könne keinen Druck auf Serbien und Montenegro ausüben und fürchte durch solchen Verzug eine Gefährdung der kommerziellen und finanziellen Lage Europas. Rußland müsse deshalb auf dem ursprünglichen Vorschlage Englands, einen monatlichen verlängerungsfähigen Waffenstillstand zu schließen, bestehen. Lord Derby habe dann dem Grafen Schuwaloff gesagt, daß England einen Waffenstillstand von „nicht weniger als einem Monate" vorgeschlagen habe und keinen Einwand gegen einen längeren Termin erhebe. Die italienische Regierung habe indeß auch gegen den langen Waffenstillstand Anstand erhoben.

„Unter diesen Umständen erachtete es die englische Regierung gerathen an die deutsche zu appelliren, welche bis dahin sich zu keiner der beiden Ansichten

bekannt hatte. Ich ersuchte deshalb den deutschen Botschafter, die Sache vor das Berliner Kabinet zu bringen und anzufragen, ob es eine Gelegenheit sehe, seinen Einfluß zur Auffindung eines Mittelweges auszuüben, welcher die nun augenscheinlich drohende Gefahr eines Bruches zwischen Rußland und der Türkei verhüten könne."

„Am 19. d. theilte Se. Excellenz mir Fürst Bismarck's Antwort mit, dahin lautend, daß, obschon ein halbjähriger Waffenstillstand der deutschen Regierung annehmbar zu sein scheine und sie die Zustimmung Rußlands gewünscht haben würde, sie dennoch in Anbetracht ihrer bis dahin innegehabten Stellung es nicht für gerechtfertigt halten würde, einen Druck auf die Entschließung anderer Mächte auszuüben. Fürst Bismarck gab indeß anheim, daß vielleicht ein Waffenstillstand von sechs Wochen einige Hoffnung auf Annahme bieten könne."

„Bei diesem Zustande der Dinge," fährt der Bericht weiter fort, „da es augenscheinlich war, daß irgend welche Anstrengungen die Annahme des türkischen Vorschlages durch Serbien und Montenegro zu Stande zu bringen, durch die Haltung Rußlands unmöglich gemacht wurden, fühlte die englische Regierung, daß fernere Bemühungen ihrerseits nutzlos sein würden. Ich theilte deshalb dem russischen Botschafter mit, daß die englische Regierung nicht in der Lage sei, ihre Annahme des halbjährigen Waffenstillstandes rückgängig zu machen oder neue Vorschläge vorzubringen. Ich erwähnte indeß, daß die englische Regierung keinen Einwand gegen einen kürzeren Termin erheben würde, wenn die Pforte dem zustimme, daß sie aber die Pforte nicht dazu drängen wollte. Ich erfuhr seitdem durch Sir H. Elliot, daß die Pforte die russische Regierung benachrichtigt habe, sie stimme einem Waffenstillstand von 6 Wochen zu unter der Bedingung, daß, wenn die Verhandlungen nicht innerhalb jener Zeit zu Ende kämen, derselbe um einen gleichen Zeitraum und wiederum um zwei Monate, wenn die zweite Periode resultatlos verlaufe, verlängert werden solle."

Starke Rüstungen in Rußland.

---

31. Oktober. Russisches Ultimatum an die Pforte.

Der russische Botschafter Ignatieff an den auswärtigen Minister.

„Die Ereignisse, welche seit einem Jahre in einigen Provinzen des ottomanischen Reiches sich zugetragen und zum Kriege zwischen der Türkei und den Fürstenthümern Serbien und Montenegro geführt haben, konnten, nachdem dieselben bei der durch vielfache Bande und hundertjährige Traditionen mit der christlichen Bevölkerung der Balkanhalbinsel verbundenen russischen Nation lebhaftes Echo gefunden haben, das kaiserliche Kabinet nicht gleichgültig lassen. Seine Majestät der Kaiser hat die Sympathien seines Volkes getheilt und hat sich in Uebereinstimmung mit den anderen großen Kabinetten für Wiederherstellung der Ordnung und des Friedens verwendet. Da die Garantiemächte übereingekommen sind, als Grundlage der Pazifikation die Aufrechterhaltung des status quo ante in den Fürstenthümern Serbien und Montenegro aufzustellen, so begründen die von den türkischen Truppen gegenwärtig dort verfolgten militärischen Operationen ein unnützes Blutvergießen. Nachdem das Gemetzel in den letzten Tagen Verhältnisse angenommen, welche, ohne zu irgend welchem Resultate führen zu können, das Humanitätsgefühl verletzen, so kann der Kaiser, mein erlauchter Gebieter, angesichts der Verzögerung, welche die Verhandlungen über einen beschränkten Waffenstillstand (armistice restreint) erfahren, dasselbe nicht länger dulden. Der Unterzeichnete ist demnach beauftragt im Namen Sr. Majestät zu erklären, daß, wenn in zweimal vierundzwanzig Stunden nach Ueberreichung gegenwärtigen Schreibens ein effektiver und unbedingter Waffenstillstand

von sechs Wochen bis zu zwei Monaten, welcher alle Kämpfenden umfaßt, nicht abgeschlossen ist, und den Kommandanten der türkischen Truppen nicht peremptorische Weisung zur unverweilten Einstellung aller militärischen Operationen ertheilt wird, er Konstantinopel mit dem ganzen Personal der kaiserlichen Botschaft werde verlassen müssen."

1. November. Die Pforte bewilligt einen Waffenstillstand von zwei Monaten.

November. England beantragt Konferenzen der Großmächte in Konstantinopel.

Rußland's Absichten.

2. November. Aeußerungen des Kaisers Alexanders an den englischen Botschafter Lord Loftus bei einer Audienz in Livadia.

Lord Loftus an Lord Derby.

Se. Majestät sagte: die Pforte habe durch eine Reihe von Manövern alle Versuche des gesammten Europas zur Beendigung des Krieges und zur Sicherung eines allgemeinen Friedens vereitelt. Se. Majestät sagte dann, wenn Europa gesonnen wäre, sich diese wiederholten Zurückweisungen Seitens der Pforte gefallen zu lassen, so könne er es nicht länger mit der Ehre, der Würde oder den Interessen Rußlands vereinbaren. Er wünsche sehnlichst, sich nicht von dem europäischen Concerte zu trennen, aber der jetzige Stand der Dinge sei unerträglich und dürfe nicht länger fortdauern, und wäre Europa nicht bereit, mit Festigkeit und Thatkraft zu handeln, so müsse er es allein thun. Dann kam Se. Majestät mehr im Einzelnen auf seine Beziehungen zu England. Er bedaure, zu sehen, sagt er, daß in England noch ein eingebildeter Argwohn gegen die russische Politik und eine beständige Furcht vor russischem Vordringen und Erobern vorhanden sei. Er habe bei verschiedenen Gelegenheiten die feierlichsten Versicherungen gegeben, daß er keine Eroberung wünsche, daß er nach keiner Vergrößerung ziele, und daß er nicht den kleinsten Wunsch oder die mindeste Absicht habe, Konstantinopel zu besitzen. Alles, was über ein Testament Peters des Großen und über die Ziele Katharina's II. gesagt, oder geschrieben worden, sei Täuschung und Hirngespinnst; sie hätten niemals wirklich bestanden, und er betrachte die Eroberung Konstantinopels als ein Unglück für Rußland. Es sei nicht die Rede davon, noch bei seinem Vater die Rede davon gewesen, der im Jahre 1828, als sein siegreiches Heer vier Tagemärsche von der türkischen Hauptstadt gewesen, den Beweis geliefert habe.

Se. Majestät verpfändete sein heiliges Ehrenwort in der ernstesten und feierlichsten Weise, daß er nicht die Absicht habe, Konstantinopel zu erwerben, und daß, wenn die Nothwendigkeit ihn zur Besetzung eines Theiles der Bulgarei nöthigen sollte, Dieses nur vor-

läufig sein würde, bis Friede und die Sicherheit der christlichen Bevölkerung gefestigt sei. Se. Majestät wandte sich hier zu dem der britischen Regierung gemachten Vorschlag zurück, daß Bosnien durch Oesterreich, die Bulgarei durch Rußland besetzt werden und vor Konstantinopel eine Flottenkundgebung erfolgen solle, wo, wie er sagte, Ihrer Majestät Flotte die herrschende Macht gewesen sein würde. Dieses meinte Se. Majestät sollte ein genügender Beweis sein, daß Rußland keine Absicht auf Besetzung jener Hauptstadt habe. Se. Majestät könne nicht begreifen, wenn beide Länder einen gemeinschaftlichen Zweck hätten, nämlich die Erhaltung des Friedens und die Verbesserung der Lage der Christen — und wenn er jeglichen Beweis geliefert, daß er keinen Wunsch nach Eroberung oder Vergrößerung habe, weßhalb dann nicht ein völliges Einvernehmen zwischen England und Rußland sein sollte, ein Einvernehmen auf Grund einer Friedenspolitik, welche in gleicher Weise den wechselseitigen Interessen der beiden Mächte und denen Europa's im Allgemeinen wohlthätig sein würde. „Absichten", sagte Se. Majestät, „werden Rußland beigelegt auf eine künftige Eroberung Indiens und den Besitz Konstantinopels. Kann etwas abgeschmackter sein? Was das Erstere betrifft, so ist es eine vollkommene Unmöglichkeit; was das Letztere, so wiederhole ich abermals die feierlichsten Versicherungen, daß ich weder den Wunsch noch die Absicht habe."

Der Kaiser sagte dann, er wolle nun die allgemeinen Bemerkungen, die er gemacht, in die folgenden Punkte zusammenfassen: 1. der Waffenstillstand, welcher, wie er hoffe, angenommen worden sei; 2. der unmittelbare Zusammentritt einer Konferenz, deren Hauptzweck es sei, über die Einführung solcher Reformen in den drei Provinzen eine Einigung zu erzielen, welche die Interessen der christlichen Bevölkerungen schützen und ihnen diejenige Autonomie gewähren würden, welche für jenen Zweck erforderlich sei; und 3. daß die Pforte wirksame Garantien für Durchführung dieser Reformen gewähre. —

1. November. Aus der Thronrede bei Eröffnung des deutschen Reichstages:

„Die auswärtigen Beziehungen Deutschlands entsprechen, ungeachtet der augenblicklichen Schwierigkeiten der Lage, dem friedfertigen Charakter der Politik Sr. Majestät des Kaisers. Das angelegentliche Bestreben Sr. Majestät ist unabänderlich darauf gerichtet, gute Beziehungen mit allen Mächten und insbesondere mit den Deutschland nachbarlich und geschichtlich näher stehenden zu pflegen, und auch unter ihnen den Frieden, sofern er bedroht werden sollte, durch freundschaftliche Vermittelung zu erhalten. Was aber die Zukunft auch bringen möge, — Deutschland darf sicher sein, daß das Blut seiner Söhne nur zum Schutze seiner eigenen Ehre und seiner eigenen Interessen eingesetzt werden wird."

Zur Stellung Deutschlands.

8. November. Erklärungen des Staatssecretärs im auswärtigen Amte, Staatsministers von Bülow, im deutschen Reichstage.

Auf eine Rede des Abgeordneten Dr. Jörg.

„Der Redner wird selbst nicht erwartet haben, daß die Reichsregierung in diesem Augenblicke, so wie die Verhandlungen stehen und wie die ganze Sache liegt, auf alle Fragen durch eine Improvisation würde antworten können. Die Fragen sind dazu zu wichtig und zu weitgreifend, und überdies sind die Dinge, über die ich Rede und Antwort stehen müßte, wenn ich auf die einzelnen Punkte eingehen wollte, nicht unser, nicht des Reiches Eigenthum, sondern gehören uns befreundeten Mächten, uns nahe stehenden Regierungen, unseren Bundesgenossen zum größten Theile an. Sie kennen Alle diejenige Stellung, die Deutschland eingenommen hat; Sie kennen die Politik Sr. Majestät des Kaisers, wie sie in der Thronrede gekennzeichnet ist, eine Politik des Friedens, die sich nicht in andere fremde Angelegenheiten einmischen will, sondern nur Deutschlands Ehre und Deutschlands Interessen im Auge hat, auch bei Fragen, welche Deutschland nicht gleich, nicht unmittelbar berühren und berühren werden. Das ist die Politik des Reichs gewesen und sie wird es bleiben.

In diesem Augenblicke nun hat die in diesem Bestreben gemeinsame Politik aller europäischen Regierungen einen Punkt erreicht, der die besten Hoffnungen für die Zukunft giebt. Ich muß gestehen, daß ich den Eindruck gehabt habe, daß die Rede des Vorredners mehr auf den Zeitpunkt vor 8 bis 14 Tagen, als Europa sich in der Erschütterung des Ungewissen und in gespannter Erwartung befand, berechnet war, als auf heute, wo ein Waffenstillstand abgeschlossen ist, an dessen Zustandekommen Deutschland sein Theil in Anspruch nehmen kann, und wir schon ruhiger zusehen können, was die nächste Zukunft bringen wird. Jedenfalls liegt die Sache jetzt so, daß die ruhige Ueberlegung und friedliche Verhandlung nach allen Seiten hin möglich und ersprießlich sein wird.

Ich kann, wie gesagt, nicht auf alle Einzelheiten eingehen.

Ich kann nur sagen, daß die Stellung Deutschlands zu den übrigen, und zwar sowohl zu den zunächst befreundeten Mächten, wie zu allen anderen Mächten, die bei der Frage betheiligt sind, eine solche ist, die auf Freundschaft, auf Vertrauen und Achtung, auf bewährte Achtung und bewährtes Vertrauen gegründet ist, und dieses Verhältniß, diese Stellung, die wir haben, sich auch in allen denjenigen weiteren Verhandlungen und Ereignissen, die bevorstehen können, bewahren und bewähren werden. Eben darum aber kann ich, zumal in diesem Augenblicke, nichts Anderes sagen, als daß die Regierung sich vollkommen bewußt ist und bleiben wird, daß sie der Nation und ihren Vertretern Rechenschaft für ihre politische Haltung in dieser wie in allen anderen Angelegenheiten

schuldet, daß sie aber das Maß und die Zeit der bezüglichen Mittheilungen nach ihrer nicht ganz geringen Verantwortung bemessen muß. Ueber diejenigen Dinge, worüber Mittheilungen gemacht werden können, werden Mittheilungen erfolgen. Wenn nicht, so müssen wir das Vertrauen in Anspruch nehmen, was die Regierung Sr. Majestät des Kaisers in allen Verhältnissen, namentlich auch in der Leitung der politischen Angelegenheiten, einer Leitung, die Deutschlands Ehre, Deutschlands Ansehen und Macht begründete und förderte, bei Ihnen gefunden hat. Die Kaiserliche Regierung rechnet in dem, was hierüber in der Thronrede ausgesprochen ist, auf Ihr Vertrauen.

Es wird, wie dort gesagt, die Regierung Sr. Majestät des Kaisers Deutschland nur, wenn die eigene Ehre, die eigenen Interessen in Gefahr stehen, aufrufen.

Deutschland wird das Bollwerk des Friedens sein und bleiben, und, meine Herren, dieses Bollwerk wird um so fester sein, je mehr wir hoffen und vertrauen können, daß wir das Vertrauen der Nation, das Vertrauen ihrer Vertreter haben, verdienen und bewahren."

Zur Stellung Englands.

9. November. Aus der Rede des Ministerpräsidenten Lord Beaconsfields beim Lordmayors Bankett in London.

„Sobald ein Waffenstillstand vereinbart war, machte Ihrer Maj. Regierung Europa den Vorschlag, daß ein Kongreß zusammentreten möge, um diese Frage in Erwägung zu ziehen und jene Regelung herbeizuführen, welche alle Menschen von besonnener und gemäßigter Denkungsart in allen Ländern zu erzielen so besorgt sind. Es scheint uns, daß diese Konferenz auf einer breiteren Basis stattfinden sollte, als die, welche durch die bloße Versammlung von Diplomaten, die oft eine zu lokale und beschränkte Anschauung von Dingen und nicht immer, wie ich glaube, zur Pflege eines zu herzlichen Einvernehmens haben, gewährt werden würde. Um demnach in diese Konferenz etwas frischere und breitere Anschauungen zu bringen, haben wir vorgeschlagen, daß jede der Mächte bei dieser Gelegenheit durch einen außerordentlichen Botschafter, sowie durch den ständigen Botschafter vertreten sein sollte. Und zu diesem Zwecke hat Ihre Majestät geruht, meinen edlen Freund, den Marquis von Salisbury, zu ihrem Vertreter in der Konferenz zu ernennen, und ich bin autorisirt zu sagen, daß nunmehr sämmtliche Mächte beschlossen haben, sich an derselben zu betheiligen. — — —

Es giebt kein Land, das an der Erhaltung des Friedens so interessirt ist, als England. Friede ist speziell eine englische Politik. Es ist keine angriffslustige (aggressive) Macht, denn es ist nichts vorhanden, was es wünschen könnte. Es begehrt keine Städte, keine Provinzen. Aber, obwohl die Politik Englands der Frieden ist, giebt es kein Land, das so gut für einen Krieg vorberettet ist, wie das unsrige. Was es wünscht, ist das beispiellose Reich, das es aufgebaut hat, und das, wie es sich mit Stolz erinnert, eben so sehr durch Sympathie wie durch Macht existirt, aufrecht zu erhalten. Wenn es sich auf einen Kampf in einer gerechten Sache einläßt — und ich glaube nicht, daß England einen Krieg führen wird, ausgenommen für eine gerechte Sache — wenn der Kampf einer ist, der seine Freiheit, seine Unabhängigkeit oder sein Reich berührt, sind seine Hülfsquellen unerschöpflich. Es ist kein Land, das, wenn es sich auf einen Krieg einläßt, sich zu fragen hat, ob es einen zweiten oder einen dritten

Feldzug ertragen kann. Läßt es sich auf einen Feldzug ein, so wird es nicht eher endigen, als bis Gerechtigkeit geübt ist.

10. November. Ansprache des Kaisers Alexander an die Vertreter des Adels und der Stadtgemeinden in Moskau.

„Ich danke Ihnen für die Gefühle, welche Sie mir ausdrücken wollten anläßlich der gegenwärtigen politischen Verhältnisse, welche jetzt mehr aufgeklärt sind. Ich bin mit Vergnügen bereit, Ihre Adresse anzunehmen. Es ist Ihnen bereits bekannt, daß die Türkei meinen Forderungen des sofortigen Abschlusses eines Waffenstillstandes und der unnützen Metzelei in Serbien und Montenegro ein Ende zu machen, nachgegeben hat. Die Montenegriner zeigten sich in diesem ungleichen Kampfe wie immer als wahre Helden. Von den Serben kann man leider nicht dasselbe sagen, trotz der Anwesenheit unserer Freiwilligen in den serbischen Reihen, von welchen Viele für die slavische Sache ihr Blut vergossen haben. Ich weiß, daß mit mir ganz Rußland den lebhaftesten Theil an den Leiden unserer Glaubens- und Namensbrüder nimmt, für mich aber sind die wahren Interessen Rußlands am theuersten. Ich möchte bis aufs Aeußerste russisches Blut schonen. Das ist der Grund, weßhalb ich gestrebt habe und streben werde, auf friedliche Weise eine thatsächliche Verbesserung der Lage der Christen im Orient zu erlangen. In den nächsten Tagen beginnen in Konstantinopel die Verhandlungen zwischen den Vertretern der sechs Großmächte wegen Bestimmung der Friedensbedingungen. Mein heißester Wunsch ist, daß wir zur allgemeinen Uebereinstimmung kommen. Falls es aber nicht dazu kommt und ich sehen werde, daß wir solche Garantien, welche die Vollführung dessen, was wir mit Recht von der Pforte verlangen können, nicht erlangen können, habe ich die feste Absicht, selbstständig zu handeln. Ich bin überzeugt, daß in diesem Falle ganz Rußland meinem Rufe Folge leisten würde, wenn ich es forderte. Auch bin ich überzeugt, daß Moskau wie immer mit seinem Beispiel vorangehen wird. Gott helfe uns unseren heiligen Beruf durchführen."

Die Aussichten in der Konferenz in Konstantinopel.

9. November. Mittheilung des Staatssecretärs von Bülow.

„Euerer pp. beehre ich mich im Anschluß an meinen Erlaß vom 26. v. Mts. folgende weitere vertrauliche Mittheilungen über den Verlauf der Orientalischen Angelegenheiten zugehen zu lassen.

Wie Euerer pp. bekannt, war das Kabinet von St. Petersburg in Folge des Türkischen Vorschlages eines sechsmonatlichen Waffenstillstandes auf die ursprüngliche Verabredung der Mächte zurückgegangen, welche die Herstellung einer Waffenruhe von vier bis sechs Wochen zum Ziele hatte. General Ignatieff hatte demgemäß nach seiner Rückkehr auf den Constantinopler Posten die Bewilligung eines bedingungslosen Waffenstillstandes von kurzer Dauer mit großem Nachdruck als eine Forderung seiner Regierung geltend gemacht. Zwar erklärte sich die Pforte geneigt auf den Russischerseits vorgeschlagenen Termin von sechs bis acht Wochen

einzugehen, allein sie knüpfte ihre Zustimmung immer wieder an die Bedingung, daß von vornherein eine Reihe von zeitlich bestimmten Verlängerungsfristen stipulirt würden, deren Gesammtdauer schließlich wiederum einer Waffenruhe von fünf bis sechs Monaten gleich gekommen sein würde. Die russische Regierung glaubte diesem Vorschlage gegenüber auf der Forderung eines bedingungslosen, sechs- höchstens achtwöchentlichen Waffenstillstandes mit facultativer Verlängerung bestehen zu müssen und als die Verhandlungen sich weiter in die Länge zogen, benutzte General Ignatieff eine am 28. v. Mts. stattgehabte Privataudienz, um dem Sultan persönlich den Standpunkt seiner Regierung darzulegen und nochmals sehr nachdrücklich auf der Annahme der russischen Proposition zu bestehen. Die Folge dieses Schrittes war eine nochmalige Berathung der Sache durch einen außerordentlichen türkischen Ministerrath, der am 30. Oktober zusammen trat. Das Resultat dieser abermaligen Berathung ist in authentischer Form nicht bekannt geworden; dasselbe soll zwar den russischen Forderungen günstiger gewesen sein als die bisherigen Antworten der Pforte, allein eine unbedingte Gewährung des sechswöchentlichen Waffenstillstandes und eine zweifellose Zusage der Einstellung der Feindseligkeiten auf dem ganzen Kriegsschauplatze glaubte der russische Botschafter darin nicht erkennen zu können und schritt am 31. October zur Ueberreichung eines Ultimatums, in welchem er der Pforte den Entschluß seiner Regierung ankündigte: Den Botschafter und das gesammte Botschaftspersonal abzuberufen, falls nicht binnen 48 Stunden ein zweimonatlicher Waffenstillstand bewilligt und die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten verfügt sei. Euere pp. finden in den Anlagen den Text des russischen Ultimatums und der türkischen Antwort, welche eine unbedingte Zustimmung zu der russischen Forderung enthält und dem General Ignatieff noch in der Nacht des zweiten November notifizirt worden war. Serbien und Montenegro haben, wie zu erwarten stand, ihre Zustimmung zu dem Waffenstillstande ohne Weiteres erklärt und es sind die Feindseligkeiten in diesem Augenblicke auf allen Punkten eingestellt. Auf den Wunsch der Pforte sind Seitens der Pariser-Vertragsmächte militärische Sachverständige behufs Feststellung einer Demarcationslinie auf den Kriegsschauplatz entsendet worden und wird auch die Kaiserliche Regierung sich durch Delegirung zweier Generalstabsoffiziere an diesem Werke betheiligen.

Unmittelbar nach der Regelung der Waffenstillstandsfrage ist Russischerseits die Frage wegen definitiver Friedensverhandlungen in Anregung gebracht worden. Das Kabinet von St. Petersburg schlägt zu dem Ende zunächst Conferenzen der Botschafter in Constantinopel vor, welche als Basis ihrer Berathungen die bekannten Englischen Vorschläge aus dem September d. J., welche ich zu Euerer pp. Information hier in Abschrift ganz ergebenst beischließe, zu betrachten haben würden. Ueber die Ausführung und die näheren Modalitäten dieses Vorschlages schweben zur Zeit noch Unterhandlungen zwischen den Mächten, über deren Resultat ich mir weitere Mittheilung vorbehalte, sobald die Stellung aller Betheiligten deutlich erkennbar sein wird. Ich darf dabei schon jetzt hervorheben, daß die Kaiserliche Regierung, wie sie bisher bemüht gewesen ist, jede friedliche Lösung der obwaltenden Verwickelungen zu begünstigen, so auch gern bereit sein wird sich an Botschafter-Konferenzen in Konstantinopel unter Zugrundelegung des Englisch-Russischen Programms zu betheiligen, voraus-

1876.

gesetzt, daß unter den ihr befreundeten Kabinetten eine Einigung in dieser Frage erzielt wird.

Euere pp. ersuche ich ganz ergebenst dem dortigen Herrn Minister der auswärtigen Angelegenheiten von dem Inhalte des vorstehenden Erlasses und seiner Anlagen gefälligst vertraulich Kenntniß zu geben und dabei weitere Mittheilungen über die Lage der Dinge im Orient in Aussicht zu stellen.

18. November. Weitere Mittheilungen des Staatssecretärs von Bülow.

Im Verfolg meines Erlasses vom 9. d. M. beehre ich mich Euerer pp. folgende weitere vertrauliche Mittheilungen über den Verlauf der Orientalischen Angelegenheiten zugehen zu lassen.

Nachdem durch die Annahme des Russischen Ultimatums Seitens der Pforte eine thatsächliche Waffenruhe auf dem Kriegsschauplatze eingetreten, waren, wie Euerer pp. aus dem Eingangs erwähnten Erlasse bekannt ist, die Garantiemächte übereingekommen, militärische Delegirte behufs Festsetzung einer Demarcationslinie nach Serbien und Montenegro zu entsenden. Von den Botschaftern in Konstantinopel war inzwischen die in Abschrift hier beifolgende Instruction für diese Delegirten ausgearbeitet worden, welche als Richtschnur für die militär-technischen Arbeiten derselben zu dienen hat, und haben nach Feststellung dieser Instruction die zur Theilnahme an dem Demarcationswerke diesseits commandirten Offiziere, Oberstlieutenant von Mantey und Oberstlieutenant von Seebeck vom großen Generalstabe, ihre Reise nach dem Kriegsschauplatz angetreten. Ersterer wird zum 20. d. M. in Alexinatz eintreffen, letzterer ist bereits am 15. in Ragusa angekommen.

Inzwischen haben auch die wegen des Zusammentritts einer Konferenz in Konstantinopel zwischen den Kabinetten geführten Verhandlungen, wenigstens hinsichtlich des Programmes der Friedensberathungen, einen vorläufigen Abschluß gefunden. Zwar steht die Entschließung der Pforte in diesem Augenblicke noch aus und ist namentlich auch über die Frage: inwiefern die türkische Regierung an den Berathungen Theil zu nehmen habe, eine Entscheidung noch nicht getroffen; dagegen ist ein allgemeines Einverständniß darüber erzielt worden, daß die so genannten englisch-russischen Friedensvorschläge als Basis der Konferenz-Berathungen zu dienen haben. Euere pp. kennen den wesentlichen Inhalt dieser Vorschläge aus meinen früheren Mittheilungen; die neueren Verhandlungen haben indeß zu einer präciseren Formulirung derselben geführt, wie solche aus der in Abschrift hier beifolgenden Depesche Lord Derby's an den hiesigen Königlich Großbritannischen Botschafter vom 4. d. M. ersichtlich wird. Ich füge dieser Depesche auch Abschrift der darin in Bezug genommenen älteren Actenstücke bei, und sind Euere pp. damit in den Stand gesetzt, der dortigen Regierung das vollständige Material bezüglich des Konferenz-Programms vorzulegen. Gleichzeitig schließe ich eine Abschrift des neuesten russischen Circulars vom 1/13 November bei, wie dasselbe gestern von dem russischen Botschafter hier mitgetheilt worden ist.

So ernst und schwierig auch die Lage der Dinge im Orient in diesem Augenblicke noch ist, so darf die Kaiserliche Regierung doch der Hoffnung

nicht entsagen, daß das Einverständniß, welches in Hinsicht auf das Konferenz-Programm glücklicher Weise erzielt worden ist, den Ausgangspunkt für eine friedliche Lösung der schwebenden Verwickelungen bilden werde. Die Kaiserliche Regierung ist während der jüngsten Verhandlungen unablässig bemüht gewesen, in diesem Sinne zu wirken und die Schwierigkeiten auszugleichen, welche sich aus der Verschiedenheit des Standpunktes der bei der Orientalischen Krisis directer betheiligten Mächte ergeben haben. Sie wird auch während der Konferenzberathungen ihre Aufgabe darin suchen, an dem Drei-Kaiser-Bündniß und der dadurch bedingten engeren Verständigung mit Oesterreich und Rußland in allen sich darbietenden Fragen festzuhalten und gleichzeitig ihre guten Beziehungen zu den übrigen Mächten, insbesondere dem Kabinet von London, dazu benutzen, um einem friedlichen Ausgleich die Wege zu bahnen. Welches aber auch der Ausgang der bevorstehenden Berathungen sein möge, so werden für unser ferneres Verhalten den Ereignissen gegenüber die Gesichtspunkte maßgebend bleiben, welchen Seine Majestät der Kaiser, unser Allergnädigster Herr, in der jüngsten Thronrede Ausdruck gegeben hat.

Euere pp. ersuche ich ganz ergebenst dem dortigen Herrn Minister der auswärtigen Angelegenheiten von vorstehendem Erlasse und seinen Anlagen vertraulich Kenntniß zu geben und dabei weitere Mittheilungen in Aussicht zu stellen.

20. November. Lord Salisbury geht über Paris, Berlin, Wien und Rom nach Konstantinopel.

22. u. 23. November. Konferenzen Lord Salisbury's mit Fürst Bismarck.

23. November. Von der Audienz Lord Salisbury's beim deutschen Kaiser.

Lord Salisbury an Lord Derby.

„Ich hatte die Ehre heute vom Kaiser empfangen zu werden. Se. Majestät sprach die ernste Hoffnung auf Erhaltung des Friedens aus und sagte, daß er zu diesem Zwecke all seinen persönlichen Einfluß auf den Kaiser von Rußland geltend gemacht habe und weiter geltend machen wolle. Se. M. äußerte seine Ansicht dahin, daß die Richtung der Politik des Kaisers Alexander demselben durch die Verhältnisse und durch die Unterdrückung der Glaubensgenossen seines eigenen Volkes unter dem türkischen Gesetz auferlegt sei. Er sprach jedoch das Vertrauen aus, daß durch die Bewilligung verständiger Reformen in der Verwaltung der türkischen Provinzen und zugleich durch Bürgschaften für die Ausführung derselben, die Nothwendigkeit einer Occupation türkischen Gebiets vermieden werden würde. Se. Majestät hob hervor, daß es für Europa nicht möglich sei, länger leere Versprechungen Seitens der Türkei hinzunehmen, daß es vielmehr unerläßlich sei, ausreichende Garantien gegen die Fortsetzung der Uebel, unter welchen die Christen in der Türkei zu leiden haben, festzustellen. Ich versicherte Se. M., daß es durchaus die

Absicht der Regierung der Königin sei, auf solchen Garantien zu bestehen, gleichzeitig aber sagte ich, daß zu besorgen sei, daß eine Besatzung türkischen Gebietes zum Krieg führe, und daß die Ausdehnung eines solchen Krieges nicht vorher zu sehen sein würde."

1. Dezember. Nachtisch-Aeußerungen des Fürsten Bismarck über die orientalische Frage.

Die „Kölnische Zeitung" berichtet: „Gestern hatte Fürst Bismarck den gesammten Vorstand des Reichstages zu Tische geladen. Es waren ungefähr zwanzig Gedecke, und unter den Gästen alle Fractionen vertreten. Nach aufgehobener Tafel blieb die Gesellschaft noch bis 10 Uhr beisammen; der Reichskanzler reichte die Pfeifen und war in seiner besten Laune. Ueber die orientalische Frage hielt er einen Vortrag, der gegen ¾ Stunden währte. Was so Vielen gesagt wurde, kann nicht unter dem Scheffel verborgen bleiben und ist auch wohl nicht dazu bestimmt. Der Fürst selbst bemerkte: er werde sich bei der dritten Lesung der Justizgesetze im Reichstag über die orientalische Frage aussprechen in demselben Sinn, aber natürlich in weniger bestimmter Weise. Er begann damit, daß die Stelle der Thronrede über die Mächte, mit denen Deutschland durch Lage und Geschichte am nächsten verbunden sei, mißverstanden worden. Es sei nicht bloß Rußland und Oesterreich, sondern auch England gemeint gewesen. Scherzhaft bemerkte er: es sei schon schwer sich zwischen zwei Stühlen niederzulassen, und nun vollends zwischen dreien! An der Erhaltung des Friedens sei noch nicht zu verzweifeln. Sollte es aber zum Kriege kommen, wie es allerdings scheine, so würden Rußland und die Türkei wohl nach einiger Zeit desselben müde werden und Deutschland dann mit mehr Aussicht auf Erfolg vermitteln können als jetzt. Gegenwärtig einen Rath an Rußland zu ertheilen, sei mißlich. Er entwickelte die Gründe dafür und bemerkte namentlich: die Folge eines solchen Rathes würde sein, die russische Nation zu verstimmen und das sei schlimmer als eine vorübergehende Differenz mit einer Regierung. Was er über England bemerkte, wurde so verstanden, daß der Reichskanzler hoffte, daß England keinesfalls offenen Krieg mit Rußland führen werde, sondern höchstens einen officiösen, wie Rußland in Serbien. Ueber Oesterreich sprach sich Fürst Bismarck sehr sympathisch aus. Wenn auch Oesterreich mit in den Krieg gezogen werden sollte, wenn Gefahren für dessen Bestand sich zeigen sollten, so sei es Deutschlands Beruf, für den Bestand Oesterreichs und überhaupt im Großen und Ganzen für den der jetzigen Landkarte einzustehen. Deutschland werde seine volle Uneigennützigkeit zeigen, und sei die Blei-Garnirung, welche die Figur immer wieder zum Stehen bringe. Oesterreich habe übrigens eine große Lebenskraft, eine größere als manche meinten. Das habe er auch dem Lord Salisbury bemerkt, und dies werde sich zeigen, wenn Kaiser Franz Joseph unter Umständen selbst sich an seine Völker wenden sollte. Von einer Besetzung der Bulgarei habe er in der ihm zugeschriebenen Weise kein Wort zu Salisbury gesprochen. Das ist es, was man ohne Indiscretion aus den Äußerungen des Fürsten Bismarck mittheilen kann."

Aus den Berichten über die Aeußerungen zieht die „Allgem. Augsb. Zeitg." nachfolgendes Resultat: „Die Aeußerungen des Fürsten Bismarck

werden in der öffentlichen Meinung Deutschlands aufrichtiger Zustimmung begegnen und ihren Wiederhall in ganz Europa finden. Nicht als ob man im Ernst je Zweifel darüber hätte haben können, wie der Reichskanzler die Interessen Deutschlands in der schwebenden Frage auffassen werde; aber bei einer Frage, welche schon so lange die öffentliche Meinung mit Aufregung und Besorgnissen erfüllt, verlangte diese gleichwohl erwartungsvoll nach dem Worte, welches letzte Zweifel zerstreuen, vertrauensvolle Annahmen und Voraussetzungen bestätigen und überhaupt Licht in die Lage bringen würde. Allerdings hat die Thronrede zur Eröffnung des Reichstags die schwebenden Verwicklungen berührt, aber es war ihr nicht der Kommentar aus dem Munde gefolgt, welcher ihr competentester Ausleger ist. Fürst Bismarck hat jetzt zunächst in vertraulicher Weise diesen Kommentar folgen lassen, und er hat ferner in Aussicht gestellt, daß er denselben im Reichstag in noch feierlicherer Form wiederholen werde. Die Politik Deutschlands läßt sich darnach kurz also zusammenfassen: Deutschland sucht vor allem den Frieden zu erhalten; wenn dennoch der Krieg ausbricht, denselben zunächst zu localisiren; wenn sein Verlauf die Lebensinteressen Oesterreichs bedrohen sollte, für Oesterreich einzutreten."

6. Neue Konflikte in Konstantinopel.

Deutschlands Stellung zu Rußland und zur orientalischen Frage.

1876. 6. Dezember. Rede des Fürsten **Bismarck** im Reichstage auf die Interpellation des Abgeordneten Richter (Hagen) dahin lautend:

„Durch einen vor wenigen Tagen erlassenen Ukas hat die russische Regierung angeordnet, daß von Neujahr ab die Eingangszölle in Goldmünze zu entrichten sind. Diese Maßregel, welche einer sehr beträchtlichen Erhöhung der Zölle gleichkommt, ist geeignet, den ohnehin durch die bisherige russische Zollpolitik überaus beschränkten Waarenaustausch mit Rußland noch mehr zu beeinträchtigen und dadurch die wirthschaftlichen Interessen auch des Deutschen Reiches schwer zu schädigen.

Ich richte daher an den Herrn Reichskanzler die Frage: Was gedenkt der Herr Reichskanzler zum Schutze der deutschen Industrie in dieser Angelegenheit zu thun?"

[Die russische Zollpolitik; die Stellung Deutschlands zur russischen Politik und die Fortschrittspartei; was Rußland von uns verlangt und was es nicht verlangt; — Deutschland und der europäische Frieden.]

„Als ich die Interpellation zuerst zu Gesicht bekam und ihren Wortlaut las: „Was beabsichtigt der Reichskanzler in dieser Frage zu thun?" so kam mir der Gedanke, ob ich nicht eine in wirthschaftlichen Fragen sehr viel gewiegtere Autorität, wie dieses der Herr Vorredner ist, darüber um Rath fragen sollte, ob er vielleicht ein Mittel wüßte. Ich hatte einen Rath erwartet, wenigstens eine Andeutung von dem, was seiner Meinung nach die Regierung thun könne. Ich bin aber, nachdem ich ihn bis zu Ende gehört habe, zweifelhaft geworden, ob er seinerseits überhaupt glaubt, daß sich irgend etwas thun ließe, und nicht die Interpellation eben den Zweck hat, eine kritische Lage zu benutzen, um die Regierung in eine gewisse Verlegenheit zu versetzen. Ich bin mit dem Vorredner der Ueberzeugung, daß die russische Regierung sich mit ihrer Zollpolitik auf einem Wege befindet, von dem sie früher oder später wird zurückkehren müssen. Ich muß bedauern, daß eine in dem Maße mit uns befreundete Regierung eine derartige Wirthschaftspolitik betreibt; ich wünschte, ich könnte sie überzeugen. So lange sich aber die russische Regierung nicht durch die Russen selbst wird überzeugen lassen, so lange wird ein fremder Minister, der immerhin als Interessent verdächtig ist, darüber eine geringere Autorität haben, als

der unbetheiligte Russe und andere, die dieses Ziel seit langer Zeit ohne Erfolg erstreben. Wir können jetzt die russische Regierung ebenso wenig hindern, als wir damals die nordamerikanischen Freistaaten gehindert haben, und bei der Gelegenheit ist von keiner Seite der Regierung die Zumuthung gemacht worden, irgend etwas zu thun. — — — Wenn wir uns auf Repressalien einlassen wollten, so hat der Vorredner die Regierung schon gänzlich entwaffnet, indem er alle Andeutungen, die sie Rußland gegenüber machen könnte, schon kreditlos gemacht hat durch seine Aeußerung, derartige Maßregeln würden bei uns nicht durchzubringen sein. Er hat vielleicht Recht; aber durch solche Ausposaunungen wird eine Regierung, der man eine Leistung zumuthet, in ihren Retorsionsmitteln vollständig gelähmt. Ich weiß aber auch nicht, ob der Vorredner darin vollständig Recht hat, ob nicht unter Umständen ein Retorsionszoll die Billigung des Reichstages und des Bundesrathes finden könnte. Wenn das von Hause aus so ganz unmöglich wäre, so bitte ich, lassen Sie uns doch auch mit solchen Zumuthungen zufrieden. Ich wüßte nicht, womit wir die russische Zollpolitik überreden sollten und womit ich, außer etwa durch die Andeutung eines Verbots, Eindruck machen könnte, wenn es so ganz unmöglich ist, unter Umständen auf 165 Millionen für Getreide und 100 Millionen für Holz einen Gegenzoll zu legen, der etwa den Kostenunterschied aufwiegt, den der russische Handel tragen würde, wenn er seinen ganzen Absatz von dem gewöhnlichen Wege über Danzig und Schlesien auf Riga und Wilna übergehen lassen müßte. Unser Zwischenhandel würde dadurch freilich wesentliche Verluste erleiden, ich würde aber solchen Zustand nur als einen vorübergehenden und einen solchen Zoll nur als einen Kampfzoll betrachten. Ich bin weit entfernt davon, Ihnen einen Vorschlag in dieser Richtung zu machen, namentlich wenn derjenige, von dem man derartige Vorschläge verlangt, von Hause aus dem Inlande als Dilettant bezeichnet wird, und dem Auslande als Einer, der sich mit Ideen beschäftigt, die er zu Hause nie durchsetzen könnte. Wozu sollte er sich dann weiter bemühen. Ich schiebe die Verantwortung für das etwaige Mißlingen von Verhandlungen, die in der That schweben, lediglich dem Vorredner zu und überlasse ihm, sich deshalb mit den betheiligten Kreisen auseinanderzusetzen. Ich kann nur konstatiren, daß er durch seine Interpellation und die Art seiner Motivirung die Aussicht auf einen günstigen Erfolg wesentlich geschädigt hat. Wenn man die Regierung in solcher Weise interpellirt und zu einer eingehenden Antwort nöthigt, so bereitet man ihr lediglich Verlegenheiten schon deshalb, weil die Uebertreibung dessen, was erwartet und verlangt wird, den auswärtigen Minister immer bis zu einem gewissen Grade nöthigt, den Advokaten derjenigen Regierung zu machen, gegen welche die Aeußerungen gerichtet sind.

Der Vorredner hat zuletzt die politische Seite der Frage in den Vordergrund gestellt, nachdem er zuerst die Möglichkeit, daß diese Zollfrage uns etwa bewegen könnte, bei einem möglicherweise ausbrechenden russisch-türkischen Kriege uns auf die Seite der Türken zu stellen und Rußland anzugreifen, von der Hand gewiesen hat. Darüber bin ich recht froh, bemerke ihm aber, daß er wegen eines gewissen Dilettantismus den Zusammenhang der Abstufungen zwischen Freundschaft, Kälte, Verstimmung, Zwistigkeit der Gegenwart und der Zukunft doch nicht recht klar gemacht hat. Wenn man zur unrechten Zeit einer Macht, die sich in ge-

spannter Situation befindet, einen Stock zwischen die Räder schiebt, so ist es möglich, daß der Stock für den Augenblick wirkt, aber der Kutscher des Wagens merkt sich dann den, der den Stock dazwischen geschoben hat, und es ist immerhin möglich, daß das, was dem Herrn Vorredner jetzt ganz unverfänglich scheint, der erste Anfang und der Keim wird zu einer Verstimmung, die allmälig immer weiter greift. Mir ist als einem Pfleger des Friedens die Interpellation, die der Herr Redner gestellt hat, in meinem Werke unzweifelhaft hinderlich und im höchsten Maße unbequem, ich glaube auch nicht, daß er sie gestellt hat, um mir förderlich zu sein und meine Aufgabe bequem zu machen. Wenn er aber in einem Augenblicke, wo meine Aufgabe und meine Arbeit notorisch auf Erhaltung des Friedens gerichtet ist, sie mir unbequem macht, mir vielleicht den Keim zu einer künftigen Verstimmung mit befreundeten Mächten zuschiebt, so dient er den Leuten schlecht, denen er mit seiner Interpellation angeblich nützen will, indem wir, wenn wir den russischen Grenzzoll vielleicht durch einen Streit erwiedern, was sehr unwahrscheinlich ist, Stimmungen vorbereiten, die demnächst eine von den Ursachen werden, die einmal dazu führen, nicht jetzt, aber später, in die freundschaftlichen Beziehungen zwischen uns und Rußland eine Störung zu bringen. Er will den Krieg nicht, nun ich glaube, auch die Herren, in deren Interesse er sprach oder zu sprechen vorgab, werden darüber einig sein, daß sie lieber noch eine gesperrte Zollgrenze, als eine für die feindlichen Truppen geöffnete haben wollen, daß sie lieber ein abgesperrtes Land, als der Kriegsschauplatz sein wollen. Es ist sehr wohlfeil zu sagen, daß man den Krieg nicht will, es fragt sich nur, inwieweit schädigt der Herr Vorredner durch seine Interpellation die Bemühungen, den Frieden auf lange Dauer zu wahren.

Ich habe schon aus einer früheren Diskussion, der ich hier nicht beigewohnt habe, mit einer gewissen Verwunderung entnommen, daß von einigen Seiten im Hause unsere jetzige Politik wegen ihres erkennbaren Wohlwollens für Rußland für zu friedfertig gehalten wurde. Es wurden uns andere Zwecke als Ideale aufgestellt, und uns vorgehalten, daß wir die große Macht, die in die Hände des deutschen Kaisers gelegt sei, nicht zu Zwecken benutzen, die in ihrer letzten Perspektive am Ende doch eine kriegerische Entwickelung erblicken lassen, und uns eine Haltung zugemuthet, die, wenn wir nicht ganz in die Luft und in den Wind gesprochen haben wollten, doch dazu führen kann, daß Krieg ausbricht. Man hat eben in allen diesen Fragen nicht immer das sachliche, sondern von mancher Seite das aufgesucht, was die Regierung augenblicklich schädigen und ihr Verlegenheit bereiten konnte. Vor anderthalb Jahren war der unbegründete Vorwurf, wir suchten Krieg und Händel, und jetzt, nachdem eine solche Unwahrheit in der ganzen Welt keinen Glauben mehr finden würde, beschuldigt man uns des Gegentheils, wir wären zu friedfertig und machten von der Macht, die wir hätten, nicht den richtigen Gebrauch. Einstweilen ist der Moment, davon Gebrauch zu machen, nicht gekommen, und so Gott will, wird er für uns überhaupt nicht kommen.

Der Herr Vorredner befindet sich, wie so mancher Andere in dem Irrthum, daß er glaubt, Rußland verlange von uns im Augenblick große Gefälligkeiten und Dienste; das ist durchaus nicht der Fall. Er hat an-

gedeutet, als wenn Rußland mit Eroberungen umginge und sein Ländergebiet erweitern wollte, und er hat auf die Gefahr für unseren Handel und Verkehr hingewiesen, die daraus entstehen würde, wenn die russische Zollsperre mit der Erhöhung des Goldzolles nun noch auf andere bisher nicht russische Länder Anwendung finden sollte. Diese Aussicht liegt gar nicht vor, daß Rußland irgend welche Eroberungen beabsichtigt. Wenn mir der Herr Vorredner dafür den Beweis liefern könnte, so würde die ganze Politik des übrigen Europa vielleicht eine andere Gestalt annehmen und er würde, wenn er das wirklich weiß, vielleicht mancher anderen Regierung einen großen Dienst erweisen, damit dergleichen Pläne rechtzeitig verhindert würden.

Bis jetzt liegt nichts weiter vor, als die feierliche Versicherung des Kaisers Alexander, die auf Veranstalten der russischen Regierung bekannt gemacht worden ist, daß er seinerseits auf Eroberung und Erwerb verzichten wolle. Und ich weiß nicht, wer ein Recht hat, den Versicherungen dieses Monarchen namentlich in unserem Lande, dem er immer ein wohlwollender Freund und Nachbar gewesen ist und von dem Niemand behaupten kann, daß er uns je in irgend einer Richtung seine Zusage nicht auf das Vollständigste gehalten hat, entgegenzutreten, und dieser Sachlage gegenüber nun plötzlich dem Publikum den Verdacht unterzuschieben, als handle es sich für Rußland um Eroberung neuer Provinzen, bei der wir eine gewisse Konnivenz leisten. Rußland verlangt von uns gar nichts, wofür wir unsererseits irgend einen Preis fordern könnten, Rußland verlangt von uns gar nichts, als auf einer friedlichen Konferenz unsere Mitwirkung zu einem Zwecke, der auch der unsere ist, nämlich zu einer besseren Stellung der Christen der europäischen Türkei und zur Herbeiführung von Zuständen, bei denen solche Vorgänge, wie die Metzeleien der Tscherkessen in Bulgarien, nicht mehr zu den Wahrscheinlichkeiten gehören, kurz eine Sicherstellung der christlichen Unterthanen der Pforte gegen eine Behandlung, die sich mit den heutigen Rechtszuständen in Europa nicht vertragen und über deren Abstellung ganz Europa einig gewesen ist; es hat nur nicht die richtige Form finden können, diese Einigkeit wirksam zu machen. Hierüber sind wir aber mit Rußland in Bezug auf den Zweck der Konferenz einig; wir handeln also im eigenen Interesse, aus Sympathie für unsere Glaubensgenossen gleichzeitig aber auch in einem civilisatorischen Kulturinteresse; es ist dies gewissermaßen ein Theil des Kulturkampfes. Sollten wir dafür von Rußland eine Kompensation verlangen? Das wird der Vorredner selbst nicht fordern.

In der augenblicklichen Sachlage liegt die Möglichkeit sehr nahe, daß trotz der Uebereinstimmung diese Konferenz resultatlos verläuft, und es ist nach den Erklärungen der russischen Regierung für diesen Fall die Wahrscheinlichkeit sehr nahe gelegt, daß Rußland auf eigene Hand vorgehen würde, um mit den Waffen der Pforte abzukämpfen, was sie friedlich nicht bewilligen will. Für diesen Fall verlangt Rußland keinen Dienst von uns, sondern nur unsere Neutralität, was vollständig in unserem Interesse liegt. Sollen wir Rußland gegenüber ein Veto

einlegen, einen Zweck zur Ausführung zu bringen, den wir selbst als den unsrigen mit erkennen, und von dessen Ueberschreitung seitens Rußlands wir keinen Beweis haben? Wir können doch unmöglich in dem Augenblicke, wo Rußland für unsere gemeinschaftlichen Zwecke seine Kräfte in Bewegung setzt, unsere Truppen an die Grenze schicken, und ihm dies unsererseits verbieten; eine solche Thorheit würde der Vorredner uns doch nicht zumuthen wollen. Es geht aber logisch ganz klar hervor, daß Rußland an uns gar keine Ansprüche macht, für die wir irgend eine Erwiederung verlangen könnten. Wenn wir diese dadurch haben wollten, daß wir das politische und wirthschaftliche Gebiet vermengen wollten, zu welchen Ungeheuerlichkeiten kommen wir dadurch? Es würde das geradezu an die Vorgänge erinnern, die Sie von Inhabern gewisser Geschäfte auf dem Mühlendamm hier in Berlin gehört haben, daß sie Händel suchen mit denjenigen, die von ihnen nicht kaufen wollen. Daß man auf solche Weise Händel mit Rußland suchen könnte, weil es nicht von uns kauft, wird Niemand verlangen. Ich könnte Ihnen noch näherliegende Beispiele anführen. Nehmen Sie an, daß in dem Momente, wo wir kriegerisch beschäftigt gewesen sind, oder wo uns kriegerische Verwickelungen drohten, Rußland uns gesagt hätte: ich will euch wohlwollend behandeln, wenn Ihr mir die Unbequemlichkeit abnehmt, daß Ihr die Rinderpestsperre aufhebt! Wäre das nicht eine Politik gewesen, die man, als einer großen Nation unwürdig, allgemein verurtheilen würde?

Wenn Rußland wirklich in einer so kritischen Lage wäre, daß es unsere Hilfe gebrauchte, und wir wollten uns vermiethen für den Preis einer Zollconcession, wer kann uns dafür bürgen, daß wir nicht in drei Jahren in eine ähnliche Lage kommen können, um Rußlands freundnachbarliche Hilfe zu brauchen und nun Rußland durch Concessionen in Zollsachen unsererseits seine politische Hilfe balanciren zu müssen. Politische und wirthschaftliche Verhältnisse lassen sich nicht vermischen.

Wenn die Tendenz dieser Interpellation vielleicht darin bestanden hat — ich erinnere mich ja ähnlicher Reden vor etwa 14 Jahren, als die polnische Insurrection war und von unserer Convention mit Rußland so sehr viel die Rede war, und wo man ebenfalls die Tendenz hatte, uns mit Rußland zu brouilliren — die Herren werden vielleicht noch heute überzeugt sein, daß sie damals das Richtige thaten — vielleicht auch nicht, ich bin jedenfalls vom Gegentheil überzeugt. Aber damals wie jetzt habe ich den Eindruck gehabt, daß derartige Interpellationen und Diskussionen nicht im Stande sind, unsere guten Beziehungen mit Rußland zu verwirren. Es ist richtig, einige Parteien bei uns sind Rußland abgeneigt, aus Gewohnheit, aus Erbschaft, aus Erinnerung, andere aus inneren Interessen, weil die russische Regierung auf confessionellem Gebiet nicht ihren Interessen nachgiebt. Aber bemühen sich die Herren, wie sie wollen, ich gebe Ihnen die Versicherung, so lange wir auf diesem Flecke stehen, wird es Ihnen nicht gelingen, unsere guten und innigen und soliden Beziehungen zu Rußland zu stören und in unsere erprobte hundertjährige Freundschaft einen Riß zu machen. Dazu gehören stärkere Leute wie Sie, stärkere wie ich, dazu gehört die Kaiserlich russische Regierung selbst, und Keiner von dieser hat die Absicht. Ich spreche damit nicht nur meine persönliche Ueberzeugung, sondern, wie ich bestimmt weiß, auch die Ansicht der verbündeten Regierungen und namentlich Sr. Majestät des Kaisers

1876.

selbst aus. Die Herren, die diese Trübung unserer Beziehung zu Rußland zum Bedürfniß haben, sind vom Ziele weit entfernt, denn das Bündniß, was die drei Kaiser auf längere Zeit vereinigt, besteht in voller Wirkung, und ich kann versichern, daß das Verhältniß zwischen Rußland und Oesterreich von jeder Trübung weit entfernt ist. Ich bin vollkommen in der Lage, zu versichern, denn wir sind darüber sehr genau unterrichtet, daß das Dreikaiserbündniß noch heute seinen Namen im vollsten Maße verdient und in voller Stärke besteht.

Man würde aber fehlgehen, wenn man daraus schließen wollte, daß das Dreikaiserbündniß in sich eine Spitze gegen die dritte der hauptsächlich in der orientalischen Frage betheiligten Mächte, gegen England zu bilden bestimmt ist. Wir haben mit England nicht minder wie mit Rußland die Tradition hundertjähriger guter Beziehungen, die ja mitunter auf dem öffentlichen Gebiete Momente der Entfremdung gehabt haben, ich kann wohl sagen, einseitig auf englischer Seite; wir sind unserer Neigung fast durchgängig treu geblieben.

Wenn der Vorredner eine von ihm als Gerücht bezeichnete Aeußerung von mir anführte, in dem ganzen Orient stecke für uns kein Interesse, das so viel werth sei, wie ein pommersches Rittergut, so ist das irrthümlich. Es ist immer an solchen Legenden ein Stückchen Wahrheit und ein Bissele Falschheit dabei. Ich habe gesagt, ich werde zu irgend welcher aktiven Betheiligung Deutschlands nicht rathen, so lange in dem ganzen Streite für Deutschland kein Interesse in Frage steht, welches auch nur die gesunden Knochen eines einzigen pommerschen Musketiers werth wäre. Ich habe damit ausdrücken wollen, daß wir mit unseren Landsleuten und Soldaten sparsamer sein müßten, als daß wir sie für eine Politik einsetzen, für die wir kein Interesse haben. Wir sind hier allerdings die Mindestbetheiligten, vielleicht ist Frankreich ebenso wenig betheiligt; von den übrigen betheiligten Mächten, mit denen wir in ungetrübter Freundschaft stehen, kann man das nicht so absolut sagen, insoweit für sie die Dinge doch eine solche Gestalt annehmen können, welche die türkischen Interessen zu einheimischen, zu englischen und russischen Interessen machen. Sie sind eben darin in einer anderen Lage als wir, wenn die jetzige orientalische Frage, so weit sie sich übersehen läßt, und nicht überhaupt auf Konjekturen und Phantasien beruht, für uns überhaupt meinem Urtheile nach keine Kriegsfrage enthält, so enthält sie doch sehr wohl die Aufforderung zu einer außerordentlich vorsichtigen Politik, die sich den andern Mächten durch ihr Wohlwollen und ihre Friedensliebe empfiehlt, weil sie dadurch keins ihrer Interessen verletzt.

Mein Bestreben und meine mir von Sr. Majestät dem Kaiser gestellte Aufgabe ist: in dem diplomatischen Verkehr dahin zu wirken, daß womöglich die guten Beziehungen, in denen wir zu den drei nächstbetheiligten Mächten stehen, ungetrübt oder doch möglichst wenig getrübt aus dieser Krisis hervorgehen mögen, daß wir sie pflegen sollen, wie wir sie können. Es könnte uns nur dadurch diese Aufgabe verdorben und gestört werden, wenn irgend einer unserer Freunde von uns verlangte, unsere stärkere Freundschaft zu ihm dadurch zu bethätigen, daß wir den anderen Freund, der uns ebenfalls nichts gethan hat, der im Gegentheil unser Freund bleiben will,

feindlich behandeln und unsere stärkere Liebe durch Haß gegen den anderen beweisen sollen.

Ich bin aber nicht des Glaubens, daß man uns solche Zumuthungen machen werde; bis jetzt sind sie uns von keiner Seite gemacht worden. Im Gegentheil, unsere Allen gegenüber freundschaftliche und wohlwollende Stellung ist von jedem Einzelnen gewürdigt worden. Man hat dieselbe ganz natürlich gefunden und uns mit jeder unbilligen Zumuthung verschont. Man weiß die Nützlichkeit unserer Stellung zu schätzen; denn wir haben die Möglichkeit, unbetheiligt zu vermitteln in einer Richtung hin, die entweder den Krieg verhindert, oder, wenn sich das als unmöglich erweisen sollte, doch die Mittel bietet, ihn einzuschränken und zu hindern, daß aus dem orientalischen Kriege ein europäischer werde, ein Krieg zwischen zwei europäischen Mächten. Also selbst, wenn die Konferenz scheitern sollte, sei es, daß die Mächte sich unter sich nicht einigen, sei es, daß sie nicht die Zustimmung der Türkei zu ihren Vorschlägen erlangen könnten, und in Folge dessen Rußland auf eigene Hand verfahren sollte, so ist es deshalb noch nicht nothwendig, daß dieser Krieg weitere Theilnehmer findet; wenigstens wird unser Bestreben dahin gerichtet sein, so weit freundschaftliche und beiden Theilnehmern annehmbare Vermittelung das vermag, zu versuchen, das Weitergreifen des Krieges zu hindern.

Ich halte es nicht für absolut nothwendig, — die englisch-russischen Interessen mögen ja sehr schwierige Berührungspunkte haben und der Ausgleich unter ihnen nicht leicht sein, ob aber eine Kriegführung zwischen zwei so mächtigen Staaten, von denen keiner doch geographisch in der Lage ist, dem andern einen solchen Zwang anzuthun, selbst wenn er siegreich sein sollte, ob nicht beide selbst, durch unsere Vermittelung oder direkt, zu der Ueberzeugung zu bringen sind, daß sie besser thun, sich im friedlichen Ausgleich ihrer Interessen gegenseitig zu verständigen, das muß die Zukunft lehren.

Wir hoffen — und jedenfalls wird unser Bestreben dahin gerichtet sein — in erster Linie, daß wir uns den Frieden und die Freundschaft mit unseren bisherigen Freunden bewahren, in zweiter Linie werden wir, so weit es durch freundschaftliche, von allen Seiten bereitwillig aufgenommene Vermittelung möglich ist, unter absolutem Ausschluß aber jeder drohenden Haltung von unserer Seite, uns bestreben, den Frieden unter den europäischen Mächten unter sich nach Möglichkeit zu erhalten, das heißt also den Krieg, wenn er im Orient ausbrechen sollte, nach Möglichkeit zu lokalisiren. Gelingt das nicht, so entsteht eine neue Lage, über die ich mich in Konjekturen nicht einlassen kann und über die Sie heute von mir keine Auskunft verlangen werden."

12.—20. Dezember. Vorkonferenzen der Mächte in Konstantinopel ohne Theilnahme der Türkei. Verständigung über die an die Türkei zu richtenden Forderungen.

1877.

23. Dezember bis 20. Januar 1877. Konferenzen in Konstantinopel unter Theilnahme der Türkei.

1877. Zur Stellung Deutschlands auf den Konferenzen.

Reichs- und Staatsanzeiger vom 15. Januar.

„Durch die auswärtige Presse gehen in neuerer Zeit Gerüchte über eine angebliche Sonderstellung, welche Deutschland auf der Konferenz eingenommen habe oder einnehmen wolle. Der Ursprung solcher Gerüchte ist vornehmlich auf die „Agence Havas“ zurückzuführen. An allen diesen Nachrichten ist kein wahres Wort. Deutschland vertritt jetzt eben so wenig wie früher direkte politische Interessen in Konstantinopel und hat nicht mehr, eher weniger Grund als die andern Mächte, auf Beschleunigung der schwebenden Verhandlungen zu dringen oder in denselben Forderungen aufzustellen, welche über das Maß der von den übrigen Mächten festgehaltenen hinausgingen. Der deutsche Vertreter in der Konferenz hat nach wie vor den Auftrag, sich allen Schritten seiner Kollegen anzuschließen und, falls die Pforte auf der Ablehnung der gemeinsamen Forderungen beharren sollte, mit den anderen Botschaftern Konstantinopel zu verlassen. Sein Verhalten hat thatsächlich genau diesem Auftrage entsprochen und die entgegengesetzten, vorzugsweise aus französischen Quellen stammenden Nachrichten beruhen auf tendenziösen Lügen.“

Scheitern der Konferenzen.

Die Konferenz in Konstantinopel ist am 20. Januar geschlossen worden. Nachdem die türkische Regierung auch die neuerdings ermäßigten gemeinsamen Forderungen der übrigen Konferenzmächte abgelehnt hatte, erklärte zunächst der englische Bevollmächtigte Lord Salisbury, daß in Folge dieser Ablehnung kein gemeinsamer Boden mehr für eine weitere Verhandlung vorhanden zu sein scheine und die Konferenz daher als geschlossen zu betrachten sei. Der russische Bevollmächtigte, General Ignatieff, sprach sich in gleichem Sinne aus. Derselbe erklärte die Gegenvorschläge der Pforte für unannehmbar, betonte, daß die Verantwortwortlichkeit hierfür auf die Pforte zurückfalle, und gab schließlich der Hoffnung Ausdruck, daß die Pforte in Zukunft nichts gegen Serbien und Montenegro unternehmen und die Lage der Christen zu respektiren wissen werde. Nach diesen Erklärungen ging die Konferenz auseinander.

Wie die übrigen Bevollmächtigten, hatte auch der deutsche

Botschafter, Freiherr v. Werther, alle Vorbereitungen getroffen, um nach dem Scheitern der Konferenz Konstantinopel zu verlassen.

Russisches Rundschreiben.

„Die den Wünschen Europas durch die Pforte entgegengesetzte Weigerung läßt die Orientkrisis in eine neue Phase treten. Das Kaiserliche Kabinet hat sie von Anfang an als eine europäische Frage betrachtet, welche nur durch einmüthiges Zusammengehen der Großmächte gelöst werden könnte und müßte. In der That, sobald jeder exklusive und persönliche Hintergedanke von allen Kabinetten verleugnet wird, würde die Schwierigkeit sich darauf beschränken, die türkische Regierung dahin zu bringen, die christlichen Unterthanen des Sultans auf eine gerechte und humane Art zu beherrschen, um nicht Europa fortdauernden Krisen auszusetzen, welche sein Gewissen empören und seine Ruhe stören. Es wäre dies also eine Frage der Menschlichkeit und des allgemeinen Interesses."

Nach einem Rückblick auf die bisherigen Versuche zur Erreichung des gemeinsamen Ziels heißt es dann weiter:

„Nach mehr als einem Jahre diplomatischer Anstrengungen, welche den Werth konstatiren, den die Großmächte auf die Pacifikation des Orients legen, das Recht, welches sie haben, dieselbe im Hinblick auf die allgemeinen Interessen zu sichern, und den festen Willen, zu diesem Ziel durch ein europäisches Einverständniß zu gelangen, befinden sich die Kabinette somit wieder in der nämlichen Situation wie beim Beginn dieser Krisis, nur noch verschlimmert durch das vergossene Blut, die überreizten Leidenschaften, die angehäuften Ruinen und die Aussicht auf eine neuerliche Verlängerung des beklagenswerthen Zustandes der Dinge, welcher auf Europa lastet und mit vollem Recht die öffentliche Meinung und die Regierungen beschäftigt. Die Pforte trägt weder ihren früheren Verpflichtungen, noch ihren Pflichten als Mitglied des europäischen Concerts Rechnung, noch endlich den einstimmigen Wünschen der großen Mächte. Fern davon, einen Schritt zu einer befriedigenden Lösung gethan zu haben, hat sich die Lage des Orients verschlimmert und bleibt eine beständige Drohung für die Ruhe Europa's, die Gefühle der Menschlichkeit und das Bewußtsein der christlichen Völker.

Unter diesen Umständen wünscht Se. Majestät der Kaiser, ehe Er den von Ihm einzuhaltenden Gang Seiner Politik feststellt, denjenigen zu kennen, zu welchem die Kabinette sich entschließen werden, mit welchen wir uns bis heute gemeinsam bemüht haben, und mit welchen wir, so viel es möglich sein wird, gemeinsam weiter zu gehen gedenken.

Die Weigerung der türkischen Regierung berührt Europa in seiner Würde und in seiner Ruhe. Es kommt uns darauf an, zu wissen, was die Kabinette, mit welchen wir uns bisher im Einverständniß befanden, zu thun gedenken, um auf diese Weigerung Antwort zu geben und die Ausführung ihres Willens zu sichern."

Weitere europäische Verhandlungen.

Provinzial-Correspondenz vom 4. April.

„Die europäischen Verhandlungen über die orientalische Frage sind zu einem neuen wichtigen Abschnitte gelangt. Nachdem die Konferenz zu Konstantinopel am 20. Januar ohne Ergebniß geschlossen worden war, weil die türkische Regierung die gemeinsamen Forderungen der übrigen Konferenzmächte abgelehnt hatte und hiernach ein Boden für weitere Verhandlungen mit der Pforte nicht mehr vorhanden war, — hatte die Kaiserlich russische Regierung durch ein Rundschreiben an die betheiligten Mächte zunächst nochmals hervorgehoben, wie sie die Frage vor Allem als eine europäische Angelegenheit betrachte,

welche nur durch einmüthiges Zusammengehen der Großmächte erledigt werden könne und müsse. Bevor die Kaiserliche Regierung den von ihr einzuhaltenden Gang der Politik der Pforte gegenüber feststelle, wünsche sie die Absichten der übrigen Kabinette kennen zu lernen, um, soweit möglich, auch weiter gemeinsam mit denselben vorzugehen und die Ausführung des Willens der Mächte zu sichern.

Die Reise des bisherigen russischen Botschafters Generals Ignatieff über Berlin nach Paris und demnächst auch nach London gab Gelegenheit zu erneuten vertraulichen Verhandlungen, deren weitere Fortsetzung in London sodann dahin führte, daß das in Konstantinopel zwischen den Mächten erzielte grundsätzliche Einverständniß über die zu Gunsten der christlichen Unterthanen des Sultans zu stellenden Anforderungen nunmehr noch in einem ausdrücklich vereinbarten Schlußprotokoll förmlich festgestellt und als Ausdruck des Gesammtverlangens der europäischen Mächte der Pforte mitgetheilt wurde.

Dieses Protokoll ist von den Vertretern sämmtlicher Großmächte am 31. März unterzeichnet und der Pforte unverweilt mitgetheilt worden.

Es knüpft sich daran die Hoffnung, daß diese feierliche Kundgebung des Einverständnisses aller Mächte die Pforte nunmehr dazu bestimmen werde, volle Bürgschaften für die Erfüllung der berechtigten Forderungen Europa's zu geben und dadurch die bisher drohende Gefahr einer kriegerischen Lösung der schwebenden Frage zu beseitigen.

Die Kaiserlich deutsche Regierung hat sich auch bei den neuesten Verhandlungen die Förderung des Einvernehmens unter den europäischen Mächten und namentlich zwischen England und Rußland im Interesse des europäischen Friedens auf jede Weise angelegen sein lassen."

---

31. März. **Das Londoner Protokoll.**

„Die Mächte, welche es unternommen haben, gemeinsam eine Pacification des Orients herbeizuführen und welche zu diesem Zwecke an der Konferenz Theil genommen haben, halten für das sicherste Mittel zur Erreichung dieses Zweckes vor Allem die Aufrechterhaltung ihres Einvernehmens und die neue gemeinsame Bekräftigung des gemeinsamen Interesses, das sie an der Verbesserung des Looses der Christen nehmen und an den in Bosnien, der Herzegowina und Bulgarien einzuführenden Reformen, welche die Pforte zugestanden hat unter dem Vorbehalte, sie selbst einzuführen. Die Mächte nehmen Act von dem Frieden mit Serbien; was Montenegro anlangt, so betrachten sie eine Rectifikation seiner Grenzen und die Gewährung freier Schifffahrt auf dem Bojana für die Montenegriner als wünschenswerth. Die Mächte halten die Abmachungen, welche die Pforte mit den beiden Fürstenthümern getroffen hat, oder noch treffen wird, nicht für ausreichend für die Herstellung des Friedens und fordern die Pforte auf, den Frieden zu befestigen, indem sie ihre Armee wieder auf den Friedensfuß setzt, abgesehen von den Truppen, welche erforderlich sind zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und indem sie in möglich kurzer Frist die für die Ruhe und das Gedeihen der erwähnten türkischen Provinzen nothwendigen Reformen in das Werk setzt. Die Mächte erkennen an, daß die Pforte sich bereit erklärt hat, einen wichtigen Theil dieser Reformen auszuführen, sie nehmen in dieser Hinsicht speciell Act von dem Circularschreiben der Pforte vom 23. Februar 1876 und von ihren diesbezüglichen Erklärungen auf der Konferenz. Angesichts dieser guten Dispositionen der Pforte und ihres ersichtlichen Interesses, denselben unver-

züglich Folge zu geben, glauben die Mächte gegründete Hoffnung zu haben, daß die Pforte die Herstellung des Friedens benutzen wird, um mit Energie die Maßregeln anzuwenden, welche bestimmt sind, in der Lage der Christen eine wirkliche Verbesserung herbeizuführen, eine Verbesserung, welche einstimmig von den Mächten als für die Ruhe Europas unerläßlich verlangt worden ist. Die Mächte hoffen ferner, daß, wenn die Pforte einmal diesen Weg beschritten haben wird, sie inne werden wird, daß es ihre Ehre und ihr Interesse erfordert, auf demselben loyal und thatkräftig zu verharren. Die Mächte beantragen nicht, durch Vermittelung ihrer Vertreter in Konstantinopel und durch ihre einzelnen Agenten in den türkischen Provinzen eine Ueberwachung auszuüben über die Art und Weise, in welcher die Versprechungen der Pforte ausgeführt werden. Wenn aber ihre Hoffnung nochmals getäuscht wird und wenn die Lage der Christen nicht in der Weise verbessert wird, daß die Wiederkehr der Verwickelungen, welche die Ruhe des Orients in periodischen Zeitläufen stören, verhindert wird, so glauben die Mächte erklären zu müssen, daß ein solcher Stand der Dinge unerträglich ist mit ihren Interessen und mit denen Europas im Allgemeinen. Für einen solchen Fall behalten sich die Mächte vor, gemeinsam die Mittel zu bezeichnen, welche sie für geeigneter halten, das Gedeihen der Christen und die Interessen des allgemeinen Friedens sicher zu stellen."

Wenn der Friede mit Montenegro geschlossen sein würde, und die Pforte die Rathschläge Europas acceptirt hätte und sich bereit zeige, ihre Armee auf den Friedensfuß zu setzen und die in dem Protokoll erwähnten Reformen ernstlich in Angriff zu nehmen, so möge die Pforte einen Specialgesandten nach Petersburg schicken, um über die Demobilisirung zu verhandeln, zu welcher der Kaiser auch seinerseits seine Zustimmung geben würde. Wenn aber solche blutigen Auftritte, wie diejenigen, durch welche Bulgarien verheert worden sei, wiederkehrten, so würde dadurch nothwendiger Weise die Demobilisirung zum Stillstand gebracht werden. — Graf Derby verlas ein Declaration und überreichte jedem der anwesenden Vertreter ein Exemplar derselben, deren eines auch zu den Acten gegeben wurde. In dieser Declaration heißt es: Da England nur im Interesse des europäischen Friedens in die Unterzeichnung des Protokolls gewilligt hätte, so sei es selbstverständlich, daß, falls dieser Zweck nicht erreicht werde, nämlich die gegenseitige Abrüstung Rußlands und der Türkei und der Friede zwischen beiden, das Protokoll für null und nichtig angesehen werden solle.

9. April. Ablehnung des Protokolls Seitens der Pforte.

Provinzial-Correspondenz von 18. April.

„Die Türkei hat die in dem Londoner Protokoll vom 31. März niedergelegten Forderungen der europäischen Mächte in schroffer Weise abgelehnt. In einem Rundschreiben des türkischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten vom 9. April ist das Vorgehen der Mächte als durchaus unberechtigt und als ein Angriff auf die Würde und die Rechte der Pforte bezeichnet. Keine Erwägung könne die türkische Regierung dazu bestimmen, von dem Widerspruche gegen die Zumuthungen des Protokolls Abstand zu nehmen und dasselbe als im höchsten Grade ungerecht und daher jedes verpflichtenden Charakters baar zu erklären. Im Widerstande gegen feindliche Zumuthungen, gegen ungerechtfertigte Verdächtigungen und gegen offenkundige Verletzungen ihrer Rechte, die gleichzeitig

Verletzungen des Völkerrechts seien, fühle die Türkei, daß sie vor einem Kampfe um ihr Dasein stehe.

Angesichts dieser Erklärung ist jede Hoffnung auf den Erfolg weiterer Verhandlungen geschwunden.

Gleichzeitig sind aus Petersburg und aus Konstantinopel Nachrichten eingegangen, nach welchen man sich von Seiten Rußlands, wie Seitens der Türkei, auf den unverweilten Ausbruch der Feindseligkeiten vorbereitet.

Aus Petersburg wird gemeldet, daß sich Rußland durch die gegenwärtige Lage zum Handeln gezwungen sehe: Die Türkei wolle den Konflikt und dränge zum Kriege. Indem dieselbe den europäischen Mächten das Recht und die Möglichkeit abspreche, irgendwie innere Reformen zu Gunsten der Christen in der Türkei zu fordern und zu gewährleisten, sei eine völlig neue Lage geschaffen. Rußland habe fünf Monate lang Beweise seiner friedlichen Absichten gegeben. Die Türkei dagegen habe alle gebotene Gelegenheit, den Dingen eine friedliche Wendung zu geben, zurückgewiesen, sie dränge auf Waffenentscheidung, das unter den Waffen stehende Rußland könne nicht mehr zurückweichen.

Die Abreise des Kaisers Alexander von Rußland zu seiner Armee ist zum 19. in Aussicht genommen.

Wenn somit der Ausbruch des Krieges zwischen Rußland und der Türkei nicht mehr zu verschieben ist, so wird das gemeinsame friedliche Streben der europäischen Mächte gewiß um so entschiedener darauf gerichtet bleiben, irgend eine weitere Ausdehnung des Krieges auf jede Weise zu verhüten.

24. April. Der Ausbruch des russisch-türkischen Krieges.

Manifest des Kaisers Alexander.

„Unsere treuen Unterthanen kennen das lebhafte Interesse, welches Wir beständig den Geschicken der von der Türkei unterdrückten christlichen Bevölkerung gewidmet haben. Unser Wunsch, das Loos derselben zu verbessern und zu gewährleisten, wird von der ganzen russischen Nation getheilt, welche sich nunmehr bereit zeigt, neue Opfer zu bringen, um die Lage der Christen in der Balkan-Halbinsel zu erleichtern. Gut und Blut Unserer treuen Unterthanen ist Uns immer theuer gewesen. Unsere ganze Regierung bezeugt die beständige Sorgfalt, Rußland die Wohlthaten des Friedens zu erhalten. Diese Sorgfalt hat Uns unaufhörlich seit Beginn der traurigen Ereignisse in Bosnien, der Herzegowina und Bulgarien beseelt.

Wir hatten Uns vor Allem das Ziel gesteckt, auf dem Wege friedlicher Verhandlungen und im Einvernehmen mit den europäischen Großmächten, Unsern Alliirten und Freunden, zu einer Verbesserung der Lage der Christen im Orient zu gelangen. Zwei Jahre hindurch haben wir unaufhörlich Anstrengungen gemacht, um die Pforte zu Reformen zu veranlassen, welche die Christen in Bulgarien, Bosnien und der Herzegowina sicher stellen konnten vor der Willkür der Lokalbehörden. Die Ausführung dieser Reformen ging in absoluter Weise aus den früheren Verpflichtungen hervor, welche die Pforte feierlich dem gesammten Europa gegenüber eingegangen war.

Unsere Bemühungen, obwohl unterstützt durch diplomatische Vorstellungen, welche in Gemeinsamkeit mit anderen Mächten gemacht wurden, haben indessen das gewünschte Ziel nicht erreicht. Die Pforte ist unerschütterlich geblieben in der kategorischen Zurückweisung jedweder Garantie für die Sicherheit der Christen: sie hat die Beschlüsse der Konferenz von

1877.

Konstantinopel abgelehnt, welche von dem Wunsch geleitet war, alle möglichen Mittel der Versöhnung anzuwenden, um die Pforte zu überzeugen. Wir haben den andern Kabinetten vorgeschlagen, ein Spezial-Protokoll abzufassen, welches die wesentlichen Bedingungen der Konferenz von Konstantinopel in sich begreift, und die Pforte aufzufordern, sich diesem internationalen Akte anzuschließen, welcher die äußersten Grenzen Unserer friedlichen Forderungen bezeichnete. Unsere Erwartung indessen hat sich nicht erfüllt. Die Pforte hat dem einstimmigen Wunsch des christlichen Europas nicht nachgegeben, sie hat den Beschlüssen des Protokolls sich nicht angeschlossen.

Nachdem Wir so alle friedlichen Bemühungen erschöpft haben, sind Wir durch die hochmüthige Halsstarrigkeit der Pforte genöthigt, zu entscheidenderen Akten überzugehen. Das Gefühl der Billigkeit, das Gefühl Unserer eigenen Würde legt Uns dies gebieterisch auf. Durch ihre Ablehnung hat uns die Pforte in die Nothwendigkeit versetzt, zur Waffengewalt Unsere Zuflucht zu nehmen. Auf das Tiefste überzeugt von der Gerechtigkeit Unserer Sache und indem Wir in Demuth Uns der göttlichen Gnade und Hülfe anvertrauen, lassen Wir Unsere treuen Unterthanen hierdurch wissen, daß der Augenblick, welchen Wir voraussahen, als Wir jene Worte sprachen, auf welche ganz Rußland mit so großer Einmüthigkeit antwortete — daß dieser Augenblick gekommen ist. Wir hatten die Absicht ausgesprochen, selbstständig zu handeln, sobald Wir es für nothwendig halten sollten und die Ehre Rußlands es erfordern würde. Indem Wir heute den Segen Gottes auf Unsere tapferen Armeen herabflehen, ertheilen Wir ihnen den Befehl, die Grenze der Türkei zu überschreiten."

Rundschreiben des Fürsten Gortschakoff.

„Das Kaiserliche Kabinet hat seit dem Beginn der orientalischen Krise alle Mittel, die in seiner Macht standen, erschöpft, um unter Mitwirkung der Großmächte eine dauerhafte Pacifikation der Türkei herbeizuführen. Alle in Folge des zwischen den Kabinetten der Mächte hergestellten Einverständnisses der Pforte nach und nach gemachten Vorschläge sind jedoch auf unüberwindlichen Widerstand der Pforte gestoßen. Das am 19. (31.) März d. J. in London unterzeichnete Protokoll war der letzte Ausdruck des Gesammtwillens Europas. Das Kaiserliche Kabinet hatte dazu, als zu einem letzten Versöhnungsversuche, die Hand geboten, dasselbe hatte durch eine dem Protokoll beigegebene Deklaration von demselben Tage die Bedingungen bezeichnet, welche, wenn sie loyal und aufrichtig von der türkischen Regierung angenommen und ausgeführt wurden, geeignet waren, die Wiederherstellung und Befestigung des Friedens herbeizuführen. Die Pforte hat mit einer abermaligen Ablehnung darauf geantwortet.

Dieser Fall war von dem Londoner Protokoll nicht ins Auge gefaßt worden. Europa hatte den Fall vorausgesehen, daß die Pforte die Versprechungen nicht erfüllen würde, welche sie machen würde, aber nicht den Fall, daß die Pforte die Forderungen Europa's zurückweisen würde.

Die Ablehnung der Pforte und die Motive, welche ihr zu Grunde liegen, lassen keine Hoffnung, daß die Pforte den Wünschen und Rathschlägen Europa's entgegenkommen werde, und schließen auch jede Bürgschaft dafür aus, daß die für die Verbesserung des Looses der christlichen Bevölkerung ins Auge gefaßten Reformen zur Ausführung gelangen. Sie machen auch den Frieden mit Mon-

tenegro und die Ausführung der Bedingungen unmöglich, unter denen die Abrüstung und Pazifikation herbeigeführt werden könnte. Unter diesen Umständen ist jedes Gelingen eines Ausgleichsversuches ausgeschlossen, und es bleibt nur einer der beiden Wege, entweder den Zustand der Dinge fortdauern zu lassen, welchen die Mächte als mit ihren Interessen und denen Europa's für unverträglich erklärt haben, oder zu versuchen, durch Zwangsmittel das zu erreichen, was von der Pforte auf dem Wege der Verständigung zu erlangen den einmüthigen Anstrengungen der Mächte nicht gelungen ist.

Mein erhabener Herr hat beschlossen, das zu unternehmen, wozu Se. Majestät die Großmächte aufgefordert hatte, in Gemeinschaft mit ihm thätig zu sein. Se. Majestät hat seinen Armeen Befehl gegeben, die Grenzen der Türkei zu überschreiten. Indem mein erhabener Herr diesen Schritt thut, erfüllt er eine Pflicht, welche ihm durch die Interessen Rußlands auferlegt ist, dessen friedliche Entwickelung durch die beständigen Wirren im Orient gehemmt wird. Se. Majestät hat die Ueberzeugung, zu gleicher Zeit den Anschauungen Europas zu entsprechen."

---

7. April. Beurlaubung des Reichskanzlers Fürsten Bismarck. (vgl. Band II. S. 850).

13. April. Fürst Bismarck und die europäische Friedenspolitik.

Aus der Rede des Abgeordneten von Bennigsen (bei der Besprechung des Schreibens des Reichskanzlers in Betreff seiner Beurlaubung). [Auszüglich wiederholt aus II. 852 ff.]

— — „In diesem Augenblicke sind die Augen der ganzen Welt vielleicht mehr als vor einigen Jahren auf die Dinge gerichtet, die im Orient vorgehen. Da erinnert sich doch gewiß die dankbare deutsche Nation und ihre Vertretung, welche Stellung sich das Deutsche Reich, sein Kaiser und sein Kanzler in diesen Dingen der europäischen Politik in wenigen Jahren verschafft haben. Ich brauche Sie nicht zu erinnern an die Stimmen der Presse, der bedeutendsten Staatsmänner in den verschiedenen anderen europäischen Ländern.

Ist das nicht eine wunderbare Entwickelung und Fügung in den Zuständen Deutschlands, in der Stellung und dem Einfluß, welchen Deutschland sich erworben hat, daß, nachdem noch nicht ein Dutzend Jahre hinter uns liegen, wo Deutschland in furchtbarer Anspannung aller Kräfte, in den gewaltigsten Anstrengungen und Leistungen militärischer Energie sich eine Stellung verschafft hat auf kriegerischem Wege gegen Oesterreich, gegen Frankreich, daß nach so kurzer Zeit eine Politik, die im ersten Augenblicke nach solchen Ereignissen und Erfolgen bei den anderen Kabinetten mehr Staunen und Furcht hervorrief als irgend einen anderen Eindruck, daß es gelungen ist, nach solchen Ereignissen an der Hand einer so ungewöhnlichen militärischen Energie und solcher militärischen Erfolge dem Auslande das Gefühl beizubringen, daß man es hier in dem neuen Deutschland nicht mit einer vorzugsweise militärischen oder kriegerischen Macht zu thun habe, sondern mit der Macht einer Nation, welche sich die Aufgalle gestellt hat, innerhalb der wiedergewonnenen alten Grenzen mit dem erstarkten Einflusse, der dem deutschen Volke zukommt, nun auf diesem Boden friedlich das Weitere zu gestalten, was hier von der Natur und der Vorsehung bestimmt ist, und auch andere Mächte in ihrem Besitze und in ihrer Entwickelung ungestört zu lassen?

Wer hat im Jahre 1866, wer hat noch mehr im Jahre 1871 erwarten können, daß nach wenigen Jahren die Stellung Deutschlands, sein Einfluß in Europa gerade in dieser Linie liegen würde, und daß das geschehen ist, das ist das Verdienst des Deutschen Kaisers und seines Kanzlers. Dafür ist das Gefühl in Deutschland wie im übrigen Europa so lebhaft, daß die Lücke, die durch das Ausscheiden des Kanzlers gerissen worden, nach allen Seiten hin als eine verhängnißvolle empfunden wird. — — —

Wir wollen hoffen, daß der Reichskanzler, wenn er durch den Urlaub, der ihm jetzt gewährt ist, seine Gesundheit gekräftigt sieht, wenn er inzwischen auch die großen völkerrechtlichen Angelegenheiten leitet von seinem Urlaube aus, wenn er dann zurückkehrt, mit uns weiter zusammen arbeiten wird an der Entwickelung des Deutschen Reiches und seiner Zustände." — — —

24. April. Das französische und das deutsche Heer.

Rede des Feldmarschalls Grafen von Moltke bei der Erörterung über die Mehrbewilligung einer dreizehnten Hauptmannsstelle in jedem Infanterie-Regiment.

„Die in Rede stehende Maßregel wird zum Theil beanstandet, wohl nicht, weil man sie nicht für zweckmäßig und gut ansieht, sondern weil sie allerdings eine neue Steigerung des Militärbudgets in sich schließt. Es ist schon gesagt worden, daß es prinzipiell unzulässig sei, Offizierstellen im Frieden zu bewilligen für Offiziere, die erst im Kriege nothwendig werden. Darauf ist einfach zu erwidern, daß alle Offizierstellen im Frieden nur bestehen, weil die Offiziere im Kriege nothwendig sind. Wir sind hier hingewiesen worden auf den sehr viel schwächeren Friedens-Etat der französischen Bataillone; aber man hat es unterlassen, zugleich hinzuweisen auf die sehr viel größere Zahl dieser schwachen Bataillone. Die Summe dieser Bataillone mit den zugehörigen anderen Waffen beträgt im Frieden 487,000 Mann, während Deutschland bei einer um mehrere Millionen größeren Bevölkerung doch nur wenig über 400,000 Mann unterhält. Schwache Bataillone sind an sich durchaus militärisch nichts Wünschenswerthes. Ich glaube, daß nirgends mehr als in Frankreich selbst die einsichtigeren Militärs Bedenken tragen, ob mit Compagnien von 50, von 40 Mann neben dem unvermeidlichen Garnisonsdienste auch noch eine wirkliche Ausbildung der Truppen in allen Dienstfächern möglich sei. Aber freilich, wenn man mit 1092 Bataillonen ins Feld rücken will und davon 641 im Frieden unterhält, so kann man sie nicht so sehr stark machen, wenn die Kosten nicht ins Unerschwingliche übergehen sollen.

Das französische Militär-Budget übersteigt mit seinen schwachen Bataillonen das deutsche mit starken Bataillonen um mehr als 150 Millionen jährlich, abgesehen von bedeutenden Nachforderungen und einem ungeheuren Extraordinarium. Ob eine Nation, selbst eine so reiche wie die französische, eine solche Last für alle Zukunft auf sich nehmen will, oder ob es nur geschieht für einen bestimmt vorhergesehenen Zweck und nur zu einem nicht zu ferne gesteckten Ziele, das mag dahin gestellt bleiben.

Es ist uns dann noch bei der ersten Berathung gesagt worden, daß eine absolute Regierung unter den bestehenden politischen Verhältnissen wahrscheinlich die Armee eher reduziren als vermehren würde. Meine Herren, ich theile die Hoffnung und den Wunsch nach dauerndem Frieden; aber die Zuversicht theile ich nicht. Glücklich werden die Zeiten sein, wo die Staaten nicht mehr in der Lage sein werden, den größten Theil aller ihrer Einnahmen blos auf die Sicherheit ihrer Existenz zu verwenden, sondern auch die Völker und die Parteien sich überzeugt haben werden, daß selbst ein glücklicher Feldzug mehr kostet als er einbringt; denn materielle Güter mit Menschenleben zu erkaufen, kann kein Gewinn sein. Aber, meine Herren, was diesem Fortschritt der

ganzen Menschheit entgegensteht, das ist das gegenseitige Mißtrauen, und in diesem Mißtrauen liegt eine stete und große Gefahr. Ich meine, die Stärke Deutschlands besteht in der Homogenität (Gleichartigkeit) seiner Bewohner. Wir haben ja auch an unseren Grenzen Reichsangehörige, die nicht deutscher Nationalität sind. Das ist ein geschichtliches Ergebniß von hundertjährigen Kämpfen, von Feldzügen und Friedensschlüssen, Siegen und Niederlagen. Denn die Grenzen eines großen Staates lassen sich nicht nach wissenschaftlichen Grundsätzen konstruiren. Nun, diese nichtdeutschen Staatsangehörigen haben ja neben den deutschen mit gleicher Tapferkeit gekämpft; aber daß nicht alle ihre Interessen mit den unsrigen zusammenfallen, davon haben wir ja in diesem Hause mehr hören müssen, als uns lieb sein kann.

Wie sollten wir nun so thöricht sein, durch Gebietserweiterungen uns zu schwächen. Ich meine, die Friedenstendenz Deutschlands liegt so auf der offenen Hand, ist so in der Nothwendigkeit begründet, daß nachgrade die ganze Welt davon überzeugt sein müßte. Nichtsdestoweniger aber können wir nicht verkennen, daß namentlich bei unsern westlichen Nachbarn ein starkes Mißtrauen gegen uns vorwaltet. Wenn sie die französischen Blätter lesen, selbst die tonangebenden, so finden Sie doch darin, gelinde ausgesprochen, eine große Abneigung gegen uns. Ich will nicht von Hohn, Spott oder Geringschätzung sprechen, die sich darin kundgäben; denn dafür liegt kein vernünftiger Grund vor. Was aber die französische Presse nicht ausspricht und was die Wahrheit ist, das ist die Besorgniß, daß, nachdem Frankreich so oft und so wiederholt über das schwache Deutschland hergefallen ist, nunmehr das starke Deutschland auch ohne Grund und Anlaß einmal über Frankreich herfallen werde. Daraus erklären sich viele Thatsachen, daraus erklärt sich die Riesenarbeit, die Frankreich gethan hat, indem es in einer kurzen Reihe von Jahren mit großer Sachkenntniß und größter Energie seine Armee-Organisation durchgeführt hat; daraus erklärt sich, daß seit dem letzten Friedensschlusse ein unverhältnißmäßig großer Theil der französischen Armee zwischen Paris und unserer Grenze steht, namentlich Kavallerie und Artillerie, in einem möglichst gut vorbereiteten Stande, ein Verhältniß, was nach meiner Auffassung früher oder später nothwendig einmal eine Ausgleichsmaßregel von unserer Seite herbeiführen muß.

Es ist dann doch auch ein beachtenswerther Umstand, daß in Frankreich, wo die Parteien, die sich ja in jedem Lande finden, wohl noch schärfer einander gegenüberstehen als bei uns, daß, sage ich, alle diese Parteien vollkommen einig sind in einem Punkte, einig darin, Alles zu bewilligen, was für die Armee gefordert wird, während wir hier mühsam jede kleine Etatsposition retten müssen. In Frankreich ist die Armee der Liebling der Nation, ihr Stolz und ihre Hoffnung; man hat in Frankreich der Armee ihre Niederlagen längst verziehen. Ich will nicht sagen, daß man bei uns die Siege der Armee vergessen hat, aber man sollte doch nicht so kärglich in Bewilligung derjenigen Mittel sein, die dazu nöthig sind, daß die Armee sich unter jetzt schwierigeren Verhältnissen fortentwickelt. Es scheint ja, daß unsere Nachbarn bei einem künftigen Kriege den Erfolg in den Massen sehen, in einer überwältigenden Anzahl, und das ist gewiß ein Moment, welches schwer ins Gewicht fällt. Wir verlassen uns mehr auf eine sorgfältige Ausbildung unserer Truppen und auf ihre innere Tüchtigkeit. Die Franzosen sind uns ganz entschieden überlegen in einem Punkte, darin, daß sie für alle ihre zahlreichen Formationen für den Krieg bereits im Frieden die Cadres besitzen. Es wird Ihnen nun hier eine Maßregel vorgeschlagen, die — freilich nur in geringerem Grade — diesen Mangel bei uns bessern soll. Man hat uns gesagt, daß durch die Schaffung der dreizehnten Hauptleute die Zahl der Armee doch gar nicht vermehrt wird. Das ist vollkommen richtig. Allein, meine Herren, es bringt eine Anzahl Offiziere in diejenige Stellung früher hinein, welche sie im Kriege ausfüllen sollen. Es

ist doch ganz natürlich, daß Jemand, der plötzlich unter den allerschwierigsten Verhältnissen, vielleicht abgerufen aus einem ganz anderen Lebensberufe, an die Spitze einer Truppe gestellt wird, im ersten Augenblicke mit einiger Befangenheit auftritt, und das verbreitet unausbleiblich von oben durch alle Reihen nach unten Unsicherheit im Befehlen, erzeugt Unzuverlässigkeit im Gehorchen. Es wird nun durch die dreizehnten Hauptleute möglich sein, ältere Offiziere schon in solche Stellen hineinzubringen, bei denen es nothwendig ist, daß der Betreffende sich in dieselben vorher hineinleben kann. Sie brauchen wirklich nicht zu besorgen, daß die dreizehnten Hauptleute spazieren gehen werden. Es giebt vollauf zu thun. Ich meine, daß namentlich diejenigen Herren, welche an den Kommissionsberathungen theilgenommen haben, sich überzeugt haben werden, daß wir in der That eine sparsame Militär-Verwaltung haben, die wirklich nur fordert, was dringend wünschenswerth ist. Ich empfehle Ihnen die Annahme."

Das Vertrauen des Reichstages zur Politik des Fürsten Bismarck.

27. April. Erörterungen bei der Berathung des Reichshaushaltsetats (in Abwesenheit des Reichskanzlers).

I.

Aeußerung des Abgeordneten Dr. Jörg.

Derselbe erklärte sich mit der ausgesprochenen Politik Rußlands, nämlich mit der Herstellung besserer Zustände für die von Christen bevölkerten Provinzen der Balkan-Halbinsel einverstanden. Die morgenländische Frage sei ein Kampf zwischen zwei in sich abgeschlossenen und innerlich unvereinbaren Kulturwelten, und die Lösung des Kampfes könne keine andere sein, als daß die schwächere türkische Kultur sich der stärkeren des Christenthums unterordne. Auch der Reichskanzler habe in einer Reichstagsrede gesagt, die orientalische Verwickelung sei ihrem innersten Wesen nach ein Kulturkampf; Deutschland könne und wolle Rußland nicht den Krieg verbieten; falls der Krieg ausbreche, so werde es das Bemühen Deutschlands sein, denselben auf seine örtlichen Grenzen zu beschränken; gelinge dies aber nicht, so entstehe eine neue Lage, über die er sich nicht in Vermuthungen einlassen könne. Im vertraulichen Kreise habe dann der Reichskanzler geäußert, Deutschland könne zu einem thätlichen Eingreifen in die morgenländischen Verwickelungen nur dann veranlaßt werden, wenn die Lebens-Interessen Oesterreichs in Frage kämen. Der Redner fügte hinzu, er habe die Aeußerungen des Reichskanzlers mit Genugthuung begrüßt. Die Lebens-Interessen Oesterreichs jedoch könnten nur dann vor jeder Schädigung gewahrt werden, wenn die europäischen Mächte darüber wachen, daß bei endgültiger Lösung der orientalischen Frage sich keine Sonder-Politik geltend mache.

II.

Aeußerung des Abgeordneten Dr. Lasker.

„Der Abgeordnete Jörg hat mit Recht vorausgesetzt, daß auf Seiten der liberalen Partei zur Zeit kein besonderer Wunsch vorhanden ist, die auswärtige Lage zum Gegenstand von Verhandlungen zu machen. Aber er legt der liberalen Partei einen unrichtigen Grund dafür unter. Wir haben geschwiegen, weil wir annehmen, es gebe nur eine einzige Methode, in der man mit Nutzen über auswärtige Angelegenheiten verhandeln könne, wenn nämlich das thatsächliche Material, auf Grund dessen man die Betrachtung anstellen kann, dem Parlament zur Verhandlung mitgetheilt wird. Sobald dieser Vordersatz nicht vorhanden ist, nehmen

alle Betrachtungen über auswärtige Angelegenheiten mehr und mehr den Charakter der Spekulation an, die jeder einzelne Mensch bei gewissen Gelegenheiten anzustellen sich berufen fühlt, die aber die Wahrheit und ein klares Urtheil nicht fördern.

Alle Parteien stimmen aber in dem vollkommensten Zutrauen zur auswärtigen Politik des Reichskanzlers überein. Das allein dient uns zur vollständigen Beruhigung. Auch der Abg. Windthorst hat im Namen seiner Partei unzweideutig dasselbe ausgesprochen. Dann haben wir aber keine Veranlassung, an die Regierung die Aufforderung ergehen zu lassen, daß sie uns das thatsächliche Material zur weiteren Verständigung und Erörterung unterbreiten möge. Die bloßen sich daran knüpfenden Kombinationen würden weder dem Volke Beruhigung bringen, noch den Dingen eine andere Wendung geben, als die sie unter der bewährten Leitung des Reichskanzlers nehmen.

Ich muß noch der Auslegung widersprechen, welche der Abg. Jörg der neulichen Rede des Abg. Graf v. Moltke gegeben hat, zumal der verehrte Mann während des Vortrages des Vorredners abwesend war. Er hat die Politik des Grafen Moltke in Gegensatz gebracht zu der des Reichskanzlers oder des Abg. v. Bennigsen. Er hat die Rede des Grafen Moltke dahin aufgefaßt, als sei darin ausgesprochen, es läge in der Politik des deutschen Reichs, daß gegen dieselbe in Frankreich Mißtrauen herrsche und nach der Meinung des Abg. Jörg soll dieses Mißtrauen sich auf alle Staaten erstrecken.

Ich habe bei aufmerksamem Zuhören gefunden, daß die Ausführungen des Grafen Moltke darauf hinausgegangen sind, mit dem Gewichte seiner Autorität darzuthun, daß naturgemäß und thatsächlich die Politik Deutschlands keine andere sein könne, als die des Friedens. Trotzdem herrsche ein ihm unverständliches Mißtrauen in Frankreich gegen Deutschland. Der Graf Moltke hat in dem Gange der deutschen Politik auch nicht den entferntesten Anlaß zu dem Mißtrauen irgend eines Staates gegen Deutschland gefunden, sondern er hat eine psychologisch ihm nicht erklärliche Bewegung als Grund dieses Mißtrauens bezeichnet, während die Thatsachen überall bekunden, daß Deutschland nur eine Friedenspolitik aufrecht erhalten wolle. Mein vorgestriger Eindruck war, daß die damaligen Worte des Grafen Moltke weder in Wort noch in Ton darauf berechnet waren, auch nur eine bedingte Drohung in das Ausland hinauszusenden, sondern den Zweck hatte, sachlich zu erläutern, weshalb möglicherweise strategische Maßregeln an der deutschen Grenze werden ergriffen werden müssen; und daß diese Maßregeln einen ausschließlich technischen Charakter haben, während die gesammten Verhältnisse Deutschlands durchaus nicht angethan sind, in einer solchen aufgedrungenen Abwehr ein Symptom der Befürchtung zu finden. — Diesen meinen persönlichen Eindruck hat zu meiner Freude, nachdem der authentische Text der Moltke'schen Rede in ihrem Zusammenhang bekannt geworden war, auch die öffentliche Meinung in Frankreich gehabt. Ich erkenne darin eine sehr erwünschte Reaktion gegen das in Frankreich herrschende Mißtrauen, daß selbst ein solches Wort, welches außer dem Zusammenhang bei der betreffenden Nation einer zweideutigen Auslegung fähig war, richtig ausgelegt worden ist.

Der Grund für diese durchaus friedliche Tendenz der deutschen Politik liegt in der maßvollen Beschränkung in ihren auswärtigen Beziehungen. Keine Nation kann ihre Neutralität so unumstößlich festhalten, daß kein Ereigniß sie in den Krieg hineinreißen würde, wie das Beispiel Englands deutlich gezeigt hat. Kein deutscher Staatsmann wird den wohlerwogenen Ausspruch thun können, auch der mächtigsten europäischen Bewegung würde Deutschland unter allen Umständen fern bleiben. Die Friedenstendenz Deutschlands liegt darin, daß es sich nicht das Weltrichterthum anmaßt, sondern sich auf die Wahrung der eigenen Interessen beschränkt. Nun halten Sie die Aeußerungen des Reichskanzlers und des Abg. Jörg gegen einander und fragen Sie sich, welche von beiden diesen An-

forderungen mehr entspricht und geeigneter ist, Europa die Ueberzeugung von der Friedensliebe Deutschlands beizubringen. Der Reichskanzler erklärt mit seiner Autorität, daß augenblicklich ein deutsches Interesse nicht im Spiele sei und der russisch-türkische Krieg werde lokalisirt werden können. Sollte er sich hierin geirrt haben, so wolle er der kommenden Situation gemäß handeln, d. h. so wie es das deutsche Interesse gebieten wird. Im Gegensatz dazu meint Abg. Jörg auf Grund seiner historischen Studien, daß schon jetzt deutsche Interessen engagirt sind, er gebe deshalb die unhaltbare Position der Lokalisirung des Krieges auf und gehe offen sofort zum zweiten Fall über, zur Berathung darüber, was zu thun sei, da die deutschen Interessen unmittelbar in diesem Kriege engagirt seien. Ein gewöhnlicher Abgeordneter mag wohl hypothetisch sprechen, da er sich an ein anderes Publikum wendet, aber man wird zugestehen müssen, daß die Sprache des Reichskanzlers, für deren Wahrheit er ja mit seiner Ehre einsteht, für Europa die beruhigendere ist. Das hat auch Europa erkannt und mit der Person des deutschen Reichskanzlers die Friedenstendenzen in Verbindung gebracht. Erst hoffte man von ihm das Unmögliche, die Vermeidung des Krieges zwischen Rußland und der Türkei, obwohl zu einer solchen Hoffnung seit der Moskauer Rede des russischen Kaisers keine Veranlassung mehr war und jetzt erhofft man von ihm die Lokalisirung des Krieges. Diese offenkundige Meinung Europas zeigte sich auch darin, daß die Kanzlerkrisis allgemein als Kriegsbefürchtung aufgefaßt wurde.

Haben wir nun als Deutscher Reichstag Veranlassung, dieses von Allen getheilte unerschütterliche Vertrauen auch nur dem Anschein nach erschüttern zu lassen? Wir arbeiten vielmehr an der Befestigung dieses Vertrauens und in diesem Sinne haben wir die neulichen Worte des hervorragenden Mannes in dem friedensvollen Sinne aufgefaßt, wie sie beabsichtigt waren. Der Erfolg hat gelehrt, daß die Stimme der Wahrheit auch in die Ferne bringt und daß man dem schlicht und nicht diplomatisch verhüllt redenden Manne volles Zutrauen schenkt.

In der That darf Europa überzeugt sein, daß selbst, wo Deutschland durch technische Rücksicht sich gezwungen sieht, Vorkehr zu treffen für seine Sicherheit, diese Maßregel nur ein Akt unerläßlicher Vorsicht sein soll. Nimmer wird Deutschland seine Friedensmission vergessen, welche nicht heißt Neutralität unter allen Umständen — das kann kein mächtiger und seiner Aufgabe sich bewußter Staat versprechen, sondern Neutralität verbunden mit Wachsamkeit für die Interessen Deutschlands. Unter Umständen können letztere auch durch Kollisionen in den Nachbarstaaten geschädigt werden. Die bedingte Friedensmission Deutschlands wird wohl nach der Ansicht aller Parteien vollständig repräsentirt durch den Reichskanzler. Deshalb ist Deutschland beruhigt, während der große Konflikt an der Grenze zweier Kulturen ausbricht. Nicht weil wir gleichgültig sind gegen die auf dem Spiel stehenden Interessen oder weil wir gering über die Verwickelungen im Orient denken, schweigen wir, sondern weil wir glauben und die Nation es versteht, daß Deutschland ruhig sein darf. So lange das der Fall ist, sind wir in der glücklichen Lage, nicht erst durch unsere Verhandlungen das Vertrauen hervorrufen zu müssen, welches allgemein bereits vorhanden ist."

III.

Der Abgeordnete Frhr. von Maltzahn sprach die Ansicht aus, daß der Reichstag gerade in dem jetzigen Augenblicke keinen Anlaß habe, sich in Erörterungen über die orientalische Frage zu ergehen, da gerade jetzt das ganze Vaterland unserer Regierung entschieden dafür Dank wisse, daß Deutschland zunächst nicht in diese Frage verwickelt worden sei.

Der Abgeordnete Dr. Windthorst versicherte, auch er wolle kein Mißtrauen ausdrücken. Wenn die deutsche Politik friedlich sei, so erkläre er sich mit derselben einverstanden und werde den loben, der uns den Frieden erhalte. Wenn man die Lebensinteressen Oesterreichs betone, so heiße das: wir wollen, daß Oesterreich und Deutschland nicht vom schwarzen Meere abgeschnitten werden. Friede sei der

Wahlspruch, freilich nur soweit es sein könne, ohne eine Verletzung der deutschen Interessen, und diese seien verletzt, wenn die Russen Miene machen, Konstantinopel und die europäische Türkei für sich zu nehmen.

Die „Provinzial-Correspondenz" fügt hinzu:

Gegen den Ausspruch des Abgeordneten Lasker, daß alle Parteien in dem vollkommensten Vertrauen zur auswärtigen Politik des Reichskanzlers übereinstimmen und daß die bisherigen Kundgebungen desselben dahin gewirkt hätten, Europa die Ueberzeugung von der Friedensliebe Deutschlands beizubringen, ist von keiner Seite Widerspruch erhoben worden.

IV.

In Betreff der Beziehungen zu Frankreich sagte demnächst der Feldmarschall Moltke:

„Gestatten Sie mir, da ich persönlich in dieser Debatte genannt bin, nur zwei Worte. Ich danke dem Herrn Abgeordneten Lasker, daß er mich richtig verstanden hat, und daß er den Sinn meiner Worte besser erklärt hat, als ich es vermocht hätte. Wenn ich gesagt habe, daß ein beträchtlicher Theil der französischen Armee sehr nahe an unseren Grenzen stehe, so hätte ich hinzufügen sollen, daß im Gegensatz dazu unsere Regimenter gleichmäßig über das ganze Reich vertheilt sind.

Sollte daher früher oder später es als nothwendig erachtet werden, unsererseits eine ausgleichende Maßregel zu treffen, so habe ich sie im voraus als eine solche bezeichnen wollen, die durchaus keinen aggressiven Charakter trägt. Ich habe schon im Eingange meiner Rede unsere Politik als eine nothwendig friedliche bezeichnet, welche aber deshalb auf ihre volle Aktionsfreiheit nicht verzichtet."

Die „Provinzial-Correspondenz" bemerkte dazu:

Durch die weitere Erwägung des Wortlautes der Rede des Grafen Moltke, sowie durch die vorstehenden Erläuterungen, ist die lebhafte Beunruhigung, welche sich zumal in Frankreich an das Hervortreten des berühmten Feldherrn zunächst geknüpft hatte, einer ruhigeren und richtigeren Beurtheilung gewichen; um so mehr aber ist zugleich die wirkliche hohe Bedeutung der Aeußerung als einer ernsten Friedensmahnung zur Geltung gelangt.

Nicht um einer augenblicklichen parlamentarischen Wirkung willen hat der sonst so zurückhaltende Feldmarschall die Rede gehalten. Als er das Wort nahm, wußte bereits Jedermann, daß die Budgetforderung, um die es sich handelte, auch ohne besondere Anstrengungen bewilligt werden würde. Wenn er trotzdem an diese Mehrforderung anknüpfte, um einen Blick auf unsere militärische Lage zu werfen, so geschah es offenbar, um vor Deutschland und vor Europa bestimmt und klar auf die Thatsachen hinzuweisen, welche uns ungeachtet der unzweifelhaften Friedenstendenzen unserer Politik doch fort und fort zur größten militärischen Wachsamkeit und Vorsicht auffordern.

Die Thatsachen, welche er angeführt hat, sind von keiner Seite bestritten, vielmehr durch mannigfache zuverlässige Angaben bestätigt worden: die Bedeutung derselben zutreffend zu würdigen, ist unbestritten Niemand berufener, als Graf Moltke Wenn er vor Europa der Ueberzeugung Ausdruck giebt, daß Ausgleichmaßregeln von unserer Seite früher oder später geboten sind, so kann es nicht fehlen, daß diese Ankündigung gerade in ihrer Bedeutung für die europäische Friedenspolitik die richtige Beurtheilung und gebührende Beachtung finde.

Die militärischen Ausgleichmaßregeln.

„Provinzial-Correspondenz" vom 30. Mai.

Die Verstärkung der Garnisonen von Elsaß-Lothringen, welche schon seit längerer Zeit in Aussicht genommen war, ist nunmehr durch eine Kaiserliche

1877.

Ordre vom 26. d. M. angeordnet worden. Feldmarschall Graf Moltke hatte in seiner Rede vom 24. April d. J. darauf hingewiesen, daß gegenüber der seit dem letzten Friedensschlusse ausgeführten Aufstellung eines unverhältnißmäßig großen Theils der französischen Armee zwischen Paris und unserer Grenze nothwendig eine Ausgleichmaßregel von unserer Seite werde erfolgen müssen.

Die in dieser Beziehung vorbereiteten Anordnungen waren jedoch vertagt worden, bis der Kaiser bei seiner Reise nach Elsaß-Lothringen sich von den dortigen Besatzungsverhältnissen persönlich überzeugt haben würde.

Die nunmehr erlassene Allerhöchste Ordre beginnt mit den Worten: „Nachdem Ich während Meiner Anwesenheit im Reichslande Mich überzeugt habe, daß die zeitige Besatzung desselben selbst den Anforderungen des Friedendienstes nicht zu genügen vermag, bestimme Ich: es treten die in der Anlage bezeichneten Dislokations-Aenderungen ein“ 2c. 2c.

Nach den getroffenen Bestimmungen wird die Besatzung von Elsaß-Lothringen durch zwei Regimenter Kavallerie, ein Regiment Infanterie, ein Jäger-Bataillon und ein Bataillon Fuß-Artillerie vermehrt werden.

Es sollen das Schleswig-Holsteinsche Dragoner-Regiment Nr. 13 (bisher in Flensburg und Hadersleben) und das Rheinische Ulanen-Regiment Nr. 7 (bisher in Saarbrücken) künftig in Cantonnements zwischen Metz und Straßburg, das 8. Rheinische Infanterie-Regiment (bisher in Coblenz und Diez) nach Metz, das 8. Jäger-Bataillon (bisher in Wetzlar) nach Zabern, der Stab und das 1. Bataillon Rheinischen Fuß-Artillerie-Regiments Nr. 8 (bisher in Koblenz) nach Metz verlegt werden.

Diese Veränderungen treten größtentheils nach den Herbstübungen dieses Jahres, — für das Ulanen-Regiment Nr. 7 jedoch erst im Frühjahr 1878 ein.

Die Bismarck'sche Politik und die Fortschrittspartei.

Aus einem Artikel der „Provinzial-Correspondenz“ vom 30. Mai (auf Anlaß einer Rede des Dr. Virchow in einer Berliner Bezirksversammlung).

Der Dilettantismus in der auswärtigen Politik ist vom Fürsten Bismarck in den ersten Jahren seiner Ministerlaufbahn bei den Erörterungen über die Schleswig-Holsteinsche Frage mit folgenden Worten bezeichnet worden:

„Die Auffassungen eines der Herren Redner über die europäische Politik erinnern mich an diejenigen eines Bewohners der Ebene, welcher zum ersten Male eine Bergreise macht. Wenn er einen Gipfel vor sich sieht, so scheint ihm nichts leichter, als ihn zu ersteigen. Er glaubt nicht einmal eines Führers zu bedürfen; denn der Berg liegt unmittelbar vor ihm und der Weg dorthin ist anscheinend ohne Hinderniß. Macht er sich nun auf den Weg, so stößt er bald auf Schluchten und Abhänge, über welche die beste Rede nicht hinweghilft.“ — —

„Wir verlangen bei uns für jede amtliche Funktion, z. B. für die Justiz, ja für den Dienst des Unteroffiziers und jeden Anderen, Prüfungen, praktische Vorbildung, schwere Examina, aber die hohe Politik — die kann Jeder treiben, zu der fühlt sich jeder berufen, und es ist nichts leichter, als auf diesem jeder Konjunktur offenen Felde mit einiger Sicherheit im Auftreten alles Mögliche mit großer Scheinbarkeit zu behaupten; um einen falschen Gedanken mit Erfolg zu widerlegen, muß man bekanntlich ein ganzes Buch schreiben, und den, der den Ausspruch gethan hat, überzeugt man doch nicht. Es ist ein gefährlicher Irrthum, aber heute weit verbreitet, daß in der Politik dasjenige, was kein Verstand der Verständigen sieht, dem politischen Dilettanten durch naive Intuition offenbar wird.“

An diese Aeußerung wird man immer von Neuem erinnert, so oft ein be-

kannter Führer der Berliner Fortschrittspartei, ein sonst sehr gelehrter Mann, sich auf das Gebiet der auswärtigen Politik begiebt.

Ganz besonders hat der gelehrte Naturforscher sich in die wirkliche Natur der Beziehungen unserer Politik zu Rußland, wie sie vom Fürsten Bismarck seit dem Beginn seiner Laufbahn aufgefaßt und gehandhabt worden sind, niemals hineinzudenken vermocht.

Schon während des Laufs der schleswig-holsteinschen Angelegenheit hatte er nicht bloß die Besorgniß, nein Gewißheit ausgesprochen, daß Herr von Bismarck die Herzogthümer schließlich an Rußland bringen, den Kieler Hafen in russische Hände geben, mitten in unser Land hinein, wo es am wenigsten vertheidigt sei, einen fremden Keil hineinschieben wollte. Aber, verkündete er, — „die Rache des Volkes für diesen Verrath werde nicht fehlen! Solche Dinge verzeichne die Weltgeschichte nicht blos auf ihren Blättern, die werden mit blutigen Buchstaben in die Herzen der Völker geschrieben."

Wenige Monate darauf waren Dank der unter den größten Schwierigkeiten Deutschland und Europa gegenüber glücklich durchgeführten Bismarckschen Politik die Herzogthümer von Dänemark losgerissen, um dauernd mit Deutschland vereinigt zu werden.

Auch später und nach anderen Seiten hat der sonst durch Geistesschärfe ausgezeichnete Gelehrte in der Beurtheilung der Völkercharaktere und Bestrebungen einen besonderen Scharfblick nicht bewährt.

Im Jahre 1869 stellte er mit seinen politischen Freunden einen Antrag auf sogenannte Abrüstung. Bei der Begründung desselben ließ er sich dahin vernehmen: wenn man die damalige Lage unbefangen prüfe, müsse man anerkennen, „daß selten eine Zeit gewesen, wo so wenig Grund vorhanden war, daß die einzelnen Staaten in voller Kriegsrüstung einander gegenüberstehen." — „Es gab eine Zeit, wo es glaubhaft erschien, daß einzelne Regierungen, um eine Ableitung für die innere Arbeit des Volkes nach Freiheit herbeizuführen, äußere Kriege anfangen möchten. In dieser Beziehung haben sich die Dinge wesentlich geändert; die Versuche, welche wiederholt in Frankreich gemacht worden sind, durch die Presse das Volk aufzuregen, es mit neuem Haß gegen ein Nachbarvolk zu durchdringen und der Regierung den Vorwand zu bieten, einen Krieg anzufangen, diese Versuche sind schmählich gescheitert. Ich bestreite auf das Entschiedenste, daß im französischen Volke gegenwärtig die Möglichkeit existirt, dasselbe durch bloße Hinweise auf irgend welche äußere Verhältnisse von der inneren Arbeit abwendig zu machen — sie sind weit davon entfernt, in äußeren Großthaten irgend einen wesentlichen Bestandtheil des Volkes zu sehen". — Er fügte hinzu, es sei auch nicht daran zu denken, daß die weitere Entwickelung Deutschlands wieder mit Blut und Eisen vollzogen werde, sondern nur durch die innere Arbeit der Nation.

Kaum ein halbes Jahr nach diesen zuversichtlichen Aeußerungen erscholl in Paris und in ganz Frankreich der Kampfruf: „nach Berlin".

Gewiß hatte Fürst Bismarck Recht, wenn er dem fortschrittlichen Gelehrten vor Kurzem den freundlichen Rath gab, über seine politischen Prophezeiungen lieber „mit einer gewissen vornehmen Vergessenheit hinwegzugehen," als die Erinnerung an dieselben immer wieder wach zu rufen.

Der unermüdliche Politiker hat jedoch so eben in einem Berliner Bezirksverein wieder eine Rede über „Krieg und Frieden" gehalten, in welcher er zwar im Eingange zugestand: es liege kein Grund vor, gegen die Ergebnisse, welche die Haltung der Reichsregierung (in der orientalischen Frage) herbeigeführt habe, irgendwie eine begründete Klage zu erheben — sodann aber „die vollständige Zurückhaltung darüber, wie die Reichsregierung über die nächste Zukunft denke," lebhaft tadelte. Man könne allerdings nicht verlangen, daß die Regierung für jeden einzelnen Fall im Voraus ihr Verhalten bestimmen solle, aber sie müsse „sich doch ein Bild machen, wie Europa sich gestalten solle, wenn die deutschen Interessen gewahrt bleiben sollen."

Der Redner giebt zwar zu, daß alle anderen Großstaaten von dem Kriege

1877.

näher berührt werden, als Deutschland, am unmittelbarsten und empfindlichsten Oesterreich und England, aber auch Frankreich und Italien könnten weiter „sehr unangenehm" berührt werden. Trotzdem aber verlangt er, daß sich Deutschland über seine Stellung „laut ausspreche", und findet es höchst bedenklich, „daß die deutsche Regierung, abgesehen davon, daß sie kein Programm für die nächste Zukunft aufstelle, auch darüber völlig schweige, wie sie im Interesse des zukünftigen Friedens einzugreifen gedenke". Es wird als ein schwerer Fehler Englands bezeichnet, daß es sich nicht entschlossen habe, im Verein mit den andern Mächten einen Druck auf die Pforte auszuüben; anstatt des kriegerischen Vorgehens eines einzelnen Staates hätte ein internationales Schiedsgericht der Pforte die Reformen auferlegt. Wolle man überhaupt der fortdauernden Kriegsbereitschaft ein Ende machen, so müsse man ein ständiges internationales Schiedsgericht organisiren, es wäre dann unmöglich, daß unter nichtigen Vorwänden ein Krieg angefangen würde, der die Ruhe eines ganzen Welttheils bedrohe.

Schließlich erklärte er es aber „als eine Pflicht unserer Regierung, dahin zu wirken, daß dem Kriege sobald als möglich ein Ende gemacht werde".

Diese neueste Kundgebung des fortschrittlichen Naturforschers beruht auf einer trotz aller diesfälligen Erfahrungen noch überraschenden Unkenntniß oder Nichtachtung der bekanntesten Thatsachen und einleuchtendsten Gesichtspunkte.

Die deutsche Regierung hat mit ihrer orientalischen Politik nicht blos, wie selbst jener Redner nothgedrungen zugiebt, in den bisherigen Ergebnissen „keinen Grund zu einer irgendwie begründeten Klage gegeben", — sondern sie hat sich auch über die allgemeinen Gesichtspunkte ihres Verhaltens für Gegenwart und Zukunft wiederholt in einer Weise ausgesprochen, daß in der Reichsvertretung (welcher freilich jener Redner nicht angehört) alle Parteien ohne Unterschied und ohne jeden Widerspruch, und zwar ausdrücklich auch Redner der Fortschrittspartei und selbst der ultramontanen Partei, ihre Genugthuung, ihre Zustimmung und ihr Vertrauen zur Führung der auswärtigen Politik, namentlich auch in Bezug auf die friedliche Richtung und Wirkung derselben ausgesprochen haben.

Daß Fürst Bismarck sich ein Bild gemacht habe, „wie Europa sich gestalten soll, wenn die deutschen Interessen gewahrt bleiben sollen", — das wird ihm nachgerade auch der erbittertste Gegner gewiß zutrauen, mehr als irgend einem Staatsmann oder Politiker; daß er aber seine Absichten und Forderungen in dieser Beziehung vorweg „laut ausspreche", daß er schon jetzt „ein Programm" aufstelle und ankündige, wie er im Interesse des zukünftigen Friedens einzugreifen gedenke, — das kann nur ein unglaublich „naiver Dilettant in auswärtigen Dingen" erwarten oder verlangen: das deutsche Volk in seiner Gesammtheit schenkt dem Reichskanzler gerade darum so unbedingtes Vertrauen, weil es aus fünfzehnjähriger Erfahrung weiß, daß er seine sorglich gereiften Pläne nicht vor der Zeit in geschwätzigen Programmen verkündigt, sondern so lange wahrt, bis er sie im richtig erkannten Augenblick praktisch zur Geltung bringt.

Wie aber käme gerade Deutschland, welches anerkanntermaßen am wenigsten unmittelbar von der orientalischen Frage berührt ist, dazu, sich über seine schließliche Stellung zur Lösung derselben im Voraus bestimmter auszusprechen, während keine der nächstbetheiligten Regierungen aus der vorsichtigen Zurückhaltung herausgetreten ist? Wer vermag denn aus den wochenlangen englischen Parlamentsverhandlungen „das Programm Englands" mit irgend welcher Bestimmtheit zu entnehmen, — wer kennt denn das Programm Oesterreichs, Frankreichs, Italiens? Nur wenn der große Volksredner im Stande gewesen wäre, darüber irgend eine Auskunft zu geben, hätte die Frage nach dem deutschen Programm einen Schein von Berechtigung gehabt.

Die Meinung, daß der Krieg hätte vermieden werden sollen, indem ein internationales Schiedsgericht der Türkei die nothwendigen Reformen auferlegt hätte, läßt darauf schließen, daß der vielbeschäftigte Gelehrte der thatsächlichen politischen Geschichte des letzten Jahres keine volle Beachtung hat widmen können:

sonst hätte er die Konferenzen in Konstantinopel, mit welchen grade in dieser Frage der Versuch eines internationalen Schiedsgerichts gemacht worden ist, nicht mit so leichtfertigem Stillschweigen übergehen können. Den Wunsch, daß es dauernden Frieden unter den Völkern geben könnte, haben ja die edeln Geister aller Zeiten gehegt, auch der Feldmarschall Graf Moltke hat sich in seiner jüngsten Rede wieder dazu bekannt, — aber daß wirklich ein internationales Schiedsgericht möglich sein sollte, welches den Widerstrebenden den Frieden auferlegen könnte, das hat noch kein praktisch politischer Geist geglaubt. Von ultramontaner Seite freilich hat der fortschrittliche Gelehrte darin anscheinend Zustimmung gefunden, nur unter der Voraussetzung, daß der Papst in Rom der allgemeine Schiedsrichter sei. Selbst wenn die europäische Welt aber jemals dahin kommen sollte, diesen Schiedsrichter anzuerkennen, so würden doch grade die Türkenkriege damit nicht abgeschafft werden; denn die Kreuzzüge gegen die Ungläubigen sind ja von den Päpsten als ein gottgefälliges Werk auf jede Weise ermuntert und gesegnet worden.

Daß nun in Ermangelung eines Schiedsgerichts gerade die deutsche Regierung die Pflicht haben sollte, „dahin zu wirken, daß dem Kriege sobald als möglich ein Ende gemacht werde", das kann der Redner nicht ernst gemeint haben: es läge darin ein allzu überschwängliches Anerkenntniß der Machtstellung, welche Deutschland unter der von ihm stets befeindeten, stets behinderten Regierung gewonnen hat. Daß Preußen diese Stellung benutzen sollte, um eine Entscheidung durch ein Machtwort zu erzwingen, wird kein Vernünftiger wünschen oder verlangen; denn ein solches Wort dürfte nicht gesprochen werden ohne den Entschluß, dasselbe nöthigen Falls mit dem Schwerte einzulösen, und Deutschland würde somit gerade unmittelbar vor den Krieg gestellt.

Die moralische Machtstellung des Deutschen Reiches aber zu benutzen, um den Frieden Europa's auch nach dem Scheitern der internationalen Bemühungen womöglich vor weiterer Erschütterung zu wahren, daran hat es die Politik unseres Kaisers und des Reichskanzlers keinen Augenblick fehlen lassen. Die Bestrebungen der deutschen Politik, welche nach dem letzten Kriege ihren Ausdruck und ihre feste Grundlage zunächst in der Drei-Kaiser-Vereinigung gefunden haben, bewähren sich auch in der jetzigen schwierigsten Krisis als eine Bürgschaft friedlicher Verständigung und Vermittelung weit über jenes engere Bündniß hinaus.

Wenn ungeachtet des wirklichen Ausbruches des russisch-türkischen Krieges die Aussichten auf Erhaltung des europäischen Friedens in den letzten Wochen eher gestiegen als verringert sind, so hat die deutsche Politik an diesem bisherigen Erfolge ihren redlichen Antheil. In diesem Bewußtsein und in dem darauf begründeten Vertrauen wird sich das deutsche Volk nicht beirren lassen.

Der Krieg zwischen Rußland und der Türkei.

25. April. Einmarsch der Russen in Rumänien.

29. April. Einnahme von Bajazid durch die Russen.

2. Mai. Cernirung von Kars Seitens der Russen.

13. Mai. Rumänien erklärt der Pforte den Krieg.

16. Mai. Die Russen erstürmen Ardahan.

1877.

2. Juni. Kaiser Alexander geht ins Hauptquartier nach Plojesti.

21.—29. Juni. Uebergang der Russen über die Donau bei Galatz, bei Simnitza und Turn Magarelli.

21. Juni. Niederlage und Rückzug der Russen in Asien.

5. Juli. Aufhebung der Belagerung von Kars.

13. Juli. Uebergang der Russen unter General Gurko über den Schipkapaß des Balkan.

Das russische Hauptquartier in Tirnowa.

20. Juli. Die Türken unter Osman Pascha besetzen Plewna in der rechten Flanke der Russen und verschanzen sich daselbst.

Ende Juli. Vergebliche Versuche der Russen gegen Plewna. Rückzug der Russen unter Gurko nach dem Schipkapaß, — Festhalten desselben. — Rückverlegung des Hauptquartiers von Tirnowa nach Sistowo.

August. Vergebliche Versuche der Türken gegen den Schipkapaß.

7.—14. September. Neue vergebliche Angriffe der Russen und der mit ihnen vereinigten Rumänen unter Fürst Karl gegen Plewna.

September. Vergebliche Versuche der Türken unter Mehemed Ali von Osten her zur Hülfe Osman Pascha's nach Plewna vorzurücken.

Oktober. Weiteres erfolgreiches Vordringen der Türken in Asien.

Ende Oktober. Neue Erfolge der Russen in Asien, Rückzug der Türken von Kars nach Erzerum.

November. Die Russen vor Erzerum.

18. November. Die Russen nehmen Kars durch Sturm.

Siegreiches Vorgehen der Montenegriner gegen die Türkei.

10. Dezember. Kapitulation Osman Pascha's in Plewna. Vorrücken der Russen über den Balkan nach Sofia.

1877.

12. Dezember. Die Türkei ruft die Vermittelung Englands und der Großmächte an.

14. Dezember. Serbien erklärt der Pforte den Krieg.

16. Dezember. Rückkehr Kaiser Alexanders nach Petersburg.

24. Dezember. Anrufung der speziellen Vermittelung Englands Seitens der Türkei.

27. Dezember. Anfrage Englands, ob Rußland zum Frieden geneigt.

29. Dezember. Rußland verlangt direkte Schritte der Pforte.

1878. 8. Januar. England räth der Pforte zu direkten Schritten.

Anfang Januar. Kühnes und sicheres Vorgehen der Russen über den Balkan.

Die Serben erobern Nisch.

Die Türkei erbittet Waffenstillstandsverhandlungen bei Rußland.

Waffenstillstands- unnd Friedensverhandlungen.

„Provinzial-Correspondenz“ vom 23. Januar.

Mit gespannter Erwartung sind in diesem Augenblicke Aller Augen auf das russische Hauptquartier in Rumelien gerichtet, nicht mehr um über weitere Kriegsoperationen Aufschluß zu erhalten, sondern um die Kunde von den mehr oder minder nahen Friedensaussichten zu vernehmen. Früher als irgend Jemand es noch vor Kurzem, selbst nach dem Fall von Plewna, ahnen konnte, ist durch die gewaltigen Erfolge des kühnen Winterfeldzugs der Russen der Augenblick herbeigekommen, wo die Türkei ihre militärische Widerstandskraft erschöpft sieht und um Frieden bittet. Nachdem sie die Vermittelung Europa's, dessen Stimme sie vor dem Kriege nicht gehört hatte, und die besondere Vermittlung Englands vergeblich angerufen hatte, mußte sie den einzig möglichen Weg zum Frieden, den Weg unmittelbarer Verhandlung mit Rußland einschlagen.

Seit einigen Tagen sind denn die Abgesandten der Pforte im Hauptquartier zu Kasanlik mit den russischen Feldherrn versammelt, um die Vorbedingungen eines Waffenstillstands zu verabreden. Da aber die wichtigste und entscheidende Voraussetzung für den Waffenstillstand die wirkliche Bereitschaft der Türkei zum Friedensschlusse ist, so wird man in ernsten und erfolgreichen Waffenstillstandsverhandlungen zugleich die Wahrscheinlichkeit eines baldigen Friedens erblicken dürfen.

Der volle Abschluß freilich wird nicht durch die Entschließung der beiden kriegführenden Mächte allein bestimmt werden: die Lösung der in Betracht

kommenden Fragen wird theilweise nicht ohne das Einverständniß und die Mitwirkung der europäischen Mächte erfolgen können. Aber die bisherigen Beziehungen unter den Mächten scheinen die Zuversicht zu begründen, daß es auch in diesem entscheidenden Abschnitte der orientalischen Verwickelung gelingen werde, die Lösung unter voller Wahrung des Friedens zu erreichen.

Die Weisheit und Mäßigung des Kaisers Alexander, die innige und vertrauensvolle Verbindung desselben mit den benachbarten Mächten, und nicht minder die soeben von Neuem bekundeten friedlichen Neigungen Englands, scheinen die Bürgschaft zu gewähren, daß die jüngste orientalische Krisis, früher als es gehofft werden konnte, einen friedlichen Abschluß finde.

15. Januar. Einmarsch der Russen in Philippopel, schleuniger Vormarsch auf Adrianopel.

Drohendes Hervortreten Englands.

31. Januar. Abschluß des Waffenstillstandes mit vorläufigen Friedensbedingungen in Adrianopel.

7. Zur europäischen und deutschen Politik während des Krieges.

1877. Ende April. Neutralitätserklärungen sämmtlicher unbetheiligter Mächte.

Auf Grund einer für den Kriegsfall unter den Kabinetten von Berlin und St. Petersburg getroffenen Abmachung geht die Vertretung für die Interessen der russischen Unterthanen in der Türkei an die Kaiserlich deutsche Botschaft in Konstantinopel und die deutschen Konsulate in der Türkei über. Die deutsche Regierung hat sich, wie „der Reichs- und Staatsanzeiger" bemerkt, bereitwilligst dieser Aufgabe unterzogen und damit gern dem zwischen Rußland und Deutschland bestehenden freundschaftlichen Verhältnisse einen neuen Ausdruck gegeben.

Die deutsche Regierung hat Behufs wirksamer Wahrnehmung der deutschen und der ihr anvertrauten Interessen im türkischen Reiche, sowie ihrer ferneren politischen Aufgaben unter den jetzigen schwierigen und bedeutsamen Verhältnissen die Entsendung eines außerordentlichen Botschafters nach Konstantinopel in Aussicht genommen.

England und Rußland.

6. Mai. Englands Neutralität und Interessensphäre.

Depesche Lord Derbys an Lord Loftus.

Lord Derby erklärt in einer Depesche an Rußland, daß England entschlossen sei, die angekündigte Neutralitätspolitik unparteiisch auszuführen, so lange es sich lediglich um türkische Interessen handle, daß aber, „in dem eingetretenen Kriege

auch Interessen in Gefahr kommen könnten, welche England zu vertheidigen ebenso verpflichtet als entschlossen sei." Diese Interessen werden dahin präcisirt:

„... An erster Stelle steht unter ihnen die Nothwendigkeit, daß die Verbindung zwischen Europa und dem Osten durch den Suezkanal offen, ungeschädigt und ununterbrochen erhalten werde. Ein Versuch den Kanal oder seine Mündungen zu blokiren oder anders wie den Verkehr durch denselben zu beeinträchtigen, würde von ihr als eine Bedrohung Indiens und als eine schwere Schädigung des Welthandels betrachtet werden. Die großartige Bedeutung Konstantinopels, sei es in militärischer, politischer oder kommerzieller Hinsicht, ist zu wohl bekannt, um der Erklärung zu bedürfen. Es ist deshalb kaum nöthig, hervorzuheben, daß Ihrer Majestät Regierung nicht geneigt ist, mit Gleichgültigkeit zuzusehen, wenn eine Hauptstadt von so besonderer und beherrschender Lage von ihren jetzigen Besitzern in andere Hände übergehen sollte. Die unter europäischer Bestätigung getroffenen Vereinbarungen, welche die Schifffahrt der Donau und der Dardanellen regeln, erscheinen der Königl. Regierung weise und zuträglich, und gegen eine irgendwie wesentliche Abänderung derselben würden ihres Erachtens ernste Einreden zu erheben sein. — Ihre Maj. Regierung hat es für angemessen erachtet, diese ihre Ansichten offen auszusprechen. Der Lauf der Dinge könnte erweisen, daß es noch andere Interessen giebt, wie z. B. am Persischen Meerbusen, die zu beschützen ihre Pflicht wäre; doch zweifelt sie nicht, daß sie Ew. Excellenz mit genügender Klarheit die Grenzen angedeutet hat, innerhalb deren sie den Krieg beschränkt zu sehen hofft, oder wenigstens die Grenzen, innerhalb deren sie, so weit sich bis jetzt unter obwaltenden Umständen ein Urtheil bilden läßt, eine Politik der Zurückhaltung und Neutralität zu beobachten Willens ist."

18. Mai. Ausweichende Antwort des Fürsten Gortschakoff.

„... Die kaiserliche Regierung will weder den Suezkanal blokiren noch die Schifffahrt auf demselben in irgend einer Weise unterbrechen oder bedrohen. Sie betrachtet den Kanal als ein internationales Werk, an welchem der Welthandel interessirt ist, und welches von jedem Angriffe frei bleiben sollte. Aegypten ist ein Theil des türkischen Reiches, und dessen Contingent steht in der türkischen Armee. Rußland könnte sich daher als mit Aegypten im Kriegszustande befindlich betrachten. Nichtsdestoweniger will die kaiserliche Regierung doch nicht die europäischen Interessen und besonders diejenigen Englands in jenem Lande übersehen. Sie wird daher Aegypten nicht in den Kreis ihrer militärischen Operationen einbeziehen. Was Konstantinopel betrifft, so wiederholt das kaiserliche Cabinet, daß, ohne im Stande zu sein, dem Verlauf oder dem Resultat des Krieges vorzugreifen, die Erwerbung jener Hauptstadt von den Absichten Se. kaiserl. Maj. ausgeschlossen ist. Sie erkennt an, daß in jedem Fall die Zukunft von Konstantinopel eine Frage von gemeinsamem Interesse ist, die nur durch gemeinsames Einverständniß gelöst werden kann, und daß, wenn der Besitz jener Stadt in Frage gestellt werden sollte, dieselbe keiner einzigen der europäischen Mächte gehören sollte. Was die Dardanellen anbetrifft, so bilden sie, obgleich beide Ufer demselben Herrscher gehören, doch die Verbindung zweier großer Seen, an welchen die ganze Welt Interesse hat. Es ist deshalb im Interesse des Friedens und des allgemeinen Gleichgewichts der Macht wichtig, daß diese Frage durch allgemeines Einverständniß auf billigen und wirksam garantirten Grundlagen entschieden werde. Lord Derby hat anderer brittischer Interessen Erwähnung gethan, welche durch die eventuelle Erweiterung des Krieges berührt werden könnten, wie des Persischen Golfs und der Route nach Indien. Das kaiserl. Kabinet erklärt, daß es den Krieg nicht über jene Grenzen ausdehnen will, welche für den laut und klar verkündeten Zweck, dessentwegen Se. Maj. der Kaiser die Waffen zu erheben genöthigt war, nöthig sind. Es wird die von Lord Derby erwähnten brittischen Interessen respectiren, solang England neutral bleibt. Es hat ein

Recht, zu erwarten, die englische Regierung werde ihrerseits gleicher Weise die besonderen Interessen, welche Rußland am Kriege hat, und derentwegen es sich selbst so große Opfer auferlegt hat, in billige Berücksichtigung ziehen. . . ."

8. Juni. Vertrauliche Besprechungen zwischen Graf Schuwaloff und Lord Derby.

Russisches Memorandum.

„Se. Majestät der Kaiser legt auf Bewahrung guter Beziehungen der beiden Länder den größten Werth. Er wird zu dem Ende jeden Versuch machen, das englische Kabinet muß aber seinerseits dasselbe thun.

Zu des Fürsten Gortschakoffs Brief betreffs des Suezkanals und Aegyptens ist nichts hinzuzufügen. Rußland wird diese beiden Punkte nicht berühren.

Konstantinopel angehend, können unsere Versicherungen sich nur auf Besitznahme der Stadt oder dauernde Besetzung derselben beziehen. Es würde sonderbar und ohne Präcedenz sein, wenn bei Beginn eines Krieges einer der Kriegführenden von vornherein sich anheischig machen wollte, seine militärischen Operationen nicht bis zu den Wällen der Hauptstadt verfolgen zu wollen. Es ist nicht unmöglich, daß die Hartnäckigkeit der Türken, besonders wenn sie sich gegen eine derartige Möglichkeit gesichert wissen, den Krieg verlängert, statt ihn zu schleunigem Ende zu bringen.

Ist das englische Ministerium einmal völlig versichert, daß wir unter keinen Umständen in Konstantinopel bleiben werden, so wird es von England und den anderen Mächten abhängen, uns der Nothwendigkeit zu entheben, der Stadt auch nur nahe zu kommen. Es wird ihm genügen, seinen Einfluß bei den Türken geltend zu machen, damit sie den Frieden ermöglichen vor diesem äußersten Schritte. Wir unsererseits werden uns gern dieser Absicht anschließen.

Was die Meerengen betrifft, so wurden die Anordnungen, kraft deren das Schwarze Meer, das in Friedenszeiten geschlossen ist, in Kriegszeiten allen Rußland feindlichen Flotten geöffnet wird, in einem gegen letzteres mißtrauischen und feindlichen Geiste abgefaßt. Nur durch allgemeine Uebereinkunft kann diese Frage wieder geordnet werden, in der Weise, daß das Schwarze Meer gegen die Folgen der abnormen und ausgenommenen Lage der Meerengen gesichert wird. Würde es für Rußland möglich sein, bei Beginn eines Krieges, der für dasselbe glücklich enden kann, zu versprechen, Europa nicht von der Nothwendigkeit zu überzeugen, einen Stand der Dinge neu zu ordnen, der zu Rußlands Benachtheiligung bestimmt worden war?

England scheint zu fürchten, die Ausdehnung oder die Folgen des Krieges könnten uns dahin führen, Bassorah und den persischen Meerbusen zu bedrohen. Es ist durchaus nicht in unserem Interesse, England in seinen indischen Besitzungen oder folglich in seiner Verbindung mit diesen zu stören. Der jetzige Krieg fordert es nicht, denn sein Ziel ist klar bestimmt und die Dinge würden durch eine so ungeheure Ausdehnung des Kampfes eher verwickelt als vereinfacht.

Graf Schuwaloff ist ermächtigt, betreffs dieses Gegenstandes die entschiedensten Versicherungen abzugeben; da dem aber so ist, hat Rußland seinerseits das Recht zu erwarten, daß England keine feindselige Handlung gegen dasselbe begehen werde.

Erreicht muß werden der wesentliche Zweck des Krieges: dieses ist der wichtigste Punkt von allen. Wenn man über diesen Punkt zu einer Verständigung gelangen könnte, wenn das zu erreichende Ziel deutlich abgegrenzt würde und das Operationsfeld klar bezeichnet würde, so würden sich alle Nebenfragen von selbst ordnen, und das Ziel würde um so leichter erreicht werden, da es die Zustimmung und die Theilnahme aller Mächte finden würde statt der Hindernisse, durch die es verschoben und verwickelt wird.

Auf diesen Punkt möchte Graf Schuwaloff die Aufmerksamkeit Lord Derby's lenken, indem er so klar und praktisch wie möglich die Ansichten des kaiserlichen Kabinets über die Sache darlegt.

1877.

Unumgänglich nothwendig ist für Rußland, den anhaltenden Krisen im Orient dadurch ein Ende zu machen, daß es die Ueberlegenheit seiner Waffen so völlig feststellt, daß inskünftige die Türken nicht in Versuchung kommen, Rußland leicht zu trotzen, und zweitens dadurch, daß es die Christen, besonders die in Bulgarien, in eine Stellung bringt, durch die sie gegen die Mißbräuche türkischer Verwaltung gesichert werden.

Für England nothwendig ist die grundsätzliche Erhaltung des ottomanischen Reiches und die Unverletzlichkeit Konstantinopels und der Meerengen.

Diese Ansichten sind nicht unversöhnbar.

Sind wir einmal in den Krieg hinein verwickelt, so können wir Einschränkungen unserer möglichen Operationen nicht zulassen. Sie bleiben durchaus den militärischen Erforderniſſen untergeordnet, die Folgen aber dieses Krieges können von vornherein innerhalb gewisser zugestandener Grenzen bestimmt werden.

Wir könnten im jetzigen Augenblicke die Zusicherung geben, der Kaiser würde, wenn die Neutralität der Mächte bewahrt wird und die Pforte um Frieden nachsucht, bevor unsere Armeen den Balkan überschritten haben, einwilligen, nicht über diese Linien hinaus zu gehen. In diesem Falle könnte unter folgenden Bedingungen Frieden geschlossen werden: Bulgarien bis zum Balkan wird eine autonome Vasall-Provinz unter Garantie Europas. Die türkischen Truppen und Beamten sind daraus zu entfernen, die Festungen zu entwaffnen und zu schleifen. Selbstverwaltung ist einzurichten mit Unterstützung einer so bald wie möglich zu organisirenden National-Miliz. Die Mächte kommen überein, dem süd-balkanischen Bulgarien und den anderen christlichen Provinzen der Türkei möglichst gute Bürgschaften regelmäßiger Verwaltung zu sichern. Montenegro und Serbien erhalten einen Gebietszuwachs, der durch gemeinschaftliche Uebereinkunft zu bestimmen ist. Bosnien und Herzegowina sind mit solchen Einrichtungen zu versehen, wie sie nach gemeinsamer Uebereinstimmung für mit dem inneren Zustande der Länder verträglich angesehen werden, und eine gute einheimische Verwaltung verbürgen können. Da diese Provinzen an Oesterreich-Ungarn grenzen, so hat dieses das Recht einer Hauptstimme bei künftiger Organisation derselben. Serbien bleibt gleich Bulgarien unter der Suzeränetät des Sultans; die Beziehungen des Suzerän und der Vasallen sind so zu ordnen, daß Streitigkeiten verhindert werden. Was Rumänien, das soeben seine Unabhängigkeit verkündet hat, betrifft, so ist der Kaiser der Meinung, diese Frage könne lediglich durch allgemeine Uebereinkunft geordnet werden.

Werden diese Bedingungen angenommen, so würden die verschiedenen Kabinette einen Gesammtdruck auf die Pforte ausüben können, indem sie dieselbe warnen, im Weigerungsfalle die Folgen des Krieges über sich ergehen lassen zu müssen.

Sucht die Pforte um Frieden nach und nimmt die oben aufgezählten Bedingungen an, ehe unsere Armeen die Balkan-Linie überschritten haben, so würde Rußland einwilligen, Frieden zu schließen, behält sich aber das Recht vor, gewisse Sonder-Vortheile festzusetzen als Kriegskosten-Entschädigung.

Diese Vortheile würden nicht weiter gehen als die Abtretung des 1856 verlorenen Bessarabiens bis zum Nordarme der Donau (will sagen: mit Ausschluß des von den Donaumündungen gebildeten Delta's) und die Abtretung Batum's mit angrenzendem Gebiete.

In diesem Falle könnte Rumänien durch gemeinsame Uebereinkunft entschädigt werden, entweder durch Verkündung seiner Unabhängigkeit oder, falls es ein Vasallenstaat bliebe, durch einen Theil der Dobrudscha.

Würde Oesterreich-Ungarn seinerseits Entschädigung fordern, sei es für die von Rußland erlangte Ausdehnung, sei es als Sicherheit gegen die oben erwähnten zum Wohle der christlichen Fürstenthümer auf der Balkan-Halbinsel getroffenen Anordnungen, so würde Rußland nichts dagegen haben, daß jenes in Bosnien und theilweise in der Herzegowina solche Entschädigung suchte.

Das sind die Grundlagen, denen Se. Maj. der Kaiser zustimmen würde,

damit mit England und Europa ein Verständniß getroffen und ein schleuniger Friede erreicht würde.

Graf Sch. ist bevollmächtigt, bei Lord Derby betreffs dieser Friedensbedingungen anzufragen, ohne ihm den Werth zu verhehlen, den das kaiserliche Kabinet einem guten Einvernehmen mit dem Londoner beilegt.

Noch einmal, sucht die Pforte um Frieden nach und nimmt die obigen Bedingungen an, ehe die russischen Heere den Balkan überschritten haben, so würde der Kaiser einwilligen, die Kriegs-Operationen nicht weiter zu führen.

Weigert sich die türkische Regierung, so würde Rußland genöthigt sein, den Krieg zu verfolgen, bis die Pforte in einen Frieden willigte. In diesem Falle könnten die Bedingungen des kais. Kabinets eine Veränderung erleiden. Indem somit mit völliger Aufrichtigkeit das Ziel erläutert ist, welches sich der Kaiser vorgenommen hat und welches er nicht überschreiten wird, so lange der Krieg diesseit des Balkans bleibt, bietet Se. Majestät das Mittel an, den Krieg zu lokalisiren und die Auflösung des ottomanischen Reiches zu verhindern; aber es kommt dem Kaiser darauf an, zu wissen ob in den angegebenen Grenzen er sicher sein kann der englischen Neutralität, einer Neutralität, welche selbst eine nur zeitweilige Okkupation von Konstantinopel und der Meerengen durch diese Macht ausschlösse.

Lord Derby hat gesagt, daß der Graf Schuwaloff nicht erwarten könne, von ihm eine Antwort auf so wichtige Vorschläge zu erhalten und daß er darüber mit seinen Kollegen konferiren werde."

Auf die Unterredung, über welche vorstehendes Aktenstück handelt, folgte am 11. Juni 1877 eine zweite über denselben Gegenstand. Der wesentliche Inhalt derselben erhellt aus folgendem Auszug einer Depesche Derby's an Loftus vom nämlichen Tage:

„Im Verlaufe einer vertraulichen Unterhaltung, die ich heute mit dem russischen Botschafter über seine neuliche Mittheilung betreffs der allfallsigen Bedingungen eines Friedens zwischen Rußland und der Türkei hatte, erachtete ich es für angemessen, Sr. Excellenz auseinander zu setzen, daß, selbst angenommen, J. Maj. Regierung sei bereit, den vorgeschlagenen Bedingungen beizustimmen, worüber ich mich gegenwärtig jeglicher Meinungsäußerung enthalten müsse, daraus nicht folge, daß jene Bedingungen in Konstantinopel würden angenommen werden. Ich setzte auseinander, daß, so lange die Rathgeber der Pforte angenommen hätten, England sei bereit, zur Vertheidigung der Türkei die Waffen zu ergreifen, der englische Einfluß in Konstantinopel natürlich sehr groß gewesen sei; aber die neutrale Haltung, welche wir mit Bezug auf den gegenwärtigen Krieg anzunehmen für angemessen gehalten, habe nothwendigerweise unsere Stellung in dieser Hinsicht beeinflußt. Wir könnten Rathgeber sein, aber fürder nicht mit der Autorität sprechen, die Beschützern zukomme.

Graf Schuwaloff erwiderte, daß die Absicht seiner Regierung bei der gemachten Mittheilung nicht sowohl dahin gehe, daß J. Maj. Regierung ihre Bemühungen darauf richten wolle, die bezüglichen Friedensbedingungen der Pforte aufzubringen, als vielmehr durch den mittels derselben gewährten Beweis von der Mäßigung der beabsichtigten Forderungen die Neutralität Englands zu sichern. Was die Pforte anlange, erwarte er nicht, daß die vorgeschlagenen Bedingungen, mäßig wie sie sein möchten, angenommen werden würden, bis die türkische Regierung durch schmerzliche Erfahrung darüber belehrt sein würde, wie unzureichend ihre Widerstandsmittel seien.

Graf Schuwaloff bemerkte, daß Fürst Gortschakoff, um den üblen Folgen vorzubeugen, die durch eine zufällige und theilweise Veröffentlichung des Vorschlags hervorgebracht werden könnten, diesen dem Grafen Andrassy und dem Fürsten Bismarck im engsten Vertrauen mitgetheilt habe. Seine Excellenz drückte wiederholt seine Zuversicht dahin aus, daß von dem Widerstande irgend einer festländischen Macht nichts zu befürchten sei."

1877.

9. Juni. **Ansicht des deutschen Staatssecretärs über den englisch-russischen Schriftwechsel.**

Depesche des englischen Geschäftsträgers in Berlin, Mr. Macdonell, an Lord Derby.

„Da ich gehört hatte, daß der russische Botschafter der deutschen Regierung den Text der Antwort des Fürsten Gortschakoff auf der Depesche vom 6. Mai mitgetheilt hatte, so wünschte ich den Eindruck kennen zu lernen, welchen dieselbe auf Herrn von Bülow gemacht hat. Se. Excellenz sagte mir, daß er so eben erst den Bericht darüber an den Kaiser erstatte, mithin nur seine persönliche Meinung im Allgemeinen aussprechen könne, ohne sich auf den speciellen Inhalt der einzelnen Punkte einzulassen. Se. Excellenz bemerkte, daß der vertrauliche Character der Correspondenz zwischen Ew. Lordschaft und der russischen Regierung die beste Bürgschaft dafür biete, daß etwaige Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Regierungen Gegenstand weiteren Gedankenaustauschs sein könnten. Das in Rede stehende Document sei, nach der Ansicht Se. Excellenz, jedenfalls in den freundlichsten und versöhnlichsten Ausdrücken gehalten und geeignet, nicht blos alle ernsteren Ursachen zur Besorgniß über die Absichten Rußlands zu beseitigen, sondern auch den Wunsch erkennen zu lassen, die künftige Aktion dieser Macht auf eine Weise zu bestimmen, welche nur die türkischen Interessen berühren, ohne jede Gefahr für die Interessen, welche die englische Regierung zu vertreten berufen ist. Ich denke, sagte Herr von Bülow, daß die Antwort Rußlands die allgemeine Billigung Europas finden wird und ich hege das Vertrauen, daß die englische Regierung in der Mittheilung, mit welcher Graf Schuwaloff betraut worden ist, ein Pfand mehr für den ernsten Wunsch des Kaisers von Rußland sehen wird, den Krieg auf die Sicherung des Friedens und die Sicherheit der christlichen Bevölkerung der Türkei zu beschränken."

August. **Aeußerungen des Kaisers Alexander an den englischen Obersten Wellesley.**

Aus dem Bericht des Letzteren.

„In einer Unterredung vor meiner Abreise machte Se. Majestät folgende Bemerkungen mir gegenüber und ermächtigte mich, dieselben meiner Regierung mitzutheilen. Se. Majestät wiederholte, was er schon Lord A. Loftus in Livadia und mir in Simnitza gesagt hatte: der Zweck des gegenwärtigen Krieges sei nur die Verbesserung der Lage der christlichen Bevölkerung der Türkei. Die von dem Kaiser verlangten Friedensbedingungen sind die kürzlich durch den Grafen Schuwaloff dem Earl of Derby mitgetheilten und werden so lange unverändert so bleiben, wie England seine neutrale Stellung beibehält; sollte jedoch England diese Stellung verlassen, so tritt die Sache in eine neue Phase. Se. Majestät denkt nicht an Annexionen, mit Ausnahme des von Rußland im Jahre 1856 verlorenen Gebietes und vielleicht eines gewissen Theiles von Kleinasien. Der Kaiser wird Konstantinopel nicht um der

1877.

militärischen Ehre willen besetzen, sondern nur, wenn solcher Schritt durch den Gang der Ereignisse nothwendig gemacht wird. Se. Majestät ist bereit zu Friedensverhandlungen, wenn der Sultan passende Vorschläge macht; Vermittlung aber zu Gunsten der Türkei ist unzulässig. Europa wird behufs endgültiger Festsetzung der Friedensbedingungen zu einer Konferenz geladen. Der Kaiser hat nicht den leisesten Wunsch oder die Absicht, in irgend einer Weise die Interessen Englands hinsichtlich Konstantinopels, Aegyptens, des Suezkanals oder Indiens zu bedrohen. Hinsichtlich Indiens hält Se. Majestät das nicht nur für unmöglich, sondern für thöricht, wo überhaupt möglich. Se. Majestät versicherte mir, der Drei-Kaiser-Bund sei zur Bewahrung des Friedens gebildet, ohne einen Gedanken des Angriffes oder der Gegnerschaft gegen England. Zeitweilige Besetzung der Bulgarei werde nothwendig sein."

Gegenseitige Anschuldigungen der Russen und Türken wegen grausamer Kriegführung.

4. August. Lord Russell an Lord Derby.

Die am 24. v. M. vom Sultan an den Botschafter Ihrer Majestät zu Konstantinopel gesandte Aufforderung, daß die Königin und ihre Regierung ihren Einfluß auf den Kaiser Alexander geltend machen möge, um den Grausamkeiten russischer Truppen gegen die wehrlose muhamedanische Bevölkerung ein Ziel zu setzen, ist auch dem deutschen Kaiser nach Gastein übersandt worden. So viel ich erfahren konnte, hat der Kaiser mit tiefem Bedauern über die Lage der Verhältnisse als Neutraler abgelehnt, die Aufforderung an den Czar zu übermitteln. Die begangenen Grausamkeiten werden hier als Racheakte der Bulgaren angesehen, da die russischen Soldaten den Ruf gut disciplinirter Truppen haben und nicht geneigt zu Grausamkeit und Blutdurst gelten.

Urtheil der deutschen Regierung.

11. August. Lord Russell an Lord Derby.

Des Sultans Aufforderung an den deutschen Kaiser und die Garantiemächte, den Czar zu bewegen, den russischen Grausamkeiten ein Ziel zu setzen, hat eine Reihe von Mittheilungen der Pforte über die von der russischen Armee begangenen Akte zur Folge gehabt. Diese von der Pforte gegen ihre Feinde vorgebrachten Beschuldigungen werden in Berlin mit Vorsicht aufgenommen, da hier die Disciplin der russischen Armee und der Charakter des Volkes in gutem Rufe stehen. Als Antwort ist ein Bericht des Majors von Liegnitz in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" und ein Artikel im „Reichsanzeiger" veröffentlicht worden.

22. August. Note des „Reichsanzeigers" betreffend Schritte gegen türkische Grausamkeiten.

Die Kaiserliche Regierung hat, wie wir erfahren, Veranlassung genommen auf Grund der ihr vorliegenden amtlichen Berichte über die gegen russische verwundete und gefangene Soldaten von türkischen Truppen verübten Grausamkeiten bei der Pforte die Bestimmungen der Genfer Konvention vom 22. August 1864, welcher die Türkei bekanntlich im Jahre 1865 beigetreten ist, in Erinnerung zu bringen, und gleichzeitig bei den übrigen europäischen Mächten angeregt, ob dieselben ähnliche Schritte in Konstantinopel thun wollen.

1877.

31. August. Die deutsche Regierung lehnt ein Einschreiten bei Serbien gegen die dortigen Rüstungen ab.

Lord Russel an Lord Derby.

Herr von Bülow sagte mir, daß die deutsche Regierung keinen Grund sehe, von der neutralen Haltung, welche sie bei dem gegenwärtigen Kriege zu beobachten wünsche, abzugehen; so habe diese auch für jetzt keinen Grund, gegen die Rüstungen Serbiens zu protestiren.

---

19. u. 20. September. Zusammenkunft des Fürsten Bismarck mit dem Grafen Andrassy in Salzburg.

„Die längeren vertraulichen Besprechungen haben das volle Einverständniß über die leitenden Gesichtspunkte der gemeinsamen Politik in Bezug auf die wichtigen schwebenden Fragen von Neuem bestätigt und befestigt."

(„Provinzial-Correspondenz".)

Oesterreichs Orientpolitik und die Beziehungen zu Deutschland.

27. September. Erklärungen des ungarischen Ministerpräsidenten Tisza in der ungarischen Kammer:

Durch die bisher befolgte äußere Politik sei die Thatsache erreicht, daß keinerlei Gefahr die Interessen der Monarchie, speciell diejenigen Ungarns, bedrohe, ohne daß vom Lande außerordentliche Opfer hätten verlangt werden müssen. Das Ziel der Politik der Regierung ebenso wie die öffentliche Meinung Ungarns könne doch nichts Anderes sein, als daß in Folge des jetzigen Krieges nichts geschehen dürfe, was heute oder in der Zukunft die Wohlfahrt der Monarchie bedrohen würde. Die Politik der Regierung bestehe heute, wie vorher, in der Wahrung der Interessen, wenn möglich ohne Krieg, aber in jedem Falle in solcher Weise, daß im Orient ohne Einwilligung Oesterreich-Ungarns nichts geschehe.

Ein Dreikaiserbündniß in dem Sinne, daß die drei Mächte bestimmten Fragen, namentlich der Orientfrage gegenüber, Verpflichtungen eingegangen seien, habe nicht bestanden und bestehe nicht. Die drei Kaiser und deren Regierungen seien nur übereingekommen, im Interesse des europäischen Friedens in den auftauchenden Fragen im Einvernehmen, nicht gemeinschaftlich, vorzugehen, und das sei mehrere Jahre gelungen. Auch heute könne man die Thatsache, daß der Krieg kein europäischer geworden, zum Theil dem zwischen den drei Regierungen bestehenden freundschaftlichen Verhältnisse zuschreiben. Dieses Bündniß könne nach wiederhergestelltem Frieden vom Gesichtspunkte der Aufrechterhaltung des Friedens abermals von Nutzen sein. Daraus, daß eine der drei Regierungen gegen die Ansicht der zwei anderen in den Krieg gegangen sei, sei keiner Regierung, speziell aber nicht Oesterreich-Ungarn, der Orientfrage gegenüber irgend welche Verpflichtung erwachsen.

Auf die wegen der Salzburger Zusammenkunft eingebrachte Interpellation erklärte Tisza: Unser Verhältniß zu Deutschland ist schon sehr lange gut gewesen und ist auch heute sehr gut.

1877.

Englands Politik nach dem Fall von Plewna.

13. Dezember. Memorandum Lord Derbys dem Grafen Schuwaloff überreicht.

Anknüpfend an die Versicherungen der Gortschakoffschen Depesche vom 18. Mai, in welcher der englischen Regierung die wiederholte Versicherung gegeben wurde, „daß die Besitzergreifung von Konstantinopel von den Absichten Sr. Majestät des Kaisers ausgeschlossen sei, ohne daß jedoch das kaiserliche Kabinet dem Gang und Ausgang des Krieges präjudiciren könne," und in dem ferner gesagt wurde „daß das Schicksal Konstantinopels eine Frage allgemeinen Interesses sei, die nur durch ein allgemeines Einvernehmen geregelt werden könne, und daß, wenn der Besitz dieser Stadt je in Frage gestellt werden sollte, sie keiner der europäischen Mächte gehören dürfe," heißt es weiter:

„Ihrer Majestät Regierung ist der festen Ansicht — einer Ansicht die durch den Verlauf der Ereignisse immermehr bekräftigt zu werden scheint — daß die Besetzung Konstantinopels durch russische Truppen, selbst wenn sie eine zeitweilige bloß zu militärischen Zwecken unternommene wäre, ein Ereigniß sein würde, dessen Vermeidung nach jeder Richtung hin höchst wünschenswerth wäre. Sie kann sich nicht verhehlen, daß angesichts einer solchen drohenden Besetzung die auf einer gerechten Würdigung der zu besorgenden Folgen fußende öffentliche Stimmung Englands Vorsichtsmaßregeln fordern dürfte, zu deren Unterlassung sich die Regierung bisher berechtigt fühlte. Um eine ernste Gefährdung der zwischen beiden Staaten bisher glücklicherweise aufrecht erhaltenen guten Beziehungen zu vermeiden, erhielt Lord Derby vom Kabinet den Auftrag der russischen Regierung dessen feste Hoffnung auszusprechen, daß bei einem Vorrücken der russischen Armeen nach dem Süden des Balkans kein Versuch zu einer Besetzung Konstantinopels oder der Dardanellen gemacht werden wird. Widrigenfalls müßte Ihrer Majestät Regierung sich die Freiheit bewahren, alle ihr nothwendig erscheinenden Maßregeln zum Schutze brittischer Interessen zu ergreifen; doch hofft sie aufrichtig und glaubt vertrauensvoll, daß eine solche Nothwendigkeit durch gegenseitiges Einvernehmen beider Regierungen abgewendet werden wird. Ihrer Majestät Regierung hält es für angemessen obiger Mittheilung die Bemerkung hinzuzufügen: daß sie nach wie vor bereit sein wird, jede sich darbietende passende Gelegenheit zu benutzen, um zu dem Vermittelungswerk und der Wiederherstellung des Friedens hülfreiche Hand zu bieten."

1878. 2. Januar. Antwort Rußlands.

Graf Schuwaloff an Lord Derby.

„Die Ansichten des kaiserlichen Kabinets über die schließlichen Folgen des Kriegs, bei dem England besonders interessirt ist, haben keine Aenderung erfahren. Eine Besitzergreifung von Konstantinopel liegt heut ebensowenig als vor dem Krieg in den Absichten Sr. Maj. des Kaisers. Se. kaiserliche Majestät fährt fort das Schicksal dieser Hauptstadt als eine Angelegenheit von allgemeinem Interesse zu betrachten, welche nur durch ein gemeinsames Einvernehmen geregelt werden kann. Se. kaiserliche Majestät hält desgleichen an der Ansicht fest daß, wenn die Besetzung Konstantinopels in Frage gestellt werden sollte, dieses keiner der europäischen Großmächte gehören dürfte. Immerhin hält Se. Maj. der Kaiser sich für berechtigt und verpflichtet die Türkei zum Abschluß eines dauerhaften festen Friedens zu zwingen, der wirksame Bürgschaften gegen die Rückkehr der fortwährenden Krisen darböte, welche die Ruhe Rußlands und Europa's stören. Diese Krisen können nur mit der sie bedingenden Sachlage ein Ende nehmen. Das gesammte Europa erkannte die Unmöglichkeit ihrer Fortdauer. Um sie endgültig abzuschließen, hat Se. Maj. der Kaiser zu den Waffen gegriffen und seinem Volke schwere Opfer auferlegt.

1878.

Diese mit Hingebung ertragenen Opfer machen es Se. Majestät um so mehr zur Pflicht nicht innezuhalten bis ein Ergebniß erzielt ist, welches Rußland vor der Erneuerung ähnlicher Prüfungen bewahrt, seinen christlichen Gefühlen Genüge leistet, seine Ruhe verbürgt und gleichzeitig den Frieden Europa's befestigt. Dieses Ziel muß erreicht werden. Für den Fall, daß die Hartnäckigkeit oder die Täuschung der Pforte Se. Majestät nöthigen sollten die militärischen Operationen fortzusetzen, um einen dem offen kundgegebenen Zweck des Kriegs entsprechenden Frieden vorzuschreiben, hat Se. kais. Majestät sich jederzeit diejenige vollständige Freiheit des Handelns, die das Recht jedes Kriegführenden ist, vorbehalten, und fährt fort sie zu beanspruchen. Aber nach den förmlichen Versicherungen, die er zu wiederholtenmalen ertheilte und abermals wiederholt, kann Se. Majestät nicht begreifen, inwiefern die englischen Interessen, sowie sie durch die Mittheilungen der Regierung Ihrer brittischen Majestät festgestellt worden sind, geschädigt werden könnten durch die Haltung, die Se. Majestät beobachtet und so lange beobachten muß, bis der Zweck des Kriegs erreicht ist. Indem das kaiserliche Kabinet die freundschaftliche Absicht würdigt, welche die Mitttheilung Lord Derby's an den Grafen Schuwaloff hervorrief, und von demselben Wunsche zur Aufrechterhaltung der guten Beziehungen zwischen beiden Ländern beseelt ist, glaubt es hierauf nicht besser erwiedern zu können, als indem es den Staatssecretär Ihrer brittischen Majestät bittet: diejenigen englischen Interessen klarer zu bezeichnen, welche seinem Dafürhalten nach durch die Ereignisse des Krieges, innerhalb der Grenzen, auf welche sie durch die Zusicherungen des kaiserlichen Kabinets eingeschränkt wurden, berührt werden könnten, um gemeinsam die Mittel ausfindig zu machen diese Interessen in Einklang zu bringen mit den Interessen Rußlands, die S. M. der Kaiser zu wahren verpflichtet ist."

12. Januar. Englands Bedingungen in Betreff der Dardanellen.

Lord Derby an Lord Loftus.

„In Erwiederung auf die bezügliche Anfrage weise ich Ew. Excellenz hiemit an, dem Fürsten Gortschakoff mitzutheilen, daß nach dem Dafürhalten von Ihrer Majestät Regierung jedwede Operation, welche darauf hinzielte die Dardanellen-Durchfahrt unter die Controle Rußlands zu stellen, ein Hinderniß sein würde für die eigentliche Erwägung der Bedingungen behufs eines schließlichen Abkommens zwischen Rußland und der Türkei. Fragen Sie gefälligst Se. Durchlaucht, ob er bereit sei, Ihrer Majestät Regierung die Versicherung zu geben, daß keine russische Truppenmacht nach der Halbinsel von Gallipoli gesandt werden wird."

14. Januar. Englands Reserven in Bezug auf den Friedensschluß.

Lord Derby an Lord Loftus.

„Im Hinblick auf die Ihrer Majestät zugegangenen Berichte über die zwischen der russischen Regierung und der Pforte nun zu eröffnenden Friedensunterhandlungen und zur Vermeidung aller möglichen Mißverständnisse weise ich hiermit Ew. Excellenz an: dem Fürsten Gortschakoff mitzutheilen, daß nach dem Dafürhalten von Ihrer Majestät Regierung jeder zwischen Rußland und der Pforte abgeschlossene, die Verträge von 1856 und 1871 berührende Tractat ein europäischer Tractat sein muß und ohne die Zustimmung derjenigen Mächte, die jene Verträge mitunterzeichneten, keine Gültigkeit besitzen würde."

Erklärung Rußlands darauf.

15. Januar. Mündliche Erklärung des Baron Jomini im Auftrage des Fürsten Gortschakoff an Lord Loftus:

„Die russische Regierung beabsichtigt nicht ihre militärischen Operationen nach Gallipoli zu lenken, es müßten denn reguläre türkische Truppen dort angesammelt werden. Sie spricht dabei die Hoffnung aus, daß Ihrer Majestät Regierung bei Stellung der Frage keine Besetzung von Gallipoli in Aussicht nehme, wodurch sie von ihrer Neutralität abweichen und die Pforte zum Widerstand ermuntern würde."

21. Januar. Erwiderung Englands.

Lord Derby an Lord Loftus.

„Ihrer Maj. Regierung freut sich über den Empfang der von der russischen Regierung ertheilten Zusicherung, daß sie nicht die Absicht hege ihre militärischen Operationen nach Gallipoli zu lenken, wofern nicht reguläre türkische Truppen daselbst zusammengezogen würden. Sie werden hiermit ermächtigt, den Fürsten Gortschakoff zu benachrichtigen, daß Ihrer Majestät Regierung unter den gegenwärtigen Verhältnissen keine Besetzung der betreffenden Stellung beabsichtige."

---

17. Januar. Aus der Thronrede der Königin Victoria bei Eröffnung des Parlaments.

„Ich habe für geeignet erachtet, Sie vor der gewöhnlichen Periode zu versammeln, damit Sie von meinen Bestrebungen, den Krieg im Orient zu beendigen, unterrichtet werden, und damit ich den Rath und die Unterstützung des Parlamentes in der gegenwärtigen Lage der öffentlichen Angelegenheiten erhalten kann. Es ist Ihnen bekannt, daß, nachdem ich erfolglos bemüht gewesen bin, den Krieg abzuwenden, ich meine Absicht erklärt habe, die Neutralität in einem Konflikte zu beobachten, — den ich bedauerte, den zu verhindern mir aber nicht gelang —, so lange die Interessen meines Reiches, wie sie von meiner Regierung ausdrücklich bezeichnet wurden, nicht bedroht werden würden. Gleichzeitig drückte ich meinen ernstlichen Wunsch aus, jede Gelegenheit zu benutzen, um die friedliche Lösung der zwischen den Kriegführenden obschwebenden Fragen zu fördern. Die von den russischen Waffen in Europa sowohl, wie in Asien erreichten Erfolge überzeugten die Pforte, daß sie bestrebt sein sollte, die Feindseligkeiten zu Ende zu bringen, die ihren Unterthanen große Leiden verursachten.

Die Regierung des Sultans richtete daher an die neutralen Mächte als Theilnehmer an den auf das türkische Reich bezüglichen Verträgen einen Appell an deren gute Dienste. Es schien jedoch der Majorität der so angerufenen Mächte nicht, daß sie der Aufforderung nutzbringend nachkommen könnten, und sie theilten diese Ansicht der Pforte mit. Die Pforte beschloß hierauf einen gesonderten Appell an meine Regierung und ich willigte sofort ein, bei dem Kaiser von Rußland anzufragen, ob er Friedens-Eröffnungen er-

wägen wolle. Der Kaiser drückte den ernsten Wunsch nach Frieden aus und erklärte gleichzeitig seine Ansicht hinsichtlich des zu Erreichung desselben einzuschlagenden Weges. Ueber diesen Gegenstand haben zwischen den Regierungen Rußlands und der Türkei durch meine guten Dienste Kommunikationen stattgefunden und ich hoffe ernstlich, daß sie zu einer friedlichen Lösung der streitigen Punkte und zur Beendigung des Krieges führen mögen. Meinerseits sollen keine Bemühungen fehlen, jenes Ergebniß zu fördern. Bisher hat, soweit der Krieg verlaufen ist, keiner der Kriegführenden die Bedingungen verletzt, auf welchen meine Neutralität begründet ist, und ich glaube gern, daß beide Parteien sie zu respektiren wünschen, soweit es in ihrer Macht sein wird. So lange diese Bedingungen nicht verletzt werden, wird meine Haltung fortdauernd dieselbe sein. Allein ich kann mir nicht verhehlen, daß, falls die Feindseligkeiten unglücklicherweise verlängert würden, irgend ein unerwartetes Ereigniß es mir auferlegen dürfte, Vorsichtsmaßregeln zu ergreifen. Solche Maßregeln könnten ohne genügende Vorbereitung nicht wirksam getroffen werden und ich hoffe auf die Freigebigkeit des Parlaments, um die Mittel, die für jenen Zweck nothwendig sein dürften, zu bewilligen. Die Dokumente über diesen Gegenstand werden Ihnen unverweilt vorgelegt. Meine Beziehungen mit allen fremden Mächten sind fortdauernd freundlich."

Drohender Konflikt zwischen England und Rußland.

1878. Januar. Verzögerung der Waffenstillstandsverhandlungen; Vorrücken der Russen über Adrianopel auf Konstantinopel.

Rücktritt des Lord Derby; Ernennung des Marquis von Salisbury zum Minister des Auswärtigen.

25. Januar. Rußland theilt England die vorläufigen Friedensgrundlagen mit und versichert von Neuem, daß es nicht beabsichtigt sei, Fragen von europäischer Bedeutung einseitig (isolément) abzumachen.

28. Januar. Die englische Regierung fordert einen Kredit von 6 Millionen Pfund zu militärischen Maßregeln, weil der Abschluß des Waffenstillstandes sich noch verzögere, die mitgetheilten Friedensbedingungen theilweise weitgehend seien, weil zur schließlichen Feststellung europäische Verhandlungen nöthig sein werden, bei welchen England nur, wenn es stark sei, seine Stimme zur Geltung bringen werde.

1878.

27. Januar. Die englische Flotte läuft in die Dardanellen ein.

29. Januar. England erklärt an Rußland:

Daß irgend welche Waffenstillstands- und Friedensbedingungen zwischen Rußland und der Türkei, welche die bestehenden europäischen Verträge oder englischen Interessen berühren, so lange nicht als gültig anerkannt werden, bis eine formelle Zustimmung der Pariser Vertragsmächte erfolgt sei.

30. Januar. Fürst Gortschakoff erkennt Namens Rußlands an, daß die dem Waffenstillstande zu Grunde liegenden Friedensbedingungen nur vorläufige und nicht von entscheidender Gültigkeit Europa gegenüber sein könnten; er erklärt ausdrücklich, daß Fragen von europäischem Interesse mit den europäischen Mächten vereinbart werden müßten.

31. Januar. Abschluß des Waffenstillstands und der vorläufigen Friedensgrundlagen zu Adrianopel.

Die Friedensgrundlagen:

1. Bulgarien wird in denjenigen Grenzen, die sich aus der Majorität der bulgarischen Bevölkerung ergeben und in keinem Falle enger sein dürfen als diejenigen, welche die Konstantinopeler Konferenz bezeichnet hat, zu einem autonomen Tributär-Fürstenthum erhoben, mit einer nationalen christlichen Regierung und einer aus Eingeborenen bestehenden Miliz. Die türkische Armee darf (von einigen Punkten abgesehen, welche im gemeinsamen Einverständniß noch näher zu bestimmen sind) in Bulgarien sich nicht aufhalten.

2. Die Unabhängigkeit Montenegros soll anerkannt werden. Montenegro wird ein Gebietszuwachs zugesichert werden, der dem Umfang desjenigen gleichkommt, welchen das Schicksal der Waffen in die Hände Montenegros gebracht hat; die definitive Grenze wird später festgestellt werden.

3. Die Unabhängigkeit Rumäniens und Serbiens soll anerkannt werden, ersterem würde eine genügende Territorial-Entschädigung, letzterem eine Grenz-Rektifikation zugesichert werden.

4. Bosnien und die Herzegowina werden mit einer autonomen Administration ausgestattet und zwar unter ausreichenden Garantien; analoge Reformen sollen in den anderen christlichen Provinzen der europäischen Türkei eingeführt werden.

5. Die Pforte entschädigt Rußland für die Kriegskosten wie für sonstige Verluste, die es sich hat auferlegen müssen; der Modus hierfür, sei es nun durch Baarzahlung oder durch territoriale oder durch andere Entschädigung, wird später geregelt werden.

Der Sultan wird sich mit dem Kaiser von Rußland verständigen, um die Rechte und Interessen Rußlands in den Meerengen des Bosporus und der Dardanellen zu schützen.

1878.

Weiteres Vorrücken der Russen auf Konstantinopel.

5. Februar. Telegramm des englischen Botschafters in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen:

„Obwohl der Waffenstillstand abgeschlossen ist, rücken die Russen doch weiter auf Konstantinopel. Ungeachtet des Protestes des türkischen Kommandanten wurden türkische Truppen gestern genöthigt, Silivria zu räumen. Der russische General erklärte, daß er nach dem erhalten Befehle heute Tchataldja besetzen müsse. Obgleich der Waffenstillstand seit 5 Tagen abgeschlossen ist, hat die Pforte das Protokoll darüber noch nicht erhalten. Man ist darüber in großer Bestürzung.“ — —

6. Februar. Weitere Nachrichten über das Vorrücken der Russen.

---

5. Februar. Einladung Oesterreichs zu einer Konferenz in Wien „um die Uebereinstimmung Europa's über die Veränderungen herbeizuführen, welche durch die Friedensbedingungen zwischen Rußland und der Türkei in Bezug auf die Verträge von 1856 und 1871 nothwendig werden könnten.“

7. Februar. Die Mächte erklären sich zu einer Konferenz bereit; ob in Wien, bleibt vorbehalten.

7. Februar. Telegraphische Allarm-Nachricht über Bombay nach London, daß die Russen in Konstantinopel eingerückt seien. Große Erregung in England.

8. Februar. Erklärungen der englischen Minister über die Flottensendung und den geforderten Kredit.

Der Schatzkanzler Northcote im Unterhause:

„Die Regierung erkenne an, daß eine große Veränderung in der Lage der Türkei eingetreten sei, und werde, so weit als möglich, die Interessen der der Türkei untergeben gewesenen Nationalitäten berücksichtigen. Die Regierung wünsche in den Rath der europäischen Mächte einzutreten, um diese Punkte mit den Mächten zu berathen; sie habe keine selbstsüchtigen Absichten und wünsche auch nicht, eine absolute Linie betreffs solcher Punkte zu ziehen, wie die Durchfahrt durch die Dardanellen. England wünsche dort nur die Freiheit des Handels zu fordern und überhaupt über diesen Punkt eine solche Lösung zu schaffen, die es einer einzelnen Macht unmöglich mache, die Dardanellen zu schließen. Bei dieser Frage sei der Handel der gesammten Welt interessirt. Der Zweck der Regierung sei, dieses Interesse zu wahren. Der nächste Punkt, welchen die Regierung im Auge habe, sei die Offenhaltung der Verbindung Englands mit dem Oriente. Die Regierung werde ihr Möglichstes aufbieten, um erstens eine gute Verwaltung für die Eingangs erwähnten Nationalitäten hinzustellen und zweitens um die Freiheit der Wasserstraßen für den Welthandel zu sichern, drittens werde die Regierung versuchen, jeder Möglichkeit, das indische Reich durch Aegypten zu gefährden, vorzubeugen. Die Regierung sei bereit, auf der Konferenz diese Fragen im versöhnlichsten Sinne zu diskutiren; es werde vor Allem ihr höchstes Streben sein, eine Lösung herbei-

zuführen, welche einen möglichst dauerhaften Frieden verheiße, denn die Besorgnisse und die Ungewißheit der letzten Jahre seien unerträglich geworden.

Der Zweck des verlangten Kredits sei folgender: England besitze nur eine kleine Armee, die aber einer rapiden Vermehrung fähig sei. Ein Theil des Geldes werde dazu verausgabt werden, um einen Theil der Armee marschbereit zu halten, obwohl er hoffe, die Nothwendigkeit, das Geld zu diesem Zweck zu verausgaben, werde gar nicht entstehen. Allein die Regierung verlange, daß ihr das Geld zur Verfügung gestellt werde, um die von ihr angenommene Politik unterstützen zu können."

Lord Derby im Oberhause:

„Die englische Regierung wisse nicht, ob die Russen die Absicht hätten, in Konstantinopel einzurücken. Außer den bekannten früheren Versicherungen allgemeineren Charakters habe Rußland darüber, daß es nicht einrücken wolle, keine weiteren gegeben. Jedenfalls stände es jetzt in der Macht der Russen, in Konstantinopel einzurücken. Angesichts dessen habe die englische Regierung erwogen, was ihre Pflicht gebiete. Layard (der englische Botschafter in Konstantinopel) habe von der ernsten Gefahr einer Anarchie in Konstantinopel, im Falle die Russen vorrückten, berichtet. Unzweifelhaft bestehe eine starke Aufregung in Konstantinopel, es sei unwahrscheinlich, daß sie abnehmen werde. Es sei zu befürchten, daß in Folge der von England während des Krieges innegehaltenen Neutralität in der Türkei gegen England nicht die frühere freundschaftliche Gesinnung herrsche. Ein Ausbruch von Unruhe in Konstantinopel würde einerseits den Grund zu einer russischen Einmischung geben, andererseits befördere die Furcht vor einer russischen Besetzung den Ausbruch von Unruhen. England habe die Interessen vieler englischer Unterthanen dort zu schützen. Nach reiflicher Ueberlegung habe die englische Regierung geglaubt, eine Abtheilung der Flotte nach Konstantinopel beordern zu sollen, um zunächst die englischen Unterthanen zu schützen und alsdann, falls nöthig, den Gefahren eines Volksaufstandes vorzubeugen."

10. Februar. Rußland kündigt England die Absicht an, nachdem das Erscheinen der englischen Flotte vor Konstantinopel zum Schutz der englischen Unterthanen in Aussicht gestellt sei, auch seinerseits zum Schutz der in ihrem Leben und Eigenthum bedrohten Christen einen Theil seiner Truppen nach Konstantinopel rücken zu lassen.

13. Februar. England kündigt Rußland an, daß jede Bewegung russischer Truppen auf Gallipoli als eine Bedrohung der Sicherheit der englischen Flotte angesehen werden würde.

Rußland verspricht Gallipoli nicht zu besetzen, in der Erwartung, daß englische Truppen weder in Europa, noch in Asien ans Land gehen.

19. Februar. England sagt dies seinerseits zu.

8. Fürst von Bismarck über die Lage der Orientfrage und die deutsche Politik.

1878. 19. Februar. Interpellation der vereinigten konservativen und liberalen Parteien des Reichstages:

„Im Anschlusse an die Thronrede erlauben wir uns, an den Herrn Reichskanzler die Frage zu stellen: „Wird der Herr Reichskanzler dem Reichstage über die politische Lage im Orient und über die hierbei von der Regierung des deutschen Reiches eingenommene und einzunehmende Haltung Mittheilung machen?“

Begründung der Interpellation durch den Abgeordneten von Bennigsen:

Als Seine Majestät der Kaiser am 22. Februar v. J. den letzten Reichstag eröffnete, waren die Konferenzen in Konstantinopel gescheitert infolge der Ablehnung der Vorschläge der europäischen Mächte durch die Türkei. Am Schlusse seiner damaligen Thronrede sagte der Kaiser mit Bezug auf diese Verhältnisse:

„Wenn die Erwartungen unerfüllt bleiben sollten, welche in dieser Beziehung sich an Verheißungen der Pforte und an die Einleitung der Friedensverhandlungen mit Serbien und Montenegro knüpfen, so wird Meine Regierung, wie bisher, so auch ferner bemüht sein, in einer Frage, in welcher die deutschen Interessen ihr eine bestimmte Linie des Verhaltens nicht vorschreiben, ihren Einfluß zum Schutze der Christen in der Türkei und zur Wahrung des europäischen Friedens, insbesondere aber zur Erhaltung und Befestigung ihrer eigenen guten Beziehungen zu den ihr verbündeten und befreundeten Regierungen aufzuwenden. Zu diesem friedlichen Werke rechne Ich vertrauensvoll auf Gottes Segen.“

Das schon damals gefährdete Verhältniß zwischen Rußland und der Türkei hat zu einem Kriege geführt, der bis dahin isolirt geblieben ist, wie wir Vertreter im deutschen Reichstag mit Genugthuung anerkennen dürfen, wesentlich auch durch den Einfluß Deutschlands.

In dieser Hinsicht hat die Thronrede, mit welcher am 6. d. Mts. der jetzige Reichstag eröffnet wurde, sich in einer durchaus befriedigenden Weise ausgesprochen.

Es ist in derselben darauf hingewiesen, daß „die verhältnißmäßig geringere Betheiligung der Interessen Deutschlands im Orient für die Politik des Reichs eine uneigennützige Mitwirkung an der Verständigung betheiligter Mächte über künftige Garantien gegen die Wiederkehr der Wirren im Orient und zu Gunsten der christlichen Bevölkerung gestattet.“

Inzwischen hat, wie die Thronrede fortfährt, „die von Seiner Majestät

dem Kaiser vorgezeichnete Politik ihr Ziel bereits insoweit erreichen können, als sie wesentlich dazu mitgewirkt hat, daß der Friede zwischen den europäischen Mächten erhalten worden ist, und zu ihnen allen Deutschlands Beziehungen nicht nur friedliche, sondern durchaus freundschaftliche geblieben sind und mit Gottes Hilfe bleiben werden."

Da der Herr Reichskanzler sich bereit erklärt hat, schon heute unsere Interpellation zu beantworten, so glaube ich annehmen zu dürfen, daß im Momente die Lage, trotz der alarmirenden Gerüchte der vorigen Woche, nicht mehr ganz so gespannt und weniger unmittelbar gefahrdrohend ist, als es noch vor acht Tagen schien.

In den beiden von mir erwähnten Thronreden ist mit Recht darauf hingewiesen, daß Deutschland an den Vorgängen im Orient weniger unmittelbar betheiligt sei, als andere europäische Mächte. Wir, meine Herren, wir haben allerdings ein unmittelbares Interesse in Deutschland auch daran, daß die Freiheit des Handels und der Schiffahrt im schwarzen Meere erhalten bleibt. Im übrigen sind alle Beziehungen Deutschlands zu den Verhältnissen im Orient, die Verwickelungen, die daraus hervorgehen können, weit mehr indirekte, wie direkte. Durch den Fortgang von Verwickelungen, durch die Kriege, welche aus den orientalischen Wirren zwischen anderen europäischen Mächten entstehen können, können wir allerdings und müssen es besorgen, daß mit der Zeit auch Deutschland in Mitleidenschaft gezogen wird. An der Erhaltung des Friedens unter den europäischen Mächten, trotz dieser orientalischen Wirren, haben wir ein sehr starkes Interesse, insofern mittelbar auch ein starkes Interesse an der richtigen und dauernden Regelung der Dinge im Orient. Nicht minder haben wir ein Interesse daran, daß die glückliche Entwicklung der europäischen Verhältnisse und die Stellung der einzelnen Mächte zu einander, speziell die Stellung Deutschlands in seinen friedlichen Beziehungen zu den übrigen europäischen Staaten seit dem französischen Kriege nicht wesentlich alterirt werde. Unsere Politik ist seitdem, mehr und mehr anerkannt auch von den andern Mächten, eine durchaus friedliebende gewesen. Den Frieden aufrecht zu erhalten, ist uns gelungen seit dem französischen Kriege. Wesentlich ist dies uns gelungen durch das D r e i k a i s e r b ü n d n i ß, die Stellung, welche Deutschland in demselben einnimmt, und den Einfluß, welchen das Dreikaiserbündniß auf die Erhaltung des Friedens in Europa ausgeübt hat. W i r k ö n n e n i m g a n z e n g e w i ß n u r w ü n s c h e n — i c h g l a u b e, d a ß d i e s d i e A u f f a s s u n g d e r g r o ß e n M e h r z a h l d e r V e r t r e t e r d e s R e i c h s t a g s i s t —, d a ß i m w e s e n t l i c h e n d i e s e s V e r h ä l t n i ß n i c h t a l t e r i r t a u s d e n o r i e n t a l i s c h e n W i r r e n u n d d e r e n e n d l i c h e r L ö s u n g h e r v o r g e h e. Vor allen Dingen, möchte ich hinzufügen, haben wir in Deutschland daran ein Interesse, und das würde uns am stärksten treffen, daß nicht etwa der Verlauf der Wirren im Orient, die friedliche oder kriegerische Lösung derselben d i e I n t e r e s s e n O e s t e r r e i c h s wesentlich alterire und schädige, oder gar zu einer erheblichen Schwächung von Oesterreich führe.

Der wechselvolle Verlauf des Kriegs zwischen Rußland und der Türkei hat die Gefahr zu verschiedenen Malen nahe gerückt, daß aus dem isolirten Krieg zwischen einer europäischen und einer nur zum Theil kaum europäisch zu nennenden Macht weitere Verwickelungen und Kriege zwischen europäischen Mächten selbst hervorgehen könnten. Die Gefahr ist in sehr verschiedener Weise hervorgetreten und auch die Besorgnisse, welche sich an den Gang der Dinge für Deutschland selbst knüpften. Als im Beginn und im ersten Verlauf des Krieges trotz der größten Anstrengungen russischerseits die Erfolge ausblieben, als die Verluste sich mehrten, erhebliche Niederlagen, eintraten, entscheidende Erfolge fast hoffnungslos erschienen, da lag die Gefahr vor, und die Besorgniß war auch in Deutschland nicht gering, daß gerade durch eine starke Ermattung und Schwächung des großen russischen Reichs trotz dieser unerhörten Anstrengungen eine sehr veränderte Position Rußlands und seiner Stellung im Dreikaiserbündniß wie überhaupt zu anderen europäischen Mächten die Folge sein könne. Wäre das eingetreten, so würde vor-

aussichtlich Deutschland in ganz neue Kombinationen hineingezogen oder gedrängt werden. Die Gefahr daraus war gewiß nicht gering, und ob wir in einer so veränderten Lage unsere eigenen Interessen und den Frieden so sicher würden erhalten können, als bis dahin geschehen war, während des Bestandes einer starken russischen Macht, dürfte mindestens sehr zweifelhaft sein. Die etwaigen Besorgnisse, die in dieser Richtung in Deutschland hervorgetreten waren, sind allerdings seit der Uebergabe von Plewna wesentlich beseitigt. Durch den Fall von Plewna, die energische, rasche und glänzende Ausnutzung dieses Erfolges ist die ganze Situation wie mit einem Schlage verändert. Und wenn wir jetzt Besorgnisse in Deutschland haben für die Folgen dieses Krieges, für die Verwickelung Rußlands mit andern Mächten, für die Bedrohung auch unserer Sicherheit, wenigstens der jetzigen gesicherten Stellung Deutschlands, so liegt diese Sorge jetzt auf ganz entgegengesetztem Gebiet, daß nämlich Rußland im Bewußtsein seiner außerordentlichen Anstrengungen, in dem Gefühl des unerwarteten wunderbaren Umschlags der Geschicke des Kriegs, nach der vollständigen militärischen Niederwerfung der Türkei, gegenüber den mancherlei inneren Schwierigkeiten Oesterreich-Ungarns und bei der isolirten Stellung Englands Forderungen erheben möchte, weit hinausgehend über das durch seine eigenen Interessen berechtigte Verlangen, tief eingreifend und verletzend für legitime Interessen anderer Staaten. Ob diese Gefahr ganz beseitigt ist, wer mag das zu sagen wagen? Wir, meine Herren, wir können wünschen, daß die richtige Einsicht in die Verhältnisse, in die eigenen und die Kräfte anderer Staaten eine besonnene Würdigung der wirklichen dauernden eigenen Interessen und der ebenso begründeten dauernden Interessen anderer Länder Rußland bewegen würde, unberechtigte, die Stellung und das Interesse anderer europäischen Staaten wahrhaft verletzende Forderungen nicht zu erheben, trotz seiner glänzenden Erfolge.

Welche Linie die russische Politik in dieser Hinsicht einhalten wird, das vermag ich am wenigsten in diesem Moment zu beurtheilen. Ich kann nur die Hoffnung aussprechen, daß auch die Erwägung bei den Leitern der russischen Politik nicht verloren gehen wird, daß die zweifelhaften Chancen neuer Verwicklungen und eines neuen etwa durch übermäßige Ansprüche Rußlands hervorgerufenen Kriegs auch das in Gefahr stellen könnten, was jetzt von Rußland erreicht ist und gesichert werden kann.

Die deutsche Politik hat gewiß keine leichte Aufgabe. Der Herr Reichskanzler, in dessen Hand die bewährte Leitung unserer Politik schon seit Jahren gelegen hat, wird aber mit Sicherheit auf die volle Unterstützung des Reichstags auch im Weitergange, auch bei den bevorstehenden Verhandlungen über die Orientfrage mit Sicherheit rechnen können jetzt und in Zukunft.

Als die deutsche Macht infolge des Kriegs von 1866 und noch mehr in Folge des Kriegs von 1870/71 sich in Europa neu etablirt hatte, da war die vorhergegangene erfolgreiche militärische Leistung eine so überwältigende, daß in der That damals ernste Besorgnisse an ein Uebergreifen der deutschen Politik auf Grund dieses Erfolgs bei großen und kleinen Staaten in Europa sich gezeigt haben. Die Art und Weise, wie seit dem französischen Krieg die deutsche Politik geleitet ist, hat aber mit jedem Jahr mehr das Zutrauen zu der Friedensliebe und zu der maßvollen Haltung dieser Politik erhöht.

Weshalb sollten wir auch in Deutschland in unserer zentralen gefährlichen Lage nicht vor allen anderen Mächten die Erhaltung des Friedens wünschen, nachdem das, was für die europäische Stellung Deutschlands nothwendig ist, durch den siegreichen Krieg mit Frankreich definitiv erreicht ist? Wo kann selbst ein neuer siegreicher Krieg, den wir allein oder mit Verbündeten führen, uns noch einen Machtzuwachs, eine Gebietserweiterung zuführen, welche für uns nicht mehr eine Verlegenheit, als ein Gewinn sein würden?! Für uns ist eine friedliche Politik durch die ganze Stellung, wie wir sie erworben haben, ausreichend

auch für den weitgehendsten Ehrgeiz einer großen Nation, — für die ganze Lage, in welcher wir uns in Europa befinden, so entschieden vorgezeichnet, daß in unsere Interessen von anderer Seite stark eingegriffen werden muß, um uns von dieser Linie abzubringen. Wir haben keinen Grund, die Initiative zu Kriegen zu ergreifen; am wenigsten etwa auf Grundlage von allerlei Kombinationen, wie sie jetzt seit Monaten wieder einmal durch die europäische Presse schwirren, wegen Veränderungen nicht blos im Orient. Meine Herren, wir sind in Deutschland in einer geographischen Lage, umgeben von anderen starken Militärstaaten, wo die Defensive bereits die größte Anspannung unserer Volkskräfte erfordert. Wir tragen diese Last, so schwer wie sie ist; wir werden sie noch für lange Zeit tragen müssen, so lange die Zustände in Europa nicht ganz wesentlich sich ändern sollten, was niemand für eine berechenbare Zeit erwarten kann; wir müssen diese Last tragen, obwohl der Reichthum in Deutschland nicht in dem Maße entwickelt ist, als er in Frankreich und England schon seit mehreren Menschenaltern entwickelt war. Wir tragen diese Last als eine Nothwendigkeit, als eine Pflicht, um die Stellung zu vertheidigen, die wir uns erkämpft haben, die berechtigte Stellung Deutschlands in Europa, zur Sicherung unserer eigenen Interessen. Wenn wir sie tragen, dann wird aber die Pflicht erleichtert wesentlich auch durch die Empfindung, daß die militärische Macht Deutschlands so stark ist, daß sie auch geeignet erscheint, den Frieden im übrigen Europa zu erhalten, auch da, wo unser Interesse nicht unmittelbar bedroht ist, und uns somit zu bewahren vor gefährlichen Kombinationen, die aus den Kriegen anderer europäischer Mächte hervorgehen können für eine spätere Zukunft, uns zu bewahren vor der Hereinziehung in solche Kriege, wenn sie längere Dauer haben sollten.

Die Rolle, welche Deutschland gegeben ist, dem militärisch mächtigsten Staate auf dem Kontinent, ist gewiß eine verantwortliche und gefährliche. Wir sehen aber zum Glück seit Jahren die Leitung unserer auswärtigen Politik in einer Hand, der wir mit vollem Vertrauen folgen, auch da, wo es nicht möglich ist, uns in alle einzelnen Gänge der Politik einzuweihen.

Hoffen wir, meine Herren, daß auch jetzt es der uneigennützigen deutschen Politik und ihrem Einflusse gelingen wird, bei den weiteren Verhandlungen über die Lösung der orientalischen Frage den Frieden aufrecht zu erhalten, ohne unsere Interessen zu gefährden. Gelingen wird es hoffentlich, wenn unsere Stimme sich erhebt, diese Stimme einer uneigennützigen deutschen Politik für Aufrechterhaltung des Friedens, für eine dauernde, auch für die christliche Bevölkerung im Orient erträgliche europäische Regelung der dortigen Zustände."

Antwort des Reichskanzlers Fürsten von Bismarck.

[Das Interesse Deutschlands an der orientalischen Frage; — die Lage der orientalischen Frage und die Friedensaussichten; — Deutschlands vermittelnde Aufgabe und seine Stellung zu den Mächten; — der ehrliche Makler; — das Dreikaiserverhältniß.]

„Ich bitte zuvörderst um die Nachsicht des Reichstags, wenn ich nicht im Stande sein sollte, alles, was ich zu sagen habe, stehend zu sagen. Ich bin nicht so gesund, wie ich vielleicht aussehe.

Auf die Sache eingehend, so kann ich nicht leugnen, daß ich beim ersten Anblick der Interpellation Zweifel gehabt habe, nicht ob ich sie überhaupt beantworten könnte — denn die Fragestellung läßt mir ja auch frei, sie mit Nein zu beantworten — aber ob ich nicht dieses Nein würde sagen müssen, nicht etwa, wie man gewöhnlich annimmt, weil ich besonders viel zu verschweigen hätte, durch dessen Offenbarung unsere Politik kompromittirt, in einer unerwünschten Weise gebunden werden könnte, sondern

umgekehrt, weil ich, um freiwillig das Wort zu einer Eröffnung gegenüber der Vertretung des Reichs zu nehmen, eigentlich nicht genug zu sagen habe, was nicht schon öffentlich bekannt wäre.

Die Verhandlungen des englischen Parlaments haben ja die Beantwortung des einen Theils der Frage, nämlich, „welches die politische Lage im Orient augenblicklich sei,“ fast schon erschöpft. Wenn ich trotz der Armuth, mit der ich vor Sie trete, doch nicht Nein gesagt habe, so ist es wegen der Befürchtung, daß man daraus schließen könnte, ich hätte vieles zu verschweigen, und ein solcher Eindruck hat immer etwas beunruhigendes, namentlich wenn sich Berechnungen daran knüpfen, dieses Schweigen auszubeuten. Und deshalb spreche ich um so lieber ganz offen, als ich nach der Art, wie die Interpellation eingeleitet worden ist, den Eindruck bekomme, daß die deutsche Politik im ganzen nichts weiter zu thun haben wird, als ihren bisherigen Gang unentwegt und unbeirrt fortzusetzen, um der Meinung der Majorität des Reichstags, insoweit ich die eben gehörten Aeußerungen als einen Ausdruck derselben betrachten darf, zu entsprechen.

Was die jetzige Lage betrifft, so vermuthe ich allerdings, daß dasjenige, was ich darüber sagen kann, Ihnen schon bekannt ist. Sie wissen aus den öffentlichen Blättern und aus den englischen Parlamentsverhandlungen, daß im Orient man augenblicklich sagen kann: „die Waffen ruhn, des Krieges Stürme schweigen,“ — gebe Gott, auf lange! Der Waffenstillstand, der abgeschlossen worden ist, gibt der russischen Armee eine zusammenhängende Stellung von der Donau bis zum Marmarameer, mit der Basis, die ihr früher fehlte, nämlich den Donaufestungen, — ein Moment, welches mir mit das wichtigste in dem ganzen Waffenstillstand erscheint, welches aber von keiner Seite eine Anfechtung erfahren hat. Sie schließt von der russischen Besatzung aus, wenn ich vom Norden anfangen soll, einen viereckigen Ausschnitt, der Varna und Schumla umfaßt, an der Küste des schwarzen Meeres nördlich bei Baltschik, südlich etwas vor der Bai von Burgas endet und sich in das Land hineinerstreckt bis etwa nach Rasgrad — eine ziemlich viereckige Strecke. Sie schließt aus Konstantinopel und die Halbinsel Gallipoli, also diejenigen beiden Punkte, an deren Freibleiben von der russischen Besatzung ein wesentlicher Werth von anderen betheiligten Mächten gelegt wird.

Diesem Waffenstillstand vorhergegangen sind gewisse Friedenspräliminarien, die auf Gefahr hin, Ihnen bekanntes zu sagen, ich obiter rekapitulire, um daran die Frage zu knüpfen, ob in einer derselben ein deutsches Interesse engagirt ist. Es handelt sich zunächst um die Konstituirung Bulgariens „dans des limites déterminées par la majorité de la population bulgare, et qui ne sauraient être moindres que celles indiquées dans la conférence de Constantinople.“

Der Unterschied zwischen diesen beiden Begrenzungen ist meines Erachtens nicht von der Erheblichkeit, daß darum der Frieden Europas verständigerweise gestört werden könnte. Die ethnographischen Nachrichten, die wir darüber haben, sind ja nicht authentisch, sind lückenweise; das beste, was wir kennen wenigstens, ist von deutschen Händen geliefert in den Kiepertschen Karten. Darnach geht die nationale Grenze, die Grenze der bulgarischen Nationalität, ziemlich unvermischt im Westen bis dicht über Salonichi herunter und im Osten mit zunehmender Mischung mit türkischen

Elementen bis gegen das schwarze Meer hin, während die Konferenzgrenze, soweit sie sich genau aus den Verhandlungen nachspüren läßt, namentlich in der östlichen Begrenzung vom Meere aus etwas nördlich von der Grenze der Nationalität bleibt, während sie zwei verschiedene bulgarische Provinzen in Aussicht genommen hat, und im Westen vielleicht etwas weiter als die bulgarische Nationalität in die mit albanischen Volksstämmen gemischten Bezirke hineingreift. Die Verfassung von Bulgarien würde nach den Präliminarien etwa eine ähnliche sein, wie die von Serbien vor der Räumung von Belgrad und anderen festen Punkten; denn dieser erste Absatz der Präliminarien schließt mit den Worten: „L'armée ottomane n'y séjournerait plus," und in Parenthese: „(sauf quelques points à déterminer d'un commun accord)."

Es wird also eine Sache der Unterhandlung unter den Mächten, welche den Pariser Vertrag von 1856 abgeschlossen haben, sein, diese hier offen oder unbestimmt gelassenen Sätze näher zu bestimmen, sich darüber mit Rußland zu vereinigen, wenn es, wie ich hoffe, sein kann.

Dann folgt: l'indépendance du Monténégro — — — ebenso von Rumänien und Serbien; Bestimmungen über Bosnien und die Herzegowina, deren Reform „serait analogue."

Alle diese Sachen berühren meiner Ueberzeugung nach das deutsche Interesse nicht in dem Maße, daß wir darüber die Beziehungen zu unseren Grenznachbarn, zu unseren Freunden aufs Spiel setzen könnten. Wir vermögen uns die eine oder die andere Bestimmung darüber gefallen zu lassen, ohne an unseren Interessen Schaden zu leiden.

Es folgt dann unter 5 eine Bestimmung über die Kriegskosten, die offen läßt ob „le mode, soit pécuniaire, soit territorial" sein könnte „de cette indemnité". Das ist eine Sache, die im wesentlichen, soweit es pekuniär sein würde, die Kriegsführenden betrifft, soweit es territorial sein würde, die Kontrahenten des Pariser Vertrags betrifft und mit deren Sanktion zu regeln sein würde.

Dann folgt der Punkt der Dardanellen, über den meines Erachtens sehr viel mehr Sorge in der Welt verbreitet ist, als durch die thatsächliche Möglichkeit seiner Entwicklung und Wahrscheinlichkeit gerechtfertigt ist. Es heißt darin ganz allgemein: „Sa Majesté le Sultan conviendrait de s'entendre avec Sa Majesté l'Empereur de Russie pour sauvegarder les droits et les intérêts de la Russie dans les détroits du Bosphore et des Dardanelles."

Die Frage der Dardanellen hat eine gewaltige Wichtigkeit, wenn es sich darum handelt, die dortige Durchfahrt, den Schlüssel des Bosporus und zur Dardanellenstraße, in andere Hände zu legen als bisher, wenn es sich darum handelt, zu entscheiden, ob Rußland die Dardanellen nach Belieben soll schließen oder öffnen können. Alle anderen Stipulationen werden sich immer nur auf die Zeit des Friedens beziehen können, und für den Fall des Krieges, also den wichtigeren, wird es immer darauf ankommen, ob der Inhaber des Schlüssels der Dardanellen im Bunde oder in der Abhängigkeit mit den drin oder draußen Wohnenden, von Rußland oder von Rußlands Gegnern ist. Im Falle des Krieges würde die Vertragsbestimmung, die man treffen könnte, so lange die Dardanellen eben in Händen sind, die im Frieden gewiß von Rußland unabhängig

sind, meines Erachtens nicht die Bedeutung haben, die man ihr beilegt. Es kann für die Anwohner des mittelländischen Meeres von Interesse sein, ob die russische Flotte im schwarzen Meere berechtigt ist, in Friedenszeiten durch die Dardanellen zu fahren und sich dort zu zeigen; wenn sie sich dort zeigt, würde ich aber immer, wie beim Barometer auf gut Wetter, hier auf Frieden schließen; wenn sie sich aber zurückzieht und sich vorsorglich dort einschließt, dann würde man vermuthen können, daß vielleicht Wolken aufsteigen. Aber die Frage, ob im Frieden durch die Dardanellen Kriegsschiffe fahren können, halte ich zwar nicht für unwichtig, aber doch nicht für so, daß man deshalb Europa sollte in Brand stecken können.

Die Frage, ob der Besitz der Dardanellen in eine andere Hand übergeht, das ist ein ganz anderes Ding, aber eine Eventualität und Konjunktur, die meines Erachtens in der gegenwärtigen Situation nicht vorliegt und über die ich mich deshalb nicht aussprechen will. Mir kommt es im Augenblick nur darauf an, ungefähr, soweit ich es kann, das Gewicht der Interessen zu bezeichnen, über welche ein weiterer Krieg, nachdem der russisch-türkische thatsächlich sein Ende erreicht hat, entstehen könnte, und deshalb kommt es mir darauf an, zu präzisiren, daß die Friedensbestimmungen über die Frage der Dardanellen in Bezug auf Kriegsschiffe kaum so wichtig sind wie in Bezug auf den Handel; darin liegt zunächst das hervorragendste deutsche Interesse im Orient, daß uns die Wasserstraßen, sowohl die der Meerengen wie die der Donau vom schwarzen Meer aufwärts, in derselben Weise wie bisher frei bleiben. Das ist auch wohl sicher, daß wir das erreichen, ja, es ist gar nicht in Frage gestellt; in einer amtlichen Mittheilung, die mir von Petersburg darüber vorliegt, wird über diesen Punkt einfach Bezug genommen auf die bestehenden Stipulationen des Pariser Friedens; es kommt hierbei nichts in Frage, wir können nicht besser, nicht schlechter gestellt werden, als wir bisher gestanden haben.

Das Interesse, welches wir an einer besseren Regierung der christlichen Nation, an einem Schutz gegen Gewaltthaten, wie sie leider unter türkischer Herrschaft mitunter vorgekommen sind, haben, wird durch die zuerst genannten Punkte gewahrt werden, und das ist das zweite, minder direkte, aber doch menschlich indizirte Interesse, welches Deutschland in der Sache hat.

Der Rest der Präliminarienstipulationen besteht in — ich will nicht sagen, Redensarten, es ist ein amtliches Aktenstück — aber er hat keine Wichtigkeit für unsere heutige Verhandlung.

Mit dieser Darlegung habe ich, soweit ich kann, den ersten Theil der Interpellation über die Lage der Dinge im Orient beantwortet und fürchte, daß ich niemand in dieser Sache etwas neues gesagt habe.

Der fernere Theil der Frage betrifft die Stellung, die Deutschland zu diesen Verhältnissen, zu diesen Neuerungen genommen hat respektive nehmen wird, die genommene und die zu nehmende Stellung.

In Bezug auf die genommene Stellung, kann ich Ihnen für den Augenblick keine Mittheilungen machen; denn wir sind amtlich seit sehr kurzer Zeit, ich kann wohl sagen, buchstäblich erst seit diesem Morgen

im Besitz der Aktenstücke, auf die ich vorhin Bezug nahm. Was wir früher davon wußten, stimmte ungefähr damit überein, war aber nicht von der Natur, daß wir amtliche Schritte daran knüpfen konnten, es waren dies Privatmittheilungen, die wir der Gefälligkeit anderer Regierungen verdankten.

Also amtliche Schritte hierüber sind von uns noch nicht gethan, und Angesichts der, wie ich hoffe, bevorstehenden Konferenzen wäre es voreilig, solche zu thun, bevor man nicht auf den Konferenzen diese Mittheilungen als Material vorliegen hat und in der Lage ist, die Meinungen darüber gegenseitig auszutauschen. Was eine Aenderung gegen die Stipulationen von 1856 sein wird, das wird also der Sanktion bedürfen; wenn es sie nicht erhielte, folgt daraus immer noch nicht nothwendig ein neuer Krieg, aber es folgt ein Zustand daraus, den, glaube ich, alle Mächte Europas Grund haben zu vermeiden, — ich möchte ihn fast nennen eine Versumpfung der Frage. Nehmen Sie an, daß in der Konferenz eine Einigung über das, was zu geschehen hat, nicht zu Stande käme, daß die betheiligten Mächte, welche solches vorzugsweises Interesse haben, den russischen Stipulationen zu widersprechen, sagen: es konvenirt uns in diesem Augenblick nicht, darüber Krieg zu führen, aber einverstanden sind wir mit dem, was ihr abgemacht habt, auch nicht, wir behalten uns unsere Entschließung vor, — das ist doch ein Zustand der Dinge, der auch der russischen Politik nicht erwünscht sein kann. Die russische Politik sagt mit Recht: wir haben keine Neigung, uns alle zehn oder zwanzig Jahre der Nothwendigkeit einer türkischen Kampagne auszusetzen, die sehr aufreibend, anstrengend und kostspielig ist; aber sie kann auch nicht wünschen, dieser Gefahr die einer sich vielleicht in zehn oder zwanzig Jahren wiederholenden österreichisch-englischen Verwicklung zu substituiren. Ich glaube also, es liegt auch im Interesse Rußlands, wie es in dem aller übrigen liegt, zu einer Abmachung zu kommen und die Sache nicht unabgemacht auf spätere, vielleicht unbequemere Zeiten zu verschieben.

Daß Rußland geneigt sein könnte, die Anerkennung der Aenderungen, die es für nothwendig hält, von den übrigen europäischen Mächten durch Krieg zu erzwingen, halte ich für eine Erwägung, die von aller Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen ist. Rußland würde sich muthmaßlich, wenn es die Zustimmung der übrigen Unterzeichner der Traktate von 1856 nicht jetzt erreichen könnte, mit dem Gedanken „beati possidentes" begnügen. Es tritt dann die andere Frage ein, ob diejenigen, die unzufrieden sind mit den russischen Abmachungen und in erster Linie dabei interessirt sind, wirkliche, eigene materielle Interessen dabei haben, bereit sind, Krieg zu führen, um Rußland zu nöthigen, seine Bedingungen abzuschwächen, einen Theil davon aufzugeben, auf die Gefahr hin, in Rußland bei der Heimkehr der Truppen vielleicht das Gefühl zu hinterlassen, was etwa Preußen gehabt hat nach den Friedensschlüssen von 1815, also eine zurückgetretene Empfindung, daß die Sache eigentlich nicht zu Ende wäre und noch einmal versucht werden müßte, wenn es gelänge, Rußland zu zwingen, davon mehr aufzugeben als erträglich.

Wenn dies durch Krieg gelänge, würde man also als Zweck dieses Krieges ansehen müssen: Rußland aus den bulgarischen Stellungen, die es augenblicklich inne hat, aus der Konstantinopel ohne Zweifel bedro-

henden Stellung — indessen es hat noch keine Miene gemacht, Konstantinopel zu besetzen — aus dieser Stellung zu vertreiben. Dann aber fällt auch denen, die dieses Ziel durch siegreichen Krieg erreicht haben würden, die Aufgabe und die Verantwortung zu, darüber zu bestimmen, was aus diesen Ländern der europäischen Türkei nunmehr werden soll. Ob sie bereit sind, ganz einfach die türkische Herrschaft wieder einzusetzen bis an ihre vollen Grenzen nach dem, was auf der Konferenz gesagt und beschlossen ist, halte ich nicht für wahrscheinlich; sie würden also irgend eine Bestimmung darüber treffen müssen, sehr verschieden von dem, was jetzt vorgeschlagen wird, im Prinzip kann es kaum sein, es kann in der Ausdehnung, in der räumlichen Ausdehnung, in dem Maße von Abhängigkeit wohl abweichen, aber ich glaube z. B. nicht, daß die nächst benachbarte Macht, Oesterreich-Ungarn, bereit wäre, die ganze Erbschaft der heutigen russischen Eroberungen zu übernehmen und für die Zukunft dieser slavischen Länder die Verantwortung zu übernehmen, sagen wir durch Einverleibung in den ungarischen Staat oder durch Vasalleneinrichtung; ich glaube nicht, daß das ein Ziel ist, was die österreichische Politik sehr lebhaft wünschen kann ihren eigenen slavischen Unterthanen gegenüber, nun der verantwortliche Herausgeber der künftigen Zustände auf der Balkan-Halbinsel sein zu müssen, und das wäre im Falle des Sieges die Situation.

Ich stelle alle diese Eventualitäten, an die ich nicht glaube, nur hin, um zu beweisen, wie gering in meinen Augen die berechtigte Wahrscheinlichkeit eines europäischen Krieges ist, daß über eine etwas größere oder geringere Ausdehnung, wenn es nicht eben ganz grobe Verhältnisse wären, eines tributären Landes ein verheerender europäischer Krieg zwischen zwei großen benachbarten und befreundeten Mächten beschlossen werden sollte, mit kaltem Blute beschlossen werden sollte. Das Blut wird ja kälter sein, wenn wir erst in der Konferenz vereinigt sind.

Um diesen Eventualitäten zu begegnen, ist also der Gedanke der Konferenz zuerst von der österreichisch-ungarischen Regierung vorgeschlagen, wir sind von Hause aus, ich glaube, beinahe die ersten gewesen, die bereitwillig darauf eingegangen sind. Es haben sich Schwierigkeiten über die Wahl des Ortes der Konferenz erhoben, die meines Erachtens zu der Bedeutung der Sache nicht im Verhältniß stehen. Indeß auch in der Beziehung haben wir keine Schwierigkeiten gemacht, wir haben uns mit den Lokalen, die überhaupt in Frage gekommen sind, einverstanden erklärt, es sind das Wien, Brüssel, Baden-Baden, Wiesbaden, Wildbad, ein Ort in der Schweiz, — ich muß indessen sagen, Wildbad nur durch sich selbst angemeldet — aber es ist auch Stuttgart genannt; alle diese Orte wären uns genehm gewesen. Es scheint — wenn ich richtig unterrichtet bin, und es muß sich in wenigen Tagen entscheiden — daß die Wahl schließlich sich auf Baden-Baden fixiren wird. Unser Interesse, was von denjenigen Mächten, mit denen wir darüber korrespondirt haben, getheilt wird, ist die Beschleunigung der Konferenz ganz unabhängig von der Wahl des Ortes, es ist für uns ziemlich gleichgültig, wo die Konferenz stattfindet. Ich habe in Bezug auf deutsche Orte weiter keine Meinung geäußert als die, daß auf deutschem Boden auch deutsches Präsidium stattzufinden haben werde, eine Auffassung, der von keiner Seite

widersprochen ist. Ob nach der Anerkennung des Prinzips aus Gründen der Zweckmäßigkeit absolut daran festzuhalten sein wird, wird sich finden je nach dem Personalbestande, der sich auf der Konferenz herausstellt, deren Abhaltung überhaupt ich meiner persönlichen Ueberzeugung nach als gesichert ansehe, und die, wie ich vermuthe, in der ersten Hälfte des März wird beginnen können.

Es wäre wünschenswerth, daß es früher sein könnte, um der Ungewißheit, die sich daran knüpft, ein Ende zu machen, aber die Mächte werden doch, bevor sie zusammentreten, einen Austausch von Meinungen unter sich wünschen, und die Verbindungen mit dem Kriegsschauplatz sind in der That sehr langsam, die Verspätung der Mittheilungen, die an uns gelangt sind, waren und wurden motivirt durch Verspätung der Eingänge eben vom Kriegsschauplatz. Es fällt ja die Vermuthung, die eine Zeit lang in öffentlichen Blättern sich hat sehen lassen, als ob diese Verspätung eine absichtliche wäre, vollständig in sich zusammen, sobald man sich klar macht, daß das Vorrücken der russischen Armee in der Zeit nach dem 30. Januar ein Ergebniß der Waffenstillstandsbedingungen war und nicht etwa eine Benutzung irgend eines künstlich gewonnenen tempus utile. Die Grenze, innerhalb deren sich die russische Truppenaufstellung heute befindet, ist die im Waffenstillstand vorbehaltene Demarkationslinie, und ich glaube an eine absichtliche Verzögerung von keiner Seite und glaube von allen Seiten an den ehrlichen Willen, die Konferenz bald zu beschicken. Wir werden jedenfalls dazu thun, was wir können.

Ich komme zu dem schwierigsten Theil — ich bitte um Verzeihung, wenn ich einen Augenblick sitzend fortfahre — ich komme zu dem schwierigsten Theil der mir gestellten Aufgabe, zu der Darlegung, soweit es möglich ist, der von Deutschland auf der Konferenz einzunehmenden Stellung. Sie werden da von mir nichts anderes erwarten als allgemeine Gesichtspunkte unserer Politik, deren Programm Herr von Bennigsen klar und ausführlich, fast ausführlicher, als es mir in diesem Moment meine Kräfte noch erlauben würden, wiedergegeben hat.

Wenn von vielen Seiten an uns die Zumuthung gekommen ist — aber von keiner Regierung, sondern nur von Stimmen in der Presse und sonstige wohlgemeinte Rathschläge —, wir sollten von Hause aus unsere Politik fest legen und sie anderen aufdrängen in irgend einer Form, so muß ich sagen, daß ich das doch mehr für Preßpolitik als für Staatenpolitik halte.

Ich will hier gleich die Schwierigkeit und Unmöglichkeit davon mehr motiviren. Nehmen Sie an, daß wir jetzt auch nur ein festes Programm aussprechen, an das uns zu halten wir, wenn wir es hier von amtlicher Stelle öffentlich, nicht nur vor Ihnen, sondern vor Europa, verkündigen, gebunden sein würden, so würden wir dadurch bei allen denen, die es für sich günstig finden, eine gewisse Prämie auf ihre Unverträglichkeit setzen.

Wir würden ferner uns die Rolle der Vermittelung in der Konferenz, auf die ich den allerhöchsten Werth lege, fast unmöglich machen, weil jeder, mit dem menu der deutschen Politik in der Hand, uns sagen könnte: soweit kann die deutsche Vermittelung gehen, das kann sie thun, das kann sie nicht thun. Die freie Hand, welche Deutschland sich erhalten hat, die Ungewißheit über Deutschlands Entschließungen mögen nicht ganz ohne Mitwirkung in der bisherigen Erhaltung des Friedens sein. Spielen

1878.

Sie die deutsche Karte aus, werfen Sie sie auf den Tisch — und jeder weiß, wie er sich danach einzurichten oder sie zu umgehen hat. Es ist das nicht praktisch, wenn man den Frieden vermitteln will. Die Vermittelung des Friedens denke ich mir nicht so, daß wir nun bei divergirenden Ansichten den Schiedsrichter spielen und sagen: so soll es sein, und dahinter steht die Macht des deutschen Reichs, sondern ich denke sie mir bescheidener, ja — ohne Vergleich im übrigen stehe ich nicht an, Ihnen etwas aus dem gemeinen Leben zu zitiren — mehr die eines ehrlichen Maklers, der das Geschäft wirklich zu Stande bringen will.

Wir sind in der Lage also, einer Macht, die geheime Wünsche hat, die Verlegenheit zu ersparen, bei ihrem, ich will einmal Kongreßgegner sagen, sich entweder einen Korb oder eine unangenehme Antwort zu holen. Wenn wir mit beiden gleich befreundet sind, können wir zuvor sondiren und dem anderen sagen: thue das nicht, versuche es so und so anzubringen. Das sind geschäftliche Hilfsmittel, die sehr zu schätzen sind. Ich habe eine langjährige Erfahrung in diesen Dingen und ich habe mich oft überzeugt, wenn man zu zweien ist, fällt der Faden öfter, und aus falscher Scham nimmt man ihn nicht wieder auf. Der Moment, wo man den Faden wieder aufnehmen könnte, vergeht, und man trennt sich in Schweigen und ist verstimmt. Ist aber ein dritter da, so kann dieser ohne weiteres den Faden wieder aufnehmen, ja wenn getrennt, bringt er sie wieder zusammen. Das ist die Rolle, die ich mir denke, und die den freundschaftlichen Verhältnissen entspricht, in denen wir in erster Linie mit unseren befreundeten Grenznachbarn, Grenznachbarn auf langgedehnten Grenzstrecken, überhaupt leben, und dann vermöge der seit einem Lustrum bestehenden Einigkeit der drei Kaiserhöfe, die aber auch dem vertrauten Verhältniß entspricht, in dem wir mit einem anderen Hauptinteressenten, mit England, uns befinden. Wir sind mit England in der glücklichen Lage, keinen Streit der Interessen zwischen uns zu haben, es seien denn Handelsrivalitäten und vorübergehende Verstimmungen, die ja vorkommen, aber doch nichts, was ernsthaft zwei arbeitsame, friedliebende Nationen in Krieg bringen könnte, und ich schmeichle mir deshalb, daß wir auch zwischen England und Rußland unter Umständen ebenso gut Vertrauensperson sein können, als ich sicher bin, daß wir es zwischen Oesterreich und Rußland sind, wenn sie sich nicht von selbst einigen können.

Das Dreikaiserverhältniß, wenn man es so nennen will, während man es gewöhnlich Bündniß nennt, beruht überhaupt nicht auf geschriebenen Verpflichtungen, und keiner der drei Kaiser ist verpflichtet, sich von den anderen zwei Kaisern überstimmen zu lassen. Es beruht auf der persönlichen Sympathie zwischen den drei Monarchen, auf dem persönlichen Vertrauen, welches diese hohen Herren zu einander haben und auf dem auf langjährige persönliche Beziehungen basirten Verhältnisse der leitenden Minister in allen drei Reichen.

Wir haben stets vermieden, wenn Meinungsverschiedenheiten zwischen Oesterreich und Rußland waren, eine Majorität von zwei gegen eines zu bilden, indem wir bestimmt für einen Partei nahmen, auch wenn unsere Wünsche etwa in der Beziehung nach der einen Seite mehr als nach der anderen uns hingezogen hätten. Wir haben uns dessen enthalten, weil

wir besorgten, daß das Band doch nicht stark genug sein möchte, und gewiß kann es so stark nicht sein, daß es eine dieser Großmächte veranlassen könnte, aus Gefälligkeit für eine andere die eigenen unbestreitbaren staatlichen und nationalen Interessen darüber hintanzustellen. Das ist ein Opfer, was keine Großmacht pour les beaux yeux der anderen thut. Sie thut es, wenn statt der Argumente die Hindeutung auf die Machtverhältnisse eintritt. Da kann sie unter Umständen sagen: diese Konzession zu machen, ist mir sehr unangenehm, aber es ist mir noch unangenehmer, mit einer so großen Macht wie Deutschland etwa darüber in Zwist zu gerathen; indessen werde ich mir dieses merken und in Rechnung stellen. Das ist etwa die Art, wie dergleichen aufgefaßt wird, und ich komme nun auf die Nothwendigkeit, den übertriebenen Ansprüchen, die man an Deutschlands Vermittlung stellt, hier ganz entschieden entgegenzutreten und zu erklären, daß, so lange ich die Ehre habe, Rathgeber Seiner Majestät zu sein, nicht die Rede davon ist.

Ich weiß, daß ich in dieser Beziehung sehr viele Erwartungen täusche, die sich an die heutigen Eröffnungen anknüpfen; aber ich bin nicht der Meinung, daß wir den napoleonischen Weg zu gehen hätten, um, wenn nicht der Schiedsrichter, auch nur der Schulmeister in Europa sein zu wollen.

Ich sehe z. B. in einem mir heute vorgelegten Preßausschnitt: „Die Politik Deutschlands in der entscheidenden Stunde“ ist der Titel eines bemerkenswerthen Artikels der „Allgemeinen Zeitung“, welcher die Nothwendigkeit einer Einmischung der dritten Macht im Bunde mit Oesterreich und England verlangt. Wir sollen also Stellung zwischen England und Oesterreich nehmen, um Rußland das Verdienst zu nehmen, die Konzessionen, welche es etwa dem europäischen Frieden machen kann, freiwillig zu machen. Ich zweifle nicht, daß Rußland das, was nach seinem Nationalgefühl, nach seinem eigenen Interesse, nach dem Interesse von 80 Millionen Russen möglich ist, dem europäischen Frieden zum Opfer bringt; ich halte an und für sich für überflüssig, das zu sagen, aber, wenn wir es thäten, so bitte ich doch die Herren, welche auf dergleichen denken — ich habe noch einen ähnlichen Artikel, „Deutschlands Schiedsrichterrolle“ ist er überschrieben, aus einem Berliner Blatte — nehmen Sie an: wir folgten diesen Rathschlägen und erklärten das Rußland in irgend einer höflichen und freundschaftlichen Weise, wir sind zwar seit 100 Jahren Freunde gewesen, Rußland hat uns Farbe und Freundschaft gehalten, während wir in schwierigen Verhältnissen waren; aber jetzt liegt die Sache doch so: im europäischen Interesse, als Policemen von Europa, als eine Art von Friedensrichter müssen wir dem Wunsche, diesen europäischen Anforderungen nicht länger widerstehen.

Es giebt in Rußland erhebliche Parteien, die Deutschland nicht lieben und die glücklicherweise nicht am Ruder sind, die aber auch nicht unglücklich sein würden, wenn sie ans Ruder kämen.

Wie würden die nun zu ihren Landsleuten sprechen, vielleicht auch andere Leute, vielleicht auch noch andere Staatsmänner, die jetzt noch nicht unsere ausgesprochenen Feinde sind. Sie würden sagen: mit welchem Opfer an Blut, Menschen, Schätzen haben wir die Stellung erreicht, die

1878.

seit Jahrhunderten das Ideal des russischen Ehrgeizes war! wir hätten sie gegen diejenigen Gegner, die ein wirkliches Interesse hätten, sie uns zu bestreiten, behaupten können; es ist nicht Oesterreich, mit dem wir in mäßig intimen Verhältnissen lange Zeit gelebt haben, es ist nicht England, welches ganz offen anerkannte Gegeninteressen hat, — nein, unser intimer Freund, von dem wir glaubten wegen früher Gegendienste erwarten zu dürfen, Deutschland, welches kein Interesse im Orient hat, hat hinter unserem Rücken nicht den „Degen", sondern den „Dolch" gezückt. So würde die Redensart etwa lauten, das wäre das Thema, das wir dort hören würden, und dieses Bild, das ich in übertriebener Farbe — aber die russische Deklamation übertreibt auch — zeichnete und vor Augen führte, entspricht der Wahrheit, und wir werden niemals die Verantwortung übernehmen, eine sichere, seit Menschenaltern erprobte Freundschaft einer großen, mächtigen Nachbarnation dem Kitzel, eine Richterrolle in Europa zu spielen, aufzuopfern.

Die Freundschaft, die uns glücklicherweise mit mehreren europäischen Staaten, ja mit allen wohl in diesem Augenblicke verbindet, — denn es sind die Parteien nicht am Ruder, denen diese Freundschaft ein Dorn im Auge ist — diese Freundschaft deshalb aufs Spiel zu setzen mit dem einen Freunde, um einem anderen in Fragen, an welchen wir Deutsche ein direktes Interesse nicht haben, gefällig zu sein, mit unserem eigenen Frieden den Frieden anderer zu erkaufen, selbst gewissermaßen als Substitut auf der Mensur, um mich eines Universitätsausdrucks zu bedienen, für den Freund einzutreten — das kann ich wohl, wo ich nichts als meine Person in die Schanze schlage, ich kann es aber nicht, wenn ich die Politik eines großen, mitten in Europa gelegenen Reichs von 40 Millionen Seiner Majestät dem Kaiser gegenüber zu berathen habe, und deshalb erlaube ich mir hier, auf der Tribüne allen diesen Stimmen und Zumuthungen eine offene Absage zu erklären, daß ich mich darauf unter keinen Umständen einlassen würde, und daß keine Regierung, keine der am meisten interessirten uns eine Zumuthung derart gestellt hat. Deutschland ist, wie der Herr Vorredner bemerkte, durch seine Erstarkung auch zu neuen Verpflichtungen herangewachsen. Aber wenn wir eine große Anzahl Bewaffneter in die Wagschale der europäischen Politik werfen können, so halte ich doch niemanden dazu berechtigt, der Nation und dem Kaiser, den Fürsten, die im Bundesrath zu beschließen haben, wenn wir Angriffskriege führen wollten, den Rath zum Appell an die erprobte Bereitwilligkeit der Nation zur Hingabe von Blut und Vermögen für einen Krieg zu ertheilen. Nur für den Schutz unsrer Unabhängigkeit nach außen, unserer Einigkeit unter uns und für diejenigen Interessen, die so klar sind, daß, wenn wir für sie eintreten, nicht bloß das einstimmige nothwendige Votum des Bundesraths, sondern auch die volle Ueberzeugung, die volle Begeisterung der deutschen Nation uns trägt, — nur einen solchen Krieg bin ich bereit dem Kaiser anzurathen."

Aus der Rede des Mitinterpellanten Dr. Hänel:

„Ich will hier vor allen Dingen den Schluß der Rede des Herrn Reichskanzlers nochmals accentuiren. Er hat mit Energie es zurückgewiesen, daß man

uns Deutsche in irgend welche kriegerische Politik hineinnöthige oder hineinschmeichle, welche nicht durch das Lebensinteresse des deutschen Reichs bedingt wäre. Er hat mit Nachdruck jedwedes Schiedsrichteramt, jedwedes Schulmeisterthum, wie er sich in seiner feinen Ironie ausdrückte und welches nur napoleonische Traditionen in Europa erneuern könnte, zurückgewiesen.

Meine Herren, diese entschiedene Zurückweisung, ich habe sie lediglich mit Befriedigung abermals gehört, aber ich kann nicht sagen, daß ich dadurch überrascht worden bin. Ich glaube, diese Eröffnungen, wenn ich sie so bezeichnen darf, entsprechen durchaus dem Charakter der deutschen Nation und entsprechen denjenigen nationalen Erwartungen, die wir an die Gründung des deutschen Reichs geknüpft haben. Es ist von hoher Stelle, es ist aus kaiserlichem Munde zu wiederholten Malen gesagt worden, die Begründung der deutschen Nation im deutschen Reich, sie soll sein eine Bürgschaft des Friedens und der Freiheit, sie soll nirgends anknüpfen an die Tradition, welche einst das römische Reich deutscher Nation in Europa gepflegt hatte. In diesem Sinne ist in der That die Politik Deutschlands, soweit wir sie verfolgen können, seit 1870 geleitet worden. Wenn sie in diesem Sinne fortfährt, wenn sie verzichtet auf Vorherrschaft, wenn sie den Charakter eminenter Friedfertigkeit an sich trägt, dann bin ich, und ich darf es hier aussprechen im Namen nicht nur meiner Fraktion, überzeugt, daß der Beifall der Nation der Leitung dieser Politik gewiß ist." — —

Schlußworte des Abgeordneten W. Windhorst:

„Für mich hat die heutige Diskussion den großen Werth, daß alle Redner des Hauses, die gesprochen haben, ihr warmes Interesse für Oesterreich ausgesprochen haben, und ich habe die Ueberzeugung, daß der Herr Reichskanzler, gewohnt, auf die Stimme des Reichstags zu hören, bei seinen weiteren Verhandlungen aus diesen Aeußerungen hier im Hause dasjenige Kapitel für sich und seine Verhandlungen entnehmen werde, welches im Sinne derer ist, die hier im Reichstag gesprochen haben.

Möge es seiner Gewandtheit gelingen, den allgemeinen Frieden aufrecht zu erhalten, aber auch dafür zu sorgen, daß das germanische Interesse in dieser ganzen Verhandlung nicht zu kurz komme. Dies germanische Interesse aber drückt sich aus in dem Interesse Oesterreichs."

Erwiderung des Fürsten von Bismarck.

[Frühere Vermittelungen; — der Dardanellenschlüssel.]

„Ich muß gestehen, daß, wenn die Meinung des Reichstags mir durch das Organ des Herrn Vorredners unterbreitet würde, ich dieser Stimme doch mit großer Vorsicht folgen würde, mit weniger Hingebung, als anderen, die wir vorhin gehört haben. Der Herr Vorredner hat in meiner Anwesenheit wohl nie gesprochen, ohne mir durch seine Aeußerungen Anlaß zur Antwort zu geben, selten in der Richtung, daß ich sachlich etwas zu widerlegen oder zu bestreiten gehabt hätte, was er durch Argumente unterstützt hat. Er hat mich aber fast immer in die Nothwendigkeit versetzt, gewissen Mißverständnissen, die bei dem Herrn Vorredner so außerordentlich häufig vorkommen, entgegenzutreten, damit diese Mißverständnisse nicht nachher in unwidersprochene Wahrheiten in der Presse, die die Politik des Herrn Vorredners zu unterstützen pflegt, verwandelt werden. Der Herr Vorredner hat eine große Gewandtheit, einen Gedanken hinzuwerfen, ohne daß man gerade behaupten könnte, er hätte ihn zu dem seinigen gemacht, aber durch die Art, wie er ihn hinwirft, gibt er doch der Vermuthung Raum, und der Ball wird aufgefangen und weitergegeben. In dieser Beziehung muß ich doch, ich will nicht sagen Insinuationen, aber

1878.

Mißverständnissen des Herrn Vorredners widersprechen, die er hier in Kurs gesetzt hat. Er hat zuerst damit angefangen, daß er überzeugt wäre, diese Interpellation sei nicht ohne Genehmigung gestellt worden. Ich erkläre hiermit offen, daß diese Behauptung, welche öffentlich aufgestellt wurde, eine Unwahrheit ist, und daß die Insinuation, als wäre es geschehen, doch kaum eine zwecklose sein kann.

Ich würde, wenn meine Meinung eingeholt worden wäre über diese Interpellation, gerathen haben, sie zu verschieben, einige Wochen später würden wir vielleicht klarer in der Sache sehen. Ich würde außerdem gewünscht haben, daß mir durch den Wortlaut die Beantwortung etwas erleichtert würde in Form der Stellung bestimmter Fragen, daß mir nicht allein die Verantwortung dafür zugeschoben werde, über was ich spreche, und ich sage, das Thema war zu weit gefaßt, worüber ich gesprochen habe.

Ich erkläre also diese Andeutung für unrichtig und irrthümlich. Im Lande zu akkreditiren, dies sei eine bestellte Interpellation gewissermaßen, eine genehmigte, ist ja eine Kleinigkeit; aber das bei den europäischen Mächten zu akkreditiren, das ist kein Dienst, den man dem deutschen Lande erweist, und einen solchen Dienst erwarte ich auch von dem Herrn Vorredner nicht!

Der Herr Vorredner hat gesagt, er sei ganz für die Erhaltung des Friedens nach allen Richtungen hin. Gleich wie er das sagte, erinnerte ich mich, daß gewisse Blätter, französische und polnische, die sonst mit dem Herrn Vorredner selten verschiedener Meinung sind, doch mit allen Mitteln der Dialektik zum Kriege treiben, indem auch sie Oesterreich zu beweisen suchen, es sei dupirt, es sei betrogen, indem sie die österreichische Ambition aufzustacheln suchen, um den Krieg möglichst wahrscheinlich zu machen. Ich freute mich, daß der Herr Vorredner versicherte, daß diesmal die Konsorterie in Frankreich und Polen mit ihm gar keine Gesinnungsgemeinschaft hätten, ich bin auch noch bereit, ihm das zu glauben, da er es versichert.

Der Herr Vorredner hat ferner sein Mißvergnügen darüber zu erkennen gegeben, daß die Verhandlungen hier nicht vollständig vorgelegt seien. Nun, meine Herren, die Hauptverhandlungen stehen noch bevor. Wir werden wahrscheinlich über die Konferenz, wenn Sie es wünschen, Ihnen umständliche Vorlagen, nachdem sie verhandelt haben wird, machen können. Wir machen aus unserer Politik ja niemals ein Geheimniß, und wenn die Interpellationen in diesem Raume über die Politik so selten gewesen sind, so ist das einmal ein Beweis persönlichen Vertrauens, welches man mir geschenkt hat, und zweitens ein Beweis, daß zwischen der Politik, wie sie geführt ist und der Ansicht der Mehrheit der Landesvertretung volle Uebereinstimmung geherrscht hat, die zu einer Dissonanz keinen Anlaß gegeben haben.

Der Herr Vorredner klagt ferner, daß ich mich berufen hätte auf Informationen des englischen Parlaments. Ich habe nur gesagt, daß ich mich in der unangenehmen Lage eines Geschichtserzählers befände, der nicht weiß, ob nicht die Sache, die er vortragen will, durch die englischen Verhandlungen allen bereits bekannt ist. Deshalb habe ich eine Apologie gemacht, daß vielleicht die meisten Herren das schon wissen würden, was ich sagen würde, wenn sie aufmerksame Zeitungsleser gewesen sind. Aber ich habe auch der juristischen Anforderung, die der Herr Vorredner stellte, genügt, indem ich nichtsdestoweniger, auf die Gefahr hin, schon gesagtes

zu wiederholen, die einzelnen Sachen hier durchgegangen bin; und wenn dem Herrn Vorredner irgend etwas dunkel darin geblieben, so stehe ich ihm gern privatissime zu Diensten, um ihm vorzulesen oder vorlesen zu lassen, soweit die Akten darüber vorhanden sind. Wenn der Herr Vorredner sich wundert, daß dies die erste Mittheilung sei, die ich überhaupt hier gemacht hätte: — ja, wann hätte ich denn eine Mittheilung machen sollen? Etwa bei der Thronrede, wo ich nicht anwesend war? Es ist die erste Verhandlung, in der ich mich befinde, die erste Frage, die mir gestellt ist, also auch natürlich die erste Mittheilung der Art. Ich vermuthe, daß dieser Tadel doch die Ausfüllung einer Pause nur gewesen ist, bei der der Herr Vorredner auf den nächsten sich besonnen hat.

Es hat der Herr Vorredner gesagt, Deutschland habe sehr wohl die Autorität — setzen wir statt dessen die Macht — gehabt, den Krieg zu verhindern. Daran zweifele ich gar nicht. Es wäre das aber eine sehr große Thorheit, um mich nicht eines stärkeren und geläufigeren Ausdrucks zu bedienen, wenn wir das gethan hätten. Es sind dergleichen Versuche ja doch in der neuesten Geschichte — der Herr Vorredner ist mit mir in gleichem Alter, er hat sie doch auch mit durchlebt — mehrere gewesen. Sie sind nie demjenigen, der auf diese Weise einen Krieg anderer verhindert, der mit einem quos ego einen Frieden geboten hat, sie sind ihm niemals gedankt worden. Ich erinnere an ein Moment aus unserer vaterländischen Geschichte: an die Verhandlungen von Olmütz. Da hat Kaiser Nikolaus die Rolle gespielt, die der Herr Vorredner Deutschland zumuthet; er ist gekommen und hat gesagt: „auf den ersten, der hier schießt, schieße ich", und infolge dessen kam der Friede zu Stande. Zu wessen Vortheil, zu wessen Nachtheil, politisch berechnet, das gehört der Geschichte an, das will ich hier nicht diskutiren. Ich frage bloß: ist diese Rolle, die er dort gespielt hat, dem Kaiser Nikolaus auf einer von beiden Seiten gedankt worden? Bei uns in Preußen ganz gewiß nicht. Die edlen Absichten dieses Herrn wurden verkannt gegenüber der Empfindlichkeit, die das nationale Gefühl einer großen Nation berührt, wenn eine andere Macht ihr gebietet oder verbietet, was sie in einer Frage des eigenen Interesses, der sie glaubt selbst zu verstehen, thun oder lassen soll. Ist es dem Kaiser Nikolaus von Oesterreich gedankt worden? Drei Jahre darauf war der Krimkrieg, und ich brauche ein weiteres nicht zu sagen. Diese Rolle, die Kaiser Nikolaus in Olmütz gespielt hat, muthet der Herr Vorredner uns zu, wenn wir den Krieg vorher hätten verbieten sollen.

Ich will ein weiteres Beispiel anführen. Die Lage, in der wir uns augenblicklich befinden, ist ja vor etwas mehr als zwanzig Jahren ziemlich genau schon einmal dagewesen. Ich war damals nicht Minister, aber durch das Vertrauen, mit dem der hochselige König Friedrich Wilhelm IV. mich beehrte, war ich in der Lage, bei den wichtigeren und entscheidenderen Fragen theilzunehmen, und ich weiß ganz genau, wie die Sachen damals verliefen. Ich weiß, welche Künste der Ueberredung, der Drohung bei Preußen angewendet wurden, um uns hineinzutreiben wie einen Hatzhund in einen fremden Krieg, und es war nur — was dem hochseligen König nicht genug zu danken ist — der persönliche Widerstand, den der König dagegen geleistet hat, der verhindert hat, daß dieser Mißgriff damals begangen wurde, daß wir einen Krieg führten, der von dem Augenblicke

an, wo wir den ersten Schuß thaten, der unsrige geworden wäre, und alle hinter und neben uns hätten eine gewisse Erleichterung empfunden und uns gesagt, wann es genug war. Der hochselige König hat mich damals in schwierigeren Momenten von Frankfurt rufen lassen, um die Depeschen in seinem Sinne hier zu bearbeiten, und es ist das nach dem damaligen Verfahren in unseren auswärtigen Angelegenheiten durchaus nicht sehr auffallend, daß hier ein Halbdutzend Gesandte in Gasthöfen waren und Politik gegen ihren Minister trieben. Nun, ist es nicht dankenswerth, daß wir damals der Versuchung, Rußland den Krieg zu verbieten oder zu erschweren, widerstanden haben? Es war damals auch das „germanische Interesse", in welchem der Krimkrieg geführt wurde, in dessen Namen unser Beistand gefordert wurde, es war nur das auffällige, daß der gesammte deutsche Bund diese Ansicht nicht theilte, daß es ein germanisches Interesse wäre. Ich glaube, es war das einzige Mal, wo ich mich in Frankfurt im Bundestage an der Spitze der Majorität befunden habe, und wo Oesterreich in der Minorität war.

Alle Stimmen waren darüber einig, daß es kein deutsches Interesse sei, trotz des angeblichen Interesses der Donauschifffahrt von Regensburg hinunter, mit welcher viel Humbug getrieben wurde. So kann ich dem Herrn Vorredner anführen, daß eine von ihm sonst so hoch geachtete Autorität, die Mehrheit des alten Bundestags, in diesem Falle nicht auf seiner Seite steht und nicht meinte, daß es ein germanisches Interesse sei, mit Rußland für Bulgarien Krieg zu führen.

Ich könnte die Zahl der Interventionen, bei denen man sich gewissermaßen die Finger verbrannt hat, ja aus der neuesten Geschichte noch vermehren. Ich erinnere an die von uns nur beabsichtigte Intervention vor Villafranka. Es war eine Friedensstiftung, die uns nachher von keiner Seite gedankt wurde. Ich erinnere an die Friedensstiftung Napoleons gleich nach der Schlacht von Sadowa, — die Sachen sind damals nicht sehr öffentlich geworden — aber was ich mir damals darüber gedacht habe, das weiß ich und ich habe es dem Kaiser Napoleon nicht vergessen, ich habe gut Buch gehalten für seine damalige Intervention, und es wäre vielleicht für die französischen Interessen nützlicher gewesen, Frankreich hätte sich damals nicht zum Friedensstifter aufgeworfen.

Der Herr Vorredner sagt ferner: wer den Dardanellenschlüssel habe, der habe die Weltherrschaft. Er belehrt uns damit, daß der Sultan bisher die Welt beherrscht hat.

Bisher hielt er ihn ganz unbestritten in Händen seit vierhundert und einigen Jahren, und ich habe wenigstens nie das Gefühl gehabt, daß wir in Preußen unter türkischer Weltherrschaft während unserer Lebenszeit gestanden hätten. Es ist das also ein etwas weit gegriffenes und speziöses Argument des Herrn Vorredners. Außerdem habe ich ja die Unwichtigkeit dieses Schlüssels gar nicht behauptet; ich habe nur behauptet, den Besitz dieses Schlüssels erstrebe Rußland augenblicklich gar nicht, es ist den gegeninteressirten Mächten zu Gefallen nicht nach Konstantinopel hineingegangen, das Wort des Kaisers Alexander bürgt uns dafür, daß er Konstantinopel nicht behalten wird. Ob nachher eine Türkei übrig bleibt, auf die Rußland zunächst den

wesentlichsten Einfluß ausübt, — ja, das wissen wir noch nicht, ob die beiden Nationen sich mit besonderem Vergnügen der ausgewechselten Schläge erinnern werden, es kann ja sein, daß das lange dauert, es kann auch sein, daß da mal wieder eine andere Stimmung dazwischen kommt. So lange Rußland die Meerengen nicht selbst hat, finde ich die Einwendungen, die der Herr Vorredner gegen meine Aeußerungen machte, immer nicht berechtigt.

Am allernothwendigsten halte ich die Widerlegung der — ich kann es nicht anders nennen als Insinuationen, die der Herr Vorredner darüber gemacht hat, daß wir, daß Deutschland eventuell bei einer angeblichen Düpirung Oesterreichs durch Rußland, wie er behauptete, mitschuldig gewesen sei. Er hat das in der Manier gemacht, wie ich sie beim Anfang meiner augenblicklichen Aeußerung charakterisirte, — er hat nicht behauptet, daß es seine Meinung wäre, aber er hat gesagt: ich will mich freuen, wenn ich mich bei Einsicht der Akten überzeuge, daß es anders sei. Ja, das ist die Art, sich dem Strafrichter bei Beleidigungen zu entziehen. Der Herr Abgeordnete hat damit ein großes Geschick in Wendungen gezeigt, die der Unannehmlichkeit ausweichen, daß man ihm sagt, Du hast das behauptet. Er hat aber ein ebenso großes Geschick bekundet, die Vermuthung aufzustellen, daß dem doch so sei, daß er berechtigten Verdachtsgrund habe, und daß Deutschland sich darüber zu reinigen habe. Ich weiß nicht, wo er den Verdachtsgrund hernimmt, wenn nicht aus seinem eigenen deutsch-freundlichen Herzen. Ich kann dem Herrn versichern, daß er nicht nöthig hat, uns gegenüber die Interessen Oesterreichs zu vertreten. Unsere Beziehungen zu Oesterreich sind die der Gegenseitigkeit, voller Offenheit und des gegenseitigen Vertrauens, was eine große Seltenheit ist, namentlich nach den Vorgängen aus Zeiten, wo andere Parteien in Oesterreich noch mächtiger waren, als sie dies heute sind. Nicht bloß von Monarch zu Monarch, nicht bloß von Regierung zu Regierung — nein, ich stehe persönlich mit dem Grafen Andrassy zu meiner Freude und zu meiner Ehre in demjenigen freundschaftlichen Verhältniß, welches ihm die Möglichkeit gibt, mir jede Frage, die er für nothwendig hält im Interesse Oesterreichs offenzustellen, und er hat die Ueberzeugung, daß ich ihm die Wahrheit antworte, und ich habe die Ueberzeugung, daß er nur die Wahrheit über Oesterreichs Absichten sagt.

Ein solches Verhältniß ist ein sehr günstiges, wenn man sich gegenüber einen Minister hat, bei dem man von der Wahrheit dessen, was er auf sein Wort versichert, vollständig überzeugt ist. In der angenehmen Lage befinden wir uns mit Oesterreich. In früheren Zeiten, die dem Herrn Vorredner gefallen mögen, war es anders; da habe ich österreichische Kollegen im Bunde mir gegenüber gehabt, denen habe ich gesagt: es ist mir gleichgiltig, ob Sie reden, oder ob der Wind durch den Schornstein geht, ich glaube kein Wort von dem, was Sie sagen.

Der Graf Andrassy glaubt mir, und ich glaube ihm, was er mir sagt, und wir brauchen zu diesem Verhältniß die Vermittlung des Herrn Vorredners am allerwenigsten, er würde es nur verderben können."

1878.

Fernere Erwiderung des Fürsten von Bismarck auf eine Aeußerung des polnischen Abgeordneten von Komierowski, welcher die Hoffnung aussprach, daß auf der Konferenz auch die Wiederherstellung Polens zur Sprache kommen werde.

(Nach dem sozialdemokratischen Abgeordneten Liebknecht.)

„Ich habe nicht die Absicht, dem Herrn Vorredner auf sein Gebiet zu folgen, es ist mehr der Herr Abgeordnete Dr. von Komierowski, der vor ihm sprach, der mich zu einer kurzen Bemerkung veranlaßt, umsomehr, als ich während der zuletzt gehörten sozialistischen Rede glaube wahrgenommen zu haben, daß die Beifallsbezeugungen, mit denen sie stellenweis begleitet war, von den näheren Landsleuten des Herrn Abgeordneten von Komierowski respektive von den ihm verwandten Fraktionsgenossen herrührten. Ich halte, wenn ich mich darin nicht irre, es doch für zweckmäßig, dies öffentlich zu konstatiren. Es ist mir dabei eingefallen, daß, wenn wir in den polnischen Landestheilen des preußischen Staats über die Gesammtheit des Volkes nicht zu klagen haben und ihrer Zustimmung zu der Art, wie sie regiert werden, im ganzen sicher sind, so tritt uns immer wieder die Stimme des polnischen Adels entgegen als unzufrieden mit dem deutschen Reich und mit der Zugehörigkeit zu demselben. Vielleicht wäre es einmal möglich, um mich trivial auszudrücken, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen, wenn man einen der polnischen Kreise im preußischen Gebiet, also etwa den Wahlkreis des Herrn von Komierowski, dem Herrn Bebel und seinen Gesinnungsgenossen zu regieren mit voller Souveränetät übergiebt, wir könnten dann — und daran würde mir sehr viel liegen — endlich einmal erfahren, was das positive Ideal der Sozialdemokratie ist. Wir kennen sie nur von der negativen Seite: alles was vorhanden ist, ist schlecht und muß ruinirt werden, und im Volke muß die Ueberzeugung erweckt werden, daß die regierenden Klassen üble gewissenlose Leute sind, für die es nicht so sehr darauf ankommt, wenn man einmal gewaltthätig gegen sie verfährt. Das wissen wir, jede Politik, die ein anderer als ein Sozialdemokrat treiben kann, ist erbärmlich, die Herren wissen alles besser, aber worauf sie positiv hinauswollen, das verschweigen sie sorgfältig. Ich meine, wenn sie endlich jede Maske von sich abwerfen und offen kundgeben, wohin sie wollen, wie es in einem von ihnen regierten polnischen Kreise geschehen würde, dann werden wir den doppelten Vortheil haben, nämlich das abschreckende Bild des positiv verwirklichten Sozialismus erkennen, welches sie jetzt sorgfältig hinter dem Berge halten, und wir werden in dem von ihnen regierten Polen hinterher die treuesten deutschen Reichsbürger haben."

1878.

19. Februar. Oesterreich und der Konferenzantrag.

Erklärung des österreichischen Minister-Präsidenten Fürsten von Auersperg auf eine Interpellation im österreichischen Abgeordnetenhause.

„Die Regierung hat den erwähnten Friedensbasen gegenüber ihren principiellen Standpunkt mit aller Offenheit gekennzeichnet, sie hat erklärt, daß sie die Abmachung der Belliquanten, soweit durch dieselben die Interessen der Monarchie oder die Rechte der Signatarmächte berührt erscheinen, für sich als nicht rechtsverbindlich erkenne, insolange dieselben nicht mit den Signatarmächten vereinbart worden sind. Die Regierung hat gleichzeitig die Initiative zur Einberufung einer europäischen Konferenz ergriffen. Sowohl der principielle Standpunkt der k. und k. Regierung, als ihr Antrag auf Abhaltung einer Konferenz ist von den sämmtlichen Kabinetten angenommen worden. Nur das kaiserlich-russische Kabinet hat bezüglich der Formen den Gedanken angeregt, nicht eine Konferenz, sondern einen Kongreß einzuberufen, und den Wunsch ausgesprochen, daß letzterer in der Hauptstadt irgend eines der Signatarstaaten abgehalten werde. Die Verhandlungen darüber sind ihrem Abschluße nahe, und wir glauben dem baldigen Zusammentritte des Kongresses entgegensehen zu dürfen. Mit Rücksicht hierauf ist die Regierung nicht in der Lage, in einer detaillirten Darlegung ihres Standpunktes bezüglich der erwähnten Friedensbasen einzugehen; sie kann jedoch im Allgemeinen nicht umhin, zu erklären, daß sie einige der Stipulationen, wie sie heute vorliegen, als den Interessen der österreichisch-ungarischen Monarchie nicht entsprechend zu erkennen vermag. Diese Reserve bezieht sich jedoch nicht auf jene Punkte, welche eine Verbesserung der Lage der Christen in Orient zum Zwecke haben, sondern auf solche Bestimmungen, welche eine Verschiebung der Machtverhältnisse im Orient zu Ungunsten der Monarchie nach sich ziehen könnten. Die Regierung hat die zuversichtliche Hoffnung, daß es der europäischen Berathung gelingen werde, zu einer Verständigung zu führen. Daß alle betheiligten Mächte wünschen müssen, daß aus der Krise kein momentaner, sondern ein dauernder Friede hervorgehe, so hofft die k. und k. Regierung, daß die Berathung der Mächte zu einer allseitig befriedigenden Lösung der Orientfrage führen werde. Jedenfalls wird die Regierung Sr. Majestät gegenüber dem Ernste der Ereignisse nach wie vor als ihre Pflicht und Aufgabe erkennen, die politischen und materiellen Interessen, sowie das Ansehen der Monarchie nach jeder Richtung hin zur Geltung zu bringen."

---

9. Die Friedenspräliminarien von San Stefano.

---

3. März. **Abschluß der Friedenspräliminarien zu San Stefano** (bei Adrianopel).

Der wesentliche Inhalt der Präliminarien:

Artikel 1. Um den unaufhörlichen Konflikten zwischen der Türkei und Montenegro ein Ziel zu setzen, wird die Grenze zwischen beiden Ländern gemäß der beigefügten Karte, unter nachfolgend ausgesprochenem Vorbehalt in folgender Weise berichtigt:

Eine europäische Kommission, in welcher die Hohe Pforte und die montenegrinische Regierung vertreten sein werden, wird beauftragt werden, die definitiven Grenzen des Königreichs zu fixiren.

Artikel 2. Die Hohe Pforte erkennt definitiv die Unabhängigkeit des Fürstenthums Montenegro an.

Ein Uebereinkommen zwischen der kaiserlich russischen, der ottomanischen und der Regierung des Fürstenthums Montenegro wird endgiltig den Charakter und die Form der Beziehungen zwischen der Hohen Pforte und dem Fürstenthum feststellen.

Bei künftigen etwaigen Streitigkeiten oder Konflikten — ausgenommen die Fälle neuer territorialer Reklamationen — werden die Türkei und Montenegro die Regelung ihrer Differenzen Rußland und Oesterreich überlassen, welche in Gemeinschaft schiedsrichterlich entscheiden werden.

Artikel 3. Serbien wird als unabhängig anerkannt.

Eine türkisch-serbische Kommission wird an Ort und Stelle unter Assistenz eines russischen Kommissars die definitive Grenzlinie in dem Zeitraume von drei Monaten abstecken und die Fragen bezüglich der Drina-Inseln definitiv regeln.

Artikel 4. Die Muselmänner, welche Besitzungen in den zu Serbien annektirten Gebieten haben und ihren ständigen Aufenthalt außerhalb des Fürstenthums zu nehmen wünschen, werden daselbst ihre Immobilien in der Weise belassen können, daß sie sie durch Andere pachten oder verwalten lassen.

Artikel 5. Die Hohe Pforte erkennt die Unabhängigkeit Rumäniens an.

Artikel 6. Bulgarien wird zu einem autonomen, tributpflichtigen Fürstenthum, mit einer christlichen Regierung und einer einheimischen Miliz erhoben.

Die definitiven Grenzen des bulgarischen Fürstenthums werden durch eine russisch-türkische Spezialkommission, vor der Räumung Rumeliens durch die kaiserlich russische Armee, gezogen. Von dort wird sich die Grenzlinie in der Richtung auf die Stadt Tschirmen hinziehen und, Adrianopel südwärts lassend, durch die Ortschaften Sugutlion, Karahamza, Arnaoutkeni, Akardji und Enidje bis zum Flusse Tekedereffi gehen.

1878.

Artikel 7. Der Fürst der Bulgarei wird frei durch die Bevölkerung gewählt und von der Hohen Pforte unter Zustimmung der Mächte bestätigt. Kein Mitglied der regierenden Familien der europäischen Großmächte darf zum Fürsten der Bulgarei gewählt werden.

In den Oertlichkeiten, wo die Bulgaren mit Türken, Griechen, Walachen oder Anderen vermischt sind, wird den Rechten und Interessen dieser Völkerschaften bei der Wahl und der Ausarbeitung der organisatorischen Bestimmungen eine gerechte Würdigung zu Theil werden.

Die Einführung der neuen Regierung in der Bulgarei und die Ueberwachung ihres Betriebes wird während zweier Jahre einem kaiserlich russischen Kommissar anvertraut. Am Ende des ersten Jahres nach Einführung der neuen Regierung können, wenn darüber zwischen Rußland, der Hohen Pforte und den europäischen Kabinetten eine Einigung erzielt ist, sie besondere Delegirte dem kaiserlich russischen Kommissar beigeben.

Artikel 8. Die ottomanische Armee wird sich nicht mehr in Bulgarien aufhalten und alle alten Befestigungen werden auf Kosten der Lokalregierung rasirt.

Der Effektivbestand des russischen Okkupationskorps, bestehend aus 6 Infanterie- und 2 Kavalleriedivisionen, welches nach Räumung der Türkei durch die kaiserliche Armee in der Bulgarei bleiben soll, wird die Stärke von 50,000 Mann nicht überschreiten. Das Korps wird auf Kosten des okkupirten Landes unterhalten.

Artikel 9. Der Betrag des jährlichen Tributs, welchen die Bulgarei an die suzeräne Regierung zu zahlen hat, ihn an die Bank überweisend, welche die Hohe Pforte bezeichnen wird, wird durch ein Uebereinkommen zwischen Rußland, der türkischen Regierung und den anderen Kabinetten am Schlusse des ersten Betriebsjahres der neuen Organisation bestimmt. Der Tribut wird festgestellt nach dem mittleren Einkommen des ganzen Gebietes, welches zu dem Fürstenthum gehört.

Artikel 10. Zu Transportzwecken von Truppen, Munition und Proviant nach und von ihren jenseits des Fürstenthums belegenen Provinzen erhält die Hohe Pforte das Recht der Benutzung von bestimmt abgegrenzten Verkehrsstraßen.

Artikel 11. Die muselmännischen Grundeigenthümer und alle Anderen, welche ihren persönlichen Wohnsitz außerhalb des Fürstenthums aufschlagen sollten, können ihre dortigen Immobilien behalten, indem sie solche durch Fremde verwalten lassen resp. sie verpachten.

Artikel 12. Alle Donaufestungen werden geschleift.

Artikel 13. Die Hohe Pforte übernimmt die Herstellung der Passage durch die Sulinamündung.

Artikel 14. Die den ottomanischen Bevollmächtigten in der ersten Sitzung der Konstantinopeler Konferenz mitgetheilten Vorschläge Europas werden mit den der Hohen Pforte, der russischen und der österreichisch-ungarischen Regierung vereinbarten Aenderungen sofort in Bosnien und der Herzegowina eingeführt.

Artikel 15. Die Hohe Pforte verpflichtet sich zur gewissenhaften Durchführung der für Kreta gegebenen organischen Verfassung von 1868, unter Berücksichtigung der von den Landeseinwohnern schon kundgegebenen Wünsche.

Eine gleiche Verfassung soll nach Maßgabe der örtlichen Anforderungen in Epirus, Thessalien und den anderen Gebietstheilen der europäischen Türkei, für welche keine Spezialorganisation in gegenwärtigem Aktenstücke vorgesehen ist, zur Einführung gelangen.

Artikel 16. Da die Räumung der durch die russischen Truppen in Armenien besetzten Gebiete, welche wieder an die Türkei zurückgegeben werden müssen, zu Konflikten und den guten Beziehungen der beiden Länder nachtheiligen Verwickelungen Gelegenheit geben könnte, verpflichtet sich die Hohe Pforte, die durch die lokalen Bedürfnisse erforderten Verbesserungen und Reformen in den von Armeniern bewohnten Provinzen ohne Verzug zu realisiren und ihnen Sicherheit gegen die Kurden und Tscherkessen zu gewährleisten.

1878.

Artikel 17. Es wird eine allgemeine und gänzliche Amnestie allen bei den letzten Ereignissen kompromittirten türkischen Unterthanen durch die Hohe Pforte bewilligt.

Artikel 18. Die Hohe Pforte wird die durch die Kommissare der Vermittelungsmächte ausgesprochene Ansicht in Betreff des Besitzes der Stadt Khotour in ernste Erwägung ziehen und verpflichtet sich, die Arbeiten der definitiven Grenzregulirung der türkisch-persischen Grenze ausführen zu lassen.

Artikel 19. Die Entschädigungen für den Krieg und die Rußland zugefügten Verluste, welche Se. Majestät der Kaiser von Rußland beansprucht und die Hohe Pforte sich verpflichtet hat, ihm zu zahlen, bestehen in Folgendem:

a) 900 Millionen Rubel Kriegskosten (Unterhalt der Armee, Ersatz des Materials und Kriegslieferungen);

b) 400 Millionen Rubel für Schäden, erlitten am südlichen Küstengebiete des Landes, am Ausfuhrhandel, von der Industrie und an den Eisenbahnen:

c) 100 Millionen Rubel für Schädigung des Kaukasus durch die Invasion:

d) 10 Millionen Rubel Entschädigung für die Unterthanen und Institutionen Rußlands und der Türkei.

Total: 1410 Millionen Rubel.

Der Kaiser von Rußland, in Erwägung der finanziellen Verlegenheiten der Türkei und in Uebereinstimmung mit dem Wunsche Sr. Majestät des Sultans, bewilligt die Bezahlung des größten Theils der im vorstehenden Paragraphen aufgeführten Summen durch die Ueberlassung folgender Territorien:

a) Das Sandjak von Tultcha, von Kilia, Soulina, Mahmoudie, Isaktcha, Tultcha, Matchine, Babadagh, Hirsowa, Kustenje und Medjidjé, ebenso die Inseln des Delta und die Schlangeninseln. Da Rußland nicht verlangt, dieses Territorium und die Inseln des Delta zu annektiren, so behält es sich vor, sie auszutauschen gegen den Theil Bessarabiens, der durch den Vertrag von 1856 abgetrennt und begrenzt wurde im Süden durch das Flußbett des Kilia-Armes und die Mündung des Stary-Stambul.

b) Ardahan, Kars, Batum, Bayazet und das Gebiet bis Saganlough.

c) Die in dem § a und b erwähnten Territorien sind an Rußland überlassen als ein Aequivalent für die Summe von einer Milliarde hundert Millionen Rubel.

d) Was die zehn Millionen Rubel, beansprucht als Entschädigung für die Unterthanen und Institutionen Rußlands in der Türkei, anlangt, so werden diese bezahlt werden nach Maßgabe der durch die russische Gesandtschaft zu Konstantinopel geprüften und der Hohen Pforte übermittelten Ansprüche der dabei Interessirten.

Artikel 20. Die Hohe Pforte wird wirksame Maßregeln zur gütlichen Beilegung aller seit mehreren Jahren schwebenden streitigen Angelegenheiten der russischen Unterthanen ergreifen, diese Letzteren, wenn erforderlich, entschädigen und ohne Verzug die erlassenen Entscheidungen ausführen lassen.

Artikel 21. Den Bewohnern der an Rußland abgetretenen Gebietstheile, welche ihren Wohnsitz außerhalb dieser Territorien nehmen wollen, steht es frei, sich zu entfernen, indem sie ihren Immobiliarbesitz verkaufen.

Artikel 22. Die Geistlichen, Pilger und russischen Mönche, welche in der europäischen und asiatischen Türkei reisen oder sich aufhalten, werden dieselben Rechte, Vortheile und Privilegien genießen, wie die anderen Nationalitäten angehörenden fremden Geistlichen.

Artikel 23. Alle früher zwischen den hohen vertragschließenden Parteien geschlossenen Verträge, Konventionen und Verpflichtungen in Bezug auf den Handel, die Gerichtsbarkeit und die Stellung der russischen Unterthanen in der Türkei, soweit sie durch den Kriegszustand aufgehoben worden sind, werden wieder in Kraft gesetzt, ausgenommen die Bestimmungen, von denen in gegenwärtigem Vertrage abgewichen sein sollte. Die beiden Regierungen werden, eine gegenüber der anderen in Bezug auf alle ihre kommerziellen und anderweitigen

Engagements und Beziehungen, in das gleiche Verhältniß zurücktreten, in welchem sie sich vor der Kriegserklärung befunden haben.

Artikel 24. Der Bosporus und die Dardanellen werden in Kriegs- wie in Friedenszeiten den Handelsschiffen der neutralen Staaten, welche von russischen Häfen ankommen oder nach diesen Häfen bestimmt sind, geöffnet bleiben.

Artikel 25. Die vollständige Räumung der europäischen Türkei durch die russische Armee, mit Ausnahme Bulgariens, wird in einem Zeitraum von drei Monaten, nach dem zwischen Sr. Majestät dem Kaiser von Rußland und Sr. Majestät dem Sultan geschlossenen definitiven Frieden stattfinden.

Artikel 26. So lange die kaiserlich russischen Truppen sich in den Gegenden befinden werden, welche nach diesem Vertrage der Hohen Pforte zurückgegeben werden sollen, bleiben die Verwaltung und die allgemeine Ordnung in demselben Zustande wie vor der Okkupation. Die Hohe Pforte darf während dieser ganzen Zeit und bis zum völligen Abmarsch der Truppen keinen Antheil daran nehmen.

Artikel 27. Die Hohe Pforte übernimmt die Verpflichtung in keiner Weise einzuschreiten noch einschreiten zu lassen gegen die ottomanischen Unterthanen, welche durch ihre Beziehungen zur russischen Armee während des Krieges kompromittirt sein sollten. Falls einige Personen sich mit ihren Familien im Gefolge der russischen Truppen zurückzuziehen wünschen, sollen die ottomanischen Behörden sich ihrem Abzuge nicht widersetzen.

Artikel 28. Unmittelbar nach der Ratifikation der Friedenspräliminarien werden die Kriegsgefangenen wechselseitig ausgetauscht werden, und zwar durch Vermittelung besonderer, von beiden Seiten zu ernennender Kommissare, die sich zu diesem Ende nach Odessa und Sebastopol begeben werden.

Artikel 29. Der vorliegende Vertrag wird durch Ihre Kaiserl. Majestäten den Kaiser von Rußland und den Kaiser der Osmanen ratifizirt werden und die Ratifikations-Urkunden werden binnen 14 Tagen oder wenn möglich noch früher zu St. Petersburg ausgetauscht werden.

Gegeben zu San Stefano, den 19. Febr. (3. März) 1878.

(Gez.) Ignatjew. Nelidow. Safvet. Saadullah.

17. März. Ratifikation des Friedenspräliminar-Vertrages.

„Der Vertrag wird nunmehr unverweilt den Großmächten mitgetheilt werden, welche hiernach in der Lage sein werden, zu den von Europa gemeinschaftlich zu erörternden Fragen bestimmtere Stellung zu nehmen."

(„Provinzial-Correspondenz" vom 20. März.)

9. April. Die Friedenspräliminarien und die Aufgabe der europäischen Mächte.

Erklärung des Grafen Andrassy in der Delegation des österreichischen Reichsraths zur Begründung der Kreditforderung von 60 Millionen Gulden.

„Die Beurtheilung der politischen Situation ist heute durch zwei Ereignisse beherrscht: die Friedens-Präliminarien und die Aussicht auf einen europäischen Kongreß, der berufen ist, die Resultate des Krieges endgiltig zu regeln.

Bei Abmachungen, die während eines Feldzuges unter fortwährender Aktion der Armeen stattfinden, ist es etwas Natürliches, daß militärische Interessen die politischen in den Hintergrund drängen, daß die Erwägungen der Zukunft denen der Gegenwart geopfert werden. Europäische Interessen, sowie die Interessen einzelner Staaten können auch unmöglich gewahrt aus Verhandlungen hervorgehen, wo jene Interessen und jene Staaten in keiner Weise vertreten waren, sondern nur Sieger und Besiegter sich gegenüberstanden. Der Sieger glaubt kein Interesse daran zu haben, das Maß seiner Forderungen zu beschränken; der Be-

siegte hat nicht die Mittel dazu. Dies ist umsomehr der Fall, wenn die Abmachungen nicht als endgültige gelten, sondern als Unterlage für eine später zu treffende endgültige Einigung dienen sollen. Dazu treten Uebertreibungen und Widersprüche der aus den verschiedensten Quellen stammenden telegraphischen Nachrichten. Kein Wunder also, wenn das Gesammtbild unter solchen Verhältnissen einen wenig beruhigenden Eindruck erweckt.

Die Zeit ist nicht zu entfernt, wo man Rußland als militärisch ohnmächtig darstellte, als eine Macht, die nicht im Stande sei, der Türkei das Gleichgewicht zu halten und sich als Großmacht zu behaupten. Heute läßt man ganz Europa zu gleicher Zeit von aggressiven Intentionen Rußlands und seiner militärischen Macht bedroht erscheinen. Wir leben in der Zeit der Telegraphen, das Urtheil wird mit einer gewissen Nervosität auf kurze telegraphische Berichte basirt, und so bewegt sich die öffentliche Meinung meist von einem Extrem in das andere.

Nach meiner Auffassung dürfte sich die Gesammt-Situation auf dem Kongresse in einem anderen, weniger beunruhigenden Lichte zeigen. Rußland hat wiederholt erklärt, daß es das Schwert nicht zu selbstsüchtigen Zwecken, sondern zur Verbesserung des Looses der Christen im Orient ziehe. Dieses Ziel und der militärische Erfolg des Krieges bleiben außer Frage. Alles, was wir verlangen und verlangen müssen, ist, daß diese Resultate so begrenzt werden, daß dadurch weder unsere, noch europäische Interessen geschädigt erscheinen. Das Recht Europas und sein hauptsächlichstes Interesse besteht darin, daß Dasjenige, was dem Kriege folgt, der Friede sei, nicht aber ein Zustand, der schon den Keim neuer Komplikationen in sich tragen würde; daß das Resultat die möglichst befriedigende Lösung der Orientfrage, nicht aber eine Verschiebung der Machtverhältnisse in Europa sei. Die thatsächlichen Ergebnisse der Kriegführung mit diesem Standpunkte in Einklang zu bringen, betrachte ich als die Aufgabe des europäischen Kongresses. Dies ist ebenso russisches wie europäisches Interesse.

Um sich hierüber klar zu sein, muß man die Schwierigkeiten der Aufgabe ins Auge fassen, die Rußland unternommen hat. Es giebt Aufgaben, welche auch die größte Kraft schwer zu lösen vermag. Als solche betrachte ich es, die eine Hälfte eines erschütterten Gebäudes niederzureißen, ohne das Ganze der Gefahr des Zusammensturzes auszusetzen. Man schmelzt im Hochofen das starre Erz, um es in eine Form zu gießen. Ich sehe im Orient nur das glühende Metall, aber bei weitem noch kein Modell, um es in die richtige Form zu bringen. Wenn wir heute annehmen würden, daß dasjenige, was zwischen dem russischen Hauptquartiere und der Türkei vorläufig vereinbart wurde, ganz und gar in der beabsichtigten Form ins Leben trete, so wüßten wir erst, wie die eine Hälfte der Türkei aussehen würde, aber durchaus nicht, wie sich dem gegenüber die andere gestalten soll.

Es entstehen die Fragen: Auf welches Maß kann die Türkei verkleinert werden, um auf weiteren Bestand Aussicht zu bieten? Wenn dem einen Theile der Christen durch Neugestaltungen ein besseres Loos gesichert wird, wie kann ein Gleiches den anderen Christen im Orient geschaffen werden? Worin hätte die Garantie für die Durchführung solcher Verbesserungen in den anderen Theilen zu bestehen? Diese Fragen können nicht umgangen werden und der Staat, der sich zuerst an die Lösung derselben gemacht, hat keine beneidenswerthe Arbeit übernommen. Die Schwierigkeiten derselben sind so riesig, daß sie ganz Europa zusammen nur im Einvernehmen durchführen kann. Daß eine einzelne Macht ohne die Unterstützung der anderen oder gegen ihren Willen diese Aufgaben löse, erscheint mir ausgeschlossen. Rußland hat die Berechtigung der Signatarmächte in keiner Weise in Frage gestellt und es ist sein specielles Interesse nicht, Gut und Blut für Dinge geopfert zu haben, die nicht die Garantie der Dauer in sich trügen und denen Europa die Anerkennung versagen müßte.

Aus allen diesen Gründen ist die Hoffnung berechtigt, daß die Berathungen der Mächte zu einem europäischen Einverständnisse führen

werden. Mit dieser Hoffnung geht die kaiserliche und königliche Regierung dem europäischen Kongresse entgegen. Sie betrachtet nach wie vor als ihre Aufgabe, die Aufrechterhaltung des Friedens anzustreben, zugleich aber für die Wahrung der österreichisch-ungarischen und der allgemein europäischen Interessen auf das Entschiedenste einzutreten. Andererseits kann die Regierung eines an den Ereignissen so nahe betheiligten Reiches auf diese Hoffnung allein nicht alle ihre Berechnungen bauen.

Der Moment des Friedensschlusses war es, für welchen wir die Einflußnahme der Monarchie vorbehalten haben, für diesen Moment mußte auch die ganze Kraft der Monarchie aufgespart werden. Dieser Moment ist gekommen und die Regierung wendet sich heute an die Volksvertretung in dem Gefühle ihrer Pflicht, die Interessen des Reiches gegen jede Ueberraschung sicherzustellen und sich nicht in dem Momente, wo jeder betheiligte Staat in voller Rüstung erscheint, einzig und allein auf das Gewicht politischer Argumente verlassen zu müssen. Sie kann den Schutz der österreichisch-ungarischen Interessen weder irgend einer anderen Macht überlassen, noch von dem Willen anderer Staaten abhängig machen.

Die Delegation wird gewiß die Ueberzeugung theilen, daß in dem Augenblicke, wo sich eine Umgestaltung aller Verhältnisse an unserer immediaten Grenze vollziehen soll, Oesterreich-Ungarn unmöglich weniger in der Lage sein kann als das geringste der betheiligten Länder, sich vor Ueberraschungen durch Faits accomplis zu schützen. Auch heute ist es keine Mobilisirung, die wir beanspruchen; es ist blos die Möglichkeit, im Falle der Noth unverweilt das Geeignete vorzukehren.

Es ist dies keine Feindseligkeit gegen irgend eine Macht, — ebensowenig aber eine leere Demonstration. Es ist eine durch die Vorsicht gebotene Maßregel, — die Vorbedingung, um unter den jetzigen Verhältnissen das Selbstbestimmungsrecht der Monarchie gegenüber allen Eventualitäten aufrecht zu erhalten.

---

7. März. Oesterreich ändert die Aufforderung zu einer Konferenz in die Aufforderung zu einem Kongreß der leitenden Minister in Berlin um.

„Die Regierung ist der Ansicht, daß ein Kongreß die meiste Aussicht haben würde, zu praktischen Resultaten zu gelangen, wenn er in Berlin stattfindet. Das Berliner Kabinet hat sich bereit erklärt, die Einladungen dazu ergehen zu lassen, sobald wir in der Lage sind, die Zustimmung der übrigen Kabinette zu versichern. Das deutsche Kabinet behält sich die Bestimmung des Zeitpunkts für die Versammlung vor."

9. März. England erklärt, keine Bedenken gegen einen Kongreß zu haben, doch sei in erster Linie wünschenswerth, daß alle in dem Friedensvertrage zwischen Rußland und der Türkei behandelten Fragen Gegenstand der Erörterung der Mächte seien und daß keine Veränderung früherer vertragsmäßiger Bestimmungen als gültig anerkannt werde, so lange

sie nicht die Zustimmung der Mächte gefunden habe.

12. März. Rußlands Stellung zu den Präliminarien und zum Kongreß.

Lord Loftus an Lord Derby.

„Ich fragte Fürst Gortschakoff, ob die Ratification des Präliminarfriedens vor dem Kongreß stattfinden solle. Se. Hoheit antwortete, daß die Ratification baldmöglichst nach den Eintreffen des Vertrages in Petersburg vollzogen werden soll. Ich bemerkte, daß ein Vertrag, wenn er ratifizirt sei, ein vollkommenes Document sei. Wie könne es dann dem Kongreß gegenüber als Präliminarium bezeichnet werden.

Fürst Gortschakoff erwiederte, daß der Vertrag nach der Ratification bindend sei zwischen Rußland und der Türkei. Würden durch den Kongreß irgend welche Aenderungen herbeigeführt, so müßten sie Gegenstand weiterer Verständigung zwischen Rußland und der Türkei sein. Den Mächten würde ein vollständiges Exemplar des Vertrages zugeben.

Ich machte, darauf aufmerksam, daß jedes Mitglied des Kongresses jeden Artikel zur Erörterung stellen könne, — worauf Fürst Gortschakoff erwiederte, er könne keinem Mitglied Schweigen auferlegen, aber er werde nur über diejenigen Artikel, welche europäische Interessen berühren, eine Discussion annehmen. Er bemerkte noch, daß er Oesterreich ersucht habe, den Kongreß für den 27. oder 31. d. M. zu veranlassen."

13. März. England erklärt in Wien, daß vor Eintritt in den Kongreß ausdrücklich festgestellt sein müßte, daß jeder Artikel des Vertrages vor den Kongreß gebracht werde, nicht nothwendig Behufs Annahme, aber zu dem Zwecke der Erwägung, welche Artikel einer Annahme oder Mitwirkung der verschiedenen Mächte bedürfen.

Deutschland und England.

13. März. Lord Russel an Lord Derby.

„Fürst Bismarck hat mich ersucht, Ew. Lordschaft mitzutheilen, daß Deutschland nicht ohne England an der Konferenz Theil nehmen würde, und daß er nicht verstehen könne, wie ein Kongreß zur Revision europäischer Rechte abgehalten werden könnte, wenn England, einer der Hauptkontrahenten, nicht dabei vertreten wäre."

Deutscher Vorschlag einer Vorkonferenz.

Lord Derby an Lord Russel.

Auswärtiges Amt, 15. März 1878

Der deutsche Gesandte las mir heute Nachmittag ein Telegramm des Fürsten Bismarck vor, in welchem der Vorschlag zu einer Präliminarkonferenz gemacht wird, dessen wesentlicher Inhalt in dem folgenden Memorandum enthalten ist:

Berlin, 15. März 1878.

„Wir haben Ew. Excellenz schon unterrichtet, daß wir den Vorschlag zu einer Konferenz in Berlin angenommen haben, aber daß wir noch

nicht im Stande gewesen sind, formelle Einladungen ergehen zu lassen, so lange es noch nicht zu einem Uebereinkommen zwischen den Mächten über die Vorbedingungen des Zusammentritts gekommen ist. Anstatt Unterhandlungen über diesen Punkt zwischen den verschiedenen Kabineten vermittelst Depeschenwechsels, welcher andere Depeschen kreuzt, fortzusetzen, scheint es uns zweckentsprechender, daß die betreffenden Regierungen auf einer Präliminar-Konferenz von zweiten Bevollmächtigten oder noch besser von den hier beglaubigten Repräsentanten Erörterungen beginnen sollten, um Vorbereitungen zu treffen in Bezug auf den Inhalt und die Form der Konferenzberathungen. Alle Vorfragen, deren Erledigung allen und jeder von den Mächten nothwendig für die thatsächlichen Berathungen oder wünschenswerth für eine schnelle und ungehinderte Entwickelung des eigentlichen Werkes der Konferenz erscheinen mag, würden auf diese Weise so geordnet werden, daß die Minister, welche die Verhandlung leiten werden, davon befreit würden, und dergestalt würde das Hauptwerk der Konferenz zu einem schnellen Abschluß gebracht werden."

Ablehnung einer Vorkonferenz Seitens Englands.

Lord Derby an Lord Russel.

Auswärtiges Amt, 16. März 1878.

„My Lord. Der deutsche Gesandte besuchte mich heute und fragte nach einer Antwort auf die Mittheilung, welche er gestern machte, bezüglich der Thunlichkeit der Abhaltung einer Präliminarkonferenz, auf welcher die Verhandlungsart (course of procedure) des Kongresses festgestellt werden sollte. Ich sagte seiner Excellenz, daß, soweit es die unmittelbar vor uns liegende Frage betreffe, nämlich die Kompetenz des Kongresses, irgend einen ihm geeignet erscheinenden Theil des russisch-türkischen Vertrages zu diskutiren, ich keinen Vortheil in der vorgeschlagenen Präliminarkonferenz sähe. Ihrer Majestät Regierung habe öffentlich und wiederholt ihren festen Entschluß (determination) ausgesprochen, nicht auf den Kongreß zu gehen, so lange dieser Punkt nicht bewilligt wäre, und ich könnte nicht die Erwartung hegen, daß sie durch irgendwelche Verhandlungen (amount of discussion) würde veranlaßt werden, ihren Beschluß (decision) zu ändern. Was die Frage einer Präliminar-Konferenz im Allgemeinen betrifft, so war ich nicht in der Lage, eine bestimmte Meinung zu äußern, obgleich sehr geneigt, ihre wahrscheinliche Nützlichkeit zu bezweifeln. Betreffs dieses Gegenstandes möchte ich vorziehen, weitere Erklärungen zu erwarten, welches denn die Fragen wären, die man in dieser Weise zu behandeln beabsichtigte, und warum es für besser erachtet werden, dieselben für den Zusammentritt des Kongresses aufzubewahren."

19. März. **Rußland** lehnt es England gegenüber ab, allein unter den Mächten eine bindende Verpflichtung über die auf dem Kongreß zu verhandelnden Punkte einzugehen.

26. März. **Rußland** erläutert seine Stellung weiter dahin:

„Das russische Kabinet läßt den andern Mächten die Freiheit, auf dem Kongreß die Frage anzuregen, deren Erörterung ihnen angemessen erscheint, wahrt aber für sich selbst die Freiheit, die Discussion dieser Frage anzunehmen oder nicht." —

1878.

28. März. Kreditforderung in England zur Einberufung der Reserven.

Rücktritt Lord Derbys vom Auswärtigen Amte; Berufung Lord Salisbury's in dasselbe.

1. April. Rundschreiben Lord Salisbury's an die Vertreter Englands bei den Großmächten.

Nach einem Rückblick auf die Verhandlungen bis zur Erklärung Rußlands vom 26. März, fährt der Minister fort: Die Regierung der Königin bedauere auf das Tiefste diese Entscheidung. Es sei unmöglich, gegenwärtig zu bestimmen, bis zu welchem Punkte die Bedingungen des Vertrags von San Stefano von den Mächten genehmigt werden würden, aber in keinem Falle würden Vorbehalte, welche gestatteten, dieselben willkürlich anzunehmen oder abzulehnen, ernstlich zulässig sein. Eine nur partielle Prüfung des Vertrags würde die Regierung der Königin nicht acceptiren können, denn jede materielle Stipulation dieses Vertrags involvire eine Abweichung von dem Pariser Vertrage von 1856. Lord Salisbury erwähnt sodann die Deklaration von 1871, erklärt es für die Regierung der Königin unmöglich, darein zu willigen, daß die Artikel des neuen Vertrags der Appreciation der Mächte entzogen würden, wenn die Regierung nicht gegen den Geist der Deklaration von 1871 verstoßen wolle, und weist auf die wichtigen Folgen des Vertrags von San Stefano hin, durch welchen ein mächtiger slavischer Staat unter der Kontrole Rußlands geschaffen werden würde. Durch den Besitz wichtiger Häfen im schwarzen Meer und im Archipel würde Rußland in Bezug auf seine politischen und kommerziellen Beziehungen einen präponderirenden Einfluß in diesen Gewässern gewinnen. Eine zahlreiche griechische Bevölkerung mit ganz entgegengesetzten Aspirationen würde in der dominirenden slavischen Majorität untergehen. Die Bestimmungen, durch welche dieser neue Staat einer, in Wirklichkeit von Rußland gewählten, Regierung mit einer Verwaltung und mit Institutionen unterstellt werde, die Rußland einführe, zeigten zur Genüge an, welches politische System in dem neuen Staate maßgebend sein solle. Die auf die Bevölkerung von Thessalien und Epirus bezüglichen Artikel und die zum Schutze von Mitgliedern der griechischen Kirche getroffenen Bestimmungen seien nicht weniger weitgehend, als die Artikel des Vertrages von Kutschuk-Kainardji, die durch den Pariser Vertrag von 1856 aufgehoben worden seien. Die Wirkung dieses Theils des Friedensvertrages von San Stefano werde darin bestehen, zum Nachtheil Griechenlands die Macht des russischen Reiches in Gegenden zu vermehren, wo die griechische Bevölkerung die Majorität habe. Die Trennung der griechischen, albanesischen und slavischen Provinzen von der türkischen Regierung werde die Bewohner derselben der Anarchie preisgeben. Die Artikel des Vertrages, durch welche Bessarabien veräußert, die Grenze Bulgariens bis ans schwarze Meer erstreckt und Batum für Rußland erworben werde, machten Rußlands Willen zu einem dominirenden für die ganze Nachbarschaft des schwarzen Meeres, der europäische Handel von Trapezunt bis nach Persien werde ganz nach dem Belieben Rußlands zum Stillstand gebracht werden können. Der Betrag der Kriegsentschädigung gehe weit über die Hilfsmittel der Türkei hinaus, ganz abgesehen von den Unterpfandsrechten, die den älteren Gläubigern der Pforte bestellt worden seien. Der Modus der Bezahlung sei ganz allgemein weiteren Verhandlungen vorbehalten, dieselbe könne sofort verlangt werden, oder lange Jahre hindurch schwer auf der Unabhängigkeit der Türkei lasten, die Entschädigung könne in eine größere Gebietsabtretung umgewandelt werden oder auch zu speziellen Abmachungen führen, durch welche die türkische Politik der russischen in allen Stücken untergeordnet werde. Indeß seien es nicht einmal die einzelnen Bestimmungen des

Vertrages, die vor Allem die Aufmerksamkeit Europas auf sich lenken müßten, sondern ihre kombinirte Wirkung. Die ottomanische Jurisdiktion habe in geographischer Hinsicht für England Interesse. Die Gebiete der Dardanellen, des Schwarzen Meeres, des persischen Golfes, der levantinischen Küsten und des Kanals von Suez würden in die äußerste Unruhe versetzt, indem sie die Vorposten einer überlegenen Macht so nahe an die ottomanische Jurisdiktion herantreten sähen, daß ihre Unabhängigkeit und selbst ihre Existenz beinahe unmöglich werde. Eine limitirte Diskussion auf dem Kongresse von Artikeln, welche von einer Macht ausgewählt seien, würde ein illusorisches Hilfsmittel gegen die Gefahren sein, welche die englischen Interessen und den Frieden Europas bedrohten. Salisbury erinnert an die Reformversuche der Konstantinopler Konferenz, welche an der Hartnäckigkeit der Pforte scheiterten. Ein neues Resultat könne jetzt durch solche Mittel nicht erreicht werden. Große Veränderungen seien in den Verträgen nothwendig, aber die Herstellung einer guten Regierung, des Friedens und der Freiheit in den betreffenden Ländern würden immer die Ziele Englands sein. England hätte gern an dem Kongresse theilgenommen, wenn die Friedensbestimmungen insgesammt hätten geprüft werden sollen. Der Zusammentritt eines Kongresses aber, dessen Berathungen durch die vom Fürsten Gortschakoff vorgeschlagenen Vorbehalte eingeschränkt worden wären, hätte weder den Interessen, welche die Regierung der Königin wahrzunehmen habe, noch dem Wohle der betreffenden Länder entsprochen.

9. April. Promemoria und Rundschreiben Fürst Gortschakoffs in Erwiderung auf das Rundschreiben Lord Salisbury's.

„Lord A. Loftus hat mir das Rundschreiben mitgetheilt, das der Herr Marquis v. Salisbury unter dem 1. April an die Großmächte gerichtet hat. Es ist einer gewissenhaften Prüfung unterzogen worden, bei der wir die Freimüthigkeit anerkennen müssen, womit die Regierung Ihrer britannischen Majestät ihre Ansichten über den vorläufigen Friedensvertrag von San Stefano auseinandergesetzt hat. Indessen erblicken wir darin nur die stark ins Einzelne gehenden Einwände des englichen Kabinets, aber wir haben vergeblich nach denjenigen Vorschlägen gesucht, die es etwa geneigt wäre zur thatsächlichen Entwirrung des augenblicklichen Zustandes im Orient zu vertreten. Der Herr Marquis v. Salisbury sagt uns nur, was die englische Regierung nicht will, aber durchaus nicht, was sie will. Wir glauben, daß es zur Klärung der Lage zweckmäßig wäre, wenn Se. Excellenz uns darüber Mittheilung machen wollte. Was die Auseinandersetzung der Gesichtspunkte der Regierung Ihrer britischen Majestät in Betreff des Kongresses anlangt, so kann ich nur an den Weg erinnern, den das kaiserliche Kabinet seinerseits in dieser Frage befolgt hat. Es hat den Großmächten amtlich den Wortlaut des vorläufigen Vertrages von San Stefano nebst einer erläuternden Karte zukommen lassen. Wir haben hinzugefügt, daß jede auf dem Kongreß vertretene Macht, wenn es darauf ankäme, die volle Freiheit der Beurtheilung und des Handelns haben würde. Indem wir das nämliche Recht für Rußland in Anspruch nehmen, können wir nur die nämliche Erklärung wiederholen. Wollen Sie gütigst vorliegende Depesche nebst Anhang der Regierung, bei der Sie beglaubigt sind, überreichen.“

„1. Es ist nicht richtig, daß der Vertrag von San Stefano eine neue Bulgarei oder einen starken slavischen Staat, der unter russischer Leitung stünde, geschaffen habe. Die Bulgarei war vorhanden, wiewohl in einem Zustande der Unterdrückung, Europa hat dies anerkannt und Abhülfe bringen wollen. Die Conferenz von Konstantinopel hat die Maßregeln angedeutet, welche zur Erreichung dieses Zweckes für angemessen erachtet wurden. Die in der Conferenz vereinigten Bevollmächtigten haben, als sie diese Maßregeln vorschlugen, gewiß nicht den Gedanken gehabt, dieselben wirkungslos zu machen. Man muß zugeben, daß sie

das Ziel im Auge hatten der Bulgarei ein nationales Dasein und thatsächliche Selbständigkeit der Verwaltung (autonomie administrative réelle) zu verschaffen. In diesem Fall würde der bulgarische Staat, obwohl in zwei Provinzen getheilt, im Keime gegründet worden sein, und dieser Keim würde, unter dem Schutz Europa's sich entwickelnd, zu dem Ergebniß gediehen sein, welches der Vertrag von San Stefano zur Reife kommen zu lassen bezweckt. Die Weigerung, welche die Pforte entgegenstellte und der Krieg, welcher daraus gefolgt ist, gestatteten, wie der Marquis v. Salisbury selbst eingeräumt hat, nicht mehr die reine und einfache Rückkehr zum Programm der Konstantinopeler Conferenz. Der Vertrag von San Stefano hat lediglich der Pforte die Zustimmung zu einem vollständigeren, genaueren, praktischeren Reform-Programm als Zwangspflicht auferlegt; die Thatsache selbst aber, daß der Vertrag von San Stefano ein Vorvertrag ist, deutet an, daß es sich in dem Gedanken des kaiserlichen Cabinets nur im Princip, ohne der besonderer technischer Untersuchungen bedürftigen Anwendung endgültig vorzugreifen, um eine genaue Würdigung der geographischen Nothwendigkeit und die Versöhnung zahlreicher Interessen handelte. Aus diesem Grunde bewegen sich auch viele Artikel des Vertrags in unbestimmten Ausdrücken, wodurch späteren Vereinbarungen über die für unerläßlich erachteten Aenderungen Raum gelassen wird.

2. Der Vertrag von San Stefano hat den neuen Staat keineswegs unter die Leitung Rußlands gestellt; das kaiserliche Cabinet hat nur gethan, was es schon im Jahre 1830 für die Moldau-Walachei erzielt hatte. Die Erfahrung hat bewiesen, daß das zu jener Zeit in den Fürstenthümern vollzogene Werk von Nutzen war, um zu dem Gedeihen dieser Provinzen beizutragen. Man bemerkt nicht, daß daraus ein besonderes Uebergewicht des russischen Einflusses entstanden wäre, worunter das europäische Gleichgewicht zu leiden gehabt hätte. Es läßt sich hinzufügen daß, wenn die Moldau-Walachei, welche ihr Dasein Rußland verdankt und dessen Grenznachbarin ist, sich vollständig unabhängig von demselben zu machen gewußt hat, man um so mehr Grund hat auf dasselbe Ergebniß bei der Bulgarei zu rechnen, deren Gebiet, in dem vorgesehenen Falle, daß die Dobrutscha an Rumänien abgetreten würde, von Rußland getrennt sein wird.

3. Ein Zeitraum von höchstens zwei Jahren ist für die vorläufige Besetzung der Bulgarei festgesetzt worden, weil dieses Zeitmaß als nothwendig erkannt wurde, um die Ordnung und den Frieden aufrecht zu erhalten, die christliche wie die muselmännische Bevölkerung gegen wechselseitige Vergeltungsmaßregeln zu schützen, volksthümliche Einrichtungen, wie z. B. die einheimische Wehrkraft, zu entwickeln, sowie auch deßwegen weil man, wenn die Besetzungsfrist nicht näher abgegrenzt worden wäre, sehr leicht die Einleitung zur Besitzergreifung darin hätte erblicken können, die keineswegs in den Absichten der kaiserlichen Regierung liegen würde. Es versteht sich indessen von selbst daß, da diese Frist nur auf annähernder Schätzung beruht, die kaiserliche Regierung vollkommen bereit ist, sie nach Thunlichkeit abzukürzen, d. h. soweit dies eben angeht, ohne dem Erfolg des schwierigen Werkes, das zum Heile des allgemeinen Friedens zu gutem Ziele geführt werden soll, zu schaden.

4. Die Begrenzung des bulgarischen Staates ist nur in allgemeinen Zügen angegeben worden. Der einzige Grundsatz, der aufgestellt worden ist, ist derjenige der Mehrheit der Bevölkerung, und gewiß kann man sich keinen gerechteren und vernünftigeren denken. Er entspricht den aus der Stammesverschiedenheit der Bevölkerung geschöpften Einwürfen, während das Wohl der Minderheit außerdem durch besondere Veranstaltungen festgesetzt worden ist. Die Durchführung dieses Grundsatzes bleibt zudem einem gemischten Ausschusse vorbehalten, dessen Untersuchungen an Ort und Stelle allein jene Zweifel und jene Ungewißheit zerstreuen können, die gegenwärtig noch über diesen bestrittenen Fragen schwebt. Man tadelt an der vorläufigen Begrenzung, daß sie der Bulgarei Häfen am Schwarzen Meere zuweise; die Konstantinopeler Conferenz hatte indessen selbst der Ansicht gehuldigt, daß das Land, ohne ans Meer anzustoßen, sich nicht füglich entwickeln könne.

Was dagegen die Häfen am Aegäischen Meer anbelangt, so ist man dabei von der Rücksicht auf die Handelsentwicklung des bulgarischen Staates ausgegangen, und sicherlich wäre es nicht Rußland, das den größten Vortheil aus dieser Entwicklung ziehen würde, sondern England und jene Mächte, deren Handel im Mittelmeer, weit ausgedehnter als derjenige Rußlands, stets ein mächtiger Hebel zur Aufrechterhaltung ihres politischen Einflusses gewesen.

5. Der vorläufige Friedensvertrag unterwirft die Bulgarei keineswegs einem von Rußland gewählten Oberhaupte. Es ist in aller Form festgestellt worden, daß der Statthalter durch die einheimischen Verwaltungsbehörden unter der Bestätigung der Pforte und der Zustimmung Europa's gewählt werden soll, und daß Mitglieder regierender Herrscherhäuser von der Wahl ausgeschlossen sind. Es dürfte nicht leicht einzusehen sein, inwiefern man noch eine größere Sicherheit für die Freiheit der Wahl hätte aufstellen können. Was nun die sonstige Einrichtung des Fürstenthums anbelangt, so ist sie einer Versammlung einheimischer Vertrauenspersonen anheimgegeben worden. Der kaiserlich russische Bevollmächtigte hat nur ein gemeinsam mit dem türkischen Bevollmächtigten auszuübendes Ueberwachungsrecht. Des weiteren bleibt ein Einvernehmen zwischen den Mächten und der Pforte ausdrücklich vorbehalten, um dem kaiserlich russischen Bevollmächtigten noch besondere Beamte an die Seite zu stellen. Inzwischen sind die vorläufigen Maßnahmen der russischen Behörden bei der Verwaltung des Landes weit davon entfernt, die Hineinziehung der Bulgarei in den Bereich der russischen Politik zu bezwecken, wie dies vielfach behauptet wird. Es ist nahezu nichts an den bestehenden Einrichtungen, an die das Land gewöhnt war, umgeändert worden. Man hat allein die Ausführung überwacht, die bis dahin mangelhaft war. Die wenigen Aenderungen, die eingeführt worden, sind die Abschaffung der Loskaufssteuer beim Heeresdienst, die Abschaffung der Zehnten und ihre Ersetzung durch eine regelrechtere Auflage, die Abschaffung der Steuerverpachtung, welche die Quelle der hervorragendsten Mißstände war, so wie schließlich das den christlichen Einwohnern in den gemischten Bezirken verliehene Recht, bei den Wahlen diejenigen Muselmänner zurückzuweisen, die sich früherhin durch Handlungen fanatischer Verfolgungssucht gegen die christliche Bevölkerung hervorgethan hatten. Da nun der während des Krieges eingeführte Belagerungsstand die Ernennung russischer Statthalter als unumgänglich nothwendig erscheinen ließ, so hat man ihnen überall beigeordnete Statthalter bulgarischen Stammes an die Seite gestellt, damit diese, sobald es Frieden wird, nach Maßgabe der Beruhigung des Landes an die Stelle der russischen Statthalter treten könnten, ohne daß der regelrechte Gang der Verwaltung des Landes irgendwie unterbrochen würde. Der ausschließliche Zweck aller dieser vorläufigen Maßregeln ist der gewesen: die nationale Entwicklung zu schützen und den Zusammentritt der ersten bulgarischen Volksvertretung zu ermöglichen, die berufen sein wird, über die zukünftige Gestaltung des Fürstenthums Entscheidung zu treffen.

6. Die Behauptung: der Vertrag von San Stefano habe den Einfluß Rußlands über die Grenzen der Bulgarei ausgedehnt, indem er verbesserte Institutionen für Epirus und Thessalien bedingt, ist überraschend. Hätte Rußland zu Gunsten der Provinzen nichts ausbedungen, würde man es angeklagt haben, es opfere die Griechen den Slaven; hätte es zu ihren Gunsten die Vasallen-Autonomie bedungen, welche man in der Bulgarei tadelt, so würde man es angeklagt haben, es zerstöre gänzlich das Osmanische Reich und pflanze dort den russischen Einfluß ein. Das kaiserliche Cabinet hat die Beschützeraufgabe, welche die Geschichte ihm im Orient zugewiesen, stets in christlichem Sinn ohne Unterschied der Race und des Cultus aufgefaßt; wenn es vollständigere und genauere Bestimmungen zu Gunsten der Bulgarei bedungen hat, so geschah das weil dieses Land die Hauptursache und der Schauplatz des Kriegs gewesen ist, und weil Rußland dort das positive Recht des Kriegführenden erlangt hatte. Aber indem es sich darauf beschränkte, für die griechischen Provinzen verbesserte Institutionen zu verlangen, behielt es den Großmächten die Befugniß vor, noch ausgedehntere

zu fordern. Es ist ebenso unrichtig zu behaupten: der Vertrag von San Stefano habe verlangt, daß diese Institutionen unter Leitung Rußlands vorgezeichnet werden sollen. Die allgemeine Richtschnur, der sie durch den Vertrag angepaßt worden sind, ist das kretische Reglement, das die Pforte unter der Einwirkung der Großmächte erlassen hat. Der Vertrag stipulirt, daß die Ausführung durch eine besondere Commission geschehen soll, in welcher das eingeborene Element reichlich vertreten sein muß. Allerdings verpflichtet es die Pforte, Rußland zu Rathe zu ziehen, bevor sie zur Ausführung schreitet, aber es verbietet ihr keineswegs ebenso auch die Vertreter der Großmächte zu Rathe zu ziehen.

7. Die folgende Clausel, welche den Schutz der Mitglieder der russischen Kirche betrifft, muß sehr schlecht verstanden worden sein, um mit der des 1856 aufgehobenen Vertrags von Kainardschi gleichgestellt werden zu können. Die Clausel von Kainardschi bezog sich auf den griechisch-orthodoxen Cultus und konnte alle sich zu diesem Ritus bekennenden christlichen Unterthanen des Sultans umfassen. Der Vertrag von San Stefano erwähnt ausschließlich Mönche, Geistliche und Pilger, welche Russen sind und aus Rußland stammen; zu ihren Gunsten verlangt er nur Rechte, Vorzüge und Privilegien, welche den Geistlichen der anderen Nationalitäten zustehen. Danach ist unmöglich die Behauptung als richtig zu betrachten: daß die Gesammtheit dieser Bedingungen von San Stefano dazu angethan sei in Gegenden, wo die griechische Bevölkerung vorherrscht, zum Nachtheil dieser Nation und aller Länder, welche im Osten des Mittelmeers Interessen haben, die Macht des russischen Reiches zu vermehren.

8. Ebenso kann man die Behauptung als übertrieben bezeichnen, daß die Gesammtheit der Bedingungen von San Stefano in Betreff der Rückabtretung von Rumänisch-Bessarabien, der Ausdehnung der Bulgarei bis ans Schwarze Meer und der Erwerbung des Hafens von Batum, den Willen Rußlands in der ganzen Umgebung des Schwarzen Meeres zum vorherrschenden machen würde. Rußland hat in der Vergangenheit kräftig dazu beigetragen, Griechenland und Rumänien zu emancipiren. Man sieht nicht, daß seine Macht daraus mehr Nutzen gezogen hätte als die der anderen Mächte. Die Rückabtretung von Rumänisch-Bessarabien würde nur eine Rückkehr sein zu einer Ordnung der Dinge, welche vor 22 Jahren aus Gründen geändert worden, die kein Recht, keinen Gesetztitel, selbst keinen Vorwand zu bestehen mehr für sich haben, seit die Freiheit der Donauschifffahrt unter die Aufsicht und Bürgschaft einer internationalen Commission gestellt ist, und überhaupt in dem Augenblick, wo Rumänien seine Unabhängigkeit proclamirt und Europa zu deren Anerkennung bereit zu sein scheint. Außerdem muß bemerkt werden, daß diese Rückabtretung nicht das ganze, 1856 abgetretene Stück Bessarabiens begreift. Das Donau-Delta ist davon ausgeschlossen, und die russische Regierung hat den Plan, es Rumänien zurückzugeben, dem es 1856 abgenommen worden war. Dieser Umstand schwächt beträchtlich die Bedeutung ab, welche die Rückabtretung aus dem Gesichtspunkte des Einflusses auf die Schifffahrt der Donau-Mündungen haben soll.

9. Batum ist der einzige gute Hafen dieser Küsten, den es für den Handel und die Sicherheit Rußlands gibt nach der Rückkehr aus einem Kriege, den es allein geführt und der ihm so viel gekostet hat. Es ist also keineswegs eine Abtretung ohne Entgelt; sie ist weit entfernt davon, ein Ersatz für die Geldentschädigung zu sein, welche sie darstellen würde. Was die Erwerbungen in Armenien anbelangt, so haben sie auch einen Werth für den Zweck der Vertheidigung. Es ist möglich, daß England diese starken Stellungen lieber in den Händen der Türkei sähe; aber aus denselben Gründen legt Rußland einen Werth auf ihren Besitz zu seiner eigenen Sicherung, damit es sie nicht in jedem Kriege zu belagern braucht, wie die Festung Kars, die es im Zeitraum eines halben Jahrhunderts dreimal hat nehmen müssen. Die Gebietsabtretungen sind eine natürliche Folge des Kriegs. Wenn England sie der Türkei hätte ersparen wollen, so hätte es sich nur Rußland anschließen sollen, als ihm der Vorschlag dazu zweimal gemacht wurde, bei dem Berliner Memorandum und bei der Sendung des Grafen Ignatieff

Sumarokoff nach Wien, um auf die Pforte einen gemeinschaftlichen Druck durch die Flotten auszuüben, der wahrscheinlich genügt haben würde, die Erfolge zu erreichen, welche heut um den Preis eines so großen Blutvergießens erzielt worden sind. Nachdem die englische Regierung sich dessen geweigert, hat sie keinen Grund, heute Rußland, das sein Blut vergossen hat, das Recht zu bestreiten die Herstellung solcher Zustände zu fordern, welche ihm hinfort ähnliche Opfer ersparen oder sie wenigstens minder schwer machen. Unbegreiflich aber sind die Folgerungen, die man aus dieser Grenzberichtigung für die Freiheit des europäischen Handels von Trapezunt durch Persien ziehen will. Diese Behauptungen stehen im Widerspruch mit wiederholten Aeußerungen verschiedener Mitglieder des brittischen Cabinets, laut deren die Besitzergreifung von Erzerum und Trapezunt durch Rußland keine Gefahr für die englischen Interessen bilden würde. Die durch den Vertrag von San Stefano ausbedungenen Grenzberichtigungen in Asien sind weit entfernt diese Ausdehnung zu erreichen. Zu behaupten, daß dieselben Rußland in den Stand setzen würden, durch Schutzzollschranken dem europäischen Handelssystem Hindernisse entgegenzustellen, heißt das Mißtrauen aufs äußerste treiben.

10. Die Vorwürfe gegen den Vertrag von San-Stefano bezüglich der der Türkei abverlangten Entschädigung sind gewiß nicht besser begründet. Der Betrag dieser Entschädigung ist außer allem Verhältniß mit den erdrückenden Lasten, die der Krieg Rußland auferlegt hat. Es ist möglich, daß sie ebenfalls die gegenwärtigen Hülfsmittel der Türkei übersteigen und für dieselbe die Schwierigkeiten vermehren, den Forderungen ihrer Gläubiger Genüge zu leisten. Aber es ist zu bemerken, daß die Türkei ihren Verpflichtungen gegen ihre Gläubiger schon lange vor dem Krieg nicht nachgekommen ist in Folge der Unordnung welche die schlechte Verwaltung verursachte. Es ist gestattet zu glauben daß, wenn der Friede auf den rationellen Grundlagen hergestellt wird, die der Vertrag von San Stefano ins Auge faßt und denen die europäische Genehmigung einen festen und dauerhaften Charakter geben würde, daraus selbst für die Türkei eine Verminderung der Ausgaben und eine Zunahme der Hülfsmittel hervorgehen dürfte, die es derselben möglich machen würde, den Erfordernissen ihres auswärtigen Credits zu genügen. In Aussicht auf diese möglichen Ergebnisse sind die Festsetzungen von San-Stefano in Beziehung auf die Entschädigung im Unbestimmten belassen, worüber man ihnen einen Vorwurf macht. Wenn man die zu hohe Summe der Entschädigung kritisirt, so würde man mit noch größerem Rechte das Verlangen sofortiger Zahlung kritisirt haben. Wenn man einen bestimmten Zahlungsmodus bedungen hätte, so hätte man auf ein den auswärtigen Gläubigern der Pforte bereits als Hypothek gegebenes Besitzthum übergreifen müssen, und das wollte der Vertrag von San-Stefano sorgfältig vermeiden, indem er die Frage für spätere Vereinbarung vorbehielt. Es ist wahr, daß durch diese Vorsicht er sich dem Verdacht aussetzt, die Türkei für mehrere Jahre lähmen oder beherrschen zu wollen, oder im Sinne zu haben, die Entschädigung in neue Gebietserwerbungen umzuwandeln. Es wäre einfacher gewesen darin eine Absicht zu sehen, die Türkei sowohl als die Interessen Europa's zu schonen und die türkische Regierung auf dem Weg einer strengen Beobachtung ihrer Verpflichtungen und friedlicher, für alle nützlicher, Beziehungen zu erhalten. Aber gegen das Mißtrauen gibt es kein Mittel.

11. Aus dem Schlusse der Depesche des Marquis v. Salisbury ersieht man mit Vergnügen, daß die Absicht und die eifrigen Wünsche der britischen Regierung immer darauf gerichtet sind, denjenigen Bevölkerungen eine gute Regierung, Frieden und Freiheit sicher zu stellen, welche bisher dieser Wohlthaten entbehrten. In gleicher Weise bemerkt man das offene Geständniß, daß diese Politik durch den unglücklichen Widerstand der türkischen Regierung selbst vereitelt worden ist, daß bei den gegenwärtigen veränderten Zeitverhältnissen das gleiche Ergebniß in gleichem Umfange nicht durch dieselben Mittel — d. h. durch das Programm der Conferenz von Konstantinopel — erreicht werden kann, und daß ferner große Abänderungen

in den Verträgen, unter denen bisher der Südosten Europa's stand, Platz greifen können und ohne Zweifel auch müssen. Erwägt man zu diesen Betrachtungen noch, daß die wiederholten Weigerungen der englischen Regierung, sich einem materiellen, auf die Pforte gemeinsam auszuübenden Druck anzuschließen, Europa daran gehindert haben, die von den Kabineten, selbst von dem englischen, gewünschten Ergebnisse auf friedlichem Wege zu erreichen, so wird man erkennen müssen, daß der Krieg und der Friede von San-Stefano den Forderungen der Lage entsprochen haben, welche der Marquis v. Salisbury mit großer Freimüthigkeit und klarem Blick gekennzeichnet hat. Die Lage läßt sich kurz folgendermaßen zusammenfassen: Diese bestehenden Verträge sind einer nach dem anderen seit 22 Jahren verletzt worden, zuerst durch die türkische Regierung, welche ihre Verpflichtungen gegen die Christen nicht erfüllt hat, dann durch die vereinigten Fürstenthümer, durch die französische Besetzung Syriens, sogar durch die Conferenz von Konstantinopel selbst, welche eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Pforte darstellte, und ganz zuletzt in Bezug auf die Meerengen von anderer Seite.

12. Der Marquis v. Salisbury erkennt selbst die Möglichkeit und Nothwendigkeit großer Aenderungen an. Unter diesen Umständen bleibt uns nur zu erfahren, wie nach der Auffassung Sr. Herrlichkeit diese Verträge und die von England und den anderen Mächten anerkannten Ansprüche mit den wohlwollenden Wünschen vereinigt werden können, auf deren Verwirklichung die vereinigte Action Europa's stets gerichtet gewesen ist, namentlich auf die Sicherung von guter Regierung, von Frieden und Freiheit für diejenigen Bevölkerungen, welche dieser Wohlthaten bisher entbehrt haben. In gleicher Weise müßte noch angegeben werden, wie Se. Herrlichkeit den gewünschten Zweck ohne die durch den Frieden von San-Stefano aufgestellten Grundlagen für alle erreichen will, indem er zugleich in gerechter Weise den Ansprüchen Rechnung trägt, welche Rußland durch die von ihm, und ihm allein, getragenen Opfer erworben hat, endlich in welcher Weise Se. Herrlichkeit die Verwirklichung seiner Vorschläge durchzuführen gedenkt. Die Depesche des Marquis v. Salisbury enthält keine einzige Antwort auf diese Fragen. Deßhalb scheint es, daß die in der Depesche enthaltenen Betrachtungen vielmehr eine vollständige Freiheit der Würdigungen und der Handlung gefunden hätten, wenn an Stelle von Vorwürfen praktische Vorschläge gemacht wären, welche geeignet erschienen, ein Einverständniß für die Lösung der gegenwärtigen Schwierigkeiten im allgemeinen Interesse eines soliden und dauernden Friedens im Orient herbeizuführen."

4. April. Erklärungen der englischen Minister bei der Berathung der Kreditforderung.

Bei der Berathung im Oberhause erklärte Lord Beaconsfield aufs Neue, die von der englischen Regierung in der orientalischen Frage befolgte Politik basire auf den Verträgen von 1856 und 1871. Die Regierung habe Rußland bei Beginn des Krieges davon verständigt, daß die Zustimmung der Signatarmächte zu jeder Modifikation dieser Verträge nothwendig sei. Nachdem Rußland sich geweigert hatte, der Forderung Englands, den ganzen Friedensvertrag dem Kongresse zu unterbreiten, nachzugeben und jede Hoffnung auf das Zustandekommen des Kongresses verschwunden war, hätte England gegenüber der Haltung Rußlands auf entsprechende Mittel sinnen müssen. Da alle Welt unter Waffen stehe, hätte auch England für den Nothfall vorbereitet sein müssen. Die englische Regierung habe geglaubt, daß der Zusammentritt des Kongresses das einzige Mittel sei, den Frieden zu sichern, aber sie müsse nach wie vor verlangen, daß jeder Artikel des Friedensvertrages auf dem Kongresse zur Verhandlung komme; denn jeder wesentliche Artikel enthalte eine Abweichung von den früheren Verträgen. Käme der Vertrag zur Ausführung, so würde nicht blos der Handel Englands mit Persien, sondern auch die freie Schifffahrt in den Meerengen beeinträchtigt. Noch jetzt halte die Regierung den Kongreß für das einzige und beste Mittel,

aber nur unter jener Bedingung. Angesichts einer möglichen Verletzung der Verträge und der wichtigsten Interessen Englands habe die Regierung militärische Vorsichtsmaßregeln vorschlagen müssen.

Im Unterhause erklärte der Schatzkanzler Northcote: die Einberufung der Reserven sei keine kriegerische Maßregel, sondern eine Vorsichtsmaßregel. Es sei auch jetzt noch Hoffnung vorhanden, daß die Schwierigkeiten, welche den Zusammentritt der Konferenz gehindert hätten, beseitigt werden würden. Aber diese Situation sei in diesem Augenblicke noch nicht hergestellt. Rußland habe noch nicht die Diskussion des ganzen Friedensvertrags auf dem Kongresse zugesagt, aber er glaube, daß Rußland jetzt nach einer ruhigeren Erwägung die Gesichtspunkte Englands annehmen werde. Die Stimme Europas sei einig mit England in dem Verlangen, die Frage auf breiter und endgiltiger Basis geregelt zu wissen und eine Konferenz zu sehen, welche jeden Artikel des Friedensvertrages nach seiner eigenen Tragweite und in seinen Beziehungen zu den bestehenden Verträgen erwägt. Die gegenwärtige Politik sei dieselbe, welche den Antrag auf Bewilligung des außerordentlichen Kredits veranlaßt habe, eine Politik, weit entfernt, einen Krieg hervorrufen zu wollen, aber eine Politik, entschlossen, die Rechte und die Pflichten Englands zu wahren.

Vertrauliche Verhandlungen zur Herbeiführung eines Einverständnisses zwischen Rußland und England.

6. Mai. Vertagung des Parlaments; Erklärung der Regierung, „daß die Lage nicht so kritisch sei, um eine Abkürzung der Osterferien nothwendig erscheinen zu lassen. Das Ziel der Regierung bleibe eine friedliche Lösung der schwebenden Frage."

Schuwaloffs Reise nach Petersburg.

„Provinzial-Correspondenz" vom 17. Mai.

Der russische Botschafter in London, Graf Schuwaloff, hat auf der Reise nach Petersburg dem Fürsten Bismarck in Friedrichsruhe einen Besuch gemacht und ist sodann am 10. Abends von unserem Kaiser und dem Kronprinzen empfangen worden.

Die friedlichen Hoffnungen, welche an die Reise desselben geknüpft werden, haben sich erhalten.

13. Mai. Politischer Kronenrath in Petersburg.

„Der große Ministerrath hat um 3 Uhr Nachmittags unter Theilnahme sämmtlicher majorenner Großfürsten und der Minister, mit Ausnahme des sehr kranken Fürsten Gortschakoff, im Winterpalais stattgefunden. Der Ministerrath, dem der Kaiser persönlich präsidirte, dauerte fast volle vier Stunden. Die Kaiserin, welche in kritischen Augenblicken gern ihrem Gemahl zur Seite steht, ließ es sich nicht nehmen, bei den Berathungen zugegen zu sein. Graf Schuwaloff berichtete, wie ich höre, über die Ausdehnung der englischen Rüstungen, die in vertraulicher Aeußerung des britischen Premiers ihm übermittelten Forderungen des Hofes von St. James, die Konferenz mit dem Fürsten Bismarck und die Audienz beim Kaiser Wilhelm. Von der Abgabe einer eigenen Meinung hielt sich der Graf vorsichtigerweise zurück. Kaum hatte der Botschafter seinen Bericht beendet, als der Großfürst-Thronfolger, anstatt eine Erklärung abzugeben, das heutige Extrablatt des „Prawitelstwennyj Westnik" (Regierungs-Anzeiger) hervorzog und auf die in demselben enthaltene „Prawitelstwennoje Soobschtschenie" (Re-

gierungsmittheilung) hinweisend: „wot nasch otwjet“ (Hier ist unsere Antwort) ausrief.“

22. Mai. Graf Schuwaloff ist auf der Rückreise von Petersburg am 20. in Berlin eingetroffen und hat sich, nachdem er eine Besprechung mit dem Staatssekretär im auswärtigen Amte, Minister von Bülow, gehabt und von Sr. Majestät dem Kaiser empfangen worden war, am Nachmittage nach Friedrichsruh zum Reichskanzler Fürsten Bismarck begeben, um von da nach London zurückzukehren.

An seine Reise knüpfen sich fortgesetzt günstige Aussichten für die Gewinnung hoffnungsvoller Grundlagen einer Verständigung zwischen Rußland und England. Die neuesten Erklärungen der englischen Minister im Parlamente ebenso wie die Kundgebungen aus Petersburg betonen den Wunsch und die Hoffnung auf eine neue Sicherung des europäischen Friedens. (Pr.-C.)

25. Mai. Gesteigerte Friedenshoffnungen.

30. Mai. Vorläufige vertrauliche Uebereinkunft zwischen Rußland und England als Grundlage für die Haltung auf dem Kongresse (abgeschlossen in London zwischen Graf Schuwaloff und Lord Salisbury).

(Widerrechtlich vom „Globe“ veröffentlicht, in Bezug auf die Richtigkeit nicht angefochten.)

„Entwurf einer Denkschrift, die Punkte präzisirend, in Bezug auf welche ein Einverständniß zwischen den Regierungen Rußlands und Großbritanniens hergestellt ist und das als gegenseitige Verpflichtung für die russischen und englischen Bevollmächtigten auf dem Kongresse zu dienen hat.“ Nach einer Einleitung, die dem Wunsche der englischen und der russischen Regierung, ein Einvernehmen zur Verhütung einer Entscheidung der orientalischen Frage durch das Schwert herzustellen, Ausdruck verleiht, sagt die Denkschrift wörtlich:

„1. England verwirft die Längstheilung Bulgariens, aber der Vertreter Rußlands behält sich vor, deren Vortheile dem Kongresse darzulegen, immer versprechend, nicht darauf entgegen der endgültigen Meinung Englands zu bestehen.

2. Die Abgrenzung Bulgariens im Süden wäre derart abzuändern, daß es vom ägäischen Meere fern bleibt, entsprechend der Südgrenze der auf der Konferenz von Konstantinopel entworfenen bulgarischen Provinzen. Das bezieht sich nicht sowohl auf die Grenzfrage, als auf die Ausschließung des Küstengebietes des ägäischen Meeres, d. h. westlich von Lagos. Von diesem Punkte bis zur Küste des Schwarzen Meeres bleibt die Erörterung der Grenze offen.

3. Die westlichen Grenzen Bulgariens würden auf Grund der Nationalitäten derart zu berichtigen sein, daß von dieser Provinz nichtbulgarische Bevölkerungen ausgeschlossen blieben. Die Westgrenzen Bulgariens würden im Prinzip eine Linie, aus der Nähe von Novi-Bazar bis zum Koursha-Balkan gezogen, nicht zu überschreiten haben.

4. Bulgarien, auf die unter §. 2 und 3 erwähnten Grenzen reduzirt, wird in zwei Provinzen getheilt werden, nämlich: Die eine, nördlich vom Balkan, wird politische Autonomie erhalten unter der Regierung eines Fürsten, und die andere, im Süden des Balkan, würde eine bedeutende Verwaltungs-Autonomie erhalten (z. B. nach Vorbild derjenigen, welche in den englischen Kolonien bestehen) mit einem christlichen Statthalter, der unter Zustimmung Europas auf 5 bis 10 Jahre zu ernennen ist.

5. Der russische Kaiser legt ganz besonders Gewicht auf Abzug der türkischen Armee aus Südbulgarien. Se. Majestät würde keine Sicherheit noch Bürgschaft

für die Zukunft der bulgarischen Bevölkerung sehen, wenn die türkischen Truppen dort forterhalten würden. Lord Salisbury gesteht den Abzug der türkischen Truppen aus Südbulgarien zu, aber Rußland wird keinen Einwand machen gegen das, was der Kongreß über die Art und die Bedingungen festsetzt, unter denen es den türkischen Truppen gestattet sein würde, in die Südprovinz einzurücken, um einem Aufstande oder einer Invasion, sei es im Zustande der Ausführung oder der Drohung, Widerstand zu leisten. — Jedenfalls behält England sich vor, auf dem Kongresse darauf zu bestehen, daß der Sultan das Recht habe, seine Truppen an den Grenzen Südbulgariens kantonniren zu lassen. Der Vertreter Rußlands behält sich auf dem Kongresse volle Freiheit in Erörterung dieses letzteren Vorschlages Lord Salisbury's vor.

6. Die britische Regierung verlangt, daß die oberen Befehlshaber der Miliz in Südbulgarien durch die Pforte unter Zustimmung Europas ernannt werden.

7. Die hinsichtlich Armeniens abgegebenen Versprechungen, welche im Präliminarvertrage von San-Stefano ausbedungen wurden, sind nicht als ausschließlich Rußland, sondern auch als England gegenüber abgegeben anzusehen.

8. Da die englische Regierung, ebenso wie die russische, ein lebhaftes Intereß, an der künftigen Organisation der griechischen Provinzen der Balkanhalbinsel nimmte so wird §. 15 des Präliminarvertrages von San-Stefano derart abgeändert werden, daß die anderen Mächte, und besonders England, ebenso wie Rußland eine begutachtende Stimme bei der künftigen Organisation von Epirus, Thessalien und den anderen christlichen Provinzen, die unter der Herrschaft der Pforte bleiben, haben werden.

9. Was die Kriegsentschädigung anbetrifft, so hat Se. Majestät der Kaiser niemals die Absicht gehabt, sie in Gebietsabtretungen zu verwandeln und steht nicht an, Versicherungen in dieser Beziehung zu geben. — Es gilt als feststehend, daß die Kriegsentschädigung die englische Regierung nicht ihrer Rechte als Gläubiger berauben wird und sie wird sich in dieser Beziehung in derselben Lage befinden, wie vor dem Kriege. — Ohne gegen die endgültige Entscheidung, die Rußland hinsichtlich des Betrages der Entschädigung treffen wird, Einspruch zu erheben, behält sich England vor, dem Kongresse die ernsthaften Einwände, welche es dagegen sieht, darzulegen.

10. Was das Thal von Alaschkert und die Stadt Bajazid anbetrifft, welches Thal die Hochstraße für den Handel mit Persien bildet und das in den Augen der Türken eine ungeheure Bedeutung hat, so willigt Se. Majestät der Kaiser ein, es ihnen zurückzugeben; er hat aber zum Austausch verlangt und erhalten die Abtretung des kleinen Gebietes von Khotour an Persien, welches die Kommissionen der beiden vermittelnden Mächte für Recht befunden haben, dem Schah zurückzugeben.

11. Die englische Regierung würde glauben ihr tiefes Bebauern kundgeben zu müssen für den Fall, daß Rußland endgültig auf der Rückabtretung Bessarabiens bestehen sollte. Da es indeß hinreichend festgestellt ist, daß die andern Vertragsmächte des Vertrages von Paris nicht bereit sind, durch Waffengewalt die in diesem Vertrage festgesetzte Abgrenzung Rumäniens zu schützen, so sieht sich England nicht unmittelbar genug interessirt in dieser Frage, um sich berechtigt zu glauben zur alleinigen Uebernahme der Verantwortung, der vorgeschlagenen Aenderung Widerstand zu leisten und verpflichtet sich deshalb, die Entscheidung in diesem Sinne nicht zu bekämpfen.

Einwilligend, den Wunsch des Kaisers von Rußland, den Hafen von Batum zu besetzen und seine Eroberungen in Armenien zu behalten, nicht zu bekämpfen, verbirgt sich die englische Regierung doch nicht, daß wahrscheinlich schwere Gefahren, bedrohlich für die Ruhe der Bevölkerungen der asiatischen Türkei, für die Zukunft aus dieser Ausdehnung der russischen Grenze erwachsen können. Doch ist die englische Regierung der Ansicht, daß die Pflicht, das türkische Reich vor dieser Gefahr zu bewahren, welche fortan in besonderem Maße England obliegen wird, sich erfüllen lassen wird, ohne daß Europa das Unheil eines neuen Krieges koste.

Zugleich nimmt die englische Regierung Akt von der durch Se. Kaiserliche Majestät gegebenen Versicherung, daß in Zukunft die Grenze Rußlands nicht weiter nach Seite der asiatischen Türkei ausgedehnt werde. — Die englische Regierung, demgemäß der Ansicht, daß die Abänderungen des Vertrages von San Stefano, welche in dieser Denkschrift niedergelegt sind, genügen, um die Einwendungen zu mildern, welche sie gegen den Vertrag in seiner thatsächlichen Form hegt, verpflichtet sich, die Artikel des Vertrages von San Stefano, welche durch die 10 vorhergehenden Punkte nicht modifizirt sind, nicht zu bekämpfen, falls nach gebührender Durchberathung derselben auf dem Kongresse Rußland darauf besteht, sie aufrecht zu erhalten. Es könnte geschehen, daß im Laufe der Verhandlungen auf dem Kongresse die beiden Regierungen es vorziehbar finden, nach gemeinsamem Uebereinkommen neue Veränderungen einzuführen, die vorauszusehen es unmöglich sein würde; aber wenn ein Einvernehmen bezüglich dieser neuen Abänderungen zwischen den russischen und englischen Bevollmächtigten nicht erzielt werden sollte, so ist die gegenwärtige Denkschrift bestimmt, als gegenseitig bindendes Abkommen auf dem Kongresse für die Bevollmächtigten Rußlands und Großbritanniens betrachtet zu werden. Zur Bekräftigung dessen ist dieses Schriftstück durch den Botschafter Rußlands in London und durch den Hauptstaatssekretär Ihrer britischen Majestät unterzeichnet worden."

Geschehen zu London, 30. Mai 1878.

gez. Schuwaloff.
Salisbury.

Die zweite Denkschrift, ein Annex der ersteren vom selben Datum lautet:

„Außer den Abmachungen der vorstehenden Denkschrift behält sich die englische Regierung vor, dem Kongresse die folgenden Punkte vorzulegen: a) Die englische Regierung behält sich vor, auf dem Kongresse die Theilnahme Europas an der Administrativ-Organisation der beiden bulgarischen Provinzen zu fordern. b) Die englische Regierung wird auf dem Kongresse die Dauer und Art der russischen Besetzung Bulgariens und des Durchzuges durch Rumänien zur Sprache bringen. c) Der Name, der der Südprovinz zu geben ist. d) Ohne die Gebietsfrage zu berühren, behält sich die britische Regierung vor, die Frage der Donauschifffahrt zu erörtern, in welcher Angelegenheit England Vertragsrechte zustehen. e) Die englische Regierung behält sich vor, auf dem Kongresse alle Fragen in Beziehung auf die Meerengen zu erörtern. Aber der russische Botschafter in London nimmt Akt von der mündlichen Mittheilung, die er dem Hauptstaatssekretär gemacht hat, nämlich daß das kaiserliche Kabinet sich in der Beziehung an die Erklärung Lord Derby's vom 6. Mai 1877 hält, und zwar: „Die bestehenden Vorkehrungen, welche unter europäischer Gutheißung getroffen wurden, die die Schifffahrt des Bosporus und der Dardanellen regeln, erscheinen ihr (der britischen Regierung) weise und heilsam und ihrer Ansicht nach würden ernsthafte Einwendungen gegen deren Abänderung in irgend einer wesentlichen Einzelheit nicht zu machen sein." Und der russische Bevollmächtigte wird auf dem Kongresse auf dem status quo bestehen. f) Die englische Regierung wird an Se. Maj. den Sultan die Forderung stellen, Europa zu versprechen, daß er auf dem Berge Athos gleicherweise die Mönche anderer Nationalitäten schützen werde."

gez. Schuwaloff.
Salisbury.

10. Der Berliner Kongreß.

3. Juni. **Einladung zum Kongresse.**

Der deutsche Botschafter in London an den englischen Minister des Auswärtigen.

„Der unterzeichnete außerordentliche Botschafter und Bevollmächtigte Sr. Majestät des Kaisers von Deutschland, Königs von Preußen hat die Ehre, auf Befehl seiner Regierung folgende Mittheilung zur Kenntniß Sr. Excellenz des Marquis von Salisbury, Staatssecretärs für die auswärtigen Angelegenheiten Ihrer Majestät der Königin von Großbritannien und Irland, Kaiserin von Indien zu bringen.

In Uebereinstimmung mit der von dem österreichisch-ungarischen Kabinet ergriffenen Initiative beehrt sich die Regierung Sr. Majestät des deutschen Kaisers den Signaturmächten der Verträge von 1856 und 1876 vorzuschlagen, sich zu einem Kongreß in Berlin vereinigen zu wollen, um auf demselben die Bestimmungen des zwischen Rußland und der Türkei abgeschlossenen Präliminarvertrages von San Stefano zu erörtern.

Indem die Regierung Sr. Majestät der Regierung Ihrer britischen Majestät diesen Vorschlag macht, geht sie davon aus (entend) daß die britische Regierung durch Annahme desselben zustimmt, die freie Erörterung des Gesammtinhaltes des Vertrages in San Stefano zuzulassen und daran Theil zu nehmen.

Für den Fall der Zustimmung aller zum Kongreß aufgeforderten Mächte, schlägt die Regierung Sr. Majestät vor, die Eröffnung des Kongresses auf den 13. d. M. festzusetzen.

Indem der Unterzeichnete dies zur Kenntniß Sr. Excellenz bringt, hat er die Ehre denselben zu bitten, ihm die Antwort der britischen Regierung sobald als möglich mittheilen zu wollen."

[Eine völlig gleichlautende Einladung erging nach St. Petersburg und an die übrigen Mächte.]

3. Juni. Annahme der Kongreßeinladung Seitens Englands.

Lord Salisbury an Graf Münster.

„Der unterzeichnete erste Staatssekretär Ihrer Majestät für die auswärtigen Angelegenheiten hat die Ehre, den Empfang der Note Sr. Excellenz des Grafen Münster vom heutigen Tage, welche die Regierung Ihrer Majestät zur Theilnahme

an einem Kongreß in Berlin Behufs Erörterung der Bestimmungen des Präliminarfriedens von San Stefano aufforderte, zu bestätigen.

Indem der Unterzeichnete von der mündlichen Eröffnung Sr. Excellenz, daß die Einladung in denselben Ausdrücken den übrigen Signaturmächten des Pariser Vertrages zugesandt worden ist, Akt nimmt und voraussetzt, daß diese Mächte durch Annahme der Einladung den in der Note enthaltenen Bedingungen zustimmen, beehrt er sich, Se. Excellenz zu benachrichtigen, daß die Regierung Ihrer Majestät bereit ist, an einem Kongreß an dem bezeichneten Tage Theil zu nehmen."

4. Juni. Annahme Seitens Frankreichs.

Minister Waddington an Fürst Hohenlohe.

„Das Kabinet zu Berlin weiß, daß wir von dem Augenblick an, wo zum ersten Male vom Zusammentritt eines Kongresses die Rede war, nicht gezögert haben, die Mitwirkung Frankreichs zu versprechen. Wir haben uns darauf beschränkt, die Bedingung der Annahme zu stellen, daß allein Fragen, welche natürlich und direkt aus dem jüngsten Kriege sich ergeben, vor den Kongreß gezogen werden und daß das Programm begrenzt bleibe auf Angelegenheiten, welche entspringen oder unmittelbar folgen aus dem Kampfe, welchem der Friede von San Stefano ein Ziel setzte. Um unsere Auffassungsweise besser festzustellen, haben wir namentlich Aegypten, Syrien und die heiligen Orte genannt als Gegenstände, welche von den Erörterungen ausgeschlossen bleiben müssen, indem wir zugleich als den Spezialgegenstand bestimmt für die Arbeiten der Kongreßbevollmächtigten die Klauseln des Vertrages von San Stefano bezeichneten. Der Antrag des Berliner Kabinetes bestimmt und umgrenzt die Aufgabe, welche es den Bevollmächtigten stellt, in einer Weise, welche dem Gedanken, der unsere Vorbehalte eingab, eine volle Genüge leistet. Die Regierung der französischen Republik nimmt deshalb die Einladung, welche Ew. Hoheit zu überreichen beauftragt ist, an und hat keine Einwendung gegen das Datum des 13. Juni."

Zur Begrüßung des Kongresses.

„Provinzial-Correspondenz" vom 12. Juni.

In der Hauptstadt des Deutschen Reiches sind in diesem Augenblicke die ersten Minister und Diplomaten aller europäischen Großstaaten vereinigt, um das Werk des Friedens zu vollenden und zu besiegeln, welches durch die vertraulichen Verhandlungen der letzten Monate allseitig vorbereitet worden ist. Schon das Zustandekommen dieser Vereinigung ist eine Bürgschaft für das endliche Gelingen, — die berühmtesten und geehrtesten Staatsmänner Europas wollen eben für den glücklichen Abschluß des Werkes, auf welches die sehnlichen Wünsche der Völker gerichtet sind, das Vollgewicht ihrer persönlichen Autorität mit einsetzen und dem in Aussicht stehenden Friedenspakt die Weihe ihrer Namen geben.

Je mehr diese hoffnungsvolle Bedeutung des beginnenden Kongresses allseitig erkannt wird, desto freudiger und wärmer begrüßt unsere Bevölkerung die Versammlung selbst und ihre Mitglieder, und würdigt vollkommen die Ehre, welche der deutschen Hauptstadt durch eine so erhabene Vereinigung zu Theil wird.

Gern hätte gewiß unser Kaiser, welcher die Vollendung des Friedenswerkes aufrichtig herbeigesehnt und eifrig gefördert hat, den europäischen Friedensboten den Willkommen des deutschen Volkes persönlich entgegengebracht; jetzt wird der Kronprinz an seiner Stelle auch diese kaiserliche Ehrenpflicht erfüllen.

Zu besonderer Genugthuung darf es dem deutschen Volke gereichen, daß durch den Berliner Kongreß die ernste und besonnene Friedenspolitik, welche unsere Regierung seit Beginn der orientalischen Verwickelung befolgt hat, nunmehr

ihre höchste Bestätigung und Erfüllung finden soll. In der Thatsache, daß der Kongreß sich in Berlin versammelt, darf man ein Anerkenntniß dafür finden, daß unsere Politik die Aufgabe friedlicher Vermittelung, welche sie sich in der großen Frage gestellt hatte, seither in Wahrheit redlich zu lösen bemüht war. Wenn man heute, nach den Schwierigkeiten, welche in den letzten Wochen zwischen den nächstbetheiligten Großmächten zu lösen waren, die Ausführungen des Reichskanzlers in der Rede vom 19. Februar über die vermittelnde Aufgabe der deutschen Politik sich wieder vergegenwärtigt, so wird man ohne Weiteres erkennen, wie zutreffend derselbe die Gesammtheit der Verhältnisse und Beziehungen unter den Mächten beurtheilte, wie wohlbegründet trotz der vielseitigen Schwierigkeiten sein Vertrauen auf die schließliche Mäßigung aller betheiligten Mächte war, und wie richtig er die Stellung Deutschlands Behufs Mitwirkung zu einem versöhnlichen Einverständnisse auffaßte und bezeichnete.

Er verwahrte die deutsche Politik entschieden gegen die ihr von gewisser Seite zugemuthete Rolle eines Schiedsrichters unter den Mächten, und nahm vielmehr nur die bescheidenere Rolle eines ehrlichen Vermittlers in Aussicht.

In diesem Sinne zu wirken, hat die Zwischenzeit reichen Anlaß geboten. Daß es nicht erfolglos geschehen, dafür zeugt eben der bevorstehende Zusammentritt des Kongresses.

Den größten Antheil an dem Erreichten hat freilich die Weisheit und Mäßigung der unmittelbar betheiligten Mächte gehabt, und darauf vor Allem beruht auch die Bürgschaft für die volle Ausgleichung der mancherlei noch vorhandenen Bedenken und Gegensätze, welche auf dem Kongresse zum Ausdruck und zur Erledigung kommen sollen.

Wenn nicht alle Anzeichen und Aussichten trügen, so wird der Berliner Kongreß nach den Erregungen und Erschütterungen des russisch-türkischen Krieges und nach den die Ruhe Europas bedrohenden Zerwürfnissen, welche sich daran knüpften, ein endliches friedliches Einverständniß der europäischen Mächte über die Frage herbeiführen, welche früher stets als der Ausgangspunkt eines unvermeidlichen allgemeinen Kriegsbrands erschien.

Möge den Völkern Europas recht bald die Gewißheit des segenverheißenden Abschlusses beschieden sein, — möge auch unserem theuern Kaiser grade jetzt in seiner Leidenszeit dieser neue Erfolg der Friedenspolitik vergönnt sein, in welcher er stets den höchsten Beruf des deutschen Kaiserthums erkannt und bethätigt hat.

Der Verlauf des Kongresses.

13. Juni. Die erste Sitzung.

Der Kongreß ist am 13. um 2 Uhr in dem Palais des deutschen Reichskanzlers eröffnet worden. Nachdem Fürst Bismarck die Bevollmächtigten in kurzer Ansprache begrüßt hatte, wurde derselbe auf den Antrag des ersten österreichischen Bevollmächtigten Grafen Andrassy zum Präsidenten des Kongresses gewählt. Graf Andrassy sprach weiter im Namen seines Souverains und unter voller Zustimmung der übrigen Kongreßmitglieder die herzlichsten Gefühle und Wünsche für die baldige vollständige Wiederherstellung Sr. Majestät des Kaisers Wilhelm aus, für welche Fürst Bismarck im Namen des Kaisers dankte. Die erste Sitzung schloß nach Feststellung der nothwendigen geschäftlichen Einrichtungen.

1878.

Gegen Abend gab der **Kronprinz**, umgeben von den Prinzen und Prinzessinnen, den Mitgliedern des Kongresses ein Festmahl im Königlichen Schlosse. Bei demselben brachte er in französischer Sprache folgenden Trinkspruch aus:

„Der in Berlin versammelte Kongreß hat seine Arbeiten damit eingeleitet, daß er Wünschen für die Wiederherstellung Sr. Majestät des Kaisers, meines erhabenen Vaters, Ausdruck gab. Ich danke den Vertretern der Mächte für dieses Zeichen von Sympathie. Im Namen meines erhabenen Vaters äußere ich den Wunsch, ihre Bemühungen durch ein Einverständniß gekrönt zu sehen, welches das beste **Unterpfand** für den **allgemeinen Frieden** sein wird. Im Namen Sr. Majestät trink ich auf das Wohl der Souveräne und Regierungen, deren Vertreter sich in Berlin versammelt haben."

Die Begrüßung durch den Kronprinzen.

Zum ersten Mal sieht die Hauptstadt des deutschen Reiches einen **Kongreß** der sämmtlichen europäischen Großmächte in ihren Mauern versammelt. Freilich ist in der jetzigen Stimmung der Hauptstadt, bei dem noch immer leidenden Zustand des Kaisers, von rauschenden Festlichkeiten, die sonst solche Zusammenkünfte zu begleiten pflegten, von vornherein abzusehen.

Der weiße Saal, in welchem die Tafeln für das **Galadiner** aufgestellt waren, welches der **Kronprinz** im Namen seines Vaters den fremden Botschaftern bot, zeigte in seinem äußeren Arrangement eine bedeutungsvolle Abänderung. Da der Kaiser dem Festmahle nicht beiwohnte, so war auch der Thronhimmel hinweggenommen. An seiner Stelle prangte das große Winterhalter'sche Gemälde, welches den Kaiser darstellt, der so wenigstens im Bilde, wie er es auch sicherlich im Geiste war, seinen Gästen nahe sein wollte. Die Tafel für den Kronprinzen und die Mitglieder der königlichen Familie, sowie für die Botschafter war in Folge dessen an der gegenüber liegenden Fensterseite des weißen Saales hergerichtet. An sie schlossen sich die anderen Tafeln im Viereck derart an, daß nur vor dem Bilde eine Oeffnung für die Dienerschaft geblieben war. Der Schmuck der Tafel war reich, ohne übertrieben zu sein. Vor dem Kronprinzlichen Paare war der bekannte große silberne Tafelaufsatz, welcher noch von der ersten Londoner Industrieausstellung stammt, aufgestellt; ihm schlossen sich dann eine Fülle von Vasen, Schüsseln, Kandelabern &c. nach beiden Seiten der Tafel hin an. In der Mitte der königlichen Tafel prangten mächtige Blumenkörbe aus dunkelrothen und hellen Rosen und weiter waren Pyramiden aus Kornblumen, Rosen und Geranien, so wie prachtvolle Aufsätze aus gemischten Blumen aufgestellt. Der Schmuck der Natur, der uns jetzt draußen in verschwenderischer Fülle entgegenlacht, hatte seinen Einzug in den Festraum gehalten. Auf den silbernen Schaalen waren die schönsten Früchte in verschwenderischer Fülle ausgebreitet, kurz die Tafel machte einen außerordentlich würdigen Eindruck und legte von Neuem Zeugniß ab von dem soliden Geschmack, der an unserem Kaiserhofe herrscht.

Die Gäste versammelten sich in den Vorräumen zum weißen Saal. Die Botschafter speziell nahmen ihren Eintritt in die alte Kapelle, wo sie zunächst von dem Kronprinzen und der Frau Kronprinzessin, sowie von den Mitgliedern der königlichen Familie begrüßt werden sollten. Kurz vor sieben Uhr waren die Geladenen versammelt, als der Hof seinen Einzug in die Gemächer hielt, um sich hier die Mitglieder der einzelnen Botschaften vorstellen zu lassen. Die Ceremonie war schnell beendet, und nach derselben zog sich der Hof für kurze Zeit nach dem

Kurfürstengemach zurück, während die Gäste jetzt von Ceremonienmeistern nach dem weißen Saal zu ihren betreffenden Plätzen geleitet wurden. Im Saale entwickelte sich alsbald ein äußerst bewegtes buntes Bild. Das Interesse konzentrirte sich natürlich zumeist auf die fremden Botschafter, deren Erscheinen in diesen Räumen durchaus neu war. Fürst Bismarck, der den Festräumen seit langen Jahren ganz konsequent fern zu bleiben pflegt, machte heute den fremden Diplomaten in liebenswürdigster Weise die Honneurs. Um eines Hauptes Länge überragte er sie alle und seine imposante Erscheinung wird noch mehr durch die weiße Kürassieruniform gehoben. Der Reichskanzler scheint besonders wohl und gut aufgelegt zu sein. Seine Augen rollen lebhaft und nach allen Seiten hin entwickelt er eine eifrige Konversation. Der weiße Vollbart, der jetzt das Gesicht vollständig bedeckt, macht zuerst einen etwas befremdenden Eindruck, aber schnell hat man sich an denselben gewöhnt. Fürst Bismarck unterhält sich lebhaft mit Earl Beaconsfield.

Der weite Saal hat sich vollständig gefüllt, den Botschaftern sind die Plätze derart angewiesen, daß Fürst Bismarck in der Mitte gerade dem Kronprinzen gegenüber seinen Sitz erhält. Ihm zur Rechten folgen die Vertreter von „Autriche, Grande Bretagne, Russie", zur Linken die von „France, Italie, Turquie" so, daß zur Rechten des Fürsten: Graf Andrassy, Earl Beaconsfield, Graf Schuwaloff, Graf Karolyi, Marquis Salisbury, Baron von Haymerle, Lord Odo Russell, Staatsminister von Bülow, zur Linken des Fürsten: Waddington, Graf Corti, Graf St. Vallier, Sadullah Bey, Graf Launay, Desprez, von Oubril, Fürst Hohenlohe ihre Plätze erhielten. Rechts und links schlossen sich in dem Mittelraum die übrigen Mitglieder und Attachés des Kongresses an. Das preußische Staatsministerium und die eingeladenen Generale hatten die Plätze an der Seite nach der Kapelle, die Hofchargen die nach der Bildergalerie zu inne. Als alle Anordnungen beendigt waren, wurde Sr. K. u. K. Hoheit dem Kronprinzen hiervon Meldung gemacht, und hielt dann der Hof, unter Vortritt des kleinen Dienstes und gefolgt von den Damen und Kavalieren des Hofes, seinen Eintritt. Der Kronprinz führte die Kronprinzessin, welche eine weiße Robe mit Kornblumen geschmückt angelegt hatte, Prinz Karl die Großherzogin von Baden, der Großherzog von Baden die Prinzessin Friedrich Karl und der Prinz Heinrich der Niederlande die Prinzeß Elisabeth. Der Herzog von Connaught war mit der Prinzeß Louise dem Feste in Folge des Ablebens des Königs Georg fern geblieben.

Unter den Klängen der Ouverture zur „Iphigenie" nahm der Hof Platz. Zur Rechten des Kronprinzen saßen die Kronprinzessin, der Großherzog von Baden, die Prinzessin Friedrich Karl, Prinz Heinrich der Niederlande, Prinzessin Elisabeth, Prinz Heinrich, Erbprinz von Anhalt, Prinz Friedrich von Hohenzollern; zur Linken des Kronprinzen die Großherzogin von Baden, Prinz Karl, Prinz Friedrich Karl, Prinz August von Würtemberg, Erbgroßherzog von Baden, Prinz Friedrich von Anhalt, Prinz Reuß. Das Diner ging äußerst schnell von Statten; die Unterhaltung war eine sehr lebhafte. Insbesondere unterhielt sich Fürst Bismarck sehr angelegentlich mit dem Minister Waddington. Die Musik trug während der Tafel noch die Introduktion und den Brautchor zu „Lohengrin", einige Sätze aus einer Mozartschen Symphonie, Tänze von Brahms und das Finale aus „Don Juan" vor. Nach dem Braten erhob sich der Kronprinz und brachte in französischer Sprache den Toast auf den Kongreß aus. Der Trinkspruch wurde von der Kapelle des 2. Garde-Regiments zu Fuß mit einer dreimaligen Fanfare begleitet.

Die Tafel wurde gegen 8 Uhr aufgehoben. Nach derselben fand in der Bildergalerie und den anstoßenden Gemächern noch Cercle statt, worauf der Hof sich zurückzog und die Festgesellschaft entlassen wurde.

1878.

Besorgnisse und Stimmungen während der Kongreßverhandlungen.

„National-Zeitung“ vom 22. Juni.

„Die in den ersten Tagen des Kongresses von berufener Seite ständig ausgegebene Parole: die Hoffnung auf eine allseitig befriedigende Lösung, wird nicht mehr ausgegeben. Sie scheint heute selbst mit den sehr dehnbaren Gewissen inspirirender Diplomaten nicht mehr vereinbarlich zu sein. Man beschränkt sich blos darauf, der möglichen pessimistischen Auslegung der länger werdenden Intervalle zwischen den Kongreßsitzungen die Spitze abzubrechen. Die Nothwendigkeit, den vertraulichen Verhandlungen mehr Zeit einzuräumen, wird stark betont. Was durch die längeren konfidentiellen Auseinandersetzungen gewonnen wird, kommt den dann später in rascheren Fluß gerathenden Kongreßverhandlungen zu gute. Was jetzt vertraulich arrangirt wird, soll später seine Früchte tragen! Diese Vertröstung auf die Zukunft hat leider ihre recht trübe Seite. Mit den bisher erzielten Resultaten des bereits viel Zeit konsumirenden vertraulichen Verkehrs scheint es nicht zum Besten bestellt zu sein. Und die Zukunft! — nun, es ist alles darnach angethan, um sie in keinem besonders rosigen Lichte erscheinen zu lassen. Trügen nicht alle Anzeichen, so steht der Kongreß am Vorabende der berühmten „Versumpfung“. Auch wenn es gar keine so scharf ausgeprägten Gegensätze zwischen den direkt betheiligten Großmächten gäbe, wie sie in Wirklichkeit vorhanden sind, würde die Haltung der Türkei allein genügen, um jeglicher Ausgleichung den Boden zu entziehen. Die Weigerung, Schumla und Varna zu räumen, genügt allein, um Alles auf den Kopf zu stellen, Alles auf die Spitze zu treiben. Kann die bulgarische Frage geregelt, gelöst werden, so lange türkische Truppen in so festen Positionen stehen bleiben? Kann, so lange dies der Fall ist, die von allen Mächten unangefochtene Konstituirung eines unabhängigen Donau-Bulgariens eine Wahrheit werden? Sicherlich nicht. Wird auf einen Kongreßbeschluß zu rechnen sein, welcher die Türken aus Schumla und Varna hinausdekretirt? Und wenn wirklich, wird sich die Türkei einem solchen eventuellen Beschlusse fügen? Um diese Frage bejahend zu beantworten, dazu würde heute ebenso viel Muth wie Illusion gehören. Wenn nun die Türken, ihrer die politische Situation beherrschenden politischen Stellung eingedenk, für einen die Räumung Schumla's und Varna's ihnen vorschreibenden Kongreßbeschluß nur ein mitleidiges Achselzucken haben, was dann? Wer wird die Exekution des am Firmamente unsichtbaren Kongreßbeschlusses übernehmen? Etwa England und Oesterreich, oder das hierzu nächstberufene Rußland? Wird man letzteres zur Exekution autorisiren wollen, und wenn Rußland ohne eine solche Autorisation daran gehen sollte, die Türken in beiden Festungen zu belagern, wäre dies nicht der Wiederausbruch des Krieges? Und wäre dieses nicht gleichbedeutend mit dem Kulminationspunkt der Gefahren, welche für den Frieden Europas entstehen müßten? Mit dem Eintritte dieser Eventualität wäre freilich die Periode der „Versumpfung“ abgethan. Bis zu ihrem Eintritt jedoch würde eine geraume Zeit die Rathlosigkeit, getragen von einer unheimlichen Schwüle, die nur durch Rüstungen als Unheil verkündendem Wetterleuchten unterbrochen würde, das Scepter führen. So und nicht anders würde das Gesicht der „Versumpfung“ aussehen, deren Bekanntschaft der Welt in Aussicht steht, wenn nicht binnen Kurzem im Schooße des Kongresses eine Wendung eintritt, die noch Alles, wenn auch nicht zum Guten, so doch zum Leidlichen bringt. Leidlich wäre selbst ein Provisorium, welches die Kriegsbesorgnisse, wenn auch nur auf unbestimmte Zeit, beurlaubt. Diese heiß ersehnte Wendung scheint aber noch lange, wenn nicht ganz ausbleiben zu wollen. Zum Mindesten berechtigt zu dieser Annahme der sogar in die Spalten hiesiger offiziöser Organe Eingang findende Reflex der Stimmung in russischen Kreisen. Wenn einmal von da her „kategorische Nein“ gegenüber einer anglo-österreichischen Entente in Aussicht gestellt werden, woher soll dann

die Wendung kommen, welche mindestens die Türken in ihren Hoffnungen auf größere Konflagrationen erschüttern würde. Alles sieht demnach in diesem Augenblicke darnach aus, als ob selbst die opfervollste und ehrlichste Maklerschaft zur Erkenntniß der Unrealisirbarkeit des projektirten Geschäftes kommen müßte.

„National-Zeitung" vom 23. Juni.

Man schreibt uns von wohlunterrichteter Seite: In den gestrigen vertraulichen Besprechungen zwischen den russischen, englischen und österreichischen Kongreßbevollmächtigten ist ein Fortschritt der Annäherung zu konstatiren gewesen, wenn derselbe auch nur als ein bescheidener Anfang erscheint, so ist darin doch immerhin eine gute Vorbedeutung für den Verlauf der heutigen Kongreßsitzung zu erblicken. Die vertraulichen Zwischenverhandlungen bewegen sich fast ausschließlich in dem intimsten Verkehrskreise der russischen, englischen und österreichischen Bevollmächtigten. Bei den bedeutenden Gegensätzen, die noch obwalten, ist es ganz unausbleiblich, daß häufig Momente eintreten, in welchen die Stimmungen und mit ihnen die Hoffnungen auf ein günstiges Ergebniß des Kongresses starken Schwankungen ausgesetzt sind. Mit Rücksicht auf die von derartigen Schwankungen unmöglich frei zu erhaltende Lage kann man auch während des übrigen Verlaufes des Kongresses auf den wiederholten Eintritt von Phasen, welche den Charakter der Beunruhigung in sich tragen, gefaßt sein. Deshalb aber wird wegen des schließlichen Ergebnisses des Kongresses weitgehenden Besorgnissen kein Platz einzuräumen sein. Die bulgarische Frage bildet fortdauernd den Angelpunkt der vertraulichen Zwischenverhandlungen wie überhaupt des ganzen Kongresses; sie wird bis zu ihrer definitiven Erledigung noch viel Zeit in Anspruch nehmen. Man kann als feststehend annehmen, daß das Vorgehen Englands und Oesterreichs in dieser Frage nach Prinzip und Tendenz sich als ein völlig identisches darstellt, während Rußland, das an seinen eigenen Anschauungen festhält, innerhalb dieser vertraulichen Zwischenverhandlungen einigermaßen isolirt erscheint, wenn ein solcher Ausdruck überhaupt richtig gewählt ist. Der wirkliche Stand der bulgarischen Frage wird aber erst in einigen Tagen bestimmbar sein, nachdem sich entschieden haben wird, wie die an der bulgarischen Frage weniger interessirten Mächte sich zu den etwa noch zwischen Rußland einerseits und England und Oesterreich andererseits verbliebenen Gegensätzen stellen. In der heutigen Kongreßsitzung dürfte die Klärung der bulgarischen Frage in ein erstes Stadium treten; dieser Frage gegenüber verharren vorläufig alle anderen Berathungsgegenstände des Kongresses im Hintergrunde.

„National-Zeitung" vom 25. Juni.

Wir erhalten heute in dem Londoner Telegramm, welches in unserer Abendausgabe Aufnahme fand, die erste Veröffentlichung über Verhandlungen der Kongreßmitglieder, welche einigen Anspruch auf Authentizität machen dürfen. Die „Times" erhielt die ersten Nachrichten über englisch-österreichisch-russische Verabredungen, welche von dem offiziösen „W. T. B." zurechtgestellt wurden. Wir können nunmehr annehmen, daß die drei Staaten sich verständigt haben über Folgendes: Bulgarien erhält als Südgrenze den Balkan; Varna wird bulgarische Festung. Die Türken verfügen frei über die Vertheidigungslinie des Balkans. Das ist vorläufig wohl die Summe dessen, was auf dem Kongreß Aussicht hat, festgestellt zu werden. Es wird damit die Grenze Bulgariens sehr erheblich gegen den Vertrag von San Stefano eingeschränkt, so sehr, daß hierin wohl die schwerste Konzession enthalten ist, welche Rußland auferlegt werden dürfte. Mit dieser Grenze und mit der Befugniß der Pforte, die Balkanpässe zu befestigen, ist nicht gesagt, daß das südlich des Gebirges liegende Gebiet in unveränderter Form bei dem türkischen Reiche verbleiben soll. Nachdem aber Rußland genöthigt worden ist, das freie Fürstenthum Bulgarien mit dem Balkan, mit dem Donauvilajet abzuschneiden, ist damit die Grenzscheide bezeichnet zwischen der Pforten-

herrschaft und der freien Selbstregierung des bulgarischen Stammes. In Rumelien wird nunmehr der Kongreß Reformen einzuführen haben, welche auch diesen Theil der christlichen Bewohner sicher stellen, und dieser Theil der englisch-russischen Stipulationen vom 30. Mai dürfte eben so gute Aussichten auf Verwirklichung haben, als derjenige über die Zweitheilung Bulgariens. Unsere Anschauung über den Werth der Zweitheilung haben wir erst kürzlich ausgesprochen. Alle Befestigungen der Balkanpässe werden nicht das Hin- und Herfliegen von Wünschen nach neuen Umwälzungen verhindern. Die Emanzipation der Rajah wird durch diese Theilung vorläufig versumpfen bis zum nächsten Türkenkriege. Wir können uns indessen Glück wünschen, daß dieser Krieg dadurch vorläufig vermehrte Aussicht gewinnt, vertagt zu werden. Man darf annehmen, daß der Kongreß diesen Abmachungen seine Zustimmung ertheilen werde. Damit wird ein sehr bedeutender Schritt zu einer Lösung der europäischen Spannung gemacht sein.

Ferner:

Das „Wolff'sche Telegraphen-Bureau" ist mit seiner Berichtigung des letzten halben Theiles der „Times"-Nachrichten im vollen Rechte. Man hat bisher und auch in der heutigen Kongreß-Sitzung nur über Bulgarien verhandelt. Der heutige Verhandlungstag war der erste glückliche. Die Diplomaten des Kongresses haben den Mund aufgethan und dieses Resultat selbst denjenigen, die sich darum kümmern, bekannt gegeben. Es ist Thatsache, daß man heute in der bulgarischen Frage um ein Stück — wir sagen bescheiden blos um ein Stück und nicht um ein gutes — weitergekommen ist. Nach der Physiognomie des vorgestrigen Tages ist selbst dies ein begrüßenswerther Fortschritt, weil jetzt erst die Berechtigung eintritt, wirklich Hoffnungen auf einen schließlich befriedigenden Ausgang hegen zu können. Indem wir hervorhoben, daß man ein „Stück" vorwärts gekommen, deuteten wir damit gleichzeitig an, daß, um mit der bulgarischen Frage ins Reine zu kommen, noch viel zu thun erübrigt. Was in dieser Beziehung noch festzustellen ist, wird vielleicht noch mancherlei Zwischenfälle herbeiführen. Immerhin befindet man sich einmal im Laufe der Verständigung, und dies ist das Beruhigendste an der Sache. Aus der Thatsache aber, daß die Diplomaten sich doch hinreißen ließen, die erste günstige Wendung zu einem Bruche ihrer Geheimhaltungs-Konvention zu benutzen, wird immerhin die weise Lehre zu ziehen sein, daß jede künftige Stockung in der Mittheilsamkeit der Kongreßdiplomatie berechtigter als bisher als ein Symptom eingetretener neuer schwieriger Momente anzusehen sein wird. Und darüber darf man sich keiner Täuschung hingeben: Schwierige Momente wird es noch in Hülle und Fülle geben.

Ueber die vierte Sitzung des Kongresses:

Heute Nachmittag 2¼ Uhr hat die vierte Kongreßsitzung begonnen. Die Vorbesprechungen, welche in den letzten Tagen stattfanden, haben in der That zu großen Schwierigkeiten geführt, welche oft die ganze Ausdauer der Unterhandelnden in Anspruch genommen haben und keineswegs bereits vollständig besiegt sind. Es sind Vereinbarungen getroffen worden, welche zum Theil einen provisorischen Charakter tragen, weil sie bestimmte Erklärungen der russischen Regierung voraussetzen und selbst die Einholung einer besonderen Willensäußerung des Kaisers von Rußland über bestimmte Prinzipienfragen erforderlich gemacht haben. In der Hauptlinie ist ein Ergebniß erzielt: Bulgarien bleibt durch den Balkan begränzt. Die Pässe, welche über denselben nach Rumelien führen, bleiben in den Händen der Türken. Alles was darüber hinaus verbreitet worden, beruht mehr oder minder auf willkürlicher Vermuthung; und auch in den heutigen Besprechungen vor der Sitzung ist man in der Verständigung nicht weiter gekommen. In Bezug auf Montenegro, Serbien, Antivari ist man noch zu keinem Beschluß gelangt und wird zu einem solchen jedenfalls noch eine Anzahl von Vorbesprechungen und Plenarsitzungen bedürfen. Für die Erfolge der letzten Vorbesprechungen ist jedenfalls der Umstand von Bedeutung,

daß die Türken sich mehr befriedigt zeigen als bisher; obschon dieselben in allen Vorverhandlungen ihre mehr passive Rolle nicht aufgegeben haben. Naturgemäß weist die sehr geschickte Hand des Vermittlers im Kongresse selbst alle Punkte, welche zu schweren Divergenzen führen könnten, in die Vorbesprechungen, in denen der Erfolg durch die Theilnahme der zunächst interessirten Mächte jedenfalls praktischer erzielt wird, und ein geeigneterer Boden für gegenseitige Forderungen und Zugeständnisse vorhanden ist, als im Kongresse selbst. Die Bevollmächtigten Rußlands haben wiederholt bei verschiedenen Gelegenheiten in den letzten Tagen erklärt, daß für Rußland eine um so größere Vorsicht in Zugeständnissen geboten sei, als dort die öffentliche Meinung mit großer Spannung diesen Zugeständnissen folge und mehr oder minder laut daran erinnere, daß der Preis für die gebrachten Opfer nicht in zu großem Umfange verkümmert werden dürfe. Andererseits wollen auch die Türken über die Grenzen des Vertrages von San Stefano nicht zu weit hinausgehen und diesen Vertrag als eine Basis bezeichnen, auf welche sie sich im gegebenen Fall allein zurückziehen möchten. Oesterreich hat unverkennbar den schwierigsten Standpunkt. Es betont dauernd die Machtsphäre und möchte an der Donau keine Verhältnisse schaffen oder zulassen, in denen ein anderer Einfluß überwiegt, als der begründete Nachbarliche des österreichischen Staates. Oesterreich bewegt sich in diesen Fragen, wie wir wiederholt mittheilen konnten, mit England auf gleicher Linie und geht deshalb auch in anderen Fragen mit England zusammen. Im Großen und Ganzen hat Oesterreich in letzter Zeit sich mehr im Gegensatze zu den Türken als zu den Russen gesehen. Die auf allen Seiten kundgegebene Bereitwilligkeit, den europäischen Frieden durch den Kongreß zu sichern, wird — davon ist man allgemein überzeugt — über diese Schwierigkeiten hinforthelfen. Insoweit sind die pessimistischen Auffassungen der letzten Tage unberechtigt, doch auch jene Voraussetzungen werden angezweifelt, welche einen nahen Abschluß der Hauptschwierigkeit bereitwillig in Aussicht stellen.

„National-Zeitung“ vom 27. Juni.

Bei der Eröffnung der Dienstagssitzung erklärte Fürst Bismarck, daß die Arbeiten des Kongresses durch die Langsamkeit der Berathungen und durch die Einführung von Details, welche seine Kräfte erschöpften, verlängert worden wären, und daß er genöthigt werden würde, sich für eine lange Zeit zu entfernen, es sei denn, daß beschlossen würde, über die hauptsächlichsten Fragen privatim ein Abkommen zu erzielen, welche dann rasch durch den Kongreß geordnet werden könnten, indem Angelegenheiten von geringerer Wichtigkeit späteren Kommissionen überlassen würden. Auf diese Rede, welche ein Gefühl des Unbehagens hervorrief, erfolgte zunächst keine Erwiderung. Nach einer Pause entgegnete Herr Corti, daß der Kongreß beständig Beweise seines Bestrebens, eine rasche und friedliche Lösung zu finden, gegeben habe, und daß er, von diesem Gefühle weiter beseelt, in der Lage sein würde, dem von seinem Präsidenten geäußerten Wunsche zu entsprechen und jenen in den Stand zu setzen, ohne übermäßige Anstrengung bis zu Ende den Vorsitz zu führen. In der gestrigen Sitzung hatte Fürst Bismarck seine gewöhnliche Kraft wieder erlangt; aber der erwähnte Zwischenfall zeigt, daß eine Tendenz besteht, nur die großen Züge zu erörtern, indem man späteren Kommissionen überläßt, sich mit geringeren Angelegenheiten zu befassen. So ist z. B. die Frage der Wahl des Fürsten der Bulgarei in einer ziemlich summarischen Weise geordnet worden.

Beim Beginne der gestrigen (26. Juni) Sitzung fand eine wirklich interessante Scene statt, welche Erwähnung verdient. Fürst Gortschakoff, durch die Gicht an das Bett gefesselt, war nicht im Stande, den letzten Sitzungen beizuwohnen. Zur gestrigen Sitzung kam er in seinem Wagen, welcher am Eingange hielt, von wo aus der Fürst bis zur Thür des Kongreßsaales getragen wurde. Dort versammelten sich die Anwesenden rasch um ihn, um ihm zur Wiederherstellung seiner Gesundheit Glück zu wünschen. Bald darauf erklärte Fürst Bismarck die Sitzung für eröffnet. Fürst Gortschakoff bat dann um die Erlaubniß, zu

sprechen, und obgleich der Präsident ihn ermahnte, sitzen zu bleiben, erhob er sich mit augenscheinlicher Anstrengung und sagte inmitten einer tiefen und achtungsvollen Stille: „Herr Präsident, Euer Excellenzen! Nachdem ich für mehrere Tage von Ihren Berathungen fern gehalten worden bin, möchte ich nicht in Ihrer Mitte wiedererscheinen, ohne die folgenden Bemerkungen zu machen, welche durch die Liebe zur Wahrheit und zu meinem Lande hervorgerufen werden. Während Ihrer letzten Berathungen haben meine Kollegen (der Fürst verneigte sich gegen Herrn von Oubril und den Grafen Schuwaloff) Ihnen im Namen Rußlands Zugeständnisse bewilligt, welche bei weitem diejenigen übertrafen, die sie zu machen gedachten."

Beim Anhören dieser Worte gaben alle Mitglieder des Kongresses Zeichen der Besorgniß. Der greise Fürst sprach mit Anstrengung und zitternder Stimme, indem er sich an dem Tische festhielt und mit einem entschiedenen Ausdrucke vor sich blickte; seine Zuhörer erwarteten mit Spannung, ob seine Worte nicht das Vorspiel zu einer Erklärung wären, um die von Rußland gemachten Zugeständnisse zurückzuziehen, und ob der Fürst nicht blos, um diese Erklärung abzugeben, der äußersten Anstrengung getrotzt habe, welche ihm durch seine Anwesenheit im Kongresse auferlegt wurde. Zum Glück jedoch wurden die Bevollmächtigten bald beruhigt, als der Fürst fortfuhr:

„Allein ich bin mir zu sehr der Gefühle meiner Kollegen bewußt, um einen Einwand gegen die Zugeständnisse zu erheben, welche zu machen sie für ihre Pflicht erachteten. Ich wünsche nur, Ihnen zu erklären, was übrigens sehr wohl bekannt ist, daß Rußland in Folge seiner Friedenswünsche diese Opfer gebracht hat und daß es die Wahrheit sprach, als es sowohl vor dem Kriege als bei Ende desselben erklärte, daß es sich nur zur Vertheidigung der Christen des Ostens erhob, daß es kein engherziges oder selbstsüchtiges Ziel verfolgte, und daß es, indem es ungeheure Opfer in einem Kriege brachte, in welchem die Sache des Christenthums und der Civilisation allein auf dem Spiele stand, sich gerade fähig erwiesen hat, für das große Werk der Friedensstiftung, welchem Sie Ihre Anstrengungen widmen, gleichfalls Opfer zu bringen. Ich nehme nicht an, daß jemand den Ruhm der russischen Armee bestreiten will, welche die glänzendsten Siege errungen hat; aber Rußland wünscht, daß bekannt werde, daß es bestrebt ist, die mit dem kostbarsten Blute erkauften Siege gegen die Friedenspalme einzutauschen."

Diesen Worten folgte ein tiefes Stillschweigen, welches wahrscheinlich der Erregung der Zuhörer zugeschrieben werden muß; denn der Anblick des berühmten alten Mannes, welcher seine letzten Kräfte gebrauchte, um die moralische Größe für sein Vaterland in Anspruch zu nehmen, war in der That dazu geeignet, das Herz zu rühren. Nach wenigen Augenblicken erhob sich Lord Beaconsfield und bat, sich vernehmen lassen zu dürfen. In einer Sprache, welche ich sehr rühmen hörte, deren genauen Wortlaut ich aber nicht zu erlangen vermochte, begann der englische Premierminister also: „Ich empfinde in der That, daß ich Ihr Gefühl wiedergeben soll, indem ich der tiefen Bewunderung Ausdruck gebe, welche durch die Sprache meines edlen und berühmten Freundes hervorgerufen worden ist, und für die Art, in welcher er die wahren Gesinnungen seines Landes geäußert hat. Ich bin glücklich, annehmen zu können, daß es ein Friedenswunsch ist, welcher die Entscheidungen Rußlands bei den letzten Berathungen geleitet hat. Ich beeile mich deshalb, dies im Namen des mich anhörenden erlauchten Kongresses anzuerkennen, und ich bin der zuversichtlichen Hoffnung, daß ich dieselbe Gesinnung bei allen seinen Berathungen antreffen werde." Lord Beaconsfield sprach noch mehrere Minuten und setzte sich dann nieder, und die wirklichen Geschäfte der Sitzung begannen nach diesem etwas sentimentalen Zwischenfall, bei welchem der edle Lord die möglich beste Wirkung auf alle seine Zuhörer hervorbrachte.

„National-Zeitung" vom 29. Juni.

Es liegt Manches in der Luft, aus dem geschlossen werden könnte, als sei der Verlauf der heutigen Kongreßsitzung minder glatt gewesen, als bei

den jüngsten Verhandlungen. Die Berichte weisen darauf hin, daß Schwierigkeiten wiederum im Entstehen sind, welche die Sachlage wieder etwas mehr verwickeln könnten. Die beabsichtigte Okkupation Bosniens und der Herzegowina wird von der Türkei keinenfalls mit Enthusiasmus begrüßt; wie weit sich ihr Widerstreben in Thatsachen umsetzen wird, das ist die Frage des Augenblicks und sie wird offenbar nicht unterschätzt. Selbst die Möglichkeit einer österreichisch-türkischen Kollision taucht dabei auf und wird mit Ernst betrachtet. Eine neue Seite der Orientkrisis tritt somit als noch zu entwirrendes Problem in den Vordergrund.

Zur diplomatischen Lage schreibt man uns:

In der heutigen achten Kongreßsitzung sollen die vom Redaktions-Comité des Kongresses formulirten letzten Arrangements, soweit sie sich auf die bulgarische Frage beziehen, vorgelegt werden. Hierauf sollten alle auf Serbien und Montenegro und im Zusammenhange hiermit auch auf Bosnien und die Herzegowina bezüglichen Angelegenheiten zur Sprache kommen. Bei dem Umfange des betreffenden Materials ist anzunehmen, daß alle diese theilweise recht schwierigen Fragen kaum in einer einzigen Sitzung ihre Erledigung finden werden.

Wie begreiflich, steht bei der Berathung dieser Fragen Oesterreich mit seinen stark hineinspielenden Interessen in vorderster Reihe. Ueber die Dispositionen, welche die anderen Mächte in allen diesen Fragen Oesterreich entgegenbringen, variiren die Meinungen. Nach einer vielfach verbreiteten Angabe hätte Oesterreich auf ein förmliches Mandat der Mächte zur Besetzung von Bosnien und der Herzegowina, wie es demselben nach verschiedenen Kundgebungen die ganze Zeit vorgeschwebt, nicht zu rechnen. Dagegen würde auf die von österreichischer Seite zu gewärtigende Darlegung, daß eine Pazifikation der in Frage stehenden türkischen Nachbarprovinzen ein unabweisliches österreichisches Interessenbedürfniß sei, von keiner Seite eine Einwendung erhoben werden. Es wäre dies gewissermaßen nach dem Grundsatze: wer schweigt, gilt als zustimmend, die Zustimmung der Mächte in negativer Form. Anderseitig wird jedoch behauptet, daß die Stimmung der Mächte in diesen Fragen sie insgesammt den österreichischen Aktionsplänen vollständig geneigt mache. Wie immer sich auch diese Frage im Kongresse entwickeln möge, über sie dürfte die öffentliche Meinung früh genug durch die Ereignisse aufgeklärt werden, welche ihrem Entwickelungsprozesse im Kongresse auf dem Fuße nachfolgen dürften.

Von anderer Seite schreibt man uns:

In der heutigen Kongreßsitzung sollte die bulgarische Frage endlich zum Abschluß gebracht werden. Es erweist sich in zunehmendem Maße, daß hiermit das Hauptinteresse der Verhandlungen erschöpft ist. Im Wesentlichen standen nur noch Detailfragen zur Erledigung, welche nicht durch Spezial-Kommissionen zum Austrag zu bringen sind. Man wird die bulgarische Angelegenheit jetzt bis zu einem Stadium gefördert haben, welches völlig geeignet ist, den Ausführungs-Kommissionen als Stützpunkt für ihre Anordnungen zu dienen. Von Wichtigkeit ist die Annahme eines österreichischen Antrags auf Freiheit der Kulte in Bulgarien und Rumelien, wofür der Kongreß ohne Widerspruch einstimmig votirte. — Heute hat man sich mit den Angelegenheiten Bosniens und der Herzegowina beschäftigt, und es treten nunmehr die österreichischen Interessen stärker in den Vordergrund. Man hält indessen die Verhandlungen nicht für so schwierig, wie jene über die bulgarische Frage, weil hier nicht so große und entschiedene Gegensätze auszugleichen sind, als sie sich bisher in den Vertretern Rußlands und Englands gegenüberstanden. Die Oesterreicher haben es mit den Türken zu thun und man wollte bisher annehmen, daß hier eine Verständigung nicht zu schwer fallen würde. Die österreichischen Bevollmächtigten halten den von Anfang an dargelegten Stand-

punkt aufrecht, daß die Abmachungen des Kongresses nur dann eine Bedeutung für die europäischen Interessen haben, wenn sie eine Bürgschaft für dauernde Erhaltung des Friedens bieten; und es ist gleichfalls von österreichischer Seite eine Reihe von Punkten angegeben worden, welche solche Bürgschaften in sich begreifen. Dahin gehören denn ganz bestimmte Grundsätze über die Verwaltung Bosniens und der Herzegowina und es wird sich fragen, wie weit der Kongreß die Ueberzeugung gewinnt, daß es erforderlich ist, die Pazifizirung dieser Gebiete unter hervorragendem Antheil Oesterreichs herbeizuführen und Oesterreich speziell ein Mandat in diesem Sinne zu übertragen. Ob dies in förmlicher Weise geschehen oder Oesterreich unter Zustimmung des Kongresses, als naturgemäße Folge seiner geographischen Lage und materiellen Interessen, ein selbstständiges Vorgehen überlassen werden wird, das wird sich zunächst als einer der bedeutsamsten Vorgänge der Berathungen zu zeigen haben. In den bisherigen Verhandlungen waren in dieser Beziehung prinzipielle Gegensätze noch nicht hervorgetreten, im Gegentheil hat die von Oesterreich geltend gemachte und von England unterstützte Interessen-Politik die vollständigste Anerkennung der übrigen Signatarmächte gefunden. Wenn sich hier und da eine pessimistische Anschauung dieser Verhältnisse Ausdruck verschafft hat, so soll dafür in den Thatsachen kein Anhalt geboten sein. — Die hier anwesenden Bevollmächtigten Griechenlands sind durch Depeschen ihrer Regierung, welche diese Nacht hier eintrafen, ermächtigt worden, auf dem Kongreß zu erscheinen, sobald ihnen an der Hand der Berathung griechischer Interessen eine Einladung zugehen würde. Es ist dies dem Präsidium des Kongresses mit der Hinzufügung mitgetheilt worden, daß der hier anwesende Minister Delijannis als Bevollmächtigter zu erscheinen ermächtigt sei. Man wird sich also darauf vorbereiten können, auch die griechische Frage alsbald auf die Tagesordnung gesetzt zu sehen. Hier wird man aber zweifellos einem sehr lebhaften und durch die Thatsachen unterstützten Widerspruch der Türken begegnen. Man muß sich vergegenwärtigen, daß hier die Dinge anders liegen, wie in Bulgarien und Rumelien; dort stand und steht eine große russische Armee, während in den für die griechischen Forderungen in Betracht kommenden Gebieten kein einziger russischer Soldat sich befindet. Die Türken werden sich bereit erklären, über Epirus, Thessalien und Macedonien volle Autonomie zuzugestehen, aber in eine Abtretung auch nur eines Theiles dieser Gebiete an Griechenland keinenfalls zustimmen. Man ist gespannt, welche Stellung England schließlich zu diesen Fragen einnehmen wird. Zu weitgehenden Zugeständnissen an Griechenland ist auf dem Kongreß keine Neigung. —

„National-Zeitung" vom 7. Juli.

Die interessantesten Aufschlüsse über die Lage der Kongreßangelegenheiten giebt uns heute die „Times", deren ausgezeichneter Vertreter dahier gestern eine Unterredung mit dem Fürsten Bismarck hatte. Ueber den Inhalt dieser Unterredung wird telegraphisch berichtet. Fürst Bismarck sagte:

Er wünsche den Frieden und habe so viel als möglich zur Erhaltung des Friedens beigetragen. England habe einen großen Erfolg in der Einschränkung der Grenzen Bulgariens errungen. Nachdem die bulgarische Frage gelöst worden, wäre der Frieden gesichert gewesen, doch möge man von Rußland nicht neue Konzessionen verlangen, da dessen Friedensliebe Grenzen haben könnte. Deutschland habe alles Mögliche für die Erhaltung des Friedens gethan, wenn dennoch ein Krieg entstände, so würde es im Stande sein, demselben fern zu bleiben. Die Frage betreffs Batum biete wirkliche Schwierigkeiten, würde jedoch hoffentlich außerhalb des Kongresses eine befriedigende Lösung finden. Er glaube, daß die Türkei Oesterreich gegenüber schließlich nachgeben, Konzessionen an Griechenland aber nicht machen werde.

Die Aeußerungen des Reichskanzlers legen der Frage von Batum eine größere Tragweite bei, als es nach den bis jetzt im Umlauf gewesenen Mit-

theilungen geschehen war. Der ganze Erfolg des Kongresses wird als in Zweifel gestellt bezeichnet; die Hoffnung, daß „außerhalb des Kongresses“ eine befriedigende Lösung gefunden werden würde, lautet zwar ziemlich unbestimmt, eröffnet aber doch wieder eine freundlichere Perspektive.

Die Protokolle.

Protocole N° 1.

Séance du 13. Juin 1878.

Les Puissances signataires du Traité du 30 Mars 1856 ayant décidé d'examiner en commun, dans une même pensée d'intérêt général et dans un même esprit de conciliation et de paix, la situation qui résulte en Orient des derniers événements, les Plénipotentiaires de l'Allemagne, de l'Autriche-Hongrie, de la France, de la Grande Bretagne, de l'Italie, de la Russie et de la Turquie se sont réunis à Berlin en congrès sur l'invitation qui leur a été adressée par le gouvernement de Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne.

Etainet présents:

Pour l'Allemagne

Son Altesse Sérénissime le Prince de Bismarck, Chancelier de l'Empire d'Allemagne,

Son Excellence M. de Bülow, Secrétaire d'Etat au Département des Affaires Etrangères,

Son Altesse Sérénissime le Prince de Hohenlohe-Schillingsfürst, Ambassadeur d'Allemagne à Paris.

Pour l'Autriche-Hongrie

Son Excellence le Comte Andrássy, Ministre des Affaires Etrangères et de la Maison Impériale,

Son Excellence le Comte Károlyi, Ambassadeur d'Autriche-Hongrie à Berlin,

Son Excellence le Baron de Haymerle, Ambassadeur d'Autriche-Hongrie à Rome.

Pour la France

Son Excellence M. Waddington, Ministre des Affaires Etrangères,

Son Excellence le Comte de Saint-Vallier, Ambassadeur de France à Berlin,

Son Excellenz M. Desprez, Ministre Plénipotentiaire de 1ère classe, chargé de la Direction des affaires politiques au Ministère des Affaires Etrangères.

Pour la Grande Bretagne

Son Excellence the Earl of Beaconsfield, Premier Lord de la Trésorerie et Premier Ministre de Sa Majesté Britannique.

Son Excellence the Marquess of Salisbury, Ministre des Affaires Etrangères de Sa Majesté Britannique,

Son Excellence Lord Odo Russel, Ambassadeur d'Angleterre à Berlin.

Pour l'Italie

Son Excellence le Comte Corti, Ministre des Affaires Etrangères,

Son Excellence le Comte de Launay, Ambassadeur d'Italie à Berlin.

1878.

Pour la Russie

Son Altesse Sérénissime le Prince Gortschacow, Chancelier de l'Empire de Russie,

Son Excellence le Comte Schouvalow, Ambassadeur de Russie à Londres,

Son Excellence M. d'Oubril, Ambassadeur de Russie à Berlin.

Pour la Turquie

Son Excellence Sadoullah Bey, Ambassadeur de Turquie à Berlin.

Les Plenipotentiaires entrent en séance aujourd'hui Jeudi 13 Juin à 2 heures.

M. le Comte Andrássy prend la parole en ces termes:

„Messieurs,

„J'ai l'honneur de vous proposer de confier à Son Altesse Sérénissime le Prince de Bismarck la présidence des travaux du Congrès. „Ce n'est pas seulement un usage consacré par les précédents, c'est en „même temps un hommage au Souverain de l'hospitalité duquel jouissent „en ce moment les Représentents de l'Europe.

„Je ne doute pas de l'assentiment unanime que rencontrera cette „proposition. Les qualités personelles du Prince, sa haute sagesse nous „garantissent la meilleure direction pour les travaux du Congrès.

„Messieurs, je suis sûr de me rencontrer avec vos sentiments, en „constatant dès le commencement de notre première réunion les voeux „chaleureux que nous formons tous pour le prompt rétablissement de „Sa Majesté l'Empereur Guillaume."

Ces paroles ayant été accueillies par l'assentiment empressé de tous les Plénipotentiaires, le Prince de Bismarck remercie ses collègues des sentiments sympathiques pour l'Empereur, exprimés au nom des membres du Congrès par M. le Comte Andrássy, et se charge de porter ce témoignage à la connaissance de Sa Majesté. Il accepte ensuite la présidence en ajoutant:

„Messieurs,

„Je vous remercie de l'honneur que vous venez de me faire en me „conférant la présidence de cette illustre réunion.

„Dans l'exercice des fonctions, auxquelles je suis appelé, je compte „sur le concours bienveillant de messieurs mes collègues, et sur leur „indulgence, si mes forces n'égalent pas toujours ma bonne volonté."

Le Président procède en ces termes à la constitution du bureau:

„Je vous propose comme secrétaire du Congrès M. de Radowitz, „ministre d'Allemagne à Athènes, et en qualité d'adjoints au secrétaire, „M. le Comte de Mouy, premier secrétaire de l'Ambassade de France à „Berlin, ainsi que MM. Busch, conseiller actuel de Légation, le Baron „de Holstein, conseiller de Légation, et le Comte de Bismarck, secrétaire „de Légation. Je propose également de confier la direction des archives „du Congrès à M. Bucher, conseiller intime actuel de Légation au Dé„partement des Affaires Etrangères d'Allemagne."

Ces propositions étant acceptées, les membres du bureau sont introduits et présentés au Congrès. Le Président fait savoir ensuite à ses collègues que le secrétariat ainsi constitué sera chargé de réunir et de soumettre à leur examen les documents et pleins pouvoirs que les membres du Congrès voudront bien à cet effet déposer au bureau.

MM. les Plénipotentiaires remettent leurs pleins pouvoirs au secrétaire, à l'exception de Sadoullah Bey, qui annonce devoir déposer les siens et ceux des deux autres Plénipotentiaires Ottomans au commencement de la prochaine séance, à laquelle seront présents ses collègues Alexandre Caratheodory Pacha et Mehemed Ali Pacha, qui ne sont pas encore arrivés à Berlin.

Le **Prince de Bismarck** lit ensuite le discours suivant:

„Messieurs,

„Il est avant tout mon devoir de vous remercier au nom de l'Em-„pereur, mon Maître, de l'unanimité avec laquelle tous les Cabinets ont „bien voulu répondre à l'invitation de l'Allemagne. Il est permis de „considérer cet accord comme un premier gage de l'heureux accom-„plissement de notre tâche commune.

„Les faits qui ont motivé la réunion du Congrès sont présents à „la mémoire de tous. Déjà, vers la fin de l'année 1876, les cabinets „avaient combiné leurs efforts en vue de rétablir la paix dans la péninsule „des Balcans. Ils avaient cherché en même temps des garanties efficaces „pour améliorer le sort des populations chrétiennes de la Turquie. Ces „efforts n'ont pas abouti. Un nouveau conflit plus redoutable a éclaté, „auquel les arrangements de San Stefano ont mis fin.

„Les stipulations de ce traité sont en plusieurs points de nature „à modifier l'état des choses tel qu'il se trouve fixé par les conventions „européennes antérieures, et c'est pour soumettre l'oeuvre de San Stefano „à la libre discussion des cabinets signataires des traités de 1856 et „1871, que nous nous trouvons réunis. Il s'agit d'assurer d'un commun „accord et sur la base de nouvelles garanties la paix dont l'Europe a „tant besoin.“

Le Président désire ajouter à ce qu'il vient de lire quelques observations de procédure. Il pense que pour faciliter les travaux du Congrès il serait opportun de décider que toute proposition, tout document destinés à figurer au protocole, fussent rédigés par écrit et lus par les membres du Congrès qui en auraient pris l'initiative. Il croit agir dans l'intérêt de la tâche dévolue à la haute assemblée en lui proposant de tracer dès le commencement de ses délibérations l'ordre de ses travaux. Il semble que sans s'attacher à la suite des paragraphes du traité qui forme l'objet de la discussion, il serait préférable de ranger les questions dans l'ordre de leur importance. C'est surtout le problème de la délimitation et de l'organisation de la Bulgarie qui à ce point de vue appelera l'intérêt du Congrès, et le Président propose d'ouvrir les discussions en s'occupant en premier lieu de celles des stipulations de San Stefano qui ont particulièrement trait à la future organisation de la Bulgarie. Si le Congrès approuve cette manière de procéder, le Président dirigera en conformité avec sa décision les travaux préparatoires du Secrétariat. Son Altesse pense en outre qu'il serait bon de laisser quelque intervalle entre cette séance et la prochaine afin de donner aux Plénipotentiaires le temps d'échanger leurs idées. Enfin il ne doute pas que les Plénipotentiaires ne soient unanimes sur la nécessité de garder le secret de leurs délibérations.

Tous les membres du Congrès donnent leur adhésion aux propositions de M. le Prince de Bismarck.

Le **Comte Andrássy** ajoute qu'il accepte entièrement le point de vue de S. A. et qu'il est notamment d'avis de donner la priorité à la question Bulgare.

Le **Comte de Beaconsfield** se prononce dans le même sens: il regarde comme essentiel à la solution des difficultés présentes que cette question soit traitée sans délai et la première.

Le **Président** constate que le projet de commencer la discussion par la question Bulgare est adopté à l'unanimité.

Le **Comte de Beaconsfield**, prenant la parole, fait remarquer qu'avant d'examiner le traité de San Stefano le Congrès rencontre une question préliminaire d'une extrême urgence, à savoir la position que les forces Russes occupent en ce moment dans le voisinage de Constanti-

nople. Lord Beaconsfield considère cette situation comme anormale et périlleuse. Il rapelle que les troupes Russes se sont avancées au delà de la ligne fixée par l'armistice, et signale leur présence comme un danger pour les deux parties en cause aussi bien que pour les intérêts de l'Europe. Il craint les entraînements auxquels peuvent être exposées deux armées aussi rapprochées: un incident, une rumeur peuvent amener les plus grandes calamités, peut-être même la prise de Constantinople (*the capture of Constantinople*). Il se demande s'il est convenable que le Congrès délibère en présence de semblables périls, et en regrettant que les efforts tentés par les Cabinets intéressés dans le sens d'un arrangement équitable pour les deux parties n'aient pas abouti, il appelle sur cette question préliminaire l'attention de ses collègues.

Le Prince de Bismarck tout en faisant observer que cette question lui paraît pas de nature à être traitée utilement dans la séance de ce jour, demande à MM. les Plénipotentiaires de Russie s'ils désirent répondre aux paroles prononcées par Lord Beaconsfield.

Le Prince Gortschacow déclare que la Russie est venue prendre part au Congrès avec l'intention d'éviter toute récrimination sur le passé: S. A. S. ne saurait donc entrer dans l'examen des motifs et des circonstances qui ont conduit au Traité de San Stefano: le Gouvernement Russe tient avant tout à écarter les obscurités et les défiances. Le but de l'Empereur Alexandre, conforme dans la pensée de Sa Majesté à tous les intérêts européens, est de donner une existence autonome assurée par des garanties efficaces aux sujets chrétiens de la Porte. Si, pour obtenir ce résultat, le Congrès trouve d'autres moyens que ceux qui ont paru les meilleurs à la Russie, le Gouvernement de l'Empereur les examinera, mais son seul but est, il le répète, d'assurer et de garantir efficacement aux populations chrétiennes une existence autonome.

Le Comte Schouvalow désire présenter quelques objections pratiques aux paroles prononcées par Lord Beaconsfield. En constatant les mouvements en avant de l'armée Russe, qui ont eu lieu d'ailleurs à la suite de l'entrée de la flotte Anglaise dans le Bosphore, le noble Lord a insisté sur les périls que présente la proximité des forces Russes et Ottomanes. Le Comte Schouvalow pourrait citer beaucoup d'exemples de paix définitives traitées pendant que les deux armées restent dans leurs lignes: mais sans s'arrêter sur ce point, le Second Plénipotentiaire de Russie fait remarquer qu'un simple retour aux dispositions du premier armistice n'étant pas sans doute de nature à modifier l'opinion de Lord Beaconsfield, il s'agirait donc pour l'armée Russe de reculer, beaucoup plus en arrière. Le Comte Schouvalow expose les difficultés, les embarras militaires et même les dangers d'un semblable mouvement. L'état actuel des choses n'a donné lieu depuis trois mois à aucune collision sérieuse: n'y aurait-il pas à craindre, au contraire, que la retraite de l'armée ne fût le signal de graves désordres? S. E. cite des informations provenant de sources qui ne sont pas Russes, et d'aprés lesquelles, si les troupes Impériales quittaient en ce moment leurs positions, elles seraient suivies par la population chrétienne de Constantinople, qui redouterait les plus grands périls. Le second Plénipotentiaire de Russie ajoute qu'en ce qui concerne les craintes exprimées par Lord Beaconsfield au sujet d'une prise soudaine de Constantinople, ce danger est tout-à-fait écarté et cette éventualité est même impossible. S. E. est donc persuadée que la retraite de l'armée Russe n'est en rien nécessaire au calme des délibérations du Congrès; il craindrait qu'en voulant améliorer la situation, on n'atteignît un but contraire.

M. d'Oubril s'associe entièrement aux considérations qui viennent d'être exposées.

Le Prince de Bismarck croit que les Plénipotentiaires de la Grande Bretagne trouveront la réponse de leurs collègues de Russie assez satisfaisante pour ne pas fair dépendre de la question qu'ils ont posée, la marche régulière des délibérations du Congrès. S. A. hésite d'ailleurs à penser que la question, dans la phase où elle se trouve actuellement, rentre dans la compétence du Congrès; du moins le Gouvernement Allemand qui a cherché, en son temps, à remédier à cette situation, autant qu'il lui a été possible, ne se croirait pas appelé à formuler un jugement sur les motifs qui pourraient régler la conduite des autres Gouvernements quant à des points qui sont en dehors de la tâche actuelle de la haute assemblée. Il pense que cette question devrait être avant tout traitée directement entre les représentants de la Grande Bretagne et de la Russie: les dispositions conciliantes des uns et des autres permettent d'espérer que ces pourparlers auraient une solution heureuse, et ce serait seulement dans le cas contraire que le congrès pourrait tenter, lors d'une prochaine séance, de mettre d'accord les deux parties intéressées par une médiation que les sentiments pacifiques de la haute assemblée ne sauraient manquer de rendre efficace.

Lord Beaconsfield ayant adhéré à cet avis ainsi que tous les Plénipotentiaires, le Président déclare l'incident clos.

Le Président demande, si l'un des Plénipotentiaires a quelque communication à faire au Congrès de la part de son Gouvernement.

Sadoullah Bey déclare ne pouvoir acccpter l'opinion exprimée par M. le Comte Schouvalow que la retraite de l'armée Russe entraînerait des dangers pour la population chrétienne de Constantinople. M. le Plénipotentiaire de Turquie affirme que les forces Ottomanes qui se trouvent dans la capitale suffisent amplement pour y maintenir le calme et que l'ordre public n'est nullement compromis. Il ajoute que c'est au contraire la présence de l'armée Russe dans le voisinage qui met en péril la tranquillité de la ville.

Le Président fait remarquer à M. le Plénipotentiaire de Turquie que le Congrès a prononcé la clôture de la discussion sur le point auquel il vient de faire allusion, et il est d'avis que l'incident ayant éte clos, la discussion demeure ajournée sur cet objet.

S. A. S. propose ensuite à la haute assemblée de se réunir lundi prochain le 17 à deux heures. Cette date est acceptée à l'unanimité.

Le Marquis de Salisbury annonce qu'il se propose de soumettre lundi à ses collègues la question de savoir si la Grèce doit être admise au Congrès.

Le Prince Gortschacow dit que cette question lui paraît résolue par les termes mêmes de la convocation qui ne s'adresse qu'aux Puissances signataires du Traitée de Paris. D'autres Etats pourraient se croire autorisés à demander également leur participation si l'on s'écartait des dispositions convenues dès l'origine.

Le Prince de Bismarck, en réservant son opinion à ce sujet jusqu'au moment où la question posée par Lord Salisbury sera formellement soumise à la haute assemblée, saisit l'occasion pour demander, s'il ne serait pas opportun que les membres du Congrès qui voudraient faire une proposition en informassent au préalable leurs collègues dans une séance précédente, ou tout au moins la veille de la séance, pour éviter des discussions imprévues et incomplètes. Les propositions connexes aux questions à l'ordre du jour et résultant de la discussion même en seraient exceptées.

Son Altesse considère comme un principe incontestable que la minorité du Congrès ne pourra pas être tenue de se soumettre à un vote de majorité. Mais il abandonne à l'appréciation de MM. ses collègues

de décider s'il ne serait pas utile dans l'intérêt des travaux que es résolutions de la majorité concernant la procédure, sans toucher au fond, pussent être regardées comme décisions du Congrès toutes les fois que la minorité ne croirait pas devoir faire enregistrer une protestation formelle.

M. Waddington s'associe à l'opinion exprimée par M. le Président au sujet des propositions imprévues dont les membres du Congrès pourraient prendre l'initiative. M. le Premier Plénipotentiaire de France est même d'avis qu'il serait utile de décider que toute proposition de cette nature devrait être annoncée à la séance précédente, sans laisser la faculté de prévenir seulement la veille. Ce dernier délai paraît à Son Excellence trop restreint pour que les Plénipotentiaires soient toujours suffisamment préparés à une discussion approfondie.

Le Prince de Bismarck apprécie la justesse de cette observation et s'y rallie entièrement.

Le Marquis de Salisbury dit que les réflexions de M. le Premier Plénipotentiaire de France s'appliquent sans doute seulement aux propositions substantielles et non pas aux amendements et questions secondaires.

Le Congrès donne unanimement son adhésion à cette procédure.

La séance est levée à 3 heures ¼.

Protocole N° 2.

Séance du 17 Juin 1878.

Les Plénipotentiaires Ottomans, Alexandre Carathéodory Pacha, Mehemed Ali Pacha et Sadoullah Bey remettent leurs pleins-pouvoirs.

Le Président propose que désormais, pour accélérer le travail du Congrès, la communication préalable du protocole imprimé aux Plénipotentiaires tienne lieu de la lecture traditionnelle au début de la séance. Dans le cas où aucune modification n'aurait été faite par les membres de la haute assemblée, le texte serait considéré comme approuvé et déposé aux archives.

Sur des observations du Comte Andrassy et de M. Waddington relatives aux modifications que des Plénipotentiaires pourraient demander au texte du protocole et qui ne sauraient être ignorées de leur collègues, le Président propose et le Congrès décide que lecture de ces changements sera donnée par le Secrétariat au commencement de chaque séance. Il reste d'ailleurs bien entendu que le protocole devra être lu en entier, si la demande en est faite par l'un des membres du Congrès.

Le Comte Schouvalow et M. d'Oubril expriment le désir que le protocole définitif soit rapidement distribué, pour hâter la communication aux Gouvernements respectifs.

Le Prince Gortchacow s'associe à cette observation: il approuve d'avance toute disposition propre à faciliter et hâter les travaux de la haute assemblée. S. A. espère une solution pacifique, et il importe que la paix du monde soit assurée aussi promptement que possible.

Le Président dit qu'il donnera des instructions au Secrétariat pour une rapide distribution des protocoles.

S. A. S. annonce à ses collègues que des pétitions et des documents

en nombres assez considérable ont été adressés au Congrès et à lui-même. Le Secrétariat a été chargé de faire le triage de ces pièces d'une importance fort inégale. Celles de ces pétitions qui présentent un certain intérêt politique ont été résumées dans une liste distribuée à tous les Plénipotentiaires: cette liste sera continuée au fur et à mesure de la présentation de communications analogues et toutes ces pièces seront déposées au Secrétariat. S. A. S. pense, et son sentiment obtient l'adhésion unanime, qu'en principe aucune proposition ou aucun document ne doivent être soumis à l'examen de la haute assemblée s'ils ne sont introduits par un des Plénipotentiaires. Il se conforme donc à cette règle pour les pétitions dont il vient d'être question.

S. A. propose de passer à l'ordre du jour fixé dans la séance précédente.

Le Marquis de Salisbury donne lecture de la motion suivante:

„Dès que la proposition pour la réunion d'un Congrès eût été faite, le Gouvernement de la Reine communiqua aux six Puissances son opinion que la Grèce devrait y être représentée. On s'aperçoit facilement des raisons qui ont motivé cette proposition. Le Gouvernement qui commença la guerre, aujourd'hui terminée, déclara qu'il l'avait entreprise avec des vues élevées et sans arrière-pensée. Il annonça qu'il ne recherchait pas d'acquisitions territoriales; son but était de délivrer les populations chrétiennes des maux dont l'existence était généralement reconnue quelle qu'en fût la cause. Son Altesse le Prince Gortchacow a réitéré les mêmes vues élevées dans cette Salle à la première séance du Congrès.

Une guerre entreprise avec de telles vues doit être évidemment terminée par une paix portant l'empreinte des mêmes sentiments; et le premier devoir des Représentants des Puissances sera de veiller à ce que les prévisions du Traité soient restreintes dans les limites qui leur ont été ainsi prescrites.

L'objet des discussions du Congrès, si elles ne dépassent pas leur vrai but, sera, tout en diminuant le plus possible les changements territoriaux, d'améliorer le sort et d'assurer le bien-être de ces provinces de la Turquie européenne qui ont été le théâtre de calamités déplorables.

Or, les Chrétiens de ces régions se divisent en deux parties dont les intérêts ne sont pas identiques et dont les sympathies ne sont pas en harmonie.

Le Congrès n'ignore pas que pendant ces dernières années les liens d'amitié qui unissaient autrefois les sujets Grecs et Slaves de la Porte ont été rompus. D'alliés ils sont devenus rivaux. Les Slaves qui reconnaissaient autrefois l'autorité du Patriarche Grec se sont ralliés à une nouvelle organisation ecclésiastique qui a réclamé leur soumission. Dans une grande partie du territoire habité par la race Grecque le droit de posséder les églises et les écoles a donné lieu à des contestations, souvent même à des luttes, entre les populations des deux races.

Le conflit s'est profondément aggravé à la suite des événements qui se sont passés pendant ces derniers mois, et les passions engendrées par ces conflits ont de plus en plus éloigné ces deux races l'une de l'autre. Il s'agissait de quelque chose de plus que d'une divergence d'opinion sur la question du régime ecclésiastique. Les Grecs redoutent, et avec raison, la subjugation de leur Eglise, la suppression de leur langue, et l'absorption et la disparition progressives de leur race, si leur rivaux se trouvaient dans une position prépondérante. Ces points sont pour eux d'un intérêt capital et leur sort dépend de la forme que donnera le Congrès aux dispositions qui seront arrêtées dans le but de

protéger les Chrétiens et d'assurer l'ordre et la sécurité aux provinces de la Turquie Européenne.

Mais les deux races ne sont pas devant le Congrès sur un pied égal. Les Slaves ont pour défenseur dans cette Salle un puissant peuple militaire, leur frère par le sang et par la foi, fort du prestige de ses victoires récentes.

Les Grecs, au contraire, n'ont ici comme Représentant aucune nation de même race.

Le Gouvernement de Sa Majesté est d'avis que des décisions prises dans ces conditions ne contenteraient pas la race Grecque, et par conséquent, n'amèneraient ni la tranquillité de l'Empire Ottoman, ni la paix de l'Europe.

Il est à craindre que de nouvelles agitations ne surgissent parmi ce peuple profondément dévoué à sa foi et à sa nationalité, qui aura la conviction que l'Europe l'a abandonné et l'a livré à la domination d'une race de laquelle ses sympathies sont tout-à-fait éloignées.

L'Angleterre propose donc que le Royaume Hellénique soit admis à remplir ce rôle en faveur des Grecs, et à prendre part aux délibérations du Congrès: du moins à assister à toutes les séances dans lesquelles des questions se rattachant aux intérêts de la race Grecque seront discutées."

Le Prince de Bismark, se référant à la décision prise par la haute assemblée dans la dernière séance, regarde comme impossible que le Congrès soit en était aujourd'hui, après une première lecture, de statuer sur la proposition qui vient d'être lue par Lord Salisbury et qui touche à tant de questions graves. Quelle que soit la sympathie que la Grèce inspire à l'Europe, S. A. croit devoir, dans l'intérêt des travaux, proposer, selon le principe précédement établi, l'ajournement de la discussion sur ce point à la prochaine séance. Dans l'intervalle le Président aura soin de faire imprimer et distribuer la motion de Lord Salisbury, si importante en elle même, et qui d'ailleurs implique un certain nombre de questions de droit public et de procédure sur la manière dont un représentant de la Grèce pourrait être admis dans le sein du Congrès.

Le Prince Gortchacow sans vouloir traiter en ce moment la question de l'admission de la Grèce, et en approuvant l'ajournement proposé, désire relever une expression du discours de Lord Salisbury. Son Altesse souhaiterait que le Congrès considérât les représentants de la Russie non point comme exclusivement dévoués aux intérêts des Slaves, mais comme s'intéressant à toutes les populations chrétiennes de la Turquie. Le Prince Gortchacow déclare donc l'avance qu'il s'associera aux mesures prises en faveur des Grecs: il demandra même pour les Grecs de l'Empire Ottoman une autonomie pareille à celle qui est réclamée pour les Slaves. Le but de son Gouvernement est de rapprocher ces deux races. Quant à la question religieuse à laquelle Lord Salisbury a fait allusion, Son Altesse doit faire remarquer qu'il n'y a point de dissidence religieuse au fond entre le Patriarchat grec et l'Exarchat Bulgare: c'est uniquement une question de liturgie qui a amené la séparation des deux Eglises.

Le Président constate que tous les Plénipotentiaires acceptent l'ajournement de la discussion sur ce point à la prochaine séance.

M. Desprez, au nom de MM. les Plénipotentaires de France, donne lecture de la proposition suivante qu'il desirerait voir distribuer en même temps que celle de Lord Salisbury:

„Considérant que dans l'examen des nouveaux arrangements à prendre pour assurer la paix en Orient il est juste de fournir à la Cour

d'Athènes l'occasion d'exprimer ses voeux et qu'il peut être utile aux Puissances de les connaître;

Le Congrès invite le Gouvernement de S. M. Hellénique à désigner un Représentant qui sera admis à exposer les observations de la Grèce lorsqu'il s'agira de fixer le sort des provinces limitrophes du Royaume et qui pourra être appelé dans le sein du Congrès toutes les fois que les Plénipotentiaires le jugeront opportun."

Le Président dit que l'impression et la distribution de ce document auront lieu conformément au désir de MM. les Plénipotentiaires de France, et que la proposition sera mise à l'ordre du jour de la prochaine séance. Son Altesse demande, avant de suivre l'ordre du jour fixé, si aucun membre n'a de communication à faire à la haute assemblée.

Alexandre Carathéodory Pacha exprime le regret de n'avoir pu assister à la séance précédente à la suite d'un accident de mer qui a retardé son arrivée et celle de son collègue Mehemed Ali Pacha. Il eût été heureux de prendre part à la désignation du Président, et il tient à s'associer au nom de son Gouvernement aux voeux que le Congrès a formés pour le rétablissement de la santé de l'Empereur Guillaume.

Le Prince de Bismarck remercie M. le Premier Plénipotentiaire de Turquie de ces paroles qu'il ne manquera pas de transmettre à Sa Majesté.

Le Président expose ensuite que l'ordre du jour appelle la discussion des articles du Traité de San Stefano qui sont relatifs à la Bulgarie, à commencer par l'article VI.

S. A. donne lecture du 1er alinéa de l'article VI:

„La Bulgarie est constituée en principauté autonome, tributaire, avec un gouvernement chrétien et une milice nationale."

Le Président ajoute: Il y a deux moyens d'entrer dans la discussion: on peut soit discuter d'abord le 1er alinéa de l'article VI, soit attendre le 4e relatif à l'étendue des frontiers. Sans vouloir recommander l'une ou l'autre procédure, S. A. demande pour laquelle des deux le Congrès se décide.

Lord Salisbury prend la parole pour présenter les observations suivantes:

L'effet le plus frappant des articles du Traité de San Stefano qui ont rapport à la Bulgarie — (je ne dis pas l'effet qu'on a eu l'intention de leur donner) — est d'abaisser la Turquie jusqu'au niveau d'une dépendance absolue envers la Puissance qui a imposé ce Traité.

Il est de notre tâche de la replacer, non sur le pied de son indépendance antérieure, car on ne saurait entièrement anéantir les résultats de la guerre, mais de lui rendre une indépendance relative qui lui permettra de protéger efficacement les intérêts stratégiques, politiques et commerciaux dont elle doit rester le gardien.

D'autres dangers non moins importants sont à craindre. La race grecque, qui habite de nombreux endroits de la nouvelle Bulgarie, sera assujettie à une majorité Slave avec laquelle ses relations ne sont guère amicales, et, comme j'ai déjà soumis à l'appréciation du Congrès, il est probable que la langue grecque disparaîtra et que la race sera absorbée.

En outre, l'admission au littoral de la mer Egée d'une nouvelle puissance maritime ne pourrait être agréée sans un vif sentiment de regret par les Puissances voisines de la Méditerranée.

Selon mon avis, on doit trouver un remède à ces résultats nuisibles dans une modification des articles sur lesquels Son Altesse le Président a appelé notre attention. Si la Bulgarie, au lieu de s'étendre jusqu'à la mer Egée et au lac Ochrida, était limitée vers le Sud à la

ligne des Balkans, et que l'autre partie de la Province restât sous l'autorité du Sultan, ces dangers seraient beaucoup mitigés même s'ils ne disparaissaient pas entièrement.

Dans ce cas, une nouvelle Puissance maritime ne s'étendrait plus aux bords de la mer Egée, une proportion très nombreuse de la population grecque qui se trouvait menacée d'être absorbée dans la nouvelle Bulgarie et d'être assujettie à une majorité Slave, resterait dans la position politique qu'elle occupe actuellement, et la Porte posséderait une frontière stratégique qu'elle pourrait défendre contre toute invasion à l'avenir. Cet avantage stratégique pourrait être atteint sans nuire aux intérêts des populations de cette region, dont le sort en serait plutôt amélioré.

L'Angleterre n'a jamais admis ni dans la Conférence de Constantinople, ni à aucune autre époque, que pour garantir les populations de la Turquie Européenne contre les abus du Gouvernement et l'oppression, il fallût les soustraire à la suprématie politique de la Porte. Cette garantie, qui est de la plus haute importance, demande plutôt la réforme de l'administration intérieure qu'une séparation politique.

Je propose donc au Congrès, de la part de l'Angleterre, l'examen des deux propositions suivantes:

1. Que la Principauté tributaire autonome de la Bulgarie soit restreinte à la partie de la Turquie Européenne située au Nord des Balkans.

2. Que la province de la Roumélie et tout autre territoire au Sud des Balkans soient sous l'autorité politique et militaire directe du Sultan, toute précaution nécessaire étant prise pour que le bien-être des populations soit sauvegardé par des garanties suffisantes d'autonomie administrative, ou d'autre manière.

Le Comte Schouvalow faisant allusion à un passage du document qui vient d'être lu par le noble Lord, dit qu'il ne pourrait pas accepter au nom de son gouvernement les mots „d'anéantir entièrement les résultats de la guerre.“ La Russie est venue au Congrès pour coordonner le traité préliminaire de San Stefano avec les interêts généraux de l'Europe, mais non pour „anéantir“ les résultats d'une guerre pour laquelle elle s'est imposé tant de sacrifices. La Plénipotentiaire de Russie constate que le sens général de la communication faite au Congrès par le M[is] de Salisbury est que l'Angleterre ne saurait donner son assentiment à la délimitation, tracèe à San Stefano, mais entre cette délimitation et celle que vient d'indiquer M. le Plénipotentiaire de la Grande Bretagne, il y a un terrain de discussion, par exemple les limites fixées par la Conférence de Constantinople; ces limites ont l'avantage d'avoir été tracées par les représentants de l'Europe, et sont conformes d'ailleurs aux conditions ethnographiques de la nation Bulgare. Le Marquis de Salisbury entend-il s'en tenir à la délimitation qu'il a indiquée, ou bien admet-il la discussion sur la base des anciennes limites de la Conférence, avec la division longitudinale tracée alors par les représentants européens?

Le Prince de Bismarck fait remarquer que l'appréciation de la Russie sera évidemment subordonnée à un examen plus détaillé des institutions à donner à la Bulgarie située au sud des Balkans. Si les Plénipotentiaires de la Grande Bretagne se trouvaient en mesure de fournir dès à présent des éclaircissements sur le régime et les institutions qu'on pourrait offrir et garantir à cette partie de la Bulgarie, les Plénipotentiaires Russes seraient peut-être mieux en état de se prononcer sur la totalité des propositions Anglaises.

Le M[is] de Salisbury craint qu'un pareil exposé ne comporte

pour aujourd'hui de bien longs détails. S. E. désire ajourner sa réponse sur ce point à la prochaine séance.

Le Prince de Bismarck pense avec Lord Salisbury qu'il est en effet préférable d'ajourner cette discussion, et il exprime l'espoir que les cabinets plus spécialement intéressés dans la question pourront dans l'intervalle se concerter sur le „status causae et controversiae". Il les croit d'accord sur beaucoup de points et peut-être au-delà de ce qu'ils croient eux-mêmes. S. A. S. pense qu'après cette entente préalable, les représentants de ces cabinets pourront soumettre au Congrés le résultat de leur échange d'idées sur la Bulgarie du sud et sur les institutions qu'il conviendrait de lui appliquer; le Congrès aurait ensuite la tache, dans le cas où l'accord ne serait pas entièrement établi, d'en rechercher le complément par l'intervention des Puissances amies.

Le Comte Andràssy rappelle la haute importance que présente la discussion dont l'issue doit amener la formation de pays appelés à vivre long-temps, il faut l'espérer. Il est donc également d'avis de l'ajourner à la séance suivante. S. E. fait remarquer à ce sujet que la question présente un double aspect: d'une part elle est purement politique et peut se résumer en ces termes: y aura-t-il une Bulgarie autonome tributaire et administrée par un gouvernement chrétien? Dès à présent S. E. déclare que sur ce point l'Autriche-Hongrie n'a pas d'objection. Mais d'autre part la question touche à une délimitation de frontières qui interesse particulièrement l'Autriche-Hongrie puisqu'il s'agit de définir la situation de la Bulgarie à l'égard, soit de pays limitrophes comme la Serbie, soit de frontières occidentales qui entrent dans la sphère des intérêts Austro-Hongrois. Le comte Andrássy fait remarquer que si l'Autriche-Hongrie désire assurément une bonne solution des difficultés présentes au point de vue général de la paix et de la stabilité, les questions de frontière ont pour elle une valeur toute spéciale: S. E. croit donc utile de faire participer un délégué d'Autriche-Hongrie aux entretiens particuliers des Plenipotentiaires Anglais et Russes. Il n'hésite pas d'ailleurs à donner son adhésion en principe à la proposition anglaise sur la ligne des frontières, tout en se réservant de présenter des observations de détail qu'il espère voir accueillir par ses collègues. Le comte Andrássy est, au surplus, disposé pour sa part à procéder selon les règles parlementaires par une discussion générale suivie d'une discussion spéciale.

Le Prince de Bismarck s'associe à la pensée du Comte Andrássy relative au mode de la discussion, à laquelle il serait, selon lui, utile de donner la forme d'une première et seconde lecture: la première tiendrait lieu de discussion générale, la seconde permettrait d'entrer dans les détails. Il considère que les réunions particulières et intimes entre les représentants de Puissances directement intéressées, réunions qu'il recommande sans se croire en droit de les convoquer, auraient le sérieux avantage de mieux préparer une entente sur les questions de détail et de rédaction. Le point capital pour les réunions plénières du Congrès serait d'établir l'accord sur les questions de principe; lorsque ces questions auront été approfondies, on procéderait en seconde lecture à la rédaction d'un texte destiné à remplacer les articles du Traité de San Stefano.

En conformité avec ce mode de procédure proposé par le Président, les Plénipotentiaires d'Autriche-Hongrie, de Grande Bretagne et de Russie, conviennent d'échanger leur vues dans des réunions particulières destinées à déterminer les points d'entente et par conséquent à faciliter le travail du Congrès. Ils communiqueront le résultat de ces entretiens à leur collègues.

Le Président, avec l'assentiment du Congrès, met à l'ordre du jour de la prochaine séance, fixée à Mercredi 19: 1° la question de l'admission des représentants de la Grèce, 2° la proposition anglaise sur la Bulgarie, la contre-proposition éventuelle de la Russie, et s'il y a lieu, le projet sur lequel les représentants des trois Puissances se seront concertés.

La séance est levée à 4 heures ½.

Protocole N° 3.

Séance du 19 Juin 1878.

Le Président rappelle à ses collègues qu'une liste de nouvelles pétitions leur a été remise. Une pétition qui touche une question politique mais qui ne porte pas de signature n'a pas été placée sur la liste. En principe, toute communication anonyme de ce genre n'est pas insérée dans la liste remise aux membres du Congrès, mais restera, bien entendu, à leur disposition dans les bureaux du secrétariat.

Le Prince de Bismarck présente ensuite les considérations suivantes:

„L'ordre du jour fixé pour la séance d'aujourd'hui comprend

1° La question de l'admission des Représentants de la Grèce;

2° La proposition anglaise sur la Bulgarie, la contre-proposition éventuelle de la Russie, et, s'il y a lieu, le projet sur lequel les Représentants des trois Puissances se seront concertés.

Vu que les pourparlers engagés entre les Représentants des Puissances plus spécialement intéressées dans la question Bulgare continuent et sont en progrès vers un arrangement qui faciliterait les travaux du Congrès à ce sujet;

vu qu'aujourd'hui ce résultat n'est pas encore atteint;

je propose d'ajourner la discussion sur la seconde partie de l'ordre du jour jusqu'à la prochaine séance."

Cette opinion ayant été accueillie par le Congrès, le Président ajoute que la seule question à l'ordre du jour est, en conséquence, celle de l'admission des Représentants de la Grèce et, sur le sentiment conforme de la haute assemblée, il annonce que le Congrès se réunira Vendredi pour la discussion des affaires Bulgares.

S. A. S. rappelle qu'il y a, sur la question de l'admission de la Grèce, deux propositions connues depuis la dernière séance, l'une de Lord Salisbury, l'autre de M. Desprez, et il ajoute qu'en ce qui concerne l'Allemagne, il se rallie à la seconde. Il prie ses collègues de vouloir bien discuter l'une ou l'autre ou toute autre proposition qui serait présentée sur le même sujet. Il demanderait plus tard au Congrès, dans le cas où l'admission des Représentants Grecs serait décidée, de fixer la date de la séance à laquelle ils seraient invités.

Carathéodory Pacha donne lecture de la déclaration suivante:

„En proposant que la Grèce soit entendue au sein du Congrès chaque fois qu'on le croirait nécessaire, lorsqu'il s'agirait de discuter certaines questions spéciales, on a allégué des motifs et échangé des idées qui justifient une explication de la part des Plénipotentiaires Ottomans.

Se plaçant à des points de vue différents, quelques uns de MM. les Plénipotentiaires semblent avoir envisagé d'une manière tout-à-fait exclusive la situation respective des diverses catégories de la population de l'Empire Ottoman.

Les Plénipotentiaires Ottomans pensent qu'il est de leur devoir de déclarer, qu'au sein du Congrès, ils représentent l'Etat lui-même, qui embrasse l'ensemble de tous ces éléments quels qu'ils soient, quelque origine et quelque date qu'on veuille assigner aux conflits auxquels on a fait allusion.

Une protection et un intérêt exclusifs se rapportant à une classe spéciale, de quelque côté qu'ils viennent, et sous quelque forme qu'ils se produisent, ne sauraient que nuire là où une puissante solidarité d'intérêts relie incontestablement ces divers éléments entre eux pour constituer un grand tout.

La hauteur de vues qui distingue MM. les Plénipotentiaires des grandes Puissances signataires des traités de 1856 et de 1871 qui composent le Congrès, et l'esprit d'incontestable équité qui les anime, autorisent en conséquence les Plénipotentiaires Ottomans à croire que, si la Grèce devait être entendue, le Congrès saura empêcher que les propositions qui ont été faites à ce sujet ne provoquent les graves inconvénients qu'il y aurait lieu de craindre. —"

Le Prince Gortchacow fait remarquer qu'il se conforme au désir du Congrès en apportant des observations écrites et donne lecture du document suivant:

„M. le Mis de Salisbury a présenté une proposition motivée, tendant à l'admission de la Grèce à participer au Congrès, ou du moins à assister aux séances dans lesquelles les questions, se rattachant aux intérêts de la race Grecque, seront discutées.

Les Plénipotentiaires de Russie croient de leur côté devoir énoncer, dans une déclaration également motivée, le point de vue de leur Gouvernement sur ce sujet:

1° La Russie a toujours envisagé en Turquie les intérêts des Chrétiens sans exception de race. Toute son histoire l'a suffisamment prouvé. Elle a, avec la race Hellénique, un lien puissant — celui d'avoir reçu de l'Eglise d'Orient la religion du Christ. Si, dans la présente guerre, la Russie a dû prendre particulièrement en mains la défense des Bulgares, c'est que la Bulgarie s'était rouvée, par les circonstances, la principale cause et le théâtre de la guerre. Mais la Russie a toujours eu en vue d'étendre, autant que possible, aux provinces Grecques les avantages qu'elle réussirait à conquérir pour la Bulgarie. Elle est satisfaite de voir, par les propositions de MM. les Plénipotentiaires de Grande Bretagne et de France, que l'Europe partage ces vues, et se félicite de la sollicitude que les Puissances témoignent en faveur des populations de race Grecque, d'autant plus qu'elle a la conviction que cette sollicitude s'étendra également aux populations de race Bulgare. Le Gouvernement Impérial de Russie se joindra en conséquence volontiers à toute proposition qui serait faite au Congrès en faveur de l'Epire, de la Thessalie et de la Crète, quelle que soit l'étendue que les Puissances voudraient donner aux avantages qui leur seraient réservés.

2° Le Gouvernement Impérial de Russie ne reconnaît aucun motif fondé à l'antagonisme des races qui a été signalé, et qui ne saurait avoir sa source dans des divergences religieuses. Toutes les nationalités, appartenant à l'Eglise d'Orient, ont successivement revendiqué le droit d'avoir leur Eglise autocéphale, c'est-à-dire leur hiérarchie ecclésiastique indépendante et leur langue nationale pour le culte et les écoles. Tel a été le cas pour la Russie, la Roumanie, la Serbie et même pour le Royaume de Grèce. L'on n'aperçoit pas qu'il en soit résulté ni la rupture des liens qui unissent ces Eglises indépendantes avec le Patriarcat Oecuménique de Constantinople, ni un antagonisme quelconque entre les

races. Les Bulgares ne demandent pas autre chose et y ont absolument les mêmes droits. La cause des divergences et des conflits passagers qui se sont produits, doit donc être cherchée dans des influences ou des impulsions particulières qui ne paraissent conformes ni aux intérêts réels des races, ni au repos de l'Orient, ni à la paix de l'Europe, et qui, par conséquent, ne sauraient être encouragées.

3° Quant aux circonscriptions territoriales des diverses races, se rattachant aux intérêts de la race Hellénique que l'on a en vue de protéger, elles semblent ne pouvoir être déterminées d'après un principe plus rationnel, plus équitable et plus pratique que celui de la majorité de la population. C'est celui qui résulte de l'ensemble des stipulations de la Conférence de Constantinople et celui que pose le Traité préliminaire de San Stefano. Les répartitions de territoires qui seraient proposees en dehors du principe de la majorité de la population pourraient être suggérées non par des considérations de races, mais par des vues particulières d'intérêt politique, géographique ou commercial. La Russie, n'ayant pour sa part aucun intérêt matériel à poursuivre dans ces contrées, ne peut apprécier ces diverses propositions qu'au point de vue de l'équité ou de la conciliation à laquelle elle est toujours disposée pour la consolidation de l'entente Européenne et de la paix générale.

Tels sont les sentiments dans lesquels les Plénipotentiaires de Russie croient devoir formuler leur adhésion à la proposition de M. le Plénipotentiaire de France; c'est-à-dire d'inviter le Gouvernement de Sa Majesté Hellénique à désigner un Représentant qui sera admis à exposer les observations de la Grèce, lorsqu'il s'agira de fixer le sort des provinces limitrophes du Royaume, et qui pourra être appelé dans le Congrès toutes les fois que les Plénipotentiaires le jugeront opportun. Ils étendent également ces prévisions à ce qui concerne la Crète."

Lord Salisbury, se référant au point de discussion indiqué par le Président, propose de substituer dans le texte présenté par les Plénipotentiaires Français les mots de „provinces grecques" à ceux de „provinces limitrophes du Royaume de Grèce". Si cette modification, qui lui semble donner plus de clarté au texte, était admise, il se rallierait volontiers au projet français ainsi amendé dans le cas où il serait accepté par la majorité des Puissances.

M. Desprez craint que l'amendement proposé par M. le Plénipotentiaire de la Grande Bretagne n'ait pour effet de rendre moins précis le texte du projet présenté par les Plénipotentiaires Français.

Le Président considère que le Congrès est en présence d'une question de forme et de rédaction, où la décision de la majorité est admise à moins de protestation de la minorité au protocole. S. A. S. croit qu'il serait utile de procéder à l'inverse de l'usage parlementaire et de commencer, si le Congrès y consent, par le vote sur le texte de la proposition Française en mettant aux voix en second lieu l'amendement de Lord Salisbury. Le résultat du premier vote sera considéré comme éventuel, c'est-à-dire comme sujet à être amendé conformement à la proposition anglaise, dans le cas où celle-ci serait adoptee. Si au contraire elle était rejetée, le vote recueilli sur la proposition française serait définitif.

Le Comte Andrássy ne veut pas entrer dans le fond de la question: il regarde qu'il a seulement à statuer sur l'admission en général: il vote donc la proposition française en se réservant de se prononcer sur l'amendement de Lord Salisbury.

Les Plénipotentiaires de France et d'Angleterre votent le texte présenté.

Le Comte Corti y adhère également et d'autant plus volontiers

que la seconde partie du document lui parait renfermer, en principe, la pensée exprimée dans l'amendement anglais.

Les Plénipotentiaires Russes votent de même le texte français.

Carathéodory Pacha regrette de rencontrer dans le texte proposé les mots: „le sort des provinces, etc." Dans ces termes il ne saurait que réserver l'opinion de son Gouvernement.

Le Président ayant insisté pour obtenir le vote de MM. les Plénipotentiaires Ottomans, Carathéodory Pacha et Méhémed Ali Pacha déclarent qu'ils ne s'opposeraient pas en principe à ce qu'un représentant de la Grèce fût entendu en admettant que celui-ci n'aurait que voix consultative.

Le Prince de Bismarck provoque ensuite un second scrutin sur l'amendement de Lord Salisbury, c'est-à-dire sur la question de savoir si les mots „provinces limitrophes" seront remplacés par ceux de „provinces grecques".

Le Comte Andrássy ayant demandé, quelle différence existe aux yeux de MM. les Plénipotentiaires anglais entre les deux termes, le Marquis de Salisbury dit qu'il y a des provinces Grecques qui ne sont pas limitrophes du royaume hellénique et dont l'Angleterre désire que le Congrès s'occupe également. Dans le projet français l'Epire et la Thessalie sont seuls en cause: l'amendement de S. E. permet au contraire de comprendre dans la délibération, à laquelle assisteraient les représentants de la Grèce, les provinces de Macédoine, de Thrace, et de la Crète.

Le Comte Andrássy, à la suite de cette explication, et se conformant à son principe qui est de rechercher des résultats aussi stables que possible, vote pour l'amendement de Lord Salisbury dans le but de ne pas restreindre l'expression de l'opinion des représentants grecs.

Les Plénipotentiaires de France maintiennent leur vote pour leur texte pur et simple.

Les Plénipotentiaires de la Grande Bretagne votent pour l'amendement.

Le Comte Corti se rallie à la proposition anglaise qu'il regarde comme donnant plus de latitude à la délibération.

Le Comte de Launay ajoute que d'ailleurs le Congrès demeurera toujours libre d'examiner dans quelle mesure il pourra accepter les observations des Représentants Grecs.

Le Président ayant demandé leur vote à MM. les Plénipotentiaires de Russie, le Prince Gortchacow prie MM. les Plénipotentiaires de France d'exposer les motifs qui les portent à maintenir le texte de leur proposition.

M. Waddington ne croit pas qu'il y ait de grandes différences entre le projet de M. Desprez et la rédaction proposée par Lord Salisbury. Il y a cependant une distinction à établir: les Plénipotentiaires de France ont pensé que tout en invitant le Gouvernement Grec à désigner un représentant, il était utile de limiter le champ de ses observations. M. Waddington admet que le représentant hellénique soit appelé à donner son avis sur des faits qui se passent près de la frontière du Royaume; mais il comprendrait moins que la compétence du cabinet d'Athènes pût s'étendre à des contrées habitées par des populations mixtes: S. E. craindrait de trop agrandir la sphère des observations du Gouvernement hellénique. Toutefois le second paragraphe du projet réservant au Congrès toute sa liberté d'appréciation à cet égard, la haute assemblée reste juge en dernier ressort des délibéra-

tions auxquelles elle regarderait comme opportun que le représentant Grec fût admis.

Le Prince Gortchacow, en présence de ces considérations, vote pour le maintien du texte français.

Carathéodory Pacha croit comprendre que dans la pensée de la haute assemblée, l'admission d'un représentant Grec est surtout une question d'opportunité: toutefois, et tout en acceptant que ce représentant pût être entendu quand on s'occuperait de l'amélioration de l'état de ces provinces, S. E., et avec Elle Méhémed Ali Pacha, demande de nouvelles explications sur le sens de la phrase du projet français où il est question de „provinces limitrophes".

M. Waddington répond qu'on ne discute pas aujourd'hui le fond de cette difficulté, mais seulement une question préalable; il tient à ajouter que les considérants du projet français en indiquent nettement la portée. En premier lieu le Congrès, trouve-t-il juste que la Grèce exprime ses voeux sur des questions qui pourraient intéresser sa frontière? En second lieu, le Congrès trouve-t-il utile de provoquer sur divers points les explications du Cabinet d'Athènes?

Le Prince de Bismarck fait remarquer qu'en réalité la différence pratique entre les deux opinions se manifestera surtout quand il s'agira de déterminer le moment où les Représentants Grecs seront entendus. Ce sera alors, à son avis, le scrutin décisif. Actuellement il s'agit de savoir en général, s'ils seront admis, et c'est dans cet ordre d'idées qu'il demande de nouveau si MM. les Plénipotentiaires Ottomans votent pour la rédaction française ou anglaise.

Les Plénipotentiaires Ottomans déclarent s'abstenir.

Le Prince de Bismarck, comme Plénipotentiaire d'Allemagne, vote pour la rédaction française.

S. A. S. constate ensuite que les voix sont partagées en nombre égal. L'amendement anglais n'a donc pas eu la majorité, et le résultat du premier scrutin adoptant la rédaction française demeure acquis.

Le Président demande si le Congrès entend décider aujourd'hui ou dans une réunion prochaine à quelle séance le Représentant Grec sera admis.

Sur la suggestion du Comte Corti, le Président fait remarquer que l'invitation ne doit être faite qu'à la demande d'un des membres du Congrès formulée dans la séance précédente et adoptée par un vote de la haute assemblée.

M. Waddington estime qu'il y aurait lieu d'attendre que la question de Bulgarie fût décidée et en tout cas de ne pas statuer aujourd'hui.

Le Comte Andrássy ne regarde pas en effet comme indispensable de fixer ce jour dès à présent.

M. Desprez fait observer d'ailleurs, que le projet comporte deux hypothèses: la discussion relative aux provinces limitrophes dans laquelle, d'après la proposition française, la présence du représentant grec est jugée nécessaire par le Congrès, et les autres délibérations, où la haute assemblée se réserve la faculté d'appeler, s'il y a lieu, ce représentant dans son sein.

Le Prince de Bismarck rappelant que, dans sa pensée, le Plénipotentiaire grec ne doit être invité qu'aux séances où le Congrès désirerait l'entendre, constate qu'en ce moment aucun des membres de l'assemblée ne fait une proposition en ce sens. S. A. S. croit donc préférable, dans l'état actuel des travaux, où il y a lieu d'espérer sur la question Bulgare le rapprochement des opinions divergentes, de ne pas introduire un élément nouveau qui pourrait augmenter les difficultés de

l'entente. Il pense que le Congrès n'émettra sur ce point aucun vote aujourd'hui et réservera son sentiment jusqu'au moment où il sera question des institutions à donner à la Bulgarie du Sud. S. A. S. ajoute que l'ordre du jour est épuisé.

Le Comte Schouvalow, tout en exprimant l'espoir que ses collègues d'Autriche-Hongrie, de la Grande Bretagne et de Russie seront prêts à discuter la question Bulgare dans la prochaine séance fixée précédemment à Vendredi 21, pense, qu'eu égard aux communications échangées entre les Gouvernements, il serait peut-être préférable de remettre la séance à Samedi. Le Président, après avoir pris l'avis du Congrès, accepte la date de Samedi 22, en se réservant, s'il y a lieu, de convoquer l'assemblée pour Vendredi.

Le séance est levée à 4 heures.

Protocole N°. 4.

Séance du 22 Juin 1878.

Mr. d'Oubril exprime de le part du Prince Gortchacow le regret de S. A. S. de ne pouvoir eu égard à l'état de sa santé assister à la séance de ce jour.

Le Président répond que le Congrès regrette l'absence du Prince Gortchacow et forme des voeux pour le prompt rétablissement de M. le Premier Plénipotentiaire de Russie.

Le Président après avoir donné lecture de la liste des pétitions adressées au Congrès depuis le dernière séance, annonce que l'ordre du jour appelle la discussion de la question de Bulgarie sur les points traités dans l'article VI du Traité de San Stefano et de la proposition anglaise consignée dans le 2e protocole du Congrès. S. A. S. prie les Représentants des Puissances qui ont recherché un accord dans des conférences particulières, de faire connaître le résultat de leurs entretiens.

Lord Salisbury donne lecture du document suivant qui contient le développement des propositions anglaises et qu'il soumet à l'approbation de la haute Assemblée:

„Admission de la frontière des Balcans pour la Principauté de Bulgarie; la province au sud des Balcans assumerait le nom de Roumélie orientale.

L'incorporation du Sandjak de Sophia avec rectification stratégique des frontières dans la Principauté serait consentie, soit contre le maintien de Varna dans les mains des Turcs, soit contre l'exclusion des bassins du Mesta Karasou et Strouma Karasou de la Roumélie orientale. La Roumélie orientale sera placée sous l'autorité politique et militaire directe du Sultan qui l'exercera dans les conditions suivantes:

Il aura le droit de pourvoir à la défense des frontières de terre et de mer de la province, de pouvoir y tenir des troupes et de les y fortifier.

L'ordre intérieur sera maintenu par la milice dont les officiers seront nommés par le Sultan qui tiendra compte de la religion de la population.

Le Gouverneur général aura le droit d'appeler les troupes ottomanes dans le cas où la sécurité intérieure ou extérieure se trouverait menaçée.

La frontière occidentale reste à préciser. Depuis l'endroit où la

frontière occidentale coupe la frontière méridionale de la Conférence. la frontière méridionale de la Roumélie orientale suivra le tracé de cette dernière jusqu'à la montagne de Kruchevo, puis le tracé de San Stefano presque jusqu'à Mustafa Pacha. De ce point une frontière naturelle ira jusqu'à la Mer Noire à un point à préciser entre Sizéboli et Agathopoli. Le tracé des frontières se fera par une commission Européenne à l'exception des deux points touchant à la Mer Noire qui ne sont pas encore arrangés."

Le Président ayant demandé aux Plénipotentiaires de Russie s'ils adhèrent aux principes résumés par Lord Salisbury, le Comte Schouvalow expose que les Plénipotentiaires de Russie ont présenté deux amendements qui, dans leur pensée, n'altèrent pas, en principe, les modifications proposées par la Grande Bretagne au Traité de San Stefano mais qui, cependant, malgré leur modération, n'ont pas été accueillies par leurs Collègues Anglais. Revenant sur l'ensemble des pourparlers qui se sont poursuivis depuis quelques jours, S. E. constate que les Plénipotentiaires de Russie ont accepté le partage de la Bulgarie par la ligne des Balkans malgré les objections sérieuses que présente cette division nuisible sous beaucoup de rapports, — la substitution du nom de Roumélie orientale à celui de Bulgarie du sud, tout en se réservant sur ce dernier point, concédé par eux à regret, toute liberté de discussion ultérieure au Congrès; on a considéré le maintien du mot Bulgarie comme un drapeau, comme un appoint à des aspirations dangereuses; c'est avec peine qu'ils ont, pour ainsi dire, démarqué une partie de la population d'un nom qui lui appartient. Ils ont également consenti à éloigner de la Mer Egée les limites de la nouvelle province. On a craint que la Bulgarie ne devienne une Puissance navale. Ces craintes leur paraissent illusoires, mais ils ont consenti néanmoins à ce changement de frontières. Ils ont de plus admis sur la frontières occidentale de la Bulgarie une rectification qu'ils considèrent comme une mutilation puisqu'elle divise des populations Bulgares compactes. Cela était demandé en vue de certaines considérations stratégiques et commerciales qui ne concernaient pas la Bulgarie et lui étaient plutôt préjudiciables. Ils ont consenti à rectifier les frontières méridionales vers la Mer Noire, en abandonnant ainsi les limites tracées par le Traité de San Stefano et en reculant même celles de la Conférence de Constantinople. Enfin, ils ont donné au Sultan la garde des frontières de la Roumélie orientale. Aux yeux du Comte Schouvalow, les demandes qui lui ont été proposées avaient en réalité pour objet de protéger le fort contre le faible, de protéger l'Empire Ottoman dont les armées, avec un courage auquel S. E. se plaît à rendre hommage, ont résisté pendant de longs mois à l'armée russe, contre les agressions éventuelles d'une province qui ne compte pas encore un seul soldat. Quoiqu'il en soit, les Plénipotentiaires Russes les ont acceptées; mais à leur tour, ils se croient en droit de demander que le faible soit défendu contre le fort, et tel est le but des deux amendements qu'ils ont présentés et dont voici le texte:

„Les Plénipotentiaires de Russie sont autorisés à accepter les points suivants:

1. Le Sultan aura le droit de pourvoir à la défense des frontières de terre et de mer de la province, et celui de pouvoir y tenir des troupes et de les y fortifier.

2. L'ordre intérieur de la Roumélie Orientale sera maintenu par des milices, dont les officiers seront nommés par le Sultan, qui tiendra compte de la religion de la population.

Les Plénipotentiaires de Russie pensent toutefois que le principe sur lequel on est d'accord, que l'intérieur de la Roumélie Orientale ne

soit occupé que par des milices indigènes, — devrait être sauvegardé. Il ne pourrait l'être, selon leur opinion, que si une Commission Européenne était chargée de fixer les points que le Gouvernement Ottoman pourrait occuper sur ses frontières et la force approximative de ces occupations.

Les Plénipotentiaires de Russie sont également autorisés à accepter le point relatif au droit du Gouverneur général d'appeler des troupes Ottomanes dans les cas où la sécurité intérieure ou extérieure se trouverait menacée.

Mais ils croient nécessaire de ne point se départir du principe que le Congrès statue sur les cas et le mode de l'entrée des troupes Ottomanes dans la Roumélie Orientale. Ils demandent en conséquence que le Congrès discute cette éventualité, car si elle se présentait, elle serait un sujet d'alarmes pour l'Europe. Ils croient utile que le futur Gouverneur général reconnaisse l'importance d'une pareille mesure et qu'il sache qu'elle a été l'objet de la sollicitude de l'Europe." —

Le Comte Schouvalow ajoute que ces réserves ne changent en rien les principes admis par les Plénipotentiaires de Grande Bretagne; mais considérant que les institutions autonomes et garanties auxquelles ses Collègues d'Angleterre ont fait allusion ne sauraient, en réalité, préserver la Province Bulgare contre les excès de la soldatesque, des institutions seules, quelque bonnes qu'elles soient n'ayant jamais garanti un peuple lorsque ces institutions restaient à la garde d'une force militaire dont l'intérêt national n'était pas de les maintenir et de les sauvegarder, S. E. insiste pour l'adoption de mesures de précaution, très modérées d'ailleurs, et espère qu'elles obtiendront le suffrage de l'Europe.

Lord Beaconsfield pense que le Congrès doit être satisfait du résultat des délibérations particulières qui viennent d'avoir lieu et de l'état où la question se trouve actuellement. Il demeure, en effet, établi, d'un assentiment unanime, que le Sultan, comme membre du Corps politique de l'Europe, doit jouir d'une position qui lui assure le respect de ses droits souverains. Ce point est obtenu par les deux résolutions soumises au Congrès par Lord Salisbury et qui donnent au Sultan

1° une frontière réelle,

2° un pouvoir militaire et politique suffisant pour qu'il soit en mesure de maintenir son autorité et de protéger la vie et les biens de ses sujets. S. E. craint que les amendements présentés par MM. les Plénipotentiaires de Russie n'atténuent la portée de ces deux résolutions. Il regarde d'abord l'institution d'une Commission Européenne comme une atteinte évidente portée au droit du souverain. Le pouvoir du Sultan ne saurait être respecté si le Gouvernement Ottoman se trouvait entravé dans la défense éventuelle de sa frontière. En outre, les points stratégiques qui seraient fixés par une Commission Européenne ne pourraient être durables, eu égard aux modifications qui se produisent sans cesse dans la portée des armes de guerre. S. E. espère vivement que le Congrès ne sanctionnera pas cette proposition des Plénipotentiaires Russes. Quant au second amendement, S. E. le regarde comme encore plus difficile à admettre que le premier, et ne comprendrait point qu'un gouverneur général, au fond seul juge compétent des circonstances, ne pût invoquer au besoin le concours des troupes que d'après des règles tracées d'avance par le Congrès.

Le Comte Andrássy, invité par le Président à faire connaître son sentiment, se borne à rappeler que le Gouvernement Austro-Hongrois a uniquement en vue la création d'un état de choses qui donne le plus de chance possible de durée et de stabilité. Dans cet ordre d'idées, il juge la proposition anglaise suffisante et l'accepte en gardant

la faculté d'apprécier, s'il y a lieu, dans une discussion ultérieure les amendements des Plénipotentiaires de Russie.

Le Comte Schouvalow répondant aux observations de Lord Beaconsfield relatives aux restrictions qui seraient apportées au pouvoir politique et militaire du Sultan, exprime la pensée que la situation de la province dont il s'agit étant anormale, elle ne pourrait être réglée d'après des principes absolus. S. E. maintient que les précautions demandées par les Plénipotentiaires Russes ne sauraient pas plus que l'institution de la milice, déjà admise, porter atteinte à la dignité du Gouvernement Ottoman. Ce que le Gouvernement Russe désire seulement, c'est de trouver une solution qui empêche le retour des excès dont la Bulgarie a été le théâtre, et le Comte Schouvalow pense que le devoir de l'Europe est d'empêcher que cette province ne devienne le théâtre de répressailles.

Le Président ayant demandé son sentiment à Carathéodory Pacha, le Premier Plénipotentiaire de Turquie déclare que cette proposition est présentée pour la première fois et qu'il désirerait se réserver de faire entendre plus tard ses observations.

Le Prince de Bismarck fait remarquer que le Congrès est prêt à écouter aujourd'hui les considérations de M. le Plénipotentiaire Ottoman. S. A. S. croit devoir ajouter qu'il ne peut pas être dans l'intérêt de la Sublime Porte de créer des difficultés au progrès de discussions qui, dans l'intention de la haute assemblée, pourraient rendre à l'autorité du Sultan des contrées auxquelles la Turquie avait renoncé par le Traité de San Stefano. Tous les Gouvernements participent à ces délibérations dans l'intérêt de la paix générale: l'opinion publique de l'Europe, qui veut la paix, sera reconnaissante aux Puissances qui auront contribué à l'assurer, mais verrait avec regret que cette tâche fût rendue plus difficile au Congrès. S. A. S. croit exprimer la pensée des Puissances neutres et désintéressées en se déclarant contraire à toute proposition qui serait de nature à ralentir les travaux de la haute assemblée. Le Prince de Bismarck espère que dès aujourd'hui l'accord se fera sur les propositions anglaises et qu'on pourra les adopter en principe sauf examen subséquent des amendements Russes.

Carathéodory Pacha dit que son but en effet est de faciliter la tâche du Congrès et qu'il est reconnaissant à S. A. S. de son désir de hâter une solution. Il voudrait simplement rappeler que les Bulgares sont depuis plusieurs siècles de fidèles et tranquilles sujets de l'Empire. L'agitation ne s'est manifestée parmi eux que depuis quelques années, à la suite de certains différends religieux. La Porte a fait son possible pour atténuer les difficultés qui avaient surgi. Sous le rapport matériel, de grands progrès ont été réalisés dans les provinces Bulgares, des chemins de fer y ont été établis, l'agriculture s'y est développée, et la bonne harmonie entre les divers groupes de population s'était maintenue jusqu'à ces derniers temps.

Mehemed Ali Pacha ajoute qu'à son avis, contrairement à l'opinion émise par le Comte Schouvalow, ce n'est pas la milice locale, mais la gendarmerie qui doit être chargée de sauvegarder la tranquillité publique. S. E. propose que désormais l'élément chrétien soit admis dans la gendarmerie avec des conditions satisfaisantes pour l'avancement des sous-officiers et officiers. D'autre part, la restriction opposée au droit de garnison dans le pays serait, aux yeux des populations, tout à fait regrettable: l'armée régulière Ottomane a toujours exactement fait son devoir.

Le Comte Schouvalow répond que la mission de la gendarmerie n'est pas la même que celle de la milice. La première est chargée du

maintien de l'ordre et de la sécurité: la seconde est appelée à faire le service de l'armée régulière. S. E. comprend d'ailleurs que la milice serait une force Ottomane et non pas une force Turque.

Mehemed Ali Pacha objecte que cette milice composée de Chrétiens et de Musulmans n'aura pas la même homogénéité que l'armée régulière. Il craint que cette formation ne trouble les institutions militaires de l'Empire.

Lord Salisbury demande si dans les autres Etats Européens il existe une milice dans le sens attribué à ce terme en Angleterre?

Le Prince de Bismarck pense que la landwehr en Allemagne, l'armée territoriale en France peuvent être considérées comme une milice. Sans être certain du véritable sens de ce mot en français, S. A. S. regarde comme milice une troupe qui, dans l'état régulier, est dans ses foyers et qui n'est assemblée, dans des circonstances extraordinaires, que sur un ordre exprès du souverain. La milice dont il est question ici serait une troupe sédentaire et territoriale, organisée surtout pour éviter le contact de l'armée régulière turque avec la population chrétienne. Selon l'avis du Prince de Bismarck, la condition faite aux Chrétiens dans l'armée Turque n'est pas de nature à encourager leur engagement: l'armée régulière gardera, par la force des choses, toujours un caractère essentiellement musulman. La milice sera, en temps de paix, une troupe destinée à garantir la tranquillité publique; elle pourra, en temps de guerre, renforcer l'armée du Sultan.

S. A. S. croit de son devoir d'ajouter que dans cette question, il ne peut, comme Plénipotentiaire Allemand, demeurer tout à fait neutre. Les instructions qu'il a reçues de l'Empereur, son auguste maître, avant l'ouverture du Congrès, lui prescrivent de contribuer à maintenir aux chrétiens au moins le degré de protection que la Conférence de Constantinople avait voulu leur assurer, et de ne consentir à aucun arrangement qui atténuerait les résultats obtenus pour cet important objet. Il est d'avis d'éviter les cantonnements des troupes musulmanes partout où il y a différence de religion: il admet les villes de garnison, mais repousse l'établissement de l'armée en rase campagne où les fonctions militaires en temps de paix lui paraissent devoir être réservées à la milice. S. A. S. accueille donc avec sympathie les amendements Russes et regretterait qu'ils fûssent repoussés, craignant, s'ils n'étaient point admis, le renouvellement, dans un temps plus ou moins rapproché, des incidents qui ont failli compromettre la paix du monde. Le second amendement ne serait d'ailleurs qu'un avertissement à donner à la Porte; le Prince de Bismarck croit qu'il y a au surplus des dispositions analogues dans les institutions du Liban et dans le régime de Colonies Anglaises.

Le Président, en revenant à l'ordre du jour, propose ensuite que la haute assemblée commence par constater son accord sur les principes indiqués par l'Angleterre dans la seconde séance (Protocole 2, page 139), en réservant la faculté d'y introduire les détails de rédaction sur lesquels les Représentants des Puissances plus spécialement intéressées se sont entendus. Le Congrès pourrait, en second lieu, prononcer son adhésion au texte dont Lord Salisbury vient de donner lecture dans la séance d'aujourd'hui, et charger un de ses membres, M. Waddington, de préparer une rédaction qui mettrait d'accord la fin de ce même texte avec les amendements de la Russie.

Après un échange d'idées entre les Plénipotentiaires de Grande Bretagne, d'Autriche-Hongrie et de Russie, cette procédure est approuvée, et le Président donne lecture du texte de la proposition Anglaise contenue dans le Protocole 2 page 137, en faisant remarquer que l'acces-

sion du Sandjak de Sophia à la Bulgarie autonome demeure entendue, conformément à l'accord établi précédemment entre les représentants d'Autriche-Hongrie, de Grande Bretagne et de Russie.

Le Congrès adopte à l'unanimité les principes posés dans les numéros 1 et 2 de la proposition anglaise.

Le Président passe ensuite à la lecture du texte lu par Lord Salisbury dans la présente séance, en avertissant qu'il s'arrêtera dès qu'une objection constatera que la haute assemblée a cessé d'être unanime.

En lisant le second alinéa, S. A. S. constate qu'en présence de l'alternative posée dans ce passage, les Représentants de la Russie ont choisi l'accession de Varna à la Bulgarie autonome.

Lord Salisbury déclare que dans les pourparlers qui ont eu lieu entre les Plénipotentiaires Anglais et Russes, il a proposé de laisser Varna à la Roumélie, mais que ses collègues Russes n'ont pas cru pouvoir y adhérer. Les Plénipotentiaires de Russie constatent en effet que l'échange du Sandjak de Sophia contre Varna est écarté par leur gouvernement, mais qu'ils admettent la combinaison de l'échange du Sandjak de Sophia contre une rectification de la frontière occidentale.

Le Président continue la lecture jusqu'aux mots „les y fortifier“.

Le Comte Schouvalow ayant fait remarquer que c'est relativement à ce point que les Plénipotentiaires Russes ont proposé l'établissement d'une Commission Européenne, le Président demande à S. E. s'il insiste pour l'insertion de l'amendement ou bien s'il consent à accepter le document anglais, en attendant la rédaction d'un nouveau texte qui doit être préparé pour tenir compte des amendements.

Le Comte Schouvalow y consentirait, mais en subordonnant son assentiment au droit de revenir ensuite à ses amendements. Car s'ils étaient rejetés, il devrait d'abord en référer à son Gouvernement.

Le Président déclare qu'en effet il est entendu qu'on reviendra à l'amendement dans la prochaine séance en discutant la nouvelle rédaction qui doit être préparée par M. Waddington.

La haute assemblée étant unanimement d'avis que l'acceptation du texte anglais ne préjuge point l'amendement Russe, le Comte Schouvalow adhère au paragraphe qu'on vient de lire, mais sous les réserves formelles qu'il a précédemment formulées; une adhésion définitive excéderait, en effet, ses pleinspouvoirs.

Le Président considère comme accepté le texte dont il a donné lecture jusqu'aux mots „les y fortifier“ et continue de lire jusqu'au mot „menacée“. S. A. S. fait observer qu'ici se placerait le second amendement Russe qui ne lui paraît d'ailleurs offrir aucune difficulté en principe. Il fait appel à M. le Premier Plénipotentiaire de France pour une rédaction qui permette tout à la fois de maintenir le vote actuel et de satisfaire au désir exprimé par les amendements du Comte Schouvalow.

En terminant, et après avoir recueilli l'assentiment de la haute assemblée, le Prince de Bismarck déclare que le vote donné par le Congrès sur le dernier document qu'il vient de lire, combiné avec le vote définitif des premières propositions anglaises consignées dans le protocole 2, constitue un sensible progrès dans la marche générale des travaux.

M. Waddington dit qu'en acceptant la tâche que le Congrès lui confie, il désire bien constater qu'il ne l'accepte que comme une mission de conciliation. En présence de l'entente établie sur les points principaux, il ne s'agit que d'un travail destiné à faciliter l'oeuvre du Congrès, et c'est à ce titre qu'il consent à s'en charger sans engager quant à présent l'opinion de son Gouvernement.

Le **Président** consulte le Congrès sur l'ordre du jour de la séance prochaine fixée à Lundi 24 Juin. La proposition du **Comte Andrássy** de suivre en ce moment l'ordre des paragraphes du traité de San Stefano relatifs aux affaires de Bulgarie étant acceptée, S. A. S. annonce qu'après la discussion du travail de rédaction préparé par M. Waddington, l'ordre du jour portera les articles 7 et 8 du traité.

PROTOCOLE N° 5.

Séance du 24 Juin 1878.

Mr. l'Ambassadeur de Russie présente à la haute assemblée les excuses du Prince Gortschacow que l'état de sa santé empêche d'assister à la séance de ce jour.

Le protocole N° 4 est adopté.

Lord **Salisbury** fait observer que dans la pensée du gouvernement anglais et sans engager l'opinion du Congrès, les mots „le Sandjak de Sophia avec rectification stratégique des frontières", veulent dire cette partie du Sandjak de Sophia qui se trouve dans le bassin de la rivière Iskra.

Le Comte **Schouvalow** ne peut en ce moment discuter ce point, mais se borne à rappeler que Lord Salisbury a déclaré que son opinion à cet égard n'engageait en rient celle du Congrès.

Le **Président** donne ensuite lecture de la liste des pétitions N° 4. S. A. S. ajoute que le ministre des affaires étrangères de Grèce lui a demandé un entretien: en répondant à M. Delyannis, le Prince de Bismarck ne croit pas devoir passer sous silence la résolution prise par le Congrès au sujet de la représentation de la Grèce.

M. **Desprez** pense en effet que le Gouvernement Grec doit être informé dès à présent de la décision de la haute assemblée afin de pouvoir désigner son représentant.

Cet avis ayant réuni l'assentiment général, le **Congrès** aborde son ordre du jour qui est la suite de la discussion de l'article VI du Traité de San Stefano et l'examen de la rédaction qui doit être présentée par M. Waddington.

M. **Waddington** fait savoir qu'il s'est entretenu à ce sujet avec les Plénipotentiaires Anglais, mais n'a pu avoir encore de conférence avec ses collègues de Russie. S. E. ne saurait donc soumettre au Congrès une rédaction définitive et demande l'ajournement de cette discussion à la prochaine séance.

Le **Président** dit qu'en effet la tâche entreprise par M. le Premier Plénipotentiaire de France est assez ardue pour qu'un ajournement soit nécessaire et ne diminue en rien la reconnaissance du Congrès pour les efforts de M. Waddington. Cette discussion sera donc portée au prochain ordre du jour.

M. **Waddington** donne lecture de deux articles additionnels proposées par les Plénipotentiaires de France et dont voici le texte:

1er Article. „Tous les sujets Bulgares, quelle que soit leur religion, jouiront d'une complète égalité de droits. Ils pourront concourir à tous les emplois publics, fonctions et honneurs, et la différence de croyance ne pourra leur être opposée comme un motif d'exclusion.

L'exercice et la pratique extérieure de tous les cultes seront entièrement libres et aucune entrave ne pourra être apportée soit à

l'organisation hiérarchique des différentes communions, soit à leurs rapports avec leurs chefs spirituels."

2e Article. „Une pleine et entière liberté est assurée aux religieux et évêques catholiques étrangers pour l'exercice de leur culte en Bulgarie et dans la Roumélie Orientale. Ils seront maintenus dans l'exercice de leurs droits et privilèges, et leurs propriétés seront respectées."

Le Président dit que ces deux propositions seront imprimées, distribuées et placées à un ordre du jour ultérieur.

Après un échange d'observations entre le Comte Schouvalow et M. Waddington sur la portée des deux propositions de M. le Premier Plénipotentiaire de France, il demeure entendu que la première s'applique à la Bulgarie et l'autre à la Bulgarie et à la Roumélie orientale ensemble.

Le Comte Corti, au nom des Plénipotentiaires d'Autriche-Hongrie, de France et d'Italie, lit la proposition suivante d'un autre article additionel:

„Les Plénipotentiaires d'Autriche-Hongrie, de France et d'Italie proposent d'ajouter aux stipulations relatives à la Bulgarie ce qui suit:

Les traités de Commerce et de navigation ainsi que toutes les conventions et arrangements internationaux conclus avec la Porte tels qu'ils sont en vigueur aujourd'hui seront maintenus en Bulgarie et dans la Roumélie orientale et aucun changement n'y sera apportée vis-à-vis d'aucune Puissance avant qu'elle n'y donne son consentement.

Aucun droit de transit ne sera prélevé en Bulgarie et dans la Roumélie orientale sur les marchandises traversant ce pays.

Les nationaux et le commerce de toutes les Puissances y seront traités sur le pied d'une parfaite égalité.

Les immunités et priviléges des sujets étrangers ainsi que la juridiction et le droit de protection consulaires, tels qu'ils ont été établis par les capitulations et usages, resteront en pleine vigueur."

La proposition des Plénipotentiaires d'Autriche-Hongrie, de France et d'Italie sera également imprimée et distribuée.

Lord Salisbury ayant demandé que cette proposition ne soit discutée que dans une séance ultérieure, et le Comte Corti ayant donné son assentiment, le Prince de Bismarck pense qu'en effet l'on doit terminer d'abord les questions qui peuvent amener un désaccord entre les Cabinets — quant à celles qui visent un progrès dans la civilisation, et contre lesquelles nul cabinet n'aura sans doute d'objection en principe, il pense que les auteurs des propositions dont il s'agit doivent être laissés libres d'indiquer le moment qui leur paraîtra le plus convenable pour les introduire devant la haute Assemblée.

L'examen des propositions qui viennent d'être lues demeure donc reservé.

Carathéodory Pacha lit ensuite une proposition relative à l'organisation de la Bulgarie au point de vue financier et qui se rapporte à l'article IX du Traité de San Stefano:

„Indépendamment du tribut, la Principauté de Bulgarie supportera une part des dettes de l'Empire proportionelle à ses revenus."

Le Président dit que cette proposition sera de même imprimée et distribuée.

S. A. S. croit qu'on peut s'écarter aujourd'hui de l'article VI, auquel on reviendra plus tard quand il s'agira de discuter la rédaction préparée par M. Waddington, et procède à la lecture de l'article VII.

Sur le Premier alinéa ainsi conçu:

„Le Prince de Bulgarie sera librement élu par la population, et confirmé par la S. Porte avec l'assentiment des Puissances".

Lord Salisbury relève le mot „assentiment des Puissances“ et demande s'il s'agit de l'assentiment unanime des Puissances ou seulement de la majorité?

Le Comte Schouvalow invoque le Principe d'après lequel le Congrès n'est pas obligé par la majorité mais uniquement par l'unanimité de ses membres. Si donc les Puissances ne sont pas d'accord sur le choix du personnage qui serait élu Prince de Bulgarie, l'élection ne serait pas valable.

Lord Salisbury ayant fait observer qu'alors la Bulgarie se trouverait sans gouvernement, le Comte Schouvalow dit qu'il ne peut répondre des éventualités de l'avenir et qu'il doit se borner à affirmer que la Bulgarie ne deviendrait pas une annexe russe.

Lord Salisbury insiste sur la crainte de voir, dans cette hypothèse le pays livré à l'anarchie.

Le Prince de Bismarck dit que des difficultés analogues pourraient aussi bien se présenter dans toutes les autres éventualités prévues par l'article VII. S. A. S. pense que le Congrès est hors d'état de remédier à tous ces dangers: si les populations Bulgares, par mauvaise volonté ou inaptitude naturelle, ne peuvent entrer dans l'exercice de leurs nouvelles institutions, l'Europe en effet devra aviser, mais plus tard et quand le moment sera venu. Pour aujourd'hui, le Congrès, selon l'avis de S. A. S., devrait se borner à amener la bonne entente entre les Puissances sur les questions de principe, à écarter du traité de San Stefano les stipulations qui pourraient créer un danger pour le maintien de la paix en Europe. Ce serait étendre la tâche du Congrès au delà de ses limites, que de viser des questions éventuelles touchant le sort futur de la Bulgarie qui n'intéresse l'Allemagne et, sans doute, quelques unes des Puissances représentées ici, qu'au point de vue de la paix générale.

Lord Salisbury tient à constater que l'Angleterre n'est pas responsable des difficultés qui pourront se produire dans l'avenir. Il demande que le mot de „majorité des Puissances“ soit substitué à celui de „l'assentiment“.

Le Comte Schouvalow regrette les inquiétudes manifestées par son collègue d'Angleterre. Il ajoute que Lord Salisbury paraît supposer chez le Gouvernement Impérial l'intention de réserver son assentiment dans le but de maintenir plus longtemps l'administration des Commissaires Russes. Ne luit serait-il pas permis, à son tour, de s'inquiéter des intentions de l'Angleterre et de lui prêter — ce qu'il est loin de faire d'ailleurs — le désir de ne pas donner son assentiment en vue d'empêcher l'élection du Prince? Le mot „d'assentiment“ inséré dans l'article paraît à S. E. une garantie pour l'Europe contre toute pensée d'influence spéciale exercée par la Russie. D'autre part le principe de la majorité en Congrès ne lui semble pas compatible avec la dignité de la Russie et d'Angleterre. S. E. répète que son gouvernement ne patronne aucun candidat, n'en a aucun en vue, serait même fort embarrassé de répondre aux questions qui lui seraient posées sur une candidature quelconque et désire seulement l'entière liberté de l'élection.

Le Président ayant demandé à Lord Salisbury s'il insiste sur sa proposition, M. le Plénipotentiaire d'Angleterre répond qu'il a cru de son devoir de la faire, mais que si elle n'est pas accueillie, il lui suffira qu'elle soit indiquée au Protocole.

Le Prince de Bismarck sollicite l'opinion du Congrès sur la suppression des mots „assentiment des Puissances“.

Le Comte Andrássy voudrait espérer qu'il a rencontré une solution pratique dans la proposition qu'il demande à soumettre au Congrès.

S. E. est, d'un côté, frappé avec Lord Salisbury du danger de laisser éventuellement la Bulgarie sans Prince: mais, d'un autre côté, le Premier Plénipotentiaire d'Autriche-Hongrie croit avec le Comte Schouvalow que la suppression de l'assentiment des Puissances diminuerait la garantie de l'Europe. Il regarde également que le principe de la majorité serait difficile à mettre en patrique. L'essentiel, à ses yeux, est de bien établir que dans les cas de non-réussite de l'élection, les intérêts européens doivent être représentés dans ces contrées aussi bien que les intérêts russes. C'est dans ce but qu'il a rédigé la motion dont il donne lecture:

„Considérant qu'à la suite d'un commun accord, la commission russo-turque qui, en vertu de l'article VI du traité préliminaire de San Stefano, aurait eu à tracer les frontières définitives de la Principauté bulgare, sera remplacée par une commission européenne, et que, dans la pensée de tous les gouvernements représentés au Congrès, cette substitution offre un mode pratique pour concilier la divergence éventuelle des intérèts respectifs;

Considérant, d'autre part, qu'il a été constaté que l'amélioration du sort des chrétiens dans la presqu'île des Balkans est un but commun à toutes les Puissances, je ne crois pas qu'il soit besoin d'appuyer par d'autres motifs encore la proposition suivante que j'ai l'honneur de soumettre à l'appréciation de la haute assemblée, à savoir: que le Congrès veuille bien admettre en principe que les fonctions assignées, par différents articles du traité préliminaire concernant la Bulgarie, à des commissions ou à des commissaires russes, ou russes et ottomans, soient transférées à des commissions ou à des commissaires européens.

Si ce principe est admis, je pense que nous pourrions confier à la sous-commission qui sera probablement chargée de la rédaction définitive du résultat de nos travaux, le soin d'introduire dans le texte des articles respectifs les modifications nécessaires."

Le Comte Schouvalow croit que le Comte Andrássy préjuge dans le document qu'il vient de lire une question non encore discutée, celle des Commissions Européennes. Jusqu'à présent on n'a admis que des Commissions de délimitation et non de gouvernement. En tout cas, se référant à la procédure adoptée par le Congrès, il déclare ne pouvoir discuter en ce moment une proposition dont il n'a pu étudier les termes et demande le renvoi à la séance prochaine. S. E. fait remarquer incidemment que, d'après ses entretiens avec ses collègues anglais, il supposait que leur attention serait plutôt portée sur la Roumélie que sur la Bulgarie autonome du moment qu'il était, d'ailleurs, bien entendu que cette dernière province ne deviendrait pas une annexe de la Russie.

Le Comte Andrássy n'a pas d'objection contre le renvoi à la séance prochaine, pourvu que sa proposition soit insérée au Protocole de la présente séance.

Le Président fait observer, en vue de diminuer la tâche du Congrès que, dès l'origine des délibérations, la haute Assemblée s'est trouvée en présence de deux procédés: 1° une révision du Traité de San Stefano dans sa totalité, aboutissant à modifier les dispositions qui peuvent porter préjudice à la paix de l'Europe. 2° la rédaction d'un nouveau traité où se trouveraient recueillis les résultats des délibérations du Congrès et qui lierait les deux parties contractantes du Traité de San Stefano puisque l'une et l'autre figureraient dans les signataires de ce nouvel instrument diplomatique. S. A. S. incline vers cette dernière combinaison car il y a dans le Traité de San Stefano beaucoup de choses qui n'intéressent que la Turquie et la Russie et auxquelles il est inutile de donner le caractère européen. Un nouveau traité dans lequel

entreraient seulement les dispositions qui dérogent à celles de San Stefano lui paraitrait plus simple et plus pratique. Le travail serait ainsi abrégé, puisque beaucoup d'articles du Traité de San Stefano ne seraient point discutés par le Congrès. Ne vaudrait-il pas mieux, pour éviter des discussions académiques, passer sous silence les articles de cette convention qui n'affectent pas les intérêts de l'Europe, laisser de côté les questions qui n'ont pas une actualité urgente ou les réserver. s'il y a lieu, pour des entretiens particuliers entre les Puissances qui y prennent un intérêt spécial.

Lord Salisbury accepte la proposition de réserver les questions les moins urgentes pour des entretiens particuliers entre les Puissances intéressées et n'objecte pas à ce que le Président continue la lecture.

Le Prince de Bismarck y consent, mais en ajoutant qu'il ne faudrait pas conclure que le silence du Congrès sur des articles qui ne le concernant pas, transformerait des stipulations purement Russo-Turques en stipulations européennes. Ce seraient, au contraire, seulement les passages discutés qui devraint prendre place dans le traité futur consenti par toute l'Europe.

S. A. S. continue la lecture de l'article VII. Le 3e alinéa demeure réservé jusqu'à la discussion de la proposition du Comte Andrássy, et le Comte Schouvalow ayant indiqué que la désignation de Philippopoli pour la réunion des assemblées de notables n'avait de sens que pour la Bulgarie constituée par le Traité de San Stefano, il est donné acte à S. E. de cette déclaration.

Le 4e alinéa ayant paru au Comte Andrássy en connexité avec les divers amendements proposés, le Comte Schouvalow fait remarqur que les dispositions de cet alinéa se rapportent à la loi électorale et non pas aux objets visés par les amendements tels que l'égalité devant la loi ou la liberté des cultes, et M. Waddington pense en effet que la liberté des cultes doit être l'objet d'un article additionnel.

Le Président, après avoir terminé sa lecture de l'article VII, dit que ces stipulations ayant été faites pour la Bulgarie telle qu'elle était définie par le Traité de San Stefano, il regarde de plus en plus comme nécessaire la rédaction d'un nouveau traité.

Le Premier Plénipotentiaire d'Autriche-Hongrie ayant constaté que la proposition qu'il a lue au Congrès ne vise que les alinéas 3 et 5 de l'article VII, le Comte Corti demande s'il est alors entendu que les alinéas 1 et 2 sont adoptés en principe.

Une discussion s'étant engagée sur cette question, il en résulte que les deux premiers et le 4e alinéas de l'article VII sont adoptés, que le 3e et le 5e sont reservés en vue de la proposition austro-hongroise.

Le Président commence à lire l'article VIII. Sur le 2e alinéa relatifs à l'occupation russe, le Premier Plénipotentiaire d'Autriche-Hongrie lit l'amendement suivant:

„Le Gouvernement de S. M. l'Empereur et Roi a été de tout temps pénétré de la conviction que l'oeuvre du Congrès ne saurait être couronnée de succès qu'à la condition que la transition de la guerre à la paix définitive soit aussi courte que possible et que l'état des choses qui succédera à la guerre soit la paix définitive avec tous ses bienfaits.

Partant de cette conviction, les Plénipotentiaires de S. M. Impériale et Royale se voient obligés d'exprimer certaines appréhensions que leur inspirent les dispositions de l'article VIII.

Cet article stipule l'éloignement entier des troupes turques de la Principauté de Bulgarie; il contient en même temps la disposition, qu'après l'évacuation de la Turquie par les troupes russes, jusqu'à l'or-

ganisation complète d'une milice indigène, un corps d'armée russe, ne dépassant pas 50,000 hommes, doit occuper la Bulgarie et que la durée de cette occupation doit être d'environ deux ans.

Nous sommes loin de méconnaître la nécessité qu'il y a de pourvoir au maintien de l'ordre dans la nouvelle Principauté même pendant l'époque de transition entre la conclusion de la paix et l'organisation des pouvoirs civils et militaires indigènes.

Nous sommes persuadés que le Cabinet de St. Pétersbourg ne cherchait, par cette occupation, qu' à tenir compte de cette nécessité et que la mesure en question, ainsi que le Gouvernement Impérial de Russie l'a déclaré lui-même à différentes reprises, n'implique pas d'autres vues.

Aussi le Gouvernement I. et R. ne pense-t-il pas que le Congrès élèverait en principe une objection contre la stipulation, en vertu de laquelle, après l'évacuation de la Bulgarie par l'armée turque, un corps d'armée russe serait chargé provisoirement du maintien de l'ordre.

D'un autre côté, les Plénipotentiaires de S. M. l'Empereur et Roi ne sauraient se cacher les inconvénients qu'il y aurait à faire dépendre l'occupation projetée d'un terme difficile à fixer d'avance tel que l'achèvement de l'organisation de la milice du pays, ou d'un laps de temps aussi éloigné que la durée de deux ans.

Ils craignent qu'une pareille stipulation ne soit difficile à accorder avec les efforts communs des Hautes Puissances signataires pour le prompt rétablissement d'une paix définitive.

Tant que les troupes de la Puissance qui a fait la guerre, séjourneront sur territoire étranger, l'opinion publique ne considérerait pas les évènements de guerre comme entièrement terminès; le crédit public et la prospérité même des pays n'ayant pas pris part à la guerre, resteraient exposées aux oscillations d'un ordre de choses mal défini.

Le droit ayant été réservé à la Turquie d'occuper militairement ses frontièrs des Balkans, on ne saurait perdre de vue que les troupes ci-devant ennemies se trouveraient, même après la conclusion de la paix, placées en face les unes des autres.

La situation de la Roumanie forme également l'objet de nos sérieuses préoccupations. Dans l'article en question il est stipulé pour les troupes Impériales russes, dans le but d'assurer leurs communications, le droit de passage à travers la dite Principauté pendant la durée de l'occupation.

Si la durée de l'occupation restait indéfinie, ou si elle été prolongée à deux ans, cette Principauté se croirait privée de la jouissance de l'indépendance qui lui serait reconnue par l'Europe et s'en ressentirait comme d'une suspension ou limitation de ces droits.

Le Gouvernement I. et R., en égard à toutes ces considérations, croit qu'il serait dans l'intérêt de toutes les parties qu'il soit fixé un terme précis à l'occupation de la Bulgarie. Il lui semble en outre que le Congrès devrait pourvoir à l'éventualité, où à l'expiration de ce terme l'état des provinces en question exigerait encore la présence d'une force armée non indigène.

Le Gouvernement I. et R. a donc l'honneur de proposer que le Congrès veuille décider:

1. La durée de l'occupation de la Principauté de la Bulgarie par les troupes Impériales russes et fixée à six mois à dater de la conclusion de la paix définitive.

2. Le Gouvernement Impérial russe s'engage à terminer dans un délai ultérieur de deux ou trois mois ou plus tôt, si faire se peut, le

passage de ses troupes à travers la Roumanie et l'évacuation complète de cette Principauté.

3. Si, contre toute prévision, à l'expiration du délai de six mois, la présence des troupes auxiliaires étrangères en Bulgarie était, d'un commun accord, jugée nécessaire, les Grandes Puissances fourniraient des contingents dont l'ensemble serait environ de 10 à 15,000 hommes, qui seraient placés sous les ordres de la commission européenne et dont l'entretien sera à la charge du pays occupé."

Le Prince de Bismarck demande si le Congrès est d'avis de discuter aujourd'hui la question soulevée par le Comte Andrássy, et Lord Beaconsfield exprime l'opinion qu'en effet il y a lieu de délibrer séance tenante sur ce point. S. E. accepte l'amendement Austro-Hongrois, le considérant comme sage et prudent, et il est autorisé par son Gouvernement à ajouter dès à présent que l'Angleterre est prête à fournir sa part du contingent indiqué par le Comte Andrássy.

Le Comte Schouvalow se borne à faire trois objections à l'amendement: 1° au point de vue de la rédaction, le texte lu par le Premier Plénipotentiaire d'Autriche-Hongrie lui paraît ne pas tenir compte de la séparation de la Bulgarie par la frontière des Balkans. 2° le terme de six mois réclamé pour terme de l'occupation lui semble beaucoup trop court. 3° une occupation mixte offrirait à ses yeux des inconvénients pratiques. Sans s'arrêter à la première objection, toute de forme, S. E. arrive sur le champ à la seconde et distingue entre la situation de la Roumélie orientale et celle de la Bulgarie. En Roumélie, l'occupation pourrait, à la rigeur, être abrégée à six mois, car en cas de trouble, les milices devraient agir, et si elles étaient insuffisantes, le gouverneur général ferait intervenir les troupes ottomanes. En Bulgarie, au contraire, où ne peut entrer aucune force turque, l'occupation doit être prolongée. Le Comte Schouvalow désire, à ce sujet donner, au Congrès une idée générale de ce qui a été fait en Bulgarie depuis que l'armée russe y est entrée et de ce qui reste à y faire. La Russie s'est efforcée de changer le moins possible les institutions du pays: le feu Prince Tcherkasky avait été frappé de ce que la législation turque répondait aux besoins du pays, seulement les lois et règlements n'étaient pas connus des fonctionnaires qui ne les appliquaient pas. L'administration russe a fait élire un conseil administratif, un conseil municipal, un conseil judiciaire dans chaque caza: les présidents de ces trois conseils forment le noyau des futures assemblées de notables, et pour témoigner de son impartialité, l'administration compte envoyer avec eux à Tirnovo les cadis des districts musulmans pour y préparer la loi électorale. Cette loi faite, on procédera aux élections, puis à la rédaction du statut organique, puis enfin à la nomination du Prince. Toute cette organisation demande du temps, la Russie fera ses efforts pour que les choses marchent très-rapidement, mais enfin il est impossible de laisser la province sans force armée avant qu'un gouvernement régulier y soit installé. La Russie décline la responsabilité d'une évacuation prématurée. Passant ensuite à sa troisième objection, Son Excellence insiste sur les dangers de l'occupation mixte: l'armée russe, accoutumée au pays, connaissant la langue, cantonnée sur place d'ailleurs, peut rendre immédiatement les services qu'on attend d'elles: il n'en serait pas de même d'une force mixte nécessairement inexpérimentée dans les premier temps, qu'il faut le temps de réunir d'ailleurs, au risque de laisser dans l'intervalle l'anarchie se développer. Le Comte Schouvalow regarde en outre comme préfèrables pour le maintien de l'ordre, des troupes conduites par un chef militaire à une armée placée sous les ordres d'une Commission. S. E. redouterait enfin, entre les soldats de ces

troupes mixtes, des collisions dont la plupart seraient peu importantes sans doute, mais dont quelques unes pourraient devenir plus graves et prendre même les proportions d'un incident européen. Enfin il reste encore à savoir si toutes les Puissances agréent à cette proposition de contingent mixte qui demeure en définitive extrêmement coûteuse et compliquée.

Le Prince de Bismarck partage le sentiment du Comte Schouvalow, et verrait avec plaisir que ses observations fussent admises par le Congrès. S. A. S. voit bien des difficultés à l'organisation d'une armée faite de cinq ou six contingents de différentes nationalités. En Bulgarie où l'intervention des troupes turques n'aura pas lieu, et où l'organisation militaire sera fort lente, il y aurait certainement lieu d'admettre une prolongation du terme indiqué par le Comte Andrássy. Le Gouvernement Allemand appuierait une prolongation sans chercher d'ailleurs à en déterminer l'étendue.

Le Comte Andrássy, répondant à M. le Plénipotentiaire de Russie, reconnait qu'en effet le premier paragraphe de sa proposition ne distingue pas entre la Bulgarie et la Roumélie orientale: c'est une erreur de rédaction, mais peu importante au fond puisque, dans la pensée de S. E., le terme de l'occupation doit être le même pour les deux provinces. Passant à la seconde objection le Comte Andrássy remercie le Comte Schouvalow des détails que S. E. a donnés au Congrès sur l'organisation de la Bulgarie, mais le Premier Plénipotentiaire d'Autriche-Hongrie, appréciant le système simple et pratique de cette organisation, se trouve amené à en conclure que l'occupation peut être abregée sans inconvénient. En tout cas S. E. ne saurait admettre que la durée d'une occupation militaire fût subordonnée à l'achèvement d'une organisation politique: ce serait là une combinaison vague: l'opinion publique réclame une décision précise, une prolongation, si l'on veut, mais enfin un terme fixe, et qui lui permette de croire à la paix définitive. Quant à la 3de objection, S. E. dit que la proposition de troupes mixtes est faite dans le but de hâter une conclusion, qu'il se rend compte assurément des difficultés de l'envoi de ces troupes et préférerait s'abstenir de ce moyen s'il en est d'autres, mais il n'est point frappé des inconvénients signalés par le Comte Schouvalow. S. E. demeure persuadée que les troupes des différents pays vivraient en bonne entente. Le Comte Andrássy rappelle enfin les nombreuses pétitions adressées au Congrès relativement aux excès des Bulgares: il croit que le Gouvernement Russe a tout intérêt à être dégagé par l'occupation des troupes mixtes d'une responsabilité aussi grave.

Le Comte Schouvalow déclare que, pour ne pas prolonger le débat, il consent au terme de neuf mois pour l'évacuation de la Bulgarie et trois mois en sus pour l'évacuation de la Roumanie, de telle sorte qu'au bout d'un an, l'armée russe aurait complètement quitté les deux provinces.

Le Comte Andrássy ayant insisté pour l'évacuation complète en neuf mois, et le Plénipotentiaire de Russie repoussant ce terme, le Premier Plénipotentiaire d'Italie demande si l'on ne pourrait accepter six mois pour la Roumélie, et quant à la Bulgarie et Roumanie, il serait convenu que l'évacuation commencerait après neuf mois et serait terminée en douze.

Après une observation incidente de Lord Salisbury sur la difficulté d'obtenir des élections libres pendant l'occupation étrangère, et la proposition faite par le Comte Schouvalow de remettre, si ses collègues anglais le désirent, l'élection du Prince jusqu'au départ de l'armée russe, une conversation s'engage entre les Plénipotentiaires sur les divers termes que l'on pourrait assigner à l'occupation.

Le **Président** dit qu'il ressort de cet échange d'idées que la majorité paraîtrait envisager avec faveur une évacuation graduelle de six mois pour la Roumélie, de neuf pour la Bulgarie, et d'un an pour la Roumanie.

Le Comte **de Saint Vallier** fait remarquer qu'en effet le Comte Schouvalow, en ce qui concerne la Roumélie, a proposé lui-même le terme de six mois. On pourrait donc sur ce point s'en tenir à la proposition de M. le Plénipotentiaire de Russie: quant au second terme, l'accord semble fait pour l'évacuation de la Bulgarie en neuf mois, et pour celle de la Roumanie dans l'espace d'un an.

Le Comte **Schouvalow** dit qu'il n'a fait la concession de six mois pour la Roumélie que dans l'hypothèse où le terme d'un an serait concédé pour l'évacuation de la Bulgarie et de la Roumanie.

Le Comte **de Launay**, se référant à des observations présentées par S. A. S. le Prince de Bismarck dans la 4e séance, déclare que l'Italie, elle aussi, exerce un rôle de conciliation. A ce point de vue, S. E. recommande l'adoption d'un délai d'une année pour l'évacuation complète des provinces occupées par les armées Impériales russes. En suite de la délimitation acceptée par les Plénipotentiaires de Russie pour la Bulgarie et la Roumélie, il y aurait lieu, de la part du Congrès, de se prêter à une transaction, qui, au reste, ne s'ecarterait pas, d'une manière bien sensible de la proposition faite par le Comte Andrássy.

M. **Waddington** maintient l'opinion qui a été développée par le Comte de Saint Vallier, à savoir l'évacuation graduelle. Il y a une distinction à établir entre la Roumélie et la Bulgarie, et le Comte Schouvalow a reconnu lui-même qu'une prolongation de l'occupation s'expliquerait beaucoup moins dans la première que dans la seconde. S. E. ajoute que, Varna restant à la Bulgarie, les troupes russes trouveront sur ce point des facilités spéciales pour l'évacuation: il serait même très-désirable que la Russie, en adoptant autant que possible cette voie, pût affranchir la Roumanie du passage sur son territoire d'une grande partie de l'armée d'occupation. M. Waddington croit donc devoir maintenir six mois pour la Roumélie, neuf mois pour la Bulgarie, un an pour la Roumanie.

Le Comte **Schouvalow** se déclare hors d'état d'accepter cette combinaison qui excède ses pleins pouvoirs.

Le **Président** relève que l'Italie et l'Allemagne sont d'accord avec la Russie, que l'Autriche-Hongrie est disposée à se rallier de même. S. A. S. demande s'il ne serait pas possible de réunir encore les suffrages de la France et de l'Angleterre.

Le Comte **Andrássy**, ayant adhéré formellement au terme de neuf mois pour la Roumélie et la Bulgarie et un an pour la Roumanie, combinaison acceptée par les Plénipotentiaires de Russie, le Comte **de Saint Vallier** déclare que le point capital étant de maintenir l'harmonie au sein du Congrès, les Plénipotentiaires Français, toujours désireux d'y contribuer, accèdent à l'opinion exprimée par M. le Comte Schouvalow et qui paraît réunir l'assentiment de la majorité.

Lord **Beaconsfield** dit qu'il n'a point d'objection si tous les Plénipotentiaires se trouvent d'accord.

Le **Président** constate que, sur cette question importante, l'entente s'est heureusement établie, et la séance est levée à 4 heures.

Protocole N° 6.

Séance du 25 Juin 1878.

M. Waddington dit qu'après s'être entendu avec ses collègues de Russie et d'Angleterre, il présente un travail qu'il espère voir agréer par la haute Assemblée. S. E. donne d'abord lecture du 2e amendement. Ce texte devrait suivre, dans la proposition de Lord Salisbury, le passage ainsi conçu: „Le Gouverneur général aura le droit d'appeler les troupes Ottomanes dans le cas où la sécurité intérieure ou extérieure se trouverait menacée." M. le Premier Plénipotentiaire de France propose d'ajouter à cet alinéa le paragraphe suivant:

„Dans cette éventualité, la Sublime Porte devra donner connaissance de cette décision, ainsi que des nécessités qui la justifient, aux Représentants des Puissances à Constantinople."

Le Congrès accepte ce passage à l'unanimité.

M. Waddington donne ensuite lecture du 1er amendement qu'il propose de substituer au passage de la motion de Lord Salisbury ainsi conçu: „L'ordre intérieur est maintenu par la milice, dont les officiers sont nommés par le Sultan qui tiendra compte de la religion de la population."

Les deux premiers paragraphes, dont voici le texte, sont adoptés par la Congrès:

„L'ordre intérieur est maintenu par une gendarmerie indigène assistée d'une milice locale.

Pour la composition de ces deux corps dont les officiers sont nommés par le Sultan, il sera tenu compte, suivant les localités de la religion des habitants."

M. Waddington lit le 3e paragraphe suivant:

„Sa Majesté le Sultan s'engage à n'employer dans les garnisons frontières que des troupes régulières. Les troupes destinées à ce service ne pourront en aucun cas être cantonnées chez l'habitant. Lorsqu'elles traverseront la province, elles ne pourront y faire de séjour."

M. le Premier Plénipotentiaire de France ajoute que se passage, qui ne s'applique qu'à l'état de paix, vise trois points:

1° le Sultan n'emploiera pas de bachi-bozouks,

2° les soldats ne pourront être cantonnés chez l'habitant: ils devront être logés dans les casernes, ou les khans, ou camper sous la tente,

3° les troupes ne pourront séjourner dans l'intérieur de la province quand elles se rendront à la frontière pour le service des garnisons.

Sur ces points, les Plénipotentiaires Anglais et Russes sont d'accord, mais une divergence subsiste: tandis que le Comte Schouvalow insiste pour que ces arrangements, acceptés par lui en principe, soient soumis à la surveillance d'une Commission Européenne, les Plénipotentiaires Anglais se refusent à cette combinaison, qui paraît également d'ailleurs aux Plénipotentiaires Français constituer une ingérence trop considérable dans la souveraineté du Sultan. M. Waddington est donc d'avis que le Congrès vote le 3e alinéa sur lequel l'accord est fait en principe; le Comte Schouvalow pourrait ensuite développer son article additionnel.

Le Prince de Bismarck partage entièrement l'avis de M. Waddington sur les cantonnements de troupes chez l'habitant.

Le Comte Schouvalow accepte les alinéas qu'on vient de lire sous réserve d'y ajouter une disposition additionnelle relative à la

Commission Européenne. En consentant à laisser au Sultan la faculté d'occuper les places fortes de la frontière et du littoral, le Gouvernement Impérial Russe entendait réserver l'intervention de la Commission Européenne sur les points stratégiques et sur le chiffre des troupes Ottomanes employées à la garde de la frontière. La Russie a renoncé depuis au contrôle des points stratégiques et du chiffre des forces Turques, mais elle craint que les dispositions indiquées dans les documents soumis en ce moment au Congrès ne soient pas mises à exécution sans le concours d'agents spéciaux de l'Europe. Toutefois, ne voulant pas prolonger une discussion sans but dès que les Plénipotentiaires britanniques se refusent absolument à accepter la commission Européenne, S. E. demande à prendre le 3ᵉ alinéa ad referendum et donnera réponse à une séance prochaine.

Lord Beaconsfield constate l'heureux résultat obtenu par la rédaction conciliante des plénipotentiaires français.

Le Président après avoir recueilli le vote unanime du Congrès en faveur de l'ensemble de la proposition de M. Waddington croit devoir, au nom de la haute assemblée, remercier MM. les Plénipotentiaires français des services qu'ils ont rendus à la cause de la paix en facilitant une entente par le texte qu'ils ont préparé. S. A. S. ajoute que le protocole reste ouvert pour recevoir ultérieurement, s'il y a lieu, le vote de la Russie sur le 3ᵉ alinéa.

Le Président propose de passer à la discussion de la motion du Comte Andrássy insérée au protocole de la dernière séance et relative à la substitution des Commissaires Européens aux Commissaires russes.

Lord Salisbury insiste en faveur de cette proposition dont il voudrait voir les conclusions mises à exécution le plus promptement possible: Il a reçu de l'Ambassadeur d'Angleterre à Constantinople un télégramme qui donne les détails les plus inquiétants sur la conduite du gouverneur militaire de Bulgarie, dont les mesures sembleraient prises en vue d'engager l'avenir politique et financier du pays. S. E. ajoute qu'il ne veut pas sans doute rejeter la responsabilité de cet état de choses sur le gouvernement Russe, mais il prie le Congrès de mettre fin un moment plus tôt à cette situation, et surtout de ne pas laisser engager l'avenir de la province.

Le Président est d'avis que la communication qui vient d'être faite par Lord Salisbury devrait être exprimée dans une proposition formulée par écrit, et à la suite d'un échange d'idées entre le Prince de Bismarck et le Second Plénipotentiaire de la Grande Bretagne, Lord Beaconsfield ayant d'ailleurs appuyé l'opinion de son collègue sur les dangers de la situation actuelle dans la Roumélie orientale, il est entendu que Lord Salisbury remettra au secrétariat une proposition écrite pour recommander la prompte adoption de la motion du Comte Andrássy.

Le Comte Schouvalow désire répondre aux inquiétudes manifestées par le gouvernement anglais. La Russie souhaite vivement 1° signer la paix, 2° voir achever l'oeuvre de réorganisation, 3° faire cesser l'occupation militaire. Mais pour en arriver à ces résultats, il ne faut pas compliquer la situation et dépasser les limites indiquées par l'intérêt de l'Europe. Il est utile, sans doute, de nommer des commissions, mail il serait dangereux d'en nommer un trop grand nombre. Dans la Roumélie orientale, la Russie n'a pas oeuvre isolée à faire; l'Europe s'est substituée à elle et peut y agir comme il lui semble opportun; mais en Bulgarie une Commission Européenne ne paraît pas indispensable, et pourrait être utilement remplacée par le contrôle des consuls en Bulgarie et, s'il y a lieu, des représentants européens à Constantinople.

Ce contrôle semble être suffisant à la Russie, et si le Gouvernement Impérial semble se réserver en Bulgarie une part d'action plus directe que les autres puissances, le Comte Schouvalow fait remarquer que la Russie a pris aussi une part plus directe à la création de cette nouvelle Principauté autonome.

Le Président constate que dans la pensée du Comte Schouvalow la commission serait en réalité la conférence des représentants des Grandes Puissances à Constantinople, et que les consuls seraient les agents de cette conférence.

Le Comte Schouvalow ajoute que les représentants à Constantinople seraient plutôt une cour d'appel entre les consuls des Puissances et les commissaires russes.

Le Comte Andrássy concède à MM. les Plénipotentiaires de Russie que le principe des Commissions n'est pas applicable partout, mais le Comte Schouvalow va plus loin et se refuse à substituer des Commissions Européennes aux Commissaires russes dans les cas prévus par l'article VII. S. E. maintient au contraire, pour ces cas, la nécessité de l'intervention de l'Europe. Faisant allusion aux faits indiqués par le télégramme que Lord Salisbury vient de citer, le Comte Andrássy croit que cette intervention est dans l'intérêt même de la Russie. S. E. fait ressortir les difficultés techniques de la combinaison présentée par le Comte Schouvalow: le rôle des consuls serait malaisé et quant au contrôle des ambassadeurs, il faudrait en définir le caractère et la compétence en présence de l'action des commissaires russes. Dans un entretien particulier, M. le Plénipotentiaire de Russie avait laissé entrevoir un autre procédé qui serait l'adjonction de deux Commissaires Européens aux Commissaires russes et turcs.

Lord Salisbury ne comprend pas que la Russie qui paraît désirer rendre la Bulgarie aussi indépendante que l'étaient autrefois les autres Principautés autonomes et tributaires, insiste pour le maintien d'un Commissaire Russe. S. E. insiste donc sur l'adhésion qu'il a donnée à la proposition du Comte Andrássy.

Le Comte Schouvalow n'entend pas écarter l'intervention de l'Europe, mais lui donner une autre forme. Quant à l'objection de Lord Salisbury qui s'étonne que la Russie cherche à maintenir en Bulgarie l'influence d'un Commissaire Russe, S. E. fait observer que c'est précisément pour répondre au désir du Congrès de voir se terminer rapidement l'organisation de cette Principauté et l'évacuation, que la Russie insiste en faveur de son Commissaire. Si l'on veut que les choses marchent vite, il ne faut pas lier les mains à la Russie. En Roumélie orientale, si aucun gouvernement ne se constitue, le Congrès a pourvu à cette éventualité: mais en Bulgarie il n'en est pas de même: il faut y agir rapidement. En se résumant, S. E. déclare que ce qu'il désire obtenir en Bulgarie, c'est une unité d'action sous le contrôle de l'Europe, et ce qu'il veut éviter, ce sont des institutions collégiales qui accroîtraient les difficultés. Le meilleur moyen, à ses yeux, serait donc le maintien du Commissaire Russe agissant sous le contrôle supérieur des Ambassadeurs Européens à Constantinople dont les consuls seraient les agents et les représentants.

Le Comte Andrássy ayant renouvelé ses objections sur le mode de ce contrôle et sur les difficultés de cette intervention des ambassadeurs et des consuls, le Comte Schouvalow demande à présenter par écrit dans la prochaine séance le développement de sa pensée.

Le Président dit que le Congrès attendra un amendement de la Russie sous forme de contre-projet à la proposition Austro-Hongroise.

Lord Salisbury donne lecture de la motion qu'il a précédemment

indiquée pour appuyer la proposition du Comte Andrássy et qu'il regarde comme devant être ajoutée à l'article VII. En voici le texte:

„Le Gouvernement militaire actuel de la Principauté et de la province en matière administrative et financière sera remplacé sans délai dans la Principauté par le Gouvernement provisoire de la commission susmentionnée et dans la province par le Gouvernement du Sultan."

Le Président croit que cet amendement, dont le Congrès pourra s'occuper dans la prochaine séance, a une portée très-considérable, en ce qu'il touche aux droits de l'occupation militaire garantie pour neuf mois. Au surplus S. A. S., revenant sur une pensée qu'il a déjà eu l'occasion d'exprimer, n'est pas d'avis de discuter en Congrès les questions secondaires. Il regarde par exemple celle dont on s'occupe en ce moment comme étant de ce nombre, et il pense qu'en agitant cette question d'assemblée de notables, de commission russe et de commission Européenne, le Congrès sort des limites assignées à sa discussion: il ne voit pas, dans cette délibération de détails, un intérêt européen. S. A. S. n'a, du reste, du bien peu de confiance dans les résultats des discussions auxquelles se livreront les notables. Faisant allusion à l'état de sa santé qui ne lui permettrait pas d'assister encore à de nombreuses séances, le Prince de Bismarck ajoute qu'il serait d'avis de laisser de côté la question de Bulgarie dès qu'on sera entièrement d'accord sur les grands principes et de s'occuper aussitôt après des autres points les plus importants du Traité de San Stefano, tels que les remaniements territoriaux et les affaires de navigation. Il compte proposer à la prochaine séance d'effleurer seulement les questions subalternes et de ne discuter longuement que les objets d'une véritable importance européenne. Le Président n'entend d'ailleurs préjuger en rien le sentiment de ses collègues, et l'opinion qu'il vient d'exprimer lui est entièrement personnelle.

Le Comte Corti ne regarde pas qu'il soit difficile d'établir l'accord entre les opinions des Plénipotentiaires de Russie et d'Autriche-Hongrie. S. E. fait remarquer qu'en réalité la Commission de Consuls demandée par le Comte Schouvalow répond au désir du Comte Andrássy et forme une véritable Commission Européenne, puisque chaque Puissance en nomment son consul nommerait en même temps son Commissaire. Quant à l'appel porté devant la Conférence des Ambassadeurs à Constantinople, S. E. a pu juger par l'expérience de semblables réunions, que l'entente y est assez difficile à établir, et que cette combinaison ne serait point efficace. Il pense qu'on pourrait se borner à une Commission consulaire, et, rappelant l'heureux effet de l'intervention du Plénipotentiaire de France dans la question si importante des garnisons Ottomanes, il suggère l'idée de confier de nouveau au Plénipotentiaire d'une Puissance neutre le soin de rechercher les éléments d'une entente entre le Comte Andrássy et son Collègue de Russie.

Le Président approuve ce projet qui rencontre également l'adhésion de la haute Assemblée, et le Comte Corti, à la demande du Congrès, consent à examiner, de concert avec les Représentants des trois Puissances plus spécialement intéressées, les modifications à apporter au texte du Traité de San Stefano dans le sens de la proposition du Comte Andrássy.

Le Congrès passe à la proposition présentée par l'Autriche-Hongrie, la France et l'Italie au sujet du maintien intégral en Bulgarie et en Roumélie orientale des traités de commerce, de navigation et règlements de transit, conclus avec la Porte. Le texte de ce projet a été inséré au Protocole 5.

Lord Salisbury demande à rayer le mot „Roumélie orientale" qui lui semble superflu.

1878.

Le Prince de Bismarck regarde comme de droit des gens que la Bulgarie reste sous l'autorité des traités auxquels elle était soumise sous le Gouvernement de la Porte.

Le Comte Andrássy désire également voir disparaître le mot „Roumélie orientale“ afin qu'il n'y ait lieu à aucune confusion et pour qu'il soit bien entendu que cette province ne saurait avoir d'autonomie commerciale comme l'a eue autrefois la Roumanie.

M. Waddington fait remarquer que l'on ignore encore quel régime politique sera établi en Roumélie orientale, et qu'il y aurait peut-être à craindre qu'une assemblée locale ne se crût en droit de modifier les traités conclus avec les Puissances. Pour éviter ces malentendus, S. E. préférerait que le mot de Roumélie orientale fût maintenu et insiste notamment sur le danger de l'intervention d'assemblées locales en matière de droits de transit.

Une discussion s'engage à ce sujet à laquelle prennent part Lord Salisbury, M. Waddington, le Baron de Haymerle et Carathéodory Pacha. Le Premier Plénipotentiaire de Turquie ayant finalement affirmé que nul droit de transit ne peut être établi sur le territoire de l'Empire sans l'autorisation expresse du Souverain, M. Waddington, prenant acte de cette déclaration, consent à la radiation du mot „Roumélie orientale“ dans le texte de la proposition.

Les quatre premiers alinéas sont acceptés. Sur le 5°, le Comte Schouvalow, s'arrêtant aux mots „les capitulations et usages“ demande la suppression du mot „usages“ comme trop vague et pouvant donner lieu à des abus.

Lord Salisbury et le Comte Andrássy consentent à cette radiation.

M. Desprez dit qu'il est de notoriété que les capitulations sont insuffisantes, rudimentaires, et n'ont donné que les principes généraux de la juridiction et de la protection consulaires. Les usages sont le complément nécessaire des droits stipulés dans les traités. M. Desprez en cite des exemples, et regarde comme utile de maintenir le mot „usages“.

Le Comte Schouvalow répond qu'il ne s'agit ici que de la Bulgarie et rappelle que la Roumanie n'a pas tenu compte des „usages“ depuis qu'elle a développé ses institutions judiciaires.

Lord Beaconsfield ne croit pas nécessaire de s'expliquer en ce moment sur les capitulations qui sont encore l'objet de diverses négociations: il ne faudra pas les sauvegarder si elles sont inutiles, il y aurait lieu, sans doute, de leur donner une force additionnelle dans le cas contraire, mais l'impression de S. E. est qu'elles sont destinées à disparaître. S. E. croit donc préférable de supprimer tout le dernier alinéa.

Carathéodory Pacha dit qu'au surplus, sauf les quelques points sur lesquels le Congrès pourrait apporter des modifications, l'état de choses existant dans les autres parties de l'Empire en ce qui concerne les lois, traités et conventions restera appliqué dans la Roumélie orientale.

Après ces déclarations, le Congrès conserve le dernier alinéa de la proposition des trois Puissances en y ajoutant la phrase suivante: „tant qu'ils n'auront pas été modifiés du consentement des parties intéressées.“

L'ordre du jour appelle ensuite les deux propositions françaises insérées dans le Protocole 5 et relatives à la liberté des cultes.

Sur la première, M. Desprez demande la substitution des mots „habitants de la Principauté de Bulgarie“; à ceux de „sujets Bulgares“;

cette modification est admise et la proposition àcceptée à l'unanimité. Sur la seconde proposition particulièrement relative aux „évêques et religieux catholiques", le Comte Schouvalow propose de substituer à ces mots: „les ecclésiastiques et religieux étrangers".

Lord Salisbury désirerait que la même législation fût, sous ce rapport, établie pour la Roumélie et pour les autres provinces de la Turquie.

Carathéodory Pacha déclare qu'en effet une proposition concernant le libre exercice du culte dans la province de Roumélie orientale paraît tout-à-fait superflue, cette province devant être soumise á l'autorité du Sultan et, par conséquent, aux principes et aux lois communs à toutes les parties de l'Empire et qui établissent la tolérance pour tous les cultes également.

M. Waddington, prenant acte de ces paroles, annonce l'intention d'introduire quelques changements dans la rédaction de sa proposition et demande l'ajournement de la discussion à demain.

Le Baron Haymerle donne lecture de la proposition suivante:

„Les Plénipotentiaires d'Autriche-Hongrie proposent de substituer à la dernière partie de l'alinéa 2 de l'article IX les dispositions suivantes:

La Principauté de Bulgarie assume tous les engagement et obligations que la S. Porte a contractés tant envers l'Autriche-Hongrie qu'envers la compagnie pour l'exploitation des chemins de fer de la Turquie d'Europe, par rapport à l'achèvement et au raccordement ainsi qu'à l'exploitation des lignes ferrées situées sur son territoire.

Les conventions nécessaires pour régler ces questions seront conclues entre l'Autriche-Hongrie, la Porte, la Serbie et la Principauté de Bulgarie immédiatement après la conclusion de la paix.

Il s'entend que les droits et obligations de la S. Porte par rapport aux chemins de fer dans la Roumélie orientale restent intacts."

Le Président remet la discussion de ce projet à la prochaine séance. S. A. S. ajoute qu'il y a encore à l'ordre du jour la proposition Ottomane insérée au 5ème Protocole et relative à la part proportionnelle que la Bulgarie doit assumer dans la dette Ottomane.

Lord Beaconsfield recommande cette proposition à toute la sollicitude du Congrès; diverses objections ayant été annoncées par le Comte Schouvalow, la discussion est remise à demain.

La séance est levée à cinq heures.

PROTOCOLE N° 7.

Séance du 26 Juin 1878.

Le Prince de Bismarck propose, au nom de l'Allemagne, à la haute assemblée de constituer une commission à laquelle chaque Puissance déléguerait un Plénipotentiaire, et qui serait chargée de préparer un projet de rédaction de toutes les stipulations à insérer dans un nouveau Traité, en tenant compte des résolutions consignées aux protocoles du Congrès.

S. A. S. prie chaque Puissance de vouloir bien, si cette motion est accueillie, désigner après la séance au secrétariat le Plénipotentiaire dont elle aurait fait choix pour la représenter au sein de la Commission.

La proposition du Prince de Bismarck est acceptée à l'unanimité.

1878.

Le Président ayant fait appel aux communications que les membres du Congrès auraient à présenter à la haute Assemblée, le Prince Gortchacow exprime le vif regret qu'il a éprouvé de ne pouvoir assister aux dernières réunions dans lesquelles a été discutée l'importante question de la Bulgarie. Son absence a été indépendante de sa volonté, mais S. A. S. désirerait à propos de cette discussion prononcer aussi brièvement que possible quelques paroles inspirées par l'esprit de conciliation qui le dirige. Lord Beaconsfield, dans une précédente séance, a exprimé le désir que le Sultan fût maître chez lui: S. A. S., comme Lord Beaconsfield, désire que le Sultan soit maître chez lui, mais croit que l'existence de cette autorité dépend de certaines conditions en dehors desquelles le génie même ne saurait accomplir de miracles. Aux yeux de M. le Premier Plénipotentiaire de Russie, ces conditions sont administratives et politiques: il importe, au point de vue administratif, que les habitants des provinces qui n'auront pas été déclarées indépendantes par le Congrès soient assurés de leurs propriétés, de leurs vies etc., non point par des promesses sur le papier qui pourraient, comme les précédentes, n'être suivies d'aucun effet, et n'empêcher ni abus, ni exactions, mais par un concours Européen qui en assure l'efficacité et qui inspire confiance aux populations. Au point de vue politique, le Prince Gortchacow fait observer qu'au lieu d'une prépondérance anglaise, française ou russe que l'histoire nous montre avoir existée à Constantinople à différentes époques, il voudrait qu'il n'y eût, en Orient, aucune prépondérance quelconque, pas plus pour la Russie que pour un autre État, et désirerait voir substituer à la lutte mesquine et malsaine des amours-propres sur le terrain mouvant de Constantinople, une action collective des Grandes Puissances qui épargnerait à la Porte Ottomane bien des illusions et bien des fautes. S. A. S. usant d'une expression qui paraîtra certainement à tout homme compétent dans l'art de la guerre, justifiée par les héroïques efforts des armées russes, fait remarquer que la Russie apporte ici des lauriers, et il espère que le Congrès les convertira en branches d'oliviers.

Le Prince Gortchacow ajoute que ses deux collègues dans les dernières séances, ont fait de très-grandes concessions au désir de paix qui inspire la Russie comme toute l'Europe. Ils ont présenté à la haute Assemblée non pas des phrases, mais des faits. M. le Premier Plénipotentiaire de Russie est persuadé que les membres du Congrès rendent à cet égard pleine justice à son pays. S. A. S. et ses collègues persisteront dans la même voie.

Le Prince Gortchacow écarte donc la pensée qu'une Puissance quelconque veuille s'opposer au grand et beau résultat de la paix qui domine tous les intérêts de l'Europe, en élevant ses demandes jusqu'à des limites que le grand souverain et la grande nation qu'il représente ne sauraient dépasser. S. A. S. repète qu'il n'admet point la possibilité d'un fait qui serait sévèrement jugé par les contemporains et par l'histoire.

Lord Beaconsfield dit qu'il ressent une vive satisfaction de voir le Prince Gortschacow reprendre sa place au sein du Congrès, et regarde l'éloquent discours de S. A. S. comme un heureux témoignage de l'amélioration de sa santé. S. E., rappelant les paroles de M. le Plénipotentiaire de Russie relatives aux sacrifices considérables que le grand souverain et le grand pays représentés si dignement par S. A. S. ont consentis en vue de la paix, se regarde comme pleinement autorisé à dire que lui-même et ses collègues d'Angleterre ont également fait d'importantes concessions dans la même pensée pacifique. La paix est en effet le voeu de l'Europe et Lord Beaconsfield est heureux de constater, d'après

les paroles qu'il vient d'entendre, l'expression désormais unanime de ce sentiment. Mais, pour que ce désir s'accomplisse, l'esprit de conciliation est encore nécessaire: S. E. n'a d'ailleurs rien de plus à dire sur les considérations présentées par le Prince Gortchacow et qu'il a écoutées avec le plus grand plaisir.

La Prince de Bismarck est persuadé que l'esprit de conciliation continuera à inspirer le Congrès et que tout les membres de la haute assemblée se rencontrent dans le même sentiment de devoir suprême, celui de conserver et de consolider la paix de l'Europe. Les progrès obtenus dans les travaux du Congrès font espérer à S. A. S. que les représentants de Puissances atteindront le but que les deux illustres hommes d'état viennent d'indiquer, en exposant l'un et l'autre leurs intentions pacifiques, avec des restrictions dictées par le sentiment de l'honneur national. Ces restrictions, S. A. S. n'en doute pas, ne sauraient toucher au fond de l'oeuvre du Congrès, et l'honneur national de part et d'autre s'accordera parfaitement avec les dispositions conciliantes. Le Prince de Bismarck fait observer que les Etats moins directement intéressés dans les questions qui pourraient troubler le repos du monde, sont naturellement appelés à faire entendre une voix impartiale en toute circonstance où pour des motifs secondaires aux yeux de l'Europe, l'objet pacifique des réunions du Congrès se trouverait compromis. C'est dans ce sens que la France, l'Italie et l'Allemagne feraient appel, s'il était nécessaire, à la sagesse de celles des Puissances amies dont les intérêts se trouvent plus particulièrement engagés. Le Prince de Bismarck termine en disant qu'il serait heureux si dans ses paroles il avait bien rendu la pensée des Gouvernements neutres et impartiaux.

L'ordre du jour appelle la proposition de M. le Premier Plénipotentiaire de Turquie ainsi conçue:

„Indépendamment du tribut, la Principauté de Bulgarie supportera une part des dettes de l'Empire proportionnelle à ses revenus."

Carathéodory Pacha, pour expliquer l'esprit de sa proposition, donne lecture du document suivant:

„En proposant qu'indépendamment du tribut la Principauté de Bulgarie supporte une part des dettes de l'Empire proportionnelle à ses revenus, j'ai tenu à remplir ce que je considère comme un devoir vis-à-vis des créanciers de la Turquie.

Je ne puis nier que les revenus des localités qui constituent la nouvelle Principauté soient affectés explicitement d'une manière générale à toute la dette publique de la Turquie. Pour certains emprunts quelques uns de ces revenus sont même engagés d'une manière spéciale.

Dans le document porté sur la liste des pétitions adressées au Congrès sous le No. 16, et qui m'a été envoyé directement aussi, les créanciers de la Turquie ont invoqué des précédents puisés dans la pratique du droit public européen.

Je m'empresse de reconnaître que l'analogie n'est pas parfaite puisque les précédents qu'on invoque concernent les territoires qui ont été annexés à des Etats indépendants ou bien des territoires qui ont été déclarés indépendants, tandis que tout au contraire la Principauté de Bulgarie est seulement autonome. Mais quoique privée des prérogatives de l'indépendance, la Principauté de Bulgarie n'en aura pas moins, en vertu du principe même de son autonomie intérieure, un régime financier et par conséquent un budget de recettes et de dépenses distinct et séparé, et c'est précisément à raison même de la non-indépendance de la Principauté que peut-être le Congrès croira utile de lever les doutes qui pourraient exister à cet égard.

La participation de la Principauté de Bulgarie à la dette publique

de l'Empire ne saurait se confondre avec le tribut que la Principauté doit payer. Les deux choses sont distinctes. La participation à la dette est simplement la conséquence de la reconnaissance ou plutôt de la simple admission d'un droit du créancier.

Le tribut, par contre, concerne la Cour suzeraine. Il représente le lien qui rattache la Principauté à l'Empire; il est le prix du rachat de la sujétion directe et il est indépendant de l'existence d'autres dettes passées ou futures. A l'appui de cette manière de voir, je me permets de rappeler aussi que le Gouvernement Impérial de Russie, en stipulant simplement un tribut, avait pensé qu'il n'y avait pas lieu de préciser davantage, pour la raison, disait-il, qu'il aurait peut-être empiété sur des intérêts de tiers.

La proposition que j'ai eu l'honneur de soumettre au Congrès est formulée dans le même ordre d'idées. Elle laisse intacte la question du tribut; elle ne préjuge rien, elle n'a pour but que la constatation d'un principe."

Le Premier Plénipotentiaire d'Italie demande à soumettre au Congrès une addition au 1er alinéa de l'article IX du Traité de San Stefano, cette motion étant destinée à compléter la proposition des Plénipotentiaires Ottomans. Voici le texte de cette addition:

„Lorsqu'on réglera le tribut à payer par la Bulgarie à la Sublime Porte, on prendra en considération la partie de la dette publique qui pourrait être attribuée à la Principauté sur la base d'une équitable proportion."

Le Président reconnait la justesse de cette proposition, car c'est, en effet, de la question du tribut que dépendra la quotité des obligations de la Bulgarie relativement à la dette publique. S. A. S. considère au surplus que ces deux points connexes devront être traités ultérieurement dans la Commission chargée de régler ces détails qui ne sont pas compris dans la tâche assignée au Congrès.

Le Comte Schouvalow dit que ces deux objets de discussion étant réservés, il n'a pas d'objections à présenter en ce moment.

M. le Premier Plénipotentiaire de France fait remarquer que la question est extrêmement délicate au point de vue des porteurs de titres de la dette ottomane. La proposition de Carathéodory Pacha lui paraît préférable à celle de Comte Corti; M. le Plénipotentiaire de Turquie indique clairement en effet son intention de faire supporter à la Bulgarie une part proportionnelle de la dette. M. Waddington prie le Comte Corti de développer sa pensée: M. le Premier Plénipotentiaire Italien entend-il diminuer la garantie proposée par Carathéodory Pacha, ou bien présenter l'équivalent pur et simple de la première proposition?

Le Comte Corti déclare que son intention est de poser en principe que la Bulgarie doit assumer une part de la dette turque, mais qu'en même temps il a voulu indiquer, — et il se rencontre d'ailleurs sur ce point avec la pensée exprimée par le Prince de Bismarck — qu'il y a une connexité entre la dette publique et le tribut. S. E. n'insiste pas quant à la rédaction, cette question étant réservée à une commission spéciale.

M. Waddington est disposé sans doute à ajourner la question tout entière, mais S. E. qui représente ici les intérêts considérables d'un grand nombre de porteurs de titres, persiste à considérer le texte ottoman comme plus clair que celui de Mr. le Plénipotentiaire Italien.

Le Président ne voit pas au fond de grandes différences entre les deux projets: la proposition ottomane pose un principe reconnu également par le Comte Corti, et le Plénipotentiaire Italien se borne

à exprimer le désir que la question du tribut soit examinée en même temps que celle de la dette.

Le Comte Schouvalow préfère accepter le texte italien qui laisse à l'Europe la faculté de se prononcer en temps et lieu et en pleine connaissance de cause, tandis que le texte ottoman se borne à poser un principe que S. E. ne croit pas acceptable pour tout le monde. Le principe de „la part proportionnelle aux revenus" lui paraît vicieux. Les dépenses n'étant point mentionnées, il s'en suivrait que plus la Bulgarie aurait de dépenses, moins elle participerait à la dette. La proportionnalité aux revenus n'est donc pas une base sûre, car s'il n'y avait pas d'excédant de revenu, il n'y aurait point de participation.

Le Comte Corti constate qu'il était disposé à voter la proposition ottomane, et qu'il n'a présenté la sienne que dans le but de réunir les voix de la majorité des Puissances.

M. Waddington ayant demandé si les Plénipotentiaires Russes admettent le principe qu'une part à déterminer ultérieurement sera appliquée à la dette, le Comte Schouvalow répond que si la volonté de l'Europe le trouvait équitable, la Russie ne s'y opposerait point.

En présence de cette déclaration M. Waddington accepte la rédaction italienne.

Le Président procède au vote sur la proposition du Comte Corti.

Le Marquis de Salisbury désire qu'il soit constaté au protocole, que l'Angleterre vote pour la proposition turque et ne se rallie à la proposition italienne que si le projet ottoman n'obtient pas de majorité.

Carathéodory Pacha dit qu'en présence de l'intention du Congrès de tenir compte de la situation qu'il a eu l'honneur de signaler à son attention, il n'insiste pas pour le texte de sa proposition, et accepte le projet italien qui ne contient d'ailleurs rien de contraire à sa pensée puisque s'agissant de chiffres l'équité signifie une proportionnalité.

La proposition du Comte Corti est acceptée.

Le Congrès passe à la proposition Austro-Hongroise relative aux chemins de fer ottomans et dont le texte suit:

„Les Plénipotentiaires d'Autriche-Hongrie proposent de substituer à la dernière partie de l'alinéa 2 de l'article IX les dispositions suivantes:

La Principauté de Bulgarie est substituée pour sa part aux engagements que la S. Porte a contractés tant envers l'Autriche-Hongrie qu'envers la compagnie pour l'exploitation des chemins de fer de la Turquie d'Europe, par rapport à l'achèvement et au raccordement ainsi qu'à l'exploitation des lignes ferrées situées sur son terrain.

Les conventions nécessaires pour régler ces questions seront conclues entre l'Autriche-Hongrie, la Porte, la Serbie et la Principauté de Bulgarie immédiatement après la conclusion de la paix.

Il s'entend que les droits et obligations de la S. Porte par rapport aux chemins de fer dans la Roumélie orientale restent intacts."

Cette proposition est acceptée sans discussion.

Le Président soumet au Congrès l'article additionnel présenté par les Plénipotentiaires Français dans une séance précédente et relatif aux religieux catholiques étrangers en Bulgarie et en Roumélie Orientale.

M. Waddington expose qu'en présence de la déclaration faite hier par M. le Plénipotentiaire de Turquie, et d'ou il résulte que la liberté du culte catholique demeure garantie dans la Roumélie Orientale par les lois générales de l'Empire, les traités et conventions, les Plénipotentiaires de France se bornent à présenter les considérations suivantes:

„En ce qui concerne l'article additionnel qu'ils ont présenté rela-

1878.

tivement aux religieux catholiques étrangers, les Plénipotentiaires de France s'en rapportent aux principes d'entière liberté consacrés hier par le Congrès en faveur de toutes les communions et de tous les cultes en Bulgarie, ainsi qu'à la déclaration faite dans la même séance par M. le Premier Plénipotentiaire de Turquie, à savoir qu'aucune atteinte ne sera portée dans la Roumélie orientale aux droits acquis aux étrangers dans l'Empire Ottoman."

Lord Salisbury regrette que les Plénipotentiaires de France ne donnent pas suite à leur proposition en étendant sa portée à toute la Turquie d'Europe. S. E. y aurait vu un important progrès réalisé.

M. Waddington répond que le progrès dont parle Lord Salisbury a été obtenu par l'acceptation dans la séance d'hier de la première proposition francaise qui consacre l'entière liberté des cultes.

Lord Salisbury ayant fait remarquer que cette proposition ne concernait que la Bulgarie, le Président dit que, pour sa part, il s'associe au désir que la liberté des cultes soit réclamée pour toute la Turquie, tant en Europe qu'en Asie, mais il se demande si l'on obtiendrait sur ce point l'assentiment des Plénipotentiaires Ottomans.

Carathéodory Pacha déclare qu'en répondant hier à M. Waddington, il s'en est simplement rapportée à la législation générale de l'Empire Ottoman ainsi qu'aux traités et conventions. S. E. ajoute que la tolérance dont jouissent tous les cultes en Turquie ne fait aucun doute et qu'en l'absence d'une proposition plus étendue sur laquelle il aurait alors à s'expliquer, il se croit en droit de considérer comme superflue une mention spéciale pour la Roumélie Orientale.

Le Président constate que l'unanimité du Congrès s'associe au dèsir de la France de prendre acte des déclarations données par la Turquie en faveur de la liberté religieuse. Tel était le but des Plénipotentiaires Français, et il a été atteint. Lord Salisbury désirerait aller au delà et faire étendre la proposition primitive non seulement à la Bulgarie et la Roumélie, mais à tout l'Empire Ottoman. En ce qui concerne l'Allemagne, le Prince de Bismarck, qui a donné son adhésion à la proposition française, aurait aussi volontiers admis celle de Lord Salisbury, mais la discussion d'une question aussi complexe détournerait le Congrès de l'objet de sa séance présente. S. A. S. demande toutefois à Lord Salisbury, s'il entend présenter à cet égard une motion spéciale.

M. le Second Plénipotentiaire de la Grande Bretagne se réserve de revenir sur ce point à propos de l'article 22 du Traite de San Stefano.

Le Comte Schouvalow ajoute que le désir de Lord Salisbury de voir étendre la liberté religieuse autant que possible en Europe et en Asie lui semble très justifié. S. E. désirerait qu'il fût fait mention au protocole de son adhésion au voeu de M. le Plénipotentiaire d'Angleterre, et fait observer que le Congrès ayant cherché à effacer les frontières ethnographiques et à les remplacer par des frontières commerciales et stratégiques, les Plénipotentiaires de Russie souhaitent d'autant plus que ces frontières ne deviennent point des barrières religieuses.

Le Président résume la discussion en disant qu'il sera inscrit au Protocole que l'unanimité du Congrès s'est ralliée à la proposition française, et que la plupart des Plénipotentiaires, ont formé des voeux pour l'extension de la liberté des cultes. Ce point sera compris d'ailleurs dans la discussion de l'article XXII du Traité de San Stefano.

L'ordre du jour appelle un amendement présenté par Lord Salisbury sur l'article VII du traité, mais M. le Second Plénipotentiaire d'Angleterre fait savoir qu'à la suite d'arrangements convenus dans une réunion particulière entre les Représentants de l'Autriche-Hongrie,

de la Russie et de la Grande Bretagne, cette proposition a été fondue dans un texte nouveau dont il sera donné lecture au Congrès. En conséquence S. E. la retire.

Le Comte Andrássy annonce qu'un échange d'idées ayant eu lieu, conformément au désir exprimé par le Congrès dans la séance précédente, entre les Cabinets d'Autriche-Hongrie, de Grande Bretagne, de Russie et d'Italie au sujet des articles VII, VIII, IX, X et XI du Traité de San Stefano, les Plénipotentiaires de ces Puissances sont tombés d'accord sur une rédaction nouvelle.

Le Baron de Haymerle expose ces modifications. En ce qui concerne l'article VII les alinéas 1 et 2 sont maintenus; l'alinéa 3 est désormais ainsi rédigé: „une assemblée de notables de la Bulgarie convoquée à Tirnowo, élaborera avant l'élection du Prince, l'organisation de l'administration future.“ L'alinéa 4 est maintenu avec omission des mots „Koutzo-Vlachs“. L'alinéa 5 est supprimé et remplacé par le suivant:

„L'administration provisoire de la Bulgarie sera dirigée jusqu'à l'introduction de la nouvelle organisation par un commissaire Impl. russe. Un commissaire Impl. ottoman et les Consuls délégués ad hoc par les autres Puissances seront appelés à l'assister pour contrôler le fonctionnement de ce régime provisoire.

En cas de dissentiment entre les Consuls délégués la majorité décidera, et en cas de divergence entre cette majorité et le Commissaire Impl. russe, les Représentants des Puissances à Constantinople, réunis en Conférence, prononceront.

Une fois le Prince élu et institué, la nouvelle organisation sera mise à exécution et la Bulgarie entrera en pleine jouissance de son autonomie.

Immédiatement après la conclusion de la paix, une Commission Européenne sera instituée pour l'organisation de la Roumélie orientale, et pour son administration financière jusqu'à l'achèvement de l'organisation.“

Le Comte Schouvalow constate que l'entente s'est faite entre les Puissances sur un objet longuement discuté dans la séance d'hier. S. E. s'est réservé uniquement le droit de présenter quelques modifications de pure forme que la rapidité de la rédaction n'a pas permis de faire immédiatement.

Carathéodory Pacha donne son adhésion à l'alinéa sous le bénéfice de la même réserve.

Tous les Plénipotentiaires votent l'alinéa, mais il demeure entendu, à la suite d'une courte discussion, qu'il sera détaché de l'article et deviendra un article spécial dans l'instrument diplomatique ultérieur.

Le Baron de Haymerle reprend la lecture de la nouvelle rédaction de l'article VIII dont le 1er alinéa devra être désormais ainsi conçu:

„L'armée Ottomane ne séjournera plus en Bulgarie et toutes les anciennes forteresses seront rasées aux frais du gouvernement local qui sera tenu de les raser dans le plus bref délai possible et de ne pas en faire construire d'autres. La Sublime Porte etc.“ Le reste de l'alinéa est maintenu.

Le 2e alinéa, remplacé déjà par une proposition acceptée en Congrès, devra être ultérieurement modifié par la Commission de rédaction dans le sens de cette proposition.

Le 3e alinéa est réservé.

Le Baron de Haymerle fait observer que le 1er alinéa de l'article IX est réglé par l'amendement du Comte Corti. Quant au 2e, il est remplacé, à partir des mots „le règlement relatif aux voies ferrées“, par la proposition Austro-Hongroise sur les chemins de fer.

Le Comte Schouvalow et M. d'Oubril déclarent que l'article X est désormais inutile et doit être supprimé. Quant à l'article XI, les Plénipotentiaires sont d'avis qu'il est du ressort de la commission de rédaction. Carathéodory Pacha fait remarquer que dans tous les cas, l'alinéa 2 de l'article XI devra être maintenu.

Le Président constate que la totalité de la lecture faite par le Baron Haymerle ayant réuni l'adhésion unanime du Congrès, la haute assemblée a terminé la question Bulgare, et se trouve maintenant en mesure de procéder à une autre partie de sa tâche.

S. A. S. exprime l'espoir que les Plénipotentiaires voudront bien, pour les objets qui resteront à discuter, procéder d'une manière plus générale et plus rapide que dans la question Bulgare. Le Congrès, tel qu'il est actuellement composé, ne saurait, en effet, siéger assez longtemps pour entrer dans des détails nombreux: il ne peut que poser les bases et laisser élaborer les détails par une assemblée qui se réunirait après lui et terminerait l'examen des questions secondaires.

Parmi les questions importantes qui, dans son opinion, devraient désormais occuper le Congrès, le Président cite en premier lieu celles du remaniement territorial touchant la Bosnie, le Monténégro, la Serbie de la Roumanie. Il restera ensuite l'examen des questions des provinces grecques, du Danube, des détroits, de l'Asie, de l'indemnité de guerre. S. A. S. demande, si la haute assemblée est d'avis de mettre à l'ordre du jour de la prochaine séance, fixée à Vendredi 28 Juin, la discussion des questions territoriales, comprenant la rectification des frontières et l'indépendance des pays indiqués.

Une conversation s'étant engagée entre les Plénipotentiaires au sujet de différentes questions d'un ordre religieux ou commercial qui devraient être traitées en connexité avec celles de l'indépendance et des frontières, Lord Beaconsfield pense, d'accord avec le Président, que toutes ces questions qui forment groupe peuvent être discutées ensemble sans grande difficulté.

L'ordre du jour de la séance prochaine est ainsi fixé: Bosnie, Monténégro, Serbie et Roumanie.

Mehemed Ali Pacha demande ensuite à lire une proposition relative aux frontières Serbes et dont voici le texte:

„D'après les bases de la paix signées à Andrinople, une rectification de frontière doit être assurée à la Principauté de Serbie.

Les Plénipotentiaires Ottomans proposent à la haute Assemblée de vouloir bien admettre pour le tracé de cette rectification les principes généraux qui suivent:

1° que la nouvelle ligne frontière soit dans la mesure du possible une ligne naturelle et stratégique.

2° que la grande route de Bosnie qui de Mitrovitza se dirige par Novibazar à Sjenitza et s'y bifurque pour aller d'un côté par Novivaroch à Vichigrad et de l'autre côté par Prepol et Tachlidjé à Tchaïnitza, ainsi que le chemin de fer qui reliera Mitrovitza à la Bosnie ne soient pas détachés du territoire ottoman et qu'ils se trouvent assez éloignés de la frontière, pour que la sécurité de ces deux grandes lignes de communication soit garantie.

3° que les villes et bourgs ottomans de Vichagrad, Novi-varoch, Sjenitza, Novibazar, Mitrovitza et Prichtina soient placés à une distance telle de la nouvelle frontière que les conditions de leur existence ne soient pas compromises.

4° que les Cazas Albanais de Vitchitren, Kourchoumli, Urkup (Prokoplje) et Leskovdja ne soient pas détachés de l'Empire, et que dans le cas où le Congrès déciderait d'en séparer une partie,

le défilé de Prepolac (Takhtali Khan Getchidi) entre Kourchoumli et Prichtina, et celui de Grdelica-Dzeva situé entre Leskovdja et Vranja restent, en tout cas, à la Turquie, étant indispensables pour la défence des districts de Prichtina et de Vranja qui, alors, formeraient de ce côté la frontière Nord de l'Empire."

La proposition sera imprimée et distribuée.

La séance est levée à 4 heures.

Protocole N° 8.

Séance du 28 Juin 1878.

Le Président annonce que M. Rangabé, ministre de Grèce à Berlin, lui a fait savoir que le gouvernement de S. M. Hellénique a désigné M. Théodore Delyannis, ministre des affaires étrangères, pour son Représentant auprès du Congrès. M. Rangabé a été nommé Second Plénipotentiaire de Grèce.

Le Prince de Bismarck fait ensuite au Congrès la communication suivante:

La haute Assemblée se rappelle que le Protocole N° 6 de la séance du 25 Juin est resté ouvert pour recevoir ultérieurement le vote définitif de la proposition de S. E. M. Waddington, relatif au passage des troupes turques par la Roumélie orientale.

MM. les Plénipotentiaires de Russie, ayant informé le Président qu'ils adhèrent à la rédaction de l'alinéa 3, telle qu'elle se trouve consignée dans le protocole 6, — il sera donné acte de cette déclaration au protocole.

S. A. S. informe le Congrès de la composition de la Commission de rédaction constituée en vertu d'une décision prise par la haute Assemblée dans une séance précédente. Voici les noms des membres de cette Commission:

Pour l'Allemagne S. A. S. le Prince Hohenlohe. — Pour l'Autriche-Hongrie S. E. le Baron Haymerle. — Pour la France S. E. M. Desprez. — Pour la Grande Bretagne S. E. Lord Odo Russell. — Pour l'Italie S. E. le Comte de Launay. — Pour la Russie S. E. M. d'Oubril. — Pour la Turquie S. E. Carathéodory Pacha.

Le Président ajoute que la Commission a tenu aujourd'hui même sa première séance.

Le Congrès passe à l'ordre du jour qui appelle dans sa généralité les remaniements territoriaux et le Président soumet à la discussion du Congrès en premier lieu l'article XIV du Traité de San Stefano relatif à la Bosnie et à l'Herzégovine.

Le Comte Andrássy donne lecture de la communication suivante:

„Tous les Gouvernements s'accordent à reconnaître que l'Autriche-Hongrie, en sa qualité de Puissance limitrophe, est intéressée plus que toute autre Puissance au règlement de l'état de choses en Bosnie et dans l'Herzégovine.

Les belligérants ont tenu compte de ce point de vue en réservant à l'entente avec l'Autriche-Hongrie, par l'article XIV du traité de paix préliminaire, la solution définitive de cette question. En précisant les objections contre l'article précité qui découlent de la particularité des intérêts Austro-Hongrois, les Plénipotentiaires de Sa Majesté I^le. et R^le

se croient en devoir de relever que la question bosno-herzégovienne tout en concernant le plus directement l'Autriche-Hongrie, ne cesse pas d'être une question éminemment européenne.

On ne saurait perdre de vue que le mouvement qui a conduit à la guerre en Orient a eu son origine en Bosnie et Herzégovine.

Les maux et les dangers qui en ont résulté pour l'Europe sont connus, — l'Autriche-Hongrie en a été atteinte en première ligne.

Le nombre considérable de troupes échelonnées sur nos frontières n'a pas suffi pour arrêter le passage des insurgés et les incursions réciproques. Les forces turques concentrées en Bosnie au commencement des troubles, n'ont pas été en mesure, quelque nombreuses qu'elles fussent, de mettre un terme à une insurrection et émigration permanentes. Plus de 200,000 hommes ont ainsi abandonné leurs foyers. Depuis trois années le Gouvernement I. et R. a dû prendre à sa charge les frais de leur entretien. 10 millions de florins ont déjà été affectés à cet usage. Se méfiant du sort qui les attend à leur retour, les émigrés se refusent à rentrer dans leur patrie. Ainsi jour par jour de nouveaux et lourds sacrifices nous sont imposés, et rien n'en fait présager la fin prochaine. Nos populations limitrophes souffrent des dommages incalculables de cette immigration incessante et prolongée.

En présence de cet état de choses qu'il ne lui a pas été possible de prévenir, le Gouvernement I. et R. ne peut avoir d'autre but que d'y voir mis fin une fois pour toutes par une solution offrant des garanties de stabilité.

L'article XIV du traité préliminaire de San Stefano propose pour solution l'introduction d'une autonomie, telle qu'elle a été communiquée aux Plénipotentiaires Ottomans dans la première séance de la Conférence de Constantinople.

Le Gouvernement de Sa Majesté l'Empereur et Roi serait prêt à accepter toute solution qui laisserait entrevoir la pacification prompte et définitive des provinces dont il s'agit. Toutefois, considérant leurs conditions nationales, religieuses et géographiques rendues plus compliquées encore par les changements territoriaux résultant de la guerre, nous devons considérer la solution indiquée comme tout-à-fait irréalisable. Des obstacles insurmontables s'y opposent tant en principe que dans l'exécution.

La population de ces pays se compose de muselmans, d'orthodoxes et de catholiques, fanatiques dans l'antagonisme qui les divise, et ne vivant pas dans des circonscriptions différentes, mais pêle-mêle dans les mêmes districts, les mêmes villes, les même villages.

La S. Porte aurait pour tâche de réunir tous ces éléments opposés dans le moule d'un même régime autonome. Elle devrait procéder au rapatriement des réfugiés dispersés en Autriche-Hongrie et dans le Monténégro, subvenir à leur entretien et, afin de rendre possible la reprise du travail paisible, les munir de grains pour l'ensemencement des terres et de matériaux pour la reconstruction de leurs maisons. Elle devrait mettre en oeuvre le règlement de la question agraire, source principale des secousses périodiques qui ont agité ces contrées, problème hérissé d'obstacles au milieu d'une population déchirée par les haines religieuses et les rancunes sociales, problème qu'un pouvoir fort et impartial seul peut résoudre dans un pays où toute la propriété foncière se trouve dans les mains des musulmans pendant que les chrétiens laboureurs ou fermiers forment la majorité des habitants.

En même temps que la S. Porte serait appelée à des sacrifices dépassant ses moyens, l'article XIV dispose qu'elle ne pourra pas recouvrer

les arriérés et devra renoncer pendant deux ans encore aux revenus courants de ces provinces.

Assurément ce n'est pas faire un reproche à la Turquie, ni mettre en doute sa bonne volonté, que d'affirmer qu'elle ne serait pas en mesure de suffire à cette tâche.

Il lui serait impossible de l'accomplir dans des circonstances normales. Elle est d'autant plus irréalisable à l'issue d'une guerre à peine achevée, en présence surtout de la recrudescence de l'antagonisme qui se manifeste avec plus de vivacité même qu'au commencement des désordres, depuis que des districts habités par des musulmans se trouvent, ou devront être placés sous la domination serbe et monténégrine. L'appréhension que l'autonomie dans de pareilles conditions, loin d'amener la pacification de ces contrées, n'en ferait qu'un foyer permanent de troubles, n'est que trop fondée.

Il appert de l'exposé succinct qui précède qu'un réglement durable de cette question ne saurait être atteint sur la base de l'article XIV. Toute tentative infructueuse d'installer une organisation autonome dans ces provinces y donnerait un nouvel essor aux agitations et nous serions ainsi sous peu exposés de nouveau aux dommages intolérables que nous ont causés et nous causent les ébranlements dans ces provinces.

Le Gouvernement austro-hongrois doit de plus se préoccuper de la situation géographique qui résultera pour la Bosnie et l'Herzégovine à la suite des remaniements territoriaux qu'entraîne une délimitation nouvelle de la Serbie et du Monténégro. Le rapprochement des frontières de ces Principautés placerait dans ces parages les voies de communication avec le reste de l'Orient dans des conditions préjudiciables aux intérêts commerciaux de la Monarchie.

Pour ces motifs les Plénipotentiaires de Sa Majesté I[le] et R[le] ap[que] se croient en devoir d'appeler la sérieuse attention du Congrès sur les dangers qu'entraînerait toute solution dépourvue de garanties de durée. Intéressée en première ligne, comme Puissance limitrophe, l'Autriche-Hongrie a l'obligation de déclarer franchement et ouvertement que ses intérêts les plus vitaux ne lui permettent d'accepter qu'une solution de la question bosno-herzégovienne qui serait apte à amener la pacification durable des dites provinces et à empêcher le retour d'événements qui ont fait courir de si graves dangers à la paix de l'Europe et créé à l'Autriche-Hongrie tout en lui imposant de grands sacrifices et de graves pertes matérielles, une situation intolérable dont elle ne saurait accepter la prolongation."

Lord Salisbury lit la proposition ci-après:

„La condition sociale et la position géographique de la Bosnie et de l'Herzégovine méritent dans la même proportion l'attention du Congrès.

Ce sont les seules provinces de la Turquie où les propriétaires du sol aient, presque sans exception, une croyance religieuse autre que celle des paysans.

L'insurrection qui a résulté de cet antagonisme a donné lieu à la guerre qui vient de dévaster la Turquie, et les animosités qui séparent les deux classes de la population ne sont pas moins vives qu'elles ne l'étaient il y a trois ans.

Elles ont été exaspérées par les passions de la guerre civile, et l'opposition au Gouvernement sera stimulée par les succés récents des deux Principautés voisines.

Il n'est guère probable que la Porte soit capable de lutter aujourd'hui contre les agitations qu'elle n'était pas assez forte pour empêcher ou pour supprimer avant même que les tristes événements de ces deux dernières années ne fussent survenus.

A cet effet il faudrait un Gouvernement qui eût non seulement les moyens nécessaires pour établir une bonne administration, mais qui possédât également des forces assez prépondérantes pour supprimer toute espèce de trouble.

Si les Puissances ne réussissent pas, dès à présent, à pourvoir à l'établissement d'une administration stable et forte dans ces régions, elles seront responsables du renouvellement inévitable des souffrances qui ont invoqué les vives sympathies de l'Europe, et qui ont donné lieu à de si graves événements.

La position géographique de ces provinces est aussi d'une haute importance politique. Dans le cas où il en tomberait une partie considérable entre les mains de l'une des principautés voisines, une chaine d'Etats Slaves serait formée qui s'étendrait à travers la presqu'île des Balcans, et dont la force militaire menacerait les populations d'autre race occupant les territoires au sud. Un pareil état de choses serait sans doute plus dangereux à l'indépendance de la Porte qu'aucune autre combinaison. Il est cependant très probable qu'un tel résultat se produise dans le cas où la Porte restera chargée de la défense de ces deux provinces éloignées. De grands dangers seraient à craindre tant pour les provinces que pour la Porte, si cette dernière continuait à les occuper et à les administrer.

D'autre part la Bosnie et l'Herzégovine ne prêtent rien à la richesse, ni à la force de la Porte. On a constaté dans la Conférence de Constantinople que leurs revenus n'égalaient pas les dépenses qui se faisaient pour leur compte. La dépense nécessaire pour les défendre serait énorme, et elles n'ont aucune valeur stratégique pour la Turquie.

Or, la Porte ferait preuve de la plus haute sagesse si elle refusait de se charger plus longtemps d'une tâche qui dépasse ses forces, et, en la confiant à une Puissance capable de la remplir, elle détournerait de l'Empire Turc des dangers formidables.

Par ces motifs le Gouvernement de la Reine propose aux Puissances réunies que le Congrès statue que les provinces de la Bosnie et de l'Herzégovine seront occupées et administrées par l'Autriche-Hongrie."

Le Prince de Bismarck déclare s'associer, au nom de l'Allemagne, à la proposition que le Mis de Salisbury vient de lire, et explique son vote par les considérations suivantes:

„L'Europe désire créer un état de choses stable et assurer d'une manière efficace le sort des populations en Orient.

C'est à ce point de vue, que les Représentants des Puissances réunis en Congrès ont un intérêt tout spécial à s'occuper des provinces de Bosnie et d'Herzégovine.

Il est notoire que les secousses périodiques qui ont ébranlé l'Orient et notamment le dernier mouvement qui a menacé d'embraser l'Europe, ont pris leur origine dans cette province. Ce n'est donc pas un intérêt austro-hongrois seulement, mais un devoir général que de rechercher des moyens efficaces pour prévenir le retour de pareils événements.

L'Allemagne qui n'est liée par aucun intérêt direct dans les affaires d'Orient, partage pourtant le désir de mettre fin à un état de choses qui, en se prolongeant, contiendrait le germe de nouveaux désordres ayant à leur suite des désaccords entre les Cabinets européens. Il serait dangereux de garder l'illusion que, pour remédier à cette situation, il suffirait d'introduire des réformes en Bosnie et Herzégovine sur la base des institutions actuelles. Seul un état puissant et disposant des forces nécessaires à portée du foyer des désordres pourra y rétablir l'ordre et assurer le sort et l'avenir de ces populations.

Partant de ces considérations, je m'associe, au nom de l'Allemagne,

à la proposition de M. le Plénipotentiaire de la Grande Bretagne, et je la recommande vivement à l'acceptation de la Haute Assemblée.“

Le Premier Plénipotentiaire d'Italie rappelle que S. E. le Comte Andrássy a donné lecture d'un exposé sur les conditions de la Bosnie et de l'Herzégovine, et sur les intérêts qui se rattachent à cette situation. S. E. le Marquis de Salisbury a proposé de confier à l'Autriche-Hongrie l'occupation militaire et l'administration de ces Provinces, comme étant de nature à résoudre les difficultés existantes. S. A. S. le Prince de Bismarck a appuyé la proposition de l'Angleterre au nom de l'Allemagne. Les Plénipotentiaires Italiens voudraient demander au Premier Plénipotentiaire Austro-Hongrois si S. E. est à même de fournir, à l'égard de cette combinaison, quelques explications ultérieures, au point de vue de l'intérêt général de l'Europe.

Le Premier Plénipotentiaire d'Autriche-Hongrie, se référant aux considérations qu'il a exposées, a l'espoir et même la conviction que le point de vue européen qui a inspiré le Gouvernement austro-hongrois ne sera pas moins apprécié par le cabinet italien que par les autres cabinets de l'Europe.

Le Premier Plénipotentiaire Ottoman expose l'opinion de son Gouvernement dans les termes suivants:

„Le désir très-ferme du Gouvernement Ottoman a été dès l'origine de fournir en ce qui le concerne, toutes les facilités possibles à l'oeuvre de paix et de conciliation qui constitue la mission des Grandes Puissances de l'Europe réunies, en ce moment, en Congrès.

L'attitude des Plénipotentiaires Ottomans au sein de cette haute Assemblée a été constamment conforme à ce principe fondamental de la politique de leur Gouvernement. Pendant les délibérations qui se sont succédé jusqu'ici et dans lesquelles on a agité et résolu des questions de la plus haute importance pour le présent aussi bien que pour l'avenir de l'Empire, il se sont toujours fait un devoir — leurs collègues leur rendront certainement cette justice — de témoingner la plus haute déférence aux désirs exprimés par les Grandes Puissances en vue de mettre un terme aux difficultés pendantes.

Ils n'en regrettent que plus vivement de se trouver aujourd'hui dans la nécessité de faire connaître au sujet de l'occupation de la Bosnie et de l'Herzégovine, une opinion différente de celle qui vient d'être émise.

Les Plénipotentiaires Ottomans avouent, tout d'abord, qu'ils ne voient aucune nécessité urgente à donner suite à cette proposition d'occupation. La gravité des motifs qui ont été allégués en faveur d'une mesure de ce genre n'est pas ressentie par eux au même degré que par Leurs Exellences les membres du Congrès qui semblent y attacher une importance décisive. Le but de cette occupation ne peut être évidemment que de rétablir l'ordre et la tranquillité dans ces deux provinces et de procéder au rapatriement des réfugiés. La S. Porte ne poursuivant également que ce même but et disposant, d'une autre côté, de moyens suffisants pour réaliser, ne peut vouloir laisser à aucune autre Puissance le soin et la charge de remplir une tâche qui lui revient tout naturellement et de droit.

Les Plénipotentiaires Ottomans s'empressent, d'ailleurs, de faire connaître à cette haute Assemblée que la S. Porte s'engage à procéder immédiatement à la mise en oeuvre des moyens propres à ammener le résultat désiré en envoyant immédiatement sur les lieux des hauts commissaires qui seront chargés d'organiser une gendarmerie, de pouvoir à l'installation et à l'entretien des réfugiés jusqu'au commencement des travaux des champs et de mettre à exécution le système d'administration

qui sera adopté pour ces deux provinces ainsi que d'autre mesures d'amélioration.

Les Plénipotentiaires Ottomans espèrent que le Congrès voudra bien apprécier l'étendue et l'importance de cet engagement qu'ils n'hésitent pas à lui donner au nom de leur gouvernement; ils osent également croire qu'il ne leur sera pas difficile de convaincre cette haute Assemblée de l'efficacité de mesures que la S. Porte mettrait en application sans le moindre délai.

Le principal motif de doute qui s'est fait jour ici même, est tiré de ce que — dit-on — l'ordre n'a pu être rétabli en Bosnie et en Herzégovine depuis bientôt trois ans. On en conclut que ces provinces se trouvent déjà placées en quelque sorte au delà du rayon dans l'étendue duquel s'exerce l'influence normale du pouvoir de la S. Porte.

Cependant, que Leurs Excellences, les membres du Congrès veuillent bien prendre en considération que si les désordres en Bosnie se sont prolongés pendant un laps de temps relativement assez long, cette persistance s'explique bien facilement si l'on tient compte des difficultés tout à fait exceptionelles avec lesquelles le Gouvernement Ottoman s'est trouvé aux prises pendant ce temps. L'état d'hostilité ouverte dans lequel se trouvent depuis environ trois ans, les deux Principautés limitrophes de la Bosnie contre la S. Porte, la grande et douloureuse guerre qui a désolé l'Empire en Europe et en Asie ne pouvaient manquer d'absorber les forces et l'attention de l'Etat et de fournir un aliment toujours nouveau aux velléités de révolte et d'agression qui persistent en Bosnie. Aussi bien loin de fournir une preuve de la faiblesse du pouvoir du Sultan dans ce pays, les circonstances auxquelles il a été fait allusion donnent lieu à une conclusion tout à fait différente. La force et l'influence de la S. Porte doivent être bien puissantes en Bosnie pour que pendant trois années de guerre et de calmités sur toute l'étendue de l'Empire, l'autorité Ottomane se soit maintenue intacte dans cette province. Est ce donc aujourd'hui, au retour de la paix et juste au moment où la S. Porte va pouvoir concentrer toutes ses forces et tous ses soins au rétablissement de l'ordre dans ce pays qu'on voudrait croire qu'elle est impuissante à remplir cette tâche.

Le Gouvernement Impérial a pleine conscience de l'efficacité de son pouvoir sur ces provinces; et, malgré les accroissements territoriaux qu'on semble décidé à donner aux Principautés voisines, accroissements qui sans nul doute augmenteraient le cas échéant, leurs moyens agressifs, la Turquie est d'avis qu'elle se trouve toujours à même de réprimer ces convoitises si jamais elles venaient à se manifester, surtout si l'appui moral du Cabinet de Vienne ne lui faisait pas défaut. C'est à cet appui moral que le Gouvernement Ottoman attache le plus grand prix; c'est cet appui qu'il tient à se concilier dans cette circonstance.

On a pensé que la Bosnie n'étant pas une province de grande rapport pour le trésor Ottoman, son occupation par les armées Austro-Hongroises ne saurait, par conséquent présenter pour la S. Porte de grands inconvénients. Qu'il soit permis aux Plénipotentiaires Ottomans de prendre note de cette déclaration d'après laquelle tous les revenus de la province de Bosnie sont dépensés dans la province elle-même. Mais ils ne peuvent, d'un autre côté, s'empêcher de faire remarquer que de ce qu'une province ne fournit pas au trésor des sommes considérables, il n'en résulte pas que son occupation par des troupes d'une Puissance étrangère, doive être indifférente au souverain qui la possède.

Sans insister davantage sur les considérations de cet ordre d'idées, les Plénipotentiaires Ottomans ont l'honneur de réitérer a Leurs Excellences les membres de cette haute Assemblée que la S. Porte offre

de s'engager à remplir d'elle même, immédiatement, le programme de réformes qui sembleraient, en ce moment, les mieux appropriées aux exigences des circonstances.

Pour ce qui est de la question agraire, il serait peut-être inopportun de s'engager ici dans de longs développements; il serait également inutile de rappeler les diverses solutions que cette question a reçues dans bien des pays où elle avait causé des difficultés analogues à celles qu'on signale dans la Bosnie. La S. Porte serait-elle seule dans l'impuissance d'y appliquer des remèdes de même nature? D'ailleurs, la question agraire subsiste encore dans plusieurs contrées pour lesquelles néanmoins on n'a guère songé à avoir recours à des moyens de la nature de ceux qui sont, aujourd'hui, proposés pour la Bosnie.

Aussi, sans vouloir donner un plus grand développement à leurs idées, les Plénipotentiaires Ottomans pensent que ce qui vient d'être dit est suffisant pour persuader la haute Assemblée que si elle voulait bien prendre acte de l'engagement qu'ils offrent, au nom de leur Gouvernement, elle assurerait bien mieux et bien plutôt la pacification de ces contrées que si elle donnait son assentiment à une proposition d'occupation, pouvant provoquer des inconvénients beaucoup plus graves que ceux auxquels on se propose de remédier."

S. E. ajoute qu'en s'exprimant ainsi, Elle se conforme aux instructions de son Gouvernement.

Le Premier Plénipotentiaire de France voudrait expliquer brièvement les motifs de son adhésion à la proposition du Marquis de Salisbury. Le Gouvernement français n'a pas d'intérêt immédiat dans la question Bosniaque, mais il a intérêt à ce que l'oeuvre du Congrès soit utile et durable: c'est là l'ordre d'idées où il se place pour toute affaire qui ne le touche pas directement. S. E. regarde la combinaison indiquée par le cabinet anglais comme la seule qui puisse assurer une existence paisible aux populations de la Bosnie et de l'Herzégovine, si profondément déchirées par des haines politiques, religieuses et sociales; il estime que seule une Puissance voisine, assez forte pour être impartiale, peut établir la paix dans ces provinces désolée; en un mot, il considère l'intervention du gouvernement d'Autriche-Hongrie comme une mesure de police européenne.

Lord Beaconsfield, après avoir rappelé l'importance de la question et la mission du Congrès qui est d'établir, s'il est possible, la paix en Europe, reconnait que si, de l'avis de tous, l'une des bases principales de cette paix est l'indépendance du Sultan comme souverain européen, on ne saurait cependant se dissimuler que les troubles survenus dans les contrées dont il s'agit ont été l'origine de tout les lamentables événements des dernières années. S. E. est convaincue que si le Sultan n'a pas pu, avant la guerre, lorsque ses ressources étaient considérables, maintenir l'ordre et la stabilité en Bosnie et Herzégovine et préserver ainsi la paix générale, il n'y a aucune raison de croire qu'aujourd'hui, après une lutte qui lui a fait d'ailleurs le plus grand honneur, le Gouvernement Ottoman soit en mesure de donner à la paix de l'Europe les sécurités qu'elle est en droit de demander. Les Puissances doivent donc rechercher des moyens de garantie plus efficaces, et elles espèrent les rencontrer dans l'action d'un grand gouvernement limitrophe, puissant, d'opinions conservatrices et qui n'a jamais cherché à troubler les intérêts de personne sur aucun point du monde. Est-ce là un sacrifice matériel à demander à la Turquie? Le noble Lord regarde au contraire que ces provinces, ainsi que l'a constaté la Conférence de Constantinople, n'ont jamais donné à la Porte un revenu égal à la dépense qu'elles lui causent. N'est-il pas en outre de haute importance, lorsque

les Grandes Puissances s'efforcent de faire justice à toutes les races, de prévenir dans ces contrées la prédominance d'une seule race? Si le Congrès laissait les provinces dont il s'agit dans l'état où elles se trouvent actuellement, on verrait reparaître la prédominance de la race Slave, race qui est peu disposée à faire justice aux autres. On doit reconnaître que la proposition de Lord Salisbury n'est pas faite dans l'intérêt de l'Angleterre, mais en vue de la paix de l'Europe entière. Aucune nation n'est mieux en état que l'Autriche-Hongrie d'accomplir en ce moment, par l'occupation de ces provinces, le grand devoir de maintenir l'ordre, de l'assurer, d'établir la prospérité et en définitive de fortifier la Porte Ottomane, en augmentant son poids dans les affaires européennes.

Le Prince Gortchacow dit que la Russie est désintéressée dans la question, mais que les considérations développées par le Comte Andrássy, la proposition de Lord Salisbury, appuyée par l'Allemagne, la France, l'Italie et par les explications si nettes de Lord Beaconsfield lui prouvent l'efficacité de la résolution préparée pour le but pacifique que le Congrès désire atteindre. En réalité, il s'agit de préserver les populations chrétiennes contre des abus séculaires: la motion anglaise rentre dans les vues générales de la Russie et S. A. S. lui donne son entière adhésion. Quant à l'observation de Carathéodory Pacha qui attribue à des influences étrangères la dernière insurrection, S. A. S. ne saurait l'admettre: les troubles ont été amenés par l'état des provinces de Bosnie et d'Herzégovine, et ce n'est que par des modifications radicales qu'on peut en empêcher le retour.

Le Premier Plénipotentiaire de Turquie, répondant à cette assertion, rappelle qu'il n'a pas entendu examiner l'origine de l'insurrection Bosniaque, mais seulement affirmer que si l'ordre n'a pas été rétabli plutôt, les événements qui se sont produits depuis un an en ont seuls été la cause. Le Gouvernement ottoman prend aujourd'hui envers le Congrès l'engagement de pacifier la province à bref délai. Il indique les moyens qu'il compte employer pour arriver à ce but et qui semblent de nature à calmer toute appréhension. Comme le gouvernement ottoman est plus à même que tout autre de connaître l'état des choses dans ces provinces, il est évident que s'il prend cet engagement, c'est qu'il est convaincu qu'il pourra le remplir.

Le Comte Andrássy désirerait présenter quelques objections au document lu par Carathéodory Pacha. Le Premier Plénipotentiaire Ottoman a dit que la mesure proposée était inutile, puisque la Porte est prête à remédier aux maux qui sont signalés et serait notamment en état de pourvoir au rapatriement des réfugiés dont le nombre n'est pas inférieur à 200,000 âmes. Le Comte Andrássy fait remarquer sur ce point que, depuis trois ans, des mesures sont réclamées de la Sublime Porte; tantôt promises, tantôt éludées, ces dispositions, en définitive, n'ont jamais été prises. Quant à l'observation de Carathéodory Pacha que la Turquie a conservé, jusqu'à présent, ces provinces intactes, le Premier Plénipotentiaire d'Autriche-Hongrie pense que S. E. voudra bien admettre que ce résultat est dû en grande partie à la position des troupes Austro-Hongroises sur la frontière pendant les trois années qui viennent de s'écouler. Le Comte Andrássy ajoute que l'Autriche-Hongrie, sans cesse préoccupée du principe de stabilité qui dirige sa politique, ne saurait faire dépendre l'avenir des illusions que la Porte peut conserver, mais que les événements des dernières années n'ont que trop démenties. S. E. déclare donc que:

„La proposition de MM. les Plénipotentiaires de la Grande Bretagne et de l'Allemagne paraissant la solution la plus apte à amener

la pacification prompte, complète et durable de la Bosnie et de l'Herzégovine, et répondant ainsi le mieux au but commun que toutes les Puissances ont en vue, à savoir, de créer un ordre de choses stable, les Plénipotentiaires d'Autriche-Hongrie ont l'honneur d'y donner leur adhésion et de déclarer que le Gouvernement austro-hongrois est prêt à se charger de l'occupation et de l'administration de ces provinces.

Le territoire du Sandjak de Novibazar qui s'étend entre la Serbie et le Monténégro dans la direction sud-est jusqu'au delà de Mitrovitza et qui fait partie de l'ancien vilayet de Bosnie, ne confinant pas directement avec le territoire austro-hongrois, les Plénipotentiaires de Sa Majesté I[le] et R[le] déclarent que l'Autriche-Hongrie ne désire pas se charger de l'administration de ce Sandjak, où l'administration ottomane pourrait être continuée. Néanmoins afin d'assurer le maintien du nouvel état politique, la liberté et la sécurité des voies de communication, l'Autriche-Hongrie doit se réserver le droit de garnison et de routes militaires et commerciales sur toute l'étendue de la partie indiquée de l'ancien vilayet de Bosnie."

Le Président, tout en faisant remarquer que l'opinion des divers membres du Congrès est indiquée par les discours qui viennent d'être prononcés, croit devoir, néanmoins, demander le vote formel des représentants des Puissances.

L'Autriche-Hongrie, la France, la Grande Bretagne, l'Italie adhèrent à la proposition anglaise: la Russie l'accepte également, en faisant remarquer que son vote s'applique exclusivement aux termes de la motion de Lord Salisbury.

Les Plénipotentiaires Ottomans refusent leur adhésion en se déclarant liés par les instructions de leur Gouvernement.

Le Président, s'exprimant au nom de la majorité du Congrès et surtout des Puissances neutres, croit de son devoir de rappeler aux Plénipotentiaires de Turquie que le Congrès est réuni, non pas pour sauvegarder les positions géographiques dont la Porte désirerait le maintien, mais pour préserver la paix de l'Europe dans le présent et dans l'avenir. S. A. S. fait remarquer aux Représentants Ottomans que, sans l'intervention du Congrès, ils se trouveraient en présence de la totalité des articles du Traité de San Stefano, que cette intervention leur rend une province beaucoup plus grande et plus fertile que la Bosnie, c'est-à-dire le territoire qui s'étend de la Mer Egée aux Balcans. Les résolutions de la haute Assemblée forment un ensemble dont il est impossible d'accepter le bénéfice en répudiant les désavantages. La Porte n'a donc aucun intérêt à faire échouer les travaux du Congrès, en refusant son assentiment et en mettant les Puissances dans les cas d'aviser en dehors d'elle à leurs propres intérêts. S. A. S. constate que les six grandes Puissances sont d'accord en ce qui concerne la Bosnie et l'Herzégovine, et maintient l'espoir qu'une oeuvre, dont la Turquie est appelée à retirer de grands avantages, ne sera pas interrompue par l'opposition de la Porte. S. A. S. demeure persuadée que le Gouvernement Ottoman adressera bientôt de nouvelles instructions à ses Plénipotentiaires et termine en disant que le Protocole reste ouvert pour les recevoir.

Le Comte Schouvalow demande à présenter une observation sur un point du discours de M. le Premier Plénipotentiaire d'Autriche-Hongrie. Le Comte Andrássy, en disant que les intérêts austro-hongrois n'exigeaient pas l'occupation et l'administration de la partie appelée généralement „l'enclave", a demandé cependant les routes militaires et quelque points stratégiques. Les Plénipotentiaires de Russie, qui ont adhéré à la proposition du Marquis de Salisbury, se trouvent ici en présence d'une pensé nouvelle, qui n'est pas encore très-clair pour eux,

1878.

et dont le développement pourrait affecter les frontières et agrandissements territoriaux réservés au Monténégro et à la Serbie. S. E. désire donc prendre cette dernière partie du discours du Comte Andrássy ad referendum jusqu'à ce qu'il ait eu à ce sujet une explication avec le Premier Plénipotentiaire d'Autriche-Hongrie.

Le Président déclare que le Protocole reste également ouvert pour les observations subséquentes que voudraient présenter les Plénipotentiaires de Russie.

Le Congrès, suivant son ordre du jour, aborde la question de Serbie, et le Président donne lecture des premiers mots de l'article III du Traité de San Stefano, ainsi conçu:

„La Serbie est reconnue indépendante."

S. A. S. demande si ce principe est admis par la haute Assemblée.

Carathéodory Pacha lit les considérations suivantes:

„A la première occasion qui s'offre au Congrès de ce prononcer sur les stipulations d'indépendance insérées dans le Traité de San Stefano, Carathéodory Pacha prie le Congrès de lui permettre d'accompagner son opinion de quelques mots. C'est en vue d'un grand intérêt européen aussi bien que dans l'intérêt de la Serbie elle-même que l'Europe avait consacré le lien de vassalité qui unissait jusqu'à présent cette Principauté à la Cour Suzeraine. Que la Turquie ait fait usage du droit qui lui était conféré par les traités avec une modération qui ne s'est démentie, pas même au milieu des plus rudes épreuves, que ce droit ait présenté une utilité réelle pour le réglement facile des difficultés qui, à différentes époques ont vivement intéressé l'Europe, que cette Suzeraineté, ainsi entendue, ait assuré une indépendance réelle à la Serbie, et que celle-ci en ait reconnu à plusieurs reprises la haute valeur, — ce sont là des faits incontestables.

Le Traité de San Stefano inaugurait un nouveau système pour ce pays aussi bien que pour d'autres, qui se trouvaient placés à peu près dans les mêmes conditions en les détachants du centre qui leur avait été assigné. Si l'idée de l'indépendance prévaut aujourd'hui dans les conseils de l'Europe, la Turquie ne s'y opposera pas, car elle est persuadée que cette indépendance, qu'il s'agit pour le Congrès de sanctionner, sera réelle, sérieuse, qu'elle sera assumée par les pays dans la pleine conscience des droits aussi bien que des devoirs qu'elle leur impose, parceque dès lors elle sera respectée et qu'elle ne diminuera pas les garanties d'ordre public européen que le lien de suzeraineté avait su créer et maintenir."

Le Président fait remarquer que l'énonciation de l'article III est absolue et il ne croit pas admissible que la Turquie retire l'assentiment qu'elle a donné à San Stefano sur ce point.

S. A. S. procède au vote.

Lord Salisbury reconnaît l'indépendance de la Serbie, mais pense qu'il serait opportun de stipuler dans la Principauté le grande principe de la liberté religieuse.

M. Waddington admet également l'indépendance de la Serbie, mais sous le bénéfice de la proposition suivante identique à celle que le Congrès a acceptée pour la Bulgarie:

„Les habitants de la Principauté de Serbie, quelle que soit leur religion, jouiront d'une complète égalité de droits. Ils pourront concourir à tous les emplois publics, fonctions et honneurs, et exercer toutes les professions, et la différence de croyance ne pourra leur être opposée comme un motif d'exclusion.

L'erxercice et la pratique extérieure de tous les cultes seront entièrement libres, et aucune entrave ne pourra être apportée soit à

l'organisation hiérarchique des différentes communions, soit à leurs rapports avec leurs chefs spirituels."

Le Prince Gortchacow craint que cette rédaction ne s'applique surtout aux Israélites et, sans se montrer contraire aux principes généraux qui y sont énoncés, S. A. S. ne voudrait pas que le question Israélite, qui viendra plus tard, fût préjugée par une déclaration préalable. S'il ne s'agit que de la liberté religieuse, le Prince Gortchacow déclare qu'elle a toujours été appliquée en Russie: il donne pour sa part à ce principe l'adhésion la plus complète et serait près à l'étendre dans le sens le plus large. Mais s'il s'agit de droits civils et politiques, S. A. S. demande à ne pas confondre les Israélites de Berlin, Paris, Londres ou Vienne, auxquels on ne saurait assurément refuser aucun droit politique et civil, avec les Juifs de la Serbie, de la Roumanie et de quelques provinces russes qui sont, à son avis, un véritable fléau pour les populations indigènes.

Le Président ayant fait remarquer qu'il conviendrait peut-être d'attribuer à la restriction des droits civils et politiques ce regrettable état des Israélites, le Prince Gortchacow rappelle qu'en Russie, le gouvernement, dans certaines provinces, a dû, sous l'impulsion d'une nécessité absolue et justifiée par l'expérience, soumettre les Israélites à un régime exceptionel pour sauvegarder les intérêts des populations.

M. Waddington croit qu'il est important de saisir cette occasion solennelle pour faire affirmer les principes de la liberté religieuse par les représentants de l'Europe. S. E. ajoute que la Serbie, qui demande à entrer dans la famille européenne sur le même pied que les autres Etats, doit au préalable reconnaître les principes qui sont la base de l'organisation sociale dans tous les Etats de l'Europe, et les accepter comme une condition nécessaire de la faveur qu'elle sollicite.

Le Prince Gortchacow persiste à penser que les droits civils et politiques ne sauraient être attribués aux Juifs d'une manière absolue en Serbie.

Le Comte Schouvalow fait remarquer que ces observations ne constituent pas une opposition de principe à la proposition française: l'élément Israélite, trop considérable dans certaines provinces russes, a dû y être l'objet d'une règlementation spéciale, mais S. E. espère que, dans l'avenir, on pourra prévenir les inconvénients incontestables signalés par le Prince Gortchacow sans toucher à la liberté religieuse dont la Russie désire le développement.

Le Prince de Bismarck adhère à la proposition française, en déclarant que l'assentiment de l'Allemagne est toujours acquis à toute motion favorable à la liberté religieuse.

Le Comte de Launay dit qu'au nom de l'Italie, il s'empresse d'adhérer au principe de la liberté religieuse qui forme une des bases essentielles des institutions de son pays, et qu'il s'associe aux déclarations faites à ce sujet par l'Allemagne, la France, et la Grande Bretagne.

Le Comte Andrássy s'exprime dans le même sens et les Plénipotentiaires Ottomans n'élèvent aucune objection.

Le Prince de Bismarck, après avoir constaté les résultats du vote, déclare que le Congrès admet l'indépendance de la Serbie, mais sous la condition que la liberté religieuse sera reconnue dans la Principauté. S. A. S. ajoute que la Commission de rédaction, en formulant cette décision, devra constater la connexité établie par le Congrès entre la proclamation de l'indépendance Serbe et la reconnaissance de la liberté religieuse.

Lord Salisbury désirerait également que le Congrès insistât en

faveur de la liberté commerciale et se déclarât contre l'introduction éventuelle d'un droit de transit en Serbie.

Le Comte de Launay fait savoir qu'il a prévenu le voeu de M. le Plénipotentiaire d'Angleterre, et qu'il a préparé, de concert avec ses collègues d'Autriche-Hongrie et de France, la motion suivante:

„Les Plénipotentiaires d'Autriche-Hongrie, de France et d'Italie proposent d'ajouter aux stipulations relatives à la Serbie ce qui suit:

Jusqu'à la conclusion de nouveaux arrangements, rien ne sera changé dans la Principauté de Serbie aux conditions actuelles des relations commerciales de ce pays avec les pays étrangers, aucun droit de transit ne sera prélevé en Serbie sur les marchandises traversant ce pays.

Les immunités et privilèges des sujets étrangers ainsi que les droits de juridiction et de protection consulaires, tels qu'ils existent aujourd'hui, resteront en pleine vigueur tant qu'ils n'auront pas été modifiés d'accord avec les parties contractantes."

Le Président regarde comme de droit commun qu'une province séparée d'un Etat ne puisse s'affranchir des traités auxquels elle a été jusqu'alors soumise. C'est au yeux de S. A. S. un principe de droit des gens qui ne peut, d'ailleurs, qu'être corroboré par une déclaration du Congrès.

La motion présentée par le Comte de Launay est acceptée en principe sauf, à la demande du Comte Schouvalow, d'une révision des détails de rédaction.

Le Congrès continue l'examen de l'article III relatif à la frontière serbe et le Président pense que cette délimitation ne peut-être tracée que par un Comité spécial.

Le Baron de Haymerle présente, sur ce point, le projet suivant:

„La Serbie recevra un agrandissement territorial.

Une définition exacte des frontières ne pouvant se faire dans le Plenum du Congrès, une commission dans laquelle un Plénipotentiaire entrerait pour chaque Puissance, serait chargée de formuler et de soumettre au Congrès un tracé de frontières.

L'annexe contient des propositions plus détaillées des Plénipotentiaires autro-hongrois sur le tracé des frontières."

Le Comte Schouvalow accepte la proposition d'un Comité spécial.

Mehemed Ali Pacha ayant fait allusion aux intérêts de la Turquie dans la délimitation de la frontière et rappelé les considérations qu'il a lues dans la dernière séance, le Président insiste pour la formation d'un comité chargé spècialement de ces questions qui ne sauraient être réglées en réunion générale.

Le Congrès accepte cette proposition: les Plénipotentiaires devront désigner au Secrétariat les délégués qui feront partie du Comité.

L'article IV du Traité de San Stefano, relatif à la Serbie, est ensuite examiné; les alinéas 1 et 2 sont renvoyés à la Commission de rédaction.

Sur le 3e alinéa, relatif à l'évacuation du territoire Ottoman par les troupes Serbes, Lord Salisbury exprime le désir de voir intervenir une décision du Congrès: le Comte Schouvalow ayant fait remarquer qu'une décision précise ne peut être prise sur ce point avant que la frontière ait été délimitée, le Congrès renvoie également à la Commission de rédaction le dernier alinéa de l'article IV.

Le Baron de Haymerle lit la proposition ci-dessus relative aux chemins de fer en Serbie:

„La Principauté de Serbie est substituée pour sa part aux enga-

gements que la S. Porte a contractés tant envers l'Autriche-Hongrie qu'envers la compagnie pour l'exploitation des chemins de fer de la Turquie d'Europe, par rapport à l'achèvement et au raccordement ainsi qu'à l'exploitation des lignes ferrées à construire sur le territoire nouvellement acquis.

Les conventions nécessaires pour régler ces questions seront conclues entre l'Autriche-Hongrie, la Porte, la Serbie et — dans les limites de sa compétence — avec la Principauté de Bulgarie immédiatement après la conclusion de la paix."

Cette motion, identique à celle que le Congrès a votée sur les voies ferrées en Bulgarie, est accueillie à l'unanimité.

Carathéodory Pacha présente les observations suivantes sur le tribut de la Principauté Serbe:

„Le tribut de la Serbie sera capitalisé et le montant versé dans les caisses du Trésor Ottoman dans un délai de . . . .

La Serbie supportera une part de la dette publique ottomane proportionnelle au revenu des districts qui lui seront définitivement annexés."

Le Président fait remarquer qu'il n'est pas question du tribut dans le traité, et, le Comte Schouvalow ayant dit qu'en effet l'indépendance implique naturellement la fin du tribut, Lord Salisbury répond que le tribut était une propriété qui était, comme tous les autres revenus de la Turquie, grevée du paiement de la dette ottomane.

Le Prince Gortchacow n'est pas disposé à s'intéresser aux souscripteurs des emprunts turcs. S. A. S. considère cette affaire comme un triste agiotage. Le Gouvernement Russe a refusé son concours à ses nationaux porteurs de titres ottomans.

Le Comte Schouvalow, revenant à la question du tribut, dit qu'il n'est pas en mesure de la discuter actuellement et demande qu'elle soit renvoyée à la commission de rédaction.

Le Président pense qu'on pourrait peut-être faire supporter à la Serbie une part de la dette équivalente au tribut.

M. Waddington ne saurait admettre les paroles de M. le Premier Plénipotentiaire de Russie au sujet des emprunts turcs. S. E. ne pense pas que ces emprunts puissent être qualifiés d'agiotage; qu'il y ait eu une part de spéculation dans ces affaires, on ne peut le nier, mais actuellement, les titres se trouvent en général entre les mains de détenteurs dignes d'intérêt: M. Waddington n'insiste pas aujourd'hui mais il maintient ses observations en faveur de droits sérieux et que plusieurs de ses collègues, aussi bien que lui-même, se feront un devoir de défendre.

Le Prince Gortchacow répond qu'il n'a pas voulu parler de tous les emprunts, mais de la majorité d'entre eux et, en outre, constater que son gouvernement a refusé tout appui politique aux détenteurs russes de fonds turcs.

Il demeure entendu que la proposition de Carathéodory Pacha est renvoyée à la commission pour la délimitation des frontières.

Le Congrès se préoccupe ensuite de fixer l'ordre du jour de la prochaine séance. Sur les observations du Comte Andrássy et du Comte Schouvalow, la question du Monténégro est remise à une séance ultérieure. Le Congrès décide de passer demain à la discussion des affaires grecques, puis des affaires roumaines, et examine la procédure à suivre en ce qui concerne l'admission des Représentants grecs.

Le Comte de Saint-Vallier fait remarquer que les ministres Grecs doivent, dans la première séance où ils seront admis, se borner à présenter au Congrès les demandes et les observations de leur Gouver-

nement: le Congrès se concerterait ensuite en dehors de leur présence et discuterait avec eux dans une séance suivante. Il y a là, en effet, deux ordres d'idées, d'abord l'exposé des vues et des désirs de la Grèce, puis la discussion elle-même en Congrès.

Le Président accepte cette procédure, et, avec l'assentiment unanime de la haute Assemblée, annonce qu'il va faire savoir aux représentants de la Grèce qu'ils seront entendus demain par le Congrès.

Lord Salisbury et le Comte Corti demandent si la Roumanie ne sera pas également admise à plaider sa cause devant la haute Assemblée.

Le Président répond que, les affaires Roumaines étant à l'ordre du jour de la séance de demain, la question soulevée pas les Plénipotentiaires d'Angleterre et d'Italie pourra y être discutée.

Mehemed Ali Pacha présente une motion relative aux frontières du Monténégro qui sera imprimée et annexée au protocole.

La séance est levée à 5 heures.

Annexe 1 au Protocole 8.

Frontière pour la Serbie.

(Carte de l'état-major autrichien.)

Le tracé suivra la frontière actuelle par le thalweg de la Drina, laissant à la Principauté le Mali-Zwornik et Sakhar.

Elle continuera ensuite à longer l'ancienne limite de la Principauté jusqu'au Kopaonik, dont elle se détachera à la sommité du Kanilug. De là elle se confondra avec la limite occidentale du Sanjak de Nisch jusqu'au village Koncul sur la Morava, passant d'abord par la crête du contrefort sud du Kopaonik, puis par celle de la Marica et Mrdar Planina (formant le partage des eaux entre le bassin de l'Ibar et de la Sitnica d'un côté, et de celui de la Toplica de l'autre) — laissant le défilé de Prepolac à la Turquie — jusqu'au mont Djak, tournant ensuite vers le sud par la crête du partage des eaux entre la Brvenica — et la Medvedja — Rjeka, d'où elle descendra dans une direction Est entre les villages Petrilja et Dukat, pour y traverser la rivière Medvedja et monter sur la crête de la Goljak-Planina (formant le partage des eaux entre la Kriva-Rjeka d'un côté et la Poljanica, la Veternica et la Morava de l'autre) d'où elle descendra dans une direction sud à Koncul sur la Morava — laissant ce village à la Serbie. De ce point la frontière suivra le thalweg de la Morava jusqu'à Lusan — laissant ce village à la Turquie d'où elle se dirigera par Borovce et Novoselo — laissant ces villages à la Turquie jusqu'à la sommité du mont Kujan. De ce point, la frontière se confondra de nouveau avec la limite administrative méridionale et orientale du Sandjak de Nisch, formant le partage des eaux entre les bassins du Vardar, du Strouma, de l'Isker et du Lom d'un côté et de celui de la Morava et du Timok de l'autre.

Cette limite administrative et particulièrement marquée par la crête de la S. Ilia-Planina, le sommet du mont Kljuc, la crête de la Babina glava, le sommet des monts Crni vrh, Streser, Vilo golo, Mesid. Ravna siba et Ogórelica, la crête des montagnes Kosturnica- Ljubas-Grloska- et Visker-Planina. Elle traverse ensuite le col de la route Sophia-Nisch près du village Soline, d'où elle passe par les environs des villages Malovo, Murgas et Gedic, et puis dans une ligne droite jusqu'au col (Ginci Pass) qui resterait à la Bulgarie. A partir de ce point, elle suit la crête des montagnes: Kodza — et Ciprovac-Balkan, puis de la Stara-Planina jusqu'à l'ancienne frontière orientale de la Principauté, près de la Kula- „Smiljova cuka".

Annexe 2 au Protocole 8.

D'après les bases de la paix signées à Andrinople un accroissement de territoire équivalent à celui que le sort des armes avait fait tomber entre les mains des Monténégrins leur devait être accordé.

Ce territoire se compose

1° des nahiés de Zúbci, Banjani, Piva, Drobniak, Sáran, Yezéré et de la partie du district de Bihor qui se trouve entre le Lim et le district Monténégrin de Vassovik. — Tous ces nahiés sont depuis longtemps connus sous le nom de „districts insurgés", vu que les situations topographiques et le mauvais état des routes rendant trés-difficile l'action des troupes Impériales, leurs habitants se trouvaient, même en temps de paix, plus ou moins en état d'insurrection;

2° du district de Niksic tombé entre les mains des Monténégrins après la capitulation de la place de Niksic et l'évacuation par nos troupes des blockhaus en pierre qui défendraient le défilé de Duga;

3° du district de Kuci habité par des slaves orthodoxes et situé entre le territoire des Albanais Clementi et le Monténégro. Jadis les Kuciotes faisaient toujours cause commune avec les Albanais, mais, dès le début de la dernière guerre, ils se sont déclarés pour leurs frères de race, les Monténégrins;

4° de la ville d'Antivari et d'une partie du district de ce nom.

Lors de la conclusion de l'armistice cette partie eut pour limites le cours de la Bojana depuis son embouchure jusqu'au lac de Sass et ensuite une ligne tirée perpendiculairement de la pointe Ouest de ce lac vers le lac de Scutari sur le village de Skla.

Les pays mentionnés dans ces 4 paragraphes forment évidemment le territoire dont a voulu parler le 2e paragraphe des bases de la paix, comme devant être cédé au Monténégro. Si une partie en était exclue il faudrait accorder un équivalent à la principauté.

Or, d'après les préliminaires de San Stefano non seulement tout les pays dont il s'agit, à l'exception du petit district de Zùbci furent cédés au Monténégro, mais on y ajouta encore une énorme étendue de pays qui n'ont jamais été foulés par aucun Monténégrin en armes voire les cazas bosniaques de Foca, Plevlje (Tachlidjé), Prjepolje (Prepol), Bjelopolje (Akova) et Berana ainsi que les cazas albanais de Rozai et Gussinije avec les monts habités par les clans albanais de Hotei et Clementi.

Les cazas frontières de Kolachein du côté de Novi-Pazar et de Spouz et Podgoritza du côté de l'Albanie, furent aussi compris dans le territoire qui serait donné au Monténégro quoiqu'il y eut dans les chefs lieux fortifiés de ces cazas des garnisons nombreuses qui n'avaient rien à craindre en cas d'attaque.

Les Plénipotentiaires Ottomans signalent à l'appréciation de cette haute assemblée, en ce qui concerne la ligne frontière du Monténégro, la contradiction existant entre les bases de la paix et les préliminaires de San Stefano. Animés du désir que la ligne qui séparera l'Empire du Monténégro soit, dans la mesure du possible, tracée de manière à empêcher par des obstacles naturels, pour l'une et l'autre partie, les violations de frontière et les déprédations, ils soumettent à l'approbation du Congrès, la rectification suivante de la ligne frontière actuelle:

a) pour le côté Nord les districts de Banjani Niksic, Piva, Drobniak, Saran et Yezéré seraient cédés au Monténégro: Entre la Piva et la Tara la caserne fortifiée de Crkvica qui est une garde avan-

cée de la ville de Foca et par conséquent toujours occupée par un bataillon d'infanterie, resterait à la Turquie, et la ligne frontière passerait près du village de Nedvina, étant à peu près perpendiculaire aux deux rivières susmentionnées;

b) pour le côté Est, la ligne frontière remonterait d'abord la rive gauche de la Tara et ensuite le ruisseau qui du mont Starac descend vers Proscen et suivrait autour de Kolachéin l'ancien tracé, jusqu'au point désigné sur la carte par le nom de Sisko-yézéro. Elle descendrait de ce point vers le village de Djoriza et remonterait de Lim jusqu'à Sekulare. La petite forteresse de Berana étant de ce côté la clef de l'Albanie, les hauteurs qui se trouvent vis-à-vis sur la rive gauche du Lim, nous resteraient et feraient partie du rayon de cette forteresse.

c) pour le côté Sud, vu que les districts de Gussinié et de Plava ne sont habités que par des Albanais et que ces districts ainsi que les villes musulmanes de Spouj et de Podgoritza n'ont jamais été occupés par les Monténégrins, il n'y aurait rectification de frontière qu'à partir du mont Ziva, d'où le nouveau tracé descendrait le cours du ruisseau de Ripnica, jusqu'au village de Fundina, tournerait autour de Podgoritza, de manière que les hauteurs environnantes du côté Nord-Est feraient partie du rayon de cette place, et rencontrerait l'ancien tracé au confluent de la Zeta avec la Moraca.

Le district d'Antivari étant exclusivement habité par des Albanais, resterait sous la domination ottomane, et il n'en serait cédé aux Monténégrins que le port de Spica, au moyen d'une petite rectification de frontière, laquelle, du point Milujevic se dirigerait en ligne droite vers le village de St. Pettka situé au bord de la mer.

Cette haute assemblée aurait à statuer si, pour la partie du district d'Antivari occupée actuellement par les Monténégrins, un équivalent devait leur être donné sur un autre point quelconque.

Protocole N° 9.

Séance du 29 Juin 1878.

Le **Président** annonce que la commission de délimitation des frontières s'est constituée et se compose de la manière suivante:

Pour l'Allemagne, le Prince de Hohenlohe — pour l'Autriche, le Baron de Haymerle — pour la France, le Comte de Saint Vallier — pour la Grande Bretagne, Lord Odo Russel — pour l'Italie, le Comte de Launay — pour la Russie, le Comte Schouvalow — pour la Turquie, Mehemed Ali Pacha.

La commission a tenu sa première séance aujourd'hui.

Avant de procéder à l'ordre du jour, le **Président** rappelle que les diverses propositions présentées dans la dernière séance ont été remises aux commissions respectives.

L'ordre du jour appelle en premier lieu l'article XV du Traité de San Stefano, concernant l'île de Crète et les provinces limitrophes du Royaume de Grèce. Conformément à la décision prise par le Congrès, le Président a invité MM. les représentants du Gouvernement de S. M. le Roi de Grèce à vouloir bien faire à la haute Assemblée, dans la séance de ce jour, les communications dont ils seraient chargés.

Le **Président** donne lecture de l'article XV du Traité de San Stefano.

Lord **Salisbury** demande une modification au dernier alinéa ainsi conçu: „Des commissions spéciales, dans lesquelles l'élément indigène aura une large participation, seront chargées dans chaque province d'élaborer les détails du nouveau règlement. Le résultat de ces travaux sera soumis à l'examen de la S. Porte qui consultera le Gouvernement Impérial de Russie avant de les mettre à exécution."

S. E. désirerait que les mots „le Gouvernement Impérial de Russie" fussent remplacés par ceux-ci: „la Commission Européenne".

Le Comte **Schouvalow**, faisant allusion au danger qu'il a déjà signalé d'étendre trop les attributions des Commissions Européennes, est d'avis qu'il serait préférable de substituer aux mots indiqués par Lord Salisbury „les Grandes Puissances de l'Europe".

M. le **Plénipotentiaire d'Angleterre** ayant insisté pour les termes qu'il a proposés et le Prince de **Bismarck** ayant fait remarquer qu'au fond, la divergence entre les deux opinions est peu sensible, le Comte **Schouvalow** accepte la rédaction proposée par l'Angleterre, à laquelle le Congrès donne également son adhésion.

MM. **Delyannis**, ministre des affaires étrangères de Grèce et Rangabé, ministre de Grèce à Berlin, sont ensuite introduits.

Le **Président** dit que le Congrès a voulu entendre les voeux et les appréciations du gouvernement Hellénique avant de prendre une décision sur l'article XV qui forme, en ce moment, l'objet de ses délibérations. S. A. S. prie MM. les représentants de la Grèce de faire connaître leurs opinions et leurs désirs à la haute Assemblée.

M. **Delyannis** exprime au Congrès la reconnaissance du gouvernement Hellénique pour l'admission des représentants grecs au sein de la haute Assemblée. S. E. espère que le Congrès voudra examiner avec la même bienveillance la cause que son Collègue et lui ont mission de défendre. Il donne ensuite lecture de la communication suivante:

„Les seuls et véritables voeux du Gouvernement Hellénique ont été toujours identiques aux aspirations de la nation entière, dont la Grèce libre ne constitue qu'une petite partie.

Ces mêmes aspirations animaient le peuple hellène quand il entreprit en 1821 la longue guerre de son indépendance.

Quant à leur réalisation complète le Gouvernement Hellénique ne saurait se faire illusion sur les nombreuses difficultés qu'elle rencontre.

La ferme résolution de l'Europe d'établir la paix en Orient sans trop ébranler l'état des choses existant, indique au Gouvernement Hellénique les limites qu'il doit imposer à ses aspirations.

Ainsi le Gouvernement doit limiter ses voeux et voir dans l'annexion de Candie et des provinces limitrophes au Royaume, tout ce qui pour le moment pourrait être fait pour la Grèce.

Les voeux du Gouvernement du Roi ne s'opposent ni aux intérêts de l'Europe, ni à ceux de l'Etat voisin. Leur satisfaction serait l'accomplissement de la volonté ferme et tenace des populations de ces provinces, et donnerait le calme et une existence tenable au Royaume.

Nous croyons que l'accomplissement des voeux ci-dessus énoncés est dans les intérêts de l'Europe. Sa volonté étant d'amener et de consolider la paix en Orient, l'annexion de ces provinces serait le moyen le plus efficace et le seul possible pour écarter toutes les causes qui pourraient dans l'avenir faire péricliter l'oeuvre pacificatrice de l'Europe. On n'aurait qu'à se rappeler le passé de ces provinces, les causes qui les ont tant de fois agitées, et les moyens extrêmes auxquels ces contrées ont eu recours pour améliorer leur sort, pour être pleinement

convaincu que les mêmes causes amèneraient, dans un avenir plus ou moins prochain, les mêmes tristes résultats.

D'ailleurs, l'Europe ayant vu dans la création du Royaume Hellénique une oeuvre extrèmement civilisatrice, son agrandissement ne serait que le complément de cette oeuvre.

L'annexion de ces provinces serait aussi dans l'intérêt de la Turquie. Elle lui éviterait dans l'avenir toute cause de troubles, qui ont tant de fois épuisé son budget, compromis ses intérêts politiques, et aigri ses relations de bon voisinage, dont le Royaume Hellénique a été de tout temps si soigneux.

Quant à l'intérêt capital, que ces provinces mêmes trouveraient dans leur annexion, il est généralement connu que, depuis un demi siècle déjà, elles réclament leur union à la Grèce. Elles ont bien des fois, et hautement, manifesté ce désir. Elles n'ont pas hésité même de prendre les armes à plusieurs reprises, et de s'attirer tous les malheurs de la guerre pour le réaliser. Il y a quelques mois à peine, une d'elles n'a pu être pacifiée que sur l'assurance formelle d'une grande puissance que „la cause hellénique ne serait point lésée," et que cette puissance même dirait explicitement au Congrès „que cette pacification est due à son intervention."

Une autre province, l'île de Candie, est encore en pleine insurrection, et d'après les dernières nouvelles le sang y coule en abondance.

Ne serait-ce pas une oeuvre de justice et d'humanité que de satisfaire aux aspirations nationales de ces pays, de combler leurs voeux, tant de fois manifestés, et de leur épargner à l'avenir les destructions et les catastrophes auxquelles ils s'exposent pour parvenir à une existence nationale?

Quant au Royaume Hellénique, toutes les manifestations des voeux nationaux des Hellènes de la Turquie ne peuvent naturellement que produire une profonde émotion dans le Royaume Hellénique.

Les originaires des provinces grecques de l'Empire Ottoman y comptent par milliers; un grand nombre en occupent des places distinguées dans toutes les branches de l'administration, dans la marine, et dans l'armée, d'autre non moins nombreux s'y distinguent par leur activité industrielle et commerciale. Le contre-coup que la nouvelle d'une insurrection hellénique en Turquie produit dans leurs coeurs, est trop puissant pour ne pas les remuer. Il pousse les uns à passer les frontières pour s'unir aux combattants: les autres à vider leurs bourses pour la cause commune. Cette commotion est vite communiquée à tous les habitants du pays, quoique non originaires des provinces combattantes, et la population entière du Royaume, qui ne peut oublier ce qu'elle doit aux combats antérieurs de ces frères deshérités, ni rester impassible vis-à-vis de leur lutte de délivrance, court se mettre dans leurs rangs pour les aider à reconquérir leur liberté.

Un état de choses pareil fait naître chaque fois des crises sérieuses dans le Royaume Hellénique, qui rendent très-difficile la position de son Gouvernement. Ne pouvant refuser ses sympathies aux Hellènes des provinces en question unis à la Grèce libre par des liens d'histoire, d'origine et de malheurs communs; ne devant afficher une indifférence qui le frustrerait de la confiance de l'hellénisme et étoufferait les justes espérances que les hellènes de la Turquie ont de tout temps fondées sur la Grèce libre: tout Gouvernement Hellénique serait impuissant de résister au courant.

Crût-il même devoir le faire au sacrifice des intérêts les plus précieux du Royaume, il serait renversé par le courant qui entrainerait le pays tout entier dans la lutte des provinces insurgées. Dans le cas

même où le Gouvernement aurait la force d'opposer une digue au courant national, tous ces efforts resteraient sans effet, à cause de l'étendue et de la conformation de la ligne frontière du Royaume, qu'une armée de cent mille hommes même ne serait pas en état de garder de manière à pouvoir empêcher la sortie clandestine de volontaires.

La situation créée au Gouvernement Hellénique par ces mouvements insurrectionnels n'en est pas moins difficile et intenable sous le point de vue financier. Le budget du Royaume a bien des fois subi, et subit encore l'influence de pareils événements. Aussi grande et éclatante que soit la différence entre le budget des recettes publiques dressé en 1829 par le Président de la Grèce, et celui de l'exercice de l'année dernière, il n'en est pas moins vrai que les secours pécuniaires alloués chaque fois aux réfugiés des provinces insurgées et aux combattants rapatriés, et les armements motivés par cette situation anormale et par les relations tant soit peu tendues avec l'Etat limitrophe qui en ont été toujours la conséquence, ont bien des fois englouti plusieurs millions, augmenté la dette publique et affecté à des dépenses infructueuses la plus grande part des recettes publiques, qui, déversées au développement matériel du pays, en auraient bien plus encore augmenté les ressources et le bien-être.

Si de grandes et riches nations avec lesquelles la petite Grèce ne saurait jamais se mesurer ont toujours, en des circonstances analogues, ressenti les suites onéreuses de dépenses de même nature, il est bien naturel que le pauvre Royaume Hellénique qui plus d'une fois s'est trouvé dans le cas de devoir faire face à de pareilles obligations, qui aujourd'hui encore entretient sur son territoire trente mille refugiés, et doit s'occuper de préparatifs au dessus de ses forces, il est bien naturel, que non seulement il se ressente de tout le poids de pareilles dépenses, mais qu'il en soit écrasé.

Le Gouvernement de Sa Majesté est pénétré de la conviction inébranlable qu'un pareil état de choses ne pourrait se prolonger. Il croit remplir un devoir qu'il ne lui est point permis de négliger en s'empressant d'exposer au Congrès cette situation et de le prier de bien vouloir y remédier en écartant les causes qui l'ont préparée."

Le Président dit que l'exposé que le Congrès vient d'entendre sera imprimé et distribué, et que la haute Assemblée l'examinera avec attention.

M. Rangabé présente ensuite quelques considérations complémentaires, et insiste notammant sur les progrès réalisés en Grèce depuis la proclamation de l'indépendance, sur les difficultés que l'exiguïté du territoire, l'absence de frontières naturelles, les agitations permanentes de provinces voisines de même race, ont sans cesse opposées à la prospérité et au développement du royaume Hellénique. S. E. affirme de nouveau que les accroissements demandés par son collègue sont nécessaires non seulement à l'existence même de la Grèce, mais à la paix de l'Orient.

Le Président répond que le Congrès, lorsqu'il aura étudié les considérations présentées par MM. les représentants Helléniques, leur communiquera le résultat de ses délibérations. Il annonce que leur concours leur sera alors de nouveau demandé et les remercie de s'être rendus à l'invitation du Congrès.

MM. Delyannis et Rangabé s'étant retirés, le Congrès reprend son ordre du jour qui indique l'examen de l'article V et de l'article XIX du Traité de San Stefano, relatifs à la Roumanie.

Lord Salisbury, rappelant la question qu'il a posée dans la séance précédente, propose de décider si les représentants de la Roumanie seront entendus par le Congrès. Aux yeux de S. E., la haute Assemblée, après avoir écouté les délégués d'une nation qui réclame des provinces

étrangères, agirait équitablement en écoutant les représentants d'un pays qui demande à garder des contrées qui lui appartiennent.

Le Comte Corti déclare s'associer entièrement à l'opinion que vient d'exprimer son collègue d'Angleterre.

Le Prince de Bismarck ne regarde pas que l'admission des Roumains présente, au point de vue de la réussite des travaux du Congrès, le même intérêt que l'admission des Grecs, dont les demandes, quel qu'en soit le résultat, ne sauraient exercer une influence très considérable dans l'issue des délibérations du Congrès. S. A. S. hésite à penser qu'il soit bon d'accroître les difficultés de la tâche pacifique dévolue à la haute Assemblée en introduisant les délégués Roumains, dont les réclamations, connues d'avance, ne semblent pas de nature à faciliter la bonne entente; toutefois, la question ayant été posée, il doit la soumettre au suffrage de ses collègues.

Le Comte Schouvalow établit la différence qui existe entre la Grèce, état indépendant, et la Roumanie, dont l'indépendence n'est pas encore reconnue par l'Europe. Il y aurait plus d'analogie entre la Grèce et la Serbie que la déclaration du Congrès a affranchie des liens de vassalité, et cependant la haute Assemblée n'a pas admis les délégués Serbes.

Le Président ayant demandé au Secrétariat si la demande d'admission adressée au Congrès émane du gouvernement de la Principauté de Roumanie, le Comte Corti constate que la pétition est signée par deux ministres du Prince Charles, et que, conformément à la procédure adoptée par le Congrès, ce document est introduit et recommandé par Lord Salisbury et les Plénipotentiaires Italiens.

Le Président procède au vote.

Le Comte Andrássy accepte la proposition de Lord Salisbury et de Comte Corti, mais dans l'espoir qu'elle pourrait amener une solution qui donne des garanties à la paix.

M. Waddington est d'avis d'admettre les représentants Roumains et espère que cette marque d'intérêt facilitera l'adhésion de la Roumanie à la décision du Congrès quelle qu'elle soit.

Les votes de l'Angleterre et de l'Italie étant acquis, le Président demande leurs sentiment à MM. les Plénipotentiaires de Russie.

Le Prince Gortschacow déclare partager l'opinion que M. le Prince de Bismarck a exprimée sur cette question. Le but de la Russie est d'arriver le plus tôt possible à une paix durable, et S. A. S. pense que la présence des Représentants Roumains est de nature à provoquer de vives discussions. Sans voter contre leur admission, le Prince Gortchacow demande expressément l'insertion de son opinion au protocole.

Le Président ayant insisté pour avoir le vote précis des Plénipotentiaires Russes, le Comte Schouvalow dit qu'aux yeux de son gouvernement, les observations des délégués Roumains ne peuvent qu'augmenter les difficultés de la discussion, car, assurément, la Russie ne se laissera pas accuser, par eux sans se défendre. Cependant, si la majorité du Congrès se prononce pour l'admission, les Plénipotentiaires Russes ne sauraient être seuls à vouloir éloigner des contradicteurs, et ils ne s'opposent point à la proposition de Lord Salisbury.

Les Plénipotentiaires Ottomans n'ayant point élevé d'objection, le Prince de Bismarck dit qu'il a voulu subordonner son vote à celui des Puissances spécialement intéressées et consent également, au nom de l'Allemagne, à l'admission des représentants Roumains.

Le Comte Andrassy, avec l'assentiment de la haute Assemblée, exprime le désir que les délégués de Roumanie soient entendus dans les mêmes conditions que les ministres de Grèce.

Le Président annonce qu'en conséquence, il invitera les Représentants Roumains pour la séance de Lundi prochain.

Le Congrès commence la discussion des articles du Traité de San Stefano relatifs à la Roumanie. Le Président donne lecture du 1er alinéa de l'article V ainsi conçu:

„La Sublime Porte reconnaît l'indépendance de la Roumanie qui fera valoir ses droits à une indemnité à débattre entre les deux parties".

Le Président demande si le Congrès est disposé à maintenir, sans condition le principe posé dans cet alinéa, ou bien à le subordonner à l'acceptation par la Roumanie des remaniements territoriaux qu'elle paraît vouloir repousser. S. A. S. n'a pas d'avis personnel sur ce point mais désire savoir si les Représentants d'autres Puissances considèrent que l'indépendance de la Roumanie est liée à la reconnaissance par cette Principauté de la totalité du Traité de San Stefano, et s'ils ne régardent point, par conséquent, comme connexes les deux questions de l'indépendance et des changements territoriaux.

Le Comte Corti fait remarquer que les préliminaires de San Stefano ont été conclus entre la Russie et la Turquie, et que la Roumanie n'a pu y prendre part, étant placée sous la suzeraineté de la Porte. S. E. ne jugerait pas équitable d'admettre que la Principauté soit liée au même degré que le Gouvernement Ottoman. Il ne croit pas opportun de faire dépendre l'indépendance de la Roumanie de son adhésion aux stipulations qui la concernent.

Le Comte Schouvalow ne partage point cette opinion. La Roumanie a proclamé il est vrai, elle même son indépendance, mais cette indépendance ne peut être effective sans l'assentiment de l'Europe, et le Congrès est en droit de statuer, sans rechercher si la Roumanie est engagée ou non par les autres articles du Traité de San Stefano.

Lord Beaconsfield a vu avec le plus vif regret les stipulations de l'article XIX du Traité de San Stefano relatives à la Bessarabie. D'abord cette combinaison est une immixtion dans le traité de 1856 et il n'y avait qu'une extrême nécessité qui pût autoriser un changement dans une acte aussi solonnel; au surplus, cette nécessité n'a même pas été alléguée. En second lieu, ce serait aux yeux de S. E. une grave erreur que de considérer cette stipulation comme un simple échange de territoire entre deux Etats. Les articles 4 et 20 du Traité de Paris constituent un engagement pris entre les Puissances Européennes et la Russie, dans le but d'assurer la liberté de la navigation du Danube, et S. E. ne trouve aucune garantie pour cette liberté dans le Traité de San Stefano. Dans l'article 4 du traité de 1856, les Puissances alliées se sont engagées á restituer à l'Empereur de Russie tous les territoires occupés par leurs troupes, mais sous la condition, indiquée dans l'article 20, qu'une rectification de la frontière russe aurait lieu en Bessarabie „pour mieux assurer la liberté de la navigation du Danube". C'était un engagement pris envers l'Europe. Aujourd'hui cependant le gouvernement Russe se propose de retenir les territoires restitués sans remplir les conditions sous lesquelles ils étaient restitués. Le Premier Plénipotentiaire d'Angleterre appelle sur une situation aussi grave toute la sollicitude de la haute Assemblée. Lord Beaconsfield déplore cette ingérence dans le Traité de Paris et proteste contre elle sans avoir même à se préoccuper de savoir si l'échange dont il s'agit est ou non sanctionné par le possesseur actuel. Les autres signataires du Traité de Paris ayant décliné toute intervention dans cette affaire, le Premier Plénipotentiaire de la Grande Bretagne ne saurait conseiller au gouvernement de la Reine d'employer la force pour maintenir les stipulations de ce traité, mais il proteste contre ce changement et attend les ex-

plications que ses collègues de Russie seront en mesure de donner sur les engagements que leur Souverain entendrait prendre pour la sauvegarde de la liberté du Danube.

Le Prince Gortchacow pense, comme Lord Beaconsfield, que la libre navigation du Danube est un intérêt européen, mais S. A. S. ne voit pas quelle influence la cession de la Bessarabie peut exercer sur la libre navigation du Danube. La Roumanie, en effet, n'est absolument pour rien dans les améliorations dont le cours du fleuve a été l'objet: Sans doute, le Traité de Paris a donné à la Moldavie une partie de la Bessarabie et le delta du Danube, mais, en 1857, les mêmes Puissances ont restitué le delta aux Turcs et elles ont rendu ainsi service à la Moldavie qui était hors d'état d'exécuter les travaux nécessaires pour le libre accès de la bouche de Soulina. C'est depuis lors que la Commission Européenne du Danube a exécuté les grands travaux d'où sont résultés de si importants avantages pour le commerce du monde.

S. A. S., envisageant la question à un autre point de vue, rappelle qu'en 1856, la Bessarabie n'a été adjointe qu'à la seule Moldavie, à une époque où les Principautés devaient rester séparées. Plus tard, la Valachie et la Moldavie se sont réunies malgré le Traité de Paris, et, nonobstant l'opposition des Cabinets Européens, les Principautés-Unies ont élu un Prince étranger pour lequel, d'ailleurs, S. A. S. professe le plus grand respect: la situation n'est donc plus la même qu'autrefois. Le Prince Gortchacow déclare, d'ailleurs, que son Gouvernement ne saurait reculer dans cette question et espère que Lord Beaconsfield ne persistera pas dans ses objections lorsque S. E. aura reconnu que la liberté du Danube n'aura rien à souffrir de la rétrocession de la Bessarabie.

Le Comte Schouvalow dit que, s'il a bien compris les observations de M. le Premier Plénipotentiaire d'Angleterre, le noble Lord a regretté que le Traité de San Stefano constitue une immixtion dans le traité de 1856, par laquelle la Russie a contracté des engagements envers l'Europe. M. le Plénipotentiaire de Russie croit devoir rappeler que le Traité de San Stefano est une convention préliminaire, n'ayant de force obligatoire qu'entre les deux parties contractantes et par laquelle la Russie a entendu faire connaître d'avance au gouvernement Turc les demandes qu'elle formulerait plus tard devant l'Europe. C'est dans cette intention que la Russie est venue au Congrès à la suite d'une guerre longue et victorieuse. Le noble Lord a ajouté qu'il ne regarde pas la rétrocession de la Bessarabie comme nécessaire. Le Comte Schouvalow pense que Lord Beaconsfield ne saurait éviter de reconnaître que, lorsqu'une nation est rentrée en possession d'une partie de territoire qu'une guerre précédente lui a fait perdre, il est difficile de faire abandonner à cette même nation le territoire qu'elle a reconquis. En ce qui concerne la libre navigation du Danube, M. le Plénipotentiaire de Russie présentera quelques explications qui lui semblent de nature à satisfaire Lord Beaconsfield. La question de Bessarabie pouvait être envisagée par la Russie comme une question d'ambition et d'intérêt ou comme une question d'honneur. La Russie a voulu la réduire à une question d'honneur et c'est pourquoi elle ne redemande pas les parties du territoire dont la possession aurait pu constituer une menace ou du moins une ingérence dans la libre navigation du fleuve. Enfin elle offre, en retour à la Roumanie, un territoire plus vaste, conquis au prix de son sang et qui doit être considéré comme de bonne prise. Le Comte Schouvalow a la conviction que la Roumanie ne perd point au change. Quant au principe de l'intégrité et de l'indépendance de la Roumanie, S. E. pense, avec Lord Beaconsfield, que de tels prin-

cipes ne doivent pas seulement être exprimés par des mots, mais doivent être une réalité. Or, la Roumanie ne saurait sauvegarder réellement son indépendance et son intégrité tant qu'elle persisterait à vivre sur les dépouilles d'un grand Empire qui se croit en droit de revendiquer un lambeau de son ancien territoire. Le Comte Schouvalow est fermement persuadé que la Roumanie elle-même, que toute l'Europe est intéressée à ce que cette question soit résolue dans le sens des aspirations légitimes de la Russie.

Le Prince Gortchacow désire ajouter une observation relative à la valeur de l'échange.

La Roumanie n'obtiendrait pas seulement à la suite de la guerre à laquelle elle a pris part la reconnaissance de son indépendance et la destruction des forteresses qui menaçaient sa sécurité. Il a été stipulé en sa faveur des annexions éventuelles qui augmenteraient son territoire dans la proportion de 3,500 kilomètres carrés en étendue, de 80 mille âmes comme population, comparativement à ce qu'elle aurait à céder, et qui lui assureraient en outre le Delta du Danube, que l'Europe lui a enlevé en 1857, certains districts fertiles comme celui de Babadagh et un bon port de commerce sur la Mer Noire.

Le Gouvernement Impérial de Russie a donc la conviction non-seulement de maintenir un droit, mais de se placer sur un terrain d'équité en réglant sur des bases mutuellement avantageuses avec le Gouvernement Roumain, une question sans la solution de laquelle il serait impossible d'établir entre la Russie et la Roumanie les bons rapports nécessaires à la consolidation de la paix en Orient.

S. A. S. considère que ces indications démontrent suffisamment que la Russie ne demande pas plus qu'elle ne donne. Le Prince Gortchacow veut en outre rappeler qu'en réalité, tous les droits et privilèges de la Roumanie lui ont été assurés au prix du sang russe. Il n'y a aucun traité conclu par la Russie avec la Turquie, depuis un siècle, qui ne contienne des stipulations favorables aux Roumains. S. A. S. désire ajouter une observation psychologique et regrette d'avoir à constater que si, dans la vie privée, il arrive souvent qu'en rendant service à un ami, on le transforme en adversaire, cette vérité est encore plus applicable à la politique. Le Prince Gortchacow se borne à citer l'exemple des Roumains, et son observation lui paraît de nature à rassurer pleinement ceux qui semblent redouter que la Russie n'acquière le dévouement absolu des populations pour lesquelles elle s'est imposé les plus grands sacrifices.

Le Prince de Bismarck déclare que, quant à la nécessité d'assurer la libre navigation sur le Danube, il partage complètement les idées de Mr. le Premier Représentant de l'Angleterre, mais il ne voit point de connexité entre la liberté du Danube et la rétrocession de la Bessarabie. Il s'associe, pour ce qui est de la Bessarabie, à l'opinion des Plénipotentiaires Russes en se plaçant moins au point de vue des intérêts de la Russie qu'à celui de la paix durable de l'Europe. S. A. S. croit, en effet, que le Traité de Paris eût été plus solide si l'on eût écarté cette question d'amour-propre, cette diminution de territoire qui, d'ailleurs, n'affectait en rien la force d'un si grand Empire. Le Prince de Bismarck pense que l'oeuvre du Congrès serait incomplète, si la haute Assemblée laissait subsister une disposition à laquelle se rattacherait pour l'avenir un souvenir pénible à la nation russe tandis que les intérêts de la Roumanie ne paraissent pas contraires à l'échange proposé. Il craint que le Congrès, en se refusant à satisfaire au sentiment historique de la Russie, n'atténue les chances de durée de son oeuvre.

Le Président croit d'ailleurs qu'il serait préférable d'ajourner

la discussion jusqu'au moment où les Représentants Roumains auront été entendus dans la séance de Lundi prochain. Il ajoute qu'il désire mettre à l'ordre du jour pour la prochaine séance, s'il y a lieu, la question du Monténégro après avoir terminée celle de la Roumanie.

Cette proposition est acceptée par le Congrès et la séance est levée à 4 heures ½.

Protocole N° 10.

Séance du 1er Juillet 1878.

Le Comte Schouvalow rappelle que, dans une séance précédente, il a pris ad referendum la question du passage et du droit de garnison de l'Autriche-Hongrie dans l'enclave: à la suite d'une entente avec le Comte Andrássy, M. le Plénipotentiaire de Russie retire ses objections et adhère à la proposition de M. le Plénipotentiaire d'Autriche-Hongrie.

L'ordre du jour appelle en premier lieu l'audition des représentants de Roumanie. Le Président, en se conformant à la décision prise par le Congrès dans la dernière séance, a invité MM. Bratiano et Cogalniceano, Ministres du Prince Charles de Roumanie, à faire, dans la séance de ce jour, les communications dont ils seraient chargés.

Les délégués Roumains, MM. Bratiano et Cogalniceano, sont introduits, et le Président les prie de prendre la parole pour expliquer les opinions et appréciations de leur Gouvernement sur les points du Traité de San Stefano qui les concernent.

M. Cogalniceano remercie le Congrès d'avoir bien voulu admettre les représentants Roumains et donne lecture du memorandum suivant:

„Messieurs les Plénipotentiaires,

Nous avons, tout d'abord, à coeur de remercier le Congrès de vouloir bien entendre les Délégués roumains au moment de délibérer sur la Roumanie. C'est un nouveau titre ajouté par l'Europe à ceux qui lui ont valu dès longtemps la reconnaissance de la nation roumaine, et ce gage d'unanime bienveillance nous paraît être d'un heureux augure pour le succès de la cause que nous sommes appelés à défendre devant vous.

Nous n'insisterons pas sur les événements dans lesquels nous avons été entraînés par des nécessités de force majeure. Nous passerons également sous silence soit l'action militaire à laquelle nous avons participé, soit l'action diplomatique à laquelle il ne nous a pas été donné de prendre part. Nous avons eu occasion de constater déjà que la période des négociations nous a été moins propice que la fortune des armes.

Nous nous bornerons à exposer les droits et les voeux de notre pays, sur la base du resumé présenté dans le Mémoire que nous avons eu l'honneur de soumettre récemment au Congrès.

1°

„Nous croyons qu'en bonne justice, aucune partie du territoire actuel ne doit être détachée de la Roumanie.

La restitution par le Traité de 1856 d'une partie de la Bessarabie à la Principauté de Moldavie a été un acte d'équité de l'Europe. Le morcellement de 1812 ne pouvait pas se justifier par le fait ou le droit de la conquête.

En 1812, la Bessarabie relevait d'une Principauté dont l'autonomie avait été attestée solennellement par tous les traités antérieurement conclus entre les Empires Russe et Ottoman. Le Traité de Kutchuk-Kaïnardji particulièrement reconnaissait aux Princes de Moldavie et de Valachie la qualité de Souverains, et établissait que la Bessarabie faisait partie de la Moldavie.

C'était donc là un pays roumain, avec des institutions et des lois roumaines, explicitement maintenues par Sa Majesté l'Empereur Alexandre I. Ce respect de l'ancienne nationalité était formulé dans le rescrit impérial promulguant l'organisation administrative et judiciaire de cette province après son incorporation à la Russie, sans qu'il fût posé la moindre distinction entre la basse et la haute Bessarabie.

On a semblé vouloir conclure que la Bessarabie était une région turque ou tatare du simple fait que les Ottomans y occupaient trois forteresses.

Mais l'histoire de la Valachie présente une anomalie analogue; des forteresses turques y ont longtemps subsisté; il n'en résulte pas pourtant que la Valachie ait jamais été un pays turc.

En 1878, pas plus qu'en 1812, la Bessarabie ne peut être revendiquée de la Roumanie en vertu du droit de conquête. Elle appartient à une principauté que la Russie elle-même, pendant tout le cours de sa récente guerre avec l'Empire Ottoman, a considérée et traitée comme un Etat indépendant et allié.

D'ailleurs, dès son entrée en campagne, la Russie a signé avec la Roumanie une convention par laquelle elle a expressément garanti l'intégrité actuelle du territoire roumain.

Cette garantie avait été demandée et accordée quand il ne s'agissait encore que du passage des armées Impériales par la Roumanie. Il semblait qu'elle dût redoubler d'énergie du jour où, sur l'appel de la Russie même, le concours de la nation roumaine devenait plus positif et se transformait en coopération militaire effective, en complète alliance. Nos troupes ont en effet combattu côte à côte avec les armées russes. Si ce n'est pas là un titre pour nous agrandir, ce n'en est certes pas un pour nous diminuer. A défaut d'autres droits, la convention du 4/16 avril 1877, qui porte les signatures et les ratifications du Cabinet Impérial, suffirait seule pour nous conserver une région importante du Danube, à laquelle se rattache si étroitement la prospérité commerciale de la Roumanie.

On a invoqué, à l'appui de la rétrocession de la Bessarabie, des considérations de reconnaissance et des souvenirs de gloire et de valeur militaires. Mais, durant une longue série de guerres, les armes russes se sont illustrées sur bien des champs de bataille, et ont promené leur gloire jusque sous les murs d'Andrinople. Ce n'est pas là pourtant un titre à la propriété de la région des Balkans.

On a invoqué encore des considérations de reconnaissance. La Roumanie sait pratiquer les devoirs de la gratitude, et l'a maintes fois prouvé. Elle n'oublie pas son histoire ni le nom de ses bienfaiteurs; elle vénère en Cathérine la Grande et en Nicolas Ier les généreux auteurs des Traités de Kaïnardji et d'Andrinople.

Mais elle garde aussi la mémoire des sacrifices qu'elle s'est imposés pour l'agrandissement, la fortune et la gloire de la Russie. Elle se rappelle que, depuis Pierre le Grand jusqu'à nos jours, elle a été tour-à-tour ou simultanément la base des opérations militaires de la Russie, le grenier où s'alimentaient ses armées, alors même qu'elles agissaient au delà du Danube, et le théâtre trop souvent préféré des plus terribles collisions.

Elle se souvient aussi qu'en 1812 elle a perdu, au profit de la Russie, la motié de la Moldavie, c'est-à-dire la Bessarabie du Pruth au Dnièstr.

2°

Nous demandons que le sol roumain ne soit pas assujetti à un droit de passage pendant l'occupation de la Bulgarie par les armées russes. Le Danube et la mer leur offrent les voies de transport et de communication les plus faciles et les moins coûteuses. La Roumanie, après toutes ses épreuves, aspire à un repos absolu, nécessaire à la réparation des dommages causés par la guerre: ce serait une mauvaise condition, pour l'accomplissement de l'oeuvre réparatrice et pour la tranquillité de notre pays, que la circulation de troupes étrangères.

3°

Il nous paraît juste que la Roumanie, en vertu de ses titres séculaires, rentre en possession des îles et des bouches du Danube, y compris l'île des Serpents. Il y aurait dans cette restitution un retour équitable aux dispositions originaires par lesquelles les Grandes Puissances avaient confié en 1856 aux Principautés Danubiennes la garde de la liberté du Danube à son embouchure.

4°

Nous avons le ferme espoir que la Roumanie recevra du Gouvernement Impérial de Russie une indemnité de guerre en proportion des forces militaires qu'elle a mises en ligne. Nous croyons légitime, à tous égards, que les dédommagements stipulés et obtenus par la Russie au nom des divers Etats alliés soient répartis en raison de l'appoint militaire de chacun des belligérants. Le Gouvernement Impérial a reconnu le principe de cette répartition en faveur de la Serbie et du Monténégro, et insiste sur son application.

La Roumanie est fondée à en demander à son tour le bénéfice. En effet, obligée de tenir longtemps son armée mobilisée pour parer à des éventualités imminentes, elle a eu sous les drapeaux, tant comme armée active que comme armée de réserve, plus de 70 mille hommes. De plus elle a subi des pertes considérables: ses villes et toute sa rive du Danube ont été saccagées par le bombardement, ses voies de communication détériorées, son matériel de guerre endommagé.

Les compensations dues de ces différents chefs seraient prélevées sur l'indemnité totale allouée au Gouvernement Impérial de Russie, et fournies en telle forme que le Congrès jugerait plus expédient.

5°

La Roumanie a confiance que son indépendance sera définitivement et pleinement reconnue par l'Europe.

A son droit primordial, dont le principe avait été faussé par des équivoques historiques, s'ajoutent aujourd'hui les titres dont elle a régénéré, ou plutôt rajeuni la conquête sur les champs de bataille. Dix mille Roumains sont tombés autour de Plevna pour mériter à leur patrie la liberté et l'indépendance.

Mais tous ces sacrifices ne suffiraient pas à assurer à la Roumanie la pacifique disposition de ses destinées. Elle serait heureuse et reconnaissante de voir couronner ses efforts qui ont manifesté son individualité, par un bienfait Européen. Ce bienfait serait la garantie réelle de sa neutralité, qui la mettrait en mesure de montrer à l'Europe

qu'elle n'a d'autre ambition que d'être la fidèle gardienne de la liberté du Danube à son embouchure, et de se consacrer à l'amélioration de ses institutions et au développement de ses ressources.

Tels sont, Messieurs les Plénipotentiaires, succinctement exposés, les voeux d'un petit Etat qui ne croit pas avoir démérité de l'Europe, et qui fait, par notre organe, appel à la justice et à la bienveillance des Grandes Puissances, dont vous êtes les éminents Représentants."

M. Bratiano lit ensuite les considérations ci-après:

„L'exposé que mon collègue, en son nom et au mien, vient de tracer des droits et des intérêts de la Roumanie n'a pas besoin de plus longs développements.

La haute Assemblée qui a pour mission de régler la situation de l'Orient possède amplement toutes les données nécessaires à l'accomplissement de son oeuvre.

Nous sommes persuadés que les sentiments de justice et de bienveillance qui nous ont ouvert un accès auprès de vous détermineront aussi l'adoption des résolutions relatives à la Roumanie.

Je me permettrai simplement d'ajouter que la dépossession d'une partie de notre patrimoine ne serait pas seulement une profonde douleur pour la nation Roumaine, elle détruirait en elle sa confiance dans l'efficacité des traités et dans l'observation tant de l'équité absolue que du droit écrit.

Le trouble qu'éprouverait sa foi dans l'avenir paralyserait son pacifique développement et son élan vers le progrès.

Je prends, en terminant, la respectueuse liberté de soumettre ces réflexions à la haute appréciation du grand conseil Européen et particulièrement aux illustres Représentants de Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies, dont nous avons eu si souvent l'occasion d'apprécier l'esprit élevé et le coeur magnanime pendant son séjour parmi nous."

Le Président dit que le Congrès examinera consciencieusement les observations présentées par les délégués de Roumanie.

Les Représentants Roumains s'étant retirés, l'ordre du jour appelle la continuation de l'examen du 1er alinéa de l'article V du Traité de San Stefano.

Le Prince de Bismarck fait remarquer qu'il s'agit de savoir si les Puissances entendent reconnaître l'indépendance de la Roumanie. S. A. S. rappelle qu'en 1856, l'union des Principautés n'avait pas été admise, que, depuis lors, la situation s'est modifiée puisque la Valachie et la Moldavie se sont réunies en un seul Etat; plusieurs Puissances ont reconnu cet état de choses en concluant avec la Roumanie des conventions commerciales. Toutefois, l'Europe seule a le droit de sanctionner l'indépendance, elle doit donc se demander sous quelles conditions elle prendra cette importante décision, et si elle regarde que les conditions seront les mêmes que celles déjà établies par le Congrès pour la Serbie.

M. Waddington déclare que, fidèles aux principes qui les ont inspirés jusqu'ici, les Plénipotentiaire de France demandent que le Congrès pose á l'indépendance Roumaine les mêmes conditions qu'à l'indépendance Serbe. S. E. ne se dissimule pas les difficultés locales qui existent en Roumanie, mais, après avoir mûrement examiné les arguments qu'on peut faire valoir dans un sens et dans l'autre, les Plénipotentiaires de France ont jugé préférable de ne point se départir de la grande règle de l'égalité des droits et de la liberté des cultes. Il est difficile d'ailleurs que le gouvernement roumain repousse, sur son territoire, le principe admis en Turquie pour ses propres sujets. S. E. pense qu'il n'y a pas à hésiter, que le Roumanie, demandant à entrer dans la grande famille européenne, doit accepter les charges et même

les ennuis de la situation dont elle réclame le bénéfice, et que l'on ne trouvera, de longtemps, une occasion aussi solennelle et décisive d'affirmer de nouveau les principes qui font l'honneur et la sécurité des nations civilisées. Quant aux difficultés locales, M. le Premier Plénipotentiaire de France estime qu'elles seront plus aisément surmontées, lorsque ces principes auront été reconnus en Roumanie et que la race Juive saura qu'elle n'a rien à attendre que de ses propres efforts et de la solidarité de ses intérêts avec ceux des populations indigènes. M. Waddington termine en insistant pour que les mêmes conditions d'ordre politique et religieux indiquées pour le Serbie soient également imposées à l'Etat Roumain.

Le Prince de Bismarck faisant allusion aux principes du droit public en vigueur d'après la constitution de l'Empire allemagne et à l'intérêt que l'opinion publique attache à ce que les mêmes principes suivis dans la politique intérieure soient appliqués à la politique étrangère, déclare s'associer, au nom de l'Allemagne, á la proposition française.

Le Comte Andrássy adhère à la proposition française.

Lord Beaconsfield dit qu'il donne une complète adhésion au nom du Gouvernement Anglais à la proposition française. S. E. ne saurait supposer un instant que le Congrès reconnaîtrait l'indépendance de la Roumanie en dehors de cette condition.

Les Plénipotentiaires Italiens font la même déclaration.

Le Prince Gortchacow, se référant aux expressions par lesquelles a été motivée la proposition française et qui donnent la plus grande extension à la liberté religieuse, se rallie entièrement à cette proposition.

Le Comte Schouvalow ajoute que l'adhésion de la Russie à l'indépendance est cependant subordonnée à l'acceptation par la Roumanie de la rétrocession réclamée par le Gouvernement Russe.

Les Plénipotentiaires Ottomans n'élèvent aucune objection contre les principes présentés par les Plénipotentiaires Français, et le Président constate que la Congrès est unanime à n'accorder l'indépendance à la Roumanie qu'aux mêmes conditions posées à la Serbie.

Mais S. A. S. appelle l'attention de ses collègues sur la réserve que le Comte Schouvalow vient de formuler, et d'après laquelle la reconnaissance de l'indépendance Roumaine ne serait unanimement consentie par le Congrès que sous la condition que la Roumanie admettrait l'échange de territoire stipulé dans l'article XIX.

M. Waddington, sans faire à ce sujet de proposition formelle, s'adresse à l'esprit d'équité et de bienveillance du Gouvernement Russe et demande s'il ne serait pas possible de donner quelque satisfaction à la Roumanie. En entrant dans cette voie, les Plénipotentiaires de Russie apporteraient un grand soulagement aux préoccupations de conscience de plusieurs de leurs collègues. Les paroles prononcées hier par le Prince de Bismarck ont indiqué sans doute l'intérêt qui s'attache, pour le succès de l'oeuvre du Congrès, à la conclusion prompte et définitive de l'échange dont il est question: il est opportun, en effet, de ne point prolonger un état de choses qui engage l'amour propre d'un grand Empire; mais, si tel est le sentiment des Plénipotentiaires Français, ils considèrent en même temps que les Roumains ont été traités un peu durement, et que la compensation qui leur est offerte n'est pas suffisante. Depuis la réunion du Congrès, la France a toujours conseillé à la Roumanie d'accepter la rétrocession de la Bessarabie, mais M. Waddington croit devoir faire entendre, au nom de son gouvernement, un appel aux sentiments équitables de la Russie, et exprime le désir qu'il soit accordé

à la Principauté une extension de territoire au midi de la Dobroutscha qui comprendrait Silistrie et Mangalia.

Le Comte Andrássy a souvent rappelé que le Gouvernement Austro-Hongrois a principalement en vue le recherche de solutions définitives susceptibles de prévenir des complications ultérieures. C'est dans cet ordre d'idées qu'il a été d'avis que le Congrès entendît les délégués Roumains: c'est encore dans la même pensée que S. E., en se réservant d'insister, lorsqu'il sera question de la navigation du Danube, sur le principe de la liberté la plus complète, désirerait aujourd'hui que le Congrès prononçât l'annexion de la Dobroutscha à la Roumanie et en même temps, conformément à l'opinion exprimée par M. Waddington, fût en mesure d'accorder une extension de frontière de la Dobroutscha entre Silistrie et la Mer Noire. Cette décision faciliterait une solution de la question présente.

Le Comte Corti désire joindre l'appel de l'Italie, à celui que les Plénipotentiaires Français ont fait entendre. S. E. exprimant l'espoir que les Roumains se résigneront à la rétrocession de la Bessarabie, soutient qu'il serait équitable de leur donner une plus grande extension des frontières méridionales de la Dobroutscha.

Le Prince Gortchacow fait observer que dans une séance précédente il a déjà démontré que le dédommagement offert à la Principauté était suffisant, que la Dobroutscha compensait amplement la cession de la Bessarabie et que d'ailleurs la Roumanie gardait le Delta du Danube. S. A. S. s'explique difficilement dans quel sens la générosité de la Russie pourrait s'exercer puisque la Dobroutscha serait agrandie aux dépens de la Principauté Bulgare déjà considérablement réduite. Le Prince Gortchacow désirerait du moins connaître quels territoires on aurait en vue.

Le Président demande si la haute Assemblée pense que la discussion de la ligne à tracer doit avoir lieu en séance plénière.

Le Prince Gortchacow exprime le désir que cette question soit terminée dans la présente séance. Une discussion poursuivie en détail dans le sein d'une Commission serait bien lente: il serait préférable de décider sur le champ, même au prix de quelque acte de générosité de la part de la Russie.

Le Comte Schouvalow, en réponse à la demande d'une concession plus large qui a été adressée à son gouvernement par M. le Premier Plénipotentiaire de France d'accord avec ses collègues d'Autriche-Hongrie et d'Italie et appuyée par le reste de l'Europe, croit devoir déclarer que la Russie a déjà largement agi en offrant une province qui dépasse de 3,500 kilomètres carrés l'étendue de la Bessarabie, et qui de plus présente 150 kilomètres de rive du Danube et un littoral important de la Mer Noire: si toutefois la Roumanie désire obtenir encore quelque localité où l'élément Roumain se trouverait, sinon en majorité, du moins assez compact, les Plénipotentiaires de Russie ont quelque latitude pour une semblable combinaison. De Rassova à Silistrie, il y a une bande de terrain sur laquelle la population Roumaine est assez nombreuse et S. E. estime que dans un triangle partant de l'Est de Silistrie et rejoignant la frontière actuelle, un certain agrandissement de territoire pourrait être consenti par son gouvernement.

Le Prince de Bismarck désirerait, comme le Prince Gortchacow, que cette question pût être terminée aujourd'hui; il serait heureux que l'agrandissement proposé et dont l'acceptation garantirait l'unanimité du Congrès en faveur de l'indépendance Roumaine, satisfît la Principauté. D'autre part, l'oeuvre du Congrès ne saurait, à son avis, être durable, ainsi qu'il l'a déjà fait remarquer, si un sentiment de dignité blessée

subsistait dans la politique à venir d'un grand Empire; et quelle que soit sa sympathie pour l'Etat de Roumanie dont le Souverain appartient à la famille Impériale d'Allemagne, S. A. S. ne doit s'inspirer que de l'intérêt général qui conseille de donner une nouvelle garantie à la paix de l'Europe.

M. Waddington exprime de nouveau le désir que Mangalia sur la Mer Noire soit comprise dans la nouvelle frontière; une discussion s'engage entre les Plénipotentiaires sur le tracé de la ligne dans laquelle le Comte Corti désirerait que Silistrie fût incluse, ainsi que sur les termes qui pourraient en déterminer exactement l'étendue.

Le Comte Schouvalow, pour donner suite au voeu de M. le Premier Plénipotentiaire de France, donne lecture de la rédaction suivante:

„Vu la présence d'éléments roumains, les Plénipotentiaires Russes consentent à prolonger la frontière de la Roumanie le long du Danube. à partir de Rassova dans la direction de Silistrie. Le point frontière sur la Mer Noire ne devrait pas dépasser Mangalia."

Ce texte qui implique que Mangalia est placée en deçà de la frontière Roumaine, est accepté par le Congrès.

M. le Premier Plénipotentiaire de France remercie MM. les Plénipotentiaires de Russie d'être entrés dans la voie qu'il avait indiquée.

Lord Salisbury ayant demandé que l'île des Serpents soit ajoutée à l'agrandissement concédé à la Roumanie, les Plénipotentiaires de Russie déclarent y consentir.

Le Président, résumant les résultats de la discussion, constate que l'unanimité de la haute Assemblée reconnaît l'indépendance de la Roumanie sous les conditions analogues à celles imposées à la Serbie. et, en outre, sous la condition que la Roumanie accepte en échange de la Bessarabie, la Dobroutscha augmentée de la ligne dont le tracé vient d'être déterminé.

Carathéodory Pacha lit les propositions suivantes:

„I. Le tribut actuel de la Roumanie sera capitalisé et le montant en sera versé dans les caisses du Trésor Ottoman dans un délai de ....

II. La Roumanie supportera une part de la dette publique Ottomane proportionnelle aux revenus du territoire qui lui sera définitivement annexé.

III. Pour tout le territoire cédé, la Roumanie est substituée aux droits et obligations de la Sublime Porte en ce qui concerne les entreprises de travaux publics et autres du même genre."

Le Président fait observer que le Congrès n'a pas à discuter ces questions en séance plénière, et le Congrès décide le renvoi des propositions de M. le Premier Plénipotentiaire de Turquie à la Commission de rédaction.

Carathéodory Pacha, visant la question de l'indemnité indiquée dans le 1er alinéa de l'article V du Traité de San Stefano, fait remarquer que, les articles du traité n'ayant pas été acceptés comme obligatoires pour la Roumanie, qui ne peut, par conséquent, en réclamer le bénéfice, il y aurait lieu de supprimer les clauses éventuellement insérées en sa faveur. Celle de l'indemnité est de ce nombre ainsi que le 2e alinea du même article relatif aux droits des Roumains dans l'Empire Ottoman. S. E. demande donc que l'article V soit réduit à la première phrase, c'est-à-dire à la reconnaissance de l'indépendance de la Principauté.

Lord Salisbury approuve cette proposition et le Président pense qu'en effet ces questions partitulières ne faisant point partie de l'objet des discussions du Congrès, restent à débattre entre la Turquie et la Principauté Roumaine.

1878.

Le Congrès décide que la fin du 1er alinéa de l'article V est supprimée.

Un échange d'idées a lieu sur le 2e alinéa entre Lord Salisbury, M. Desprez et le Comte de Saint Vallier, d'où il résulte que le but de cette disposition serait d'assurer le bénéfice de la juridiction et de la protection consulaires aux sujets roumains dans l'Empire Ottoman. La haute Assemblée est d'avis de renvoyer cet alinéa à la commission de rédaction.

Le Congrès passe à la question du Monténégro.

Le Président donne lecture de l'article 1er du Traité de San Stefano, et demande si les Puissances spécialement intéréssées se sont mises d'accord en vue d'éviter une discussion sur le tracé des frontières.

Le Comte Andrássy propose de remettre ce point à la commission de délimitation, et le Baron de Haymerle donne lecture de la motion qui suit:

„Le Monténégro recevra un agrandissement territorial dont l'étendue sera établie par une définition ultérieure des frontières.

Cette définition ne pouvant pas se faire dans le plenum du Congrès, la commission de délimitation, nomée par le Congrès, sera chargée de formuler et de soumettre au Congrès un tracé de frontières.

Le deux annexes ci-jointes contiennent les propositions des Plénipotentiaires d'Autriche-Hongrie pour le tracé des frontières et pour les réserves relatives à Antivari et à son littoral."

Le Comte Schouvalow fait connaître que les Plénipotentiares Russes se sont entendus avec leurs collègues d'Autriche-Hongrie sur tous les principes de la délimitation: quant aux détails c'est à la commission qu'il appartiendra de les fixer.

Le Président dit que le Congrès apprend avec plaisir que l'entente se soit établie entre les Puissances particulièrement intéressées sur la question des limites du Monténégro et constate le désir unanime de la haute Assemblée de renvoyer les détails à la commission de délimitation.

Le Prince de Hohenlohe ayant demandé si la Commission de délimitation devra soumettre son travail au Congrès avant de le transmettre à la Commission de rédaction, le Comte de Saint-Vallier émet l'avis, partagé par la haute Assemblée, que le Congrès devra en effet sanctionner au préalable le travail de la Commission de délimitation qui sera ultérieurement renvoyé à la Commission de rédaction pour les questions de forme.

Carathéodory Pacha relève l'importance considérable que son Gouvernement attache à la question des frontières du Monténégro et développe les motifs qui engagent la Porte à désirer que la ligne ne soit pas trop étendue du côté de l'Albanie. S. E. indique, à l'appui de cette opinion, diverses raisons stratégiques et ethnographiques. Passant ensuite à la question des ports, le Premier Plénipotentiaire Ottoman insiste contre la cession d'Antivari au Monténégro. La Porte n'aurait pas l'objection contre Spizza, mais elle maintient qu'Antivari est Albanais, que les Monténégrins ne pourront y demeurer que par la force, contre le voeu des populations. S. E., fesant allusion aux attaques réciproques qui se produisent sans cesse entre Albanais et Monténégrins, annonce que son gouvernement a reçu, à cet égard, des télégrammes inquiétants. Carathéodory Pacha rappelle la clause insérée dans les bases de la paix, et dont les stipulations du Traité de San Stefano ne devaient être que le développement; S. E. affirme que les Plénipotentiaires à San Stefano n'ont pu être exactement renseignés sur l'état des choses, qu'il y a eu erreur, et termine en appelant expressément l'attention du Congrès sur l'ordre de considérations qu'il vient de développer et qui présente un intérêt majeur pour la Turquie.

1878.

Le Président, tout en affirmant que le Congrès ne saurait manquer d'apprécier les raisons invoquées par Carathéodory Pacha, considère qu'on doit toujours compter que la S. Porte maintiendra les engagements qu'elle a pris à San Stefano sauf modification acceptée par l'Europe.

Le Comte Schouvalow fait observer que le Premier Plénipotentiaire Ottoman ne connaît pas encore la délimitation proposée par l'Autriche-Hongrie et la Russie: S. E. espère que la Porte en sera satisfaite car cette délimitation lui rend une partie du territoire qu'elle a concédé à San Stefano.

Les trois premiers alinéas de l'article 1er sont réservés à la Commission de délimitation et le 4e relatif à la navigation de la Boiana renvoyé à la Commission de rédaction.

Sur le 1er alinéa de l'article 2 ainsi conçu: „La Sublime Porte reconnaît définitivement l'indépendance de la Principauté de Monténégro"

Lord Salisbury dit que son gouvernement n'a jamais reconnu cette indépendance et demande la suppression du mot „définitivement".

Il résulte de l'échange d'idées qui s'établit à ce sujet, que l'Allemagne a en principe reconnu l'indépendance de la Principauté et que l'Autriche-Hongrie l'a déjà reconnue antérieurement d'une manière formelle. Le Comte de Saint Vallier, sur un question posée par le Président, répond que la France l'a reconnue implicitement. Les Plénipotentiaires de Russie déclarent que leur gouvernement n'a jamais cessé de la reconnaître, puisque les Princes du Monténégro n'étaient point confirmés par le Sultan et ne payaient point de tribut. LL. EE. demandent le maintien du texte de l'article. Le Comte de Launay ayant fait remarquer qu'on peut laisser l'article dans le traité et que le protocole indiquera les opinions respectives, le Président déclare l'incident clos, et, de l'avis de la haute Assemblée, prononce le renvoi de l'article à la Commission de rédaction.

Le Baron de Haymerle lit une motion relative à la liberté des cultes dans le Monténégro:

„Tous les habitants du Monténégro jouiront d'une pleine et entière liberté de l'exercice et de la pratique extérieure de leurs cultes et aucune entrave ne pourra être apportée soit à l'organisation hiérarchique des différentes communions, soit à leurs rapports avec leurs chefs spirituels."

Carathéodory Pacha lit une proposition sur l'attribution à la Principauté d'une part de la dette publique ottomane:

„Le Monténégro prendra à sa charge une partie de la dette publique de l'Etat proportionnelle aux revenus des territoires qui lui seraient définitivement annexés."

Sur une observation du Comte Schouvalow, le Premier Plénipotentiaire Ottoman dit que la proposition ne vise que les districts nouvellement annexés au Monténégro.

Lord Salisbury lit le projet d'article additionnel suivant:

„Tous les habitants du territoire annexé au Monténégro conserveront leurs propriétés et ceux qui fixeraient leur résidence personnelle hors de la Principauté, pourront y conserver leurs immeubles en les faisant affermer ou administrer par d'autres.

Une commission turco-monténégrine sera chargée de régler, dans le courant de trois années, toutes les affaires relatives au mode d'aliénation, d'exploitation ou d'usage pour le compte de la S. Porte, des propriétés de l'Etat et des fondations pieuses (Vakouf)."

Le Comte Schouvalow demande dans cet article la suppression de la stipulation relative aux propriétés qui ne se trouve point dans

les documents analogues qui concernent les autres Principautés. Le Président ayant fait observer qu'en effet le Congrès doit traiter également des situations semblables, Lord Salisbury pense que sa proposition pourrait être soumise à la Commission de rédaction qui recevrait pour instruction de la généraliser.

Le Congrès approuve cette procédure et passe au 2e alinéa de l'article II.

Le Comte Andrássy fait remarquer que cet alinéa et ceux qui suivent n'ont plus de raison d'être, une fois l'indépendance proclamée. Ils concernent les rapports du Monténégro avec la Porte, qui ne sauraient être réglés par le Congrès. Ce sont des affaires spéciales à la Principauté, et dans lesquelles pour ce qui la regarde, l'Autriche-Hongrie n'est nullement disposée à accepter l'arbitrage éventuel qui lui défère le 4e alinéa. S. E. ajoute qu'il est d'un intérêt général que les Etats reconnus indépendants deviennent maîtres de leurs destinées et apprennent à vivre de leur propre existence. Ce n'est qu'en acquérant la conviction qu'ils sont responsables de leur politique et qu'ils recueilleront les fruits de bonnes relations comme ils subiraient les conséquences de mauvais rapports, qu'il sera donné à ces pays et aux Etats limitrophes la garantie d'une coëxistence possible. S. E. demande donc la suppression de tous ces alinéas.

Les Plénipotentiaires de Russie y consentent.

Carathéodory Pacha désire le maintien en principe du 2e alinéa qui astreint aux lois et autorités locales les Monténégrins séjournant dans l'Empire Ottoman et fait ressortir les nécessités pratiques spéciales, qui rendent indispensables, pour l'avantage même des habitants du Monténégro établis en Turquie, les dispositions dont ils sont l'objet.

Le Congrès, s'étant rallié à cette opinion, décide que le 2e alinéa est renvoyé à la Commission de rédaction, et que les 3e et 4e sont supprimés.

Le 5e alinéa relatif à l'évacuation du territoire ottoman par les troupes du Monténégro est l'objet de diverses observations de la part des Plénipotentiaires Français qui en demandent le maintien, et du Comte Schouvalow qui, tout en désirant vivement la prompte évacuation du territoire Turc, est contraire, en principe, aux délais indiqués avec une précision souvent irréalisable.

Mehemed Ali Pacha objecte que les Monténégrins n'ayant point de bagages et autres „impédimenta“ peuvent très-aisément quitter le territoire Ottoman dans le terme fixé.

Le Plénipotentiaire de Russie ayant insisté, le Comte de Launay propose de remplacer le délai de 10 jours indiqué dans l'article par ces mots „dans le plus bref délai possible.“ Le Comte Andrássy suggère „20 jours ou plus tôt si faire se peut.“

Le Congrès décide le renvoi à la Commission de rédaction.

Le Président constate que la haute Assemblée a terminé tout son ordre du jour. Pour la prochaine séance fixée à demain, Mardi 2 Juillet, l'ordre du jour est la navigation du Danube, l'indemnité de guerre, et, s'il y a lieu, rapport de la Commission de délimitation.

La séance est levée à 5 heures.

Annexe 1 au Protocole 10.

Frontière pour le Monténégro.

(Carte de l'état-major autrichien.)

La nouvelle frontière partira de la sommité du mont Ilino-brdo au nord de Klobuk et suivra les hauteurs qui bordent la Trebisnica,

dans la direction de Pilatova, laissant ce village au Monténégro. De là la frontière ira par les hauteurs dans la direction nord, à une distance d'environ 6 kilomètres de la route: Bilek, Korito, Gacko, jusqu'au col entre la Somina-Planina et le mont Gurilo. Elle continuera ensuite vers l'est par Vratkovici, laissant ce village à l'Herzégovine, jusqu'à la montagne Latieno, d'où elle tournera vers le nord, passant entre les villages Ravno et Zanjevina et puis par les contreforts orientaux du Lebersnik et du Volujak, laissant le bassin de la Sutjeska à l'Herzégovine, jusqu'à la Piva à environ 10 kilomètres en amont de sa jonction avec la Tara. De ce point la frontière remontera la Piva et traversera la montagne près du village Nedvine pour rejoindre la Tara, qu'elle remontera jusqu'à Mojkovac. Puis elle suivra la crête du contrefort jusqu'à Siskojezero, d'où elle se confondra avec l'ancienne frontière jusqu'au village Zabrdje. De ce point la nouvelle frontière se dirigera par les crêtes des montagnes au Paklen, d'où elle longera la crête de la grande chaîne des montagnes albanaises, formant le partage des eaux entre le Lim d'un côté et le Drin — ainsi que la Cievna (Zem) de l'autre. Elle suivra ensuite les limites actuelles entre la tribu des Kuci-Drekalovici d'un côté et la Kucka-Kraina, ainsi que les tribus des Klementi et Grudi de l'autre, jusque dans la plaine de Podgorica, d'où elle se dirigera sur Plavnica, laissant à l'Albanie les tribus montagnardes des Klementi, Grudi et Hoti. Ensuite traversant le lac, la frontière passera près de l'îlot Gorice Topal d'où elle traversera la montagne, pour aboutir à la mer, à la pointe de Kruci, laissant à l'Albanie le district de Dulcigno.

Au nord-ouest ce littoral sera limité par une ligne qui passera de la côte entre les villages Susana et Zubci, pour aboutir à la pointe extrême sud-est de la frontière actuelle du Monténégro sur la Vrsuta-Planina.

Annexe 2 au Protocole 10.

L'annexion d'Antivari et de son littoral au Monténégro sera consentie aux conditions suivantes:

Les contrées situées au sud de ce territoire, d'après la délimitation contenue dans l'annexe No. 1, jusqu'à la Boyana, y compris Dulcinjo, seront restituées à la Turquie.

La commune de Spica jusqu'à la limite septentrionale du territoire précisé dans la description détaillée des frontières sera incorporée à la Dalmatie.

Le Monténégro jouira de la liberté de navigation sur la Boyana.

Le Monténégro ne pourra avoir des bâtiments de guerre ni de pavillon de guerre maritime.

Le port d'Antivari et toutes les eaux monténégrines resteront fermées aux bâtiments de guerre étrangers.

Les fortifications existantes sur le territoire monténégrin seront rasées et il ne pourra y en être élevé de nouvelles.

La police maritime et sanitaire, tant à Antivari que tout le long de la côte du Monténégro, sera exercée par l'Autriche-Hongrie moyennant de légers bâtiments garde-côtes.

Le Monténégro adoptera la législation maritime en vigueur en Dalmatie. De son côté l'Autriche-Hongrie s'engage d'accorder sa protection consulaire au pavillon marchand monténégrin.

Le Monténégro devra s'entendre avec l'Autriche-Hongrie sur le droit de construire et d'entretenir à travers le nouveau territoire monténégrin une route et un chemin de fer.

Sur ces voies une entière liberté de communication sera assurée.

Protocole N° 11.

Séance du 2 Juillet 1878.

Le Comte Schouvalow demande au Congrès de décider une question relative aux travaux de la Commission de délimitation. La fixation des frontières de la Serbie et du Monténégro a été remise à cette Commission qui espère être, très prochainement, en état de présenter les résultats de ses études; mais la délimitation de la Bulgarie, indiquée, pour ses grandes lignes, dans le document lu par Lord Salisbury dans la 4ème séance et accepté par le Congrès, n'a pas été renvoyée à la Commission de délimitation. S. E. exprime le désir que la Commission soit saisie de ce document et autorisée à statuer sur les détails, puis à soumettre au Congrès le résultat de ses délibérations.

Après un échange d'idées d'où il résulte que la Commission est prête à se charger de ce travail, qui n'est, d'ailleurs, qu'une question de forme, le Président constate que le Congrès remet à la Commission le soin de préparer la délimitation de la frontière Bulgare.

L'ordre du jour appelle la discussion des articles XII et XIII du Traité de San Stefano relatifs au Danube et aux forteresses. Le Président donne lecture de l'article XII, et le Baron de Haymerle présente à la haute Assemblée le projet suivant d'une nouvelle rédaction de cet article:

„1° Afin d'assurer, par une nouvelle garantie, la liberté de navigation sur le Danube, toute la partie du fleuve à partir des Portes de fer jusqu'aux embouchures dans la Mer Noire est déclarée neutre. Les îles situées dans ce parcours et aux embouchures (les Iles des Serpents), ainsi que les bords de la rivière sont compris dans cette neutralité.

En conséquence, les fortifications qui s'y trouvent seront rasées, et il ne sera pas permis d'en ériger de nouvelles. Tous les bâtiments de guerre sont exclus de la partie susdite du fleuve, à l'exception des bâtiments légers destinés à la police fluviale et au service des douanes. Les stationnaires aux embouchures sont maintenus, mais ils ne pourront pas remonter la rivière au delà de Galatz.

2° La Commission Européenne du Bas-Danube est maintenue dans ses fonctions, qu'elle exercera à partir de Galatz jusqu'à la mer. Sa durée s'étendra au delà de 1883, jusqu'à la conclusion d'un nouvel accord. Ses droits, obligations et prérogatives sont conservés intacts. Les immunités dont jouissent ses établissements, ses ouvrages et son personnel en vertu des traités existants, sont confirmées.

Dans l'exercice de ses fonctions, la Commission Européenne sera indépendante de l'autorité de l'Etat au territoire duquel appartient le delta du Danube; elle aura ses propres signaux et insignes sur ses bâtiments et établissements; elle nommera et paiera elle-même ses fonctionnaires. Ses obligations financières seront l'objet d'un nouveau règlement, et le statut de son organisation sera soumis à une révision pour le mettre en harmonie avec les circonstances nouvelles.

Outre les Etats qui prennent part à la Commission Européenne en vertu du Traité de Paris, la Roumanie y sera représentée par un délégué.

3° Les règlements de navigation et de police fluviale en aval des Portes de fer seront conformes à ceux qui ont été ou qui seront introduits par la Commission Européenne pour le parcours en aval de Galatz. Un commissaire délégué par la Commission Européenne veillera à l'exécution de ces règlements. Dans le parcours entre les Portes de fer et Galatz, le commerce et la navigation ne seront frappés d'aucune taxe

spéciale qui aurait pour effet de favoriser le commerce et les communications par terre au préjudice de celles par le fleuve.

4° En modification de l'article VI du Traité de Londres du 13 Mars 1871, l'exécution des travaux destinés à faire disparaître les obstacles que les Portes de fer et les cataractes opposent à la navigation, est confiée à l'Autriche-Hongrie. Les Etats riverains de cette partie du fleuve accorderont toutes les facilités qui pourraient être requises dans l'intérêt des travaux.

Les dispositions de l'article VI du traité précité relatives au droit de percevoir une taxe provisoire destinée à couvrir les frais des travaux en question, sont maintenues à l'égard de l'Autriche-Hongrie.»

Lord Salisbury adhère aux principes généraux développés dans cette proposition, mais il fait observer que ce texte constitue une législation entière qu'on ne peut accepter dans ses détails à la première lecture. Son Excellence considère la question comme fort importante et désirerait qu'elle fût discutée par le Congrès, mais dans une séance ultérieure.

Le Président croit que les nombreux détails visés par la proposition qui vient d'être lue sont en dehors de la tâche du Congrès. Les Plénipotentiaires sont assemblées pour accepter, rejeter ou remplacer les articles du Traité de San Stefano, mais une réglementation aussi développée d'un point spécial, — (bien qu'autant qu'il en peut juger à première vue, il soit disposé à en accepter les dispositions) — lui semble n'être pas dans les attributions de la haute Assemblée.

Le Baron de Haymerle fait remarquer que la proposition Austro-Hongroise contient plusieurs principes essentiels: 1° neutralisation du Danube jusqu'aux Portes de fer; 2° permanence de la Commission Européenne; 3° participation de la Roumanie aux travaux de cette Commission; 4° attributions à l'Autriche-Hongrie seule des travaux à accomplir aux Portes de fer.

Le Comte Schouvalow considère comme le Président que cette législation ne saurait être discutée au Congrès dans ses détails, mais il croit devoir signaler sur le champ qu'il n'en comprend pas l'idée capitale. Que faut-il entendre par neutralisation? quelle en serait l'étendue et dans quel but cette mesure est-elle demandée?

Lord Salisbury pense que la Russie étant désormais riveraine du Danube, un élément nouveau se trouve introduit dans les questions qui touchent à la navigation du fleuve. Des dispositions spéciales sont nécessaires au commerce et S. E. désire que le Congrès retienne la question de ajournant toutefois la discussion jusqu'à ce que les Puissances se soient mises d'accord sur la procédure à suivre.

Le Président croit pouvoir maintenir à l'ordre du jour la discussion sur les articles XII et XIII, et le Comte Andrássy est d'avis qu'en effet il n'y a point de contradiction entre la proposition Austro-Hongroise et ces articles: S. E. la considère comme un amendement nécessité par la situation nouvelle qui résulte de l'attribution de la Dobroutcha aux Roumains, de la Bessarabie aux Russes etc.

Le Président émet la pensée que plusieurs grands principes pourraient être extraits de la proposition et présentés au vote du Congrès.

Le Prince Gortchacow rappelle que le Traité de Paris a confirmé les actes du Traité de Vienne sur la liberté de la navigation fluviale et que, d'après les déclarations des Plénipotentiaires de Russie dans une séance précédente, la rétrocession de la Bessarabie ne saurait exercer aucune influence sur la liberté du fleuve. S. A. S. ne s'explique donc pas la nécessité de dispositions nouvelles dans cette question.

Le Prince de Bismarck répète que le Congrès n'a pas à déve-

lopper les questions de détail sur lesquelles les Puissances intéressées sont en mesure de s'entendre entre elles. S. A. S. persiste à penser que la proposition Austro-Hongroise devrait être renvoyée soit au Comité de rédaction, soit aux Plénipotentiaires d'Autriche-Hongrie qui en détacheraient les principes majeurs, seuls susceptibles d'être votés par le Congrès.

Cette dernière opinion, appuyée par M. d'Oubril, est acceptée par le Congrès, MM. le Plénipotentiaires de Russie, ayant d'ailleurs fait remarquer que leur adhésion au remaniement du projet par les soins de leurs collègues d'Autriche-Hongrie, n'implique nullement leur assentiment aux principes de la proposition.

Le Président reprend la lecture de l'article XII, et le Congrès décide, sur l'observation de Lord Salisbury et du Baron Haymerle, que les mots: „l'Empire Russe" doivent être ajoutés dans l'énumération des Etats riverains. La haute Assemblée, après lecture du 2e alinéa du même article reconnaît que le Roumanie devra désormais être représentée dans la Commission Européenne.

Le Congrès passe à l'article XIII.

Le Président déclare ne point voir d'intérêt européen dans cette disposition, et en ce qui concerne notamment le dédommagement attribué aux particuliers qui ont souffert du fait de guerre, Lord Salisbury juge cette indication trop vague pour figurer dans un traité. S. E. propose la suppression de l'article.

Le Comte Schouvalow n'y a point d'objection, sous la condition expresse qu'il n'en résultera aucune obligation pour la Russie.

Carathéodory Pacha est également d'avis de supprimer cet article afin d'éviter des complications inutiles, et le Congrès, ayant donné son assentiment à cette proposition, passe à la discussion de l'article XIX relatif à l'indemnité de guerre.

Le Président, avant de donner lecture de cet article, dit qu'il demeure bien entendu que la discussion ne portera pas aujourd'hui sur les dispositions territoriales en Asie, mais uniquement sur l'indemnité proprement dite, c'est-à-dire sur les deux alinéas qui terminent l'article. La première phrase de l'alinéa c, étant relative à la question territoriale, est écartée, et l'ordre du jour ne s'applique qu'à la suite de l'alinéa ainsi conçue: „quant au reste de l'indemnité, sauf les dix millions de roubles dûs aux intérêts et institutions russes en Turquie, soit 300 millions de roubles, le mode de paiement de cette somme et la garantie à y affecter, seront réglés par une entente entre le Gouvernement Impérial de Russie et celui de S. M. le Sultan."

Lord Salisbury relève l'importance des mots: „la Garantie à y affecter" et S. E. ajoute que si cette garantie devait être une indemnité territoriale, les Plénipotentiaires de la Grande Bretagne s'y opposeraient formellement.

Le Prince Gortchacow déclare au nom de son Gouvernement que la question de la garantie est, en effet, à régler entre la Russie et la Porte, mais que l'expression indiquée par Lord Salisbury n'implique aucune acquisition territoriale.

Le Président ayant demandé si cette déclaration qui doit être insérée au Protocole et dont le Congrès prendrait acte, satisferait la haute Assemblée, et Lord Salisbury ayant, de son côté, exprimé le désir de savoir quelle serait alors la garantie de l'indemnité, le Prince Gortchacow repète que cette garantie dépendra des arrangements de la Russie avec le Gouvernement du Sultan, mais sera réglée en dehors de toute acquisition territoriale.

Carathéodory Pacha lit les considérations suivantes:

„Les Plénipotentiaires Ottomans ont le devoir d'appeler tout particulièrement l'attention de la haute Assemblée sur les stipulations du Traité de San Sefano concernant l'indemnité de guerre. Ils prient tout d'abord le Congrès de prendre en considération que la guerre qui vient de se terminer n'a pas eu pour cause la violation par la Turquié d'un engagement que cette Puissance aurait contracté vis-à-vis de la Russie. Le Cabinet de St. Petersbourg ayant déclaré la guerre pour obéir au sentiment auquel il tenait à donner une satisfaction, les grands et éclatants avantages qu'il a remportés et les résultats qu'il a obtenus constituent une ample compensation des efforts et des sacrifices pécuniaires que le Gouvernement Impérial de Russie avait naturellement assumés d'avance dans sa pensée.

Sans insister sur les précédents que l'histoire la plus récente de la Russie elle-même pourrait leur fournir et qui sont présents à la mémoire de tous les membres du Congrès, les Plénipotentiaires Ottomans en se rapportant aux dispositions du Traité de San Stefano relatives au paiement d'une indemnité de guerre pensent qu'ils n'auraient qu'à invoquer les explications que le Gouvernement Impérial de Russie a bien voulu donner sur ce point pour faire voir que dans la pensée du Cabinet de St. Pétersbourg aussi la possibilité pour la Turquie de payer l'indemnité de guerre fait l'objet de doutes très-sérieux. D'un autre côté, on a signalé d'une manière frappante, les graves inconvénients qui résulteraient de l'existence d'une créance dont la réalisation ne pourrait qu'être laissé dans le vague.

De fait, la guerre qui vient de se terminer a causé à la Turquie des dommages incalculables. Sans parler des finances de l'Etat, dont la situation est connue, la désolation dans laquelle se trouvent plongées les villes et les campagnes de la Turquie d'Europe et d'Asie est peut-être sans exemple dans l'histoire. D'où la Turquie tirerait-elle aujourd'hui les ressources qui lui seraient indispensables pour pourvoir aux dépenses des services les plus urgents, pour ne pas laisser ses créanciers sans aucune consolation, pour remplir dans la mesure du possible, un simple devoir d'humanité envers des masses privées du plus strict nécessaire et pour subvenir aussi au service d'une indemnité de guerre? Nous ne parlons pas des améliorations à introduire, améliorations dont le Gouvernement Impérial Ottoman aussi bien que l'Europe reconnaissent l'extrême urgence et qui toutes exigeraient de nouvelles dépenses. Mais, indépendamment de ces améliorations, il faut pourvoir aux dépenses inexorables de l'heure présente. Toutes les Puissances reconnaissent que la Turquie ne peut y suffire même au prix des plus grands sacrifices; comment pourrait-elle dès lors assumer le paiement d'une indemnité de guerre? Le Gouvernement Impérial de Russie qui connaissait cette situation a demandé des territoires en Europe et en Asie pour tenir lieu et place de la majeure partie de l'indemnité qu'il avait calculée comme lui étant due.

Les facilités que le Congrès a trouvées pour l'arrangement d'ordre européen concernant la Dobroudja et la Bessarabie ont eu pour base un prélèvement important opéré sur l'indemnité de guerre. Bien que la question d'Asie n'ait pas encore été traitée dans le Congrès, on peut dire dès à présent que de ce côté aussi la Russie acquerra des territoires, qui, à s'en tenir à l'estimation du Cabinet de St. Pétersbourg lui-même, représenteront des sommes énormes. Si l'on exige d'autres paiements encore, les Plénipotentiaires Ottomans ont le devoir de déclarer qu'ils ne voient réellement par d'où la Turquie pourrait les tirer

sans porter une grave atteinte aux conditions les plus essentielles du fonctionnement de son Gouvernement.

Ils prient le Congrès de vouloir bien prendre en considération que, si pour satisfaire au paiement d'un indemnité de guerre, l'on créait pour la Turquie une situation financière intolérable, une pareille décision non seulement ruinerait les populations pour lesquelles l'Europe montre de l'intérêt, mais en même temps irait à l'encontre de l'idée qui a été exprimée touchant la conservation de l'autorité du Gouvernement Ottoman et à laquelle S. A. le Premier Plénipotentiaire de Russie a donné dans une de nos précédentes séances, une adhésion si explicite."

Le Comte Schouvalow dit qu'il s'est efforcé de s'abstenir jusqu'à présent de revenir avec MM. les Plénipotentiaires Ottomans sur le passé, mais qu'en présence des observations lues par Carathéodory Pacha, il est de son devoir de sortir du silence qu'il a gardé. M. le Premier Plénipotentiaire de Turquie a affirmé que la dernière guerre n'a été provoquée par aucune violation d'arrangements antérieurs. Le Comte Schouvalow maintient au contraire que la guerre a été la conséquence de la violation constante et journalière de dispositions convenues, et notamment des obligations contractées par la Porte en 1856 au Congrès de Paris. La Russie est restée pendant longtemps la spectatrice passive de ces violations; elle a gardé le silence, mais elle a été obligée d'intervenir en présence d'évènements déplorables qui l'ont émue, comme ils ont ému l'Europe entière. Quant aux sentiments auxquels Carathéodory Pacha a fait allusion, en leur attribuant les causes de la guerre, ses paroles peuvent donner lieu à une fausse interprétation. La Russie n'a pas fait une guerre d'aspirations ou de sentiments; elle n'a eu qu'un seul but celui de venir au secours de populations chrétiennes et de leur assurer un sort meilleur. Enfin, M. le Premier Plénipotentiaire Ottomann a énuméré les sacrifices que la guerre a coûtés à la Turquie: le Comte Schouvalow se borne à faire observer que la Russie s'est également imposé de lourds sacrifices. L'exposé de M. le Plénipotentiaire Ottoman est tardif; il appartenait à la Turquie de calculer ses moyens et les charges qu'elle s'imposait, avant de rejeter le Protocole de Londres.

Lord Salisbury voudrait appeler l'attention de ses Collègues de Russie sur les inconvénients d'une indemnité qui dépasse les ressources du débiteur. Il regarde qu'une condition qui ne peut être remplie ne saurait qu'amener des complications en Europe. S. E. se demande, d'ailleurs, par quels moyens la Russie espère obtenir l'exécution d'une clause à première vue irréalisable.

Le Prince Gortchacow répond qu'il n'a pas à entrer dans la discussion de ce dernier point, réservé à l'entente qui doit s'établir entre l'Empereur, son auguste Maître, et le Gouvernement du Sultan. On pourrait, d'ailleurs, se poser la même question pour tous les autres créanciers de la Turquie.

Le Comte Schouvalow reconnaît qu'il y a plusieurs intérêts Européens à sauvegarder dans la question de l'indemnité et que l'Europe est en droit de se préoccuper de la forme du règlement. S. E. est en mesure de déclarer, au nom de son Gouvernement, qu'en aucun cas cette indemnité ne sera convertie en une acquisition territoriale. Ce premier point étant fixé, le Comte Schouvalow en vient aux droits des Gouvernements français et anglais pour les emprunts qu'ils ont garantis. En déclarant que la situation, en ce qui concerne ces emprunts, restera la même qu'avant la guerre, M. le Plénipotentiaire de Russie croit venir encore une fois au devant des voeux de l'Europe. Quant à la question de Lord Salisbury relative aux moyens dont la Russie compte user pour

le recouvrement de sa dette, il faudrait, pour y répondre, procéder à un examen complet de l'état financier de la Turquie: S. Exc. se bornera à faire observer, que le mode de perception des impôts en Turquie est des plus insuffisants. Il a été écrit des volumes à ce sujet et il en appert qu'un tiers seulement de la somme payée par les contribuables rentre au Trésor Ottoman. C'est ce tiers qui forme les ressources budgetaires de la Turquie, c'est avec ce tiers qu'elle fait face à ses dépenses. Si dans l'avenir une meilleure administration financière parvenait à faire rentrer dans le Trésor, ne fût ce que le second tiers des impôts payés par les populations, cela doublerait les ressources de la Turquie et offrirait pour la Russie un moyen de remboursement auquel il lui serait impossible de renoncer en vue des éventualités heureuses qui pourraient se produire dans le maniement des finances Ottomanes.

Lord Salisbury déclare au nom de son Gouvernement ne pas admettre que la Russie se trouvant créancière en vertu du traité de San Stefano puisse prendre un rang de préférence à aucun des créanciers de la Turquie dont les titres ont une date antérieure à la guerre.

Le Prince Gortchacow répond qu'il a seulement entendu parler d'une situation analogue.

Le Président prend acte au nom du Congrès de déclarations faites par les Plénipotentiaires Russes, et qui doivent être textuellement insérées au protocole. Il pense que le règlement ultérieur de la question peut être laissé à l'entente des deux Etats intéressés.

Le Comte Corti rappelle que, d'après les paroles de M. le Comte Schouvalow, si l'indemnité de 300 millions de roubles est confirmée par le vote du Congrès, cette somme ne jouirait d'aucun droit de préférence sur les emprunts garantis par la France et l'Angleterre. S. E. fait remarquer qu'il y a d'autres emprunts non garantis ou autres dettes, qui ne sont pas moins dignes d'intérêt, et il croit pouvoir penser que la déclaration russe s'étend à tous les créanciers de la Turquie.

Le Comte Schouvalow dit qu'il n'a pas examiné cette difficulté, mais qu'il pense satisfaire le Premier Plénipotentiaire d'Italie en affirmant d'une manière générale que, dans la question financière, la Russie compte respecter la légalité, c'est-à-dire toute hypothèque antérieure.

M. le Premier Plénipotentiaire de France constate que le Comte Schouvalow a fait deux déclarations: la première affirme qu'en aucun cas l'indemnité ne sera convertie en accroissement territorial; la seconde, que la Russie ne portera aucune atteinte aux intérêts des deux catégories d'emprunts, garantis ou de droit commun. M. Waddington prend acte de ces déclarations dont il constate l'importance pour les porteurs de titres de la dette ottomane, et il désirerait recevoir une déclaration analogue de la part des Plénipotentiaires Ottomans.

Carathéodory Pacha rappellant les observations qu'il a présentées au Congrès au commencement de la séance sur la gravité de la situation où se trouve son gouvernement, ajoute que, s'il y avait lieu de croire qu'une fois les prélèvements dont il s'agit opérés, la Turquie serait en mesure de payer une indemnité à la Russie, la discussion aurait une utilité pratique. Mais S. E. doit reconnaître qu'il n'en est rien, et que tout en tenant compte des améliorations et des ressources nouvelles qui se pourront produire, ces progrès exigeront un temps considérable. La Turquie doit cependant pourvoir aux dépenses absolument urgentes, à la suite d'une guerre qui a tari toutes ses sources de revenus. En présence d'une position aussi déplorable, comment son gouvernement pourrait-il payer une indemnité, quelque mitigée qu'elle soit? Comment pourrait-il être question pour lui d'assigner l'ordre dans lequel devrait figurer, dans la série des dettes de l'État, l'indemnité

indiquée par le Traité de San Stefano? c'est pourquoi il a demandé que le Congrès reconnût l'impossibilité pour la Porte de prendre un engagement qu'elle ne pourrait pas tenir.

Le Président dit que la Turquie n'a pas maintenant d'engagement à prendre. L'engagement a été pris à San Stefano.

M. Waddington insiste pour obtenir de M. le Premier Plénipotentiaire Ottoman une réponse précise à sa question qui avait en vue, non pas l'indemnité à débattre entre la Russie et la Turquie, mais les créanciers antérieurs. Le Premier Plénipotentiaire de France, rappellant la déclaration que le Comte Schouvalow vient de faire en ce qui concerne la Russie, demande, de nouveau, si la Porte est disposée à donner les mêmes assurances et à déclarer qu'elle entend respecter à l'avenir tous ses engagements financiers et notamment les hypothèques affectées à la garantie des divers emprunts.

Carathéodory Pacha dit que le Gouvernement ottoman a toujours tenu à remplir tous ses engagements et qu'il n'a été amené à prendre des arrangements particuliers qu'en présence de nécessités absolues. Assurément, la Porte a le plus vif désir de satisfaire aux droits acquis, et n'épargnera aucun effort pour y parvenir dans la mesure de ses pouvoirs. Mais il craint que l'idée seule d'une indemnité pécuniaire qui pèserait sur la Turquie ne paralyse ses efforts et son crédit.

Sur les observations réitérées de M. Waddington qui désirerait recevoir une réponse sur les intentions de la Porte au sujet des hypothèques affectées aux emprunts, Carathéodory Pacha dit que la Porte fera tout son possible pour remplir des engagements, et ajoute que, pour être en mesure de donner une déclaration plus précise, il doit prendre les instructions de son gouvernement.

Le Baron de Haymerle, au nom des créanciers Austro-Hongrois de la Turquie, s'étant associé aux observations présentées par le Premier Plénipotentiaire d'Italie, le Comte Schouvalow fait remarquer que la Russie n'a réservé que les droits d'hypothèques, qu'elle agira comme pour une dette particulière et n'a pas à se préoccuper de la nationalité des créanciers de la Turquie.

Le Président résume la discussion. Les Plénipotentiaires de Russie ont donné satisfaction à l'intérêt politique par une réponse dont le Congrès a pris acte. Les droits des porteurs de titres ottomans ayant été soutenus par la Grande Bretagne et la France, les déclarations de la Russie relatives à la priorité des hypothèques ont également paru satisfaisantes. Le fond des choses est donc réglé et il ne reste plus qu'une question de rédaction dont les Plénipotentiaires intéressés pourront se préoccuper en vue du Protocole.

Le Prince Gortchakow répète que l'indemnité de guerre n'affectera point les intérêts des créanciers de la Porte.

M. Waddington ajoute que le but principal de la discussion présente était de prendre acte des déclarations russes et ottomanes.

Le Président, faisant allusion aux paroles prononcées dans le cours de la séance par le Comte Corti, voudrait constater que les stipulations relatives à l'indemnité de guerre n'ont pas à être „confirmées" par le Congrès.

M. le Premier Plénipotentiaire d'Italie demande si ces stipulations ne feront point partie du nouveau traité, et le Président répond qu'elles n'y doivent pas être insérées, le Congrès ne pouvant être garant de la comptabilité de la Porte.

Le Congrès décide que le 2d alinéa (d), relatif aux 10 millions de roubles réclamés comme indemnité pour les sujets et institutions russes en Turquie, regarde les deux Etats intéressés et non point l'Europe. Il

est donc entendu que les deux alinéas c et d, qui terminent l'article XIX du traité, ne seront pas insérés dans le traité futur.

Le Prince Gortchacow désire ajouter, comme éclaircissement, que son gouvernement a positivement interdit d'admettre au bénéfice de cette somme de dix millions de roubles les sujets russes engagés dans les fonds turcs.

L'ordre du jour est épuisé. Divers objets ayant été proposés pour l'ordre du jour suivant, le Congrès, sur la proposition du Comte de Saint Vallier, décide de régler ainsi la séance prochaine: 1° examen du résultat des travaux de la Commission de délimitation: ce résultat soumis au vote du Congrès devra être renvoyé à la Commission de rédaction; 2° amendement Austro-Hongrois sur le Danube; 3° article XXII du Traité de San Stefano relatif aux religieux russes et aux moines de l'Athos; 4° Affaires de Grèce.

Protocole N° 12.

Séance du 4 Juillet 1878.

Le Président fait mention des pétitions de la liste N° 9 et notamment de la communication adressée au Congrès par M. Ristitch, faisant savoir au Congrès que le Prince Milan l'a autorisé à déclarer que le gouvernement Serbe saisira la première occasion, après la conclusion de la paix, pour abolir par la voie légale la dernière restriction qui existe encore en Serbie relativement à la position des Israélites. S. A. S., sans vouloir entrer dans l'examen de la question, fait remarquer que les mots „la voie légale" semblent une réserve qu'il signale à l'attention de la haute Assemblée. Le Prince de Bismarck croit devoir constater qu'en aucun cas cette réserve ne saurait infirmer l'autorité des décisions du Congrès.

Le Président ayant fait appel aux communications que MM. les Plénipotentiaires croiraient devoir présenter, le Premier Plénipotentiaire de Turquie rappelle que, dans la 8e séance, le Président a déclaré que le protocole restait ouvert pour les nouvelles instructions que le Gouvernement Ottoman adresserait à ses représentants au sujet de l'occupation de la Bosnie et de l'Herzégovine. Ces instructions étant depuis parvenues aux Plénipotentiaires de Turquie, S. E. se fait un devoir de les porter à la connaissance de la haute Assemblée, et donne lecture de la déclaration suivante:

„Le Gouvernement Impérial Ottoman a pris en très-sérieuse considération l'opinion émise par le Congrès relativement aux moyens propres à amener la pacification de la Bosnie et de l'Herzégovine: il y met une confiance entière, et il se réserve de s'entendre directement et préalablement avec le Cabinet de Vienne à cet égard."

Le Président constate que l'accord établi au sein du Congrès, dans la 8e séance, au sujet de la Bosnie et de l'Herzégovine, est complet et définitif.

L'ordre du jour appelle l'examen des travaux de la Commission de délimitation.

Le Baron de Haymerle fait connaître à la haute Assemblée que l'entente s'est établie, dans la Commission de délimitation, en ce qui concerne les frontières du Monténégro, et il donne lecture du document suivant, destiné à servir de base aux travaux de la Commission spéciale.

1878.

„La nouvelle frontière descend de l'Ilino-brdo au nord de Klobuk sur la Trebisnica vers Grancarevo qui reste à l'Herzégovine, puis remonte le cours de cette rivière jusqu'à un point situé à un kilomètre en aval du confluent de la Cepelica et, de là, rejoint, par la ligne la plus courte, les hauteurs qui bordent la Trebisnica. Elle ira ensuite dans la direction de Pilatova, laissant ce village au Monténégro. De là, elle continuera par les hauteurs dans la direction nord à une distance autant que possible de 6 kilomètres de la route Bilek-Korito-Gacko, jusqu'au col entre la Somina-Planina et le mont Curilo, d'où elle se dirigera vers l'est par Vratkovici, laissant ce village à l'Herzégovine, jusqu'au mont Orline. A partir de ce point, la frontière — laissant Ravno au Monténégro — se dirigera directement au nord-nord-est, traversant les sommets du Lebersnik et du Volujak, puis descendra par la ligne la plus courte sur la Piva, qu'elle traverse, et rejoint la Tara passant entre Crkvice et Nedine. De ce point elle remontera la Tara jusqu'à Mojkovac, d'où elle suivra la crête du contrefort jusqu'à Sisko-jezero, duquel point elle se confondra avec l'ancienne frontière jusqu'au village Sekulare. D'ici, la nouvelle frontière se dirigera par les crêtes de la Mokra-Planina, laissant le village Mokra au Monténégro, d'où elle rejoindra le point 2166 (de la carte autrichienne) en suivant la chaîne principale, et se conformant à la ligne du partage des eaux, entre le Lim d'un côté et le Drin, ainsi que de la Cievna (Zem) de l'autre.

Elle suivra ensuite les limites actuelles entre la tribu des Kuci-Drekalovici d'un côté et la Kucka-Krajna ainsi que les tribus des Klementi et Grudi de l'autre, jusque dans la plaine de Podgoritza, d'où elle se dirigera sur Plavnica — laissant à l'Albanie les tribus montagnardes des Klementi, Grudi et Hoti.

Ensuite, elle traversera le lac près de l'îlot Gorica-Topal, et, à partir de Gorica-Topal, la frontière gagnera directement le sommet de la crête, d'où elle suivra la ligne du partage des eaux entre Megured et Kalimed, laissant Mrkovic au Monténégro et rejoignant la mer adriatique à V. Kruci.

Au nord-ouest, ce littoral sera limité par une ligne qui passera de la côte entre les villages Susana et Zubci pour à la pointe extrême sud-est de la frontière actuelle du Monténégro sur la Vrsuta-Planina.

„L'annexion d'Antivari et de son littoral au Monténégro sera consentie aux conditions suivantes:

Les contrées situées au sud de ce territoire, d'après la délimitation contenue dans le présent Protocole jusqu'à la Boyana, y compris Dulcinjo, seront restituées à la Turquie.

La commune de Spizza jusqu'à la limite septentrionale du territoire précisé dans la description détaillée des frontières sera incorporée à la Dalmatie.

Le Monténégro jouira de la liberté de navigation sur la Boyana. Il n'y aura pas de fortifications sur le parcours de la Boyana à l'exception de celles qui seraient nécessaires à la défense locale de la place de Scutari et qui ne dépasseraient pas la distance de 6 kilomètres de cette ville.

Le Monténégro ne pourra avoir de bâtiments de guerre ni de pavillon de guerre maritime.

Le port d'Antivari et toutes les eaux monténégrines seront fermées aux bâtiments de guerre de toutes les nations.

Les fortifications existantes entre le lac et le littoral sur le territoire monténégrin seront rasées et il ne pourra en être élevé de nouvelles.

1878.

La police maritime et sanitaire, tant à Antivari que tout le long de la côte du Monténégro, sera exercée par l'Autriche-Hongrie au moyen de légers bâtiments garde-côtes.

Le Monténégro adoptera la législation maritime en vigueur en Dalmatie. De son côté l'Autriche-Hongrie s'engage à accorder sa protection consulaire au pavillon marchand monténégrin.

Le Monténégro devra s'entendre avec l'Autriche-Hongrie sur le droit de construire et d'entretenir à travers le nouveau territoire monténégrin une route et un chemin de fer.

Sur ces voies une entière liberté de communication sera assurée."

Son Excellence ajoute que, en disant que la frontière doit passer à une distance d'environ six kilomètres de la route Bilek etc., la commission a entendu que cette distance peut varier, selon les exigences géographiques, de 3 à 10 kilomètres, mais qu'on devra tenir compte de ce principe que la ligne doit passer par la crête des montagnes et de manière à ce que la route sus-mentionnée (Bilek-Korito-Gacko jusqu'au col entre la Somina-Planina et le mont Curilo) ne soit pas dominée.

M. le Plénipotentiaire d'Autriche-Hongrie constate également que les Plénipotentiaires de Russie, ayant émis l'avis que la proximité de la frontière près Dinos pourrait compromettre la sécurité de Podgoritza et qu'il serait nécessaire d'éloigner la frontière à une distance de 8 à 10 kilomètres de Podgoritza, offrent en échange une rectification de frontières à l'avantage de l'Albanie partant de Mokra ou au delà, en ligne directe, jusqu'au No. 2166 de la Carte autrichienne. La Commission Européenne de délimitation serait chargée d'étudier sur place si cet éloignement de la frontière peut avoir lieu et de régler les questions territoriales qui pourraient résulter de cette rectification au détriment des Clementi. Il est entendu que, si un accord ne s'établit pas à ce sujet au sein de la commission, le tracé du traité reste intact.

Le Comte de Launay rappelle que, lors de la discussion qui a eu lieu dans la Commission de délimitation sur le paragraphe relatif à Spizza, il a demandé quels étaient les motifs et la valeur de cette adjonction. L'Italie, ayant elle aussi des intérêts majeurs à sauvegarder dans l'Adriatique, avait desiré des éclaircissements ultérieurs à ce sujet, quelque restreinte que fût l'étendue du territoire incorporé à la Dalmatie.

Le Baron de Haymerle n'hésite pas à répéter les explications qu'il a données sur ce point à M. le Plénipotentiaire d'Italie. Le territoire annexé est minime: il a environ ½ ou ¾ de lieue carrée d'étendue et une population d'à peu près 350 familles: quant aux motifs qui ont guidé le gouvernement Austro-Hongrois, ils consistent en cette considération, que la possession de Spizza, qui domine Antivari, peut seule assurer et faciliter le but de l'Autriche-Hongrie, qui est de veiller à ce que le port d'Antivari et son littoral conservent un caractère purement commercial.

Mehemed Ali Pacha annonce qu'il a remis à la Commission de délimitation le document suivant sur le même sujet:

„Mehemed Ali Pacha a l'honneur de soumettre à S. A. S. le Président et à Leurs Excellences les membres de la Commission de délimitation les considérations et les réserves que lui a suggérées le tracé de la nouvelle ligne frontière du Monténégro, tel qu'il a été adopté par la majorité de la susdite commission. Il prie S. A. le Président de vouloir bien annexer ces considérations et réserves au rapport qui sera adressé au Congrès à ce sujet. Pour que les travaux du Congrès constituent une oeuvre durable de paix et de concorde, ne faudrait-il pas éviter de placer, sans nécessité absolue, des peuples de race et de re-

ligion différentes sous la domination d'une race étrangère? Le Plénipotentiaire Ottoman propose, en conséquence, que, pour agrandir le territoire actuel du Monténégro, il ne lui soit concédé que des contrées dont les habitants sont de la même race et, pour la plupart, de la même religion que les Monténégrins; il regarde comme une injustice l'annexion au Monténégro de territoires habités par des Albanais musulmans et catholiques, tels que les districts de Plava, de Gussinje et d'Antivari. Il croit qu'il aurait été plus équitable de se borner du côté de l'Albanie à céder au Monténégro le territoire Kuci Drekalovici et le cours de la Moraca jusqu'au lac de Scutari, laissant à la Turquie les cazas Albanais de Plava et de Gussinje, ainsi que la ville de Podgoritza avec un rayon suffisant de défense.

Les mêmes arguments plaident pour que la ville d'Antivari ne soit pas séparée de l'Albanie.

La Turquie n'élevant pas d'objection à ce que le littoral de Spizza soit cédé au Monténégro, cette Principauté aura, par là, un accès libre à la mer, et la possession d'Antivari, dont la perte aurait pour la Turquie de très-graves inconvénients, ne lui sera pas indispensable.

Quant au caza de Kolaschin, habité exclusivement par des musulmans bosniaques, il propose de le laisser à la Turquie à cause de son importance stratègique.

Il n'aurait aucune objection à faire si pour les cazas de Kolachin, Plava, Gussinje, Podgoritza et Antivari, un équivalent était donné aux Monténégrins du côté de l'Herzégovine.

Le Plénipotentiaire Ottoman ajoute que ses collègues et lui ont référé à leur Gouvernement pour demander des instructions sur le tracé adopté par la majorité de la Commission."

Carathéodory Pacha prie le Congrès de prendre acte de cette déclaration. Il ajoute que, sur plusieurs points spéciaux du document Autrichien, il doit encore en référer à son gouvernement.

Le Président dit que les Plénipotentiaires Ottomans pourront faire valoir ces observations ultérieurement auprès de la Commission de rédaction à laquelle le rapport de la Commission de délimitation va être renvoyé, et S. A. S. constate en même temps l'accord de la haute Assemblée sur les frontières du Monténégro.

Le Congrès passe à la question du Danube et à l'examen du texte restreint dans lequel MM. les Plénipotentiaires Austo-Hongrois, conformément à la décision prise dans la dernière séance, ont dû condenser les principes de leur précédente proposition, insérée dans le protocole 11.

Le Comte Schouvalow annonce que, de leur côté, les Plénipotentiaires Russes ont préparé sur le même sujet une proposition dont S. E. donne lecture:

„1° Afin de revêtir d'une nouvelle garantie la liberté de la navigation sur le Danube, reconnue comme un intérêt Européen, les principes proclamés par l'acte final du Congrès de Vienne de 1815 et appliqués au Danube par les traités de 1856 et 1871 sont déclarés, confirmés et maintenus dans leur pleine et entière vigueur, sous la garantie de toutes les Puissances.

2° Les fortifications qui se trouvent sur le parcours du fleuve, depuis les Portes de Fer jusqu'à ses embouchures, seront rasées et il n'en sera pas élevé de nouvelles. Tous les bâtiments de guerre en sont exclus, à l'exception des bâtiments légers destinés à la police fluviale et au service des douanes. Les stationnaires aux embouchures du fleuve sont maintenus, mais ils ne pourront pas remonter la rivière au delà de Galatz.

1878.

3° La Commission Européenne du Danube est maintenue dans ses fonctions. Toutes les conventions internationales et tous les actes garantissant ses droits, prérogatives et obligations sont confirmés.

4° L'acte public du 2 Novembre 1865 relatif à son organisation sera revisé pour être mis en harmonie avec les circonstances actuelles. Ce travail sera confié à une Commission spéciale, où seront admis des Commissaires de tous les Etats riverains et soumis à l'examen et à la sanction définitive d'une conférence des Représentants des Puissances signataires."

Le Président fait remarquer qu'il y a peu de différence entre cette proposition et celle que les Plénipotentiaires Austro-Hongrois ont déposée.

M. d'Oubril dit que le but des Représentants de la Russie a été d'éviter les détails et de se borner à l'exposé des principes.

Le Baron de Haymerle relève les différences entre le texte austro-hongrois et celui dont le Comte Schouvalow vient de donner lecture: S. E. signale notamment dans son travail la fixation de Galatz comme le point jusqu'où devrait s'étendre l'action de la Commission Européenne du Danube, les mesures de surveillance qu'il propose pour la police du fleuve, enfin les nouvelles dispositions relatives aux Portes de fer. Ces modifications à un traité solennel, paraissent à S. E. ne pouvoir être décidées par une commission spéciale, mais devoir être consacrées par l'autorité du Congrès.

A la suite d'un échange d'idées entre les Plénipotentiaires sur le mode de discussion à adopter pour les deux textes et sur la mesure de la compétence du Congrès, la haute Assemblée décide, sur la proposition du Président, appuyée par MM. Waddington et le Comte de Saint-Vallier, qu'il sera d'abord donné lecture du document renfermant les principes de la proposition austro-hongroise; et que, dans le but de rechercher un accord entre les deux textes, un Plénipotentiaire Austro-Hongrois et un Plénipotentiaire Russe se réuniront avec un de leurs collègues, pendant une suspension de séance. Le Baron de Haymerle et M. d'Oubril sont désignés pour préparer cette entente, de concert avec le Comte de Saint Vallier.

A la suite d'une observation de Lord Salisbury relative à l'intérêt que prend l'Angleterre dans les questions de la navigation du bas Danube, le Prince de Bismarck dit, que l'opinion qui représente le Danube comme la grande artère du commerce allemand avec l'Orient, repose sur une fiction et que les navires allemands venant d'en amont de Ratisbonne ne descendent pas le Danube pour exporter des marchandises allemandes en Orient.

Le Président lit ensuite les articles résumés, présentés par M. le Baron de Haymerle:

Article I: „Liberté de navigation. Exclusion des bâtiments de guerre du parcours du Danube entre les portes de fer et les embouchures." (Adopté).

Article II: „Prolongation de la durée de la Commission Européenne internationale, extension de ses pouvoirs jusqu'à Galatz, son indépendance du pouvoir territorial et admission d'un Commissaire Roumain."

M. d'Oubril ayant fait remarquer que son gouvernement a des objections sur le passage relatif à la prolongation de la durée de la Commission Européenne, M. Désprez propose d'indiquer que la durée assignée à la Commission „pourra être prolongée," et M. Waddington, en réponse à M. d'Oubril, signale l'avantage du texte Autrichien, qui permet à la Commission d'être continuée par tacite reconduction.

La première phrase de l'article est réservée aux délibérations du comité sus-mentionné: la fin de l'article est adopté.

Article III: „Conformité des règlements de navigation et de police fluviale sur tout le parcours en aval des Portes de fer."

M. d'Oubril considère que cette disposition préjuge la situation des riverains.

Le Comte Andrássy insiste sur l'utilité pratique de poser le principe de l'unité des règlements de navigation.

L'article III est également réservé à l'accord ultérieur entre les Plénipotentiaires.

Article IV: „Substitution de l'Autriche-Hongrie aux Puissances riveraine à l'égard des dispositions de l'article VI du Traité de Londres du 13 Mars 1871 au sujet des travaux à exécuter aux Portes de fer et aux cataractes." (Adopté.)

Le Président constate l'accord sur les articles I et IV, ainsi que sur le 2e alinéa de l'article II: le 1er alinéa de ce dernier article, et l'article III seront discutés entre les Plénipotentiaires désignés, pendant une suspension de séance qui aura lieu après épuisement de l'ordre du jour.

Le Congrès passe à l'article XXII du Traité de San Stefano relatif aux ecclésiastiques russes et aux moines du Mont Athos.

Le Marquis de Salisbury rappelle qu'avant la séance, il a fait distribuer à ses collègues une proposition tendant à substituer à l'article XXII les dispositions suivantes:

„Tous les habitants de l'Empire Ottoman en Europe, quelle que soit leur religion, jouiront d'une complète égalité de droits. Ils pourront concourir à tous les emplois publics, fonctions et honneurs et seront également admis en témoignage devant les tribunaux.

L'exercice et la pratique extérieure de tous les cultes seront entièrement libres et aucune entrave ne pourra être apportée, soit à l'organisation hiérarchique des différentes communions, soit à leurs rapports avec leurs chefs spirituels.

Les ecclésiastiques, les pélerins et les moines de toutes les nationalités, voyageant ou séjournant dans la Turquie d'Europe et d'Asie, jouiront d'une entière égalité de droits, avantages et privilèges.

Le droit de protection officielle est reconnu aux Représentants diplomatiques et aux Agents Consulaires des Puissances en Turquie, tant à l'égard des personnes susindiquées que de leurs possessions, établissements religieux de bienfaisance et autres dans les Lieux Saints et ailleurs.

Les moines du Mont Athos seront maintenus dans leurs possessions et avantages antérieurs et jouiront, sans aucune exception, d'une entière égalité de droits et prérogatives."

Lord Salisbury explique que les deux premiers alinéas de cette proposition représentent l'application à l'Empire Ottoman des principes adoptés par le Congrès, sur la demande de la France, en ce qui concerne la Serbie et la Roumanie; les trois derniers alinéas ont pour but d'étendre aux ecclésiastiques de toutes les nationalités le bénéfice des stipulations de l'article XXII spéciales aux ecclésiastiques russes.

Le Président fait également remarquer que la portée de la proposition anglaise est la substitution de la chrétienté tout entière à une seule nationalité, et commence la lecture du document par alinéas.

Sur le premier alinéa, Carathéodory Pacha dit que, sans doute, les principes de la proposition sont acceptés par la Turquie, mais S. E. ne voudrait pas qu'ils fussent considérés comme une innovation, et donne

lecture, à ce sujet, de la communication suivante qu'il vient de recevoir de son Gouvernement:

„En présence des déclarations faites au sein du Congrès dans différentes circonstances en faveur de la tolérance religieuse, vous êtes autorisé à déclarer, de votre côté, que le sentiment de la Sublime Porte à cet égard s'accorde parfaitement avec le but poursuivi par l'Europe. Ses plus constantes traditions, sa politique séculaire, l'instinct de ses populations, tout l'y pousse. Dans tout l'Empire, les religions les plus différentes sont professées par des millions de sujets du Sultan et personne n'a été gêné dans sa croyance et dans l'exercice de son culte. Le Gouvernement I[al] est décidé à maintenir dans toute sa force ce principe et à lui donner toute l'extension qu'il comporte."

Le Premier Plénipotentiaire de Turquie désirerait, en conséquence, que, si le Congrès se rallie à la proposition anglaise, il fût, du moins, constaté dans le texte que les principes dont il s'agit sont conformes à ceux qui dirigent son gouvernement. S. E. ajoute que contrairement à ce qui se passait en Serbie et en Roumanie, il n'existe dans la législation de l'Empire aucune inégalité ou incapacité fondées sur des motifs religieux et demande l'addition de quelques mots indiquant que cette règle a toujours été appliquée dans l'Empire Ottoman non-seulement en Europe, mais en Asie. Le Congrès pourrait, par exemple ajouter „conformément aux déclarations de la Porte et aux dispositions antérieures qu'elle affirme vouloir maintenir."

Lord Salisbury n'a pas d'objections contre la demande de Carathéodory Pacha, tout en faisant observer que ces dispositions se rencontrent, en effet, dans les déclarations de la Porte, mais n'ont pas toujours été observées dans la pratique. Au surplus, S. E. ne s'oppose point à ce que le comité de rédaction soit invité à insérer l'addition réclamée par les Plénipotentiaires Ottomans.

A la suite d'une discussion sur les mots, „en Europe", auxquels Carathéodory Pacha propose de substituer „en Europe et en Asie", le Congrès décide que la désignation spéciale de l'Europe sera supprimée, et que l'alinéa est renvoyé au Comité de rédaction avec la recommandation de tenir compte des déclarations de la Sublime Porte.

Les 2e et 3e alinéas sont adoptés sans modifications.

Sur le 4e alinéa, Carathéodory Pacha relève que le droit de protection officielle est reconnu par ce passage à l'égard des „possessions" des ecclésiastiques, etc. S. E. demande la suppression du mot de „possessions" en se fondant sur le protocole de 1868, relatif au droit de propriété des étrangers, et qui exclut toute protection spéciale en ce qui concerne les immeubles. Si les immeubles ecclésiastiques, soumis, en vertu du protocole de 1868, à la juridiction locale, se trouvaient, par les termes du 4e alinéa, placés en même temps sous la protection officielle des représentants diplomatiques et agents consulaires, il en résulterait de grandes difficultés administratives et judiciaires.

M. d'Oubril dit que le mot „possessions" se trouve dans le texte du Traité de San Stefano.

Carathéodory Pacha ayant insisté sur les difficultés pratiques que rencontrerait l'alinéa ainsi conçu, le Prince de Bismarck rappelle que le privilège dont il s'agit est, en effet, accordé aux ecclésiastiques russes par le Traité de San Stefano et demande si la Turquie préfère étendre cet avantage à toutes les Puissances.

Mehemed Ali Pacha dit que la juridiction ottomane, en matière d'immeubles, a été la condition de la reconnaissance du droit de propriété pour les étrangers en Turquie. Si la protection consulaire se

trouvait rétablie pour certains immeubles, on pourrait contester le droit à la propriété.

Le Comte Corti, sans s'opposer à la suppresion du mot „possessions", pense qu'on pourrait ajouter simplement à l'article „en conformité des lois et conventions en vigueur".

A la suite d'observations réitérées de Plénipotentiaires Ottomans, le Congrès consent à la suppression du mot „possessions".

M. Waddington, sur la dernière ligne de l'alinéa 4, croit devoir rappeler les droits acquis à la France et fait observer, d'ailleurs, que des réserves expresses ont été présentées par son Gouvernement, avant la réunion du Congrès, en ce qui concerne les Lieux Saints.

Le Président constate que ces réserves ont été posées par la France, comme condition de sa participation au Congrès, et que l'observation de M. Waddington est pleinement fondée.

Le Comte Andrássy ajoute qu'elles ont été en effet communiquées, dès le début, au Gouvernement austro-hongrois, qui y a donné son assentiment.

Le Premier Plénipotentiaire de France désirerait qu'il fût tenu compte des droits de la France dans l'alinéa même qui constaterait ainsi le maintien du statu quo.

Le Président propose d'ajouter „sauf toutefois les droits acquis à la France."

Le Prince Gortchacow exprime le désir que le statu quo soit indiqué comme maintenu pour toutes les Puissances.

M. Waddington soumet au Congrès la rédaction suivante qui doit terminer le 4e alinéa:

„Les droits acquis à la France sont expressément réservés, et il est bien entendu qu'aucune atteinte ne saurait être portée au statu quo dans les Lieux Saints."

Cette proposition est adoptée à l'unanimité. Elle devra être insérée dans l'alinéa 4 qui est également adopté.

M. d'Oubril demande que, dans l'alinéa 5, les mots „les moines du Mont Athos" soient suivis de ceux-ci: „quelque soit leur pays d'origine." L'alinéa 5 est adopté avec cette addition.

A la demande de plusieurs Plénipotentiaires, la question grecque qui se trouvait à l'ordre du jour n'est point discutée dans la présente séance.

Lord Salisbury propose alors de s'occuper de l'article XVI du Traité de San Stefano relatif à l'Arménie. S. E. serait prête à accepter les trois dernières lignes de cet article qui visent les améliorations et réformes à accorder aux Arméniens, si le Congrès prononçait la suppression des trois premières lignes qui semblent subordonner l'évacuation des troupes russes à la concession de ces réformes par la Sublime Porte. Autrement Lord Salisbury proposerait ultérieurement un article spécial sur les Arméniens.

Le Comte Schouvalow, sans insister sur une discussion à laquelle il n'est point préparé aujourd'hui, craindrait cependant que l'évacuation des troupes russes, si elle avait lieu avant l'établissement des améliorations promises, ne fût le signal de troubles sérieux. Il demande au surplus à ajourner toute observation jusqu'au moment où le Congrès s'occupera plus complètement de la question d'Arménie.

La séance est suspendue pendant une demie-heure pour la conférence particulière des Plénipotentiaires chargés de régler de concert certains points relatifs à la navigations du Danube.

A la reprise de la séance, M. d'Oubril donne lecture de la rédaction suivante sur laquelle les Représentants de l'Autriche-Hongrie et de la Russie se sont entendus.

1er alinéa de l'article II

„une année avant l'expiration du terme assigné à la durée de la Commission Européenne, les Puissances se mettront d'accord sur sa prolongation ou sur les modifications qu'elles jugeraient nécessaires."

article III

„les règlements de navigation et de police fluviale depuis les Portes de fer jusqu'à Galatz, seront élaborés par la Commission Européenne, assistée de délégués des Etats riverains, et mis en conformité avec ceux qui ont été ou seront introduits pour le parcours en aval de Galatz."

Le Congrès donne son adhésion à cette rédaction.

Sur une observation du Comte Schouvalow, relative à l'article II, le Comte de Saint-Vallier dit que le principe seul a été voté, que la forme est réservée à la Commission de rédaction et qu'on a entendu seulement constater l'utilité d'une entente avant l'échéance du terme assigné à la durée de la Commission Européenne.

La prochaine séance est fixée à demain 3 heures: l'ordre du jour appellera la discussion sur les affaires grecques, ajournée dans la séance du 29 Juin.

PROTOCOLE N° 13.

Séance du 5 Juillet 1878.

L'ordre du jour appelle l'article XV du Traité de San Stefano.

Le Premier Plénipotentiaire de France demande à faire, au préalable, une communication au Congrès.

M. Waddington, avant d'aborder l'objet qu'il a en vue, tient à donner à ses collègues ottomans l'assurance que, dans les circonstances actuelles, il se ferait un scrupule de conscience de prononcer un mot qui pût froisser leurs légitimes susceptibilités. Il évitera toute considération rétrospective sur les causes qui ont amené les maux qu'il s'agit de guérir. Son seul désir, qui est également celui de tous les Plénipotentiaires, est de mettre fin à la situation troublée de l'Orient, de prévenir des difficultés ultérieures par la constitution d'un état de choses stable, et de tenir compte des divers intérêts qui coexistent dans la péninsule des Balcans.

Or, parmi ces intérêts, ceux de la race hellénique présentent une importance majeure: M. le Premier Plénipotentiaire de France est persuadé que, tant que la S. Porte ne les aura pas satisfaits dans une mesure suffisante, elle restera exposée, sur sa frontière, à des agitations sans cesse renaissantes. S. E. estime que des concessions en ce sens seraient avantageuses au Gouvernement Ottoman, et il croit savoir que la Porte ne repousse pas l'idée d'entrer en négociation avec la Grèce sur la base d'une rectification de frontières. Le règlement des ces difficultés permanentes est, en effet, pour la Turquie une condition de sécurité et de prospérité intérieure, car, aussi longtemps que dureront ces troubles, le développement de ses ressources se trouvera paralysé.

En ce qui concerne la Grèce, l'objet du Congrès n'est pas, sans doute, de donner satisfaction aux aspirations excessives de certains organes de l'opinion hellénique, mais M. Waddington pense qu'on ferait une oeuvre équitable et politique en lui adjoignant des populations qui seraient une force pour elle et qui ne sont qu'une cause de faiblesse pour la Turquie. Dans cet ordre d'idées, S. E. rappelle l'opinion d'un

Prince auquel la couronne de Grèce avait été offerte en 1830 et qui, depuis, appelé à régner sur un autre pays, s'est acquis, par sa sagesse, une grande autorité en Europe: ce Prince considérait que la Grèce ne pouvait vivre dans les conditions territoriales qui lui étaient faites, notamment sans les golfes d'Arta et de Volo avec les territoires adjacents, et l'expérience a démontré la justesse de cette appréciation. La Grèce ne saurait prospérer dans ses limites actuelles: son gouvernement ne peut empêcher les difficultés et les conflits qui se reproduisent périodiquement à sa frontière, et les conditions économiques du pays ne lui permettent pas de suffire aux charges qui incombent à tous les Etats civilisés.

Le Premier Plénipotentiaire de France croit donc servir également les intérêts des deux pays en proposant au Congrès d'indiquer, d'une manière générale, et sans porter atteinte à la souveraineté de la Porte, les limites qu'il voudrait voir assignées à la Grèce. L'autorité de la haute Assemblée Européenne donnerait aux deux gouvernements ottoman et grec la force morale nécessaire, au premier pour consentir à des concessions opportunes, au second, pour résister à des revendications exagérées. Mais, pour atteindre ce but, S. E. pense qu'il faut, d'une part, ne point solliciter de la Porte des sacrifices impossibles, de l'autre, faire appel à la modération de la Grèce. Le Premier Plénipotentiaire de France a donc regardé comme utile de tracer, comme base aux négociations, une ligne générale montrant, à la fois, à la Turquie la mesure des intentions de l'Europe et à la Grèce les limites qu'elle ne doit point dépasser. Tel est l'objet de la résolution suivante qu'il a l'honneur de soumettre, d'accord avec le Premier Plénipotentiaire d'Italie, aux délibérations du Congrès:

„Le Congrès invite la Sublime Porte à s'entendre avec la Grèce pour une rectification de frontières en Thessalie et en Epire, et est d'avis que cette rectification pourrait suivre la vallée du Salamyrias (ancien Peneus) sur le versant de la Mer Egée, et celle du Kalamas du côté de la Mer Ionienne.

Le Congrès a la confiance que les parties intéressées réussiront à se mettre d'accord. Toutefois, pour faciliter le succès des négociations, les Puissances sont prêtes à offrir leur médiation directe auprès des deux parties."

Le Premier Plénipotentiaire d'Italie désire ajouter aux arguments si éloquemment développés par M. Waddington quelques mots pour soutenir une proposition qui intéresse au plus haut degré la cause de la paix européenne.

Pour que l'oeuvre du Congrès présente des chances de durée, il faudrait faire disparaître, dans les limites du possible, les causes de futurs conflits. Il est superflu de rappeler ici les malheureuses complications qui ont eu lieu, dans ces derniers temps, entre la Turquie et la Grèce. Il faudrait aviser au moyen de prévenir de pareils dangers pour l'avenir. Ce résultat doit intéresser la Turquie encore plus que les autres Puissances. Après les tristes évènements dont la Péninsule des Balcans vient d'être le théâtre, la Turquie doit éprouver un vif désir de paix et de tranquillité. Or, il est permis de douter qu'une entente sincère puisse être rétablie entre la Turquie et la Grèce, sans que quelques concessions ne soient faites aux aspirations de celle-ci. Le Gouvernement du Roi et la Nation Italienne prennent un vif intérêt à cette question, et les Plénipotentiaires d'Italie se font les interprètes de ces sentiments en adressant aux Plénipotentiaires de la Turquie un appel amical dans le sens de la proposition qui vient d'être soumise au Congrès.

Le Président dit que cette proposition sera examinée en même temps que l'article XV du Traité de San Stefano; S. A. S. pense qu'elle devra être soumise au vote de la haute Assemblée après le vote définitif sur cet article, déjà discuté dans la 9e séance.

Le Premier Plénipotentiaire Ottoman, se référant au document lu dans une séance antérieure par les délégués du gouvernement Hellénique, donne lecture des considérations suivantes:

„Après avoir entendu les délégués Hellènes, cette haute Assemblée a décidé de retenir seulement la déclaration de M. Delyannis.

En se reportant, dès lors, au contenu de cette déclaration, les Plénipotentiaires Ottomans constateront que la Grèce n'a élevé devant le Congrès aucune plainte contre la Turquie, et qu'elle n'a pas même cherché à donner pour base à son action auprès des Grandes Puissances, un principe quelconque du droit qui régit les rapports de deux Etats indépendants entre eux.

M. le délégué hellénique a exposé que, par suite du grand nombre de personnes originaires des provinces Ottomanes limitrophes qui se trouvent établies en Grèce, les mouvements dont ces provinces Ottomanes sont parfois le théâtre réagissent fortement sur le royaume de Grèce, et qu'il en résulte, dans les relations des deux pays, une tension qui disparaîtrait, si l'on donnait satisfaction aux voeux qu'il a émis et qui lui paraissent conformes aux intérêts de l'Europe et de la Turquie.

Tout en partageant l'opinion de M. le délégué hellénique sur le caractère qui doit présider aux rapports des deux pays, les Plénipotentiaires Ottomans pensent que le résultat désiré ne saurait être assuré. aussi longtemps qu'on n'aura renoncé aux idées qui, en apparence, ont été suggérées dans ce but.

Les mouvements auxquels on a fait allusion ont eu des causes indépendantes de l'action de la Turquie. Celui de 1854 coïncide avec la guerre de Crimée, celui qui vient de se terminer était, on le sait bien, le contre-coup des événements qui ont bouleversé la Turquie d'Europe jusqu'aux portes de Constantinople, et, quant à l'insurrection de Crète en 1866, on connaît comment elle fut apaisée, aussitôt après la rupture de relations diplomatiques et commerciales entre les deux pays.

Mais, bien que ces mouvements aient eu ainsi une origine complètement indépendante de la volonté de la Turquie, celle-ci n'en a pas moins fait tout ce qui dépendait d'elle pour préserver ses relations officielles avec le royaume hellénique des conséquences qu'auraient pu amener les entraînements auxquels la Grèce n'avait pas toujours su opposer la résistance voulue. Il serait maintenant superflu d'insister d'avantage pour démontrer que la demande des délégués helléniques ne se rattache par aucun point, ni au but que le Congrès se propose, ni à la pensée qui le guide. L'opportunité ou la convenance qu'on trouve à s'annexer des provinces d'un Etat voisin n'est pas une raison suffisante. On ne saurait soutenir que la Grèce ne possède pas assez de territoire pour la population. La mer qui l'entoure de toutes parts lui offre des moyens de développement illimité. La Turquie, de son côté, tient à conserver ses provinces, dont les populations lui sont attachées, et que l'idée de l'annexion à la Grèce a alarmées, comme il est facile de s'en convaincre par les pétitions portées sous les Nos 15, 19 et 23 dont le Congrès a été saisi.

Au point de vue de la paix générale, S. A. S. le Président a exprimé, à l'occasion de l'audition accordée aux délégués d'un autre Etat, la portée qu'il y avait lieu d'assigner à la demande hellénique, mais, dans un ordre d'idées plus restreint, il ne faudrait peut-être pas perdre de

vue l'influence que le fait seul de l'audition accordée à M. le délégué hellénique peut exercer sur les esprits. Plusieurs symptômes concourent pour donner à cette idée une importance réelle.

La Grèce procède à des armements; elle contracte des emprunts; et les plénipotentiaires ottomans ne doutent pas que les Grandes Puissances feront parvenir au Cabinet d'Athènes des conseils de nature à fortifier le Gouvernement hellénique dans sa disposition de maintenir de bonnes relations avec l'Empire Ottoman."

Le Président procède à la lecture de l'article XV, en priant ses collègues de présenter, sur chaque alinéa, les observations qui pourraient s'y rattacher.

Les 1er et 2e alinéas sont approuvés sans discussion.

Sur le 3e, Lord Salisbury demande après les mots, „des commissions spéciales, dans lesquelles l'élément indigène aura une large participation, seront chargées . . . ." l'insertion des mots suivants: „par la Sublime Porte."

Le Congrès donne son assentiment à cette modification, et le Président fait remarquer que, dans une séance précédente, la haute Assemblée a décidé de remplacer, dans le même alinéa, les mots „le Gouvernement Impérial de Russie", par ceux-ci: „la Commission Européenne."

L'article XV, ainsi amendé, est adopté dans son ensemble.

Le Congrès passe à la proposition des Plénipotentiaires de France et d'Italie.

Le Comte Andrássy déclare y donner son entier assentiment.

Lord Beaconsfield désire, avant que le Congrès ne décide l'importante question qui lui est soumise, présenter quelques remarques destinées à prévenir une erreur que pourrait amener la déclaration des délégués Helléniques. S. E. constate que l'Angleterre a toujours insisté auprès de la Grèce et de la Turquie en vu du maintien d'un bon accord indispensable à ses yeux pour contrebalancer l'influence d'une troisième race, celle qui, en troublant la paix, a amené la réunion du Congrès. D'abord, ces efforts de la Grande Bretagne ont été secondés des deux parts. Mais les deux pays se trouvaient en présence d'une grande difficulté, la frontière insuffisante et imparfaite tracée en 1831: aux yeux de tout homme d'Etat compétent, cette frontière est un péril et un désastre aussi bien pour la Turquie que pour la Grèce: sa conformation est un encouragement au brigandage, et le brigandage amène nécessairement des agitations dans les provinces limitrophes. Lorsque commença la dernière guerre et que les habitants des districts voisins de la frontière s'en émurent, l'Angleterre fit entendre à la Porte des représentations que celle-ci écouta favorablement; mais S. E. a le regret de devoir ajouter que, cette fois, il n'en fut pas de même de la Grèce; les bons avis de l'Angleterre ne purent prévaloir à Athènes contre l'opinion contraire, et de graves difficultés ont surgi. Lord Beaconsfield croit cependant de son devoir d'ajouter que l'insurrection d'Epire et de Thessalie n'a pas été fomentée par le Gouvernement grec qui, au contraire, se conformant aux avis de la Grande Bretagne, s'est appliqué à la réprimer; l'Angleterre fit, d'ailleurs, entendre à Athènes le conseil de ne point compter sur des agrandissements territoriaux.

S. E. recherchant les motifs de cette attitude, pense qu'il faut l'attribuer à la fausse idée qu'on s'était faite, après la conclusion du traité de San Stefano, des principes qui dirigeraient le Congrès. Une opinion erronée attribuait au Congrès l'intention de procéder au partage d'un Etat vieilli, et non pas de fortifier, comme l'a fait la haute Assemblée, un ancien Empire qu'elle considère comme essentiel au maintien

de la paix. Il est vrai que, souvent, après une grande guerre, des remaniements territoriaux se produisent: la Turquie n'est pas le seul Etat qui ait éprouvé des pertes territoriales: l'Angleterre, elle aussi, a perdu des provinces auxquelles elle attachait beaucoup de prix et qu'elle regrette encore aujourd'hui; on ne saurait donner à de tels arrangements ou rétrocessions le nom de partage, et le Gouvernement grec se trompait complètement sur les vues de l'Europe. S. E. saisit cette occasion pour repousser les insinuations d'une partie de la presse qui a qualifié de partage la décision du Congrès au sujet de la Bosnie et de l'Herzégovine. C'est, au contraire, pour prévenir un partage, que cette décision a été prise. De nombreux précédents historiques la justifient: la Bosnie abandonnée à elle-même sans éléments de bon gouvernement, entourée d'Etats indépendants ou demi-indépendants, eût été, en bien peu de temps, le théâtre de luttes sanglantes. Dans cette situation, la Grande Bretagne a fait appel à une Puissance voisine, forte, et intéressée au maintien de la paix: l'Europe, partageant la même pensée, a remis à l'Autriche-Hongrie l'occupation et l'administration de la Bosnie: S. E. rappelle que, plusieurs fois, soit dans des pays voisins, soit ailleurs, la même mission a été confiée à l'Autriche; l'initiative de la Grande Bretagne ne prouve donc pas qu'elle soit favorable à un partage.

Revenant à la Grèce, Lord Beaconsfield dit que personne ne saurait douter de l'avenir de ce pays, que les Etats, comme les individus qui ont un avenir, sont en mesure de pouvoir attendre. Mais, en même temps, S. E. est convaincue que la Grèce et la Turquie procéderont à la rectification de leurs frontières, qu'une cause de discordes et de troubles sera ainsi écartée, et une paix durable assurée. Le Premier Plénipotentiaire de la Grande Bretagne ajoute qu'il ne voudrait point recommander, pour atteindre ce but, des mesures coercitives: à ses yeux, le Sultan, éprouvé par de si grands malheurs, mérite beaucoup de respect et de sympathie: S. E. croit cependant qu'il ne faudrait point laisser passer l'occasion d'exprimer d'une manière très-ferme l'opinion qu'une rectification de frontière serait un acte de haute politique favorable à la prospérité des deux pays. Lord Beaconsfield regarde le tracé proposé par M. le Premier Plénipotentiaire de France comme discutable; mais l'unanimité étant avant tout désirable, S. E. retirerait toute objection en présence d'un vote unanime des autres Puissances. Le Premier Plénipotentiaire de la Grande Bretagne termine en exprimant l'espoir et même la conviction qu'une solution équitable de la question des frontières sera accueillie par le Sultan.

Le Prince Gortchacow dit qu'en principe, il ne voit pas grande divergence entre la proposition française et les arguments présentés par le Premier Plénipotentiaire de la Grande Bretagne. Lord Beaconsfield reconnaît, comme M. Waddington, qu'il y a intérêt urgent à s'entendre sur l'amélioration des frontières du Royaume Hellénique: avec quelques dissemblances de détail sur les attributions de territoires, l'idée mère est la même, et S. A. S. y donne son adhésion.

Le Comte Schouvalow voudrait présenter une observation sur l'éloquent discours de M. le Premier Plénipotentiaire de la Grande Bretagne. Le Prince Gortchacow a constaté, dans une occasion précédente, les sympathies sincères que la Russie professe pour le Gouvernement et les populations Helléniques. La Russie désire, en même temps, les bonnes relations des deux nationalités Grecque et Ottomane. Mais, Lord Beaconsfield a déclaré que l'entente entre les Grecs et les Turcs était nécessaire pour empêcher une autre nationalité — celle qui a fait le principal objet des délibérations du Congrès, à savoir les populations

Slaves, — de troubler la paix européenne. Le Comte Schouvalow ne saurait partager cette opinion: il affirme que les populations Slaves ne troubleront plus la paix, aussitôt que l'Europe les aura dotées d'institutions qui garantissent leurs vies et leurs propriétés et qui assurent leur prospérité. S. E. considère que cette nouvelle situation, et non pas une entente des Grecs et des Turcs au détriment des Slaves sera le gage de la paix européenne.

La proposition des Plénipotentiaires Français et Italiens ayant été soumise au vote de la haute Assemblée, Carathéodory Pacha déclare qu'il n'a pas connaissance de l'assentiment de son gouvernement à des propositions de rectification qui lui auraient été faites précédemment. Il se croit, par conséquent, en devoir de réserver entièrement l'opinion de la S. Porte sur ce point.

Le Président dit que, dans la circonstance présente, les Plénipotentiaires Ottomans sont fondés à s'abstenir et à attendre de nouvelles instructions. S. A. S. constate, d'ailleurs, que les Puissances, à l'exception de la Porte, dont l'assentiment est réservé, sont unanimes à accepter la proposition.

Le Comte de Saint-Vallier présente, au nom des Plénipotentiaires d'Autriche-Hongrie et de France, la proposition suivante:

„Les populations mirdites continueront de jouir des privilèges et immunités dont elles sont en possession ab antiquo."

Lord Salisbury croit qu'il pourrait être dangereux de sanctionner des privilèges mal définis et de donner à des usages la force d'un engagement international.

Le Comte de Saint-Vallier dit que la proposition autrichienne et française ne modifie en rien la situation antérieure. Les rapports du gouvernement Ottoman et des Mirdites ont été, de tout temps, établis sur la base des immunités et privilèges dont il se borne à demander le maintien.

Mehemed Ali Pacha fait observer qu'en présence des réformes sérieuses que le Sultan se dispose à accorder, les privilèges, immunités et usages exceptionnels qui datent du moyen âge, sont destinés à disparaître. Ces changements seront graduels, sans doute, et le statu quo subsistera quelque temps, mais S. E. ne voudrait pas que son gouvernement fût obligé de le prolonger indéfiniment, même lorsque les réformes auront été établies.

Le Baron de Haymerle insiste en faveur de la proposition dont l'objet est uniquement le maintien d'une autonomie séculaire dont S. E. indique les principaux traits. La haute Assemblée est favorable aux autonomies, et les Mirdites méritent particulièrement sa bienveillance.

Mehemed Ali Pacha persistant à relever les inconvénients des privilèges qui appartiennent aux tribus albanaises, le Comte de Saint-Vallier répète qu'au moment où une transformation considérable s'opère dans la Péninsule Balcanique, les Plénipotentiaires d'Autriche-Hongrie et de France ont jugé nécessaire de rassurer les populations mirdites, en demandant, pour elles, le maintien pur et simple du statu quo.

Sadoullah Bey est d'avis qu'en acceptant cette proposition, le Congrès se placerait en contradiction avec l'article XV qui stipule les réformes; ne serait-ce pas les annuler d'avance que de proclamer le maintien du statu quo?

Il s'établit, à ce sujet, entre les Plénipotentiaires Ottomans et le Comte de Saint-Vallier, un échange d'idées d'où il résulte que les Plénipotentiaires Ottomans déclarent que la Sublime Porte compte ne faire, pour le moment, aucun changement dans la situation de la montagne mirdite.

En présence de cette affirmation, constatée par le Président et dont le Congrès prend acte, les Plénipotentiaires d'Autriche-Hongrie et de France font connaître que l'insertion de leur proposition au Protocole, suivie de la déclaration des Plénipotentiaires Ottomans, leur paraît donner une satisfaction suffisante au but qu'ils avaient en vue.

Ordre du jour pour la prochaine séance fixée à demain 6 Juillet: questions concernant les territoires en Asie et détroits.

Protocole N° 14.

Séance du 6 Juillet 1878.

Le Président relève notamment celle de Malcom Khan, ministre de Perse, demandant à être admis au Congrès lorsqu'il sera statué sur la ville de Khotour.

S. A. S. ayant demandé à cet égard l'avis de la haute Assemblée, Lord Salisbury exprime l'opinion que Malcom Khan devrait être entendu, et le Prince Gortchacow déclare n'avoir point d'objection. Les Plénipotentiaires donnent leur assentiment et le Président annonce que le ministre de Perse sera invité à se rendre Lundi au sein du Congrès.

L'ordre du jour appelle les questions concernant les territoires en Asie. Ces questions sont traitées dans les articles XVI, XVIII et XIX (alinéa b.) du Traité de San Stefano. Le Président pense que les articles XVI et XIX doivent être seuls discutés aujourd'hui, l'article XVIII relatif à la ville de Khotour demeurant réservé pour la séance où Malcom Khan assistera.

Sur le désir de Lord Salisbury, le Congrès décide de s'occuper en premier lieu de l'article XIX b' concernant Ardahan et Kars.

Lord Salisbury, écartant la rédaction de délimitation indiquée dans l'article XIX et dont les nombreux détails lui paraissent devoir être plus utilement discutés dans des conférences particulières des Plénipotentiaires spécialement intéressés, aborde sur le champ le principe même de l'annexion d'Ardahan et Kars. Dans l'opinion de S. E., des acquisitions aussi considérables ébranleraient la puissance et le prestige de la S. Porte en Asie et rendraient fort douteux le maintien de la tranquillité dans ces contrées. Sans insister sur une thèse qui lui semble évidente, Lord Salisbury demande aux Plénipotentiaires Russes, si les considérations que les Représentants de l'Angleterre ont fait valoir dans leurs entretiens particuliers avec LL. EE. ont affecté leur détermination de retenir les forteresses de Kars et d'Ardahan: dans le cas où la Russie croirait devoir persévérer dans cette pensée, Lord Salisbury déclare qu'il réserverait pour l'Angleterre le droit de sauvegarder ses intérêts et son influence sur les populations par les moyens qu'elle jugerait convenables.

Le Premier Plénipotentiaire de Russie prononce les paroles suivantes:

„Grâce à l'esprit de conciliation et aux concessions réciproques dont consciencieusement je réclame une large part au nom de la Russie, l'oeuvre du Congrès a progressé vers son but, celui d'une paix qui est dans les intérêts de l'Europe entière et qui serait seule digne des hommes éminents réunis à Berlin.

La séance d'aujourd'hui est consacrée à un objet dont une solution

équitable, étrangère aux petites passions, couronnerait l'oeuvre que nous poursuivons.

Nous faisons la concession d'Erzeroum, de Bajazid et de la vallée d'Alachkerd. — Ces deux derniers points constituent le trajet des caravanes et la principale route commerciale vers la Perse.

Je suis, de plus, autorisé de déclarer qu'usant de son droit de souveraineté mon Auguste Maître déclarera Batoum port franc. — Cela répond aux intérêts matériels de toutes les nations commerciales et plus particulièrement peut-être à ceux de la Grande Bretagne dont le commerce occupe le plus grand nombre de bâtiments.

Je termine en réitérant l'espoir que dans la séance d'aujourd'hui nous aurons fait un immense pas vers le but élevé de notre réunion."

Le Président constate l'importance de la communication que le Premier Plénipotentiaire de Russie vient de faire au nom de son Gouvernement: l'abandon de Bajazid et de la vallée de l'Alachkerd et surtout la constitution de Batoum en port franc, forment des modifications considérables au Traité de San Stefano. S. A. S. ajoute que la dernière concession facilite l'évacuation de Batoum et l'échange de cette place contre Erzeroum. Le Prince de Bismarck serait heureux que le Gouvernement Britannique que a de grands intérêts dans ces contrées fût satisfait par cet arrangement; on aurait réalisé un progrès décisif dans le sens de la paix, si le Congrès se mettant d'accord aujourd'hui sur ce point important n'avait plus à se préoccuper que des détails.

Le Prince Gortchacow ayant désiré connaître l'opinion de la haute Assemblée, le Président fait appel à l'appréciation des Plénipotentiaires de la Grande Bretagne.

Lord Beaconsfield a entendu la communication du Prince Gortchacow avec un grand intérêt: il pense avec S. A. que cette concession spontanée de S. M. l'Empereur de Russie se recommande à la plus sérieuse considération du Congrès. Au moment où la haute Assemblée approche du terme de ses travaux et où tous les Plénipotentiaires s'efforcent de résoudre les difficultés de détail qui subsistent encore, les Plénipotentiaires de la Grande Bretagne sont heureux de constater, de la part d'un puissant souverain, une démarche conciliante d'une aussi haute valeur. Une telle proposition ne vînt-elle pas d'une Puissance aussi directement intéressée et d'un homme d'Etat aussi expérimenté que S. A., elle semble, en tout cas, de nature à aplanir un des plus grands obstacles à une solution désirée par toute l'Europe.

Le Premier Plénipotentiaire Britannique regarde comme une heureuse pensée de transformer, à la fin d'une grande guerre, une place contestée en un port franc et en un entrepôt commercial pour toutes les nations. S. E. approuve entièrement et accepte cette proposition, et, bien que le désir de l'Angleterre eût été que cette place forte, qui n'a pas été prise, demeurât sous la souveraineté du Sultan, Lord Beaconsfield considère comme une solution avantageuse que ce port devienne, dans l'intérêt de la prospérité de la Russie, de la Turquie et de tous les peuples, un centre commun pour leur énergie combinée et pour leur esprit d'entreprise. S. E. repète, toutefois, qu'elle eût préféré que Batoum, en devenant port libre, ne fût pas compris dans le territoire russe; plein de confiance dans les déclarations de l'Empereur de Russie, Lord Beaconsfield voit, sans doute, dans les avantages de la franchise de ce port, une compensation à une annexion qu'il ne saurait approuver, mais il ne peut éviter de dire qu'il est pénible de penser, que, tout en se félicitant de la création d'un port franc, il y a lieu de se préoccuper, en même temps, des moyens de prévenir ou, du moins, d'atténuer de nouveaux troubles. La province de Batoum, en effet, n'est pas satisfaite

de devenir possession Russe, elle est encore entre les mains de populations qui se croient en état de la défendre et l'emploi de la force pourrait, en cette circonstance, amener de graves dangers. S. E. désirerait que, tout en sanctionnant la proposition gracieuse de l'Empereur de Russie, le Congrès exprimât la voeu que toutes les mesures nécessaires soient prises pour éviter des désordres dont les conséquences seraient déplorables. A cet effet, il semblerait indiqué qu'on eût de légitimes égards pour une vaillante population qui s'est montrée fortement opposée au régime nouveau que le Congrès a l'intention de lui imposer. S. E. insiste pour que les principes et considérations ethnographiques qui ont amené la haute Assemblée à concilier les intérêts divergents des nationalités de la Turquie d'Europe, ne soient point perdus de vue en ce qui concerne la Turquie d'Asie. Lord Beaconsfield croit qu'il n'y a pas de temps à perdre pour adopter des dispositions propres à les prévenir. Il se borne à indiquer à la haute Assemblée un état de choses auquel l'influence d'une seule Puissance ne saurait porter remède. S. E. accepte volontiers la création d'un port franc à Batoum, mais désirerait que le Congrès examinât les détails de cette décision en se préoccupant de la nécessité de prévenir des conflits: il appartient aux Représentants des grandes Puissances, toutes interessées dans la question, de prendre des précautions contre l'éventualité d'un semblable péril.

Le Président, après ce discours, se plaît à reconnaître un progrès considérable vers une entente. L'accord établi entre la Russie et l'Angleterre sur Batoum, érigé par la Russie en port franc, est un résultat de haute valeur. Il est vrai que le Premier Plénipotentiaire de la Grande Bretagne paraît encore préoccupé de certains dangers, qui pourraient menacer la tranquillité des populations de ces contrées et par suite la paix européenne. Mais S. A. S. espère que ces dangers seraient faciles à éviter par des dispositions de détail et peut-être pourrait-on y remédier en les examinant de plus près, si les Plénipotentiaires de la Grande Bretagne voulaient bien donner sur leurs appréhensions des explications plus développées. Les autres Puissances pourraient alors également indiquer les expédients qu'elles auraient en vue. En résumé, le Prince de Bismarck croit que la haute Assemblée se félicite de trouver la distance entre les Représentants de la Russie et l'Angleterre moindre qu'elle ne l'avait redouté et de voir dans ce bon vouloir réciproque un nouveau motif de compter sur une heureuse solution qui sera accueillie avec joie par l'Europe entière.

Le Comte Andrássy a entendu avec satisfaction les déclarations du Prince Gortchacow et il croit que la constitution de Batoum en port franc est un avantage évident pour toutes les Puissances Européennes. Le Premier Plénipotentiaire d'Autriche-Hongrie, rappelant des précédents qui ont amené de bons résultats, pense avec Lord Salisbury que des entretiens particuliers entre les Représentants de deux Puissances plus spécialement intéressées pourraient aplanir les difficultés qui s'opposent encore à une entente qu'il appelle de tous ses voeux. S. E. déclare accepter d'avance les conclusions des pourparlers qui seraient suivis entre les deux Puissances.

M. le Premier Plénipotentiaire de France n'a aucune objection à élever au sujet des déclarations qui ont été faites et se borne à constater l'accord qui semble en voie de s'établir.

Le Comte Corti ne peut que s'associer au nom de l'Italie aux paroles de ses collègues et exprime l'espoir que l'entente ne rencontrera pas de bien grandes difficultés.

Carathéodory Pacha se réserve, s'il y a lieu, de revenir sur cette question lorsqu'il aura pu apprécier plus complètement le ca-

ractère et la portée des points que les Plénipotentiaires Britanniques ont en vue.

Le Président relit le passage de l'article XIX qui fait l'objet de la discussion: „Prenant en considération etc., l'Empereur de Russie consent à remplacer le paiement de la plus grande partie des sommes énumerées dans le paragraphe précédent par les cessions territoriales suivantes . . . .“. Ici se placent les cessions en Europe sur lesquelles le Congrès s'est déjà prononcé, puis viennent les cessions en Asie consignées dans l'alinéa b: „Ardahan, Kars, Batoum, Bayazid et le territoire jusqu'au Saganlough.“ S. A. S. rapelle que dès-à-présent la Russie consent à ne pas comprendre dans les cessions Bayazid et le territoire jusqu'au Saganlough.

Le Comte Schouvalow dit qu'il serait plus exact de supprimer les mots „jusqu'au Saganlough“ et de résumer ainsi les concessions russes qui sont: Bayazid et toute la vallée d'Alachkerd, sous la réserve que la Turquie rendra le territoire de Khotour à la Perse.

Le Congrès étudie sur la carte, présentée par le Comte Schouvalow, les lignes exactes des concessions russes. Le Président constate que la constitution de Batoum en port franc est acquise à l'entente, et qu'il en est de même des points que vient d'indiquer le Comte Schouvalow. Quant au tracé exact de la ligne de frontière, S. A. S pense que ce travail ne peut-être fait par le Congrès et doit être réservé à une commission spéciale compétente.

Lord Salisbury déclare qu'il avait eu des objections sur plusieurs des points de l'article XIX du traité. S. E. craignait d'abord que la possession de Batoum ne fût un danger pour la liberté de la Mer Noire. La concession gracieuse offerte aujourd'hui par la Russie, si il la comprend bien, lui paraît écarter cette appréhension. En second lieu, l'occupation de Bayazid lui aurait fait redouter que la route commerciale de Perse ne fût interceptée: S. E. constate également, qu'en présence de la concession de la vallée d'Alachkerd, ces craintes ne seraient plus justifiées. Il lui reste encore le devoir de rappeler les intérêts d'une vaillante nationalité musulmane qui se refuse à la domination russe. S. E. insiste sur les avantages d'entretiens particuliers pour résoudre les dernières difficultés de détail qui subsistent encore.

Le Prince Gortchacow dit qu'il préférerait une discussion en Congrès et qu'il est prêt à répondre sur place aux objections que présenteraient les Plénipotentiaires de la Grande Bretagne.

Le Prince de Bismarck s'associe à la demande de Lord Salisbury qui lui paraît justifiée par les nombreux détails de la question qui ne sauraient être discutés en séance plénière. Il consultera d'ailleurs sur ce point le sentiment du Congrès.

Le Prince Gortchacow expose qu'il y a deux catégories de questions: Les premières, qui sont techniques et qui ont pour objet la détermination des limites définitives, ne peuvent, en effet, être résolues en Congrès et le Traité de San Stefano a indiqué par avance qu'elles devront être soumises à une Commission spéciale. En ce qui concerne les secondes, S. A. S. remercie Lord Beaconsfield d'avoir répondu avec tant de loyauté à ses observations: M. le Premier Plénipotentiaire d'Angleterre s'est borné au surplus à exprimer ses craintes sur la sécurité des populations. Mais le Prince Gortchacow s'explique moins les objections de Lord Salisbury et prie S. E. de vouloir bien d'éterminer, d'une manière plus précise, les inquiétudes qu'il a énoncées.

Lord Salisbury dit qu'il a voulu parler de la nationalité des Lazes qui n'accepterait pas le Gouvernement Russe et dont les répugnances pourraient amener dans l'avenir des embarras sérieux.

Une discussion s'engage entre le Prince Gortchacow, Lord Salisbury et Mehemed Ali Pacha sur le chiffre de la population Laze du Lazistan que le Premier Plénipotentiaire de Russie, sur les données qu'il offre de communiquer, affirme ne point s'élever au dessus de 50,000 âmes, tandis que les Plénipotentiaires d'Angleterre et de Turquie l'estiment à 200,000 individus.

Le Président ayant fait observer que cette question secondaire n'intéresse pas l'oeuvre de la paix, insiste pour que les Plénipotentiaires de Grande Bretagne et de Russie s'entendent sur ce point et sur les autres objets spéciaux qui les séparent, dans des entretiens particuliers. Cette procédure est acceptée de part et d'autre, et le Congrès décide d'attendre le résultat de ces explications mutuelles pour reprendre l'examen de l'article XIX.

La haute Assemblée passe à l'article XVI, relatif aux Arméniens, et dont il a déjà été question dans une séance précédente.

Lord Salisbury a déposé, à ce sujet, une proposition qui a été distribuée aux Plénipotentiaires. S. E. demande la suppression des premières lignes de l'article XVI jusqu'au mot „pays" et désirerait ajouter à la fin la phrase suivante:

„Elle s'entendra ultérieurement avec les six autres Puissances signataires sur la portée de cet engagement et les mesures nécessaires pour le mettre en exécution.

S. E. ajoute que les intérêts des Arméniens doivent être sauvegardés, et que le but de la proposition est de leur donner des espérances d'améliorations immédiates en même temps que de progrès à venir.

Carathéodory Pacha admet que, dans la dernière guerre, les tribus insoumises ont suscité de graves désordres, mais la Porte, dès qu'elle en a été informée, a pris des mesures pour y mettre un terme. La Proposition de Lord Salisbury semble se référer à des mesures ultérieures. Carathéodory Pacha voudrait qu'il fût tenu compte à la Porte des dispositions qu'elle a adoptées et qu'on ajoutât au paragraphe les mots suivants: „la Porte communiquera aux six Puissances le résultat des mesures qui ont été déjà prises à cet égard." Cette addition, en même temps qu'elle satisferait le Gouvernement Ottoman, complèterait le sens du texte présenté par les Plénipotentiaires Anglais.

Le Comte Schouvalow préfère la rédaction de Lord Salisbury. Si la Porte a pris des mesures et qu'elles n'aient pas été mises à exécution, il est inutile de les mentionner.

Le Président fait observer qu'il est, peut-être, difficile de mettre à exécution des mesures répressives parmi des tribus indépendantes, et S. A. S. élève des doutes sur l'efficacité pratique de l'article proposé par Lord Salisbury.

Carathéodory Pacha insistant pour l'addition qu'il a indiquée, Lord Salisbury demande à ajourner la discussion pour apporter quelque modification dans le texte primitif.

La question est remise à une prochaine séance.

Le Congrès passe à la question des détroits.

Lord Salisbury déclare que, si l'acquisition de Batoum avait été maintenue dans des conditions qui menaceraient la liberté de la Mer Noire, l'Angleterre n'aurait pas pu s'engager envers les autres Puissances Européennes à s'interdire l'entrée de cette mer. Mais, Batoum ayant été déclaré port franc et commercial, le Gouvernement Anglais ne se refusera pas à renouveler les engagements, sous les modifications imposées par les décisions déjà prises au Congrès.

Le Prince Gortchacow, en faisant observer que ces dangers n'auraient pu se produire de toute façon puisque la Russie n'a point

de bâtiments dans la mer noire, est également d'avis que la législation actuelle ne soit pas modifiée.

Il résulte de la discussion qui s'engage entre les Plénipotentiaires de la Grande Bretagne, de Russie et de France sur le caractère du statu quo ante, que le Congrès entend, par ce terme, l'ordre de choses établi par la déclaration de 1856 et par l'article II du Traité de Londres du 13 Mars 1871 dont il est donné lecture.

Le Comte Schouvalow croit que le Congrès n'a pas à discuter sur ce point les actes de 1856 et 1871. Que demande la Russie? Elle demande uniquement le Statu quo ante pour les Détroits. Le Marquis de Salisbury fait dépendre le statu quo des conditions de la possession de Batoum par la Russie. Il serait très-facile de prouver que Batoum ne constitue de menace pour personne et que la possession de ce port ne nous est nécessaire que pour assurer nos communications avec le grand territoire que la Russie possède déjà sur cette partie du littoral de la Mer Noire et pour assurer son commerce. S. E. constate que la déclaration de franchise du port a dû écarter les derniers doutes. Ce port deviendra un point important pour le commerce du monde entier; il ne pourrait être une menace pour les Détroits, et tout conseille, en conséquence, d'y maintenir le statu quo.

Lord Salisbury comprend que Batoum ne sera qu'un port commercial et, ainsi, accepte en principe le statu quo ante pour les Détroits.

A la suite d'une observation de Carathéodory Pacha relative à l'opportunité de déclarer que la Bulgarie n'aura point de forces navales dans la Mer Noire, comme conséquence du Statu quo ante qui vient d'être admis, il demeure entendu que, la Bulgarie étant Principauté tributaire et n'ayant point de pavillon du guerre, aucune disposition nouvelle ne peut être insérée à ce sujet.

Le Président constate l'assentiment unanime de la haute Assemblée au maintien du statu quo ante dans la question des détroits des Dardanelles et du Bosphore.

Le Président donne lecture de l'article XXIV, et le Congrès reconnaît qu'après la déclaration précédente, il n'a pas à discuter la première phrase de cet article relative à l'ouverture des détroits. Quant à la seconde phrase, qui concerne les blocus fictifs, le Premier Plénipotentiaire d'Italie ayant fait remarquer que cette stipulation n'est que la réproduction du principe de la déclaration de Paris en date du 16 Avril 1856, Carathéodory Pacha constate que ce passage n'a aucune utilité pratique, puisque la Porte est liée par la déclaration de Paris.

Le Président ajoute que c'est pourquoi la haute Assemblée n'a pas à s'en occuper. Le Congrès n'a donc pas à réviser cet article et se borne à maintenir le statu quo ante comme suffisant.

S. A. S. lit ensuite l'article XXV qui concerne l'évacuation de la Turquie d'Europe et d'Asie par les troupes Russes. Le Prince de Bismarck pense que, les deux Puissances belligérantes ayant statué régulièrement à cet égard, le Congrès doit considérer cet arrangement comme strictement bilatéral.

Le Premier Plénipotentiaire de France soumet, sur ce point, un désir à ses collègues de Russie: S. E. demande s'il ne leur serait pas possible de faire une déclaration constatant que le Gouvernement Russe s'efforcera, pour affranchir la Roumanie des charges résultant d'une occupation prolongée, de diriger l'évacuation par la voie du Danube et de Varna.

Le Comte Schouvalow répond que la proposition faite par le premier Plénipotentiaire de France ne saurait avoir un caractère absolu.

Il s'agirait ainsi de choisir, de préférence, la voie de mer à la voie de terre. S. E. est prête à obtempérer à ce désir, mais sa déclaration doit être subordonnée à une prompte évacuation de Varna par les troupes Turques. Si les Plénipotentiaires Ottomans veulent bien déclarer au Congrès qu'il n'y a plus d'obstacle à l'évacuation immédiate de cette forteresse, le Comte Schouvalow est prêt à répondre à la demande du premier Plénipotentiaire de France.

Carathéodory Pacha demande l'ajournement d'une question sur laquelle il n'est pas à même de donner une réponse précise.

M. Waddington fait remarquer qu'il n'a pas présenté de proposition, mais un simple appel au bon vouloir de la Russie, dans le cas où les circonstances permettraient d'évacuer le territoire ottoman sans passer par la Roumanie.

Le Comte Schouvalow serait heureux de satisfaire au voeu de M. Waddington et regrette que M. le Premier Plénipotentiaire de Turquie n'ait pas été en mesure de fournir les informations nécessaires à la décision du Gouvernement Russe.

Carathéodory Pacha ayant demandé si l'alinéa 3 de l'article XXV, relatif à l'évacuation en Asie, sera inséré dans le nouveau traité, le Président dit que cette insertion ne paraît pas nécessaire, puisqu'il ne s'agit que d'une stipulation entre la Turquie et la Russie: l'évacuation en Europe a seule été l'objet d'un arangement européen.

S. A. S. constate que les derniers articles du Traité de San Stefano (XXVI, XXVII, XXVIII et XXIX) ne sont que des stipulations locales et militaires, et exprime l'espoir que, dans la prochaine séance, le Congrès, informé du résultat des pourparlers qui doivent s'établir sur les questions réservées entre les Plénipotentiaires Russes et Anglais, se trouvera en mesure de terminer l'examen de la question asiatique.

Le Prince de Hohenlohe, comme président de la Commission de délimitation, demande la mise à l'ordre du jour de la prochaine séance d'un rapport de cette commission sur des questions qui ne peuvent être résolues que par le plenum du Congrès.

Le Comte Schouvalow expose incidemment que, pour divers territoires, tant d'Europe que d'Asie, qui n'ont pas été l'objet des délibérations spéciales de la haute Assemblée, aucune amélioration du sort des populations chrétiennes n'a été expressément stipulée. Le Traité de San Stefano, en créant une grande Bulgarie, ne visait dans l'article XV que les Provinces Grecques et quelques territoires qui auraient pu échapper à l'attention.

La situation a changé: la création d'une Roumélie restreinte laisse en suspens de nombreuses populations chrétiennes qui pourraient n'être assimilées ni aux réformes qu'il s'agit d'introduire dans la Roumélie Orientale, ni à celles que le Traité de San Stefano projette pour les provinces grecques.

Le sort des Chrétiens d'Orient constituant une des premières préoccupations de l'Europe et du Congrès, S. E. voudrait espérer que les stipulations de l'article XV s'étendront également à toutes les populations chrétiennes de la Péninsule des Balkans, pour lesquelles aucune organisation spéciale n'est stipulée.

Le Prince de Bismarck estime que le Congrès s'est approprié l'article XV dans sa totalité et qu'il l'étend en principe à toutes les parties de l'Empire. Ce serait, au surplus, à une réunion diplomatique à venir que ces questions de détail pourraient être, au besoin, réservées.

Le Comte Schouvalow est heureux de voir constater que les stipulations de l'article XV s'appliquent à toutes les parties de la Turquie d'Europe qui n'ont pas de règlement spécial.

Le Comte Andrássy est d'accord avec les Plénipotentiaires de Russie sur la nécessité d'améliorer le sort des Chrétiens, mais S. E. ne pense pas que des constitutions toutes faites soient le meilleur moyen d'y parvenir. La diplomatie doit s'en tenir à poser des principes et se garder d'entrer dans les détails qui sont souvent un danger pour les populations.

Carathéodory Pacha demande au Congrès de prendre en considération la pétition inscrite sous le N° 49 dans la 10e liste et dans laquelle Mgr. Gerassimos, archevêque de Philadelphie, traite la question des biens dédiés de Roumanie. S. E. se réserve de soumettre au Congrès une proposition formelle à cet égard.

Protocole N° 15.

Séance du 8 Juillet 1878.

L'ordre du jour appelle l'article XVIII du Traité de San Stefano relatif à la ville de Khotour et à la rectification de la frontière Turco-Persane. Cet article est ainsi conçu:

„La Sublime Porte prendra en sérieuse considération l'opinion émise par les commissaires des Puissances médiatrices au sujet de la possession de la ville de Khotour, et s'engage à faire exécuter les travaux de délimitation définitive de la frontière Turco-Persane."

Le Président pense qu'il y a lieu, conformément à la décision prise par le Congrès dans sa dernière réunion, d'entendre le représentant de S. M. le Shah de Perse.

S. E. Malcom Khan est introduit, et le Président le prie de communiquer au Congrès les observations de son gouvernement au sujet de l'article XVIII du Traité de San Stefano.

Malcom Khan dit qu'il n'a point de communication à faire, mais qu'il désire seulement connaître la décision du Congrès.

Le Prince de Bismarck fait observer que la haute Assemblée n'a pas encore pris de résolution, mais a voulu s'assurer que la restitution de Khotour à la Perse serait acceptée par S. M. le Shah.

Malcom Khan se déclare autorisé par son gouvernement à accepter avec reconnaissance la restitution du district de Khotour: il se réfère, pour l'étendue du territoire, à la délimitation dressée par la Commission Anglo-Russe. S. E. ajoute quelques considérations sur la situation de la frontière Persane de Bayazid à Mouhamerra et appelle l'intérêt de la haute Assemblée sur le vif désir de son gouvernement de voir le Congrès mettre un terme à des difficultés sans cesse renaissantes. Le Gouvernement Persan se soumet d'avance à l'arbitrage qui serait fixé par la haute Assemblée.

Le Président pense que le Congrès consentira à prêter ses bons offices pour amener une entente entre la Turquie et la Perse, et le règlement de l'affaire de Khotour pourra lui en fournir l'occasion.

Malcom Khan se retire et, le Président ayant demandé aux Plénipotentiaires Russes de faire connaître leur opinion sur l'article XVIII, le Comte Schouvalow désire déterminer exactement le caractère actuel de la question. Dans les négociations qui ont eu lieu entre la Russie et la Turquie après la conclusion du Traité de San Stefano, la Russie consentit à rendre à la S. Porte Bayazid et la vallée d'Alachkerd, mais en stipulant, comme échange, la restitution du territoire de Khotour. C'est donc à titre d'échange que Khotour est rendu au Shah. Quant à

la délimitation, il n'y a pas de difficulté, puisque Malcom Khan a déclaré accepter celle de la Commission Anglo-Russe. Le Comte Schouvalow ne peut qu'appuyer, d'ailleurs, le désir de la Perse d'arriver le plus tôt possible au règlement de ses frontières.

Le Président demande si une proposition est faite en dehors du maintien pur et simple de l'article XVIII.

La lecture des offices adressés par Malcom Khan au Congrès établit que le Ministre du Shah, de son côté, n'a présenté aucune proposition.

Le Comte Schouvalow n'est point d'avis de maintenir purement et simplement l'article. S. E. répète que les situations respectives ont changé depuis le Traité de San Stefano: il s'agit maintenant, de la part de la Turquie, non plus de „prendre en sérieuse considération", mais d'exécuter un engagement, un échange, et ce caractère de la question doit être indiqué nettement dans une nouvelle rédaction.

Le Prince de Bismarck ayant exprimé le désir de savoir si les Plénipotentiaires Russes désirent s'en charger, et Lord Salisbury ayant offert pour ce travail le concours des Plénipotentiaires Anglais également intéressés dans la question au point de vue du commerce de la Perse, le Comte Schouvalow annonce qu'à la prochaine séance, il présentera un nouvel article, après s'être concerté avec ses collègues d'Angleterre.

Le Président constate que les principes de l'article XVIII sont confirmés, sauf le complément que doivent préparer les Plénipotentiaires d'Angleterre et de Russie.

Carathéodory Pacha dit que, pour ce qui le concerne, il n'aurait aucun changement à proposer pour l'article XVIII. Il n'a pas connaissance des négociations postérieures au traité de San Stefano auxquelles le Comte Schouvalow a fait allusion, qu'il sollicitera sur ce point les instructions de son Gouvernement; mais qu'en attendant, les Plénipotentiaires Ottomans sont toutefois à la disposition du Comte Schouvalow pour la rédaction du nouvel article, tant qu'il s'agira de confirmer la décision rendue par la Commission mixte au sujet de la cession de Khotour.

Le Président rappelle que, dans la séance précédente, le Congrès avait mis à l'ordre du jour d'aujourd'hui le résultat de pourparlers complémentaires sur différentes questions de détail relatives à la ville et au port de Batoum. Les Plénipotentiaires intéressés n'étant pas encore en mesure de faire connaître leurs décisions, la question est remise à la prochaine séance.

Procédant au point suivant de l'ordre du jour, le Président fait observer que Lord Salisbury s'est réservé de communiquer à la haute Assemblée le résultat d'une entente ultérieure avec les Plénipotentiaires Ottomans sur la rédaction de l'article XVI concernant les Arméniens.

Lord Salisbury donne lecture de la rédaction concertée entre les Plénipotentiaires de la Grande Bretagne et de la Turquie:

„La Sublime Porte s'engage à réaliser, sans plus de retard, les améliorations et les réformes exigées par les besoins locaux dans les provinces habitées par les Arméniens et à garantir leur sécurité contre les Kurdes et les Circassiens. Elle donnera connaissance périodiquement des mesures prises dans ce but aux Puissances qui y veilleront."

Le Congrès donne son assentiment à cet article.

Le Président dit que, dans la dernière séance, Carathéodory Pacha a saisi le Congrès d'une motion relative à la pétition de l'Archevêque Gerassimos sur les couvents dédiés. En voici le texte:

„Considérant que le différend entre les Saints-Lieux d'Orient et la Roumanie, relatif aux biens dédiés, qui, aux termes des protocoles

des Conférences des Grandes Puissances tenues à Paris en 1858, 1859 et 1861 et de la Conférence réunie ad hoc à Constantinople en 1864, devait être réglé par la voie d'arbitrage, demeure jusqu'ici en souffrance:

les Plénipotentiaires Ottomans prient cette haute Assemblée de vouloir bien prendre en considération le mémoire des Saints-Lieux d'Orient porté sur la liste des pétitions présentées au Congrès sous le N° 49, et par lequel les pétitionnaires s'en remettent au Congrès pour qu'il veuille bien fixer un délai pour la mise en pratique de l'arbitrage et désigner un sur-arbitre pour le cas de partage."

Le Premier Plénipotentiaire de Turquie déclare qu'il n'a pas formulé de proposition proprement dite, mais qu'il est prêt à s'approprier les conclusions du mémoire adressé par les Saints-Lieux à la haute Assemblée. S. E. appelle l'intérêt du Congrès sur la déplorable situation des Saints-Lieux orthodoxes qui réclament la mise à exécution des arrangements pris par la Conférence tenue à Paris en 1858, l'arbitrage et la désignation éventuelle du sur-arbitre, prévus par le protocole du 30 Juillet 1858. Les Saints-Lieux s'en remettent au Congrès pour la nomination d'un sur-arbitre.

Le Président exprime ses doutes sur la compétence de la haute Assemblée dans cette question étrangère en elle-même aux Traités de 1856 et 1871 et de San Stefano. Il désirerait cependant la recommander à l'attention de ses collègues et demande si l'un des Plénipotentiaires aurait à présenter quelques observations à ce sujet.

Lord Salisbury serait disposé à insister, mais S. E. ne voit pas quelle pourrait être la sanction d'une décision du Congrès en pareille matière, du moment que l'indépendance de la Roumanie n'en saurait dépendre.

Le Prince de Bismarck dit que, comme représentant de l'Allemagne, il est de l'avis de Lord Salisbury, et ne connaît, en effet, aucun moyen de coercition à exercer par le Congrès en cette affaire.

Carathéodory Pacha remercie le Président d'avoir présenté la question à la haute Assemblée. S. E. regarde, comme désirable que cette difficulté reçoive une solution pour prévenir des discussions ultérieures entre la Roumanie et la Porte. Le Premier Plénipotentiaire Ottoman demande, du moins, que, dans le cas où la haute Assemblée ne croirait pas devoir se saisir de l'affaire, la question pût être traitée en dehors du Congrès par les Puissances.

Le Prince de Bismarck croit qu'en effet ce serait la seule manière réalisable de traiter cette question et pense que ses collègues consentiront à écrire en ce sens à leurs gouvernements.

Le Comte Schouvalow rappelle que la proposition des Plénipotentiaires Français relative à la liberté religieuse et aux diverses garanties accordées à tous les cultes a créé un droit nouveau applicable à toutes les Principautés et qui autorise les intéressés à faire valoir, en temps et lieu, leurs justes réclamations.

Le Président est d'accord sur ce point avec les Plénipotentiaires de Russie. S. A. S. pense, en général, qu'on pourrait introduire dans le traité un article qui léguerait aux Puissances représentées au Congrès la tâche de veiller, soit par leurs représentants à Constantinople, soit par d'autres délégués, sur l'exécution des diverses dispositions qui viennent d'être rappelées. La question des Saints-Lieux pourrait se rattacher à ce contrôle. Le Prince de Bismarck ajoute, avec l'assentiment de la haute Assemblée, qu'en ce qui regarde cette dernière question, il sera noté au Protocole que les représentants des Puissances sont prêts à référer à leurs gouvernements à ce sujet et à recommander à leur sollicitude l'examen de cette affaire soit sur les anciennes bases, soit sur celles qui seront le résultat des délibérations du Congrès.

1878.

L'ordre du jour appelle le rapport de la Commission de délimitation.

Le Prince de Hohenlohe, Président de la Commission, indique d'abord le tracé de la frontière Nord de la Principauté de Bulgarie qui suit la rive droit du Danube depuis l'ancienne frontière de Serbie jusqu'à la ligne déterminée par le Congrès dans une précédente séance et qui part d'un point à l'Est de Silistrie pour rejoindre Mangalia, sur la Mer Noire. Le point à l'Est de Silistrie n'est pas encore fixé, mais il ne s'agit pas d'une ligne stratégique: c'est une concession faite à la Roumanie, et le tracé exact de cette concession demeure réservé.

Le Comte Schouvalow rappelle qu'en effet, il ne s'agit pas ici d'une ligne stratégique. Les Plénipotentiaires Russes ont augmenté le territoire destiné à la Roumanie: il a été décidé qu'une ligne, partant à l'Est de Silistrie, rejoindrait Mangalia qui serait inclus dans le territoire roumain. C'est une question de bonne foi: le point important, étant le nombre d'éléments roumains à comprendre dans la Bulgarie, cette ligne doit être tracée avec soin et pourrait être confiée à une Commission Européenne.

Le Comte Andrássy dit que, les deux points d'attache étant fixés les détails doivent, en effet, être remis à la Commission.

Le Prince de Hohenlohe fait remarquer que l'on ne peut préciser encore le point d'attache du côté de Silistrie, mais que la Commission a indiqué que ce point doit être l'emplacement où un pont pourrait être établi sur le Danube à l'Est de Silistrie, pont qui relierait les deux rives Roumaines du fleuve.

Le Comte Schouvalow ayant admis qu'un pont réunissant les deux rives du Danube était nécessaire, et le Baron Haymerle ayant ajouté que, de l'avis des experts, un seul point dans les environs est propice à la construction d'un pont, le Président demande si le Congrès accepte 1° la ligne de frontière du Nord de la Bulgarie; 2° la ligne de Silistrie à Mangalia; 3° l'attribution des détails à l'étude d'une Commission Européenne.

La haute Assemblée donne son assentiment à ces propositions qui règlent les limites Nord de la Principauté.

Le Prince de Hohenlohe passe au tracé de la frontière ouest. Elle doit suivre, depuis Racovitza sur le Danube, l'ancienne frontière orientale de la Serbie jusqu'à la Stara Planina.

Cette ligne est acceptée par le Congrès.

Le Prince de Hohenlohe expose, ensuite, la frontière du Sud telle qu'elle a été fixée par la Commission de délimitation dans les termes suivants:

„La frontière commence par l'embouchure et remonte le thalweg du ruisseau où se trouvent les villages Hodzakiöj, Selam-Kiöj, Aivadsik, Kulebe, Sudzuluk; traverse obliquement la vallée du Deli Kamcik en passant au sud de Belibe et de Kemhalik et au nord de Hadzimahale en traversant le Deli Kamcik à 2½ kilomètres en amont Cengel; gagne la crête, à un point situé entre Tekenlik et Aidos-bredza et la suit par Karnabad Balcan, Prisevica Balcan, Kasan Balcan au nord de Kotel jusqu'à Demir Kapu. De Demir Kapu elle suivra la crête des Balcans jusqu'au sommet de Kosica.“

Le Congrès adopte cette ligne jusqu'à Kosica.

Le Prince de Hohenlohe indique qu'à partir de ce point, la délimitation du Sandjak de Sofia a rencontré des difficultés au sein de la commission. La majorité s'est decidée pour le tracé suivant:

La frontière quitte la crête du Balcan au sommet de Kosica, descend vers le sud entre les villages de Pirtop laissé à la Bulgarie

et de Duzanci laissé à la Roumélie Orientale, jusqu'au ruisseau de Tuzlu Dere, suit ce cours d'eau jusqu'à sa jonction avec la Topolnica, puis cette rivière, jusqu'à son confluent avec Smovskio Dere, en laissant à la Roumélie Orientale une zône d'un rayon de deux kilomètres en amont de ce confluent, remonte entre les ruisseaux de Smovskio Dere et la Kamenica suivant la ligne de partage des eaux pour tourner à l'ouest à la hauteur de Voinjak et gagner directement le point 875.

La ligne frontière coupe ensuite, en ligne droite, la tête du bassin du ruisseau d'Ichtiman Dere, passant entre Bogdina et Karaula, pour retrouver la ligne de partage des eaux, séparant les bassins de l'Isker et de la Marica entre Camurli et Hadzilar, suit cette ligne par les sommets de Velina Mogila, le col 1008, Zmailica Vrh, Sumnatica, et rejoint la limite administrative du Sandjak entre Sivri Tas et Cadir Tepe.

Il ne pourra être élevé de fortifications dans un rayon de dix kilomètres autour de Samakov.

De Cadir Tepe, la ligne frontière se dirige au sud-ouest en suivant la ligne de partage des eaux entre les bassins du Mesta Karasu, d'un côté, et du Struma Karasu de l'autre, passant par les crêtes des montagnes du Rhodope appelées Demir Kapu, Iskof Tepe, Kadimesar Balcan et Aji Gedik jusqu'à Kapetnik Balcan, et se confond ainsi, avec l'ancienne frontière administrative du Sandjak de Sofia.

De Kapetnik Balcan, la ligne frontière est indiquée par la ligne de partage des eaux entre les vallées de la Rilska reka et de la Bistrica reka, et suit ainsi le contrefort appelé Vodenica Planina pour descendre dans la vallée de la Struma au confluent de cette rivière avec la Rilska reka, laissant le village de Barakli à la Turquie. Elle remonte alors au sud du village de Jelesnica pour atteindre, par la ligne la plus courte, la chaîne de Golema Planina au sommet de Gitka et y rejoindre l'ancienne frontière administrative du Sandjak de Sofia, laissant, toutefois, à la Turquie la totalité du bassin de la Suha reka.

Du mont Gitka, la frontière se dirige vers le mont Crnivrh par les Montagnes de Karvena Jabuka, en suivant l'ancienne limite administrative du Sandjak de Sofia dans la partie supérieure des bassins de Egri Su et de la Lebnica, remonte avec elle sur les crêtes de Babina-polana et arrive au mont Crnivrh.

Du mont Crnivrh, la ligne frontière se confond avec la limite administrative, séparant les Sandjaks de Nisch et de Sofia, suivant la ligne de partage des eaux entre la Struma et la Morawa, par les sommets de Streser, Vilo Golo, Mesid, Ravnasiba, Ogorelica, Kosturnica et Lubas jusqu'à Grloska Planina.

A partir de cette chaîne, elle descend vers le nord-ouest en longeant, à une distance de deux kilomètres environ, la rive gauche de la Divljanska reka et de la Lukavicka reka, coupe, à 1000 mètres au nord-ouest du village de Segusa, la route de Sofia à Pirot, se dirige en ligne directe sur la Vidlic Planina et, de là, sur le mont Radocina dans la chaîne du Kodza Balcan, laissant à la Serbie le village de Doikinci et à la Bulgarie celui de Senakos.

Du sommet du mont Radocina, la frontière suit vers l'ouest la crête des Balcans par Ciprovec Balcan et Stara Planina jusqu'à l'ancienne frontière orientale de la Principauté de Serbie près de la Kula Smiljeva Cuka.

Le Prince de Hohenlohe, en terminant cet exposé, ajoute qu'une décision n'a pas pu être prise au sujet de ce tracé, les Plénipotentiaires de Russie n'ayant pas trouvé dans cette délimitation une compensation suffisante des parties qui avaient été détachées du Sandjak à l'Est et au Sud.

Le Président regrette que les membres de la Commission n'aient pu s'entendre sur cette question et exprime l'avis que le Congrès la décide par voie de majorité.

Le Comte Schouvalow rappelle que le Congrès, dans une de ses premières séances, a admis à l'unanimité que le Sandjak de Sofia serait incorporé dans la Principauté de la Bulgarie sauf rectification stratégique de ses frontières. Lorsque cette question a été transmise à l'examen des spécialistes de toutes les Puissances, ils ont compris qu'il s'agissait de choisir entre plusieurs crêtes celles qui répondaient le mieux aux conditions de la défense. Telle n'a pas été l'opinion des officiers d'état-major anglais; ils ont demandé à reculer la frontière derrière la chaine des montagnes et ont, de cette façon, changé une rectification stratégique en une cession territoriale.

Les Plénipotentiaires de Russie, s'inspirant dans ce débat d'un esprit de conciliation, ont admis la ligne qui avait eu les suffrages de la majorité de la commission, mais ils l'ont fait sous la réserve de recevoir un équivalent dans le tracé des frontières occidentales du Sandjak.

L'équivalent qui leur a été proposé ne leur a pas paru suffisant, car il atteignait, tout au plus, la moitié de ce que la Bulgarie perdait d'un autre côté.

S. E. rappelle à la haute Assemblée qu'elle a unanimement consenti à l'incorporation du Sandjak de Sofia à la Bulgarie, et les Plénipotentiaires de Russie tiennent expressément à le maintenir, si non dans ses frontières administratives actuelles, du moins dans les dimensions territoriales dans lesquelles il a été concédé.

En conséquence, le Comte Schouvalow demande au Congrès de vouloir bien statuer, en principe, sur une augmentation de territoire dans le tracé occidental du Sandjak de Sofia.

Lord Salisbury explique que l'Angleterre avait consenti à céder le Sandjak de Sofia à la Bulgarie pendant que la Russie avait consenti à céder à la Turquie les deux vallées de la Strouma et de Mesta Karasu. Un examen plus approfondi a fait reconnaître qu'une portion de la vallée de la Strouma se trouvait comprise dans le Sandjak de Sofia. Telle a été la cause de la réclamation des délégués Britanniques qui ont demandé une rectification dans les frontières sud du Sandjak.

Le Comte Schouvalow répond que, si le Plénipotentiaire Britannique fait valoir cette considération, il lui opposerait un autre argument. Le Congrès avait décidé que le Sandjak de Sofia serait échangé contre „l'exclusion de la vallée de la Strouma de la Roumélie-Orientale.“ En conséquence, cette vallée ne peut être revendiquée par le Plénipotentiaire Anglais, car elle reste exclue de la Roumélie, soit qu'elle appartienne au Sandjak de Sofia, soit qu'elle en reste séparée.

Le Baron de Haymerle tient à rappeler que les Plénipotentiaires Austro-Hongrois n'ont pas élevé de difficultés au sujet du Sandjak de Sofia. C'est seulement en ce qui concerne la compensation demandée par les Plénipotentiaires Russes, que les Représentants Austro-Hongrois ont insisté pour que la Bulgarie ne s'étendît pas davantage au nord, et ont proposé que l'équivalent soit pris dans le caza de Djouma plutôt que dans celui de Pirot.

Mehemed Ali Pacha dit qu'en réalité, la Bulgarie a obtenu tout le Sandjak de Sofia, sauf les rectifications stratégiques prévues, et que le protocole primitif a été exécuté mot pour mot. S. E. croit donc inutile de rien concéder à la Bulgarie du côté de la Serbie.

Le Comte Schouvalow insiste pour que la Bulgarie obtienne un équivalent suffisant du côté de la Serbie.

Le Président demande aux Plénipotentiaires Russes de déterminer exactement l'équivalent qu'ils réclament.

Le Prince de Hohenlohe croit devoir ajouter que la Commission a proposé, à l'unanimité, de donner à la Principauté Bulgare une route d'étape, outre l'équivalent que la Russie trouve insuffisant. Cette proposition a été formulée en ces termes:

En cas de guerre, et même dans le cas où la Serbie conserverait la neutralité, cette Principauté pourra être invitée à permettre aux troupes et aux convois Bulgares le libre passage sur la ligne d'étapes entre Vidin et Sofia par la route de Sofia à Pirot et, de ce point à Vidin, par le col de Saint Nicolas. La Serbie ne pourra s'y refuser, et ces passages ne seront pas considérés comme une violation de l'état de neutralité.

Le Comte Schouvalow dit que la réserve faite par la Commission pour assurer un libre passage à la Bulgarie prouve à quel point la frontière occidentale est peu satisfaisante, puis-qu'il s'agit de donner aux Bulgares la possibilité d'une retraite, en leur garantissant une route militaire par la Serbie. Le Président ayant demandé quel était l'équivalent réclamé par la Russie en faveur de la Bulgarie, S. E. se conforme à ce désir en formulant une proposition qui pourrait, en même temps, faire disparaître une divergence qui existe entre les Plénipotentiaires Austro-Hongrois et Russes. Dans l'opinion des Plénipotentiaires Austro-Hongrois, les deux points de Pirot et de Trn devraient appartenir à la Serbie, parce qu'ils contiennent une population Serbe. Les Plénipotentiaires Russes ne partagent point cette opinion et considèrent les deux districts sus-mentionnés comme deux centres bulgares. M. Ristitch a vivement insisté sur l'annexion de Pirot et de Trn à la Serbie, en prétendant que, si les voeux de la population étaient consultés, elle se serait declarée en faveur de l'annexion à la Serbie. Le Comte Schouvalow n'aurait pas cédé sur ce point, et, sans se faire le partisan du suffrage universel, il aurait demandé, en dernier lieu, que la question fût réservée à une Commission Européenne, qui aurait décidé, sur place et selon les intérêts de la population, si Pirot et Trn devraient appartenir à la Serbie ou à la Bulgarie.

Les pétitions qui ont été présentées par les habitants en faveur d'une annexion serbe n'ont pas de valeur aux yeux du Comte Schouvalow; il suffit, pour démontrer leur peu de consistance, de constater que ces localités sont occupées actuellement par les troupes serbes et que le Métropolitain Bulgare, qui réprésentait les intérêts de cette nationalité, a été exilé par le Prince de Serbie.

Toutefois, pour arriver à une conclusion pratique, et pour résoudre, par la même disposition, la question de compensation et la divergence d'opinion qui existe par rapport à Pirot et à Trn, il offre un compromis: il demande d'incorporer Trn à la Province de Bulgarie et abandonne la ville de Pirot à la Serbie.

Le Président, résumant l'état de la discussion et l'offre faite par le Comte Schouvalow, exprime le désir qu'un accord puisse intervenir sur ces bases.

Le Comte de Saint-Vallier constate que le Comte Schouvalow a indiqué une transaction qui permettra à la Commission de délimitation de formuler, à ce sujet, une proposition ultérieure sur laquelle le Congrès aura à se prononcer. S. E. estime, de plus, que la haute Assemblée étant, dès à présent, d'accord sur la plus grande partie de la frontière Sud de la Bulgarie, depuis la mer jusqu'à Samakow, pourrait immédiatement voter sur cette ligne, en réservant la partie encore en discussion à une autre séance où elle se prononcerait en pleine connaissance de

1878.

cause, après communication d'un rapport complémentaire de la Commission.

Le Président s'associe à la pensée du vote sur les points acquis, mais n'est point d'avis de renvoyer les autres à la Commission. S. A. S. propose que le Congrès décide aujourd'hui même sur la question de Pirot et de Trn, sauf à laisser à la Commission le droit de statuer sur des détails.

Le Baron de Haymerle et Lord Salisbury pensent que la Commission devrait, sur ces détails, être autorisée à décider par voie de majorité.

Le principe de l'attribution de Pirot à la Serbie et de Trn à la Bulgarie est accepté par le Congrès, qui admet également que la Commission, sans en référer à la haute Assemblée, pourra statuer sur le détail par voie de majorité.

Le Prince de Hohenlohe expose que les Représentants anglais dans le sein de la Commission désiraient ajouter à la ligne des Balcans un rayon stratégique de cinq kilomètres. Ce voeu n'a pas été accueilli par la Commission, mais elle a adopté une résolution qui consiste à ajouter au dernier alinéa de la proposition anglaise insérée au Protocole IV la résolution suivante:

„La Commission Européenne prendra en considération la nécessité pour S. M. le Sultan de pouvoir défendre les frontières du Balcan de la Roumélie orientale.“

Cette addition ayant été acceptée par le Congrès, le Président soumet au suffrage de la haute Assemblée l'ensemble du tracé des frontières Bulgares, sauf les questions de détail sur Pirot et Trn, qui restent à décider par la Commission de délimitation. Ce tracé est adopté à l'unanimité.

Le Prince de Hohenlohe passe à la frontière de la Roumélie orientale et donne lecture de la proposition suivante présentée par la Commission:

1°. Frontière Sud de la Roumélie orientale.

A partir de la rivière de l'Arda près du village d'Adacali, la frontière remonte sur la crête de Bestepe Dagh qu'elle suit jusqu'à un point situé sur la Maritza à 5 kilomètres en amont du Pont de Mustafa Pacha, elle remonte vers le Nord par la ligne du partage des eaux entre Démirhanli Dere et les petits affluents de la Maritza, jusqu'à Küdeler Baïr. De là, elle traverse la vallée de la Tundza, se dirigeant directement sur Böjük Derbend qu'elle laisse au Nord ainsi que Soudzak. De Böjük Derbend, elle reprend la ligne du partage des eaux entre les affluents de la Tundza au Nord, et de la Marica, au Sud, jusqu'à la hauteur de Kaibilar, qui reste au Nord, passe au Sud d'Almali entre le bassin de la Marica au Sud, et différents cours d'eau qui se rendent directement vers la Mer Noire entre les villages de Belevrin et Alatli, elle suit au Nord de Karanlik, les crêtes de Vosna, Suvak, Sw. Ilia, la ligne qui sépare les eaux du Duka et celle du Karagac Su, et rejoint la Mer Noire entre les deux rivières de ce nom.

A partir de la rivière Arda, la frontière Ouest suivra le tracé de San Stefano, c'est-à-dire les montagnes Isiklar, Karakolas, Cepelü, Esek-Kulaghi, les Balcans Noirs (Kara Balcan) jusqu'au Mont Krusevo.

2°. Frontière occidentale de la Roumélie, coté du vilayet de Salonique.

La frontière occidentale de la Roumélie se sépare de celle de la Bulgarie au Mont Cadir Tepe, dans la chaîne du Rodope, en suivant la ligne de partage des eaux, entre les bassins de la Marica et de ses affluents d'un côté, et du Mesta Karasu et de ses affluents de l'autre,

et se dirige vers le Sud Est et le Sud par la crête des montagnes Despoto Dagh, sur le Mont Krusevo (point de départ de la ligne du traité de San Stefano).

Le Congrès approuve, sans discussion, cette délimitation.

Le Prince de Hohenlohe donne ensuite lecture du projet de délimitation suivant pour la Serbie, accepté par la majorité de la commission:

Le tracé suivra la frontière actuelle par le thalweg de la Drina, laissant à la Principauté le Mali-Zwornik et Sakhar.

Elle continuera ensuite à longer l'ancienne limite de la Principauté jusqu'au Kopaonik, dont elle se détachera à la sommité du Kanilug. De là elle se confondra avec la limite occidentale du Sandjak de Nis jusqu'au village Koncul sur la Morava, passant d'abord par la crête du contrefort sud du Kopaonik, puis par celle de la Marica et Mrdar Planina (formant le partage des eaux entre le bassin de l'Ibar et de la Sitnica d'un côté, et de celui de la Toplica de l'autre) — laissant le débouché sud du défilé de Prépolac à la Turquie — jusqu'au mont Djak, tournant ensuite vers le sud par la crête du partage des eaux entre la Medvedja Rjeka, laissant tout le bassin de la Medvedja à la Serbie, d'où elle descendra dans une direction Est entre les villages Petrilja et Dukat, pour y traverser la rivière Medvedja et monter sur la crête de la Goljak-Planina (formant le partage des eaux entre la Kriva-Rjeka d'un côté, et la Poljanica, la Veternica et la Morava de l'autre) d'où elle descendra dans une direction sud à Koncul sur la Morava, laissant ce village à la Serbie. De ce point la frontière suivra le thalweg de la Morava jusqu'à Lusan — laissant ce village à la Turquie d'où elle se dirigera par Borovce et Novoselo — laissant ces villages à la Turquie jusqu'à la sommité du mont Kujan. De ce point, la frontière se confondra de nouveau avec la limite administrative méridionale et orientale du Sandjak de Nis, formant le partage des eaux entre les bassins du Vardar, du Strouma, de l'Isker et du Lom d'un côté et de celui de la Morava et du Timok de l'autre.

Cette limite administrative est particulièrement marquée par la crête de la S. Ilia-Planina, le sommet du mont Kljuc, la crête de la Babina glava, le sommet des monts Crnivrh, où elle se confond avec la frontière occidentale de la Bulgarie indiquée plus haut (voir pag. 241 sqq.).

S. A. S. fait suivre cette lecture de l'indication de deux difficultés qui se sont produites au sein de la Commission: l'une à propos du défilé de Prépolac, l'autre concernant le district de Vranja. En ce qui regarde Prépolac, les délégués Autrichiens l'avaient laissé à la Turquie: la Commission militaire ayant cependant proposé d'accorder aux Serbes un rayon de mètres au sud de Prépolac, les délégués Turcs s'y sont opposés. La question n'a pas été décidée: quant au district de Vranja, la majorité de la Commission était d'avis de le laisser aux Serbes, mais ce sentiment a rencontré l'opposition des délégués Turcs et Anglais.

Mehemed Ali Pacha indique, sur la carte, les inconvénients de l'attribution de Vranja à la Serbie: une fois les défilés de cette région franchis, aucun obstacle naturel ne se présente jusqu'a Uskub. S. E. déclare donc que Vranja est nécessaire à la ligne de défense de l'Empiret et insiste, en outre, pour que Prépolac soit laissé à la Turquie.

Le Comte Schouvalow se borne à faire connaître l'attitude des commissaires Russes dans le sein de la Commission: ils ont abandonné la délimitation de San Stefano pour accepter la délimitation proposée par l'Autriche-Hongrie, et, quant aux deux questions soumises, en ce moment, au Congrès, ils se sont rangés du côté de la majorité des experts.

Le Comte de Saint Vallier fait observer qu'il serait essentiel qu'on laissât à la Serbie la ville de Vranja, importante pour la Principauté au point de vue de la population. S. E. ne croit pas, d'ailleurs, que la S. Porte puisse se plaindre de la combinaison adoptée, avantageuse à la Turquie qui rentre en possession de Djouma et de la partie Sud du Sandjak de Sofia.

Le Président ayant mis au vote la question de savoir si Prépolac restera aux Turcs ou aux Serbes, les Plénipotentiaires d'Allemagne, d'Autriche-Hongrie, de France, de Grande Bretagne, d'Italie et de Turquie sont d'avis d'attribuer cette place à la Turquie: les Plénipotentiaires de Russie déclarent accepter le vote de la majorité.

Le Président consulte ensuite la haute Assemblée au sujet de Vranja. Les Plénipotentiaires d'Allemagne, d'Autriche-Hongrie, de France et de Russie sont d'avis que ce district soit annexé à la Serbie; les Plénipotentiaires de la Grande Bretagne, d'Italie et de Turquie se prononcent pour qu'il reste à la S. Porte.

Le Prince de Bismarck constate le résultat du vote et propose à la haute Assemblée d'adopter l'ensemble du tracé des frontières de Serbie, en attribuant Prépolac à la Turquie et Vranja à la Serbie.

Carathéodory Pacha déclare qu'il doit attendre, au sujet de Vranja, les instructions de son Gouvernement.

Lord Salisbury réclamant de nouveau contre la cession de Vranja qui lui paraît dangereuse pour la Turquie, refuse de consentir, dans ces conditions, au tracé des frontières Serbes.

En présence de cette déclaration, le Président reconnaît que, si elle était maintenue, il devrait constater, avec regret, l'ajournement du règlement de cette question jusqu'à un accord ultérieur.

Le Comte de Saint-Vallier insiste, de nouveau, pour que la ville de Vranja soit laissée à la Serbie, et, dans un but de conciliation, il propose une ligne de transaction qui serait établie au Sud et à proximité de Vranja; la ville et sa population appartiendraient ainsi à la Principauté Serbe, tandis que la Turquie trouverait, dans l'extension de territoire qui lui serait accordée les conditions de sécurité qu'elle réclame. Cette proposition donne lieu à un nouvel échange d'idées, et le Congrès décide que la Commission de délimitation aura à déterminer, au Sud de Vranja, le tracé d'une ligne qui, laissant la ville à la Serbie, donnera à la Turquie l'espace nécessaire pour assurer la défense de ses possessions.

Le Président met ensuite aux voix l'ensemble du tracé des frontières Serbes qui est adopté par le Congrès. S. A. S. constate, avec satisfaction, ce résultat et ajoute que le protocole reste ouvert pour les instructions demandées par les Plénipotentiaires Ottomans.

Il reste, en outre, bien entendu que toutes les questions traitées par la Commission de délimitation sont renvoyées à la Commission de rédaction pour les détails de forme.

Le Prince Gortchacow donne lecture de la communication suivante:

„Au moment où la haute Assemblée, réunie à Berlin sous les auspices de Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, va terminer l'oeuvre de pacification qu'elle a entreprise, les Plénipotentiaires de Russie croient répondre à ses sentiments en exprimant le voeu que cette oeuvre, accomplie dans un esprit de conciliation, assure à l'Europe une paix solide et durable.

La Russie y est particulièrement intéressée. Elle a porté de grands sacrifices durant la guerre; elle en a fait de considérables, en vue du rétablissement de la paix et du maintien de l'entente Européenne. Elle

est en droit de compter que, du moins, ces sacrifices ne seront pas gratuits et que l'oeuvre dont on a posé les fondements ne restera pas stérile, faute d'exécution, comme l'ont été les précédentes tentatives de pacification de l'Orient. Elle ne pourrait pas accepter la perspective du renouvellement de crises pénibles, semblables à celle à laquelle le Congrès de Berlin a été appelé à mettre un terme. Les Plénipotentiaires de Russie sont persuadés que cette pensée est également celle de la haute Assemblée, qu'elle ne voudra pas élever un édifice éphémère qui exposerait la paix de l'Orient et de l'Europe à de nouveaux périls.

Dans cette conviction, les Plénipotentiaires de Russie ont ordre de demander au Congrès, avant qu'il ne mette fin à ses travaux, quels sont les principes et le mode par lesquels Il entend assurer l'exécution de Ses hautes décisions."

Le Président dit que cette communication sera mise à l'ordre du jour de la séance suivante, fixée à demain, qui comprendra, en outre, le règlement des points réservés dans la question de Batoum, la rectification de la frontière du territoire de Khotour, et une communication sur l'état des travaux du comité de rédaction.

Protocole N° 16.

Séance du 9 Juillet 1878.

L'ordre du jour appelle la rédaction définitive de l'article XVIII du Traité de San Stefano relatif au territoire de Khotour et à la frontière Turco-Persane.

Le Comte Schouvalow donne lecture du projet d'article suivant, sur lequel les Plénipotentiaires de la Grande Bretagne et de Russie sont tombés d'accord, et qui doit être renvoyé à la Commission de rédaction, s'il est agréé par le Congrès:

„La vallée d'Alaschkerd et la ville de Bayazid, dont l'annexion à la Russie avait été consentie par Sa Majesté le Sultan par l'article XIX du Traité de San Stefano, restant à la Turquie, il a été subséquemment convenu entre les Gouvernements de Russie et de Turquie, que la Sublime Porte, en échange de ces territoires, restituera, de son côté, à la Perse la ville et le territoire de Khotour, tel qu'il a été délimité par la commission mixte anglo-russe."

Carathéodory Pacha déclare que les Plénipotentiaires Ottomans n'ont pas encore reçu leurs instructions.

Il résulte des observations échangées, à ce sujet, entre le Comte Andrássy, Lord Salisbury, Carathéodory Pacha et le Comte Schouvalow, que le tracé proposé pour le territoire de Khotour est le même que celui dont la Commission Anglo-Russe, il y a quelques années, a indiqué la délimitation.

Le Congrès décide d'attendre à demain pour recevoir communication de la réponse définitive de la Porte Ottomane.

Le Président demande si l'accord s'est établi entre les Plénipotentiaires Anglais et Russes sur les arrangements relatifs à Batoum et réservés à leurs pourparlers, dans la séance précédente.

Lord Salisbury regrette qu'un malentendu sur le tracé de la ligne de frontière ait surgi au dernier moment et retarde l'entente des deux Puissances.

Le Prince Gortchacow dit qu'en ce qui le concerne, il est tombé

d'accord avec Lord Beaconsfield sur les circonscriptions territoriales. Le Premier Plénipotentiaire de Russie a pris sous sa responsabilité personnelle d'accepter un tracé nouveau sur lequel l'accord s'était établi entre lui et le Premier Plénipotentiaire de la Grande Bretagne. S. A. S. lit, à ce sujet, la déclaration suivante:

„Les Plénipotentiaires de Russie ont déjà fait connaître au Congrès que l'Empereur, leur auguste Maître, a l'intention d'ériger Batoum en port franc. Ils sont autorisés à ajouter que l'intention de Sa Majesté est, en outre, de faire de ce port un port essentiellement commercial."

Lord Beaconsfield s'associe entièrement aux sentiments exprimés dans le document que vient de lire le Prince Gortchacow et rend hommage au sincère esprit de conciliation dont S. A. S. a fait preuve dans les pourparlers relatifs aux districts en question. Le Premier Plénipotentiaire de la Grande Bretagne s'est inspiré des mêmes sentiments. En ce qui concerne le défaut d'entente sur la ligne de frontière, S. E. propose de remettre les points en litige à l'examen de la Commission de délimitation et il espère que toute difficulté s'aplanira.

Le Président regrette que l'accord direct n'ait pu avoir lieu; il craint que le renvoi à la Commission ne soit pas le moyen le plus prompt de régler cette affaire.

Le Prince Gortchacow explique, de nouveau, que le tracé qu'il avait proposé et qu'il indique sur la carte était une concession importante ajoutée à celles que la Russie avait déjà consenties. Il était autorisé à croire que la ligne en avant d'Olti, acceptée par lui sous sa responsabilité personnelle, et sur laquelle il pensait qu'on s'était parfaitement entendu, ne soulèverait plus aucune difficulté.

Le Président propose que, du moins, les Puissances consentent à ce que la commission de délimitation, si elle doit être saisie du différend, puisse statuer sans avoir recours aux officiers spéciaux et décide à la majorité des suffrages.

Cette proposition est adoptée à l'unanimité par le Congrès.

Le Président constate cette décision et, sur une observation de Carathéodory Pacha relative à la vallée d'Alachkerd, répond qu'Alachkerd est hors de cause. La commission n'aura donc à s'occuper que du tracé de la ligne d'Olti.

La haute Assemblée passe à la déclaration présentée par le Prince Gortchacow dans la séance précédente.

Le Premier Plénipotentiaire de Turquie ne s'explique pas la portée de ce document. Les principes et les modes destinés à assurer l'exécution des résolutions du Congrès ont été déjà indiqués au cours des délibérations de la haute Assemblée; une partie des décisions du Congrès est immédiatement exécutoire; pour les autres, des commissions spéciales ont été instituées avec des attributions définies: toutes les garanties nécessaires ont donc été déjà données. La signature d'un traité de paix assure, d'ailleurs, la forme la plus solennelle et la plus obligatoire aux stipulations qui s'y trouvent contenues. Les commissions complètent l'ensemble des garanties et S. E. ne voit pas quelles nouvelles conditions pourraient être exigées. Le Gouvernement Ottoman a, d'ailleurs, donné, en Congrès, l'assurance que ses résolutions seraient mises à exécution dans le plus bref délai: Carathéodory Pacha pense que d'autres dispositions amèneraient des complications et des difficultés contraires au but que la déclaration russe désire atteindre.

Le Prince Gortchacow comprend malaisément les objections du Premier Plénipotentiaire Ottoman. S. A. S. ne voit que des avantages à entourer de toutes garanties d'efficacité un traité conclu par les

hommes d'Etat les plus éminents de l'Europe et qui ne doit pas rester lettre morte. Il importe que les stipulations d'un tel acte soient respectées: Lord Salisbury reconnaissait récemment la nécessité pour l'Europe de surveiller l'exécution des réformes en Turquie: à plus forte raison, l'exécution d'un traité comme celui qui va être signé à Berlin doit-elle être l'objet d'une surveillance active. S. A. S. ne s'attache pas, d'ailleurs, à tel ou tel terme de sa déclaration: tout ce que la Russie désire est que la mise en pratique des stipulations du traité soit assurée: il y a là une question de dignité pour la haute Assemblée.

Le Prince de Bismarck dit que la discussion sera facilitée par une proposition formelle que présenteraient les Plénipotentiaires Russes.

Le Prince Gortchacow répond qu'il serait prêt à demander que les Puissances qui participent au Congrès garantissent collectivement l'exécution des résolutions de la haute Assemblée.

Le Prince de Bismarck dit qu'il n'a pas mandat d'exprimer, à cet égard, comme Président, le sentiment du Congrès: il ne peut donner son opinion que comme représentant de l'Allemagne. Or, à son avis, il est évident que, si les Puissances se mettent d'accord sur des questions qui préoccupent l'Europe depuis près d'un siècle et qui surtout, depuis 20 ans, éveillent sa sollicitude, elles n'entendent pas faire une oeuvre inefficace, et toutes doivent surveiller et contrôler l'exécution de stipulations qui forment un ensemble dont il est impossible d'accepter une partie et de rejeter le reste: mais S. A. S. n'estime pas que chaque Etat isolément soit obligé de prêter main forte à l'exécution de ces arrangements et qu'il puisse exister une garantie solidaire et collective. C'est, du moins, dans cet ordre d'idées que S. A. S. se place pour envisager la situation de l'Allemagne. Le Prince de Bismarck ne croit pas qu'on puisse trouver de formule qui garantisse d'une manière absolue l'Europe contre le retour des faits qui l'ont émue et, si les Puissances s'engageaient solidairement à user de la force au besoin, elles risqueraient de provoquer entre elles de graves dissentiments. Le Congrès ne peut faire q'une oeuvre humaine, sujette, comme toute autre, aux fluctuations des événements. S. A. S. avait craint d'abord, à la première lecture de la déclaration russe, que la demande du Prince Gortchacow ne dépassât les ressources du Congrès. Après, les explications données par M. le Premier Plénipotentiaire de Russie, le Prince de Bismarck est persuadé que le Prince Gortchacow serait satisfait par une rédaction indiquant que la totalité des obligations consignées dans le traité futur formera un ensemble, dont les Puissances feraient surveiller l'exécution par leurs Représentants à Constantinople, en se réservant d'aviser, dans le cas où cette exécution serait défectueuse ou tardive. S. A. S. ne suppose pas que le Prince Gortchacow ait eu en vue des stipulations destinées à régler l'exécution d'engagements réciproques tels, par exemple, que l'évacuation des forteresses et territoires, puisque la non-exécution de ces clauses par l'une des deux Puissances intéressées entraînerait, de la part de l'autre, la non-exécution des clauses correspondantes: le Premier Plénipotentiaire de Russie aura eu plutôt en vue les stipulations de la haute Assemblée relatives à la protection des Chrétiens; mais le Prince de Bismarck ne pense pas qu'à l'avance, le Congrès puisse paraître supposer que des résolutions prises solennellement par toute l'Europe unie ne seraient pas exécutées. Il faudrait attendre une infraction pour s'en préoccuper, et, dans ce cas, les Puissances, prévenues par leur Représentants à Constantinople, pourraient s'entendre pour faire appel à de nouvelles réunions diplomatiques. Si, toutefois, le Gouvernement Russe insistait pour l'insertion au traité d'un article particulier établissant que les Puissances se réservent le droit de contrôler par leurs agents

l'exécution des résolutions de la haute Assemblée, le Prince de Bismarck n'y a, pour sa part, pas d'objection.

Le Premier Plénipotentiaire de Russie répond que le Prince de Bismarck a bien interprété le fond de sa pensée. Il désire, en effet, qu'un article inséré au traité exprime que l'exécution des décisions du Congrès est placée sous la surveillance de toute l'Europe. S. A. S. regarde, toutefois, que le soin de signaler les infractions qui seraient commises doit être attribué, non pas seulement aux Représentants à Constantinople, mais aux gouvernements eux-mêmes: si le traité contient des expressions conçues dans le sens des paroles du Prince de Bismarck, les Plénipotentiaires de Russie n'insisteront pas.

Le Comte Schouvalow dit que les Plénipotentiaires de Russie ont eu surtout en vue d'éviter les mécomptes qui ont suivi le Traité de 1856.

Plusieurs de ses articles stipulant des améliorations pour les populations Chrétiennes de l'Empire Ottoman n'ont pas été mis en exécution. Il s'en est suivi pour l'Europe de fréquents tiraillements, la guerre, et enfin, la réunion du Congrès. Il ne faudrait pas se trouver, pour une seconde fois, en présence de pareilles difficultés.

S. E. prend acte, bien volontiers, des paroles qui ont été prononcées par le Premier Plénipotentiaire de Turquie, qui a déclaré que la signature du Traité de Berlin donnera la sanction la plus solennelle et la plus obligatoire à ses stipulations. C'est ce caractère solennel et obligatoire que les Plénipotentiaires de Russie cherchent à affirmer. En ajoutant que les articles du traité forment un ensemble dont les Puissances se réservent de surveiller l'exécution, le Prince de Bismarck a exprimé le sentiment dont s'est inspiré la déclaration Russe. Restent à rechercher les moyens pratiques pour exercer ce contrôle.

Le Président constate que cette pensée devra se retrouver dans une rédaction finale à présenter par les Plénipotentiaires Russes.

Carathéodory Pacha remercie le Comte Schouvalow de l'appréciation bienveillante que S. E. a faite des paroles qu'il a prononcées. Le Premier Plénipotentiaire de Turquie développera sa pensée quand le Congrès discutera l'article dont il est question: mais il tient à dire, dès à présent, que toutes les Puissances qui prennent part à un traité doivent être sur le pied d'égalité pour toutes ses obligations, qu'un traité doit être, en effet, obligatoire pour tous les Etats qui le signent: S. E. se réfère à ses observations précédentes et répète que de nouvelles stipulations de contrôle seraient inutiles et même susceptibles d'amener des difficultés sérieuses.

Le Président pense qu'il est préférable d'ajourner cette discussion jusqu'au moment où les Plénipotentiaires de Russie auront fait une proposition dans le sens qui a été précédemment indiqué.

Le Prince de Hohenlohe, comme Président de la Commission de délimitation, rappelle que le Congrès a remis à cette Commission le soin de décider, par voie de majorité, sur les frontières du Sandjak de Sofia et du district de Vranja. S. A. S. soumet à la haute Assemblée la résolution suivante, relative au Sandjak de Sofia et adoptée par la Commission à l'unanimité:

„La ligne de frontière entre la Serbie et la Bulgarie se rattache à la ligne déjà admise à un kilomètre au Nord-Ouest de Segusa, va en ligne directe au Mont Stol et, de là, par la ligne de séparation des eaux entre la Morava et la haute Sukowa et ses affluents, rejoint, par le Descani Kladanec, Drainica Planina, Darkowska Planina, Crna trava et Gacina, la crête au Mesid planina."

Quant à Vranja, la Commission, à la majorité de 5 voix contre 2, a décidé ce qui suit:

„Des sommets de la Poljanica, la frontière se dirige, par le contrefort de la Karpina Planina, jusqu'au confluent de la Koinska avec la Morava; elle traverse la Morava et remonte par la ligne de partage des eaux entre le ruisseau Koinska et le ruisseau qui tombe dans la Morava près de Neradovce, pour rejoindre la Planina Sv. Ilija au dessus de Trgoviste. De ce point, elle suit la crête Sv. Ilija, jusqu'à Kljuc et, passant par les points indiqués sur la carte par 1516 et 1547 et la Babina Gora, elle aboutit à Crnivrh."

Le Congrès sanctionne ces deux résolutions, mais, sur une observation de Carathéodory Pacha, il est entendu que le Protocole reste ouvert pour les instructions que les Plénipotentiaires Ottomans attendent incessamment de la Porte.

L'ordre du jour appelle une communication de la Commission de rédaction.

M. Desprez, rapporteur de la Commission, rappelle que le Président du Congrès, dans la précédente séance, a témoigné le désir de connaître l'état des travaux de la Commission de rédaction et le plan général qu'elle se propose de suivre dans la distribution des matières. S. E. expose que les travaux sont très-avancés. La Commission attend, pour les terminer, qu'elle ait reçu les rapports de la Commission de délimitation, tant pour l'Europe que pour l'Asie, et les différents projets de stipulations pour l'Asie. Quant au plan, la Commission avait à choisir soit l'ordre adopté à San Stefano, soit l'ordre des travaux du Congrès. Elle s'est arrêtée à cette dernière distribution, et, en conséquence, les articles du traité se présenteront dans l'ordre suivant: 1° Bulgarie, 2° Roumélie Orientale, 3° Provinces chrétiennes de la Turquie d'Europe, 4° Monténégro, Serbie, Roumanie, Danube, 5° Asie. Viendront ensuite es différentes clauses générales qui s'appliquent à tout l'Empire Ottoman. S. E. ajoute que cet exposé doit être complété par la mention que les Traités de Paris du 30 Mars 1856 et de Londres du 13 Mars 1871 sont maintenus dans toutes celles de leur dispositions qui ne sont point modifiées ou abrogées par le traité futur.

Le Président ayant demandé si les considérations que M. Desprez vient de lire et qui ne concernent que le plan général suivi dans la rédaction du traité, répondent aux intentions de l'Assemblée, Lord Salisbury élève des objections contre la disposition générale qui maintient les traités antérieurs sans préciser plus exactement les points modifiés par les arrangements actuels. S. E. ne trouve pas, notamment, cette décision suffisante en ce qui concerne les détroits.

M. Desprez fait remarquer que la rédaction proposée sauvegarde le statu quo, et le Comte Corti juge cette rédaction d'autant plus opportune qu'elle consacre ce principe de droit public que toute clause non abrogée reste en vigueur.

Il résulte de la discussion qui s'engage sur ce point et à laquelle prennent part Lord Salisbury, M. Desprez, le Comte Andrássy, le Prince de Hohenlohe et le Président, que la majorité du Congrès est favorable à la rédaction proposée et reconnaît que, dans plusieurs de ses dispositions, notamment en ce qui concerne la navigation du Danube, etc., le Traité de Paris subsiste, que, d'autre part, le principe établi par l'article 2 du Traité de Londres est maintenu dans toute son intégrité.

Lord Salisbury ayant insisté sur ce dernier point, M. Desprez fait remarquer que la rédaction de la Commission cite expressément le Traité de Londres en même temps que celui de Paris, et le Président est également d'avis que le Traité de Londres, loin de recevoir aucune atteinte, est, au contraire, confirmé par la mention dont il est l'objet.

1878.

Le Comte de Launay pense qu'il serait préférable d'éviter une discussion générale et d'aborder successivement chaque article.

Le Président fait observer que, d'ailleurs, il n'a pas mis en discussion, en ce moment, les dispositions du traité, mais uniquement le plan général à suivre par la commission de rédaction. S. A. S. ajoute qu'elle regarde comme acquis l'assentiment de la haute Assemblée au plan présenté par M. Desprez et qui implique 1° que le nouveau traité prime les traités de Paris, de Londres et de San Stefano et, 2°, que la rédaction du nouveau traité suivra l'ordre de matières observé dans la discussion du Congrès.

M. d'Oubril dit qu'à propos de la rédaction du traité, les Plénipotentiaires de Russie désirent présenter la proposition suivante dont il donne lecture:

„Le Traité de San Stefano n'ayant été que préliminaire, et les remaniements territoriaux qui y ont été stipulés ayant dû subir des modifications et recevoir la sanction de l'Europe, des termes n'y avaient pas été fixés pour la remise aux intéressés des territoires détachés de l'Empire Ottoman, mais qui se trouvaient encore occupés par les troupes Turques.

Aujourd'hui que les Grandes Puissances sont tombées d'accord sur les nouvelles délimitations, il semble urgent de fixer un terme pour l'entrée en vigueur de l'ordre de choses établi par le Congrès.

La haute Assemblée s'étant entendue sur les époques auxquelles devront être évacués les territoires à restituer à Sa Majesté le Sultan, il devient nécessaire de stipuler aussi, que les localités qui doivent être détachées de l'Empire Ottoman et se trouvent encore au pouvoir de la Porte soient évacuées et remises à qui de droit dans des délais déterminés.

La fixation de ces termes, pour chaque cas spécial, pourrait être abandonnée à la Commission de rédaction."

Mehemed Ali Pacha lit ensuite la proposition ci-après:

„Les Plénipotentiaires Ottomans attirent l'attention de cette haute Assemblée sur l'article X du Traité de San Stefano dont il est indispensable de garder les stipulations pour la partie du Sandjak de Sofia qui fera partie de la Principauté de Bulgarie, vu que la configuration du terrain s'oppose à construire d'autres lignes de communication que celles qui existent entre les kazas de Rahmanli, Ichtiman et Bazardjik d'un côté, et les kazas de Pristina et Uskup de l'autre côté."

Le Président fait observer à M. le Plénipotentiaire Ottoman que le Congrès a déjà décidé la question qui fait l'objet de ce document, mais que cependant la proposition sera imprimée et portée sur l'ordre du jour de la séance prochaine.

Protocole N° 17.

Séance du 10 Juillet 1878.

L'ordre du jour indique, en premier lieu, la réponse à donner par les Plénipotentiaires Ottomans, d'après les instructions qu'ils ont demandées à la Porte, au sujet de la nouvelle rédaction de l'article XVIII relatif à la ville et au territoire de Khotour et que le Congrès a approuvée dans la séance d'hier.

Carathéodory Pacha, renouvelant la déclaration qu'il a déjà faite, dans la séance précédente, dit que du moment où la ligne de fron-

tière du territoire à céder a été tracée par les Commissaires Anglo-Russes, il n'a aucune objection contre la rédaction présentée par le Comte Schouvalow.

Le Congrès prend acte de cette réponse, et passe au règlement des questions de détail, relatives aux frontières du district de Batoum, qui ont été renvoyées à la Commission de délimitation.

Le Prince de Hohenlohe, Président de la Commission donne lecture du document ci-après:

La Commission a décidé de tracer la frontière au sud de Batoum ainsi qu'il suit: Elle partira de la frontière russe fixée par le Traité de San Stefano au nord de Khorda et au sud d'Artvin. Elle ira en ligne droite à la rivière Tcharoukh, traversera cette rivière et passera à l'est d'Aschmichen en allant en ligne droite au sud pour toucher la frontière russe fixée dans le Traité de San Stefano au sud de Nariman, en laissant la ville d'Olti à la Russie. Du point indiqué près de Nariman la frontière tournera à l'est, passera par Tebrenek, qui reste à la Russie, jusqu'au Pennek Tchai. Elle suivra cette rivière jusqu'à Bardouz, puis se dirigera vers le Sud, en laissant Bardouz et Yenikoei à la Russie et rejoindra la ligne fixée par le Traité de San Stefano à Zivin Kalé.

Le Prince de Bismarck constate que le Congrès sanctionne le résultat des délibérations de la Commission.

L'ordre du jour appelle, ensuite, la proposition lue, à la séance précédente, par M. d'Oubril, et relative à certains territoires occupés par les troupes turques et dont l'évacuation n'a pas encore été déterminée.

Le Prince de Bismarck pense que le Congrès ne peut que fixer un principe général, et que l'indication des délais d'évacuation doit être réservée à l'une des Commissions spéciales. Les Plénipotentiaires de Russie pourraient-ils formuler ce principe?

Lord Salisbury est d'avis que, pour les territoires abandonnés par la Turquie à la Russie, l'évacuation des troupes ottomanes doit être faite en même temps qu'aura lieu l'évacuation des territoires ottomans par les troupes russes.

Le Comte Schouvalow fait remarquer que la question soulevée par la proposition russe n'est pas une question générale: elle a été motivée par les dispositions précédemment adoptées et qui se rapportent toutes à l'évacuation des troupes russes sans mentionner la réciprocité: les Serbes et les Monténégrins se trouvent ainsi obligés de quitter le territoire ottoman, tandis que les troupes turques ne sont soumises à aucune obligation. C'est en vue de remédier à cet état de choses qui peut amener des inconvénients: que les Plénipotentiaires Russes ont présenté leur demande: mais le Plénipotentiaire de Russie ne peut accepter l'interprétation de Lord Salisbury, à savoir que les troupes turques ne devraient évacuer qu'après le départ des troupes russes. Dans cet ordre d'idées, la Russie se trouverait tout rendre sans rien recevoir; le Comte Schouvalow ne saurait y consentir et pour en donner un exemple, les troupes Russes ne pourraient évacuer Erzéroum aussi longtemps que le Gouvernement Russe ne serait pas en possession de la ville de Batoum.

Le Président estime que la décision du Congrès devrait être restreinte aux territoires monténégrin et serbe, occupés par les forces turques, et qui seraient évacués dans le même espace de temps laissé aux troupes serbes et monténégrines pour quitter le sol ottoman. Cette combinaison paraîtrait à S. A. S. de nature à prévenir les inconvénients qu'on semble redouter.

Carathéodory Pacha fait allusion aux difficultés qui pourraient

se produire dans des localités de frontière dont la nationalité est encore douteuse et croirait préférable de remettre l'appréciation de ces détails à la Commission Européenne qui sera chargée du tracé.

Le Président objecte que la réunion de la commission et son travail prendront plusieurs mois, tandis qu'il s'agit ici d'évacuations qui doivent avoir lieu dans l'espace de quelques semaines: une évacuation simultanée ne lui paraîtrait pas difficile dans un pays où il n'y a pas de forteresses, quitte à laisser à la commission le soin de régler ultérieurement la délimitation précise.

Carathéodory Pacha demande que les troupes turques aient une latitude plus grande que les troupes monténégrines qui n'ont pas d'impedimenta.

M. d'Oubril ayant répondu, qu'en effet, sur les points où des inventaires seraient à effectuer, on pourrait donner quelques jours de plus, le Président propose de décider qu'en principe l'évacuation devra être simultanée, sauf sur les points où se trouvent des archives, des arsenaux, etc.: la Commission de rédaction chargée de formuler la résolution du Congrès serait invitée à tenir compte de cette dernière considération.

La haute Assemblée donne son assentiment à cette proposition et passe à la motion des Plénipotentiaires Ottomans relative au maintien de l'article X du Traité de San Stefano.

Lord Salisbury appuie le motion des Plénipotentiaires Ottomans et insiste sur la nécessité de laisser à la Porte la route militaire stipulée dans cet article.

Le Comte Schouvalow se réfère aux déclarations présentées par le Président dans la dernière séance au sujet de cette proposition qui ramène le Congrès sur un point déjà décidé. L'article X a été annulé, et il n'y a plus à y revenir. S. E. n'a pas, d'ailleurs, d'objection de principe à la demande des Plénipotentiaires Ottomans soutenue par Lord Salisbury et il croit que son Gouvernement sera disposé à donner des instructions à ses officiers pour que l'intérêt signalé soit pris en considération.

Une discussion s'engage à cet égard entre Mehemed Ali, le Comte Schouvalow et Lord Salisbury, d'où il résulte que les Plénipotentiaires Russes, contraires à un renouvellement de la discussion, accorderaient volontiers à la Porte un passage sur le point désigné, c'est-à-dire par le Sud du Sandjak de Sofia.

Le Président constate que la proposition ottomane est admise en principe, c'est-à-dire que la Turquie aura la route militaire dont il s'agit: les détails du tracé seront renvoyés aux négociations de la Commission Européenne avec les autorités locales.

Carathéodory Pacha lit la motion suivante:

„La Russie assumera la part de la dette publique ottomane afférente aux territoires qui sont annexés au territoire russe en Asie."

Le Comte Schouvalow répond qu'il se croyait fondé à considérer comme admis que, s'il y a répartition de dettes pour les territoires qui se détachent par voie d'arrangement, de donation ou d'échange de la contrée dont ils faisaient partie intégrante, il n'y en a point là où il y a une conquête. S. E. ajoute que la Russie est conquérante en Europe et en Asie. Elle n'a rien à payer pour les territoires et ne saurait être en rien solidaire de la dette turque.

Le Prince Gortchacow déclare opposer à la demande de Carathéodory Pacha le refus le plus catégorique et ne peut même dissimuler l'étonnement qu'elle lui inspire.

Le Président, en présence de l'opposition des Plénipotentiaires

de Russie, ne peut que reconnaître l'impossibilité de donner suite à la proposition ottomane.

Le Premier Plénipotentiaire de Russie rappelle que, dans la dernière séance, il a consenti, sur la demande du Président, à donner une formule plus abrégée de la proposition qu'il a présentée au sujet de la sanction des décisions du Congrès. S. A. S. a préparé une nouvelle rédaction dont il donne lecture:

„L'Europe ayant donné sa sanction la plus solennelle et la plus obligatoire aux stipulations du Traité de Berlin, les Hautes Parties Contractantes envisagent la totalité des articles du présent acte comme formant un ensemble de stipulations dont elles s'engagent à contrôler et surveiller la mise en viguer, en insistant sur une exécution complète conforme à leurs intentions.

Elles se réservent de s'entendre, au besoin, sur les moyens propres à assurer un résultat que ni les intérêts généraux de l'Europe, ni la dignité des grandes Puissances ne leur permettent de laisser invalider."

Le Prince Gortchacow ajoute qu'il croit être entré, autant que possible, dans l'ordre d'idées indiqué par le Congrès.

Le Président pense que l'idée exprimée dans la première moitié du document qui vient d'être lu, sera approuvée par le Congrès tout entier. Les considérations qui s'y trouvent contenues ont déjà été, d'ailleurs, formulées par Carathéodory Pacha en termes analogues. Mais il n'en serait peut-être pas de même pour le reste, et S. A. S. serait d'avis que la proposition russe fût scindée et devînt ainsi l'objet de deux votes successifs.

Le Prince Gortchacow n'ayant pas d'objection contre ce mode de procéder, le Président relit la première partie du document russe jusqu'aux mots „conforme à leurs intentions."

Lord Salisbury ayant demandé si les termes de cette proposition impliquent la nécessité d'employer une force étrangère en cas d'inexécution du traité, le Président déclare qu'à son avis, il n'en saurait être ainsi. Dans l'opinion du Président, les Puissances ne s'engagent qu'à une surveillance active qui serait suivie, en cas de besoin, d'une action diplomatique. La seconde partie du document réserve, il est vrai, aux Puissances la faculté de s'entendre sur les moyens d'agir ultérieurement, mais sans imposer, toutefois, d'obligation à aucune d'elles.

Le Comte Andrássy s'associe à la pensée du Prince de Bismarck. Il n'a point d'objection contre le sens de la première partie du document russe; mais S. E. désirerait qu'on évitât toute expression de méfiance et juge difficile de traiter au Congrès une question de rédaction. Un comité ad hoc pourrait rencontrer plus aisément une formule satisfaisante.

Le Prince Gortchacow dit qu'il a eu uniquement en vue, dans cette rédaction, le maintien de la dignité des stipulations de l'Europe. Il désire qu'il soit bien établi que le Congrès n'a pas fait une oeuvre éphémère. S. A. S. rappelle que l'expérience du passé doit encourager la haute Assemblée à donner une sanction à ses décisions.

Lord Salisbury regretterait qu'une déclaration de cette nature fût insérée dans le traité et demande que la proposition russe soit d'abord imprimée, afin d'être en mesure de l'examiner plus attentivement.

L'impression est décidée et la question remise à la prochaine séance.

Le Comte Schouvalow demande à soumettre à l'approbation du Congrès une proposition qui lui a été suggérée par un sentiment qui

sera compris et apprécié par tous ses collègues et qu'il exprime sans aucune arrière-pensée stratégique ou autre. En voici le texte:

„Il y a dans la chaîne des Balcans un point qui a été le théâtre de luttes héroïques: elles ont pu être égalées, mais non surpassées dans l'histoire. Jamais il n'y a eu un déploiement plus énergique de toutes les vertus militaires et patriotiques dont le drapeau est le symbole.

Ce que j'en dis s'applique également aux deux parties. De pareilles luttes laissent, après elles, l'estime réciproque et le respect qui s'attache à la mémoire de milliers de Russes et de Turcs dont les ossements blanchissent dans les ravins de Schipka.

Nous demandons à la haute Assemblée de donner un témoignage de ce respect aux braves qui dorment à Schipka en faisant de ce point un glorieux cimetière où il ne s'élèvera plus de batteries et où jamais le canon ne grondera."

Carathéodory Pacha remercie le Comte Schouvalow au nom du Gouvernement Ottoman des expressions contenues dans cette proposition. Venant à l'objet même que S. E. a eu en vue, le Premier Plénipotentiaire Ottoman tient à constater que, nulle part, le respect des morts n'est plus profond qu'en Orient. Jamais le Gouvernement Turc n'a élevé d'objection contre la construction de cimetières et de chapelles funéraires. Si donc il s'agit uniquement de faire un cimetière pour les soldats morts à Schipka, S. E. donne à ce projet son entier consentement; mais, en même temps, Carathéodory Pacha a remarqué dans le document lu par le Comte Schouvalow une expression qui pourrait donner lieu à quelques difficultés: le Plénipotentiaire de Russie a demandé que Schipka soit constitué en un „glorieux cimetière". Sans doute le Gouvernement Ottoman ne fait aucune objection contre la construction d'un cimetière à proximité de Schipka, mais Carathéodory Pacha doit réserver l'opinion de la S. Porte sur la désignation précise de l'emplacement indiqué par le Plénipotentiaire de Russie.

Le Comte Schouvalow dit qu'il eût espéré que son sentiment serait plus complètement apprécié par les Plénipotentiaires Turcs. S. E. n'ignorait pas que la S. Porte accorderait un emplacement pour un cimetière, mais ce qu'il désire c'est que Schipka soit entouré, pour ainsi dire, d'une enceinte qui serait délimitée par la Commission Européenne afin que les restes des soldats qui ont péri dans ces grandes luttes reposent sur un terrain neutre. D'ailleurs, il n'est question ici que d'une éventualité, car les frontières ne sont pas tracées et il n'est nullement dit que la position de Schipka doive appartenir à la Roumélie Orientale, plutôt qu'à la Province de Bulgarie.

Mehemed Ali Pacha demande qu'on ajoute „sauf les nécessités stratégiques de Schipka."

Le Président dit que la pensée des Plénipotentiaires Russes aura la sympathie de tous ceux qui aiment à garder pieusement la mémoire de compatriotes tombés sur le champ de bataille; elle sera comprise par les Gouvernements qui connaissent tous le respect réciproque que les nations civilisées accordent à leurs morts et à de chers souvenirs. S. A. S. regarde comme opportun qu'une stipulation intervienne pour sauvegarder les tombes de tant de braves soldats et que le Congrès exprime le désir de voir le Gouvernement Ottoman accueillir une proposition si conforme au sentiment de l'Europe. Le Prince de Bismarck, faisant allusion à de fâcheuses spéculations qui se sont produites, en d'autres temps, faute de clauses diplomatiques sur les sépultures militaires, est d'avis que la haute Assemblée pourrait, si les Plénipotentiaires Ottomans ne sont pas autorisés à consentir, sans restriction, au projet qui vient d'être présenté, déclarer au Protocole qu'elle s'associe à la pensée

exprimée par les Plénipotentiaires de Russie et qu'elle la recommande à la Commission Européenne chargée d'examiner sur place les moyens d'y donner suite.

Le Congrès accepte cette proposition.

Les Plénipotentiaires Ottomans ayant demandé une modification de rédaction à laquelle le Comte Schouvalow ne croit pas devoir consentir, le Prince de Bismarck regarde comme inutile, en effet, de changer la rédaction primitive, en présence de l'adhésion que la haute Assemblée vient de donner à la résolution qu'il a présentée. S. A. S. constate, en conséquence, que le Congrès compte sur les sentiments de la Sublime Porte, et s'en remet, avec confiance, aux arrangements qui seront pris par la Commission Européenne de concert avec le Gouvernement Ottoman. Carathéodory Pacha s'associe à ces sentiments.

Le Président invite le rapporteur de la Commission de rédaction à lire le travail préparatoire du traité.

M. Desprez fait connaître à la haute Assemblée que le texte du préambule n'est pas encore arrêté, mais lui sera soumis dans la prochaine séance. S. E. donne lecture des articles relatifs à la Bulgarie, et rappelle plusieurs observations présentées dans le sein de la commission, lors de la discussion préliminaire. Sur le 1er article qui stipule „un gouvernement Chrétien", Carathéodory Pacha a demandé s'il était nécessaire d'insérer expressément une clause sur un point incontesté: la commission a cru devoir, néanmoins, maintenir le texte à l'unanimité. Lors du travail du 3e article, qui détermine les conditions de l'élection du Prince de Bulgarie, Lord Odo Russell a exprimé la pensée qu'il serait peut-être préférable que la dignité Princière fût héréditaire. Après discussion, cette opinion n'a pas été admise, S. E. n'a point insisté et la rédaction primitive a été maintenue. Le 5e article, qui a pour objet l'égalité des droits et la liberté des cultes, a donné lieu à des difficultés de rédaction: cet article, en effet, est commun à la Bulgarie, au Monténégro, à la Serbie, à la Roumanie, et la Commission devait trouver une même formule pour diverses situations: il était particulièrement malaisé d'y comprendre les Israélites de Roumanie dont la situation est indéterminée au point de vue de la nationalité. Le Comte de Launay, dans le but de prévenir tout malentendu, a proposé, au cours de la discussion, l'insertion de la phrase suivante: „les Israélites de Roumanie, pour autant qu'ils n'appartiennent pas à une nationalité étrangère, acquièrent, de plein droit, la nationalité Roumaine."

Le Prince de Bismarck signale les inconvénients qu'il y aurait à modifier les résolutions adoptées par le Congrès et qui ont formé la base des travaux de la Commission de rédaction. Il est nécessaire que le Congrès s'oppose à toute tentative de revenir sur le fond.

M. Desprez ajoute que la commission a maintenu sa rédaction primitive qui lui paraît de nature à concilier tous les intérêts en cause et que M. de Launay s'est borné à demander l'insertion de sa motion au Protocole.

Le Prince Gortchacow rappelle les observations qu'il a présentées, dans une précédente séance, à propos des droits politiques et civils des Israélites en Roumanie. S. A. S. ne veut pas renouveler ses objections, mais tient à déclarer de nouveau, qu'il ne partage pas, sur ce point, l'opinion énoncée dans le traité.

M. Desprez donne lecture de l'article VI où se trouve réglées l'administration provisoire de la Bulgarie et les relations du Commissaire Impérial Ottoman avec le Commissaire Impérial Russe.

Lord Salisbury ayant demandé une explication complémentaire sur la mesure des droits du Commissaire ottoman, en cas de dissentiment

avec le Commissaire russe, M. Desprez, rappelant les termes mêmes de l'article, répond que le fontionnaire ottoman, ainsi que les consuls délégués par les Puissances assistent le Commissaire russe et contrôlent le fonctionnement de l'administration. Le Président ayant ajouté que le Commissaire ottoman pourra porter plainte devant les représentants des Puissances signataires, Lord Salisbury désire que cette explication soit insérée au Protocole, et le Comte de Saint-Vallier fait remarquer que la fin de l'article 6 règle précisément le cas prévu par M. le Plénipotentiaire d'Angleterre.

Les articles VII, VIII, IX, X ne donnent lieu à aucune observation; sur l'article XI visant la destruction des anciennes forteresses, une discussion s'engage relativement au délai à donner pour l'exécution de cette clause. Sur la proposition du Comte Andrássy, le Congrès substitue aux mots „dans le plus bref délai possible", ceux-ci: „un an ou plus tôt, si faire se peut."

M. Desprez passe à la lecture des dispositions relatives à la Roumélie Orientale.

Carathéodory Pacha présente quelques objections sur la mention expresse de la religion chrétienne du gouverneur. S. E., faisant allusion au principe de l'égalité des droits consacré par le Congrès, considère que cette clause n'est pas conforme au sentiment manifesté, en termes généraux, par la haute Assemblée. Le Premier Plénipotentiaire de Turquie ne croit pas, d'ailleurs, que la religion du gouverneur ait été décidée par le Congrès.

Le Président constate que la haute Assemblée, en conservant, sur ce point, les dispositions du Traité de San Stefano, les a sanctionnées implicitement. S. A. S. insiste sur la nécessité de ne point soulever d'objections rétrospectives à propos de décisions déjà prises par le Congrès.

Les autres articles relatifs à la Roumélie et les paragraphes sur le Monténégro ne sont l'objet d'aucune remarque spéciale.

M. Desprez lit le chapitre de la Serbie. A propos de la capitalisation du tribut de la Principauté, le Prince Gortchacow relève l'importance de cette question sur laquelle les Plénipotentiaires Russes auraient des objections à présenter. Le Prince de Hohenlohe, le Baron de Haymerle et M. d'Oubril ayant annoncé, d'ailleurs, qu'ils ont réservé, à cet égard, le vote de leurs gouvernements, le Congrès décide de placer cette question à l'ordre du jour de la prochaine séance.

Les articles sur la navigation du Danube ne provoquent aucune observation. Sur l'article relatif à la Bosnie-Herzégovine, les Plénipotentiaires ottomans déclarent s'en référer à la communication qu'ils ont eu l'honneur de faire au Congrès au nom de leur gouvernement.

Sur le paragraphe relatif à la liberté religieuse, le Comte Corti fait observer que, dans la discussion qui a eu lieu, en Congrès à ce sujet, plusieurs Plénipotentiaires ont demandé que le statu quo fût maintenu non pas seulement pour la France, mais pour toutes les Puissances dans les Lieux Saints. S. E. propose d'ajouter un alinéa conçu dans ce sens.

Le Président ayant rappelé les réserves que la France a formulées en acceptant l'invitation au congrès, réserves qui ont amené, dans la rédaction de l'article, une mention expresse des droits de la France, fait remarquer que la seconde partie du paragraphe établissant „qu'aucune atteinte ne saurait être portée au statu quo dans les Lieux Saints" donne satisfaction à la pensée de M. le Premier Plénipotentiaire d'Italie.

Le Comte Corti, en présence de cette déclaration, se borne à demander que son observation soit insérée au Protocole.

Le Président exprime à M. Desprez les remercîments du Congrès pour le travail dont S. E. vient de donner lecture, et la séance est levée à 6 heures.

Protocole N° 18.

Séance du 11 Juillet 1878.

L'ordre du jour appelle la proposition des **Plénipotentiaires de Russie** imprimée et distribuée conformément à la décision prise par le Congrès dans la séance précédente.

Le Comte **Andrássy** est d'avis que ce document devrait être abrégé. Le premier alinéa, terminé par les mots „surveiller la mise en vigueur", paraîtrait suffisant aux Plénipotentiaires d'Autriche-Hongrie: le second alinéa pourrait être interprété comme un manque de confiance du Congrès dans le résultat de ses travaux. S. E. désirerait aussi que le premier mot „l'Europe" fût remplacé par „Les Hautes Parties contractantes" et regarderait comme inutile d'ajouter les expressions: „ayant donné leur sanction la plus solennelle et la plus obligatoire". S. E. propose donc la rédaction suivante: „Les Hautes Parties contractantes envisagent la totalité des articles du présent acte comme formant un ensemble de stipulations dont elles s'engagent à contrôler et à surveiller la mise en vigueur".

Lord **Salisbury** ne s'explique pas le but de la proposition Russe. S. E. ne connaît pas de sanction plus „solennelle" et plus „obligatoire" que la signature de son gouvernement et préfère ne pas accepter un engagement qui lui semble soit inutile, puisqu'il est évident que la Grande Bretagne tient à l'exécution du traité, soit avoir une signification d'une portée trop peu définie.

Le Prince de **Bismarck** demande à Sa Seigneurie si ses répugnances s'étendent également au texte modifié par le Premier Plénipotentiaire d'Autriche-Hongrie qui résume la proposition en lui donnant une forme plus simple. S. A. S. pense qu'il ne serait pas inutile d'exprimer que le Congrès s'engage à surveiller et à contrôler la mise à exécution de son oeuvre et qu'une pareille déclaration n'aurait rien d'inusité.

Le **Premier Plénipotentiaire de Russie** fait remarquer que le Marquis de Salisbury a exprimé la pensée du document Russe en déclarant que le Gouvernement Britannique tient à l'exécution des stipulations consacrées par sa signature. S. A. S., rappelant l'observation du Prince de Bismarck dans la précédente séance, est d'avis que le Congrès pourrait scinder le vote et se prononcer, dès à présent, sur la première moitié de la proposition que les Plénipotentiaires de Russie regardent comme essentielle à la dignité de la haute Assemblée.

Le **Président** adhère encore aujourd'hui à la pensée de voter le premier alinéa séparément. Comme représentant de l'Allemagne, S. A. S. serait disposé à accepter également le second, mais il craint que les autres Puissances ne partagent pas toutes ce sentiment. Il regarde, d'ailleurs, la rédaction Austro-Hongroise comme plus pratique et pense, notamment, que les mots „solennelle et obligatoire" expriment une idée trop évidente par elle-même pour qu'il soit nécessaire de l'affirmer.

Le Prince **Gortchacow** ne consentirait point à cette dernière modification: il répète que le sentiment de dignité de l'Assemblée doit être exprimé d'une manière très-catégorique.

Le Comte **Schouvalow** croit qu'il n'y a point de dissentiment

sur le fond même de la pensée. Le Comte Andrássy et le Prince de Bismarck ont reconnu l'un et l'autre que la sanction donnée par le Congrès au traité est „solennelle et obligatoire.“ Lord Salisbury a déclaré que la signature de la Grande Bretagne constituait un engagement du même ordre: S. E. ne s'expliquerait pas que le Congrès hésitât à employer les expressions qui rendent en réalité sa pensée. Il propose, en conséquence, la rédaction suivante:

„Les Hautes Parties contractantes, ayant donné leur sanction solennelle et obligatoire aux stipulations du Traité de Berlin, envisagent la totalité des articles du présent acte comme formant un ensemble de stipulations dont elles s'engagent à contrôler et à surveiller la mise en vigueur.“

Carathéodory Pacha rappelle les explications qu'il a déjà présentées à ce sujet: la Porte considère, assurément, la signature comme obligatoire et se regarde comme positivement et strictement tenue à mettre à exécution des engagements qu'Elle aura souscrits au même titre que toutes les autres Puissances signataires du Traité. Mais la rédaction du document Russe impose à toutes les parties contractantes le devoir mutuel de contrôler l'exécution des stipulations du traité: la Porte se trouverait ainsi obligée à admettre chez elle le contrôle et à contrôler à son tour d'autres Etats également engagés. S. E. relève les difficultés de cette tâche et ajoute que la Porte est prête à exécuter le traité en ce qui la concerne, mais quant à exercer un contrôle ou à s'y soumettre, elle s'y refuse, considérant que cette obligation est nouvelle et trop lourde pour un gouvernement qui n'en réclame ni la charge ni le bénéfice.

Le Prince Gortchacow dit que la réponse de la S. Porte n'est point en contradiction avec la pensée qui a inspiré la proposition des Plénipotentiaires de Russie, et tout le premier alinéa, conforme aux déclarations de Carathéodory Pacha, pourrait être accepté par les représentants de la Turquie.

Le Prince de Bismarck, résumant la discussion, expose que toute la question est de savoir s'il convient d'insérer un article spécial ou de considérer la signature du traité comme une obligation formelle qui n'a besoin d'aucune confirmation. Le Premier Plénipotentiaire Ottoman paraît voir dans la formule proposée une expression de méfiance contre quelqu'une des parties contractantes qui ne se conformerait pas au traité: S. A. S., en ce qui le concerne, ne partage pas ces appréhensions.

Le Comte Andrássy maintient la rédaction qu'il a proposée et élève de nouvelles objections contre les mots „en insistant sur l'exécution“ qui lui paraissent trop rudes, et „leurs intentions“ qui lui semblent vagues puisqu'il s'agit non point „d'intentions“, mais de stipulations.

Le Prince Gortchacow dit qu'il a reçu de l'Empereur, son Auguste Maître, l'ordre exprès de présenter une proposition destinée à assurer la sanction des actes du Congrès. S. A. S. considère la pensée de son Souverain comme entièrement conforme à la dignité de la haute Assemblée. Il consent, toutefois, à modifier quelques expressions, sans adhérer complètement au texte proposé par le Comte Andrássy, et il propose au Congrès la rédaction du Comte Schouvalow.

Le Président soumet au Congrès cette nouvelle rédaction. Les Plénipotentiaires d'Autriche-Hongrie n'ont pas d'objection. Les Plénipotentiaires de France, de la Grande Bretagne et d'Italie réservent leur vote. Les Plénipotentiaires de Turquie déclarent n'avoir rien à ajouter aux déclarations qu'ils ont fait en-

tendre. Les Plénipotentiaires d'Allemagne acceptent la proposition Russe.

Le Président constate que le document présenté par les Plénipotentiaires de Russie n'a pas obtenu l'assentiment du Congrès et procède au vote sur la proposition du Comte Andrássy.

Les Plénipotentiaires de France, de la Grande Bretagne et d'Italie persistent à réserver leur vote, les Plénipotentiaires de Turquie repoussent ce texte et les Plénipotentiaires de Russie s'en tiennent à leur proposition.

Le Comte Corti fait remarquer que la haute Assemblée partage le sentiment du Prince Gortchacow sur la nécessité d'assurer la complète exécution du traité, mais les Plénipotentiaires d'Italie et ceux de leurs collègues qui ont, comme eux, réservé leur vote regardent comme suffisantes les déclarations qui ont été faites, au nom de la Sublime Porte, par Carathéodory Pacha.

Le Premier Plénipotentiaire de France propose au Congrès de se borner à prendre acte de la déclaration de Carathéodory Pacha; les formules présentées par le Prince Gortchacow et par le Comte Andrássy semblent à S. E. conçues en termes trop vagues; ou bien elles n'ajoutent rien à l'autorité du traité, ou bien elles ont une portée trop étendue. Dans sa pensée, le Congrès, en demandant à la Turquie de consentir d'importants sacrifices, avait en vue de préserver de toute atteinte la souveraineté du Sultan dans l'ensemble réduit mais compacte de provinces qui formera désormais son empire. Or, la rédaction proposée à la haute Assemblée paraît consacrer une sorte de tutelle permanente imposée au Gouvernement Ottoman: le traité que les Puissances vont signer contient un très-grand nombre de clauses qui pourraient devenir, sous l'action d'un contrôle édicté par le Congrès, une série de prétextes pour une ingérence incessante dans tous les actes de la S. Porte. L'intérêt du Gouvernement Turc, son avantage évident est d'exécuter complètement et sans arrière-pensée toutes les décisions du Congrès. S. E. pense que les Puissances doivent prendre acte des déclarations que vient de faire entendre la Turquie par l'organe de son Premier Plénipotentiaire, et, avant d'aller au delà, avant de douter de ses intentions hautement manifestées, attendre qu'elles l'aient vue à l'oeuvre, car elles n'ont pas le droit de supposer que le Gouvernement Ottoman ne veuille pas ou ne puisse pas exécuter les stipulations qu'il a consenties. Le Premier Plénipotentiaire de France comprendrait même difficilement qu'on pût ajouter à un acte aussi solennel par lui-même une sanction ou inutile ou dangereuse. S'il s'agissait de créer un droit spécial de surveillance pour certaines stipulations déterminées, une semblable décision serait peut-être admissible; mais inaugurer un droit de contrôle général sur un aussi grand nombre de clauses d'importance fort inégale serait un péril pour l'avenir, et le congrès risquerait, en entrant dans cette voie, d'introduire des éléments de désaccord parmi les Puissances qui viennent de faire une oeuvre de paix et de concorde.

Le Prince Gortchacow maintient que sa proposition est en rapport avec les déclarations du Premier Plénipotentiaire de Turquie. S. A. S. ne s'explique pas, d'ailleurs, pourquoi la sanction indiquée paraît dirigée contre la Porte Ottomane; elle s'applique également à toutes les autres Parties contractantes: la Russie, par exemple, y serait aussi bien soumise que la Porte, et admet parfaitement pour elle-même la surveillance et le contrôle des Puissances.

Le comte Schouvalow relève, dans le discours de M. Waddington, la mention des sacrifices que le Congrès aurait demandés à la Turquie: ces sacrifices ne sont pas l'oeuvre du Congrès, mais la consé-

quence de la guerre. Au contraire, la haute Assemblée a favorablement traité la Porte Ottomane qui se trouve certainement avoir plutôt gagné que perdu dans les nouvelles stipulations. Quant à l'ingérence dont a parlé le Premier Plénipotentiaire de France, le Comte Schouvalow déclare que la Russie ne demande pas d'ingérence dans les affaires de la Turquie aussitôt que les stipulations du traité auront été exécutées, mais jusque là il y a ingérence et elle ressort naturellement de toutes les décisions du Congrès. Peut-on soutenir qu'il n'y a point d'immixtion en Turquie quand il existe un réseau de Commissions Européennes en Roumélie, dans les provinces grecques, en Arménie, etc.? Le Comte Schouvalow est d'accord avec M. Waddington en espérant que, dans un très-proche avenir, cette immixtion aura cessé; mais, quant à présent, S. E. la regarde comme indispensable, comme ressortant des résultats du Congrès, et, tant qu'il existera des Commissions Européennes, il est évident qu'il faudra surveiller et contrôler la situation. Ce droit étant établi, les Plénipotentiaires de Russie ne voient pas pourquoi on n'appellerait pas les choses par leur nom et pourquoi l'on refuserait le contrôle et la surveillance qu'ils demandent.

M. Waddington veut se borner à faire observer que les Commissions Européennes ont un objet précis et défini, tandis que la proposition Russe n'a pas de but nettement déterminé.

Le Président constate que la proposition Russe et l'amendement autrichien, qui en reproduisait la pensée, n'ont pas éte accueillis par le Congrès et que les résultats de la discussion sont, par conséquent, les faits qui seront indiqués au protocole, à savoir la proposition elle-même, la réponse de la Porte et la décision du Congrès de prendre acte des déclarations du Premier Plénipotentiaire Ottoman.

La haute Assemblée passe à la question relative au tribut de la Roumanie et de la Serbie reservé dans la séance précédente.

Le Président rappelle que la question se pose ainsi: M. le Premier Plénipotentiaire de Turquie a présenté au Congrès deux propositions, l'une dans la séance du 28 Juin (protocole 8) relative à la Serbie, l'autre, dans la séance du 1er Juillet (protocole 10), pour la Roumanie: S. E. demande que les tributs payés jusqu'à présent à la Sublime Porte par ce pays soient capitalisés et que le montant soit versé dans les caisses du Trésor Ottoman. Le Congrès a renvoyé ces propositions à la Commission de rédaction, sans se prononcer définitivement sur la question de principe. La Commission soumet maintenant un projet de rédaction ainsi conçu:

„Le tribut de la Serbie (de la Roumanie) sera capitalisé et les représentants des Puissances à Constantinople fixeront le taux de cette capitalisation d'accord avec la S. Porte.“

Mais avant que le Congrès puisse se prononcer sur cette rédaction, il aura à statuer, si, en principe, les pays devraient accepter la charge de la capitalisation du tribut qui ne leur a pas été imposée par le traité de San Stefano.

Lord Salisbury envisage la difficulté à un double point de vue: il y a ici deux questions, celle du tribut en lui-même et celle de l'intérêt des créanciers de la Porte. En ce qui concerne le tribut, S. E. estime qu'il n'a pas été racheté par de grands sacrifices et de grandes victoires de la part des Principautés: si c'était, en réalité, les Roumains et les Serbes qui eûssent été victorieux, le tribut serait annulé. mais c'est la Russie qui a fait les dépenses et vaincu la Porte Ottomane, et S. E. ne voit pas pour quelle raison la perte du tribut pourrait être imposée à la Turquie. Le Premier Plénipotentiaire de la Grande Bretagne

ajoute que, d'autre part, le tribut était une partie du gage des créanciers de la Porte et que ce gage ne saurait leur être enlevé.

Le Prince Gortchacow se prononce positivement contre l'opinion qui vient d'être exprimée. Quand l'indépendance de la Roumanie et de la Serbie a été proclamée, il n'a pas été question de la capitalisation du tribut. S. A. S. considère donc que les Principautés sont affranchies de toute obligation, sauf pour les parties du territoire qui constituent un accroissement et qui supporteront une part de la dette. Dans un autre ordre d'idées, le Premier Plénipotentiaire de Russie regarde que, si les Principautés avaient à capitaliser le tribut, elles trouveraient difficilement les sommes nécessaires, et que les engagements qu'elles devraient prendre constitueraient pour elles une dépense supérieure au tribut qu'elles auraient racheté.

Le Comte Schouvalow avait jusqu'ici regardé que cette question avait été décidée par le fait seul de la déclaration de l'indépendance, et c'est pourquoi il n'avait présenté à cet égard aucune observation. Plus S. E. envisage la question, plus il lui semble juste que les Principautés supportent une part de la dette pour les territoires nouvellement acquis, et plus il lui semblerait injuste qu'elles fûssent contraintes à la capitalisation du tribut entre les mains du Gouvernement Turc. Une décision prise en ce sens placerait les deux Principautés et la Porte dans la situation d'Etats qui négocient une affaire financière sur la base d'un rachat de tribut, accordé en échange de l'indépendance: mais il n'en est pas ainsi, puisque l'indépendance est le résultat, non d'un arrangement, mais de la guerre. Lord Salisbury a dit que ce ne sont pas les armées Roumaine et Serbe qui se sont avancées jusque sous les murs de Constantinople mais l'armée Russe, et que les premières n'avaient pas de succès à enregistrer. Le Comte Schouvalow constate que ces armées ont eu des succès sérieux, l'une a enlevé plusieurs redoutes à Plewna, et l'autre a occupé et occupe encore une partie du territoire Ottoman. Dans cette condition, si les Principautés devaient payer à prix d'argent leur indépendance, il resterait à savoir ce qu'elles auraient gagné à la guerre. Le Comte Schouvalow se voit obligé de rappeler, comme il a déjà dû le faire dans une séance précédente, que la Russie avait proposé dans le Protocole de Londres un acte bien modéré, que la Turquie l'a repoussé et doit supporter les conséquences de ce refus.

Le Premier Plénipotentiaire de France adhère à l'opinion du Premier Plénipotentiaire de Russie. En ce qui concerne spécialement la Roumanie, il semble impossible de lui demander la capitalisation du tribut: le Traité de San Stefano non seulement n'en parle pas, mais reconnaît même le droit des Roumains à une indemnité de guerre. A quel titre imposerait-on un sacrifice à la Roumanie qui a pris une part brillante à la guerre? La Serbie est sur le dernier point à peu près dans les mêmes conditions: les Plénipotentiaires de France voteront contre la capitalisation du tribut.

Le Comte de Saint-Vallier ajoute: sous la réserve que les nouveaux territoires supporteront une part proportionelle de la dette.

Le Comte Andrássy, faisant allusion à l'article V du traité de San Stefano qui vient d'être rappelé et qui porte une indemnité à débattre entre la Roumanie et la Turquie, dit que le Congrès est resté étranger à cette stipulation aussi bien qu'à une demande analogue formulée par la Serbie, mais qu'une capitalisation du tribut entraînerait des difficultés, des discussions qu'il est préférable d'éviter, et les Plénipotentiaires Austro-Hongrois votent dans le même sens que les Plénipotentiaires Français.

Le Président fait remarquer que l'unanimité du Congrès serait

nécessaire pour établir l'obligation du rachat du tribut, mais que les votes précédents indiquent suffisamment qu'il y aurait même une majorité contre cette décision: S. A. S. doit donc considérer la question comme réglée et la Commission de rédaction devra supprimer l'article de son projet relatif à la capitalisation des tributs Roumain et Serbe.

Le Premier Plénipotentiaire d'Italie présente au Congrès, au nom de ses collègues de France, de la Grande Bretagne et d'Italie la déclaration suivante pour être insérée au Protocole.

„Les Puissances, représentées au Congrès sont d'avis de recommander à la Sublime Porte l'institution à Constantinople d'une Commission financière, composée d'hommes spéciaux, nommés par les Gouvernements respectifs, et qui serait chargée d'examiner les réclamations des porteurs de titres de la dette Ottomane, et de proposer les moyens les plus efficaces pour leur donner la satisfaction compatible avec la situation financière de la Sublime Porte."

Carathéodory Pacha dit que son Gouvernement donnera tous ses soins à la question des finances: c'est le devoir et l'intérêt de la Porte de faire tout le possible pour améliorer la situation. Les diverses propositions présentées au Congrès par les Plénipotentiaires Ottomans pour le tribut, la part proportionnelle de la dette, etc. témoignent de la sollicitude du Gouvernement Turc pour les intérêts de ses créanciers. Mais il ne pourrait accepter la déclaration des Plénipotentiaires de France, de la Grande Bretagne et d'Italie dans les termes où elle est formulée.

Carathéodory Pacha, sans pouvoir encore préciser les conditions ou l'époque d'un accord, indique que les créanciers de la Porte recherchent une entente entre eux et avec le Gouvernement qui, de son côté, s'efforcera de les satisfaire dans la mesure de ses ressources.

Le Président, ayant demandé si les autres Puissances adhèrent à la proposition lue par le Comte Corti au nom de ses collègues d'Angleterre, de France, et d'Italie, les Plénipotentiaires d'Autriche-Hongrie et de Russie déclarent y donner leur assentiment. Le Prince de Bismarck donne la même déclaration au nom de l'Allemagne. S. A. S. constate que le document sera inséré au protocole et que le Congrès en prend acte.

Le Congrès passe au rapport de la Commission de délimitation sur la frontière asiatique.

Le Prince de Hohenlohe donne lecture du document suivant:

„La Commission a l'honneur de soumettre au Congrès la décision suivante:

Les Plénipotentiaires britanniques n'ayant pas donné leur consentement à la délimitation que les Plénipotentiaires russes ont présentée au Congrès pour la vallée d'Alachkerd, il en résulte que le Plénipotentiaire britannique se base sur une délimitation qui a été communiquée à son Gouvernement par l'Ambassadeur de Russie à Londres. Ce dernier accepte la délimitation qu'il a été chargé de communiquer et recule les frontières du Traité de San Stefano jusqu'aux points à l'ouest de Karaougan et de Kessa dagh.

La Commission de délimitation prend acte de cette déclaration de M. le Représentant de la Russie, en vertu de laquelle la ligne de la nouvelle frontière entre la Russie et la Turquie partira d'un point à l'ouest du village de Karaougan, passera en ligne droite au village de Medjingert; de Medjingert, elle suivra une ligne directe au sommet de la Montagne Kassa dagh et, de là, elle se dirigera le long de la ligne de partage des eaux entre les affluents de l'Araxe au Nord, et ceux de la Mourad Sou au Sud, jusqu'à l'ancienne frontière de la Russie.

La Commission de délimitation, ne possédant ni la connaissance du terrain ni les cartes et les documents nécessaires pour statuer sur les difficultés qui se sont produites dans la commission spéciale militaire entre les délégués Anglais et Russes, propose de remettre la solution du différend et le tracé plus précis de la ligne de l'Alachkerd à une commission militaire composée d'un officier russe, d'un officier ottoman et d'un officier anglais."

Le Comte Schouvalow fait savoir au Congrès que, par suite de différence dans les cartes géographiques de la vallée d'Alachkerd, une entente devait être établie ultérieurement sur place entre des commissaires russe et turc. Lord Salisbury ayant désiré leur associer un délégué anglais, le Comte Schouvalow y a consenti. Lord Salisbury ajoute qu'il n'a, d'ailleurs, aucune objection contre l'admission de délégués d'autres Puissances.

Le Comte Schouvalow répond qu'il n'y a pas lieu d'envoyer une Commission Européenne pour faire des délimitations de frontière en Asie.

Aucune observation n'étant présentée au sujet de la délimitation en Asie, le Président déclare que l'accord intervenu est accepté par le Congrès.

Avant que la haute Assemblée poursuive son ordre du jour, Carathéodory Pacha demande l'insertion à la fin de l'article sur la Bosnie et l'Herzégovine, lu dans la séance d'hier, des mots suivants „Les Gouvernements d'Autriche-Hongrie et de Turquie se réservent de s'entendre sur le détail."

Le Comte Andrássy n'ayant aucune objection, cette addition est acceptée par le Congrès et aussitôt insérée dans l'article dont il s'agit.

Le Président invite M. Desprez, rapporteur de la Commission de rédaction, à terminer la lecture du projet de traité commencée dans la séance d'hier.

M. Desprez indique d'abord qu'il a été tenu compte dans des paragraphes additionnels des décisions prises hier par la haute Assemblée au sujet des délais d'évacuation dans le Monténégro et en Serbie; un autre paragraphe supplémentaire a été placé dans le chapitre du Danube, au sujet du phare de l'île des Serpents.

S. E., après avoir lu ces diverses dispositions, donne lecture de la suite du projet de traité.

L'article relatif au règlement à élaborer pour les provinces chrétiennes de la Turquie d'Europe, placées sous l'administration directe de la Porte, est l'objet d'une discussion entre Lord Salisbury, Carathéodory Pacha et M. Desprez au sujet de l'analogie à établir entre ce règlement et celui qui est déjà en vigueur pour la Crète. Il en résulte qu'elle ne sera pas étendue au régime financier et que les mots suivants, ainsi que le propose la Commission de rédaction, seront ajoutés à l'article primitif: „sauf en ce qui concerne les exemptions d'impôt accordées à la Crète."

Le paragraphe relatif à la médiation des Puissances dans le cas où la Turquie et la Grèce ne parviendraient pas à s'entendre pour la rectification des frontières indiquée dans le 13e Protocole, donne lieu à une demande d'ajournement de Carathéodory Pacha. S. E. ajoute qu'elle attend des instructions de la Porte pour demain.

Le Président dit que le paragraphe dont il s'agit exprime un voeu du Congrès et non pas une résolution à laquelle la Porte soit sollicitée de s'associer. Les Puissances se bornent à exprimer qu'elles sont animées du désir de voir réussir les négociations, et sur ce point, il ne semble pas que la Porte ait d'opinion à donner ni de décision à prendre en Congrès.

1878.

M. Desprez lit les articles sur l'Asie dont certains détails topographiques ne pourront être rédigés d'une manière définitive avant que la Commission de rédaction ait reçu le texte de la Commission de délimitation.

La lecture des paragraphes relatifs à Khotour et aux Arméniens n'est suivie que d'observations de forme. Sur le paragraphe relatif aux traités de Paris et de Londres, Lord Salisbury rappelle qu'à première vue il avait, dans une précédente séance, manifesté sur la rédaction de cet article certaines inquiétudes. Ces appréhensions sont désormais calmées en partie par les éclaircissements donnés au Congrès; S. E. se borne aujourd'hui à demander l'insertion au Protocole de la déclaration suivante qui n'engage que son Gouvernement:

„Considérant que le Traité de Berlin changera une partie importante des arrangements sanctionnés par le Traité de Paris de 1856, et que l'interprétation de l'article 2 du Traité de Londres qui dépend du Traité de Paris peut ainsi être sujet à des contestations.

Je déclare de la part de l'Angleterre que les obligations de Sa Majesté Britannique concernant la clôture des Détroits se bornent à un engagement envers le Sultan de respecter à cet égard les déterminations indépendantes de Sa Majesté, conformes à l'esprit des Traités existants."

Le Comte Schouvalow se réserve le droit de faire insérer au Protocole une contre-déclaration s'il y a lieu.

La lecture du projet de traité étant terminée, M. Desprez donne connaissance au Congrès du projet de préambule.

Le Congrès en adopte la rédaction et approuve l'ensemble du projet que M. Desprez vient de lire. Une seconde lecture du projet complété par les détails qui manquent encore, et dressé article par article, aura lieu dans la prochaine séance.

Le Comte Schouvalow fait savoir à la haute Assemblée que Lord Salisbury a reçu des télégrammes qui indiquent les plus déplorables désordres dans les districts du Rhodope: d'après ces informations, une population de plus de cent milles âmes serait livrée à une complète anarchie; des villages auraient été brûlés, des massacres, violences et excès horribles auraient été commis. LL. EE. pensent qu'il y a lieu de mettre un terme aussi promptement que possible à de semblables atrocités. Le Comte Schouvalow fait remarquer que les localités dont il s'agit sont en dehors de l'action du commandant en chef de l'armée russe et pense, de concert avec Lord Salisbury, qu'il serait opportun d'envoyer sur place des commissaires européens qui seraient chargés de provoquer l'adoption de mesures repressives. Le Comte Schouvalow est d'avis que les Gouvernements pourraient inviter leurs Représentants à Constantinople à désigner des délégués.

Le Président demande quelle serait la force exécutive de ces commissaires.

Le Comte Schouvalow répond qu'il ne peut la désigner en ce moment, mais qu'à défaut des troupes russes qui ne se trouvent pas sur ce point, on doit espérer le concours des autorités locales.

Le Prince Gortchacow est d'avis, qu'en accomplissant la mission qui va leur être confiée, les Commissaires doivent s'appliquer également à vérifier l'exactitude des faits signalés à Lord Salisbury.

Après un échange d'idées à ce sujet entre plusieurs des Plénipotentiaires, le Comte de Saint-Vallier donne lecture d'un projet de résolution rédigé d'accord avec le Marquis de Salisbury et ainsi conçu.

„Les Plénipotentiaires des Puissances réunis au Congrès de Berlin, émus des rapports parvenus à quelques uns d'entre eux sur les souffrances

actuelles des populations du Rhodope et des contrées voisines, sont d'avis qu'il y a lieu de recommander aux Ambassadeurs à Constantinople de s'entendre avec la Sublime Porte pour l'envoi immédiat d'une Commission Européenne chargée de vérifier sur les lieux la gravité des faits et de chercher à y apporter remède dans la mesure du possible."

Ce projet de résolution reçoit l'adhésion unanime du Congrès.

Le Président fait remarquer, avec l'assentiment général, que les membres de la haute Assemblée, en adoptant cette résolution étrangère à l'objet de leurs délibérations, agissent non pas comme membres du Congrès, mais comme représentants de leurs gouvernements respectifs.

Protocole N° 19.

Séance du 12 Juillet 1878.

L'ordre du jour appelle le rapport complémentaire de la Commission de rédaction.

M. Desprez dit que la Commission a relu l'ensemble du traité et a élevé des objections contre l'article II relatif à la délimitation de la Bulgarie. Le paragraphe de cet article portant le numéro 3 qui implique pour les troupes et convois Bulgares le libre passage sur la ligne d'étapes entre Vidin et Sofia par la route de Sofia à Pirot et de ce point à Vidin par le col de Saint Nicolas, paraît inadmissible. La Commission propose de le supprimer, le Congrès ne devant pas prévoir le cas où la Bulgarie ferait la guerre à la Turquie.

Cette observation ayant été favorablement accueillie par la haute Assemblée, M. Desprez ajoute que le second alinéa du même paragraphe admettant en principe la faculté pour la Turquie de se servir d'une route militaire au travers du territoire sud du Sandjak de Sofia a laissé la Commission indécise: l'accord n'a pu s'établir sur ce point.

Le Comte Schouvalow rappelle que les Plénipotentiaires de Russie ont accepté le principe du passage; des instructions en ce sens seront données conformément au protocole XVII aux officiers russes: mais S. E. est contraire à la rédaction de l'article qui donne l'indication exacte du tracé de passage.

Le Président regarde, en effet, qu'il est dangereux de délimiter dans un article de traité une route militaire sur un terrain peu connu et sur une carte dont l'exactitude ne peut pas être absolue. Cette délimitation pourrait être fâcheuse pour ceux mêmes qui peuvent s'en servir: S. A. S. relit le passage du XVII° protocole où se trouve le résumé de la discussion et pense corformément aux décisions prises alors par le Congrès, le tracé doit être renvoyé aux négociations sur place. La nomenclature du 2° alinéa du paragraphe 3 devrait donc disparaître, et il serait opportun de ne laisser subsister que la reconnaissance en principe d'une route militaire accordée à la Turquie.

Le Prince de Hohenlohe propose de s'en tenir exactement aux expressions du protocole et de supprimer les indications précises qui terminent l'alinéa.

Le Comte Schouvalow demande la suppression de tout le paragraphe 3, car l'aninéa 2 n'a été concédé par lui qu'en vue du 1er alinéa accordant une route d'étapes à la Bulgarie.

Lord Salisbury dit que si le 1er alinéa était conservé, il serait obligé de déclarer au protocole de la part de l'Angleterre que nulle

disposition du traité ne reconnaît à la Bulgarie le droit de paix et de guerre.

Le Comte Schouvalow fait remarquer que c'est précisement pour éviter ces difficultés qu'il propose la suppression de tout le paragraphe 3.

A la suite d'observations présentées par le Comte de Launay, Lord Salisbury et le Comte Schouvalow, le Congrès décide que le paragraphe 3 de l'article II du projet de traité sera supprimé, les Plénipotentiaires de Russie ayant d'ailleurs déclaré que les obligations qu'ils ont acceptées au Protocole XVII au sujet de la route militaire accordée à la Turquie conservent toute leur valeur.

Il est entendu que le même passage inséré à l'article XXXVI relatif à la délimitation Serbe sera également supprimé.

Carathéodory Pacha se référant à l'article XXIV qui concerne la rectification des frontières de la Grèce et la médiation éventuelle des Puissances ajoute que la Porte qui n'avait pas donné son consentement à des propositions de rectification de frontières se réserve d'entretenir les Cabinets signataires de la vraie situation de la question hellénique. S. E. demande que le mot de „médiation" soit remplacé par „bons offices".

M. Desprez rappelle que le mot des „médiation" adopté par la Commission est conforme aux termes du Protocole N° 13

Le Comte de Launay déclare que la substitution demandée par Carathéodory Pacha amoindrirait la signification et la portée de la proposition des Plénipotentiaires de France et d'Italie et de la décision prise par la haute Assemblée.

Le Président fait observer que cet article n'a pas d'intérêt pour les Plénipotentiaires Ottomans puisqu'il ne s'agit que des intentions des six Puissances qui demeureront toujours libres de s'entendre entre elles sur ce point en dehors de la Turquie.

M. Desprez reprenant l'exposé des dispositions du traité encore controversées cite les objections formées par les Plénipotentiaires de Turquie contre les dernières lignes du 2e alinéa de l'article XXXVI ainsi rédigées „laissant au sud du village de Prépolac une zône de 1000 mètres de rayon à la Serbie."

Carathéodory Pacha et Mehemed Ali Pacha demandent que le défilé de Prépolac soit maintenu au territoire ottoman.

Le Comte de Saint-Vallier rappelle que le Congrès a décidé, conformément à l'avis de la Commission de délimitation qu'il serait donné suite à la réclamation élevée par les Plénipotentiaires ottomans touchant l'extension de 1000 mètres attribuée à la Serbie au Sud de Prépolac dans le projet de la Commission militaire. Mais, d'après les termes même du Protocole, le Congrès n'a pas entendu pousser la concession au delà du retour pur et simple à la ligne Autrichienne, c'est à dire l'abandon de la zône de 1000 mètres; il en résulte que la place de Prépolac est laissée à la Turquie, mais il n'a jamais été question d'y comprendre le défilé situé en arrière de cette ville, ce qui aurait rejeté la frontière vers le Nord beaucoup plus que le Congrès n'entendait la faire.

Le Président déclare qu'il est impossible de revenir sur cette discussion: S. A. S. ajoute que la tâche de la Commission était de rédiger les décisions prises et non pas de les reviser.

Le Prince de Hohenlohe dit qu'une note placée au bas de la page 2 du projet de traité indique que „toutes les désignations de lieux ont été prises sur la carte de l'Etat major autrichien." Cette annotation ne pourrait figurer au traité, mais cette explication étant très importante S. A. S. est d'avis qu'il en soit fait mention au protocole.

Le Président appuie cette observation qui est approuvée par le Congrès.

M. Desprez dit que le projet de traité n'a plus rencontré d'objections que sur l'article relatif à la délimitation de la frontière d'Asie au sujet duquel les Plénipotentiaires de Grande Bretagne et de Russie ne sont pas encore entièrement d'accord.

A la suite d'une discussion sur ce point entre le Comte Schouvalow et Lord Salisbury, le Congrès décide que pendant une interruption de séance des pourparlers auront lieu entre les Plénipotentiaires de la Grande Bretagne, de la Russie et de la Turquie pour régler les détails définitifs de cette délimitation.

La séance est interrompue.

A la reprise de la séance, le Comte Schouvalow annonce que les Représentants des trois Puissances se sont entendus sur le dernier alinéa de l'article 59 et la suppression de l'article 60.

Le Président constate que la rédaction du traité est terminée.

S. A. S. appelle ensuite l'attention de ses collègues sur la question de savoir en quelle forme et à quel moment la communication du traité sera faite aux Etats intéressés qui n'ont point participé au Congrès, c'est-à-dire la Grèce, la Perse, le Monténégro et les Principautés déclarées indépendantes.

L'échange d'idées qui a lieu à ce sujet amène la haute Assemblée à reconnaître que cette communication ne saurait être faite d'une manière officielle qu'après l'échange des ratifications du traité: le Congrès considère en effet que ce sont les ratifications et non pas seulement la signature qui donnent aux traités leur valeur définitive. Le Congrès, admettant toutefois, qu'il serait difficile d'attendre ces ratifications pour donner avis aux Etats dont il s'agit des dispositions qui ont été prises à leur égard, décide sur la proposition du Prince de Bismarck, que le Président est autorisé à faire connaître, dès la signature, aux Etats intéressés les décisions qui les concernent, dans une rédaction authentique, mais communiquée sous la forme officieuse. S. A. S. communiquera officiellement le traité complet à ces mêmes Etats quand les ratifications auront été échangées.

La haute Assemblée décide également que l'échange des ratifications indiqué dans le projet de traité comme devant avoir lieu dans un délai de quatre semaines, devra avoir lieu dans le délai de trois semaines: le dernier article portera donc „dans un délai de trois semaines ou plus tôt si faire se peut.“ Il est entendu que les évacuations de territoire stipulées à partir du jour de la signature ne seront exécutoires qu'à partir du jour de la ratification et que cette dernière date sera substituée à celle de la signature dans tous les passages du traité où le jour de la signature avait été fixé comme point de départ du délai accordé aux intéressés.

Le Comte Schouvalow, rappelant la déclaration faite dans la précédente séance par Lord Salisbury au sujet des détroits, demande l'insertion au Protocole d'une déclaration sur le même sujet présentée par les Plénipotentiaires de Russie:

„Les Plénipotentiaires de Russie, sans pouvoir se rendre exactement compte de la proposition de M. le Second Plénipotentiaire de la Grande Bretagne concernant la clôture des détroits, se bornent à demander de leur côté l'insertion au Protocole de l'observation: qu'à leur avis, le principe de la clôture des détroits est un principe européen, et que les stipulations conclues à cet égard en 1841, 1856 et 1871, confirmées actuellement par le Traité de Berlin, sont obligatoires de la part de toutes les Puissances, conformément à l'esprit et à la lettre des Traités

existants, non seulement vis-à-vis du Sultan, mais encore vis-à-vis de toutes les Puissances signataires de ces transactions."

Lord Salisbury fait savoir au Congrès que, conformément à la décision prise hier par les représentants des Puissances, il a invité l'Ambassadeur de la Grande Bretagne à Constantinople à s'entendre avec ses collègues au sujet des commissaires à envoyer dans le Rhodope.

Le Comte Andrássy, M. Waddington, le Comte Corti, le Prince Gortchacow et le Prince de Bismarck annoncent que les mêmes instructions ont été adressées aux représentants de leurs gouvernements à Constantinople.

Le Congrès fixe à demain Samedi 13 Juillet la signature solennelle du Traité.

PROTOCOLE N° 20.

Séance du 13 Juillet 1878.

Le Président fait remarquer que le protocole 18 a été distribué et que le protocole 19 sera entre les mains de MM. les Plénipotentiaires dans le courant de la journée. Les deux protocoles seront donc examinés par tous les membres de la haute Assemblée. Mais comme il ne sera plus possible de recueillir toutes les signatures pour les copies définitivement arrêtées, le Prince de Bismarck propose que MM. les Plénipotentiaires qui partiraient avant la signature autorisent LL. EE. MM. les Ambassadeurs, accrédités à Berlin, de signer les derniers protocoles en leur nom.

Cette proposition est adoptée.

Le Président invite les Plénipotentiaires à vouloir procéder à la signature du traité.

Le Comte Andrássy prononce les paroles suivantes:

„Messieurs,

Au moment où nos efforts viennent d'aboutir à une entente générale, il nous serait impossible de ne pas rendre hommage à l'homme d'Etat éminent qui a dirigé nos travaux.

Il a invariablement eu en vue d'assurer et de consolider la paix. Il a voué tous ses efforts à concilier les divergences et à mettre fin le plus rapidement possible à l'incertitude qui pesait si gravement sur l'Europe.

Grâce à la sagesse, à l'infatigable énergie, avec lesquelles notre Président a dirigé nos travaux, il a contribué à un haut degré à la prompte réussite de l'oeuvre de pacification que nous avons entreprise en commun.

Je suis donc sûr de rencontrer l'assentiment unanime de cette haute Assemblée, en vous proposant d'offrir à Son Altesse Sérénissime le Prince de Bismarck notre plus chaleureuse gratitude.

Sur le point de nous séparer, je crois le mieux répondre encore à Vos sentiments en témoignant notre respectueuse reconnaissance de la haute bienveillance et de la gracieuse hospitalité dont nous avons été l'objet de la part de Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne et de l'auguste Famille Impériale."

Le Prince de Bismarck répond:

„Je suis profondément sensible aux paroles que le Comte Andrássy vient de prononcer au nom de cette haute Assemblée. Je remercie vivement le Congrès d'avoir bien voulu s'y associer et j'exprime toute

ma reconnaissance à mes collègues de l'indulgence et des bons sentiments qu'ils m'ont témoignés pendant le cours de nos travaux. L'esprit de conciliation et la bienveillance mutuelle dont tous les Plénipotentiaires ont été animés, m'ont facilité une tâche que, dans l'état de ma santé, j'espérais à peine pouvoir mener jusqu'à son terme. En ce moment où le Congrès, à la satisfaction des gouvernements représentés et de l'Europe entière, aboutit au résultat espéré, je vous prie de me garder un bon souvenir: quant à moi, la mémorable époque qui vient de s'écouler restera ineffaçable dans ma mémoire."

Le Congrès procède à la signature des sept exemplaires du traité.

Cet acte étant accompli, le Président reprend la parole dans les termes suivants:

„Je constate que les travaux du Congrès sont terminés.

Je regarde comme un dernier devoir du Président d'exprimer les remercîments du Congrès à ceux des Plénipotentiaires qui ont fait partie des Commissions, notamment à M. Desprez et à M. le Prince de Hohenlohe. Je remercie également au nom de la haute Assemblée le secrétariat du zèle dont il a fait preuve et qui a contribué à faciliter les travaux du Congrès. J'associe dans l'expression de cette reconnaissance les fonctionnaires et officiers qui ont pris part aux études spéciales de la haute Assemblée.

Messieurs, au moment de nous séparer, je ne crains pas d'affirmer que le Congrès a bien mérité de l'Europe. S'il a été impossible de réaliser toutes les aspirations de l'opinion publique, l'histoire dans tous les cas rendra justice à nos intentions, à notre oeuvre, et les Plénipotentiaires auront la conscience d'avoir, dans les limites du possible, rendu et assuré à l'Europe le grand bienfait de la paix si gravement menacée. Ce résultat ne saura être atténué par aucune critique que l'esprit de parti pourra inspirer à la publicité. J'ai le ferme espoir que l'entente de l'Europe, avec l'aide de Dieu, restera durable, et que les relations personnelles et cordiales qui pendant nos travaux se sont établies entre nous, affermiront et consolideront les bons rapports entre nos Gouvernements.

Je remercie encore une fois mes Collègues de leur bienveillance à mon égard, et c'est en conservant cette impression de haute gratitude, que je lève la dernière séance du Congrès."

Der Friedensvertrag.

Vertrag zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Frankreich, Großbritannien, Italien, Rußland und der Türkei. Vom 13. Juli 1878.

Im Namen des Allmächtigen Gottes.

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preußen, Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich, König von Böhmen rc. und Apostolischer König von Ungarn, der Präsident der Französischen Republik, Ihre Majestät die Königin des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland, Kaiserin von Indien,

Seine Majestät der König von Italien, Seine Majestät der Kaiser aller Reußen und Seine Majestät der Kaiser der Ottomanen, von dem Wunsche geleitet, in einem der europäischen Ordnung entsprechenden Sinne gemäß den Bestimmungen des Pariser Vertrages vom 30. März 1856 die Fragen zu regeln, welche im Orient durch die Ereignisse der letzten Jahre und durch den Krieg entstanden sind, dem der Präliminarvertrag von San Stefano ein Ziel gesetzt hat, sind einmüthig der Ansicht gewesen, daß die Vereinigung zu einem Kongresse das beste Mittel darbieten würde, ihr Einvernehmen zu erleichtern.

Ihre gedachten Majestäten und der Präsident der Französischen Republik haben in Folge dessen zu ihren Bevollmächtigten ernannt, nämlich:

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preußen:

den Herrn Otto Fürsten von Bismarck, Ihren Präsidenten des preußischen Staatsministeriums, Kanzler des Reichs, den Herrn Bernhard Ernst von Bülow, Ihren Staatsminister und Staatssekretär des Auswärtigen Amts, und den Herrn Chlodwig Karl Viktor Fürsten von Hohenlohe-Schillingsfürst, Fürsten von Ratibor und Corvey, Ihren außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter bei der Französischen Republik, Königlich bayerischen Kron-Oberst-Kämmerer,

Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich, König von Böhmen rc. und Apostolischer König von Ungarn:

den Herrn Julius Grafen Andrássy von Csik Szent-Király und Krasznа-Horka, spanischen Granden erster Klasse, Wirklichen Geheimen Rath, Ihren Minister des Kaiserlichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten, Feldmarschall-Lieutenant in der Armee, den Herrn Ludwig Grafen Károlyi von Nagy-Károly, Kammerherrn und Wirklichen Geheimen Rath, Ihren außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter bei Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser, König von Preußen, und den Herrn Heinrich Freiherrn von Haymerle, Wirklichen Geheimen Rath, Ihren außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter bei Seiner Majestät dem König von Italien,

Der Präsident der Französischen Republik:

den Herrn William Henri Waddington, Senator, Mitglied des Instituts, Minister-Staatssekretär im Auswärtigen Amt, den Herrn Charles Raymond de La Croix de Chevrière, Grafen von Saint-Vallier, Senator, außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter Frankreichs bei Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser, König von Preußen, und den Herrn Felix Hippolyte Desprez, Staatsrath, bevollmächtigten Minister erster Klasse, beauftragt mit der Leitung der politischen Angelegenheiten im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten,

Ihre Majestät die Königin des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland, Kaiserin von Indien:

den sehr ehrenwerthen Benjamin Disraeli, Grafen von Beaconsfield, Vicomte Hughenden, Pair des Parlaments, Mitglied des sehr ehrenwerthen Geheimen Rathes Ihrer Majestät, Ersten Lord des Schatzes Ihrer Majestät und Ersten Minister von England, den sehr ehrenwerthen Robert Arthur Talbot Gascoyne Cecil Marquis von Salisbury, Grafen von Salisbury, Vicomte Cranborne, Baron Cecil, Pair des Parlaments, Mitglied des sehr ehrenwerthen Geheimen Rathes Ihrer Majestät, Ersten Staatssekretär Ihrer Majestät im Auswärtigen Amte, und den sehr ehrenwerthen Lord Odo William Leopold Russel, Mitglied des Geheimen Rathes Ihrer Majestät, Ihren außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter bei Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser, König von Preußen,

Seine Majestät der König von Italien:

den Herrn Ludwig Grafen Corti, Senator, Ihren Minister der auswärtigen Angelegenheiten, und den Herrn Eduard Grafen von Launay, Ihren außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter bei Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser, König von Preußen,

Seine Majestät der Kaiser Aller Reußen:
den Herrn Alexander Fürsten Gortschacoff, Ihren Reichskanzler, den Herrn Peter Grafen von Schouvaloff, General der Kavallerie, Ihren General-Adjutanten, Mitglied des Reichsrathes und Ihren außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter bei Ihrer Britischen Majestät, und den Herrn Paul von Oubril, Wirklichen Geheimen Rath, Ihren außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter bei Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser, König von Preußen, und

Seine Majestät der Kaiser der Ottomanen:
Alexander Charatheodory Pascha, Ihren Minister der öffentlichen Arbeiten, Mehemed Ali Pascha, Muschir Ihrer Armeen, und Sadoullah Bey, Ihren außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter bei Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser, König von Preußen, welche zufolge des Vorschlages des Oesterreichisch-Ungarischen Hofes und auf die Einladung des Deutschen Hofes sich in Berlin vereinigt haben, versehen mit Vollmachten, die in guter und gehöriger Form befunden worden sind.

Nach glücklich unter ihnen hergestelltem Einverständniß sind dieselben über folgende Bestimmungen übereingekommen:

Art. 1. Bulgarien wird zu einem autonomen und tributpflichtigen Fürstenthum unter der Oberherrlichkeit Sr. Kaiserlichen Majestät des Sultans erhoben; es soll eine christliche Regierung und eine Nationalmiliz erhalten.

Art. 2. Das Fürstenthum Bulgarien wird folgende Gebietstheile umfassen:

Die Grenze folgt im Norden dem rechten Donauufer von der früheren serbischen Grenze bis zu einem durch eine europäische Kommission noch zu bestimmenden Punkte östlich von Silistria und wendet sich von dort nach dem Schwarzen Meere südlich von Mangalia, welches mit dem rumänischen Gebiete vereinigt wird. Das Schwarze Meer bildet die Ostgrenze von Bulgarien. Im Süden steigt die Grenze von der Mündung des Baches, in dessen Nähe die Dörfer Hodzaköj Selam-Köj, Aivadsik, Kulibe, Sudzuluk liegen, den Thalweg desselben hinauf, durchschneidet quer das Thal des Deli Kamcik, geht südlich an Belibe und Kemhalik und nördlich an Hadzimahale vorbei, nachdem sie den Deli Kamczik $2\frac{1}{2}$ Kilometer oberhalb Cengei überschritten hat, erreicht den Kamm an einem zwischen Tekenlik und Aidos-bredza gelegenen Punkte und folgt demselben über den Karnabad Balkan, Prisevica Balkan, Kazan Balkan nördlich von Kotel bis zum Demir Kapu. Sie geht durch die Hauptkette des großen Balkans weiter, welchem sie in seiner ganzen Ausdehnung bis zum Gipfel von Kosica folgt.

Dort verläßt sie den Kamm des Balkans, geht in südlicher Richtung zwischen den Dörfern Pirtop und Duzanci, von welchen das erstere Bulgarien, das andere Ost-Rumelien zufällt, bis zum Bache Tuzlu Dere hinab, folgt diesem Wasserlauf bis zu dessen Vereinigung mit der Topolnica, sodann diesem Flusse bis zu dessen Zusammenfluß mit dem Smovskio Dere beim Dorfe Petricevo, wobei sie bei Ost-Rumelien einen Bezirk von zwei Kilometer Umfang flußaufwärts dieses Zusammenflusses beläßt, steigt zwischen den Bächen Smovskio Dere und der Kamenica auf der Wasserscheidelinie hinauf, um sich nach Südwesten auf die Höhe von Voinjak zu wenden und geradenwegs den Punkt 875 der österreichischen Generalstabskarte zu erreichen.

Die Grenzlinie schneidet in gerader Richtung das obere Becken des Baches Ichtiman Dere, geht zwischen Bogdina und Karaüla hindurch, um auf die die Becken des Isker und der Marica trennende Wasserscheidelinie zwischen Camurli und Hadzilar zu gelangen, folgt dieser Linie zwischen den Gipfeln Velina Mogila, dem Sattel 531, Zmailica Vrh, Sumnatica und erreicht die Verwaltungsgrenze des Sandjak von Sofia zwischen Sivri Tas und Cadir Tepe.

Von Cadir Tepe folgt die Grenze, in der Richtung nach Südwesten, der Wasserscheidelinie zwischen den Becken des Mesta Karasu einerseits und des Strüma Karasu andererseits, läuft über die Kämme des Rhodopegebirges, genannt Demir Kapu, Iskoftepe, Kadimesar, Balkan und Aiji Gedük bis zum Kapetnik Balkan

und fällt so mit der früheren Verwaltungsgrenze des Sandjak von Sofia zusammen.

Von Kapetnik Balkan ab wird die Grenze durch die Wasserscheidelinie zwischen den Thälern der Rilska reka und der Bistrika reka gebildet und folgt den Vorbergen, genannt Vodenika Planina, um in das Thal der Strúma bei der Vereinigung dieses Flusses mit der Rilska reka hinabzugehen, das Dorf Barakli bei der Türkei belassend. Sie steigt sodann südlich von dem Dorfe Jelesnica hinauf, um auf der kürzesten Linie die Kette Golema Planina auf dem Gipfel des Gitka zu erreichen und dort die alte Verwaltungsgrenze des Sandjak von Sofia zu gewinnen, beläßt jedoch das ganze Becken der Suha reka bei der Türkei.

Vom Berge Gitka wendet sich die Westgrenze nach dem Berge Crni Vrh über die Gebirge von Karvena Jabuka, indem sie der alten Verwaltungsgrenze des Sandjak von Sofia in dem oberen Theile der Becken des Egrisu und der Lepnika folgt, läuft mit derselben auf die Kämme der Babina polana und langt bei dem Berge Crni Vrh an.

Vom Berge Crni Vrh folgt die Grenze der Wasserscheidelinie zwischen Strúma und Morawa über die Gipfel des Streser, Vilogolo und Mesid Planina, erreicht über die Gacina, Crna Trava, Darkovska und Drainica plan, sodann den Dscani Kladanec, die Wasserscheidelinie der Hohen Sukowa und der Morawa, geht geradenwegs auf den Stol und steigt von demselben hinab, um 1000 Meter nordwestlich von dem Dorfe Segusa die Straße von Sofia nach Pirot zu schneiden. Sie geht wieder in gerader Linie auf die Viblic Planina und von dort auf den Berg Radocina in der Kette des Kodza Balkan hinauf, indem sie bei Serbien das Dorf Doikinci und bei Bulgarien das Dorf Senakos beläßt.

Vom Gipfel des Berges Radocina folgt die Grenze, nach Westen zu, dem Kamme des Balkans über Ciprovec Balkan und Stara Planina bis zur alten Ostgrenze des Fürstenthums Serbien bei der Kula Smiljova Cuka und von der dieser alten Grenze bis zur Donau, welche sie in Rakovitza erreicht.

Diese Grenze soll an Ort und Stelle durch eine europäische Kommission festgestellt werden, in welcher die Signatarmächte vertreten sein werden. Man ist hierbei darüber einig:

1. daß die besagte Kommission die Nothwendigkeit für Se. Kaiserliche Majestät den Sultan, die Balkangrenzen von Ost-Rumelien vertheidigen zu können, in Betracht zu ziehen haben wird,

2. daß in einem Umfange von 10 Kilometer um Samakow keine Befestigungen errichtet werden dürfen.

Art. 3. Der Fürst von Bulgarien wird von der Bevölkerung frei gewählt und von der Hohen Pforte mit Zustimmung der Mächte bestätigt werden. Kein Mitglied der regierenden Häuser der europäischen Großmächte darf zum Fürsten von Bulgarien gewählt werden.

Wird die fürstliche Würde wieder frei, so erfolgt die Wahl des neuen Fürsten unter den gleichen Bedingungen und Förmlichkeiten.

Art. 4. Eine in Tirnovo zusammenzuberufende Versammlung von Notabeln Bulgariens wird vor der Wahl des Fürsten das organische Reglement des Fürstenthums ausarbeiten.

An denjenigen Orten, wo Bulgaren mit türkischen, rumänischen, griechischen oder anderen Bevölkerungen gemischt sind, soll den Rechten und Interessen dieser Bevölkerungen bezüglich der Wahlen und der Ausarbeitung des organischen Reglements Rechnung getragen werden.

Art. 5. Folgende Bestimmungen sollen die Grundlage des öffentlichen Rechtes in Bulgarien bilden:

Der Unterschied des religiösen Glaubens und der Bekenntnisse darf Niemandem gegenüber geltend gemacht werden, als ein Grund der Ausschließung oder der Unfähigkeit bezüglich des Genusses der bürgerlichen und politischen Rechte,

der Zulassung zu öffentlichen Diensten, Aemtern und Ehren oder der Ausübung der verschiedenen Berufs- und Gewerbszweige, an welchem Orte es auch sei.

Die Freiheit und die öffentliche Ausübung aller Kulte werden allen Angehörigen Bulgariens sowie den Ausländern zugesichert, und es darf weder der hierarchischen Organisation der verschiedenen Religionsgemeinschaften noch deren Beziehungen zu ihren geistlichen Oberen ein Hinderniß entgegengestellt werden.

Art. 6. Die provisorische Verwaltung von Bulgarien wird bis zur Vollendung des organischen Reglements durch einen Kaiserlich russischen Kommissar geleitet werden. Ein Kaiserlich ottomanischer Kommissar, sowie die dazu besonders delegirten Konsuln der übrigen Signatarmächte dieses Vertrages werden berufen werden, demselben zur Seite zu treten, um die Ausübung dieser provisorischen Regierungsthätigkeit zu kontroliren. Im Falle der Meinungsverschiedenheit zwischen den delegirten Konsuln soll die Mehrheit entscheiden und im Falle des Zwiespaltes der Ansichten zwischen dieser Mehrheit und dem Kaiserlich russischen Kommissar oder dem Kaiserlich ottomanischen Kommissar haben die Vertreter der Signatarmächte in Konstantinopel, zu einer Konferenz vereinigt, zu entscheiden.

Art. 7. Die provisorische Verwaltung darf nicht über die Dauer von neun Monaten, vom Austausche der Ratifikations-Urkunden des gegenwärtigen Vertrages ab gerechnet, ausgedehnt werden.

Nach Fertigstellung des organischen Reglements soll sofort zur Wahl des Fürsten von Bulgarien geschritten werden. Sobald der Fürst eingesetzt sein wird, soll die neue Organisation in Kraft treten und das Fürstenthum in den vollen Genuß seiner Autonomie gelangen.

Art. 8. Die Handels- und Schiffahrtsverträge sowie alle sonstigen Uebereinkommen und Abmachungen, welche zwischen den auswärtigen Mächten und der Pforte abgeschlossen worden sind und sich zur Zeit noch in Kraft befinden, werden im Fürstenthum Bulgarien aufrechterhalten und keine Veränderung derselben darf gegenüber irgend einer Macht vorgenommen werden, bevor diese nicht ihre Zustimmung dazu gegeben hat.

Kein Durchgangszoll darf in Bulgarien von den durch dieses Fürstenthum gehenden Waaren erhoben werden.

Die Angehörigen und der Handel aller Mächte sollen auf dem Fuße vollkommener Gleichstellung behandelt werden.

Die Immunitäten und Privilegien der fremden Unterthanen, sowie die konsularischen Gerichtsbarkeits- und Schutzrechte, wie solche durch die Kapitulationen und Gebräuche eingeführt sind, sollen in voller Kraft bleiben, so lange sie nicht mit Zustimmung der dazu berufenen Betheiligten abgeändert werden.

Art. 9. Die Höhe des jährlichen Tributes, welchen das Fürstenthum Bulgarien dem Oberherrlichen Hofe durch Zahlung an die von der Hohen Pforte später zu bezeichnende Bank zu entrichten hat, wird durch Vereinbarung der Signatarmächte des gegenwärtigen Vertrages am Schlusse des ersten Jahres der Wirksamkeit der neuen Organisation bestimmt werden. Dieser Tribut wird nach dem mittleren Ertrage des Gebietes des Fürstenthums festgesetzt werden.

Da Bulgarien einen Theil der öffentlichen Schuld des Reichs zu tragen hat, so werden die Mächte bei Feststellung dieses Tributs denjenigen Theil dieser Schuld in Betracht ziehen, welcher dem Fürstenthum auf der Grundlage eines billigen Verhältnisses aufzulegen sein würde.

Art. 10. Bulgarien übernimmt vom Tage der Auswechselung der Ratifikations-Urkunden zu dem gegenwärtigen Vertrage ab an Stelle der Kaiserlich ottomanischen Regierung deren Lasten und Verpflichtungen gegenüber der Rustschuk-Varnaer Eisenbahngesellschaft; die Begleichung der früheren Rechnungen wird einer Vereinbarung zwischen der Hohen Pforte, der Regierung des Fürstenthums und der Verwaltung dieser Gesellschaft vorbehalten.

Das Fürstenthum Bulgarien übernimmt gleichfalls, für seinen Theil, an Stelle der Hohen Pforte, die Verpflichtungen, welche dieselbe sowohl gegenüber

Oesterreich-Ungarn als gegenüber der Gesellschaft für den Betrieb der Eisenbahnen der europäischen Türkei bezüglich des Ausbaues, des Anschlusses und des Betriebes der auf bulgarischem Gebiete gelegenen Bahnen eingegangen ist.

Die zur Regelung dieser Fragen nothwendigen Uebereinkommen werden zwischen Oesterreich-Ungarn, der Pforte, Serbien und dem Fürstenthum Bulgarien unmittelbar nach dem Abschluß des Friedens getroffen werden.

Art. 11. Die ottomanische Armee darf nicht länger in Bulgarien verbleiben; alle bisherigen Festungen sind, auf Kosten des Fürstenthums, innerhalb eines Jahres oder womöglich früher zu schleifen; die Landesregierung hat sofort die zu deren Entfestigung nöthigen Maßregeln zu ergreifen und darf neue Festungen nicht anlegen. Die Hohe Pforte hat das Recht, nach Gutdünken über das Kriegsmaterial und über andere, der ottomanischen Regierung gehörige Gegenstände zu verfügen, welche in den gemäß dem Waffenstillstande vom 31. Januar bereits geräumten Donaufestungen etwa zurückgeblieben sind, desgleichen über solche, welche sich in den festen Plätzen Schumla und Varna befinden sollten.

Art. 12. Grundeigenthümer, muselmännische oder andere, welche ihren persönlichen Aufenthalt außerhalb des Fürstenthums nehmen sollten, können ihren Grundbesitz im Fürstenthum behalten, indem sie ihn verpachten oder durch Dritte verwalten lassen.

Eine türkisch-bulgarische Kommission hat innerhalb zweier Jahre alle Angelegenheiten zu regeln, welche Bezug haben auf die Art der Veräußerung, der Benutzung oder des Gebrauches der Staatsgüter und frommen Stiftungen (Vakufs) für Rechnung der Hohen Pforte, desgleichen die Fragen, welche die etwa hierbei berührten Interessen von Privaten betreffen sollten.

Die Angehörigen des Fürstenthums Bulgarien, welche in anderen Theilen des Ottomanischen Reichs reisen oder sich aufhalten sollten, sind den ottomanischen Behörden und Gesetzen unterworfen.

Art. 13. Südlich vom Balkan wird eine Provinz gebildet, welche den Namen Ost-Rumelien führen und unter der unmittelbaren politischen und militärischen Autorität Sr. Kaiserlichen Majestät des Sultans, jedoch mit administrativer Autonomie, verbleiben wird. Sie wird einen christlichen General-Gouverneur erhalten.

Art. 14. Ost-Rumelien wird im Norden und Nordwesten durch Bulgarien begrenzt und umfaßt die in folgender Linie eingeschlossenen Gebiete:

Von dem Schwarzen Meere ausgehend, steigt die Grenzlinie von der Mündung des Baches, in dessen Nähe die Dörfer Hodzaköj, Selam Kiöj, Aivadžik, Kulibe, Sudzuluk liegen, den Thalweg desselben hinauf, durchschneidet quer das Thal des Deli Kamcik, geht südlich an Belibe und Kemhalik und nördlich an Hadzimahale vorbei, nachdem sie den Deli Kamzik 2½ Kilometer oberhalb Čengei überschritten hat, erreicht den Kamm an einem zwischen Tekenlik und Aidos-Bredza gelegenen Punkte und folgt demselben über den Karnabad Balkan, Prisevica Balkan, Kazan Balkan nördlich von Kotel bis zum Demir Kapu. Er geht durch die Hauptkette des großen Balkans weiter, welchem sie in seiner ganzen Ausdehnung bis zum Gipfel von Kosica folgt.

An diesem Punkte verläßt die Westgrenze von Rumelien den Kamm des Balkans, geht in südlicher Richtung zwischen den Dörfern Pirtop und Dušanci, von welchen das erstere Bulgarien, das andere Ost-Rumelien zufällt, bis zum Bache Tuzlu Dere hinab, folgt diesem Wasserlauf bis zu dessen Vereinigung mit der Topolnica, sodann diesem Flusse bis zu dessen Zusammenfluß mit dem Smovskio Dere beim Dorfe Petricevo, wobei sie bei Ost-Rumelien einen Rand von zwei Kilometer Umfang flußaufwärts dieses Zusammenflusses beläßt, steigt zwischen den Bächen Smovskio Dere und der Kamenica auf der Wasserscheidelinie hinauf, um sich nach Südwesten auf die Höhe von Voinjak zu wenden und geradenwegs den Punkt 875 der österreichischen Generalstabskarte zu erreichen.

Die Grenzlinie scheidet in gerader Richtung das obere Becken des Baches

Ichtiman Dere, geht zwischen Bogdina und Karaula hindurch, um auf die die Becken des Isker und der Marica trennende Wasserscheidelinie zwischen Camurli und Hadzilar zu gelangen, folgt dieser Linie zwischen den Gipfeln Velina Mogila, dem Sattel 531, Zmailica Vrh, Sumnatica und erreicht die Verwaltungsgrenze des Sandjak von Sofia zwischen Sivri Tas und Cadir Tepe.

Die Grenze Rumeliens trennt sich von derjenigen Bulgariens auf dem Berge Cadir Tepe, folgt der Wasserscheidelinie zwischen den Becken der Marica und ihrer Zuflüsse einerseits, und des Mesta Karasu und seiner Zuflüsse andererseits und nimmt eine südöstliche und sodann eine südliche Richtung über den Kamm der Berge Despoto Dagh nach dem Berge Kruschowa zu. (Ausgangspunkt der Linie des Vertrages von San Stefano.)

Vom Berg Kruschowa richtet sich die Grenze nach der im Vertrage von San Stefano bestimmten Linie, das heißt der Kette des schwarzen Balkans (Kara Balkan), der Gebirge Kulaghy-Dagh, Eschek-Tschepellü, Karakolas und Ischiklar, von wo sie geradenwegs nach Südost hinabgeht, um den Fluß Arda zu erreichen, dessen Thalwege sie bis zu einem bei dem Dorfe Adacali gelegenen Punkte folgt. Letzteres Dorf verbleibt bei der Türkei.

Von diesem Punkte steigt die Grenzscheide auf den Kamm des Bestepe Dagh hinauf, welchem sie folgt, um sodann herabzugehen und die Maritza an einem 5 Kilometer oberhalb der Brücke von Mustafa Pascha gelegenen Punkte zu überschreiten; sie wendet sich sodann gegen Norden über die Wasserscheidelinie zwischen Demirhanli Dere und den kleinen Zuflüssen der Maritza bis Küdeler Bair, von wo sie eine östliche Richtung auf Sakar Bair nimmt; von dort überschreitet sie das Thal der Tundza, nach Büjük Derbend zu, welches sie nebst Soudzak nördlich läßt. Von Büjük Derbend aus schließt sich die Grenze wieder an die Wasserscheidelinie zwischen den Zuflüssen der Tundza im Norden und denen der Maritza im Süden bis auf die Höhe von Kaibilar an, welche letztere bei Ost-Rumelien verbleibt, geht südlich von V. Almali zwischen den Becken der Maritza im Süden und verschiedenen Wasserläufen, welche sich unmittelbar in das Schwarze Meer ergießen, zwischen den Dörfern Belevrin und Alatli hindurch; sie folgt nördlich von Karanlik den Kämmen Vosna und Zuvak, der Wasserscheidelinie zwischen der Duka und dem Karagac-Su und erreicht das Schwarze Meer zwischen den beiden eben genannten Flüssen.

Art. 15. Se. Majestät der Sultan soll das Recht haben, für die Vertheidigung der Land- und Seegrenzen dieser Provinz durch Errichtung von Befestigungen auf diesen Grenzen und Unterhaltung von Truppen daselbst Sorge zu tragen.

Die innere Ordnung in Ost-Rumelien wird durch eine, von einer Ortsmiliz unterstützte Gendarmerie aufrecht erhalten.

Bezüglich der Zusammensetzung dieser beiden Korps, deren Offiziere vom Sultan ernannt werden, soll, je nach der Oertlichkeit, der Religion der Einwohner Rechnung getragen werden.

Se. Kaiserliche Majestät der Sultan verpflichtet sich, irreguläre Truppen, wie Baschibozuks und Tscherkessen in den Grenzgarnisonen nicht zu verwenden. Die zu diesem Dienste bestimmten regulären Truppen dürfen in keinem Falle bei den Einwohnern einquartiert werden. Bei einem Durchmarsche durch die Provinz dürfen sie keinen Aufenthalt daselbst nehmen.

Art. 16. Der General-Gouverneur soll das Recht haben, die ottomanischen Truppen herbeizurufen in denjenigen Fällen, in welchen die innere oder äußere Sicherheit der Provinz bedroht sein sollte. Die Hohe Pforte hat in dem vorgesehenen Falle den Vertretern der Mächte zu Konstantinopel von dieser Maßregel sowie von den Umständen, welche dieselben rechtfertigen, Kenntniß zu geben.

Art. 17. Der General-Gouverneur von Ost-Rumelien wird auf die Dauer von fünf Jahren von der Hohen Pforte mit Zustimmung der Mächte ernannt werden.

Art. 18. Unmittelbar nach dem Austausche der Ratifikations-Urkunden zu dem gegenwärtigen Vertrage soll eine europäische Kommission gebildet werden, um in Uebereinstimmung mit der Ottomanischen Pforte die Organisation von Ost-Rumelien auszuarbeiten. Diese Kommission hat in einer Frist von drei Monaten die Befugnisse und Machtvollkommenheiten des General-Gouverneurs, sowie das Verwaltungs-, Gerichts- und Finanzwesen der Provinz festzustellen. Sie hat hierbei zum Ausgangspunkt die verschiedenen Gesetze über die Vilayets und die in der achten Sitzung der Konferenz von Konstantinopel gemachten Vorschläge zu nehmen.

Die Gesammtheit der für Ost-Rumelien beschlossenen Bestimmungen wird den Gegenstand eines Kaiserlichen Firmans bilden, welchen die Hohe Pforte veröffentlichen und den Mächten mittheilen wird.

Art. 19. Die europäische Kommission hat im Einverständniß mit der Hohen Pforte die Finanzen der Provinz bis zur Vollendung der neuen Organisation zu verwalten.

Art. 20. Die zwischen der Pforte und den fremden Mächten geschlossenen oder noch zu schließenden internationalen Verträge, Uebereinkommen und Abmachungen, von welcher Art sie auch sein mögen, sollen in Ost-Rumelien wie im ganzen Ottomanischen Reich anwendbar sein. Die den Ausländern zustehenden Immunitäten und Privilegien, welches auch ihre Bedeutung sei, sollen in dieser Provinz aufrecht erhalten bleiben. Die Hohe Pforte verpflichtet sich, daselbst die allgemeinen Reichsgesetze über die religiöse Freiheit zu gunsten aller Kulte beobachten zu lassen.

Art. 21. Die Rechte und Pflichten der Hohen Pforte bezüglich der Eisenbahnen in Ost-Rumelien werden in ihrer Gesammtheit aufrecht erhalten.

Art. 22. Die Effektivstärke der russischen Besatzungstruppen in Bulgarien und Ost-Rumelien wird aus sechs Infanterie- und zwei Kavallerie-Divisionen bestehen und soll die Zahl von 50 000 Mann nicht übersteigen. Die Unterhaltung derselben erfolgt auf Kosten des besetzten Landes. Die Besatzungstruppen behalten ihre Verbindungen mit Rußland nicht blos durch Rumänien gemäß den zwischen beiden Staaten zu treffenden Abmachungen, sondern auch über die Häfen des Schwarzen Meeres, Varna und Burgas, woselbst sie während der Dauer der Besetzung die nöthigen Depots errichten dürfen.

Die Dauer der Besetzung von Ost-Rumelien und Bulgarien wird auf neun Monate, vom Tage der Auswechselung der Ratifikations-Urkunden zu dem gegenwärtigen Vertrage ab gerechnet, festgesetzt.

Die Kaiserlich russische Regierung verpflichtet sich, in einer weiteren Frist von drei Monaten den Durchmarsch ihrer Truppen durch Rumänien und die vollständige Räumung dieses Fürstenthums zu beendigen.

Art. 23. Die Hohe Pforte verpflichtet sich, auf der Insel Kreta das organische Reglement von 1868 gewissenhaft zur Anwendung zu bringen und dabei die etwa billig erscheinenden Abänderungen zu treffen.

Analoge, den örtlichen Bedürfnissen anzupassende Bestimmungen sollen, ausgenommen bezüglich der Kreta gewährten Abgabenfreiheit, gleicherweise in denjenigen übrigen Theilen der europäischen Türkei eingeführt werden, für welche eine besondere Organisation durch den gegenwärtigen Vertrag nicht vorgesehen ist.

Die Hohe Pforte wird besondere Kommissionen, innerhalb deren das eingeborene Element zahlreich vertreten sein soll, zu dem Zwecke ernennen, um die neuen Reglements im Einzelnen in jeder Provinz auszuarbeiten.

Die aus diesen Arbeiten hervorgehenden Organisationsentwürfe sind der Prüfung der Hohen Pforte zu unterbreiten; diese wird vor Erlaß der Verordnungen, welche dieselben in Kraft zu setzen bestimmt sind, das Gutachten der für Ost-Rumelien eingesetzten europäischen Kommission einholen.

Art. 24. Für den Fall, daß es der Hohen Pforte und Griechenland nicht gelingen sollte, sich über die im dreizehnten Protokolle des Berliner Kongresses

angegebene Grenzberichtigung zu verständigen, behalten sich Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Frankreich, Großbritannien, Italien und Rußland vor, beiden Theilen ihre Vermittelung zur Förderung der Verhandlungen anzubieten.

Art. 25. Die Provinzen Bosnien und Herzegowina werden von Oesterreich-Ungarn besetzt und verwaltet werden. Da die österreichisch-ungarische Regierung nicht den Wunsch hegt, die Verwaltung des Sandjaks von Novibazar zu übernehmen, welches sich zwischen Serbien und Montenegro in südöstlicher Richtung bis jenseits Mitrovitza erstreckt, so wird die ottomanische Verwaltung daselbst fortgeführt werden. Um jedoch sowohl den Bestand der neuen politischen Ordnung, als auch die Freiheit und die Sicherheit der Verkehrswege zu wahren, behält sich Oesterreich-Ungarn das Recht vor, im ganzen Umfange dieses Theils des alten Vilajets von Bosnien Garnisonen zu halten und Militär- und Handelsstraßen zu besitzen.

In dieser Beziehung behalten sich die österreichisch-ungarische und die türkische Regierung die Verständigung im Einzelnen vor.

Art. 26. Die Unabhängigkeit Montenegros wird von der Hohen Pforte und von allen denjenigen der Hohen vertragschließenden Theile anerkannt, welche dieselbe noch nicht zugestanden hatten.

Art. 27. Die Hohen vertragschließenden Theile sind über die folgenden Bedingungen einverstanden:

In Montenegro darf der Unterschied des religiösen Glaubens und der Bekenntnisse Niemandem gegenüber geltend gemacht werden als ein Grund der Ausschließung oder der Unfähigkeit bezüglich des Genusses der bürgerlichen und politischen Rechte, der Zulassung zu öffentlichen Diensten, Aemtern und Ehren, oder der Ausübung der verschiedenen Berufs- und Gewerbszweige, an welchem Orte es auch sei. Die Freiheit und die öffentliche Ausübung aller Kulte werden allen Angehörigen Montenegros sowie den Ausländern zugesichert, und es darf weder der hierarchischen Organisation der verschiedenen Religionsgemeinschaften noch den Beziehungen derselben zu ihren geistlichen Oberen ein Hinderniß entgegengestellt werden.

Art. 28. Die neuen Grenzen Montenegros werden festgestellt wie folgt:

Der Grenzzug, bei Ilinobrdo nördlich von Klobuk beginnend, geht abwärts zur Trebinjcica nach Grancarevo zu, welches bei der Herzegowina verbleibt, folgt dann dem Laufe dieses Flusses aufwärts bis zu einem, einen Kilometer abwärts von der Einmündung der Cepelica belegenen Punkte und erreicht von dort aus auf der kürzesten Linie die Höhen an den Ufern der Trebinjcica. Danach wendet sie sich gegen Pilatova hin, dieses Dorf bei Montenegro belassend, geht sodann weiter über die Höhen in nördlicher Richtung, wobei sie sich thunlichst in einer Entfernung von sechs Kilometern von der Straße Bilek — Korito — Gacko hält, bis zu dem zwischen der Somina — Planina und dem Berge Curilo belegenen Sattel und wendet sich von dort aus nach Osten bei Vratkovici vorbei, dieses Dorf bei der Herzegowina belassend, bis zum Berge Orline. Von diesem Punkte geht die Grenze — Ravno bei Montenegro belassend — geradezu nach Nord-Nord-Ost, überschreitet die Gipfel des Lebercnik und des Volujak, steigt darauf auf der kürzesten Linie zur Piva hinab, überschreitet dieselbe und erreicht zwischen Crkvica und Nedvina hindurchgehend die Tara. Von diesem Punkte ab geht sie die Tara aufwärts bis nach Mojkovac, von wo aus sie dem Kamme der Vorberge bis nach Siskojezero folgt. Von dieser Oertlichkeit ab schließt sie sich der alten Grenze an bis zu dem Dorfe Sekulare. Von dort aus nimmt die neue Grenze ihre Richtung über die Kämme der Mokra Planina, das Dorf Mokra bei Montenegro belassend, und erreicht sodann den Punkt 2166 der österreichischen Generalstabskarte, indem sie der Hauptkette und der Wasserscheidelinie zwischen dem Lim einerseits und dem Drin und der Cievna (Zem) andererseits folgt.

Darauf schließt sie sich den zwischen dem Stamme der Kuci-Drekalovici einerseits und der Kucka-Krajna sowie den Stämmen der Klementi und Grudi

andererseits gegenwärtig bestehenden Grenzen an bis zu der Ebene von Podgorica, und wendet sich von dort aus nach Plavnica zu, die Stämme der Klementi, Grudi und Hoti bei Albanien belassend.

Von dort aus durchschneidet die neue Grenze den See bei dem Inselchen Gorica-Topal, geht von Gorica-Topal aus geradenwegs bis zu den Höhen des Kammes, folgt von dort aus der Wasserscheidelinie zwischen Megured und Kalimed, Mrkovic bei Montenegro belassend, und erreicht das Adriatische Meer bei V. Kruci.

Im Nordwesten wird der Grenzzug durch eine Linie gebildet werden, welche von der Küste zwischen den Dörfern Susana und Zubci hindurchgeht und an der äußersten südöstlichen Spitze der gegenwärtigen Grenze von Montenegro auf der Vrsuta-Planina endet.

Art. 29. Antivari und sein Küstenland werden unter folgenden Bedingungen zu Montenegro geschlagen:

Die südlich von diesem Gebiete belegenen Gegenden, nach der im Vorstehenden bestimmten Abgrenzung, bis zur Bojana, Dulcinjo mit einbegriffen, sollen der Türkei zurückgegeben werden.

Der Gemeindebezirk Spica bis zur nördlichen Grenze des in der ausführlichen Beschreibung der Grenzen angegebenen Gebietes wird Dalmatien einverleibt.

Es soll für Montenegro volle und gänzliche Freiheit der Schiffahrt auf der Bojana bestehen. Befestigungen dürfen am Laufe dieses Flusses nicht angelegt werden, mit Ausnahme der für die örtliche Vertheidigung des Platzes Scutari etwa nothwendigen, welche sich nicht weiter als in einer Entfernung von sechs Kilometer von dieser Stadt ausdehnen dürfen.

Montenegro darf weder Kriegsschiffe besitzen, noch eine Kriegsflagge führen.

Der Hafen von Antivari und alle zu Montenegro gehörigen Gewässer sollen den Kriegsschiffen aller Nationen verschlossen bleiben.

Die zwischen dem See und dem Küstenlande auf dem montenegrinischen Gebiete belegenen Befestigungen sollen geschleift werden, und es dürfen neue in diesem Bezirke nicht errichtet werden.

Die See- und Gesundheitspolizei wird sowohl in Antivari als auch längs der Küste Montenegros von Oesterreich-Ungarn vermittelst leichter Küstenwachtschiffe ausgeübt werden.

Montenegro hat die in Dalmatien in Kraft befindliche See-Gesetzgebung anzunehmen. Oesterreich-Ungarn verpflichtet sich seinerseits, der montenegrinischen Handelsflagge seinen konsularischen Schutz zu gewähren.

Montenegro muß sich mit Oesterreich-Ungarn über das Recht verständigen, durch das neue montenegrinische Gebiet hindurch eine Straße und eine Eisenbahn anzulegen und zu unterhalten.

Es wird vollständige Freiheit des Verkehrs auf diesen Straßen zugesichert.

Art. 30. Muselmänner oder Andere, welche Grundeigenthum in den zu Montenegro geschlagenen Gebieten besitzen und ihren Aufenthalt außerhalb des Fürstenthums zu nehmen wünschen, können ihr unbewegliches Eigenthum behalten, indem sie dasselbe verpachten oder durch Dritte verwalten lassen.

Gegen Niemand darf eine Enteignung stattfinden, außer im gesetzlichen Wege aus Gründen des öffentlichen Wohls und gegen eine vorgängige Entschädigung.

Eine türkisch-montenegrinische Kommission hat innerhalb einer Frist von drei Jahren alle Angelegenheiten zu regeln, welche Bezug haben auf die Art der Veräußerung, der Benutzung und des Gebrauches der Staatsgüter und frommen Stiftungen (Vakufs) für Rechnung der Hohen Pforte, desgleichen die Fragen, welche die etwa hierbei berührten Interessen von Privaten betreffen sollten.

Art. 31. Das Fürstenthum Montenegro wird sich mit der Ottomanischen Pforte unmittelbar über die Bestellung montenegrinischer Vertreter in Konstantinopel und an bestimmten Orten des Ottomanischen Reichs, wo ein entsprechendes Bedürfniß anerkannt werden wird, verständigen.

Die in dem Ottomanischen Reiche reisenden oder sich aufhaltenden Montenegriner sollen den ottomanischen Gesetzen und Behörden unterworfen sein nach Maßgabe der allgemeinen Grundsätze des internationalen Rechts und der bezüglich der Montenegriner bestehenden Gebräuche.

Art. 32. Die Truppen Montenegros haben innerhalb einer Frist von zwanzig Tagen, von der Auswechselung der Ratifikations-Urkunden zu dem gegenwärtigen Vertrage ab gerechnet oder, wenn thunlich, früher, das Gebiet, welches sie in diesem Augenblick außerhalb der neuen Grenzen des Fürstenthums besetzt halten, zu räumen.

Die ottomanischen Truppen sollen die an Montenegro abgetretenen Gebiete innerhalb desselben Zeitraums von zwanzig Tagen räumen. Doch wird denselben eine weitere Frist von zwei Wochen gewährt, sowohl um die festen Plätze zu räumen und um die Vorräthe und das Kriegsmaterial aus denselben wegzuschaffen, als auch um das Inventar derjenigen Geräthschaften und sonstigen Gegenstände, welche nicht sogleich entfernt werden können, aufzunehmen.

Art. 33. Da Montenegro einen Theil der öffentlichen ottomanischen Schuld für die neuen Gebiete, welche ihm durch den Friedensvertrag zugetheilt worden sind, zu tragen hat, so werden die Vertreter der Mächte zu Konstantinopel den betreffenden Betrag im Einverständniß mit der Hohen Pforte auf einer billigen Grundlage festsetzen.

Art. 34. Die Hohen vertragschließenden Theile erkennen die Unabhängigkeit des Fürstenthums Serbien an, indem sie dieselbe an die in dem folgenden Artikel aufgeführten Bedingungen knüpfen.

Art. 35. In Serbien darf der Unterschied des religiösen Glaubens und der Bekenntnisse Niemandem gegenüber geltend gemacht werden als ein Grund der Ausschließung oder der Unfähigkeit bezüglich des Genusses der bürgerlichen und politischen Rechte, der Zulassung zu den öffentlichen Diensten, Aemtern und Ehren oder der Ausübung der verschiedenen Berufs- und Gewerbszweige, an welchem Orte es auch sei.

Die Freiheit und die öffentliche Ausübung aller Kulte werden allen Angehörigen Serbiens sowie den Ausländern zugesichert, und es darf weder der hierarchischen Organisation der verschiedenen Religionsgemeinschaften noch den Beziehungen derselben zu ihren geistlichen Oberen ein Hinderniß entgegengestellt werden.

Art. 36. Serbien erhält die in der hier folgenden Abgrenzung eingeschlossenen Gebiete:

Die neue Grenze folgt der gegenwärtigen Grenzlinie, indem sie den Thalweg der Drina von deren Zusammenfluß mit der Save ab aufwärts steigt, wobei Mali Zwornik und Sakhar bei dem Fürstenthum verbleiben, und geht dann bis zum Kopaonik die alte Grenze Serbiens entlang, von welcher sie sich auf dem Gipfel des Kanilug trennt. Von dort folgt sie zunächst der westlichen Grenze des Sandjaks von Nisch über die südlichen Vorberge des Kopaonik und über die Kämme der Marica und Mrdar Planina, welche die Wasserscheidelinie zwischen den Becken des Ibar und der Situica einerseits und dem der Toplica andererseits bilden, wobei Prepolac bei der Türkei belassen wird.

Sie wendet sich sodann nach Süden hin auf der Wasserscheidelinie zwischen der Brvenica und der Medvedja, das ganze Becken der Medvedja bei Serbien belassend, und folgt dem Kamme der Goljak Planina (welcher die Wasserscheide zwischen der Kriva Rjeka einerseits und der Poljanica, der Veternica und der Morawa andererseits bildet) bis zum Gipfel der Poljanica. Darauf nimmt sie ihre Richtung über die Vorberge der Karpina Planina bis zum Zusammenfluß der Koinska mit der Morawa, überschreitet diesen Fluß und geht auf der Wasserscheidelinie zwischen dem Bache Koinska und dem in der Nähe von Neradovce in die Morawa mündenden Bache aufwärts, um die Planina Sv. Ilija oberhalb Trgoviste zu erreichen. Von diesem Punkte aus folgt sie dem Kamme der

Sv. Ilija bis zum Berge Kljuc, geht über die auf der Karte mit 1516 und 1547 bezeichneten Punkte und die Babina Gora und endet bei dem Berge Crni Vrh.

Von dem Berge Crni Vrh ab fällt die neue Abgrenzung zusammen mit der von Bulgarien, das heißt:

Die Grenzlinie folgt der Wasserscheidelinie zwischen der Struma und der Morawa über die Gipfel des Streser, Vilogolo und Mesid Planina, erreicht über die Gacina, Crna Trava, Darkosvka und Drainica plan, sodann über den Descani Kladanec, die Wasserscheidelinie der hohen Sukowa und der Morawa, geht geradenwegs auf den Stol und steigt von demselben hinab, um 1000 Meter nordwestlich von dem Dorfe Segusa die Straße von Sofia nach Pirot zu schneiden. Sie geht in gerader Linie wieder auf die Vidlic Planina hinauf und von dort auf den Berg Radocina in der Kette des Kodza Balkan, indem sie bei Serbien das Dorf Doikinci und bei Bulgarien das Dorf Senakos beläßt.

Vom Gipfel des Berges Radocina folgt die Grenze nach Nordwesten zu dem Kamme des Balkans über Ciprovec Balkan und Stara Planina bis zur alten Ostgrenze des Fürstenthums Serbien bei der Kula Smiljova Cuka und von dort dieser alten Grenze bis zur Donau, welche sie in Rakowitza erreicht.

Art. 37. Bis zu dem Zustandekommen neuer Abmachungen darf in Serbien an den gegenwärtigen Bedingungen der Handelsbeziehungen des Fürstenthums zu den fremden Ländern nichts geändert werden.

Kein Durchgangszoll darf von den Waaren, welche durch Serbien hindurchgehen, erhoben werden.

Die Immunitäten und Privilegien der fremden Unterthanen, sowie auch die konsularischen Gerichtsbarkeits- und Schutzrechte, wie solche heute bestehen, sollen in voller Kraft bleiben, so lange sie nicht im gemeinsamen Einverständniß zwischen dem Fürstenthum und den betheiligten Mächten abgeändert werden.

Art. 38. Das Fürstenthum Serbien tritt für seinen Theil an Stelle der Hohen Pforte in die Verpflichtungen ein, welche dieselbe sowohl gegenüber Oesterreich-Ungarn, als auch gegenüber der Gesellschaft zum Betriebe der Eisenbahnen der europäischen Türkei bezüglich des Ausbaues, des Anschlusses sowie des Betriebes der auf dem neu erworbenen Gebiete des Fürstenthums anzulegenden Eisenbahnen eingegangen ist.

Die zur Regelung dieser Fragen nothwendigen Uebereinkommen werden unmittelbar nach der Unterzeichnung des gegenwärtigen Vertrages zwischen Oesterreich-Ungarn, der Pforte, Serbien und, innerhalb der Grenzen seiner Zuständigkeit, dem Fürstenthum Bulgarien abgeschlossen werden.

Art. 39. Muselmänner, welche Grundbeigenthum in den zu Serbien geschlagenen Gebieten besitzen und ihren Aufenthalt außerhalb des Fürstenthums zu nehmen wünschen, können ihr unbewegliches Eigenthum in demselben behalten, indem sie es verpachten oder durch Dritte verwalten lassen.

Eine türkisch-serbische Kommission hat innerhalb einer Frist von drei Jahren alle Angelegenheiten zu regeln, welche Bezug haben auf die Art der Veräußerung, der Benutzung und des Gebrauchs der Staatsgüter und frommen Stiftungen (Vakufs) für Rechnung der Hohen Pforte, desgleichen die Fragen, welche die etwa hierbei berührten Interessen von Privaten betreffen sollten.

Art. 40. Bis zum Abschluß eines Vertrages zwischen der Türkei und Serbien sollen die serbischen Unterthanen, welche in dem Ottomanischen Reich reisen oder sich aufhalten, nach den allgemeinen Grundsätzen des internationalen Rechts behandelt werden.

Art. 41. Die serbischen Truppen haben innerhalb einer Frist von zwei Wochen, von der Auswechselung der Ratifikations-Urkunden zu dem gegenwärtigen Vertrage ab gerechnet, das Gebiet zu räumen, welches in die neuen Grenzen des Fürstenthums nicht einbezogen ist.

Die ottomanischen Truppen sollen die von Serbien abgetretenen Gebiete innerhalb desselben Zeitraums von zwei Wochen räumen. Doch wird denselben

eine weitere Frist von einer gleichen Anzahl Tage gewährt, sowohl um die festen Plätze zu räumen und um die Vorräthe und das Kriegsmaterial aus denselben wegzuschaffen, als auch um das Inventar derjenigen Geräthschaften und sonstigen Gegenstände, welche nicht sogleich entfernt werden können, aufzunehmen.

Art. 42. Da Serbien einen Theil der öffentlichen ottomanischen Schuld für die neuen Gebiete, welche ihm durch den gegenwärtigen Vertrag zugetheilt worden sind, zu tragen hat, so werden die Vertreter zu Konstantinopel den entsprechenden Betrag im Einverständniß mit der Hohen Pforte auf einer billigen Grundlage festsetzen.

Art. 43. Die Hohen vertragschließenden Theile erkennen die Unabhängigkeit Rumäniens an, indem sie dieselbe an die in den beiden folgenden Artikeln aufgeführten Bedingungen knüpfen.

Art. 44. In Rumänien darf der Unterschied des religiösen Glaubens und der Bekenntnisse Niemandem gegenüber geltend gemacht werden als ein Grund der Ausschließung oder der Unfähigkeit bezüglich des Genusses der bürgerlichen und politischen Rechte, der Zulassung zu öffentlichen Diensten, Aemtern und Ehren oder der Ausübung der verschiedenen Berufs- und Gewerbszweige, an welchem Orte es auch sei.

Die Freiheit und die öffentliche Ausübung aller Kulte werden allen Angehörigen des Rumänischen Staats sowie den Ausländern zugesichert, und es darf weder der hierarchischen Organisation der verschiedenen Religionsgemeinschaften noch den Beziehungen derselben zu ihren geistlichen Oberen ein Hinderniß entgegengestellt werden.

Die Angehörigen aller Mächte, die Handeltreibenden sowohl als die übrigen, sollen in Rumänien ohne Unterschied der Religion auf dem Fuße vollkommener Gleichstellung behandelt werden.

Art. 45. Das Fürstenthum Rumänien tritt an Se. Majestät den Kaiser von Rußland denjenigen Theil des in Folge des Pariser Vertrages von 1856 von Rußland losgelösten Gebietes von Bessarabien wieder ab, welcher im Westen durch den Thalweg des Pruths, im Süden durch den Thalweg des Kilia-Armes und die Mündung von Stary-Stambul begrenzt wird.

Art. 46. Die das Donau-Delta bildenden Inseln sowie die Schlangeninsel, das Sandjak von Tultscha, welches die Bezirke (Cazas) von Kilia, Sulina Mahmudié, Isaktscha, Tultscha, Matschin, Babadagh, Hirsovo, Kustendje, Medjidié umfaßt, werden mit Rumänien vereinigt. Das Fürstenthum erhält außerdem das im Süden der Dobrutscha belegene Gebiet bis zu einer Linie, welche ihren Ausgangspunkt im Osten von Silistria nimmt und am Schwarzen Meere im Süden von Mangalia endet.

Der Grenzzug wird an Ort und Stelle durch die für die Abgrenzung Bulgariens eingesetzte europäische Kommission festgestellt werden.

Art. 47. Die Frage der Theilung des Stromgebiets und der Fischerei wird der Entscheidung der europäischen Donau-Kommission unterworfen werden.

Art. 48. Kein Durchgangszoll darf in Rumänien von den Waaren, welche durch das Fürstenthum hindurchgehen, erhoben werden.

Art. 49. Von Seiten Rumäniens können Abkommen getroffen werden, um die Privilegien und Befugnisse der Konsuln bezüglich der Schutzgewährung in dem Fürstenthume zu regeln. Die bestehenden Rechte sollen in Kraft bleiben, so lange sie nicht im gemeinsamen Einverständniß zwischen dem Fürstenthum und den dazu berufenen Betheiligten abgeändert werden.

Art. 50. Bis zu dem Abschlusse eines die Privilegien und Befugnisse der Konsuln regelnden Vertrages zwischen der Türkei und Rumänien sollen die in dem Ottomanischen Reich reisenden oder sich aufhaltenden rumänischen Unterthanen und die in Rumänien reisenden oder sich aufhaltenden ottomanischen Unterthanen

die Rechte genießen, welche den Unterthanen der anderen europäischen Mächte verbürgt sind.

Art. 51. Was die Unternehmungen von öffentlichen und anderen gleichartigen Arbeiten anbetrifft, so tritt Rumänien für das ganze ihm abgetretene Gebiet an Stelle der Hohen Pforte in deren Rechte und Pflichten ein.

Art. 52. Um die Sicherheiten zu verstärken, welche für die als im europäischen Interesse liegend anerkannte Freiheit der Schifffahrt auf der Donau bestellt sind, bestimmen die Hohen vertragschließenden Theile, daß alle Festungen und Befestigungen, welche sich an dem Laufe des Flusses von dem Eisernen Thore ab bis zu seinen Mündungen befinden, geschleift und neue nicht angelegt werden sollen. Kein Kriegsschiff darf die Donau abwärts des Eisernen Thores mit Ausnahme der leichten, für die Flußpolizei und den Zolldienst bestimmten Fahrzeuge gehen. Die Stationsschiffe der Mächte an den Donaumündungen dürfen jedoch bis nach Galatz hinaufgehen.

Art. 53. Die europäische Donau-Kommission, in welcher Rumänien vertreten sein soll, bleibt in ihrer Thätigkeit bestehen und wird solche von jetzt ab bis nach Galatz hinauf in vollständiger Unabhängigkeit von der Landesgewalt ausüben. Alle Verträge, Abkommen, Verfügungen und Entscheidungen bezüglich ihrer Rechte, Privilegien, Prärogative und Verpflichtungen werden bestätigt.

Art. 54. Ein Jahr vor dem Ablauf der für die Dauer der europäischen Kommission festgesetzten Frist werden die Mächte sich über die Verlängerung der Befugnisse derselben beziehungsweise über die Abänderungen, deren Einführung sie für nothwendig halten sollten, in Einvernehmen setzen.

Art. 55. Die Reglements für die Schifffahrt, die Flußpolizei und die Aufsichtsführung vom Eisernen Thore ab bis nach Galatz werden von der europäischen Kommission, unter Zuziehung von Bevollmächtigten der Uferstaaten, ausgearbeitet und mit denjenigen in Uebereinstimmung gesetzt werden, welche für den Lauf abwärts von Galatz erlassen sind oder künftig erlassen werden sollten.

Art. 56. Die europäische Donau-Kommission wird, um die Unterhaltung des Leuchtthurms auf der Schlangeninsel zu sichern, sich mit wem Rechtens verständigen.

Art. 57. Die Ausführung derjenigen Arbeiten, welche bestimmt sind, die durch das Eiserne Thor und die Stromschnellen der Schiffahrt bereiteten Hindernisse zu beseitigen, wird Oesterreich-Ungarn anvertraut. Die Uferstaaten an dieser Strecke des Flusses werden alle Erleichterungen gewähren, welche im Interesse der Arbeiten in Anspruch genommen werden sollten.

Die in dem Artikel VI des Londoner Vertrages vom 13. März 1871 getroffenen Bestimmungen bezüglich des Rechtes auf Erhebung einer provisorischen Abgabe zur Deckung der Kosten dieser Arbeiten werden zu Gunsten Oesterreich-Ungarns aufrecht erhalten.

Art. 58. Die Hohe Pforte tritt an das Russische Reich in Asien die Gebiete von Ardahan, Kars und Batum einschließlich des letztgenannten Hafens, sowie alle zwischen der alten russisch-türkischen Grenze und dem folgenden Grenzzuge einbegriffenen Gebiete ab.

Die neue Grenze geht von dem Schwarzen Meere aus in Uebereinstimmung mit der durch den Vertrag von San Stefano bestimmten Linie bis zu einem Punkte im Nordwesten von Khorda und im Süden von Artwin, verlängert sich dann in gerader Linie bis zu dem Flusse Tschoruth, überschreitet diesen Fluß und geht östlich von Aschmichen vorbei in gerader Linie nach Süden zu, um die in dem Vertrage von San Stefano angegebene russische Grenze bei einem Punkte südlich von Nariman wieder zu erreichen, wobei sie die Stadt Olti bei Rußland beläßt. Von dem angegebenen Punkte bei Nariman wendet sich die Grenze nach Osten, geht bei Tebreuec vorbei, welches bei Rußland verbleibt und setzt sich bis zum Pennek Tschaï fort.

Sie folgt diesem Flusse bis nach Barduz und nimmt darauf ihre Richtung nach Süden, Barduz und Jönikioy bei Rußland belassend. Von einem Punkte westlich von dem Dorfe Karaugan wendet sich die Grenze nach Medjingert hin, geht weiter in gerader Linie auf den Gipfel des Gebirges Kassabagh zu und folgt der Wasserscheidelinie zwischen den Zuflüssen des Araxes im Norden und denen des Murad Su im Süden bis zu der alten Grenze Rußlands.

Art. 59. Se. Majestät der Kaiser von Rußland erklärt, daß es Seine Absicht ist, Batum zu einem wesentlich für den Handel bestimmten Freihafen zu machen.

Art. 60. Das Thal von Alaschkerd und die Stadt Bayazid, welche durch den Artikel XIX des Vertrages von San Stefano an Rußland abgetreten worden sind, fallen an die Türkei zurück.

Die Hohe Pforte tritt an Persien die Stadt und das Gebiet von Khotur ab, sowie dasselbe durch die gemischte englisch-russische Kommission für die Festsetzung der Grenzen zwischen der Türkei und Persien bestimmt worden ist.

Art. 61. Die Hohe Pforte verpflichtet sich, ohne weiteren Zeitverlust die Verbesserungen und Reformen ins Leben zu rufen, welche die örtlichen Bedürfnisse in den von den Armeniern bewohnten Provinzen erfordern, und für die Sicherheit derselben gegen die Tscherkessen und Kurden einzustehen. Sie wird in bestimmten Zeiträumen von den zu diesem Zwecke getroffenen Maßregeln den Mächten, welche die Ausführung derselben überwachen werden, Kenntniß geben.

Art. 62. Nachdem die Hohe Pforte den Entschluß kundgegeben hat, den Grundsatz der religiösen Freiheit aufrecht zu erhalten und demselben die weiteste Ausdehnung zu geben, nehmen die vertragschließenden Theile von dieser freiwilligen Erklärung Akt.

In keinem Theile des Ottomanischen Reichs darf der Unterschied der Religion Jemandem gegenüber geltend gemacht werden als ein Grund der Ausschließung oder der Unfähigkeit bezüglich der Ausübung der bürgerlichen und politischen Rechte, der Zulassung zu den öffentlichen Diensten, Aemtern und Ehren oder der Ausübung der verschiedenen Berufs- und Gewerbszweige.

Jedermann soll, ohne Unterschied der Religion, als Zeuge vor den Gerichten zugelassen werden.

Die Freiheit und die öffentliche Ausübung aller Kulte werden Allen zugesichert, und es darf weder der hierarchischen Organisation der verschiedenen Religionsgemeinschaften, noch den Beziehungen derselben zu ihren geistlichen Oberen ein Hinderniß entgegengestellt werden.

Die in der europäischen oder asiatischen Türkei reisenden Geistlichen, Pilger und Mönche aller Nationalitäten sollen die gleichen Rechte, Vortheile und Privilegien genießen.

Das Recht der amtlichen Schutzgewährung steht den diplomatischen und konsularischen Vertretern der Mächte in der Türkei sowohl bezüglich der vorerwähnten Personen als auch der von denselben zu religiösen, Wohlthätigkeits- und anderen Zwecken an den Heiligen Orten und anderwärts gemachten Anlagen zu.

Die bestehenden Rechte Frankreichs werden ausdrücklich gewahrt, und man ist einverstanden darüber, daß kein Eingriff in den gegenwärtigen Zustand an den Heiligen Orten geschehen soll.

Die Mönche des Berges Athos, aus welchem Lande sie auch immer stammen mögen, sollen in ihren bisherigen Besitzungen und Vorrechten geschützt bleiben und, ohne irgend welche Ausnahme, eine vollständige Gleichheit der Rechte und Prärogative genießen.

Art. 63. Der Pariser Vertrag vom 30. März 1856 sowie der Londoner Vertrag vom 13. März 1871 werden in allen denjenigen ihrer Bestimmungen aufrecht erhalten, welche durch die vorstehenden Vereinbarungen nicht aufgehoben oder abgeändert worden sind.

Art. 64. Der gegenwärtige Vertrag wird ratifizirt werden, und sollen die Ratifikations-Urkunden zu demselben in Berlin in einer Frist von drei Wochen oder, wenn thunlich, früher ausgewechselt werden.

Zur Beglaubigung dessen haben die betreffenden Bevollmächtigten denselben unterzeichnet und den Abdruck ihrer Wappen beigesetzt.

Geschehen zu Berlin am dreizehnten Juli achtzehnhundert acht und siebenzig.

Cypern an England.

Die Convention.

Sir A. H. Layard an den Marquis of Salisbury.

Therapia, 5. Juni 1878.

„Mylord.

Ich habe die Ehre, die Konvention des Defensivbündnisses zwischen England und der Türkei einzuschließen, behufs zukünftiger Sicherung der asiatischen Gebiete des Sultans wider Rußland, welche Konvention gestern im kaiserlichen Palaste von Yeldij durch S. Exc. Safvet Pascha, den türkischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, und durch mich als Ihrer Majestät außerordentlichen Botschafter und Bevollmächtigten unterzeichnet worden ist.

Ich habe u. s. w. (gez.) A. H. Layard."

Einschluß in N. 2.

Konvention des Defensivbündnisses zwischen Großbritannien und der Türkei, unterzeichnet am 4. Juni 1878.

„Ihre Majestät die Königin des vereinigten Königreiches von Großbritannien und Irland, Kaiserin von Indien, und Se. kaiserliche Majestät der Sultan, wechselseitig beseelt von dem aufrichtigen Wunsche, die glücklicherweise zwischen den beiden Reichen bestehenden freundschaftlichen Beziehungen auszudehnen, haben beschlossen, eine Konvention eines Defensivbündnisses zu dem Zwecke abzuschließen, für die Zukunft die asiatischen Gebiete Seiner kaiserlichen Majestät des Sultans zu sichern.

Ihre Majestäten haben deshalb und zu diesem Behufe zu ihren Bevollmächtigten gewählt und ernannt:

Ihre Majestät die Königin des vereinigten Königreiches von Großbritannien und Irland, Kaiserin von Indien, den sehr ehrenwerthen Henry Layard, Ihrer Majestät außerordentlichen Botschafter und bevollmächtigten Minister bei der hohen Pforte;

Und Se. kaiserliche Majestät der Sultan Se. Excellenz Safvet Pascha, Minister der auswärtigen Angelegenheiten Sr. kaiserlichen Majestät, welche nach Austausch ihrer Vollmachten, die in guter und gebührender Ordnung befunden wurden, wegen folgender Artikel übereingekommen sind:

Artikel I.

Daß in dem Falle, wo Batum, Ardahan, Kars oder einer dieser Plätze durch Rußland behalten werden, und falls zu irgend einer Zeit von Rußland der Versuch gemacht würde, sich eines anderen Theils der Gebiete Sr. kaiserlichen Majestät des Sultans in Asien, welche durch den definitiven Friedensvertrag festgesetzt worden, zu bemächtigen, England sich verpflichtet, sich mit Sr. kaiserlichen Majestät zu vereinigen behufs Vertheidigung der fraglichen Gebiete mittelst Waffengewalt.

Dagegen verspricht Se. kaiserliche Majestät der Sultan England die nothwendigen Reformen einzuführen (die später durch die beiden Mächte festgesetzt werden sollen), welche Bezug haben auf die gute Verwaltung und auf die Beschützung der auf den fraglichen Gebieten befindlichen christlichen und anderen

Unterthanen der hohen Pforte, und um England die nothwendigen Mittel behufs Ausführung seiner Verpflichtung zu sichern, willigt Se. kaiserliche Majestät der Sultan außerdem ein, die Insel Cypern zu übertragen, um durch jenes besetzt und verwaltet zu werden.

Artikel II.

Die gegenwärtige Konvention wird ratifizirt und der Austausch der Ratifikationen findet statt innerhalb eines Monats, aber, falls es möglich ist, früher. Zur Beglaubigung haben die beiderseitigen Bevollmächtigten die gegenwärtige Konvention unterzeichnet, indem sie ihr Siegel beifügten.

Konstantinopel, den vierten Juni 1878.

(L. S.) A. H. Layard.
(L. S.) Safvet."

Erläuternde Depesche.

Der Marquis of Salisbury an Mr. Layard.

Auswärtiges Amt, 30. Mai 1878.

„Sir!

Der Fortschritt der vertraulichen Unterhandlungen, welche seit einiger Zeit zwischen Ihrer Maj. Regierung und der Regierung Rußlands stattgefunden haben, machen es wahrscheinlich, daß jene Artikel des Vertrags von San Stefano, welche die europäische Türkei betreffen, in hinreichender Weise werden abgeändert werden, um dieselben in Einklang mit den Interessen der übrigen europäischen Mächte und Englands im besonderen zu bringen.

Es ist jedoch keine solche Aussicht mit Bezug auf denjenigen Theil des Vertrags vorhanden, der die asiatische Türkei betrifft. Es ist hinreichend offenkundig, daß bezüglich Batums und der Festungen nördlich vom Araxes die russische Regierung nicht bereit ist, von den Abmachungen zurückzutreten, zu denen die Pforte durch die kriegerischen Ereignisse beizustimmen veranlaßt worden ist. Ihrer Majestät Regierung war deshalb gezwungen, die Wirkung in Betracht zu ziehen, welche diese Abmachungen, falls sie weder annullirt werden, noch ihnen ein Gegengewicht geboten wird, auf die Zukunft der asiatischen Provinzen des ottomanischen Reiches und die durch den Zustand jener Provinzen nahe berührten Interessen Englands haben werden.

Ihrer Majestät Regierung kann auf diese Veränderungen unmöglich mit Gleichgültigkeit hinblicken.

Selbst, wenn es gewiß wäre, daß Batum, Ardahan und Kars nicht die Basis werden, von der aus Sendlinge der Intrigue ausgehen werden, denen in ungemessener Zeit Invasionsheere folgen, wird das bloße Behalten derselben seitens Rußlands einen gewaltigen Einfluß zur Auflösung des asiatischen Gebiets der Pforte ausüben. Als ein Denkmal schwacher Vertheidigung auf der einen und erfolgreichen Angriffes auf der anderen Seite werden sie von der asiatischen Bevölkerung als Vorzeichen des Verlaufs der politischen Geschichte der nächsten Zukunft angesehen werden und die vereinte Wirkung von Hoffnung und Furcht, Hingebung für die Macht, welche im Steigen begriffen ist, und Abfall von derjenigen Macht erzeugen, von der geglaubt wird, daß sie im Verfall begriffen ist.

Ihrer Majestät Regierung ist es unmöglich, die Wirkung, die ein solcher Zustand der Gesinnungen auf Gegenden ausüben würde, deren politische Verhältnisse die östlichen Interessen Großbritanniens tief berühren, hinzunehmen, ohne einen kräftigen Versuch zu deren Abwendung zu machen.

Ihrer Majestät Regierung gab der Pforte gelegentlich der Konferenz zu Konstantinopel zu verstehen, daß sie nicht bereit sei, Mißverwaltung und Unterdrückung gutzuheißen, und es wird, bevor sie in irgend eine Abmachung zur Vertheidigung der asiatischen Gebietstheile der Pforte unter gewissen Vorkommnissen einwilligen kann, erforderlich sein, daß sie förmlich von der Absicht der

1878.

Pforte versichert werde, die nothwendigen Verbesserungen in die Regierung der christlichen und sonstigen Unterthanen der Pforte in jenen Gegenden einzuführen. Es ist nicht wünschenswerth, mehr als eine Verpflichtung in allgemeinen Ausdrücken zu verlangen; denn die einzelnen zu ergreifenden Maßregeln könnten nur nach einer sorgfältigeren Untersuchung und Berathung, als unter den gegenwärtigen Umständen möglich ist, bestimmt werden.

Es ist nicht unmöglich, daß eine sorgliche Auswahl und eine vertrauensvolle Unterstützung der einzelnen Beamten, denen in jenen Gegenden Befugnisse anvertraut werden sollen, ein wichtigeres Element für die Verbesserung des Zustandes der Bevölkerung sein würde, als selbst legislative Veränderungen, aber die geforderte Zusicherung, England ein Recht zu geben, auf befriedigenden Vorkehrungen zu diesem Zwecke zu bestehen, wird ein unerläßlicher Theil irgend welcher Abmachung sein, der Ihrer Majestät Regierung beistimmen könnte. Es wird ferner, um Ihrer Majestät Regierung in den Stand zu setzen, die jetzt vorgeschlagenen Verpflichtungen wirksam zu erfüllen, nothwendig sein, daß sie eine der Küste Kleinasiens und Syriens nahe gelegene Stellung einnehme. Das nahe Vorhandensein britischer Beamten und erforderlichenfalls britischer Truppen wird die beste Bürgschaft dafür bieten, daß alle Endzwecke dieser Abmachung werden erreicht werden. Die Insel Cypern erscheint ihr in jeder Hinsicht für diesen Zweck am geeignetsten. Ihrer Majestät Regierung wünscht nicht, den Sultan zu ersuchen, Gebiet aus seiner Souveränetät hinwegzugeben oder die Einkünfte, welche gegenwärtig in seinen Schatz fließen, zu vermindern. Sie will deshalb den Vorschlag machen, daß, während die Verwaltung und Besetzung der Insel Ihrer Majestät übertragen werden soll, das Gebiet dennoch fortfahren soll, einen Theil des ottomanischen Reiches zu bilden und daß der Ueberschuß der Einnahme über die Ausgabe, wie hoch er gegenwärtig auch sein mag, alljährlich von der britischen Regierung dem Schatze des Sultans ausgezahlt werden soll.

Insofern die Gesammtheit dieses Vorschlages den Annexionen zu verdanken ist, die Rußland in der asiatischen Türkei gemacht hat, sowie diejenigen Folgen, die, wie befürchtet wird, daraus erfließen werden, so ist es vollauf zu verstehen, daß, wenn die Ursache der Gefahr aufhören sollte, das vorbeugende Uebereinkommen zu gleicher Zeit aufhören wird. Wenn die russische Regierung zu irgend einer Zeit der Pforte das von ihr in Asien durch den jüngsten Krieg erworbene Gebiet zurückgeben sollte, werden die Stipulationen der vorgeschlagenen Abmachungen zu wirken aufhören und die Insel wird sofort geräumt werden. (If the Government of Russia should at any time surrender to the Porte the territory it has acquired in Asia by the recent war, the stipulations in the proposed agreements will cease to operate and the island will be immediately evacuated.)

Ich ersuche deshalb Ew. Excellenz, der Pforte vorzuschlagen, einer Convention in folgender Weise beizustimmen und ich habe Ihnen volle Autorität zu geben, dieselbe im Namen der Königin und von Ihrer Majestät Regierung abzuschließen.

„Wenn Batum, Ardahan, Kars oder irgend eins derselben von Rußland behalten wird und wenn zu irgend einer künftigen Zeit irgend ein Versuch von Seiten Rußlands gemacht werden wird, von irgend einem ferneren Theil der asiatischen Gebietstheile des Sultans Besitz zu ergreifen, als durch den definitiven Friedensvertrag bestimmt wird, so verpflichtet sich England, dem Sultan bei Vertheidigung derselben mit Waffengewalt beizustehen.

Als Gegenleistung verspricht der Sultan, England die erforderlichen Reformen (über welche beide Mächte sich später einigen werden) in die Verwaltung der christlichen und anderer Unterthanen der Pforte in diesen Gebieten, und um England zu befähigen, die nöthigen Vorkehrungen zur Ausführung seiner Verpflichtungen zu treffen, willigt der Sultan ferner ein, die Insel Cypern England zur Besetzung und Verwaltung zu überlassen." Ich bin u. s. w.

(gez.) Salisbury.

Nach dem Schluß.

„National-Zeitung“ vom 13. Juli.

Der Vertrag von Berlin ist unterzeichnet. Heute Mittag ein Uhr begaben sich die ersten Sekretäre der Kongreßbevollmächtigten im Gesellschaftsanzuge mit den Privatsiegeln der respektiven Bevollmächtigten nach dem Kanzlerhause, um für jede von ihnen vertretene Macht die seidenen nationalfarbigen Bänder oder Schnüre mit den Siegeln an der betreffenden Kopie des Vertragsinstruments zu befestigen. Um 2½ Uhr fuhren die Bevollmächtigten in kleiner Uniform zum letzten Male vor dem nun zum historischen Platze eingeweihten ehemaligen Palais Radziwil vor, um den „Vertrag von Berlin“ zu unterzeichnen. Die Unterzeichnung fand in der durch das französische Alphabet bedingten Reihenfolge statt. Es sind von dem Vertrage 7 Kopien auf Pergament angefertigt worden, deren jede mit der französischen Bezeichnung der betreffenden Macht beginnt. Der Vertrag selbst umfaßt 58 Artikel. Er bedarf zu seiner Gültigkeit noch der Ratifikation der Staatsoberhäupter der vertragenden Staaten; es ist das eine Formalität, die aber die offizielle Veröffentlichung des Vertrages noch für eine geraume Zeit aufschieben wird.

Um sechs Uhr findet im weißen Saale des königlichen Schlosses das Kongreßabschiedsdiner statt, zu dem etwa 160 Einladungen ergangen sind. Unter den Geladenen befinden sich die Mitglieder der königlichen Familie nebst Gefolge, die Fürstlichkeiten, die aktiven Staatsminister und der Geheime Kabinetsrath v. Wilmowski, sämmtliche Kongreßbevollmächtigte mit ihren Attachés, sowie die hier anwesenden Vertreter Griechenlands, Persiens, Serbiens, Montenegros und die beiden armenischen Erzbischöfe, die Obersten- und die Oberhofchargen, die Generaladjutanten und die Generale der Infanterie und Kavallerie. Der russische Reichskanzler Fürst Gortschakow hatte sich durch Unpäßlichkeit entschuldigen lassen. Für die Tafel ist wieder die Hufeisenform gewählt; die Oeffnung des Hufeisens dem Schloßhofe zugewendet. In der Mitte der Haupttafel nimmt der Kronprinz seinen Sitz ein, ihm zur Rechten die Kronprinzessin, zur Linken die Großherzogin von Baden und so fort zu beiden Seiten die Mitglieder der königlichen Familie. Dem Kronprinzen gegenüber sitzen der Reichskanzler Fürst Bismarck und der Minister Waddington. Rechts vom Fürsten Bismarck Graf Andrassy, Lord Beaconsfield, Graf Schuwalow, Graf Karolyi, Lord Salisbury, Baron von Oubril, Baron Heimerle, Lord Russel und Staatsminister v. Bülow. Links vom Minister Waddington, Graf Corti, Caratheodori Pascha, Graf St. Vallier, Graf Launay, Saadulla Bey, Minister Desprez, Mehemed Ali Pascha und Fürst Hohenlohe.

Gleich nach Beendigung der Kongreßsitzung wird Lord Beaconsfield bei dem Kronprinzen und der Kronprinzessin seine Abschiedsaudienz haben. Der englische Premier wird, wie schon gemeldet, morgen Mittag Berlin verlassen und zwar allein, d. h. ohne seinen sonst von ihm unzertrennlichen Geheimsekretär Montague Curry, welcher erst am Montag die Rückreise nach London antreten wird.

In der gestrigen Sitzung gab Lord Salisbury noch die Erklärung ab, daß in den Friedensvertrag nichts aufgenommen werden dürfe, wodurch die Souveränetät der Pforte, behufs Vertheidigung der Türkei Kriegsschiffen die Durchfahrt durch die Dardanellen zu gestatten, beeinträchtigt werde. Man erwartet, daß in Erwiderung hierauf heute Fürst Gortschakow erklären werde, der Vertrag von Berlin dürfe nichts enthalten, wodurch die durch frühere Verträge garantirten Rechte Europas beseitigt würden.

Als vor Monatsfrist der Kongreß zusammentrat, sah die Welt mit halb ungläubigem Lächeln dem Versuch entgegen, Ordnung und Ausgleich in das Chaos widerstrebender Interessen zu bringen. Es fehlte nicht an Stimmen, die prophezeiten: der Kongreß ist der Krieg. Auch hat der Kongreß, wie ja auf das zweifelloseste bezeugt ist, die Neigung, nach allen Richtungen auseinanderzufahren, wiederholt bewiesen, und es gehörte die kräftige Hand dazu, die ihn

führte, ihn zusammenzuhalten und dem Schlusse zuzuführen. Heute ist es sicher: der Kongreß ist der Friede. Und es ist nur allgemeines Schicksal jedes Menschenwerkes, wenn jetzt die außerordentlichen Schwierigkeiten unterschätzt werden, welche hier überwunden worden sind. Dasjenige, was geschehen ist, präsentirt sich ja dem menschlichen Verstand stets unter dem Gesichtspunkt der Nothwendigkeit — es mußte so kommen, da es so gekommen ist. So hat auch die Kritik leichtes Spiel, nach allen Seiten Lücken und Mängel aufzuweisen. Der Vertrag, der heute vollzogen worden ist, hat das letzte Wort des Sphinxräthsels, die orientalische Frage genannt, allerdings nicht gegeben, sein Ruhm besteht darin, daß er der Ruhe bedürftigen Welt für Jahre den Modus vivendi vorgezeichnet und damit den Frieden gesichert hat. Er wird die Rückgewinnung des türkischen Gebietes für die Civilisation unermeßlich gefördert und die Bahnen gelegt haben, in welchen sich die weitere Entwickelung jener Länder bewegen wird. Der Vertrag und die an ihn sich knüpfenden Abmachungen haben genau das Verhältniß der in Europa mit einander ringenden Kräfte wiedergespiegelt, und darin, daß so der Kongreß von Berlin die Summe des für jede einzelne Macht für den Augenblick Erreichbaren zieht, liegt die reale Gewähr für die Dauerhaftigkeit des Geschehenen.

Bis dahin, daß große Umwälzungen in den europäischen Machtverhältnissen überhaupt sich vollziehen, ist vorgesorgt und damit die Zeit erreicht was die Staatsmannschaft überhaupt zu erreichen im Stande ist.

Der Kongreß trat gestern (12.) Nachmittag 2½ Uhr zu seiner letzten Arbeitssitzung zusammen. Die Absicht, den gestrigen Tag für die Abschriften der Friedens-Instrumente frei zu lassen, konnte nicht realisirt werden, weil die Redaktions-Kommission vorgestern mit ihren Arbeiten nicht zu Ende gekommen ist. Die gestrige Sitzung galt nur einer Nachrevision solcher Stellen des Traktats, über deren Wortlaut noch Meinungsverschiedenheiten vorhanden waren. Es fanden keine eigentlichen Debatten statt, das Ganze trug mehr den Charakter eines Pourparlers. Die heutige offizielle Schlußsitzung wird die Unterzeichnung des Traktats bringen, das Schlußwort des Vorsitzenden und den Dank der Konferenz für die Geschäftsleitung an den Fürsten Bismarck. Wir haben schon mitgetheilt, daß diese Dankesrede dem Grafen Andrassy zufallen soll, der, wie man sich erinnern wird, ja auch in der Eröffnungssitzung den formellen Vorschlag zu machen hatte, dem Fürsten Bismarck das Präsidium zu übertragen. Das Diner im Weißen Saale des königlichen Schlosses wird zeitig genug schließen, um den Bevollmächtigten Vorbereitungen zur Abreise für heute Abend zu gestatten. Graf Andrassy verläßt jedenfalls noch heute Abend Berlin.

Die Cypern-Affaire ist im Kongresse gar nicht erwähnt worden. Der Mißton, den sie in den Schluß der Verhandlungen gebracht hat, ist nicht aufgelöst; es wird sich nicht leugnen lassen, daß eine Verstimmung ihre Schatten in die Scheidestunde des Kongresses wirft. Die Bevollmächtigten Frankreichs und Italiens tragen offen diese Verstimmung zur Schau, welcher die öffentlichen Organe ihrer Länder einen so heftigen Ausdruck geben. Die Gerüchte, es werde Frankreich auch seinerseits eine Kompensation im Orient suchen, finden in Kongreßkreisen keineswegs jene eilfertige Widerlegung, mit welcher man sonst ähnlichen Gerüchten gegenüber bei der Hand war. Man hofft indessen, Frankreich werde nichts außerhalb der Grenzen der Berliner Abmachungen unternehmen, um deren Zustandekommen die französischen Bevollmächtigten durch ihre ebenso geschickte als bereitwillige Vermittelung in sehr schwierigen Lagen der Kongreßberathung in der That hervorragende Verdienste haben.

Die Rückkehr des Grafen Andrassy nach Wien wird umsomehr beschleunigt, als die Ausführung der Pläne bez. der Pazifizirung Bosniens und der Herzegowina seine volle Mitwirkung erheischt. Man ist zunächst auf die Einführung einer geordneten Verwaltung bedacht, man wird in Gemäßheit der Traktatfestsetzungen die vollste Gleichberechtigung aller Kulte proklamiren und gleichzeitig nichts unter-

lassen, um den tiefgehenden Gegensatz zwischen den Bosniaken römischen und griechischen Bekenntnisses, diese Quelle dauernder innerer Zerrüttung Bosniens, zu beseitigen. Oesterreich übernimmt damit keine leichte Aufgabe, sie wird schwerer zu lösen sein, als die militärische: mit einer ausreichenden Heeresmacht die widerstrebenden Elemente niederzuwerfen und die Autorität der Obrigkeit zu wahren. Es bestätigt sich, daß Oesterreich zunächst die türkischen Civilbehörden nicht beseitigen wird, indessen wie lange dieselben in Wirksamkeit bleiben werden, steht dahin. Mit einem Mandat Europas, Ruhe und Frieden der Bevölkerung herzustellen und zu sichern, marschirt Oesterreich in Bosnien ein, indessen wird es sicher seine großen finanziellen Ansprüche an die Türkei geltend machen, die Rückerstattung der Millionen verlangen, welche ihm die Erhaltung der Flüchtlinge gekostet hat und zu welcher neue Summen für den nunmehr erforderlichen Aufbau der zerstörten Ortschaften, Kirchen und Schulen hinzutreten. Die weiteren Konsequenzen hieraus ergeben sich von selbst.

Schlußdiner.

Toast des Kronprinzen.

„Die Hoffnungen, mit denen ich vor einem Monat im Namen des Kaisers die zum Kongreß vereinigten ausgezeichneten Staatsmänner begrüßt habe, sind glücklicherweise in Erfüllung gegangen. Das von Europa so sehr gewünschte Friedenswerk krönt soeben ihre Anstrengungen. Als Dolmetsch der Gefühle meines erhabenen Vaters bin ich glücklich, meine Huldigung der Weisheit und dem Geist der Versöhnung darzubringen, welche dieses große Resultat herbeigeführt haben.

Das Einverständniß, welches soeben seine Feststellung erhalten hat, wird eine neue Bürgschaft für den Frieden und für das allgemeine Wohl sein. Der Beistand Deutschlands ist im Voraus allem gesichert, was darauf abzielt, diese großen Wohlthaten zu sichern und zu erhalten.

Im Namen Sr. Majestät trinke ich auf das Wohlsein der Souveräne und der Regierungen, deren Vertreter soeben an dem denkwürdigen Datum dieses Tages unterzeichnet haben den **Vertrag von Berlin**.

Das Friedenswerk des Kongresses.

„Provinzial-Correspondenz“ vom 17. Juli.

Die Zuversicht des Deutschen Kronprinzen, daß die auf dem Kongreß erreichte Verständigung der Großmächte eine neue Bürgschaft des Friedens und der Wohlfahrt der Völker sein werde, die Ueberzeugung des deutschen Reichskanzlers, daß der Kongreß sich um Europa wohl verdient gemacht habe, dürften je länger je mehr überall zur vollen Geltung gelangen.

Um die Bedeutung und den Werth dessen, was erreicht worden, richtig zu würdigen, muß man einerseits die Lage vor dem Kongreß und andererseits die Aufgabe, welche demselben gestellt war, bestimmter ins Auge fassen.

Vor dem Kongreß erschien der Friede Europas unmittelbar bedroht. Der Friede von San Stefano hatte den Krieg zwischen Rußland und der Türkei zunächst abgeschlossen, aber aus den Fragen von europäischem Interesse schien ein schwererer, umfassenderer Konflikt hervorgehen zu sollen. Der Ausbruch desselben schien so nahe gerückt, so sehr von jedem Zwischenfall vor Konstantinopel abhängig, daß es fraglich war, ob nicht die Gewalt der Thatsachen alle Absichten der Verständigung vereiteln würde.

Bei dem schneidenden Gegensatze der grundsätzlichen Auffassungen und Ansprüche zwischen England und Rußland war es überaus schwierig, einen Boden zu finden, auf welchem der Versuch einer Verständigung überhaupt unternommen werden konnte.

Es war ein erstes glückverheißendes Zeichen und eine erste Bürgschaft des Gelingens, daß eine solche Grundlage für den Kongreß vereinbart werden konnte.

Von jenem Augenblicke und seit der wirklichen Berufung des Kongresses löste sich die Spannung und Sorge der Geister in Europa, und man hat jetzt beinahe schon vergessen, wie drohend damals die Gefahr erschien, die durch den Kongreß beseitigt ist.

Mit gutem Grunde aber durfte Fürst Bismarck darauf hinweisen, daß der Kongreß Europa die große Wohlthat des Friedens, welcher so schwer bedroht war, wiedergeschenkt und innerhalb der Grenzen des Möglichen gesichert habe.

Wenn es, nach den Worten des Kanzlers, unmöglich gewesen ist, alle Wünsche der öffentlichen Meinung zu verwirklichen und wenn der Parteigeist an dem Werke des Kongresses vielfach Kritik üben wird, so ist darauf hinzuweisen, *daß dem Kongreß überhaupt nicht die Aufgabe zufiel und zufallen konnte, eine volle und absolute Lösung der orientalischen Frage zu finden, daß er vielmehr die ganz bestimmte und begrenzte Aufgabe hatte, den vorläufig zwischen Rußland und der Türkei geschlossenen Frieden von San Stefano mit den Interessen und Ansprüchen der übrigen europäischen Mächte und mit den früheren europäischen Verträgen in Einklang zu bringen.*

Diese Aufgabe ist unter allseitigem Einverständniß gelöst und dadurch eben dem Frieden Europas eine neue Bürgschaft gegeben. Dieses Ziel konnte nur erreicht werden, wenn die mannigfachen Wünsche, Ansprüche und Anforderungen, welche außerhalb des Rahmens der betreffenden Verträge zur Geltung zu gelangen suchten, von den jetzigen Vereinbarungen ausgeschlossen wurden, so sehr auch für manche derselben die Sympathien der Mächte zur Geltung gelangten.

Das Wesentlichste bei dem Erfolge des Kongresses ist die *wirklich vertrauensvolle Gemeinschaft und der allseitig ernste Wunsch und Wille für eine wahrhaftige Friedenspolitik*, welcher die Bevollmächtigten aller Großstaaten erfüllte. Dieser gemeinsame Geist allein ermöglichte es, daß die schwierigsten Fragen unter den nächstbetheiligten Mächten durch vertrauliche Verständigung zur Lösung vorbereitet wurden, — derselbe Geist ließ die Bevollmächtigten der nicht so unmittelbar betheiligten Staaten ihre aufrichtigen Bemühungen mit denen Deutschlands vereinigen, um das Friedenswerk auf jede Weise zu erleichtern und zu fördern.

Die allseitig vertrauensvolle Stimmung, welche der Grundton und zugleich das bedeutungsvollste Ergebniß des Kongresses ist, wird auch durch die im letzten Augenblicke hervorgetretene, außerhalb des Kongresses vollzogene Thatsache des besonderen Vertrages zwischen England und der Türkei nicht dauernd beeinträchtigt werden: im Zusammenhange der Ereignisse, wie sie sich durch die Ergebnisse des Krieges und des jetzigen Friedensschlusses gestaltet haben, und unter dem Wirken des Geistes, welcher die Mächte bei den jüngsten Verhandlungen geleitet hat, *wird auch jene Thatsache eher eine Bürgschaft weiterer friedlicher Entwickelung im Orient, als der Anlaß erneuter Konflikte sein.*

Fürst Bismarck konnte mit voller Ueberzeugung der gemeinsamen Stimmung des Kongresses Ausdruck geben, indem er die Hoffnung aussprach, daß das Einverständniß Europas mit Gottes Hülfe dauerhaft bleiben werde.

11. Zur Würdigung des Berliner Vertrags Seitens der Großmächte.

1878. 13. Juli. Bericht Lord Salisbury's an den Ober-Staatssecretär Ihrer Majestät.

„Mein Herr,

Ich habe die Ehre, eine Abschrift des Vertrages beizulegen, der heute zu Berlin von den sieben Signatarmächten des Pariser Vertrags unterzeichnet ward.

Der Vertrag ist von ungewöhnlicher Länge, und geht vollständig auf die verschiedenen durch den Vertrag von San Stefano erhobenen Fragen ein, soweit sie die Bestimmungen des Pariser Vertrages betreffen. Die im Präliminar-Vertrage gemachten Veränderungen sind sehr groß, und erstrecken sich beinahe auf alle Artikel jenes Instrumentes. Ihre allgemeine Wirkung ist die gewesen, unter schuldiger Sicherheit guter Regierung dem Reiche des Sultans ein sehr großes Gebiet zurückzugeben, und sie wirken in tiefgreifender Weise dahin, die Stetigkeit und Unabhängigkeit seines Reiches vor äußerem Angriff zu sichern. Für alle durch den Vertrag betroffenen Gebiete sind Bestimmungen getroffen worden, die gänzliche Gleichheit aller Religionen vor dem Gesetze zu sichern. —

Der wesentliche Inhalt des Rundschreibens, es seien die Artikel des Präliminarvertrages als eine Abweichung vom Pariser Vertrage vom Kongresse als ein Ganzes zu diskutiren, ist, wie kaum zu sagen nothwendig ist, sowohl theoretisch und praktisch in der denkbar weitesten Ausdehnung zugegeben worden. Von den im Rundschreiben an dem Vertrage von San Stefano gemachten einzelnen Aussetzungen ist die erste und wichtigste in den folgenden Ausdrücken abgefaßt.

(Folgen die bekannten Einwendungen gegen die Gründung eines unter russischem Einflusse stehenden, eine griechische Bevölkerung verschlingenden, Häfen am Schwarzen Meere und am Aegäischen besitzenden großen Slavenstaates Bulgarien).

Man wird sehen, daß alle diese Einwendungen durch den Berliner Vertrag gehoben worden sind. Derselbe hat die Lage des umfassenden Gebietes, dem im Vertrage von San Stefano der Name Bulgarien gegeben worden, gründlich verändert. Nahezu zwei Drittel desselben sind der direkten politischen und militärischen Herrschaft des Sultans zurückgegeben worden, und in diese Zurückgabe sind eingeschlossen Thracien und Macedonien, in denen die griechischen Völkerschaften, die durch jenes Instrument betroffen werden, beinahe ausschließlich zu finden sind. Bulgarien, allgemein gesprochen, ist jetzt auf die Flußgrenze der Donau beschränkt und hat folglich nicht nur aufgehört, einen Hafen am Archipelagus zu besitzen, sondern ist um mehr als hundert Meilen von der Nachbarschaft jenes Meeres entfernt. Am Schwarzen Meere ist der wichtige Hafen Bourgas dem türkischen

Reiche zurückgegeben worden, und Bulgarien behält weniger als die Hälfte der ihm ursprünglich zugewiesenen Seeküste und besitzt keinen anderen Hafen außer der Rhede von Varna, die kaum für andere als Handelszwecke zu gebrauchen ist. Der neue Slavenstaat ist daher nicht länger stark, läßt nicht länger in einer slavischen Majorität irgend eine beträchtliche Masse griechischer Bevölkerung aufgehen und wird gewiß nicht Rußland irgend vorwiegenden Einfluß auf die politischen oder kommerziellen Verhältnisse jener Meere verschaffen.

Die Ereignisse des jüngsten Krieges müssen auf viele Jahre hinaus Rußland eine große Autorität in diesem Staate sichern, die durch Verwandschaft der Sprache und Aehnlichkeit der Religion gestützt wird. Aber die Einflüsse, unter denen seine Einrichtungen gebildet werden sollen und in Thätigkeit gesetzt werden, werden nicht länger spezifisch russisch sein. Die russischen und ottomanischen Kommissare, die die Erwählung der Fürsten und die Auswahl einer Verfassung durch die Notabeln beaufsichtigen, werden der Autorität der Botschafter-Konferenz in Konstantinopel unterstellt, die durch einen Ausschuß der Konsuln an Ort und Stelle wirkt, und der Rückzug des russischen Heeres aus der Provinz muß geschehen vor der Periode, in welcher die Thätigkeit der neuen Einrichtungen zu beginnen hat. Die Verwaltung des Landes wird folglich außer von einem russischen Kommissar noch von anderen eingerichtet werden, und die erste Thätigkeit der Einrichtungen wird nicht unter Aufsicht eines russischen Heeres anfangen.

Die territoriale Abtrennung der unter Herrschaft der Pforte gelassenen Provinzen von Konstantinopel, hervorgerufen durch die Ausdehnung Bulgariens zum ägäischen Meere, war eine andere Folge, die durch das Rundschreiben vom 1. April als solche bezeichnet ward, die zur Schwächung der politischen Macht der türkischen Regierung führen müsse. Die Einschränkung Bulgariens auf das Donauthal hat nothwendig den Zusammenhang der der Pforte verbleibenden Besitzungen wieder hergestellt. Der besondere Schutz, der für die Geistlichen der russischen Religion und für russische Klöster auf dem Berge Athos vereinbart worden, sowie die der russischen Regierung vorbehaltene Macht, die Einrichtungen zu formen, die dem Reste der europäischen Türkei gegeben werden sollten, diese Abmachungen wurden von J. Maj. Regierung beanstandet als solche, die in den Ländern und an den Küsten, wo eine griechische Bevölkerung vorherrscht, die Macht des russischen Reiches vermehren müßten.

Diese ausschließlichen Abmachungen sind gänzlich fallen gelassen. Der Vertrag enthält weite Bestimmungen über Sicherung religiöser Freiheit für alle innerhalb der ottomanischen Besitzungen lebenden einheimischen oder fremden Personen, aber es werden keine Spezial-Vorrechte für die Mitglieder einer einzelnen Nation geschaffen. Verbesserte Einrichtungen werden Thessalien und Epirus verliehen werden, aber die Form derselben wird in letzter Instanz nicht durch die russische Regierung, sondern durch eine europäische Kommission bestimmt werden.

Die Geld-Entschädigung, gegen die J. Maj. Regierung viele Einwendungen machte, ist vollständig aus dem Berliner Vertrage fortgeblieben. Der Kongreß lehnte es ab, einen Kontrakt zu revidiren, der keinen Bruch des Pariser Vertrages enthielt und den zu schließen daher zwei unabhängige Mächte befugt waren. Aber es wurden im Kongresse Erklärungen gemacht und zu Protokoll genommen, die die praktische Wirkung wesentlich modifiziren.

Die Stellung von Bourgas unter türkischer Herrschaft zusammen mit der südlichen Hälfte der Küste Bulgariens am Schwarzen Meere, und der streng kommerzielle Charakter, welcher durch den Vertrag für Batum ausbedungen wurde, hatten in hohem Maße der Bedrohung der Freiheit des Schwarzen Meeres, wie der ursprüngliche Vertrag sie mit sich führte, entgegengewirkt. Ebenso beseitigt die Rückgabe von Bajazid alle Befürchtungen für den Handelsweg zwischen Persien und Trapezunt.

Andererseits sind Rußland nicht die Festungen wieder abgenommen, welche es mit dem annektirten Gebiete erworben habe. Die englische Regierung habe

indeß bereits durch Vorkehrungen außerhalb der Thätigkeit des Kongresses entsprechende Vorsichtsmaßregeln gegen die aus dieser Einverleibung drohenden Gefahren getroffen.

Das vollende die Liste der gegen den Vertrag von San Stefano durch das Rundschreiben vom April erhobenen Einwendungen. Mit Ausnahme der letztaufgeführten, welche durch die neuliche Konvention mit der Türkei erledigt wurden, sind diese Einwände alle durch den Berliner Vertrag abgethan.

In dem Rundschreiben sei indeß ausdrücklich hervorgehoben worden, daß nicht die Einzelbestimmungen gesondert betrachtet den Hauptwiderstand Englands hervorriefen, daß vielmehr ihre Gesammtwirkung dahin ziele, die Unabhängigkeit der Regierung in Konstantinopel in Frage zu stellen, die griechische Bevölkerung zu unterdrücken und das Gleichgewicht auf dem Meere zu verschieben.

Diesen drei Haupteinwendungen hat der Kongreß von Berlin vollständig abgeholfen."

19. Juli. Rede Lord Beaconsfields im Oberhause.

„Ich will einige Bemerkungen machen über die Politik des englischen Cabinets auf dem Congreß. Der Vertrag von San-Stefano wurde, wie Sie wissen, in England mit großem Mißtrauen angesehen. Ich werde zeigen, daß durch die Aenderungen, welche durch den Berliner Vertrag in jenem Vertrag gemacht wurden und durch die englisch-türkische Konvention alle Ursache zu Mißtrauen und Allarm abgewendet wurde. Meine Lords! Der Berliner Kongreß hat große Veränderungen herbeigeführt, indem er dem Sultan zwei Drittheile seines Landes zurückgab, welche einen großen bulgarischen Staat bilden sollten. Wir haben dem Sultan 30,000 (engl.) Quadratmeilen Gebiet zurückgegeben, und zwar das meiste im Bereich des Balkan, wo der größere Theil des Bodens ergiebig, die Bevölkerung die fleißigsten, die reichsten, die begabtesten und loyalsten Unterthanen des Sultans enthält. Es wurde gesagt: die befestigte Stadt Sophia sei von beherrschender Bedeutung, und der Kongreß habe sich nur dem Andringen einer der dort vertretenen Mächte gefügt. Ich kann Ihnen, meine Lords, versichern, daß an alledem nicht ein Schatten von Wahrheit haftet. Mehemed Ali entwickelte seinen Kollegen, und insbesondere den Bevollmächtigten Englands, seine Meinung über diesen Gegenstand dahin — und er sprach mit voller militärischer Erfahrung und genauester Kenntniß aller in Betracht kommenden Oertlichkeiten — daß nichts irrthümlicher sei als die Idee: daß Sophia eine starke strategische Position darstelle, und daß diejenigen, welche sie inne hätten durch Umgehung des Balkan auf Konstantinopel marschiren könnten. Meine Lords! Bezüglich Bosniens, betreffs dessen beträchtliche Irrthümer obwalten, hatte der Kongreß eine der schwierigsten Materien vor sich, wenn er versuchen wollte den Sultan dort als eine wirkliche und machtvolle Autorität wieder einzusetzen. Dies war freilich der einmüthige Zweck der Konferenz Aber die Schwierigkeit bestand in der Lage dieser entlegenen Provinzen, insbesondere Bosniens. Die Zustände in Bosnien und den anderen Ländern und Provinzen, welche in Verbindung damit stehen, glichen chronischer Anarchie. Keine Sprache kann zur Genüge die Zustände in jenem großen Theile der Balkan-Halbinsel schildern, welcher Rumänien, Serbien, Bosnien, die Herzegowina und andere Staaten umfaßte. Politische Intriguen, unablässige Eifersucht, der gänzliche Mangel an öffentlichem Gemeinsinn und an Zwecken und Zielen die Werth haben für ein patriotisches Gemüth; der Racenhaß, der Religionshader, vor allem der gänzliche Mangel an höherer kontrolirender Macht von anerkannter Bedeutung auf diesem Gebiete — wie unter dieser großen und wachsenden Bevölkerung irgendwelche Ordnung zu schaffen, war einer jener Prüfsteine, welchem sich niemand, der den Gegenstand kannte, entziehen konnte. In diesem Moment aber ist die Türkei nicht in der Lage eine so verantwortliche Stellung auf sich zu nehmen. Ich habe mich bei den zuverlässigsten Sachverständigen darüber unterrichtet, und das Resultat meiner Nachforschungen und

meiner eigenen Ueberzeugung zugleich ist, daß nichts anderes als eine Armee von 50,000 Mann, und zwar der erlesensten türkischen Truppen, für einen Augenblick etwas wie Ordnung wiederherstellen könnte, und auch dieser Versuch würde den Widerstand nicht brechen und könnte sogar fehlschlagen. In welcher Lage fände sich die Türkei, wenn in dem Augenblick wo sie, wie zu hoffen steht, eine neue Bahn zur Verbesserung und Ruhe betritt, eine große Armee nach Bosnien zu entsenden hätte, um mit jenen schwierigen und gefährlichen Elementen fertig zu werden. Es ist ganz klar, und Eure Lordschaften werden erkennen, daß solch' eine Anstrengung auf Seiten der Türkei ihren absoluten Ruin mit Sicherheit herbeigeführt hätte. Was war also zu thun? Es hat schon früher in der Geschichte der Diplomatie nicht selten Beispiele gegeben, wo Theile des Erdglobus, und sogar civilisirte Theile, nachdem sie Verwüstung und schweres Unglück erfahren, wiederum der Ordnung und Ruhe zurückgegeben wurden. Unter solchen Umständen haben die Mächte Europa's ihr Auge auf eine Nachbarmacht gerichtet, die sich einer weit verschiedenen Lage erfreute und zugleich ein Interesse daran hatte in jenen Landen Wohlfahrt und Glück wiederhergestellt zu sehen — eine Macht, welche die Aufgabe der Wiederherstellung der Ordnung und des wünschenswerthen Gedeihens übernehmen würde. In dem vorliegenden Fall werden Eure Lordschaften wahrnehmen, daß die Stellung Oesterreichs eine solche ist, welche deutlich in die Augen springt, als am besten geeignet ein solches Amt auf sich zu nehmen. Es ist nicht das erstemal, daß Oesterreich auf Europa's Ansuchen Provinzen besetzt hat, um dort jene Ordnung und Ruhe zu schaffen, die ein europäisches Interesse ausmachen. Nicht nur ein-, zwei- oder dreimal ist Europa so verfahren. Unter den obwaltenden Umständen ist Oesterreich dazu eingeladen worden, jene geordneten Zustände zu sichern, welche Europa so lange schon herbeizuführen begehrte. Oesterreich hatte in dem vorliegenden Fall ein begründetes Interesse an Aufrechthaltung der Ruhe, denn es beherbergt jetzt, glaube ich, 150,000 Flüchtlinge aus Bosnien innerhalb seiner Grenzen und ihre Anforderungen waren nothwendigerweise unablässige und erschöpfende. Es wurde demzufolge für zweckdienlich erachtet, daß Oesterreich angegangen werden sollte, jene Provinzen zu besetzen und tiefhaftende Grundlagen der Ruhe zu legen. Meine Lords! Ich bin der letzte, welcher wünschen könnte — falls diese Politik Widersacher findet — die damit verbundene Verantwortlichkeit damit abzuwälzen, daß ich etwa sagte, man habe die Nothwendigkeit eingesehen, sich den Wünschen der Kongreß-Mehrheit zu fügen. Wie Eure Lordschaften sich aus den auf Wunsch meines edlen Freundes heute auf den Tisch des Hauses gelegten Protokollen überzeugen können, hat Oesterreich dieses Vertrauensamt angenommen und ist dieser hochwichtigen Pflicht nachzukommen entschlossen. Ich habe ihm bei jener Gelegenheit eifrig zur Seite gestanden. Meine Lords! In Folge dieser Uebereinkunft hat sich ein großes Geschrei erhoben gegen das was man eine Theilung der Türkei nennen wollte.

Meine Lords! Unser Zweck bei der Anempfehlung jener Maßnahme war, die Türkei zu schützen; aber das bedeutet keineswegs eine Theilung der Türkei! Ein Land mag Provinzen verlieren, aber das ist keine Theilung. Wir haben jüngst gesehen, daß eines der reichbegabtesten Länder Provinzen eingebüßt hat; aber ist Frankreich deßhalb ein getheiltes? Ist Frankreich nicht eine der Großmächte der Welt, welche eine Zukunft, eine gebietende Zukunft vor sich hat? Oesterreich selber hat Provinzen verloren, mehr vielleicht sogar als die Türkei, und ich bin dessen sicher, daß England Provinzen verloren hat, welche zu seinen werthvollsten Besitzungen zählten — ein Verlust, den jeder Engländer in diesem Augenblick beklagen muß! Es ist wohl wahr, daß der türkische Sultan Provinzen verloren, daß seine Armee Niederlagen erlitten hat, es ist wohl wahr, daß sein Feind noch jetzt sogar vor seinen Thoren steht. Aber alles dies ist schon andern Mächten begegnet. Noch immer ist er im Besitz seiner Hauptstadt; er hat seine Hauptstadt noch nicht verwirkt, und in der That ist noch der Feind nicht in dieselbe eingerückt. Eine Macht, welche eine der stärksten Städte der Welt ihr eigen

nennt und eine Armee und Flotte noch zu ihrer Verfügung hat, auch noch über 20 Millionen Einwohner regiert, kann nicht als eine Macht geschildert werden, deren Gebiet getheilt wurde. Die europäische Türkei umfaßt noch immer ein Gebiet von 60,000 (engl.) geographischen Quadratmeilen mit einer Bevölkerung von sechs Millionen, welche größtentheils in den der Hauptstadt naheliegenden Provinzen dicht beisammen wohnen. Nun, meine Lords, betrachten Sie die Angelegenheit betreffs Batums. Es würde mich gefreut haben, wenn Batum in türkischem Besitz geblieben wäre, und zwar jenem allgemeinen Grundsatz zuliebe, daß, je weniger wir türkisches Gebiet in jenem Theil der Erde verkürzen, es desto besser um das Prestige und den Einfluß der Pforte bestellt sein würde. Was ist dieses Batum, wovon wir jüngst so viel gehört haben? In der Gesellschaft und in der Welt im allgemeinen spricht man davon, als sei es ein zweites Portsmouth. Batum könnte drei große Schiffe fassen, und wenn diese so dicht gepackt würden wie in den Londoner Docks, hätte es Raum für sechs. Aber namentlich wenn der Wind von Norden bliese, erwüchse diesen Schiffen die größte Gefahr. Sie können jenen Hafen nicht nach der See hin, des äußerst tiefen Wassers wegen, erweitern. Sie können dort nicht bauen, keinen künstlichen Hafen herstellen, keinen Wellenbrecher konstruiren. Landwärts wäre es möglich den Hafen von Batum zu vergrößern, aber nur mit Hülfe von Ingenieuren ersten Ranges und durch die Verausgabung vieler Millionen. Wenn wir an die Vervollständigung jenes Hafens dächten, nach Maßgabe solcher die in andern Ländern vorhanden sind, und zwar insbesondere am Schwarzen Meere, so würde derselbe nicht vor Ablauf eines halben Jahrhunderts vollendet sein. Ist das eine Sache derentwegen England berechtigt wäre sich in einen Krieg mit Rußland zu stürzen?

Nun, dies ist der Ursprung der Konstantinopeler Uebereinkunft, welche Euren Lordschaften vorliegt, und mit dieser Konvention verfolgten wir einen nicht bloß vermittelnden oder vorwiegend militärischen Zweck, sondern unser Zweck war England mit Sicherheit in eine Position zu versetzen, in welcher sein Rath und seine Haltung mindestens den Vortheil hätten mit einer militärischen Macht und jener Stärke im Zusammenhang zu stehen, welche häufig zu besitzen nothwendig ist, wenn es sich um den Vollzug großer Transaktionen handelt. Obgleich Sie vielleicht nicht der Ansicht sind, daß es nothwendig sein werde zu jener Macht Zuflucht zu nehmen, war es doch mehr unser Zweck beim Abschluß jener Uebereinkunft mit der Türkei Ruhe und Ordnung herzustellen. Wenn dies geschehen, glaubten wir, daß die Zeit gekommen sein werde, wo der Reichthum und die Unternehmungslust Europa's eingeladen werden könnten.

Meine Lords! Ich bin überrascht zu hören, daß der Schritt, den wir gethan, als irgend etwas dargestellt oder ausgelegt werden könne, das danach angethan ist den Argwohn oder die Feindseligkeit eines unserer Verbündeten oder irgend einer Macht überhaupt wachzurufen. Ich bin überzeugt, daß, wenn nur ein kurzer Zeitraum verstrichen ist und wir alle mit diesem Gegenstand besser vertraut sind, als dies gegenwärtig der Fall ist, kein Mensch England anklagen wird in dieser Sache anders als mit Offenheit und aller Rücksicht für andere Mächte vorgegangen zu sein, und wenn es irgendwelche Mächte und wenn es überhaupt irgendwelche bestehende Macht giebt, gegenüber welcher wir uns bemüht haben, aus besonderen Gründen in dieser Angelegenheit noch mehr Rücksichtnahme walten zu lassen, so ist dies Frankreich. Es giebt keinen Schritt in dieser Sache, den ich thun würde, ohne dessen Wirkungen auf die Gefühle Frankreichs zu erwägen, einer Nation, mit welcher wir beinahe durch jedes Band verknüpft sind, das sie mit England verbinden kann, und mit der unsere Freundschaft im täglichen Wachsen begriffen ist. Wenn es irgend einen Schritt geben würde, der vor allen anderen am wenigsten berechnet war, den Argwohn oder die Empfindlichkeit Frankreichs zu erwecken, so scheint es der gewesen zu sein, daß wir es vermieden haben an Aegypten zu rühren, weil wir wußten wie reizbar Frankreich in diesem Punkt ist. Aus demselben Grunde vermieden wir es auch nach Syrien zu greifen. Wir vermieden es uns irgend einer Position auf dem festen Lande zuzuwenden,

weil wir nicht die Gefühle Frankreichs oder seine Empfindlichkeit verletzen wollten. Frankreich weiß, daß wir allem widerstanden haben, was irgendwie einer Gebietstheilung gleichsähe, weil Gebietstheile, die zu England hätten kommen können, nur solche sein konnten, welche Frankreich mit Argwohn und Mißvergnügen in unseren Händen gesehen hätte. Lassen Sie mich noch die Bemerkung hinzufügen: Wir haben greifbare Interessen im Orient, und wir müssen dafür Sorge tragen, aber die Interessen Frankreichs in Aegypten und Syrien sind Gefühls- und traditionelle Interessen und wir müssen daher dieselben respektiren. Ich wünsche im Libanon und in Aegypten den Einfluß Frankreichs in gerechter und billiger Weise überwiegen zu sehen. In diesem Moment sind in jenen Theilen der Welt, und insbesondere in Aegypten, unsere Beamten mit seinen im besten Einvernehmen thätig. Wir müssen uns gegenwärtig beibehalten, daß unsere Verpflichtung nicht eine Sache des Gefühls ist. Wir haben dort selbst dringende, gewichtige und unendlich große Interessen zu behüten, und gerade deßhalb fanden wir, daß das Vordringen Rußlands ein derartiges war, daß es, was immer auch dabei in Absicht lag, in jenen Theilen der Welt nothwendigerweise einen solchen Grad von Desorganisation und Mißtrauen hervorrufe, daß die Sache sich so stellte: Treten wir nicht ein für die Geltendmachung unserer Interessen, so muß jener Theil Asiens der Anarchie verfallen und schließlich einen Theil der Besitzungen Rußlands ausmachen. Meine Lords! Es wird keine Eifersucht zwischen England und Frankreich wegen der Besetzung von Cypern eintreten. Es handelt sich ja nicht um eine Mittelmeer-, sondern um eine englische Angelegenheit. Wir haben einen Schritt gethan, den das Haus nicht mißdeuten wird, und ich hoffe das Land wird auch nicht unsere Beweggründe zur Besetzung von Cypern mißverstehen, so wenig wie unsere Absicht, die freundlichsten Beziehungen zwischen uns selbst und der Regierung und der Bevölkerung der Türkei zu fördern. Das ist kein kriegerisches Vorgehen, es ist eine Handlung des Friedens und der Civilisation. Wir haben keinen Grund einen Krieg zu fürchten. Ihre Majestät besitzt eine Armee, welche keiner andern nachsteht, England muß mit Stolz wahrgenommen haben, wie sich das Mittelmeer mit seinen Schiffen bedeckte. England muß mit Stolz die Disciplin und die Hingebung aller Truppen für Ihre Majestät und Ihrer Majestät Regierung wahrgenommen haben. Diese Truppen waren von allen Enden ihres Reiches herbeigerufen. Der erlauchte Herzog, in dessen Gegenwart ich rede, kann Zeugniß ablegen für den Geist und den unparteiischen Patriotismus, welcher die indischen Truppen, die er vor kurzem besichtigte, beseelen. Aber nicht auf unsere Flotte oder Armee, wie groß sie auch sein mögen, haben wir uns hauptsächlich zu verlassen, sondern bei diesem Unternehmen, zu welchem jetzt unser Vaterland schreitet, ist das Bewußtsein von höchstem Werthe, daß die Bewohner des Ostens in unser Land Vertrauen setzen und wissen werden, daß wir unserer Politik gleichzeitig Nachdruck verleihen können. Unser Reich ist eines der Freiheit, Wahrheit und Gerechtigkeit."

5. August. Aus der Rede Lord Beaconsfields in Mansion-House.

„Mein Herr Lordmayor! Es ist nahezu drei Jahre her, daß ich zu einem Ihrer Herren Vorgänger, ich glaube in dieser Halle, sagte: daß in einer abgelegenen Provinz des türkischen Reiches Unruhen ausgebrochen seien, die man nur mit der Ueberzeugung ansehen könne, daß sie ernstlicherer Art werden würden. Zu jener Zeit waren die drei Kaiserstaaten, die wegen ihrer Grenznachbarschaft nothwendigerweise zu jener Provinz in direkterer und unmittelbarerer Beziehung standen als England, mit unserm Land über diese Sache in Verhandlung getreten, und wir hatten geantwortet, daß, obwohl ihr Interesse an derselben ein direkteres sein möchte, es doch nicht beträchtlicher als dasjenige Englands sei. Nun, mein Lordmayor, seit jener Zeit haben sich manche Dinge von großer Bedeutung begeben. In den letzten zwei Jahren wurde ein bevorstehender allge-

meiner Krieg von jedem Lande gefürchtet. Und es war wirklich die absolute Möglichkeit eines allgemeinen Kriegs vorhanden, der allerdings beschränkt in seinem Schauplatz, aber schrecklich und blutig gewesen sein würde. Befürchtungen, und wohlbegründete Befürchtungen, waren vorhanden, daß die Wagschale der Macht im Mittelmeer, wo England so stark interessirt ist, umgestoßen werden würde. Man befürchtete, daß Rußland Häfen im Aegäischen Meer errichten würde, und daß die Beschränkungen der Schifffahrt in den Meerengen, welche von Seiten unseres Landes immer als ein Hauptpunkt angesehen wurden, abgeschafft werden sollten. Man besorgte weiter — und hatte guten Grund dazu, — daß Kleinasien erobert werden sollte und daß die Niederlassungen und der Einfluß Großbritanniens am Persischen Golf ernstlich gefährdet seien. Unterdessen hat eine Konferenz in Konstantinopel und, wie Sie wohl wissen, ein Kongreß in Berlin stattgefunden.

Und was ist nun das Resultat dieser großen Ereignisse, dieser besorgnißerregenden Zusammenstöße, dieser kolossalen Umwälzungen? Das Resultat ist der allgemeine Friede in Europa — ein Friede, der, wie ich glaube, dauernd sein wird. Und warum, mein Lordmayor, glaube ich, daß dieser Friede ein dauernder sein wird? Weil ich sehe, daß alle Mächte durch ihn befriedigt sind, und keine Macht durch ihn gedemüthigt wird. Nehmen Sie die beiden Kriegführenden, zuvörderst Rußland, so ist kein Zweifel, daß die Entscheidung des Kongresses in Berlin Rußland gezwungen hat, die wichtigsten Eroberungen, die es in Europa gemacht hatte, fahren zu lassen; doch wurde zu gleicher Zeit gebührende Rücksicht auf die militärische Ehre dieser großen Macht genommen, und es wurde das in den Händen Rußlands belassen, was man einem Sieger, dessen Armeen sogar bis an den Pforten der Hauptstadt des Gegners standen, nicht verweigern kann. In Betreff Rußlands sind übrigens auch andere Betrachtungen bei diesem Friedensschlusse nicht außer Acht zu lassen. Der geschlossene Friede, ist eine mächtige Schranke für die Ruhelosigkeit militärischen Ehrgeizes in Rußland. Eine keineswegs hervorragend mächtige Partei, eine Partei, welche durchaus nicht die zahlreichste ist — eine Partei, die in ihren Reihen nicht die wichtigsten Männer in jenem Lande zählt, sondern nur eine Partei, die aus militärischen günstigen Erfolgen Vortheil gezogen hat, sobald solche eintrafen, und unter Regierungen, welche dieselben nicht hätten zulassen sollen, — eine Partei, die Europa mit Furcht und Unruhe erfüllt hat, — diese Partei hat jetzt für einige Zeit die Lehre erhalten, daß die Grundzüge eines Vertrags festgestellt worden sind, welcher sie nicht ungestraft handeln und die Thätigkeit Rußlands von der Entwicklung seiner Hülfsquellen, deren das Land ganz besonders bedarf, und deren Förderung zum größten Glück seines Volkes gereichen würde, ablenken lassen wird. Nun, mein Lordmayor, lassen Sie uns sehen, wie die Lage des anderen Kriegführenden ist. Um einen genauen Begriff von seiner Lage zu erhalten, müssen Sie sich daran erinnern, daß noch vor wenigen Monaten zahllose Legionen seiner Feinde sogar an den Pforten seiner Hauptstadt rüttelten, daß seine besten Provinzen erobert waren und, daß trotz der Tapferkeit seiner Truppen — welche alle anerkennen und bewundern — seine Hülfsquellen erschöpft waren. Der Sultan der Türkei, dem kaum eine Quadratmeile an Territorium in Europa verblieben war, hat jetzt in Europa ein reiches und gesegnetes Land, welches an Flächeninhalt gleich ist mit England und Wales; während in dem asiatischen Theil seiner Besitzungen seinen Befürchtungen ein Ende gemacht ist; und er weiß wohl, daß jetzt der günstige Augenblick gekommen ist, wo die Hülfsquellen seines Landes entwickelt werden können, unter dem Vortheil einer Ruhe, deren sie sich kaum je früher erfreuten.

Soviel, mein Lordmayor, über die Kriegführenden; lassen Sie uns jetzt für einen Augenblick die Lage der neutralen Mächte betrachten. Die erste, und in diesen Angelegenheiten die wichtigste neutrale Macht ist Oesterreich — und was hat sich in Betreff Oesterreichs ereignet? Diese Macht hat als Bevollmächtigte der Türkei eine wichtige Provinz occupirt, welche für die Pforte keine Quelle

des Reichthums, sondern eine Quelle der Schwäche und der Verwüstung war; welche aber im Besitz Oesterreichs uns möglich macht, wie ich hoffe, für immer jene panslavistische Konföderation und Verschwörung in Schranken zu halten, welche sich schon der Wohlfahrt der Welt so verderblich erwiesen hat. Von der dominirenden Position, die sie jetzt inne haben wird, dürfen Sie in eine Zukunft des Friedens, der Ruhe und der Ordnung in Gegenden sehen, wo diese Segnungen niemals vorher in Blüthe waren und deren Lage für Europa eine beständige Drohung von Verwirrungen und Krieg war. Wenn Sie nun Ihre Aufmerksamkeit auf die Lage der zwei Mittelmeer-Mächte, Italien und Frankreich, richten wollen, so haben diese die Genugthuung zu wissen, daß das Gleichgewicht der Macht im Mittelländischen Meere nicht gestört worden ist. Sie haben den Frieden erlangt, an welchem keine Macht mehr interessirt ist, als sie selbst; und sie wissen wohl, daß England in diesem Theile der Welt eine Politik befolgt, welche zur Vermehrung des Reichthums und der Wohlfahrt der Gesellschaft führen wird, an welcher aber theilzunehmen sie aufrichtig und dringend von England eingeladen werden. Ueber den großen Friedensstifter, über Deutschland, brauche ich wohl nichts zu sagen. Deutschland hat zuerst zu diesem Kongreß eingeladen, und Deutschland hat von Anfang an gesagt, daß alles, was es verlange, der Friede Europa's sei. Und dieses Ziel ist erreicht. So bleibt schließlich nur unser eigenes Vaterland übrig, und ich kann mich auf die Ereignisse berufen — ich kann mich mit Zuversicht auf die große Abmachung berufen, die jetzt von Ihnen allen gekannt und in jedermanns Mund ist, und Sie fragen, ob ich das Pfand nicht eingelöst habe, welches ich Ihnen vor drei Jahren gab, daß Ihrer Majestät Minister die Interessen des Landes wahren würden. Ich habe die Zuversicht, daß sie nicht nur die Interessen ihres Landes gewahrt, sondern auch die Unabhängigkeit Europa's gesichert haben. Mein Lordmayor, ich hätte kaum nöthig gehabt, bei der interessanten Scene an diesem Morgen gegenwärtig zu sein, um zu fühlen, daß, obwohl die Bürger Londons den Maßnahmen des Berliner Kongresses und den Bemühungen meines edlen Freundes und meiner selbst in jener Versammlung Gerechtigkeit und mehr als Gerechtigkeit widerfahren lassen, das englische Volk doch, wie ich glaube, an der Konvention von Konstantinopel mehr Interesse nimmt als sogar an dem Frieden von Berlin. Mein Lordmayor, Europa hat jetzt eine Aussicht vor sich, deren es sich nie früher erfreute. Es hat die Erforschung und Entwicklung eines großen Kontinents übernommen, den die Natur mit unendlichem Reichthum begabt hat, der aber, was seine Regierung und Verwaltung betrifft, jetzt unglücklicherweise für unzählige Zeitalter Völkerstämmen anheimgefallen ist, die von der Kunst der Verwaltung nichts verstehen. Ich weiß, daß man sagt, daß die Verpflichtung, die der Sultan der Türkei uns gegenüber eingegangen ist, eine nur auf dem Papier stehende Verpflichtung sei; man erinnert uns, daß vor dem heurigen Jahre — 1856 im Frieden von Paris — Verpflichtungen dieser Art in Betreff der Reformation der Verwaltung seines Gebiets eingegangen wurden, und daß dieselben, leicht eingegangen, vollkommen umgangen worden seien. Aber, mein Lordmayor, zwischen den beiden Situationen ist keine Aehnlichkeit. In dem Frieden von Paris gab es keine Verpflichtungen von Seiten des Sultans gegen Europa. Durch die Konvention von Konstantinopel existirt eine besondere Verbindlichkeit von Seiten des Sultans gegen England und unabhängig von den enormen Verschiedenheiten der beiden Situationen, — unabhängig von dem Recht und dem Privilegium unseres Dazwischentretens, welches wir durch die Konvention von Konstantinopel besitzen, — sind wir nicht dazu berechtigt zu sagen, daß es nicht eine hoffnungsvolle Aufgabe ist, selbst wenn wir nicht das Recht hätten, den Sultan zu einer guten Verwaltung seiner Besitzungen anzuhalten. Wir haben kein Recht anzunehmen, daß er nicht aus eigenem Antrieb Reformen einschlagen und beginnen werde, und um das zu beweisen, möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf eines der bemerkenswerthesten Dokumente, die jemals über diesen Gegenstand erschienen sind, lenken. Ich will nicht die Depeschen, weder die russischen noch die englischen, anführen; einige von ihnen sind voll von unschätzbarem Material,

aber sie mögen natürlicherweise durch die Parteistellung beeinflußt sein. Es gab aber eine Anzahl Männer in der Türkei, — Männer von den höchsten Grundsätzen, ja von erhabenem Charakter — Männer, welche ihr Leben der Wohlfahrt ihrer Mitmenschen weihten und keine andere Belohnung als die Ueberzeugung ihres eigenen Gewissens suchten — und das waren die amerikanischen Missionäre. Die amerikanischen Missionäre waren über alle Theile der Türkei zerstreut, und als dieser Krieg begann — und zwar unter falschem, in hohem Grade falschem Vorwande — wendeten sich die amerikanischen Missionäre an den Kaiser von Deutschland und sagten: daß es ihre Pflicht wäre ihm kund zu thun, daß sie in jedem Theil des Osmanischen Reiches gelebt und gewirkt hätten, und daß seit dem Krimkrieg und dem Vertrag von Paris die Besserung der Lage der christlichen Unterthanen der Pforte höchst bemerkenswerth sei. Sie erwähnen in diesem Schriftstück, daß die Rücksicht auf Leben und Eigenthum jetzt höchst auffallend sei. Sie erwähnen in diesem Document, daß die Erziehung sehr eifrig betrieben würde und daß die Toleranz eine fast vollkommene sei; aber diese Aenderungen konnten nur durch den Einfluß des Sultans selbst bewirkt worden sein; denn es gab zu jener Zeit keine Macht in Europa, welche das Recht gehabt hätte, ihm gegenüber Reklamationen zu machen oder sich in die Regierung seiner Unterthanen einzumischen.

Deßhalb glaube ich nicht, daß wir, wie einige annehmen, von Seiten des Sultans selbst Hindernisse in den Weg gelegt finden werden gegen die großen Aenderungen, die bevorstehen, und welche, wenn ins Werk gesetzt, so viel zum Reichthum und zu der Wohlfahrt der Welt beitragen werden. Ich will nicht in Details über diesen Gegenstand eingehen. Ich sah vorgestern einen Amerikaner von großem Namen, einen Mann, den ich nur als einen Staatsmann bezeichnen will, und zwar als einen, der eine hohe Stellung in dem Lande, dem er diente, inne hatte. Er sagte mir: „Nur eine Sache ist zu thun, und ein Wort ist genügend, um das große Experiment, das England zu unternehmen im Begriff ist, zu beschreiben. Laßt euern Wahlspruch Gerechtigkeit sein. Wird Gerechtigkeit geübt und aufrecht erhalten, so werdet ihr eine solche Veränderung in dem Charakter und dem Betragen des Volkes finden, daß ihr nach Ablauf weniger Jahre kaum glauben werdet, daß sie dieselbe Race sind." Ich sehe deßhalb in die Zukunft mit großem Vertrauen zu der Politik der Regierung, welche Cypern occupirt hat. Ich glaube, sie wird einen höchst wohlthätigen Einfluß in Kleinasien ausüben. Die erste Pflicht der Regierung wird die sein, Ruhe und Ordnung zu sichern. Wenn Ruhe und Ordnung, welche hauptsächlich auf der Uebung der Gerechtigkeit beruhen, gesichert sind, dann würde ich das übrige mit Vertrauen der Energie und dem Unternehmungsgeist Europa's überlassen. Ich würde nicht meine Hoffnungen lediglich auf die Energie und den Unternehmungsgeist meiner Landsleute beschränken, sondern ich würde auch den Scharfsinn Italiens willkommen heißen; ich würde die Erfindungsgabe Frankreichs willkommen heißen, und ich würde mich freuen, wenn ich jene Mächte aus den Operationen, die durch die Entscheidung Englands zuerst geplant und ausgeführt wurden, Nutzen und großen Nutzen ziehen sehe. Bevor ich mich niedersetze, mein Lordmayor, möchte ich um die Erlaubniß bitten, noch auf eine Bemerkung Ihre Aufmerksamkeit zu lenken. Seitdem ich irgend Bekanntschaft mit oder Kontrole über die öffentlichen Angelegenheiten habe, — habe ich nie eine Zeit gekannt, in welcher die Beziehungen zwischen den großen Mächten Europa's so wesentlich freundschaftlich waren, wie sie es im gegenwärtigen Augenblick sind. Glücklicherweise sind wir nicht zum Kriege mit Rußland geschritten, und der große Staatsmann, mit welchem wir in Verbindung getreten sind, kannte bei den Unterhandlungen mit England wohl den großen Vortheil davon, daß es nicht zum Kriege zwischen den beiden Mächten gekommen war. Ich glaube, niemand ist mehr darauf bedacht, die Hülfsquellen ihres Landes zu erschließen als die leitenden Staatsmänner in Rußland; und sie fühlen die Ueberzeugung, daß ein ruheloser und kriegerischer Geist ihr Reich erschüttern, und vielleicht sogar zu Grunde richten muß. Was die anderen Mächte

betrifft, so will ich nur eine erwähnen, und das ist Frankreich, weil man uns Absichten zumuthete, welche gewiß von den Zielen, die mein edler Freund und ich anstreben, total verschieden sind. Ich würde es als einen der größten Unglücksfälle ansehen, der jemals England zustoßen könnte, wenn irgend eine Entfremdung zwischen England und Frankreich einträte in den Gefühlen der aufrichtigen und vollkommenen Freundschaft, welche seit langen Jahren zwischen den beiden Ländern groß geworden ist. England und Frankreich sind durch so manche Bande verknüpft, — es herrscht so viel Sympathie zwischen den beiden Völkerschaften, die Geschichte beider Länder berührt beide gegenseitig so nahe, daß ich selbst nicht leicht begreifen kann, daß zwischen England und Frankreich jemals Gefühle erstehen sollten, die zu Mißhelligkeiten und schrecklichen Folgen führen würden. Ich hoffe, mein Lordmayor, die Zeit ist gekommen, wo ich und meine Kollegen, die Ihre Gastfreundschaft theilen, in unseren Gesprächen nach Tisch nicht länger auf Krieg und Kriegsgeschrei beschränkt sind. Es war während mehrerer Jahre mein Loos bei diesen Gelegenheiten, meinem Vaterland ein warnendes Wort zuzurufen, und ich bin glücklich, ja, ich kann sagen, ich bin sogar stolz in dem Gefühl, daß die geäußerte Warnung sich nicht als unbegründet erwiesen hat; aber ich vertraue darauf, daß diese Zeit jetzt vorüber ist, und daß es das Wiederaufleben des Handels, die Entwicklung der Industrie und aller Künste der Civilisation sein wird, worüber ich mich von Zeit zu Zeit an den höchsten Magistrat der größten Stadt der Welt zu wenden haben werde.“

Aus der Rede Lord Beaconsfields an eine australische Deputation.

„Ich betrachte jene Regelung als eine Regelung, welche die Herstellung des Friedens in Europa sichern wird. Es war keine zusammengeflickte Regelung; es war nicht eine Regelung, welche irgend eine Macht zu demüthigen bestimmt war; denn hätte sie irgend eine Macht gedemüthigt, so würde das Element eines bleibenden und andauernden Friedens nothwendiger Weise gefehlt haben. Nein, es war eine Regelung, welche von einigen der erfahrensten und bewährtesten Staatsmänner aufgesetzt wurde, deren Bestreben es war, Europa einen andauernden Frieden zu sichern. Und ich muß meine Ansicht aussprechen, daß dieser Zweck im vollständigsten Maße erreicht werden wird. Vor nicht langer Zeit, als wir alle in den verschiedensten Ländern zerstreut waren, schien eine Art von Verschwörung zu bestehen, die den Zweck hatte, der Welt einzureden, daß der Vertrag von Berlin in Wahrheit ein bloßes Luftgebilde sei. Ohne Zweifel gab es Leute, welche es als ihr Interesse erachten mußten, daß der Vertrag nicht zur Ausführung gebracht werde; das ist indessen nicht das Gefühl der Unterzeichner des Vertrags. Die Unterzeichner haben beschlossen, daß er zur Ausführung gebracht werden soll, weil sie keine andere Sicherheit für der Frieden Europas anerkennen als eine Politik, welche auf jener Grundlage aufgebaut ist. Daher wünsche ich Ihnen einzuprägen, was auch immer Ihre Ansicht sein möge, daß Sie es als eine politische Thatsache ansehen, daß der Vertrag von Berlin eine Urkunde ist, welche aufrecht erhalten und zur Ausführung gebracht werden wird, und die Folgen desselben werden, wie ich hoffe, in dem bleibenden Frieden Europa's zu finden sein. Jeden Tag ereignet sich Etwas, was zu der Erfüllung jenes Vertrags beiträgt, und ich hege keinen Zweifel, daß, wenn die Frist herankommt, welche in jenem Vertrag als zur Erfüllung aller seiner Bedingungen in's Auge gefaßt wurde, die Welt es anerkennen wird, daß diese Erfüllung vollständig ist. Sie haben in der oben verlesenen Adresse auch der Erwerbung eines berühmten Punktes der Welt für unser Land gedacht. Ueber diesen Gegenstand möchte ich ebenfalls eine Bemerkung machen. Durch Besetzung der Insel Cypern wurde jede Bedingung, welche der Politik der Königlichen Regierung zu Grunde lag, vollständig erfüllt. Wir besetzten Cypern als eine Insel, die uns am besten

geeignet schien, eine starke maritime und militärische Stellung für das Englische Volk zu bilden, so daß wir vermöge unserer Anwesenheit dort in der Gestalt unserer Wehrmacht den Sultan in seinen ehrlichen Plänen zur Neubelebung seines Reiches zu unterstützen vermögen. Die Bedingungen, die wir jener Politik zu Grunde legten, sind also, ich wiederhole es, vollständig erfüllt. Als militärische Stellung betrachtet, eignet Cypern sich zur Aufnahme ungezählter Streitkräfte; als Seestation — das vermag ich auf Grund der höchsten Autorität in unserer Flotte, der Autorität von Männern, die vor ganz Kurzem die Insel besucht haben und jetzt im vollsten Maße den Bericht bestätigen, auf Grund dessen wir der Besetzung zustimmten, zu erklären — als Seestation bietet Cypern einen Hafen, der sich mit geringen Kosten und, was noch wichtiger ist, mit nur geringem Aufwande an Zeit dazu einrichten läßt, unsere ganze Mittelmeerflotte aufzunehmen; es ist dies der Hafen von Famagusta. Als Seestation wird Cypern selbst hinter Malta nicht zurückstehen. Außerdem ist die Insel von der Natur mit einem ergiebigen Boden, und trotz Allem, was dagegen gesagt worden ist, auch mit einem Klima gesegnet, welches jedem halbtropischen Klima gleichkommt. Es besitzt weiter natürliche Schätze, deren Entwicklung ohne Zweifel bevorsteht, und überhaupt glaube ich, daß die Lage jenes wichtigen Punktes der großen Sache gesellschaftlichen Fortschrittes und nationaler Entwicklung förderlich sein wird."

Aeußerung des Kaisers von Oesterreich an eine Deputation der Delegation.

„Es gereicht mir zur aufrichtigen Befriedigung, daß es dem Kongresse gelungen ist, die eminente Gefahr eines europäischen Krieges zu beschwören. Der Berliner Friede hat einen neuen Zustand der Balkanländer geschaffen. Seine konsequente und allseitige Durchführung, für welche Meine Regierung mit aller Vertragstreue eintreten wird, ist geeignet, die Wiederkehr von Gefahren, die den Frieden Europas und unsere Interessen bedroht haben, wirksam hintanzuhalten. Zur Erreichung dieses Zieles haben die in Berlin versammelten Mächte sich in dem Beschlusse geeinigt, daß die Okkupation und Administration von Bosnien und der Herzegowina Oesterreich-Ungarn übertragen werde. Ich habe diese Aufgabe übernommen. Ich bedauere, daß es bei der tiefen Zerrüttung der inneren Verhältnisse jener Länder nicht möglich war, das Werk der Okkupation in friedlichem Wege durchzuführen. Der Widerstand, den anarchische Elemente Unseren wohlwollenden Absichten entgegensetzten, ist der Tapferkeit Meiner braven Truppen in kurzer Zeit gewichen. — — Ich bin überzeugt, Sie werden Ihre Bemühungen mit denen Meiner Regierung vereinigen, damit das begonnene Werk zur Erhaltung des europäischen Friedens, zum Wohl und Ruhme der Monarchie, zur Konsolidirung ihrer inneren und äußeren Verhältnisse einem glücklichen Ende zugeführt werde."

Andrassy in der Delegation.

„Man hat hier gesagt, es errege Verdacht, daß die Idee, uns nach Osten zu schieben, und also auch die Idee der Okkupation (von Bosnien und Herzegowina) von Deutschland angeregt worden sei, von wo uns nichts Gutes komme oder gekommen sei. Ich könnte meine Rede nicht endigen, ohne auf diesen Punkt zurückzukommen. Wäre die Idee der Okkupation von wem immer gekommen und sie wäre nicht die richtige für Oesterreich-Ungarn gewesen, ich hätte sie mit Entschiedenheit zurückgewiesen. Sie ist aber gar nicht von Deutschland angeregt

worden. Die Protokolle beweisen, daß die Anregung zu dieser Idee von England ausgegangen ist. Ich frage aber — hiervon abgesehen — in welche Stellung würden wir, wenn diese Anschauung auch in Regierungskreisen oder in größeren Kreisen Eingang fände, Deutschland gegenüber gerathen? Vor dem Kongresse wurde ich angegriffen in Folge einer Rede, in der Fürst Bismarck in persönlich für mich sehr schmeichelhafter Weise sich geäußert hat. Es wurde gesagt, das sei nur persönlich, Deutschland gehe entschieden mit Rußland! es hätte auch darin, daß Rußland und England sich geeinigt hätten, gegen uns gewirkt. Das wurde also Deutschland vorgeworfen, und zwar mit vollem Unrecht, denn — ich wiederhole — Niemand war auf dem Kongresse, der nicht sagen muß, Deutschland habe sowohl dem europäischen Frieden als uns speziell ehrliche und verläßliche Unterstützung gewährt. Nun aber: wie soll sich Deutschland eigentlich stellen, um uns recht zu thun? Unterstützt es uns nicht bis zu einem Grad, wie es nicht kann, ohne sich mit anderen Mächten in Antagonismus zu setzen, so wird es als gegen uns gesinnt verdächtigt — leiht es uns aber seine Unterstützung, wie es dies im vorliegenden Falle ehrlich gethan hat, dann wird es wieder verdächtigt. Mir ganz unbegreiflich, denn wenn man anführt, es wolle uns aus Deutschland verdrängen, so muß man doch bedenken, daß wir aus Deutschland längst draußen sind und daß, wenn es überhaupt Absichten gegen uns gehabt hätte, eine ganz andere Modalität da wäre, als jene, uns die Okkupation von Bosnien und der Herzegowina anzurathen, nämlich ein engeres Zusammengehen mit irgend einer Macht, die den unsrigen entgegengesetzte Interessen hätte. Wenn also Deutschland nicht ausschließlich für uns einsteht, so klagen wir es an, gegen uns zu sein; steht es aber in irgend einer Frage für uns ein, so heißt es, es wolle uns nach dem Osten treiben. Welche Verhältnisse würden sich da gestalten, wenn diese Ideen auch in Regierungskreisen maßgebend wären? Ich glaube aber nicht blos in Regierungskreisen herrschen diese Ansichten nicht, sie sind in gar keinen Kreisen Oesterreich-Ungarns vorwaltend, denn jeder Mensch muß das Gewicht des natürlichen Verhältnisses zwischen uns und den Nachbarn fühlen."

Weitere Aeußerungen Andrassy's.

„Ich frage Sie, meine Herren, wenn ich Ihnen vor zwei Jahren gesagt hätte, es werde der orientalische Krieg in seiner ganzen Ausdehnung entbrennen, Rußland werde über die Türkei siegen, die Türkei werde zwei Drittel ihres Besitzes verlieren, es werde Europa ein neuer Zustand durch eine einzelne Macht aufoktroyirt werden, aber keine dieser Gefahren werde uns treffen; wir werden die siegreiche Macht ohne Krieg dazu vermögen, daß sie die Resultate ihres Sieges einem europäischen Areopag unterwirft; es werden weder unsere handelspolitischen, noch unsere territorialen Interessen alterirt werden, ja wir werden sogar von Europa das einstimmige Mandat erhalten, einen Theil der Balkanhalbinsel zu okkupiren, während derselbe Kongreß Rußland die Räumung Bulgariens auferlegen wird; was hätten Sie mir damals erwidert? Sie hätten mich einfach Schwindler genannt und dies umsomehr, wenn ich hinzugefügt hätte, daß all diese Resultate nur 102 Millionen Gulden kosten werden und 766 Todte, nicht aber 7000 Todte, wie Herr Hausner unlängst wieder unter Applaus gesagt hat.

Wir haben das vorletzte Mal einen Krieg mit Frankreich und Italien geführt und eine Provinz verloren; wir haben später mit Deutschland und Italien einen Krieg geführt und eine andere Provinz verloren. Nun haben wir ohne Krieg zwei Provinzen in den Machtbereich der Monarchie gezogen. Ich glaube, daß es der größten Eloquenz unmöglich sein wird, zu beweisen, daß siegen und geschlagen werden, daß Provinzen verlieren und gewinnen gleiche Begriffe seien, und ich glaube nicht, daß die Monarchie, nachdem sie die Verluste der Provinzen überdauert hat, nun durch die Okkupation zweier Provinzen zu Grunde gehen wird. Ich rechne darauf, daß das offene, ehrliche österreichische Volk und

seinem Patriotismus und seinem gesunden Menschenverstande im Pessimismus nicht so weit gehen werde. Ich meinerseits habe nicht die Absicht, Vertrauen in mich zu erwecken, sondern Vertrauen in die Monarchie und ihre Zukunft. Ich habe heute mehr Feinde als früher. Manche trösten sich mit dem Worte: „Viel Feind, viel Ehr!" Ich kann mich damit nicht trösten, ich tröste mich mit dem Gedanken, wenn ich mehr Feinde habe, hat die Monarchie desto weniger."

Der Minister wendete sich hierauf gegen die Behauptung des Delegirten Demel bezüglich der Haltung Deutschlands. „Deutschland ist uns als ehrlicher, treuer Bundesgenosse zur Seite gestanden. Will man aber Deutschland oder speziell den deutschen Reichskanzler für die Okkupationsidee verantwortlich machen, so empört sich mein Inneres, wenn ich daran denke, daß man mir vorwirft, so wenig selbstständig zu sein, daß ich gegenüber allen ablehnenden Voten der Vertretungskörper an dieser Idee festgehalten habe. Wäre die Idee nicht richtig gewesen, ich hätte sie entschieden zurückgewiesen. Sie ist aber gar nicht von Deutschland angeregt worden; sie wurde von England angeregt. Ich frage nur, in welche Stellung würden wir gerathen, wenn diese Anschauung in großen Kreisen Eingang finden würde. Es war Niemand auf dem Kongresse, der nicht gesagt hätte, Deutschland habe sowohl dem europäischen Frieden, als uns speziell ehrliche und verläßliche Unterstützung gegeben. Jeder muß wissen, wie das natürliche Verhältniß zwischen uns und unserem Nachbar freundlich ist, und die Ansichten des Herrn Delegirten Demel sind nur eine Einbildung. Man hat gesagt, wenn wir in Bosnien sind, müssen wir weiter gehen. Wir können weiter gehen, müssen es aber nicht. Es ist auch gesagt worden, es sei mit dem Berliner Vertrag Niemand zufrieden, nur ich. Wenn es der Fall wäre, daß Europa in den Armen Rußlands liegt, wie behauptet wurde, warum ist Rußland nicht zufrieden? Wenn es in Italien welche giebt, die nicht zufrieden sind, so ist es deshalb, weil vielleicht eine Befestigung unserer Machtstellung stattgefunden hat. Daß die englischen Minister nicht zufrieden seien, habe ich nicht gehört. Im Gegentheil weiß ich, daß sowohl die Minister als auch die Bevölkerung von England zufrieden sind. So ist die Auffassung auswärts über den Berliner Vertrag; sie ist eine ganz andere, als der Ausschußbericht ausspricht, und ich muß mich damit trösten und darauf hoffen, daß auch die Delegation den Anschauungen des Berliner Kongresses Recht geben wird und nicht dem Ausschußbericht, und damit schließe ich."

Auch die russische Regierung hat zu derselben Zeit in wiederholten Erklärungen des Auswärtigen Amtes die Versicherung ertheilt, daß es der Wunsch des Kaisers Alexander sei, die Bestimmungen des Berliner Vertrages in jeder Beziehung zu beachten, damit durch eine getreuliche Ausführung desselben die Pacifizirung herbeigeführt werde, die ihm sehr am Herzen liege. Kein Beamter des Kaisers werde in dieser Hinsicht seine Pflichten verletzen. — — — Die strikte Ausführung des Berliner Vertrages (heißt es in einer weiteren Erklärung) bilde die Grundlage der gegenwärtigen Politik Rußlands.

Eine eigentliche amtliche Aeußerung erschien erst nach Abschluß des Friedens von Konstantinopel mit der Türkei.

Das damals erlassene russische Manifest lautet:

„Von Gottes Gnaden Wir, Alexander II., u. s. w. Am 27. Januar hat Unser Botschafter in Konstantinopel mit Unserer Einwilligung den endgültigen Friedensvertrag mit der osmanischen Pforte abgeschlossen, und am heutigen Tage haben Wir denselben bestätigt. In Folge dessen haben Wir Unseren auf der Balkan-Halbinsel befindlichen Truppen befohlen, nach Rußland zurückzukehren, und lassen in Bulgarien und in Ostrumelien im Einklange mit den Bestimmungen des Berliner Vertrages nur zeitweilig ein Besetzungscorps zur Sicherung der neuen Ordnung, welche dort eingeführt wird.

Allen Unseren loyalen Unterthanen sind aus Unserem Manifest vom 12. April 1877 die Gründe bekannt, welche Uns bewogen, im tiefen Bewußtsein der Gerechtigkeit der von Uns unternommenen Sache, im unerschütterlichen Vertrauen zu dem Muth Unseres siegreichen Heeres und im demüthigen Vertrauen auf die Barmherzigkeit Gottes die Waffen zu ergreifen. Dank dem Allerhöchsten endete der hartnäckige Kampf mit einer Reihe glänzender Kriegsthaten, die Unsere Waffen mit neuem unverwelklichem Ruhm bedeckten und mit der Erlangung wesentlicher Erfolge hinsichtlich der so begehrten Verbesserung des Lebens der christlichen Bevölkerung in der Türkei. Die Heldenthaten Unserer ruhmvollen Truppen in Europa und in Asien, der Donau-Uebergang, die heldenmüthige Vertheidigung des Schipkapasses und Bajasids, die Gefangennahme der türkischen Armee, die Einnahme von Kars, der Balkan-Uebergang und endlich das siegreiche Vorrücken von Sofia nach Philippopel und Adrianopel während der rauhesten Winterzeit werden unauslöschbare Seiten in den Kriegsannalen der ganzen Welt bleiben. Das rasche Vordringen Unserer Truppen auf Konstantinopel nöthigte darauf die türkische Regierung, Uns den Abschluß eines Waffenstillstandes und die Feststellung der Friedensbedingungen vorzuschlagen. Diese von Uns festgesetzten Vorbedingungen nahm die Pforte an. Der Vorvertrag von San Stefano erforderte in Bezug auf Unsere internationalen Verbindlichkeiten gegenüber den anderen Großmächten eine allgemeine Uebereinstimmung hinsichtlich einiger Artikel. Zur Erreichung dessen, zur Vermeidung neuer Conflicte und in dem beständigen Wunsche, dem Blutvergießen und allen Nöthen des Krieges, die auf Unserem geliebten Vaterlande lasteten, ein Ziel zu setzen, gaben Wir Unsere Einwilligung zur Berufung eines Kongresses aus Vertretern aller Großmächte nach Berlin behufs Berathung der Artikel des Präliminarvertrages von San Stefano, welche allgemeine Uebereinstimmung erfordern. Zur Bekundung Unseres aufrichtigen Wunsches, den Frieden zu erlangen, und indem wir die Festsetzungen des Berliner Kongresses als übereinstimmend mit dem von Uns verfolgten Ziel, das Leben der Christen auf der Balkan-Halbinsel zu verbessern, anerkennen, haben Wir es für gut befunden, den vom Kongreß abgefaßten internationalen Vertrag zu bestätigen und ihn dem nun endgültig abgeschlossenen Friedensvertrage mit dem Osmanischen Reiche zu Grunde zu legen.

Von nun an ist von Allen die volle Unabhängigkeit Rumäniens, Serbiens und Montenegros anerkannt, und die Herrschaft dieser Fürstenthümer ist erweitert worden. Nordbulgarien ist zu einem selbständigen Fürstenthum erhoben, die dort gelegenen türkischen Festungen werden ge-

schleift werden; ein großer Theil von Südbulgarien hat unter dem Namen Ostrumelien die Autonomie unter einem christlichen Gouverneur erhalten; die Türkei hat sich verpflichtet, ihren übrigen Gebieten in Europa neue administrative Einrichtungen zu verleihen; der durch den Pariser Vertrag vom Jahre 1856 von Rußland abgetrennte Theil Bessarabiens ist Rußland zurückgegeben worden. Unsere Besitzungen in der asiatischen Türkei sind durch die Vereinigung von Kars, Ardahan und Batum und den anliegenden Bezirken erweitert worden. Das sind die Erfolge des von Uns unternommenen und nun beendeten Krieges."

Damals erließ der Kaiser auch folgende Proklamation an die Bulgaren:

I. An die Bulgaren des Fürstenthums.

„Bulgaren des Fürstenthums!

In Erfüllung der Bedingung des Berliner Traktats habe Ich an Meine Truppen, welche Euer Gebiet besetzt halten, den Befehl erlassen, den Rückzug aus demselben nach Ablauf der von dem Traktat festgesetzten Frist zu beginnen.

Als Meine Truppen Euer Land betraten, that Ich Euch Meine Absicht kund, Eure Nationalität zu beschützen und Euch die Rechte zu sichern, die jede wohlorganisirte Gesellschaft besitzt.

Gott hat die für Eure gerechte Sache erhobenen Waffen gesegnet und hat Mir geholfen, Meinen Wunsch zu erfüllen.

Die Mächte erkannten aus Gerechtigkeitsgefühl dem Bulgarischen Volke die Bürgerrechte zu. Der Berliner Traktat hat Euch endgültig diese Rechte bestätigt und Eure Selbstständigkeit garantirt, indem er durch die Errichtung eines bulgarischen Fürstenthums für die weitere Entwicklung Eurer Nation eine feste Grundlage legte.

Vor Euch, Bulgaren des Fürstenthums, eröffnet sich ein neuer Weg, auf dem Euch die Blicke der Mächte folgen, welche Antheil an Eurer Wiedergeburt genommen haben. Eure Sache ist es nun, sich ihnen als ein Volk zu zeigen, geeignet für ein selbstständiges politisches Leben und reif genug, um von den Euch geschenkten Rechten Gebrauch machen zu können.

Durch die Ausarbeitung des organischen Statuts für die Regierung des Fürstenthums habt Ihr die Grundlage zu Eurer inneren Organisation gelegt und Euch einen bedeutenden Antheil an den Geschäften dieser Regierung vorbehalten.

Ich bezweifle nicht, daß Ihr im Stande sein werdet, Euch die dem Statut zu Grunde liegenden Prinzipien zu eigen zu machen, und sie mit Nutzen für Eure Entwicklung anwenden werdet."

II. An die Bulgaren von Ostrumelien.

„Bulgaren von Ostrumelien!

In der festen Absicht, die Stipulationen des Berliner Vertrages zu beobachten und anerkennend, daß die Ausführung derselben allein die Euch durch die russischen Waffen errungenen Rechte ohne neue Opfer und Erschütterungen sichern kann, habe Ich Meinen Truppen den Befehl ertheilt, nach Ablauf der im Traktat bestimmten Besetzungsfrist Euer Gebiet zu räumen.

Ihr befindet Euch am Vorabend der Einführung einer neuen bürgerlichen Ordnung, welche die Bedingungen des Traktats auf Grundlage des Statuts in Kraft setzen muß, welches die internationale Kommission ausgearbeitet hat. Ich hoffe, daß Ihr dabei Meine Erwartungen rechtfertigen und keinen Anlaß dazu geben werdet, daß man Euch der Störung des Friedens und der Ruhe beschuldige,

die sowohl für Eure Wohlfahrt, als auch für das Glück Eurer Brüder, der Bulgaren des Fürstenthums, so nothwendig sind.

Wenn Ihr Euch Eurer Vergangenheit zuwendet und sie mit der neuen Lage, in die Ihr gesetzt werdet, vergleicht, so dürft Ihr mit Vertrauen Eurer Zukunft entgegensehen. Von nun an werdet Ihr hinsichtlich Eurer bürgerlichen Rechte sicher gestellt sein. Euer Leben, Eure Ehre und Euer Vermögen werden unter dem Schutz der Gesetze stehen, deren Erfüller Ihr selbst sein werdet. Weitgehende Rechte der Selbstverwaltung und die Möglichkeit, über die Mittel des Landes nach Eurem Ermessen zu verfügen, werden Euch gewährt. Und endlich wird an der Spitze der Verwaltung stets ein Glaubensgenosse — ein Christ — stehen.

Somit werden Euch Rechte garantirt, die Ihr bisher nicht besessen habt. Von Euch hängt es nun ab, von Ihnen in guter Weise, zur friedlichen und normalen Entwickelung Eures Lebens Gebrauch zu machen. Eure Zukunft, Bulgaren von Ostrumelien, liegt jetzt in Euren Händen.

Ich weiß es, in Eurer Mitte sind Viele mit der Lage unzufrieden, die der Traktat für Euer Land geschaffen hat und die durch gewaltsame Umwälzung ein Ziel zu erreichen trachten, das mit den Beschlüssen der Mächte nicht übereinstimmt.

Ich kann eine solche Absicht nicht billigen, da deren Ausführung ohne den Willen und die Zustimmung der Mächte undenkbar ist und über Euer Land neues Elend heraufbeschwören kann. Trachtet darnach, ähnlichen ungesetzmäßigen Bestrebungen, die die begonnene Wiedergeburt Eurer Nation an der Wurzel schädigen kann, entgegenzutreten und bereitet Euch in Ruhe darauf vor, ohne jede Befürchtungen für die Zukunft die Euch für ein neues Leben geschenkten Rechte entgegen zu nehmen.

Möge Gott Euch auf dem Wege Eures Gedeihens beistehen."

10. April 1879.

„Alexander."

Ueber die Stellung Frankreichs zum Berliner Vertrage.

Erklärung Waddingtons.

Aus der Sitzung der französischen Deputirtenkammer vom 7. Juni 1878.

[Interpellation über die Einladung zum Kongreß.]

Meine Herren, Sie erinnern sich, daß in der Mitte des letzten Winters ernste Ereignisse sich auf der Balkan-Halbinsel vollzogen. Nach langem und tapferem Widerstande hatten die ottomanischen Truppen in den Mauern von Plewna kapituliren müssen, und in der Mitte des Winters, gerade als Europa eine Einstellung der Feindseligkeiten erwartete, überschritt das russische Heer unter heroischen Anstrengungen die Balkankette und breitete sich in den Ebenen von Rumelien aus. Von diesem Zeitpunkt an war das Loos des Krieges nahezu entschieden. Ein rascher Marsch führte alsbald die russischen Streitkräfte nach Adrianopel, und kurze Zeit darauf standen sie vor den Thoren von Konstantinopel. In ganz Europa, und namentlich in England, rief dies eine große Bewegung hervor, und eine Zeitlang stand zu befürchten, daß die Aufregung, welche sich dort gezeigt hatte und noch zeigte, zu einem direkten Konflikt dieses Landes mit Rußland führen würde. Wie war damals die Lage Frankreichs, was war die Pflicht der französischen Regierung? Frankreich hatte ein Hauptinteresse an der Erhaltung des Friedens. Es bereitete sich vor, große friedliche Arbeiten zu unternehmen, ein bedeutendes Werk von Verkehrsverbindungen im Innern, ein

weites Netz von Eisenbahnen in Angriff zu nehmen. Es hatte beschlossen, daß seine Schulen neu eingerichtet, seine Fakultäten, seine Unterrichtsanstalten jeder Art erweitert werden sollten; es war entschlossen, dem Unterricht auf allen Stufen einen lebhaften Anstoß zu geben, es war entschlossen, alle nothwendigen Opfer zu bringen zur Ausführung dieser großen Aufgaben; es befand sich in Mitten der Reform seiner militärischen Einrichtungen; es war endlich in Anspruch genommen durch eine Menge von langwierigen Arbeiten, welche über Alles den Wunsch nach Erhaltung des Friedens, eines dauernden und langen Friedens rege machten. Außerdem lag in diesem Jahre eine besondere Veranlassung vor, welche gerade für Frankreich die Erhaltung des allgemeinen Friedens wünschenswerth machte — nämlich das Unternehmen der allgemeinen Ausstellung. Frankreich hatte ganz Europa eingeladen zu kommen, und damit die Nationen seinem Rufe entsprechen konnten, war es nothwendig, daß nichts die allgemeinen Interessen Europas beunruhige oder verwirre. In dieser Lage befanden wir uns, als wir genöthigt wurden, über die gewichtigen Fragen, welche Europa in Bewegung setzten, unsere Meinung zu sagen. Von Anfang an hat die französische Regierung eine Richtung eingeschlagen, welche sie nicht verlassen hat seit der Eröffnung der Verhandlungen über den Zusammentritt des Kongresses; die Regierung hat nie aufgehört, dieselbe freundschaftliche Sprache in London und in St. Petersburg zu führen, indem sie gleichzeitig beiden Kabinetten empfohlen hat, alle Verletzungen nationaler Eigenliebe zu vermeiden, alles was die Lage erschweren und unzeitig einen Konflikt im Orient hervorrufen könnte. Ich bin erfreut, hinzufügen zu können, daß wir Gehör gefunden haben. Kurz nachher, meine Herren, Mitte Februar, ergriff die Regierung von Oesterreich-Ungarn die Initiative zur Herbeiführung eines Kongresses. Die Einladung dazu wurde unverzüglich von uns angenommen, und unsere Annahme war die natürliche Folge des Gedankenkreises, in den wir uns angesichts der klaren Interessen Frankreichs gestellt hatten. Es war offenbar, daß, um Europa die Wohlthat des Friedens zu sichern, ein Kongreß eines der wirksamsten Mittel war, und daß, wenn dasselbe auch nicht ganz zum Ziele führen sollte, es doch durchaus nothwendig war, damit den Versuch zu machen. Wir haben daher die Einladung ohne Verzug und ohne das mindeste Bedenken angenommen; unsere Annahme war nur von der doppelten Bedingung abhängig gemacht: einmal daß alle Signatarmächte des Vertrages von 1856 auf dem Kongreß vertreten seien, und dann — und dies war der wichtigste Punkt — daß man auf dem Kongreß nur Fragen behandele, welche sich naturgemäß und direkt aus dem letzten Kriege ergaben. — —

Daß nicht nur nicht die Rede sein könne von Angelegenheiten des Occidents, mit denen zu beschäftigen übrigens in diesem Augenblicke Niemand die Absicht hatte, sondern daß wir auch nicht zugeben könnten, daß die Rede sei von denjenigen orientalischen Interessen, welche durch die jüngsten Ereignisse nicht berührt worden. Um unsere Gedanken genauer auszudrücken, wir haben gesagt, von Anfang an, vom Monat Februar an, daß wir nicht der Meinung seien, auf dem Kongreß könne die Frage Egyptens, des Libanon oder der heiligen Orte besprochen werden. Nach unserer Ansicht mußten diese Fragen, da sie durch den Vertrag von San Stefano nicht berührt wurden, völlig außerhalb der Arbeiten des Kongresses bleiben, und ich darf wohl sagen, wenn diese Fragen auf gewissen Seiten altherkömmliche Interessen und das Ansehen Frankreichs im Orient berühren, unser Hauptmotiv, sie fernzuhalten, war, die allgemeinen Interessen Europas sicher zu stellen. Denn es war von sehr hohem Interesse, im Moment, wo man ein ebenso verwickeltes wie schwieriges Problem in Angriff nahm, die Herstellung nämlich eines weniger schwierigen Zustandes auf der Balkanhalbinsel, es war, sage ich, von größter Bedeutung, alles das fern zu halten, was man beiseite lassen konnte, und anstatt das Feld der Erwägungen zu erweitern, dasselbe vielmehr von Anfang an zu beschränken, soviel es in unseren Kräften stand. Wir wurden also zu diesem Vorbehalten geleitet durch die französischen Interessen und durch das allgemeine Interesse Europas. Unsere Vorbehalte wurden denn auch

von den verschiedenen Mächten begriffen und gewürdigt; sie sind ohne jegliche Ausnahme angenommen worden. Außer seinem offenbaren Interesse und seinem Wunsch nach Frieden hatte Frankreich noch einen anderen Grund, unverzüglich die Einladung, sich an einem Kongreß zu betheiligen, anzunehmen. Wir konnten nicht vergessen, daß die Verträge von 1856 und von 1871 versehen waren mit der Unterschrift Frankreichs, und es war uns unmöglich zuzulassen, daß diese Verträge erheblich modifizirt oder beseitigt werden könnten ohne Zustimmung aller der Mächte, welche sie unterzeichnet hatten. Das, meine Herren, waren die Gründe der inneren und der auswärtigen Politik, des allgemeinen europäischen Gleichgewichts und der Achtung vor den Verträgen, welche von vornherein die französische Regierung bestimmt haben, die Einladung, welche an sie gerichtet wurde, anzunehmen. Und wir blieben so treu der Politik und dem Verhalten, demzufolge wir, obwohl wir zu wiederholten Malen aufgefordert worden waren, über diesen oder jenen Punkt des Vertrages von San Stefano unsere Meinung zu äußern, immer wieder es abgelehnt hatten aus dem Grunde, weil das die Aufgabe eines Kongresses sei und weil, solange jede Hoffnung auf Einigung auf einem Kongreß nicht verloren war, Frankreich sich nicht anders aussprechen wolle als in Gegenwart der anderen Signatarmächte von 1856. Die Verhandlungen über die Eröffnung eines Kongresses haben verschiedene Stadien durchgemacht, welche heute vorzuführen unnütz wäre, denn sie haben nur ein retrospektives Interesse. Nachdem sie zunächst von der österreichisch-ungarischen Regierung angeregt waren, sind sie in letzterer Zeit von dem Berliner Kabinet in die Hand genommen worden, und Dank der Intervention desselben zu Gunsten des Friedens, ich bin erfreut, es sagen zu können, sind sie schließlich zum Ziele gelangt. Was die untergeordneten Fragen betrifft, so waren sie zahlreich: die Frage zu wissen, an welchem Ort der Kongreß abgehalten werden sollte; die Frage in Betreff der Zusammensetzung des Kongresses; die Frage, ob die Zusammenkunft eine einfache Konferenz von Gesandten oder eine mehr feierliche Versammlung sein sollte, an welcher die Minister der auswärtigen Angelegenheiten oder die leitenden Minister der verschiedenen Länder theilnehmen sollten. Bei allen diesen Fragen haben wir uns sozusagen indifferent gezeigt, nicht weil sie jedes Interesses entbehrten, sondern weil sie uns unwichtig erschienen angesichts des Hauptinteresses des Zusammentritts des Kongresses selber, als Mittels den Frieden zu erhalten. Schließlich, meine Herren, hat man nach vielen Einzel-Schwierigkeiten zu einem Einverständniß zwischen den Kabinetten von Wien, St. Petersburg und London gelangen können über die Form der Seitens der Regierung von Berlin an die Mächte zu richtenden Einladung. Die französische Regierung hat vor acht Tagen folgende Einladung erhalten, deren Wortlaut der Kammer vorzulesen ich jetzt die Ehre habe.

— —

So hat, wie Sie sehen, meine Herren, nach langen Verhandlungen die Politik des europäischen Konzerts, der Achtung vor den Verträgen schließlich in Europa den Sieg davon getragen: es war der Vertrag von San Stefano ganz und gar, ohne Einschränkung, welcher den Erwägungen des Kongresses unterbreitet wurde; das war die Politik, die wir immer unterstützt hatten, diejenige, welcher wir immer unsere Zustimmung gegeben hatten; diejenige, welche den wahren Interessen Frankreichs entsprach. Folgendes ist die Antwort der französischen Regierung:

Paris, d. 4. Juni 1878.

„Herr Gesandter! Eure Hoheit hat die Güte gehabt mir durch eine Note vom gestrigen Tage die Mittheilung zu machen, daß die Regierung Sr. Majestät des Kaisers von Deutschland, in Uebereinstimmung mit der von dem österreichisch-ungarischen Kabinet ergriffenen Initiative, an die Signatarmächte der Verträge von 1856 und von 1871 richtet, um ihnen vorzuschlagen, sich in Berlin zu einem Kongreß einzufinden, um die Bestimmungen des zu San Stefano zwischen Rußland und der Türkei geschlossenen Präliminarvertrages zu berathen. Die Regierung

Sr. Majestät fügt hinzu, sie setze voraus, daß wir, indem wir diese Einladung annehmen, einer freien Besprechung des Vertrages von San Stefano in seinem ganzen Umfange zustimmen und daß wir bereit seien an derselben theilzunehmen. Ich habe dem Präsidenten der Republik im Ministerrath diese Mittheilung berichtet und ich bin ermächtigt Eurer Hoheit unverzüglich die Entscheidung zur Kenntniß zu bringen. Das Berliner Kabinet weiß, daß wir von dem Augenblick an, wo zum ersten Mal von dem Zusammentritt einer Konferenz oder eines Kongresses die Rede gewesen, nicht gezögert haben, die Mitwirkung Frankreichs zu versprechen. Wir möchten, so viel es von uns abhängt, die Wiederherstellung des Friedens zwischen Rußland und der ottomanischen Pforte ebenso wie die Aufrechterhaltung des guten Einvernehmens unter den Mächten erleichtern. Wir haben uns beschränkt als Bedingungen für unsere Annahme hinzustellen, daß ausschließlich die Fragen, welche sich naturgemäß und direkt aus dem jüngsten Kriege ergeben, dem Kongreß vorgelegt werden, und daß das Programm dieser Versammlung auf diejenigen Angelegenheiten beschränkt bleibe, welche ihren Ursprung oder ihre unmittelbare Folge gehabt haben in dem Kampfe, dessen Ende der Vertrag von San Stefano bezeichnet hat. Um unsere Meinung noch deutlicher auszudrücken, und im übrigen überzeugt, daß das wahre Interesse Europas darin besteht, das Gebiet der Berathungen eher zu beschränken als auszudehnen, haben wir namentlich Egypten, Syrien und die heiligen Orte als solche bezeichnet, welche außerhalb der Erörterung bleiben müßten. Indem der Vorschlag des Berliner Kabinets als den eigentlichen und bestimmten Gegenstand für die Arbeiten der Bevollmächtigten die Bestimmungen des Vertrags von San Stefano bezeichnet, definirt und begrenzt derselbe die Mission, welche ihnen anvertraut ist in der Weise, daß dem Gedanken, welcher uns jene Einschränkungen eingegeben hat, vollkommen Genüge wird. Die Regierung der französischen Republik nimmt daher die Einladung an, welche Ew. Hoheit uns zu übermitteln beauftragt ist, und hat keine Einwendung gegen das Datum des 13. Juni, welches zum Zusammentritt des Kongresses vorgeschlagen ist."

Sicherlich wird der Kongreß, meine Herren, eine heikliche und schwierige Aufgabe zu erfüllen haben; aber wenn, wie ich am 9. Mai Ihnen sagte, ich damals begründete Hoffnung hatte, den Frieden erhalten zu sehen, so kann ich heute sagen, daß diese Hoffnung fast zur Gewißheit geworden ist. Meine Herren, diese Darlegung, welche ich Ihnen hiermit gegeben, zeigt deutlich, welche Politik von der Regierung seit fünf Monaten befolgt worden ist: die Ehre, die Würde, die Interessen Frankreichs sind unausgesetzt gewahrt worden. Wir haben nur gehandelt zu Gunsten des Friedens, der Neutralität Frankreichs, der Achtung vor den Traktaten, der Vertheidigung der großen Interessen Europas. Ich sagte es Ihnen am 9. Mai und ich hoffe, meine Herren, es Ihnen heute bewiesen zu haben. Frankreich wird zum Kongreß gehen, nicht indifferent, weil es sich keinen der großen Interessen Europas gegenüber indifferent zeigen könnte, aber es geht dahin mit dem Einfluß, welchen die Fernhaltung vor jeder Begehrlichkeit gewährt; es geht dahin mit dem ernsten Wunsche an der Erhaltung des Friedens mitzuarbeiten, mit dem festen Willen seine Neutralität zu bewahren und mit einer warmen Empfindung für das öffentliche Recht Europas. Indem es dahin geht, wird es in Erinnerung behalten, daß es noch andere Christen als die Bulgaren auf der Balkanhalbinsel giebt — daß es noch andere Völkerschaften giebt, welche zum mindesten in gleichem Grade die Theilnahme Europas verdienen. Das ist es, meine Herren, was ich der Kammer zu sagen hatte. Ich hoffe, sie wird anerkennen, daß ich die Versprechungen gehalten habe, die ich vor einem Monat machte. Und jetzt hoffe ich, daß sie die von der Regierung befolgte Politik billigen wird, und daß sie in dem Augenblick, wo ihr erster Bevollmächtigter sich nach Berlin zu begeben im Begriff steht, ihm die Unterstützung und die Ermuthigung gewähren wird, welche nothwendig sind zur Erfüllung seiner schwierigen Aufgabe und damit er die große Verantwortlichkeit ohne Wanken tragen könne, welche ihm auferlegt sein wird. Ich hoffe, meine Herren, daß die Kammer ohne

Unterschied der Parteien sich einzig und allein von den Interessen Frankreichs, welche immer dieselben sind mit denen des Auslandes, leiten lassen und mir bereitwillig durch ihren Beschluß und ihre Zustimmung die Autorität und die Kraft geben wird, deren ich bedarf."

Circular des Ministers des Auswärtigen, Waddington, an die Vertreter Frankreichs im Auslande.

Paris, 22. August 1878.

Mein Herr!

Nachdem der Vertrag von Berlin die Ratifikation des Sultans wie auch die aller Signatarmächte erhalten hat, ist der Zeitpunkt gekommen, die nothwendigen Maßregeln zu ergreifen, um die Vollziehung sicher zu stellen. Sie kennen aus der Korrespondenz meines Departements und durch die Lesung der Protokolle, die Gesichtspunkte, welche die französischen Bevollmächtigten bei den Verhandlungen über diesen internationalen Akt geleitet haben. Bei der Ausführung der Bestimmungen des Vertrages werden wir denselben Anschauungen treu bleiben. Soviel es von uns abhängen kann, werden wir die aufrichtige und ehrliche Ausführung beschleunigen, und wir wünschen, daß keine Verzögerung herbeigeführt werden möge in den Anordnungen, welche getroffen werden müssen, um damit auf der Stelle vorzugehen. Wir haben bereits den Kabinetten, welche uns danach gefragt hatten, unsere Absichten zu erkennen gegeben, in Betreff der verschiedenen Kommissionen, welche eingesetzt sind, um für die Gebietstheile die Abgrenzung zu regeln und die administrative Organisation auszuarbeiten, deren Existenzbedingungen verändert worden sind. Es herrscht dort ein provisorischer Zustand, welcher sobald als möglich aufhören muß, damit kein Zweifel aufkomme über den Willen Europas, die übernommenen Verpflichtungen im Interesse des allgemeinen Friedens zu erfüllen, und über die Autorität, welche der Vertrag durch die Unterschrift der Mächte erhält, deren Werk es ist. — — — — — —

In der Loyalität der Vertragsmächte muß der Vertrag von Berlin seine besten Garantien finden, und die gemeinschaftlich eingegangenen Verbindlichkeiten werden, obwohl dieselben nicht unbedingt eine gleiche Bedeutung besitzen, nichtsdestoweniger durch unlösbare Bande zusammengehalten. In der Aufgabe, welche Europa berufen ist fortan zu verfolgen, sehe ich daher keinen Raum für diese oder jene Sonderrücksichten, welche eine diplomatische Aktion in Betreff eines oder mehrerer Spezialpunkte, die man als dringender denn die anderen bezeichnen möchte, erfordern würde. Was wir verlangen, ist, daß die Beschlüsse des Kongresses durch eine gewisse Gemeinsamkeit des Vorgehens in dem unbeengten und billigen Geiste Anwendung finden, der sie eingegeben hat. Durch den Akt vom 13. Juli haben die Kabinette beabsichtigt zu einem ernsten und dauerhaften Ergebniß zu gelangen. Der jüngste Krieg hatte die Völkerschaften des Orients in eine tiefe Verwirrung gebracht und die entgegengesetztesten Interessen, die widersprechendsten Bestrebungen erregt. Europa hat versucht, sie wieder ins Gleichgewicht zu bringen und ihnen geregelte Wege zu einer friedlichen Entwickelung zu eröffnen. Es steht mir nicht zu, die Zukunft im Voraus zu beurtheilen, und ich möchte nicht in einem zu günstigen Lichte die Bedingungen eines Unternehmens darstellen, welchem die Prüfungen nicht fehlen würden; jedenfalls bleibe ich überzeugt, daß eine rasche und vollständige Ausführung des Berliner Vertrages geeignet ist, sehr viele Schwierigkeiten zu beseitigen. Diese Erwägungen werden Ihnen gestatten, sich mit Klarheit Rechenschaft zu geben von den Anschauungen der Regierung der Republik in dem gegenwärtigen Stande der orientalischen Angelegenheiten. Wir wollen die Ausführung nicht dieser oder jener besonderen Bestimmung, sondern der Gesammtheit der Anordnungen, welche das Werk des Berliner Kongresses bilden. In diesem Sinn habe ich mich bereits nach Konstantinopel geäußert und

Bezug auf die Räumung von Batum, und das ist die Antwort, welche wir jedes Mal geben werden, wenn die Theilnahme Frankreichs dazu angerufen wird, auf die eine oder andere vertragschließende Macht einzuwirken, um zu erlangen, daß dieselbe sich den Vorschriften des Vertrages vom 13. Juli anbequeme.

24. September. Aus einer Rede Waddington's.

„Ich ergreife gern die Gelegenheit, mich über die auswärtige Politik Frankreichs seit dem Berliner Kongresse auszulassen. Für die Vergangenheit habe ich den in dem Gelbbuche mitgetheilten Schriftstücken, aus denen Sie ersehen konnten, daß das Verhalten der französischen Bevollmächtigten auf dem Berliner Kongresse stets ein vorsichtiges und reservirtes geblieben ist, wenig hinzuzufügen. Den Erklärungen gemäß, die ich seiner Zeit in dem anderen Hause abgegeben habe, und welche durch ein Votum des Abgeordnetenhauses bestätigt worden sind, haben wir es in Berlin für unsere Aufgabe erachtet, die Interessen Frankreichs zu vertheidigen, für den Fortbestand des europäischen Friedens einzutreten, dabei in keiner Weise unsere Neutralität bloß zu stellen und jeder bindenden Verpflichtung für die Zukunft aus dem Wege zu gehen. Dieses Programm haben wir innegehalten und sind aus dem Kongreß mit ebenso freier Hand geschieden, wie wir hingegangen waren. Es war seit unserem Kriegsunglück das erste Mal, daß Frankreich wieder in das Konzert der Großmächte eintrat und darin seine Stimme vernehmen ließ. Nie habe ich die Verantwortlichkeit, welche auf dem Vertreter einer Großmacht lastet, tiefer empfunden, als auf dem Berliner Kongresse, und ich hoffe, dort das Vertrauen und die Achtung der Kollegen, die mit mir am grünen Tische tagten, erworben zu haben. Auch die französische Regierung hat bei diesen Ereignissen gewonnen; denn jetzt weiß Jedermann, daß ihre Politik eine loyale und redliche ist, die nichts zu verbergen hat. Alle Welt hat Vertrauen zu Frankreich; Niemand denkt daran, es zu bedrohen, und mag es sich nun um Monarchie oder Republik handeln, allenthalben herrscht in diesem Betracht die nämliche Gesinnung. Seit diesem Kongresse ist unsere Politik stets dieselbe geblieben. Wir waren beständig bemüht, auf die Durchführung der Bestrebungen des Berliner Vertrags hinzuwirken. Dieselben mögen ohne Zweifel Das oder Jenes enthalten, was uns nicht angenehm ist; sobald aber Frankreich seine Unterschrift unter den Vertrag gesetzt hat, war es unsere Pflicht, ihm in seinem vollen Inhalt Geltung zu verschaffen. Der Berliner Vertrag ist, wie alle Verträge, ein Ausgleich zwischen widerstreitenden politischen und religiösen Interessen. Wir sind überzeugt, daß, wenn es nicht bis zum nächsten Frühjahr gelänge, den Berliner Vertrag vollständig durchzuführen, daraus vielleicht manche Gefahr erwachsen würde. Alle Staatsmänner sind darüber einig, daß jetzt nur eine Politik vorgeschrieben ist: die allseitige Durchführung des Berliner Vertrages." Der Minister zählt nun die Bestimmungen auf, die bereits verwirklicht sind, und die anderen, die noch ihrer Lösung harren. „Es gäbe," meint er, „wohl noch einige Schwierigkeiten, aber mit dem guten Willen der Mächte würden auch diese bald überwunden sein."

Enthüllungen in der Times.

Der Pariser Berichterstatter der Times, der zum Kongreß anwesend war, berichtet nachträglich über ein Gespräch, welches am 2. Juli zwischen dem Reichskanzler und ihm stattgefunden. Demzufolge äußerte sich Fürst Bismarck über die vielfach besprochene Periode des Jahres 1875, in welcher Deutschland die Absicht eines neuen Krieges gegen Frankreich imputirt wurde, folgendermaßen:

„Ich würde jetzt (in Bezug auf den damals tagenden Berliner Kongreß) nicht den Frieden erstrebt haben, wäre ich der Bösewicht gewesen, den Gortscha-

koff aus mir im Jahre 1875 machen wollte. Die ganze Geschichte, die damals Europa erschreckte und der ein Brief in der Times einen so großen Widerhall verlieh, war nichts als ein von Gortschakoff und Gontaut-Biron geschmiedeter Plan. Es war ein Plan Gontauts und Gortschakoffs, der begierig war, das Lob der französischen Zeitungen einzuheimsen und „Retter Frankreichs" genannt zu werden. Sie hatten das so abgekartet, daß das Ding gerade am Tage der Ankunft des Zaren platzen sollte, welcher als ein Quos ego erscheinen und durch sein einfaches Dazwischentreten Frankreich Sicherheit, Europa den Frieden und Deutschland Ehre verleihen sollte. Ich sah niemals einen Staatsmann unbedachtsamer handeln — aus einem Gefühle der Eitelkeit eine Freundschaft zwischen zwei Regierungen in Frage stellen, sich selbst den ernstesten Folgen aussetzen, um sich die Rolle des Retters anzumaßen, wenn nichts in Gefahr war. Ich sagte dem Zaren und sagte Gortschakoff: „Wenn ihr so große Lust zu einer französischen Apotheose habt, so haben wir noch Kredit genug in Frankreich, um im Stande zu sein, euch auf irgend einer Schaubühne im mythologischen Kostüm, mit Flügeln an den Schultern und von bengalischem Lichte bestrahlt, erscheinen zu lassen. Es war wirklich nicht der Mühe werth, uns als Bösewichte darzustellen, einzig um ein Rundschreiben erlassen zu können." Das berühmte Rundschreiben begann noch dazu mit diesen Worten: „Der Friede ist jetzt gesichert", und als ich mich wegen dieser Redensart beklagte, die alle die beunruhigenden Gerüchte bestätigt haben würde, ward sie abgeändert in: „Die Aufrechterhaltung des Friedens ist jetzt gesichert", was nicht viel weniger bedeutete. Ich sagte dem russischen Kanzler: „Ihr werdet sicher nicht viel Gelegenheit zur Beglückwünschung wegen dessen haben, was ihr gethan, um unsere Freundschaft für eine leere Genugthuung aufs Spiel zu setzen. Ich sage euch unumwunden, daß ich ein guter Freund mit Freunden und ein guter Feind mit Feinden bin." Und Gortschakoff, während er in den letzten zwei Jahren in die Orientwirren verwickelt war, hat das auch gefunden. Wäre es nicht wegen der Geschichte von 1875, so wäre er nicht wo er ist und würde nicht die politische Niederlage erlitten haben, die ihm soeben zu Theil ward."

Die „Nordd. Allgem. Ztg." brachte ihrerseits über denselben Gegenstand folgende Bemerkungen:

„Die Aufmerksamkeit, welche die russische Presse den neulichen Mittheilungen des „Times" Korrespondenten über seine Unterredung mit dem Fürsten Bismarck zuwendet, veranlaßt uns, auf die besagte Korrespondenz zurückzukommen. Vergleichen wir jene Erzählung mit dem, was fragmentarisch von der neuesten diplomatischen Geschichte bekannt geworden ist, so drängt sich uns die Ueberzeugung auf, daß der Korrespondent viel Richtiges und Neues bringt, nur ist das Richtige nicht neu und das Neue nicht richtig. Der größere Theil dessen, was gesagt wird, ist theils unbegründet, theils entstellt, jedoch muß man unseres Erachtens mit Herren v. Blowitz nicht zu scharf ins Gericht gehen. Er hat auf Grund derselben Interview, aus der er jetzt angebliche Nachträge liefert, dem Frieden und indirekt den russischen Interessen erhebliche Dienste geleistet in der Frage von Batum, in Betreff deren seine Preßthätigkeit einen wesentlichen Antheil an der persönlichen Haltung gehabt hat, zu welcher England sich schließlich entschied. Für dieses Verdienst, welches er und sein Blatt sich für den Frieden Europas erworben haben, kann man eine kleine nachträgliche Romantisirung vielleicht in den Kauf nehmen. Was Herr Blowitz über das Verhalten des Fürsten Gortschakoff 1875 andeutet, ist nicht neu; die russische Presse hat ähnlichen Tendenzen in den fünf Jahren vor dem letzten Kriege zur Freude Frankreichs und zur Sorge Deutschlands hinreichend Ausdruck gegeben, um das deutsche Vertrauen in die Zukunft der russisch-deutschen Beziehungen nicht blind und sicher werden zu lassen. Diese Thatsache gehört der Geschichte an und soll nicht todtgeschwiegen werden. Unrichtig ist

aber, daß Deutschlands Verhalten durch solche Eindrücke bisher beeinflußt worden sei.

Deutschland stand in der jetzigen Situation frei genug da, um einer Neigung und langjährigen Gewohnheit intimer Freundschaft mit Rußland bis an die äußerste Grenze folgen zu können, welche den diplomatischen Beistand von dem militärischen trennt. Es hat sein volles Gewicht dem befreundeten Nachbar auf dem Kongreß zur Verfügung gestellt, wie dessen Akten beweisen. Was Herr Blowitz von einer Niederlage Rußlands auf dem Kongreß sagt, ist eine tendenziöse Wendung, auf Erweckung von Verstimmung berechnet. Herr Blowitz verfolgt damit seine eigene Politik und ist dazu als englischer Publizist berechtigt. Aber von einer Niederlage kann er doch nur dann sprechen, wenn er die ersten Ignatieff'schen Bedingungen des Friedens für den berechtigten Ausdruck der Situation hält. Wären diese nicht vorhergegangen, so würde Jedermann, auch in Rußland, in dem Berliner Ergebniß einen glänzenden Erfolg der russischen Politik sehen und für denselben nächst der Tapferkeit des russischen Heeres dem diplomatischen Geschick des Grafen Schuwaloff Anerkennung zollen. Gewiß wird dies der künftige Geschichtsschreiber thun und diesem wird selbst Herr Blowitz nicht einreden, daß Rußlands Siege nicht Erfolge gehabt hätten, durch welche die der früheren Türkenkriege des Zarenreiches in Schatten gestellt sind."

Die
innere Politik 1878—1879.

12. Fürst Bismarck nach dem Urlaub 1877.

1877. 13. April. Rede des Abgeordneten von Bennigsen bei der Besprechung des Schreibens des Reichskanzlers in Betreff seiner Beurlaubung.

[S. Bd. II. pag. 851 ff.]

Zur Kanzlerkrisis.

Aus der „Post“.

Eine von höchst glaubwürdiger Seite uns zugehende Mittheilung gewährt ein weitaus veränderteß Bild der schwebenden Regierungskrisis im Unterschied von demjenigen Bilde, welches bis jetzt auf Grund höchst lückenhafter oder eigentlich gänzlich mangelnder sicherer Kunde der bewegenden Vorgänge sich in stündlich schwankenden Umrissen bilden konnte.

Vor Allem ist festzustellen, daß der Reichskanzler am gestrigen Tage 5. April und ebenso an den Vortagen die laufenden Vorträge in gewohnter Weise entgegengenommen, Erlasse gezeichnet und überhaupt seine Aemter noch regelmäßig versehen hat. Das auf Gesundheitsrücksichten gegründete Erlassungsgesuch liegt allerdings Seiner Majestät dem Kaiser vor. Aber in welchem Sinne die Allerhöchste Entscheidung darüber ausfallen wird, ob ein Urlaub auf längere bestimmte oder unbestimmte Zeit, oder ein ganz kurzer Urlaub bewilligt werden dürfte, der nur die nöthige Zeit zu den genügenden Verhandlungen über die wichtige Entscheidung gewähren soll, darüber war bis gestern Abend noch nicht das Mindeste bekannt oder auch nur zu vermuthen. Der Fürst hat daher noch keine Reiseanstalten getroffen, die Visitenkarten, die er gestern versendet, hatten nicht die Bedeutung eines Abschiedszeichens, sondern des Dankes für die am 1. April ihm ausgesprochenen Glückwünsche.

Was nun die Beweggründe zum Entlassungsgesuch anlangt, so macht der Fürst die in Folge angegriffener Gesundheit bemerkbare Abnahme seiner Arbeitskräfte geltend. Nach der Erinnerung verschiedener Personen hat aber der Fürst schon vor Wochen und keineswegs nur in vertraulicher Weise geäußert, daß ihm die Arbeitslast seines Dienstes zu groß werde, wenn derselbe so beschaffen bleibe, wie er jetzt ist. Der Fürst hat aber dabei durchaus nicht zu erkennen gegeben, daß ihm ohne Weiteres als die richtige Verminderung seiner Arbeitslast die Vertheilung derselben auf verschiedene verantwortliche Personen erscheine.

Der Fürst trägt vielmehr in seinem Haupte durchdachte und im großen Zusammenhange entworfene Reformpläne auf verschiedenen Gebieten der inneren Einrichtungen. Wir nennen als solche Gebiete die sozialpolitische Gesetzgebung, das Steuersystem im Reich wie in den Einzelstaaten, die Eisenbahnfrage. Der Fürst glaubt, daß wenn die auf diesen Gebieten unerläßlichen Reformen nicht in dem von ihm gefaßten großen Sinne baldigst in Angriff genommen und durchgeführt werden, Mißstände und Gefahren unseres Volkslebens eintreten müssen,

für welche er die Verantwortung nicht ablehnen könnte und möchte, wie beschränkt immer der Umfang seines besonderen Dienstes und damit seine besondere Verantwortlichkeit geordnet werden möchte. Es liegt also eine Aufgabe vor, welche der Fürst als durchaus unerläßlich ansieht, für deren glückliche und schnelle Lösung er jedoch weder seine alleinigen Kräfte, noch die Ergänzung durch die ihm jetzt zur Seite stehenden Kräfte für zureichend hält. Die nothwendigen Reformen stückweise, unter Mißverständnissen und Aergernissen aller Art, vielleicht ohne genügenden Enderfolg im Ganzen, erkämpfen zu müssen: das ist die Aussicht, welche den Fürsten zur Einreichung seiner Entlassung bewogen hat, weil er auf keinen Fall dieser Aufgabe seine Kräfte noch gewachsen hoffen darf. Er würde Leben und Gesundheit an ein vergebliches Beginnen gesetzt zu haben nach kurzer Zeit fürchten müssen. Ganz anders wäre die Lage, wenn der Fürst entweder Helfer zur Seite hätte, die auf seine Intentionen in den gedachten Beziehungen völlig, willig und wirksam eingingen, oder aber, wenn eine Mehrheit des Reichstages sich bilden könnte, welche für dieselben Intentionen mit geschlossener Kraft ohne Schwanken eintretend, die Leiter der betreffenden Dienstzweige von ihren Skrupeln befreien, und dieselben zu einem schnellen Gang der Reformarbeit in die nach der Ueberzeugung des Fürsten richtige Bahn drängen würde.

„Der müde Jäger."

Aus dem „Tageblatt" (ein zu jener Zeit viel bemerkter Artikel).

Die Gegner des Fürsten Bismarck — und ihre Zahl ist keine geringe — haben alle Ursache, die Jubelhymnen zu bereuen, mit denen sie seinen vermeintlichen Rücktritt feierten und in einer Weise eskomptirten, welche keinen Zweifel an der Natur ihrer Empfindungen gestattete. Ist auch formell das lediglich mit Gesundheitsrücksichten motivirte Entlassungsgesuch des Reichskanzlers vom Kaiser noch nicht erledigt, so steht doch schon heut soviel fest, daß *Wilhelm I. nicht daran denkt, sich von seinem Bismarck zu trennen!* Was auch immer zu den Verstimmungen und Erschöpfungen des großen Staatsmannes Anlaß gegeben haben mag, seine Kraft soll dem Reiche unverloren bleiben, und wenn heute ein inspirirtes Orakel die Parole ausgiebt: „die Möglichkeit eines *anderen* Ausgangs, als des bisher erwarteten, erscheint durchaus nicht ausgeschlossen," so glauben wir diese geheimnißvolle Meldung dahin ergänzen zu können, daß fürs Erste das Ausscheiden des Kanzlers aus seiner Machtsphäre nicht mehr befürchtet zu werden braucht. Der Kaiser mag dem Fürsten einen längeren oder kürzeren, einen „*vorläufigen*" oder einen definitiven Urlaub gewähren, die Reichsmaschinerie wird weder stille stehen, noch soll sie ihres Ober-Maschinenmeisters entbehren.

Darum sind freilich die Verstimmungen und Erschöpfungen des Reichskanzlers, welche ihm sein Pensionirungs-Gesuch diktirten, nicht minder vorhanden gewesen und sind vielleicht in diesem Augenblicke noch vorhanden. Der gestern von uns des Breiteren erörterte Artikel der „Post", dessen Ursprung sicherlich in der Wilhelmstraße zu suchen ist, ließ ja darüber gar keinen Zweifel bestehen. Nach unseren Informationen war es dem Reichskanzler ganz aus der Seele gesprochen, wenn dort gesagt wurde:

„Ganz anders wäre die Lage, wenn der Fürst entweder *Helfer zur Seite* hätte, die auf seine Intentionen in den gedachten Beziehungen *völlig, willig* und *wirksam* eingingen, oder aber, wenn eine *Mehrheit des Reichstages* sich bilden könnte, welche für dieselben Intentionen mit geschlossener Kraft ohne Schwanken eintretend, die Leiter der betreffenden Dienstzweige von ihren Skrupeln befreien und dieselben zu einem schnellen Gang der Reformarbeit in die nach der Ueberzeugung des Fürsten richtige Bahn *drängen* würde."

Daraus ist zunächst zu entnehmen, daß die Helfer, welche dem Reichskanzler in diesem Augenblick zur Seite stehen, nicht „*völlig, willig* und *wirksam*" auf seine Intentionen eingehen mögen, ein Vorwurf, der sich in gleicher Weise

gegen seine Kollegen im preußischen Ministerrathe, als gegen die nationalen Parteien im Reichstage wendet. In beiden Sphären vermißt mithin der Reichskanzler jene verständnißinnige Hülfsbereitschaft für die von ihm zunächst in sozialpolitischer und wirthschaftlicher Beziehung gepflegten Reformideen, welche allein im Stande wären, das Manko an Kraft zu decken, über welches er sich, ob seiner geschwächten Gesundheit, zu beklagen hat.

Man theilt uns mit, daß der Reichskanzler selbst in drastischer Form sein Verhältniß zu diesen großen Plänen und zu seinen Mitarbeitern durch ein Gleichniß geschildert habe, welches allerdings geeignet ist, auch dem ferner Stehenden einen ungefähren Begriff von der Stimmung zu geben, in welcher er die Kanzlerkrisis über das Reich hereinbrechen ließ: „Fürst Bismarck verglich sich mit einem müden Jäger, der von tagelanger, ergebnißloser Pirsch abgemattet und fast verschmachtend, im Begriff ist, zu Boden zu sinken und die Jagd ganz aufzugeben; da signalisiren ihm die Jägerburschen ein paar herrliche Wildsauen und flugs erwacht in ihm die alte Jägerlust, mit frischer Kraft bricht er auf und begiebt sich aufs Neue ans fröhliche Waidwerk. So auch würde er, müde und abgehetzt, wie er sich fühlt, dennoch mit neuer Energie und alter Kraft sich wieder an das Werk begeben, das zu vollbringen er sich vorgesetzt, wenn ihm die hilfreichen Jägerburschen zur Hand wären, um vereint mit ihm die Sauen zu stellen.“

Wir vermögen in diesem Stoßseufzer des großen Staatsmannes nur eine Variation jener alten Klage zu erkennen, die er schon seit manchem Jahr über die Organisation unseres preußischen Ministeriums auf dem Herzen hat. Das Kollegial-Verhältniß, welches dem genial Angelegten jede freie und kühne Initiative ungemein erschwert und den geistig hervorragenden Mann mit verantwortlich erscheinen läßt für die Unterlassungssünden — denn um diese handelt es sich vornehmlich — seiner Kollegen, drückt ihn heute, wie in den Tagen, da Graf Roon auf kurze Zeit das Ministerpräsidium geführt, mit peinvoller Last. Dagegen empört sich seine innerste Seele. Er fühlt sich umgeben von „unproduktiven“ Naturen. Während es in seinem Innern glüht und fluthet von ungeborenen Ideen, von Reformplänen, die ans Tageslicht wollen, ist kein einflußreicher und ergebener Faktor dienstwillig in der Nähe, welcher in der politischen Wochenstube, um es mit einem trivialen Wort zu bezeichnen, Hebammendienste zu leisten bereit wäre.

In der That, wenn es sich um so viel politische Reformen, um große Steuerfragen, um wirthschaftliche Neuerungen handelt, wird bei den Herrn Camphausen und Achenbach von vornherein ein verständnißinniges Eingehen auf die Ideen des Kanzlers, geschweige denn jenes geistigverwandte Vorausahnen erwartet werden dürfen, welches zu finden dem Genie stets Bedürfniß bleibt. Fürst Bismarck ist in jenen nationalökonomischen und sozialen Disziplinen, welche er jetzt im Sturmschritt nach seinem Bilde zu formen gewillt scheint, wenig mehr als ein Dilettant. Allerdings, so sehr oder so wenig man mit seinen Ideen übereinstimmen mag, ein genialer Dilettant. Solche genial angelegte Dilettanten arbeiten nothwendig nicht in regelmäßigem Bureauschritt an der endgiltigen Ausschürfung der einmal angeregten Probleme; das überlassen sie den normal beanlagten Fachmännern, wenn diese „willig“ sind. Dergleichen geniale Naturen gehen stoßweise vor und bedürfen einer Umgebung, welche den einmal empfangenen Stoß weitergiebt und fortpflanzt, ohne daß man jeden Augenblick in den Fall kommt zu konstatiren, daß die ertheilte Anregung im Sande stecken geblieben ist.

Freilich, wenn Fürst Bismarck in der Lage wäre, sich auf eine parlamentarische Majorität zu stützen, welche, wie in England, Aussicht hätte, selbst an der Regierung mit theilzunehmen und für ihr Thun und Lassen jene Verantwortung zu übernehmen, die dem Regierenden allezeit obliegt, so wäre es wohl ein Leichtes, der Majorität des Parlaments die aufmerksamen „Jägerburschen“ zu entnehmen, die noch nicht zu bequem geworden sind, um der Jagd auf die großen Reformen ihre frischesten und ausdauerndsten Kräfte zu widmen.

Aber will denn der Reichskanzler ein solches parlamentarisches Regiment, und wenn er es wollte, liegt es schon heute in seiner Macht, sich mit Gehilfen zu umgeben, die ihn verstehen, ihn anregen und bei denen seine intimsten Anregungen nicht auf unfruchtbares Erdreich fallen? Das ist die große Frage, die jetzt zu lösen ist. Die Kanzlerkrisis hat sich somit für uns in eine Verfassungskrisis verwandelt, und wenn wir um den Preis einer solchen Krisis dahin gelangen können, ein wahres Kabinet, nach wirklich konstitutionellem Zuschnitt einzutauschen, so ist uns das Kollegial-System, welches wir dafür im preußischen Ministerium aufzugeben hätten, schwerlich so sehr ans Herz gewachsen, daß wir demselben heiße Thränen nachzuweinen brauchten. Ein wirkliches parlamentarisches Kabinet in Preußen, mit einem Bismarck an der Spitze, der als Kabinetschef nicht, wie als Ministerpräsident, blos Erster unter Gleichen wäre, käme zunächst auch dem Reich zugute, und eine ganze Reihe der Mißstände unseres Reichsorganismus würde dann wie mit einem Zauberschlage verschwinden. Allerdings ist die Aussicht verlockend genug. Es kommt nur darauf an, ob die Kräfte des „müden Jägers“ noch hinreichen, um solch edles Wild zu erlegen.

1878. 6. Februar. Eröffnung des Deutschen Reichstages.

Rede des Preußischen Bundesbevollmächtigten Finanzministers Camphausen.

Geehrte Herren!

„Seine Majestät der Kaiser haben mir den Auftrag zu ertheilen geruht, die Sitzungen des Reichstags in Allerhöchstihrem und der verbündeten Regierungen Namen zu eröffnen.

Ihre Thätigkeit wird in der bevorstehenden Session durch eine Reihe wichtiger Berathungsgegenstände in Anspruch genommen sein.

Der Entwurf des Reichshaushaltsetats, welcher Ihnen unverzüglich zugehen wird, liefert aufs Neue den Beweis, daß die unabweislichen finanziellen Bedürfnisse des ordentlichen Reichshaushalts in stärkerem Maße zunehmen, als die Erträgnisse der dem Reiche zugewiesenen eigenen Einnahmequellen.

Den verbündeten Regierungen erscheint es nicht rathsam, die Deckung des Mehrbedarfs durch Erhöhung der Beiträge der einzelnen Staaten herbeizuführen. Vielmehr weist die finanzielle Gesammtlage Deutschlands auf Verstärkung der eigenen Einnahmen des Reichs hin.

In dieser Richtung werden Ihnen Gesetzentwürfe über die Erhebung von Reichsstempelabgaben und die höhere Besteuerung des Tabacks vorgelegt werden.

Soweit die außerordentlichen Ausgaben nicht durch besondere Einnahmen gedeckt sind, werden, wie im vorigen Jahre, die Mittel auf dem Wege des Kredits zu beschaffen sein. Der Entwurf eines Anleihegesetzes wird Ihnen zugehen.

Zur Ausführung einer Lücke in dem Wortlaut der Verfassung soll ein zunächst noch der Berathung des Bundesraths unterliegender Gesetzentwurf dienen, welcher die Zulässigkeit einer Vertretung des Reichskanzlers in der Gesammtheit seiner Amtsthätigkeit oder in einzelnen Zweigen derselben mit dem Recht zur Gegenzeichnung außer Zweifel stellt.

Im Anschluß an die Justizgesetzgebung des vergangenen Jahres wird Ihnen der Entwurf einer Rechtsanwaltsordnung vorgelegt werden, welcher es sich zur Aufgabe gestellt hat, den Zutritt zur Ausübung dieses

für die Rechtspflege so wichtigen Berufes jedem dazu Befähigten zu eröffnen, ohne darum die Bürgschaften zu vermindern, welche dem Stand der Rechtsanwälte im Reich bisher seine ehrenvolle Stellung gesichert haben.

Die in dem gerichtlichen Verfahren geschaffene Einheit verlangt zu ihrer Ergänzung eine entsprechende Einheit im Kostenwesen. Hierauf gerichtete Gesetzentwürfe werden Ihnen vorgelegt werden.

Die im verflossenen Jahre wiederholt vorgekommenen Fälle von Einschleppung der Rinderpest haben, obwohl die rasche Unterdrückung der Seuche jedesmal gelungen ist, doch das Bedürfniß hervortreten lassen, den bestehenden Einfuhrverboten durch Verschärfung der bezüglichen Strafbestimmungen erhöhte Wirksamkeit zu verleihen. Voraussichtlich wird Ihre Mitwirkung zum Erlaß eines hierauf abzielenden Gesetzes in Anspruch genommen werden.

Die Klagen über die aus der Verfälschung von Lebensmitteln und Gegenständen des täglichen Gebrauchs sich ergebenden Gefahren haben an die verbündeten Regierungen die Pflicht herantreten lassen, Abhülfe durch die Reichsgesetzgebung zu schaffen.

Unter Berücksichtigung der in Ihrer letzten Session bezüglich einer Revision der Gewerbeordnung laut gewordenen Wünsche sind zwei Gesetzentwürfe ausgearbeitet worden, von welchen der Eine die rechtlichen Verhältnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitern neu zu regeln, der Andere die rasche und sachgemäße Erledigung von gewerblichen Streitigkeiten durch Einsetzung besonderer Gewerbegerichte zu sichern bestimmt ist.

Beide Entwürfe sollen zur Beseitigung von Schwierigkeiten beitragen, mit welchen der deutsche Gewerbefleiß bisher zu kämpfen hatte und welche bei der leider! noch immer fortdauernden ungünstigen Lage der allgemeinen Verkehrsverhältnisse doppelt lästig erscheinen.

Zum Bedauern Seiner Majestät des Kaisers haben die über Erneuerung des Handelsvertrags mit Oesterreich-Ungarn gepflogenen Verhandlungen bisher nicht zum Ziele geführt. Um Zeit für weitere Verhandlungen zu gewinnen, ist der Vertrag einstweilen bis Ende Juni l. J. verlängert worden. Hoffentlich wird es in dieser Frist gelingen, eine Vereinbarung zu Stande zu bringen, welche den beiderseitigen handelspolitischen Interessen und dem zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn bestehenden freundnachbarlichen Verhältniß entspricht.

Um Sie zur Beurtheilung des Ganges dieser Angelegenheit in den Stand zu setzen, wird eine darauf bezügliche Denkschrift Ihnen vorgelegt werden.

Meine Herren! Bei der Eröffnung des vorjährigen Reichstags war die Erwartung noch nicht ausgeschlossen, daß die türkische Regierung aus eigener Entschließung zur Ausführung der Reformen schreiten werde, über welche die europäischen Mächte sich auf der Konferenz in Konstantinopel geeinigt hatten. Diese Erwartung ist nicht in Erfüllung gegangen: Se. Majestät der Kaiser hofft jedoch, daß nunmehr ein baldiger Friede die Grundsätze jener Konferenz zur Anwendung bringen und dauernd sicher stellen werde. Die verhältnißmäßig geringere Betheiligung der Interessen Deutschlands im Orient gestattet für die Politik des Reiches eine uneigennützige Mitwirkung an der Verständigung der betheiligten Mächte über künftige Garantien gegen die Wiederkehr der

Wirren im Orient und zu Gunsten der christlichen Bevölkerung. Inzwischen hat die von Sr. Majestät dem Kaiser vorgezeichnete Politik ihr Ziel bereits insoweit erreichen können, als sie wesentlich dazu mitgewirkt hat, daß der Friede zwischen den europäischen Mächten erhalten worden ist und zu ihnen allen Deutschlands Beziehungen nicht nur friedliche, sondern durchaus freundschaftliche geblieben sind und mit Gottes Hülfe bleiben werden."

14. Februar. Rückkehr Fürst Bismarcks nach einer Abwesenheit von 10 Monaten.

Dezbr. 1877 bis Febr. 1878. Verhandlungen mit von Bennigsen in Varzin und Berlin.

Reden des Fürsten Bismarck bei der Berathung des Etats.

25. Februar. Bei dem Etat des Reichseisenbahn-Amtes.

[Das Reichseisenbahnamt und sein Präsident.]

„Ich hatte im Laufe des Sommers Nachricht darüber bekommen, daß unter verschiedenen der verbündeten Regierungen die Frage erörtert wurde, ob es nicht an der Zeit und nothwendig sei, ein Reichseisenbahngesetz vorzulegen. Ich habe auch geglaubt, daß diese Arbeiten soweit gefördert werden würden außerhalb der preußischen Regierung, daß eine Vorlage noch im Laufe dieser Reichstagssession von Seiten mehrerer der größeren Bundesregierungen entweder gemeinsam oder von einer von ihnen zu erwarten sei.

Theils um in den Einzelbestimmungen einen Maßstab der Kritik für die zu erwartende Vorlage zu haben, theils auch um, falls eine solche Vorlage, die aus mehreren Gründen mir erwünschter wäre, als eine preußische, ganz ausbleibt, doch dies Vakuum, soweit an uns liegt, ausfüllen zu können, habe ich mich mit dem preußischen Handelsminister und mit dem Reichseisenbahnamt dahin verständigt, daß unsererseits gemeinsam ein Reichseisenbahngesetz ausgearbeitet würde, mit der Absicht, es vorzulegen, wenn von Seiten anderer Regierungen weder eine Vorlage, noch eine Verständigung mit uns in dieser Frage gesucht wird. Dieser Gesetzentwurf ist soweit fertig, daß er jetzt im Stadium der Vorprüfung im preußischen Staatsministerium beginnen kann, was nothwendig ist, da er die Form eines Antrags der preußischen Regierung haben würde und für die Einzelheiten wir uns vergewissern müssen, ob und inwieweit wir der preußischen Stimmen dafür im Reiche sicher sind.

So wie die Dinge jetzt liegen, habe ich erleben müssen, daß zwei sachkundige Präsidenten des Reichseisenbahnamts hintereinander entweder den Abschied, oder minder günstig situirte Dienstverhältnisse vorgezogen haben, weil die Ansprüche, die an ihr Pflichtgefühl in der Stellung eines Präsidenten des Reichseisenbahnamts gestellt waren, die moralischen Ansprüche, so außer Verhältniß weitergingen, als die Mittel, die ihnen zu Gebote standen.

diesem ihrem Pflichtgefühle zu genügen, daß sie es ablehnten, in dieser Stellung länger zu verharren, und ich fürchte, daß es mir in der jetzigen Lage auch nur schwer gelingen wird, Seiner Majestät dem Kaiser eine Persönlichkeit bezeichnen zu können, die gleichzeitig bereit und geeignet wäre, diese Stellung zu übernehmen. Das Reichseisenbahnamt deswegen zu beschneiden, oder fortzuschneiden, halte ich doch nicht für indizirt: denn wir können so rasch die Zwecke, zu denen es geschaffen ist, doch nicht aufgeben. Mag es immerhin in einem Theile seiner Funktionen eine zeitlang ruhen, die richterlichen und andere Funktionen, die es auszuüben hat, werden ihm immer bleiben. Aber ich hoffe doch, die Zeit wird kommen, wo sich auch für die Stellung des Präsidenten wieder einer findet, weil für die zu erfüllenden Pflichten die Mittel, ihnen zu genügen, im Reichseisenbahngesetz gegeben werden. Ob der preußische Antrag auf ein solches respektive einer von den anderen Regierungen noch in dieser Sitzung eingebracht wird, darüber vermag ich vorweg keine sichere Antwort zu geben, denn niemand kann wissen, wie lange die Verhandlungen darüber dauern. Aber daß die Reichsverwaltung den jetzigen Zustand als keinen normalen und dauernden betrachtet, das wollte ich hier aussprechen."

Auf die Anfrage des Abgeordneten Schröder (Friedberg), wieweit der Einfluß des Eisenbahnamts auf die Feststellung der Tarife geltend gemacht werde, erwidert Fürst von Bismarck:

„Ich halte die Beschwerden, denen der Herr Vorredner über die jetzige Sach- und Rechtslage Ausdruck gegeben hat, für vollständig berechtigt und theile im wesentlichen die Anschauungen, die er geltend gemacht hat, namentlich auch über die nachtheiligen Wirkungen der Differentialtarife und das darin liegende Recht einer Gesetzgebung, die viel tiefer eingreift als die Zollgesetzgebung, und welches auf diese Weise zersplittert ist. Ich würdige diese Beschwerden, aber ich muß zu gleicher Zeit meine Machtlosigkeiten bekennen, ihnen abzuhelfen; in dem jetzigen Zustand der Dinge bin ich dazu ganz außer Stande. Seit Jahren fühle ich mich in meinem Gewissen dazu getrieben, — die Mittel dazu fehlen mir aber gänzlich. Zu erörtern, weshalb sie mir fehlen, dazu mangelt uns heute die Zeit und der Beruf. Ich will mich nur dagegen verwahren, daß etwa dem Reichskanzler, dem Reichseisenbahnamt für die Uebelstände, deren Vorhandensein ich anerkenne, eine Verantwortlichkeit zugeschrieben werde.

Wenn ich Ihnen aus der Praxis ein Beispiel anführen darf, welches niemand betrifft als mich selbst, und wobei ich deshalb keine mißliebige Kritik gegen irgend jemand anderen übe, so ist es folgendes. Die Differentialtarife, die innerhalb der den Rhein parallel laufenden Linien stattfinden, erzeugen bei der Verwaltung der Eisenbahnen der Reichslande das Bedürfniß, ihrerseits auch mit Hilfe der auswärtigen belgischen Bahnen Differentialtarife einzurichten, die wieder eine, wie ich glaube, für beide Interessirte verderbliche Konkurrenz gegen die innere deutsche Linie herstellen. Ich bin nun in der Lage, in Bezug auf die Reichslande die ministerielle Entscheidung über diese Dinge zu haben, in Bezug auf das konkurrirende Preußen als Minister betheiligt zu sein. Ich habe mich deshalb bemüht, beide, soviel ich konnte, unter einen Hut zu bringen und zuletzt geglaubt, ich würde dies im Wege der durchgreifenden Verfügung können. Da ist mir aber von der einen Seite, die sich beschwert fühlte, entgegengehalten worden, der betreffende Beamte glaube die Verantwort-

lichkeit für die Resultate dieser Verfügung nicht übernehmen zu können, und sei lieber bereit, auf seinen Posten zu verzichten, weil er den Fiskus, dem er angehöre, doch nicht auf diese Weise schädigen könne. Ich befinde mich also in der Lage, zwei konkurrirende Fisci zu vertreten, und obschon ich in Bezug auf den einen die Entscheidung habe, in Bezug auf den andern aber als Ministerpräsident einen Einfluß, so kann ich doch in reinem Gewissen auch nicht zu der richtigen Stellung gelangen, von der aus ich den einen Fiskus aufzugeben hätte, die Nachtheile, die er durch die Konkurrenz des andern erleidet, in Ruhe zu tragen. Ich habe mich deshalb, so abgeneigt ich einem solchen Zustand bin und so sehr ich ihn bekämpfe, mich genöthigt gesehen, diese beiden Konkurrirenden, und ich glaube, wenn sie alles berechnen, mit Schaden gegen einander fahrenden Rivalen bestehen zu lassen, obschon ich Minister in beiden bin."

25. Februar. Das Gehalt der Botschafter.

[Bei dem Titel, welcher eine Erhöhung des Botschaftergehalts in London um 30,000 Mark verlangt, beantragt Abgeordneter von Schorlemer-Alst die Absetzung der Erhöhung, während für dieselbe Abgeordneter von Bennigsen eintritt.]

„Ich kann an die letzten Worte des Herrn Vorredners anknüpfend sagen, daß dieser sehr enge Kreis sich vermuthlich noch mehr verengern wird, wenn der Beweis geliefert würde, daß die Reichsregierung auf das Votum des Reichstags hin dauernd nicht dasjenige zu gewähren vermag, was nach der Ueberzeugung dessen, der den Posten versehen soll, und nach der Ueberzeugung aller derjenigen Regierungen, die in der gleichen Lage sind, dort Botschafter zu halten, nothwendig ist. Denn wenn es sich schon zeigt, daß die großen Botschaften mehr und mehr Monopol sehr reicher Leute werden, so ist das auch für reiche Leute eine Mission, die nicht ohne Opfer stattfindet. Ich meine nicht nur das Zulegen zu dem Gehalte, sondern ich meine die Vernachlässigung der eigenen Interessen zu Hause. Wer ein großes Vermögen hat in den Kategorien, die bisher dazu bereit und geeignet gewesen sind, hat es gewöhnlich in großem Grundbesitz, und das ist eine ziemlich verwickelte Verwaltung, und jeder, der in der Lage ist, von einer großen Verwaltung eigenen Grundbesitzes lange Zeit vollständig abwesend sein zu müssen, wird ab und zu sich eine balanzirende Berathung darüber machen, ob er nicht in seinen eigenen Einnahmen mehr verliert, als er für den Dienst, den er leistet, erhält, und das ist vermuthlich auch der Fall bei einem Inhaber des Postens, um den es sich handelt, der recht bedeutende Besitzungen zu Hause hat, die während seiner Abwesenheit leiden.

Man kann darüber streiten, welche Summe ist nothwendig, damit der Botschafter einer großen Macht an einem theuren Orte, wie London, schicklich und ohne Schaden diese Macht vertritt und dabei die soziale Stellung aufrecht erhält, die von einem Botschafter einer großen Macht erwartet wird. Ich kann Ihnen mathematisch nicht nachweisen, daß 120 000 Mark nicht reichen, 150 000 Mark aber dazu ausreichend sind; wenn es sich indessen findet, daß der Betheiligte, der ein Urtheil darüber haben muß, dauernd bei der Erklärung beharrt — und ich habe ihn sonst in keiner Richtung anspruchsvoll gefunden — daß diese Einnahme nicht

1878.

hinreicht, um die Ausgabe zu decken, die ihm sein Amt auferlegt, wenn die Rechnung seiner finanziellen Leistung und seines Haushalts bei der Prüfung im auswärtigen Amte dasselbe Ergebniß hat, so könnte ich immer noch mißtrauisch werden und sagen, das ist eine einseitige Auffassung von uns und selbst die exorbitanten pekuniären Leistungen wie für Jemanden, der ein großes Haus in London halten muß, berechtigen nicht dazu.

Ich finde z. B. in einer gestrigen Zeitung, die mir zufällig in die Hände fiel, daß der Bankier Hope eine Soiree gegeben habe, bei der die Konditoreirechnung 8000 Thaler betrug.

Nun wird niemand von einem Botschafter, der nicht Bankier, und nicht Bankier Hope ist, verlangen, daß er sich ähnlichen Exzentrizitäten hingibt, aber dividiren Sie diese Summe mit 10, und ziehen Sie noch die Hälfte davon ab, so bleibt es immer ein Beweis, daß in London für gewisse Luxusleistungen ganz ungeheure Anforderungen und Preise sind.

Wenn nun auf Grund dieses exzeptionellen Maßstabes außer uns vier andere Großstaaten zur Berechnung derselben Summe kommen, wie diejenige, welche wir fordern — nur alle einige Tausend Mark bis zu 12 000 Mark höher — außerdem ihrem Botschafter noch Emolumente geben, die bei uns nicht üblich sind, nämlich Entschädigungen für besondere Feste und besondere Leistungen, dann muß ich doch zu der Ueberzeugung kommen, daß doch unsere Rechnung ungefähr die richtige ist.

Der erste Herr Redner hat über unsere schwierige finanzielle Lage geklagt. Ich glaube, daß Oesterreich und Italien auch nicht wesentlich günstiger daran sind und daß Rußland unter den jetzigen Verhältnissen auch keine Ersparnisse im Lande macht, aber wir sehen, daß diese Mächte mehr geben wie wir und daß sich in ihren Ländern niemand findet, der darüber auch nur eine Bemerkung macht. Ich bin mitunter etwas beschämt in meinem deutschen Gefühle, wenn ich sehe, wie z. B. in Frankreich, wo die Parteien sicher viel erbitterter, feindseliger, ja, ich möchte sagen, vor kurzem zum Bürgerkriege bereit einander gegenüberstehen als bei uns, sobald von auswärtigen Dingen die Rede ist, jede Kritik schweigt, wenn es sich um die äußere Ehre und das Ansehen Frankreichs handelt und dort selbst die heftigsten Opponenten, die dortige klerikale Partei, nie dazu kommt, daß sie dem jetzigen ihr feindlichen Ministerium des Auswärtigen in der geringsten Kleinigkeit, sei es durch eine indiskrete Frage, oder hemmende Bemerkung Schwierigkeiten macht. Es ist für uns vielleicht unerreichbar, aber für mich in meinem vielleicht etwas weit getriebenen Nationalgefühl war es immer beschämend, daß bei uns solche Fraktionen, die ihren augenblicklichen oppositionellen Standpunkt allgemeinen Interessen der Nation nach außen hin auch nur in Kleinigkeiten nicht zum Opfer bringt, die doch im ganzen selten sind.

Weiter:

Ich halte es doch nicht für richtig, daß die Beziehungen mit mehr als einer Regierung, auf welche die Motive anspielen, nur die Arbeit des Botschafters vermehren; die hat er niemals gescheut. Aber der Herr Vorredner stellt sich doch unerfahrener in den Weltverhältnissen hin, als er eigentlich ist, wenn er annimmt, daß diese Beziehungen zwischen den Vertretern des Reichs und den Angehörigen einzelner Staaten, seien es höher gestellte, seien es Privatleute ohne gesellschaftlichen Verkehr, ohne Repräsentation abgehen. Wenn das für den einzelnen Fall auch eine ziem-

lich unbedeutende Sache ist, so ist doch im ganzen mit dem Verkehr mit vielen Regierungen auch eine Vermehrung der Repräsentation verbunden. Ich will gar nicht sprechen von dem einfachen Einladen zu Tische. Der Herr Vorredner macht mir zu jeder Zeit Vorwürfe darüber, daß ich unästhetische Beispiele anführte, wenn ich auf derlei eingehe. Aber wenn er auf solche Details eingeht, von Kinderwagen spricht, aber den amtlichen Versicherungen uninteressirter Regierungen keinen Glauben schenken will, dann muß ich auf diese eben unästhetischen Details eingehen. Der Herr Vorredner gerade nöthigt mich dazu. Also, wenn etwa ein Mitglied eines regierenden deutschen Hauses hinkommt, wenn dort angesehene Persönlichkeiten eines Staates hinkommen, wenn der Herr Vorredner z. B. hinkäme und hätte mit dem Botschafter Geschäfte, so glaube ich, würde es der Botschafter für seine Pflicht halten, ihn zu sich einzuladen; wenn eine höher stehende Persönlichkeit, namentlich von einer der übrigen Bundesregierungen, die doch neben der Aufgabe der eigenen Vertretung die Vertretung des Reichs verlangen dürfen, ich will sagen, ein Mitglied eines regierenden Hauses hinkäme, kann der Botschafter nicht immer umhin, seine Equipage zur Verfügung zu stellen, mit herumzufahren, vorzustellen, die Frauen der Botschafter würden ähnliche Pflichten gegenüber hohen Frauen haben. Es geht daraus hervor, daß man mehr bedarf — ich komme nicht wieder auf den Kinderwagen — aber mehr bedarf als Eine Equipage; auch selbst die Frau eines Diplomaten hat ihre Amtspflichten, sie hat ihre Vorstellungen, Visiten und Einführungen zu Wagen zu machen.

Der Herr Vorredner ist, wie ich äußerlich vernehme, auch mit landwirthschaftlichen Verhältnissen vertraut, also auch mit der Leistungsfähigkeit der Pferde. Man kann eine Equipage, die man dreimal gebraucht hat, nicht noch ein viertes Mal benutzen an demselben Tage, man bedarf also mehr als einer; kurz und gut, ich glaube mathematisch nachweisen zu können, daß nicht blos die Geschäfte, sondern auch die Repräsentationskosten ganz erheblich durch die Thatsache erhöht werden, daß der Botschafter nicht blos die Reichsregierung, sondern auch 25 Bundesregierungen vertritt.

Wenn der Herr Vorredner sich darüber beklagt, daß ich Aeußerungen eines Reichstagsabgeordneten über Mängel, die das Budget darbietet, nicht mehr zugeben wollte, so weiß jeder, der in diesem Saale ist, daß das eine Uebertreibung war. Aber, daß der Herr Vorredner mich nachher mundtodt machen wollte und mir den Vorhalt macht, daß alle die Gründe, die ich mündlich angeführt habe, nicht in der Vorlage bereits gedruckt stehen, meine Herren, wenn das ein Bedürfniß des Herrn Vorredners ist, so wäre das für meine körperliche Gesundheit eine ganz außerordentliche Erleichterung, wenn ich nur mehr in Schrift und Druck verkehren müßte und mein Erscheinen überflüssig wäre, weil der Herr Vorredner Empfindlichkeit darüber zeigte, daß ich den gedruckten Bemerkungen noch einige mündliche hinzufügte. Dann hat der Herr Vorredner die unrichtige Behauptung aufgestellt, als hätte ich die Botschafter mit den Banquiers gleichstellen wollen. Ich habe aber ausdrücklich es ausgesprochen, daß ich das nicht thue, ich habe nur hervorgehoben, daß abnorme Luxusverhältnisse vorhanden sind. Banquiers, die achttausend Thaler für Zuckerwerk oder, wie Vorredner sagt, für Kotillontouren aus-

geben, gibt es hier nicht. Wenn der Herr Vorredner mir einen nennen kann, der in Berlin eine solche Konditorrechnung für eine Soiree zahlt, so will ich sagen, ich habe Unrecht gehabt. Ich habe nur dargethan, daß die Preisverhältnisse in London andere sind als hier. Man kommt in Berlin mit weniger aus, als in London, das habe ich ausgeführt und geschlossen, daß wahrscheinlich der Botschafter oder Magnat, wie es dem Herr Vorredner gefiel zu sagen, in London mehr braucht, als er in Berlin brauchen würde.

Wenn der Herr Vorredner sich schließlich über Mangel an Mittheilungen über Politik beschwerte und dem Botschafter sein Gehalt bestreiten will, weil ich hier nicht offen genug in Mittheilungen gewesen bin, so muß ich sagen, er steht damit ziemlich isolirt. Ich habe seitdem die Zeitungen aus ganz Europa gelesen und vielmehr die Ansicht gefunden, ich hätte eher zu viel als zu wenig gesagt. Dem Herrn Vorredner fehlt vielleicht etwas, was ich noch hätte sagen sollen, irgend etwas, was nach außen hin Verstimmung gegen mich und unsere Politik hätte erregen können. Das fehlt ihm vielleicht, daß das nicht darin steht, und ich werde mich hüten, es hinzuzufügen, soweit ich es vermeiden kann."

Die höhere Summe wird bewilligt.

[Die Grenzsperre Rußlands.]

„Ich würde dem Herrn Vorredner dankbar gewesen sein, wenn er von einem örtlich näheren Standpunkt gesprochen hätte. Ich weiß nicht, woran es akustisch liegt, — ich habe hier nur bruchstückweise so viel hören können, daß er von Erschwerungen des Grenzverkehrs gesprochen hat, aber durchaus nicht die Einzelheiten seiner Argumente. Der Schluß und die Frage, mit erhobenem Ton gesprochen, sind vollständig bis zu mir gedrungen, und ich muß sie leider dahin beantworten, daß ich sehr zweifle, daß wir im Laufe dieser Session ein Ergebniß der Verhandlungen, die augenblicklich schweben und über die einer meiner Herren Kollegen im Bundesrath Ihnen vielleicht nachher eine Mittheilung machen wird, zu erwarten hätten. Ich möchte überhaupt in diesem Jahre wie im vorigen vor der Täuschung warnen, daß politische Freundschaften und Nachbarschaften nothwendig Hand in Hand gehen müssen mit übereinstimmenden Ansichten in Bezug auf Schutzzoll und Grenzbehandlung. Die politischen Beziehungen haben darauf keinen Einfluß, können ihn auch nicht haben; denn wenn es auch in diesem Augenblick für viele den Anschein hat und zwar den, wie ich meine, unrichtigen Anschein, als sei unsere Freundschaft für Rußland wichtiger als die russische Freundschaft für uns, — so wechseln solche Momente in der Geschichte doch außerordentlich rasch, zu rasch, um davon die Zollverhältnisse und diejenigen Einrichtungen, die dauernd auf die Verkehrsverhältnisse einwirken, abhängig zu machen. Nehmen Sie an, daß uns heute aus überschießender Liebe, die stärker wäre, als die wirthschaftliche Theorie, in Rußland die Grenzen und die Schlagbäume vollständig und ohne Beschwerden geöffnet würden, und nun käme vielleicht nach 3 oder 5 Jahren, wenn der deutsche Handel sich darauf eingerichtet hat, eine Wendung, wo wir vielleicht — die Kombinationen sind ja denkbar — Rußlands Unterstützung dringend brauchen, und Rußland wollte sagen: ja, erst richte mal deine Zollgesetze so ein, daß wir alles nach Vergnügen dahin absetzen können, und erkläre dich

damit einverstanden, daß wir unsere Zolleinrichtungen wiederum ebenso schutzzöllnerisch einrichten, wie früher; ich glaube, der Herr Vorredner hat zu gründlich über die Dinge nachgedacht, um darauf hinaus zu wollen, daß die wechselnde politische Konjunktur jederzeit ausgenützt werden könnte für dergleichen. Das kann ganz vorübergehend sein und wirkt nachher umgekehrt.

Ob wir auf dem Wege der Unterhandlung und des fortgesetzten Bestrebens, die russische Regierung davon zu überzeugen, daß ihre Theorie die unrichtige und unsere die richtige sei, Vortheil haben werden, das ist zu wünschen, aber ich habe kein sehr großes Vertrauen darauf. Für meine Ueberzeugung liegen nach wie vor die einzigen Maßregeln, durch die wir — ich weiß nicht, ob durchschlagend — eine Wirkung auf die russische Zollgesetzgebung üben können, in der Abwehr durch unsere eigene Zollgesetzgebung vermöge der Differenz, um die es den Russen beschwerlicher ist, ihre eigenen Produkte statt nach preußischen Häfen nach Riga und Reval bringen zu müssen, — wenn wir einen derselben entsprechenden Zoll auf alle russischen Produkte legen, die unsere Grenzen passiren, dann glaube ich, daß dieses Argument schließlich nicht ohne Einfluß auf Rußland bleiben wird. Auf wissenschaftlichem Gebiete aber glaube ich nicht, daß wir die Russen überzeugen werden."

---

19. Februar. Die Lage der Orientfrage und die deutsche Politik. (S. S. 80 ff.)

Der Minister des Innern, Graf zu Eulenburg, bittet um seine Entlassung, erhält aber nur einen Urlaub auf 6 Monat. Der landwirthschaftliche Minister Dr. Friedenthal führt die einstweilige Vertretung.

Der Schluß des Landtags und die Justizgesetze.

(Provinzial-Correspondenz vom 6. Februar.)

Die Möglichkeit der Fortsetzung der Landtagssession neben dem Reichstage ist im Laufe der letzten Woche Gegenstand vielfältiger Erwägungen gewesen.

Daß ein solches Nebeneinandertagen nur nothgebrungen und mit großer Einschränkung für eine kurze Zeit ins Auge zu fassen sein werde, war neulich an dieser Stelle ausgeführt worden, und zwar im besonderen Hinblick auf einige der wichtigeren Vorlagen, welche einerseits so dringend, andererseits in der Berathung soweit gefördert seien, daß ihre volle Erledigung noch in dieser Session in bestimmte Aussicht genommen werden könne und müsse.

Als solche Vorlagen wurden in erster Linie die beiden Justizgesetze, der Gesetzentwurf über die Sitze der Ober-Landesgerichte und Landgerichte, sowie das Ausführungsgesetz zur deutschen Gerichtsverfassung bezeichnet: es wurde geltend gemacht, daß auf die Erledigung derselben in der diesjährigen Session der größte Werth zu legen sei, während zugleich die Sicherheit vorhanden zu sein scheine, die allseitige Berathung derselben in verhältnißmäßig kurzer Zeit durchzuführen.

Inzwischen waren gewichtige Stimmen laut geworden, durch welche die Zuversicht in Bezug auf das „Ausführungsgesetz" erheblich erschüttert wurde: es erschien sehr zweifelhaft, ob die Vereinbarung zwischen den beiden Häusern des

Landtags über dieses Gesetz so bald und so leicht von statten gehen würde, daß die schwer wiegenden Aufgaben der Reichstagssession durch die fortgesetzte Thätigkeit des Landtags nicht beeinträchtigt werden sollten. Es mußte daher in Erwägung gezogen werden, ob die Voraussetzung, unter welcher allein die unmittelbare Weiterführung auch jener Aufgabe geboten erschien, in der That vorhanden sei.

Unter allen Umständen aber mußte auf das keiner erheblichen Schwierigkeit mehr ausgesetzte Zustandekommen des Gesetzentwurfs über die Gerichtssitze der unbedingteste Werth gelegt werden. Deshalb bat der Justizminister, bei der Feststellung der Reihenfolge der Berathungen für diese Woche, das letztere Gesetz voranzustellen, weil sonst an eine Durchführung der Justizreorganisation im Jahre 1879 nicht zu denken sei.

Im Anschluß an diese Aeußerung wurde in der folgenden Sitzung des Abgeordnetenhauses von allen Seiten und in dringlicher Weise der Wunsch ausgesprochen, daß die Staatsregierung den Landtag nicht schließen möge, ohne den Versuch zu machen, beide Justizgesetze zum Abschlusse zu bringen, damit die große, auf die Vorberathung des Ausführungsgesetzes verwandte Arbeit nicht verloren sei.

Der Justizminister gab die Erklärung ab, daß über den Schluß der Session eine endgültige Entscheidung im Staatsministerium noch nicht getroffen sei; er wiederholte, daß das Zustandekommen des Ausführungsgesetzes allerdings wünschenswerth, die Möglichkeit des Abschlusses aber zweifelhaft geworden sei.

Aus dem Hause wurde mehrfach die Hoffnung ausgesprochen, daß während einer vorläufigen Vertagung der beiden Häuser die Justizkommission des Herrenhauses die Vorberathung so weit fördern werde, daß demnächst nur eine verhältnißmäßig geringe Zahl öffentlicher Sitzungen nöthig sein würde, um den vollen Abschluß herbeizuführen, — eine Annahme, welcher freilich von anderer Seite im Hause entschiedene Zweifel entgegengesetzt wurden.

Der Präsident des Hauses sprach schließlich die Hoffnung aus, daß nach den übereinstimmenden Wünschen aller Parteien das Staatsministerium nochmals in ernste Erwägung ziehen werde, ob es nicht möglich sei, daß das wichtige Organisationsgesetz in dieser Session noch erledigt werden könne.

Diese Kundgebung des Abgeordnetenhauses muß bei den fortgesetzten Erwägungen des Staatsministeriums über die wichtige und schwierige Frage selbstverständlich erheblich ins Gewicht fallen: der Wunsch der Staatsregierung war, wie an dieser Stelle noch jüngst entschieden betont wurde, auf den vollen Abschluß in der gegenwärtigen Session gerichtet; die Frage, die jetzt zur Entscheidung steht, ist eben einzig und allein, ob thatsächlich die Möglichkeit vorliegt, diesen Abschluß unter Bedingungen zu erreichen, unter welchen die Lösung der dem beginnenden Reichstage vorbehaltenen umfassenden und wichtigen Aufgaben nicht beeinträchtigt wird.

Veränderungen in den Einrichtungen des Staatsministeriums.

(Provinzial-Correspondenz vom 13. Februar.)

Dem Landtage der Monarchie ist ein Nachtrag zum Staatshaushaltsetat vorgelegt worden, um theils die finanziellen Mittel, theils nur eine andere Anordnung des Etats Behufs Durchführung mehrerer erheblicher Veränderungen in der Einrichtung der Ministerien zu sichern.

Es handelt sich dabei erstens um die Gewährung eines besonderen Gehalts für einen Vize-Präsidenten des Staatsministeriums, zweitens um die Errichtung eines eigenen Eisenbahnministeriums, drittens um den Uebergang der Verwaltung der Domänen und Forsten von dem Finanzministerium auf das Ministerium der landwirthschaftlichen Angelegenheiten.

Zur Begründung dieser Anträge ist Seitens der Staatsregierung Folgendes geltend gemacht:

1. Die Ernennung eines besonderen Vize-Präsidenten des Staatsministeriums ist als möglich in Aussicht zu nehmen. Da nun das Gehalt des Präsidenten des Staatsministeriums (des Fürsten Bismarck, der sein Gehalt als Reichskanzler bezieht) zur Zeit erspart wird, soll das letztere in der etatsmäßigen Höhe von 36,000 Mark für den Vize-Präsidenten verfügbar gemacht werden.

2. Die Errichtung eines eigenen Eisenbahnministeriums. Das Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, begründet durch den Allerhöchsten Erlaß vom 17. April 1848, umfaßt in fünf Abtheilungen die Angelegenheiten des Handels und Gewerbes, das Berg-, das Bauwesen, die Staats- und die Privateisenbahnen. Es ist dies ein Geschäftsumfang, dessen Leitung die Kräfte eines Mannes auf die Dauer übersteigt, eine Vereinigung von Verwaltungszweigen, die fortan von einer Stelle aus nur schwer vollständig zu beherrschen sein werden.

Insbesondere hat die Eisenbahnverwaltung, sowohl in Ansehung des äußeren Umfanges der Geschäfte, wie der Bedeutung ihrer legislatorischen und sonstigen Aufgaben, einen Aufschwung erfahren und auch ferner noch zu erwarten, der die beiden dasselbe bearbeitenden Ministerial-Abtheilungen (für Staats- und Privatbahnen) mehreren der übrigen Ministerien mindestens gleich stellt und es rechtfertigt, aus ihnen ein selbständiges Ministerium zu bilden.

Eine Mehrausgabe würde hierdurch nur insofern bedingt sein, als für den Chef des zu errichtenden Ministeriums das Gehalt und eine Dienstwohnung oder Miethsentschädigung zur Verfügung zu stellen sein würden.

3. Der Uebergang der Verwaltung der Domänen und Forsten von dem Finanzministerium auf das Ministerium für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten.

Seitdem die eine Zeit lang vom Finanzministerium getrennte Verwaltung der Domänen und Forsten mit demselben wieder vereinigt worden ist, sind die Geschäfte des Finanzressorts in stetig zunehmender Vermehrung begriffen gewesen. Nach Errichtung des Norddeutschen Bundes und des Deutschen Reiches sind dem Finanzministerium in der ihm als Mitglied des Bundesrathes obliegenden Mitwirkung bei der Finanzverwaltung und der Steuer- und Wirthschaftspolitik des Reiches neue Aufgaben von hoher Bedeutung zugewachsen. Es ist nicht anzunehmen, daß diese Geschäftslast durch die weitere Entwickelung der Verhältnisse eine Verminderung erfahren wird.

Gegenüber dem hiernach außergewöhnlich großen Geschäftsumfange des Finanzministeriums wird eine neue Abzweigung aus dem Ressort desselben gerechtfertigt erscheinen.

Hierzu bietet sich die Verwaltung der Domänen und Forsten als die geeignetste dar.

Bei diesen Verwaltungszweigen kommen zwei verschiedenartige Gesichtspunkte in Betracht, einmal der finanzielle, auf die Erzielung hoher und nachhaltiger Erträge gerichtete Gesichtspunkt, der für die Zutheilung der gedachten Geschäfte an das Finanzministerium bestimmend gewesen ist, und sodann der allgemein wirthschaftliche Gesichtspunkt, der in Beziehung auf die Domänen und Forsten als das Landeskulturinteresse bezeichnet zu werden pflegt. Sowie die Verwaltung der Staatseisenbahnen und Bergwerke, als sie noch vom Finanzministerium ressortirte, und die Verwaltung der Domänen und Forsten nicht nach einseitig fiskalischen Rücksichten, sondern mit Beachtung der allgemein wirthschaftlichen Interessen geführt worden ist, und sowie andererseits die Eisenbahn- und Bergwerksverwaltung nach ihrer Abzweigung vom Finanzministerium mit Erfolg bestrebt gewesen ist, möglichst hohe Erträge zu gewinnen, so wird das Letztere rücksichtlich der Domänen und Forsten geschehen müssen und können, auch wenn sie von einem anderen Ressort als dem Finanzministerium verwaltet werden.

Die Natur der Domänen- und Forstverwaltung weist auf die Verbindung mit dem landwirthschaftlichen Ministerium hin. Die Forstpolizei und die Förderung der Forstkultur außerhalb der Staatsforsten gehört dem Ressort desselben schon gegenwärtig an. Die Aufgaben auf diesem Gebiet haben neuerdings in Folge der wachsenden Erkenntniß von der Bedeutung des Waldes und in Folge der daraus hervorgegangenen gesetzgeberischen Maßregeln an Umfang und Wichtigkeit erheblich gewonnen. Um so fühlbarer ist der Mangel eigener forsttechnischer Organe hervorgetreten. Bei der Beaufsichtigung der Gemeinde- und Anstaltswaldungen, bei der Ausführung des Gesetzes über Schutzwaldungen und Waldgenossenschaften, bei der Unterstützung von Forstkulturen, bei den das Forstwesen betreffenden legislatorischen Arbeiten hat die landwirthschaftliche Verwaltung sich bisher auf die technische Mitwirkung der Staatsforstbeamten angewiesen gesehen. Es liegt auf der Hand, daß es den in Betracht kommenden wichtigen Interessen in hohem Grade förderlich sein müßte, wenn das gesammte Forstwesen in Einer Hand vereinigt würde. Dazu kommt, daß die Verwaltung der Jagdpolizei, sowie das Auseinandersetzungs- und Ablösungswesen — Gegenstände von großer Wichtigkeit für die Staatsforsten — dem Ressort des landwirthschaftlichen Ministeriums bereits angehören. Mit der Forst- steht die Domänenverwaltung im engsten materiellen, rechtlichen und administrativen Zusammenhang. Es kann daher nicht zweifelhaft sein, daß auf dasjenige Ressort, welchem die Staatsforsten zugetheilt werden, auch die Domänenverwaltung übergehen muß.

Aus diesen Gründen ist die Ueberweisung der Forst- und Domänenverwaltung an das landwirthschaftliche Ressort schon wiederholt in Anregung gebracht worden. Das Haus der Abgeordneten hat sich in den Legislaturperioden von 1866 und 1873 mit dieser Frage beschäftigt und in dem letztgenannten Jahre einen im Sinne der Ueberweisung gestellten Antrag mit nur geringer Mehrheit abgelehnt. Einen gleichen Antrag hat das Landes-Oekonomie-Kollegium im Jahre 1868 mit großer Majorität angenommen. Mit ebenfalls großer Mehrheit hat die in Eisenach vereinigte Versammlung deutscher Forstmänner einer Resolution des Inhalts zugestimmt, daß die gesammte Forstverwaltung Einem Ministerium, am besten einem Ministerium für Landwirthschaft, zu unterstellen sei.

Nothwendigkeit eines besonderen Eisenbahn-Ministeriums.

23. März. Rede des Fürsten **Bismarck** bei der ersten Berathung über die Ministerialveränderungen im Abgeordnetenhause.

[Das Eisenbahn-Ministerium und unsere Eisenbahn-Politik; nothwendige Ausgaben.]

(Nach dem Abgeordneten Miquél.)

„Der Herr Vorredner hat im Ganzen unsere Vorlage mit beredteren Worten vertreten, als ich es im Stande sein würde, wenn ich vollständig gesund wäre. Es hat mir einen eigenthümlichen Eindruck gemacht, in allen einzelnen Punkten mit der ihm eigenen klaren Beredsamkeit die Vorlage **vertheidigen** zu hören, und zu sehen, daß er doch zu dem Schlusse kam, er müsse **gegen dieselbe** stimmen mit Ausnahme **eines** von den drei Punkten, die sie in der Hauptsache betrifft. Der Hauptgrund für ihn ist, daß die Vorlage intempestiv ist, nicht dringlich, nicht hinreichend vorbereitet sei. In letzterer Beziehung muß ich aber sagen, gehen die Ansprüche, die er für die gründliche Vorbereitung stellt, so weit, daß ich glaube, daß, wenn wir sie alle erfüllen sollten, ehe wir solche Reform einbringen, kaum die Jüngsten von uns sie erleben würden, — ich wenigstens

habe keine Aussicht darauf. — — Wenn aber die Sache so viele Vorbereitungen erfordert, wie der Herr Abgeordnete Miquél sagt, dann werden wir, so ungern wir daran gehen, einer neuen Sitzung des Landtags nach Schluß des Reichstags uns nicht entziehen können.

Es ist dagegen eingewandt von dem Herrn Vorredner, daß diese Dinge nicht dringlich seien. In Bezug auf den einen Punkt, den er selbst bereit war zu bewilligen, den stellvertretenden Minister-Präsidenten, fällt diese Frage fort, wenn es eben bewilligt wird. Ich halte sonst auch diesen Punkt für dringlich, wenn das beschlossene Reichsstellvertretungsgesetz überhaupt zu einer Wahrheit werden soll, wenn die Reform im Finanzwesen durch näheres Aneinanderschließen der preußischen und der Reichsverwaltung verwirklicht werden soll, weil ich dann zweifle, daß bei diesem Umfang der finanzministeriellen Geschäfte auch selbst nach Abtrennung der Domänen und Forsten der Finanzminister die nöthige Zeit- und Arbeitskraft haben werde, um das Ministerpräsidium und neben demselben die gesammten Geschäfte des Reichskanzlers zu vertreten.

Aber für besonders dringlich halte ich namentlich die Eisenbahnseite der Vorlage, die wir Ihnen machen, und in gewissem Maße auch gerade aus dem Grunde, weil jetzt der Posten des Finanzministers unbesetzt ist.

Die Vorlage, die uns heute beschäftigt, ist von mir zuerst vor 15 oder 16 Jahren, im Jahre 1862 gemacht worden, und ich habe damals zuerst die Schwierigkeit kennen gelernt, die es hat, von einem Ministerium etwas abzutrennen. Ich bin darauf in bewegten Zeiten den inneren Angelenheiten vielleicht mehr entfremdet worden, aber ich bin vor 4—5 Jahren sofort wieder in den Zeiten der Ruhe auf diese Angelegenheit zurückgekommen, ich habe versucht, in irgend einer Gestalt den Mängeln, an denen, wie ich glaube, unser Eisenbahnwesen leidet, Abhülfe zu schaffen dadurch, daß das Eisenbahnwesen einer isolirten Verantwortlichkeit unterzogen wird, daß derjenige, der es thatsächlich verwaltet — denn ein Handelsminister kann unmöglich alle die ganz verschiedenen Fächer, die ihm heut untergeben sind, selbst im Detail so erlernt haben und so verstehen, daß er sie alle direkt verwalten könnte — ich erstrebe also, daß derjenige, der sie verwaltet, sich nicht gedeckt fühlen soll durch einen Anderen, sondern daß er selbst vor Ihnen, vor seinen Kollegen und vor dem König steht und persönlich mit Wort und Schrift das verantworten muß, was in seiner Eisenbahnabtheilung geschieht. Das ist eine Nothwendigkeit, von der bin ich stets überzeugt gewesen, und die hat mich schließlich auf den Gedanken gebracht, die Reichs-Eisenbahnvorlage, um sie kurz zu bezeichnen, zu machen. Ich habe diesen Weg gewählt einmal, weil ich fand, daß die Gerechtigkeit gegen das Reich es erforderte, eine stärkere Konzentration der Eisenbahnverwaltung, Gesetzgebung, Leitung, wenn sie überhaupt erstrebt würde, zunächst dem Reiche anzubieten, und erst, wenn das Reich es ablehnt, sich damit zu befassen, daß ich dann erst den preußischen Staat als den größten berufen sehen würde, eine feste Führung in der nationalen Eisenbahnpolitik auf eigene Rechnung zu übernehmen bis zu dem Zeitpunkt, wo das Reich sich vielleicht bereit finden läßt, ohne die, wie ich glaube, ungerechtfertigte Besorgniß für eigene Rechte der einzelnen Regierungen auf den Reichseisenbahngedanken einzugehen. Ich habe auch deshalb diesen Weg gewählt, weil ich die Ueberzeugung hatte, daß, wenn diese Aufgabe auf den nationalen Weg

gebracht würde, daß sie dann mit weniger Bedenklichkeit und mit frischeren Kräften in Angriff genommen würde. Könnte ich Ihnen für die heutige Vorlage irgend einen nationalen Gesichtspunkt für die Sache geltend machen, so glaube ich, würde Ihre Zustimmung nicht so sehr von des Gedankens Blässe angekränkelt sein, der nationale Zug würde geholfen haben, die Sache zu tragen, und das hat sich damals bestätigt, wie Jemand sich trivial ausdrückte: das Reichspferd zieht stärker wie das Staatspferd; es hat sich also dadurch bestätigt, daß der Gedanke, dessen Verwirklichung ich nach wie vor stets entgegenstrebe, damals nach langen Kämpfen die Zustimmung aller Minister erhielt. Nachdem wir im Prinzip die Zustimmung dazu erhielten, ist es uns gelungen, die Zustimmung beider Häuser des preußischen Landtags zu einer Aufgabe, ich kann wohl sagen, der Entsagung zu Gunsten des Reichs zu gewinnen. Es schien also, daß die Sache außerordentlich günstig vor etwa 3 Jahren lag, aber ich bin schon damals vertröstet worden mit der Inangriffnahme.

Ich hatte die Bewilligung der Sache im Prinzip von meinen Kollegen, ich hatte die Bewilligung der Sache im Prinzip vom ganzen Landtage und, obschon Minister-Präsident, habe ich mich absolut unfähig finden müssen, die Sache auch nur einen Schritt weiter zu bringen.

Wenn ich nun vier, fünf Jahre von einem Jahr aufs andere vertröstet worden bin, und wenn ich fühle, daß meine Kräfte abnehmen und ich nicht lange mehr für die Sache, die meiner Ueberzeugung nach dem Lande unentbehrlich ist, werde thätig sein können, können Sie mir nicht verdenken, wenn ich lediglich aus patriotischem Gefühl für die Sache eintrete, und ich kann für meine Person nicht die Verantwortlichkeit für irgend ein Zugeständniß meinerseits übernehmen, das dahin ginge, noch mehr Zeit in dieser Sache zu verlieren.

Es sind in unseren Eisenbahnverhältnissen ja doch manche Zustände, die auf das wirthschaftliche Gebiet dermaßen zurückwirken, daß in der Zeit des wirthschaftlichen Nothstandes doch der Frage näher getreten werden muß: kann es ohne Schaden neun bis zwölf Monate länger so bleiben und ist es nicht unsere Pflicht, die Sache früher anzufassen?

Die ganze natürliche wirthschaftliche Stätigkeit unserer Zustände wird durch die bisherigen unrichtigen Verhältnisse nach der Willkür einzelner Eisenbahnverwaltungen verschoben in einer Weise, auf die kein Mensch sich einrichten kann, wo keine menschliche Möglichkeit richtiger Berechnung einer Produktion mehr möglich ist. Die Eisenbahnen sind bei der jetzigen Zerfahrenheit in der Lage, durch beliebig wohlfeile Transporte von Erz und Kohlen, durch Begünstigung der Expeditionsmodalitäten, das eine große industrielle Etablissement zu fördern auf Kosten eines anderen, das eine zu ruiniren, wenn sie sich ihm feindlich stellen wollen, das andere in Blüthe zu bringen nach ihrer Willkür. Das sind unnatürliche Zustände, worunter die stetige und regelmäßige wirthschaftliche Entwickelung leidet, da kann nur eine fach- und sachkundige Hand helfen, die in unser Eisenbahnsystem eingreift. Nach fünf Jahren, während welchen es mir mit schlechtem Gewissen als Minister nicht möglich gewesen ist, dem abzuhelfen, diesen Jahren noch ein sechstes

hinzuzusetzen, dazu kann ich meine Zustimmung freiwillig nicht geben. Ich will die Frage, ob wir ohne Mitwirkung des Landtages, also ohne einen größeren Geldverbrauch als das Budget uns gewährt, in der Lage sind, *durch Königliche Verordnung die dringendste Abhülfe zu schaffen*, ob wir nach der Auslegung, die der Art. 45 der Verfassung, daß dem König die Exekutivgewalt und die Ernennung der Minister zusteht, daß überhaupt zu der Gültigkeit von Anordnungen die Contrasignatur eines Ministers erforderlich ist, aber nicht eines bestimmten — ich will alle diese juristischen Fragen nicht untersuchen; denn Kompetenzfragen führen zu Streitigkeiten, und ich wünsche, meine Herren, diese Frage in Uebereinstimmung mit Ihnen zu erledigen und nicht ein Konfliktsobjekt daraus zu schaffen, *aber erledigen müssen wir sie, wenigstens ich muß sie erledigen, oder ich kann mit gutem Gewissen in meinem Posten nicht bleiben.* Die Möglichkeit sie zu erledigen, auch wenn Sie uns die Mittel zur Besoldung eines neuen Ministers versagen, die *Möglichkeit ist* thatsächlich vorhanden, ohne Anlaß zu einer juristischen Meinungsverschiedenheit oder gar zu einem Konflikte zu geben. Ich will das Mittel hier nicht besprechen und möchte nicht auf diesen Ausweg gedrängt werden, aber ich werde mich ihm nicht versagen können, wenn ich durch Landtagsbeschluß in die Lage versetzt werde, auf anderem Wege die Sache nicht erledigen zu können. (Hört!) Meine Herren! Rufen Sie nicht: Hört! es ist das etwas für Sie ganz Unschädliches und Gerechtes, was ich vorhabe.

Der Herr Vorredner sagte ferner, wenn man einmal änderte, dann müßte man noch mehr ändern, ich will es kurz nennen: *Bau-Ministerium.* Es geht uns gewöhnlich so, daß, wenn wir eine Verbesserung, die sich machen läßt, einen Schritt, den wir übersehen können, machen wollen, daß diejenigen, die ihn nicht machen wollen, sagen, wenn wir einmal daran rühren, dann muß gleich eine *tiefeingreifende Reform* gemacht werden, sonst muß es ganz unterbleiben. Im Prinzip bin ich ganz mit ihm einverstanden. Ein Bau-Minister, ja, das ist ein Bestandtheil desjenigen Programms, welches ich ebenfalls seit 15 Jahren vergeblich vertreten habe, namentlich in der Zeit vor 1866, es hing zusammen mit dieser Theilung des Handels-Amtes, und die Abtretung der Domänen und Forsten ist gerade so alt im Plane. Mein Verlangen war schon damals, ein Bau-Ministerium für die sämmtlichen Bauten und ein Gewerbe-Ministerium für alle Gewerbe zu haben; *aber lassen Sie uns doch erst einen Schritt vorwärts machen, den wir übersehen können,* und verlangen Sie nicht, daß solche Organisationen bei den Schwierigkeiten, die man überhaupt hat, irgend einen Schritt vorwärts zu thun, wie die Minerva aus dem Kopfe des Finanz-Ministers springen soll, der noch nicht da ist.

Ich muß zuerst wissen, wer preußischer Finanz-Minister wird und wie sich, je nachdem Sie diese Vorlage aufnehmen, die Frage des Handels-Ministeriums und des Eisenbahn-Ministeriums gestaltet. Daß wir einen Finanz-Minister nicht sofort fertig auf Lager haben oder bekommen können, das liegt in der Natur der Sache. *Ich habe mich von dem Kollegen, mit dem ich 9 Jahre lang in guten und schlechten Zeiten, in Frieden und Unfrieden zusammen gearbeitet habe, nachdem wir ein gutes Stück gemeinsamer Arbeit hinter uns haben, schwer getrennt, und habe nicht sofort bei den ersten Anzeichen*

des Unmuths die Hand dazu geboten, daß dieser Abschied beschleunigt würde, bis er mit einer Entschiedenheit, die die Hoffnung auf Umkehr ausschloß, auf seiner Entlassung beharrte. So lange der Abschied nicht bewilligt war, war es nicht thunlich, Verhandlungen mit anderen Personen anzuknüpfen. Diese Verhandlungen sind nicht so leicht. Es sind viele Leute geneigt, ein weniger verantwortliches, ein weniger Kampf versprechendes Ministerium zu übernehmen, wenn es vakant wird; aber zu einem Finanz-Minister Angesichts der finanziellen Reformen, die bevorstehen, Angesichts der Stellung, die die Mehrheit des Reichstages dazu genommen hat, dazu gehört ein Mann von einigem Muth, der sich dazu entschließt. Außerdem steht die Ernennung des Finanz-Ministers Sr. Majestät dem Könige zu. Ich muß also Sicherheit haben, daß, wenn Se. Majestät für ein so wichtiges und durch neue Befugnisse noch wichtiger zu machendes Ministerium einen Minister ernennt, derselbe politisch dem Monarchen genehm sei, denn im Konflikt mit dem Monarchen die Sache betreiben, ist für einen Minister nicht thunlich, nach dem Wortlaut unserer preußischen Verfassung ist das eine undurchführbare Aufgabe. Ich bitte, sich darüber nicht zu täuschen, daß es nach unserer Verfassung der König ist, dem das Recht zusteht und der auch vollständig bereit und im Stan de ist, dieses Recht auszuüben.

Also, meine Herren, ich möchte Sie in erster Linie bitten, mich nicht auf den nächsten Herbst, sage Frühjahr 1879, also jetzt ungefähr übers Jahr mit diesen Reformen zu vertrösten. Wir wissen alle nicht, wer von uns dann noch lebt, und jetzt ist die richtige Zeit um zu handeln; benutzen sie dieselbe! Ich bin nicht mehr in der Gesundheit, um auf Dinge, die mir so am Herzen liegen, wie diese, lange warten zu können, wenn ich Hand an sie noch legen will. Wenn die Herren nicht im Stande sind, uns diese Einrichtung zu bewilligen, ja, so muß ich mir die Entschließung dann vorbehalten, ob ich zu einem Auskunftsmittel greife, was mich sicher und ohne Konflikt mit Ihnen zum Ziele führen würde, oder ob ich mich amtlich außer Verantwortung stellen will, oder ob Sie uns die Zeit bewilligen wollen, die ich glaubte, daß wir sie hätten, nämlich in dem Maße und mit der Gründlichkeit, die vielleicht auch den Abg. Miquél befriedigt, die Gesetzesvorlage auszuarbeiten und sie Ihnen im Monat Mai an derselben Stelle wieder zu unterbreiten."

Warum die Vorlage wegen der Veränderungen in den Ministerien noch jetzt erfolgte.

27. März. Erklärung des Fürsten Bismarck bei der zweiten Berathung über den Nachtragsetat im Abgeordnetenhause.

(Nach dem Abg. Dr. Virchow.)

— — „Es liegt auf der Hand, daß ich diese Vorlage erst im Staatsministerium zum Abschluß bringen und das Staatsministerium sie bei Ihnen einbringen konnte, nachdem im Reichstag das Gesetz über die Stellvertretung zu einem Abschluß gekommen war. Wenn dieses ganze Gesetz an dem etwaigen Zwiespalt zwischen Reichstag und Bundes-

1878. rath gescheitert wäre, dann wäre eigentlich für eine Stellvertretung dieser Art (durch einen besonderen Vizepräsidenten des Staatsministeriums) kaum ein Anlaß gewesen, wir hätten uns dann behelfen müssen, wie bisher, mit einer selbstständigen Vertretung des Kanzlers im Reich neben einer Vertretung des Minister-Präsidenten, ohne die Einrichtung, die wir heute bei Ihnen befürworten. Ganz leicht ist die geeignete Persönlichkeit für diese Stellung auch nicht auszumitteln.

Dann, was den zweiten Fall mit der Uebertragung der Forsten und Domänen betrifft, so gestehe ich da ganz offen, daß ich bei der mir bekannten Abneigung meines Kollegen, des früheren Finanz-Ministers, gegen diese Abtrennung, so lange er Minister war, und bei dem hohen Werth, den ich darauf legte, mit ihm zusammen zu arbeiten, den Versuch nicht erneuert habe, ihm gegenüber diese Sache einzubringen. Ich hätte ihn dadurch einfach veranlaßt, seine frühere Weigerung zu wiederholen, oder, wenn ich meinerseits darauf bestand, die Sache zu einer Krisis zwischen uns zu bringen, die ich nicht suchte, indem ich, wie ich neulich schon sagte, hohen Werth darauf legte, mit einem so erfahrenen Kollegen von dieser Bedeutung in seinem Fach weiter zu arbeiten, so lange uns sachliche Motive nicht trennten.

Es hat mich unangenehm berührt, daß der Herr Abg. Virchow in der Strenge seines Urtheils und in der Gegnerschaft seinerseits gegen die Minister sofort sich mildert, sobald sie nicht mehr Minister sind; ich knüpfe daran die Hoffnung, daß er auch mich einmal in meiner ministeriellen Vergangenheit günstiger beurtheilen wird, wenn ich nicht mehr Minister sein werde. Seine Anhänglichkeit an das frühere Ministerium war mir neu, aber ich bin doch angenehm davon überrascht, wenn ich mich seiner Kämpfe mit den Kollegen Eulenburg und Camphausen aus früheren Zeiten erinnere. —

In Bezug auf die Eile, die wir in Betreff auch der scheinbar gleichgültigen Uebertragung der Forsten auf das landwirthschaftliche Ministerium hier entwickeln, ist für mich ein Gesichtspunkt besonders maßgebend im Anschluß an das, was ich soeben sagte: dem Finanz-Minister mehr Zeit zu schaffen, als er bisher hat. Wenn er ein gewissenhafter Mann ist, so kann er sich in forst- und landwirthschaftlichen Angelegenheiten gar nicht soweit einarbeiten, wie sein Gefühl der Verantwortlichkeit es verlangt, ohne dabei seine übrigen Geschäfte in den Hintergrund treten zu lassen, namentlich das Geschäft der Gesetzgebung, und ich habe das Gefühl, daß die Aufgabe der finanziellen Gesetzgebung bei uns seit mindestens zwölf oder mehr Jahren durch diese Ueberbürdung der verschiedenen Finanz-Minister zurückgeblieben ist; ich habe das Gefühl, daß wir zurückgeblieben sind in der Finanz-, Zoll- und Steuergesetzgebung im Vergleich mit allen übrigen europäischen Staaten, und daß wir sehr viel nachzuholen haben auf diesem Gebiet.

Ich muß noch zurückkommen auf die Frage, warum die Schöpfung eines eigenen Eisenbahn-Ministeriums mir dringlich erschienen ist. Wir haben damit ja nicht eine plötzliche und ungeprüfte Aenderung aller darüber bestehenden Gesetze in Anspruch genommen, sondern das Bedürfniß war hauptsächlich ein anderes; eine sachkundige und direkt für die Eisenbahnen verantwortliche Leitung und Aufsicht des Eisenbahnbetriebs, namentlich innerhalb der Königlichen Bahnen, zu schaffen. Für mich

ist schleuniges Bedürfniß nur, den Betrieb auf den Staatsbahnen so schnell wie möglich zu reformiren, und ich bin zu der Ueberzeugung, daß die Reform dringlich sei, namentlich in letzter Zeit durch die Beschwerden anderer amtlichen Verwaltungszweige veranlaßt worden. Es sind dies einmal die Beschwerden der Kaiserlichen Post- und Telegraphenverwaltung, die darüber klagt, daß sie die Berücksichtigung der Postinteressen bei dem jetzigen preußischen Handelsministerium als Aufsichtsbehörde nicht finde. — — —

Es sind weiter die Beschwerden über die Thätigkeit unserer Staatsbahnen in Bezug auf den Holztransport. Eine Mittheilung der obersten Forstbehörden, gewissermaßen eine Beschwerde über unseren Staatseisenbahnbetrieb, ist ein Sporn für mich, in dieser Sache Eile zu haben. Der Eingang lautet:

„Die Einnahme von Holz ist im Jahre 1877 um ca. 8 Millionen Mark geringer, als im Jahre 1876. Gegenwärtig haben sich die Absatzverhältnisse in den Provinzen Schlesien, Sachsen, Hannover, Westfalen, Hessen-Nassau und Rheinland so ungünstig gestaltet, daß in vielen Oberförstereien wegen gänzlichen Mangels an Absatz der Holzeinschlag erheblich hat beschränkt, in einigen Revieren ganz hat eingestellt werden müssen. Diese für die vaterländische Forstwirthschaft so unerfreuliche Erscheinung findet ihre Ursache zum Theil in der Ungunst der allgemeinen wirthschaftlichen Verhältnisse, hauptsächlich aber ist sie eine Folge der übermäßig vermehrten Einfuhr von Holz aus außerdeutschen Ländern und des Zurückdrängens der deutschen Hölzer von den Konsumtionsplätzen des Auslandes durch die Konkurrenz der schwedischen und österreichisch-ungarischen Hölzer. Am meisten fällt das österreichisch-ungarische Holz ins Gewicht. Die Einfuhr betrug im letzten Jahr 17 Millionen Centner von österreichischem Holz bei uns. — — — Die Einfuhr ungarischer Lohe ist seit 1874 von 258,000 Ctrn. auf 1,124,000 Ctr. gestiegen. Die Möglichkeit einer so massenhaften Einfuhr gründet sich nur darauf, daß das aus Oesterreich-Ungarn kommende Holz vermöge der Differentialtarife auf den deutschen und namentlich den preußischen Staatsbahnen zu erheblich billigerem Satze transportirt wird, als das einheimische Holz. Diese durch die bestehende Eisenbahnpolitik geschaffenen Mißverhältnisse üben eine so tief greifende Schädigung aus nicht blos auf den Königlichen Forstbesitz und die daraus zu erzielenden Staatseinnahmen, sondern auch auf Handel und Industrie und Steuerkraft der deutschen Länder. Es ist deshalb dringend geboten, eine schleunige Abhülfe herbeizuführen. Vor Allem muß der Forderung Geltung verschafft werden, daß auf deutschen Eisenbahnen ausländische Produkte nicht billiger gefahren werden, als deutsche, und daß die entferntere Station nicht wohlfeiler fährt, als die nähere."

Wenn der Abg. Virchow meinte, daß vom Handelsministerium nicht genug Beschäftigung für einen Minister übrig bliebe, wenn die Eisenbahnen abgezogen würden, so würde ich daraus den Schluß ziehen, daß im heutigen Handelsministerium die Eisenbahnen die Hauptsache sind und namentlich die Reformen darin, die dringlichsten, die überhaupt angestrebt werden können auf dem Gebiet des Handels und Verkehrs; vor der Hand glaube ich mehr noch ihre Schwerkraft in den finanziellen Reformen in Beziehung auf Steuer- und Tarifwesen zu finden.

Wenn aber im Handelsministerium das Eisenbahnwesen

augenblicklich das schwerste Gewicht hat und wenn wirklich ein Personenwechsel eintreten sollte, so würde dieser Umstand dafür sprechen, das Handelsministerium zunächst in die Hände eines besonders in Eisenbahnsachen kundigen Ministers zu legen.

30. März. Schluß des Landtags.

Die Vorlage über die Tabaksteuer.

Die Motive zum preußischen Antrag auf eine höhere Tabakbesteuerung entwickeln in Betreff des indirekten Steuersystems für das Reich folgende allgemeinere Gesichtspunkte: „Die Verfassung hat in Artikel 70 den Matrikularumlagen einen subsidiarischen und provisorischen Character beigelegt, indem sie bestimmt, daß die Ausgaben des Reiches, insoweit sie durch die eigenen Einnahmen nicht gedeckt werden und so lange Reichssteuern nicht eingeführt sind, durch Beiträge der einzelnen Bundesstaaten nach Maaßgabe ihrer Bevölkerung aufgebracht werden sollen. Die Vertheilung der Matrikularbeiträge nach der Kopfzahl der Bevölkerung, ohne Rücksicht auf die Steuerkraft, hat zu Beschwerden geführt, die nicht grundlos erschienen. Eine plötzliche und voraussichtlich andauernde Erhöhung der Matrikularumlagen in dem bezeichneten Maße würde für die Verwaltung der Landesfinanzen Schwierigkeiten mit sich führen, welche wahrscheinlich in keinem Bundesstaat ohne stärkere Anspannung der Steuerkraft zu überwinden sein würden. Besteht aber einmal die Nothwendigkeit neuer Steuerauflagen, so läßt es schon der erwähnte Art. 70 der Verfassung als eine Aufgabe des Reiches erkennen, für seinen Mehrbedarf die Deckung nicht in einer Erhöhung der Matrikularumlagen, sondern in einer rationellen Vermehrung seiner eigenen Einnahmen zu suchen, und dadurch die Beiträge der Einzelstaaten, wenn nicht ganz zu beseitigen, so doch thunlichst auf einer gleichmäßigen, die Landesfinanzen nicht unverhältnißmäßig belastenden Höhe zu halten. Von entscheidendem Gewicht ist die Rücksicht darauf, daß die Einzelstaaten zur Deckung erhöhter Matrikularbeiträge vorzugsweise an direkte Steuern angewiesen sind. Nach den Bestimmungen der Reichsverfassung steht den Einzelstaaten, abgesehen von der besonderen Stellung, welche Bayern, Württemberg und Baden hinsichtlich der Besteuerung von Branntwein und Bier einnehmen, das Recht zur Erhöhung von Verbrauchssteuern nur in sehr beschränktem Maße zu. Eine Benutzung dieses Rechts zur Eröffnung neuer Einnahmequellen für die Landesregierungen würde ohne Errichtung neuer Beschränkungen des inneren Verkehrs nicht durchführbar sein. Nur das Reich ist in der Lage, auf dem Gebiete der Verbrauchssteuern, auf welchem eine stärkere Anspannung der Steuerkraft am leichtesten ertragen werden kann, reichere Einnahmequellen in umfassender Weise zu schaffen. Daß das Reich hiezu schreite, ist eine, auch abgesehen von den Bedürfnissen der jetzigen finanziellen Lage, gerechtfertigte Forderung einer gesunden Besteuerungspolitik. Die seitherige Entwickelung des Steuersystems in Deutschland, welche die Staaten und die kommunalen Corporationen und Verbände vorzugsweise auf die Vermögens- und Einkommensteuern anweist, bereitet nicht nur den Landesregierungen Schwierigkeiten gegenüber den steigenden Anforderungen an die finanzielle Kraft der Staaten, sondern sie hat auch namentlich dazu geführt, daß die kommunale Selbstverwaltung, um den ihr durch höhere Interessen gestellten Aufgaben zu genügen, die direkte Besteuerung auf eine Höhe zu steigern genöthigt ist, welche dieselbe sehr beschwerlich macht und auf die Fortentwickelung der Staatssteuern nachtheilig zurückwirkt. Gegenüber dieser von Jahr zu Jahr schwieriger werdenden Lage erscheint es geboten, die Aufgabe der Finanzpolitik des Reiches

dahin zu stellen, daß durch Vermehrung der eigenen Einnahmen desselben aus den ihm zur Verfügung stehenden Verbrauchssteuern nicht nur sein gegenwärtiger Mehrbedarf gedeckt, sondern auch eine Entwickelung eingeleitet werde, welche eine Entlastung der Budgets der Einzelstaaten auf die Dauer herbeiführt, so daß es den letzteren dadurch ermöglicht wird, drückende Steuern zu beseitigen, bezw. zu ermäßigen, oder, wenn sie dies für angezeigt halten, einzelne dazu geeignete Steuern den Provinzen, Kreisen oder Gemeinden ganz oder theilweise zu überlassen."

Der Gesetzentwurf selbst bez. Erhöhung der Tabaksteuer nimmt die Frage genau an dem Punkte wieder auf, wo sie im Jahre 1873 abgebrochen war, und beantragt demgemäß neuerdings eine Erhöhung des Eingangszolles von Tabak um 24 Mark. Der Eingangszoll soll also betragen: von einem Centner unbearbeiteter Tabakblätter und Stengel 42 M., von fabrizirtem Tabak und zwar a) Cigarren und Cigarretten 90 M. b) anderer 60 M. Die Motive erklären ausdrücklich: dem Tabakmonopol sei mit Rücksicht auf die geographische Lage, sowie auf die Produktions- und Consumtions-Verhältnisse Deutschlands der Vorzug zu geben; aber die Einführung des Monopols sei zur Zeit noch nicht möglich; man müsse also, wenn ein höherer Ertrag der Steuer erzielt werden solle, an dem jetzigen System festhalten. Die Aufhebung der Steuerbefreiung ist damit motivirt, daß nach Erhöhung der Steuer diese Begünstigung des sporadischen Tabakbaues zum Hausgebrauch zum Zweck der Umgehung der Steuer ausgebeutet werden würde. Zudem sei zu befürchten, daß der sporadische Tabakbau, welcher jetzt zum bei weitem größten Theile auf das Gebiet östlich der Elbe beschränkt ist, auch im westlichen Gebiete des Zollvereins größere und für die Ertragsfähigkeit der Steuer gefährliche Dimensionen annehmen würde. Mit der Beseitigung des sporadischen Tabakbaues würde eines der wesentlichsten Hindernisse der Einführung des Tabakmonopols wegfallen.

Die Steuervorlagen im Reichstage und das Finanzwesen des Reichs.

(Uebersicht aus der Prov.-Corr. vom 27. Februar.)

Der preußische Finanzminister Camphausen machte in seinem einleitenden Vortrage geltend, daß die Steuervorlagen zwar zunächst einen gewissen Zusammenhang mit dem nächstjährigen Reichshaushalt haben, indem es darauf ankomme, den erhöhten Bedarf durch erhöhte eigene Einnahmen des Reichs zu decken, — daß aber die Vorlagen ihr Recht und ihre Bedeutung auch völlig unabhängig von dem vorgelegten Etat haben und zwar als ein erster und wichtiger Schritt auf dem Wege der von allen Seiten als nothwendig erkannten Steuerreform. Um den immer steigenden Anforderungen an die Staatskasse zu genügen und gegenüber den gleichzeitig sich mehrenden Anforderungen an die Kreis- und Kommunalverbände, könnten die Mittel nur im Wege der indirekten Besteuerung gewonnen werden. Man müsse sich vor Allem klar darüber werden, auf welchen Gebieten und in welchen Grenzen das indirekte Steuersystem weiter ausgebildet werden solle.

Die Vorlagen nehmen dazu zwei Gebiete der indirekten Steuern in Aussicht: die Stempelabgaben und die Tabaksteuer.

In Betreff der Stempelsteuern erinnerte der Minister daran, daß die sogenannte Börsensteuer schon seit Jahren von vielen Seiten als eine berechtigte Anforderung anerkannt sei und daß es namentlich, wenn man dazu schreiten müsse, Genußmittel, die in weiten Kreisen der Bevölkerung verbraucht werden, höher zu besteuern, andererseits nothwendig sei, auch Steuern, welche den mehr oder weniger leicht erworbenen Reichthum treffen, in Betracht zu ziehen. Die früheren Pläne in Betreff der Börsensteuer seien aber daran gescheitert, daß man

es für unerläßlich hielt, die Stempelabgaben in ihrem ganzen Zusammenhange zum Gegenstande neuer Erwägungen zu machen, namentlich auch in der Richtung, ob nicht das ganze Gebiet der Stempelsteuern in das Bereich der einheitlichen Reichsabgaben zu ziehen sei. Bei den hierüber stattgefundenen eingehenden Erörterungen habe sich aber herausgestellt, daß gegen die Vereinigung sämmtlicher Stempelabgaben als Reichssteuern ein lebhaftes Widerstreben Seitens der übrigen deutschen Staaten obwalte: nur in Betreff einer gemeinsamen Börsensteuer und des Spielkartenstempels sei eine Einigung erfolgt, — und es gelte nun die Frage, inwieweit die Stempelabgaben ferner dem Reiche oder den einzelnen Staaten angehören sollen, zum Abschlusse zu bringen.

Besonders aber sei die Tabaksteuer für die weitere Regelung des ganzen Steuersystems von größter Wichtigkeit: je nach dem Maße, in welchem zur Erhöhung der Einnahmen der Tabak herangezogen werde, müsse sich das übrige System der indirekten Steuern gestalten.

Der Minister trat gewissen zu großen Berechnungen und Erwartungen, welche man an die etwaige Einführung des Tabaksmonopols knüpfe, entgegen und führte aus, daß die Regierungen in ihrer Vorlage einen Mittelweg eingeschlagen haben; die erste Aufgabe sei es, gewisse Schwierigkeiten, die einer höheren Besteuerung des Tabaks in Deutschland nach der bisherigen Gesetzgebung überhaupt entgegenstehen, zu beseitigen. Die Regierungen werden etwaige Vorschläge, das Ziel auf einem besseren Wege zu erreichen, nicht abweisen: darin aber werde man hoffentlich übereinstimmen, daß die Besteuerung des Tabaks zu einer ergiebigeren Einnahmequelle für das Reich umzugestalten sei.

Im Reichstage trat zunächst auf konservativer Seite die Geneigtheit hervor, eine Reform der Finanzwirthschaft durch stärkere Heranziehung der Verbrauchssteuern und Zölle nach dem Beispiele anderer Kulturstaaten zu unterstützen. Inwieweit hierzu in der Vorlage die angemessenen Wege eingeschlagen seien, möge in einer dazu einzusetzenden besonderen Kommission geprüft, nicht aber durch Ueberweisung der Entwürfe an die Budgetkommission ihre Bedeutung von vornherein verneint werden.

Von national-liberaler Seite dagegen wurde den Vorlagen von vornherein entschiedener Widerspruch angekündigt: die Steuerreform dürfe keine bloße Steuererhöhung sein, eine Finanzreform im Reiche müsse auf lange hinaus endgültige Finanzzustände einführen, die auch den Einzelstaaten gestatten, durch Umgestaltung ihres Abgabenwesens auch bei sich Finanzreformen einzuführen. Unter den geeigneten Gegenständen für höhere Besteuerung sei allerdings der Tabak zu nennen, doch solle man für jetzt nicht mit bestimmten Steuerplänen hervortreten, so lange nicht anderweitige konstitutionelle Bürgschaften gegeben seien. Bei Aufhebung der Matrikularbeiträge, welche alljährlich der Bewilligung unterliegen, müßte dem Reichstag ein Ersatz für die ihn damit entgehenden konstitutionellen Befugnisse gewährt werden, — ebenso den Volksvertretungen in den Einzelstaaten. Endlich seien Einrichtungen für eine selbständige und verantwortliche Leitung des Finanzwesens im Reiche zu fordern.

Nachdem in der Berathung mehrfach auf das Tabaksmonopol im Gegensatze zur Vorlage hingewiesen war, wies zunächst ein preußischer Bundeskommissar darauf hin, daß auch die Anhänger des Tabaksmonopols nichts Besseres thun könnten, als für die Vorlage stimmen, da die in derselben geregelte Kontrole des inländischen Tabaksbaues eine unbedingt nothwendige Vorarbeit für die Einführung des Monopols sei. Dasselbe gelte von den Anhängern des mehrfach empfohlenen amerikanischen Systems der Fabrikatsteuer. Die Vorlage enthalte mehr, als man darin sehen wolle und sie unterliege nur dem Mißgeschick, daß die Steuerreformfrage in der Berathung mit politischen Fragen verknüpft würde.

Auf den Vorwurf, daß die Regierung mit ihrer wahren Absicht nicht offen hervortrete, erwiderte der Minister Camphausen: die Regierung könne nicht redlicher verfahren, als wenn sie offen erkläre, daß sie größere Staatseinnahmen aus dem Tabak zu gewinnen suche, und zu diesem Zwecke eine Vorlage mache.

die dem Resultat der Berathungen einer aus allen Theilen Deutschlands beschickten Sachverständigenkommission entspreche. Der Uebergang zum Monopol sei keineswegs ein Schritt, der ohne erhebliche Vorbereitungen auszuführen möglich sei. Zunächst müsse die Regierung überhaupt wissen, welche Stellung der Reichstag zu dieser Frage einnehme.

In Betreff des Tabaksmonopols habe er nur übertriebenen Berechnungen entgegentreten wollen; wenn aber nachzuweisen sei, daß das Reich auch nur ungefähr 100 Millionen Mark aus dem Monopol gewinne, so werde er die Einführung gewiß nicht für unthunlich erklären.

Der Reichskanzler Fürst Bismarck sprach sich hierauf über seinen Standpunkt zu den Vorlagen dahin aus, daß er die nähere Verantwortlichkeit für solche finanzielle Entwürfe nicht übernehmen könne, da die eigentlich technische Arbeit zunächst in das Gebiet des preußischen Finanzministers falle. Für seine Person sei der Kanzler seit Jahren bestrebt, zu einer Gesammtreform der Reichssteuern zu gelangen: wir seien in der Entwickelung des Steuersystems, namentlich in Betreff der Rückwirkung desselben auf die wirthschaftlichen Verhältnisse hinter allen großen Staaten zurückgeblieben. Eine umfassende Reform der indirekten Steuern müsse dem Reiche die Mittel gewähren, deren es bedürfe, und noch Zahlungen an die Einzelstaaten ermöglichen.

Als Durchgangspunkt zur Erreichung höherer Einnahmen aus dem Tabak habe er die gegenwärtige Vorlage genehmigt, weil die Sachverständigen ihm gesagt, daß ein Uebergang nöthig sei, aber sein Ziel sei das Monopol. Er hoffe, daß der Reichstag schon in dieser Session eine bestimmte und klare Stellung zur Frage nehmen und sich in Form eines ausdrücklichen Beschlusses oder Antrages darüber aussprechen werde.

Die Hoffnung und Erwartung des Reichskanzlers hat in der weiteren Berathung des Reichstages keine Aussicht auf Erfüllung gefunden.

Nicht blos von Seiten der Fortschrittspartei wurde das nähere Eingehen auf die Vorlagen scharf und entschieden zurückgewiesen, sondern auch von nationalliberaler Seite wurde wiederholt erklärt, daß jede Steuererhöhung selbst im Zusammenhange einer Steuerreform unannehmbar sei, so lange nicht das Steuerbewilligungsrecht im Reiche und in allen Einzelstaaten anderweit festgestellt sei. Unter diesen Umständen könne eine Erörterung über die besten Steuersysteme keinen Werth haben. Bei der Zusammensetzung des Reichstages sei überdies für eine Reformmaßregel und für eine Steuererhöhung eine Mehrheit nur durch ein kräftiges Vorangehen einer starken Regierung zu erreichen, — es werde sehr schwierig sein, eine Mehrheit zusammenzubringen, da selbst die einzelnen Bestandtheile der Parteien in wirthschaftlichen Dingen himmelweit verschieden denken. Der Gewinn der Verhandlung sei nur der, daß die Mehrheit sich für die möglichste Selbstständigkeit des Reiches in seinen Einnahmen ausgesprochen habe, — daß ferner eine noch größere Mehrheit der Meinung sei, daß der Tabak innerhalb eines großen finanziellen Plans ein Gegenstand höherer Besteuerung sei.

In Folge von Andeutungen über anscheinend bestehende Gegensätze zwischen den Auffassungen des Reichskanzlers und des technischen Ministers, erklärte Minister Camphausen, daß er bei seinem einleitenden Vortrage nur die gemeinschaftliche Stellung der verbündeten Regierungen darzulegen gehabt habe. Um darzuthun, daß seine persönliche Meinung mit der des Reichskanzlers übereinstimme, verlas er im Einverständniß mit dem Reichskanzler, ein Schriftstück, das er am 17. Februar 1877 demselben vorgelegt habe, und in welchem es heißt:

„Nach wiederholter Erwägung glaube ich mich dahin aussprechen zu sollen, daß behufs einer angemessenen dauernden Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reichs vorzugsweise die höhere Besteuerung des Tabaks, und zwar als letztes Ziel, trotz, wie nicht zu verkennen, entgegenstehender vielfacher Bedenken, die höhere Besteuerung im Wege des Monopols ins Auge zu fassen sein würde. Von der Einführung des Tabaksmonopols in Deutschland würden Erträge erwartet werden können, welche nicht allein gestatteten, die Steuer von nothwen-

digen Verzehrungsartikeln, namentlich die Salzsteuer, aufzuheben, sondern auch für Preußen die Möglichkeit gewährten, auf die als drückend empfundenen direkten Steuern zum Theil zu verzichten und sie den Kreis- und Kommunalverbänden zu überweisen. Es versteht sich indessen von selbst, daß eine Maßregel, welche so viele und so wichtige Interessen berührt, einer längeren Vorbereitung eines Uebergangsstadiums bedarf. Als ein solches Uebergangsstadium würde meines Erachtens die Einführung des Gesetzes wegen Besteuerung des Tabaks dienen können, welches im Jahre 1873 die Seitens des Bundesrathes niedergesetzte Kommission für die Aufhebung der Salzsteuer nach eingehenden Erörterungen entworfen hat."

Im Uebrigen berief sich der Finanzminister auf das Zeugniß des Reichskanzlers, daß er den Anforderungen an einen mit demselben Hand in Hand gehenden Staatsmann auch darin entsprochen habe, daß er ihm mehrmals die Frage vorgelegt habe, ob es nicht den Interessen des Reichs mehr entsprechen würde, eine andere Persönlichkeit mit der Leitung der Finanzen zu betrauen.

Fürst Bismarck bestätigte diese Thatsache: der Finanzminister habe ihm wiederholt und noch neuerdings seine Neigung, sich aus dem Dienst Preußens und des Reichs zurückzuziehen, wenn der Kanzler irgend den leisesten Wunsch in der Richtung äußerte, und seine Bereitwilligkeit, sich mit ihm darüber ohne jede Empfindlichkeit auseinanderzusetzen, kund gegeben. Er (der Fürst) habe darauf jeder Zeit in dem Sinne etwa erwidert, daß er sich von einem Kollegen, mit dem er nun sieben Jahre in ziemlich schwierigen Zeiten zusammen gearbeitet habe, an dem er durch das Zusammenwirken mit ihm die Eigenschaften der Sachkunde, der Charakterfestigkeit, der Entschiedenheit und der Wahrnehmung seines Regierungsberufs, seiner gouvernementalen Stellung schätzen gelernt habe, — nur aus sachlich zwingenden Gründen trennen würde und daß der Augenblick, wo möglicher Weise ihre Wege sich trennen könnten, nicht vorliege. Aus dem vom Finanzminister verlesenen Schriftstücke sei zu entnehmen, daß zwischen den Auffassungen desselben und denen des Kanzlers ein Unterschied nicht vorhanden sei, und daß deshalb nicht der Augenblick einer Trennung, sondern nur der der Hoffnung vorliege, daß die beiderseitigen Wege vielleicht noch weiter zusammenführen können, als er vor Jahren habe voraussehen können.

Die Verhandlung im Reichstage schloß mit der Ueberweisung der Vorlagen an die Budget-Kommission, womit die Behandlung der Entwürfe als eines Schrittes zu einer umfassenden Steuerreform von vorn herein abgelehnt ist.

Der letzte Redner, von der national-liberalen Partei, erkannte unverhohlen den rein negativen Charakter der zweitägigen Verhandlungen an und wies darauf hin, daß die Versammlung mit gedrückter Stimmung aus diesen Berathungen hervorgehe.

Während der Reichskanzler die Ordnung der Finanzverhältnisse des Reichs auf dem von ihm in Aussicht genommenen Wege als sein letztes hohes Ziel bezeichnet hatte, wurde ihm von der liberalen Partei als letztes Wort die Forderung einer sogenannten konstitutionellen Steuerpolitik und eines konstitutionellen Reichministeriums entgegengestellt.

Die Auseinandersetzungen, welche sich an diesen Gegensatz knüpfen müssen, dürften bei der bevorstehenden Berathung über die Stellvertretungsvorlage ihren Ausdruck finden. Die Fragen und die Parteistellungen, um welche es sich dabei handelt, sind für die gesammte innere Entwickelung von entscheidender Bedeutung.

22. Februar. Rede des Finanzministers Camphausen bei der ersten Lesung der Steuervorlagen im Reichstage.

„Ich bitte um die Erlaubniß, die Bedeutung der Steuervorlagen in ihrem Zusammenhange mit dem ganzen Finanzsysteme des Reichs mit einigen Bemerkungen zu erörtern. Was zunächst die sogenannte Bedürfnißfrage betrifft, so sind

die verbündeten Regierungen von der Ansicht ausgegangen, daß, wenn das Reich in solider Weise die dauernden Ausgaben durch dauernde Einnahmen decken will, nichts übrig bleiben würde, als entweder die Matrikularbeiträge zu erhöhen oder zu einer Vermehrung der eigenen Einnahmen zu schreiten.

Nun sind die verbündeten Regierungen der Ueberzeugung, daß die Wahl kaum zweifelhaft sein kann, daß die Finanzlage sämmtlicher Staaten, die sich zum Deutschen Reiche vereinigt haben, dringend erfordert, an sie nicht höhere Anforderungen noch zu stellen, als wie sie in den letzten Jahren gestellt worden sind. Die gemachten Vorlagen stehen nun mit dem Etatsentwurf in einem gewissen Zusammenhang; aber in einem sehr losen. Wenn Sie bei der Berathung des Etatsentwurfs die Ueberzeugung gewinnen und begründen sollten, daß es für das Jahr 1878/79 der geforderten Mehreinnahmen nicht bedürfe, so würden Ihnen die Steuervorlagen, die Ihnen gemacht worden sind, ganz gleichmäßig zugegangen sein. Sie haben ihr Recht und ihre Bedeutung in beschränktem Zusammenhange mit dem vorgelegten Etat; sie haben aber ihr Recht und ihre Bedeutung auch völlig unabhängig von dem vorgelegten Etat.

Ich vertrete schon seit einigen Jahren den Standpunkt, daß es für die gesunde Entwickelung der Finanzverhältnisse des preußischen Staats im hohen Grade wünschenswerth sei, die Matrikularbeiträge über diejenige Höhe, welche sie im Jahre 1876 hatten, und die also von der Höhe, die sie im laufenden Etat einnehmen, um etwa 10 Millionen abweichen, nicht möchten hinausgehen. Ich vertrete noch lebhafter die Auffassung, daß keinesfalls die gegenwärtige Höhe noch gesteigert werden möge. Ich vertrete endlich die Auffassung, meine Herren, daß das preußische Steuersystem offenbar bei den Anforderungen, die immer weitergehend an die Staatskasse gerichtet werden, bei den Anforderungen, die in immer größerem Umfange sich an die Kreis- und Kommunalverbände gerichtet haben, ein Weg gesucht werden muß, um im Wege der indirekten Besteuerung die Mittel zu gewinnen, die Lasten bei der direkten Besteuerung, deren sich jene Verbände in der Regel zu bedienen haben, zu vermindern. Das ist die Stellung, die ich zu dieser Frage einnehme und zu der ich mich unumwunden bekenne.

Man hat die beiden Steuervorlagen, die ja aus den verschiedensten Motiven vieler Unlust begegnet sind, in ihrer Bedeutung sehr weit unterschätzt. Man hat die Tragweite wohl nicht richtig erkannt: man hat in ihnen einen augenblicklichen Nothbehelf erblickt, während sie die ersten und schwierigsten Schritte bilden, nach deren Zurücklegung erst ein weiterer Weg zu betreten ist.

Die Frage wegen der sogenannten Börsensteuer beschäftigt uns im Deutschen Reich, früher im Norddeutschen Bund, nun schon seit beinahe neun Jahren. Wenn ich bei der preußischen Landesvertretung, namentlich wenn ich im Herrenhause sitze, da vergeht eigentlich keine Sitzungsperiode, in der ich nicht daran erinnert werde: wann wird denn endlich die Börsensteuer vorgelegt? Und wenn dieser Drang vielleicht etwas lebhaft sein mag, so glaube ich doch, daß es eine berechtigte Anforderung der Nation ist, über diese Frage eine definitive Entscheidung zu erlangen, und zwar ist das Treffen einer solchen Entscheidung um so nöthiger in einem Augenblick, wo wir uns mit dem Gedanken beschäftigen, Verbrauchssteuern zu erheben in größerem Umfange, Verbrauchssteuern, die sich stets nur richten können, wenn sie einen erklecklichen Erfolg herbeiführen sollen, auf solche Genußmittel, die in weiten Schichten der Bevölkerung verbraucht werden. Und in einem solchen Augenblick würde es, meiner Ansicht nach, nicht wohlgethan sein, wenn wir Steuerprojekte, die recht eigentlich die Besitzenden treffen, Steuerprojekte, die recht eigentlich den mehr oder weniger leicht erworbenen Reichthum treffen, bei Seite legen und uns nur mit den anderen Fragen beschäftigen wollten. Meine Herren! Man hat mit großem Rechte, als wir das letzte Mal uns über die Stempelabgaben unter-

hielten, die Frage aufgeworfen: haben wir die Stempelabgaben nicht in ihrem ganzen Zusammenhange aufzufassen, haben wir nicht dafür zu sorgen, daß Erhöhungen, die vielleicht unvermeidlich sind, ausgeglichen werden durch Ermäßigungen, die an anderer Stelle gewünscht werden, und man hat eben die Frage angeregt, warum kann nicht das ganze Gebiet der Stempelsteuern zu einer Reichsabgabe erhoben werden?

Meine Herren! Die preußische Regierung hat sich dieser Frage gegenüber nicht ablehnend verhalten, sie hat lange Zeit darauf verwandt, um sich den Ueberblick über die zahlreichen Gesetzgebungen, die in dieser Beziehung in Deutschland Geltung haben, kennen zu lernen und den Versuch zu machen, ob sich ein einheitliches Steuersystem daraus gestalten lassen würde. Bei diesen Versuchen haben wir bei dem preußischen Staat Schwierigkeiten nicht entdeckt, wir waren und sind der Meinung, daß beispielsweise die Erbschaftssteuer, die wir früher schon in Preußen nur umgestaltet haben mit Rücksicht auf die Verhältnisse des Deutschen Reichs, mit Rücksicht auf die Möglichkeit, daß eine gemeinschaftliche Steuer für das Deutsche Reich beliebt werden möchte, daß sich die ganz wohl zu einer gemeinschaftlichen Steuer eignen würde. Wir haben aber ferner erkannt: daß eine Vereinigung sämmtlicher Stempelabgaben zu einer einheitlich gestalteten Reichsabgabe auf das größte Widerstreben unserer Bundesgenossen stieß, daß von ihrer Seite sehr schwerwiegende Bedenken dem entgegengestellt wurden und daß vor allen Dingen wir auf ihren unbedingten Widerspruch zu rechnen gehabt hätten, wenn wir diese Versuche fortsetzen wollten.

Was hat sich in Folge dessen für Preußen als das rathsamste Verfahren ergeben? Preußen hat niemals den Satz aufgestellt, daß es nothwendig sei, die Stempelabgaben in Eine Hand gerathen zu lassen, es hat blos seine Bereitwilligkeit ausgesprochen, seinerseits in diesem Sinne zu wirken. Ich, als preußischer Finanz-Minister, lege den größten Werth darauf, daß endlich die schwebende Frage wegen der Stempelabgaben, d. h. wegen des Gebietes, indem sie zu erheben sein sollen, zum Abschluß gebracht werde.

— —

Meine Herren! Die höhere Besteuerung des Tabaks ist ein Thema, das seit Jahren mit besonderer Vorliebe behandelt wird und dessen Lösung für eine durchgreifende Umgestaltung des indirekten Steuerwesens eine Vorbedingung bildet; — ich sage nachdrücklich: eine Vorbedingung bildet. Das System der indirekten Steuern, das ist verschieden zu gestalten, je nachdem man hinsichtlich der Besteuerung des Tabaks sich für das Monopol entscheidet, je nachdem man sich für eine hohe Fabrikatssteuer entscheidet, je nachdem man sich für die höhere Besteuerung des ausländischen und eine entsprechende höhere Besteuerung des inländischen Tabaks entscheidet. Je mehr man aus dem Tabak zu ziehen gedenkt, je mehr man herauszuziehen vermag, desto mehr wird das übrige System der indirekten Steuern sich danach modeln müssen. Meine Herren! Ich habe neben dem Wollen auch von dem Können gesprochen, und das veranlaßt mich hervorzuheben, daß in Bezug auf das Können jetzt doch auch recht eigenthümliche Ansichten zum Vorschein kommen. In der Brochüre eines sehr verdienten Mannes (Mohl) wird eine Berechnung vorgelegt, wie viel man in Frankreich an Tabak konsumire, wie viel in Deutschland, und daß, wenn man aus den Reinerträgen, die man in Frankreich aus der Regie gezogen habe, auf die Reinerträge schließe, die man in Deutschland durch Einführung des Tabaksmonopol ziehen werde, wir uns einen Reinertrag von etwa 400 Millionen verschaffen können. — —

Daß das Phantasien sind, daß für ein entbehrliches Genußmittel unmöglich so hohe Verwendungen eintreten werden, das brauche ich Ihnen wohl nicht zu sagen.

Die verbündeten Regierungen gehen von solchen kühnen Projekten nicht aus, sie haben sich zu einem Mittelweg entschlossen,

auf dem ihr sowohl die Anhänger als die Gegner des Tabaksmonopols folgen können. Deutschland hat durch unverhältnißmäßigen Zollschutz einmal die Produktion, nicht minder aber die Fabrikation des Tabaks künstlich hervorgerufen, es hat künstlich dafür gesorgt, daß sowohl der Tabaksbau als die Tabaksfabrikation in unrichtige Lagen gebracht worden sind. Eine jede Reform dieser Besteuerungsweise wird sich als erste Aufgabe stellen müssen, diese unnatürliche Richtung einzuengen und beide Erwerbszweige in ihre natürliche Lage zu bringen. Dies kann natürlich nicht geschehen, ohne bisher künstlich gepflegte Interessen mehr oder weniger zu verletzen. Der Weg, den die Regierungen Ihnen in Vorschlag gebracht haben, wird wahrscheinlich viele Anfechtungen erfahren. Soweit diese Anfechtungen in positiven Vorschlägen bestehen, soweit sie das ins Auge gefaßte Ziel auf einem besseren Wege zu erreichen streben, werden die Regierungen allen Abänderungsvorschlägen die sorgfältigste Erwägung widmen und Ihnen gegenüber sich entgegenkommend verhalten. In einem, meine Herren, glauben wir mit der großen Majorität des Reichstags jedenfalls übereinzustimmen: das ist in dem Ziel, daß die Besteuerung des Tabaks zu einer ergiebigeren Einnahmequelle für das Reich umgestaltet werden muß."

Das Tabaksmonopol.

26. Februar. Rede des Fürsten Bismarck.

[Die Verantwortlichkeit des Kanzlers; — die nothwendige Entwickelung der indirecten Steuern; — das Monopol das Ideal Bismarcks; — Uebergang.]

„Wenn ich durch die politischen Geschäfte des Augenblicks und durch meinen Gesundheitszustand auch verhindert bin, mich in die Fragen, die uns heut beschäftigen, soweit einzuarbeiten, daß ich mit derselben Gründlichkeit, wie mein Herr Kollege neben mir, Ihnen eine Meinung darüber sagen könnte, so halte ich es doch für nothwendig, mit wenigen Worten den Standpunkt zu charakterisiren, den ich zu diesen Vorlagen einnehme.

Bald nach meinem Eintritt in den Saal hörte ich Worte, die mir als Reichskanzler die Verantwortlichkeit für die finanziellen Vorlagen, wenn nicht allein, doch vorzugsweise zuweisen, diese Verantwortlichkeit kann ich in dem Maße nicht acceptiren, und es ist gegenüber meiner verfassungsmäßigen Stellung nicht zulässig, sie mir aufzubürden. Ich kann zunächst dem Reichstag keine Vorlagen im Namen des Kaisers bringen, die nicht vom Bundesrath genehmigt sind. Ich kann in dem Bundesrath, wenn ich nicht den König von Preußen in Widerspruch bringen will mit dem deutschen Kaiser, keine Vorlagen von Wichtigkeit einbringen, bei denen ich nicht der Zustimmung des preußischen Votums vorher versichert bin. Ich bin außerdem vielleicht nicht berufen — ich will darüber nicht streiten, denn ich bin nicht arbeitsscheu genug, um die Grenzen meines Berufs genau festzuhalten, aber jedenfalls thatsächlich gar nicht in der Lage, Vorlagen dieser Art im Reichskanzleramt herstellen zu lassen. Ich habe mir deshalb den Grundsatz machen müssen und habe ihn unter dem Vorgänger meines Herrn Kollegen befolgt und halte auch jetzt daran fest, auch wenn es mein verfassungsmäßiges Recht und meine verfassungsmäßig begrenzte Pflicht nicht mit sich brächte, in der Hauptsache meinem Kollegen, dem preußischen Finanzminister, auf dem Wege der Finanzvorschläge, die Ihnen gebracht werden, zu folgen, ihm die Führung zu überlassen, für die er Sachkunde

sowohl, wie die ihm untergebenen Hülfskräfte hat, und ich bin entschlossen, ihm auch weiter darin zu folgen, bis ich mich etwa überzeuge, daß unsere Wege sich trennen müssen. Diese Ueberzeugung habe ich bisher nicht und wünsche auch nicht, sie zu erhalten. Aber die alleinige Verantwortlichkeit für die Vorlagen, die Ihnen hier auf technischem Gebiete gebracht werden, kann ich nicht übernehmen, weil die ganze Schwerkraft der Arbeit, der Möglichkeit der Arbeit, der technischen Kenntniß der Sache in das Gebiet des preußischen Finanzministers fallen.

Wenn die Sachen früher in einzelnen Fällen anders gelegen haben, wie sie heute liegen — ich meine persönlich — ich will mit benannten Zahlen sprechen — wenn wir in der Gestalt des Ministers Delbrück eine finanziell, technisch und wirthschaftlich erprobte, langgeschulte und an die Leitung dieser Verhältnisse in Preußen gewöhnte Persönlichkeit hatten, die sich nothwendig Raum um sich her erkämpfte, so hat das doch auf die Dauer zu Friktionen und, wenn ich so sagen soll, zu Sackgassen geführt, über die wir ja werden sprechen können, wenn die Frage von der Stellvertretung eintritt, die mir aber die Ueberzeugung gebracht haben, daß zwei so große Finanzorganisationen oder zwei so große Zentren für die Leitung der Finanzen im deutschen Reich, die eine für 40 Millionen, die andere für 25 Millionen, ohne sich gegenseitig schließlich auf Tod und Leben zu bekämpfen, nicht bestehen können. Ich habe deshalb, so lange der Herr Minister Delbrück mein Kollege war, mich weniger um die Sache bekümmert, weil ihm ein Einfluß auf die preußischen Verhältnisse durch die langjährigen Verbindungen, die er darin hatte, beiwohnte, den er nicht vererben konnte. Seitdem halte ich in finanziellen Dingen zur Fahne des preußischen Finanzministers und folge ihm bis zu der Grenze, die ich vorhin nannte. Persönlich wissen Sie — ich habe Ihnen das nur im Allgemeinen und, wie Sie mit Recht sagten, in dilettantischer Manier andeuten können — daß ich mein Streben darauf richte, zu einer Gesammtreform unserer Reichssteuern mit der Zeit zu gelangen.

Wir sind meiner Ueberzeugung nach in der Entwicklung unseres Steuersystems, namentlich mit Hinblick auf dessen Rückwirkung auf unsere wirthschaftlichen Verhältnisse, hinter allen großen europäischen Staaten zurückgeblieben und haben einen beträchtlichen Weg nachzuholen auf dem Gebiet, und zu ermitteln, wie die großen Lasten, welche das Ergebniß der großen Bedürfnisse des Reichs sind, am leichtesten getragen werden, jedenfalls leichter als bisher. Ich behaupte, daß in diesem Augenblick jede 100 Millionen Mark, die in England und Frankreich aufkommen, mit weniger Druck der Bevölkerung aufkommen als bei uns. Es wird sich darüber beim Detail reden lassen.

Sie wissen von mir, daß ich ein Gegner der direkten, ein Freund der indirekten Steuern bin, daß ich auf diesem Gebiet eine umfassende Reform anstrebe, die das Reich aus arm, was es jetzt ist, wirklich reich macht. Mein Ideal ist nicht ein Reich, was vor den Thüren der Einzelstaaten seine Matrikularbeiträge einsammeln muß, sondern ein Reich, welches, da es die Hauptquelle guter Finanzen, die indirekten Steuern unter Verschluß hält, an alle Partikularstaaten im Stande wäre herauszuzahlen, und

ich bin überzeugt, daß wir auf dem Wege der Reform dahin gelangen können. In dem Streben nach dieser Reform habe ich mich mit meinen preußischen Kollegen und insbesondere mit dem Herrn Finanzminister dahin geeinigt, daß diese Vorlage als ein Durchgangspunkt zu den höheren Einnahmen aus dem Tabak, die ich erstrebe, dienen soll. Ich habe mich der besseren technischen Einsicht meiner Kollegen dahin gefügt, daß ein Durchgangspunkt, eine Vorbereitung für die weiteren Einrichtungen nothwendig ist. Ich würde mich auch heute, wenn meine Ueberzeugung nicht schon durch Ministerialberathungen gewonnen wäre, durch die Darlegung des Herrn Finanzministers und seines Kommissarius in dieser Beziehung von Neuem überzeugt haben, daß wir dem Ziel, dem ich zustrebe, von dem ich nicht weiß, ob ich es erreiche, ohne weiteres und plötzlich nicht näher treten können, daß wir eine vorbereitende Gesetzgebung haben müssen, daß die Vorlage, die Ihnen unterbreitet ist, diesen Charakter hat. Ich leugne nicht und halte es nach den Zweifeln, die ausgesprochen sind, ob Monopolisten in unserer Mitte sich befinden, nicht für überflüssig, offen zu bekennen, daß ich dem Monopol zustrebe, und daß ich in diesem Sinn die Vorlage als Durchgangspunkt annehme.

Um ihr die Stacheln zu nehmen, die man fürchtet, und dennoch die vorbereitende Wirkung ihr zu lassen, wäre ja nur erforderlich, daß man die Steuersätze, die sie bringt, einstweilen ermäßige. Das wäre für die Matrikularfrage sehr bedauerlich, aber für die weitere mir persönlich höher stehende Wirkung auf die Reform würde ich immer das Ergebniß noch mit Genugthuung und mit Freuden begrüßen, daß wir die vorbereitenden Arbeiten für das, was ich in der späteren Zeit zu erreichen hoffe, hiermit beginnen. Es hat hier ja im Vergleich mit dem Monopol hauptsächlich das amerikanische Steuersystem die Vorliebe der Vorredner, die sich darüber geäußert haben; ich würde nichts dagegen haben, wenn durch irgend ein anderes Mittel der Art ein dem Ertrage des Monopols annähernder Ertrag aus Tabak sich erreichen ließe.

Ich hoffe und wünsche dringend, daß, wenn, wie ich vermuthen muß, diese Vorlage von Ihnen in eine Kommission verwiesen wird, daß sie dort nicht begraben werden wird. Falls Sie vorziehen, den Druck der Matrikularbeiträge in seiner jetzigen Ausdehnung noch länger auf den Steuerpflichtigen lasten zu lassen, würde ich mich damit noch eher befreunden können, als wenn Sie das Durchgangsmittel, welches in dieser Vorlage geboten werden soll, das Durchgangsmittel zu einem höheren Gewinn aus dem Tabak von Hause aus abschlagen sollten und ablehnen. Diesem ersten Anfang auf einem Wege, den zu betreten wahrlich schwere Diskussionen Jahre und Tage hindurch gekostet hat, ehe wir so weit kamen, diesem Gedanken überhaupt gemeinsam näher zu treten.

Jedenfalls hoffe ich, daß der Reichstag diese Session nicht wird vergehen lassen, ohne zu dieser Frage eine ganz sichere und klare Stellung zu nehmen; nicht blos durch die indirekte Maßregel der Ablehnung einer Regierungsvorlage, sondern ich hoffe, daß Sie, sei es in Gestalt einer Resolution, sei es in Gestalt eines Antrages aus dem Schooße des Reichstags; ich hoffe, daß es den Herren gefallen wird, eine feste Stellung zu dieser Frage zu nehmen, die den Regierungen in Zukunft als ein Leuchtthurm dient, dem sie

nachzufahren haben oder den sie zu vermeiden haben, wenn sie nicht Schiffbruch leiden wollen. Ich hoffe, daß, wenn Sie die Vorlage an eine Kommission verweisen — ich kann Ihren Entschließungen nicht vorbeugen — daß dort vielleicht Gelegenheit wird, in besseren Geschäfts- und Gesundheitsverhältnissen, wie heute, mich des breiteren auszusprechen, auch die Belehrung, für die ich heute nicht zugänglich bin, dort entgegenzunehmen über die Ziele, die die Mehrheit des Reichstages ins Auge faßt; dann können wir uns sehr leicht darüber verständigen, ob ich das, ich fürchte leider nach meinem Zustande, letzte ideale Ziel, welches ich für das Reich in meinem Leben noch erreichen möchte, zu erreichen Hoffnung habe oder nicht."

Der Finanzminister Camphausen reicht seine Demission ein, die erst verweigert, dann schließlich angenommen wird.

Verhandlungen mit Graf Stolberg.

(„Provinzial-Correspondenz" vom 20. März.)

Der Kaiser hat im Laufe der Woche wiederholt Besprechungen mit dem Reichskanzler Fürsten Bismarck gehabt und am (16.) auch den diesseitigen Botschafter am Wiener Hofe, Grafen Otto zu Stolberg-Wernigerode, empfangen.

Zum bevorstehenden Geburtsfeste Sr. Majestät ist eine große Anzahl deutscher Fürsten am Königlichen Hofe theils bereits eingetroffen, theils noch zu erwarten.

Definitiver Rücktritt Camphausens, Ernennung des Ober-Bürgermeisters Hobrecht zum Finanzminister.

Der Minister für Handel, Dr. Achenbach, giebt seine Demission.

Die deutsche Eisen-Industrie.

(„Provinzial-Correspondenz" vom 20. März.)

In der letzten Session des Reichstags war von zahlreichen Mitgliedern der Antrag gestellt, die Reichsregierung zu ersuchen: 1. kommissarisch die Produktions- und Absatzverhältnisse der deutschen Industrie und Landwirthschaft untersuchen zu lassen; 2. vor Beendigung dieser Untersuchung und Feststellung der sich aus derselben ergebenden Resultate Handelsverträge nicht abzuschließen.

Dieser Antrag konnte damals von Seiten der verbündeten Regierungen ein Entgegenkommen schon aus dem Grunde nicht finden, weil zu jener Zeit die Verhandlungen über Erneuerung des Handels- und Zollvertrags mit Oesterreich-Ungarn bereits begonnen hatten. Außerdem wurden gegen das Verlangen einer General-Untersuchung im Sinne des Antrags innere sachliche Gründe geltend gemacht, insbesondere hervorgehoben: die großen Schwierigkeiten, welche mit einer

so allgemeinen Untersuchung aller Produktions- und Absatzverhältnisse verbunden sind, die jahrelange Dauer, welche sie in Anspruch nehmen würde, die desungeachtet voraussichtlich bleibende Unsicherheit ihrer Ergebnisse, die tiefgreifende Beunruhigung, welche Handel und Industrie durch die während der Ausführung der Enquête zu erwartenden Agitationen erleiden würden. Andererseits war jedoch nicht verkannt, daß je nach dem Verlauf der Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn eine Untersuchung über bestimmte Einzelfragen zweckmäßig erscheinen könne.

Mit Rücksicht auf diese Erklärungen wurde der Antrag damals zurückgezogen. Das in demselben zum Ausdruck gekommene Verlangen ist seitdem aus den Kreisen der Industrie erneuert und von einer großen Zahl der deutschen Handels- und Gewerbekammern, sowie von dem Ausschuß des deutschen Handelstags unterstützt worden.

Gegenwärtig ist nun Seitens der preußischen Regierung im Bundesrathe ein Antrag wegen Veranstaltung einer Untersuchung über die Lage der deutschen Eisenindustrie gestellt.

Die preußische Regierung glaubt auch jetzt die angedeuteten Bedenken aufrecht erhalten und sich gegen die Vornahme einer alle Zweige der Industrie umfassenden General-Enquête aussprechen zu sollen, indem sie der Ansicht ist, daß der dadurch bedingte Aufwand an Zeit und Kräften mit dem zu erwartenden praktischen Ergebniß nicht im richtigen Verhältniß stehen, die Allgemeinheit der Zielpunkte aber auf die wünschenswerthe baldige Abhülfe in solchen Fragen, in welchen das Bedürfniß einer Verbesserung des bestehenden Zolltarifs auch ohne die Vermittelung eines so umständlichen Apparats festgestellt werden kann, zum Nachtheil der betheiligten Interessen ungünstig einwirken werde. Solche Spezialfragen sind nicht von so einschneidender Natur, daß es geboten erscheinen könnte, bei der weiteren Erörterung die gewöhnlichen administrativen Formen, welche eine Zuziehung von Fachmännern und Industriellen keineswegs ausschließen, zu verlassen. Die Königlich preußische Regierung meint aber andererseits, daß in Betreff der Eisenindustrie dem Verlangen die Berechtigung nicht fehle.

Bezüglich der letzteren sind die neuesten eingreifenden Veränderungen des Zolltarifs eingetreten, welche zur Zeit des größten Aufschwunges angeregt und beschlossen, aber zur vollen Wirksamkeit erst nach Ablauf eines längeren Zeitraumes gelangt sind, während dessen die Bedingungen des Marktes eine wesentliche Veränderung erfahren haben. Wenn behauptet wird, daß die Schwierigkeiten, mit welchen die deutsche Industrie zur Zeit zu kämpfen hat, durch zollgesetzliche Maßregeln, wenn nicht hervorgerufen, doch wesentlich verschärft seien, und daß es zu einer dauernden Wiederbelebung und fortschreitenden Entwickelung nothwendig sei, in jener Beziehung wiederum Abhülfe zu schaffen, so liegt wenigstens bezüglich der Eisenindustrie ein zeitliches Zusammentreffen der Nothlage mit umfassenden Zollbefreiungen vor.

Ob ein innerer Zusammenhang zwischen beiden Erscheinungen besteht und ob die Wiedereinführung von Zöllen das geeignete Mittel ist, der leidenden Industrie eine wirksame Erleichterung zu verschaffen, wird zwar von anderer Seite unter Hinweis auf die Ergebnisse der Handelsstatistik für das Jahr 1877, welche in wichtigen Artikeln der Eisenbranche einen gegen früher nicht verringerten Ueberschuß der Ausfuhr über die Einfuhr erkennen lassen, bezweifelt. Es ist jedoch, zumal bei den Bedenken, welche einer unmittelbaren Verwendung den von der Statistik dargebotenen Ziffern entgegenstehen, ohne eine erschöpfendere Untersuchung nicht wohl möglich, zu einem sicheren Urtheil über die Bedeutung dieser Thatsache und zu einer zutreffenden Würdigung der ihr gegenüber von Seiten der Industrie aufrecht erhaltenen Versicherung zu gelangen, daß die Konkurrenz nach Eintritt der Zollfreiheit auf dem einheimischen wie auf dem Weltmarkt nur durch Herabdrückung der Preise auf oder unter den Betrag der Produktionskosten behauptet werden könne. Im Hinblick auf die Tragweite der Interessen, welche gerade bei der Eisenindustrie, als dem nach der Größe der angelegten Kapitalien und nach der Zahl der mittelbar oder unmittelbar durch sie beschäftigten

Arbeitskräfte bedeutendsten unter den Zweigen der Großindustrie, in Frage stehen, und auf die tiefgreifende Beunruhigung, welche der gegenwärtige Zustand in weiten Kreisen hervorgerufen hat, empfiehlt es sich, die Einleitung einer solchen Untersuchung nicht länger hinauszuschieben, als es zur Erlangung zuverlässiger Ergebnisse erforderlich ist. Der gegenwärtige Moment, in welchem sich bereits die Erfahrungen eines vollen Jahres seit Aufhebung der Eisenzölle berücksichtigen lassen, erscheint *nicht mehr verfrüht*. Es wird daher nach dem Dafürhalten der preußischen Staatsregierung nunmehr der Versuch zu machen sein, *durch eine möglichst umfassende Ermittelung und allseitige Erörterung der in Betracht kommenden thatsächlichen Verhältnisse eine Klärung der Ansichten über die Wirkung der erfolgten Aufhebung der Eisenzölle und über die im Interesse der Eisenindustrie zu ergreifenden Maßnahmen herbeizuführen.*

Daß die Untersuchung zweckmäßig nicht in der Beschränkung auf einen einzelnen Staat, sondern zusammenfassend für das gesammte Bundesgebiet, unter der Leitung der Organe des Reichs, zur Ausführung gebracht werden kann, ergiebt sich aus der Gemeinschaftlichkeit der Interessen. Nach Ansicht der preußischen Staatsregierung empfiehlt es sich, dieselbe *einer vom Bundesrath zu bildenden Kommission zu übertragen* und die letztere in der Weise zusammenzusetzen, daß die Mehrzahl der Mitglieder, einschließlich des Vorsitzenden, dem Kreise der Reichs- oder Staatsbeamten, einige dagegen unter Berücksichtigung der bei Beurtheilung der vorliegenden Frage sich entgegenstehenden Anschauungen aus dem Kreise der Interessenten oder sonstigen Sachkundigen entnommen werden.

Die Tabaksenquête.

(„Provinzial-Correspondenz" vom 8. und 22. Mai.")

Die Vorlage über die beabsichtigten Ermittelungen in Betreff des Umfangs und der Bedeutung der Tabaksfabrikation und des Tabakhandels soll in den nächsten Tagen Gegenstand der Berathung und Beschlußnahme im Reichstage sein.

Nach den vorläufigen Anzeichen wird dem Antrag auf eine solche Untersuchung an und für sich und auf Bewilligung der dazu erforderlichen Mittel die Zustimmung der Mehrheit nicht versagt werden, — auf die Form und Fassung des Beschlusses aber scheint die Meinung von entscheidendem Einflusse sein zu sollen, daß es sich für die Regierung bei der in Aussicht genommenen Untersuchung lediglich und unbedingt um Einführung des Tabaksmonopols handele.

Diese Meinung ist schon wiederholt und besonders auch in den Ausführungen der letzten Wochen an dieser Stelle als irrthümlich dargelegt worden. Bald nach den Verhandlungen über die Steuervorlagen war darauf hingewiesen worden, daß der Reichskanzler zwar seine Ueberzeugung von der Zweckmäßigkeit des Monopols entschieden ausgesprochen und mit der Erwägung begründet habe, daß dasselbe den Konsumenten weniger belaste, als irgend eine Steuer von ähnlichem Ertrage, — daß er jedoch in keiner Weise die Absicht zu erkennen gegeben habe, den Bestrebungen nach höheren Erträgen ohne das Monopol entgegenzutreten, falls dieses den Ansichten der Mehrheit nicht entspreche.

Zur Kennzeichnung dieser Stellung des Kanzlers erscheint es nicht überflüssig, hier an die folgenden Auslassungen desselben vom 22. Februar zu erinnern:

„In dem Streben nach dieser Reform (Finanzreform) habe ich mich mit meinen preußischen Kollegen und insbesondere mit dem Herrn Finanzminister dahin geeinigt, daß diese Vorlage als ein Durchgangspunkt zu den höheren Einnahmen aus dem Tabak, die ich erstrebe, dienen soll. Ich habe mich der besseren technischen Einsicht meiner Kollegen dahin gefügt, daß ein Durchgangspunkt, eine Vorbereitung für die weiteren Einrichtungen nothwendig ist.

Ich leugne nicht und halte es nach den Zweifeln, die ausgesprochen sind, ob Monopolisten in unserer Mitte sich befinden, nicht für überflüssig, offen zu bekennen, daß ich dem Monopol zustrebe, und daß ich in diesem Sinn die Vorlage als Durchgangspunkt annehme. . . . . .

Es hat hier ja im Vergleich mit dem Monopol hauptsächlich das amerikanische Steuersystem die Vorliebe der Vorredner, die sich darüber geäußert haben; ich würde nichts dagegen haben, wenn durch irgend ein anderes Mittel der Art ein dem Ertrage des Monopols annähernder Ertrag aus Tabak sich erreichen ließe. . . . . .

Jedenfalls hoffe ich, daß der Reichstag diese Session nicht wird vergehen lassen, ohne zu dieser Frage eine ganz sichere und klare Stellung zu nehmen, nicht blos durch die indirekte Maßregel der Ablehnung einer Regierungsvorlage, sondern ich hoffe, daß Sie, sei es in Gestalt einer Resolution, sei es in Gestalt eines Antrages aus dem Schooße des Reichstages, — ich hoffe, daß es den Herren gefallen wird, eine feste Stellung zu dieser Frage zu nehmen, die den Regierungen in Zukunft als ein Leuchtthurm dient, dem sie nachzufahren oder den sie zu vermeiden haben. . . . . . Ich hoffe, daß, wenn Sie die Vorlage an eine Kommission verweisen, dort vielleicht Gelegenheit wird, mich des breiteren auszusprechen, auch die Belehrung dort entgegenzunehmen über die Ziele, die die Mehrheit des Reichstags ins Auge faßt.

Auch der Finanzminister hat einer Deputation soeben die Versicherung gegeben, daß es für die Regierungen noch keineswegs feststehe, in welcher Form sie die Besteuerung des Tabaks schließlich anstreben werden: es handele sich eben zunächst um eine vollkommen loyale Untersuchung, um sichere Grundlagen für die schließliche Entscheidung zu gewinnen.

Der Reichstag wird der Regierung die Möglichkeit nicht entziehen wollen, die Untersuchung unter Offenhaltung der verschiedenen Wege nach allen Seiten vollständig und erschöpfend zu führen.

Der Reichstag hat am 17. den Gesetzentwurf in Betreff der Tabaksenquête in zweiter Lesung berathen. Die Vorlage schlug eine statistische Untersuchung über die Tabakfabrikation und den Handel mit Tabak vor. Aus dem Hause wurde beantragt, dieselbe auch auf den Tabakbau auszudehnen und unter Zuziehung von Sachverständigen vorzunehmen. Der Präsident des Reichskanzleramtes erklärte sich damit einverstanden, da die Zuziehung von Sachverständigen nach Vollendung der statistischen Erhebungen in der Absicht der Regierungen gelegen habe.

Die Bestimmungen der Vorlage, welche eine Verpflichtung der Gewerbetreibenden feststellen sollten, den Beamten Angaben über die Betriebs- und Lagerräume, über das beschäftigte Arbeiterpersonal, über die Menge, Art und Preise der vorhandenen und der in den letzten drei Jahren verarbeiteten Tabake rc. zu machen, wurden vom Reichstage abgelehnt. Von liberaler Seite wurde die Ablehnung aus dem Grunde empfohlen, weil die darin enthaltene weitgehende Verpflichtung den Gewerbetreibenden nur dann auferlegt werden könne, wenn man das Monopol wolle. Mit einer Verwerfung dieser Bestimmungen erkläre man also, daß man das Monopol nicht wolle.

Der Präsident des Reichskanzleramts bestritt, daß ein ablehnendes Votum des Hauses von der Regierung in dem Sinne einer Verwerfung des Monopols ausgelegt werden müsse. Die konservative Partei wolle gleichfalls gegen die vorliegenden Bestimmungen stimmen, weil sie dieselben für zu weitgehend halte, trotzdem beabsichtige sie nicht, hiermit gleichzeitig gegen das Monopol zu votiren, behalte sich vielmehr ihr Urtheil über das Monopol bis zum Abschluß der Enquête vor.

Die zur Ausführung der Enquête geforderten 200,000 Mark wurden bewilligt.

13. Die Stellvertretung des Kanzlers.

1878. Die Vorlage an den Bundesrath.

Der Reichskanzler Fürst Bismarck legte dem Bundesrathe im Namen Sr. Majestät des Kaisers einen Gesetzentwurf, betreffend die Stellvertretung des Reichskanzlers, zur Beschlußnahme vor.

Der Entwurf lautet:

> Die durch die Verfassung und die Gesetze des Reichs dem Reichskanzler übertragene Leitung in der Verwaltung, Beaufsichtigung und Bearbeitung von Reichsangelegenheiten, sowie die zur Gültigkeit der Anordnungen und Verfügungen des Kaisers nothwendige Gegenzeichnung des Reichskanzlers können durch Stellvertreter wahrgenommen werden, welche der Kaiser auf Antrag des Reichskanzlers für Fälle der Behinderung desselben aus anderen Mitgliedern des Bundesraths allgemein oder für einzelne Amtszweige ernennt.

Zur Begründung des Gesetzentwurfs ist Folgendes ausgeführt:

Die Verfassung des Deutschen Reichs erfordert im Artikel 17 zur Gültigkeit der im Namen des Reichs zu erlassenden Anordnungen und Verfügungen des Kaisers die Gegenzeichnung des Reichskanzlers und überträgt dem letzteren dadurch die Verantwortlichkeit für dieselben.

Verfassungsmäßig ist hierdurch dem Reichskanzler die Stellung als des einzigen, Kaiser und Reich verantwortlichen Reichsministers und damit die verantwortliche Leitung aller Reichsangelegenheiten, welche in der Regierungsgewalt des Kaisers liegen, zugewiesen.

In Ausführung dieses der Verfassung zum Grunde liegenden staatsrechtlichen Prinzips sind durch die einzelnen Reichsgesetze die Angelegenheiten der bezeichneten Art, gleichviel welchem Geschäftskreise der verschiedenen obersten Reichsämter sie angehören, an die Person des Reichskanzlers geknüpft. Und ebenso haben die Gesetze, Verordnungen und Erlasse, durch welche die Errichtung und Abgrenzung der obersten Reichsämter erfolgt ist, die letzteren der Leitung des Reichskanzlers unter Verantwortlichkeit desselben unterstellt, so der Allerhöchste Erlaß vom 12. August 1867, betreffend die Errichtung des Bundeskanzler-Amts; der Allerhöchste Erlaß, betreffend die oberste Marinebehörde, vom 1. Januar [illegible]; das Gesetz, betreffend die Errichtung eines Reichs-Eisenbahn-Amts, vom [illegible] [illegible] 1873; die Verordnung, betreffend die Verwaltung des Post- und Telegraphenwesens, vom 22. Dezember 1875.

Einer Aufzählung dieser an die persönliche Leitung des Reichskanzlers geknüpften Obliegenheiten in der Verwaltung, Beaufsichtigung und Bearbeitung von Reichsangelegenheiten wird es nicht bedürfen; kaum ein umfassendes Reichsgesetz ermangelt der Aufstellung solcher Obliegenheiten. Der Kreis derselben ist mit der Entwickelung des Reichs von Jahr zu Jahr größer geworden und wird mit der fortschreitenden Stärkung des Reichs auch in Zukunft immer mehr an Ausdehnung gewinnen.

Damit tritt an die Gesetzgebung die Nothwendigkeit heran: Fürsorge dafür zu treffen, daß in Fällen einer persönlichen Behinderung des Reichskanzlers an der Wahrnehmung seines Amtes die ihm übertragene Leitung der Reichsgeschäfte ohne Störung in geregeltem Gang erhalten bleibe.

Die Zulässigkeit einer Vertretung des Reichskanzlers ist bezüglich der Gegenzeichnung Allerhöchster Anordnungen und Verfügungen in der Verfassungsurkunde nicht ausdrücklich ausgesprochen.

Wenn nun auch eine früher nicht bestrittene Praxis eine Anzahl von Fällen aufweist, in welchen Allerhöchste Anordnungen und Verfügungen durch andere Reichsbeamte in Vertretnng des Reichskanzlers kontrasignirt worden und in dieser Gestalt in die amtliche Verkündigung übergegangen sind, so ist doch bei Gelegenheit des dem Reichskanzler im vorigen Jahre Allerhöchst bewilligten Urlaubs im Reichstag die Zulässigkeit einer solchen Vertretung angezweifelt worden.

Auch betreffs der dem Reichskanzler zustehenden obersten Leitung und Aufsicht, welche aus der ihm übertragenen Gegenzeichnung rechtlich folgt, aber nicht überall mit der Vornahme einer Gegenzeichnung zusammenfällt, könnte der Zweifel erhoben werden, ob das bestehende Recht die Uebertragung derselben auf Stellvertreter des Reichskanzlers allgemein zuläßt. In ausdrücklicher Anordnung gestattet das Bankgesetz vom 14. März 1875, daß die Leitung der Reichsbank „in Behinderungsfällen des Reichskanzlers durch einen vom Kaiser hierfür ernannten Stellvertreter wahrgenommen werde." Sonst fehlt es an gesetzlichen Bestimmungen, so daß jene einzelne Anordnung sowohl als Ausnahme wie als Anerkennung des allgemeinen Rechts angerufen werden könnte.

Da die Gewalt der Thatsachen aber auf die Nothwendigkeit hinweist, gesetzlich die unbestrittene und auf Grund der Verfassung nicht bestreitbare Möglichkeit einer vollen Stellvertretung des Reichskanzlers zu bieten, so wird die Gesetzgebung sich nicht länger dieser Aufgabe entziehen dürfen.

Der vorgelegte Gesetzentwurf schließt sich in seinen Bestimmungen an den erwähnten, für einen sehr wichtigen Zweig der Leitung des Reichskanzlers gegebenen Vorgang der Reichsgesetzgebung, an den §. 26 des Bankgesetzes, an, und es ist somit nur ein organisches Fortschreiten auf dem schon betretenen Wege, wenn der Entwurf die Zulässigkeit einer Vertretung des Reichskanzlers, für Fälle der Behinderung desselben, in jedem einzelnen Amtszweige sowie in der Gesammtheit der Obliegenheiten des Kanzleramts gesetzlich zum Ausdruck bringt.

Dabei läßt der Entwurf die dem Reichskanzler durch Artikel 15 der Verfassung ertheilte Befugniß:

sich im Vorsitz des Bundesraths und in der Leitung der Geschäfte durch jedes andere Mitglied vermöge schriftlicher Substitution vertreten zu lassen,

unberührt, bestimmt aber, damit der nothwendige Zusammenhang des Reichskanzlers mit dem Bundesrath auch in jenen Vertretern gewahrt und erkennbar bleibe, daß dieselben nur aus dem Schooße des Bundesraths entnommen werden dürfen.

Die Möglichkeit ihrer Bestellung ist für alle Fälle einer Behinderung des Reichskanzlers, also auch ohne daß der Fall einer Beurlaubung eintritt, offen zu halten, und ihre Bestellung wird, der Verfassung entsprechend, durch Kaiserliche Ernennung auf Antrag und unter der verantwortlichen Gegenzeichnung des Reichskanzlers zu erfolgen haben.

Die Vorlage des Bundesraths.

Der Bundesrath hat statt der vorstehend aufgeführten Bestimmung einen Gesetzentwurf in vier Paragraphen vorgeschlagen.

Die Zulässigkeit einer Vertretung des Reichskanzlers für Fälle der Behinderung ist im § 1 in folgender Weise zu Ausdruck gebracht:

„Die zur Gültigkeit der Anordnungen und Verfügungen des Kaisers erforderliche Gegenzeichnung des Reichkanzlers, sowie die sonstigen demselben durch die Verfassung und die Gesetze des Reichs übertragenen Obliegenheiten können nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen durch Stellvertreter wahrgenommen werden, welche der Kaiser auf Antrag des Reichskanzlers in Fällen der Behinderung desselben ernennt."

Der Umfang und die Art und Weise der Stellvertretung ist im § 2 geordnet. Es soll Fürsorge getroffen werden, daß ein Stellvertreter allgemein für die Gesammtheit der Amtsthätigkeit des Kanzlers ernannt werden kann, — daß aber auch für einzelne Zweige der Verwaltung, nämlich für diejenigen einzelnen Amtszweige, welche sich in der eigenen und unmittelbaren Verwaltung des Reiches befinden (nicht für diejenigen Zweige, in welchen dem Reiche nach der Verfassung nur die Aufsicht über die Verwaltungen in den einzelnen Bundesstaaten zusteht) die Vorstände der dem Reichskanzler untergeordneten obersten Reichsbehörden mit der Stellvertretung desselben im ganzen Umfang oder in einzelnen Theilen ihres Geschäftskreises beauftragt werden können.

Zur Begründung dieser Bestimmung ist Folgendes geltend gemacht:

Die Reichsverfassung hat eine erhebliche Zahl von Gegenständen der Beaufsichtigung Seitens des Reiches und der Gesetzgebung desselben überwiesen. Dagegen ist nur eine begrenzte Anzahl von Angelegenheiten in die eigene und unmittelbare Verwaltung des Reiches übergegangen. Die Einrichtung einer besonderen Stellvertretung auf alle Angelegenheiten zu erstrecken, ist durch den Gesetzentwurf nicht beabsichtigt. Derselbe beschränkt sich darauf, eine solche Stellvertretung bezüglich der in der eigenen und unmittelbaren Verwaltung des Reiches befindlichen Amtszweige vorzusehen. Unter diese Bestimmung fallen die Verwaltung der Auswärtigen Angelegenheiten, die Marineverwaltung, Post und Telegraphen, die Verwaltung der Reichslande (einschließlich ihrer Justiz und der dortigen Eisenbahnen); endlich sind hierzu die Finanzen des Reiches zu zählen, insoweit sie sich in der ausschließlichen Verwaltung desselben befinden. Die Uebertragung der Stellvertretung innerhalb der gedachten Verwaltungszweige an die Vorstände der dem Reichskanzler untergeordneten obersten Reichsbehörden empfiehlt sich schon aus dem Reichsgedanken an sich, sowie im Interesse der Einheit der Geschäftsleitung innerhalb der betreffenden Ressorts.

Weiter wird im §. 3 des Entwurfs noch festgestellt, daß der Reichskanzler als der fortwährende erste Leiter der Reichsgeschäfte, auch während der Dauer einer Stellvertretung jede Amtshandlung selbst vornehmen kann, und es ist dabei insbesondere auch an die Wahrnehmung der Aufsichtsrechte des Reiches gegenüber den Einzelstaaten gedacht, deren Ausübung jederzeit dem Reichskanzler selbst oder seinem Gesammtvertreter offengehalten bleiben soll.

In Betreff des Vorsitzes im Bundesrathe und der Leitung der Geschäfte desselben, soll es bei Artikel 15 der Verfassung verbleiben, wonach dieses Präsidium dem Reichskanzler zusteht, der sich aber darin durch jedes andere Mitglied des Bundesrathes vermöge schriftlicher Substitution vertreten lassen kann.

1878.

5. März. Rede des Fürsten Bismarck bei der ersten Berathung der Stellvertretungsvorlage im Reichstage.

[Die Verfassung und Entwickelung des Deutschen Reiches. — Die Verfassung und die Stellvertretung des Kanzlers. — Der Pessimismus. — Art. 17. — Die Kriegsverwaltung. — Reichs-Finanzamt und Reichskanzleramt. — Reichsfinanzen und Landesfinanzen.]

Als ich zuerst bei Sr. Majestät dem Kaiser die Erlaubniß nachsuchte, den Antrag einzubringen, der zu der Vorlage Anlaß gegeben hat, die uns heute beschäftigt, und als zuerst diese Thatsache bekannt wurde, hat es mich überrascht, aus den öffentlichen Blättern zu ersehen, daß an diese, wie mir schien, einfache, durch die augenblickliche Sachlage als geschäftlich nothwendig indizirte Vorlage sich ein so gesteigertes Maß von Befürchtungen einerseits wegen unitarischer Bestrebungen und von Wünschen und Hoffnungen andererseits auf Bestrebungen in dieser Richtung geknüpft hat. Ich glaube, daß auch unsere heutige Diskussion, die sich ja vielleicht noch auf morgen verlängert, im Ausland insofern einige Verwunderung erregen wird, als man schon aus den ersten Reden schließen konnte, daß über das, was uns wesentlich beschäftigt, der Bundesrath und die große Mehrheit des Reichstags, wie mir scheint, einig sind und einig bleiben werden. Man hat im Ausland vielleicht keinen richtigen Maßstab von der Neigung, die uns Deutschen beiwohnt, nicht nur den täglichen Bedarf der Gesetzgebung zu absorbiren, sondern jede Gelegenheit zu ergreifen, die sich darbietet, um tiefergehende, sagen wir theoretische oder doktrinäre Erörterungen des eigenen Verfassungszustandes, des Bodens, auf dem man steht, daran zu knüpfen. Es ist also — will ich dabei für Leute, die uns nicht kennen, erläutern — gewissermaßen ein Rendezvous auf heute verabredet, um eine der periodisch eintretenden Kritiken unserer Verfassungsbestimmungen gegenseitig vorzunehmen, die wir zuletzt, glaube ich, 1874, vorher bei dem Münster-Twestenschen Antrag hatten und die uns ja allen frisch in der Erinnerung sind.

Ich freue mich, daß dem Gedanken, dieser Neigung durch Anträge eine praktische Gestalt zu geben, von keiner Seite Ausdruck gegeben ist, ich meine nicht Amendements, ich meine Anträge auf Verfassungsrevision. Denn ich würde es bedauern, wenn eine so junge und recht mühsam zur Welt gekommene Verfassung — sie ist in der jetzigen Gestalt 6 Jahre alt, und wenn wir auf ihren ersten Ursprung zurückgehen, doch höchstens 10 Jahre alt — nun von neuem funditus revidirt werden müßte. Ich bin wohl berechtigt, zu sagen: von Grund aus, denn das Erschüttern der Fundamente, die behufs der Machtvertheilung zwischen den Regierungen, dem Reich und dem Reichstag gelegt worden sind, das Rühren daran mit der Erinnerung an die vergeblichen Versuche, die wir in Frankfurt a. M. vor einem Menschenalter gemacht haben, um theoretisch die Sache richtig zu erledigen — die Erinnerung daran und an die Neuheit der Einrichtungen, an die Eigenthümlichkeit der Vergangenheit, an die mehr oder weniger gewaltthätige Art, in der sie zum Theil beseitigt wurde, sollte meines Erachtens jeden abhalten, an diesem Fundamente zu oft zu rühren und im Inlande oder Auslande die Hoffnung oder die Befürchtung zu erregen, daß diese Verfassung, die jetzt dem Deutschen Reich das Maß von Einheit giebt, was es seit Jahrhunderten nicht gehabt hat,

jeden Augenblick in ihren Grundlagen angegriffen, erschüttert werden und zu der Frage Anlaß geben könnte: ist die Einzelregierung an eine modifizirte Verfassung, die ihr aufgedrungen wird, noch in demselben Maße sich zu halten moralisch verpflichtet, wenn Gelegenheit und Versuchung an sie herantritt, wie sie es ursprünglich war? Das ist der Grund, warum ich mich freue, daß die kritischen Reden, zu denen die Verfassung den Stoff eben hergegeben hat, sich nicht in bestimmte Anträge auf Aenderung oder Revision der Verfassung verkörpert haben. Das Reden an und für sich über dergleichen, was sein könnte, was wünschenswerth wäre, was ideell, doktrinär richtig wäre, ist ja an sich ein unschuldiges Vergnügen, aber so ganz unschuldig, wie die Herren annehmen, doch noch immer nicht. In manchen Beziehungen hat ein Antrag Vorzüge, denn die Reden müssen sich fast nothwendig darauf beschränken, das Bestehende zu kritisiren, und es verbreitet sich dadurch eine Empfindung, die ja die Herren, die es behaupten, sich vielleicht selbst einreden: daß das Bestehende eigentlich ganz unerträglich sei.

Ich habe, bevor ich nach Berlin kam, in den Zeitungen einen gewissen Stimmungsausdruck gefunden, der mich zum Nachdenken brachte, was ist eigentlich in Deutschland geschehen, daß wir plötzlich in einer so düsteren Stimmung in Beziehung auf die Zukunft, in einer so niedergedrückten Stimmung in Bezug auf unsere Gegenwart uns befinden, wie die meisten Blätter in ihren Leitartikeln dieselbe schilderten. Es hieß überall: so wie es ist, kann es nicht bleiben, unser Zustand ist zu fürchterlich, es muß etwas geschehen, es muß geändert werden, so kann es nun einmal nicht bleiben. Nun, ist denn die Verfassung, unter der wir leben, wirklich so unpraktisch und so unbewährt? Theoretisch kann man viel darüber sagen; praktisch war sie der Abdruck dessen, was damals thatsächlich vorhanden, und was in Folge dessen möglich war mit derjenigen Ausdehnung und Richtigstellung, die sich damals im Augenblick machen ließ. Wir sind jedenfalls weiter damit gekommen, als mit allen theoretischen Versuchen, und wenn ich Sie auf die Masse von Gesetzen, namentlich aber auf die fortschreitende Konsolidirung dieser damals sehr locker aussehenden Verfassung hinweise, auf das Ansehen, dessen sich in ganz Europa diese unsere neue Einrichtung erfreut, und die nicht vorhanden sein würde, wenn man unsere Einrichtungen für so elend und unerträglich hielte, wie sie in öffentlichen Blättern geschildert wurden, wenn Sie sich dieses recht vergegenwärtigen, so werden Sie meine Empfindung verstehen, wie ich in der Einsamkeit des Landlebens darüber nachsann, was ist meinen Landsleuten Entsetzliches geschehen, daß sie auf einmal so viel schlimmer daran sind als wie vor einem Jahr. Ist es vielleicht die verhältnißmäßige Ruhe und die stetige Entwickelung, in der wir uns im Vergleich zu andern Ländern befinden, ist es der äußere und innere Frieden? Gewiß trägt das viel dazu bei, denn thatenbedürftige Herzen, die gerade keine weitere, sie anregende und beschäftigende Aufgabe haben, als im Winter im Parlament das Volk zu vertreten, kommen nothwendigerweise im Sommer auf eine gewisse Unruhe, daß etwas geschehen müsse, das Emotionsbedürfniß wird so stark, daß es nur durch Krieg oder innere Kämpfe oder durch eine den ganzen Geist des tiefen Denkers beschäftigende Kritik der untersten Grundlage unserer Einrichtungen befriedigt werden kann.

Wenn alle unsere Volksvertreter in der Lage wären, wie ich und

viele von uns, daß sie nebenher so viel zu thun haben, daß sie froh sind, daß sie das Leben haben oder ihre Geschäfte besorgen können, dann glaube ich, würden wir nicht fortwährend unsern Gesundheitszustand in dieser bedenklichen und erregenden Weise untersuchen.

Ich muß sagen, wie diese Vorlage eingebracht wurde, so lag mir der Gedanke, daß daran sich eine Verfassungsänderung knüpfen könnte oder die Begehrlichkeit nach einer Verfassungsänderung sich knüpfen würde, zuerst ganz außerordentlich fern, und ich bitte um Erlaubniß, auf die Genesis der Vorlage etwas näher einzugehen, um den Grund und Boden, auf dem wir uns bewegen, trockener zu legen.

Als der Verfassungsentwurf für den Norddeutschen Bund zuerst zur Revision gelangte, da war der Reichskanzler durchaus nicht mit den bedeutenden Attributionen ausgestattet, die ihm durch den einfachen Satz, der sich heute im Art. 17 der Verfassung befindet — damals glaube ich, Art. 18 — zugeschoben sind. Er ist damals durch Eine Abstimmung in das jetzige Maß hineingewachsen, während er vorher einfach das war, was man in Frankfurt in bundestäglichen Zeiten einen Präsidialgesandten nannte, der seine Instruktionen von dem preußischen Minister der Auswärtigen Angelegenheiten zu empfangen hatte und der nebenher das Präsidium im Bundesrathe hatte. Daß damals der Art. 15 mit seiner Stellvertretungsklausel das ganze Verhältniß des Reichskanzlers deckte oder des Bundeskanzlers, wie er damals hieß, darüber war Niemand im Zweifel, am allerwenigsten diejenigen, welche den Verfassungsentwurf vorgelegt hatten. Nun wurde durch den Art 17 die Bedeutung des Reichskanzlers plötzlich zu der eines kontrasignirenden Ministers und nach der ganzen Stellung nicht mehr eines Unter-Staatssekretärs für deutsche Angelegenheiten im auswärtigen preußischen Ministerium, wie es ursprünglich die Meinung war, sondern zu der eines leitenden Reichsministers heraufgeschoben. Darauf trat auch die von mir sofort, von meinem damaligen Vertreter, Herrn von Savigny, nicht mit derselben Bereitwilligkeit anerkannte Nothwendigkeit ein, daß der Reichskanzler und der preußische Ministerpräsident ein und dieselbe Person sein müßten. Es hat mich das, wie ich fürchte, einen Freund gekostet, aber die Ueberzeugung war bei mir durchschlagend und deshalb lag auch die Frage nahe, genügt denn der Vertretungsparagraph in dem Art. 15, zu dessen Erläuterung ich doch noch ein Wort sagen muß.

Es heißt darin:

> Der Reichskanzler kann sich durch jedes andere Mitglied des Bundesraths vermöge schriftlicher Substitution vertreten lassen,

ganz allgemein im Anschluß an den Vordersatz, der lautet:

> Der Vorsitz im Bundesrathe und die Leitung der Geschäfte steht dem Reichskanzler zu.

Da lagen nun mehrere Amendements vor, welche die Absicht hatten, die „Geschäfte" den Kanzler noch mit Anderen theilen zu lassen und welche im Wesentlichen lauteten:

> Der Vorsitz und die Leitung der Geschäfte im Bundesrath steht dem Kanzler zu,

also ungefähr so, wie man heute die Neigung hat, den Paragraphen auszulegen.

Jeder, der die Revisionsverhandlungen nachlesen will, wird finden,

daß diese Amendements ausdrücklich abgelehnt und dadurch ausgesprochen wurde, daß nicht nur der Vorsitz im Bundesrath, und nicht nur die Leitung der Geschäfte im Bundesrath, sondern die Leitung der Geschäfte im Allgemeinen nach § 15 dem Kanzler zustünde, und im Anschluß an diesen Ausspruch steht in der Verfassung die Substitutionsklausel.

Nun kam in §. 17 die Kontrasignatur hinzu, ohne dort zu wiederholen, daß die Vertretung des Kanzlers in den Geschäften, wie es die Gesammtheit in Art. 15 meines Erachtens ausdrückt, auch für das Geschäft der Kontrasignatur maßgebend sein soll. Ich erinnere mich ganz gut, was uns verhinderte, diesen Punkt aufzuklären. Mir schien es, ich möchte sagen, nicht schicklich, so wie die Verfassung lag, daß ein Reichskanzler mit der ministeriellen Kontrasignaturbefugniß sich ohne eine in der Verfassung ausdrücklich ausgesprochene Mitwirkung Sr. Majestät des Kaisers Jemanden substituiren könne, den der Kaiser als kontrasignirenden Minister aus der Hand des Kanzlers annehmen solle, und ich habe darüber damals meine Immediatvorträge gehalten, welche Ihnen den Beweis liefern können, schriftlich und mündlich, daß es durchaus kein lapsus und kein Vergessen gewesen ist, sondern habe Sr. Majestät dem König von Preußen damals gesagt, alle Abstimmungen, die über diese Angelegenheit gefaßt sind und damit in engerer Verbindung stehen, namentlich über Anträge, welche auf „Reichsminister“ gerichtet waren, sind mit einer so kleinen Majorität gefaßt — die Hauptabstimmung über den Antrag des Herrn von Bennigsen mit einer einzigen Stimme, es waren, wie ich glaube, 134 gegen 135 — daß ich große Bedenken trug, in diesen Dingen wieder zu rühren. Wir konnten sehr leicht zu einer Abstimmung kommen, der gegenüber die Regierungen — lassen Sie mich einen vulgären Ausdruck gebrauchen — Strike gemacht hätten, und konnten in Verlegenheit kommen bezüglich einer Vereinbarung. Ich war sehr froh, daß wir etwas halbweg Annehmbares, wenn auch nur mit 1 Stimme Majorität, in der Beziehung gewonnen hatten, ohne zu einem Bruch der Verhandlungen mit den Regierungen zu kommen, die wir unmöglich vergewaltigen konnten, und ohne über das, wo sie zugestimmt haben, hinauszugehen. Es stand schon damals fest, daß die verbündeten Regierungen nicht eingegangen waren auf die Anträge, die damals mit Einer Stimme Majorität abgelehnt wurden. Ich habe deshalb darauf verzichtet, eine deutlichere Bestimmung über die Stellvertretungsfrage auch im §. 17 anzuregen, indem ich Sr. Majestät dem Kaiser sagte, das ist eine Sache, die kann man in der dienstlichen Praxis reguliren, der Kaiser oder damals das Präsidium, der König von Preußen, kann dem Kanzler befehlen: Ich verlange jedesmal meine Genehmigung zu geben, und der Kaiser kann denjenigen Kanzler, der sich dem nicht fügen will, an jedem Tage entlassen. Es ist also nicht nöthig, daß das Schicklichkeitsbedürfniß erfüllt wird, auf die Gefahr hin, daß eine Majorität mit Einer Stimme gegen uns in einer kitzlichen und schwierigen Sache sich bildet.

Ich bin also niemals zweifelhaft gewesen, zehn Jahre lang nicht, daß ich als Kanzler ganz berechtigt wäre, durch Substitution mit Kaiserlicher Genehmigung mir einen Gesammtstellvertreter zu schaffen, auf den auch die Kontrasignatur übergehen würde. Ich war mir von Hause aus um so weniger zweifelhaft darüber, als der Reichskanzler, mindestens bis zu der neuen Revision der Verfassung von 1870, vielleicht bis zum Reichs-

beamtengesetze von 1873 einfach ein preußischer Beamter war. Er war Beamter des Königs von Preußen in dessen Eigenschaft als „Präsidium“, wie man es neutral bezeichnet hat. Er war in diese neue Qualität eines preußischen Ministers von dem ursprünglichen Gedanken eines preußischen Staatssekretärs aufgerückt. Hier konnte mir nicht ein Zweifel beikommen, daß nicht auch diesen preußischen Präsidialminister jeder andere unter Umständen auch in der Kontrasignatur werde vertreten können. Es kommt dazu, daß einfach danach gehandelt wurde, jahrelang. Es ist eine ganz beträchtliche Anzahl von Königlichen Verordnungen, von Beamtenernennungen, sogar von solchen, die nach den jetzt aufgetauchten Streitigkeiten zweifelhaft werden könnten, erfolgt, sogar richterlicher Beamter, bei denen es zweifelhaft wurde, ob ihre Kompetenz als Richter im obersten Reichsgerichte anzufechten wäre, wenn die Ernennung nicht vom Kanzler kontrasignirt ist, und wenn die Theorie der Unvertretbarkeit richtig wäre.

Die Zweifel, daß meine Berechtigung damals und noch jetzt, und zwar auf Grund des Art. 15 besteht, sind erst aufgetaucht, als der Herr Abg. Hänel die analoge Debatte zu der von heute etwa vor einem Jahre bei Gelegenheit meines damaligen Urlaubsgesuchs anregte und dort den Zweifel aussprach, ob ich vertretbar wäre auf dem Gebiet der Kontrasignatur und Verantwortung, eine Frage, die der Herr Staatssekretär von Bülow in meiner Abwesenheit dahin beantwortete, daß ich diese Vertretung nicht beanspruche, sondern daß ich sie mit übernehmen würde. Ich habe mich damals, theils aus Unfähigkeit, zu streiten, eine Unfähigkeit, die aus meiner Krankheit hervorging, theils aus Friedensliebe dazu verstanden, und habe den Kampf nicht aufgenommen, aber ich habe die Zweifel, die mir entgegentraten, auch nicht einen Augenblick getheilt, und ich habe mir damals gedacht, es ist besser, diese Zweifel in freundlicher Weise zu erledigen durch eine Gesetzesvorlage, von der ich glaubte, sie sei sehr leicht gemacht, da ich annahm, darüber, daß es nothwendig sei, würden alle einverstanden sein, als mich darüber mit einem so gewandten Dialektiker, wie Herr Professor Hänel ist, zu streiten. Deshalb fügte ich mich und hielt es für eine Sache, die an einem Tage abgemacht sein würde, aber ich glaubte nicht, daß ich damit diese bedeutenden Diskussionen hervorrufen würde, die mir schon gleich, wie die Sache bekannt wurde, aus den Zeitungen entgegengetreten sind, und die ich hätte vorahnen können, wenn ich in gesunder Lage die Reden, die meine Urlaubsstellung begleiteten, gelesen hätte. Ich muß auch gestehen, ich habe damals nicht geglaubt, daß ich wiederkommen würde, und es war mir einerlei, wie die Sache erledigt wurde. Wenn ich also der Meinung bin, daß ich das Recht auf volle und auf Gesammtvertretung ohnehin laut der Verfassung habe, zehn Jahre geübt habe und noch heut besitze, und daß diese Gesetzesvorlage nur das Bedürfniß hat, demjenigen, welchem es zweifelhaft ist, eine friedliebende und versöhnliche Brücke entgegenzutragen, so bin ich derselben Ueberzeugung allerdings nicht in Beziehung auf die Vertretung in einzelnen Ressorts; das kann man ohne zwingende Auslegung aus der Verfassung nicht herauslesen, und gerade in Bezug auf die einzelnen Ressorts bedarf meines Erachtens jeder Kanzler, nicht bloß einer, der augenblicklich gehindert ist, einer gewissen Vertretung.

Der letzte Herr Vorredner wollte dem ersten Satz der Vorlage, der

Gesammtvertretung, zustimmen, weil er sie für nothwendig hielt, er hat aber im Eingang seiner Rede nachgewiesen, daß sie eigentlich schon bestünde. Er war in dieser Beziehung ausnahmsweise derselben Meinung wie ich und wollte also etwas bewilligen, was ich nach seiner Meinung schon habe, was er aber für nothwendig hielt. Dagegen das zweite wollte er ablehnen, allein ich bin überzeugt, daß es bei dem guten Willen bleiben werde, und daß die Mehrheit des Reichstags es bewilligen werde. Ich will den Bedarf einer Vertretung im Einzelnen gar nicht motiviren mit der Nothwendigkeit einer Geschäftserleichterung, ich will ihn nur motiviren aus dem Mechanismus der Beziehungen der einzelnen Ressorts zu einander und zur Gesammtvertretung. Unter den einzelnen Ressorts befindet sich zuerst dasjenige, was am meisten Kontrasignaturen macht, Elsaß-Lothringen. Das Vertrauen des Reichstages hat seiner Zeit mich als Reichskanzler mit der Aufgabe beehrt, auch Minister für Elsaß-Lothringen zu sein. Diese Aufgabe vermag ich neben dem anderen nicht zu leisten, sie ist an und für sich eine solche, die die Thätigkeit eines einzelnen geschäftskundigen und gesunden Mannes vollständig absorbirt. Wenn man bedenkt, in einem Lande von 1½ Millionen Einwohnern, mit eigenthümlichen neuen und gespannten Verhältnissen und mit einer Gesetzgebung, die die ministerielle und Königliche Gewalt viel weiter in das laufende Geschäftsleben hineinzieht als bei uns, so wird man sich sagen, daß jemand, der alle Ressorts eines Landes von 1½ Millionen Einwohner vertreten muß, das nicht als Nebenamt thun kann. Mein Bedürfniß war das Loskommen von dieser Aufgabe auf dem Wege der Gesetzgebung, durch ein Gesetz, welches erklärt, es braucht nicht der Kanzler, es kann ein selbständiger Minister anderer Art sein, der ein weitläufiges und schwieriges Amt versieht; ich habe es versucht und ich habe den Weg nicht gangbar gefunden. Auf diesem Gebiet würde ich deshalb einer vollen Stellvertretung bedürfen, auch dann, wenn ich nicht beurlaubt bin und nicht in meinen übrigen Geschäften behindert bin und würde sie bei Sr. Majestät dem Kaiser von Hause aus beantragen.

Die Spezialvertretung ist ferner eine Nothwendigkeit, wenn man die ganz eigenthümlichen Beziehungen des Auswärtigen Amts zu allen übrigen Ministerien in's Auge faßt. Meines Erachtens soll der jedesmalige Gesammtvertreter des Kanzlers jederzeit derselbe sein, der den Ministerpräsidenten im preußischen Ministerium vertritt. Wenn überhaupt die Nothwendigkeit, die Zweckmäßigkeit vorgelegen hat, daß der Posten eines Reichskanzlers und der Posten eines preußischen Ministerpräsidenten in derselben Hand seien; wenn ich mich durch Enthaltung während eines Jahres von der Annahme preußischer Geschäfte davon überzeugt habe, daß dies absolut nothwendig ist, nicht weil der preußische Einfluß auf das Reich verloren geht, sondern weil der deutsche Einfluß auf Preußen verloren geht, weil die Vertretung des Reichs in Preußen eine so starke sein muß, wie sie nur der leitende Minister ausüben kann und nicht ein beisitzender Minister ohne Ressort — deshalb bin ich der Ueberzeugung, daß der regelmäßige Stellvertreter des Reichskanzlers jederzeit der sein soll, der dieselbe Persönlichkeit in ihrer Eigenschaft eines preußischen Ministerpräsidenten innerhalb des preußischen Staatsministeriums vertritt; und ich erkenne es als einen Fehler, über den mich die Erfahrung belehrt hat, daß in früheren Zeiten während meiner Abwesenheit davon

abgewichen worden ist. Wird dies System aber angenommen, so ist es kaum möglich, daß wir in der Stellvertretung innerhalb des preußischen Ministeriums jederzeit einen — sagen wir Finanzminister, denn der wird im Ganzen immer der natürliche und geborene Vertreter des Ministerpräsidenten bleiben, weil er an und für sich nach unserer Organisation in alle Ressorts hineinzureden hat, — also daß wir immer einen Finanzminister haben, der zugleich im Stande ist, Sr. Majestät dem Kaiser in auswärtigen Angelegenheiten den regelmäßigen Vortrag zu halten und den Verkehr mit den fremden Botschaftern und Gesandten zu führen. Dazu gehören gewiß technische Seiten, deren Ausbildung man nicht immer beim Finanzminister verlangen kann, es würde also meines Erachtens für das Auswärtige Amt in der Regel das Bedürfniß einer gesonderten Stellvertretung, die nicht in die Gesammtvertretung einbegriffen ist, eintreten.

Diese Gründe für die Vorlage, die ich ihnen anführe, sind ja ganz hausbackene geschäftliche Gründe, die prinzipiell nicht tief greifen; aber die Vorlage und die Art, wie sie besprochen ist, giebt mir doch Anlaß, auch die Ansichten zu besprechen, mit denen ich, ich kann nicht sagen, dieses Gesetz ausführen möchte, denn sie hängen kaum mit diesem Gesetz zusammen, sondern sie zu verwirklichen würde auch ohne dieses Gesetz möglich sein. Ich habe nur eine öffentliche Aeußerung darüber aufgeschoben, weil ich das Bedürfniß hatte, zuerst noch im Bundesrath und im Reichstag die Ansichten über das von mir erstrebte Ziel zu kennen. Das Ziel, was von mehreren Seiten, beinahe von allen, die günstig bis auf den letzten Redner sich ausgesprochen haben, als erstes und allein schon sehr bedeutendes bezeichnet worden ist, ist das einer Verbesserung, einer Vereinfachung der zwischen dem Reich und den Einzelstaaten getheilten Finanzverwaltung. Um das zu erreichen, wird es eine große Erleichterung gewähren, wenn wir ein gesondertes Reichsfinanzamt einführen, welches zugänglich ist, ohne durch den jedesmaligen Präsidenten des Reichskanzleramts erst den Zugang zu vermitteln, welches die Reichsfinanzsachen direkt aus rein finanziellem Standpunkt sowohl mit den Ministern der übrigen Einzelstaaten, als auch namentlich mit dem preußischen Finanzministerium verhandeln kann. Daß das erleichtert ist, wenn das Reichsfinanzamt allein dasteht, glaube ich damit beweisen zu können, wenn ich Sie bitte, zu erwägen, wie sehr es erschwert sein mußte zu der Zeit, wo das ganze Reichskanzleramt unter dem geschlossenen Vorsitz eines sehr sachkundigen Finanzmannes, des Herrn Präsidenten Delbrück war. Da würde die Verständigung eines Finanzministers eines Partikularstaats mit den dem Präsidenten untergebenen einzelnen vortragenden Räthen auf direktem Wege eine große Schwierigkeit gehabt haben. Dieser direkte Weg muß aber meines Erachtens unbedingt hergestellt werden.

Daß unsere Reichsfinanzleitung bisher nicht die Ergebnisse geliefert hat, die ich selbst von ihr wünsche und die das Reich von ihr erwartet, mag ja zum Theil an den eigenthümlichen Richtungen und Ueberzeugungen der maßgebenden finanziellen Persönlichkeiten liegen. Wie überhaupt in allen Sachen Personen wirksamer sind als Institutionen, so auch hier. Zum Theil liegt es aber doch in den Einrichtungen, die wir hatten, und die ich schon vorhin als fehlerhafte bezeichnete. Ich meine zwei Finanzministerien, eins für das Reich, eins für Preußen, eins im Besitze der

ergiebigen melkenden Kuh der indirekten Steuern, das andere im Besitz des ziemlich ausgebauten Bergwerks der direkten Steuern, die nicht nothwendig durch unsere Institutionen gezwungen waren, sich zu verständigen, oder eins die Meinung des anderen anzunehmen. Diese beiden großen Ministerialkörper, das ganze Reichskanzleramt in seinem Zusammenhange und das ganze preußische Ministerium, haben mir schließlich den Eindruck von zwei Lokomotiven gemacht, die sich auf demselben Geleise befinden und sich weder ausweichen, noch aneinander vorbei konnten und keine fuhr rückwärts, um der andern Platz zu machen. Sie hatten ihre unabhängige Ueberzeugung, ihre unabhängigen Ressortberechtigungen und je nachdem die Lokalität und die Umstände den einen begünstigten, zog sich der andere in einer gewissen Verstimmung zurück, die eigentlich nicht der Sache hätten gelten sollen, sondern mehr im persönlichen Ansehen lag. Indessen wir bleiben alle Menschen, und wenn man daher das Hinderniß nicht aus dem Wege räumt, so kommt man nicht zu einer Verständigung.

Die ursprüngliche Stellung des Reichskanzleramts, wie sie unter dem Herrn Präsidenten Delbrück ihren Aufschwung nahm, war eine Institution, die zur Förderung der Ausbildung des Reichsgedankens und des Reichspersonals sehr wesentlich beigetragen hat, die aber, bis zu einer gewissen Größe angeschwellt, nothwendig aufhören mußte, weil sie vor die Alternative gestellt war, entweder sich die übrigen Reichsministerien und in erster Linie das preußische zu unterwerfen, oder neben ihnen eine Thätigkeit zu beanspruchen, welche die Friktionen dieser vielrädrigen Maschine noch bei weitem verstärken mußte, ohne uns vorwärts zu bringen.

Ich glaube, daß Sie, wenn Sie den Mangel an Entwickelung in unserem finanziellen System mit Recht tadeln, doch den Personen nicht allein, sondern auch dieser Institution, der zu stark accentuirten reichsministeriellen Entwickelung, nicht im Sinne der Verantwortlichkeit, aber im Sinne bureaukratischer Herrschaft, daß Sie der einen wesentlichen Theil der Schuld dabei zuschreiben müssen.

Kann man nun dies Hinderniß aus dem Wege räumen? Ich glaube durch ein sehr einfaches Hausmittel, welches ganz außerhalb der Tragweite dieses Gesetzes liegt, und welches ich die Absicht hatte, da ich von Sr. Majestät dem Kaiser die Genehmigung hierzu schon besaß, Ihnen zu bringen, sobald ich über die Tendenzen im Bundesrath und im Reichstag Klarheit hatte, nämlich, daß demnächst in Bezug auf die Reichsfinanzverwaltung dasselbe System eingeführt würde, welches in Bezug auf die Reichskriegsverwaltung sich von Hause aus in Geltung befunden hat. Als die Reichsverfassung in's Leben trat, so fand sich, daß der Theorie nach der Reichskanzler unter den vielen anderen Janusköpfen, die er hatte, auch genau genommen den eines Kriegsministers besaß, auch den eines Marineministers, und da habe ich proprio motu den von Ihnen als herrschsüchtig mitunter beurtheilten Reichskanzler in seiner Macht vermindert, indem ich an Se. Majestät den Antrag richtete, zu befehlen, daß Berichte und Entwürfe zu Ordres nur mit der gemeinschaftlichen Unterschrift des Kanzlers und des Kriegsministers dem Kaiser, damaligen König von Preußen, vorgelegt werden sollten, um auf diese Weise nicht nur in erster Linie dem Kanzler, sondern in entscheidender Linie Sr. Majestät dem Kaiser die Ueberzeugung zu gewähren, daß dieser Bericht vom Kriegsminister selbständig geprüft war, er bereit war, seine Verantwortlichkeit

durch Unterschrift zu übernehmen, er auch bereit war, den Text eines Ordreentwurfs durch seine Mitunterschrift zu sanktioniren. Nun ist es ja richtig, daß dadurch der Kriegsminister dem Reichstag gegenüber keine Verantwortlichkeit schriftlich übernahm. Aber hat Ihnen die jemals gefehlt, wenn das Militärbudget diskutirt wurde? Sind Sie nicht in der Lage gewesen, sich an die Person des Kriegsministers und nur an die seinige ohne Konkurrenz des Kanzlers jederzeit mit dem vollen Bewußtsein, daß er Ihnen Rede und Anwort stehe, halten zu können? Es hat dieses Mittel dahin geführt, daß ein so schwieriges und wegen seiner Selbständigkeit sehr empfindliches Departement, wie das Kriegsministerium, an dessen Spitze ein Herr stand, der am allerwenigsten geneigt war, sich, wie man sagt, die Butter vom Brot nehmen zu lassen, der Feldmarschall Graf Roon, — daß gerade diese Verwaltung ohne alle Schwierigkeit sich glatt entwickelt hat, sich auch bereitwillig an allen Erlebnissen im Bundesrath im ganzen Reichsleben betheiligt hat, während die anderen Minister gar nicht mehr hingekommen sind und den Bundesrath trocken gelegt haben. Und dabei kann ich nicht sagen, daß jemals ein ernstlicher, prinzipieller Streit zwischen dem Kriegsministerium und mir in der ganzen Zeit gewesen sei, es sei denn in einzelnen Finanzfragen, wo ja natürlich, da ich die vices des Finanzministers vertreten mußte, dieselben Kämpfe und Schwierigkeiten, die früher zwischen dem preußischen Finanzminister und Kriegsminister waren, sich auf mich übertrugen, aber ich glaube, doch nicht auf den zehnten Theil des Volumens und der Schärfe anschwollen, wie es in früheren Budgetjahren in Preußen der Fall war.

Wenn sich dort diese Einrichtung bewährt hat, warum soll es nicht möglich sein, — für verfassungsmäßig zulässig halte ich es jedenfalls — daß durch innere Dienstabmachung der — nennen wir ihn Staatssekretär des Reichsfinanzamts in Beziehung zum preußischen Finanzminister gestellt wird. Ich bin darüber nach außen hin Niemand verantwortlich, wenn ich den Finanz- — oder nennen wir ihn zur Unterscheidung einmal Schatzsekretär — bitte, mir nie erhebliche Sachen, Gesetzgebungssachen, vorzulegen, wenn er nicht die Unterschrift des preußischen Finanzministers dazu mitbringt, — wenn ich ferner mit dem preußischen Finanzminister verabrede, daß wir uns beide einer von mir erbetenen Kaiserlichen und Königlichen Verordnung unterwerfen, wonach ebenso wie in Militärfragen auch auf dem Gebiete der Finanzen Sr. Majestät nur vorgelegt werden soll, was der Finanzminister sanktionirt hat oder worüber wir beide uns geeinigt haben.

Ich glaube, daß Sie dann ohne Verfassungsverletzung, ohne Schwierigkeit, einen, allerdings nur auf Königlicher Verordnung basirten, Reichsfinanzminister besitzen, aber auf Königlicher Verordnung beruhen die Ernennungen aller Minister; der König kann sie bekanntlich jeden Tag entlassen und wechseln.

Das ist meines Erachtens die wesentlichste Veränderung, die ich in der Richtung des hier Gewünschten gegenwärtig leisten kann, und gegenwärtig anstrebe, aber ich glaube beinahe, es wird den Bedürfnissen, die hier ausgesprochen sind, genügen. Der preußische Finanzminister wird dann noch mehr wie bisher nach der Ressortauffassung berufen sein, alle gesetzgeberischen Vorlagen, die er hier macht, vor dem Reichstag auch zu vertreten, und wenn man mir dagegen einwenden könnte, daß der Schatz-

sekretär des Reichs dann ziemlich überflüssig wäre, so muß ich das doch verneinen, denn das Reich und die übrigen Bundesstaaten bedürfen Jemand, der Reichsbeamtenqualität hat, um die Vermittelung zwischen den Präsidial- und preußischen Anschauungen und den Anschauungen der übrigen Staaten zu besorgen, Jemand, den sie auch als ihren Beamten betrachten können und an den sie ein Recht haben sich zu wenden, wo sie nicht mit dem preußischen Ministerium zu verkehren haben, um Auskunft zu verlangen, wo sie in ihrem eigenen Reichsbureau den Beamten finden können. Der unter Verantwortlichkeit des Kanzlers selbständig leitende Beamte wäre dann für mich gewissermaßen der deutsche Unterstaatssekretär des Finanzministers mit dem ich direkt verkehre. Es mag ja diese Einrichtung ebenso gut wie manche andere eine dilettantische sein, aber sie ist eine praktische im Kriegsministerium gewesen, und ich schmeichle mir deshalb mit der Hoffnung, daß sie es auch auf diesem Gebiete sein könne. Im Uebrigen gehört allerdings dazu, daß wenn sie in's Leben treten soll, daß wir auch Finanzen haben im Reich; so lange wir keine Finanzen haben, brauchen wir so wenig einen Finanzminister, wie ich einen Koch gebrauche, wenn ich keine Lebensmittel habe. Das Reich hat ja bisher seine Einnahmen wesentlich nur in den Matrikularbeiträgen, denn diejenigen, welche aus Zöllen und Steuern fließen, werden schon jetzt unter der Leitung des preußischen Finanzministers im Zollvereinswege von den einzelnen Regierungen erhoben und fließen dem Reich von da zu. Das Ausgabebudget zu machen, das besorgen eigentlich die einzelnen Ressorts in sich, der Finanzminister hat nur zu streichen und das wird auch der jetzige schon thun. Also eine raison d'être, eine Berechtigung in's Leben zu treten, hat die Einrichtung nur dann, wenn wir Reichsfinanzen haben, und ich hoffe, wir werden sie uns schaffen. Vielleicht wird man mir den Schluß auch umkehren und wird mir sagen: gieb uns die Einrichtung, wir werden dann die Aufgabe, Finanzen zu schaffen, erleichtern; man wird vielleicht auch sagen, das ist eine außeramtliche Zusage, es ist keine verbriefte, es ist auch kein Verfassungsartikel darin, oder man schlägt es auch ganz ab — nun, dann kann ich auch so weiter leben, wie ich bisher gelebt habe.

Ich gehe sehr ungern hier auf ein Thema ein, welches nicht zur Sache selbst gehört, aber von einem der Herrn Vorredner in einer prägnanten Weise hier berührt worden ist und bei dieser Einrichtung, wie sie mir vorschwebt, eine sehr viel leichtere Erledigung finden kann als bisher, weil dann die Person im Reich und in Preußen bei dieser Einrichtung identisch sein würde, nämlich der Gedanke, daß eine Finanzwirthschaft in Preußen und im Reich gleichzeitig erfolgen müsse. Ja, meine Herren, das halte ich für rechtlich absolut unmöglich, und ich würde mich, wenn hier im Reich Beschlüsse über die preußische Verfassung in der Weise getroffen werden sollten, daß die Bewilligung von Reichssteuern abhängig gemacht würde von Einrichtungen innerhalb Preußens, im Namen Sr. Majestät des Königs von Preußen dagegen verwahren müssen. Die Revision und Abänderung der preußischen Einrichtungen steht dem preußischen Landtag zu; sie wird aber da auch ganz unzweifelhaft in dem gewollten Wege erfolgen. Ich weiß gar nicht, wie man sich die Sache anders denken könnte, wenn Preußen jetzt mit einem Mal über sein Budget hinaus 60 Millionen mehr bekäme; wenn es dann nicht den Weg beschritte, der

von den darüber sprechenden Herren gewünscht ist, so müßte man ja voraussetzen, daß ein im medizinischen Sinn geisteskrankes Ministerium in Preußen regierte! Was soll denn Preußen mit dem Gelde machen? Es kann es doch nicht vergraben, auch nicht verschenken, es muß in irgend einer Weise darüber bestimmt werden! Nun kann die preußische Regierung auch nicht über einen einzigen Thaler bestimmen, ohne die Einwilligung des Landtags. Es wird also der ganz natürliche und nothwendige Fall eintreten, daß die preußische Regierung dem Landtag den Vorschlag macht, so und so viel Steuern an die Provinzen, Kreise und Gemeinden abzuschreiben, so und so viel Steuern nachzulassen, weil sie entbehrlich sind. Ich begreife gar nicht, wie etwas anderes geschehen könnte und wie man nicht das volle Vertrauen zu der preußischen Regierung, zu dem preußischen Landtag haben kann, daß er diese res domestica bei sich verständig und ganz befriedigend ordnet. Wenn allerdings die Verbesserung der Reichssteuern davon abhängig bleiben sollte, wenn die Herstellung eines Zustandes, in welchem das gesammte Steuerbündel leichter zu tragen ist als bisher, davon abhängig gemacht werden sollte, daß vorher gewisse politische Bedingungen erfüllt werden, dann werden wir uns in einem vitiösen Cirkel befinden und nicht dazu kommen. Ich kann mir aber doch nicht denken, daß Jemand die Verantwortung übernehmen wollte, eine zweifellose Verbesserung in unserem ganzen wirthschaftlichen Leben darum hintenanzuhalten, weil eine gewisse politische Klausel in einem der Reichsländer existirt, die nicht nach seinem Sinn geregelt ist. Ich glaube, die Unthunlichkeit dafür würde ganz einleuchten, wenn man den Spieß umkehrt und annimmt, die Regierung wollte ihrerseits die Besserung der wirthschaftlichen Lage, die Entwickelung von fruchtbringenden und zweckmäßigen Steuervorlagen, davon abhängig machen, daß ihr erst eine politische Konzession gemacht würde, also zum Beispiel, daß in Bayern das Steuerbewilligungsrecht vermindert würde. Wenn sie verlangte: sobald in Bayern der Art. 109 der preußischen Verfassung eingeführt würde, dann würden wir das und das thun, da würden wir eine Gesetzesvorlage machen können, wie man sie sich nur wünscht, — dann würde sich doch ein Schrei der Entrüstung gegen eine solche Regierung geltend machen. Wir sind nicht an Gegenseitigkeit der Behandlung gewöhnt. Also wir ertragen das Analoge in Ruhe und setzen blos ein demüthiges non possumus entgegen. In diesem vitiösen Zirkel wird eben ein Ausweg durch V e r t r a u e n gefunden werden können. Wenn man dieselben Personen, die hier in Gestalt des Kanzlers und des Finanzministers Ihnen gegenübersitzen, im preußischen Landtag wiederfindet, so werden diese schwerlich in der Lage sein, das dort nicht wahr haben zu können, was sie mit Ermächtigung ihres Landesherrn von Preußen hier haben erklären und versprechen können, auch wenn kein bestimmter Handel gemacht wird. Ich möchte daher ein Vorurtheil bekämpfen, welches sich, wie ich fürchte, in unserer öffentlichen Meinung festsetzt, nämlich, daß Regierung und Volksvertretung zwei Körper wären, die ein verschiedenes Interesse hätten, und daß man mit Genehmigung einer Vorlage der Regierung eine Gefälligkeit erweisen könnte, welche diese mit einer Gegenkonzession beantworten müsse. Das halte ich für eine Verschiebung der Verhältnisse; wir leben unter demselben Dach, wir haben dasselbe Interesse, und eine Verkümmerung der Regierungsgewalt, ein Verfallen unseres wirthschaftlichen Lebens, — ich

wüßte nicht, warum mir das mehr am Herzen liegen sollte, als einem unter Ihnen; was Sie aushalten, kann ich auch aushalten; wir haben das gleiche Interesse, zu bessern, wenn das Dach durchregnet, und können uns nicht als zwei Parteien hinstellen, von denen die eine sagt: gieb mir erst das, dann will ich dir jenes geben.

Das erwähne ich blos in Parenthese, weil wir auf einen falschen Weg gerathen, wenn wir uns in zwei gesonderte Lager getheilt denken. Diese Wand von Holz, die zwischen uns liegt, ist keine Scheide für unsere Gefühle, die wir für Reich und Land hegen, für deren gesammten Interessen, und wenn ich morgen nicht mehr Kanzler, sondern Abgeordneter bin und da unten sitze und Einer von Ihnen hier oben, so wird es mir nie einfallen, anders zu denken in der Eigenschaft eines Abgeordneten über die Dinge, als in der Eigenschaft als Minister.

Die akute Ministersäure, die in früheren Zeiten existirt haben mag, wo einer, sei es für den Absolutismus, sei es für seine eigene Herrschaft, vielleicht mehr als für das Land gekämpft und als das Seinige betrachtet hat, was er der Volksvertretung an Rechten abgewinnen konnte, die ist uns gründlich ausgetrieben, meine Herren, das gehört vergangenen Zeiten an. Wir erstreben und wollen, wie ich schon öfter wiederholt habe, alle dasjenige Maß von Freiheit und Unabhängigkeit und freier Bewegung der Volksvertretung, was mit der Sicherheit und Stetigkeit unserer Einrichtungen überhaupt nur irgend verträglich ist, und etwas anderes erstreben Sie auch nicht, wir haben dieselben Ziele, und wenn wir über diese Wahrheit ganz zweifellos einig sind, dann, glaube ich, wird auch diese kranke Blässe des Mißtrauens schwinden, die dem Minister gegenüber immer auf den Konfliktmoment rechnet und nur fragt, wie wird das Beschlossene da wirken, wie stellt sich da die Probe auf das Exempel, wenn wir in Konflikt kommen? Ein Konflikt ist eine so unnatürliche Sache, und wenn er einmal kommt, pflegt sein Ausgang und sein Verlauf wenig von den einzelnen Klauseln, die man sich gegenseitig schriftlich gegeben hat, abhängig zu sein.

Ich erlaube mir nach diesem, vielleicht nicht zur Sache gehörigen Exkurs, auf den ich aber durch den Vorredner gekommen bin, auf die Einzelheiten in der Vorlage einzugehen, die von einzelnen erwähnt sind.

Zunächst finde ich eine Notiz — es ist unmöglich für mich, aus den zum Theil ausgedehnten Reden mich aller Sätze zu erinnern — aus der des Herrn Vorredners. Weil ich von dem erwarte, daß er überhaupt nicht mit uns stimmt, habe ich mein Gedächtniß nicht so angespannt, aber von dem vorhergehenden Herrn Redner, Herrn von Bennigsen, habe ich die Frage gehört, ob, wenn Se. Majestät der Kaiser einmal eine Stellvertretung ermächtigt hat, zu deren Aufhebung auch wieder eine Kaiserliche Verordnung erforderlich wäre. Ich halte das für zweifellos, denn eine Kaiserliche Verordnung bleibt für mich so lange in Gültigkeit, bis sie durch eine neue aufgehoben ist. Ebenso halte ich es für zweifellos, daß derjenige, der eine solche Stellvertretung mit der Kontrasignatur übernimmt und übernimmt, auch der alleinige Verantwortliche für dasjenige ist, das er kontrasignirt. Ueber die ganze übrige Art von Stellvertretung kann man ja zweifelhaft sein, aber unser heutiges Thema ist ja vorzugsweise die Kontrasignaturfrage, und wer die nach dem Gesetz ausübt, trägt auch die Verantwortung ganz allein.

Damit will ich mich ja in keiner Weise lossagen von der Qualität

der Verantwortlichkeit, welche, wie ich glaube, Herr von Bennigsen die geschichtliche und politische nannte, also für die Auswahl der Personen, für die Gesammtrichtung der Politik, das ist eine, die dem leitenden Minister niemals wird abgenommen werden können, und so erklärt sich auch, glaube ich, der Zusatz zu Art. 3, den wir deshalb nicht gemacht hatten in der ersten Vorlage, weil ich das eigentlich als selbstverständlich ansah, denn es würde das sehr schwer sein zu verhindern. Ein Reichskanzler, der überhaupt das Vertrauen des Kaisers nicht mehr hat, der wird es nicht bleiben, oder es wird ganz gleichgültig sein, was er thut, wenn er es aber hat, so wird es immer die Möglichkeit sein, wenn sein Vertreter sagt, ich habe jetzt das Amt zu besorgen, so wird der Kanzler sich an den Kaiser wenden und ihn bitten, entweder diese Vertretung abzustellen, oder sie ruhen zu lassen. Es wird nicht praktisch sein, daß §. 3 wegfällt. Aber noch eins. Wenn für den Kanzler auch nur die Eigenschaft eines Premierministers bleiben soll — lassen Sie mich den Ausdruck gebrauchen, ohne daß ich dadurch in den Verdacht verfiele, ein Reichsministerium zu erstreben: ich glaube, ich habe mich darüber zu oft ausgesprochen und bin auch heute nicht bekehrt davon, ich halte den Bundesrath für eine bessere Einrichtung als ein Reichsministerium, und wenn er nicht bestände, so würde ich beantragen, ihn einzuführen, ich halte den Bundesrath für eine außerordentlich zweckmäßige Einrichtung, sie macht unsere Gesetzgebung leichter und besser, als ein Ministerium, und unterstützt sie durch ein großes Maß politischer Erfahrung aller Einzelregierungen, — ich sage also, wenn ich das Beispiel eines Premierministers für mich in Anspruch nehme, so versteht sich das blos auf den Gebieten, die nicht dem Bundesrath, sondern den Kaiserlichen Beamten angehören, so würde ich auf diese Stellung nicht so weit verzichten können, daß ich ein Recht aufgebe, welches ich für das zweitwesentlichste des Premierministers halte, nämlich bei einer politisch wichtigen Maßregel, die nach seiner Meinung auf eine schiefe Bahn gerathen ist, ein Veto einzulegen. Diesen Gedanken giebt der §. 3 Ausdruck neben dem, daß vielleicht die übrigen Bundesstaaten das Recht nicht aufgeben wollen, sich an den Kanzler auch im Fall der Vertretung mit ihrer Forderung halten zu können. Im preußischen Ministerium hat der Ministerpräsident zwar kein Veto, da giebt es überhaupt keinen Ministerpräsidenten, nur einen Minister, der den Titel führt und die Debatte geschäftlich zu leiten hat und seine Kollegen bitten kann, aber zu sagen hat er nichts, auch kein Veto, und wenn sich jemals ein Ministerpräsident eines gewissen Einflusses auf seine preußischen Kollegen erfreut, so ist das doch gewöhnlich mehr das Ergebniß einer sehr langjährigen Dienstzeit und eines besonders hohen Maßes von Vertrauen, dessen er beim Monarchen genießt, aber nicht der Ausdruck der Institution. Der preußische Ministerpräsident hat gar keinen gesetzlichen Einfluß; also dieses Veto auch des beurlaubten Kanzlers halte ich doch für unentbehrlich, sonst schwindet das Maß von Verantwortlichkeit, was auch der Herr Abg. von Bennigsen festhalten wollte, das für die Gesammtrichtung der Politik. Es wurde vorher erwähnt, daß einzelne Ressorts, ich glaube, es wurde gesagt, die mit erhöhter Dampfkraft arbeiten, unter Umständen einer finanziellen Kontrole bedürften. Ja, diese Kontrole kann doch nicht soweit gehen, daß Sie aus dem Finanzminister den Vorgesetzten eines dieser Ressorts machen. Es wird dann immer das Bedürfniß einer Entscheidung eintreten, die bei

solchen Streitigkeiten in Preußen auch noch nicht vom Ministerium mit rechtlicher Wirkung gegeben werden kann, sondern die dann schließlich beigelegt oder von Sr. Majestät entschieden wird. Nun in allen kleinen Stücken bei Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Finanzminister und einem Ressortchef an Se. Majestät zu gehen, würde sehr weit führen, und da hat die Reichsverfassung den Vorzug vor der preußischen Verfassung, daß sie einem der Minister, dem Kanzler, dem Premierminister an und für sich das Entscheidungsrecht giebt. In Preußen muß er zu dem Kollegen, mit dem er sich nicht verständigen kann, sagen: einer von uns muß gehen, und das giebt langwierige, oft Jahre lang sich hinziehende Debatten, im Reich nicht, denn es ist ein Minister vorhanden, der das Recht zu verfügen hat.

Es sind ja alle diese Verhältnisse in keinem konstitutionellen Staat, wie schon vorher bemerkt wurde, systematisch geordnet, am allerwenigsten in England. Aber in England ist wenigstens die Gewalt des Premierministers eine, wie wir sie gar nicht kennen. Ich weiß nicht, ob Sie in gewissen neueren englischen Publikationen die Erinnerung an den Streit gelesen haben, in welchem 1850 der Premierminister, damals Lord Russel, sich mit Lord Palmerston befand, die einen merkwürdigen Brief an Lord Palmerston, einem gewiegten Kenner des englischen Rechts, bringen, worin er sagt: Ich bestreite in keiner Weise das Recht des Ministers — es ist der einzige, den er Minister nennt, der Premierminister — jedes Mitglied der Regierung ohne Angabe der Gründe zu entlassen. Nun, so weit wird man bei uns niemals gehen, und es ist vielleicht auch in England nicht immer ganz so ernsthaft mit der Ausführung dieser Berechtigung gehalten und mit der Möglichkeit, es zu thun, weil dazu Unterschriften gehören, über die der Minister nicht verfügt. Aber gewiß ist doch in England für jedes Mitglied der Regierung die unzweifelhafte Pflicht nach diesem Zeugniß von Lord Palmerston anerkannt, wenn der Premierminister den Wunsch ausdrückt, er möchte gehen, daß er geht, und daraus folgt im gewöhnlichen Leben, daß die Vorschriften, die Wünsche, die Politik des Premierministers in England durchschlagen. Sogar in der sonst in fast allen Staaten sehr gedeckten auswärtigen Politik sehen wir doch, daß in England heut zu Tage die Politik durch den Premierminister, ja mit dessen maßgebendem Votum entschieden wird.

Die Fragen, die ferner aufgeworfen sind, sind diejenigen, ob ein immerwährender Stellvertreter, gewissermaßen ein eiserner, von Hause aus für alle Fälle ernannt werden soll, oder ob erst in Fällen der Vertretungsbedürfnisse der Vertreter ernannt wird. Ich habe keine andere Alternative als den zweiten Fall im Sinne gehabt. Ein immerwährender Stellvertreter, ein eiserner, könnte nur der Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums sein. Nun braucht blos der Fall einzutreten, daß der mit dem Kanzler zugleich nach Kissingen gehen muß, dann ist wieder keine zweifellose Möglichkeit der Vertretung vorhanden. Aber ich will das nicht einmal annehmen; er könnte auch aus augenblicklich sachlichen Gründen vielleicht nicht geeignet sein. Nehmen Sie an, daß zwischen ihm und dem Kanzler augenblicklich ein prinzipieller Streit über die Entwickelung des Finanzwesens schwebt, und nun geht der Kanzler auf Urlaub. Nichtsdestoweniger muß er ihn zum Vertreter nehmen und es darauf ankommen lassen, ob er in seiner Abwesenheit seine Meinung durchführt oder nicht.

1878.

Aber ich würde dazu schon bestimmt durch die Rücksicht auf Se. Majestät den Kaiser, der das Recht hat, den Kanzler zu wählen, wo und wie er will, und daher muß ich auch im Namen Sr. Majestät das Recht in Anspruch nehmen, sich den Stellvertreter nach eigenem Ermessen zu wählen.

In den einzelnen Ressorts sind ja die Stellvertreter gegeben durch die Vorlage, welche immer nur die betheiligten Ressortchefs sein können, und bei ihnen hat die Stellvertretung mit der Kontrasignatur ja zugleich die Bedeutung einer Abbürdung der Geschäfte. Die ist zwar jetzt einigermaßen auch schon vorhanden. Beispielsweise in der Postverwaltung wüßte ich nicht, wie sich etwas ändern könnte. Außer monatlichen Uebersichten, um die ich den Herrn Chef, den Generalpostmeister gebeten habe, erfahre ich amtlich kaum etwas über den Gang der Post, und so lange keine Klagen kommen, halte ich mich auch nicht für berufen, einzugreifen, also blos einen Akt der Herrschsucht auszuüben. Das ist mein Bedürfniß nicht.

Ueber die selbständige Finanzabtheilung habe ich bereits gesprochen. Wie das Reichsjustizamt, das später meines Erachtens neben dem Finanzamt einzurichtende Reichsverwaltungsamt sich dazu stellen wird, ja, meine Herren, da möchte ich vorschlagen, warten wir das in der praktischen Entwickelung ab. Grau ist alle Theorie, man kann eine bestimmte Schablone unmöglich aufstellen, die alle Fälle, die da eintreten bei diesen verwickelten Fragen, vorher erschöpfe, sondern man muß das Ganze sich praktisch gestalten lassen und dann sehen, wo etwa nachzuhelfen ist. Es ist das ja in unserem ganzen Reichsleben und in der Entwickelung unserer Gesetzgebung überall der Fall gewesen.

Ich habe vor 8 Jahren mir nicht träumen lassen, daß ich noch einmal öffentlich erklären würde, die Einrichtung des Reichskanzleramts als solches habe ihre Zeit überlebt. Ich habe dieselbe damals für eine dauernde gehalten, und ich muß sagen: probiren geht über studiren. Ich bitte Sie, diese Vorlage, so wie sie ist anzunehmen, sie mag zu weiteren Diskussionen Anlaß geben, es thut uns das nichts, ich habe es nur mit Dank anzuerkennen, und ich hoffe und wünsche nur, daß die Diskussion auch weiter wie heut mit Ruhe und Wohlwollen verläuft. Sollte also die Diskussion morgen noch fortgesetzt werden, so thut das nichts gegen die Vorlage, ich hoffe, Sie nehmen sie an, sowie sie hier liegt, ohne sie amendiren zu wollen. Die Verständigung im Bundesrath ist an und für sich keine ganz leichte geworden. Die leitenden Minister sind zu diesem Behuf selbst hier zusammengekommen, und die Verständigung über eine Abänderung ist, wenn sie die Theile betrifft, die nach meiner eigenen Anerkenntniß eine Modifikation der Verfassung enthalten, mit 14 Stimmen unmöglich zu machen, und 14 Stimmen finden sich bei der juristischen Durchbildung, mit der man die Deutung aus jedem einzelnen Worte und aus dem Punkt überm I unter Umständen herleiten kann, da finden sich 14 Stimmen, die in Besorgniß sind, sehr leicht zusammen.

Also ich möchte bitten, die Vorlage in der Form, wie sie aus dem Bundesrath gekommen ist, anzunehmen und auf solche Amendements zu verzichten, die eigentlich in der Sache nichts ändern, sondern nur eine vielleicht deutlichere, vielleicht aber auch weniger deutliche Fassung in sie hinein zu bringen beabsichtigen, und im Uebrigen überzeugt zu sein, daß mit dieser Vorlage ja kein Abschluß für immer geschaffen ist, sondern daß

eine langsame Fortbildung, vielleicht nicht nach der Richtung verantwortlicher Reichsminister, vielleicht nach besserem gegeben ist, daß eine langsame Fortbildung unsere Institutionen namentlich in all den Verwaltungszweigen, die hier behandelt werden, ja an jedem Tage erstrebt wird, und ich glaube, daß Sie die Maschine weicher, nachgiebiger und elastischer mit der Zeit finden werden, als bei einer einheitlichen Monarchie mit verantwortlichen Ministern, und in diesem Sinne bitte ich, der Vorlage zuzustimmen.

Reden süddeutscher Minister.

Rede des Ministers von Pfretzschner (von Bayern).

„Der Herr Vorredner hat nicht ohne Betonung davon gesprochen, daß das bestehende Verordnungsrecht des Bundesraths als einer unverantwortlichen Körperschaft für die Dauer nicht haltbar, ja sogar bis zu einem gewissen Grade etwas Unerträgliches sei. Dieser Satz enthält nun in nuce, und das ist, was ich, wie ich erwähnte, herausschälen will, nicht Anderes als ein Plaidoyer für verantwortliche Reichs-Ministerien. Ich glaube mich zu dieser Annahme nicht nur aus dem ganzen Gange der Rede des Hrn. Abg. Hänel berechtigt halten zu dürfen, sondern ich glaube auch diese Muthmaßung ganz besonders aus den Schlußworten des Herrn Vorredners deduziren zu können. Nun ist die Frage der Reichs-Ministerien in diesem Hause, in den wissenschaftlichen Kreisen, im großen politischen Publikum so viel besprochen und bereits so scharf betont worden, daß ich es als eine willkommene Gelegenheit erachte, durch den Mund des Vertreters eines Mittelstaats einmal den Standpunkt bezeichnen zu können, welchen seine Regierung in dieser Frage einnimmt.

Der Herr Reichskanzler hat in seinen früheren Reden niemals eine Sympathie für das Institut der Reichs-Ministerien erkennen lassen, daß aber wir, die wir freudig in das Reich eingetreten sind, unsere Abneigung gegen das Institut einmal bekennen müssen, das halte ich für eine Nothwendigkeit, und ich halte mich für verpflichtet, die Stellung der bayerischen Regierung zu dieser Frage hier zu präzisiren, einerseits, damit jeder Zweifel in dieser Beziehung von vornherein abgeschnitten sei, dann aber auch, weil ich die Ueberzeugung hege, daß gerade dadurch die Haltung der bayerischen Regierung gegenüber dem vorliegenden Gesetzentwurfe ihre nothwendige Klarstellung erhalten wird.

Die Verfassung, meine Herren, hat die verschiedenen Gewalten im Reiche, und sie hat die Stellung und die Rechte der Bundesstaaten fest und unzweifelhaft bestimmt. Die Verfassung kennt aber keine Regierungsgewalt, welche in Reichs-Ministerien beruhen soll; die Verfassung hat die ministeriellen Befugnisse im Reiche dem Bundesrath mit seinen Ausschüssen und dem Reichskanzler übertragen. Da nun eine Fürsorge für die ununterbrochene Geschäftsführung des Reichskanzlers in Verhinderungsfällen und ebenso die Fürsorge für eine entsprechende Entlastung desselben ein unzweifelhaftes Gebot der Nothwendigkeit und eine unbestreitbare Thatsache ist, so kann meines Erachtens diese Fürsorge nur auf dem Wege der Stellvertretung gefunden werden, welche der vorliegende Gesetzentwurf ins Auge gefaßt hat. Der Grundgedanke dieses Gesetzes ist aber der, daß die Leitung der Reichsangelegenheiten und insbesondere die Wahrnehmung der Aufsicht des Reichs gegenüber den Einzelstaaten dem Reichskanzler vorbehalten sein soll. Dagegen, meine Herren, müssen wir uns ganz entschieden gegen eine Theilung der Gewalten in dem Sinne aussprechen, wie diese Theilung bei der Einführung von Reichs-Ministerien ins Auge zu fassen wäre und in Frage käme. Die Königlich bayerische Regierung würde in der Einführung des Instituts der Reichs-Ministerien eine Institution erblicken, welche nur geeignet wäre, die Rechte und die Stellung des Bundesraths, wie solche in der Verfassung verbürgt sind, abzuschwächen und allmählich immer mehr in den Hintergrund zu drücken; sie

würde, meine Herren, in dem Institute verantwortlicher Reichs-Ministerien eine Schöpfung sehen, welche die gewährleisteten Rechte der Einzelstaaten, deren Ausdruck allein im Bundesrathe und in dessen Gewalten möglich ist, nahezu verkümmern müßte; sie würde darin eine Institution sehen, welche mit den Befugnissen der Einzelregierungen und des Bundesraths nicht in Einklang zu bringen wäre, die ja gerade dem Bundesrathe im Art. 7 der Verfassung in ausdrücklicher Weise zugestanden sind. Kurz gesagt, das Vorwärtsschreiten mit den Reichs-Ministerien würde identisch sein mit dem Zurückdrängen des Bundesraths. Daß aber diejenigen Regierungen, welche die Reichsverfassung auf Grund der Verträge angenommen haben, festhalten wollen und festhalten müssen an denjenigen Institutionen, welche gerade ihnen ihre Rechte und ihre Stellung gewährleisten, das ist nicht nur ein Recht, sondern das ist eine Pflicht.

Ich muß mich daher, meine Herren, veranlaßt sehen, schon jetzt zu erklären, daß wir die nöthige Hülfe gegenüber den damaligen Geschäftsverhältnissen in dem vorliegenden Gesetzentwurf finden, daß wir unsererseits aber nicht in der Lage sein würden, dem Verlangen nach der Institution der Reichs-Ministerien unsere Zustimmung zu ertheilen.

Ich will darauf nicht eingehen, was der Herr Vorredner von Föderalismus gesprochen hat. Allein, meine Herren, daß durch eine Zersplitterung der Gewalten, wie sie auf jener Seite wohl im Auge gehabt wird, dem föderativen Systeme nicht genützt würde, meine Herren, darüber wollen wir uns gar nicht auseinandersetzen; das liegt auf der platten Hand."

Rede des Ministers von Mittnacht (von Württemberg).

„Meine Herren! Der geehrte Herr Vorredner, dem wir für seinen maßvollen Vortrag zu wirklichem Danke verpflichtet sind, hat die Vermuthung ausgesprochen, daß noch andere deutsche Regierungen, als die Königlich bayerische, der Einrichtung selbständiger unverantwortlicher Reichsministerien widerstreben. Ich habe diese Vermuthung als zutreffend zu bezeichnen und spreche aus, daß auch die württembergische Stimme gegen die Vorlage abgegeben worden wäre und hätte abgegeben werden müssen, wenn diese Vorlage selbständige verantwortliche Reichsminister in der gewöhnlichen üblichen Bedeutung des Wortes enthielte. Darüber, daß das nicht der Fall ist, war man im Bundesrathe einverstanden, und es kann die Thatsache konstatirt werden, daß keine Regierung den Versuch gemacht hat, eine Amendirung der Vorlage in dieser Richtung in Anregung zu bringen.

Erlauben Sie mir, meine Herren, das württembergische Votum nur ganz kurz zu begründen. Ich glaube mich dabei enthalten zu dürfen, auf die Frage der selbständigen verantwortlichen Reichsministerien materiell in eingehender Weise mich einzulassen. Nur ein paar gelegentliche Worte möchte ich darüber sagen. Für eine Panacee gegen alles Uebel, was man der Reichsregierung zur Zeit nachsagt, vermöchte ich doch wirklich die Einrichtung verantwortlicher Reichsministerien nicht zu halten. Wir haben ja doch überall in den Einzelstaaten selbständige verantwortliche Ministerien, — und wie viele deutsche Regierungen sind es, mit deren Leistungen Jedermann zufrieden ist, — welchen nicht, und zwar gerade auf dem Gebiete der Steuerreform und auf dem wirthschaftlichen Gebiete, ob mit Recht oder Unrecht, Mangel an Initiative und Leistungsfähigkeit vorgeworfen wurde? — Man sagt, man bedürfe der selbständigen Reichsministerien für die Gesetzgebungsinitiative. Ja, meine Herren, den Vorwurf der Sterilität in der Gesetzgebung kann man, meine ich, dem Reiche mit Recht nicht machen, und wenn es so sehr ersprießlich erachtet wird — und ich gebe das gern bis zu einem gewissen Grade zu —, daß hier eine nähere Verbindung stattfindet zwischen der Reichsregierung und der preußischen Regierung; ja, wie stehen denn die Verhältnisse in dieser Beziehung? wie werden denn die Reichsgesetze gemacht? wie kommen sie denn zu Stande? Sie werden entworfen in den preußischen Ministerien, oder in den Reichsämtern und von diesen nur im Benehmen mit

der preußischen Regierung und nach oft langen Verhandlungen mit den preußischen Ministerien, deren Ausgang wir Andere ruhig abwarten. Und, meine Herren, wie werden denn diese Vorlagen im Bundesrath behandelt? pflegt denn der Bundesrath große prinzipielle Schwierigkeiten zu machen? Im Gegentheil, der Bundesrath giebt in der Regel und zwar oft in unglaublich kurzer Zeit seine Zustimmung zu den Vorlagen, ohne daß er wesentliche prinzipielle Aenderungen an denselben vorzunehmen für angemessen hält. Und wie werden dann diese Vorlagen hier vertreten? Sie werden vertreten von den preußischen Herren Ministern, von dem Herrn Justizminister, von dem Herrn Finanzminister, und von preußischen Kommissarien, oder sie werden vertreten von den Vorständen der Reichsämter, die zugleich preußische Bundesbevollmächtigte sind, und ihren Kommissarien. Und mit der Verantwortlichkeit, meine Herren, steht es doch auch nicht so, daß Jemand, der in Reichsangelegenheiten thätig ist, glauben würde, ihn treffe keine Verantwortlichkeit; es trifft ihn eine solche, und wir Alle sind uns dieser Verantwortlichkeit bewußt, wenn sie auch keine juristische oder formale Verantwortlichkeit ist.

Daß in allen diesen Dingen eine plötzliche Wendung zum ungeahnten Bessern eintreten würde, wenn man selbständige verantwortliche Reichsministerien einführen würde, kann ich kaum glauben. Ich halte diese Reichsministerien nicht für ein Zaubermittel, welches, wenn man sich nur entschließen könnte, es anzuwenden, alles Andere von selbst mit sich brächte, Initiative, schöpferische Gedanken, große Reformen, Harmonie mit der Volksvertretung, eine kompakte, zuverlässige, parlamentarische Majorität und alles das, was man sonst von dieser Einrichtung erwartet.

Nun erlauben Sie mir, meine Herren, zur Begründung des württembergischen Votums zurückzukehren. Dieselbe besteht einfach darin, daß nach Ansicht der württembergischen Regierung der Bundesrath niemals einer Vorlage wird zustimmen können, die sich auf die Organisation von selbständigen verantwortlichen Reichsministerien beschränkt, ohne zugleich die Rechte der im Bundesrath vertretenen Regierungen in ausreichender Weise zu verbriefen. Es ist in diesem Hause von jeher und heute von dem geehrten Herrn Vorredner in der einleuchtendsten Weise dargelegt worden, wie die Organisation der Reichsregierung in einem unlösbaren inneren Zusammenhange steht mit der ganzen Stellung des Bundesraths und seinen Rechten und Befugnissen. Man kann nun doch nicht wohl erwarten, daß die deutschen Regierungen zunächst einmal zu der Organisation von Reichsministerien die Hand bieten und im Uebrigen die Zukunft, die Rechte und Befugnisse, die ganze Existenz des Bundesraths einer ungewissen Zukunft vorbehalten würde. Diese Dinge mußten wenigstens zusammen behandelt werden und darauf, meine Herren, werden die deutschen Regierungen unter allen Umständen bestehen müssen; würden sie das nicht thun, so würden sie einfach den Bundesrath auf Gnade und Ungnade ausliefern, und wenn wir das erst einmal gethan haben, dann wären wir nicht einmal vor dem Spott ob unserer Kurzsichtigkeit sicher.

Nun, meine Herren, wie der Bundesrath selbständigen verantwortlichen Reichsministern gegenüberstehen würde, das erlauben Sie mir durch ein Beispiel aus meiner Heimath zu illustriren. Einem Württemberger wird das Verhältniß sofort klar, wenn er an den Königlich württembergischen Geheimen Rath denkt. An diesen Geheimen Rath, meine Herren, der zusammengesetzt ist aus nicht verantwortlichen hohen Beamten und aus den verantwortlichen Ministern, werden alle Entwürfe der verantwortlichen Minister in wichtigen Dingen in Hinsicht der Gesetzgebung und Verordnung geleitet; der Geheime Rath beschließt darüber bis in die letzten Einzelheiten und dann nach erfolgter Genehmigung des Staatsoberhaupts bekommt der verantwortliche Minister seine Vorlagen aus dem Geheimen Rathe zurück, wobei er zu gewärtigen hat, unter Umständen entweder etwas ganz Anderes, als was er im Auge hatte, vor den Ständen des Landes zu vertreten, oder aber seinen Rücktritt zu nehmen.

Ein solches Verhältniß ist nur möglich, wenn das betreffende Kollegium der

äußerste Resignation übt und von Anfang an davon absteht, irgendwie prinzipielle Schwierigkeiten zu machen. Wir können uns in dieser Beziehung in Württemberg gar nicht beschweren, und dennoch hat die württembergische Abgeordnetenkammer seit Dezennien diese Einrichtung des Geheimen Raths bekämpft und angegriffen als inkonstitutionell, weil nämlich die Verantwortlichkeit der Minister verdunkelnd und beeinträchtigend. Dabei besteht noch ein zweifacher Unterschied. Die württembergischen Geheimenrathsmitglieder können vom württembergischen Staatsoberhaupt jederzeit entlassen werden wie die Minister, während das im Reich bezüglich der nichtpreußischen Bundesrathsmitglieder für den Kaiser anders liegt. Dann ist in Württemberg — und das liegt im Reich wieder anders — das Staatsoberhaupt auch nicht gehalten, die Beschlüsse des Geheimen Raths, so wie sie ausgefallen sind, an die Stände zu bringen. Das Staatsoberhaupt kann auch die entgegenstehenden Anträge der Minister genehmigen.

Meine Herren! Wenn Sie in den Bundesrath selbständige, verantwortliche Minister bringen, dann, glaube ich, muß entweder der Bundesrath sich bequemen, überall, oder wenigstens öfter als es seiner Ueberzeugung entspricht, Ja zu sagen, oder aber es wird die Ministerkrisis eine permanente. Der hohe Reichstag, meine Herren, wird sich ganz natürlich auf die Seite der ihm verantwortlichen Reichsminister stellen, und dann beginnt der Krieg mit dem Bundesrath, zunächst auf dem Wege des Verlangens einer Erweiterung der Rechte des Bundespräsidiums unter Abänderung des Art. 16 der Verfassung, und von da konsequent immer weiter und weiter in derselben Richtung.

Deshalb, meine Herren, müssen Sie es nur ganz natürlich finden, wenn die Regierungen sagen: keine verantwortlichen und selbständigen Reichsministerien, wofern nicht ihr Verhältniß zum Bundesrath gleichzeitig klargelegt wird, und wofern nicht die Rechte der im Bundesrath vertretenen Regierungen in einer durchaus befriedigenden und sichernden Weise verbürgt sind.

Ob, meine Herren, überhaupt Bundesrath und selbständige verantwortliche Reichsminister neben einander bestehen können, darüber will ich jetzt nicht absprechen; es könnte ja von Jemand eine Lösung gefunden werden, die ich vergeblich suche. Ich möchte bezweifeln, daß ein solches Nebeneinanderbestehen je möglich sein kann, jedenfalls sind wir noch weit von einer Lösung, und deshalb, meine Herren, möchte ich glauben, man sollte sich zusammenfinden auf dem Boden des gegenwärtigen Entwurfs, der allerdings kein eigentliches Organisationsgesetz ist, der aber dem hervorgetretenen praktischen Bedürfniß in einer praktischen Weise abhilft, und in einer Weise, bei der, wie ich glaube, auch diejenigen Regierungen bestehen können, welche an den Rechten festhalten, welche die gegenwärtige Verfassung ihnen gewährt. Daß wir dabei schon weitgehende Konzessionen gemacht haben, wird Ihnen ohne Zweifel von dem nachfolgenden Redner des Näheren auseinandergesetzt werden."

Die selbständige Reichsverwaltung in einheitlicher Verbindung mit Preußen.

8. März. Rede des Fürsten von Bismarck bei der zweiten Berathung der Stellvertretungsvorlage im Reichstage.

(Nach dem Abgeordneten von Kleist-Retzow.)

[Die eigene Reichsverwaltung; — berichtigter Particularismus; Einheit der einzelstaatlichen mit der Reichsverwaltung; — die Präsidial-Vertretung.]

„Ich habe zu meiner Genugthuung in dieser Diskussion nicht den Beruf, in der Rede des Herrn Vorredners anzuknüpfen an diejenigen Theile

derselben, deren Inhalt von Verhältnissen spricht, die uns früher getrennt haben oder uns in Zukunft trennen könnten, sondern wenn ich auf dem Gebiet des Themas der Vorlage bleibe, kann ich mich auf das beschränken, was er im ersten Theil seiner Rede berührte und von dem ich hoffe, daß es uns einigen wird und den Ausdruck unserer Einigkeit in Gestalt einer Annahme der ursprünglichen Vorlage zu Wege bringt. Ich habe ebensogut wie der Herr Vorredner und wohl jeder von uns vielleicht manches in der Vorlage anders gewünscht, aber es fragt sich, ob das Gewünschte und Erreichbare sich immer decken. Unsere besten Bestrebungen in Deutschland sind zum Theil daran gescheitert, daß das nicht der Fall war. Denken wir an Größeres, um in Erinnerung daran zu schließen auf das Kleine und Geringere, was uns vorliegt und was die Gemüther in der Art, wie es der Fall ist, doch wohl nur beschäftigt, nicht durch seinen wirklichen praktischen Inhalt, sondern durch die Gedankenflüge, die sich daran knüpfen können, wenn dieser Inhalt sich verwirklicht.

Der Herr Vorredner hat einem Gedanken in einer schärferen Weise, als bisher geschehen ist, Ausdruck gegeben, in einer Weise, die mich nöthigt, doch meine abweichende Stellung zu diesem Thema zum Ausdruck zu bringen, nämlich den Gedanken, daß die ganze Reichsverwaltung durch preußische Ministerien direkt schließlich zu führen sei, nicht bloß thatsächlich, sondern daß dieser Thatsache auch in der Form Ausdruck gegeben werden sollte. Es ist dies bis zu einem gewissen Grade der Fall gewesen in den ersten Jahren des Norddeutschen Bundes, wo wir Reichsbeamten und Reichsinstitutionen überhaupt noch nicht hatten. Ich betrachte es aber als einen wesentlichen Fortschritt, daß wir uns davon entfernt haben, daß wir eigene Reichsbeamten, eigene Reichsinstitutionen haben und als Aufgabe der Thätigkeit eines jedesmaligen Reichskanzlers nur die, die Reibungen dieser neuen Reichsinstitutionen mit den althergebrachten Institutionen der einzelnen Staaten zu vermeiden und zu vermitteln, soweit er kann. Da ist nun der schwarz-weiße Anstrich der Sache gerade nicht das richtigste Mittel, rein äußerlich, wir hängen aber sehr von Aeußerlichkeiten ab.

Um das vor Augen zu bringen, erlaube ich mir, an eine der großen historischen Thatsachen zu erinnern, die für die Herstellung des Deutschen Reichs entscheidend und maßgebend waren, es war der Brief, den Se. Majestät der König von Bayern an Se. Majestät den jetzigen Deutschen Kaiser schrieb, als wir in Versailles waren. Ohne auf den Wortlaut einzugehen, war ein Hauptgedanke in diesem Brief: die bedeutsamen Rechte, die ich hierdurch einem anderen Fürsten in meinem Land Bayern einräume, kann ich einem König von Preußen nicht einräumen, die kann ich nur einem Deutschen Kaiser geben. Es war damit der meines Erachtens richtige Standpunkt ausgedrückt und, wenn ich mich richtig erinnere, in diesem Sinne begründet: der Deutsche Kaiser ist mein Landsmann, der kann Rechte hier ausüben; der König von Preußen ist mein Nachbar. Dieses Gefühl, meine Herren, ist meines Erachtens ein hoch berechtigtes durch den ganzen Lauf der deutschen Partikulargeschichte und selbst von Seiten derer, die geneigt wären, diese Berechtigung in minderem Maß anzuerkennen wie ich, möchte ich wünschen, daß sie sich daran gewöhnen, damit zu rechnen. Ich bin nachgerade einer von

den älteren und erfahreneren Geschäftsleuten geworden, und ich weiß wie bedeutsam diese Elemente gerade auf die Gemeinsamkeit des deutschen Landes zurückwirken. Ich bin in den Geschäften schon betheiligt gewesen, als das Dreikönigsbündniß scheiterte, vor, ich glaube, vor 27 oder 28 Jahren, und zwar an den intimeren Verhandlungen zwischen den Höfen in dem Maß betheiligt, daß ich mit ziemlicher Sicherheit behaupte, es scheiterte einfach an der Frage, sollen die einzelnen Höfe eigene Gesandtschaften, eigenes Gesandtschaftsrecht behalten oder nicht. In dieser Frage wurde der Abschluß länger wie ein Jahr hingehalten, — darüber verfloß das tempus utile und es kamen rauhe Winterstürme, in denen die jungen Frühlingsschößlinge nicht mehr gedeihen konnten. Hatte nun dieses Recht eine wirkliche sachliche Bedeutung? Ich war damals nach meinen Lebensjahren und meiner Stellung wohl berechtigt zu reden, wenn ich gefragt wurde, aber nicht zu reden, wenn ich nicht gefragt wurde. In jenem Fall hätte ich mich dahin geäußert: „Haben die einzelnen Staaten den Einfluß auf deutsche Entschließungen, daß fremde Machthaber sich um ihren guten Willen bewerben, so giebt es kein Absperrungssystem, welches die Verbindungen abschneiden könnte, und sie können vom Gesandten bis zum Schreiber und Kammerdiener und anscheinend Kaufmann heruntergehen. Man kann da keinen hinreichend wasserdichten Verschluß finden, der diplomatische Beziehungen absperren könnte. Bei denjenigen Stellungen, wo das nicht der Fall ist, wo das Ausland sich nicht bewirbt um die Stimmen oder nicht auf sie hört, bei den kleineren oder weniger mächtigen, da ist es ziemlich gleichgültig, ob sie Gesandte im Auslande unterhalten oder nicht."

So ist es auch mit der Formfrage, die ich neulich schon berührt habe: soll der Vertreter eines Bundesstaats genöthigt sein, sich hier, wenn er Verkehr mit dem Reich hat, in ein preußisches Ministerialhaus zu begeben und mit dem preußischen Minister als solchem zu verkehren? Ich glaube, es ist das weder geschäftlich nützlich, noch politisch förderlich, sondern man ist es dem Reich und den Bundesgenossen schuldig, eine Reichsverwaltung, die ihre Farben trägt, an die sie sich halten können, die zu ihrer Verfügung und im Dienste des Reichs ist, herzustellen, und ich freue mich, daß im Bundesrath darüber Einstimmigkeit vorhanden war, daß in den Motiven die Bestimmung, daß dies in Bezug auf die Finanzen der Fall sein sollte, Aufnahme gefunden hat, daß nämlich der preußische Finanzminister wirklich der thatsächliche Leiter der gesammten Finanzen sein sollte. Es ist bei allen die Ansicht: wenn die gemeinsame Finanzverwaltung fruchtbringend sein soll, ist es nothwendig, mit dem Dualismus ein Ende zu machen, nach welchem jetzt die indirekten Steuern von einer Finanzverwaltung, die direkten Steuern von 24, 25 anderen versehen werden, — ist es nothwendig, daß man da wenigstens eine Zusammenschiebung soweit erreicht, wie sie durch die Hülfe des preußischen Finanzministers zu erreichen ist, der ja seinerseits alle Freuden und Leiden eines Einzelstaats von preußischem Standpunkt aus mitfühlt und insofern die Interessen des Einzelstaats dem Deutschen Reich gegenüber auch zu vertreten haben wird; — die Reichsinteressen aber von dem Reichsschatzsekretär gegenüber den einzelnen Staaten. Wenn ich bei meinen früheren Aeußerungen darüber in erster Linie den preußischen Finanzminister zugleich als den natürlichen und

regelmäßigen Vertreter des abwesenden oder behinderten Reichskanzlers bezeichnet habe, so hat das den Grund, daß dem preußischen Finanzminister die dortigen Gepflogenheiten an und für sich ein gewisses Einmischungsrecht in die übrigen preußischen Ressorts geben, er also die nächste Anwartschaft auf das Präsidium im preußischen Staatsministerium hat, wenn der ernannte Ministerpräsident nicht anwesend ist. Absolut nothwendig ist diese Einrichtung aber nicht, man kann in Preußen, je nachdem die Persönlichkeiten dazu in der einen oder anderen Stellung geeigneter sind, ja auch den Minister des Inneren zum Vizepräsidenten ernennen, ja man kann auch einen Minister ohne Portefeuille als Vizepräsidenten haben in einer ähnlichen Weise, wie er in Preußen unter dem Ministerium Hohenzollern in der Person des Herrn von Auerswald bestand, einen Minister ohne Portefeuille, der aber, sowie der Ministerpräsident nicht da ist, sicher den Vorsitz vermöge seines Amts im preußischen Ministerium übernimmt und der dann auch jedesmal in die kanzlerische Vertretung eingesetzt werden würde. Daß beides Hand in Hand bleibt, von der Nothwendigkeit, daß dem so sei, habe ich ja früher Zeugniß abgelegt.

Aber auch in diesem Falle würde dieselbe Einheit oder ein annäherndes Maß von Einheit der einzelstaatlichen Finanzen mit den Reichsfinanzen nicht ausgeschlossen sein. Das Verhältniß des preußischen Finanzministers zu dem Reichsschatzsekretär, den ich neulich gewissermaßen als den Unterstaatssekretär für die indirekten Steuern bezeichnete, dieses Verhältniß denke ich mir ganz unabhängig von der Präsidialfrage. Man kann sogar Gründe dafür anführen, daß beide Verhältnisse getrennt bleiben sollten. Der Hauptgrund liegt in dem großen Umfang, welchen das preußische Finanzministerium an sich hat. Man kann diesen Umfang verkleinern, Domänen, Forsten abzweigen, vielleicht noch mehr, aber an und für sich ist jetzt der Umfang so groß, daß daneben für einen Finanzminister, der nun auch noch die Reichsfinanzen leitend im Auge behalten, ja sie leiten soll, nun noch die ganze Stellvertretung des Kanzlers zu übernehmen, eine Aufgabe ist, die ihn zersplittert, und der er nicht überall genügen kann. — — —

Ich bin nicht in der Lage, augenblicklich weiter eingehende Aeußerungen über die Sache zu machen; ich bitte bei dieser Sache mehr wie bei einer anderen das gute Sprüchwort zu beherzigen: Das Beste ist des Guten Feind. Es ist nicht ohne schwere Mühe und Arbeit möglich gewesen, im Bundesrath das Maß von Uebereinstimmung, dessen Ausdruck diese Vorlage ist, herzustellen. Ich weiß nicht, ob das Maß von Mehrheit im Bundesrath, welches für einzelne Bestimmungen erforderlich ist, ob das sicher wieder zu erreichen ist. Ich würde daher dankbar sein, wenn Diejenigen, die überhaupt etwas zu Stande bringen wollen, den einzelnen Wendungen, die ihnen nicht gefallen, nicht so scharf ins Gesicht sehen, sondern die Vorlage angebrachtermaßen annehmen.

Ich halte die Befugniß, die der Art. 3 dem Reichskanzler giebt (auch während der Dauer einer Stellvertretung jede Amtshandlung vorzunehmen), für eine ganz unentbehrliche, und wenn sie nicht ausgesprochen wäre, so würde ich sie als selbstverständlich ansehen, man würde eben dann nur auf Umwegen bei entstehenden Streitigkeiten das erreichen müssen, was dieser Artikel direkt und kurz ausspricht: ich

glaube, daß man ohne die Berechtigung, die der Art. 3 giebt, einen Kanzler, der dauernd das Geschäft versehen will, schwerlich finden wird, und ich möchte wohl wünschen, daß der Herr Abgeordnete Lasker einmal eine kurze Zeit auch nur zur Probe als Kanzler fungirte, um sich selbst davon zu überzeugen, daß die Gedanken, die er sich darüber macht, doch außerhalb der praktischen Möglichkeit liegen, mehr der Sphäre des Ideals angehören. Dem Herrn Abgeordneten scheint das Ideal vorzuschweben einer gewissen Zerfahrenheit der Exekutive, einer gewissen Anarchie, bei der jeder im einzelnen Ressort thun und lassen kann, was er will. — Er ist ein zu praktischer Kopf, um, wenn er dem Geschäft auch nur acht Tage als Ministerpräsident vorstände, dabei zu bleiben; der Gedanke, daß in Abwesenheit des Kanzlers oder des Ministerpräsidenten Zustände eintreten und Maßregeln zu treffen sind, die mit der politischen Ueberzeugung, mit der ganzen Politik, die er verfolgt, mit der ganzen Richtung in schneidendem Wiederspruch stehen, der ist ganz absolut unmöglich; er würde auch die Verantwortlichkeit des Premierministers, dessen Name doch, wenn irgend etwas im Ministerium schlecht geht, sehr leicht in den Vordergrund gedrängt wird, — er wird dafür verantwortlich gemacht."

Die Stellvertretung in Elsaß-Lothringen.

8. März. Rede des Fürsten von Bismarck auf den Abänderungsantrag:

„Der Stellvertreter des Reichskanzlers für Elsaß-Lothringen hat seinen Amtssitz in Straßburg".

. (Nach dem Abgeordneten Schneegans.)

„Der Herr Vorredner hat vollkommen Recht, wenn er annimmt, daß die Sympathien nicht nur des Hauses, sondern auch der verbündeten Regierungen dem von ihm befürworteten Bestreben der Elsaß-Lothringer zu einer selbständigen Regierung im eigenen Lande zu gelangen, zur Seite stehen, und wenn ich das hohe Haus bitte, den Antrag an dieser Stelle nicht anzunehmen und nicht den Versuch zu machen, diese abseits liegende Frage an dieser Stelle und bei dieser Gelegenheit zu erledigen, so geschieht es keineswegs aus Abneigung gegen die Richtung, die sich in diesem Antrage ausspricht, sondern nur aus dem Grunde, weil sich eine Frage von dieser Tragweite so nebenher nicht erledigen läßt. Nach dem, was ich neulich über diese Sache gesagt habe, behalte ich das Streben im Auge, von dem Bande loszukommen, welches den Reichskanzler und das Ministerium für Elsaß-Lothringen in einer Person umschlingt. Dabei kommt das Land oder der Reichskanzler zu kurz, und der ganze Ausdruck des Regierungsgedankens wird ein unrichtiger, indem der faktische Schwerpunkt nicht da liegt, wo die Verantwortlichkeit gesucht wird. Es wird ja dann also, wenn ich in diesem Bestreben fortfahre, auch die Frage zur Entscheidung kommen: nicht ob, sondern in welcher Weise die ministerielle Leitung für Elsaß-Lothringen sich gestalten wird.

Die Schwierigkeit ist die, daß Seine Majestät der Kaiser, der

1878.
die landesherrlichen Rechte im Namen der verbündeten Regierungen in Elsaß-Lothringen ausübt, die Residenz nach dem regierten Lande nicht dauernd hinzulegen vermag und doch das Bedürfniß hat, von seinem Minister für Elsaß-Lothringen oder seinen Ministern, wenn man sich dergleichen mehr denkt, Vortrag zu erhalten.

Der Herr Vorredner irrt insofern thatsächlich, wenn er sagt, daß ein Ministerium für Elsaß-Lothringen gegenwärtig nicht vorhanden wäre und daß es errichtet werden würde. Es ist vorhanden; es fragt sich nur: kann man es nach Straßburg verlegen, oder ist es nothwendig an Berlin und an den Aufenthalt Seiner Majestät des Kaisers gebunden? Ich will diese Frage durchaus nicht zum Nachtheil der Bestrebungen des Herrn Vorredners vorentscheiden. Es hat ja seine großen Schwierigkeiten im Verkehr, wenn der Landesherr von dem verantwortlichen Minister so getrennt ist, daß die mündlichen Vorträge zu den Ausnahmen gehören, unmöglich ist es aber in keiner Weise. Es läßt sich ja die Wahl der Person so denken, daß dieselbe sich eines ganz ausnahmsweisen Vertrauens bei dem Träger der landesherrlichen Rechte, Seiner Majestät dem Kaiser, erfreut und die Korrespondenzen deshalb seltener oder, wenn nicht seltener, doch ausreichend sind, um den mündlichen Verkehr vollständig und wirksam zu ersetzen. Aber ich bitte nur zu glauben, daß alle die Pläne, die mir von verschiedenen Seiten gebracht worden sind, Statthalterschaften zu etabliren, meines Erachtens die Sache nicht lösen, der Lösung nicht um ein Haar breit näher bringen als heute. Ob der Beamte, der dort lebt und dort die Geschäfte führt, den Titel Statthalter hat, ob er fürstlichen Standes ist oder ein gewöhnlicher Beamter, das kann in Bezug auf die geschäftliche Qualität vielleicht einen Unterschied machen, in Bezug aber auf die sachlichen Schwierigkeiten, die zu überwinden sind, wird das durchaus keinen machen. Es bleibt immer die Frage zu lösen, so lange nicht ein eigentlicher Landesherr im Elsaß residirt, was doch auch wiederum seine Schwierigkeiten der Lösung und Herstellung hat, — die Schwierigkeit: wie correspondirt der nothwendig in Berlin residirende Landesherr mit seinem dortigen Minister, oder wie stellt sich die Zufriedenheit oder die Verwaltung des Landes, wenn der Minister in Berlin wohnt? Wäre dort ein Statthalter im landläufigen Sinne des Worts, so würde Seine Majestät der Kaiser doch nicht auf jeden Einfluß auf die Regierung verzichten können; es würde doch irgend eine ministerielle Verantwortlichkeit hergestellt werden müssen, deren Sitz immer entweder in Straßburg oder in Berlin sein müßte.

Die Abwägung der Schwierigkeiten und Unzuträglichkeiten des einen oder anderen Systems ist für mich durchaus nicht entschieden. Wenn die geeignete Persönlichkeit sich findet, der Seine Majestät der Kaiser das Vertrauen schenkt, so würde ich nicht unbedingt abrathen, eine Gesetzesvorlage einzubringen, welche es nicht nur möglich macht, den Kanzler davon zu entbinden, sondern einen meinethalben in Straßburg wohnenden Minister als obersten Beamten für Elsaß-Lothringen herstellt, dem außer Seiner Majestät dem Kaiser niemand etwas zu sagen hat. Es würde also dann etwa eine Kabinetssekretärcorrespondenz zwischen dem Landesherrn und dem Minister die Verbindung bilden, die von Berlin nach Straßburg reicht. Es ist das ja

nicht unmöglich, wir haben ähnliche Verhältnisse in Luxemburg in Bezug auf Holland, in Norwegen in Bezug auf Schweden, in Ungarn in Bezug auf den Verband mit der österreichischen Monarchie, aber da doch überall unter solchen Umständen, daß die eigentliche Schwerkraft der Regierung in den parlamentarischen Körperschaften liegt, die diese Länder vertreten. Es sind im Grund nicht die Statthalter, sondern in Luxemburg, in Norwegen und bis zur dualistischen Kompetenz in Ungarn regiert dort die Landesvertretung. Nun, ich gebe ja die Hoffnung nicht auf, daß wir auch in Elsaß-Lothringen mit der Zeit eine Landesvertretung haben können, die dem Deutschen Reich vollständig die Bürgschaft giebt, das Vertrauen einflößt, daß sie im Stande ist, auch politisches Schwergewicht auf die Entschließungen, die im Namen dieses Reichslands getroffen werden, auszuüben berechtigt zu sein. Wir haben dafür ja immer den Barometer der Wahlen, die für den Reichstag stattfinden. Im Augenblick würde ich mich noch nicht entschließen können, dazu zu rathen, daß ein ähnliches Schwergewicht, wie es also in Luxemburg und Norwegen der Landesvertretung für die politischen Entschließungen des Souveräns beigelegt wird, in Elsaß-Lothringen ausgeübt werde. Aber ich gebe, wie gesagt, die Hoffnung nicht auf, daß die dortige Bevölkerung sich von dem Druck der Vergangenheit, von dem Druck der Gegenwart, der auf ihr lastet, mehr und mehr emanzipiren wird, sich als mit freudigem Sinn dem Deutschen Reich zugehörig fühlen wird."

9. März. Annahme des Stellvertretungsgesetzes.

Ein guter Schritt vorwärts in der Reichsverwaltung.

(„Provinzial-Correspondenz" vom 13. März.)

Die Vorlage wegen der Stellvertretung des Reichskanzlers hat in der Gestalt, welche ihr der Bundesrath gegeben hatte, die Zustimmung des Reichstages erlangt, und ist mit einer Mehrheit von 171 gegen 101 Stimmen angenommen worden.

Die große geschäftliche Wichtigkeit des Entwurfs für die stetige Leitung und Entwickelung der gesammten Reichspolitik war von vornherein überall erkannt worden: auf manchen Seiten hatte sich an dieselbe freilich, wie der Reichskanzler hervorgehoben hat, ein überraschend gesteigertes Maß von politischen Befürchtungen einerseits, von politischen Wünschen und Hoffnungen andererseits geknüpft.

Weder die Vorlage selbst und ihre amtliche Begründung, noch auch die Art und Weise der Ankündigung derselben in der Eröffnungsrede des Reichstages hatten zu solcher Beurtheilung Anlaß gegeben: nur die „Ausfüllung einer Lücke in dem Wortlaut der Verfassung" war mit dem Gesetzentwurfe beabsichtigt, welcher „die Zulässigkeit einer Vertretung des Reichskanzlers in der Gesammtheit seiner Amtsthätigkeit oder in einzelnen Zweigen derselben mit dem Recht zur Gegenzeichnung außer Zweifel stellen" sollte.

Mit jenen übertriebenen politischen Deutungen hing es zusammen, daß man eine Zeit lang annehmen zu dürfen meinte, die Vorlage werde im Bundesrathe auf erheblichen Widerstand stoßen, und möglicher Weise zu tiefgehenden Schwierigkeiten zwischen den verschiedenen Reichsgewalten führen. Diese Voraussicht hat sich glücklicher Weise nicht bestätigt; die Vorlage ist in ihrer großen

praktischen Bedeutung von sämmtlichen Bundesregierungen erkannt worden, was sich auch in der Betheiligung der Minister der meisten Staaten an der Berathung im Bundesrathe bethätigte, — aber das gemeinsame Streben war alsbald darauf gerichtet, dem als dringend erkannten geschäftlichen Bedürfnisse eine möglichst vollständige und allseitig wirksame Abhülfe im Rahmen der bestehenden Reichsverfassung zu gewähren. Daß der Reichskanzler selbst die Frage von vorn herein in diesem Sinne aufgefaßt und behandelt zu sehen wünschte, hat er bei der ersten Berathung der Vorlage im Reichstage ausdrücklich betont, indem er versicherte, daß ihm bei derselben der Gedanke, daß daran sich eine Verfassungsänderung oder die Begehrlichkeit nach einer Verfassungsänderung knüpfen könnte, ganz außerordentlich fern gelegen habe.

Die volle Uebereinstimmung, welche im Bundesrathe über das Wesen und Ziel, sowie über die Gestaltung des Entwurfs im Einzelnen erreicht war, ist auch für die Behandlung der Sache im Reichstage augenscheinlich von großem Gewicht und Einfluß gewesen.

Im voraus konnte es scheinen, als sei die übertriebene politische Tragweite, welche der Vorlage von vornherein gegeben worden war, durch die jüngst vorhergegangenen Berathungen des Reichstages und deren Ausgang für den Augenblick noch gesteigert worden.

Die liberale Partei hatte die Frage und deren wünschenswerthe Lösung in engem Zusammenhange mit der Behandlung der Finanz- und Steuerreform im Reiche und mit den gleichzeitig erstrebten weiteren Organisationsveränderungen auffassen zu müssen geglaubt. Als nun die erste Berathung Steuervorlagen mit einem anscheinend scharfen Gegensatze zwischen den Bestrebungen der Regierung und der Mehrheit des Reichtages schloß, da galt es als unvermeidlich, daß die Parteistellungen bei der Erörterung der Stellvertretungsvorlage zu weiterem und bestimmterem Ausdrucke gelangen würden, um so mehr, als diese in einem wichtigen Punkte allerdings die künftige Behandlung der Finanzfragen des Reiches berührt.

Um so erfreulicher ist es, daß der Reichstag in seiner großen Mehrheit, ungeachtet mancher lebhaften, politischen Auseinandersetzungen, welche sich an die Berathung knüpften, doch die Vorlage selbst lediglich nach ihrer unmittelbaren praktischen Bedeutung und Nothwendigkeit ins Auge faßte und sich in seinen Beschlüssen nur von dem Gesichtspunkte leiten ließ, das Zustandekommen des an sich unbedingt erforderlichen Gesetzes nicht durch den Streit über besondere politische Wünsche zu gefährden.

Dieselben konservativen und liberalen Parteien, welche durch ihr Zusammenwirken mit der Regierung seit der Gründung des Norddeutschen Bundes alle Fortschritte des Verfassungslebens gefördert haben, sind auch diesmal fest und geschlossen für die volle Sicherung und weitere Gestaltung der Reichsverwaltung eingetreten.

Wenn das, was durch das neue Reichsgesetz erreicht ist, hinter den Parteierwartungen zurückbleibt, so ist es doch keineswegs nur ein „Nothbehelf", — sondern es ist damit zur rechten Zeit geschaffen, was für die Reichsverwaltung dauernd Noth thut.

„Das Gesetz giebt, nach den Worten eines liberalen Blattes, zunächst die Möglichkeit, den Fürsten Bismarck dem Reiche zu erhalten, ihm eine Schonung seiner Kräfte zu gestatten, welche ihn hoffentlich noch lange Jahre in den Stand setzen wird, in einheitlichem Geiste die Oberleitung des Deutschen Reiches zu führen". Das Gesetz ermöglicht überhaupt „einen guten Fortgang der Geschäfte und der Entwickelung der Gesetzgebung für die noch vorhandenen Lücken, ohne die harmonische Einheit zu gefährden. Das Gesetz hat ferner die Schwierigkeiten beseitigt, welche von Seiten der Verfassung der Schaffung selbstständiger Reichsverwaltungsressorts bisher im Wege standen". Es ist endlich „ermöglicht, daß

die nothwendige Verbindung zwischen dem preußischen Ministerium und insbesondere dem preußischen Finanzministerium und Vizepräsidium auf der einen und zwischen der Reichsleitung und den Reichsfinanzen auf der andern Seite hergestellt werde."

So ist denn in der That mit dem Stellvertretungsgesetze „ein guter Schritt vorwärts gethan" für die feste und ersprießliche Organisation der Reichsverwaltung." •

Mai. Eintritt des Grafen Stolberg als Vice-Präsident des Staats-Ministeriums.

---

14. Die Sozialisten-Frage.

1878. 11. Mai. Hödel's Attentat.

Ein Mordversuch gegen den Deutschen Kaiser hat in diesen Tagen alle patriotischen Gemüther mit Abscheu und Entrüstung über die verbrecherische That, zugleich aber mit Dank gegen Gott erfüllt, der die Hand Seiner Gnade auch diesmal über dem verehrten Monarchen gehalten hat.

Wenn irgend ein Regent nach menschlichem Denken und Fühlen sicher sein müßte vor solchem Angriff persönlicher Leidenschaft oder des Parteihasses, so wäre es Kaiser Wilhelm, der in Wahrheit ein Fürst ist nicht blos im erhabensten Sinne von Gottes Gnaden, sondern auch wie kein Anderer geweiht durch die Liebe und Verehrung des Volkes; Jedermann weiß, daß in seinem wahrhaft fürstlichen Sinn mit der Fürsorge für die höchsten und umfassendsten politischen Aufgaben sich zugleich die liebevollste Sorge um das Wohl jedes Einzelnen paart, — in dem allgemeinen Bewußtsein in Bezug auf die Person des Kaisers vereinigt sich das Bild höchster Erhabenheit mit dem der gütigsten Freundlichkeit und Milde.

Wenn trotzdem eine Mörderhand sich gegen diesen Fürsten erhob, so lag die Vermuthung nahe, und sie hat sich bereits bestätigt, daß die That nicht der Person, sondern dem Träger der Fürstlichen Macht als solcher galt: in der Person des Kaisers wollte das Verbrechen den Staat und die Gesellschaft treffen, deren erhabenster Vertreter und Schutzherr er ist.

Kaiser Wilhelm, der auch die schwersten Aufgaben und Pflichten seines Berufes im Frieden, wie auf den Schlachtfeldern bis in ein selten hohes Alter hinein stets mit unbedingter Hingebung und mit demüthigem Gottvertrauen erfüllt hat, ist auch in dieser neuesten schweren Prüfung von seiner festen und edlen Ruhe nicht verlassen worden. Wenn nach dem erschütternden Ereignisse Schmerz und Sorge sein Gemüth erfüllen, so ist es auch jetzt nicht um seine Person; in dieser Beziehung durften ihm die Kundgebungen treuer Liebe und Verehrung, wie sie ihm auch auf diesen Anlaß von allen Seiten entgegengebracht wurden, zur Beruhigung und zu reichem Trost gereichen. Wohl aber richtet sich des Kaisers Sinn mit tiefer Besorgniß auf die theilweise schwere und gefahrdrohende Ver-

irrung des öffentlichen Geistes, welche in dem Mordversuch eine neue Bethätigung erhalten hat.

Dem Kaiser aber mögen die allseitigen Zeichen der Treue und Hingebung, die ihm auf den traurigen Anlaß gewidmet worden sind, eine neue Ermuthigung zur weiteren Erfüllung seines ebenso erhabenen wie schweren Berufes für das preußische und deutsche Volk sein. (Prov.-Corr.)

Der Kaiser kehrte am Sonnabend (11. Mai) Nachmittags um ½4 Uhr mit seiner Tochter, der Frau Großherzogin von Baden, im offenen Wagen von einer Spazierfahrt zurück. Als er vom Brandenburger Thor her an der rechten Seite der Linden etwa das Palais der russischen Botschaft erreicht hatte, fiel dicht beim Wagen ein Schuß und gleich darauf ein zweiter Schuß. Der Kaiser selbst hatte nicht bemerkt, daß die Schüsse gegen ihn gerichtet waren. Wohl aber hatte die Frau Großherzogin gesehen, wie ein Mann vor einem Karren plötzlich hervortrat, als wollte er hinter dem Wagen des Kaisers rasch über den Fahrweg gehen, wie er aber dann stillstand, den Arm erhob und dicht hinter dem Wagen etwa auf vier Fuß Entfernung einen Schuß abgab, der aber zu hoch gerichtet, über die Köpfe des Kaisers und der Großherzogin hinwegging. Nach dem zweiten Schuß, der hinter dem Wagen fiel, sprang der Jäger des Kaisers vom Bock. Der Kaiser selbst richtete sich im Wagen auf, um zurückzuschauen und sah einen Menschen eilig nach der Mitte der Linden laufen, von dem Jäger und einer Anzahl anderer Leute verfolgt. Als darauf ein Offizier an den Wagen trat, um nach den Befehlen Sr. Majestät zu fragen, sagte der Kaiser: er möge Nachrichten nach dem Palais bringen, sobald der Thäter ergriffen sei, und befahl, nach Hause zu fahren. Der Kaiser glaubte auch jetzt noch nicht an ein gegen ihn gerichtetes Attentat.

Inzwischen hatte sich der Urheber der That der Arretirung durch die Flucht zu entziehen versucht, indem er gegen seine Verfolger noch zwei Schüsse abgab; aber den kräftigen Griffen eines daher kommenden Beamten und eines anderen Mannes gelang es, ihn zu fassen und festzuhalten. Die herbeikommenden Schutzmänner hatten Mühe, ihn vor der Wuth der Menge zu sichern.

Der Verbrecher wurde in das nächste Polizeibureau und von da in das Polizeigefängniß gebracht. Es ergab sich, daß es ein Klempnergeselle Hödel, genannt Lehmann, aus Leipzig im Alter von bald 21 Jahren ist. Unter seinen Sachen wurden verschiedene sozialistische Schriften, Mitgliedskarten sozialistischer Vereine und Photographien sozialdemokratischer Abgeordneten (Bebel, Liebknecht u. s. w.) gefunden. Gleich im ersten Verhör erklärte er, er habe verschiedenen sozialistischen Vereinen angehört, aber er halte sich nicht zu ihnen, — er sei Nihilist oder Anarchist, ein Feind der gesammten Einrichtungen von Staat und Gesellschaft. Er behauptete, er habe nicht auf den Kaiser geschossen, vielmehr habe er sich selbst erschießen wollen aus Noth, und zwar Unter den Linden vor dem Kaiser, damit dieser sehe, wie groß das Elend sei. Dagegen wird von verschiedenen Zeugen bestimmt ausgesagt, daß sie gesehen, wie er den Revolver auf den Kaiser gerichtet, und als er gefehlt, noch einmal auf den Wagen geschossen und im Fliehen weitere Schüsse abgegeben habe.

Die alsbald eingezogenen Erkundigungen haben ergeben, daß Hödel als Agitator der anarchistischen Partei Italien, Frankreich, die Schweiz und Spanien bereist hat, daß er noch vor Kurzem in Sachsen als Redner in sozialdemokratischen Versammlungen aufgetreten ist. Er scheint wegen unredlicher Handlungen gegen den sozialdemokratischen Verein von Leipzig vor wenigen Wochen dort ausgestoßen zu sein und hat zuletzt den Versuch gemacht, sich dem christlich-sozialen Verein anzuschließen, vermuthlich in der Absicht, bei demselben Unterstützung zu erhalten.

Der Kaiser erfuhr erst nach der Rückkehr in's Palais von seiner erlauchten Tochter den Zusammenhang des Vorganges, wie er sich ihr dargestellt hatte; bald

darauf erhielt er die Meldung des erwähnten Offiziers über die erfolgte Arretirung und nach einiger Zeit nähere Mittheilungen des herbeigeeilten Ministers des Innern, Grafen zu Eulenburg, welcher dem ersten Verhör des Verbrechers beigewohnt hatte. Kurz darauf kam der Kronprinz von Potsdam: es war ein tief ergreifendes Wiedersehen.

Die Frau Großherzogin hatte bis dahin ihre ganze Kraft zusammengenommen, um den Kaiser in seiner ruhigen Stimmung zu stärken; erst jetzt konnte sie ihrer tiefen inneren Bewegung Raum geben.

Die begeisterten Kundgebungen inniger Theilnahme und Verehrung aber, welche dem Kaiser alsbald dargebracht wurden, mußten neu erhebend und stärkend auf ihn selbst und auf die liebende Tochter wirken. Das Kaiserliche Palais war in Kurzem umringt von einer tiefbewegten Menge, welche dem Kaiser ihre Huldigungen darbringen wollte. Immer und immer wieder mußte der geliebte Monarch, um den Wünschen der Bevölkerung zu entsprechen, unter jubelndem Zuruf auf den Balkon oder an das Fenster treten. Mit den freudigen Hochs der Menge wechselte der Gesang der Volkshymne. Inzwischen eilten auch die Minister und höchsten Beamten, die Generale, die Botschafter und Gesandten herbei, um dem Kaiser den Ausdruck ihrer Theilnahme und Freude über die Rettung aus der Lebensgefahr darzubringen. Am Abend begab sich der Kaiser mit der Frau Großherzogin und dem inzwischen aus Potsdam herbeigekommenen Kronprinzen in's Opernhaus und in's Schauspielhaus, um sich dem dort versammelten Publikum zu zeigen. Auch hier, wie auf dem Hin- und Rückwege, begrüßte ihn der Ausdruck der herzlichen Begeisterung des Volkes. Am späten Abend erst zerstreute sich die Menge vor dem Palais, nachdem zum Schlusse noch ein Vers des Liedes „Nun danket alle Gott" gesungen worden war.

Am Sonntag Vormittag wohnte der Kaiser mit allen anwesenden Mitgliedern der Königlichen Familie und mit den höchsten Würdenträgern dem feierlichen Gottesdienste im Dome bei.

Der Hofprediger Dr. Kögel hielt die Predigt. Nachdem er mit dem Verse begonnen: „Der Herr ist noch und nimmer nicht von seinem Volk geschieden", führte er etwa Folgendes aus: Der Sonnabend läutet den Sonntag ein. Wie entsetzlich hat der gestrige Tag den heutigen eingeläutet. Zwei Schüsse, sie waren nicht nur gegen das Herz des Landesvaters, sie waren gegen das Herz des preußischen, des deutschen Volkes gerichtet. Doch der Sonntag Jubilate hat seinen Namen nicht umflort, nicht eingebüßt. Wir begehen einen Dankgottesdienst! Es ist ein Zufall, der uns von Gott zufällt, daß gerade heute Petrus in unsere Mitte tritt und uns als Epistel des Tages zuruft: „Fürchtet Gott, ehret den König, habt die Brüder lieb!"

Fürchtet Gott! Die Gottesfurcht, die Grundlage des Hauses, alles Rechts- und Gemeinschaftslebens. — — —

Ehret den König! Die Obrigkeit ist beides, göttliche und menschliche Ordnung, je nachdem man auf ihren letzten Ursprung oder auf die Werkzeuge sieht, durch die, für die sie gehandhabt wird. „Wer sich wider die Obrigkeit setzet, widerstrebt Gottes Ordnung." Der Dichter sagt: „Freiheit rufen sie männiglich und sind der eigenen Lüste Knechte, sie reden vom ewigen Menschenrechte und meinen doch nur ihr kleines Ich!" Einen edlen, gelinden König zu haben, ist ihnen zu viel, aber zu Tausenden als Tyrannen aufzustehen, danach steht ihr Gelüste. Gezwungener Eid ist Gott Leid. Gott dienen, auch in den Ordnungen, die er gesetzt, ist wahre Freiheit. Unserem König gehört unsere Liebe, frei, ganz, voll. Die alten preußischen, die neuen Reichsfahnen, die gestern von allen Dächern wogten und wallten, mit ihrer Vergegenwärtigung ringender Jahrhunderte und eines abschließenden glorreichen Jahrzehnts, sie rauschen's herab heut zu Jung und Alt: „ehret den König!" Wie, soll das Haupt eines 81 jährigen Greises unter uns nicht mehr sicher, sollen wir des gesalbten Hauptes eines Monarchen nicht mehr werth sein?! Für den Schmerz, der durch des Kaisers Herz geht, bieten wir als Ersatz verdoppelte Treue, Ehrfurcht, Liebe, Fürbitte.

Habt die Brüder lieb! Verwirrungen sind im Umlauf. Wohlan, einem Jeden das Seine! Der Staat wache darüber: Recht muß doch Recht bleiben. Die Kirche darüber: Habt die Brüder lieb! Der Staat pflegt das Gesetz, die Kirche die Gesinnung. Der Staat trägt das Schwert, die Gemeinde Gottes das Oelkrüglein des Samariters nicht umsonst." — — — —

Der Kaiser folgte der ergreifenden Rede mit tiefer sichtlicher Bewegung.

Bei dem Ausgange aus dem Dom wurden ihm wiederum von einer dicht geschaarten Menge begeisterte Huldigungen dargebracht. („Prov.-Correspondenz" und R.-Anzeiger.)

Erste Aeußerungen der Presse über das Attentat.

Die „National-Zeitung" schrieb:

„Welche große, inhaltschwere Entscheidung ist heute über dem Haupt der nichts ahnenden Welt dahingerauscht. Eine kleine Hebung oder Senkung der Pistole mehr, ein kaum zu berechnendes Etwas und das der Nation so theuere Leben wäre verhaucht, eines der kostbarsten Blätter unserer Geschichte mit blutigem Verbrechen befleckt, eine unlöschbare Schmach dem deutschen Namen zugefügt. Denn umsonst sträubt sich der Einzelne in der Nation gegen das unumstößliche Gesetz, welches auf das Haupt der Gesammtheit ladet, was jeder ihrer Angehörigen im Guten und im Schlimmen gethan. Der Gedanke, daß der Wiederhersteller des Deutschen Reiches sein großes und ruhmreiches Leben von der Hand eines deutschen Meuchelmörders hätte verlieren können, bereitet uns ein doppeltes Grauen. Hat doch unser Kaiser auf manchem Schlachtfelde die Kugeln um sich pfeifen hören und das Schicksal, das Tausenden von tapferen Kriegern bereitet wurde, hätte ihn bei Königgrätz wie bei Gravelotte treffen können. Es wäre ein schöner Soldatentod von feindlichen Kugeln gewesen, und unser Kaiser hat ihn nicht gescheut noch gefürchtet. Aber den tapferen alten Krieger, den greisen Vater neben seiner Tochter, den wohlwollendsten Herrscher durch tückischen Meuchelmord von einem unwürdigen Sohne des eigenen deutschen Vaterlandes bedroht zu sehen — welch ein Bild gewährt dieser Gedanke! Wohl uns und unseren fernsten Nachkommen, daß diese Gefahr vorübergegangen ist." — — — — Um so fester und inniger schließen sich Millionen um Millionen an ihren so wunderbar geretteten, ihnen gleichsam nochmals geschenkten Kaiser und donnernd braust durch die deutschen Lande als Antwort auf die Revolverschüsse unter den Berliner Linden der Ruf: „Lange lebe unser Kaiser Wilhelm! Gott mit ihm!"

Das „Berliner Tageblatt" erinnerte an den ersten, vor 17 Jahren begangenen Mordversuch gegen den jetzigen Kaiser und fuhr dann fort:

„Und heute, da ganz Deutschland von Dankgefühlen gegen den Kaiser beseelt ist, der es aus jahrhundertelanger Zerrissenheit und Ohnmacht glorreich zur Einigkeit und Macht emporgehoben hat, heute findet sich abermals ein wahnwitziger Elender und erhebt die Mordwaffe gegen den Schöpfer und Schirmherrn unseres geeinigten Vaterlandes. Wahrlich, nicht mit unwilligster Entrüstung allein, mit tiefer Scham muß es uns Alle erfüllen, daß er deutschen Blutes ist, dieser entartete und verrottete Mörder, der auf den Kaiser zielen konnte. Aber wie schmachvoll die That auch ist, sie ist gethan, und es muß die Frage sich aufdrängen, was den Verbrecher hat bewegen können, sie zu wagen.

Noch sind die Andeutungen hierüber spärlich und ungewiß. Man sagt, der Mörder habe sich selbst als Anhänger der sozialdemokratischen Partei bezeichnet, und es seien auch sozialistische Schriften, wie diese Partei sie verbreitet, bei ihm gefunden worden. Wenn diese Angaben sich bestätigen sollten, so würde eine ungeheure Verantwortlichkeit für die verbrecherische That auf diese Partei selbst dann fallen, wenn sie es glaubhaft zu machen vermöchte, daß sie auf das, was geschehen, mit eben der aufrichtigen Bekümmerniß und mit dem gleichen patriotischen

Zorn hinblickt, wie all wir Andern, die wir nicht zu ihr gehören. Daß die einzelnen Mitglieder der Partei, daß die Blätter derselben sich von jeder Ideengemeinschaft mit dem Mörder lossagen werden, wollen wir nicht bezweifeln, aber dies Alles ändert nichts an der Thatsache, daß das Programm dieser Partei in mehr oder minder verblümten Ausdrücken von jeher den Umsturz aller bestehenden staatlichen Einrichtungen gepredigt hat, und daß diese wahnsinnige Lehre sehr wohl die Wirkung hat haben können, in dem Kopfe eines leidenschaftlichen und unreifen Parteigängers den Mordplan aufkeimen zu lassen.

Leidenschaftlich und unreifen Charakters — das ist Alles, was sich vor der Hand zur Erklärung der That bei dem Verbrecher voraussetzen läßt; denn daß er, wie man wünschen möchte, ein Irrsinniger wäre, ist durch die Vernehmungen bereits als unwahrscheinlich erwiesen worden. Aber es giebt der unreifen und maßlosen Charaktere so viele, und gerade hierin liegt die große Gefahr, welche die zügellose Verbreitung der sozialdemokratischen Lehre von der Nothwendigkeit einer gewaltsamen Umänderung unseres Staatswesens je länger, je mehr anschwellen läßt. Inwieweit diese verderbnißschwangere Lehre von den Persönlichkeiten zu trennen ist, welche die Partei vornehmlich repräsentiren, mag für jetzt dahingestellt bleiben; wir wiederholen, daß es uns ungeheuerlich erscheinen würde, die wahrhaft intelligenten Führer der sozialistischen Partei, deren es freilich nur äußerst wenige giebt, als mitverantwortlich für das Geschehene ansehen zu wollen, aber dann sollten sie sich auch offen und ehrlich von jener Parteilehre lossagen, die schlechterdings mit jeder normalen Entwickelung unserer Verhältnisse unverträglich ist und in den aufgeregten Gemüthern und unklaren Köpfen der großen Masse die entsetzlichsten Wirkungen erzeugen kann."

In gleichem Sinne äußerte sich die Mehrzahl der bedentenderen liberalen Blätter.

Weitere Aeußerungen der liberalen Presse über die Sozialdemokratie.

Die „National-Zeitung" schrieb weiter:

„Kein an der Parteileitung und Parteiagitation Betheiligter kann die solidarische Mitschuld von sich abwälzen für die nichtswürdige Weise, in welcher der Gedanke des politischen Mordes noch in der allerjüngsten Zeit von den hervorragendsten Organen der Partei gehegt und gepflegt, für den frevelhaften Muthwillen, mit welchem — wenn man doch die Absicht gewaltsamen Umsturzes der geltenden Staatseinrichtungen ableugnet — die „Monarchie" in dem hiesigen Parteiblatte als die Quelle alles politischen Uebels an den Pranger gestellt worden ist. In der Masse der Partei unterscheiden wir sorgfältig zwei Bestandtheile — diejenigen, welche nur erst von den Theorien des Programms angelockt ihren sittlichen Kern noch unberührt vor der zersetzenden Wirkung der Parteipraxis bewahren konnten — an diesen wird vielleicht — dürften wir es hoffen! — die jäh hereingefallene Blutgestalt des Meuchelmordes nicht ohne Wirkungen vorübergehen; — und die andern, welche der Partei nur darum angehören, weil sie ohnehin schon in der Praxis ihres Lebens zu der Tiefe der Weisheit gelangt sind, daß alles verruinirt werden muß, in diesem Kreise, der einen Hödel gestellt hat, wird seine That im besten Falle nur grinsenden Hohn wecken, im schlimmsten die zweite und zwanzigste Faust zur Nachahmung aufheben. Und diese Möglichkeit, die jeder Nachdenkende heute sich vorhalten muß, ruft dann wohl unwillkürlich die Frage heraus: „kann denn der Staat, kann insbesondere die Gesetzgebung nichts thun, um solchen Schrecknissen wirksamer als heute vorzubeugen?"

Auf diese Frage giebt die „Nat.-Zeitung" folgende rein verneinende Antwort: „Wenn Abschreckung wirksam wäre, welches Verbrechen müßte sicherer verhindert sein, als auf welches das Gesetz ohne Wahl und Abstufung die härteste Strafe legt?" Es bleibt noch eine andere Seite — die Abwehr der Verführung, die Verhinderung oder doch Entfernung einer Agitation, welche in solchen Wirkungen auf das ihr verfallende Individuum ausläuft. Aber glaubt man im Ernste, daß es möglich sei, die Massenanwendung des Gesetzes noch mit irgend welchem Erfolg zu steigern, welche in der Zahl der Preßprozesse bereits mit der geltenden Gesetzgebung erreicht ist? Glaubt man, daß es der großen öffentlichen Versammlungen bedurfte, um auf diejenigen Elemente zu wirken, die einer Hödelschen That fähig sind? Gewiß, unser ganzes System politischer „Freiheiten" beruht auf der stillschweigenden gutgläubigen Unterstellung, daß die Parteien, die sich derselben im ehrlichen Kampfe gegen einander bedienen, auf dem Boden gemeinsamer Achtung vor dem Gesetz und der dauernden Ordnung, aus welcher es seine Kraft zieht, gemeinsamer Liebe zu dem Vaterlande, wie es geschichtlich sich gestaltet hat, sich bewegen. Wird diese Unterstellung Lügen gestraft durch Parteien, die in den Abgrund des subjektiven Beliebens, möge man es Gewissen oder „reine Vernunft" nennen, jenen gemeinsamen Boden hinabziehen, so entsteht ein innerer Widerspruch, den neue und neue Gesetze ewig vergeblich zu lösen suchen, weil sie schon vor der Geburt von dem Abgrunde mit verschlungen sind."

Die „National-Zeitung schrieb ferner Angesichts der Entschuldigung Hödels in einem sozialdemokratischen Blatte Folgendes:

„Der Artikel des Leipziger „Vorwärts" mit seiner Vertheidigung der That Hödels giebt denen Recht, welche die Sozialdemokratie, abgesehen von einzelnen mehr oder weniger Gutgläubigen, die von einer unblutigen Reform der Gesellschaft reden, für nichts Anderes halten, als für die Organisation einer Armee zur Herstellung des allgemeinen Umsturzes. Der „Vorwärts" setzt bereits die gesammte gegenwärtige „Gesellschaft auf die „Anklagebank". Daß das Verweisen auf die Anklagebank in der Revolutionsgeschichte nur der erste Schritt auf dem Wege zur Exekution ist, ist bekannt genug. So ist nach der Logik des „Vorwärts" Hödel höchstens ein voreiliger Urtheilsvollstrecker. Die Sozialdemokratie könnte sich mit Recht darüber beklagen, wenn man ihre vollständige Offenheit bezweifeln wollte. Binden die Erklärungen des „Vorwärts" die Sozialdemokratie, so tritt diese als Partei in der Frage des Attentates nicht auf die Seite des strafenden Staates sondern offen auf die Seite des Verbrechens".

Die „Tribüne" schrieb:

„Wer Wind säet, wird Sturm ernten, sagt die Schrift. Wenn die Sozialdemokratie von heute nicht einsieht, daß ihr beharrliches, konsequentes Rütteln an jeder Autorität die Gemüther verwirrt, so verräth dies eben nur einen Mangel an Einsicht; — es läßt sich aber im Gegentheil annehmen, daß die Partei oder vielmehr ihre Führer viel zu klug sind, um dies nicht selbst einzusehen, daß also die Sozialdemokratie die Erregung der Massen wünscht und zur geeigneten Zeit für ihre Zwecke ausbeuten will. Daß sie die Geister, die sie ruft, vielleicht in ferner Zukunft selbst nicht im Stande sein wird, los zu werden und den Besen wieder in die Ecke zu stellen, daß irgend eine andere stärkere Macht als Meister auftreten muß, um die allgemeine Kultur vor der Ueberschwemmung und dem Untergange zu bewahren, das vergessen die Zauberlehrlinge der Partei. Die Armee war es, welche seiner Zeit den Brand von Paris löschen mußte. Diese geistigen Unterströmungen sind angeregt und entwickelt worden durch die zügellose Sprache einer frechen Broschürenliteratur, sie werden täglich gefördert durch maßlose Artikel in der sozialdemokratischen Presse Deutschlands, noch mehr durch eine Anzahl von Versammlungen,

in denen das Gemüth der Massen verwirrt und so erregt wird, daß die unheimlichen Klänge der Marseillaise zum Schluß ertönen. Es verräth eine unglaubliche Naivetät, wenn man glaubt, daß eine solche systematische Erregung der Geister wie Fluth und Ebbe wechselt, daß der wogende See sich von selbst eindämmen und nirgends die Ufer übertreten wird. Beweisen denn nicht alle Tage die zahlreichen Prozesse wegen Beleidigungen und Verleumdungen, wegen Aufreizungen zu Haß und Verachtung, wegen Gotteslästerung und Religionsschmähung, daß der Gischt der Brandung überschäumt? Tritt nicht von Tag zu Tag wie eine Art Fluch des Bösen, das fortzeugend Böses muß gebären, neues Material zur Anfregung der Massen ans Licht des Tages? Und das Attentat, der politische Mord — das lehrt die Geschichte der Unterströmungen in anderen Ländern — von Orsini bis Wera Sassulitsch — sie stehen im allerengsten Zusammenhang mit der Verwirrung der Gemüther durch unverdaute politische, soziale und religiöse Ansichten."

In dem fortschrittlichen „Berliner Tageblatt" war zu lesen:

„Wie man auch über die Gründe, welche den Mörder zu der Unthat bewogen, denken möge, die Thatsache, daß er Jahre hindurch mit den Sozialdemokraten Hand in Hand gegangen, ja, trotz seiner unreifen Jugend und geistigen Beschränktheit wiederholt in Versammlungen dieser Partei den Vorsitz geführt und aufregende Reden gehalten, diese Thatsache ist unbestritten und unbestreitbar, und sie allein rechtfertigt den von uns erhobenen Vorwurf, daß die Umsturzlehre der Sozialdemokraten, selbst wenn sich ein Umsturz ohne Gewaltsamkeit denken ließe, in unreifen Geistern doch nothwendig die Vorstellung erzeugen muß, daß die brutale Gewaltthat das Ideal der Partei sei.

Gegen eine solche Partei sollte daher Alles, was patriotisch denkt und fühlt, einmüthig Front machen. Wie sie sich grundsätzlich gegnerisch gegen alle übrigen Elemente der Bevölkerung abschließen, so müssen auch diese einmüthig zusammenhalten und sich von ihnen lossagen. Eine Partei, die systematisch und programmmäßig auf die Zerstörung aller bestehenden Verhältnisse ausgeht, eine solche Partei hat nicht das Recht, mit demselben Maße gemessen werden zu wollen, wie alle übrigen Parteien. Denn Eines unterscheidet sie von diesen, und auf dieses Eine kommt Alles an: die sozialdemokratische Partei entbehrt des Patriotismus, sie hat keine Liebe zu dem Vaterlande unser Aller, denn sie will die Grundvesten des Staatswesens untergraben, auf denen unser Vaterland ruht."

„Die Berliner Autographirte Correspondenz", ein Organ der parlamentarischen national-liberalen Partei, ließ sich also vernehmen:

„Die Schmach, die an dem Verbrechen haftet, trifft zunächst das Individuum, welches damit seine Hand befleckte; in zweiter Reihe kann dafür die Aufregung verantwortlich gemacht werden, die sich zufolge täglich fortgesetzter Agitationen in der Presse, in Vereinen und in Versammlungen eines Theils der Arbeiterbevölkerung bemächtigt hat. Diese Agitationen müssen allerdings, lange genug fortgesetzt, dahin führen, daß denen, die darin verstrickt werden, jedes die sittliche Haltung kräftigende Gefühl der Gemeinsamkeit mit dem deutschen Volksthum abhanden kommt und statt dessen sich ein wüster Taumel einstellt, welcher das Individuum haltlos hinausschleudert in ein gährendes Chaos von unklaren Vorstellungen über eine „neue Welt", die nach Beseitigung der gegenwärtigen staatlichen Ordnung und ihrer Träger gemäß irgend welchen heute noch nicht feststehenden Plänen eingerichtet werden soll. Aus dieser Verwilderung des Volkslebens kann das Individuum keine sittliche Kräftigung schöpfen, wenn es daran verzweifelt, mit eigener Hand das Elend und die Noth des Lebens von sich abwehren zu können, wohl aber

liegt die Gefahr nahe, daß es, mit Haß gegen alles Bestehende erfüllt, die staatlichen Einrichtungen und ihre Träger, soviel an ihm ist, zu beseitigen versuchen wird, um, das eigene werthlose Leben dabei aufs Spiel setzend, mitzuwirken an den Vorarbeiten für den Aufbau einer neuen Welt! Dieser Nihilismus, wie man es nicht anders nennen kann, droht unser Volksleben, in welches er wie ein ätzend Gift von außen her eingeimpft worden, zu zerfressen. Dieselbe Kette von Anschauungen, welche das Attentat vom 11. Mai nach sich zog, kann morgen bei einem andern sittlich verkommenen Individuum, welches nach einer „großen That" dürstet, von der man in der „neuen Welt" noch nach Jahrhunderten sprechen wird, den Entschluß zu einem ähnlichen Anschlage herbeiziehen. Kurz, es muß sich allgemein das Gefühl verbreiten, daß inmitten der Gesellschaft dunkle Mächte über dunkle Existenzen die Herrschaft ausüben, die, ehe man es ahnt, mit Frevelthaten an das Licht hervortreten, denen vorzubeugen nicht möglich ist. So lange die Untersuchung gegen die Attentäter noch schwebt, kann von einem bestimmten Zusammenhang des Anschlages mit irgend welchen Parteibestrebungen nicht gesprochen werden; indessen wurzelt der Entschluß des Attentäters in einem Boden, der durch die Bestrebungen der Sozialdemokratie vorbereitet worden ist, und es wird daher aller Vermuthung nach als eine Folge der That eine noch schärfere Ueberwachung dieser Bestrebungen von Seiten der Behörden, als bisher schon geschah, eintreten. Wir ziehen hier einfach einen Schluß, wie ihn die Logik der Thatsachen und die in ähnlichen früheren Fällen gemachten Erfahrungen an die Hand geben. Es wird abzuwarten sein, welche Forderungen sonst etwa die durch die ruchlose That eines verkommenen Individuums hervorgerufene sittliche Entrüstung der Nation erhebt; wohin dieselben aber auch immer zielen mögen, es wird auf dem Wege der Gesetzgebung und durch Verwaltungsmaßregeln allein die Beseitigung von Zuständen nicht geschaffen werden können, deren Keime sich stets von Neuem an Tausenden von Stellen erzeugen, die in ihrer dunkelen Verborgenheit jeder Beaufsichtigung und Ueberwachung durch die Behörden unzugänglich sind. Der Dank, zu welchem das deutsche Volk wegen der Errettung seines Kaisers aus Mörderhand verpflichtet ist, kann, nachdem es seiner herzinnigen Freude darüber Ausdruck gegeben hat, nicht besser dargebracht werden, als dadurch, daß jeder Einzelne, soviel an ihm ist, persönlich sich bemüht, die Verbreitung von Irrlehren, unter deren Einfluß sittlich verkommene Individuen die Entschlüsse zu den ärgsten Frevelthaten ausbrüten, zu bekämpfen. Die Ehre und das Glück des deutschen Volkes hängt davon ab, daß dieser Kampf mit dem erforderlichen Ernste und Erfolg geführt wird!"

Die „Weser-Zeitung" trat der Versicherung eines sozialdemokratischen Blattes: „Wir bekämpfen nicht Personen, sondern Systeme" mit folgenden Worten entgegen: „Die Sozialdemokraten bekämpfen allerdings auch Systeme, zunächst aber und vorzugsweise bekämpfen sie die gegenwärtige Vertheilung der Güter, die nicht ein System, sondern eine geschichtlich gewordene Thatsache ist, und in unlöslicher Verbindung hiermit bekämpfen sie diejenigen Personen, die sich im rechtmäßigen Besitze der Güter befinden. Sie predigen die Beraubung dieser Personen, falls sie nicht freiwillig die Börse herausgeben. Sie predigen die Vernichtung dieser Personen, falls sie sich zur Wehr setzen, um ihr Eigenthum zu vertheidigen. Sie schildern in tausend Reden und in hunderttausend Artikeln alle diejenigen, die nicht Sozialisten sind, als solche verächtliche, abscheuliche, verderbliche Menschen, daß ganz von selbst der Gedanke erwacht, es müsse verdienstlich sein, solche Ungeheuer aus der Welt zu schaffen. Und um so nothwendiger erwacht dieser Gedanke, als Hand in Hand mit diesen Predigten des Hasses die stets wiederkehrende Verherrlichung solcher geschichtlichen Ereignisse und ihrer Helden geht, deren Bedeutung eben darauf beruht, daß der Kampf gegen die Systeme in der Abschlachtung der Per-

sonen sich vollzog. Freilich vermeiden die Sozialdemokraten es sorgfältig, mit dem Strafgesetzbuche in Konflikt zu gerathen; sie schreiben nicht und reden nicht mit solcher Unumwundenheit, daß man ihnen Anreizung zur Ermordung bestimmter Personen juristisch nachweisen könnte. Dazu sind sie natürlich zu klug und zu „freiheitsliebend". Allein auf diese Unumwundenheit kommt es gar nicht an. Das Entscheidende ist, daß der Gesammteindruck ihrer Reden und Schriften auf ihr Publikum ein zu Gewalt und Verbrechen anreizender ist."

Der „Schwäbische Merkur" sagte:

„Eines steht wohl fest: die That des 11. Mai ist ein Erzeugniß der Gesetz- und Zuchtlosigkeit, der Schranken- und Meisterlosigkeit unserer Zeit, wie sie von den wahren Freunden des Volks längst mit aufrichtiger Trauer erkannt und beklagt ist; der Thäter ist ein, allerdings schauderhaft verzerrtes, Bild davon, wohin eine halbgebildete Jugend gebracht werden kann, welcher die Verachtung und Auflehnung gegen die gesellschaftliche Ordnung, gegen alte gute Sitte, gegen die Obrigkeit und gegen die Religion als Höchstes fortwährend angepriesen wird. Kommt dazu eine in immer neuen Formen des Witzes, der Satire, der verstockten hämischen Anspielung, der bösartigen Verleumdung geschürter Haß gegen Personen und Einrichtungen, die dem besseren Theil der Nation heilig sind, gegen Kaiser und Reich, so ist es kein Wunder, wenn einmal solche unheilvolle Saat frivoler Volksführer schrecklich aufgeht und Ausbrüche herbeiführt, worüber der Menschengeist sich schämen muß. An einer Besserung mitzuarbeiten, die uns Deutschen künftig erspart, solche Schande vor der Welt zu erleben, wie die Revolverschüsse vom Sonnabend sie uns zugefügt, das wäre die wahre Huldigung der Nation für den Kaiser, der der Versicherung gar nicht bedarf, daß in Süd- und Norddeutschland die Freude gleich groß ist, wenn ein gnädiges Geschick ihn bewahrt hat, sein ruhmreiches Leben in der entsetzlichen Art, die ihm zugedacht war, zu enden."

12. Mai. Fürst von Bismarck giebt von Varzin die Weisung: es sei ein Gesetz gegen die Sozialdemokratie vorzulegen.

---

14. Mai. Vorlage gegen die sozialdemokratischen Umtriebe und Begründung.

§. 1. Druckschriften und Vereine, welche die Ziele der Sozialdemokratie verfolgen, können von dem Bundesrath verboten werden. Das Verbot ist öffentlich bekannt zu machen und dem Reichstag sofort oder, wenn derselbe nicht versammelt ist, bei seinem nächsten Zusammentritt mitzutheilen. Der Reichstag kann die Aufhebung des Verbots beschließen.

§. 2. Die Verbreitung von Druckschriften an öffentlichen Orten, auf Straßen und auf öffentlichen Plätzen kann von der Ortspolizeibehörde vorläufig verboten werden, wenn die Drucksachen Ziele der im §. 1 bezeichneten Art verfolgen. Das Verbot erlischt, wenn nicht innerhalb vier Wochen die Druckschrift von dem Bundesrath auf Grund des §. 1 verboten wird.

§. 3. Eine Versammlung kann von der Ortspolizeibehörde verboten oder nach ihrem Beginn von dem Vertreter der Ortspolizeibehörde aufgelöst werden,

wenn Thatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß die Versammlung Zielen der im §. 1 bezeichneten Art dient.

§. 4. Wer einem nach §. 1 oder §. 2 erlassenen Verbote zuwider eine Druckschrift verbreitet, wird mit Gefängniß bestraft. Die Beschlagnahme der Druckschrift kann ohne richterliche Anordnung erfolgen. (§. 23 ff. des Gesetzes über die Presse vom 4. Mai 1874.)

§. 5. Die Betheiligung an einem nach §. 1 verbotenen Vereine oder an einer nach §. 3 verbotenen Versammlung wird mit Gefängniß bestraft. Gleiche Strafe trifft denjenigen, welcher sich nicht sofort entfernt, sobald die Auflösung einer Versammlung auf Grund des §. 3 erfolgt ist. Gegen die Vorsteher des Vereins, sowie gegen die Unternehmer und Leiter der Versammlungen und gegen denjenigen, welcher zu einer verbotenen Versammlung das Lokal freigiebt, ist auf Gefängniß nicht unter drei Monaten zu erkennen.

§. 6. Wer öffentlich durch Rede oder Schrift es unternimmt, in Verfolgung der im §. 1 bezeichneten Ziele die bestehende rechtliche oder sittliche Ordnung zu untergraben, wird mit Gefängniß nicht unter drei Monaten bestraft.

§ 7. Dieses Gesetz gilt nur für den Zeitraum von drei Jahren. Die §§. 1—5 treten sofort in Kraft.

Die Ausbreitung der Sozialdemokratie hat in Deutschland im Laufe der letzten Jahre immer größere Dimensionen angenommen. Die sozialdemokratischen Lehren und Tendenzen sind in Kreise gedrungen, welche denselben früher unzugänglich waren. Die sozialdemokratische Agitation, planmäßig und durch geschulte Agitatoren betrieben, übt mehr und mehr ihren verderblichen, die Gemüther verwirrenden Einfluß auf die Massen der Bevölkerung aus. Um den Umsturz der bestehenden Verhältnisse und die Bildung des sozialistischen Staates herbeizuführen, ist die Sozialdemokratie unablässig bemüht, Unzufriedenheit in den besitzlosen Klassen zu verbreiten, dieselben gegen die besitzenden Klassen aufzureizen, die überlieferten sittlichen und religiösen Anschauungen, die Vaterlandsliebe, die Pietät und die Achtung vor dem Gesetze, überhaupt alle diejenigen Grundlagen zu untergraben, auf welchen der Staat und die Sicherheit der Gesellschaft beruhen.

Die Sozialdemokratie droht das Gemeinwohl auf das Empfindlichste zu schädigen, indem die durch ihre Agitationen hervorgerufene Beunruhigung und Störung des öffentlichen Friedens nicht ohne Rückwirkung auf die Entwickelung der wirthschaftlichen Verhältnisse bleiben können.

Wiederholt sind die verbündeten Regierungen an den Reichstag mit Vorschlägen herangetreten, um den Gefahren der Sozialdemokratie durch schärfere Strafbestimmungen entgegen zu wirken. Es geschah dies bei Gelegenheit der Vorlage des Gesetzes über die Presse und in der Session 1875—76 durch die Abänderungsvorschläge zum Strafgesetzbuche. Diese Vorschläge haben die Zustimmung des Reichstags nicht gefunden; die Frage aber, ob es nicht besonderer Maßnahmen bedürfe, um den Ausschreitungen und der weiteren Verbreitung der Sozialdemokratie entgegenzutreten, ist damit nicht erledigt worden; dieselbe ist vielmehr fortdauernd eingehend erwogen und nunmehr aus Anlaß des vor Kurzem gegen das Leben Seiner Majestät des Kaisers verübten Attentates wiederum in den Vordergrund getreten.

Die verbündeten Regierungen glauben diese Frage bejahen zu müssen.

Die in Deutschland geltenden gesetzlichen Vorschriften auf den Gebieten der Presse und des Vereinswesens, auf welchen sich die sozialdemokratischen Agitationen vorzugsweise bewegen, reichen, wie die Erfahrung gezeigt hat, nicht aus, um diesen Agitationen mit Erfolg zu begegnen. Es bedarf kräftiger und schneller eingreifender Mittel, um den Gefahren vorzubeugen, welche aus der Verbreitung der sozialdemokratischen Lehren dem Gemeinwesen

drohen. So fern die Absicht liegt, das Vereins- und Versammlungsrecht, sowie das Recht der freien Meinungsäußerung allgemeinen und dauernden Beschränkungen zu unterwerfen, so erscheint es doch im öffentlichen Interesse geboten, dem Mißbrauche, welchen die Anhänger der Sozialdemokratie mit diesen Freiheiten fortgesetzt treiben, Schranken zu setzen und auf diese Weise den Bestrebungen Raum zu gewähren, welche darauf gerichtet sind, durch Aufklärung und Belehrung, durch Stärkung des Sinnes für Recht und Sitte, wie durch wirthschaftliche Verbesserungen die Wurzeln des Uebels zu beseitigen.

Solche Schranken können aber nur durch die Gesetzgebung aufgerichtet werden und diese muß, da es sich um eine alle Bundesstaaten gleichmäßig bedrohende Gefahr handelt, von dem Reiche ausgehen, dessen Kompetenz dazu nach Artikel 4 Ziffer 16 der Reichsverfassung keinem Zweifel unterliegt.

Auf diesen Gesichtspunkten beruhen die Bestimmungen des vorgelegten Gesetzentwurfes.

Der Bundesrath soll die Ermächtigung erhalten, Druckschriften und Vereine, welche die Ziele der Sozialdemokratie verfolgen, zu verbieten. Die auf Grund dieser Ermächtigung erlassenen Verbote sollen der Kontrole des Reichstages unterliegen, welcher befugt sein soll, die Außerkraftsetzung derselben herbeizuführen.

In der Presse und in dem Vereinswesen liegt der Schwerpunkt der sozialistischen Agitation.

Eine große Menge vielgelesener Blätter verbreitet die sozialdemokratischen Lehren täglich in allen Theilen Deutschlands und in allen Schichten der Bevölkerung. Hand in Hand mit der Presse wirken zahlreiche Versammlungen für die Zwecke der Sozialdemokratie, und in weitverzweigten Vereinen besitzt dieselbe in Deutschland in höherem Maße eine einheitliche und geschlossene Organisation, als in irgend einem anderen Lande.

Das Verbot des Bundesrathes würde, soweit es sich auf nicht regelmäßig erscheinende Druckschriften erstreckt, häufig erst eintreten können, wenn die Verbreitung der Druckschrift vollendet ist. Dies gilt insbesondere von Flugschriften und Broschüren, welche auf Straßen und an öffentlichen Orten verbreitet werden. Deshalb schlägt der Entwurf vor, die Polizeibehörde für befugt zu erklären, die Verbreitung sozialdemokratischer Druckschriften auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten vorläufig zu verbieten. Ein solches Verbot soll jedoch erlöschen, wenn es nicht innerhalb vier Wochen von dem Bundesrathe auf Grund des §. 1 bestätigt wird.

Auch die dem Bundesrathe zu gewährende Befugniß zum Verbote von Vereinen würde in vielen Fällen von geringer Wirkung sein, wenn nicht gleichzeitig den Organen der Staatsgewalt eine entsprechende Befugniß in Bezug auf die Versammlungen beigelegt würde. Denn, wenn auch Versammlungen, welche von einem Vereine veranstaltet werden, von dem Verbote des Vereins mitgetroffen werden würden, so wird doch die Agitation nicht blos in solchen Versammlungen betrieben, und die Erfahrung lehrt, daß, sobald ein sozialdemokratischer Verein geschlossen wird, die von demselben bisher betriebene Agitation in Versammlungen fortgesetzt wird, welche sich nicht immer als Vereinsversammlungen qualifiziren lassen. Es bedarf daher der im Entwurfe vorgeschlagenen Bestimmung, wonach die Polizeibehörde befugt sein soll, Versammlungen im Voraus zu verbieten oder nach dem Beginn durch den von ihr entsandten Vertreter aufzulösen, sobald Thatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß die Versammlung die Ziele der Sozialdemokratie verfolge.

Die vorgeschlagenen Strafbestimmungen sollen die Durchführung der zu erlassenden Verbote sicherstellen.

Wenn endlich die Beschränkung der Gültigkeit des Gesetzes auf einen Zeitraum von drei Jahren vorgesehen ist, so beruht dies auf der Absicht, die Fortdauer

der Presse und des Vereinswesens auch der Sozialdemokratie gegenüber nicht länger zu beschränken, als zur Sicherung des Staates und des öffentlichen Friedens unumgänglich nothwendig ist und auf der Hoffnung, daß es nach Ablauf von drei Jahren eines solchen Schutzes nicht mehr bedürfen werde.

(Aeußerung der „Provinzial-Correspondenz“ vom 22. Mai.)

Indem die Regierungen eine Vorlage von solcher Bedeutung noch unmittelbar vor dem Schlusse der Reichstagssession einbrachten, folgten sie lediglich dem Gebote einer als unabweislich erkannten Pflicht.

Die Erwägungen über die Nothwendigkeit des Einschreitens gegen die Sozialdemokratie sind freilich nicht plötzlich eingetreten, sie haben, wie in der Begründung der Vorlage angedeutet ist, seit Jahren fortgedauert, — aber das jüngst verübte Attentat und der allseitig erkannte moralische Zusammenhang desselben mit der sozialdemokratischen Lehre und Agitation haben den Anstoß und die dringende Mahnung gegeben, unverweilt der Frage näher zu treten, ob nicht das Interesse der bürgerlichen Gesellschaft einen stärkeren Schutz und Damm gegen das Treiben der Sozialdemokratie erfordert.

Diese Mahnung und Aufforderung ist nicht blos auf Seiten der Regierung, sondern auch in der öffentlichen Meinung unter dem unmittelbaren Eindruck des Attentats lebhaft und tief empfunden worden. Die gesammte konservative und nicht minder die liberale Presse hat diesem ersten Eindruck unumwunden Ausdruck gegeben: Die Darstellungen und Schilderungen, welche die Blätter aller staatserhaltenden Richtungen von dem demoralisirenden und zerrüttenden Einflusse der Sozialdemokratie und von den der Gesellschaft drohenden Gefahren gegeben haben, mußten die Regierung in der Ueberzeugung bestärken, daß es unbedingt geboten sei, die Mittel ins Auge zu fassen, um dem weiteren Vorschreiten des Unheils vorzubeugen.

Wenn es richtig ist, wie es die entschiedensten liberalen Blätter anerkennen, daß die Sozialdemokratie nichts Anderes ist, als „die Organisation einer Armee zur Herstellung des allgemeinen Umsturzes,“ und daß man zu erwarten hat, — daß „die zweite und zwanzigste Faust zur Nachahmung der Hödelschen That aufgehoben werde,“ — wenn die Sozialdemokratie die Erregung der Massen unterhält, um sie „zur geeigneten Zeit für ihre Zwecke auszubeuten,“ wenn die sozialdemokratische Agitation „die systematische Entsittlichung zahlreicher Volksklassen und die Anschürung wilden Hasses gegen alle bestehende Ordnung und deren Vertreter bewirkt,“ — wenn sie einen „wüsten Taumel“ und eine „Verwilderung des Volkslebens“ erzeugte, einen „Nihilismus“, der „wie ein ätzend Gift das Volk zu zerfressen droht“, — wenn durch die Sozialdemokratie „inmitten der Gesellschaft dunkele Mächte über dunkele Existenzen die Herrschaft ausüben, die, ehe man es ahnt, mit Frevelthaten hervortreten“, — wenn dies in Wahrheit das Wesen und das Wirken der Sozialdemokratie ist und sich soeben in einer erschütternden That von Neuem bekundet hat, so muß die Regierung sich und den maßgebenden Gewalten im Reich von Neuem die Frage vorlegen: „Kann der Staat, kann insbesondere die Gesetzgebung nichts thun, um solchen Schrecknissen wirksamer als bisher vorzubeugen“, — kann namentlich eine wirksamere „Abwehr der Verführung, eine Verhinderung der Agitation, welche in solche Wirkungen ausläuft,“ erreicht werden?

Bis hierher, — bis zum unbedingten Anerkenntniß der vorhandenen und der noch drohenden Gefahren, sowie des dringenden Bedürfnisses der Abhülfe reicht das Einverständniß fast der gesammten liberalen Presse mit den Auffassungen der Regierung.

Die Regierung aber glaubt jene Frage, ob der Staat, ob insbesondere die

Gesetzgebung nichts thun könne, um den Gefahren wirksamer als bisher vorzubeugen, nicht mit einem kühlen und trostlosen „Nein“ beantworten zu dürfen.

Sie hat sich allerdings zuerst fragen müssen, ob an den Erfolgen der sozialistischen Agitation die bestehende Gesetzgebung oder etwa „die mangelhafte Handhabung“ Schuld sei; aber mit dem leitenden Organe der national-liberalen Partei ist sie der Ueberzeugung, daß sich „die Massenanwendung des Gesetzes kaum noch mit Erfolg steigern läßt“, — dagegen hält sie es nicht für „unmöglich“ mit anderen als den bisherigen gesetzlichen Mitteln der Verführung, wie sie durch Presse und Vereine geübt wird, wenigstens theilweise zu wehren.

Die Regierung hat ihrerseits nicht „die unglaubliche Naivetät, zu meinen, daß der wogende See sich von selbst eindämmen werde“, — sondern sie erachtet es als eine der höchsten Aufgaben ihrer Verantwortlichkeit, soviel an ihr ist, dahin zu streben, daß der Staat und die Gesetzgebung die heilsamen Dämme errichte; — sie ist in vollstem Maße davon durchdrungen, daß „die Ehre und das Glück des deutschen Volkes davon abhängen, daß dieser Kampf mit dem erforderlichen Ernst und Erfolg geführt wird.“

Die Vorlage der Bundesregierungen schlägt zur Erreichung des Ziels Maßregeln vor, welche ohne Beeinträchtigung der allgemeinen verfassungsmäßigen Freiheiten ausschließlich die Sozialdemokratie treffen sollen: sie geht in Uebereinstimmung mit liberalen Stimmen von der Ueberzeugung aus, „daß eine Partei, die systematisch und programmmäßig auf die Zerstörung aller bestehenden Verhältnisse ausgeht, nicht das Recht hat, mit demselben Maße gemessen zu werden, wie alle übrigen Parteien.“

Zur Begründung der Vorlage ist besonders noch darauf hingewiesen, daß die Beunruhigung und Störung des öffentlichen Friedens durch die Agitationen der Sozialdemokratie nicht ohne Rückwirkung auf die Entwickelung der wirthschaftlichen Verhältnisse bleiben können.

Soll in der That die Hoffnung auf den allseitig ersehnten Wiederaufschwung in Handel und Wandel in Erfüllung gehen, so muß außer dem Weltfrieden, zu dessen erneuter Sicherung die deutsche Regierung nach Kräften mitwirkt, auch Friede und Sicherheit in den wirthschaftlichen Kreisen selbst wieder befestigt werden. Dies ist nicht möglich ohne Einschränkung des zügellosen Treibens der Sozialdemokratie.

Die Regierung, getragen von dem Bewußtsein ihrer unmittelbaren Verantwortung und Pflicht, ruft den Beistand der Volksvertretung zur Erreichung ihrer Ziele für den inneren Frieden und das wirthschaftliche Gedeihen des deutschen Volkes an. Auch sie erstrebt in vollster Aufrichtigkeit „die Stärkung des Staatslebens durch Vereinigung und Stärkung der wirklich erhaltenden Elemente“ in der liberalen, wie in der konservativen Partei. Aber diese Vereinigung hat Sinn und Bedeutung nur durch einen positiven Inhalt und durch bestimmte gemeinsame Ziele. Der Versuch, eine solche fruchtbringende Gemeinschaft auf dem wirthschaftlichen Gebiete anzubahnen, hat zum lebhaften Bedauern der Regierung vorläufig noch nicht zum Ziele geführt. Jetzt gilt es, die wahrhaft staatserhaltenden Elemente zu einer gemeinsamen That im unmittelbarsten Interesse der Wahrung des Staats und der Gesellschaft gegen unzweifelhafte Gefahren zu vereinigen.

Die Regierung kann und will der Hoffnung nicht entsagen, daß die staatserhaltenden Kräfte, deren gemeinsame Gefühle in den jüngsten Wochen dem Kaiser gegenüber zu so erhebendem Ausdruck gelangt sind, sich auch bei den entsprechenden politischen Entschließungen in treuer Sorge für Kaiser und Reich zusammenfinden werden.

23—24. Mai. Reden zur Begründung der Vorlage.

Minister Hofmann zur Einleitung der Berathung.

„Wenn ein Staat nicht zur Abwehr äußerer Feinde, sondern zur Abwehr von Gefahren, die in seinem Innern drohen, zu außerordentlichen Maßregeln genöthigt ist, so entsteht für den Gesetzgeber eine eben so peinliche als schwierige Lage, weil es sich darum handelt, auf der einen Seite energische Mittel zu ergreifen, die dem Uebel wirksam begegnen, und auf der andern Seite doch das Maß zu halten, welches nothwendig ist, um nicht die staatsbürgerliche Freiheit im Allgemeinen und ihre segensreichen Folgen für die Entwickelung des politischen Lebens über Gebühr zu verkümmern. Wir befinden uns in der so geschilderten Lage nicht erst seit heute und gestern, sondern seit geraumer Zeit. Die Frevelthat vom 11. Mai d. J. hat die Frage, um die es sich handelt, nicht geschaffen; sie hat nur den äußern Anstoß dazu gegeben, daß die verbündeten Regierungen wiederholt in Erwägung ziehen mußten, ob es mit ihrer Verantwortlichkeit für die Ruhe und Sicherheit des Vaterlandes vereinbar sei, daß sie länger noch unterlassen, den von Ihnen seit Jahren bereits erkannten Gefahren zu begegnen. Die Regierungen haben geglaubt, diese Verantwortlichkeit nicht länger tragen zu können. Wir machen Ihnen das Anerbieten, mit uns durch gesetzgeberische Maßregeln den Gefahren entgegenzutreten, die ich bezeichnet habe. Wenn der Reichstag auch heute noch der Ansicht ist, daß es nicht an der Zeit sei, derartige Maßregeln zu ergreifen, so werden die verbündeten Regierungen wenigstens vor dem Vorwurf geschützt sein, daß sie es an der nöthigen Energie, an der nöthigen Initiative hätte fehlen lassen. Die Verantwortlichkeit dafür, daß nichts geschieht, wird dann nicht die verbündeten Regierungen treffen, sondern den Reichstag.

Wenn die verbündeten Regierungen sich die Frage stellen mußten, ob sie die Verantwortung länger tragen könnten dafür, daß nichts geschieht, so lag für sie zugleich das Mittel der Abhülfe nahe. Es bestand für sie kein Zweifel, daß, wenn dem Umsichgreifen der sozialdemokratischen Agitation wirksam begegnet werden solle, es nur auf dem Wege der Gesetzgebung geschehen könne, weil die Handhabung der jetzigen Gesetze, auch wenn sie mit aller Strenge geschieht, nicht hinreicht, wie die Erfahrung das gelehrt hat, um dem Umsichgreifen jener Bewegung wirklich Schranken zu setzen. Die Frage, in welcher Weise die Gesetzgebung vorgehen soll, läßt sich ja in verschiedener Art beantworten. Ich möchte aber, ehe ich auf diesen Punkt eingehe, noch zunächst einen Einwand beseitigen, den man vielfach der Vorlage gegenüber äußern hört und der wahrscheinlich auch bei der weiteren Berathung in diesem hohen Hause geltend gemacht werden wird; ich meine den Einwand, daß einer geistigen Bewegung gegenüber die Gesetzgebung machtlos sei, daß man einen Gedanken, also hier die sozialdemokratische Idee, nur wieder mit geistigen Mitteln zu bekämpfen im Stande sei. Ich kann diese Ansicht in gewissem Maße als richtig zugeben. Den Gedanken selbst, die sozialdemokratische Idee, werden wir durch ein Gesetz, durch irgend welche gesetzgeberische Zwangsmaßregel nicht ausrotten. Dazu gehören allerdings geistige Kampfmittel, um es kurz zu sagen, und diese Mittel liegen in der Hand derjenigen Mächte im Staate, denen die Erziehung des Volkes obliegt. Dem sozialdemokratischen Gedanken mit geistigen Mitteln entgegenzutreten, das ist zunächst Aufgabe der Kirchen. Ja, meine Herren, der allertiefste Schaden, den die Sozialdemokratie dem Volke zufügt, liegt auf religiösem Gebiet. Das ist ja im Allgemeinen der allerschlimmste; während die sozialdemokratische Agitation das Schlagwort ausgiebt, daß sie jedem Arbeiter ein menschenwürdiges Dasein bereiten will — ich glaube, so lautet das Schlagwort — beraubt sie den Arbeiter gerade dessen, was eigentlich das menschliche Dasein erst menschenwürdig macht. Und, meine Herren, ich spreche dabei

gar nicht von den ärmeren, den arbeitenden Klassen, sondern ich behaupte, auch der Reichste, der Gebildetste führt ein menschenwürdiges Dasein erst durch die Religion.

Damit ich nicht mißverstanden werde, bemerke ich, daß ich unter Religion nicht etwa ein bestimmtes Bekenntniß und nicht die Angehörigkeit zu einer bestimmten Kirche verstehe. Meine Herren, wenn wir den Kampf gegen die Religion sogar in Versammlungen von Frauen geführt sehen, habe ich doch wohl vollständig Recht gehabt, zu sagen, daß die Kirche es ist, die mit ihren Mitteln zunächst den Kampf gegen die sozialdemokratische Idee aufzunehmen hat. Sie ist es nicht allein, es ist auch die Schule, die dahin zu wirken hat, indem sie nicht allein dem Jugendunterricht, sondern auch der Erziehung eine religiöse und sittliche Grundlage giebt. Meine Herren, es giebt noch andere Mittel geistiger Art, um auf die Sozialdemokratie zu wirken. Auch die Tribüne, auch die Presse, auch die Vereine können in einem gewissen, allerdings sehr bescheidenen Maße wirken.

Aber, meine Herren, alle diese Mittel zusammen helfen nichts, so lange nicht zugleich der Staat auftritt und die öffentliche Ausbreitung der sozialdemokratischen Idee seinerseits verhindert. Alle Mittel geistiger Natur, die dazu geeignet sind, die sozialdemokratische Idee als solche rein geistig zu bekämpfen, sind wirkungslos, wenn die öffentliche Ausbreitung dieser Idee in derselben Weise gestattet wird, wie bisher, d. h. wenn die Sozialdemokratie alle Mittel, die unsere Gesetzgebung über die Presse, das Vereins- und Versammlungsrecht bietet, benutzt, um ihre Idee zu verbreiten, und hier ist der Punkt, wo der Staat mit seiner Gesetzgebung einschreiten kann und muß. Es handelt sich darum, daß wir der Sozialdemokratie die Mittel entziehen, welche die Gesetzgebung selbst ihr giebt, die Mittel der Propaganda durch die Presse, das Vereinswesen 2c. Auf diesem Gebiet kann der Staat wirksam einschreiten, und hier muß er einschreiten, wenn überhaupt das Umsichgreifen, das beständige Zunehmen der sozialdemokratischen Bewegung verhindert werden soll. Nun, meine Herren, wenn das richtig ist, daß die Gesetzgebung hier in Anspruch genommen werden kann und muß, dann fragt sich noch, wann und wie soll es geschehen? Ist der jetzige Zeitpunkt geeignet? Meine Herren! Ich verkenne nicht, daß sich in dieser Beziehung Zweifel erheben lassen, die auch im Kreise der verbündeten Regierungen vertreten waren. Aber, meine Herren, wenn auch der Zeitpunkt jetzt in mancher Beziehung ungünstig ist — er ist ungünstig, weil der Reichstag am Schlusse einer langen und anstrengenden Session steht, er ist ungünstig, weil der leitende Staatsmann des Reiches durch Krankheit verhindert ist, an den Sitzungen des Hauses Theil zu nehmen, er ist ungünstig noch durch manche andere Umstände, die mit dieser Sache gar nicht zusammenhängen, aber dennoch in die öffentliche Meinung eine gewisse Verwirrung geworfen haben — so ist doch wahrlich auch keine Zeit zu verlieren; je eher wir thun, was gethan werden muß, um so besser ist es offenbar. Die Frage, wie die Gesetzgebung einschreiten soll, kann ja auch in verschiedenem Sinne beantwortet werden. Es giebt zwei Wege: den Weg der Spezialgesetzgebung und den Weg der allgemeinen Gesetzgebung. Die verbündeten Regierungen haben geglaubt, den ersten Weg betreten zu müssen, d. h. ein Gesetz Ihnen vorlegen zu sollen, das sich lediglich auf die Abwehr der durch die sozialdemokratische Bewegung drohenden Gefahren bezieht, ohne dabei zugleich die andern politischen Bestrebungen in Mitleidenschaft zu ziehen. Die verbündeten Regierungen haben geglaubt, daß sie, indem sie diesen Weg betreten haben, gerade im Interesse der möglichsten Erhaltung unserer staatsbürgerlichen Freiheit gehandelt haben. Wenn man den andern Weg betritt, durch ein allgemeines Gesetz, durch eine allgemeine Revision des Preßgesetzes oder durch ein allgemeines Vereinsgesetz Abhülfe zu schaffen, dann ist von zwei Dingen nur eines möglich: entweder diese allgemeine Gesetzgebung fällt, und

es kurz zu sagen, so milde aus, daß sie auch gegenüber der Sozialdemokratie die genügende Handhabe nicht bietet, um das zu erreichen, was erreicht werden muß; oder aber man legt in diese allgemeine Gesetzgebung wirklich die nöthigen Waffen, um die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Dann ist aber die Folge die, daß eben alle andern politischen Bestrebungen unter dasselbe Regime gestellt werden und daß also der Freiheit in Deutschland mehr geschadet wird, als wenn man die sozialdemokratischen Bestrebungen isolirt und die dagegen zu erlassende Gesetzgebung auf den Punkt beschränkt, der zunächst geregelt werden muß. Meine Herren! Von diesem Gesichtspunkte aus erlaube ich mir die Bitte, daß Sie sich der Ansicht der verbündeten Regierungen anschließen möchten dahin, daß der Zeitpunkt gekommen sei, auf dem Wege der Spezialgesetzgebung den Gefahren entgegenzutreten, mit welchen die sozialdemokratische Bewegung Staat und Gesellschaft bedroht.

Minister Graf zu Eulenburg. (Der Jüngere.)

Ich habe zunächst mit großer Genugthuung zu konstatiren, daß auch von dem Herrn Vorredner die Bedeutung der Gefahren, welche aus der Sozialdemokratie dem Staat und dem Gemeindewesen drohen, vollständig anerkannt worden ist und daß er im Allgemeinen die Bereitwilligkeit ausgesprochen hat, mit geeigneten Mitteln gegen dieselben vorzugehen. Nicht so kann ich dagegen mit einem großen Theil der Ausführungen übereinstimmen, welche er zur Bekämpfung des von den verbündeten Regierungen eingeschlagenen Weges so eben gemacht hat. Zunächst hat er in Uebereinstimmung mit dem ersten Herrn Redner, der hier gesprochen hat, darauf hingewiesen, daß es nicht angezeigt oder nicht angemessen gewesen wäre, kurz vor Schluß des Reichstags in den letzten Tagen einer langen und mühevollen Session mit einer Vorlage von der Bedeutung wie die gegenwärtige an den Reichstag heranzutreten. Nun, ich meine, daß die zahlreich besetzten Bänke dieses hohen Hauses die Antwort darauf in genügendem Maße gegeben haben, daß, möge die Session vorgeschritten sein wie sie will, der Reichstag noch stets bereit ist, in die Berathung einer wichtigen Angelegenheit einzutreten, und ich kann hinzufügen, die verbündeten Regierungen sind Ihnen sehr dankbar dafür. Hiermit zugleich widerlegt sich die von dem Herrn Vorredner nicht aufrecht erhaltene, aber doch referirte Meinung, es könne das Maß der Frivolität bei den verbündeten Regierungen obgewaltet haben, eine Vorlage an Sie zu bringen, ohne daß sie ernsthaft gemeint wäre.

Möge die Meinung darüber hier getheilt werden oder nicht, dann benutze ich den Anlaß, um dieser Meinung, wenn sie auch außerhalb des Reichstags vorhanden sein sollte, auf das allerbestimmteste entgegenzutreten. Wir sind der Meinung, meine Herren, und ich denke, es wäre nicht schwer, Thatsachen die Fülle dafür anzuführen, daß die Gefahren, die uns von der Sozialdemokratie drohen, in der That ernst genug sind, um daran zu denken, wie man ihnen begegnen kann, und in dieser Beziehung erfreue ich mich auch der Zustimmung des Herrn Vorredners. Ich bin aber auch weiter der Meinung, daß man einen geeigneten Zeitpunkt nicht soll vorübergehen lassen, ohne diese, wie ich allerdings anerkenne, heikle und schwere Arbeit in Angriff zu nehmen, und für einen solchen geeigneten Zeitpunkt, meine Herren, müssen die verbündeten Regierungen den gegenwärtigen halten, denn die öffentliche Aufmerksamkeit im Lande ist in einer so scharfen Weise, wie selten zuvor, gerade auf die Gefahren hingelenkt worden, um deren Bekämpfung es sich handelt. In herzerhebender Weise hat man in allen Theilen des Vaterlandes auf das Attentat, welches nicht blos gegen das Leben des ehrwürdigen Herrschers, welches gegen die Ehre dieses Volkes und Landes gerichtet war, geantwortet. Aber, meine Herren, diese Gefühle, so sehr sie auch Nachklang finden mögen in den weitesten Kreisen,

sind nicht genug, um zu reagiren gegen derartige Ereignisse. (Ruf bei den Sozialdemokraten: Reaktion!) — Nun, meine Herren, ich glaube, daß über dergleichen Wortanspielungen der hohe Reichstag wie die öffentliche Meinung längst hinweg sind. Reaktion heißt Gegenbewegung, und wo eine unberechtigte Bewegung hervorbricht, liegt es in der Natur der Sache, daß eine Gegenbewegung sich zeigt, es kommt eben nur darauf an, daß diese Gegenbewegung in der rechten Richtung sich befindet.

Ich glaube also, daß der Zeitpunkt in der That ein geeigneter war, und daß es nicht genügte, sich an der Kundgebung dieser warmen und herzerhebenden Gefühle zu erfreuen, sondern daß es nothwendig war, den Ernst der Thatsachen, welche damit in Verbindung stehen, in Rechnung zu ziehen, und dies ist der Anlaß gewesen, daß der gegenwärtige Zeitpunkt gewählt ist für diese Vorlage, nicht aber, wie ich ausdrücklich in Wiederholung der Worte meines Herrn Kollegen vom Bundesrath hervorhebe, nicht der Grund. Der Grund liegt in den Erscheinungen der Sozialdemokratie, welche von allen Rednern, die bis jetzt gesprochen haben, in genügender und entschiedener Weise gekennzeichnet worden sind, derartig, daß ich nicht mehr nöthig habe, wie es vor Jahren schon von diesem Platze aus geschehen ist, in längerem Zusammenhange Ihnen darzulegen, was diese Bestrebungen bedeuten und wie sie in der That geeignet sind, der gesammten staatlichen, sittlichen und gesellschaftlichen Ordnung Gefahr zu bringen.

Eins, meine Herren, noch bei Gelegenheit dieses Punktes. Es ist vorher angedeutet worden, daß man die Frevelthat, die in unserer Mitte vor noch nicht zwei Wochen geschehen ist, ohne Weiteres der Sozialdemokratie imputire, daß man das thue, während die Untersuchung noch nicht abgeschlossen sei, und daß man schon damit ein Unrecht gegenüber den Sozialdemokraten begehe. Es ist, soviel ich habe vernehmen können, Niemandem, am wenigsten mir oder einem Vertreter der Bundesregierungen eingefallen zu behaupten, daß diese That speziell veranlaßt oder hervorgerufen worden ist auf Anstiften der Sozialdemokraten. Nein, meine Herren, dahin geht die Behauptung nicht. Die Behauptung geht aber dahin, daß die Lehren der Sozialdemokratie die Gemüther in der Art verwirren, daß sie sehr leicht dergleichen Ruchlosigkeiten erzeugen können, und in diesem Zusamenhange allein macht man die Sozialdemokratie und deren Lehre für dergleichen traurige und erschreckende Erscheinungen verantwortlich.

Nun, meine Herren, ist man eingegangen auf die Erörterung der Frage, ob denn das Mittel, was Ihnen vorgeschlagen worden, überhaupt ein zweckmäßiges, ein ausreichendes, ein zulässiges sei.

In dieser Beziehung will ich zunächst auf eine Aeußerung zurückgreifen, die von dem ersten Herrn Redner gemacht worden ist. Er sagte: die Sozialdemokratie sei der Schatten unseres modernen Kulturlebens, und so wenig als Peter Schlemihl seinen Schatten, der ihm genommen, habe wiedergewinnen können, so wenig werde es gelingen, diesen Schatten des Kulturlebens, die Sozialdemokratie zu beseitigen. Zunächst, meine Herren, ist damit noch nicht gesagt, daß der Kampf gegen die Sozialdemokratie nicht aufgenommen werden soll. Dann aber möchte ich den geehrten Herrn daran erinnern, daß der Schatten am stärksten ist bei Beginn des Tages und bei seinem Niedergang. Er wird nicht behaupten wollen, daß wir uns am Niedergang unseres Kulturlebens befinden, aber, meine Herren, der Tag unseres Kulturlebens ist noch nicht weit vorgeschritten, und darum ist der Schatten der Sozialdemokratie ein so starker. Ich erkenne dies bereitwilligst an und werde die Mittel anrufen zur Hülfeleistung, welche dazu dienen sollen, das Kulturleben zu fördern, es auf seinen Höhepunkt zu bringen und dann wird der Schatten immer mehr und mehr verschwinden.

Es kommt aber darauf an, diesen Bestrebungen die Möglichkeit zu verschaffen, sich zur Geltung zu bringen. Wenn die Worte des Friedens

gehört werden sollen und die Stimme der Vernunft sich vernehmlich machen soll, dann muß zuerst das Getöse der Waffen verstummen und die Stimme der Leidenschaft in den Hintergrund gedrängt werden. Dies, meine Herren, ist der Gedanke, der dem vorliegenden Gesetzentwurf zu Grunde liegt. Es soll Raum geschafft werden dazu, daß in gewissen Kreisen und Klassen die Stimme der Sozialdemokratie nicht allein zu hören ist; es soll Raum geschafft werden für die humanitären Bestrebungen, für Belehrung, für Kräftigung von Recht und Sitte und für die Bestrebungen zum Wohle der arbeitenden und ärmeren Klassen. Darum die Hoffnung, daß ein verhältnißmäßig kurzer Zeitraum genügen werde, um diesen Bestrebungen die Oberhand zu verschaffen über die gegentheiligen. — — —

Es ist gesagt worden, die Ziele, deren Verfolgung nicht geduldet werden soll, seien so unbestimmt ausgedrückt worden, daß, dies in zu weiter Form angewendet, damit Dinge getroffen werden, welche nicht allein erlaubt seien, sondern auch solche, welche von der gesetzgebenden Gewalt, von allen vernünftigen Leuten im Lande angestrebt werden. Es ist gesagt worden: welcher Gesetzgeber wird sich nicht solche Ziele auch stecken, wie z. B. die Verbesserung der arbeitenden Klassen? Gewiß! Aber ich richte die Gegenfrage an Sie: welcher verständige Gesetzgeber wird sich einfallen lassen, solche Ziele zu verbieten? Darum eben soll der Bundesrath zusammenwirken mit dem Reichstage, daß der Mißbrauch solcher Bestimmungen verhindert wird, nothwendig ist es aber, die Ausschreitungen zu treffen, und das ist das Ziel des Gesetzes.

Eine Reihe anderer Ausführungen geht dahin, daß der Zeitpunkt noch nicht gekommen sei, zu solchen, wie sie bezeichnet wurden, exorbitanten Gesetzesvorlagen zu greifen. Man hat uns gesagt, meine Herren, es seien die vorhandenen Gesetze nicht genügend angewandt worden, um den Gefahren entgegenzutreten, welche aus der Sozialdemokratie hervorgehen. Ja, meine Herren, ich muß Ihnen sagen, wenn Sie die öffentliche Presse, selbst wenn Sie die Debatten in den legislativen Körperschaften verfolgen, was haben Sie wahrgenommen? Eine Beschwerde darüber, daß die Gesetze zu lax gehandhabt würden, oder nicht vielmehr bei jeder sich darbietenden Gelegenheit die Klage, daß sie zu hart gehandhabt würden? Ich habe nicht die Neigung, Sie mit der Verlesung der Aeußerungen der Presse aufzuhalten, ich glaube, Sie werden mir aber nicht widersprechen, daß kaum eine Woche, ich möchte fast sagen nicht ein Tag vergeht, wo nicht geklagt wird über die vielen Verurtheilungen von Preßvergehen, wo nicht geklagt wird darüber, daß man gegen Vereine und Versammlungen einschritte, welche gegen das Vereins- und Versammlungsrecht nicht verstoßen. Ueberdies, meine Herren, glaube ich, hat man nicht Ursache, den Regierungen vorzuwerfen, daß sie von den vorhandenen Befugnissen nicht genügenden Gebrauch machen. Aber, meine Herren, dies will ich doch sagen, wenn Sie jetzt in diesen Ton einstimmen und das, was von dem Herrn Vorredner in dieser Beziehung gesagt worden ist, die Billigung des Reichstags findet, daß es dann allerdings möglich sein wird, die Zügel in dieser Beziehung noch straffer anzuziehen. Nur, meine Herren, bitte ich Sie, wohl zu überlegen, daß Sie sich dann nicht beschweren wollen, darüber, daß es geschieht. Eins von beiden kann man nur wollen: geben Sie uns nicht die Mittel auf dem Wege einer neuen Gesetzgebung, welche wir für nothwendig halten, um den Bestrebungen der Sozialdemokraten entgegenzutreten, dann müssen Sie sich nicht wundern, wenn, wie der Herr Vorredner es ausdrücklich gesagt hat, die vorhandenen Mittel bis an die äußerste Grenze der Möglichkeit angewendet werden.

Meine Herren! Es ist endlich auf allgemeinere Verhältnisse übergegangen, es ist gesagt worden: liegt denn die Schuld der gegenwärtigen Zustände allein bei der Sozialdemokratie? Gewiß nicht! Dergleichen Krankheiten, wie die Sozial-

demokratie im öffentlichen Leben eine ist, gehen aus der Gesammtheit der Verhältnisse hervor, unter welchen sie entstehen, und ich unterschreibe das vollkommen, was von dem Herrn Vorredner gesagt worden ist: es ist keine Partei, auf deren Seite nicht gefehlt worden ist auf dem großen Gebiete der sittlichen und sozialen Verhältnisse; darum eben, meine Herren, ist es die Pflicht aller Parteien, zur Abhülfe mitzuwirken, wenn so schreiende Uebelstände hervorgetreten sind, wie wir sie in den sozialdemokratischen Ausschreitungen sehen, und ich kann nur wiederholen: es ist der Wunsch und die lebhafte Bitte der verbündeten Regierungen, daß man sich vereinigt, um auf diesem Wege der Gefahr entgegenzutreten.

Es ist gesagt worden, wenn außerdem verlangt würde, daß der Regierung diese Mittel, die der Gesetzentwurf enthält, gegeben werden, man dies nicht in einem Augenblicke thun könne, wo die Regierung so schwankend sei, wo in einem der größten Staaten des Deutschen Reichs sich die Ministerkrise in Permanenz befinde. Nun, meine Herren, ich weiß nicht, warum der Herr Vorredner angenommen hat, daß die Ministerkrise sich in Permanenz erkläre. Die Ursachen liegen klar vor Aller Augen, welche es herbeigeführt haben, daß ein Theil des Königlich preußischen Staatsministeriums in den letzten Monaten gewechselt hat. Ich kann dem Gerüchte, daß ein weiteres Mitglied des Königlich preußischen Staatsministeriums seinen Abschied verlangt hat, nicht widersprechen, ich kann es aber thun mit dem gleichzeitigen Ausdruck der Hoffnung, daß dieser Antrag nicht dazu führen wird, den Austritt desselben aus dem preußischen Staatsministerium herbeizuführen.

Hiermit, meine Herren, muß ich diesen Gegenstand abbrechen; so viel aber habe ich erklären zu müssen geglaubt gegenüber den Andeutungen des Herrn Vorredners über weitere Schwankungen innerhalb des Königlich Preußischen Staatsministeriums.

Eins indessen, meine Herren, kann ich noch hinzufügen. Wie immer die Verhältnisse sich gestalten werden, in zwei Punkten wird die Regierung des größten deutschen Staats, sie mag gestaltet sein, wie sie will, ebensowenig schwankend sein wie die Reichsregierung. Der erste Punkt ist der, daß sie bestrebt sein wird, die erhaltenden Elemente in der Nation zusammenzufassen zu dem gemeinschaftlichen Kampfe gegen Alles, was das sittliche und soziale Leben der Nation gefährdet, und zweitens, daß sie niemals schwankend sein wird, die Mittel Ihnen vorzuschlagen, welche außerdem noch erforderlich sein könnten, um den vorhandenen Gefahren entgegenzutreten.

Wir bitten Sie, meine Herren, in diesem Sinne den vorliegenden Gesetzentwurf zu prüfen, die verbündeten Regierungen bitten Sie, den Gesetzentwurf anzunehmen, und wenn Sie nicht in der Lage sein sollten, dies zu thun, dann wenigstens weiter mit ihnen in die Berathung einzutreten, welche andere Mittel anzuwenden sind, um den allseitig anerkannten Gefahren zu begegnen.

Feldmarschall Graf von Moltke.

Meine Herren, ich wünsche aufrichtig, daß die geehrten Mitglieder, die gestern und heute die Regierungsvorlage bekämpft haben, nicht allzubald in die Lage gerathen mögen, eben dieses Gesetz oder ein ähnliches, vielleicht ausgestattet mit noch größeren Beschränkungen, selbst von der Regierung zu verlangen. Es mag ja sein, daß die Vorlage an manchen Punkten einer Verbesserung bedarf, daß manche Paragraphen geändert werden müssen; aber die Ueberzeugung scheint mir doch allgemein Platz gegriffen zu haben, daß wir eines besseren Schutzes bedürfen gegen die Gefahren, welche dem Staat in seinem Innern drohen durch die fortschreitende Organisation der Sozialdemokratie. Ich fürchte, daß die Leiter dieser Organisation schon heute bedenklich nahe an die Grenze gedrängt sind, wo man von ihnen die Erfüllung ihrer Ir-

sagen und Verheißungen fordert. Diese Herren werden am Besten wissen, daß das seine Schwierigkeiten haben wird. Sie können sich nicht dagegen verschließen, daß die erste Gütertheilung die hundertste nach sich zieht, daß in dem Augenblicke, wo wir alle gleich reich sind, wir alle gleich arm geworden sind, daß Noth, Elend und Entbehrungen untrennbare Bedingungen des menschlichen Daseins sind, daß keine Form der Regierung, keine Gesetzgebung und überhaupt keine menschliche Einrichtung Elend und Noth jemals aus der Welt schaffen werden. Wohin wäre es auch mit der Entwickelung des Menschengeschlechts gekommen, wenn diese zwingenden Elemente nicht in Gottes Weltordnung enthalten wären? Nein, ohne Sorge und Arbeit wird auch die Zukunft nicht sein; aber ein Mensch, der hungert und friert, fragt nicht viel nach den Konsequenzen der Zukunft; er greift nach den Mitteln, welche die Gegenwart ihm bieten kann. Lange zurückgedrängte Leidenschaften, enttäuschte Hoffnungen werden zu gewaltsamen Ausbrüchen drängen, welche die Leiter am allerwenigsten verhindern können; denn die Revolution hat bisher noch immer ihre Führer zuerst verschlungen.

Wie steht nun dem die Regierung gegenüber? Man sollte doch aufhören, die Regierung immer gewissermaßen als eine feindliche Macht zu betrachten, die nur möglichst zu beschränken und einzuengen ist. Gewähren wir doch der Regierung die Machtfülle, welche sie braucht, um alle Interessen zu schützen.

Was das auf sich hat, wenn die Regierung die Zügel der Herrschaft aus ihren Händen entschlüpfen läßt, wenn die Gewalt an die Massen übergeht, darüber belehrt uns die Geschichte der Kommune in Paris. Da war die Gelegenheit geboten, wo die Demokratie ihre Ideen in die Wirklichkeit übersetzen konnte, wo sie wenigstens eine Zeit lang eine Regierung nach ihren Idealen einrichten konnte. Aber geschaffen ist doch Nichts, wohl aber Vieles zerstört. Die aktenmäßigen Berichte aus französischer Feder über diese traurige Episode der französischen Geschichte lassen uns in einen Abgrund der Verworfenheit blicken; sie schildern uns Zustände und Begebenheiten im 19. Jahrhundert, welche man für geradezu unmöglich halten sollte, wenn sie nicht unter unseren Augen verlaufen wären, vor dem staunenden Blicke unserer Okkupations-Armee, welche den Dingen bald ein Ende gemacht hätte, wenn sie nicht genöthigt gewesen wäre, mit Gewehr beim Fuß dem Verlaufe zuzuschauen. Solche Dinge beabsichtigen ganz gewiß unsere arbeitenden Klassen nicht, auch nicht der irregeleitete Theil derselben; aber auf dem Wege des Umsturzes werden die besseren Elemente sehr bald überholt durch die schlechteren. Hinter dem gemäßigt Liberalen steht gleich Jemand, der viel weiter gehen will wie er. Das ist überhaupt der Irrthum so Vieler gewesen, daß sie glauben, ungefährdet nivelliren zu können bis auf ihr Niveau; dann soll die Bewegung still stehen. Als ob ein in voller Fahrt heranbrausender Eisenbahnzug plötzlich Halt machen könnte, wobei ja auch die den Hals brechen würden, welche darin sind! Hinter den ehrlichen Revolutionären tauchen dann jene dunklen Existenzen auf, die sogenannten Bassermann'schen Gestalten vom Jahre 1848, die professeurs de barricades und die Petroleusen der Kommune vom Jahre 1871.

Sie können ja heute das Gesetz ablehnen in der begründeten Erwartung, daß die Regierung stark genug sein wird, um gewaltsamen Ausschreitungen entgegenzutreten, sie nöthigenfalls mit gewaffneter Hand niederzuwerfen, aber das ist ein trauriges Mittel, es beseitigt die Gefahr des Augenblicks, aber es heilt nicht den Schaden, aus welchem die Gefahr hervorgeht. Wenn uns nun hier ein Weg angedeutet wird, auf dem es vielleicht möglich sein wird, die Anwendung solcher beklagenswerthen Mittel zu vermeiden durch vorbeugende Maßregeln, durch eine vorübergehende verständige Beschränkung der gemißbrauchten Freiheit, so meine ich, daß wir dazu die Hand bieten sollten, im Interesse aller staat-

lichen und gesellschaftlichen Ordnung, im Interesse besonders der leidenden Klassen unserer Mitbürger, denen niemals geholfen werden kann durch einen plötzlichen Umsturz, sondern nur allein auf dem zwar langsamen Wege der Gesetzgebung, der sittlichen Erziehung und der eigenen Arbeit. Ich meinestheils werde dem Gesetze zustimmen.

Abgeordneter Gneist.

Meine Herren, ich bin persönlich stark betheiligt an den vielfachen Versuchen, durch das freie Vereinsrecht und die Presse das Wohl und die Aufklärung der arbeitenden Klassen und die Verständigung derselben mit uns zu befördern.

Dieser Streit ändert die Physiognomie nach einer Katastrophe, wenn es auch nur eine vorläufige Katastrophe ist, wie die letzten Parlamentswahlen: unsere Bestrebungen gewinnen dann einen neuen Aufschwung. Wir bemühen uns mit mehr Energie, wir bringen erhebliche Mittel auf, wir gewinnen talentvolle Schriftsteller zur Bekämpfung gegnerischer Irrlehren. Das ist etwas. Aber, meine Herren, unsere Anstrengungen bleiben stets zurück hinter der Opferbereitschaft der arbeitenden Klassen selbst und hinter dem befestigten Einfluß ihrer Führer, und, was die Hauptsache ist: selten oder nie bringen wir mit der sorgfältigsten und mühsamsten Ausdauer bis zu den Personen durch, die wir überzeugen wollen. Man stimmt uns freilich bei in Kreisen, die ohnehin unserer Meinung schon waren. Worauf beruht das? Ich will es offen aussprechen: es beruht darauf, daß in einem Menschenalter unsere Presse und unser Vereinsrecht einen anderen Charakter angenommen hat, als damals, wo wir mit Begeisterung für diese hohen Güter eintraten. Die Tagespresse dient — und wir danken ihr dafür — zur Belehrung, zur Erweiterung unserer Gesichtspunkte, zu einer Ergänzung unseres politischen Urtheils, aber sie dient ebenso oft zur Verengerung unserer Gesichtspunkte, zur Begründung von Vorurtheilen und zur Befestigung von Vorurtheilen. Und dasselbe gilt vom Vereinsrecht, seitdem wir nur noch Parteivereine und nur noch Parteiversammlungen haben. Nun, meine Herren, die verschiedenen Elemente unserer Gesellschaft, aus denen die liberalen und konservativen Parteien ihre Elemente entnehmen, empfinden diesen Mißstand weniger, sie sind sich desselben kaum bewußt; denn die Vielseitigkeit, die Beweglichkeit unserer Lebenskreise hält die wohlhabenderen Klassen immer noch zugänglich, selbst unwillkürlich zugänglich anderen Meinungen, anderen Vorstellungen, anderen Grundsätzen.

Aber, meine Herren, für alle diese Eindrücke unserer politischen Parteien sind in der Wirklichkeit große Schichten der arbeitenden Klassen unzugänglich oder sie werden es allmählich. Die arbeitenden Klassen schließen sich unter sozialen Mißständen in starren und schroffen Standesvorurtheilen in einer Weise ab, wie sie schroffer im heutigen Leben überhaupt nicht vorkommen. Es beruht anscheinend auf folgenden Momenten. Die Einförmigkeit der Arbeit und der Fabrikordnungen, der kleine Kreis der Tagespresse, der ihnen zugänglich ist, der Glaube und immer mehr gestärkte Glaube, daß sie die „auserwählte“, aber gedrückte und „enterbte“ Klasse der Gesellschaft seien, die Dankbarkeit und das Vertrauen ihrer Führer, die ganz und ausschließlich in ihrem Standesinteresse aufgehen, — das alles wirkt zusammen, um diesen Ideenkreis hermetisch zu verschließen, und ich kann aus vielseitigen Erfahrungen in allen Theilen Deutschlands versichern, daß dieser hermetische Verschluß in den größeren Verbänden nahezu hergestellt ist. An diesem Verschluß, meine Herren, scheitert die heilende Kraft der „freien Bewegung der Geister“ auf dem Boden der Presse, und das Vereinsrecht, welches die Theorie noch immer behauptet. Wenn ein solcher Zustand de facto wirklich eingetreten ist, dann kann es eine Wohlthat werden, wenn auf Zeit einmal eine Hemmung der Vereins- und Preßfreiheit eintritt, weil erst dadurch die entfremdeten Theile der Nation unseren gemeinsamen, nationalen Vorstellungen wieder zugänglich werden. Auf Motiven der Art beruht der Grundsatz von der Suspendirung der

Habeascorpusakte und analoge Versuche. Das Vertrauen auf die Triebkraft der sich selbst belehrenden und aufklärenden Gesellschaft ist in der Theorie richtig, d. h. in den Kreisen, in welchen sich die Gebildeteren und Wohlhabenderen bewegen. Gegenüber einem eingetretenen Abschluß gesellschaftlicher Klassen zu schroffen Standesvorurtheilen entspricht die Theorie der Wirklichkeit nicht. Die Verweisung darauf ist nichts weiter, als das dolce far niente, welches dauert bis zur nächsten Katastrophe.

Meine Herren, nach dem, was zuletzt geschehen ist, halte ich die Bestrebungen der verbündeten Regierungen, durch einen Gesetzentwurf die Befugnisse der Obrigkeit zu verstärken, außerordentliche Gewalten zu beanspruchen gegen die Ausschreitungen der Sozialdemokratie, für berechtigt. Ich bedaure nur, daß der Gesetzentwurf es den Rechtsverständigen in hohem Maß erschwert, diesen Vorschlägen zu folgen. — —

Indem ich die Berechtigung dieses Standpunktes anerkenne, bitte ich doch das hohe Haus, in Erwägung zu ziehen, ob in der heutigen gefahrvollen Lage, die alle Parteien anerkennen, man gezwungen ist, bei jenem Resultat stehen zu bleiben? Oder ob es nicht ausführbar ist, eine Art von Interimistikum zu reguliren, welches einem künftigen Gesetz über das Vereinsrecht meiner Ueberzeugung nach erst den Boden ebnet und die bisher fehlenden Erfahrungen bringt? Ob es nicht möglich ist, jener Gefahr, welche die Gesellschaft bedroht, unsern Parteistandpunkt augenblicklich unterzuordnen und ein solches Interimistikum anzunehmen, welches die juristischen Mängel der Regierungsvorlage vermiede, im wesentlichen beseitigte, ohne den Hauptzweck zu verfehlen. Ich meine, es sollte möglich sein, jenen berechtigten Bedenken gerecht zu werden, wenn wir: erstens den vorübergehenden Charakter der Vorlage als einer blos zeitweisen Suspension der Preß- und Vereinsrechte unzweideutig ausdrücken dadurch, daß wir nicht auf eine unbekannte Zukunft von drei Jahren, sondern bis zur nächsten Parlamentssession außerordentliche Vollmachten gewähren; zweitens dadurch, daß wir die anstößigen Ausdrücke „Ziel" und „abzielen" beseitigen und ersetzen durch objektive Merkmale, durch die sich die administrative Thätigkeit unter Kontrole des Parlaments begrenzen läßt; drittens, wenn wir die Kriminalstrafe des Gesetzes beseitigen und zurückführen auf das Maß der Uebertretungsstrafe, der formellen Polizeivorschriften für Presse und Vereine, wobei sich übrigens Nebenpunkte, wie die Censur des Hauses über Druckschriften, von selbst erledigen würden: dazu wäre keine Veranlassung mehr bei jener kurzen Dauer bis zur nächsten Parlamentssession.

Meine Herren, wenn das hohe Haus geneigt sein sollte, diese Amendements in Erwägung zu ziehen, so glaube ich, daß mit solchen Maßregeln die Regierungsvorlage sicher nicht den Vorwurf verdient, etwas Unerhörtes, Außerordentliches, Diktatorisches in Vorschlag zu bringen.

Meine Herren, die hohe Bedeutung des Preß- und Vereinsrechts kann wohl niemand bestimmter anerkennen, als ich durch das oft wiederholte Wort: „es ist die Lebensluft und die Lebensbedingung unserer heutigen Gesellschaft." Daß man dennoch zuweilen daran rütteln muß, unter Umständen und auf Zeit, aus dringenden Gründen, das wird anerkannt von vielen Seiten. Es fragt sich nur, was sind die dringenden Gründe? Ich glaube, bei den allzustarken Ausdrücken über diese Zumuthung hat mancher der geehrten Herren Vorredner den §. 68 unserer Reichsverfassung und das darin aufgenommene preußische Gesetz von 1851 nicht genügend erwogen. Nach unserer bestehenden Reichsverfassung kann der Kaiser in jedem Theil des Reichs nicht blos diese, sondern noch andere Grundrechte suspendiren in den Fällen des sogenannten Belagerungszustandes. Ja, es handelt sich dabei nicht blos um Preß- und Vereinsrecht, sondern nach den Bestimmungen der Verfassung ist auch die Suspension der Habeascorpusakte, der Unverletzlichkeit der Wohnung, ja sogar die Suspension der ordentlichen Gerichte zulässig im Fall „innerer Unruhen".

Nun handelt es sich hier freilich nicht um ein Gesetz, welches der Richter

anzuwenden hätte für den vorliegenden Fall, aber es sind die Gesichtspunkte gegeben, die man für die Gesetzgebung geltend machen kann und muß, wenn es sich um die Frage von zeitweiser Suspension von Grundrechten handelt. Ich muß mir sagen: Wenn die Reichsverfassung die Suspension der wichtigsten Grundrechte zuläßt in den mannigfaltigsten Fällen innerer Unruhen, in Zuständen, wo es zur Erstürmung eines Bäckerladens, zur Anzündung einer Fabrik gekommen ist, sollte der Reichsgesetzgeber diesen Zuständen nicht gleichstellen wollen solche, wo eine Verwilderung gesellschaftlicher Elemente den Königsmord gebiert? Wenn die Reichsverfassung den ordentlichen Militär- und Civilbehörden auf ihre Verantwortlichkeit und ihre Machtvollkommenheit überläßt, unter dem Namen des Belagerungszustandes die Suspension jener bedeutenden Rechte auszusprechen: sollte das Verlangen der verbündeten Regierungen, daß es geschehen möge in beschränktem Maß mit Zustimmung des Parlaments, sollte das den Vorwurf der Diktatur oder einer außerordentlichen Gewaltmaßregel verdienen? Wenn die Reichsverfassung gestattet, die Grundrechte zu suspendiren bei Ausbrüchen der Volksleidenschaften aus Hunger, aus Noth: sollte der Gesetzgeber dieselbe Maßregel für unzulässig erachten, wo die Massenagitation, die überlegte systematische Massenagitation im Sinne der Verachtung göttlicher und menschlicher Gesetze dahin führt, das schwerste Staatsverbrechen zu erzeugen, welches, wie jedes soziale Verbrechen, nicht isolirt, sondern wie die Giftpflanze aus dem Sumpf emporschießt? Meine Herren, ich kann nach Erwägung dieser Bestimmungen unserer Verfassung eine solche Maßregel nicht für unkonstitutionell oder unerhört erachten. Natürlich auf Zeit; denn es bleibt die Lebensbedingung unserer heutigen Gesellschaft, deren Beschränkung wir unter keinen Umständen anders als partiell und auf Zeit gestatten wollen. Und um das unzweideutig auszudrücken, würde ich anheimstellen: die Annahme solcher Beschränkungen nur bis zur nächsten Parlamentssession oder genauer „bis zum Ablauf von sechs Wochen nach Zusammentritt des nächsten Reichstags". Meine Herren, dann bleibt eben die Zeit zur Beschließung einer Kriminalnovelle, durch die das dazu Reife definitiv geordnet werden kann. Kann ich solche Vorschläge also, die ich mir erlauben werde, später mit meinem verehrten Freund Beseler Ihnen zu unterbreiten, nicht für im Widerspruch mit dem Geist der Verfassung erachten, so bleibt nur der Vorwurf übrig: so etwas sei wohl möglich als allgemeine Maßregel für die ganze Gesellschaft, aber es sei nicht zulässig als Maßregel nur gegen eine einzelne Partei. Ich will darauf offen antworten. Ich kann diese Berufung auf ein Parteirecht nicht anerkennen. Meine Herren, alle Grundrechte und öffentlichen Rechte dieser Art beruhen auf Bedingungen der Gegenseitigkeit. Sie sind bestimmt zur Geltung innerhalb einer Gesellschaft, die gewisse gemeinsame Lebensbedingungen anerkennt, bestimmt für eine Gesellschaft, in der die Gebote Gottes und der Gehorsam gegen den Staat die grundsätzlichen und thatsächlichen Normen sind, nach denen die Gesellschaft lebt. In dem edelsten Vertrauen auf den Geist unserer Nation haben wir dies als selbstverständlich vorausgesetzt und jene Rechte im weitesten Maß gegeben, wie wir sie zu finden vermochten. Meine Herren, das Vertrauen gereicht uns wahrhaftig nicht zur Unehre, und man soll denjenigen, die dies Vertrauen gehegt haben keinen Vorwurf machen. Aber wir erleben eine Enttäuschung, der bisher kein Kulturvolk der Welt entgangen ist: daß jene günstige Voraussetzung thatsächlich nicht immer zutrifft, daß auch in den tüchtigsten Nationen Momente eintreten, in denen sich soziale Elemente absondern, die diese Lebensnormen nicht mehr anerkennen. Wie soll sich der Staat diesen Elementen gegenüber verhalten, die auf offenem Markt, in der Presse wie in den Vereinen der Welt verkünden: daß die Religion, die Vaterlandsliebe, der Gehorsam und die Ehrerbietung vor Gesetz und Obrigkeit nach ihrem Programm überwundene Standpunkte seien? Wie soll sich der Staat ihnen gegenüber verhalten? Ich antworte: Jedem, auch dem, welcher solche Grundsätze ausspricht, gegenüber, ist der heutige Staat schuldig, seine Schutzpflicht zu handhaben für Person, für Vermögen in jeder Richtung. Aber die besonderen Ehrenrechte des vernünftigen und frei handelnden Bürgers, die wir

„Grundrechte“ nennen, ist der Staat befugt zu verschränken solchen Elementen der Gesellschaft, die offen und rückhaltslos es als ihr Programm erklären, den fundamentalen Vertrag der Gesellschaft nicht anzuerkennen. Das ist eben der Punkt, der auch die freieste Verfassung der Welt zwingt zur Suspension der Habeascorpusakte und ähnlichen Versagungen. Es geschieht auf Zeit in Anerkennung der Wahrheit, daß solche Verirrungen nur vorübergehende sind. Aber ich bin der Ansicht, daß, wenn das Prinzip gerechtfertigt ist, es auch zulässig sein muß, diese Suspension auf die irregeleiteten Elemente zu beschränken, wenn es möglich ist, ein objektives und von der Kontrole der Parlamente oder Gerichte zu handhabendes Merkmal zu finden für die Elemente der Gesellschaft, die der Nation sich zu entfremden beginnen oder entfremdet haben. Ich erkenne nicht an eine Nothwendigkeit, die ganze Bevölkerung unter Restriktionen derart zu legen, die ganze Gesellschaft der Wohlthaten des Vereins- und Preßrechtes verlustig zu erklären, wenn es möglich ist, zeitweise, ortsweise oder schichtenweise den Sitz des Uebels zu begrenzen. Ich glaube, meine Herren, wenn wir darüber im Streit sind, so beruht es darauf, daß ein anderer Standpunkt jene Grundrechte als sacrosancte, ewige „Menschenrechte“ ansieht, was sie nach der Gestalt unseres Staats nicht sein können. Selbst das strenge Buchstabenrecht der Engländer hat kein Bedenken getragen, kommunistische Vereine unter ihrem bloßen Namen und unter Voraussetzung ihrer notorischen Tendenzen, als Spencean Societies und andere, unter Strafgesetz zu stellen und solche Strafgesetze ein halbes Jahrhundert stehen zu lassen. Meine Herren, die Anwendung solcher Gewalten nenne ich nicht „Reaktion“. Wenn der Staat Befugnisse, die in seinem Beruf liegen, gebraucht, so ist das nicht die Reaktion: sondern umgekehrt, die Reaktion entsteht, wenn man den Staat in der Ausübung dieser berufsmäßigen Thätigkeit hemmt. Ist das richtig, so bleibt nur der Vorwurf der Wirkungslosigkeit übrig — der Wirkungslosigkeit aller Polizeimaßregeln gegen Presse und Vereine. Allein jener Grund beweist offenbar zuviel, denn dann müßten wir überhaupt keine Preß- und Vereinsgesetze geben, die auch nichts weiter sind als „äußere“ Polizeigewalt unter gerichtlicher Kontrole. Aber, meine Herren, ich erkenne auch da die Wirkungslosigkeit nicht an, nach den schon angedeuteten Gesichtspunkten. Jenes freie Walten der Geister in der Presse, welches wir gewohnt sind in unserer freigewählten Lektüre, das wird man freilich nicht durch Polizeimaßregeln bannen. Aber eine hermetisch verschlossene, jeder anderen Meinung, Belehrung und Einwirkung unzugänglich gewordene Parteipresse und Vereinsbildung, meine Herren, die durchbrechen wir allerdings durch Polizeimaßregeln. Wir schaffen durch Beschränkungen der Art auf 6, auf 9 Monat — vorübergehend soll es nur sein — der ersten Möglichkeit einer anderen Anschauung wieder Zugang zu Klassen, die sich von dem sittlichen Gesammtleben unserer Gesellschaft abzusondern begonnen haben. Ich halte überhaupt die Idee für irrig, daß im öffentlichen Leben die Vernunft nur auf vernünftigem Weg sich selbst zur Geltung bringen werde. Ja, meine Herren, ich habe den Glauben, daß Vernunft, Sitte und Recht die Oberhand behalten werden auch in den arbeitenden Klassen, die uns jetzt feindselig gegenüber stehen. Ich glaube das auch, aber nach meinen Lebenserfahrungen setzen sie sich niemals durch, ohne daß wir etwas dazu thun. Sie setzen sich niemals durch ohne die bewußte, konsequente, andauernde Mitwirkung der Menschen im Staate. Ich bin der Ueberzeugung, und habe sie jederzeit vertreten, daß der Staat nicht den Beruf hat, mit verschränkten Armen dazustehen und zuzusehen, wie sich ganze Schichten der Gesellschaft dem gemeinsamen Boden der Sitten und des Rechts entfremden und abschließen — mit verschränkten Armen daneben zu stehen und zu sagen: die Vernunft wird sich selber zur Geltung bringen. Die tägliche Anrufung des Staatsschutzes in unseren gesellschaftlichen Verhältnissen ist mir der überzeugende Beweis, daß die ordnende Thätigkeit des Staats sich nicht beschränken kann auf die Gerichte, sondern daß wir von Zeit zu Zeit auch allgemeiner vorbeugender Maßregeln nicht entbehren können. Nun, meine Herren, ist die Lage ernst, so kann ich nicht dabei stehen bleiben, dem

Parteistandpunkt zu genügen, indem ich verweise auf etwas in der Zukunft Nöthiges und Mögliches. Ich fühle nach dem, was geschehen, eine moralische Verpflichtung, den Vorschlägen der verbündeten Regierungen, soweit sie möglich und verfassungsmäßig zulässig sind, meine Zustimmung nicht zu versagen, und ich gestehe Ihnen frank und frei, wenn ich in einer so ernsten Lage der Gesellschaft eine moralische Verpflichtung der Art als kategorischen Imperativ zu erfüllen habe, so erfülle ich sie im öffentlichen Leben und auf die Gefahr hin, einen juristischen Fehler zu begehen und deshalb gescholten zu werden. — —

Abgeordneter von Bennigsen gegen die Vorlage.

Derselbe fordert die Regierung auf, der Behauptung entgegenzutreten, sie habe die Vorlage eingebracht, obschon sie gewußt, daß dieselbe abgelehnt werde. Wäre dies der Fall, so wäre es der Regierung weniger darum zu thun gewesen, die Genehmigung zu außerordentlichen Maßregeln gegen die Sozialdemokraten zu erhalten, als vielmehr um den Vorwand zu einer außerordentlichen Maßregel. In Erkenntniß der durch die Sozialdemokraten drohenden Gefahren sei seine Partei mit derjenigen des Vorredners und der Regierung einverstanden; es handle sich darum, geeignete Mittel dagegen zu finden. Er bedauert, daß die Vorlage im Zusammenhange mit dem Attentat erfolgte, kritisirt ihre Bestimmungen und bezeichnet die vorgeschlagenen Maßregeln als die denkbar wenigst geeigneten. Der Bundesrath als entscheidende Instanz sei nach seiner Zusammensetzung, seinem Charakter, nach der Zeit seines Beisammenseins ungeeignet für die gestellte Aufgabe, ebenso der Reichstag als Kontrol- und Revisionsinstanz. Dann beleuchtet er die anderen einzelnen Bestimmungen der Vorlage und fragt, ob auf dem Boden der bestehenden regelmäßigen Gesetzgebung nichts Wirksameres gegen die Sozialdemokraten vorgekehrt werden könne. Es sei viel versäumt worden; die bestehenden Gesetze hätten von den bestehenden Verwaltungsbehörden bis zur äußersten Grenze des Zulässigen angewendet werden müssen; das sei nicht geschehen! Wenn Lücken der Gesetzgebung vorhanden, so sei er mit seiner Partei bereit, Hand zur Abhilfe, eventuell in der Herbstsession, auf dem Gebiete des gemeinen Rechtes zu leihen. Repressivmaßregeln gegen die Sozialdemokraten hätten nie und nirgends gefruchtet. Bei den jetzigen verworrenen ministeriellen Zuständen in Preußen und im Reiche könne man Befugnisse, wie die Vorlage wolle, der Verwaltung nicht geben. In Preußen sei die Ministerkrisis in Permanenz; auch Falks Stellung sei nun erschüttert. Der Regierung dürfe man diktatorische Gewalt nur einräumen, wenn man wisse, wer sie ausübe, und dies müsse man namentlich dann, wenn man die Gefahr nicht sehe, die eine Diktatur erheische. Schließlich berührt er die Frage des Kulturkampfes und äußert den Wunsch nach dessen Ende, weil die Kirche wohl geeignet sei zum Kampfe gegen den Sozialismus; freilich müsse dieselbe sich der staatlichen Ordnung fügen. Alle Parteien müßten ihre Zwistigkeiten aufgeben und gegen den Sozialismus zusammenstehen. Dazu sei auch die Mitwirkung der Regierung nothwendig, die bisher leider ebenso wie die liberalen Parteien für das Wachsen des Sozialismus verantwortlich gemacht habe. Auch den berechtigten Wünschen der Arbeiter müsse Genüge geschehen. Namentlich aber müsse die bisherige Lässigkeit der bürgerlichen Klassen bei den Wahlen aufhören.

24. Mai. Der Gesetzentwurf wurde mit 241 gegen 57 Stimmen abgelehnt.

24. Mai. Schluß des Landtags.

5. Juni. **Das Nobiling'sche Attentat.**

Das furchtbare Verbrechen eines zweiten Mordversuches gegen den Kaiser hat am Sonntag die Hauptstadt und bald jedes Herz, das in deutscher Brust schlägt, in namenlosen Schrecken versetzt. Das neue Verbrechen ist furchtbarer als das vom 11. Mai, weil es von einem weit größeren Geschick in der Vorbereitung, von einer weit standhafteren Bosheit in der Ausführung zeugt. Der Schrecken aber, der das deutsche Volk erfaßt, empfängt seine dauernde Gewalt durch den traurigen Gedanken, daß diese entsetzlichen Erscheinungen nicht mehr als vereinzelte Verirrungen verwilderter Gemüther, sondern als unaufhaltsame Ausflüsse eines tief fressenden Uebels angesehen werden müssen. Das geheiligte Haupt des ehrwürdigsten und liebenswerthesten Herschers ist diesmal von verworfener Frevlerhand nicht nur gesucht, sondern getroffen worden. Das schlimmste Ende hat die Hand der Vorsehung abgewendet, aber sie hat genug geschehen lassen, uns zu zeigen, wohin wir gekommen sind.

Soviel hat die Vernehmung des Verbrechers bereits ergeben, daß die geistige Luft, die er geathmet, in welcher seine Handlung groß geworden, die sozialdemokratische Lehre gewesen ist. Jene Lehre, wonach der Mensch ein Erzeugniß lediglich materieller Kräfte, lediglich materiellen Zielen zu dienen hat. Jene Lehre, wonach die Bestimmung der Menschheit der für Alle gleiche Sinnengenuß ist. Jene Lehre, wonach der tausendjährige Erwerb der menschlichen Geistesarbeit nichts ist als ein Trugspiel, den größten Theil der Menschheit in den Schranken zu halten, die ihn vom Sinnengenuß ausschließen. Jene Lehre, wonach es, um den entbehrenden Theil der Menschheit mit einem Schlage in den Genuß alles Sinnenglücks zu setzen, nichts weiter bedarf, als den Entbehrenden die Uebermacht der rohen Faust zu verschaffen.

Diese Lehre ist keineswegs das Erzeugniß der unter den Schwankungen des Erwerbslebens oft schweren Leiden ausgesetzten Lohnarbeiter, sondern die Lehre ist in diese Volksklassen seit Jahren hineingetragen und ausgebreitet worden durch eine nicht vom Mitgefühl mit den Leidenden, sondern vom Haß gegen die Besitzenden und gegen die geschichtlich gewordene Staatsbildung eingegebene Agitation. In einem geistig waffenlosen Volkstheil hat die Lehre eine schrankenlose Ausbreitung gefunden, die allen wilden Instinkten der ungebildeten Kraft und allen trügerischen Einbildungen der ungebildeten Schwäche schmeichelt. Alle bösartigen und verdorbenen Elemente aller Volkstheile schließen sich dieser Lehre an, die ihnen die Möglichkeit zeigt, daß ihre zerstörenden Gelüste einen Tag grauenvoller Herrschaft erleben.

Aus dieser Luft ist das Verbrechen entsprungen.

Die sozialdemokratische Partei hat für Alles eine doppelte Karte, sie verwandelt sich, je nachdem es ihr paßt, in das Haupt der Gorgo und in die milde Göttin des Friedens. Sie verherrlicht heute Marat und die Greuelthaten der Kommune von 1871 und erklärt morgen, daß sie den Mord in jeder Gestalt verabscheue. Sie predigt heute mit tausend Zungen, daß nur die Willkür der herrschenden Klassen alles Elend über die Menschheit bringe, daß alle Verbrecher den „echten Fabrikstempel“

dieser bis in die innerste Wurzel verdorbenen Gesellschaft tragen, und behauptet morgen, daß sie den Personen nicht das Geringste anhaben wolle.

Aus einer Lehre, die alle Heiligthümer der Menschheit verspottet, die Edelmuth und Pflichttreue verdächtigt, die Wissenschaft und Wahrheitsliebe an den Pranger stellt, für welche der blinde Gehorsam gegen den Parteidienst im Handeln und der blinde Glaube an die Parteilosung im Denken die einzige Tugend und die einzige Wahrheit ist — was kann aus einer solchen Lehre Anderes entspringen, als die That ruchloser Zerstörung, die sich zuerst gegen das Ehrwürdige Heilige richtet? Schon in alten Zeiten hat die Hand der Frevler das Heilige zu beschimpfen und dann zu zerstören gesucht. Denn um ein ganzes Volk in seinem inneren und äußeren Dasein zu zerstören, muß man es in sein Heiligstes treffen. Das ist die Logik des Frevels.

Vergebens ist die Ausrede, daß die Sozialdemokratie Attentate nicht begehen werde, weil sie zwecklos seien, indem an der Gefallenen Stelle sofort andere Persönlichkeiten treten. Solche Ausrede ist vergeblich. Denn einmal handelt der aufs Aeußerste entflammte Haß nicht mehr nach Zwecken, sondern nach dem unbezähmbar erregten Instinkt; zweitens liegt aber in dem scheinbar zwecklosen Attentat eine grauenvolle Zweckmäßigkeit, die, auch wo sie dem Frevler verborgen bleibt, doch denen bewußt ist, die die Gesinnung des Frevels bereiten und umhertragen: die Zweckmäßigkeit, daß die Gesellschaft, in der unentbehrlichsten Grundlage ihres Bestehens, in dem Vertrauen Aller auf die allgemeine Sicherheit, auf die innere Schranke des Gewissens und auf die äußere des Gesetzes, unheilbar erschüttert, rathlos bis zur Wehrlosigkeit werden könnte.

Die Voraussetzung, die solchen Berechnungen zu Grunde liegt, wird sich nicht bewahrheiten. Die Staatsregierung wird ihre Pflicht thun und sich an das Gewissen der Nation wenden. Sie wird von den berufenen Vertretern derselben den Schutz für die bedrohte Gesellschaft verlangen, den die bestehenden Gesetze nicht genügend gewähren. Sie vertraut, die Entschlossenheit und Hingebung, auf welche sie rechnet, bei Allen zu finden, die Staat und Gesellschaft erhalten wollen. („Prov.-Corr.")

Die Thatsachen des Attentats vom 2. Juni.

Als Seine Majestät der Kaiser gegen 3 Uhr die Straße Unter den Linden passirten, fielen aus der 2. Etage des Hauses Unter den Linden 18 zwei Schüsse, durch welche Se. Majestät mehrfach getroffen wurden. Der Thäter ist der Dr. phil. und Landwirth Karl Eduard Nobiling, am 10. April 1848 zu Kolno bei Birnbaum geboren, seit zwei Jahren in Berlin und seit Anfang Januar d. J. Unter den Linden 18 wohnhaft. Derselbe wurde unmittelbar nach der That ergriffen und befindet sich in Haft. Die zwei Schüsse auf Se. Majestät sind von ihm aus dem Fenster des 2. Stockes aus einem mit Schrot geladenen Doppelgewehr abgegeben worden. Bei seiner Verhaftung brachte er sich, nachdem er mit einem bereit liegenden Revolver auf die in seine Zimmer eindringenden Personen geschossen und dabei eine derselben verwundet hatte, durch einen zweiten Schuß eine schwere Verwundung am Kopfe bei. — Nobiling ist der That geständig, schweigt aber hartnäckig über die Motive, die ihn zu derselben veranlaßt haben. — Se. Majestät der Kaiser ist nach dem ausgegebenen Bulletin im Gesicht, am Kopf, an beiden Armen und im Rücken durch etwa 30 eingedrungene Schrotkörner verwundet.

Eine unbeschreibliche Trauer und Aufregung bemächtigte sich zunächst der Augenzeugen der entsetzlichen That, die von Munde zu Munde durch die Stadt und bald durch den Telegraphen in alle Theile Deutschlands und des Auslandes getragen, überall dieselbe mit Zorn und Schmerz gemischte Bestürzung hervorrief. Die Augenzeugen können den Anblick nicht herzzerreißend genug schildern, den Kaiser blutend, auf den Jäger gestützt, im offenen Wagen langsam dahinfahren zu sehen, von welchem herab grüßend der erhabene Herr so oft mit unversieglicher Huld und Freundlichkeit durch den Zauber des Alters und edler Würde die Seinen erfreut hat.

Die erste ärztliche Hülfe wurde dem Kaiser, sobald der Kaiserliche Wagen in das Palais zurückgekehrt, durch den Sanitätsrath Dr. Lewin und den Geh. Medizinalrath Prof. Liman geleistet, welche beide bei dem Schauplatz der That sich befunden hatten und sofort in das Palais geeilt waren. Später erschienen die Geheimen Räthe Dr. v. Lauer, Dr. Wilms und Professor v. Langenbeck. Die Schilderungen der Aerzte von diesen Augenblicken spiegeln die tiefe Rührung wieder, welche ihnen die heldenmüthige Fassung des hohen Dulders und seine auch jetzt sich kundgebende Sorge um die Pflichten seines erhabenen Berufs, wie um seine hohen Angehörigen und seine ganze Umgebung einflößte.

Sobald das Publikum die Schüsse auf Se. Majestät gehört und die Verwundung gesehen hatte, stürzte ein Theil desselben in das Haus Unter den Linden Nr. 18. Die Thür zu dem Zimmer, aus welchem die Schüsse gefallen, war verschlossen und verriegelt. Dieselbe wurde eingetreten, in das Zimmer drangen der Hotelbesitzer Holtfeuer, der Lieutenant im 83. Infanterie-Regiment Wilhelmy, der Lieutenant Darsch vom 8. Infanterie-Regiment, drei Kriminalschutzleute und einige andere Personen. Vor dem Eindringen hörten dieselben einen Schuß im Zimmer fallen. Nach Sprengung der Thür fanden sie einen mit Blut im Gesicht überströmten Menschen am Ofen stehend. Derselbe gab sofort einen Schuß auf den Hotelbesitzer Holtfeuer ab. Die Kugel traf in den Mund und ging am Hals wieder heraus, nachdem sie den Kinnbackenknochen zum Theil zerschmettert. Dieselbe Kugel streifte auch den Schutzmann Freund an der Hand. Der Lieutenant Wilhelmy schlug hierauf den Menschen mit seinem Degen auf den Arm, dessen Hand den Revolver gefaßt hielt, welcher nun der Hand entsank. Der Mensch wurde hierauf überwältigt, wobei noch ein Schuß aus dem Revolver in die Decke der Stube ging. Den Schuß, welcher vor dem Eindringen in das Zimmer gehört worden, hatte der Verbrecher gegen sich selbst gerichtet und sich den Kopf über der rechten Schläfe getroffen. Nachdem inzwischen noch zwei höhere Polizeibeamte sich eingefunden, erfolgte die erste Vernehmung des Verbrechers an Ort und Stelle, wobei der Verbrecher seinen Namen angab und die Absicht eingestand, Seine Majestät haben erschießen zu wollen. Hierauf erschien der Stellvertreter des Polizei-Präsidenten, welchem eine Anzahl berittener Schutzleute und der Zellenwagen zum Transport folgten. Der Transport nach dem Molkenmarkt wurde sofort veranlaßt. Beim Einfahren des Zellenwagens ereignete sich das Unglück, daß der Kutscher an dem zu niedrigen Thorwege des Hauses heftig mit dem Kopf anstieß und schwer verletzt wurde. Nach Ankunft des Verbrechers auf dem Molkenmarkt erfolgte die Vernehmung durch den Untersuchungsrichter Johl. Der körperliche Zustand des Verbrechers veranlaßte jedoch, nachdem die ärztliche Untersuchung eine Gehirnverletzung festgestellt hatte, das Abbrechen der Vernehmung und den Transport desselben nach der Stadtvoigtei. Nachts 11 Uhr trat ein bewußtloser Zustand ein, in welchem der Verbrecher seitdem anscheinend ohne Unterbrechung verblieben ist.

Im Verhör hat der Verbrecher die That nicht nur wiederholt eingestanden, sondern auch, daß er den Entschluß, das Oberhaupt des Staates zu tödten, schon seit acht Tagen gefaßt. Er habe zu diesem Zweck die beiden Läufe des Gewehrs schon am Freitag mit Schrot geladen und am Sonntag auf Se. Majestät abge-

schossen. Er habe Schrot gewählt, weil er geglaubt, damit besser zu treffen. Seine Absicht habe er mehreren Bekannten vorgetragen, die dieselbe gebilligt. Er wolle diese Bekannten nicht schonen, könne sie aber nicht nennen. Er habe seit Weihnachten sozialdemokratische Versammlungen in Berlin besucht. Die Grundsätze der Demokraten hätten ihm gefallen, darum habe er ihre Versammlungen besucht.

Nachdem die Vernehmung abgebrochen worden, hatte auch ein noch an dem Abend angestellter Versuch, den Verbrecher zu weiteren Angaben dadurch zu bewegen, daß seine Mutter zu ihm geführt wurde, kein Resultat.

Die Untersuchung erleidet, was die Vernehmung des Verbrechers selbst betrifft, durch den Zustand desselben bis jetzt eine Unterbrechung. Aber nach anderen Seiten werden die Nachforschungen unermüdlich fortgesetzt und gewähren reichhaltige Anhaltepunkte, die auf verbrecherische Verbindungen deuten.

Alle Glieder des Königlichen Hauses, die sich auf Reisen befanden, sind auf die Schreckenskunde des 2. Juni herbeigeeilt, sich um das erhabene Haupt zu sammeln. Ihre Majestät die Kaiserin-Königin, das Kronprinzliche Paar, der Prinz Karl, die Großherzogin von Baden und viele andere Höchste Herrschaften weilen um die Leidensstätte des Kaisers.

Die Beileidsbezeugungen von allen Souverainen und großen Regierungen sind alsbald eingetroffen. Erhebende Kundgebungen der Theilnahme und der Treue überall her aus deutschen Landen haben nicht gefehlt.

Desgleichen sind alle hohen Staatsbeamten, die von Berlin abwesend waren, an ihrer Spitze der Reichskanzler Fürst Bismarck, sofort zurückgekehrt.

(„Prov.-Corr.")

---

5. Juni. Berufung des Kronprinzen zur Stellvertretung Sr. Majestät des Kaisers und Königs.

I.

Allerhöchste Ordre des Kaisers und Königs an den Kronprinzen.

Da Ich in Folge meiner Verwundung zur Vollziehung der nöthigen Unterschriften augenblicklich nicht im Stande bin, Ich auch nach Vorschrift der Aerzte, um die Heilung der Wunden nicht aufzuhalten, Mich aller Geschäfte enthalten soll, so will Ich Eurer Kaiserlichen und Königlichen Hoheit und Liebden für die Dauer Meiner Behinderung Meine Vertretung in der oberen Leitung der Regierungsgeschäfte übertragen. Euere Kaiserliche und Königliche Hoheit und Liebden ersuche Ich, hiernach das Erforderliche zu veranlassen.

Berlin, den 4. Juni 1878.

Auf Allerhöchsten Befehl dazu berufen, bezeugen wir, die unterzeichneten Chefs des Civil- und Militär-Kabinets, daß Se. Majestät der Kaiser und König in unserer Gegenwart den Inhalt der vorstehenden Verordnung nach genommener Kenntniß von derselben ausdrücklich ge-

nehmigt und die Vollziehung und Veröffentlichung durch Allerhöchstihren dabei gegenwärtigen Reichskanzler und Minister-Präsidenten befohlen haben.

von Wilmowski. von Albedyll.
Fürst von Bismarck.
von Bismarck. Otto Graf zu Stolberg.
Leonhardt. Falk. von Kameke. Friedenthal.
von Bülow. Hofmann. Graf zu Eulenburg.
Maybach. Hobrecht.

II.

Erlasse Sr. K. und K. Hoheit des Kronprinzen an den Reichskanzler und an das preußische Staatsministerium.

In der Anlage lasse Ich Ihnen eine von Sr. Majestät dem Kaiser und Könige an Mich gerichtete Allerhöchste Ordre mit der Weisung zugehen, dieselbe nebst Meinem gegenwärtigen Erlasse durch das Reichs-Gesetzblatt zur öffentlichen Kenntniß zu bringen. Es ist Mein fester Wille, die Mir von des Kaisers und Königs Majestät übertragene und von Mir übernommene Stellvertretung unter gewissenhafter Beobachtung der Verfassung und der Gesetze nach den Mir bekannten Grundsätzen Sr. Majestät, Meines Kaiserlichen Vaters und Herrn, zu führen.

Berlin, den 5. Juni 1878.

Friedrich Wilhelm, Kronprinz.

von Bismarck.

An den Reichskanzler.

Dem Staats-Ministerium lasse Ich in der Anlage eine von Sr. Majestät dem Kaiser und Könige an Mich gerichtete Allerhöchste Ordre mit der Weisung zugehen, dieselbe nebst Meinem gegenwärtigen Erlasse durch die Gesetz-Sammlung zur öffentlichen Kenntniß zu bringen. Es ist Mein fester Wille, die Mir von des Kaisers und Königs Majestät übertragene und von Mir übernommene Stellvertretung unter gewissenhafter Beobachtung der Verfassung und der Gesetze nach den Mir bekannten Grundsätzen Sr. Majestät, Meines Königlichen Vaters und Herrn, zu führen.

Berlin, den 5. Juni 1878.

Friedrich Wilhelm, Kronprinz.

---

6. Juni. Antrag auf Auflösung des Reichstages.

Die Auflösung des Reichstags.

Der Reichskanzler und Präsident des preußischen Staatsministeriums Fürst Bismarck hat unterm 6. Juni c. beim Bundesrathe Namens der preußischen Regierung den Antrag eingebracht, die Auflösung des Reichstages zu beschließen.

Die Begründung des Antrages lautet wie folgt:

„Die Erkenntniß der Gefahren, von welchen Staat und Gesellschaft durch

das Umsichgreifen einer, jedes sittliche und rechtliche Gebot verachtenden Gesinnung bedroht sind, hatte die verbündeten Regierungen bewogen, aus Anlaß des am 11. v. Mts. gegen Seine Majestät den Kaiser verübten Attentats, dem Reichstag den Entwurf eines Gesetzes zur Abwehr sozialdemokratischer Ausschreitungen vorzulegen. Der Reichstag hat diese Vorlage abgelehnt.

Inzwischen ist durch ein weiteres ruchloses Verbrechen gegen Seine Majestät den Kaiser von neuem der erschütternde Beweis geliefert worden, wie weit jene Gesinnungen bereits um sich gegriffen haben und wie leicht sie sich bis zu mörderischen Thaten steigern.

Von neuem und mit erhöhtem Ernst tritt deshalb an die Regierungen die Frage heran: welche Maßregeln zum Schutze von Staat und Gesellschaft zu ergreifen sind.

Angesichts des Attentats vom 2. l. Mts. wird die Verantwortlichkeit der verbündeten Regierungen für die Aufrechthaltung der Rechtsordnung durch die geschehene Einbringung des vorhin erwähnten Gesetzentwurfs bei dem Reichstag nicht mehr gedeckt sein. Die Königlich preußische Regierung wenigstens ist der Ansicht, daß es nöthig sei, den Weg der Gesetzgebung in der durch jene Vorlage bezeichneten Richtung schon jetzt weiter zu verfolgen.

Nach der Stellung indessen, welche die Mehrheit des Reichstags zu dem erwähnten Gesetzentwurf eingenommen hat, läßt sich nicht darauf rechnen, daß die wiederholte Vorlage desselben oder eines auf gleicher Grundlage ruhenden Entwurfs kurze Zeit nach der ersten Ablehnung bei ganz derselben Zusammensetzung des Reichstags einen besseren Erfolg erzielen werde.

Unter diesen Umständen erscheint es rathsam, durch Auflösung des Reichstags Neuwahlen herbeizuführen.

Die Königlich preußische Regierung glaubt diese Maßregel um so mehr befürworten zu sollen, als sie gegen die Richtung, in welcher ihr von Rednern des Reichstags eine eventuelle Unterstützung bei künftigen Vorlagen in Aussicht gestellt wurde, prinzipielle Bedenken hegt. Sie ist nicht der Meinung, daß das Maß freier Bewegung, welches die bestehenden Gesetze gewähren, im Ganzen einer Einschränkung bedürfe; sie hält es nicht für gerecht und nicht für nützlich, mit den von ihr erstrebten Sicherheitsmaßregeln auch andere Bestrebungen zu treffen, als diejenigen, durch welche die bestehende Rechtsordnung gefährdet ist; sie glaubt, daß gerade die Bestrebungen der Sozialdemokratie es sind, welche die Abwehr nöthig machen, und gegen welche daher diese Abwehr zu richten ist."

Warum die Regierung den Reichstag auflösen mußte.

(„Provinzial-Correspondenz" vom 12. Juni.)

I.

Die Auflösung des Reichstages und die Berufung des deutschen Volkes zu neuen Wahlen ist nach der amtlichen Begründung als nothwendig erkannt worden, weil die verbündeten Regierungen die Verantwortlichkeit für die Aufrechterhaltung der Rechtsordnung ohne die Gewährung neuer gesetzlicher Befugnisse nicht mehr zu tragen im Stande sind, weil aber anderseits nicht zu hoffen ist, daß der Reichstag in seiner jetzigen Zusammensetzung zur Vereinbarung der zum Schutze der bürgerlichen Gesellschaft erforderlichen Gesetze bereitwillig die Hand bieten würde.

Die Ueberzeugung der Regierungen von der gebieterischen Pflicht, den Ausschreitungen und Gefahren der Sozialdemokratie wirksam entgegenzutreten, ist nicht neu und keineswegs erst auf Anlaß der jüngsten erschütternden Ereignisse hervorgetreten: Drei Mal im Laufe der letzten fünf Jahre haben die Regierungen den Versuch gemacht, die erforderlichen Befugnisse auf dem Wege der Gesetzgebung zu erlangen, aber jedes Mal sind sie auf den entschiedenen Widerstand des vorigen, wie des bisherigen Reichstages gestoßen.

Nachdem zuerst bei der Berathung des Reichspreßgesetzes die Gewährung schärferer Strafbestimmungen gegen die Sicherheit des Staates gefährdenden Be-

strebungen abgelehnt worden war, erneuerten die Regierungen im Jahre 1875 bei Gelegenheit der Strafgesetznovelle den Versuch, wirksame Mittel zur Bekämpfung der Bestrebungen zu erlangen, welche „in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung gegen einander öffentlich aufreizen oder in gleicher Weise die Institute der Ehe, der Familie oder des Eigenthums öffentlich durch Rede oder Schrift angreifen."

Bevor aber noch die Berathung des Gesetzentwurfs im Reichstage selbst begann, wurde durch Vereinbarung unter den liberalen Parteien festgestellt, daß die entscheidende Mehrheit der Versammlung sich auf eine eingehende Berathung des Entwurfs in seinen wichtigsten politischen Theilen überhaupt nicht einlassen werde. Dieser vorgängige Beschluß wurde gleich beim Beginn der ersten Lesung von dem Abgeordneten Lasker Namens der Reichstagsmehrheit aufs Bestimmteste angekündigt.

Gegenüber dieser thatsächlichen parlamentarischen Lage erklärte der Reichskanzler Fürst Bismarck: Die Regierung habe es im Gefühle ihrer Verantwortung für Pflicht gehalten, für die Rechtssicherheit und den innern Frieden im Reiche den Versuch der Reform jetzt zu machen, — die Verantwortung gehe im Falle der Ablehnung zunächst auf den Reichstag über; die Frage selbst aber bleibe bestehen. Fürst Bismarck sprach die Ueberzeugung aus, daß man im Lande der Ansicht sei, daß die Sicherheit, der öffentliche Friede, die Ehre, der gute Ruf, die Gesundheit und das Leben des Einzelnen durch das Strafgesetz nicht genügend geschützt seien, — und daß die friedlichen Bürger, welche in erster Linie Anspruch auf den Schutz des Gesetzes haben, diesen zumal bei der sogenannten milden Handhabung des Gesetzes Seitens der Richter nicht finden. Wenn dies von dem Reichstage zunächst nicht anerkannt werde, so werde abzuwarten sein, ob die weitere Entwickelung der Zustände nicht dem praktischen Bedürfnisse nach Schutz und Frieden später den Sieg verschaffe.

„Es wird Sache Ihrer Stellung zu Ihren Wählern sein", sagte Fürst Bismarck, „ob Sie sich gegenseitig darüber verständigen, daß Sie in Ihrem Widerstande beharren, oder inwieweit Sie Ihre Stellung modifiziren wollen. Sie werden vielleicht noch in der zweiten Legislaturperiode nachher in Ihren Wahlreden Erörterungen haben, bei denen ja von allen Seiten nur das Wohl des Ganzen, namentlich der Rechtssicherheit, der innere Frieden im ganzen Reiche bezweckt und erzielt wird; es werden noch in Ihren Enkeln, wenn ich eine Legislaturperiode als eine Generation betrachten darf, uns dieselben Fragen beschäftigen, und es ist das vielleicht einer von den Würmern, die nicht sterben."

Bei der zweiten Berathung der Vorlage begründete der damalige Minister des Innern Graf zu Eulenburg (I) insbesondere den erwähnten gegen die Sozialdemokratie gerichteten Antrag, indem er in ausführlicher Rede das Wesen und Treiben der sozialdemokratischen Partei darlegte und daran die dringende Aufforderung knüpfte, dem Staate die Waffen des Gesetzes gegen dieses Treiben zu gewähren, ehe es zur Ueberwindung desselben mit friedlichen Waffen zu spät sei.

Gegen die Auffassung und Ueberzeugung der Regierungen wurde von dem Hauptwortführer der liberalen Mehrheit, dem Abgeordneten Lasker, die Ansicht ausgeführt, daß der freien Presse selbst die Kraft zuzuschreiben sei, das Wahre auch innerhalb der Arbeiterbevölkerung zum Durchbruch zu bringen, daß von der freien Erörterung des Für und Wider, wie sie im Reichstage stattfand, auch die Ueberwindung der verführerischen Phrasen der Demagogen im Lande erwartet werden könne, — daß gegenüber den sozialistischen Verirrungen die Hoffnung auf „die Verbesserung der Menschen vom Haupt bis zum Herzen" zu setzen sei, sollte dieselbe auch erst im Laufe einer langen Zeit zum Abschlusse kommen.

Bei der dritten Lesung endlich ergriff Fürst Bismarck noch einmal das Wort, um namentlich auf das Treiben der sozialdemokratischen Presse und auf die politischen und wirthschaftlichen Gefahren derselben hinzuweisen. Er sagte schon damals:

„Die sozialistisch-demokratischen Umtriebe haben wesentlich mit dazu beigetragen, den geschäftlichen Druck, unter dem wir uns befinden, zu schaffen; sie haben ganz gewiß die deutsche Arbeit vertheuert und vermindert, wir sind zurückgekommen in der Arbeit, und dadurch haben wir aufgehört, konkurrenzfähig zu sein.

Daß wir zurückgekommen sind, schieben wir wesentlich den sozialistischen Umtrieben zu, die die Leute auf unbestimmte, unrealisirbare Hoffnungen künftigen Glückes verweisen und sie dadurch von dem, was in dieser Welt allein sie erhält und trägt und ihnen möglichst viele Genußmittel verschaffen kann, von regelmäßiger, fleißiger Arbeit, die früher bei den Deutschen sprichwörtlich und eigenthümlich war, abziehen.

„Sie meine Herren, haben es abgelehnt, auch dagegen Hülfe zu gewähren. Aber Sie haben doch die Gefahr, die darin liegt, nicht verkannt; ich denke daher, Sie werden Ihrerseits nun auch darüber nachdenken, wie sich dem etwa Abhülfe schaffen läßt; sonst gehen wir einer Abhülfe entgegen, die allerdings eine sehr schwere ist, nämlich der, daß wir bis zu einem gewissen Maße verarmen werden, bevor Besserung eintritt. Wenn diese Zustände fortwirken, dann wird das ihr Heilmittel sein, die Zuchtruthe, die Gott über diese Exzesse verhängen wird."

Auch diese Mahnungen des Reichskanzlers blieben erfolglos.

Die entschiedene Ablehnung des damaligen Antrags der Regierungen und die dabei hervorgetretenen Auffassungen und Stimmungen der Mehrheit des Reichstages ließen zugleich erkennen, wie schwer es sein würde, die schon lange in Aussicht genommene Gesetzgebung über das Vereins- und Versammlungsrecht für das gesammte deutsche Reich in einer den Anforderungen des öffentlichen Wohls entsprechenden Weise zur Durchführung zu bringen. Es lag die Besorgniß nahe, daß bei einer allgemeinen und gleichmäßigen Regelung des Vereinsrechts für ganz Deutschland im Reichstage vielmehr das Bestreben zur Geltung gelangen würde, auch die bisher in einzelnen deutschen Staaten noch in Kraft stehenden wirksameren Regierungsbefugnisse auf diesem Gebiete zu schmälern.

II.

Durch das Attentat vom 11. Mai fanden sich die Regierungen von Neuem in dringendster Weise aufgefordert, die Mitwirkung des Reichstages zur Bekämpfung der Sozialdemokratie in Anspruch zu nehmen. Bei ihrem Vorgehen war es ausdrücklich die Absicht, das Vereinsrecht und die Preßfreiheit an und für sich im Allgemeinen vollkommen aufrechtzuerhalten und Beschränkungen derselben nur gegen den Mißbrauch, welchen die Anhänger der Sozialdemokratie mit diesen Freiheiten treiben, aufzurichten.

Die Aufnahme, welche diese erneute Vorlage gefunden, der Gang der Berathung und die Gesichtspunkte, die für die Ablehnung geltend gemacht wurden, sind in frischer Erinnerung.

Heute kommt es vor Allem darauf an, diejenigen Anzeichen hervorzuheben, aus welchen die Regierung die Ueberzeugung entnommen hat, daß die wiederholte Vorlage eines ähnlichen Entwurfs bei ganz derselben Zusammensetzung des Reichstages einen besseren Erfolg nicht erzielen werde.

Der bedeutendste Wortführer der liberalen Mehrheit des Reichstages, der Abg. von Bennigsen, erkannte zwar die Gefahr der anwachsenden sozialdemokratischen Bewegung und die Nothwendigkeit, den Uebergriffen und Ausschreitungen dieser Bewegung entgegenzutreten, an, aber er glaubte von vornherein der Regierung einen Vorwurf daraus machen zu müssen, daß die Vorlage in Zusammenhang gebracht sei mit dem Attentat gegen den Kaiser; er meinte, daß aus der wohlthuenden Bewegung, welche sich in Folge des Attentats im Volke geltend machte, „ein innerer Heilungsprozeß auf dem Gebiete der verirrten Leidenschaften der Masse wohl zu erwarten war", — und daß das vorgelegte Ausnahmegesetz „gerade diesen Gesundungsprozeß unterbreche."

Nach einer scharfen Kritik des Gesetzentwurfs kam der Redner zu dem Ausspruch: „Es müßte in Deutschland Gesetzgebung und Verwaltung, es müßte die ganze Vertretung und Vertheidigung der Grundlagen von Religion, Sittlichkeit, bürgerlichen Rechtsordnung vollständig banquerott gemacht haben, ehe man es wagt, zu Maßregeln zu schreiten, wie sie hier vorgeschlagen sind.“

Herr von Bennigsen versicherte wiederholt: er und seine Freunde wollten seiner Zeit „den Versuch machen, die bürgerlichen Freiheiten auf den in Rede stehenden Gebieten mit fester Ordnung und energischer Verwaltung zu vereinigen“, — aber nur „auf dem Boden des für Alle gleichen Rechts.“

„Sind denn“, fragte er, „die Zustände in Deutschland nun auf einmal über Nacht so verhängnißvoll geworden, daß wir zu diesem äußersten und verzweifelten Mittel greifen müssen, daß wir der deutschen Nation, ihren Einrichtungen und ihrem Charakter ein solches Armuthszeugniß ausstellen müssen, daß ohne die gefährlichsten Ausnahmemaßregeln die Ordnung nicht mehr aufrecht erhalten werden kann?“

Der Redner schloß mit den Worten: „Wir wollen auf dem Boden des gemeinen Rechts diese Gefahr bekämpfen, wir halten die Zustände in Deutschland noch für gesund und kräftig genug, namentlich auch in den besitzenden Klassen, daß diese ein solches Gesetz zu ihrem Schutz nicht brauchen. Die Regierung möge im nächsten Jahr kommen — wenn sie es wünscht, wir sind ja bereit, mitzuwirken schon im Herbst — mit einer Vorlage, welche die bürgerliche Freiheit mit gesetzlicher Ordnung und fester Autorität auf dem Boden des gemeinsamen Rechts im öffentlichen Leben für alle Klassen vereinigt.“

So lauteten die Erklärungen desjenigen unter den Führern der nationalliberalen Partei, welcher bisher als der hauptsächliche Vertreter der gemäßigten Richtung in derselben galt. Andere Redner sprachen sich noch entschiedener abweisend aus. Ein gemäßigter Vermittelungsantrag, der von vereinzelten Mitgliedern der Partei gestellt wurde, fand fast nur in den Reihen der konservativen Parteien Unterstützung und wurde mit 243 gegen 60 Stimmen abgelehnt.

Angesichts dieser Vorgänge und der obigen bestimmten Ankündigungen des Wortführers der Mehrheit konnte die Regierung in der That nicht darauf rechnen, daß dieselbe Mehrheit jetzt nach so kurzer Zeit einem auf gleicher Grundlage ruhenden Entwurf zustimmen sollte.

III.

Wenn die Regierung nach wie vor daran festhält, daß der Schutz der bürgerlichen Gesellschaft gegen die Ausschreitungen der Sozialdemokratie durch spezielle gegen diese Ausschreitungen gerichtete Maßregeln der Gesetzgebung zu sichern ist, so konnte die Hülfe dazu nicht mehr bei dem Reichstage in seiner bisherigen Zusammensetzung und in seinem bisher entscheidenden Parteigefüge gesucht werden, vielmehr mußte die Regierung sich unmittelbar „an das Gewissen der Nation wenden.“

Die Regierung zweifelt allerdings nicht daran, daß auch innerhalb der bisherigen Reichstagsmehrheit eine erhebliche Anzahl derjenigen Abgeordneten, welche gegen die frühere Vorlage gestimmt haben, jetzt nach den erschütternden und betrübenden Erfahrungen der allerjüngsten Wochen geneigt sein würden, der bedroheten Gesellschaft die unentbehrlichen Mittel des Schutzes und der Abwehr zu gewähren. Aber diesen Abgeordneten selber wird die Befreiung von den Fesseln und Rücksichten, welche ihnen durch die bestehenden parlamentarischen Verhältnisse, Beziehungen und maßgebenden Einflüsse auferlegt sind, leichter werden, wenn sie ihre Auffassungen und Bestrebungen in dem unmittelbaren Verkehr mit dem Volksbewußtsein, in der Berührung mit den Wünschen, Bedürfnissen und Hoffnungen der staatserhaltenden Kräfte der Nation erfrischt und gestärkt haben.

„Die sozialistisch-demokratischen Umtriebe haben wesentlich mit dazu beigetragen, den geschäftlichen Druck, unter dem wir uns befinden, zu schaffen; sie haben ganz gewiß die deutsche Arbeit vertheuert und vermindert, wir sind zurückgekommen in der Arbeit, und dadurch haben wir aufgehört, konkurrenzfähig zu sein.

Daß wir zurückgekommen sind, schieben wir wesentlich den sozialistischen Umtrieben zu, die die Leute auf unbestimmte, unrealisirbare Hoffnungen künftigen Glückes verweisen und sie dadurch von dem, was in dieser Welt allein sie erhält und trägt und ihnen möglichst viele Genußmittel verschaffen kann, von regelmäßiger, fleißiger Arbeit, die früher bei den Deutschen sprichwörtlich und eigenthümlich war, abziehen.

„Sie meine Herren, haben es abgelehnt, auch dagegen Hülfe zu gewähren. Aber Sie haben doch die Gefahr, die darin liegt, nicht verkannt; ich denke daher, Sie werden Ihrerseits nun auch darüber nachdenken, wie sich dem etwa Abhülfe schaffen läßt; sonst gehen wir einer Abhülfe entgegen, die allerdings eine sehr schwere ist, nämlich der, daß wir bis zu einem gewissen Maße verarmen werden, bevor Besserung eintritt. Wenn diese Zustände fortwirken, dann wird das ihr Heilmittel sein, die Zuchtruthe, die Gott über diese Exzesse verhängen wird."

Auch diese Mahnungen des Reichskanzlers blieben erfolglos.

Die entschiedene Ablehnung des damaligen Antrags der Regierungen und die dabei hervorgetretenen Auffassungen und Stimmungen der Mehrheit des Reichstages ließen zugleich erkennen, wie schwer es sein würde, die schon lange in Aussicht genommene Gesetzgebung über das Vereins- und Versammlungsrecht für das gesammte deutsche Reich in einer den Anforderungen des öffentlichen Wohls entsprechenden Weise zur Durchführung zu bringen. Es lag die Besorgniß nahe, daß bei einer allgemeinen und gleichmäßigen Regelung des Vereinsrechts für ganz Deutschland im Reichstage vielmehr das Bestreben zur Geltung gelangen würde, auch die bisher in einzelnen deutschen Staaten noch in Kraft stehenden wirksameren Regierungsbefugnisse auf diesem Gebiete zu schmälern.

II.

Durch das Attentat vom 11. Mai fanden sich die Regierungen von Neuem in dringendster Weise aufgefordert, die Mitwirkung des Reichstages zur Bekämpfung der Sozialdemokratie in Anspruch zu nehmen. Bei ihrem Vorgehen war es ausdrücklich die Absicht, das Vereinsrecht und die Preßfreiheit an und für sich im Allgemeinen vollkommen aufrechtzuerhalten und Beschränkungen derselben nur gegen den Mißbrauch, welchen die Anhänger der Sozialdemokratie mit diesen Freiheiten treiben, aufzurichten.

Die Aufnahme, welche diese erneute Vorlage gefunden, der Gang der Berathung und die Gesichtspunkte, die für die Ablehnung geltend gemacht wurden, sind in frischer Erinnerung.

Heute kommt es vor Allem darauf an, diejenigen Anzeichen hervorzuheben, aus welchen die Regierung die Ueberzeugung entnommen hat, daß die wiederholte Vorlage eines ähnlichen Entwurfs bei ganz derselben Zusammensetzung des Reichstages einen besseren Erfolg nicht erzielen werde.

Der bedeutendste Wortführer der liberalen Mehrheit des Reichstages, der Abg. von Bennigsen, erkannte zwar die Gefahr der anwachsenden sozialdemokratischen Bewegung und die Nothwendigkeit, den Uebergriffen und Ausschreitungen dieser Bewegung entgegenzutreten, an, aber er glaubte von vornherein der Regierung einen Vorwurf daraus machen zu müssen, daß die Vorlage in Zusammenhang gebracht sei mit dem Attentat gegen den Kaiser; er meinte, daß aus der wohlthuenden Bewegung, welche sich in Folge des Attentats im Volke geltend machte, „ein innerer Heilungsprozeß auf dem Gebiete der verirrten Leidenschaften der Masse wohl zu erwarten war", — und daß das vorgelegte Ausnahmegesetz „gerade diesen Gesundungsprozeß unterbreche."

Nach einer scharfen Kritik des Gesetzentwurfs kam der Redner zu dem Ausspruch: „Es müßte in Deutschland Gesetzgebung und Verwaltung, es müßte die ganze Vertretung und Vertheidigung der Grundlagen von Religion, Sittlichkeit, bürgerlichen Rechtsordnung vollständig banquerott gemacht haben, ehe man es wagt, zu Maßregeln zu schreiten, wie sie hier vorgeschlagen sind."

Herr von Bennigsen versicherte wiederholt: er und seine Freunde wollten seiner Zeit „den Versuch machen, die bürgerlichen Freiheiten auf den in Rede stehenden Gebieten mit fester Ordnung und energischer Verwaltung zu vereinigen", — aber nur „auf dem Boden des für Alle gleichen Rechts."

„Sind denn", fragte er, „die Zustände in Deutschland nun auf einmal über Nacht so verhängnißvoll geworden, daß wir zu diesem äußersten und verzweifelten Mittel greifen müssen, daß wir der deutschen Nation, ihren Einrichtungen und ihrem Charakter ein solches Armuthszeugniß ausstellen müssen, daß ohne die gefährlichsten Ausnahmemaßregeln die Ordnung nicht mehr aufrecht erhalten werden kann?"

Der Redner schloß mit den Worten: „Wir wollen auf dem Boden des gemeinen Rechts diese Gefahr bekämpfen, wir halten die Zustände in Deutschland noch für gesund und kräftig genug, namentlich auch in den besitzenden Klassen, daß diese ein solches Gesetz zu ihrem Schutz nicht brauchen. Die Regierung möge im nächsten Jahr kommen — wenn sie es wünscht, wir sind ja bereit, mitzuwirken schon im Herbst — mit einer Vorlage, welche die bürgerliche Freiheit mit gesetzlicher Ordnung und fester Autorität auf dem Boden des gemeinsamen Rechts im öffentlichen Leben für alle Klassen vereinigt."

So lauteten die Erklärungen desjenigen unter den Führern der nationalliberalen Partei, welcher bisher als der hauptsächliche Vertreter der gemäßigten Richtung in derselben galt. Andere Redner sprachen sich noch entschiedener abweisend aus. Ein gemäßigter Vermittelungsantrag, der von vereinzelten Mitgliedern der Partei gestellt wurde, fand fast nur in den Reihen der konservativen Parteien Unterstützung und wurde mit 243 gegen 60 Stimmen abgelehnt.

Angesichts dieser Vorgänge und der obigen bestimmten Ankündigungen des Wortführers der Mehrheit konnte die Regierung in der That nicht darauf rechnen, daß dieselbe Mehrheit jetzt nach so kurzer Zeit einem auf gleicher Grundlage ruhenden Entwurf zustimmen sollte.

III.

Wenn die Regierung nach wie vor daran festhält, daß der Schutz der bürgerlichen Gesellschaft gegen die Ausschreitungen der Sozialdemokratie durch spezielle gegen diese Ausschreitungen gerichtete Maßregeln der Gesetzgebung zu sichern ist, so konnte die Hülfe dazu nicht mehr bei dem Reichstage in seiner bisherigen Zusammensetzung und in seinem bisher entscheidenden Parteigefüge gesucht werden, vielmehr mußte die Regierung sich unmittelbar „an das Gewissen der Nation wenden."

Die Regierung zweifelt allerdings nicht daran, daß auch innerhalb der bisherigen Reichstagsmehrheit eine erhebliche Anzahl derjenigen Abgeordneten, welche gegen die frühere Vorlage gestimmt haben, jetzt nach den erschütternden und betrübenden Erfahrungen der allerjüngsten Wochen geneigt sein würden, der bedroheten Gesellschaft die unentbehrlichen Mittel des Schutzes und der Abwehr zu gewähren. Aber diesen Abgeordneten selber wird die Befreiung von den Fesseln und Rücksichten, welche ihnen durch die bestehenden parlamentarischen Verhältnisse, Beziehungen und maßgebenden Einflüsse auferlegt sind, leichter werden, wenn sie ihre Auffassungen und Bestrebungen in dem unmittelbaren Verkehr mit dem Volksbewußtsein, in der Berührung mit den Wünschen, Bedürfnissen und Hoffnungen der staatserhaltenden Kräfte der Nation erfrischt und gestärkt haben.

Die Regierung ist tief und fest davon überzeugt nicht blos, daß sie selber im Interesse des Gesammtwohls der Nation handelt, sondern daß die große Mehrheit des Volkes ihre Ziele billigt. Sie hat schon die frühere Vorlage damit begründet, daß die Sozialdemokratie das Gemeinwohl auf das Schwerste gefährde und daß die durch ihre Agitationen hervorgerufene Störung des öffentlichen Friedens schon jetzt nicht ohne Rückwirkung auf die Entwickelung der wirthschaftlichen Verhältnisse sei und dieselben weiter in noch höherem Maße schädigen werde.

„Soll in der That," so wiederholen wir heute, „die Hoffnung auf den allseitig ersehnten Wiederaufschwung in Handel und Wandel in Erfüllung gehen, so muß außer dem Weltfrieden, zu dessen erneuter Sicherung die europäischen Mächte in Berlin zusammentreten, auch Friede und Sicherheit in den wirthschaftlichen Kreisen selbst wieder befestigt werden. Dies ist nicht möglich ohne Einschränkung des zügellosen Treibens der Sozialdemokratie."

Die Regierung, getragen von dem Bewußtsein ihrer unmittelbaren Verantwortung und Pflicht, steht im Begriff, den Beistand des deutschen Volkes selbst zur Erreichung ihrer Ziele für den inneren Frieden und neues wirthschaftliches Gedeihen anzurufen.

Die Regierung erstrebt in vollster Aufrichtigkeit „die Stärkung des Staatslebens durch Vereinigung und Kräftigung der wirklich erhaltenden Elemente". Diese Vereinigung aber muß, wie jüngst hervorgehoben worden, einen positiven Inhalt und bestimmte gemeinsame Ziele haben. Wenn der Versuch eine fruchtbringende Gemeinschaft auf dem wirthschaftlichen, wie auf dem politischen Gebiete anzubahnen, in dem bisherigen Reichstage nicht zum Ziel geführt hat, so wird der gesunde patriotische Geist des deutschen Volkes, welcher sich unter den schweren Ereignissen der letzten Wochen in erhebender Weise bekundet hat, so Gott will, dazu helfen, daß sich im künftigen Reichstage eine Mehrheit klar bewußter und fest entschlossener Männer zusammenfinde, um die drohenden Gefahren für Staat und Gesellschaft wirksam zu beschwören und sichere Grundlagen für einen neuen Aufschwung des politischen und wirthschaftlichen Gedeihens des deutschen Volkes zu schaffen.

---

11. Juni. Durch Allerhöchste Verordnung wird der bisherige Reichstag auf Grund des vom Bundesrath gefaßten Beschlusses aufgelöst und durch Verordnung von demselben Tage die Wahlen zum neuen Reichstage auf den 30. Juli festgesetzt.

Die Verantwortung für die Reichstagsauflösung.

(„Provinzial-Correspondenz" vom 19. Juni.)

Unter den Parteien, welche im Reichstage bisher von hervorragender Bedeutung waren, ist zuerst die nationalliberale Partei mit einem ausdrücklichen Wahlaufrufe hervorgetreten. Sie hatte dazu insofern den dringendsten Anlaß, als sie vermöge ihrer Stellung im letzten Reichstage den wesentlichsten Einfluß auf die Haltung desselben bei den letzten wichtigen Beschlüssen geübt hatte.

Der Wahlaufruf geht nun davon aus, daß die Reichsregierung in der gegenwärtigen Lage die Aufforderung an die Nation ergehen lasse, Vertreter zu entsenden, „welche bereit und entschlossen sind, ihr Hülfe und Unterstützung zu gewähren in dem Kampfe gegen die Ausschreitungen der Sozialdemokratie," — und es wird darauf die Versicherung ausgesprochen:

„Unsere politischen Freunde werden (auch) im neuen Reichstage es als ihre erste Pflicht erachten, der Reichsregierung in der Vertheidigung der Grundlagen gesellschaftlicher Ordnung und staatlicher Sicherheit entschlossen zur Seite zu stehen, und überall, wo eine aufmerksame und energische Handhabung der bestehenden Gesetze nicht ausreicht, die erforderlichen gesetzlichen Vollmachten und Befugnisse ohne Schwanken gewähren. Alle Vorschläge, welche darauf gerichtet sind, in wirksamer Weise die auf den Umsturz der bestehenden Rechtsordnung und die Zerstörung des bürgerlichen Friedens gerichteten Angriffe zu verhindern und abzuwehren, ohne die dauernden Garantien unserer schwer errungenen bürgerlichen Freiheit zu gefährden, werden unsere Unterstützung finden."

Diese feierliche Versicherung und Zusage scheint an und für sich den Entschluß einer wirksamen Unterstützung der Regierung seitens der nationalliberalen Partei verbürgen zu sollen: diese erklärt sich, im Gegensatz zu der bisherigen Haltung, bereit, der Regierung die erforderlichen Vollmachten und Befugnisse der Sozialdemokratie gegenüber zu gewähren.

Diese Zusicherung wird allerdings einigermaßen abgeschwächt durch die Beflissenheit, mit welcher der Aufruf selbst und namentlich die gleichzeitig erschienene Auslegung desselben in dem Berliner Hauptorgan der Partei andeutet, daß diese im Wesentlichen nur ihrer bisherigen Haltung treu bleiben werde. Die Nationalliberalen wollen, wie der Aufruf sagt, „auch" im neuen Reichstage der Regierung entschieden zur Seite stehen, — was aber bekanntlich im bisherigen Reichstage nicht der Fall war.

Wenn der Wahlaufruf ferner die „Ueberzeugung" ausspricht, daß auch die große Mehrheit des aufgelösten Reichstages der Regierung die jetzt erwartete Mitwirkung nicht versagt haben würde, wenn die „National-Zeitung" diesen Satz mit dem Hinzufügen wiederholt: „die Partei setze ihr Wort dafür ein," daß dies geschehen sein würde, — und wenn sodann hinzugefügt wird, durch diese Erklärung sei „die Frage über die Nothwendigkeit der Auflösung aus dem im preußischen Antrage angegebenen Grunde erledigt," — so muß eine solche Behauptung auf Grund aller klar vorliegenden Thatsachen wiederholt und bestimmt zurückgewiesen werden.

Es ist an und für sich ein ziemlich bedeutungsloser Ausspruch, nachträglich mit seinem Worte dafür einstehen zu wollen, was man unter gewissen nicht mehr vorhandenen Umständen gethan haben würde, man kann sich darüber hinterher leicht selbst täuschen, — die Versicherung verliert aber vollends allen Werth, wenn aus den Thaten einer nur wenig zurückliegenden Vergangenheit die Wahrscheinlichkeit eines gegentheiligen Verhaltens zu folgern war. In dieser Beziehung hat die „Provinzial-Correspondenz" neulich die klarsten, nirgends widerlegten Belege aus den letzten Verhandlungen beigebracht, — ihren Ausführungen steht jetzt das Zeugniß des Abgeordneten von Treitschke sowohl, wie anderweitige thatsächliche Darlegungen über die Vorgänge innerhalb der nationalliberalen Fraktion zur Seite.

Die „National-Zeitung" behauptet freilich weiter, die jetzige Erklärung der Partei bestätige nur die Erklärungen, welche die nationalliberale Presse vor der Auflösung abgegeben habe. Die „National-Zeitung" muß aber ein unglaublich kurzes Gedächtniß haben: sie hat ihre Erklärungen vor der Auflösung offenbar vergessen. Zwei Tage vor dem Antrag Preußens schrieb sie:

„Was Höbel's Revolver nicht möglich machte, die Flinte des neuen Mordgesellen soll es herbeiführen. Wir wollen den leidigen Streit nicht wieder aufnehmen, der vor kaum zehn Tagen im Reichstage abgebrochen wurde — wie viel oder wenig Maßregeln einer sich nach langem Zusehen überstürzenden Strenge zum Niederdrücken einer Massenbewegung austragen mögen. — — — Wir dürfen heute wenigstens noch hoffen, daß der Fehler nicht wiederholt werden mag, der durch die Art der Vorbereitung der jüngsten Sozialistenvorlage zu einem so unerquicklichen — wir möchten beinahe sagen gemeinschädlichen — Schauspiele gegenseitiger Beschuldigungen unter den zur Staatserhaltung gemeinsam berufenen Elementen geführt hat. Ihre Hülfe zur Steuerung

offener Gesetzesverletzung und Verhöhnung wird keine staatsfreundliche Partei verweigern, eine Heilung auf Symptome kann uns nicht helfen und retten."

Und als sich die Zeitung „Post" gegen diese Auffassungen erhob, schrieb die „National-Zeitung" am 5. Juni, also am Tage vor der Berathung des preußischen Ministeriums über die Berufung oder Auflösung des alten Reichstages:

„Für den Fall, daß die Regierung nach dem Vorschlage der „Post" nichts Eiligeres zu thun weiß, als den Reichstag wiederzuberufen und ihm abermals „ein" Gesetz gegen die Sozialdemokratie vorzulegen, müssen wir den dringenden Wunsch hegen, daß man es nicht auf eine Wiederholung des gemeinschädlichen Schauspiels der letzten Debatte ankommen lasse. Es ist dies eine realpolitische Vorsicht, die wir auch dann empfehlen müßten, wenn wir in der Ansicht über den Werth der neulichen Vorlage mit der „Post" übereinstimmten."

Erst im allerletzten Augenblicke, als die Auflösung unmittelbar bevorzustehen schien, veröffentlichten einige nationalliberale Abgeordnete eine Erklärung, welche die Mitwirkung der Partei zu den erforderlichen Maßregeln in Aussicht stellte, deren Bedeutung für die Partei im Ganzen jedoch zwölf Stunden darauf wieder in Abrede gestellt wurde.

Die nationalliberale Presse im Ganzen hielt an dem bei den letzten Reichstagsverhandlungen vertretenen Standpunkte fest, daß es sich auch bei den weiteren Schritten der Gesetzgebung nicht um Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie, sondern nur um Veränderungen auf dem Boden des Allen gemeinsamen Rechts handeln dürfe. Freilich war im voraus gewiß, daß Einschränkungen wirksamer Art, wie sie zur Bewältigung der Sozialdemokratie z. B. auf dem Gebiete der Presse und des Vereinsrechts unerläßlich sind, auf dem Boden des „Allen gemeinsamen Rechts" vom Reichstage durchaus nicht bewilligt worden wären. Alle derartige Ankündigungen, wie sie sich auch jetzt in dem Wahlaufrufe der Fortschrittspartei wiederholen, sind nur Ausflüchte, um die von der Regierung verlangten Mittel zu versagen, — nicht Anerbietungen zu einer irgendwie erfolgreichen Mitwirkung.

Das bedeutendste Organ der hannoverschen Nationalliberalen erklärte seinerseits in den Tagen vor der Auflösung: der Reichstag, da er auf die Ausführung der Gesetze keinen direkten Einfluß übe, könne auch nicht durch Ertheilung solcher Vollmachten, wie sie die Regierung verlangt habe, eine Mitverantwortlichkeit übernehmen. Das Blatt fügte dann bemerkenswerther Weise hinzu: „Etwas völlig Anderes aber wäre es, wenn die Regierung auf Grund des Artikels [illegible] der Reichsverfassung in Berlin und den übrigen Sitzen der sozialdemokratischen Agitation den Belagerungszustand verkündete, der sie zu allem Dem berechtigt, was sie auf Grund des Sozialistengesetzes zu thun beabsichtigte; sie trüge dann allein die Verantwortlichkeit für das, was sie anzuordnen für erforderlich hielte." Es ist nicht überflüssig, auch an solche von liberaler Stelle ausgegangene Rathschläge zu erinnern.

Aus dem Allen aber geht klar hervor, daß die Regierung so wenig aus der nationalliberalen Presse, wie aus dem eigenen Verhalten des früheren Reichstages irgend einen Anhalt für die Annahme gewinnen konnte, daß sie auch bei jenem eine bereitwillige und entschlossene Unterstützung gegen die Sozialdemokratie hätte finden können.

Die Frage über die Nothwendigkeit der Auflösung kann hiernach wohl allerdings als „erledigt" gelten, aber unbedingt als erledigt im Sinne des Regierungsbeschlusses.

Die tiefere ursächliche Verantwortung für die Auflösung fällt der Mehrheit des Reichstages und vor Allem der nationalliberalen Partei in ihrer bisherigen Zusammensetzung und Leitung zu, — die unmittelbare politische Verantwortung wird die Regierung willig „vor der Nation und vor der Geschichte" tragen. Sie hat zunächst die Genugthuung, daß sofort nach der Auflösung die bisherigen Gegner sich für die „entschlossene" Mitwirkung in dem

Kampfe gegen die Ausschreitungen der Sozialdemokratie erklärt haben. Die Regierung darf darin eine Bestätigung der Ueberzeugung finden, daß das Volk selbst in seiner großen Mehrheit ihre Ziele und ihre Wege billigt, und dieser Billigung voraussichtlich bei den Wahlen Ausdruck geben wird.

Die Aufgabe aller ernsten Freunde der Regierung Sr. Majestät wird es sein, die patriotisch gesinnten Wähler vollzählig um das Kaiserliche Banner zu sammeln und möglichst darüber aufzuklären, inwieweit die verschiedenen Parteien und Wahlkandidaten genügende Bürgschaften für die Unterstützung der Regierung in der Lösung ihrer großen Aufgaben gewähren. Sie bedarf dazu, um es zu wiederholen, im künftigen Reichstag einer „Mehrheit klar bewußter und festentschlossener Männer, welche ernst und aufrichtig dazu helfen wollen, die drohenden Gefahren für Staat und Gesellschaft wirksam zu beschwören und sichere Grundlagen für einen neuen Aufschwung des politischen und wirthschaftlichen Gedeihens des deutschen Volkes zu schaffen."

Der Sozialismus und der Meuchelmord von H. von Treitschke.

„Das Leben ist oft grausiger als die wildesten Gebilde der Phantasie. Wer hätte vor einem Monat nur für denkbar gehalten, daß heute ein französisches Blatt uns zurufen darf: „warum hassen die Deutschen ihren Kaiser? und unter uns, die sein Schwert so schwer getroffen hat, haßt ihn Niemand!?" Schmach über Schmach ist binnen wenigen Wochen auf den guten Namen des treuen deutschen Volkes gefallen. — Millionen zerknirschter und beschämter deutscher Herzen blicken fragend zu Gott empor: ob es denn wirklich in seinem unerforschlichen Rathschluß beschlossen ist, daß uns auch noch die letzte Schande treffen, daß der erste deutsche Kaiser, wie einst Frankreichs Friedensbringer Heinrich IV. durch die Hand eines Landsmannes den Tod finden soll? Und dies in einem Augenblicke, da die weite Welt dankbar die Weisheit und Gerechtigkeit der deutschen Krone bewundert, da die Bevollmächtigten der großen Mächte sich eben anschicken, den Friedenskongreß zu besuchen, der allein durch die Mäßigung der deutschen Politik möglich wurde. Wohin ist es mit uns gekommen!

Wer in einer solchen Stunde des Aufruhrs aller Gefühle über die politischen Aufgaben der nächsten Zukunft zu reden unternimmt, bedarf eines kalten Kopfes und fester Selbstbeherrschung. Es ist aber auch nicht ein von gestern auf heute ersonnener hitziger Einfall, sondern eine wohlerwogene, seit Monaten in schmerzlichem Nachdenken gereifte Ueberzeugung, wenn wir die Meinung aussprechen, daß die heutigen Gesetze nicht mehr ausreichen, um den Bestand der Gesellschaft und der Kultur gegen die große Verschwörung der Sozialdemokratie zu sichern. Aus dem Pfuhle der Sozialdemokratie ist alle die unauslöschliche Schande der jüngsten Tage emporgestiegen.

Eine allmählige Läuterung der Sozialdemokratie von innen heraus haben wir nie erwartet, denn der Unsinn und die Niedertracht können sich nicht abklären. Was von berechtigten Gedanken in den Lehren dieser Sekte liegen mag, ist ihr gemein mit anderen Parteien: was ihr eigen angehört und ihr Wesen ausmacht, ist das Evangelium der sinnlichen Gier, des Hasses und des Neides, die Verhöhnung alles Heiligen. — — — Die Verwilderung wuchs und wuchs. Mit den gotteslästerlichen Reden dieses Winters erreichte die Unzucht des Wortes einen Gipfel, der nicht mehr überschritten werden konnte; die Versammlungen der Berliner Weiber — sicher das unheimlichste unter allen Symptomen der argen Krankheit — ließen erkennen, wie tief bereits die Grundlagen unseres sittlichen Lebens untergraben sind; nachher, bei den beiden großen Leichenbegängnissen im Frühjahr, musterte die Revolution schon prahlerisch beim hellen Tage ihre Heerschaaren. — —

Der unvermeidliche Ausbruch ist erfolgt, scheußlicher als sich's das Hirn

eines ehrlichen Mannes je erträumen konnte. Der Mord, der feige Mord schleicht um unser Herrscherhaus. Nicht umsonst hat die sozialdemokratische Presse seit Jahren die Mörder „Ludwig Capets“ verherrlicht und ihre vergifteten Pfeile immer geradeswegs gegen die Personen des Königlichen Hauses gerichtet.

Wir können uns nicht mehr darüber täuschen, die Sozialdemokratie ist der Ruthe entwachsen, sie ist zu einer Schule des Verbrechens geworden. Ein großer Theil der Nation ist wehrlos geworden gegen die Phrase, wehrlos gegen den Unglauben, wehrlos gegen den Kitzel der sinnlichen Begierde. Wir müssen ein für allemal brechen mit jener schwachmüthigen Begönnerung und Beschönigung der rohen Begehrlichkeit, die unter uns allzu lange für geistreich galt, und in jedem Hause mit jedem erlaubten Mittel den Kampf führen gegen die Feinde der Gesellschaft. — —

Doch die langsam wirkenden Mittel der sozialen Gegenwehr reichen längst nicht mehr aus wider die Gefahren des Augenblicks. Eine Million deutscher Männer und Burschen — und wie viele Frauen dazu! — wird durch eine organisirte Verschwörung dem Leben der Nation entfrembet, nimmt gar keinen Antheil an den Gefühlen der Scham und Reue, die in den gebildeten Klassen erwacht sind. Es wird die höchste Zeit, daß der Staat für längere Zeit die Vereine der Sozialdemokratie schließt, ihre Zeitungen verbietet, ihre Agenten aus den großen Mittelpunkten der Arbeiterbevölkerung ausweist. Diese Menschen trotzen auf die Gewalt der Fäuste und sie verstehen nur die Sprache der Gewalt. — —

Niemand wähnt, ein strenges Eingreifen des Staats werde den Sozialismus sofort vernichten; vielmehr sind wir darauf gefaßt, daß gerade diese Strenge einige neue Wuthausbrüche des rothen Terrorismus herbeiführen kann. Doch ein großer Erfolg wäre schon erreicht, wenn das weite Netz der organisirten Verschwörung mit einem Hiebe zerrissen, die sozialdemokratische Bureaukratie zersprengt und ihre Führer vertrieben würden. Diese Demagogen leben von den Sparpfennigen der mißleiteten Massen; sie werden brodlos, wenn die Vereinsbeiträge und die Zeitungseinnahmen hinwegfallen. — — Es wäre ein offenbarer Gewinn für die Kultur, wenn ein strenges Verbot der sozialistischen Vereine und Schriften den ehrlichen und denkenden Freunden des Volks wieder den Zugang verschaffte zu dem Ohre der Massen, das ihnen heute fast ganz verschlossen ist. — —

Wohl oder übel muß man vorläufig mit den bestehenden Gesetzen sich behelfen. Gegen die Versammlungen der Sozialisten reichen sie vielleicht aus, gegen die Presse nicht; sie wird leider den gewerbmäßigen Betrieb der Gotteslästerung, der Aufwiegelung, des Landesverrathes noch eine Zeit lang ziemlich ungestört fortsetzen. —

Ich habe (bei der Berathung der letzten Vorlage gegen die Sozialisten) anders gestimmt, als die große Mehrheit der Fraktion, und nicht verfehlt, daß ich die einfache Verwerfung dieses Gesetzes für den verhängnißvollsten politischen Fehler hielte, der unter den gegenwärtigen Umständen nur irgend begangen werden könne. Ich meinte die Stunde gekommen für den offenen Kampf gegen die Anarchie und wollte lieber ein mannigfach anfechtbares Gesetz annehmen, als der Sozialdemokratie einen Triumph bereiten. Jedoch die Mehrzahl sah in jener That nur das vereinzelte Verbrechen eines verkommenen Menschen. Andere nahmen Anstoß an der mangelhaften Fassung des Gesetzes; und doch lagen verständige Verbesserungsanträge vor, von Liberalen entworfen. — — Wieder Andere waren gegen jedes Ausnahmegesetz — als ob wir nicht leider in Ausnahmezuständen lebten! Nur eine kleine Minderheit nahm an der Abstimmung der Fraktion nicht Theil, und sie bestand, bezeichnend genug — bis auf einen Einzigen — durchweg aus namhaften Juristen, aus Männern also, die nach Charakter und Lebensstellung natürliche Gegner jeder Willkür sein müssen.

Die Mehrheit des Reichstags hatte der Krone in einem Augenblicke dringender, schwerer Gefahr nichts zu bieten, als Ver-

sprechungen für die Zukunft — Versprechen, die unzweifelhaft im besten Glauben ausgesprochen wurden, nur schade, daß Niemand mit Sicherheit sagen konnte, ob es möglich sein würde, sie dereinst einzulösen!

Der Nation, und namentlich den Anarchisten blieb der Eindruck, daß die Parteien der Ordnung den anstürmenden Wogen der sozialen Revolution keinen festen Entschluß, keinen einmüthigen Willen entgegenzusetzen hatten.

Selten ist die Strafe dem politischen Irrthum so rasch auf dem Fuße gefolgt. Nur zehn Tage, und es lag vor Aller Augen, daß die Mehrheit sich über die Gefahren der Stunde gänzlich getäuscht hatte; aus dem Erfolge des Augenblicks war eine schwere moralische Niederlage geworden. Es steht nicht anders, der Liberalismus muß die Folge dieser Niederlage tragen; er muß sich darin finden, daß nunmehr auf lange hinaus nur eine konservative Regierung möglich ist.

Die Konservativen sind in der günstigen Lage, das Feldgeschrei anzustimmen: „Hie Kaiser und Reich! dort die Sozialdemokratie!“ Sie wären Thoren, wenn sie sich dieses Vortheils nicht bedienten; sie lassen sich nicht abspeisen mit der allgemeinen Versicherung, man wolle ernsthaft gegen den Sozialismus vorgehen, sondern sie werden an jeden Kandidaten die bestimmte Frage stellen: „Ja oder nein? Willst Du gegen die Sozialdemokratie ein Ausnahmegesetz bewilligen, wie es einst gegen die Jesuiten, in härterer Form und bei geringerem Nothstande, bewilligt wurde?“ Um dieser Frage willen ist der Reichstag aufgelöst worden, und — grad heraus — weiß ein liberaler Kandidat darauf nur mit Ausflüchten und gewundenen Worten zu erwidern, so müssen alle einsichtigen Patrioten ihm einen Konservativen, der mit einem herzhaften Ja antwortet, unbedenklich vorziehen. — Die konservative Strömung, die heute zur Nothwendigkeit geworden ist, kann zur Reaktion führen, wenn das unheilvolle Bündniß zwischen den Nationalliberalen und der Fortschrittspartei sich von Neuem schließt; sie kann es nicht, wenn die besonnenen Liberalen der Krone gewähren, was für die Befestigung der sozialen Ordnung unentbehrlich ist. Nur dann werden sie im Stande sein, ein Uebermaß der Strenge abzuwenden. Erst wenn die Nation durch die That bewiesen hat, daß die Würde der Krone und die Segnungen der Kultur ihr theurer sind als das Parteigezänk, — dann erst wird die Welt uns glauben, daß was uns heute schändet und entwürdigt, ein fremder Tropfen im deutschen Blute war.

Die Wünsche und Absichten der Regierung bei den Wahlen.

(„Provinzial-Correspondenz“ vom 26. Juni.)

Die Wahlbewegung hat überall im Deutschen Reiche begonnen: die Parteien haben ihre Wahlaufrufe erlassen und in denselben mehr oder minder bestimmt ihre Stellung zu dem Kampfe gegen die Sozialdemokratie, sowie zu den voraussichtlichen weiteren Aufgaben des künftigen Reichstages genommen.

Je entschiedener in weiten Volkskreisen der Wille hervortritt, die Regierung in der Erfüllung ihrer ernsten und schwierigen Mission wirksam zu unterstützen, — je geschäftiger dagegen unter der Einwirkung des Parteitreibens Zweifel, Unklarheiten und Bedenken über die nächsten und die weiteren Absichten der Regierung verbreitet werden, — desto dringender ist es geboten, die wirklichen Ziele der Regierungspolitik, sowie die Wünsche und Erwartungen, welche sie an die Neuwahlen knüpfen muß, nochmals anzudeuten.

In Wahrheit kann freilich über jene Ziele auch bisher kaum ein Zweifel obwalten: die Regierung hat sich in amtlichen Schriftstücken und in den Aeußerungen ihrer berufensten Vertreter ebenso über die unmittelbaren Anlässe und Gründe, um derentwillen sie eine neue Reichsvertretung berufen zu müssen glaubte, und hiermit über die nächsten und dringendsten Aufgaben, welche sie mit Hülfe derselben zu lösen gedenkt, wie seiner Zeit über die Ziele der Reichspolitik auf den wichtigsten Gebieten der inneren Entwickelung unumwunden ausgesprochen.

In den Motiven des Auflösungsantrags ist die nächste gemeinsame Aufgabe klar bezeichnet: die Regierungen erwarten von dem neuen Reichstage zunächst die jüngst verweigerten gesetzlichen Vollmachten, um die Gefahren, welche für Staat und Gesellschaft von dem Treiben der Sozialdemokratie drohen, erfolgreich abwenden zu können.

Die frühere Vorlage erblickte die Quelle dieser Gefahren vor Allem in dem Gebrauch, welchen die Sozialdemokratie von der Freiheit der Presse und dem Vereinsrechte macht: die Regierungen hielten in dieser Beziehung die Bewilligung kräftiger und schnell eingreifender Mittel für nöthig, um dem bisherigen Mißbrauche jener Freiheiten Schranken zu setzen, und damit den Bestrebungen Raum zu gewähren, welche darauf gerichtet sind, durch Aufklärung und Belehrung, durch Stärkung des Sinns für Recht und Sitte, wie durch wirthschaftliche Verbesserungen die Wurzeln des Uebels zu beseitigen.

Zur Erreichung jenes Zwecks wurde für den Bundesrath eine Ermächtigung zum Verbot von Druckschriften, Vereinen und Versammlungen, welche die Ziele der Sozialdemokratie verfolgen, in Aussicht genommen.

Nachdem inzwischen durch die neuesten traurigen Erfahrungen — sowohl durch die wiederholte Gefährdung des Lebens Sr. Majestät des Kaisers, wie durch die gleichzeitig hervorgetretenen sonstigen Anzeichen sittlicher Verirrung und Verwilderung — die Ueberzeugung von der Verderblichkeit des sozialdemokratischen Treibens eine neue Bestätigung und zugleich weitgehende Zustimmung gefunden hat, — halten die Regierungen es um so dringender geboten, „den Weg der Gesetzgebung in derselben Richtung, wie sie die frühere Vorlage bezeichnet hatte, weiter zu beschreiten“, — und vor Allem spezielle Vollmachten gegenüber der sozialdemokratischen Presse und den sozialdemokratischen Vereinen und Versammlungen in Anspruch zu nehmen.

Für die praktische Ausführung und die Wirksamkeit der betreffenden Bestimmungen werden in der neuen Vorlage, so wie durch anderweitige Schärfung einzelner Bestimmungen des Strafgesetzes entschiedenere Bürgschaften zu sichern sein.

Die Regierungen wähnen freilich nicht, daß diese Maßregeln staatlicher Einschränkung für sich allein im Stande sein sollten, die sozialistischen Verirrungen durchgreifend zu heilen und zu überwinden, — sie sind vielmehr überzeugt, daß die gesetzliche Vorkehr nur dazu dienen kann, zunächst den Boden wieder frei zu machen für eine positiv heilende Wirksamkeit aller dazu berufenen staatlichen, kirchlichen und bürgerlichen Kreise. Die Regierungen erkennen es als eine ihrer höchsten Aufgaben, diese von innen heraus bessernde Wirksamkeit auf jede Weise anzuregen, zu beleben und mit Rath und That zu fördern, — aber als die unerläßliche Vorbedingung für jedes Gelingen in dieser Beziehung erachten sie, daß zuvörderst der verführerischen Agitation, welche jeder wohlthätigen Einwirkung den Boden vorenthält, die bisherige Gewalt entrissen werde.

Indem die Regierungen aber in der hierdurch gebotenen energischen Bekämpfung der Sozialdemokratie nicht blos eine dringende Nothwendigkeit des Augenblicks, sondern zugleich eine Bedingung für die Wiederbelebung des öffentlichen Vertrauens und für einen neuen Aufschwung des gewerblichen und wirthschaftlichen Lebens der Nation erkennen, müssen sie von dem künftigen Reichstage auch eine bereitwillige und kräftige Unterstützung für die seit Jahren vorbereiteten Reformen auf dem gewerblichen und finanziellen Gebiete erwarten.

Im engsten Zusammenhange mit dem Kampfe gegen die sozialistischen Verirrungen und gegen die angestrebte Lockerung aller sittlichen Bande in den gewerblichen Kreisen werden die Bestrebungen, die Gewerbe-Ordnung unter Festhaltung ihrer Grundlagen und unter Berücksichtigung der hervorgetretenen praktischen Bedürfnisse zu verbessern, in dem bisherigen Geiste fortzuführen sein.

Seit langer Zeit ist das Streben der Regierungen ferner auf eine wirthschaftliche Reform gerichtet, von welcher sie eine allseitige Erfrischung der finanziellen Verhältnisse des Reichs und der einzelnen Staaten und somit einen neuen Aufschwung der Volkswohlfahrt erwartet.

Aus den darüber gepflogenen Verhandlungen geht für jeden Unbefangenen hervor, daß der eigentliche bestimmende Grund und Zweck dieser Reform im Sinne der Regierung nicht die Vermehrung der Steuerlast des Volkes, sondern vor Allem die feste dauernde Begründung einer selbstständigen und ersprießlichen Finanzpolitik des Reiches, und zwar unter wesentlicher Erleichterung der Einzelstaaten und behufs möglichster Schonung der Steuerkraft des Volkes ist.

Die leitenden Gesichtspunkte, von denen der Reichskanzler und die verbündeten Regierungen bei ihrem Reformplan von vornherein ausgingen, bestehen nach wie vor in voller Kraft und bleiben maßgebend für das weitere Vorgehen der Regierungen: einerseits die Selbstständigkeit der Reichsfinanzen und zu dem Zweck die Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reiches; — andrerseits die überwiegende Heranziehung und Ausnutzung der dazu vorzugsweise geeigneten indirekten Steuern, um gleichzeitig die seit Jahren immermehr gesteigerten Anforderungen der direkten Besteuerung im Staate, sowie in den Kreis- und Kommunalverbänden vermindern zu können.

Als Aufgabe der Finanzpolitik des Reiches ist in den Motiven zu den jüngsten Steuervorlagen bezeichnet: „daß durch Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reiches aus den ihm zur Verfügung stehenden Verbrauchssteuern eine Entwickelung eingeleitet werde, welche eine Entlastung des Budgets der Einzelstaaten auf die Dauer herbeiführt, so daß es den letzteren dadurch ermöglicht wird, drückende Steuern zu beseitigen oder zu ermäßigen oder wenn sie dies für angezeigt halten, einzelne, dazu geeignete Steuern den Provinzen, Kreisen und Gemeinden ganz oder theilweise zu überlassen."

Unter den Verbrauchsgegenständen, durch deren höhere Besteuerung eine Mehreinnahme des Reiches in bedeutendem Umfange zu erreichen ist, steht nach allseitigem Anerkenntniß in erster Linie der Tabak, dessen höhere Besteuerung mit Leichtigkeit den größten Theil der wünschenswerthen Mehreinnahmen für das Reich einbringen kann. Ob dabei die Form des Monopols oder eine hohe Fabrikatsteuer oder ein anderer Modus ins Auge zu fassen sein wird, bleibt von dem Ergebnisse der mit Zustimmung des Reichstages eingeleiteten Enquête abhängig.

Als Folge der Vermehrung der Reichseinnahmen würde (um zunächst und vorbehaltlich näherer Darlegung nur für Preußen nochmals anzudeuten, was Seitens der Vertreter der Regierung wiederholt ausgeführt worden ist) Schritt vor Schritt eine durchgreifende Reform der Klassen- und Einkommensteuer Behufs vollständiger Befreiung oder wesentlicher Erleichterung der unteren Stufen — die Verwendung eines namhaften Theils der Grund- und Gebäudesteuer für die kommunalen Verbände Behufs Erleichterung der Kommunalsteuern, und weiter eine Reform der Gewerbesteuer Behufs Erleichterung der Handwerker und der kleineren Handeltreibenden in Aussicht zu nehmen sein. Außerdem würde die Möglichkeit gewonnen werden, die Förderung neuer produktiver Anlagen im Interesse der verschiedenen Landestheile, sowie die bevorstehenden weiteren Reformen, namentlich auf dem Gebiete des Unterrichtswesens, für welche sonst die Steuerkraft der Kommunen auf's Neue erheblich in Anspruch genommen werden müßte, ohne solche neue Belastung durchzuführen.

Das sind die wesentlichen Gesichtspunkte bei der in Angriff genommenen Finanzreform: dieselben sind unzweifelhaft von einer ernsteren Fürsorge für das Wohl des Volkes eingegeben als die Parteikundgebungen, welche das Volk an-

geblich vor höherer Besteuerung schützen wollen. Nur auf dem von den Regierungen eingeschlagenen Wege ist es möglich, das Volk von bisherigen drückenderen Lasten zu befreien und vor der sonst unvermeidlichen anderweitigen Steigerung der staatlichen und kommunalen Lasten zu bewahren.

Deshalb rechnen die Regierungen darauf, für die Durchführung der Steuerreform in dem neuen Reichstage eine festere Stütze als bisher zu finden.

Die Sorge der Regierungen ist in jeder Beziehung auf die Förderung der wirthschaftlichen Wohlfahrt des Volkes gerichtet: auch in der Handelspolitik sollen bei der weiteren Entwickelung, unter Festhaltung der seit Gründung des Zollvereins stetig beachteten grundsätzlichen Gesichtspunkte, in jeder Beziehung die thatsächlichen Interessen und Bedürfnisse des gesammten nationalen Verkehrs, der Produktion wie der Konsumtion, sorglich gewahrt werden.

Eine energische Entwickelung des Verkehrswesens (der Eisenbahnen, Kanäle u. s. w.) und die sorgliche Berücksichtigung der volkswirthschaftlichen Interessen innerhalb der Eisenbahnpolitik werden einen mächtigen Hebel abgeben, die vaterländische Produktionsfähigkeit zu steigern.

Die Regierungen können aber in allen diesen Beziehungen ihre Absichten für die Wohlfahrt und das Gedeihen des Volkes nur durchführen, wenn sie der willigen und entschlossenen Unterstützung einer festen Mehrheit im Reichstage gewiß sind. Möge das deutsche Volk bei den bevorstehenden Wahlen dazu helfen, daß die künftige Mehrheit aus Männern bestehe, denen das aufrichtige und erfolgreiche Zusammenwirken mit den Regierungen nicht blos unter den augenblicklichen außerordentlichen Umständen, sondern auch bei den weiteren Arbeiten für eine gesunde politische und wirthschaftliche Entwickelung im Reiche ernst am Herzen liegt.

Die Regierung und die wirthschaftlichen Interessen des Volkes.

(„Provinzial-Correspondenz" vom 3. Juli.)

Bei den bevorstehenden Wahlen steht für die Regierung und im öffentlichen Bewußtsein in erster Reihe aller Erwägungen unzweifelhaft der Schutz des Staatswesens und der bürgerlichen Gesellschaft gegen die unterwühlenden Bestrebungen einer staatsfeindlichen Partei und der von derselben irre geleiteten Bevölkerung.

Das deutsche Volk hat den Ruf der Kaiserlichen Regierung in dieser Richtung ernst und entschieden aufgefaßt und scheint in den weitesten Kreisen entschlossen, demselben bei den Wahlen zu entsprechen. So sehen sich denn die Kandidaten fast aller Parteien, auch Solche, welche der Regierung noch vor Kurzem die Unterstützung zur Bekämpfung jener Gefahr ausdrücklich und entschieden versagt haben, jetzt genöthigt, den Wählern gegenüber eine gewisse Geneigtheit zur Mitwirkung an dem unerläßlichen Werke des Schutzes der Gesellschaft mehr oder minder bestimmt zu erklären.

Je mehr aber viele unter ihnen besorgen müssen, daß die Wähler im Hinblick auf ihre früheren Aeußerungen und Abstimmungen auch an ihre jetzige Entschiedenheit und Entschlossenheit in jener Richtung kaum recht glauben können, desto mehr sind sie bemüht, die Aufmerksamkeit und Sorge der Wähler von jener dringendsten Aufgabe abzulenken und auf angebliche Gefahren zu richten, welche dem Volk aus einer entschiedenen Unterstützung der Regierung bei den Wahlen entstehen könnten.

Sie sprechen von Reaktion auf dem politischen Gebiete, während die Regierung auch nach dem zweiten erschütternden Attentat, wo ihr grade aus liberalen Kreisen Wünsche und Vorschläge auf Diktatur und Belagerungszustand nahe ge-

bracht wurden, durch ihr ganzes Verhalten Zeugniß davon gegeben hat, daß sie vor Allem von dem Wunsche und Streben erfüllt war, im Einverständnisse mit der Reichsvertretung wirksame Maßregeln ausschließlich gegen die Sozialdemokraten zu ergreifen, um dagegen die Bürgschaften der öffentlichen Freiheit auf dem Boden des Allen gemeinsamen Rechts aufrecht zu erhalten.

Man spricht ferner in liberalen Blättern und Aufrufen immer wieder von der Absicht der Regierung, eine ihr ergebene Reichstagsmehrheit zu benutzen, um eine Steuerreform durchzuführen, welche nur auf eine Mehrbelastung des Volkes und auf eine Beschränkung der Rechte der Volksvertretung in Finanzfragen hinziele.

Es ist schon neulich in Kürze angedeutet worden, daß die Reformpläne der Regierung auf dem wirthschaftlichen Gebiete ganz andere, gerade dem Interesse des Volkes vorzugsweise entsprechende Ziele verfolge.

Gegenüber der Beflissenheit, mit welcher die Gegner der Regierung diese Fragen in den Vordergrund der Wahlbewegung zu bringen suchen, erscheint es nothwendig, nochmals und in näherer Ausführung zu betonen, daß kein Grund vorliegt, die Nation vor einer von der Regierung angeblich geplanten Mehrbelastung zu wahren.

Von Seiten des Reichskanzlers sowohl wie des preußischen Finanzministers ist, so oft die Steuerreform berührt wurde, darauf hingewiesen, wie die stärkere Heranziehung der indirekten Steuerquellen den Zweck haben müsse, den Druck der hochgespannten und — in Verbindung mit den steigenden Zuschlägen der Kommunen — zu schwer lastenden direkten Steuern zu erleichtern.

Die Staatsregierung betrachtet die Steuerreform nicht als ein Mittel, die auf den Schultern des Volks liegende Steuerlast zu vergrößern, sondern als ein Mittel, die Last so umzulegen, daß sie von den Schultern des Volks leichter getragen werden kann.

Ueber die Nothwendigkeit, das Reich durch Vermehrung seiner eigenen Einnahmen finanziell selbständig zu machen und Ersatz für die ungleich belastenden Matrikularbeiträge zu schaffen, ist zwischen den Parteien, die überhaupt die Befestigung des Reichs wollen, und der Staatsregierung, kaum ein Streit. Der Artikel 70 der Reichsverfassung betrachtet die Matrikularbeiträge nur als letztes Ausgleichsmittel für den Fall, daß die Zölle und Verbrauchssteuern nicht ausreichen und so lange eigene Reichssteuern nicht eingeführt sind. Daß dieses letzte Ausgleichsmittel aber den heutigen Umfang behalte, steht im Widerspruch mit der Selbstständigkeit des Reichs, im Widerspruche mit Gerechtigkeit und im Widerspruche mit dem Interesse, welches alle Bundesstaaten daran haben, daß sie bei der Sorge für ihren Haushalt nicht durch das Schwanken eines großen, von ihnen unabhängigen Ausgabepostens gestört werden.

Wenn man aber das Reich in lebendiger Verbindung mit seinen Gliedern ins Auge faßt, so kann man die Steuerreform nicht auf den Zweck beschränken, die Matrikularbeiträge ganz oder bis auf ein das Einnahme-Bewilligungsrecht des Reichtags wahrendes Minimum zu beseitigen, sondern man muß weitergehen und die Steuerverhältnisse und Bedürfnisse der Einzelstaaten mit in Betracht ziehen.

Bei der Theilung der Einnahmen zwischen dem Reich und den Einzelstaaten sind dem ersteren diejenigen Einnahmequellen zugewiesen, welche nicht nur an sich die größere Entwickelungsfähigkeit haben, sondern welche bisher in Deutschland verhältnißmäßig am wenigsten benutzt worden sind. Bekanntlich deckt Frankreich 75, England 87 Prozent seiner Ausgaben durch Verbrauchssteuern, während in Deutschland von dem Gesammtsteuerbetrag bisher nur 56 Prozent auf diesem Wege gewonnen werden.

Auf der anderen Seite sind die den Einzelstaaten verbliebenen Steuern in Deutschland mehr angespannt als in irgend einem anderen großen Staat. Während von dem Gesammtsteuerbetrag in Frankreich

nur 25, in England nur 13 Prozent durch direkte Steuern gedeckt werden, beläuft sich in Deutschland der Betrag derselben auf mehr als 44 Prozent. Diese Verhältnißzahlen ergeben sich aus einem Vergleiche der lediglich für den Staat erhobenen Abgaben; sie würden eine noch viel größere Differenz zeigen, wenn man zugleich die im Interesse der Kommunen zu tragenden Lasten mit in Rechnung ziehen wollte. Hieraus folgt, daß den Einzelstaaten nur durch das Reich geholfen werden kann und daß es gerade die Verhältnisse der Einzelstaaten sind, welche mit gebieterischer Nothwendigkeit zur Steuerreform im Reiche drängen.

Wenn zur weiteren Begründung dieser Thatsache auf den größten deutschen Staat, auf Preußen, verwiesen wird, so ist zu bemerken, daß die Verhältnisse in anderen Bundesstaaten, wenn auch nicht dieselben, doch, was das Bedürfniß der Abhülfe betrifft, überall ähnliche sind.

In Preußen sind die Erträge der dem Staat verbliebenen direkten Steuern nach ihrer heutigen gesetzlichen Gestaltung einer Steigerung theils überhaupt nicht fähig (nämlich die Grundsteuer und Klassensteuer, die beide kontingentirt sind), theils nur in verhältnißmäßig geringem Maße fähig. Die Möglichkeit einer Steigerung der direkten Steuern überhaupt ist insbesondere dadurch ausgeschlossen, daß die Gemeinden, Kreise und Provinzen wesentlich darauf angewiesen sind, durch Zuschläge zu diesen Steuern ihre Bedürfnisse zu decken, und daß letztere durch die Anforderungen des modernen Kulturlebens in ganz außerordentlicher Weise gestiegen sind. Weit entfernt also, hier an eine Steigerung zu denken, hat die Staatsregierung vielmehr die Absicht, die Steuerreform im Reich zu dem Zwecke durchzuführen, damit die Einzelstaaten die Mittel erhalten, ihrerseits den kommunalen Verbänden zu Hülfe zu kommen, sei es durch Verwendung für Aufgaben, deren Lösung die Kraft der einzelnen Gemeinden übersteigt, sei es durch Ueberweisung von Steuererträgen, sei es indirekt durch auf Erleichterung der Steuerpflichtigen gerichtete Reformen.

Speziell in Preußen ist die Ueberweisung eines Theils, wo möglich der Hälfte der Staats-Grund- und Gebäudesteuer bereits der Gegenstand zahlreicher Petitionen gewesen und die Staatsregierung wird diese Wünsche in dem Maße in Erfüllung bringen, als ihr die Mittel durch die Steuerreform vom Reich zur Verfügung gestellt werden. Als ebenso dringlich betrachtet sie die Verbesserung der Gewerbesteuer zur Erleichterung der Handwerker und des kleinen und mittleren Handelsstandes, sowie die Reform der Klassen- und Einkommensteuer in dem Sinne, daß, da zu den höheren Verbrauchssteuern die unteren und mittleren Schichten der Bevölkerung vermöge ihrer Zahl verhältnißmäßig mehr beitragen, diese Schichten dagegen eine Ausgleichung durch eine entsprechende Verminderung der direkten Steuersätze erhalten. Dabei bleibt diesen Bevölkerungsklassen der Vortheil, der in der Form der indirekten Besteuerung überhaupt liegt. Für die große Mehrheit des Volks, deren Einkommen in dem Erwerb und Verdienst des Tags oder in bescheidenen Monats- und Jahressätzen besteht, ist die Beschaffung des baaren Steuerbetrags am bestimmten Tage in Wirklichkeit schwerer und theurer, als die Abtragung der gleichen Summe in dem Kaufpreise von Gegenständen des nicht unentbehrlichen Genusses.

Aber es darf nicht übersehen und soll nicht verhüllt werden, daß das Ziel der Reform nicht erreicht würde, wenn die Erhöhung der Steuern des freiwilligen Verbrauchs lediglich und nur dazu dienen sollte, andere drückendere Steuern zu beseitigen. Sie sollen ferner dazu helfen, die naturgemäße und unvermeidliche Steigerung der Ausgaben im Haushalt des Reichs und der einzelnen Staaten zu decken, ohne Steigerung der weit drückenderen direkten Steuer. In Preußen z. B. sind wichtige Kulturzwecke mit einem größeren Aufwand als bisher zu fördern. Es gilt das Unterrichtsgesetz durchzuführen, welches bedeutende Ansprüche an den Staatshaushalt stellen wird. Für die Volksschulen und ihre Lehrer, für die höheren Unterrichtsan-

stalten, für die solidere **Vorbildung unserer Handwerker und Gewerbtreibenden** u. s. w. sind größere Ausgaben nöthig. Wir müssen für die weitere Entwickelung unseres Verkehrs, für **Kanäle, Hafenbauten**, zur Förderung des Eisenbahnwesens, insbesondere für **Lokal- und Kulturbahnen** rc. Mittel bereit haben. Die Stockung in unseren wirthschaftlichen Verhältnissen muß uns ein Ansporn mehr sein, durch solche produktive Anlagen um so sicherer und rascher den Druck der Gegenwart zu überwinden. Welche Forderungen sind in dieser Hinsicht von der Volksvertretung nicht alljährlich gestellt! Der Staat ist zur Ausführung der Justizorganisation verpflichtet, die wesentliche Mehrausgaben zur Folge haben wird. Nicht nur Rücksichten der Billigkeit sondern auch des dienstlichen Interesses werden in Preußen dazu drängen, in ähnlicher Weise, wie es in Elsaß-Lothringen und in anderen deutschen Ländern geschieht, für die **Wittwen und Waisen der Beamten** Fürsorge zu treffen.

Die Erfüllung dieser Bedürfnisse ist theils schon gesetzlich geboten, theils entspricht sie dem unzweifelhaft kundgegebenen Willen des Volkes. Dazu aber gewährt der Haushalt der Einzelstaaten nicht mehr die erforderlichen Mittel und kann sie selbst dann nicht gewähren, wenn die hoffentlich bald sich bessernden wirthschaftlichen Zustände auch eine Vermehrung der Einnahmen aus einigen der bisherigen Quellen herbeiführen sollte, denn es sind erfahrungsmäßig die nothwendigen Staatsausgaben bei solchem Aufschwung stets mindestens in gleichem Verhältniß gewachsen, und eine fortgesetzte Abschiebung von Staatslasten auf die Schultern der Gemeindeverbände widerspräche dem ganzen Sinn der erstrebten Verbesserung. Wer daher nicht die Absicht hat, im Parteiinteresse die Unwissenden im Volke zu bethören, kann weder fordern noch erwarten, daß die Steuerreform lediglich und allein zur Beseitigung anderer Lasten vollzogen werde. Die Steuerreform muß zugleich reichlichere Quellen für die Staatsausgaben schaffen; aber **nur für nothwendige, von der Mehrheit der Nation selbst gebilligte, ja geforderte Ausgaben.**

Die Steuerreform setzt voraus, daß Regierung und Volksvertretung aufrichtig und wahr mit einander verfahren; daß man mit voller Offenheit im Einzelnen sich darüber verständigt, welche Erleichterungen für die Bundesstaaten durch die Mehreinnahmen im Reiche erzielt werden sollen. Es kann durch die Steuergesetze selbst dafür gesorgt werden, daß die höheren Erträge der Reichssteuern den Einzelstaaten nach einem gewissen, den Verhältnissen und dringlichen Reformen entsprechenden Theile zu Gute kommen. In allen diesen Dingen ist die Verständigung leicht, wenn man den ernsten Willen hat, sich mit der Staatsregierung zu verständigen. Die Staatsregierung will weder auf dem politischen, noch auf dem Steuer- und Wirthschaftsgebiete die Reaktion. Sie will auf allen diesen Gebieten die vernünftige Entwickelung. Gegen die Zuchtlosigkeit, die Erschütterung der monarchisch-konstitutionellen, der gesellschaftlichen und Eigenthums-Ordnung will sie ein **energisches, unsere Kultur und Gesittung und den Fortschritt der industriellen Arbeit schützendes Eingreifen;** in Bezug auf die Steuerverhältnisse will sie **eine verständige, das Reich wie die Einzelstaaten fördernde, dem Volke die Steueraufbringung erleichternde Reform;** den handelspolitischen Fragen gegenüber **die Wahrung der nationalen Gesammtinteressen im Sinne der Entwickelung seit 1818 und seit der Gründung des Zollvereins,** ohne Voreingenommenheit durch die Lehrsätze der volkswirthschaftlichen Parteien, die über der vermeintlichen Folgerichtigkeit ihrer Meinungen die praktischen Interessen der Nation übersehen.

Auf diesem Wege darf die Staatsregierung hoffen, daß die Nation ihr folgen und Männer zu ihren Vertretern wählen werde, die des Ernstes unserer Lage sich bewußt und von der Nothwendig-

keit eines festen und praktisch fruchtbringenden Zusammengehens von Regierung und Volksvertretung unter so schweren Verhältnissen des Vaterlandes durchdrungen sind.

Die Wahlpolitik der Regierung.

(„Provinzial-Correspondenz" vom 17. Juli.)

In liberalen Zeitungen und Flugblättern wird die Anschuldigung gegen die Regierung erhoben, daß sie im Verlaufe der jetzigen Wahlbewegung das eigentliche ursprüngliche Ziel, die Bekämpfung der Sozialdemokratie, mehr oder weniger aus dem Auge verloren und statt dessen die Angriffe vornehmlich gegen die liberalen Parteien, die seit Jahren in den wichtigsten Dingen ihre Stütze gewesen, gerichtet habe.

Diese Beschwerde beruht auf einer Verkennung dessen, worum es sich bei den Wahlen überhaupt handelt und handeln muß: der Kampf gegen die Sozialdemokratie ist allerdings das eigentliche und maßgebende Ziel der Regierung, aber dieser Kampf wird nicht unmittelbar durch die Wahlen und bei den Wahlen geführt, die Wahlen sollen vielmehr der Regierung erst die Mittel und Waffen gewähren, um jenen Kampf hinterher wirksam und erfolgreich führen zu können. Bei der Auflösung des Reichstages und der Ausschreibung neuer Wahlen konnte der entscheidende Gesichtspunkt doch gewiß nicht der sein, die 13 Sozialdemokraten aus der Versammlung zu entfernen, sondern der Wunsch, unter den 399 Mitgliedern eine möglichst starke, sichere und zuverlässige Mehrheit zur Vereinbarung von Maßregeln zu gewinnen, durch welche die sozialdemokratische „Schule des Verbrechens" demnächst geschlossen werden soll.

Alle Wahlthätigkeit der Regierung und ihrer Freunde mußte deshalb von Anfang an dahin gerichtet sein, die Parteien und die Kandidaten darauf anzusehen, inwieweit sie in dieser Beziehung Bürgschaften für die Erreichung jenes Ziels gewähren.

Wenn nun die verschiedenen Parteien durch ihre Wahlprogramme und Aufrufe Stellung zu den offen verkündeten Absichten der Regierung nahmen, so war es selbstverständlich, daß die Organe der Letzteren diejenigen entschieden bekämpften, welche entweder dem Einschreiten der Gesetzgebung gegen die Sozialdemokratie grundsätzlich widerstreben oder doch diejenigen Wege, welche die Regierung zu diesem Zwecke bereits beschritten hatte und in der Hauptsache von Neuem beschreiten will, als unzulässig erklären.

Die Regierung hat über die Richtung, in welcher mit raschem und durchgreifendem Erfolg der weiteren Verbreitung der sozialistischen Gefahr vorgebeugt werden kann und muß, so bestimmte und entschiedene Ueberzeugungen und Absichten, daß sie es mit ihrer Verantwortung für das öffentliche Wohl nicht vereinbar fände, von den angekündigten Schritten (vorbehaltlich der Verständigung über die Ausführung) wieder abzulassen und dieselben ins Ungewisse stellen zu lassen. Sie mußte daher ihr ganzes Bestreben dahin richten, die Wähler, so viel an ihr ist, immer und immer wieder darauf hinzuweisen, daß nur durch die Wahl von Abgeordneten, welche jener bestimmt bezeichneten Richtung zustimmen, das Ziel bald und sicher erreicht werden kann.

Nicht Seitens der Regierung sind Erörterungen und Streitigkeiten über das Wesen und über den Vorzug von „Ausnahmegesetzen" angeregt worden; die Regierung hat nur klar und bestimmt angekündigt, was sie zu thun gedenkt, und die Wähler aufgefordert, ihr zur Durchführung behülflich zu sein. Es ist ein ganz thörichter Vorwurf, daß die Regierung die Wähler zur Entscheidung über schwierige staatsrechtliche Fragen aufgerufen habe: die Wähler sollen sich vielmehr über die einfache wie praktische Frage schlüssig machen, ob sie die von der Regierung in einer ganz bestimmten Richtung in Aussicht genommenen Maß-

regeln gegen die Sozialdemokratie für dringlich erachten und deshalb der Regierung eine Reichsmehrheit schaffen wollen, welche zur Sicherung dieser Maßregeln williger und entschlossener die Hand biete, als der Reichstag in seinem bisherigen Bestand und Gefüge.

So hat es offenbar auch die Bevölkerung in den weitesten Kreisen aufgefaßt: nirgends haben Erörterungen darüber stattgefunden, ob das, was die Regierung beabsichtigt, unter diesen oder jenen politisch-juristischen Begriff zu bringen sei, überall ist dagegen die Frage der praktischen Nothwendigkeit und zugleich die Frage des Vertrauens zur Regierung in den Vordergrund getreten. Auch die bisherigen liberalen Abgeordneten haben den Wählern gegenüber zum größten Theil gar nicht den Versuch gemacht, ihren früheren Standpunkt vom „gemeinsamen Rechtsboden" gegenüber den „Ausnahmegesetzen" zu vertheidigen, sondern sie haben sich zumeist kurzweg bereit erklärt, unter den jetzigen Verhältnissen der Regierung die erforderlichen Vollmachten zu gewähren. Es ist eben unverkennbar, daß die so entschieden zu Tage tretende öffentliche Stimmung einen mächtigen Einfluß auf die Kandidaten selber übt.

Es erfüllt sich damit, was gleich bei der Auflösung des Reichstages an dieser Stelle gesagt wurde:

„Die Regierung zweifelt nicht daran, daß auch innerhalb der bisherigen Reichstagsmehrheit eine erhebliche Anzahl derjenigen Abgeordneten, welche gegen die frühere Vorlage gestimmt haben, jetzt nach den erschütternden und betrübenden Erfahrungen der allerjüngsten Wochen geneigt sein würden, der bedrohten Gesellschaft die unentbehrlichen Mittel des Schutzes und der Abwehr zu gewähren. Aber diesen Abgeordneten selber wird die Befreiung von den Fesseln und Rücksichten, welche ihnen durch die bestehenden parlamentarischen Verhältnisse, Beziehungen und maßgebenden Einflüsse auferlegt sind, leichter werden, wenn sie ihre Auffassungen und Bestrebungen in dem unmittelbaren Verkehr mit dem Volksbewußtsein, in der Berührung mit den Wünschen, Bedürfnissen und Hoffnungen der staatserhaltenden Kräfte der Nation erfrischt und gestärkt haben."

Es ist nach der Auflösung wiederholt betont worden, daß die Regierung auch ferner in vollster Aufrichtigkeit die Stärkung des Staatslebens durch Vereinigung und Kräftigung der wirklich erhaltenden Elemente aus den konservativen und den freisinnigen Parteien erstrebe. Es konnte daher nicht in der Absicht liegen, eine der Parteien, auf welche sich die Regierung bisher gestützt hatte, im Ganzen zu bekämpfen.

Nur mußte geltend gemacht werden, daß die Vereinigung der staatserhaltenden Kräfte, wenn sie mehr als eine politische Phrase sein solle, einen positiven Inhalt und bestimmte gemeinsame Ziele haben müsse.

Die Regierung hat ihre Absichten und Wünsche in dieser Beziehung ausdrücklich dargelegt. Alle weiteren Erörterungen vom Standpunkte der Regierung waren nur dazu bestimmt, die Versuche der Entstellung oder Verdunkelung ihrer Auffassungen und Absichten zurückzuweisen. Wenn solche Abweisung besonders nach der nationalliberalen Seite hin erfolgen mußte, so lag der Grund in der theils zweideutigen, theils herausfordernden Haltung, welche die Presse dieser Partei der Regierung gegenüber in immer steigendem Maße angenommen hat.

Das Wahlresultat.

(„Provinzial-Correspondenz" vom 7. August.)

Das Ergebniß der Wahlen vom 30. Juli liegt jetzt vollständig vor.

Von den 397 Wahlbezirken in ganz Deutschland haben 330 die Wahl bereits mit entscheidender Stimmenmehrheit vollzogen, in 67 Bezirken ist eine absolute Mehrheit nicht erreicht worden, und es müssen in den nächsten Tagen die Stichwahlen zwischen den beiden meistbegünstigten Kandidaten stattfinden.

1878.

Von den 330 Reichstagsabgeordneten, welche bereits gültig gewählt sind, werden nach den vorgängigen Erklärungen 52 der deutsch-konservativen Partei, 48 der (freikonservativen) deutschen Reichspartei, 81 den National-Liberalen, 19 der Fortschrittspartei, 91 dem katholischen Centrum, 2 der sozialdemokratischen Partei, 14 der polnischen Fraktion, 14 den elsaß-lothringischen Parteien, 2 vorläufig keiner bestimmten Partei angehören. Bei den Stichwahlen kommen die Deutsch-Konservativen noch mit 22, die Frei-Konservativen mit 14, die National-Liberalen mit 38, die Fortschrittspartei mit 12, die süddeutsche Volkspartei mit 4, die Sozialdemokraten mit 16, das Centrum mit 11, die Polen mit 3 Kandidaten in Betracht.

Das Parteiverhältniß stellt sich gegenüber der Lage im bisherigen Reichstage wie folgt:

	früher	am 30. Juli	in engerer Wahl
Deutschkonservative	40	52	22
Deutsche Reichspartei	37	48	14
Nationalliberale	127	81	38
Fortschrittsgruppen	47	19	12
Volkspartei	4	—	4
Sozialdemokraten	12	2	16
Centrum (ohne die Hospitanten)	92	91	11
Partikularisten	8	9	3

Soweit das Ergebniß bei den Stichwahlen sich im Voraus berechnen läßt, wird sich das Parteiverhältniß schließlich etwa so gestalten, daß die Deutsch-Konservativen (von den bisherigen 40) auf 65, die Frei-Konservativen (von 37) auf 53, die beiden konservativen Gruppen (von 77) auf 118 Stimmen kommen, die National-Liberalen von 127 auf etwa 100, die Fortschrittsgruppen von 47 auf etwa 25.

Was die Wahlen in Preußen betrifft, so sind in 194 (von 236) Bezirken gültige Wahlen vollzogen, dagegen noch 42 Stichwahlen erforderlich.

Von den 194 Gewählten gehören 47 den Deutsch-Konservativen, 30 den Frei-Konservativen (also 77, mehr als die Hälfte der konservativen Parteien), 30 den Nationalliberalen, 12 der Fortschrittspartei, 53 dem Centrum, 14 den Polen, 8 den Partikularisten an.

In den einzelnen Provinzen stellen sich die Ergebnisse wie folgt:

- in Ostpreußen 13 D.-Kons., 2 Freikons., 2 Centrum;
- in Westpreußen 3 D.-Kons., 1 Nat.-Lib., 4 Polen, 5 Stichwahlen;
- in Berlin 5 Fortschrittpartei, 1 Stichwahl;
- in der Provinz Brandenburg 11 D.-Kons., 2 Freik., 1 Fortschr., 6 Stichwahlen;
- in Pommern 11 D.-Kons., 2 Freikons., 1 Stichwahl;
- in Posen 1 D.-Kons., 2 Freikons., 1 Nat.-Lib., 10 Polen, 1 Stichwahl;
- in Schlesien 2 D.-Kons., 11 Freikons., 2 Nat.-Lib., 12 Centrum, 8 Stichwahlen;
- in Sachsen 2 D.-Kons., 7 Freik., 8 Nat.-Lib., 1 Centrum, 2 Stichwahlen;
- in Schleswig-Holstein 2 D.-Kons., 3 Nat.-Lib., 2 Fortschr., 1 Däne, 2 Stichwahlen;
- in Hannover 6 Nat.-Lib., 8 Partikularisten, 5 Stichwahlen;
- in Westfalen 2 D.-Kons., 2 Freik., 2 Fortschr., 8 Centrum, 4 Stichw.;
- in Hessen-Nassau 1 Freik., 5 Nat.-Lib., 2 Fortschr., 2 Centrum, 4 Stichwahlen;
- in Rheinprovinz und Hohenzollern 1 Freik., 4 Nat.-Lib., 28 Centrum, 3 Stichwahlen.

In den deutschen Staaten (außer Preußen) ist das Gesammtergebniß folgendes: unter 136 gültigen Wahlen 5 D.-Kons., 19 Freik., 51 Nat.-Lib., 7 Fortschr., 37 Centrum, 2 Sozialdem., 14 Elsaß-Lothringer, 1 unbestimmt. Die

erheblichsten Veränderungen sind in Sachsen und Württemberg vorgegangen. In Sachsen sind unter 15 Gewählten 3 D.-Kons., 4 Freik. 4 Nat.-Lib., 2 Fortschr. und 2 Sozialdemokraten (noch 8 Stichwahlen), in Württemberg unter 15 gültigen Wahlen 8 Freik., 3 Nat.-Lib., 1 Fortschr., 3 Centrum (noch 2 Stichwahlen).

Zur Beurtheilung der Wahlergebnisse.

(„Provinzial-Correspondenz" vom 7. August.)

Bei der Beurtheilung der Wahlergebnisse ist in erster Linie die Frage ins Auge zu fassen: Was ist für den eigentlichen Zweck, den die Regierung bei der Auflösung im Auge hatte, durch die Wahlen erreicht? Wie hat sich das deutsche Volk in Bezug auf die Bekämpfung der Sozialdemokratie gestellt?

Für die Beantwortung dieser Fragen fällt zunächst die Thatsache ins Gewicht, daß die Sozialdemokratie durch die diesmaligen Wahlen aus dem Reichstage selbst fast ausgeschlossen ist: von ihren 12 bisherigen Sitzen hat sie bisher nur 2 festzuhalten vermocht, und die Zahl wird sich durch die Nachwahlen kaum noch erheblich steigern. Der Aufruf an das Gewissen der deutschen Nation hat die Folge gehabt, daß die staatserhaltenden Elemente zahlreicher als je zuvor an die Wahlurne gekommen sind, um die Gesellschaft gegen ihre Feinde schützen zu helfen.

Diese Thatsache ist als ein Zeichen des öffentlichen Geistes an und für sich von großer Bedeutung: sie hat den Beweis geliefert, daß die drohende Gefahr in weitesten Kreisen der Bevölkerung in ihrer großen und schweren Bedeutung erkannt und gewürdigt wird, und daß die Regierung sich nicht irrte, als sie die Lage für ernst genug hielt, um das Volk selbst zu unmittelbarer Bethätigung aufzurufen.

Die Verringerung der sozialdemokratischen Vertretung im Reichstage hat aber weiter eine gewisse Bedeutung auch für die Verminderung der sozialdemokratischen Agitation: nicht für den Reichstag selbst und seine Verhandlungen fällt es ins Gewicht, ob in demselben 2 oder 6 oder 12 Sozialdemokraten sitzen, — sie selbst haben es stets offen ausgesprochen, daß sie auf die Wahl in den Reichstag nicht deshalb Werth legen, um in demselben etwa einen Einfluß zu üben, sondern nur um von der Rednerbühne aus auf das Land zu wirken, — den Reichstag selbst verachten und verspotten sie.

„Die sozialdemokratische Partei", sagten sie vor zwei Jahren, „ist eine revolutionäre Partei; läßt sie sich auf den Boden des Parlamentarismus verlocken, so hört sie auf, eine revolutionäre Partei zu sein. Wir betheiligen uns an den Reichstagswahlen und schicken Vertreter in den Reichstag, ausschließlich zu agitatorischen Zwecken. Nur um zum Volke zu reden, dürfen wir die Tribüne des Reichstags besteigen."

Hiernach ist es allerdings von Bedeutung, daß die Zahl der Abgeordneten, welche die Rednerbühne nur zu straffreien und weithin wirksamen revolutionären Wühlereien mißbrauchen, durch die neuen Wahlen erheblich beschränkt wird.

Dieser Erfolg der staatserhaltenden Kräfte bei den Wahlen ist jedoch nicht allzu hoch anzuschlagen gegenüber dem Erfolge, welchen die Sozialdemokratie ihrerseits in dem sichtlichen und raschen Anwachsen der Zahl ihrer Anhänger zu verzeichnen hat. Die sozialdemokratischen Stimmen in Berlin sind seit den Wahlen von 1877 von 30,000 auf 55,000 gestiegen, und in ähnlichem Verhältnisse in einer Reihe von anderen großen Städten, — und, was noch bedeutsamer ist als die Vermehrung der Anhänger, das ist das trotzige und selbstbewußte Hervortreten dieser Schaaren gegenüber den Stimmungen und Kundgebungen, welche die beiden Attentate in allen patriotischen Kreisen hervorgerufen haben. Keine Spur von Einschüchterung, kein Besinnen oder Wanken ist auf ihrer Seite zu Tage getreten, — und diejenigen, welche sich schon von der Bewegung des öffentlichen Geistes eine bedeutende Wirkung auf die sozialdemokratischen

Massen versprachen, sind durch diese jüngste Erfahrung schwer enttäuscht worden: wer wollte diesen Thatsachen gegenüber noch behaupten, daß die vermeintlichen Mittel der verständigen Mahnung und Belehrung irgend etwas vermögen, wenn nicht vorher die Quellen, aus welchen jene Massen täglich die vergiftende Nahrung schöpfen, die sozialdemokratischen Blätter u. s. w. beseitigt werden!

Wiederum versucht man sich damit zu trösten: die Sozialdemokratie habe nun die äußerste Grenze ihrer Verbreitung erreicht, — dasselbe sagte man im vorigen Jahre, und heute ist die Grenze doppelt so weit hinausgesteckt und reicht offenbar in Kreise hinein, in denen man die Verführung und Verirrung kaum für möglich hielt.

Nun denn: wie hat sich das deutsche Volk in seiner Gesammtheit zur Sozialdemokratie und zur Bekämpfung derselben gestellt? Welche Wahrnehmungen und Lehren sind in dieser Beziehung aus den Wahlergebnissen zu ziehen?

Durch die gesammten Wahlen, soweit die Bevölkerung von Gesichtspunkten der allgemeinen Politik (nicht von kirchlichen oder sonstigen besonderen politischen Zwecken) bestimmt worden ist, geht klar erkennbar die Thatsache hindurch, daß das staatserhaltende Bewußtsein gegenüber den kritisch oppositionellen Bestrebungen zu durchschlagender Geltung gelangt ist. Außer dem katholischen Centrum und den partikularistischen Parteien, welche in wesentlich unverändertem Bestande geblieben sind, haben alle übrigen Parteien erhebliche Veränderungen erfahren, und zwar durchweg in der Richtung, daß ihre Stärkung oder Schwächung in demselben Verhältnisse erfolgt ist, in welchem nach ihren Programmen und Ankündigungen eine mehr oder minder entschiedene Unterstützung der Regierung bei ihren nächsten Aufgaben für Staat und Gesellschaft zu erwarten ist.

Nächst der Sozialdemokratie hat auch die süddeutsche Demokratie oder Volkspartei ihre bisherigen Wahlbezirke zunächst nicht zu behaupten vermocht, — eine bedeutende Schwächung, vorläufig bis auf die Hälfte ihrer bisherigen Zahl haben die beiden Fortschrittsgruppen erfahren, — und nicht minder ist die nationalliberale Partei mit bedeutenden Verlusten aus den Wahlen hervorgegangen. Nur die beiden konservativen Gruppen, welche übereinstimmend eine entschiedene und feste Unterstützung der Regierung unumwunden in Aussicht gestellt hatten, erreichten gemeinsam und zu ziemlich gleichen Theilen sehr bedeutende Erfolge. Es ist eine bedeutsame Thatsache, daß bei den gesammten Wahlen im ganzen deutschen Reiche fast nirgends eine Veränderung nach links, überall nur Veränderungen im Sinne eines engeren Anschlusses an die Regierung stattgefunden haben.

Der ganze Verlauf der Wahlbewegung, der politische Sinn und Geist, welche dabei zu Tage getreten sind, werden unzweifelhaft zur Stärkung einer wahrhaft staatserhaltenden Politik und zur Festigung einer dieselbe stützenden Mehrheit beigetragen haben.

In Uebereinstimmung mit den lebhaften Regungen des Volksbewußtseins haben nicht blos die Konservativen, sondern auch die meisten gewählten Mitglieder der nationalliberalen Partei sich bereit erklärt, der Regierung die nothwendigen Vollmachten zur erfolgreichen Bekämpfung der Sozialdemokratie zu gewähren.

Es ist hiernach bestimmt zu erwarten, daß die Lösung der Aufgabe, welche die erste kurze Session des Reichstages fast ausschließlich ausfüllen wird, die Feststellung außerordentlicher Maßregeln gegen die auf Untergrabung der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichteten sozialdemokratischen oder kommunistischen Bestrebungen in voller Gemeinschaft mit einer Mehrheit aus konservativen und gemäßigt liberalen Elementen erfolgen werde. Die Gemeinsamkeit in der Lösung dieser Aufgabe wird dann, wie schon neulich angedeutet wurde, auch den Boden für ein weiteres ersprießliches Zusammenwirken befestigen.

Die künftige Mehrheit wird allerdings, wenn auch in ihr dieselben politischen

Parteien, welche seit Gründung des Reiches die Regierung wesentlich unterstützt haben, sich wieder zusammenfinden dürften, doch in Bezug auf die Stärke und Gruppirung der Parteien ein etwas verändertes Bild darbieten: die nationalliberale Partei, welche bisher vermöge ihrer Zahl einen Ausschlag gebenden Einfluß, ebenso sehr durch Hinneigung zu den Gruppen der Fortschrittspartei wie nach der konservativen Seite hin, zu geben vermochte, wird eine so unbedingt beherrschende Stellung in der nächsten Zukunft nicht einnehmen: sie wird aber immerhin einen bedeutenden Einfluß auf die weitere Gestaltung der Reichsverhältnisse im vertrauensvollen Zusammengehen und in freier Verständigung mit den neu erstarkten konservativen Parteien zu üben vermögen.

Die wichtigsten grundlegenden Schritte der Gesetzgebung im Norddeutschen Bunde und im Deutschen Reiche sind unter ähnlichen Parteiverhältnissen zwischen den Konservativen und den Nationalliberalen vereinbart worden, — warum sollte ein gleich erfolgreiches Zusammenwirken jetzt nicht möglich sein, — Angesichts zumal der Nothwendigkeit, daß alle diejenigen Parteien, welche mit ihren Ueberzeugungen auf dem Boden der jetzigen sozialen Ordnung stehen, sich fester an einander schließen und mit der Regierung zusammenwirken, um Staat und Gesellschaft vor dem weiteren Anwachsen der drohenden Gefahren zu schützen.

Vielleicht tragen diese Gefahren und die Nothwendigkeit ihrer energischen Bekämpfung dazu bei, einen weiteren Fortschritt in unserer politischen Entwickelung reifen zu lassen, indem das Bewußtsein der politischen Verantwortlichkeit in dem Verhalten der Parteien mehr als bisher zur Geltung gelangt und dieselben immer mehr auf die Erfordernisse des praktischen Staatslebens und auf die Nothwendigkeit unbefangenen Zusammenwirkens für das Gesammtwohl des Volkes hinweist.

Die Stichwahlen und das Gesammtergebniß der Reichtagswahlen.

	Gewählt	
	am 30. Juli	bei den Stichwahlen
Konservative und Deutsche Reichspartei. .	100	15
Nationalliberale und Altliberale	82	23
Fortschrittsgruppen	19	12
Volkspartei.	—	3
Sozialdemokraten.	2	7
Centrum	91	2
Hannöversche Partikularisten	7	3
Dänen	1	—
Elsaß-Lothringer.	14	1
Polen	14	1
	330	67

Im Ganzen je

Konservative und Deutsche Reichspartei	115
Nationalliberale und Altliberale	105
Fortschrittsgruppen	31
Volkspartei	3
Sozialdemokraten	9
Centrum.	93
Hannöversche Partikularisten	10
Dänen	1
Elsaß-Lothringer	15
Polen.	15
	397

Unter der Gesammtzahl befinden sich 5 Doppelwahlen, es sind daher 5 Nachwahlen vorzunehmen; 2 für fortschrittliche Abgeordnete, 1 für einen Nationalliberalen, 2 für Konservative.

Ein demokratisches Urtheil über die Wahlen.

Frankfurter Zeitung.

„In einer Beziehung hat die Regierung unstreitig den glänzendsten Erfolg gehabt; sie hat ein Abgeordnetenhaus mit konservativ-klerikaler Majorität, ein Haus, das der neuesten Phase der Bismarck'schen Reichspolitik durchaus sympathisch ist. Das Land hat nach der Parole: Für Bismarck gewählt, die liberalen Devisen: „Für das System Falk" und „Gegen die Reaktion!" haben keine besondere Wirkung gehabt, es war also eine sehr unnütze Schlauheit, sich um das Pro oder Contra Bismarck mit allerlei Verwahrungen und Bemäntelungen herumzudrücken. Will Fürst Bismarck heute mit dem System Falk brechen, so kann er es, will er der Reaktion Raum geben, so steht ihm nichts im Wege.

Aber wie wir wissen, war es Wunsch der Regierung, sich nach beiden Seiten hin freie Hand zu verschaffen, eine doppelte Majorität zu besitzen, um nach dem Gange der Politik bald die eine, bald die andere ausspielen zu können, Keiner aber verpflichtet zu werden. Man erinnert sich des Werbens der „Provinzial-Correspondenz" um eine Mittelpartei. Man hatte dabei den allezeit gouvernementalen Theil der Konservativen, die Freikonservativen und die Majorität der Nationalliberalen im Auge, die sich gegen etwaige Forderungen des Centrums und der Ultra-Konservativen gebrauchen ließen. Ob dieser Wunsch ganz erfüllt ist, muß vorerst dahingestellt bleiben; zählen wir 50 Gouvernemental-Konservative und 70 Nationalliberale zu den 45 Freikonservativen, so erhalten wir nur 160 Mitglieder, auf welche die Regierung auch für die Fortsetzung ihrer bisherigen Schaukelpolitik rechnen könnte; also noch keine Majorität. Diese würde erst bei ernstlicher Abwehr gegen reaktionäre Bestrebungen, wenn es der Regierung damit Ernst sein sollte, vorhanden sein, da alsdann die 70 entschieden Liberalen zu den 160 Gouvernementalen hinzutreten würden.

Gehen wir zu den Parteien im Einzelnen über, so fällt zunächst das Wachsthum der Konservativen ins Auge. Von 36 auf 115, welcher Sprung! Die östlichen Provinzen haben, die größeren Städte ausgenommen, fast ganz konservativ gewählt, auch im Westen treten uns nicht unbedeutende Fortschritte dieser Partei entgegen; so ist ihr beispielsweise der größere Theil der Sitze in den Regierungsbezirken Kassel und Minden zugefallen.

Wie erklärt sich das? Wir wiederholen nur früher und oft Gesagtes, wenn wir diese Wandlung zurückführen in erster Reihe auf den Einfluß der Regierung. Auf den Einfluß, wohlgemerkt, nicht auf äußere Einwirkung, die keinenfalls stärker gewesen ist, als sonst. Es ist wahr, die „Provinzial-Correspondenz" hat in diesem Jahre den Liberalismus bekämpft, wie früher den Fortschritt, das Centrum das war aber auch Alles; von sonstigem direkten Eingreifen in die Wahlbewegung haben sich die Organe der Regierung ferngehalten und die Wahlprüfungen dürften in dieser Beziehung bei Weitem nicht ein so reichhaltiges Material wie in früheren Jahren liefern.

Das Geheimniß der Kraft von Landrath und Gendarm steckte, wie wir es jüngst gesagt haben, in der Autorität, welche die Regierung, welche namentlich Fürst Bismarck im Lande genießt. Er kann sich dafür wesentlich bei den Liberalen bedanken, sie waren es, welche diese Autorität begründet haben, durch die sie sich nun selbst an die Wand gedrückt sehen. Was war es denn anders als diese Autorität, welche den Nationalliberalen 1873 und

1876 die meisten Mandate der östlichen Provinzen verschaffte und die Konservativen auf ein Minimum reduzirte. Die Pommern, Schlesier und Brandenburger haben 1879 nichts Anderes gethan, wie bei den früheren Wahlen, sie stimmten für den Candidaten der Regierung und der ganze Unterschied ist, daß dieser Kandidat, der 1873 und 1876 liberal sein durfte, jetzt konservativ war. Die Leute kennen es eben nicht anders mehr, sie wählen auf den Namen Bismarck und wenn der Liberalismus bis in den Fortschritt hinein ehrlich sein will, so mag er im Hinblick auf seine Verluste sagen: Der Herr hat's gegeben, der Herr hat's genommen! Will er dann noch den Namen des Herrn loben — unseretwegen mag er's thun."

---

10. Juli und 16. August. Verurtheilung und Hinrichtung Hödels.

(„Provinzial-Correspondenz" vom 17. Juli und 21. August.)

Der Mordversuch Hödel's gegen Se. Majestät den Kaiser und König war durch die neuere hochverrätherische That Nobiling's einigermaßen in den Hintergrund gedrängt. Durch die gerichtliche Verhandlung, welche am 10. d. M. vor dem Staatsgerichtshofe in Berlin stattgefunden hat, sind jene erste That und ihr Urheber in ihrer ganzen Nichtswürdigkeit von Neuem dem Bewußtsein des Volkes vorgeführt worden.

Die Anklageschrift des Ober-Staatsanwalt lautet wie folgt:

„Anklage wider den Klempnergesellen Emil Heinrich Max Hödel, genannt Lehmann auch Traber, am 27. Mai 1857 zu Leipzig geboren, evangelisch, im Jahre 1870 durch Bescheid des Königlichen Polizeiamts zu Leipzig wegen Taschendiebstahls mit zehn Streichen bestraft, gegenwärtig in Untersuchungshaft wegen Hochverraths.

Seine Majestät der Deutsche Kaiser und König von Preußen in Begleitung seiner Tochter, der Frau Großherzogin Louise von Baden, Königliche Hoheit, fuhren am 11. Mai 1878, Nachmittags zwischen 3 und 4 Uhr in einer offenen Kalesche von einer Spazierfahrt aus dem Thiergarten nach Berlin zurück, wie gewöhnlich durch das Brandenburger Thor, die Südseite der Straße Unter den Linden entlang. Der Kaiserliche Wagen hatte ungefähr das Hotel der russischen Botschaft erreicht, als der Angeklagte plötzlich hinter einem Privatfuhrwerk hervortrat, und den rechten Arm weit ausstreckend, nach der Person Seiner Majestät in einer Entfernung von 3 bis 4 Schritt einen Schuß aus einem Revolver abfeuerte. Der Schuß ging fehl. Der Leibkutscher Seiner Majestät sah den Angeklagten den Arm ausstrecken und den Revolver abfeuern und hielt die Pferde an. Bevor der Kaiserliche Wagen zum Stehen gebracht war, eilte der Angeklagte hinter demselben über den Fahrdamm der mittleren Promenade zu und feuerte, ehe er den zweiten Fahrdamm erreichte, sich umwendend einen zweiten Schuß ab, den Revolver auf den Wagen Seiner Majestät gerichtet. Auch dieser Schuß fehlte. Der Angeklagte lief dann weiter nach dem Promenadenwege zu, kroch unter der Eisenstange des Geländers hindurch und rannte, von vielen Hinzugekommenen verfolgt, dem Brandenburger Thore zu. Auf dem Promenadenwege schoß er auf seine Verfolger noch zwei Schüsse ab, welche gleichfalls fehlten. Nach dem letzten Schusse warf er den Revolver weg und wurde verhaftet.

Der Angeklagte räumt zwar ein, aus dem Revolver am Orte der That scharf geschossen zu haben, er bestreitet dagegen, auf Seine Majestät den Revolver abgefeuert zu haben. Er will vielmehr, durch Arbeitslosigkeit in Noth gerathen, zu dem Entschluß gekommen sein, sich das Leben zu nehmen, und in Ausführung dieses Entschlusses auf sich selbst geschossen haben. Die Straße „Unter

den Linden" habe er gewählt, um unter den Augen der feinen Welt mit großem Aufsehen aus der Welt zu gehen.

Der Angeklagte erscheint indeß überführt, bei dem Abfeuren des ersten Schusses den Entschluß gehabt zu haben, Se. Majestät zu tödten und diese That mit Ueberlegung ausgeführt zu haben. Augenzeugen haben beobachtet, wie der Angeklagte kurz vor dem Herannahen des Kaiserlichen Wagens an dem linken Hinterrade des vorerwähnten Fuhrwerks stand, dann nach und nach auf den Fahrdamm trat, zwischen die beiden Hinterräder dieses ihn thorwärts vollständig verdeckenden Fuhrwerks und sich nach dem Thore zu wendete, so als ob er auf etwas lauere; wie er ferner, als der Kaiserliche Wagen herannahte und noch etwa 6 Fuß von ihm entfernt war, mit der rechten Hand eine Bewegung nach seiner linken Seite machte, als wenn er von dort irgend etwas hervorlangen wollte, alsdann in dem Augenblicke, als der Wagen mit ihm in gleiche Höhe kam, den rechten Arm weit ausstreckte, einen Schritt auf den Kaiserlichen Wagen zu that, und in einer Entfernung von wenigen Fuß von dem Wagen einen Revolver auf die Person Sr. Majestät gerichtet abschoß.

Die Kugel muß unmittelbar an dem Haupt Seiner Majestät vorbeigegangen sein, indem dicht hinter demselben der Dampf aufstieg.

Der von dem Angeklagten geführte Revolver ist ein sechsläufiger gezogener Lefaucheux Lütticher Fabrikat und geeignet, einen Menschen damit zu tödten. Nach einer mit dem Revolver vorgenommenen Schießprobe hat die aus demselben abgefeuerte Kugel noch auf 15 Schritte Entfernung ein 2½ Centimeter starkes Brett glatt durchschlagen. In dem von dem Angeklagten weggeworfenen Revolver waren 4 Patronenhülsen leer, zwei noch mit scharfen Patronen geladen.

Am 16., 29. und 30. Mai sind in der Nähe des Ortes der That drei abgeschossene Revolverkugeln aufgefunden worden, welche zu dem Revolver des Angeklagten passen.

Auch verschiedene Aeußerungen des Angeklagten kurz vor und nach der That ergeben seine Absicht, Se. Majestät den Kaiser zu tödten.

Am 27. April erkundigte er sich bei dem Buchdruckergehülfen Petsch, welchen er in der Passage getroffen hatte, „wann und wo der Kaiser in der Regel spazieren gehe oder fahre."

In gleicher Weise fragte er etwa 5 Tage vor der That, als „Unter den Linden" eine Königliche Equipage vorbeifuhr, den Schlossergesellen Krüger, den er wenige Tage vorher kennen gelernt hatte, „ob der Kaiser in einem offenen oder verdeckten Wagen spazieren fahre und welchen Weg er gewöhnlich nehme."

Am 6. Mai kam der Angeklagte zu dem Photographen Dietrich in der Kommandantenstraße, fragte ihn, ob er nicht ein großartiges Geschäft machen wolle, und erklärte dem Dietrich auf dessen Gegenfrage, worin dies Geschäft bestehen sollte, daß er dasselbe mit seinem Bilde machen könne, „er sei zwar noch kein berühmter Mann, es werde aber bald wie ein elektrischer Funke durch die Welt gehen, und dann würde er, Dietrich, — Tausende von dem Bilde los werden; er selbst habe keinen Nutzen davon, er sei dann moralisch todt und werde eingepflanzt."

Wenige Tage vor der That trat er an den vor dem Schaufenster des Waffenhändlers Demmler in der Mohrenstraße stehenden Kaufmann Kalrich heran, knüpfte mit ihm ein Gespräch an und fragte ihn, was wohl ein Revolver koste und ob ein solches Ding wohl über die Straße trage und treffe.

Am Tage der That zwischen 12 und 1 Uhr Mittags befand sich der Angeklagte im Thiergarten und setzte sich auf eine Bank in der Nähe der Siegessäule, auf welcher der blinde Drehorgelspieler Schütz mit seinem Führer Koch saß. Der Angeklagte fing an, über die schlechten Zeiten für die Arbeiter zu klagen und äußerte schließlich: „er lauere auf den Dickkopf, heute müsse noch etwas platzen" oder „er lauere auf etwas, ein Dickkopf müsse platzen, dann würde es besser."

Er ging dann in das Gebüsch, um sich, wie er angab, auf kurze Zeit schlafen zu legen, kehrte aber bald wieder und sagte, „er könne nicht schlafen, er habe keine Ruhe."

Nach der That, am 18. Mai äußerte der Angeklagte im Gespräch über das Attentat zu dem Stadtvoigtei-Aufseher Soehnel: „wenn er wieder herauskommen würde, werde er schon besser zielen." Auf die Bemerkung des Soehnel, daß es wohl noch lange dauern könne, bis er herauskäme und er erst seine Theilnehmer nennen müsse, entgegnete der Angeklagte: „Ich werde keinen verrathen und wenn ich 10 Jahre sitze."

In einem während der Untersuchungshaft am 21. Mai an seine Eltern geschriebenen Brief legt er ein Geständniß ab. In dem Brief bittet er seine Eltern um Vergebung, daß „diese finstre Wolke sich so fürchterlich hätte über sie entladen müssen, sein Leben sei einer Sache geopfert, durch welche er ihnen schon oft Kalamitäten bereitet habe, geopfert zum Wohle der Menschheit;" und schreibt in einer Nachschrift: „es thut mir sehr leid, fehlgeschossen zu haben, doch — Polen ist noch nicht verloren", und unterschreibt diese Nachschrift: „Max Hödel, Attentäter Sr. Majestät des deutschen Kaisers."

Der Angeklagte wird von seiner Mutter als zu allen Nichtswürdigkeiten bereit geschildert, von seinem Stiefvater als jähzornig, von Andern als streitsüchtig und frech bezeichnet.

Er ist das uneheliche Kind der jetzt verehelichten Schuhmacher Traber, Emilie geb. Hödel zu Leipzig.

Im Alter von 12 Jahren mußte er wegen schlechter Streiche, namentlich wegen mehrfacher kleiner Diebstähle in die Besserungsanstalt zu Zeitz gebracht werden, in welcher er bis zu seinem vierzehnten Lebensjahre verblieb. Er lernte demnächst in Zeitz bei mehreren Klempnermeistern und kehrte in seinem 17. Lebensjahre im Oktober 1875 nach Leipzig zurück. Von dort ging er auf die Wanderschaft, wobei er Berlin, Bayern, Frankfurt a. M. und Köln besuchte. Im Jahre 1876 nach Leipzig zurückgekehrt, arbeitete er etwa ein halbes Jahr in seinem Handwerk und wurde dann Abonnentensammler für die zu Leipzig erscheinenden sozialdemokratischen Zeitungen, den „Vorwärts", Organ der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands, und die „Fackel". Inzwischen machte er eine Reise nach Ungarn und Wien, von welcher er im September 1877, aus Oesterreich ausgewiesen, zwangsweise nach Leipzig zurückgebracht wurde. Anfangs 1878 kolportirte er auch den hier erscheinenden „Staatssozialisten", das Organ des Centralvereins für Sozialreform.

Am 11. März verließ er wiederum sein elterliches Haus, und zwar in Folge eines gegen seine Mutter verübten Diebstahls an Geld in Höhe von gegen 40 Mark, hielt sich zunächst einige Zeit in der Umgegend Leipzigs auf, wo er als sozialdemokratischer Agitator auftrat, und wanderte dann nach Frankfurt a. M., berührte Colmar, Metz, Luxemburg und Trier und kehrte am 11. April 1878 nach Leipzig zurück.

Am 24. desselben Monats verließ er wiederum Leipzig, angeblich, um nach Dresden und Böhmen zu reisen, begab sich aber über Magdeburg nach Berlin, wo er bis zu seiner Verhaftung in Schlafstelle bei der Wittwe Breiter, Stallschreiberstraße 13, gewohnt hat.

Hier ist er unter dem Namen Lehmann, dem Namen seines Vaters, im April Mitglied der beiden sozialdemokratischen Vereine, des „Vereins zur Wahrung der Interessen der werkthätigen Bevölkerung Berlins" und des „Vereins für kommunale Angelegenheiten des Nord-Ost-Distrikts", geworden, sowie auch dem den Sozialisten gegenübertretenden Vereine der „christlich sozialen Arbeiterpartei" beigetreten und hat seit seiner Ankunft in Berlin fast jeden Abend Versammlungen dieser Vereine besucht und sozialistische Zeitungen und Flugblätter verbreitet.

Nachdem der Angeklagte bereits 1876 Mitglied der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands geworden und deren Versammlungen vielfach besucht hatte, nahm er seit November 1877 an dem Unterricht des Leipziger Arbeiter-Bildungsvereins, geleitet von dem Reichstagsabgeordneten Liebknecht, als Mitglied Theil. Zur selben Zeit lernte er die in Leipzig damals anwesenden „Anarchisten" kennen, deren bekanntes Programm dahin geht, daß sie als

obersten Grundsatz hinstellen, daß die Aenderung der politischen und sozialen Verhältnisse durch Gewalt herbeigeführt werden müsse.

Der Angeklagte trat insbesondere in Verkehr mit Emil Werner, dem Vertreter der Anarchisten auf dem vorjährigen Weltkongreß der Sozialisten in Gent und bekannte sich, als ihm seit einer Volksversammlung zu Stötteritz, auf welcher er den „Staatssozialist“ verbreitet hatte, seitens der sozialdemokratischen Partei mit Argwohn begegnet wurde, offen zu ihrer Richtung.

In Folge von Angriffen auf die Bediensteten der sozialistischen Arbeiterpartei besonders in einem Artikel unter der Ueberschrift: „Paschawirthschaft“ wurde er durch förmlichen Beschluß der Leipziger Sozialisten vom 14. März aus der Partei ausgeschlossen, dieser Beschluß durch das Central-Wahlkomité zu Hamburg unterm 9. Mai 1878 bestätigt und am 12. Mai in der Zeitung „Die Fackel“ bekannt gemacht.

Am 24. Februar und am 17. März 1878 berief der Angeklagte selbst zwei Volksversammlungen zu Schkeuditz bei Leipzig, in welcher der Anarchist Emil Werner Referent war.

Während die Tagesordnung der ersten Volksversammlung „Der Krieg im Orient und die orientalische Frage im deutschen Reichstage“ war, verherrlichten auf der zweiten Volksversammlung Werner und Brauße die Pariser Kommune. Seine sozialdemokratischen, beziehungsweise anarchistischen Ideen kennzeichnet das von ihm über diese Versammlungen erstattete schriftliche Referat.

Seitdem huldigte der Angeklagte immer mehr der anarchistischen Richtung. Er bekannte sich in prahlerischer Weise Anderen gegenüber als Anarchisten und Atheisten und that vielfach während seines Aufenthalts in Schkeuditz und an mehreren anderen Orten Aeußerungen, die darauf schließen lassen, daß er bei seinem zu Gewaltthätigkeiten geneigten Charakter und politisch aufgeregten Geist danach strebte, wenn möglich, selbst zur Verwirklichung der sozialistisch-anarchistischen Ideen und insbesondere der Abschaffung der monarchistischen Regierungsform thätig zu werden.

In gleicher Weise sprach er sich kurz vor der zweiten Schkeuditzer Volksversammlung in einer dortigen Restauration zu einigen Arbeitern dahin aus: „Kaiser und Könige und Fürsten brauchen wir nicht, die saugen das Volk aus,“ und endigte seine weiteren Schmähreden mit den Worten: „Uns Sozialdemokraten gehört die Zukunft.“

Während seiner Anwesenheit in Metz am 28. März 1878 äußerte er in einem dortigen Restaurationslokal: „daß das Militär ganz überflüssig sei, daß das Volk überhaupt ohne Könige und Fürsten sich selbst regieren könne.“

Einige Tage darauf, am 31. März, in der Wintrich'schen Gastwirthschaft zu Trier, entwickelte der Angeklagte den anwesenden Gästen gegenüber seine atheistischen Ansichten, kam dann auf Staat und Gesetze zu sprechen und äußerte dabei: „wir brauchen keinen Kaiser, keinen König und keine Regierung, fort mit allem, alles muß fort, wir wollen frei sein, die Reichen müssen theilen — alle müssen gleichmäßig arbeiten, ein jeder höchstens zwei Stunden täglich,“ und so fort.

Kurz vor dem Attentat erzählte er hier dem Schlossergesellen Krüger, daß er Sozialdemokrat sei und daß, wenn alle Sozialdemokraten zusammenhielten, sie die Oberhand bekämen und alles umstürzen könnten.

Wie sehr der Angeklagte die Ideen der absoluten Freiheit und den Sturz der Dynastien in sich aufgenommen hat, bezeugt er selbst in seinem bereits erwähnten Briefe vom 21. Mai 1878. Er schreibt: „daß die Schweiz durch Tell frei geworden, daß ein neuer Tell erwünscht sei und in Deutschland es an solchen Tell's fehle.“

Demgemäß und auf Grund des Beschlusses des Königlichen Kammergerichts, Anklage-Senat für Staatsverbrechen, vom 17. Juni 1878 wird der Klempnergeselle Max Hödel angeklagt: zu Berlin am 11. Mai 1878 den Entschluß, Se. Majestät den Deutschen Kaiser zu tödten, durch Handlungen be-

thätigt zu haben, welche einen Anfang der Ausführung dieser beabsichtigten, aber nicht zur Vollendung gekommenen That enthalten, und zwar, indem er diese Handlungen mit Ueberlegung ausführte."

In Folge der gerichtlichen Verhandlung wurde der Angeklagte zum Tode verurtheilt.

In der Begründung des Urtheils führte der Präsident aus, daß aus der Vernehmung der Zeugen klar und unzweifelhaft sich ergeben, daß der Angeklagte die Absicht gehabt habe, auf den Kaiser zu schießen. Aus den Aussagen fast aller Zeugen gehe zur Evidenz hervor, daß der erste Schuß direkt auf den Kaiser gerichtet war. In Betreff des zweiten Schusses gingen zwar die Zeugenaussagen etwas auseinander, jedoch sei auch hier kein Zweifel vorhanden, daß die Richtung des Schusses auf den Kaiserlichen Wagen hinführte. Der Angeklagte selbst habe erklärt, daß er Anarchist sei, also einer Partei angehöre, welche den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Regierungsformen anstrebe. Auch nach der That habe der Angeklagte erklärt, daß er in künftigen Fällen besser zielen werde. Alle diese Aeußerungen bekunden zur Genüge, daß der Angeklagte ein Mensch ist, von dem man sich einer solchen That versehen kann, daß er die That aber auch mit Ueberlegung ausgeführt habe. Seine Erkundigung bei dem Buchdrucker Petsch und dem Schlossergesellen Krüger nach den Gewohnheiten des Kaisers bei seinen Ausfahrten, die Anfrage an den Kaufmann Kalischer über die Tragfähigkeit des Revolvers, sowie seine weiteren Aeußerungen zu dem Orgelspieler Schütz im Thiergarten beweisen, daß er die That lange vorbereitet und mit Ueberlegung zur Ausführung gebracht habe. Daraus rechtfertige sich aber das Urtheil, welches den Angeklagten des Hochverraths schuldig erachte. Aus §. 80 des Strafgesetzbuchs ergebe sich, daß der Angeklagte zum Tode zu verurtheilen sei.

Der Abscheu gegen den Verbrecher, wie er unmittelbar nach der nichtswürdigen That und in Folge der damals bekannt gewordenen Umstände überall hervorgetreten war, ist durch das beispiellos freche, allem menschlichen Gefühl hohnsprechende Auftreten des Angeklagten bei der gerichtlichen Verhandlung noch gesteigert worden.

„Mit herausforderndem Wesen", schreibt die „Nat. Ztg.", „ist der Mordgeselle vor seine Richter getreten: Die Arme übereinandergeschlagen, mit gleichgültig höhnischen Blicken Richter und Zuschauer musternd. Wenn er herein- und herausgeführt wird, geht er mit langsam schleifendem Schritt, wenn er sich setzt, wenn er aufsteht, halb über die Achsel höhnisch lächelnd sich umsieht, es ist die ganz bodenlos gemeine Natur, die sich schamlos herauskehrt. Dem Präsidenten des Gerichts „bedeutet" Hödel, es wäre unnöthig, über sozialdemokratische Dinge mit ihm sich zu „unterhalten" — „ich werde Sie nicht belehren und Sie mich nicht." Als am Schluß der Vernehmungen der Brief der Mutter des Verbrechers zur Sprache kommt, in welchem diese ihrem Sohne das Zeugniß vollständiger Verworfenheit giebt, erklärte Hödel: „das hat sie in der Aufregung geschrieben", und nach einer Pause mit einer unnachahmlichen Handbewegung „vielleicht ist es auch richtig". Wäre nicht der furchtbare Hintergrund der Schandthat, über die sich Hödel zu verantworten hat, wie die Aussicht auf die schwerste Strafe, die das Gesetz kennt, es läge etwas greulich, satanisch Possenhaftes in dieser ganzen Erscheinung. Auch altgewohnte Kriminalisten gestehen sich, etwas Aehnliches an schamloser Frechheit nicht erlebt, nie für denkbar erachtet zu haben, wie sie dieser Sohn des sozialdemokratischen „Neulandes" an den Tag legt, und wenn die natürlichen Anlagen des Verbrechers ihn schon auf den Pfad der Schlechtigkeit hinwiesen, die Schule, die diese Eigenschaften entwickelte, hat sicher das ihrige zu leisten verstanden, um dieses Aeußerste herzustellen."

Die Lehren, welche sich aus dem Hödelschen Prozesse ergeben, zieht die „National-Zeitung" in folgenden Sätzen:

„Indem Hödel die Welt zwingt, auf seine Persönlichkeit einen prüfenden

Blick zu werfen, bietet er für den Abscheu und den Widerwillen, der eine so schamlose, alles Menschlichen entkleidete Existenz darbietet, doch *eine Belehrung, die leider ebenso schmerzlich als überzeugend ist.* Ueber die Springfedern, auf denen Hödel's ganzes Treiben, wie seine schändliche That beruhten, kann jetzt, nachdem das Gerichtsverfahren die Persönlichkeit hat an den Tag treten lassen, *kein Zweifel mehr sein.* Hätte Hödel in einer anderen Zeit gelebt, so wäre er ein Hallunke, ein Strauchdieb, ein Gewohnheitsgast der Strafgefängnisse, vielleicht ein Raubmörder geworden — **daß er seine freche Hand nach dem Leben des Kaisers ausstreckte, das ist die Frucht der sozialdemokratischen Agitation.** Aus dem Taumelkelch, den ihm diese Agitation reichte, sog er die cynische Gesinnung, den Bruch mit Sittlichkeit und Recht, als einer „Pfaffenlehre“, jenen satanischen Zug der Zerstörung, den Trieb, in den Sumpf der eigenen Gemeinheit und Verworfenheit die ganze Gesellschaft zu ziehen, die brutale Begierde nach dem Besitz der Anderen, jene wahnsinnige Ueberhebung, die ihr freches Spiel mit der Welt zu treiben begehrt. *Diese Schule der verderblichsten Gesinnungen haben wir Alle längst eröffnet gewußt, aber wir haben sie Alle unterschätzt.* Hätten Minister (?) und Volksvertreter die Gefahr so hoch veranschlagt, oder wäre ihnen der Ernst der Sache so aufgegangen, wie das jetzt der Fall ist, *keine Schranke, kein Widerstand hätte hemmen können, was jetzt nun in Angriff genommen ist, das Eintreten des Staates gegen dieses um sich greifende Verderben.* Nicht um die Vergangenheit handelt es sich mehr, die Zukunft ist auf dem Spiele. *Wir kennen die Schule, aus der Verbrecher, wie Hödel, hervorgehen, und unsere erste Pflicht ist,* **diese Schule zu schließen.**

Die sozialdemokratischen Führer weisen die Mitschuld an dem Hödel'schen Verbrechen für sich und ihre Genossen zurück. Sie haben das zuerst mit Spott gegen das Attentat gethan, dessen Ernsthaftigkeit sie zu leugnen wagten, sie thaten es dann mit pathetischer Entrüstung. In den Reihen der Sozialdemokraten mag man verschieden über Fürstenmord denken; aber diejenigen, die ihn als „unnöthig“, als „nutzlos“ ablehnen, sind keine Gewähr dafür, daß ihre Schüler über den Nutzen doch anders denken, und diejenigen, welche die Kommune preisen, die den Blutmenschen Marat verherrlichen, können eben nur Zöglinge finden, die mit Revolutionsideen, mit Mordgedanken so vertraut werden, daß sie mit ihnen aufstehen und schlafen gehen. Wer solche Lehren verbreitet, der ist nicht Herr über deren Tragweite und die Verleugnung der Folgen hebt die Schuld und Verantwortung nicht auf. Die Versicherung der sozialdemokratischen Führer dafür, daß aus ihrer Agitation nicht ein Geschlecht von Revolutionären hervorgehen werde, genügt uns absolut nicht, *wir lassen uns über den inneren Zusammenhang nicht täuschen. Und keine Regierung, keine Partei, welche das Wohl des Staates in das Auge faßt, wird die Verantwortlichkeit dafür übernehmen können, daß nicht die Agitation, die zu solchen grauenvollen Ergebnissen führen kann und thatsächlich führt, unterdrückt wird.* —

Indem die Gesellschaft den Unglücklichen der Gerechtigkeit überläßt, der er nun überantwortet ist, besinnt sie sich auf ihre Pflichten gegen sich selbst, gegen alle die Opfer, *die auf ähnlichen Pfaden wie Hödel zum Verderben gezogen werden und sie erkennt ihre ernste und unabweisliche Aufgabe, ihre ganze Kraft einzusetzen, um die Zukunft gegen jenes Barbarenthum zu retten, „das in Hödel sein Entsetzen erregendes Gesicht gezeigt hat.“*

Nachdem der Hochverräther Hödel durch Erkenntniß des Kammergerichts vom 10. Juli zum Tode verurtheilt und nachdem durch Allerhöchsten Erlaß vom 8. August bestimmt worden, daß der Gerechtigkeit freier Lauf zu lassen, ist die Enthauptung am 16. August, früh 6 Uhr, in dem Hofe der neuen Strafanstalt zu Moabit vollzogen worden. Ueber die Nothwendigkeit dieses traurigen Aktes

der Gerechtigkeit ist das öffentliche Urtheil selten so einstimmig gewesen, so weit dasselbe überhaupt auf Seiten der sittlichen Ordnung steht. Aus dem, was scharfblickende und wohlwollende Beobachter des Verbrechers in seiner Haft bis zu den letzten Stunden bekundet haben, darf man die Ueberzeugung schöpfen, daß die von ihm zur Schau getragene Gleichgültigkeit eine künstlich vorgenommene Maske war, die er nur mit äußerster Mühe bis zum letzten Augenblick bewahrte. Es ist danach ganz unmöglich, in dem hier vorliegenden Falle einen psychischen Mangel anzunehmen, der die Verantwortlichkeit hätte vermindern können. Vielmehr drängt sich der Gedanke unwiderstehlich auf, daß die leichtsinnige Voraussetzung, dem höchsten Ernst der Strafe entgehen zu können, die Entwickelung der ruchlosen That gefördert hat. Umsomehr trat die Vollstreckung der gesetzlichen Strafe in ihr volles Recht.

---

9. September. Eröffnung des Reichstags.

Rede des Stellvertreters des Reichskanzlers Grafen zu Stolberg-Wernigerode.

Geehrte Herren!

„Im Allerhöchsten Auftrage haben Seine Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz des Deutschen Reiches und von Preußen mich zu ermächtigen geruht, im Namen der verbündeten Regierungen die Sitzungen des Reichstages zu eröffnen.

Als die letzte Session geschlossen wurde, befand sich das deutsche Volk noch unter dem Eindruck der tiefen Erregung, welche ein gegen die Person Sr. Majestät des Kaisers gerichteter Mordversuch hervorgerufen hatte. Schon wenige Tage darauf hat sich abermals und mit unheilvollerem Erfolge die Hand eines Verbrechers gegen das Oberhaupt des Reiches erhoben. Gottes Gnade bewahrte zwar auch diesmal das Leben des Kaisers, aber die erlittenen schweren Verwundungen haben Se. Majestät genöthigt, bis zur völligen Genesung Sich der Regierungsgeschäfte zu enthalten und die Wahrnehmung derselben Sr. Kaiserlichen Hoheit dem Kronprinzen zu übertragen.

Schon nach dem ersten Mordanfall waren die verbündeten Regierungen überzeugt, daß die Frevelthat unter dem Einflusse der Gesinnungen entstanden sei, welche durch eine auf Untergrabung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtete Agitation in weiten Kreisen erzeugt und genährt werden. Sie haben deshalb dem Reichstage den Entwurf eines Gesetzes vorgelegt, welches diesen gemeingefährlichen Bestrebungen ein Ziel zu setzen bestimmt war.

Die Vorlage wurde abgelehnt.

Jetzt, wo der Nation ein erneutes Verbrechen, die dem Reich und der ganzen bürgerlichen Gesellschaft drohende Gefahr mehr und mehr zum allgemeinen Bewußtsein gebracht hat, werden Sie, geehrte Herren, durch Neuwahlen zur Mitwirkung an der Gesetzgebung berufen, aufs neue zu prüfen haben, ob das bestehende Recht genügende Handhaben zur Unschädlichmachung jener Bestrebungen bietet. Die verbündeten Regierungen haben ihre Ueberzeugung nicht geändert. Sie sind nach wie vor der Ansicht, daß es außerordentlicher Maßregeln bedarf, um der weiteren Ausbreitung des eingerissenen Uebels Einhalt zu thun und den Boden für

eine allmählige Heilung zu bereiten; sie halten ebenso an der Auffassung fest, daß die zu wählenden Mittel die staatsbürgerliche Freiheit im Allgemeinen zu schonen und nur dem Mißbrauch derselben entgegenzuwirken haben, mit dem eine verderbliche Agitation die Grundlagen unseres staatlichen und Kulturlebens bedroht.

Ein von diesen Gesichtspunkten aus aufgestellter Gesetzentwurf wird Ihnen unverzüglich vorgelegt werden.

Die verbündeten Regierungen hegen die Zuversicht, daß die neugewählten Vertreter der Nation ihnen die Mittel nicht versagen werden, welche nothwendig sind, um die friedliche Entwickelung des Reichs gegen innere Angriffe ebenso sicher zu stellen, wie gegen äußere. Sie geben sich der Hoffnung hin, daß, wenn erst der öffentlichen Ausbreitung der unheilvollen Bewegung ein Ziel gesetzt ist, die Zurückführung der Irregeleiteten auf den richtigen Weg gelingen wird.

Auf Allerhöchsten Befehl erkläre ich im Namen der verbündeten Regierungen den Reichstag für eröffnet."

Die zweite Sozialisten-Vorlage und ihre Begründung.

§. 1. Vereine, welche sozialdemokratischen, sozialistischen oder kommunistischen, auf Untergrabung der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen dienen, sind zu verbieten.

Den Vereinen stehen gleich Verbindungen jeder Art, insbesondere genossenschaftliche Kassen.

§. 2. Zuständig für das Verbot ist die Landespolizeibehörde.

Das Verbot ist durch den „Reichsanzeiger" bekannt zu machen. Dasselbe ist für das ganze Bundesgebiet wirksam und umfaßt alle Verzweigungen des Vereins, sowie jeden vorgeblich neuen Verein, welcher sachlich als der alte sich darstellt.

§. 3. Auf Grund des Verbots sind die Vereinskasse, sowie alle für Zwecke des Vereins bestimmte Gegenstände durch die Polizeibehörde in Beschlag zu nehmen.

Nachdem das Verbot endgültig geworden, sind das in Beschlag genommene Geld, sowie die in Beschlag genommenen Gegenstände unbeschadet der Ansprüche dritter Personen der Armenkasse des Orts der Beschlagnahme zu überweisen.

Gegen die Anordnungen der Polizeibehörde findet nur die Beschwerde an die Aufsichtsbehörden statt.

§. 4. Gegen das Verbot steht dem Vereinsvorstande die Beschwerde an den Bundesrath offen. Dieselbe ist innerhalb einer Woche nach der Zustellung des Verbots bei der Behörde anzubringen, welche dasselbe erlassen hat.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

§. 5. Versammlungen, von denen anzunehmen ist, daß sie Bestrebungen der im §. 1 bezeichneten Art dienen werden, sind zu verbieten. Versammlungen, in welchen solche Bestrebungen zu Tage treten, sind aufzulösen.

Den Versammlungen werden öffentliche Festlichkeiten und Aufzüge gleichgestellt.

Zuständig für das Verbot und die Auflösung ist die Polizeibehörde. Gegen die Anordnungen derselben findet nur die Beschwerde an die Aufsichtsbehörden statt.

§. 6. Druckschriften, welche Bestrebungen der im §. 1 bezeichneten Art dienen, sind zu verbieten.

Bei periodischen Druckschriften kann das Verbot sich auch auf das fernere Erscheinen derselben erstrecken.

§. 7. Zuständig für das Verbot ist die Landespolizeibehörde —, wenn es sich um das Verbot des ferneren Erscheinens einer periodischen Druckschrift handelt, die Landespolizeibehörde des Bezirks, in welchem die Druckschrift erscheint. Das Verbot der ferneren Verbreitung einer im Auslande erscheinenden periodischen Druckschrift steht dem Reichskanzler zu.

Das Verbot ist in allen Fällen durch den „Reichsanzeiger“ bekannt zu machen und für das ganze Bundesgebiet wirksam.

§. 8. Gegen das von der Landespolizeibehörde erlassene Verbot steht dem Verleger, sowie dem Herausgeber der Druckschrift die Beschwerde an den Bundesrath offen.

Die Beschwerde ist innerhalb einer Woche nach der Zustellung des Verbots bei der Behörde anzubringen, welche dasselbe erlassen hat.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

§. 9. Auf Grund des Verbots sind die von demselben betroffenen Druckschriften da, wo sie sich zum Zwecke der Verbreitung vorfinden, in Beschlag zu nehmen. Die Beschlagnahme kann sich auf die zur Vervielfältigung dienenden Platten und Formen erstrecken: bei Druckschriften im engeren Sinne hat auf Antrag des Betheiligten statt Beschlagnahme des Satzes das Ablegen des letzteren zu geschehen. Die in Beschlag genommenen Druckschriften, Platten und Formen sind, nachdem das Verbot endgültig geworden ist, unbrauchbar zu machen.

Gegen die Anordnungen der Polizeibehörde findet nur die Beschwerde an die Aufsichtsbehörden statt.

§. 10. Die Polizeibehörde ist befugt, Druckschriften der im §. 6 bezeichneten Art, sowie die zu ihrer Vervielfältigung dienenden Platten und Formen schon vor Erlaß eines Verbots vorläufig in Beschlag zu nehmen. Die in Beschlag genommene Druckschrift ist innerhalb vierundzwanzig Stunden der Landespolizeibehörde einzureichen. Letztere hat entweder die Wiederaufhebung der Beschlagnahme sofort anzuordnen oder innerhalb einer Woche das Verbot zu erlassen. Erfolgt das Verbot nicht innerhalb dieser Frist, so erlischt die Beschlagnahme und müssen die einzelnen Stücke, Platten und Formen freigegeben werden.

§. 11. Das Einsammeln von Beiträgen zur Förderung der im §. 1 bezeichneten Bestrebungen, sowie die öffentliche Aufforderung zur Leistung solcher Beiträge sind polizeilich zu verbieten. Das Verbot ist öffentlich bekannt zu machen. Gegen das Verbot findet nur die Beschwerde an die Aufsichtsbehörden statt.

§. 12. Wer an einem verbotenen Vereine (§. 2) mit Kenntniß oder nach erfolgter öffentlicher Bekanntmachung des Verbots als Mitglied sich betheiligt, oder eine Thätigkeit im Interesse eines solchen Vereins ausübt, wird mit Geldstrafe bis zu fünfhundert Mark oder mit Haft oder mit Gefängniß bis zu drei Monaten bestraft. Eine gleiche Strafe trifft denjenigen, welcher an einer verbotenen Versammlung (§. 5) mit Kenntniß des Verbots sich betheiligt, oder welcher nach polizeilicher Auflösung einer Versammlung (§. 5) sich nicht sofort entfernt.

Gegen diejenigen, welche sich an dem Verein oder an der Versammlung als Vorsteher, Leiter, Ordner, Agenten, Redner oder Kassirer betheiligen, oder welche zu der Versammlung auffordern, ist auf Gefängniß von Einem Monat bis zu Einem Jahre zu erkennen.

§. 13. Wer für einen verbotenen Verein oder für eine verbotene Versammlung mit Kenntniß oder nach erfolgter öffentlicher Bekanntmachung des Verbots Räumlichkeiten hergiebt, wird mit Gefängniß von Einem Monat bis zu Einem Jahre bestraft.

§. 14. Wer eine verbotene Druckschrift (§§. 6, 7) mit Kenntniß oder nach erfolgter öffentlicher Bekanntmachung des Verbots oder wer eine von der vorläufigen Beschlagnahme betroffene Druckschrift (§. 10) mit Kenntniß der Beschlagnahme verbreitet, fortsetzt oder wieder abdruckt, wird mit Geldstrafe bis zu eintausend Mark oder mit Haft oder mit Gefängniß bis zu sechs Monaten bestraft.

§. 15. Wer einem nach §. 11 erlassenen Verbote mit Kenntniß oder nach erfolgter öffentlicher Bekanntmachung desselben zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu fünfhundert Mark, oder mit Haft oder mit Gefängniß bis zu drei Monaten bestraft. Außerdem ist das zufolge der verbotenen Sammlung oder Aufforderung Empfangene oder der Werth desselben der Armenkasse des Orts der Sammlung für verfallen zu erklären.

§. 16. Personen, welche es sich zum Geschäft machen, die im §. 1 bezeichneten Bestrebungen zu fördern, oder welche nach rechtskräftiger auf Grund dieses Gesetzes erfolgter Verurtheilung wegen einer darauf begangenen Zuwiderhandlung gegen dasselbe rechtskräftig zu einer Strafe verurtheilt worden sind, kann der Aufenthalt in bestimmten Bezirken oder Orten versagt werden. Wenn sie Ausländer sind, können sie von der Landespolizeibehörde aus dem Bundesgebiet ausgewiesen werden.

Unter gleichen Voraussetzungen kann Buchdruckern, Buchhändlern, Leihbibliothekaren und Inhabern von Lesekabinetten, sowie Gastwirthen, Schankwirthen und Personen, welche Kleinhandel mit Branntwein oder Spiritus treiben, der Betrieb ihres Gewerbes untersagt werden.

Personen, welche es sich zum Geschäft machen, die im §. 1 bezeichneten Bestrebungen zu fördern oder welche auf Grund einer Bestimmung dieses Gesetzes rechtskräftig zu einer Strafe verurtheilt worden sind, kann die Befugniß zur gewerbsmäßigen oder nicht gewerbsmäßigen öffentlichen Verbreitung von Druckschriften, sowie die Befugniß zum Handel mit Druckschriften im Umherziehen entzogen werden.

Druckereien, welche geschäftsmäßig zur Förderung der im §. 1 bezeichneten Bestrebungen benutzt werden, können geschlossen werden.

§. 17. Zuständig für im §. 16 vorgesehenen Verfügungen ist die Landespolizeibehörde.

Gegen dieselben steht den Betroffenen die Beschwerde an den Bundesrath offen.

Die Beschwerde ist innerhalb einer Woche nach Zustellung der Verfügung bei der Behörde anzubringen, welche dieselbe erlassen hat.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

§. 18. Wer den auf Grund des §. 16 erlassenen Verfügungen zuwiderhandelt, wird in den Fällen des Absatzes 1 mit Gefängniß von Einem Monat bis zu Einem Jahre, in den übrigen Fällen mit Geldstrafe bis zu eintausend Mark, oder mit Haft oder mit Gefängniß bis zu sechs Monaten bestraft.

§. 19. Der Bundesrath bildet zur Entscheidung der an denselben auf Grund dieses Gesetzes gelangenden Beschwerden aus seiner Mitte einen besonderen Ausschuß.

Der Ausschuß besteht aus sieben Mitgliedern. Dieselben sind bei der Entscheidung an Instruktionen nicht gebunden.

Die Entscheidungen des Ausschusses werden im Namen des Bundesraths erlassen und sind endgültig.

§. 20. Für die Bezirke oder Ortschaften, in welchen durch die im §. 1 bezeichneten Bestrebungen die öffentliche Sicherheit bedroht ist, können von den Centralbehörden der Bundesstaaten die folgenden Anordnungen, soweit sie nicht bereits landesgesetzlich zulässig sind, mit Genehmigung des Bundesraths für die Dauer von längstens Einem Jahre getroffen werden:

1) daß Versammlungen nur mit vorgängiger Genehmigung der Polizeibehörde stattfinden dürfen;
2) daß die Verbreitung von Druckschriften auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten nicht stattfinden darf;
3) daß Personen, von denen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung zu besorgen ist, der Aufenthalt in den Bezirken oder Ortschaften versagt werden kann;
4) daß der Besitz, das Tragen, die Einführung und der Verkauf von Waffen verboten, beschränkt oder an bestimmte Voraussetzungen geknüpft wird.

Die getroffenen Anordnungen sind durch den „Reichsanzeiger" bekannt zu machen.

Wer diesen Anordnungen oder den auf Grund derselben erlassenen Verfügungen mit Kenntniß oder nach erfolgter öffentlicher Bekanntmachung zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu eintausend Mark oder mit Haft oder mit Gefängniß bis zu sechs Monaten bestraft.

§. 21. Welche Behörden in jedem Bundesstaat unter der Bezeichnung Landespolizeibehörde, Polizeibehörde zu verstehen sind, wird von der Centralbehörde des Bundesstaates bekannt gemacht.

§. 22. Dieses Gesetz tritt sofort in Kraft.

Begründung.

In Erkenntniß der Gefahren, von welchen Staat und Gesellschaft durch das Umsichgreifen der sozialdemokratischen Bewegung bedroht sind, legten die verbündeten Regierungen im Mai d. J., aus Anlaß des gegen Seine Majestät den Kaiser verübten Attentates, dem Reichstage den Entwurf eines Gesetzes zur Abwehr sozialdemokratischer Ausschreitungen vor (vgl. Drucksachen des Reichstages II. Session 1878 Nr. 274). Der Reichstag lehnte diese Vorlage ab.

Bald darauf zeigte ein abermaliger Mordversuch gegen Seine Majestät den Kaiser von Neuem, wie leicht eine, jedes sittliche und rechtliche Gebot verachtende Gesinnung bis zu mörderischen Thaten sich zu steigern vermag, und zahlreiche Fälle von Majestätsbeleidigungen, welche sich an jenes erschütternde Ereigniß knüpften, lieferten den Beweis, wie weit solche Gesinnung bereits um sich gegriffen hat. Die verbündeten Regierungen sind dadurch in der Ueberzeugung bestärkt worden, daß es zum Schutze von Staat und Gesellschaft unerläßlich sei, der verderblichen Agitation der Sozialdemokratie Einhalt zu thun, welche als die Hauptursache der zu Tage getretenen Verwirrung der Rechtsbegriffe und Verwilderung der Gemüther angesehen werden muß. Die Regierungen sind nach wie vor der Meinung, daß es zu diesem Zwecke des Erlasses gesetzlicher Vorschriften bedürfe, welche direkt und ausschließlich gegen die sozialdemokratische Bewegung gerichtet sind.

Der vorliegende Entwurf eines Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie stimmt daher in seinen Grundgedanken mit der früheren Vorlage überein.

Die Bestrebungen der Sozialdemokratie sind auf die praktische Verwirklichung der radikalen Theorien des modernen Sozialismus und Kommunismus gerichtet. Nach diesen Theorien ist die heutige Produktionsweise als unwirthschaftlich und als eine ungerechte Ausbeutung der Arbeit durch das Kapital zu verwerfen. Die Arbeit soll von dem Kapital emanzipirt, das Privatkapital in Kollektivkapital, die individuelle, durch Konkurrenz sich regelnde Produktion in eine genossenschaftliche planmäßige Produktion verwandelt werden; das Individuum soll in der Gesellschaft aufgehen. Die sozialdemokratische Bewegung unterscheidet sich scharf von den humanitären Bestrebungen für das Wohl der arbeitenden Klassen dadurch, daß sie davon ausgeht, eine Hebung der Lage derselben auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung sei unmöglich und nur durch die erwähnte Sozialrevolution erreichbar. Die Durchführung einer solchen Revolution soll, unter gleichzeitiger Umwälzung der bestehenden Staatsverfassungen, durch eine internationale Kooperation der arbeitenden Klassen aller Kulturstaaten erfolgen. Diesen revolutionären und internationalen Charakter hat die Bewegung insbesondere seit der im September 1864 zu London erfolgten Gründung der „Internationalen Arbeiterassoziation" erlangt.

In Deutschland fand die erste Organisation sozialdemokratischer Bestrebungen im Jahre 1863 durch Lassalle statt. Der von demselben gestiftete „Allgemeine Deutsche Arbeiterverein" hatte noch einigermaßen ein reformatorisches und nationales Gepräge. Bald jedoch trennten sich die radikaleren Elemente und im August 1869 wurde zu Eisenach unter der Bezeichnung „sozialdemokratische Arbeiterpartei" eine Filiale der internationalen Arbeiterassoziation gegründet.

1878.

Die „sozialdemokratische Arbeiterpartei“ und der „Allgemeine Arbeiterverein“ bekämpften sich gegenseitig eine Zeit lang auf das Heftigste, bis allmählig die radikale und antinationale Richtung die Oberhand gewann. Im Mai 1875 fand auf dem Kongresse in Gotha die Wiedervereinigung der bis dahin getrennten Gruppen der deutschen Sozialdemokratie zu einer einheitlichen Verbindung unter der Bezeichnung „die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands“ statt. Das Programm dieser neuen Verbindung läßt über die revolutionären und kommunistischen, den Tendenzen der „Internationale“ im Wesentlichen entsprechenden Grundsätze und Endziele der Verbindung keinen Zweifel.

Dieselbe erstreckt sich über ganz Deutschland. Daneben besteht eine große Anzahl von lokalen sozialdemokratischen Vereinen und gewerbliche Fachvereine gleicher Richtung verzweigen sich über das ganze Bundesgebiet.

Auf dem allgemeinen Sozialistenkongresse, welcher im Herbste 1877 in Gent abgehalten wurde, und an welchem ein Delegirter der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands Theil nahm, fand die „großartige Organisation“ der deutschen Sozialdemokratie ungetheilte Anerkennung. Auf diesem Kongresse wurde der internationale Bund durch Konstituirung einer allgemeinen Union der sozialistischen Partei erneuert. In dem bezüglichen Manifeste wird der gemeinsame Operationsplan dargelegt und besonders die Nothwendigkeit der politischen Aktion als eines mächtigen Mittels der Agitation, der Propaganda, der Volkserziehung und der Gruppirung (Organisation) betont. Das Manifest schließt mit den Worten:

> Möge bei jedem Volke die Klasse der Enterbten sich als große, von allen Bourgeoisparteien scharf abgegrenzte Partei konstituiren, und möge diese sozialistische Partei Hand in Hand marschiren mit der sozialistischen Partei aller übrigen Länder.
>
> Es gilt den Kampf um all' eure Rechte, es gilt die Vernichtung aller Privilegien!
>
> Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Es handelt sich also um nichts weniger, als um den Bruch mit der gesammten bisherigen Rechtsentwickelung der Kulturstaaten, um eine radikale Umwälzung der bestehenden Besitz- und Eigenthumsverhältnisse von unten auf.

Die Organisation des „Proletariats“, die Zerstörung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung und die Herstellung der „sozialistischen Gesellschaft und des sozialistischen Staates“ durch das organisirte Proletariat, das sind die ausgesprochenen Endziele der Sozialdemokratie.

Diesen Zielen entspricht die in Wort und Schrift mit leidenschaftlicher Energie betriebene wohlorganisirte sozialistische Agitation und deren Methode. Die Agitation sucht in den ärmeren und weniger gebildeten Schichten der Bevölkerung Unzufriedenheit mit ihrer Lage, sowie die Ueberzeugung von der Hoffnungslosigkeit derselben unter der bestehenden Rechtsordnung zu verbreiten, sie als die „Enterbten“, zu Neid und Haß gegen die übrigen Klassen der bürgerlichen Gesellschaft aufzureizen. Die sittlichen und religiösen Ueberzeugungen, welche die Gesellschaft zusammenhalten, werden erschüttert, Ehrfurcht und Pietät verlacht, die Rechtsbegriffe der Massen werden verwirrt, die Achtung vor dem Gesetze wird zerstört. Die gehässigsten Angriffe und Schmähungen gegen das Deutsche Reich und seine Institutionen, gegen das Königthum und gegen das Heer, dessen ruhmreiche Geschichte verunglimpft wird, geben der sozialistischen Agitation in Deutschland ein spezifisch antinationales Gepräge; sie entfremdet die Gemüther der heimischen Sitte und dem Vaterlande. — Die Darstellungen, welche in Wort und Schrift von früheren revolutionären Ereignissen gegeben werden, die Verherrlichung bekannter Revolutionsmänner, sowie der Thaten der Pariser Kommune sind geeignet, revolutionäre Gelüste und Leidenschaften zu erregen und die Massen zu Gewaltthaten geneigt zu machen.

Die Beläge für diese Art der Agitation liefern in großem Umfange die sozialdemokratische Presse und die Reden der Führer und Agitatoren. Die Agitation hat im Laufe der letzten Jahre, wie das Hauptorgan der deutschen Sozial-

demokratie, der „Vorwärts“ triumphirend hervorhebt, eine „riesige“ Ausdehnung gewonnen; sie ist in Kreise gedrungen, welche ihr früher unzugänglich waren. Die Zahl der sozialdemokratischen Zeitschriften und ihrer Abonnenten, die massenhafte Verbreitung sozialdemokratischer Druckschriften aller Gattungen — Flugblätter, Brochüren, Lieder- und Bilderbücher, Kalender — sowie die Zahl der geschulten sozialistischen Agitatoren und Wanderredner sind in stetigem Zunehmen begriffen. Die Erfolge der Agitation sind in der starken Vermehrung der Stimmen hervorgetreten, welche der Sozialdemokratie bei politischen und kommunalen Wahlen zugefallen sind, und dementsprechend ist die Zuversicht ihrer Anhänger gewachsen. Die fortgesetzte Beunruhigung und Störung des öffentlichen Friedens, welche durch die sozialdemokratische Agitation hervorgerufen wird, schädigt empfindlich das Gemeinwohl und hindert eine gedeihliche und normale Entwickelung auf wirthschaftlichem wie auf politischem Gebiete.

Es ist daher ein Gebot der Selbsterhaltung für Staat und Gesellschaft, der sozialdemokratischen Bewegung mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Zunächst aber ist der Staat berufen, die durch die Sozialdemokratie bedrohte Rechtsordnung zu schützen und der sozialistischen Agitation Schranken zu setzen. Freilich kann der Gedanke nicht durch äußeren Zwang unterdrückt, die Bewegung der Geister nur in geistigem Kampfe überwunden werden. Wohl aber können und dürfen einer solchen Bewegung, wenn sie falsche Bahnen verfolgt und verderblich zu werden droht, die Mittel zu ihrer Ausbreitung auf gesetzlichem Wege entzogen werden. Die sozialistische Agitation, wie sie seit Jahren betrieben wird, ist ein fortgesetzter Appell an die Gewalt und an die Leidenschaften der Menge, um staatliche und gesellschaftliche Ordnung umzustürzen. Einem solchen Unternehmen kann der Staat Einhalt thun, indem er der Sozialdemokratie ihre wichtigsten Agitationsmittel nimmt und ihre Organisation zerstört; er muß dies thun, wenn er sich nicht selbst aufgeben und nicht in der Bevölkerung die Ueberzeugung, entweder von seiner Ohnmacht oder von der Berechtigung der revolutionären Bestrebungen der Sozialdemokratie aufkommen lassen will.

Dieser Nothwendigkeit gegenüber tritt auch die Besorgniß zurück, daß die aus dem Lichte der Oeffentlichkeit verdrängte Agitation um so nachhaltiger und gefährlicher im Geheimen werde fortgesetzt werden. Ueberdies läßt sich mit Grund bezweifeln, daß Letztere in erheblich stärkerem Maße geschehen werde, als es schon gegenwärtig der Fall ist.

Dem Staate allein wird es indessen auch mit Hülfe der in dem Entwurfe vorgeschlagenen Mittel nicht gelingen, die sozialdemokratische Bewegung zu beseitigen; diese Mittel bringen die Vorbedingung für die Heilung des Uebels, nicht die Heilung selbst. Es bedarf vielmehr der thätigen Mitwirkung aller erhaltenden Elemente der bürgerlichen Gesellschaft, um durch Belebung der Religiösität, durch Aufklärung und Belehrung, durch Stärkung des Sinnes für Recht und Sitte, wie durch weitere wirthschaftliche Reformen die Wurzeln des Uebels zu beseitigen.

Die in Deutschland geltenden gesetzlichen Vorschriften auf den Gebieten der Presse und des Vereinswesens, auf welchen sich die sozialdemokratische Agitation vorzugsweise bewegt, in Verbindung mit den Vorschriften des Strafgesetzbuches reichen, wie die Erfahrung gezeigt hat, nicht aus, um jener Agitation Halt zu gebieten. Die fortgesetzte Handhabung dieser Vorschriften gegenüber der Sozialdemokratie, die Schließung vieler Vereine, die Auflösung zahlreicher Versammlungen, strenge Bestrafung der massenhaften durch Wort und Schrift verübten Vergehen haben nicht vermocht, die Ausbreitung der sozialdemokratischen Bewegung im Ganzen aufzuhalten. Dies beruht wesentlich auf dem vorwiegend repressiven Charakter der bezüglichen Gesetze, welche einzelne Rechtswidrigkeiten, nicht aber eine fortgesetzte staats- und gesellschaftsfeindliche Thätigkeit im Auge haben. Nach den verschiedenen in den deutschen Bundesstaaten geltenden Vereinsgesetzen ist die Bildung politischer Vereine im Allgemeinen unbeschränkt; ihre Schließung setzt in der Regel voraus, daß bestimmte in den Gesetzen vorgeschriebene Schranken überschritten worden sind. Nur in einzelnen Bundesstaaten sind die Verwaltungs-

behörden gesetzlich ermächtigt, Vereine wegen ihrer staats- oder gesellschaftsgefährlichen Haltung und Tendenz zu schließen; auch hier wird die Wirkung der Schließung abgeschwächt durch die Leichtigkeit, mit welcher die Bildung eines neuen gleichartigen Vereins erfolgen kann. Versammlungen können in der Regel nicht zum Voraus verboten, sondern nur aufgelöst werden in gewissen eng formulirten Fällen; das Reichsgesetz über die Presse vollends kennt keinerlei Präventivmaßregeln.

Bei diesem Charakter der in Betracht kommenden Gesetze würde der sozialdemokratischen Agitation gegenüber eine schärfere Handhabung derselben, wenn sie möglich wäre, ebensowenig von Wirkung sein, als einzelne Abänderungen derselben, so sehr solche sich auch sonst empfehlen möchten. Wollte man aber eine Revision derselben in der Richtung vornehmen, daß damit auch jener Agitation wirksam begegnet werden könnte, so würde man über das Bedürfniß hinaus das Vereins- und Versammlunsrecht und das Recht der freien Meinungsäußerung allgemeinen und dauernden Einschränkungen zu unterwerfen genöthigt sein. Auch auf dem Boden des Strafgesetzbuches erscheint die Lösung der Aufgabe nicht erreichbar.

Dazu bedarf es außerordentlicher gesetzlicher Vollmachten, durch welche die für die innere Sicherheit und Ordnung verantwortlichen Behörden in den Stand gesetzt werden, ihrer verfassungsmäßigen Pflicht, Staat und Gesellschaft vor inneren Gefahren zu schützen, der Sozialdemokratie gegenüber zu genügen; es bedarf eines Spezialgesetzes, welches das Vereins- und Versammlungsrecht, die Freiheit der Presse und des Gewerbebetriebes, sowie die Freizügigkeit ausschließlich den gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie gegenüber wirksamen Beschränkungen unterwirft.

Die Sozialdemokratie hat dem Staate und der Gesellschaft offen den Krieg erklärt und deren Zerstörung als ihr Endziel proklamirt; sie hat damit selbst den Boden des für Alle gleichen Rechtes verlassen und kann sich deshalb nicht beschweren, wenn ihr dasselbe nur insoweit zu Gute kommen soll, als es mit der Sicherheit und Ordnung des Staates vereinbar ist.

Ueberhaupt weisen außerordentliche und krankhafte Zustände, welche den Staat bedrohen, auf eine Abhülfe durch Spezialgesetze hin, welche sich ausschließlich auf die Abwendung der vorhandenen Gefahr richten und mit der Erreichung dieses Zieles ihre Wirksamkeit von selbst verlieren. Diesen Weg hat man unter ähnlichen Verhältnissen auch in Frankreich und in England dem Wege der Abänderung des gemeinen Rechtes vorgezogen. Was die französische Gesetzgebung betrifft, so darf insbesondere auf das Gesetz vom 14. März 1872 Bezug genommen werden, welches ausschließlich gegen die Bestrebungen der Internationale und gleichartige Bestrebungen gerichtet ist. In der englischen Gesetzgebung finden sich zahlreiche Vorgänge, wonach man bis in die neueste Zeit hinein, wenn die Sicherheit des Staates und der Gesellschaft in Frage stand, kein Bedenken getragen hat, die Habeas-Corpus-Akte zeitweise außer Kraft zu setzen und die Exekutivgewalt behufs Abwehr drohender Gefahr mit Vollmachten zu versehen, welche in mehrfacher Beziehung über diejenigen hinausgehen, die der vorliegende Entwurf in Vorschlag bringt.

Der Entwurf wendet sich ausschließlich gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie. Diese Bestrebungen sind im §. 1, auf welchem in dieser Beziehung der ganze Entwurf aufgebaut ist, näher bezeichnet als „sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische, auf Untergrabung der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen“. Diese Fassung lehnt sich in ihrer zweiten Hälfte an den Abänderungsantrag an, welchen die Abgeordneten Dr. Beseler und Dr. Gneist zu dem vorerwähnten Entwurfe eines Gesetzes gegen die Ausschreitungen der Sozialdemokratie gestellt hatten und beruht im Uebrigen auf folgender Erwägung. Die Organisationen der Sozialdemokratie bezeichnen sich bald als sozialdemokratische, bald als sozialistische oder kommunistische.

nachdem das eine oder das andere Moment der oben charakterisirten Bestrebungen schärfer betont werden soll. Ebenso bezeichnen die Anhänger der Sozialdemokratie sich wechselnd als Sozialdemokraten, als Sozialisten oder als Kommunisten. Die deutsche Sozialdemokratie hat sich, wie oben bereits erwähnt, neuerdings die Bezeichnung „Sozialistische Arbeiterpartei" beigelegt, während sie früher die gleichen Bestrebungen unter der Firma: „Sozialdemokratische Arbeiterpartei" verfolgte. Im Auslande wird die Bewegung vorzugsweise als „sozialistische" bezeichnet. Es erschien daher nothwendig, diese verschiedenen Benennungen neben einander zu stellen, um die Bestrebungen zu kennzeichnen, gegen welche der Entwurf gerichtet ist.

Der Begriff der „bestehenden Staatsordnung" bedarf keiner Erläuterung. Unter der „bestehenden Gesellschaftsordnung" ist der Inbegriff der sittlichen Prinzipien und der Rechtsgrundsätze zu verstehen, auf welchen die heutige Gesellschaft beruht. Daß die Bestrebungen der Sozialdemokratie auf Untergrabung und im Endziele auf Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtet sind, ist oben nachgewiesen, auch ist die Methode dieser Untergrabung geschildert worden. Hiernach dürften die revolutionären, gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie, gegen welche der Gesetzentwurf gerichtet ist, im § 1 desselben mit genügender Deutlichkeit bezeichnet und dem Bedenken begegnet sein, daß durch den Entwurf auch andere, als die zu bekämpfenden Bestrebungen getroffen werden könnten.

In Bezug auf die Mittel, um diesen Bestrebungen zu begegnen, verfolgt der gegenwärtige Gesetzentwurf im Allgemeinen dieselbe Richtung, wie die frühere Vorlage, greift jedoch in mehrfacher Beziehung über dieselbe hinaus. Der Entwurf ist nicht allein gegen die in Vereinen, Versammlungen und in der Presse (§§. 1, 5, 6) hervortretenden, sondern auch gegen die in sonstiger Weise geschäftsmäßig stattfindenden sozialdemokratischen Agitationen (§. 16), sowie gegen das Einsammeln von Beiträgen zu sozialdemokratischen Zwecken (§. 11) gerichtet. Während der frühere Entwurf das Verbot sozialdemokratischer Vereine, Versammlungen und Druckschriften nur für zulässig erklärte, legt der gegenwärtige den zuständigen Behörden die Pflicht auf, alle Vereine, Versammlungen und Druckschriften, welche den bezeichneten Bestrebungen dienen, zu verbieten, indem er ausspricht, daß dieselben „zu verbieten sind" (§§. 1, 5, 6). Den sozialdemokratischen Agitatoren und anderen Personen, welche es sich zum Geschäft machen, die bezeichneten Bestrebungen zu fördern, sowie solchen Personen, welche den auf Grund des Gesetzes erlassenen Verboten zuwidergehandelt haben und deshalb mit Strafe belegt worden sind, soll der Aufenthalt in bestimmten Bezirken oder Orten untersagt, sowie die Befugniß zum Betriebe solcher Gewerbe, welche erfahrungsmäßig zur Förderung sozialdemokratischer Bestrebungen gemißbraucht werden, entzogen werden können. Druckereien, welche geschäftsmäßig zur Förderung der bezeichneten Bestrebungen benutzt werden, sollen geschlossen werden können (§. 16). Außerdem sollen für solche Bezirke oder Ortschaften, welche von der Sozialdemokratie bereits soweit unterwühlt worden sind, daß die öffentliche Sicherheit bedroht erscheint, gewisse allgemeine Beschränkungen des Versammlungsrechtes, des Betriebes der Preßgewerbe, der Freizügigkeit und des Rechtes zum Besitze oder zum Tragen von Waffen, sowie des Handels mit denselben durch die Centralbehörden der Bundesstaaten mit Genehmigung des Bundesrathes vorübergehend angeordnet werden dürfen (§. 20). Abgesehen von den ebenerwähnten Fällen des §. 20 soll der Erlaß der in dem Gesetze vorgesehenen Verbote und Anordnungen durch die Landespolizeibehörden und, wo es sich um ein unmittelbares Eingreifen handelt, durch die unteren Polizeibehörden erfolgen. Zuwiderhandlungen gegen die erlassenen Verbote und Anordnungen sind unter Strafe gestellt (§§. 12 bis 15, 18), deren Festsetzung den zuständigen Gerichten anheim fällt. Daß das Verbot sozialdemokratischer Vereine und Druckschriften nicht, wie nach dem früheren Entwurfe, in die Hände des Bundesrathes, sondern in die der Landespolizeibehörden gelegt wird, empfiehlt sich, um eine schnellere und wirksamere Ausführung des Gesetzes

zu sichern. Dabei ist dem Umstande, daß die Wirksamkeit sozialdemokratischer Vereine und die Verbreitung sozialdemokratischer Druckschriften sich häufig über das ganze Bundesgebiet erstreckt, durch die Bestimmung Rechnung getragen worden, daß die von den Landespolizeibehörden erlassenen Verbote von Vereinen und Druckschriften für das ganze Bundesgebiet wirksam sein sollen (§. 2 Absatz 2. §. 7. Absatz 2).

Dagegen wird sich zum Schutze der Betheiligten gegen etwaige Mißgriffe der Behörden und im Interesse einer gleichmäßigen Handhabung des Gesetzes eine dem ganzen Reichsgebiet gemeinsame Beschwerdeinstanz für diejenigen Fälle nicht entbehren lassen, in welchen die von den Landespolizeibehörden erlassenen Verbote für das ganze Bundesgebiet wirksam sein sollen oder von besonders einschneidender Wirkung sind, während für die übrigen Fälle die Beschwerde an die vorgeordneten Aufsichtsbehörden ausreichend erscheint.

Der Entwurf glaubt, jene höchste Reichsinstanz in den Bundesrath als den verfassungsmäßigen Repräsentanten der Gesammtheit der deutschen Regierungen legen zu sollen und bringt für dieselbe in §. 19 die Bildung eines aus sieben Mitgliedern bestehenden Bundesraths-Ausschusses in Vorschlag.

Die in diesem Ausschuß thätigen Bundesrathsbevollmächtigten sollen an Instruktionen nicht gebunden sein, ihre Entscheidungen vielmehr nach eigenem Ermessen treffen.

Daß die Ausführung des Gesetzes, abgesehen von den Strafbestimmungen, in die Hand der Exekutivbehörden gelegt werden soll, rechtfertigt sich durch den Zweck des Gesetzes. Es handelt sich um die Abwendung einer gemeinen Gefahr, also recht eigentlich um eine Aufgabe der Polizei. Es handelt sich um eine gleichmäßige, energische und anhaltende Bekämpfung einer weitverzweigten revolutionären Organisation und Agitation. Die hierbei in Betracht kommenden Fragen sind weniger von juristischen als von politischen Gesichtspunkten aus zu beurtheilen, und eben deshalb wird auch die Beurtheilung und Entscheidung derselben nicht richterlichen, sondern politischen Organen zu übertragen sein.

Auch eine gerichtliche Kontrole der von den Verwaltungsbehörden auf Grund des Gesetzes getroffenen Maßnahmen wird nicht in Frage kommen können, wenn der Zweck des Gesetzes erreicht werden soll. Eine solche Kontrole würde dem in Deutschland geltenden Verwaltungsrechte nicht entsprechen, lähmend auf die Verwaltung wirken und die wirksame Durchführung des Gesetzes gefährden. Das letzte Bedenken würde auch einer Kontrole durch Verwaltungsgerichte entgegenstehen, von welcher überdies schon deshalb abgesehen werden mußte, weil das Institut der Verwaltungsgerichtsbarkeit noch in der Entwickelung begriffen ist und Verwaltungsgerichte erst in einzelnen Theilen des Bundesgebietes eingeführt worden sind. Ein Gesetz, wie das vorliegende, verlangt aber eine gleichmäßige Durchführung und zu derselben einheitliche und gleichartige Organe.

Im Einzelnen ist noch Folgendes zu bemerken.

Zu §. 1. Die Vorschriften des §. 1, dessen erster Absatz, soweit er die Definition der zu bekämpfenden gemeingefährlichen Bestrebungen betrifft, bereits besprochen ist, richten sich gegen die Organisation der Sozialdemokratie. Sie sollen in allen Fällen Anwendung finden, in welchen, gleichviel, in welcher Form und unter welcher Bezeichnung, ob mit oder ohne Statuten, eine Verbindung in's Leben tritt, welche den im Absatz 1 bezeichneten Bestrebungen der Sozialdemokratie dient. Wenn in Absatz 2 die „genossenschaftlichen Kassen" besonders hervorgehoben werden, so beruht dies auf der Erwägung, daß die Sozialdemokratie auch Kassen solcher Art, und zwar nicht blos Unterstützungskassen, die mit einem politischen oder gewerblichen Vereine verbunden sind, sondern auch eingeschriebene Hülfskassen für ihre Zwecke bereits benutzt, und durch weitere Verfolgung dieses Weges die Absicht des Gesetzes leicht vereiteln könnte. Das „Centralorgan der Sozialdemokratie Deutschlands", der „Vorwärts", bringt in Nr. 65 vom 5. Juni d. J. einen Artikel mit der Ueberschrift: „Ein Kapitel über Agitation". Darin findet sich — nach Darstellung der verschiedenen Formen, in welchen die Agitation organisirt werden könnte — folgender Satz:

„— Aber auch hiermit ist unsere Agitation noch nicht erschöpft. Wir gründen Kassen, wo es nöthig und förderlich ist, für Kranken- und Sterbefälle, beseelt von dem Gedanken, daß jede neue Form der Organisation neue Lebenslust in die Agitation bringen muß. Sollte das Hülfskassengesetz nicht auch für uns da sein? Unnütze Frage, ist es doch vielleicht in nicht ferner Zeit die Brücke zu einer Centralisation, welche an Bedeutung manche vorhandene bald überholen dürfte."

Zu §. 2. Das Verbot der im §. 1 näher bezeichneten Vereine soll durch die Landespolizeibehörden erfolgen. Zuständig soll jede Landespolizeibehörde sein, in deren Bezirke ein Verein der gedachten Art seinen Sitz hat oder durch Entwickelung seiner Thätigkeit in die Erscheinung tritt. Um dem Mißstande vorzubeugen, daß Vereine, welche in einem Bezirke verboten sind, ihre Bestrebungen in einem anderen Bezirke fortsetzen, wird vorgeschlagen, dem von der Landespolizeibehörde erlassenen Verbote Wirksamkeit für das ganze Bundesgebiet und für alle Verzweigungen des Vereins beizulegen. Diese Bestimmung bedingt eine Bekanntmachung des Verbotes durch den „Reichs-Anzeiger". Davon soll jedoch der Erlaß des Verbotes selbst nicht abhängig sein. Dasselbe soll vielmehr in den üblichen Formen landespolizeilicher Anordnungen erlassen und publizirt werden, insbesondere auch durch Zustellung an den Vereinsvorstand, sofern solche ausführbar ist (vgl. §. 4). Einer besonderen Bestimmung hierüber wird es nicht bedürfen.

Die Schlußbestimmung des Paragraphen, daß das Verbot sich auch auf jeden vorgeblich neuen Verein erstrecken soll, welcher sachlich als der alte sich darstellt, ist dem § 4 des badischen Vereinsgesetzes vom 21. November 1867 nachgebildet; sie bezweckt, die Umgehung des Verbotes durch Rekonstruktion des verbotenen Vereins unter veränderter Firma zu verhindern.

Zu §. 3. Die vorgeschlagene Bestimmung, wonach auf Grund des Verbotes (§§. 1, 2) die Vereinskasse, sowie alle für Zwecke des Vereins bestimmten Gegenstände polizeilich in Beschlag zu nehmen sind, rechtfertigt sich durch den Zweck des Gesetzes. Es handelt sich nicht um eine Konfiskation als Strafe, sondern darum, gemeingefährlichen Bestrebungen die Mittel zu entziehen. Aus diesem Grunde sind Ansprüche Dritter an den in Beschlag genommenen Gegenständen ausdrücklich vorbehalten. Dieselben werden nöthigenfalls bei der Ortsarmenkasse geltend zu machen sein, welcher das Beschlagnahmte überwiesen werden soll.

Zu §. 4. Wenn vorgeschlagen wird, die Beschwerde gegen die von den Landespolizeibehörden erlassenen Verbote direkt an den Bundesrath gehen zu lassen, so geschieht dies im Interesse einer Abkürzung des Instanzenzuges. Selbstverständlich wird das verfassungsmäßige Aufsichtsrecht der Centralbehörden der Bundesstaaten den ihnen untergeordneten Landespolizeibehörden gegenüber dadurch nicht berührt.

Daß die Beschwerde hier, wie in allen übrigen Fällen, eine aufschiebende Wirkung nicht haben soll, beruht auf dem präventiven Charakter des Gesetzes.

Zu §. 5. Soll es gelingen, der sozialdemokratischen Agitation den ergiebigen Boden der Versammlungen zu entziehen, so erscheint es nöthig, nicht nur eine jede Versammlung aufzulösen, sobald in ihr sozialdemokratische Reden gehalten, derartige Schriften vorgelesen oder vertheilt werden, oder in anderer Weise die im §. 1 des Entwurfes bezeichneten Bestrebungen zu Tage treten, sondern auch Versammlungen im Voraus zu verbieten, wenn anzunehmen ist, daß dieselben den gedachten Bestrebungen dienen werden. Wenn eine Versammlung aufgelöst wird, so erfolgt dies in der Regel erst in einem Momente, wo die beabsichtigte agitatorische Wirkung, wenigstens zum Theil, bereits erreicht ist; die Auflösung selbst wird als agitatorisches Moment benutzt. Anders, wenn eine Versammlung von vornherein verboten wird; ob dies nach der Vorschrift des §. 5 zulässig ist, wird von thatsächlichen Umständen abhängen, deren Spezialisirung im Gesetze nicht angänglich ist, auf Grund deren aber die Polizeibehörden in der Regel in der Lage sein werden, sich ein völlig zuverlässiges Urtheil darüber zu bilden, ob eine bevorstehende Versammlung sozialdemokratischen Bestrebungen dienen werde.

Oeffentliche Festlichkeiten und Aufzüge den Versammlungen gleichzustellen, wird keinem Bedenken unterliegen, da dieselben notorisch in gleicher Weise, wie die Versammlungen, zu den agitatorischen Zwecken der Sozialdemokratie benutzt werden.

Die §§. 6 bis 10 richten sich gegen die sozialdemokratische Presse. In der Presse liegt der Schwerpunkt der sozialdemokratischen Agitation. Um ihr zu begegnen, bedarf es daher besonders wirksamer, von der bestehenden allgemeinen Preßgesetzgebung wesentlich abweichender Bestimmungen. Nach §§. 6 und 7 sollen Druckschriften, welche den im §. 1 des Entwurfes näher bezeichneten sozialdemokratischen Bestrebungen dienen, durch die Landespolizeibehörden verboten werden. Unter Druckschriften sind auch im Sinne des gegenwärtigen Gesetzentwurfes alle diejenigen Erzeugnisse zu verstehen, welche nach §. 2 Absatz 1 des Gesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 darunter begriffen sind. Bei Zeitungen und Zeitschriften, welche in monatlichen oder kürzeren, wenn auch unregelmäßigen Fristen erscheinen — periodischen Druckschriften nach §. 7 des Preßgesetzes — soll das Verbot sich nicht allein auf einzelne Nummern (Hefte, Stücke), sondern auch auf das fernere Erscheinen der Druckschrift erstrecken können. Die Landespolizeibehörden und in Bezug auf ausländische Schriften der Reichskanzler, nach Vorgang des §. 14 des Preßgesetzes vom 7. Mai 1874, sollen befugt sein, eine periodische Druckschrift, wenn dieselbe nach ihrer Gesammthaltung und Tendenz den bezeichneten Bestrebungen dient, zeitweise oder für immer zu unterdrücken. Es wird sich hierbei zunächst um solche Zeitungen und Zeitschriften handeln, welche sich selbst als Organe der Sozialdemokratie bezeichnen, wie der in Leipzig erscheinende „Vorwärts“, sowie um diejenigen, welche in diesen Organen als sozialistische Parteiblätter anerkannt und empfohlen sind.

Der Zweck des Gesetzes erheischt aber auch, daß, sobald ein Verbot erlassen worden ist, jede weitere Verbreitung der von demselben betroffenen Druckschrift durch polizeiliche Beschlagnahme verhindert werde, sowie, daß die beschlagnahmten Druckschriften vernichtet werden, sobald das Verbot endgültig geworden ist. Aus dem Umstande ferner, daß Druckschriften der bezeichneten Art, insbesondere Flugschriften und Broschüren, häufig erst dann zur Kenntniß der Landespolizeibehörden gelangen, wenn bereits Massen der Druckschrift verbreitet sind, ergiebt sich die weitere Nothwendigkeit, die mit der unmittelbaren Handhabung der Polizei betrauten Behörden zur vorläufigen Beschlagnahme solcher Druckschriften zu ermächtigen. Auf diesen Erwägungen beruhen die Bestimmungen der §§. 9 und 10, bei deren Fassung der §. 27, bezw. die Absätze 3 und 4 des §. 24 des Preßgesetzes zum Vorbilde gedient haben.

Gegen die von der Landespolizeibehörde erlassenen Verbote, welche in gleicher Weise wie das Verbot von Vereinen (§§. 1, 2) auf das ganze Bundesgebiet ihre Wirksamkeit erstrecken und deshalb auch im „Reichsanzeiger“ bekannt gemacht werden sollen, soll die Beschwerde an den Bundesrath offen stehen. (§. 8.)

Zu §. 11. Die Beiträge, welche die Sozialdemokratie von ihren Anhängern in den verschiedensten Formen erhebt, sind nicht unbeträchtlich. Sie dienen zum Unterhalte der Führer und Agitatoren, zu sonstigen Agitationszwecken, sowie zur Deckung der wegen Verletzung der Strafgesetze den Agitatoren auferlegten Geldstrafen. Nach den bestehenden Gesetzen kann solchen Sammlungen in der Regel nur entgegengetreten werden, wenn sie in der Form der Hauskollekte erfolgen. Es bedarf daher der im § 11 vorgeschlagenen Bestimmung, wonach das Einsammeln von Beiträgen zur Förderung der im § 1 des Entwurfes bezeichneten Bestrebungen in jeder Form, sowie die öffentliche Aufforderung zur Leistung solcher Beiträge polizeilich zu verbieten sind. Zuständig für das Verbot soll jede Polizeistelle für ihren Bezirk sein, auch der eine Versammlung überwachende Polizeibeamte für Sammlungen, die in der Versammlung etwa unternommen werden (Tellersammlungen oder dergl.).

Die §§. 12 bis 15 enthalten Strafbestimmungen gegen Diejenigen, welche einem auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Verbote mit Kenntniß, oder nach öffentlicher Bekanntmachung, worunter in den Fällen der §§. 2 und 7 die

daselbst vorgesehene durch den „Reichsanzeiger" zu verstehen ist, zuwiderhandeln. Mit Rücksicht darauf, daß hiernach die Strafbarkeit einer aus minderer Fahrlässigkeit begangenen Zuwiderhandlung nicht unbedingt ausgeschlossen ist, mußte auch Geldstrafe zugelassen und von der Festsetzung eines Strafminimums abgesehen werden. Dieses Motiv trifft indessen nicht zu in den Fällen des §. 12, Absatz 2, und des §. 13, wo in der Regel dolus, mindestens aber grobe Fahrlässigkeit vorliegen wird.

Im §. 14 ist mit Rücksicht darauf, daß das Verbot einer Druckschrift sich auch auf das fernere Erscheinen einer periodischen Druckschrift beziehen kann, außer der Verbreitung und dem Wiederabdrucke einer verbotenen oder von der vorläufigen Beschlagnahme (§. 10) betroffenen Druckschrift auch die verbotswidrige Fortsetzung einer — periodischen — Druckschrift unter Strafe gestellt.

Für die in dem Schlußsatze des §. 15 vorgeschlagene Bestimmung, wonach das zufolge der verbotenen Sammlung oder Aufforderung Empfangene oder der Werth desselben der Armenkasse des Orts der Sammlung für verfallen erklärt werden soll, findet sich eine Analogie im §. 16 des Preßgesetzes vom 7. Mai 1874.

Zu §§. 16 bis 18. Der §. 16 verfolgt einen doppelten Zweck. Er richtet sich gegen die geschäftsmäßig betriebene sozialdemokratische Agitation und gegen den Mißbrauch, welcher mit gewissen Gewerben zur Förderung der im §. 1 des Entwurfes bezeichneten Bestrebungen notorisch getrieben wird; er soll andererseits dazu dienen, die nach den §§. 1 bis 11 zu erlassenden Verbote wirksamer zu machen, indem er für einmalige (Absatz 3) oder rückfällige (Absatz 1) Uebertretung derselben noch andere Nachtheile als die in den §§. 12 bis 15 vorgesehene Strafe in Aussicht stellt.

Die sozialdemokratische Agitation wird bekanntlich durch Wanderagitatoren und durch ständige Agitatoren betrieben, welche die in den Protokollen über die sozialistischen Kongresse offen ausgesprochene, berufsmäßige Aufgabe haben, die Bevölkerung gewisser Bezirke oder Orte für die sozialdemokratischen Bestrebungen zu gewinnen; zur Ausbildung dieser Agitatoren bestehen besondere Schulen.

Daneben giebt es eine große Zahl von Vertrauensmänner, Agenten, Kassirern und anderen Personen, welche es sich zum Geschäfte machen, die im §. 1 des Entwurfes bezeichneten Bestrebungen zu fördern. Ingleichen giebt es eine Anzahl von Buchdruckern, Buchhändlern, Leihbibliothekaren und Inhabern von Lesekabinetten, welche ihr Gewerbe vorzugsweise zur Herstellung beziehungsweise zur Verbreitung sozialistischer Druckschriften benutzen. Der Straßenverkauf und die Kolportage sind ebenso wie die unentgeltliche öffentliche Verbreitung von Druckschriften wirksame Mittel in den Händen der sozialdemokratischen Agitation. Bekannt ist ferner, daß die Schankwirthschaften und Gastwirthschaften der gedachten Agitation die günstigste Gelegenheit darbieten, und daß viele Inhaber solcher Wirthschaften den sozialdemokratischen Bestrebungen in jeder Weise, namentlich auch durch Auslegen sozialistischer Schriften, förderlich sind. Wollte man dieses Treiben fernerhin in bisheriger Weise dulden, so würde sich von den gegen den Mißbrauch des Vereins- und Versammlungsrechtes und der Preßfreiheit durch die Sozialdemokratie gerichteten Bestimmungen des Entwurfes nur ein ungenügender Erfolg versprechen lassen. Die öffentliche Agitation würde zwar verhindert, dagegen die geheime ungestört fortbetrieben werden. Der letzteren wird nur durch solche Maßregeln entgegenzuwirken sein, wie sie der §. 16 vorschlägt, nämlich Entziehung der Befugniß zum Betriebe der fraglichen Gewerbe, oder Entfernung der Agitatoren aus denjenigen Bezirken oder Orten, welche sie durch geschäftsmäßige Agitation gefährden. Außerdem wird, um den Druck sozialdemokratischer Schriften zu verhindern, unter Umständen die Schließung einer Druckerei (§. 16, Absatz 4) nothwendig sein, zumal eine nicht unbedeutende Anzahl von Druckereien besteht, welche ausschließlich für die Herstellung sozialistischer Agitationsschriften benutzt werden.

Da diese Maßregeln, wie die übrigen in dem Entwurfe vorgesehenen, dem Gebiete der politischen Polizei angehören, werden sie ebenfalls in die Hände der Landespolizeibehörden gelegt werden müssen; auch bezüglich der gewerblichen Be-

schränkungen werden die mit dem gewerblichen Konzessionswesen befaßten Behörden um so weniger in Betracht kommen können, als es sich nicht um gewerbliche Gesichtspunkte handelt, und als die einheitliche Handhabung des Gesetzes eine unerläßliche Bedingung für seine wirksame Durchführung ist.

Daß gegen die auf Grund des §. 16 erlassenen Verfügungen der Landespolizeibehörde die Beschwerde an den Bundesrath offen stehen soll (§. 17), ferner daß im §. 18 Zuwiderhandlungen gegen solche Verfügungen unter Strafe gestellt werden, entspricht dem System des Entwurfes.

Der §. 19 enthält Vorschriften wegen Bildung eines besonderen Ausschusses des Bundesrathes behufs Entscheidung der an denselben auf Grund dieses Gesetzes gelangenden Beschwerden. Hierüber ist das Erforderliche bereits in dem allgemeinen Theile der Begründung bemerkt worden.

Zu §. 20. Die in den Bestimmungen der §§. 1 bis 19 des Entwurfes vorgesehenen Mittel zur Bekämpfung der gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie werden unter Umständen für solche Bezirke und Ortschaften nicht ausreichen, welche durch die sozialdemokratische Agitation bereits so stark unterwühlt sind, daß dadurch die öffentliche Sicherheit bedroht ist. Hier wird es zeitweise einiger allgemeinen, nicht direkt gegen die Sozialdemokratie gerichteten Beschränkungen in Bezug auf die Ausübung des Versammlungsrechtes, die Verbreitung von Druckschriften, die Freizügigkeit, den Besitz oder das Tragen von Waffen oder den Handel mit denselben bedürfen. Solche Beschränkungen sollen, um für gewisse Eventualitäten der Nothwendigkeit einer Erklärung des Kriegszustandes überhoben zu sein, nach §. 20 durch die Centralbehörden der Bundesstaaten vorübergehend und mit Genehmigung des Bundesrathes angeordnet werden können, soweit sie nicht bereits landesgesetzlich ohnedies zulässig sind.

Der §. 21 bestimmt, nach Vorgang des §. 155, Absatz 2 der Reichsgewerbeordnung, daß seitens der Centralbehörde eines jeden Bundesstaates bekannt gemacht werden soll, welche Behörden unter der Bezeichnung Landespolizeibehörde bezw. Polizeibehörde in jedem Bundesstaate zu verstehen seien.

Nach §. 22 soll das Gesetz sofort in Kraft treten. Von der Festsetzung eines Termines für das Außerkrafttreten des Gesetzes, wie ihn der frühere Entwurf enthielt, ist abgesehen worden, nicht, weil nicht nach wie vor an der Hoffnung festgehalten werden müßte, dieses Gesetz in Zukunft entbehren zu können, sondern wegen der Unmöglichkeit, den Zeitpunkt im Voraus zu bestimmen, mit welchem diese Hoffnung in Erfüllung gehen wird.

---

10. September. Dr. Karl Eduard Nobiling ist Nachmittags 3 Uhr in der Krankenanstalt der Stadtvoigtei, wohin er nach dem ersten Verhör übergeführt worden, seiner Wunde erlegen. Der Tod ist anscheinend durch Blutvergiftung in Folge der fortdauernden Eiterung jener Schußwunde in den Kopf erfolgt, welche Nobiling unmittelbar nach dem Attentat sich selbst beigebracht hatte.

Aus dem Kommissionsbericht über das Sozialistengesetz.

Der allgemeine Theil desselben lautet: „Man war in der Kommission darüber einig, daß durch die sozialdemokratischen Ausschreitungen eine schwere

Gefahr für die Staats- und Gesellschaftsordnung entstanden sei, und daß der Gesetzgebung des Reiches die Pflicht obliege weitere Ausschreitungen der Sozialdemokratie zu verhindern und die bürgerliche Gesellschaft vor der aus ihnen erwachsenden Gefahr zu schützen. Ueber die Wege dazu herrschte eine tiefgehende Meinungsverschiedenheit. Man war darin einig, daß auf dem Wege der Gesetzgebung keine sofortige und erschöpfende Heilung der vorhandenen erschwerenden Uebelstände zu erhoffen sei, vielmehr nur zunächst die Verhinderung weiterer Verbreitung, sodann aber die Vorbereitung der Heilung erwartet werden könne. Diese Heilung müsse einerseits durch Fortsetzung der Reformen auf dem wirthschaftlichen Gebiet und im Interesse des Arbeiterstandes, andererseits durch Belebung der Religiosität, durch Aufklärung und Belehrung, durch Stärkung des Sinnes für Recht und Sitte angestrebt werden. Man erkannte dabei an, daß die Erreichung dieses Zweckes die thätige Mitwirkung aller erhaltenden Elemente des Staats verlange; ein jeder wohlgesinnte Mann müsse in seinem Kreise sich die Aufgabe stellen, persönlich in der bezeichneten Richtung mit Rath und That einzutreten und beizutragen, daß der krankhafte Zustand der bürgerlichen Gesellschaft beseitigt und namentlich die Arbeiterkreise über die verderblichen Irrlehren der Sozialdemokratie belehrt werden. Die Mehrheit der Kommission stellte sich auf den Boden des Entwurfs und erkannte an, daß die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie zu bekämpfen und der bürgerlichen Gesellschaft der Friede zurückzugeben sei. Keineswegs sollen Reformbestrebungen unterdrückt werden, die es sich zur Aufgabe stellen, auf der Grundlage der gegebenen Staatsordnung vorhandenen Schäden in dem Staat und der Gesellschaft abzuhelfen und Hindernisse in der Entwickelung der Wohlfahrt des Volkes oder einzelner Klassen desselben zu beseitigen. Auch die Regierungsvertreter haben in der Kommission wiederholt diesen Unterschied betont und hervorgehoben, daß die Regierung die außerordentlichen Vollmachten lediglich verlange, um den verderblichen Ausschreitungen der sozialdemokratischen Bewegung entgegenzutreten, und versichert, daß sie von diesen Vollmachten den loyalsten Gebrauch machen werde und weit entfernt sei, die Reformbestrebungen auf dem sozialen Gebiete, soweit sie innerhalb jener Grenzen sich bewegen, zu hindern. Eine allgemeine, über die Bestrebungen der sozialdemokratischen Partei hinausgehende und eine über die Zeit des Bedürfnisses und den Zeitpunkt der erreichten Abhülfe hinausdauernde Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechts, der Preßfreiheit, des Gewerbebetriebes und der Freizügigkeit erscheine nicht geboten. Seitens der Mehrheit wurde wiederholt bemerkt: daß der Zweck des Gesetzes nur durch eine energische Handhabung desselben verbürgt und dabei um so eher der Zeitpunkt zu erwarten sei, wo das gemeine Recht in vollem Umfange wiederhergestellt werden könne. Durch halbe Maßregeln werde der Zweck des Gesetzes nicht erreicht, vielmehr mit ihnen nur die sozialdemokratische Agitation verstärkt, das Ansehen der Regierung geschädigt und der Bürger in seinem Vertrauen auf den Schutz der Gesetze und Behörden beunruhigt. Dagegen war die Minderheit der Ansicht, daß durch die lediglich gegen eine bestimmte Partei gerichteten Beschränkungen die Gleichheit Aller vor dem Gesetze verletzt und gegen eine große Zahl von Staatsbürgern ein Ausnahmszustand geschaffen werde; hiezu sei weder ein ausreichender Grund noch ein praktisches Bedürfniß vorhanden. Man könne dahin gestellt sein lassen, ob in der That die vorgeschlagenen Maßregeln von dem erwarteten Gefolge begleitet sein, ja, ob sie nicht sogar in das gerade Gegentheil umschlagen und die Bewegung in ihrer jetzigen verderblichen Richtung befördern würden, statt sie in andere Bahnen zu lenken. Das Gesetz gewähre der Regierung Vollmachten der exorbitantesten Art, welche außer Verhältniß zu der wirklich vorhandenen Gefahr ständen. Die Frage, ob die gegenwärtigen Reichs- und Landesgesetze ausreichend seien, um weitere Ausschreitungen der sozialistischen Partei zu verhindern, ist von der Mehrheit der Kommission verneint worden. Diese Vorschriften, selbst überall streng ausgeführt, würden sich als ungenügend zeigen, weil durch sie den Behörden zumeist die Befugniß nur zu repressiven Maßregeln gewährt würde,

diese aber die durch einen Mißbrauch sofort bewirkte Förderung der sozialdemo-kratischen Bestrebungen nicht rückgängig machen können. Ebensowenig aber war die Mehrheit der Ansicht, daß die Bestimmungen des Strafgesetzbuches das Uebel an der Wurzel nicht erfassen können. Dabei war die Mehrheit der Ueberzeugung, daß durch eine Revision und Ergänzung der bestehenden Gesetze die Mittel beschaft werden können und müssen, um auf den Boden des für alle Bürger geltenden gemeinen Rechts Ausschreitungen der erwähnten Art dauernd entgegenzuwirken und beziehungsweise unter das Strafgesetz zu stellen. Man kann indessen die Bekämpfung der sozialdemokratischen Bestrebungen nicht bis zu diesem Zeitpunkte verschieben, sonst würde die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ruhe an Kraft und Umfang wesentlich gewinnen und möglicherweise zu einer Ausdehnung sich entwickeln, zu deren Beseitigung sodann die äußersten Maßregeln angewendet werden müßten, die Abänderungen der bezeichneten Gesetze aber zu spät kommen und völlig unzureichend sich erweisen würden. Die Mehrheit ist daher der Meinung, daß sofort Maßregeln ergriffen werden müssen und es außerordentlicher gesetzlicher Vollmachten für die Behörden bedürfe, um den öffentlichen Frieden zu bewahren. Gegen diese Auffassung erklärt sich die Minderheit der Kommission, welche durch alsbaldige Revision der einschlagenden Gesetze auf dem Boden des gemeinen Rechts die nöthige Abhülfe schaffen wollte (Antrag Hänel). Allseitig war man darin einverstanden, daß mit der Annahme dieses Antrags der Entwurf in seinem vollen Umfang beseitigt sei. Die Mehrheit der Kommission wie die Regierungsvertreter erklärten sich gegen diesen Antrag. Vorzugsweise wurde gegen ihn geltend gemacht, daß im Hinblick auf die Aufgabe des Entwurfs nicht sowohl die Kontravention im einzelnen isolirten Fall in Betracht zu ziehen und als Gegenstand der gesetzlichen Normirung aufzufassen sei, als vielmehr die ausgedehnte planmäßige und fortgesetzte Verbindung und Agitation gegen die staatliche und gesellschaftliche Ordnung. Dieselbe trete zwar in einzelnen Thatsachen zu Tage, und der Charakter der Verbindung und Agitation werde aus einzelnen Thatsachen erkannt. Aber immerhin sei es erst die Mehrheit solcher Thatsachen in ihrer Verbindung und gegenseitigen Ergänzung, aus welchen sich das Gesammtbild der Verbindung zusammensetze und der wahre Charakter derselben klar erkannt werde. Daher eigene sich das gerichtliche Strafverfahren und die gerichtliche Aburtheilung in ihrer Beschränkung auf einzelne Handlungen einzelner Personen nicht zu einer wirksamen Verfolgung und Bekämpfung dieser Agitation. Von Seiten des Antragstellers wurde nachträglich hervorgehoben, daß er auch seinerseits die vorgeschlagene Fassung als endgültig nicht verachte; gerade deshalb sei untrennbar mit dem Hauptantrag der Antrag auf Einsetzung einer Subkommission verbunden. Von einer Seite wurde zugestanden, daß allerdings an sich die Ergänzung im Wege der ordentlichen Gesetzgebung die geeignetste Abhülfe gewähren würde. Da jedoch die Regierung einen solchen Standpunkt einer völligen Ablehnung des Gesetzes gleich halte, so sei, wer eine solche Ablehnung nicht wolle, daher genöthigt, den Versuch zu machen, auf der Basis des Regierungsentwurfs ein zulässiges Gesetz zu vereinbaren. Der Antrag wurde mit dreizehn gegen acht Stimmen abgelehnt. Hierauf gaben mehrere Mitglieder die Erklärung ab: „daß von ihnen der Grundgedanke des abgelehnten Antrags, nämlich Erlassung eines Reichsgesetzes, welches von einer Erweiterung des Strafgesetzes ausgeht und die sich daran anschließende Vereins- und Preßfreiheit regelt, vorbehaltlich nicht unerheblicher Erinnerungen gegen die Einzelheiten des Vorschlags, gebilligt werde, und sie bereit gewesen wären, in der Subkommission die diesfälligen eigenen Anträge spezialisirt einzubringen. Nach Ablehnung des Vorschlags erachteten sie es nicht weiter für angemessen, mit solchen speziellen Anträgen hervorzutreten.“ Ueber die Verhandlungen, welche sich mit den wichtigen Streitfragen in Betreff der Beschwerdeinstanz und der Geltungsdauer des Gesetzes beschäftigen, berichtet Herr v. Schwarze: „Dem §. 19 führte die Frage: in welcher Weise die Beschwerdeinstanz zu bilden und zu organisiren sei, zu lebhaften Debatten und zu einer Anzahl von Vorschlägen. Diese

verschiedenen Vorschläge lassen sich nach folgenden maßgebenden Momenten gruppiren: 1. Herbeiziehung des verwaltungsrichterlichen Elements nach Maßgabe der in den einzelnen Ländern Deutschlands bestehenden Einrichtungen. 2. Uebertragung der Entscheidung an den Reichskanzler. 3. Bildung eines Bundesrathsausschusses nach dem Vorschlage des Entwurfs. 4. Bildung einer kollegialen und selbständigen Behörde. a) Anlehnung derselben an ein bereits vorhandenes Reichsamt, so daß letzteres oder ein Theil desselben mit der Entscheidung der hier fraglichen Beschwerden in der Rekursinstanz beauftragt wird, b) Bildung einer besonderen Kommission, womit namentlich noch die Besetzung nach der Zahl der Mitglieder und deren Wahl in Betracht zu ziehen war. Der Bericht befaßt sich in eingehender Weise mit diesen Vorschlägen und giebt ausführlich die Diskussionen wieder. Zur Annahme gelangte der Antrag, daß eine Kommission von neun Mitgliedern gebildet wird; der Bundesrath wählt vier derselben aus seiner Mitte, die übrigen fünf aus der Zahl der Mitglieder der höchsten Gerichte des Reiches oder der einzelnen Bundesstaaten; der Kaiser ernennt den Vorsitzenden und dessen Stellvertreter aus der Zahl der Mitglieder. In der zweiten Lesung wurde Seitens der Regierungsvertreter erklärt, daß auf dem Boden des angenommenen Antrags eine Verständigung gefunden werden könne. Wesentliche Bedenken richteten sich nur gegen zwei Punkte, gegen die Bestimmung, daß der Kaiser den Vorsitzenden nicht nach freier Wahl und eigenem Ermessen, sondern aus der Zahl der von dem Bundesrathe gewählten Mitglieder ernennen solle, sowie gegen den Ausschluß der Mitglieder der obersten Verwaltungsgerichte. Ein Antrag, welcher diese beiden Bestimmungen in sich aufnahm, wurde mit 13 gegen 7 Stimmen abgelehnt und der obige Beschluß mit 11 gegen 9 Stimmen wiederholt. Schließlich sind noch folgende Erklärungen zu konstatiren: a) die Beschwerdeinstanz ist befugt, das Verbot einer Druckschrift sofort, und ohne daß die Abfassung und Publikation der Entscheidung selbst abzuwarten ist, mittelst einfacher Verfügung aufzuheben, sobald die Instanz sich davon überzeugt hat, daß das Verbot nicht gerechtfertigt ist; b) es herrschte darüber Einverständniß, daß die Aufrechterhaltung des Verbots einer Druckschrift auch auf andere Stellen gestützt werden könne als diejenigen, auf welche das Verbot in der angefochtenen Verfügung gestützt worden. Es kam jedoch in Frage: ob nicht solchen Falls dem Betheiligten Gelegenheit zu geben sei, seine materiellen Einwendungen gegen diese eine ihm nicht bekannt gewesene Auffassung vor der Entscheidung geltend zu machen und zu begründen; c) endlich wurde der Fall besprochen, daß das Verbot in mehreren deutschen Bundesstaaten von den dortigen Behörden erlassen, jedoch nur aus einem derselben Beschwerde gegen das Verbot an die Beschwerdeinstanz ergriffen worden sei. Wenn solchen Falls die Beschwerdeinstanz das Verbot wieder aufhebe, so frage es sich: ob die Wirksamkeit dieser Entscheidung auch auf das Verbot in denjenigen Bundesstaaten, aus welchen nicht rekurrirt worden, sich erstrecke, und daher das Verbot für das ganze Reichsgebiet außer Kraft trete. Die Bejahung dieser Frage begegnete keinem Widerspruche, und es wurde nur noch bemerkt, daß es sich empfehlen werde, zur Sicherung dieser Wirksamkeit die aufhebende Entscheidung in dem „Reichsanzeiger" bekannt zu machen." — „Beim §. 22 erregte die Frage: ob ein bestimmter Endtermin für die Dauer dieses Gesetzes vorzuschreiben sei, lebhafte Debatten. Man verkannte nicht, daß eine derartige Zeitbeschränkung stets von Inkonvenienzen begleitet sein werde, und sich nicht mit Sicherheit voraussehen lasse, in welchem Zeitraum das Gesetz den vorausgesetzten Erfolg erreicht haben werde. Man verhehlte sich ferner nicht, daß eine zu kurze Bemessung dieses Zeitraums eine indirekte Aufforderung zur Fortsetzung geheimer Agitation enthalte und gleichsam eine Prämie für letztere darbiete. Andererseits wurde der transitorische Charakter des Spezialgesetzes hervorgehoben, welches nicht auf eine unbestimmte und ungemessene Zeitdauer erlassen werden könne. Nur mit der Anerkennung dieses Satzes seien die starken Abweichungen des Gesetzes von dem gemeinen Recht und der Umfang der den Behörden eingeräumten außerordentlichen Vollmachten zu rechtfertigen. Auch sei nicht zu verschweigen, daß in einer derartigen Zeitbe-

schränkung die Aufforderung an den Bundesrath liege, baldigst mit derjenigen Revision der Maigesetze vorzugehen, in welcher man die definitive Erledigung der dem gegenwärtigen Spezialgesetze gestellten Aufgabe und hiemit die Bahn zur Rückkehr zum gemeinen Recht erblicke. Bei der Bemessung des Zeitraums war eine Einmüthigkeit in der Kommission nicht zu erzielen; indem man einerseits den Endtermin des 31. März 1881 entschieden widerrieth, wurde andererseits geltend gemacht, daß, wenn es nicht gelänge in diesem Zeitraum einen solchen Erfolg mit dem Gesetz zu erzielen, dasselbe überhaupt als untüchtig sich erweise und durch andere Maßregeln zu ersetzen sei. Wiederholt wurde auf die Gefahr hingewiesen, welche bei Bemessung des Zeitraums, sofern sie mit Rücksicht auf die Dauer der Reichstagswahlperiode erfolge, deshalb entstehen werde, weil die Frage der Aufhebung oder des Fortbestehens des Gesetzes zur Wahlparole gemacht werden würde. Seitens der Regierungsvertreter wurde der Termin bis 31. März 1881 gleichfalls als zu kurz bezeichnet und dabei erklärt: „wie auch die Regierung nur wünschen könne, daß der Zeitpunkt baldigst erreicht werde, an welchem die verbündeten Regierungen in freier Vereinbarung mit dem Reichstage die Wiederaufhebung des Gesetzes beschließen könnten. Der Termin bis zum 31. März 1881 wurde auch in der zweiten Lesung aufrecht erhalten."

Erste Lesung der Sozialistenvorlage.

(„Provinzial-Correspondenz" vom 18. September.)

Die erste Lesung des Sozialistengesetzes hat am 16. und 17. September stattgefunden und durch ihren Verlauf die Hoffnung erhöht, daß es gelingen werde, eine Vereinbarung auf den wesentlichen Grundlagen des Entwurfs zu erreichen.

Die Berathung wurde durch den Stellvertreter des Reichskanzlers, Graf zu Stolberg-Wernigerode eingeleitet, welcher vorbehaltlich des näheren Eingehens auf die Bestimmungen des Gesetzes bei der weiteren Berathung zunächst betonte:

„Das Eine will ich schon jetzt mit voller Bestimmtheit erklären, daß die verbündeten Regierungen von der Nothwendigkeit durchdrungen sind, Waffen der Art, wie der Entwurf sie vorschlägt und in Anspruch nimmt, zu erhalten, wenn anders sie in der Lage sein sollen, den Gefahren energisch und mit Erfolg entgegenzutreten, mit welchen die sozialdemokratische Bewegung Staat und Gesellschaft bedroht."

Er fügte aber weiter hinzu:

„Ich möchte gleich der Annahme im Voraus entgegentreten, als ob die verbündeten Regierungen sich in der Illusion befinden, daß die vorgeschlagenen Maßregeln allein ausreichen könnten und würden, der Bewegung mit Erfolg entgegenzutreten und sie zu beseitigen. Die schwierigste Arbeit wird auf anderen Gebieten liegen. Es wird darauf ankommen und wird Pflicht sein, für den Staat wie für freie Vereinigungen, für die öffentlichen Korporationen wie für die Einzelnen, darauf hinzuwirken, daß Gottesfurcht, Treue, Fleiß, Sparsamkeit, Zuverlässigkeit in Handel und Wandel gekräftigt werden, daß die Verführungen der Sozialdemokratie auf diese Weise nicht mehr so festen Boden gewinnen, daß die Truggebilde, welche in verbreiteten Theorien liegen, beseitigt werden, und daß dafür gesorgt wird, daß nicht diese Agitation unter irgend einem Scheine von Gesetzlichkeit künftig betrieben werden könne. Diese letztere Thätigkeit ist durchaus nothwendig, wenn es gelingen soll, der Bewegung mit Schärfe und mit Erfolg entgegenzutreten.

Wenn der Staat solche wirksamen und scharfen Mittel in Anwendung bringt, dann handelt er nicht allein im Interesse seiner Selbsterhaltung, sondern zugleich im Interesse der Bevölkerung selbst, namentlich der arbeitenden Bevölkerung, der

jetzt vor Allem den Verführungen der sozialdemokratischen Bewegung ausgesetzt ist." Er schloß mit den Worten: „Die eine Bitte möchte ich noch an Sie richten: wenn Sie davon überzeugt sind oder im Laufe der Verhandlung die Ueberzeugung gewinnen sollten, daß es außerordentlicher Maßregeln bedarf, dann bitte ich Sie, gewähren Sie uns scharfe und wirksame Waffen, mit halben Maßregeln wird mehr geschadet als genützt."

Die Auffassung der Regierung von der Nothwendigkeit einer energischen Bekämpfung der sozialdemokratischen Bewegung an und für sich ist im Laufe der Berathung von allen Parteien außer der Sozialdemokratie selbst bestätigt worden, — in Betreff der Waffen, wie sie die Regierung als allein wirksam in Anspruch nimmt, wird allerdings Seitens der Fortschrittspartei und der ultramontanen Partei der frühere Widerspruch von Neuem geltend gemacht, dagegen scheint die nationalliberale Partei unter den thatsächlichen Verhältnissen, wie sie neuerdings bestimmter zum allseitigen Bewußtsein gelangt sind, ebenso wie die konservativen Parteien bereit, den Regierungen auf dem vorgeschlagenen Wege vorbehaltlich gewisser Aenderungen im Einzelnen zu folgen.

Der einzige Redner der nationalliberalen Partei, welcher in der ersten Lesung das Wort nahm, der Abgeordnete Bamberger, erklärte nach einer Rede des Sozialdemokraten Bebel: „Wenn er noch hätte im Zweifel sein können, so hätte diese Rede ihn davon überzeugt, daß kein Versuch unterlassen werden dürfe, uns von den drohenden Gefahren zu befreien. Wenn die große Mehrheit des Hauses die Ziele der Sozialdemokratie für unverträglich halte mit dem Fortbestehen der Gesellschaft und des Staates, so komme es darauf an, den Versuch zu machen, sich der Sozialdemokratie zu erwehren, ehe es zu spät sei, ehe die Katastrophe hereinbreche. Der Redner hält gewisse Bürgschaften im Gesetze, namentlich eine Beschränkung der Zeit der Gültigkeit für wünschenswerth, aber er glaubt, daß die Mehrheit des Hauses bereit sei, redlich mitzuarbeiten, um den Versuch zu machen, einem Bedürfniß, dessen Existenz nicht geleugnet werden kann, abzuhelfen, — wenn man ein Gesetz machen wolle, nur zur Beseitigung der Gefahren und des Uebels, von dem die Rede sei, und zu keinem anderen Zwecke, so werde das Gesetz zu Stande kommen."

Da es sich im Sinne der Regierungen in der That nur um die Befriedigung jenes offenbaren Bedürfnisses, um die Beseitigung der Gefahren für Staat und Gesellschaft handelt, so ist nach diesen ersten Aeußerungen mit einiger Zuversicht zu hoffen, daß die nunmehr beginnende gemeinsame Arbeit im engeren Kreise der parlamentarischen Vertrauensmänner die volle Verständigung zwischen den Regierungen und der Mehrheit des Reichstages erfolgreich vorbereiten werde.

Unter dem Eindruck der neueren Berathungen ist auch in der nationalliberalen Presse entschiedener als zuvor die Ueberzeugung zum Ausdruck gelangt, daß Angesichts „der großen und unmittelbaren Gefahr, von welcher die Lebensbedingungen des Staats und der Gesellschaft bedroht sind", — „die wirksamsten Mittel ergriffen werden müssen, dem bedroheten Gemeinwesen zu Hülfe zu kommen." Denen gegenüber, welche ungeachtet der sozialdemokratischen Gefahren nur den Standpunkt der Ablehnung aller vorgeschlagenen Maßregeln als „liberal" gelten lassen wollen, wird betont, daß, „so lange es sich um Existenzfragen des Staates handelt, überhaupt nicht von liberal oder illiberal die Rede sein könne." „Man könnte ebenso gut fragen, ob es liberal sei, einen Staat überhaupt zu haben." — — „Der bürgerlichen Freiheit dienen die Männer am besten, welche bei Zeiten dafür Sorge tragen, daß nicht eines Tages der ganze Inhalt unseres Staatswesens der Kampf der Gewalt mit der Gewalt werde. — Große Gefahren und Augenblicke verlangen auch die Entschlossenheit, den Dingen fest ins Auge zu sehen, und die Energie, auch ohne die verbürgte Gewißheit des Erfolges zu handeln."

16. September. Die Mordversuche und die Sozialdemokratie.

Rede des preußischen Bundesbevollmächtigten Ministers des Innern Grafen zu Eulenburg bei der ersten Lesung der Sozialisten-Vorlage.

„Es ist in zwei Beziehungen in ganz bestimmter Weise Bezug genommen worden auf eine Auskunft, die von den Vertretern der Bundesregierungen erwartet wird; die eine betrifft die gegen den inzwischen verstorbenen Verbrecher Nobiling stattgehabte Untersuchung, die andere gewisse Beziehungen, welche zwischen der Königlich preußischen Regierung und sozialdemokratischen Vereinen oder Führern stattgehabt haben sollen. In der ersten Beziehung habe ich zu erklären, daß über die Möglichkeit oder Zulässigkeit der Mittheilung der Verhandlungen des Prozesses, welcher gegen Nobiling eingeleitet war, die preußische Justizbehörde zu befinden haben würde, wenn die Vorlegung verlangt wird. So viel aber kann ich Ihnen sagen, daß in der That eine Vernehmung Nobilings stattgefunden hat und daß er in dieser Vernehmung, soviel mir davon bekannt geworden ist, ausgesagt hat, daß er an sozialdemokratischen Versammlungen Theil genommen und an den dort vorgetragenen Lehren Gefallen gefunden habe. Mehr mitzutheilen muß ich mit Rücksicht auf den Umstand, daß die preußische Justizbehörde über die Vorlegung der Akten zu befinden hat, mich enthalten. Wenn nun aber daraus weiter gefolgert worden ist, daß ein Zusammenhang zwischen den ruchlosen Thaten, die im Mai und Juni d. J. stattgefunden haben, und der Sozialdemokratie nicht existire, muß ich zunächst Veranlassung nehmen, ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß ich im Mai von dieser Stelle aus bereits gesagt habe, die Behauptung ginge nicht dahin, daß diese Thaten direkt von der Sozialdemokratie angestiftet seien; ich bin auch jetzt nicht in der Lage, diese Behauptung aufzustellen oder überhaupt in dieser Richtung Neues beizufügen. Die Behauptung ging vielmehr dahin, daß die Lehren der Sozialdemokratie und die Art und Weise, wie sie in einer leidenschaftlichen Agitation verbreitet werden, wohl geeignet wären, in verwilderten Gemüthern dergleichen traurige Früchte zur Zeitigung zu bringen, wie wir sie zu unserm tiefsten Bedauern haben erleben müssen, und an dieser Behauptung glaube ich, in Uebereinstimmung mit der gesammten deutschen Presse, mit alleiniger Ausnahme der sozialdemokratischen, auch heute noch festhalten zu müssen. Indem ich sicher bin, in dieser Richtung einem Widerspruch nicht zu begegnen, bin ich aber doch genöthigt, einigen Behauptungen gegenüber, die vorher aufgestellt worden sind, daran zu erinnern, welche Stellung die sozialdemokratische Presse diesen Ereignissen gegenüber eingenommen hat. Wie es hier soeben geschehen ist, so wird immer vorangestellt, daß die Sozialdemokratie den Mord, unter welcher Gestalt er auch auftrete, verabscheue. Was aber geschah gleichzeitig? Es wurde zunächst in den Organen der Sozialdemokratie der Versuch gemacht, den Nachweis zu führen, daß die Attentate bestellte Arbeit gewesen seien. Als man einsah, daß auf dem Wege nicht fortzukommen sei, da ging man dazu über, die Unzurechnungsfähigkeit der beiden Verbrecher zu behaupten, sie als isolirte Idioten und ihre Thaten als Erscheinungen darzustellen, wie sie zu allen Zeiten hin und wieder vorgekommen seien und für die Niemand anders verantwortlich sein könne.

Meine Herren, die Untersuchung, die geführt worden ist, hat nicht den geringsten Anhaltspunkt dafür ergeben, daß die beiden Männer irgendwie nicht im Stande gewesen seien, die Folgen und die Bedeutung ihrer Thaten zu überlegen. Im Gegentheil, Alles, was sich hat feststellen lassen, ist das, daß mit vollkommener Zurechnungsfähigkeit und im letzten Falle mit einer boshaften, abgefeimten Prämeditirung gehandelt worden ist, wie sie wohl selten vorkommt. Demnächst ist man aber hierbei nicht stehen geblieben, sondern es ist in den Organen der Sozialdemokratie dazu übergegangen, diese Thaten zu entschuldigen. Man hat nicht die Thäter, sondern die Gesellschaft verantwortlich gemacht für das

Verbrechen, welche begangen worden waren. Sie werden sich erinnern eines Artikels des Hauptorgans der Sozialdemokratie des Leipziger „Vorwärts", welcher schließt: „Nicht sie gehören auf die Anklagebank, sondern Ihr, — Ihr, die Gesellschaft, die es mit den wahnwitzigen und nichtsnutzigen Zuständen hervorgerufen hat, daß dergleichen geschieht." Parallel damit gingen die Aeußerungen über die frevelhaften Thaten, die in Rußland gegen hohe Beamte versucht, beziehungsweise vollführt sind. In Beziehung auf das Attentat der Wera Sassulitsch und den Mord des Generals von Mesenzow haben Sie in einem hier erscheinenden Blatte die Frage gelesen: „Nun, was blieb Jenen denn übrig? Wie anders konnten sie sich helfen?" Endlich hat die Sozialdemokratie im Auslande ausdrücklich und mit direkten Worten ihre Sympathie mit diesen Thaten ausgesprochen. — — —

Ich glaube also voll und ganz berechtigt zu sein, wenn ich wiederhole, die Lehren, die Tendenzen und die Agitationsweise der Sozialdemokratie sind dafür verantwortlich, daß so traurige Dinge bei uns vorkommen. Und wenn Sie diese Lehren und Ziele der Sozialdemokratie etwas näher ins Auge fassen, dann ist nicht, wie vorhin gesagt worden ist, die friedliche Entwickelung das Ziel, sondern die friedliche Entwickelung ist nur eine Etappe, welche zu den letzten Zielen führen soll, Zielen, die auf keinem anderen Wege, als auf dem Wege der Gewalt erreicht werden können! Ihnen gegenüber, meine Herren, die Sie die Programme, die Schriften der Sozialdemokratie näher kennen, brauche ich nicht Schritt vor Schritt diesen Beweis zu führen, der hundert Mal geführt worden ist. Wenn aber jetzt behauptet worden ist, daß gerade Herr Marx derjenige wäre, der es verabscheut, mit anderen als friedlichen Mitteln in die Aktion einzutreten, dann kann ich mir doch nicht versagen, ein paar Aeußerungen gerade dieses Mannes anzuführen, welche das Gegentheil beweisen. Marx sagt in seiner Schrift über das Kapital: „Unsere Zwecke können nur erreicht werden durch den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Gesellschaft." Und an einer anderen Stelle, welche in der Schrift des Herrn Bebel „Unsere Ziele" zitirt wird, heißt es als ein Ausspruch von Marx:

„Die Gewalt ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht, sie ist selbst eine ökonomische Potenz."

Nun, meine Herren, ich glaube, dies ist Beweis genug, welches die Mittel sind, mit denen allein die Ziele der Sozialdemokratie ins Werk gesetzt werden können, Beweis genug, daß der Staat berechtigt und nach dem Rechte der Nothwehr auch verpflichtet ist, nicht erst abzuwarten, bis die Gewalt eintrifft, sondern bei Zeiten diejenigen Maßregeln zu treffen, welche nothwendig sind, um ihr vorzubeugen, um Staat und Gesellschaft gegen die verderblichen Wirkungen solcher Lehren, solcher Agitationen in Schutz zu nehmen."

Fürst Bismarck und die Arbeiterpartei.

17. September. Rede Fürst Bismarck's bei der ersten Lesung des Sozialisten-Gesetzes im Reichstage.

[Bismarck's frühere Beziehungen zu Sozialisten; — Eichler; — Lassalle; — das sociale Ideal; — das Wahlrecht; — Productivgenossenschaften; — Anrufung der Commune; — Versuche der Gegenwehr; — Drohungen der Sozial-Demokratie.]

„Ich hatte, nachdem ich zwei Monate lang gezwungen gewesen bin, mich jeder amtlichen Beschäftigung zu enthalten, nicht die Absicht und habe sie auch heute noch nicht, mich an den Diskussionen der ersten Lesung zu betheiligen, sondern dieselbe vorzugsweise zu meiner Orientirung nach einer langen Pause zu verwenden. Wenn ich dennoch jetzt das Wort er-

greife, so geschieht dies nicht etwa, um auf das prinzipielle und rhetorische Feld einzugehen, welches der Herr Vorredner soeben betreten hat; es werden sich die Sachen in ihre praktischen Details wohl auflösen, wenn wir sie in der Kommission und in der zweiten Lesung verhandeln. Ich bin nur zum Reden gezwungen durch den Umstand, daß der Herr Abgeordnete Bebel gestern, sowie früher der Herr Abgeordnete Richter auch schon ähnliche Andeutungen gemacht hat, daß aber jetzt namentlich der Herr Abgeordnete Bebel einer Legende über mich zum Organ gedient hat, die, wenn ich ihr nicht widerspreche, schließlich Geschichte werden könnte, wie so manche Zeitungs- und andere Lüge, die auf meine Kosten verbreitet worden ist und die allmählich Konsistenz gewonnen hat. Der Herr Abgeordnete Richter hat bei den Verhandlungen über die sogenannte Hödelsche Vorlage in meiner Abwesenheit schon angedeutet, ich hätte mich früher mit der Sozialdemokratie in Beziehungen befunden, die mir eine gewisse Mitverantwortlichkeit für die jetzige Entwickelung derselben auferlegten; wenigstens war es offenbar sein Wunsch, diesen Eindruck im Publikum und in der Versammlung zu machen. Ich bin, als ich das in der ländlichen Einsamkeit gelesen habe, doch etwas erstaunt gewesen, daß der Herr Abgeordnete Richter sich an den äußerlichen Buchstaben des Wortes „Sozialdemokratie“ klammert und daß er nicht unterscheidet zwischen den ehrlichen Bestrebungen nach Verbesserung des Looses der Arbeiter, die uns allen am Herzen liegen, und zwischen dem, was wir heute zu unserem Bedauern und mit Schmerz genöthigt sind, unter den Begriff Sozialdemokratie zu begreifen. Will der Herr Abgeordnete Richter das Kind mit dem Bade ausschütten und uns veranlassen, daß wir, wenn wir die bis zum Königsmord gesteigerten Bestrebungen der jetzigen Sekte niederzuhalten suchen, gleichzeitig dabei auch jede Bemühung, das Loos der Arbeiter, seinen Antheil an dem Lohn, den die Gesammtarbeit, seine und seiner Arbeitgeber hat, zu verbessern, dann gehe ich nicht mit ihm, und ich bin entschlossen, die Bestrebungen, die man mir von damals vorwirft, sobald ich Zeit und Möglichkeit dazu habe und meine Ressortverhältnisse mir das erlauben, auch heut fortzusetzen und rechne mir das zur Ehre.

Der Herr Abgeordnete Richter wird doch schwerlich Leute, die sich damit vor nunmehr 16, 15 Jahren befaßten, das Loos der Arbeiter zu verbessern, diejenigen — ich nenne jemanden, der mir durch Lesen seiner Bücher, weniger persönlich näher gestanden hat, also Rodbertus und ähnliche Leute der Wissenschaft und des Wohlwollens für Arbeiter — der wird er doch nicht mit dem Mordmesser der Nihilisten und mit der Schrotflinte von Nobiling in eine Kategorie werfen wollen! Es ist das ein Stück, welches seiner rhetorischen Geschicklichkeit alle Ehre macht; aber im übrigen will ich es nicht näher charakterisiren. Ich möchte ihn überhaupt bitten, doch von seinen Bestrebungen — was ich freilich schon öfter und vergebens gethan habe, und wenn er es nicht thun will, ist es mir auch Recht, — mir persönlich irgend eine Thorheit oder Unrecht in meiner Vergangenheit oder in meinem Privatleben nachzuweisen, abzulassen; es hat ja garnichts mit dem zu thun, was sachlich hier verhandelt wird. Ich könnte ein viel üblerer Mensch sein als ich bin und doch sachlich Recht haben. Ich kann dabei auch die Betrachtung nicht unterdrücken, daß der Herr Abgeordnete Richter in seinen Schriften und in seinen Reden ja einer der stärksten Verfolger der Sozialdemokratie ist, er hat sehr harte

Worte für sie, wie ich sie niemals in meinem Leben gebraucht habe, aber wenn es zu praktischen Leistungen kommt, so wird er ein Freund der Sozialdemokratie. Gehen wir seinen Abstimmungen nach, so werden wir ihn in allen Phasen des parlamentarischen Lebens, durch die wir gegangen sind, immer auf die Seite der Sozialdemokratie fallen sehen. Er bekämpft und verfolgt sie mit Worten, aber er kann den Maßregeln, die zur wirksamen Bekämpfung bestimmt sind, nicht zustimmen. Das war eine nachträgliche Betrachtung, die mir abgenöthigt ist durch die Aeußerungen des Herrn Abgeordneten Richter außerhalb der heutigen Diskussion. Ich möchte dabei den Herrn Abgeordneten Richter auch noch an etwas anderes erinnern. Er hat bei dieser Gelegenheit und bei mehreren anderen mir vorgeworfen, daß ich krank wäre und daß meine schwache Gesundheit mich sehr häufig hindert, meinen Pflichten so nachzukommen, wie es wohl wünschenswerth wäre. Meine Herren, ich kann das nicht leugnen, es ist mir nur überraschend, daß jemand, der nachdenkt über diese Sache, mir meine Krankheit zum Vorwurf macht. Ich habe sie mir ehrlich verdient im Dienst des Landes und des Königs und sie gewonnen durch Ueberanstrengung meiner Kräfte in diesem Dienst. Ich möchte doch dafür dasselbe Benefizium in Anspruch nehmen, wie ein Soldat, der verwundet und invalid ist und dem man den geforderten Abschied verweigert und der aus Gründen, die man achten sollte, in seiner Stellung bleibt. Ich verbleibe auf Wunsch Seiner Majestät des Kaisers und Königs in meiner Stellung, den ich in dieser Lage gegen seinen Willen nicht verlassen kann; sonst wüßte ich nicht, was mich hielte und veranlaßte, für die Herren die Unannehmlichkeiten unsrer gegenseitigen Beziehungen zu verlängern.

Aber mir Krankheit unter solchen Umständen vorzuwerfen, das ist doch, ich will mich mäßig ausdrücken; Mangel an Zartgefühl. Indessen ich erwarte Zartgefühl von dem Herrn Abgeordneten Richter nicht. Ich will mich nur dispensirt halten auf dieses Thema zurückzukommen, wenn er mir wieder vorwirft, daß ich nicht hier bin.

Ich wende mich dann zu dem, was der Herr Abgeordnete Bebel gestern gesagt hat. Bei ihm nehme ich nicht an, daß er mit der Unwahrheit alles dessen, was er gesagt hat, bekannt gewesen ist. Es ist ihm erzählt, er hat es geglaubt und erzählt es weiter. Wenn er diese Zusammenstellung von Wahrem und Falschem, die ich mir aus dem gestrigen Berichte haben geben lassen, selbst erfunden hätte, nun dann hätte er vielleicht Talent, Correspondent der „Times“ oder sonst einer größeren Zeitung zu werden. Und ich könnte ihm diese sehr einträgliche Beschäftigung empfehlen. Er fängt seine Geschichtserzählung mit Details an, als hätte er sie genau im Gedächtniß oder selbst erlebt, mit Anführungszeichen bei Worten von mir, die er anführt, aber leider setzt er sie etwas zu früh an. „Im September 1862 erschien eines Sonntags in Mitte unseres Komités ein Herr Eichler im Auftrag der preußischen Regierung speziell des Fürsten Bismarck“. Nun wissen die Aelteren unter uns, daß ich in meine amtliche Funktion eingetreten bin, am 23. September 1862. Also in der letzten Woche dieses Monats, in welchem ich den Eichler mit dem Auftrage versehen haben sollte — ich kam damals aus dem Auslande nach einer Abwesenheit von, ich weiß nicht wie viel Jahren, aber während welcher ich keine Gelegenheit gehabt hatte, mich mit inländischer Politik, namentlich mit einem so wenig bekannten Mann wie Eichler, mich zu beschäftigen.

Ich habe damals von der Existenz Eichlers gar nichts gewußt und sollte im September 1862, also in dem Moment, wo ich aus der behaglichen Temperatur der Diplomatie in das sehr heiße Gefecht gegenüber dem damaligen Landtag hineingerieth, wo ich jeden Abend Kommissionssitzung hatte, wo ich sozusagen froh war, wenn ich das ministerielle Leben weiter führen konnte, wo ich Kollegen zu werben, nach Paris zurückzugehen, und mich zu verabschieden hatte — in der Zeit soll ich hier mit Herrn Eichler gesprochen haben, so daß dieser damals schon und im speziellen Auftrag des Herrn von Bismarck auftreten konnte. Ja, wenn man jedem Manne von der Kategorie wie Eichler, alles glauben will, wenn er sich mit Beziehungen zu mir rühmt, so kann man damit weit kommen. Bei diesem ist es einfach nicht möglich, das ist eine einfach nachgewiesene Lüge, die sich der Herr Abgeordnete Bebel aufbinden ließ, ich weiß nicht, von wem, die er doch mit mehr Vorsicht und Prüfung hier vortragen sollte. Mag Eichler selbst ein so verlogener Mensch sein wie er will, wenn er behauptet hätte, er hätte von mir einen Auftrag erhalten, so ist das gar nicht möglich nach der Zeit in der einzigen Woche des September, in der ich überhaupt Minister gewesen bin. Mir ist er nur erinnerlich, weil er späterhin Forderungen an mich gestellt hat für Dienste, die er mir nicht geleistet hatte. (Ruf! Aha!) Aha! Weiß der Unterbrecher vielleicht, wenn er sie geleistet hat, so bitte ich, sich zu melden. Ich sagte, mir hat er sie nicht geleistet; aber es ist zu bedauern, daß solche Unterbrechungen anonym bleiben, man hat dann keine Anhaltspunkte zu entgegnen.

Bei der Gelegenheit erst ist mir in Erinnerung gekommen, daß Herr Eichler im Dienste der Polizei gewesen ist, und daß er Berichte geliefert hat, von denen einige zu meiner Kenntniß gekommen sind, aber es ist das nicht mein spezielles Departement, und ich habe mit diesen Leuten niemals direkte Verbindung gehabt. Von diesen Berichten betraf keiner die sozialdemokratische Partei, sie bezogen sich vielmehr auf die intimen Verhandlungen der Fortschrittspartei, und wenn ich nicht irre, des Nationalvereins. Das ist das einzige von diesem Agenten, wobei ich mich erinnere den Namen gehört zu haben. Im Uebrigen kann ich versichern, daß ich nie in meinem Leben mit irgend einem Sozialdemokraten geschäftlich verhandelt habe und kein Sozialdemokrat mit mir; denn Lassalle rechne ich nicht dazu, das war eine viel vornehmere Natur als seine Epigonen, das war ein bedeutender Mann, mit dem konnte man wohl sprechen. Aber der Inhalt ist vollständig von Anfang bis zu Ende unwahr angegeben, und Herrn Bebel wird es gewiß lieb sein, dies zu erfahren, denn ich stelle dadurch der Sozialdemokratie das Zeugniß aus, daß sie nie gebuhlt hat mit der ministeriellen Macht, um sich zum Werkzeug gegen andere Parteien gebrauchen zu lassen. Aber es ist auch unwahr, daß das von ministerieller Seite jemals versucht worden ist. Es haben auch zu meinem Bedauern andere Herren bei ihren Wahlreden Andeutungen gemacht, daß „maßgebende“ Persönlichkeiten sich mit den Sozialisten eingelassen hätten; es ist dies eine Gattung von Beredsamkeit, die da angebracht werden kann, wo sie keine Widerlegung findet, aber hübsch ist es nicht, wenn solches argumentum ad hominem gegen besseres Wissen und Urtheil gebraucht wird. Ich brauche niemand zu nennen, jeder wird sich selbst seiner Wahlreden erinnern. Was die Fabel betrifft, daß ich damals überhaupt mit den Sozialisten gegen die Fortschrittspartei mich hätte ein-

lassen wollen, jeder der noch das Gedächtniß an jene Zeit hat, wird sich erinnern, daß unsere Politik im Winter von 1862 auf 1863 so lag, daß ich offenbar auf Versöhnung und nicht auf einen Konflikt mit dem Landtage rechnete. Ich brauche nur an das Vinckesche Amendement zu erinnern, dessen Genehmigung von seiten Seiner Majestät des Königs ich damals erreicht hatte, was aber die dadurch angestrebte Vermittelung nicht brachte, weil ich mich auch noch auf die Motive verpflichten sollte. Es ist nicht meine Absicht, alte Streitigkeiten zu erneuern, sondern zu beweisen, daß ich damals durchaus nicht in der Stimmung war, nach einem Bündniß mit wilden Völkerschaften zu suchen, sondern daß mein Streben auf Versöhnung gerichtet war. Auch diese Eichlersche Summe von 60 bis 80 000 Thalern, wo hätte ich sie hernehmen sollen, weil wir keine geheime Fonds hatten, der ganze Eichler existirte nicht, und ich bitte den Abgeordneten Bebel, demjenigen, der ihm das aufgebunden hat, zu sagen, er wäre einfach ein Lügner. Der Abgeordnete Bebel ist zu entschuldigen, denn es ist nicht denkbar, daß Jemand hier etwas sagen sollte, von dessen Wahrheit er nicht überzeugt wäre. Also auch das Abweisen des Herrn mit seinem Angebot hat niemals stattgefunden, „dann trat Lassalle auf" — gewiß trat er auf — „und von neuem machte die Regierung die äußersten Anstrengungen mit Lassalle, der es nicht suchte, in Verbindung zu treten und die Verhandlungen wurden durch einen Prinzen des königlichen Hauses und die Gräfin Hatzfeldt angefangen." Das macht mir beim Lesen einen komischen Eindruck; selbst in jenen Kreisen kann man also ohne eine gewisse Staffage aus den höchsten Gesellschaftskreisen nicht auskommen. Ein königlicher Prinz, eine Gräfin und ein Gesandter werden hineingezogen. Das gehört zur Dekoration, um das Ganze glaublich zu machen, und um dem Zuhörer, welcher nach seinem Bildungsgrade unfähig ist, zu prüfen, eine Idee von der Wichtigkeit beizubringen. Ich bedaure, daß man dem Abgeordneten Bebel den königlichen Prinzen, es gibt deren sehr viele, gar nicht näher bezeichnet hat. Wenn er seinen Gewährsmann darum vielleicht bitten wollte, es wäre von historischem Interesse, den Prinzen unter den 6 oder 8, die damals lebten, näher zu bezeichnen. Bis dahin muß ich mir aber erlauben, dies positiv zu bestreiten. Ich wenigstens habe keiner prinzlichen Verbindung bedurft, um zu Lassalle zu gelangen oder ihn zu mir zu bringen, und die Frau Gräfin Hatzfeldt habe ich nicht die Ehre zu kennen, ich habe sie zum letztenmal in meinem Leben 1835 im Hause ihres Schwagers gesehen. Also diese Vermittelung ist eben eine Erfindung in usum einfältiger Leute, die aber vor Leuten, wie hier sind, nicht hätte vorgebracht werden sollen. Lassalle selbst hatte ein dringendes Bedürfniß, mit mir in Beziehung zu treten, und wenn ich einmal Zeit gefunden haben werde, in alten Papieren zu suchen, glaube ich die Briefe noch zu finden, welche den Wunsch aussprechen und die Gründe enthalten, die mich bewegen sollten, seinen Wunsch zu erfüllen, und ich habe es ihm auch gar nicht schwierig gemacht. Ich habe ihn gesehen, und von dem Augenblicke an, wo ich mit ihm eine Stunde gesprochen, habe ich es nicht bereut. Ich habe ihn nicht in jeder Woche 3—4 mal gesehen, sondern im Ganzen dreimal, meinethalben viermal, ich weiß es nicht. Unsere Beziehung konnte gar nicht die Natur einer politischen Verhandlung haben. Was hätte mir Lassalle bieten und geben können! Er hatte nichts hinter sich. In allen politischen Verhandlungen

ist das do ut des eine Sache, die im Hintergrund steht, auch wenn man anstandshalber einstweilen nicht davon spricht. Wenn man sich aber sagen muß, was kannst Du armer Teufel geben? Er hatte nichts, was er mir als Minister hätte geben können. Was er hatte, war etwas, was mich als Privatmann außerordentlich anzog: er war einer der geistreichsten und liebenswürdigsten Menschen, mit denen ich je verkehrt habe, ein Mann, der ehrgeizig im großen Stil war, durchaus nicht Republikaner; er hatte eine sehr ausgeprägte nationale und monarchische Gesinnung, seine Idee, der er zustrebte, war das deutsche Kaiserthum und darin hatten wir einen Berührungspunkt. Lassalle war ehrgeizig im hohen Stil und ob das deutsche Kaiserthum gerade mit der Dynastie Hohenzollern oder mit der Dynastie Lassalle abschließen solle, das war ihm vielleicht zweifelhaft, aber monarchisch war seine Gesinnung durch und durch. Aber diesen kümmerlichen Epigonen, die sich jetzt mit ihm brüsten, hätte er ein quos ego zugeschleudert, sie mit Hohn in ihr Nichts zurückgewiesen und würde sie außer Stande gesetzt haben, seinen Namen zu mißbrauchen. Lassalle war ein energischer und sehr geistreicher Mensch, mit dem zu sprechen sehr lehrreich war, unsere Unterredungen haben stundenlang gedauert und ich habe es immer bedauert, wenn sie beendet waren. Dabei ist auch unrichtig, daß ich mit Lassalle auseinandergekommen sein soll in dieser Art von persönlichen Beziehungen, von Beziehungen persönlichem Wohlwollens, wie es sich zwischen uns gebildet hatte, indem er offenbar den angenehmen Eindruck hatte, daß ich in ihm einen Mann von Geist sehe, mit dem zu verkehren angenehm war und er seinerseits den angenehmen Eindruck hatte, daß ich ein intelligenter und bereitwilliger Hörer war. Von Verhandlungen war schon deshalb nicht die Rede, weil ich zu unseren Unterredungen wenig zu Worte kam, er trug die Kosten der Unterhaltung allein, aber er trug sie in angenehmer und liebenswürdiger Weise und Jeder, der ihn kannte, wird mir in der Schilderung Recht geben. Er war nicht der Mann, mit dem bestimmte Abmachungen über das do ut des abgeschlossen werden konnten, aber ich bedaure, daß seine politische Stellung und die meinige mir nicht gestatteten, viel mit ihm zu verkehren, aber ich würde mich gefreut haben, einen ähnlichen Mann von dieser Begabung und geistreichen Natur als Gutsnachbarn zu haben. Wenn dieser Mann durch seinen Geist und seine Bedeutung mich anzog, so ist es ja, abgesehen davon, meine Pflicht als Minister, mich über die Elemente, mit denen ich es zu thun habe, zu belehren und ich würde auch, wenn Herr Bebel den Wunsch hätte, sich Abends mit mir zu unterhalten, ihm nicht ausweichen, ich würde daran vielleicht die Hoffnung knüpfen, daß ich endlich auch erführe, wie Herr Bebel und Genossen sich den Zukunftsstaat, auf den sie uns durch Niederreißen alles dessen, was besteht, was uns theuer ist und schützt, vorbereiten wollen, eigentlich denken.

Es ist das Besprechen außerordentlich schwierig, so lange wir darüber in demselben Dunkel tappen, wie die gewöhnlichen Zuhörer bei den Reden in sozialdemokratischen Versammlungen; sie erfahren auch nichts davon. es wird versprochen, es werde besser werden, es gebe bei wenig Arbeit mehr Geld — woher es kommt, sagt kein Mensch, namentlich woher es auf die Dauer kommt, wenn die Theilung, die Beraubung der Besitzenden einmal geschehen sein wird, denn dann wird vielleicht der Arbeitsame und

Sparsame wieder reich werden, und der Faule und Ungeschickte wird wieder arm werden, und wenn das nicht ist, wenn jedem das seinige von oben her gleichmäßig zugewiesen werden soll, geräth man in eine zuchthausmäßige Existenz, wo keiner seinen selbständigen Beruf und seine Unabhängigkeit hat, sondern wo ein jeder unter dem Zwang der Aufseher steht und jetzt im Zuchthaus, da ist wenigstens ein Aufseher zur Kontrole, das ist ein achtbarer Beamter, über den man sich beschweren kann, aber wer werden dann die Aufseher sein, in dem allgemeinen sozialistischen Zuchthaus? Das werden die Redner sein, die durch ihre Beredsamkeit die große Masse, die Majorität der Stimmen für sich gewinnen, gegen die wird kein Appell sein, das werden die erbarmungslosesten Tyrannen und die anderen Knechte der Tyrannnen sein, wie sie je erfunden wurden; ich glaube niemand wird in solchen Verhältnissen leben mögen, wenn er sich dieses Ideal ausmalt, was wir so durch die Ritzen zu erfahren kriegen; — denn offen hat noch keiner der Herren ein positives Programm geben wollen; sowie sie mit einem solchen auftreten würden, wie sie wirklich sich die Zukunft zu gestalten denken, so lacht sie jeder einsichtige Arbeiter aus, und dem wollen sie sich nicht aussetzen; deshalb hören wir nie von einem positiven Programm, nur von der Negation des bestehenden. Alles das hat mich nicht abgehalten, für die verständigen Bestrebungen, die damals noch den Hauptkern in der Sozialdemokratie bildeten, für die Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen stets ein warmes Herz und ein offenes Ohr zu haben, und auch, was mir Lassalle darüber mittheilte, war ja anregend und lehrreich; denn er wußte Viel und hatte Viel gelernt; — das möchte ich den Herren, die seine Nachfolger werden wollen, zunächst auch empfehlen.

Auch die Geschichte mit dem bayerischen Gesandten, — ich berührte es schon vorhin, ist eine von diesen Verzierungen bei Geschichtserzählungen, die so aussehen, als wüßte man ganz genau, was passirt ist. Ich kann ja keine Erinnerung haben von Zeiten vor 13 oder 15 Jahren; aber sie ist nach Einrichtung meines Hauses ganz absolut unmöglich; denn ein Gesandter und überhaupt, wer nicht zu meinen Kollegen oder zum Dienst Seiner Majestät gehört, wird mir nie unter keinen Umständen unvorbereitet angemeldet, mag jemand bei mir sein oder nicht, sondern jeder Gesandte ist in der Nothwendigkeit, zu schicken und zu fragen, welche Stunde ich ihm geben kann, und zu der Stunde natürlich muß ich ihn empfangen, da kann kein Lassalle mich abhalten. Also daß dieser Gesandte einer in partibus infidelium ist, darüber kann jeder von den Herren, die einen Beweis darüber erheben wollen, meine Dienerschaft vernehmen lassen, die wird ihm sagen, daß solch eine Meldung zu unrechter Zeit in meinem Hause ganz unmöglich ist.

Unsere Unterhaltungen drehten sich gewiß auch um das allgemeine Wahlrecht, unter keinen Umständen aber jemals um eine Oktroyirung desselben. Auf einen so ungeheuerlichen Gedanken, das allgemeine Wahlrecht durch Oktroyirung einzuführen, bin ich in meinem Leben nicht gekommen. Ich habe das allgemeine Wahlrecht acceptirt mit einem gewissen Widerstreben als Frankfurter Tradition. In den deutschen Rivalitäten mit den Gegnern des Reichs war die Karte einmal ausgespielt, und wir haben sie als auf dem Tische liegende Hinterlassenschaft mitgefunden. Einen so festen Glauben an die bessere Wirkung eines anderen Wahlrechts

hatte ich nicht, daß wir im Kampfe mit unseren Nebenbuhlern dieses populäre und von der früheren Frankfurter Versammlung hinterlassene Mittel hätten ablehnen sollen; eine feste Ueberzeugung von der Wirkung der einzelnen Wahlsysteme habe ich damals schwerlich gehabt. Es ist das wohl auch für niemand leicht, obschon wir nun schon eine langjährige Probe der Wirkung verschiedener Wahlsysteme in denselben Ländern neben einander haben. Wir haben ja einen Reichstag infolge des allgemeinen Stimmrechts; wir haben ein anderes Wahlsystem im preußischen Landtag. Nun, meine Herren, es sind ja viele, die Mitglieder beider Versammlungen sind, Sie können sich doch einigermaßen ein Urtheil über die Wirkung der beiden Systeme in demselben Land bilden, und jeder wird sich ja sagen können, die eine oder die andere Versammlung macht einen richtigeren, würdigeren, besseren parlamentarischen Eindruck oder nicht. Ich will lieber, wird der eine sagen, mit dem Reichstag verkehren, der andere sagt vielleicht mit dem Landtag. Meine Herren, ich will da kein Konklusum ziehen, ich will weder dem Landtag etwas unangenehmes, noch dem Reichstag eine Schmeichelei sagen; aber ich verkehre lieber hier inmitten der Ergebnisse des allgemeinen Stimmrechts, trotz der Auswüchse, die wir ihm verdanken. Die Nachweise, warum, überlasse ich jedem selbst zu finden, der beide Versammlungen kennt, aber ich kann mich nicht dazu verstehen zuzugeben, daß das allgemeine Stimmrecht bisher ad absurdum geführt wäre durch seine Ergebnisse und daß ein anderes, namentlich ein besseres, sein Examen bereits bestanden hätte. Es wird ja auch bei uns der Wähler mit der Zeit urtheilsfähiger werden, er wird nicht mehr den beliebigen Versicherungen seiner Abgeordneten, seines Kandidaten, unbedingt Glauben schenken über alles, was nachtheiliges über die Regierung sich vorbringen läßt, er wird nicht vielleicht mehr blos eine Zeitung lesen, er wird auch mehr Vertrauen vielleicht zu den Leitern gewinnen, die er jetzt verschmäht. Ich habe darin noch bis jetzt nichts zurückzunehmen, obschon ich alle die Anträge bereitwillig und unpartheiisch würdige, die in dem allgemeinen Stimmrecht einen Theil der Ursachen unserer Schäden suchen. Ich sage nur: überzeugt bin ich nicht, ich lasse mich gern überzeugen und sehe kein Verbrechen darin, das allgemeine Stimmrecht mit einem gescheuten Menschen seiner Zeit besprochen zu haben.

Dann ebenso die Gewährung von Staatsmitteln zu Produktivgenossenschaften — das ist auch eine Sache, von deren Unzweckmäßigkeit ich noch heute nicht überzeugt bin. Der Versuch, ich weiß nicht, ob unter dem Eindruck von Lassalles Raisonnement oder unter dem Eindruck meiner eigenen Ueberzeugung, die ich zum Theil in England während eines Aufenthalts im Jahre 1862 gewonnen hatte — mir schien es, daß in der Herstellung von Produktivassoziationen, wie sie in England im blühenden Verhältnisse existiren, die Möglichkeit lag, das Schicksal des Arbeiters zu verbessern, ihm einen wesentlichen Theil des Unternehmergewinns zuzuwenden. Ich habe darüber auch mit Seiner Majestät, der für das Schicksal der arbeitenden Klassen ein natürliches, angeborenes Wohlwollen und Fürsorge hat, gesprochen, und der König hat damals aus eigenen Privatmitteln eine Summe Geldes hergegeben, um zu seiner eigenen Ueberzeugung, ob so etwas ginge, in Anknüpfung an eine Arbeiterdeputation, die durch den Meinungszwang und die Tendenzpolitik ihrer Arbeitgeber außer Brod gekommen war und sich hier meldete, etwas derart zu versuchen. Es sind

hier darüber Worte zitirt, die ich mit einem Herrn Paul, einem von diesen Arbeitern, gewechselt haben soll. Ich weiß nicht mehr — er mag ein besseres Gedächtniß haben, als ich — was ich mit ihm gesprochen habe, aber das bin ich nach meiner Selbstkenntniß sicher, daß ich eine Summe von 6—7000 Thalern nicht „Lumperei" genannt habe, und wenn die Herren das Wort „Lumperei" brauchten, warum haben sie es denn nicht lieber an das Hundertmillionenprojekt geknüpft, da wäre es viel wirksamer gewesen, an das Hundertmillionenprojekt, das ich Lassalle zugesagt haben soll. Wenn man etwas derartiges großes unternehmen wollte, so ist es ja wohl möglich, daß man hundert Millionen dazu gebrauchen könnte — es sind Thaler gemeint — aber so ganz thöricht und einfältig scheint eine solche Sache immer noch nicht. Wir stellen im landwirthschaftlichen Ministerium Versuche an über landwirthschaftliche Systeme, wir versuchen auch wohl in unserer Fabrikation — wäre es nicht nützlich, auch in der Beschäftigung der Menschen und in dem Bestreben, die sogenannte sozialdemokratische, ich will lieber sagen soziale Frage, durch Verbesserung des Looses der Arbeiter zu lösen, dergleichen Versuche zu erneuern? Wenn mir darüber ein Vorwurf gemacht werden kann, wie ich mich dabei verhalten habe, so ist es doch höchstens der, daß ich das nicht fortgesetzt habe bis zu einem befriedigenden Ergebniß. Aber es war nicht mein Departement, ich hatte die Zeit nicht dazu, es kamen kriegerische Verhältnisse, die auswärtige Politik wurde thätiger, während des Konflikts war viel mehr Zeit für dergleichen übrig als später. An der Spitze der Versuche stand ein achtbarer Name, der Landrath Olearius, aber man kann, ob der Gedanke überhaupt fehlerhaft war, an einem solchen Experiment in kleinem Stil nicht beurtheilen. In ganz großem Stil würde es sich aber vielleicht auch nicht durchführen lassen; solche Etablissements wie zum Beispiel das von Krupp unter einer anderen als monarchischen Verfassung gedacht, unter einer republikanischen, wären nicht möglich. Aber in der gewöhnlichen landläufigen Fabrikation halte ich diesen Weg, dem Arbeiter zu einer besseren Existenz zu verhelfen, durchaus nicht ausgeschlossen und sehe auch für einen Staatsmann kein Verbrechen darin, wenn er zu dem Behufe den Arbeitern, die eine Assoziation bilden wollen, Staatshilfe gewährt, namentlich um Versuche in der Richtung zu machen. Ich habe, soweit meine Erinnerung reicht, den Eindruck erhalten, daß der ganze fabrizirende Theil der Einrichtung und der Beschäftigung gar keine Schwierigkeiten bot; es war der kaufmännische, in dem die Sache stockte, die Verwerthung der gewonnenen Produkte durch Reisende, in Lagern, in Magazinen, durch Proben. Das alles ließ sich nicht machen innerhalb einer Sphäre, die die Arbeiter übersehen konnten. Es kann auch vielleicht daran liegen, — und dann wäre es vielleicht eine dauernde Unmöglichkeit — daß den deutschen Arbeitern das Maß von Vertrauen zu einander und zu höher Gestellten und von Wohlwollen unter einander nicht eigen ist, wie wir es in England in den englischen Assoziationen kennen. Aber wie man mir daraus einen Vorwurf machen kann, daß ich mit Geldern, die nicht Staatsmittel waren, sondern die seine Majestät aus Privatmitteln dazu geschenkt hatte, einen solchen Versuch machte, kann ich nicht verstehen, und daß man daran einen gewissen Anklang macht, als wenn es eine Schlechtigkeit von mir gewesen wäre, daß ich als Minister das angerathen hätte. Der Fehler könnte umgekehrt nur in der Lässigkeit gefunden werden, daß ich die Versuche nicht

fortgesetzt hätte. Nur auf die Heiterkeit der Zuhörer ist es wohl berechnet, daß mehrere Minister „diese schlechte Schundwaare zu den theuren Preisen haben nehmen müssen.“ Hier sitzen auch mehrere Minister und die Tradition von solchen Wunderlichkeiten würde sich doch in den Bureaus fortgesetzt haben, man würde wissen, wo der Schund geblieben ist, und das sind doch Dinge, die in einer ernsten Versammlung, wie dieser, nicht behauptet werden sollten.

Was nun weiter erzählt wird: nach Lassalle trat Dr. Dammer ein, — das sind mir ganz unbekannte Namen. Ebenso muß ich zu meiner Schande gestehen, daß ich nicht weiß, wer Fritzsche ist, während hier gesagt wird, daß Fritzsche über alle diese Versammlungen an den Fürsten Bismarck berichtet habe. Ja, das hat wieder Einer Herrn Bebel vorgelogen, ich weiß nicht wer, vielleicht Fritzsche selbst — ich weiß nicht, wer Fritzsche ist. Dann bitte ich sehr um Verzeihung, dann ist es ja nicht möglich, ein Abgeordneter kann ja so etwas nicht thun. Ich möchte doch Herrn Fritzsche bitten, Zeugniß darüber abzulegen, ob er jemals einen Bericht an mich geschrieben hat, ob er ein Zeugniß darüber hat, daß ich je einen Bericht von ihm gelesen habe. Wenn er anwesend ist, so ist ja der Zeuge gleich zur Hand, warum sollte er nicht für Herrn Bebel aufstehen, wenn er bereit ist, darauf einen Eid zu leisten? Ich werde dann vielleicht die Möglichkeit haben, die Sache bis dahin zu treiben. Wenn es ein Abgeordneter ist, so bitte ich tausend Mal um Verzeihung, wenn ich Bedenken bezüglich der Wahrhaftigkeit geäußert habe, aber das war mir ganz entgangen. Hat der Herr wirklich etwas für mich blau anstreichen müssen? es wäre mir interessant, zu erfahren, wer Herrn Bebel diese Geschichte aufgebunden hat. Was andere gethan haben, weiß ich nicht. Daß ich Herrn Wagener nach Eisenach geschickt habe, um mir Bericht zu erstatten über die Ergebnisse der dortigen Verhandlungen — war einfach meine Pflicht und Schuldigkeit, daß ich irgend jemand hinschickte, und der Geheimrath Wagener war für diese Sachen ein durchaus sachkundiger Mann, ein Mann von Geist; daß er seinen damaligen Sekretär Rudolph Meier mitgenommen hat, habe ich nicht gewußt; es ist, so viel ich weiß, derselbe Rudolph Meier, der bei der Reichsglocke beschäftigt gewesen ist, mit dem ich Prozesse gehabt habe, die mir durch das Wohlwollen der Gerichte so unangenehm wie möglich gemacht wurden, und von dem ich nie vermuthet habe, daß ich irgend einer Gemeinschaft mit ihm angeklagt werden sollte. Ich höre durch alles dieses die leisen Reichsglockenklänge noch durchtönen.

Ich komme zu der Frage noch zurück, wann und warum ich meine Bemühungen um soziale Verhältnisse aufgegeben habe und wann überhaupt meine Stellung zu der sozialen Frage eine andere geworden ist — sozialdemokratische mochte sie sich damals nennen. Es stammt dies von dem Augenblick her, wo in versammeltem Reichstag, — mein Gedächtniß verläßt mich da wie bei Fritzsche — ich weiß nicht, war es der Abgeordnete Bebel oder Liebknecht, aber einer von diesen beiden, in pathetischem Appell die französische Kommune als Vorbild politischer Einrichtungen hinstellte und sich selbst offen vor dem Volke zu dem Evangelium dieser Mörder und Mordbrenner bekannte. Von diesem Augenblick an habe ich die Wucht der Ueberzeugung von der Gefahr, die uns bedroht, empfunden; ich war inzwischen abwesend gewesen durch Krankheit und Krieg, ich habe auch

dabei nicht um diese Dinge bekümmert — aber jener Anruf der Kommune war ein Lichtstrahl, der in die Sache fiel, und von diesem Augenblick an habe ich in den sozialdemokratischen Elementen einen Feind erkannt, gegen den der Staat, die Gesellschaft sich im Stande der Nothwehr befindet. Die Versuche, die ich dagegen gemacht habe bei den verschiedenen Akten der Gesetzgebung, die wir hatten, sind ja bekannt und in der Erinnerung des Reichstags; Sie wissen ja, ich bin damit nicht durchgekommen, ich habe sogar viel Vorwürfe darüber hören müssen, aber es hat von dem Augenblick an an Versuchen, dem Sozialismus entgegen zu treten, nicht gefehlt. Ich glaube auch nicht an die Fruchtlosigkeit unserer Versuche, von der man immer spricht; wir haben gar nicht nöthig, in Deutschland zu den drastischen Mitteln wie in Frankreich zu greifen, aber Frankreich ist von dem Vorort des Sozialismus sehr erheblich zurückgetreten auf einen Standpunkt, mit dem die Regierung und die Gesellschaft es aushalten kann. Wodurch denn? Etwa durch die Ueberzeugung? Nein! Durch gewaltsame Repressionen, durch Mittel, die ich gar nicht zur Nachahmung bei uns empfehlen möchte, und ich hoffe, wir werden dahin bei uns nicht kommen. England hat für alle dergleichen Exzesse und Vergiftungen der öffentlichen Meinung sehr viel strengere Strafen; wer dort angefaßt wird, dem ist eine Gefägnißstrafe von 30 Tagen das mindeste, was er bekommt. Was ist aber ein englisches Gefängniß? Das ist nicht, wie hier am Plötzensee, wo ja die Herren sich ganz behaglich finden, sondern da ist eine hölzerne Pritsche und weiter nichts, das ist, wie wenn jemand auf Latten liegt, und solche 30 Tage Gefängniß ist nicht etwas, was jemand so leicht erträgt, wie zwei Monat Plötzensee. Ist denn dieser rhetorische Appell, der damals an die Kommune gemacht wurde, dieser Appell an die Drohungen und die Gewaltthat, ist denn der bloß als eine rhetorische Form zu nehmen, hat er sich denn nicht in langjähriger Preßthätigkeit fortgesetzt? — seit Jahren habe ich diese Presse beobachtet, und die Aufforderung zur Gewaltthat und die Vorbereitung auf künftige Gewaltthat ist ja in der Presse sehr erkennbar — immer gezeigt, auch ohne daß es so deutlich wird, wie in den letzten Wochen. Ich erinnere mich eines Artikels aus einem sozialistischen Blatte, ich habe ihn zwar nur in dem Auszuge, welchen die „Post" von demselben gegeben hat, gelesen —, da war der Mord des Generals Mesenzow als eine gerechte Hinrichtung geschildert und in wenig mißverständlichen Ausdrücken die Anwendung des ähnlichen Systems auf unsere deutschen Verhältnisse empfohlen, und er schloß mit dem Worte: discite moniti!

Nun, meine Herren, der Artikel wird Ihnen wohl Allen in der Erinnerung sein; es war nicht etwa ein lapsus calami, sondern ganz in jüngster Zeit habe ich aus denselben Kreisen einen anderen Artikel gelesen, wahrscheinlich von derselben Zeitung, in dem gesagt war: alle unsere Beschlüsse, unsere Gesetze könnten der Sozialdemokratie gar nichts thun, aber die Gesetzgeber und alle, die dabei mitwirken, möchten sich doch der Verantwortlichkeit einmal recht klar bewußt werden, die sie persönlich übernehmen, wenn sie gegen die Sozialdemokratie vorgehen, und es schloß auch mit der deutlichen Wendung der deutschen Uebersetzung des discite moniti! mit dem Anklang an den ersten Artikel, der so große Entrüstung erregte; mit dem Rufe: ihr seid gewarnt! Wovor denn gewarnt? Doch vor nichts anderem als vor dem nihilistischen Messer und der Nobilingschen Schrot-

flinte. Ja, meine Herren, wenn wir in einer solchen Weise unter der Tyrannei einer Gesellschaft von Banditen existiren sollen, dann verliert jede Existenz ihren Werth, und ich hoffe, daß der Reichstag den Regierungen, dem Kaiser, der den Schutz für seine Person, für seine preußischen Unterthanen und seine deutschen Landsleute verlangt, — daß wir ihm zur Seite stehen werden. Daß bei der Gelegenheit vielleicht einige Opfer des Meuchelmords unter uns noch fallen werden, das ist ja sehr wohl möglich, aber Jeder, dem das geschehen könnte, mag eingedenk sein, daß er zum Nutzen, zum großen Nutzen seines Vaterlandes auf dem Schlachtfeld der Ehre bleibt.

Die Kommission zur Vorberathung des Sozialisten-Gesetzes.

(„Provinzial-Correspondenz" vom 25. September.)

Dieselbe ist am 18. in den sieben Abtheilungen des Reichstages gewählt worden, nachdem vorher von den Vertrauensmännern aller Fraktionen (dem „Seniorenkonvent") die Zahl der aus jeder derselben zu entsendenden Abgeordneten festgestellt war. Von den 21 Mitgliedern sollten 6 den beiden konservativen Fraktionen, 6 den Nationalliberalen, 6 dem katholischen Centrum, 2 der Fortschrittspartei, 1 den kleineren Gruppen (Demokraten, Sozialdemokraten, Elsaßern u. s. w.) zufallen. Von mehreren Seiten wurde gewünscht, daß dieses letzte Mitglied aus der Zahl der Sozialdemokraten entnommen werde, es konnte jedoch eine Einigung darüber nicht erzielt werden, — und in der Abtheilung, welcher schließlich diese letzte Wahl zugewiesen wurde, vereinigten die Konservativen ihre Stimmen auf einen Nationalliberalen (Dr. Gneist), dessen Mitwirkung in der Kommission sehr erwünscht schien, — so daß die Nationalliberalen somit 7 Stimmen zählen.

Die Kommission hat unter dem Vorsitze des Abgeordneten von Bennigsen am 19. ihre wichtigen Berathungen begonnen und in täglichen 4- bis 5 stündigen Sitzungen fortgesetzt. Der Stellvertreter des Reichskanzlers, sowie der preußische Minister des Innern, der Präsident des Reichs-Justizamtes, sowie die Justizminister Bayerns, Württembergs, Sachsens u. s. w. haben den Berathungen beigewohnt. Von vorn herein wurde in der Kommission die von Seiten der Sozialdemokratie drohende Gefahr und die Nothwendigkeit der Bekämpfung derselben mit den Mitteln des Staates allseitig anerkannt, — aber in Betreff des dabei einzuschlagenden Weges trat alsbald eine durchgreifende Scheidung hervor. Eine Mehrheit von 13 Stimmen, bestehend aus den konservativen und den nationalliberalen Mitgliedern, stellte sich grundsätzlich mehr oder weniger entschieden auf den Boden des Regierungsentwurfs, während die Minderheit von 8 Stimmen, aus den Vertretern des Centrums und der Fortschrittspartei bestehend, statt der speziell gegen die Sozialdemokratie gerichteten Vorlage nur gewisse Verschärfungen des allgemeinen Strafrechts vorschlug.

Auch die Mehrheit aber, welche ein Gesetz wesentlich auf den von der Regierung in Aussicht genommenen Grundlagen zu Stande zu bringen entschlossen ist, spaltet sich vielfach in Bezug auf die Gestaltung und Fassung des Entwurfs im Einzelnen. Namentlich ist ein Theil der Nationalliberalen bestrebt, Bürgschaften gegen eine etwaige mißbräuchliche Auslegung und Ausdehnung des Gesetzes durch einschränkende Bestimmungen zu gewinnen, in welchen aber die Regierungen und die Konservativen theilweise eine Gefährdung der unmittelbaren Wirksamkeit des Gesetzes erkennen. Nach lebhaften Erörterungen und mehrfach wechseln-

den Abstimmungen sind in einzelnen wichtigen Beziehungen vorläufig Beschlüsse gefaßt worden, welche jedenfalls einer erneuten eingehenden Erwägung Behufs schließlicher Vereinbarung unterliegen werden. Die zweite Lesung in der Kommission selbst wird hierzu Gelegenheit bieten.

Es ist dringend wünschenswerth, daß die volle Verständigung schon in der Kommission erfolge, da anderen Falls die Erreichung derselben im Hause mit ungleich größeren Schwierigkeiten verknüpft sein würde.

Noch scheint das Wort der Hoffnung begründet, welches ein nationalliberales Blatt aussprach: „Halten die Mitglieder der Kommission, welche vom Ernst der Lage durchdrungen sind, immer den großen Zweck vor Augen, der erreicht werden soll, die Herstellung und Sicherung des öffentlichen Friedens, dann werden sie sicher auch die Verständigungspunkte für einen gemeinschaftlichen Weg nicht verlieren."

Von dem Gelingen hängt der innere Friede und die gesammte weitere Entwickelung unserer öffentlichen Zustände, — es hängt davon die Möglichkeit des neuen Auflebens des öffentlichen Vertrauens und damit des so lange ersehnten neuen Aufschwungs von Handel und Wandel ab. Deshalb folgt das deutsche Volk den Berathungen zunächst in der Kommission mit lebhafter Theilnahme und mit wechselnder Hoffnung oder Besorgniß.

October. Die Verständigung in der Kommission und im Plenum des Reichstags.

Aus dem Kommissionsbericht.

„Die Majorität der Kommission glaubte, indem sie sich auf den Boden des Entwurfs stellte, daß ein sofortiges und energisches Einschreiten gegen die vorhandene Agitation soweit geboten sei, um gleichsam den Boden, auf welchem sodann die eigentliche Heilung zu beginnen habe, vorzubereiten und zu ebnen, und sodann die Hindernisse zu beseitigen, welche gegenwärtig einer Umkehr der sozialistischen Bewegung in die ruhige Bahn verständiger Entwickelung und sachgemäßer Reform entgegentreten. Es handle sich, wie auch in den Motiven des Entwurfs anerkannt werde, nur darum, die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie zu bekämpfen und der bürgerlichen Gesellschaft den Frieden, der durch diese Bestrebungen bedroht sei, zurückzugeben. Man müsse der sozialdemokratischen Bewegung den Mißbrauch gewisser Rechte unmöglich machen, durch den sie seither die naturnothwendige Grenze einer zulässigen Reformbestrebung verletzt und die bestehende Rechtsordnung geschädigt habe. Keineswegs sollen Reformbestrebungen unterdrückt werden, die es sich zur Aufgabe stellen, auf der Grundlage der gegebenen Staatsordnung vorhandenen Schäden in dem Staate und der Gesellschaft abzuhelfen und Hindernisse in der Entwickelung der Wohlfahrt des Volkes oder einzelner Klassen desselben zu beseitigen. Auch die Regierungsvertreter haben bei den Kommissionsverhandlungen wiederholt diesen Unterschied betont und hervorgehoben, daß die Regierung die außerordentlichen Vollmachten lediglich verlange, um den verderblichen Ausschreitungen der sozialdemokratischen Bewegung entgegenzutreten, und versichert, daß sie von diesen Vollmachten den loyalsten Gebrauch machen werde und weit entfernt sei, die Reformbestrebungen auf dem sozialen Gebiete, soweit sie innerhalb jener Grenzen sich bewegen, zu hindern.

Der Entwurf kündigt sich als ein Spezialgesetz an, durch welches der Staat der sozialdemokratischen Bewegung den Gebrauch der von ihr seither zu verderblicher Agitation gemißbrauchten Mittel beschränken will. Diese Beschränkungen beziehen sich nur auf die sozialdemokratische Bewegung und auf den Gebrauch des Vereins- und des Versammlungsrechts und der Preßfreiheit, auf den Gewerbebetrieb und die Freizügigkeit. Eine allgemeine über die Bestrebungen der genannten Partei hinausgehende und eine über die Zeit des Bedürfnisses und den

Zeitpunkt der erreichten Abhilfe hinausdauernde Beschränkung der vorstehend erwähnten Freiheiten erscheine nicht geboten. Dabei wurde von der Majorität wiederholt bemerkt, daß der Zweck des Gesetzes nur durch eine energische Handhabung desselben verbürgt sei, und daß bei einer solchen Handhabung um so eher der Zeitpunkt zu erwarten sei, an welchem dieses Ausnahmegesetz als in seinem Zwecke erledigt betrachtet und das gemeine Recht im vollen Umfange wieder hergestellt werden könne. Man dürfe nicht verkennen, daß durch Anwendung sog. halber Maßregeln der Zweck des Gesetzes nicht erreicht, vielmehr mit ihnen nur die sozialdemokratische Agitation verstärkt, das Ansehen der Regierung geschädigt und der Bürger in seinem Vertrauen auf den Schutz der Gesetze und der Behörden beunruhigt werde.

An diese Erwägungen schloß die weitere Frage sich an, ob die gegenwärtigen Reichs- und Landesgesetze ausreichend seien, um weitere Ausschreitungen der sozialistischen Partei, welche vorzugsweise auf dem Gebiete des Vereins- und des Versammlungswesens und der Presse sich gezeigt haben, zu verhindern. Diese Frage ist von dem Entwurfe und der Majorität der Kommission verneint worden. Selbst bei einer möglichst strengen Handhabung der erwähnten Vorschriften würden letztere schon deshalb als ungenügend sich zeigen, weil durch sie den Behörden zumeist die Befugniß nur zu repressiven Maßregeln gewährt würde, diese aber die durch einen Mißbrauch sofort bewirkte Förderung der mehrerwähnten Bestrebungen nicht wieder rückgängig machen können. Insbesondere gelte dies von Reden der gedachten Tendenz in Vereinen und Versammlungen; hier könne der eingetretene Nachtheil durch das Verbot des Vereins oder die Auflösung der Versammlung nicht wieder beseitigt werden. Das Gleiche sei von Druckschriften des gedachten Inhalts zu sagen.

Ebensowenig sind, nach der Ansicht der Majorität, die Bestimmungen des Strafgesetzbuches geeignet, um der bürgerlichen Gesellschaft den nöthigen, sofortigen und energischen Schutz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie zu leisten, da auch sie nur nachträglich repressiv wirken, nicht aber das Uebel an der Wurzel erfassen und ihm präveniren können. Die Majorität war daher der Meinung, daß die Vorsorge auf andere Weise geschafft werden müsse.

Die Majorität ist dabei der Ueberzeugung, daß durch eine Revision und Ergänzung der bestehenden Gesetze die Mittel beschafft werden können und müssen, um auf dem Boden des für alle Bürger geltenden gemeinen Rechts Ausschreitungen der erwähnten Art dauernd entgegen zu wirken und beziehungsweise unter das Strafgesetz zu stellen. Allein diese Revision ist jedenfalls eine ebenso schwierige, als zeitraubende Aufgabe, deren Lösung möglichst bald in Angriff genommen werden möge, deren baldigster Abschluß aber nicht in der nächsten Zeit zu erwarten sein würde. Wollte man die Bekämpfung der sozialdemokratischen Bestrebungen bis zu diesem Zeitpunkte verschieben und bis dahin die zeitherigen. Ausschreitungen ungehindert fortdauern lassen, so würde, nach der Ansicht der Majorität, die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ruhe an Kraft und Umfang wesentlich gewinnen und möglicherweise zu einer Ausdehnung sich entwickeln, zu deren Beseitigung sodann die äußersten Maßregeln angewendet werden müßten, die Abänderungen der bezeichneten Gesetze aber zu spät kommen und völlig unzureichend sich erzeigen würden. Die Schädigung der allgemeinen Wohlfahrt würde in dieser Zwischenzeit fortdauernd wachsen und selbst durch die endliche Bezwingung der Ausschreitungen nicht wieder ausgeglichen werden können.

Die Majorität der Kommission ist daher der Meinung, daß sofort Maßregeln zur Beseitigung der vorhandenen Gefahr ergriffen werden müssen, und daß es außerordentlicher gesetzlicher Vollmachten für die Behörden bedürfe, um diese Aufgabe zu vollziehen und den öffentlichen Frieden zu bewahren."

Der Bericht über die Einzelberathung, sowie die Zusammenstellung der Kommissionsbeschlüsse mit der Vorlage der Bundesregierungen lassen in der That erkennen, daß die Mehrheit der Kommission sich grundsätzlich auf den Boden der Vorlage gestellt hat und im Wesentlichen bemüht war, den Regierungen die Vollmachten zu ertheilen, deren sie zur Erfüllung der ihnen zufallenden ernsten und verantwortungsvollen Aufgabe bedürfen.

Allerdings ergiebt sich aus mehreren Abschnitten des Berichts, daß die Verständigung über die wirksame Gestaltung der einzelnen in Aussicht genommenen Maßregeln, sowie über die mit der Ausführung und Kontrole derselben zu betrauenden Behörden noch nicht in allen Beziehungen erreicht worden ist.

Die Ausführungen des Berichts lassen zunächst erkennen, daß bei aller Uebereinstimmung der Mehrheit über das Wesen der Bestrebungen, gegen welche das Gesetz gerichtet sein soll, doch über eine zutreffende Bezeichnung und Begriffsbestimmung derselben noch nicht völliges Einverständniß erzielt werden konnte. Was ferner die Bestimmungen im Einzelnen betrifft, so ist u. A. in Bezug auf das gänzliche Verbot periodischer Zeitschriften Seitens der Kommission die Vorbedingung eines auf Grund des neuen Gesetzes ergangenen Verbots einer einzelnen Nummer festgehalten worden, während die Regierungsvertreter vergeblich geltend zu machen versuchten, daß eine Zeitschrift, deren seitherige Haltung unter die Voraussetzungen des Gesetzes falle, sofort verboten werden könne, — da von diesen Zeitschriften vorzugsweise die schlimmen Zustände, in welchen die Gesellschaft sich befinde, verschuldet worden seien, da ferner nicht anzunehmen sei, daß solche Zeitschriften die seither befolgte Tendenz aufgeben, vielmehr ihre Agitation nur auf vorsichtigere Weise fortsetzen würden. Es handle sich eben um Unterdrückung von Zeitschriften, welche bereits bewiesen haben, daß sie den Umsturzbestrebungen ihre Dienste leisten und deren Fortbestehen daher sowohl mit der Absicht des Gesetzes unvereinbar sei, als auch das Publikum in seiner Auffassung des Gesetzes irreleiten müsse.

Ueber die Frage, wie die Beschwerdeinstanz zu bilden sei, hatte schließlich zwar eine grundsätzliche Verständigung wegen einer vom Bundesrath zu wählenden Kommission von neun Mitgliedern stattgefunden, — doch sind erhebliche Bedenken Seitens der Regierungen in Betreff der näheren Bedingungen der Zusammensetzung und Organisation bestehen geblieben.

Auch in Bezug auf die Ausweisung von Personen, welche die sozialdemokratische Agitation geschäftsmäßig betreiben, zumal in den besonders unterwühlten Bezirken, für welche deshalb außerordentliche Anordnungen in Aussicht genommen werden müssen, sind noch Meinungsverschiedenheiten auszugleichen, indem die Regierungen überzeugt sind, daß die betreffenden Maßregeln leicht illusorisch werden können, wenn man durch die von der Kommission vorgeschlagenen Einschränkungen genöthigt würde, am Sitze der Bewegung die Führer und Agitatoren zu belassen und ihnen die Möglichkeit der ferneren nachhaltigen Einwirkung zu gewähren.

Endlich ist der von der Kommission beschlossene Endtermin für die Dauer des Gesetzes (31. März 1881) Seitens der Regierungsvertreter bis zuletzt entschieden bekämpft worden: abgesehen von dem allgemeinen Grunde, daß sich überhaupt nicht mit Sicherheit voraussehen lasse, in welchem Zeitraum das Gesetz den vorausgesetzten Erfolg haben könne, wurde jedenfalls der in Rede stehende Termin als zu kurz bezeichnet und darauf hingewiesen, daß eine zu kurze Bemessung der Gültigkeitsdauer eine indirekte Aufforderung zur Fortsetzung geheimer Agitation enthalte und gleichsam eine Prämie für letztere darbiete. Andererseits wurde erklärt, wie auch die Regierung nur wünschen könne, daß der Zeitpunkt baldigst erreicht werde, an welchem die verbündeten Regierungen in freier Vereinbarung mit dem Reichstage die Wiederaufhebung des Gesetzes beschließen könnten.

1878.

Wenn hiernach das aufrichtige Streben nach Verständigung in der Kommission noch nicht vollauf zum Ziele geführt hat, so haben doch die Kommissionsberathungen den sicheren Grund für eine schließliche Vereinbarung gelegt.

So erheblich die noch bestehenden Streitpunkte in ihrer praktischen Bedeutung sind, so ist doch die Summe dessen, worüber die Mehrheit sich bereits mit den Regierungen verständigt hat, von so überwiegender Bedeutung, daß die Zuversicht begründet erscheint: die Uebereinstimmung über das Wesen und Ziel der großen Aufgabe werde auch die letzten Schwierigkeiten überwinden lassen.

In der nationalliberalen Presse wird mit besonderem Nachdruck die politische Verantwortlichkeit der Regierung für den eingeschlagenen Weg und für das Gelingen der in Aussicht genommenen Aktion betont. Die Regierung ist sich in der That ihrer Verantwortung zunächst in Bezug auf die Richtung der Vorlage vollkommen bewußt; sie hat für dieselbe aber die Zustimmung und Mitverantwortung der Reichsvertretung aus deren freier Ueberzeugung in Anspruch genommen und gefunden. — Die Regierung weiß ferner, daß ihr vornehmlich vor dem Lande und vor der Geschichte die unmittelbare Verantwortung für die Durchführung der schwierigen Aufgabe, welche das Gesetz stellt, zufällt. Um so dringender ist die Regierung verpflichtet, bis zum letzten Augenblicke alle Abschwächungen des Gesetzes, durch welche die Wirksamkeit desselben nach ihrer Ueberzeugung ernstlich gefährdet werden kann, zu bekämpfen und an die Mitverantwortung des Reichstages für die Gewährung ausreichender Befugnisse zu appelliren.

Mit vollem Rechte ist von liberaler Seite gesagt worden: Der größte aller Fehler wäre der eines vergeblichen Ausholens der Staatsgewalt gegen den gefährlichen Gegner.

Um diesen Fehler, soweit irgend möglich, vermeiden zu können, muß die Regierung auch noch bei den bevorstehenden Berathungen die Beseitigung der Beschlüsse anstreben, in welchen sie eine bedenkliche Schwächung und Abstumpfung der ihr zu gewährenden Vollmachten und Waffen erkennt. („Prov.-Corr.")

Recht und Pflicht des Staates gegenüber den sozialdemokratischen Bestrebungen.

(Aus einer Schrift des Abg. Dr. Gneist.)

„Die Mehrheit der deutschen Nation ist ernstlich überzeugt, daß die sozialdemokratische Organisation Staat und Gesellschaft mit schwerer und dringender Gefahr bedroht, und daß diese Gefahr durch ein Reichsgesetz abgewandt werden soll.

Dieses Gesetz kann nur entweder ein Justizgesetz sein, welches die rechtliche Bestrafung der Urheber, Theilnehmer und Begünstiger nach gleicher Regel mißt und durch die ordentlichen Gerichte handhabt, oder ein Verwaltungsgesetz, welches die Thätigkeit der Verwaltungsorgane regelt in der Richtung, daß durch Unterdrückung der sozialdemokratischen Vereine und Presse die gemeingefährliche Organisation aufgelöst und deren neue Entstehung gehindert werde."

Es wird nun von Dr. Gneist nachgewiesen, daß ein wirksames Justizgesetz zu dem in Rede stehenden Zweck unmöglich sei, — weil die Merkmale einer gemeingefährlichen sozialdemokratischen Agitation sich nicht als Thatbestand eines Vergehens rechtlich begrenzen lassen; jeder Versuch dieser Art scheitere an der Unmöglichkeit einer Definition, einer zutreffenden Feststellung des Begriffs der Sozialdemokratie. „Das Reichsgesetz, fährt Dr. Gneist fort, kann also nur ein Verwaltungsgesetz sein. Der Staat hat das Recht und die Pflicht, vorhandene Gefahren von der Gesellschaft abzuwenden."

Vor uns liegt die Thatsache, daß in den uns umgebenden Staaten eine

gleichartige Massenorganisation stets zu gewaltsamen Ausbrüchen geführt und Staat und Gesellschaft in schwere Gefahren versetzt hat. Von eingebildeten Gefahren darf man nicht mehr reden, wenn die verbündeten Regierungen in Uebereinstimmung mit der Mehrheit des Reichstags eine solche Gefahr als vorhanden anerkennen. Nach übereinstimmenden Erfahrungen der letzten Menschenalter entstehen aber solche Gefahren aus dem Zusammenwirken der Preßfreiheit mit dem Vereinsrecht. Sie entstehen, wenn auf dem Boden der Preß- und Vereinsfreiheit eine Massenorganisation aufwächst, die sich gegen den Besitz und die darauf beruhenden bürgerlichen Stellungen mit allen Motiven der Selbstsucht und des Neides wendet und so hermetisch abschließt, daß sie durch eine Gegenorganisation der Presse und des Vereinsrechts nicht wirksam abzuwehren ist. Die Idee der sozialen Selbsthülfe ist freilich auch in dieser Frage populär, weitverbreitet und in der Tagespresse stark vertreten. Allein wären blos geistige Mittel der Belehrung und Ueberzeugung gegen jene international geleitete Organisation ausreichend, so würde eine Wirkung der „Ordnungspresse" längst sichtbar sein.

„Die Sozialdemokratie verhöhnt unsere Uneinigkeit und verspottet „die Feigheit und Kopflosigkeit der Bourgeoisie". Danken wir der Vorsehung, daß dieses Verhältniß wirklich noch besteht! Denn finge unsere große, bisher uneinige Presse an, nach einheitlichem Plan Gleiches mit Gleichem zu vergelten, in gleichem Geist, in gleichem Ton, mit gleichen Mitteln das Gift des Hasses und der Verachtung gegen die armen „enterbten" Klassen zu richten, so kämen wir zu einer wirklichen Proskription. Und käme die große, in ihrem Besitz bedrohte Masse wirklich dahin, Kraft ihres Vereinsrechts Gleiches mit Gleichem zu vergelten, in gleichem Haß und gleicher Kriegsbereitschaft die Gegner in ihrer bürgerlichen Existenz zu bedrohen, zu beschädigen und zu vernichten, so würde keine menschliche Einbildungskraft die Folgen eines solchen allgemeinen Vorgehens der besitzenden Masse auszumalen vermögen. Der Kampf ums Dasein, der große Klassenkampf, von dem die Sozialdemokratie träumt und, wenn sie unter sich ist, spricht, wäre dann verwirklicht. Der Ausgang aber ist im Leben der Völker immer derselbe gewesen, die jammervolle Niederlage des schwächeren Theils. Die „reaktionäre Masse" hat sich stets als der stärkere Theil erwiesen.

„Daß es zu einer Katastrophe, auf welche die Sozialdemokratie in verhüllter Drohung hinweist, nicht kommt, beruht nicht auf „Feigheit und Kopflosigkeit", sondern darauf, daß die höher gebildeten Schichten der Gesellschaft im Ganzen gewohnt sind, die Folgen ihrer Handlungen besser zu überlegen, als eine jugendliche Volksmasse unter der verführerischen Herrschaft der Phrase. Es beruht darauf, daß in den besitzenden Klassen noch ein Gefühl der Gewissenspflichten, der christlichen Pflichten des Menschen gegen den Menschen lebt, welches die Sozialdemokratie zu vertilgen vergeblich bemüht ist. Dem Menschen ist Vernunft und Pflichtbewußtsein gegeben, damit es zu einer solchen Organisation und Gegenorganisation überhaupt niemals komme. Der Staat ist dazu bestimmt, eine solche Kriegsorganisation innerhalb der Gesellschaft mit seinen Zwangsmitteln zu verhindern. Die verbündeten Regierungen erfüllen daher ihre Pflicht, wenn sie Maßregeln vorschlagen, die fortschreitende Massenorganisation zu hemmen."

„Prüfen wir sodann die Wirksamkeit der vorgeschlagenen Maßregeln, so kann allerdings zunächst nur ein Zustand äußerlicher Ruhe eintreten, während der Haß gegen die bestehende Gesellschaftsordnung fortbestehen und eine innere Verbitterung in manchen Kreisen nur sich um so fester setzen wird. Man kann dies aber nicht als Einwand geltend machen, ohne eine jede vorbeugende Maßregel des Staates überhaupt zu negiren. Der Staat mit seinen Mitteln kann nie mehr herstellen, als einen äußeren Frieden. Die innere Friedensstiftung kann nur aus der fortgesetzten Thätigkeit der organisirten Religionsgesellschaft, aus der verständigen Einsicht und dem Wohlwollen der Arbeitgeber, aus einer fortschreitenden wirthschaftlichen Einsicht und Volksbildung, aus einer Reformgesetzgebung, aus einer stetig fortgesetzten planmäßigen Thätigkeit in Staat und Gesellschaft hervorgehen.

Ebenso gewiß ist es aber, daß bei einem drohenden Kriegszustand jener innere Friede erst möglich wird nach Herstellung des äußeren Friedens. Und dies ist wohl der Grund, aus welchem nicht nur die gereizten Elemente der besitzenden Klassen, sondern in erster Reihe auch solche Männer, die ein Leben hindurch ihre Kraft und ihre Mittel der Verbesserung des Looses der arbeitenden Klassen gewidmet haben, zu der Anwendung vorbeugender Maßregeln rathen.

Behaupten wir hiernach, daß Maßregeln dieser Art ebenso zulässig, wie wirksam sind, so können wir hinzufügen, daß keiner Monarchie oder Republik der neueren Zeit dieselbe Erfahrung erspart worden ist, daß wohl jede Volksvertretung nach längerem Bestehen schon in die Zwangslage gekommen ist, zeitweise Beschränkungen der Vereins- und Preßfreiheit zu beschließen, in der Ueberzeugung, daß solche zur Abwendung eines schweren Uebels nothwendig und dienlich seien."

Nach Erörterung der einzelnen noch bestehenden Streitfragen über das Gesetz schließt Dr. Gneist mit den ernsten Worten:

„Die außerordentliche Lage des Reichs drängt zu dem Entweder — Oder: ob unser Mißtrauen gegen die verbündeten Regierungen das größere ist — oder das Mißtrauen gegen die Sozialdemokratie und die Besorgniß vor ihren Ausschreitungen. Man kann sich den Ausspruch der öffentlichen Meinung über diese Frage verschieden denken; aber man mag bei der Berechnung nicht außer Acht lassen, daß die schweren verhängnißvollen Ereignisse, die wir erlebt haben, in den Wählern deutscher Nation das schlummernde Bewußtsein der Mitverantwortlichkeit für den Staat erweckt haben."

Stimmen aus der liberalen Presse.

Warum die Nationalliberalen für die jetzige Vorlage stimmen, wird in der „National-Zeitung" in Folgendem dargelegt:

„Im Mai dieses Jahres hat der Reichstag mit überwiegender Mehrheit ein Sozialistengesetz abgelehnt und wenn Klugheit und Mäßigung das Uebergewicht behalten, so wird die zweite Oktoberwoche nicht schließen, ohne daß ein auf ähnlichen Grundlagen erwachsendes Gesetz die Mehrheit im Reichstag erhalten hat. Was ist denn inzwischen geschehen, was die Aenderung veranlaßt? Im Reichstag wie in der Presse ist diese Frage ja bereits erhoben worden — mit Pathos und mit selbstgefälligem Hohn hat man selbstverständlich vor Allem die Spitze der Frage gegen die Nationalliberalen gewendet. Mit demselben Pathos und demselben Spott bereitet sich unzweifelhaft jetzt schon eine Schaar von Rednern vor, kommenden Mittwoch die Nationalliberalen zu überschütten. Ja, was ist denn inzwischen geschehen?

Diejenigen, die so fragen, wünschen wir zunächst auf eine Thatsache zu verweisen, die so groß und so real ist, daß man sie — wie so oft bei Dingen, die ganz vornan liegen — sehr leicht übersieht. Wir meinen die Thatsache, daß wir in einer Monarchie leben, und zwar in einer recht herzhaften und lebenskräftigen. Wer unter und innerhalb einer solchen Staatsverfassung mit einigen blumenreichen Wendungen die Thatsache bei Seite schieben zu können glaubt, daß auf einen ersten vereitelten Mordversuch unmittelbar seitdem ein zweiter gefolgt ist, der den greisen Herrscher lebensgefährlich traf — ja wer für die logischen Konsequenzen solcher Vorgänge kein Verständniß hat, mit dem ist allerdings eine Verständigung nicht möglich. Die Auffassung, daß die sozialdemokratische Agitation ihre Spitze gegen die Monarchie und speziell gegen die Dynastie richtet, erscheint aber jedenfalls gerade so, wie die Ansicht von der verhältnißmäßigen Harmlosigkeit der Sozialdemokratie immer noch ihre gläubigen und überzeugten Anhänger haben mag. Nur ist die erstere Auffassung eine sehr reale Macht, mit der alle Welt gut thut zu rechnen, wenn schließlich das Exempel stimmen soll, und dies in der Bevölkerung nicht minder, als in den höchsten Spitzen unseres Staates. [illegible]

nur der Staat, auch die Dynastie begehren von der Gesetzgebung einen vermehrten Schutz; wer wollte sich darüber täuschen? und ihr Argument wiegt mit dem Gewicht einer unumstößlichen Thatsache, die übrig bleibt, wenn alle Streitgründe ausgerodet sind. Wir wissen ja sehr genau, was sich gegen eine solche Auffassung vorbringen läßt — diejenigen, die sich unmittelbar bedroht sehen, werden sich aber mit den Versicherungen sozialdemokratischer Harmlosigkeit weniger befriedigt erachten. Und wenn man die Attentate als vereinzelte Thatsachen hinstellt, so wollen wir doch dagegen uns erinnern, wie oft und wie lange wir die Verherrlichung Marats und des Konvents in allen Tonarten haben singen hören, wie z. B. die Darstellung der Hinrichtung eines Königs, wenn auch eines französischen, in einem weitverbreiteten sozialdemokratischen Blatt sicher nicht gebracht wurde, um zarte Seelen damit harmlos zu erfreuen. Man kann sehr wohl glauben, daß in der That System in der Sache ist.

Wir sind daher allerdings der Meinung, daß zwischen dem Mai l. J. und dem Oktober etwas Neues sich ereignet hat, etwas so Gewichtvolles, daß das Pathos und der Spott, womit man diejenigen angreift, welche sich jener Thatsache nicht verschließen, auf die Gespreizten und auf die Spötter zurückfällt.

Es hat sich aber inzwischen noch etwas Weiteres ereignet, wie wir den kurzlebigen Gedächtnissen zurückrufen. Eine Reichstagserneuerung, ob nun gerechtfertigt oder nicht, hat sich vollzogen und gelegentlich derselben hat das öffentliche Bewußtsein alle Kandidaten, aber ausnahmslos alle, vielleicht allein abgesehen von den Sozialdemokraten, gezwungen, Zusicherungen zu machen, den sozialdemokratischen Ausschreitungen mit verstärkten Waffen entgegenzutreten. Das gilt vom Centrum und in weit verstärkterem Maße auch von der Fortschrittspartei. Nunmehr ist der Augenblick gekommen, die Zusagen auszulösen, regelmäßig ein minder angenehmer Moment. Dabei ist es interessant, die Stellung der verschiedenen Parteien in das Auge zu fassen.

Die Nationalliberalen, nur eine relativ schwache Minderheit, ja nur ein Viertel des ganzen Reichstages, waren von vornherein darauf angewiesen, die Verständigung mit anderen Gruppen zu suchen. Diese Verständigung mit der Fortschrittspartei herbeizuführen konnte nur von geringem Erfolg sein; die Minorität der Nationalliberalen konnte sich nur dadurch mit einer andern kleinen Minderheit verstärken.

Die parlamentarische Fraktion der Fortschrittspartei hat zwar die Initiative eines eigenen Schrittes ergriffen; ihre Vertreter in der Kommission sind mit einem selbständigen Antrag vorgegangen. Aber aus den Reihen ihrer eigenen Partei im Lande ist ein solch gewaltiger Sturm der Entrüstung und des Unwillens über diesen Versuch losgebrochen, daß heute noch die Spalten der fortschrittlichen Blätter dadurch in Bewegung sind und die jenes Amendements Schuldigen scheinen uns schon längst auf dem Rückzug. Wenn die nationalliberale Fraktion auf den im Allgemeinen diskutirbaren Weg, welchen das Amendement Hänel einschlug, sich begeben hätte, so wäre sie, um uns eines trivialen Ausdruckes zu bedienen, ganz sicher darauf sitzen geblieben und sie hätte hernach die wenig beneidenswerthe Aufgabe gehabt, diejenigen Fortschrittler, die etwa von dem Hänelschen Amendement abrücken wollten, an ihren Rockschößen zurückzuhalten.

Die nationalliberale Fraktion sah sich daher durch die Umstände selbst gezwungen, mit der konservativen Fraktion eine Verständigung zu suchen. Nach langen und mühevollen Kommissionssitzungen dürfen wir mit dem Zeugniß nicht zurückhalten, daß jene beiden konservativen Fraktionen sich stets loyal, offen und entgegenkommend gezeigt, daß sie den Faden der Verständigung, so oft er auch den Händen zu entschlüpfen drohte, unausgesetzt festgehalten haben. So konnte es gelingen, dem Entwurf der Regierung die Gestalt zu verleihen, in der er jetzt vorliegt, eine Gestalt, die der nationalliberalen Fraktion die Möglichkeit zu einem positiven Verhalten giebt. — —

Wenn aber vor den Augen der Bevölkerung wie der Geschichte die Ver-

antwortlichkeit vertheilt werden soll, so ist es zweifellos, daß es die Regierung ist, auf deren Schultern die Hauptlast ruht. Das Land wie das Parlament ist in einer Nothlage, welche die Macht, wie die Haftbarkeit der Exekutive in ungewöhnlichen Proportionen gesteigert hat, wir sehen nicht ein, warum wir uns das verhehlen sollen. Diese Verantwortung halten wir aber nicht für so leicht und scherzhaft, wie das von manchen Seiten aufgefaßt wird. Denn mit der Annahme des Sozialistengesetzes schneidet die Weltgeschichte nicht ab und die Zukunft wird ihre Entscheidung über die politische Weisheit des Gesetzes in dem Erfolg oder Mißerfolg desselben abgeben. Ihre politische Verantwortlichkeit setzen die Männer voll und ungetheilt ein, die gerade diesen Weg und keinen anderen zu gehen unternahmen.

Ueber die „geistigen Waffen“ und die Waffen des Gesetzes gegenüber der Sozialdemokratie schreibt die „Weser Zeitung“: „Wahrscheinlich werden wir in der nächsten Woche wieder viel von den „geistigen Waffen“ zu hören bekommen, mit denen allein die Sozialdemokratie zu bekämpfen und zu überwinden sei. Es ist sehr wichtig, gegen diese Sirenentöne falscher Freisinnigkeit Ohr und Herz zu verschließen. Der Schiffer, welcher dem schmeichelnden Klange folgen wollte, würde auf einen Strand gerathen, den Trümmer und menschliche Gebeine bedecken. Die Täuschung liegt in dem Worte „allein“, in der Vorstellung, als ob wir es mit einer rein geistigen, nur auf dem geistigen Gebiete faßbaren Bewegung zu thun hätten. Wäre dies richtig, so verstände sich das Andere, die ausschließliche Anwendbarkeit geistiger Waffen, für uns von selbst. Aber der Satz ist eben nicht richtig. Die sozialistische Bewegung, wie sie sich in Deutschland gestaltet hat, zeigt eine doppelte Natur: sie hat ihren geistigen Inhalt, ihre Theorie und ihre Weltanschauung, und sie hat daneben ihre revolutionäre Organisation, welche darauf berechnet ist, im gegebenen Augenblicke, wenn die Umstände Erfolg versprechen, die Mittel zum Zuschlagen in Bereitschaft zu halten, bis dahin aber, soweit thunlich, die schützenden Dämme zu lockern, welche jetzt noch die bürgerliche Gesellschaft umgeben.

Nur gegen diese revolutionäre Organisation, gegen den äußerlichen und körperlichen Apparat ist das Einschreiten der Staatsgewalt gerichtet, und es ist grundfalsch, die Sache so darzustellen, als ob mit Polizeimaßregeln gegen die sozialistische Theorie zu Felde gezogen werden solle. Ein Blick auf andere geistige Parteikämpfe genügt, um den radikalen Unterschied klar zu machen, welcher zwischen jenen und dem Kampfe gegen den Sozialismus besteht. Wir haben in Deutschland eine Fülle politischer, wirthschaftlicher und wissenschaftlicher Gegensätze, die einander lebhaft befehden und die alle des gleichen gesetzlichen Schutzes genießen, wenn sie öffentlich ihre Lehren und ihre Gründe vortragen. Aber unter allen diesen kämpfenden geistigen Parteien ist keine, die den Anspruch erhebt und diesen Anspruch durch Rüstungen zu verwirklichen strebt, wie die Sozialdemokratie es thut, — den Anspruch, daß ihre Gegner mit Gewalt zu vernichten seien, wenn sie nicht gutwillig sich unterwerfen. — — —

Ob ein Dogma falsch oder wahr, ob ein Lehrsatz begründet oder unbegründet ist, das sind Fragen, welche der Staat nicht entscheiden soll und nicht entscheiden kann; das sind geistige Fragen und zu ihrer Lösung bedarf es geistiger Waffen. Ob aber eine Vereinigung von Staatsbürgern, die sich zur Auflehnung gegen die gesetzliche Ordnung verbündet und zu diesem Behufe sich eine Organisation mit Führern, Statuten, Zweigvereinen, Kassen u. s. w. giebt, verträglich sei mit der Sicherheit des Staats und der öffentlichen Wohlfahrt, das ist eine rein politische Frage, und diese ist unabhängig davon, mit welchen theoretischen Argumenten ein solcher Bund seine Bestrebungen vor sich und vor Anderen zu rechtfertigen sucht.

Ueber die Geltungsdauer des Gesetzes schreibt die „Magdeburger Zeitung“: „Die größte Differenz, welche gegenwärtig noch obwaltet, ist diejenige über die dem Gesetze bezüglich seiner Gültigkeitsdauer hinzuzufügende Zeitbe-

stimmung. Alle Stimmen sind darüber einig, daß kein Gesetz, welche Bestimmungen es auch enthalten möchte, im Stande ist, die sozialistischen Umtriebe binnen Jahresfrist, oder in fünf Jahren, oder auch in zehn Jahren auszurotten. Wenn dessen ungeachtet die Reichstagskommission den Endtermin bereits innerhalb des Jahres 1881 verlegt wissen wollte, so that sie dies nur deshalb, um dem gegenwärtigen Reichstage, welcher das Gesetz beschließt, eine Kontrole über die Wirksamkeit und über die Handhabung desselben zu sichern. Dieser allerdings erhebliche Grund erscheint aber dennoch nicht durchschlagend genug, um mit Hartnäckigkeit bei der in Vorschlag gebrachten Zeitbestimmung zu beharren. Auch ein aus Neuwahlen hervorgegangener Reichstag ist in der Lage, eine Kontrole zu führen und bei etwaigen Mißbräuchen einen Druck auf die Regierung zu üben. Freilich wäre er nicht in der Lage, nach Ablauf einer verhältnißmäßig kurzen Zeit die Verlängerung der Gültigkeitsdauer zu verweigern, indessen wegen dieses, allerdings sehr ernsten schwerwiegenden Bedenkens das als eine traurige Nothwendigkeit erkannte Gesetz im letzten Augenblick scheitern zu lassen, würde dem ungeheuren Ernste unserer Lage gegenüber kaum zu rechtfertigen sein. Der Reichstag wird in der Lage sein, im Prinzipe dem Beschlusse seiner Kommission zustimmend, der Regierung auf halbem Wege entgegenzukommen, indem er die allerdings sehr kurz bemessene Frist verlängert." Auf dieser Grundlage ist ohne Zweifel ein Ausgleich zu erzielen.

Die sozialdemokratische Bewegung und die parlamentarische Mehrheit.

9. October. Rede des Fürsten Bismarck bei der zweiten Lesung des Sozialisten-Gesetzes im Reichstage.

[Herrn Sonnemann's französische Beziehungen; — positive und negative soziale Bestrebungen; — worauf die Verbreitung der Sozialdemokratie in Deutschland beruht; — der Unterstützungswohnsitz; — die neuere Gesetzgebung; — die Sozialdemokratie und das öffentliche Vertrauen; — die Attentate; — die Stellung der Fractionen; — Nothwendigkeit einer festen parlamentarischen Mehrheit.]

(Nach dem Abgeordneten Sonnemann.)

Bevor ich mich zu Art. 1 der Vorlage wende, nöthigen mich einige Aeußerungen des Herrn Vorredners zu einer Widerlegung, respektive Beleuchtung. Ich habe einmal den Insinuationen, die er in Bezug auf die Publikationen im Tageblatt, — ich kenne das Blatt weiter nicht, er hat es genannt — gemacht hat, gegenüber zu erklären, daß die verbündeten Regierungen und jede von ihnen, namentlich aber die preußische, diesen Publikationen absolut fremd ist. Erfordert diese Frage eine weitere Diskussion und Nachweis, so überlasse ich den meinen Herren Kollegen, und nur um bei der außerordentlichen Länge der Zeit, welche diese Debatten in Anspruch nehmen, um dieselben heute nicht noch mehr durch neue Reden von der Regierungsbank in die Länge zu ziehen, habe ich es auf mich genommen, diese Rektifikation zu machen.

Wenn ich weiter auf verschiedene Punkte der Rede des Herrn Vorredners eingehe, so geschieht es nicht, weil deren sachlicher Inhalt mich dazu veranlaßte. Ich glaube auch nicht, daß sie eigentlich für diesen Saal, respektive für mich und die Regierung gerade berechnet war, sondern der

Umstand, welcher mich veranlaßt, Interesse zu nehmen, liegt auf dem Gebiet meiner diplomatischen Wahrnehmungen. Ich habe nämlich das Blatt des Herrn Vorredners, das bekannte, ab und zu mit ziemlicher Aufmerksamkeit gelesen. Ich habe gefunden, daß das Urtheil und die Haltung desselben immer genau koinzidirten mit dem Urtheil und der Haltung der französischen offiziösen Presse. Ich reproduzire ja nur, was ich gefunden habe, Sie können ja selbst nachforschen, wenn Sie die französische offiziöse Presse kennen, was Sie aber nicht nachforschen können, was ich aber erfahren kann, daß ich mitunter in dem Blatte des Herrn Vorredners Sachen gelesen und erfahren habe, die mir am anderen oder am dritten Tage darauf durch die gesandtschaftliche Meldung als Aeußerungen der französischen Regierung bestätigt wurden.

Ich schreibe also dem Herrn Vorredner Beziehungen zur französischen Regierung zu, die ja der Chef eines großen Blattes haben kann, die natürlich auf keinem Interesse auf seiner Seite, sondern nur auf einem Wohlwollen, das ihm eine Regierung wie die französische einflößt, beruhen. Alles, was der Herr Vorredner hier gesagt hat, ist auf Schwächung der Institutionen und auf Schwächung der inneren Festigkeit des Reichs, auf Diskreditirung der Personen, die an der Spitze des Reichs stehen, berechnet. Denken Sie sich einen französischen Revanchepolitiker dieser Tribüne zugänglich, hätte er nicht ganz dieselbe Rede halten können?

Ich habe während meines langjährigen politischen Lebens einige Republikaner kennen gelernt, die Stützen jeder Opposition gegen die damalige preußische Regierung waren und die in Verbindung waren mit allem, was die preußische Regierung schwächen konnte, ich habe nachher bei diesen Personen, was natürlich bei dem Herrn Vorredner nicht zutrifft, Gelegenheit gehabt, während des Krieges mit Frankreich die Motive kennen zu lernen, welche sie veranlaßten, die preußische Regierung zu bekämpfen und zu schwächen, und mit den Bestrebungen, welche uns der Republik annäherten, und die sie verwerthen konnten, zu sympathisiren. Der Herr Vorredner ist ja über jeden Verdacht durch seine Stellung als Abgeordneter erhaben, aber mit besonderem Interesse entnahm ich aus seinen Reden und Druckschriften mit Sicherheit, mit einer durch die diplomatischen Berichte bestätigten Sicherheit, wie die französische Regierung über unsere Angelegenheiten denkt und welche Akkorde sie angeschlagen zu sehen wünscht. Ich erwähne rein die Thatsachen ohne irgendwelche Schlußfolgerungen dazu zu machen. Der Herr Vorredner hat in seinen Aeußerungen uns das Beispiel des Auslandes vielfach empfohlen, er hat sich dabei auf die englische, amerikanische und auf die französische Presse bezogen. Ich habe die französische Presse über unsere Vorlage auch gelesen und habe namentlich in den Blättern, die eine Erstarkung Deutschlands nicht wünschen, dieselbe Kritik gefunden, die der Herr Vorredner uns hier gegeben hat. Auch die französischen Erscheinungen auf dem Gebiet, welches wir besprechen, hat der Herr Vorredner mit besonderem Wohlwollen behandelt, wenn ich nicht irre, so führte er uns Frankreich als mustergiltig für die schonende und regelmäßige Behandlung der Gegner der Regierung an und sagte, niemals werden die Sachen der Sozialisten oder Kommunisten, den Geschworenengerichten entzogen. Meine Herren, der Herr Vorredner ist ja so genau vertraut mit den französischen Verhältnissen, hat ja ein so wohlwollendes Interesse für dieselben, was ja auch nicht ohne Gegenseitigkeit sein mag

bleiben kann, daß es ihm unmöglich entgangen sein kann, daß alle Kommunards durch die Kriegsgerichte abgeurtheilt worden sind, daß sie flugs erschossen, deportirt, mit Rücksichtslosigkeit, wie keine andere Nation durchzuführen im Stande ist, wie die Franzosen und dieselben haben sich dadurch von dieser Krankheit zeitweise geheilt und Deutschland dadurch den Vorzug gewonnen, der Vorort der Sozialisten zu werden, der früher Frankreich war, nachdem man in Frankreich damit aufgeräumt hat. Sollte dies dem Herrn Vorredner entgangen sein? Wie kann er angesichts dieser ganz frischen Thatsachen, angesichts der Ebene von Grenelle, die eine Zeit lang keinen Tag aufgehört, vom Blute der Erschossenen zu rauchen, wie kann er einer so erleuchteten Versammlung, wie dieser, gegenüber behaupten, daß die Sachen in Frankreich nie den Geschworenengerichten entzogen worden seien. Das macht mich bedenklich und er könnte mit diesen seinen Auffassungen sehr gut zur Elsasser Protestpartei gehören, vielleicht auch zur sozialistischen. Ich weiß nicht, ob er sich dazu zählt, innerhalb des Fortschritts hat er meines Erachtens damit schon kaum einen Platz. Das Ausland wünscht unsere Schwäche natürlich, nicht immer aus bösem Willen, vielleicht aus Sorge, daß wir übermächtig werden würden, kurz und gut, es wünscht unsere Schwäche, und alle, die unsere Institutionen zu schwächen streben, arbeiten, der Herr Vorredner gewiß unbewußt und ohne böse Absicht, dem Ausland in die Hände. Der Herr Vorredner hat sich darüber beschwert, daß ich mich im Interesse der Herstellung des Friedens an ein englisches Blatt gewendet habe und nicht an ein deutsches. Ja, das ist doch ein Vorwurf, den er mir bei einigem Nachdenken über den Zweck, den ich anstrebte, nicht gemacht haben würde, denn es handelte sich damals darum, auf die englische öffentliche Meinung Eindruck zu üben. Wenn ich mich z. B. an das Blatt des Herrn Vorredners gewendet hätte, um England zu überzeugen, daß es wegen Batum keine Kriegsfrage machen sollte, hätte die Stimme des Herrn Vorredeners in England vielleicht denselben Widerhall gefunden, wie die Stimme der „Times“? Ich bin nicht einmal sicher, ob der Herr Vorredner den Frieden in gleichem Maße gewünscht hätte, ich bin auch nicht vom Gegentheil sicher; in Bezug auf die „Times“ hatte ich die Ueberzeugung, daß sie den Frieden wünschte, sie ist in England mächtig, und man setzt sich doch mit Kräften in Verbindung, von denen man Erfolg erwartet, aber nicht zu lediglich publizistischer Schaustellung, sondern für politische Zwecke, die auf keinem anderen Wege zu erreichen sind. Wenn ich mich zum Art. 1 wende, so will ich von der Latitüde, die der Herr Präsident uns gewährt, in allgemeine Fragen und andere Paragraphen überzugreifen, zwar nicht in demselben Maße, wie der Herr Vorredner, Gebrauch machen, aber der Umstand, daß ich an der ersten Berathung nicht vollständig Theil genommen habe, wird mich vielleicht entschuldigen, wenn ich auf einige andere Paragraphen und auf allgemeine Betrachtungen zurückkomme. Ich knüpfe indessen zunächst an § 1 an. Ich habe schon bei der ersten Lesung mir erlaubt zu bemerken, daß ich eine jede Bestrebung fördern werde, welche positiv auf Verbesserung der Lage der Arbeiter gerichtet ist, also auch einen Verein, der sich den Zweck gesetzt hat, die Lage der Arbeiter zu verbessern, den Arbeitern einen höheren Antheil an den Erträgnissen der Industrie zu gewähren, und die Arbeitszeit nach Möglichkeit zu verkürzen, so weit die Grenzen, die durch die Konkurrenz und die absatzfähige Fabrikation

gegeben sind, beide Bestrebungen noch gestatten. Solche Vereine mit positivem Zweck, sind auch in Deutschland gar keine Neuerung. Sie finden sie vor mehr als einem halben Jahrtausend in derselben Thätigkeit wie heute. Sie haben im Anfang des 14. Jahrhunderts in den großen deutschen Städten von Breslau bis Kolmar Beispiele von Strikes, könnte ich in dem heutigen Wortgebrauche sagen, von Strikes der Gesellen und Arbeiter, der Gesellen, Arbeiter und Knechte nach damaliger Sprache, wobei das Wort Knecht nicht in der Bedeutung von Knechtschaft zu nehmen ist, sondern in der Bedeutung, in der noch heut zu Tage alte Leute den Schuhmachergesellen Schusterknecht nennen, junge kräftige Menschen, wie die Verwandtschaft des englischen Knight, Ritter, zeigt. Also diese Strikes sind, wie heute, schon damals den Meistern gegenüber zur Erscheinung gekommen. Man hat sie mit wechselndem Glücke geführt. Bald haben die Meister mit dem heutigen „lookout" geantwortet, bald haben sie nachgegeben, bald sind sie vertrieben worden aus der Stadt, und die Gesellen haben sich des Handwerks bemächtigt; aber immer waren es positive Bestrebungen und Zwecke, die man zu fördern suchte, ganz bestimmte Forderungen, und der Gedanke, sich an den Rechten Dritter zu vergreifen, die außerhalb der gewerblichen und gegenseitigen Beziehungen standen, der Gedanke, das Eigenthum anzutasten, den Glauben an Gott und die Monarchie zu untergraben, kam keinem Menschen bei, und die Sache ging ihren Weg der rein materiellen Interessen. Selbst in den großen Exzessen des Bauernkriegs, wo die volle Herrschaft der gewaltthätigen und ungebildeten Begehrlichkeit zum Durchbruch gekommen war, wenn Sie dort die Verträge lesen, welche die Bauernschaft mit den einzelnen, gar nicht gut berüchtigten Rittern abgeschlossen haben, finden Sie nie, daß über das nothwendige Bedürfniß das Eigenthum dieser feindlichen Edelleute angegriffen war, Sie finden immer nur Verträge wegen Bruchs der Mauern eines festen Schlosses, wegen Auslieferung der Geschütze und Feuergewehre, wegen Abschaffung der reisigen Knechte, kurz und gut eine Sicherstellung, aber diesen damaligen Kommunisten ist es nicht eingefallen, das Eigenthum selbst ihrer Feinde irgendwie antasten zu wollen, und wenn ich damit eine Scheidewand errichte für dasjenige, was die verbündeten Regierungen, wenigstens unter meiner Mitwirkung, nicht bekämpfen und was sie bekämpfen, so kann ich das wesentlich mit den Worten positive Bestrebungen und negative Bestrebungen. Sobald uns von sozialdemokratischer Seite irgend ein positiver Vorschlag entgegen träte oder vorläge, wie sie in vernünftiger Weise die Zukunft gestalten wollen, um das Schicksal der Arbeiter zu verbessern, so würde ich wenigstens mich einer wohlwollenden, entgegenkommenden Prüfung der Sache nicht entziehen und würde selbst vor dem Gedanken der Staatshilfe nicht zurückschrecken, um den Leuten zu helfen, die sich selbst helfen, nicht die Initiative des Staates, sondern um den Leuten zu helfen, die sich selbst helfen. Es ist das nicht mein Departement und ich kann darauf nicht näher eingehen, ich wiederhole das nur, um die Ansichten zu bestätigen, die ich in der ersten Lesung ausgesprochen habe, nach denen ich vor 15 Jahren schon gehandelt habe, und um zu bekunden, daß ich noch, wenn nur ein ernster und positiver Antrag vorläge, der auf die Verbesserung des Looses der Arbeiter gerichtet ist, ein freundliches Entgegenkommen zeigen und ihn einer wohlwollenden und geneigten Prüfung des Reichstags und der gesetzgebenden

Versammlung empfehlen werde. Wie steht aber heute die Sache? Hier steht die reine Negation gegenüber dem Einreißen, ohne daß jemand auch nur eine Andeutung gibt, was anstatt des Daches, das uns jetzt deckt, gebaut werden soll, wenn es niedergerissen ist. Wir befinden uns lediglich im Stadium der Untergrabung und des Umsturzes, im Stadium der Negation. Seit elf Jahren haben wir den Vorzug, mit Sozialdemokraten gemeinschaftlich zu tagen — mein Gedächtniß läßt mich vielleicht im Stiche, aber ich appellire an das eines jeden anderen, ist Ihnen bei den langen Reden, noch länger als die, welche wir eben hörten, auch nur eine einzige in Erinnerung, wo auch der leiseste Schatten eines positiven Gedankens, eines Vorschlags über das, was künftig werden soll, über die Gestaltung, über das Programm, das diesen Herren vorschwebt, nachdem sie das Bestehende in Bresche gelegt haben? Ist Ihnen etwas derartiges erinnerlich? Ich wäre dankbar, darauf aufmerksam gemacht zu werden. Ich kenne nichts der Art, und ich glaube auch den Grund zu wissen, warum die Herren darüber, wie sie die Welt künftig gestalten wollen, wenn sie die Herren wären, sorgfältig schweigen: sie wissen es nicht, sie wissen in dieser Beziehung nichts, sie haben auch den Stein der Weisen nicht. Sie können die Versprechungen niemals halten, mit denen sie jetzt die Leute verführen.

Das ist einfach das Geheimniß, weshalb darüber ein tiefes Stillschweigen beobachtet wird. Ich weiß nicht, wer von Ihnen soviel Zeit durch Krankheit gehabt hat, um den verschleierten Propheten von Moore zu lesen, der sein Gesicht sorgfältig verdeckte, weil, sobald der Schleier gelüftet wurde, es in seiner ganzen abschreckenden Häßlichkeit Jedermann vorstand. An diesen verschleierten Propheten von Chorassan erinnert mich die wilde Führung, der ein großer Theil unserer sonst so wohlgesinnten, arbeitenden Klassen verfallen sind. Sie haben das Angesicht von Mokana nie gesehen. Wenn sie es sehen würden, würden sie erschrecken davor, sie würden ein Leichengesicht erblicken.

Daß die Herren nun mit den dunklen Versprechungen, denen sie nie eine ausgeprägte Form geben, Anklang gefunden haben, ja das ist ja bei dem, der überhaupt nicht mit seiner Lage zufrieden ist, namentlich wenn er seine Unzufriedenheit mit der germanischen Energie empfindet und geltend macht, nicht so außerordentlich schwer. Wenn sie den Leuten, die zwar lesen können, aber nicht das Gelesene beurtheilen — und die Fähigkeit des Lesens ist bei uns viel verbreiteter, wie in Frankreich und England; die Fähigkeit des praktischen Urtheils über das Gelesene vielleicht minder verbreitet, als in den beiden Ländern, — wenn sie den Leuten glänzende Versprechungen machen, dabei in Hohn und Spott, in Bild und Wort alles, was ihnen bisher heilig gewesen ist, als einen Zopf, eine Lüge darstellen, alles das, was unsere Väter und uns unter dem Motto: „Mit Gott für König und Vaterland" begeistert und geführt hat, als eine hohle Redensart, als einen Schwindel dargestellt zu sehen, ihnen den Glauben an Gott, den Glauben an unser Königthum, die Anhänglichkeit an das Vaterland, den Glauben an die Familienverhältnisse, an den Besitz, an die Vererbung dessen, was sie erwerben für ihre Kinder, ihnen alles das zu nehmen, so ist es doch nicht schwer, einen Menschen von geringem Bildungsgrad dahin zu führen, daß er schließlich mit Faust spricht: „Fluch sei der Hoffnung, Fluch dem Glauben und Fluch vor Allem der Geduld!" Ein so geistig verarmter und nackt ausgezogener Mensch, was bleibt denn

dem übrig, als eine wilde Jagd nach sinnlichen Genüssen, die allein ihn noch mit diesem Leben versöhnen können.

Wenn ich zu dem Unglauben gekommen wäre, der diesen Leuten beigebracht ist, — ja, meine Herren, ich lebe in einer reichen Thätigkeit, in einer wohlhabenden Situation, aber das alles könnte mich doch nicht zu dem Wunsche veranlassen, einen Tag länger zu leben, wenn ich das, was der Dichter nennt, „an Gott und bessere Zukunft glauben", nicht hätte. Rauben Sie das dem Armen, dem Sie gar keine Entschädigung gewähren können, so bereiten Sie ihn eben zu dem Lebensüberdruß vor, der sich in Thaten äußert, wie die, die wir erlebt haben.

Wenn wir fragen, wie ist es eigentlich gekommen, daß diese negativen Tendenzen, daß dieses Evangelium der Negation bei uns gerade in Deutschland einen solchen Anklang gefunden hat, so müssen wir der Zeit, in welcher das geschah, etwas näher ins Auge sehen. Wir sind erst seit 1867 mit den Führern der Sozialdemokratie amtlich bekannt geworden durch die Gegenwart der Herren Bebel, Liebknecht, Fritzsche, Schweitzer, Mende, sie wechselten, es waren zwei — aber diese zwei, die landeten wie die Weißen in Amerika, und ich will keine Indianerklage darüber anstellen, denn wir beherrschen noch die rothe Rasse. Damals traten sie doch noch mit einer gewissen Schüchternheit auf, wenn sie auch Sorge trugen zu bekennen, daß sie nicht etwa die zahmen Leute wie Lassalle und dergleichen seien, sondern sie wären die eigentlichen Sozialdemokraten, ich habe das in den Reden auch in diesen Tagen nachgelesen, aber der eigentliche Aufschwung zu dem Streben, das sie jetzt beseelt, sich der Staatsgewalt zu bemächtigen und sie im Sinne ihrer Interessen und Ansichten auszubeuten in Zukunft, trat doch erst nach 1870 auf. Was hat nun 1870 für einen Unterschied in der Sache gemacht. Bis zu 1870, wo auch die Leiter der internationalen Liga wohnen mochten, in London, Genf, war doch Frankreich das eigentliche Versuchsfeld, das eigentliche Operationsfeld war Frankreich, und nur in Frankreich hatten sie eine Armee bereit, welche die Schlacht der Kommune schlagen konnte und sich auch wirklich der Hauptstadt auf eine zeitlang bemächtigte. Haben sie nun wirklich damals, wo sie im Besitz der Gewalt waren, irgend ein positives Programm aufgestellt, wie sie diese Gewalt für den Vortheil der nothleidenden Klassen nutzbar machen könnten? Mir ist keines bekannt, was irgendwie praktisch ins Leben getreten wäre, — es mögen in den Zeitungen utopische Phrasen gestanden haben, aber der Versuch der damaligen Machthaber in Paris, der doch nahe gelegen hätte, wenn sie etwas könnten und wüßten, damals wo sie die Gewalt hatten, nun mit einem Beispiele zu zeigen, was sie eigentlich wollten, wurde nicht gemacht. Es unterblieb, sie haben nichts wie gemordet, gebrannt, mißhandelt, nationale Denkmäler zerstört und auch, wenn sie ganz Paris in einen Aschenhaufen verwandelt hätten, so würden sie angesichts dessen immer noch nicht gewußt haben, was sie wollten: wir sind unzufrieden, es muß anders werden, aber wie? das wissen wir nicht. Dabei wären sie geblieben. Nun, nachdem sie von der französischen Regierung niedergeworfen waren, bei der Energie, mit der die französische Regierung gegen sie einschritt, und die der Herr Vorredner zu rühmen vergaß — oder vielleicht hat sie nicht seine Anerkennung, dann wäre es mir lieb, wenn er sich offen und tadelnd dafür ausspräche — bei der Energie sahen die Leiter wohl ein, daß

dieses Versuchsfeld verlassen werden mußte, daß da ein zorniger und entschlossener, harter Wächter darüber stand, daß sie es räumen mußten. Sie sahen sich um in Europa, wo sie nun den Hebel anlegen könnten, wo sie ihre Zelte, die sie in Frankreich abbrachen, aufschlagen könnten; daß ihnen da Deutschland in erster Linie einfiel, dorthin die Agitation zu verlegen, das wundert mich gar nicht. Ein Land mit so milden Gesetzen, mit so gutmüthigen Richtern — meine Herren, sind unsere Richter nicht gutmüthig? sind sie etwa bös? — mit so gutmüthigen Richtern, ein Land mit hervorragender Freude an der Kritik, namentlich wenn sie die Regierung betrifft, ein Land, in dem der Angriff auf einen Minister, das Tadeln eines Ministers noch heut für eine That noch gilt, als ob wir noch anno 30 lebten, — ein Land, wo die Anerkennung für irgend etwas, was die Regierung thut, gleich in den Verdacht des Servilismus bringt, ein Land, in dem die Operationsbasen des Sozialismus, die großen Städte, durch die fortschrittliche Bearbeitung sehr sorgfältig vorbereitet waren, wo die Diskreditirung der Behörden und der Institutionen durch die fortschrittliche Agitation bereits einen sehr hohen Grad erreicht hatte. Das hatte sein Anziehendes. Der Fortschritt ist, um landwirthschaftlich zu sprechen, eine sehr gute Vorfrucht für den Sozialismus als Bodenbereiter, er gedeiht danach vorzüglich. Daß beide sich äußerlich, wenigstens in Reden, — in Thaten haben wir es noch nicht erlebt, — bekämpfen, nun das mag auch von der Eigenart der Fruchtarten gelten, die doch gern und gedeihlich aufeinander folgen. Thatsache ist aber, sie fanden die Achtung vor den Institutionen zerstört, die Neigung, sie in Bild und Wort mit Hohn zu überhäufen, die Freude an diesem Hohn bei jedem Philister, der nachher froh ist, wenn er aus den Folgen dieses Hohns gerettet wird, fanden sie ganz außerordentlich entwickelt, — kurz und gut, sie erkannten hier das Land, von dem sie sagten: lasset uns Hütten bauen.

Der Deutsche hat an und für sich eine starke Neigung zur Unzufriedenheit. Ich weiß nicht, wer von uns einen zufriedenen Landsmann kennt. Ich kenne sehr viele Franzosen, die vollständig mit ihrem Geschick, mit ihren Erlebnissen zufrieden sind. Wenn sie ein Handwerk ergreifen, so stellen sie sich die Aufgabe, durch dasselbe, wenns möglich ist, vielleicht bis zum 55. Jahre eine gewisse Vermögensquote zu erreichen; haben sie die, so ist ihr ganzer Ehrgeiz, sich als Rentier bis zu ihrem Lebensende zurückzuziehen. Vergleichen Sie damit den Deutschen; dessen Ehrgeiz ist von Hause aus nicht auf eine nach dem 50. Jahre zu genießende, mächtige Rente gerichtet, — sein Ehrgeiz ist schrankenlos. Der Bäcker, der sich etablirt, will nicht etwa der wohlhabendste Bäcker in seinem Ort werden, nein, er will Hausbesitzer, Rentier, er will nach seinem größeren Berliner Ideal schließlich Banquier, Millionär werden. Sein Ehrgeiz hat keine Grenze. Es ist das eine Eigenschaft, die ihre sehr guten Seiten hat, es ist die deutsche Strebsamkeit, sie steckt sich ihr Ziel niemals zu kurz, — aber sie hat auch für die Zufriedenheit im Staat ihr sehr bedenkliches, namentlich unter den untern Beamtenklassen. Wo ist der Beamte, der in der Erziehung seiner Kinder nicht eine Stufe höher hinaufsteigen will, als die, die er selbst gehabt hat? Und die Folgen dieser Unzufriedenheit sind, daß ein großer Theil unserer Subalternbeamten von der sozialistischen Krankheit angesteckt ist.

Nun wie bestätigte sich die deutsche Erwartung der Sozialisten? —

1878.

Die internationale Agitation siedelte in das gelobte Land über, in welchem sie sich jetzt befindet. Wir hatten gleichzeitig vorher und nachher nach vielen Richtungen hin ganz neue Einrichtungen; wir hatten das Freizügigkeitsgesetz kombinirt mit dem Unterstützungswohnsitz, die Abschaffung der Paßpflichtigkeit, — Einrichtungen, die plötzlich eine große Menge von Arbeitern den kleinen Städten und dem platten Lande entzogen und in den größeren Städten eine fluktuirende Bevölkerung erzeugten, deren Erwerbsfähigkeit sehr abhängig war von den schwankenden Verkehrs- und Industrieverhältnissen in den großen Städten, die ab und zu reichlich Arbeit hatten, — bis zu 10 Thalern, sagt man, sei ein Steinträger bezahlt — nachher plötzlich wieder ein Rückschlag — und keiner hatte Neigung, in seine ländlichen Verhältnisse zurückzukehren. Ich bin in der Lage gewesen, daß jemand, für den ich den Unterstützungswohnsitz zu leisten hatte, und welcher mir krank, entnervt, arm, abgerissen wiederkam, belastet mit Rechnungen der Charite und der Berliner Krankenpflege, nachdem er bei mir auf meine nicht blos pflichtmäßig, sondern gern geleisteten Kosten hergestellt war, wieder nach Berlin zurückkehrte. Ich fragte ihn, ob er nicht genug hätte an dem einen Mal und bei der Ermittelung der Motive, die ihn anzogen — es war ein ehrlicher Mann, was kam heraus? Ja, wenn er auf dem Lande einen Biergarten — er nannte es anders — mit Musik hätte, wo er des Abends hingehen könnte, so wolle er das Theater schon entbehren, und man kriegte auf dem Lande nicht eine anständig gekleidete Person zu sehen. Kurz und gut, die Vergnügungen der großen Stadt haben sehr viel Anziehendes. Die Leichtigkeit des Verkehrs auf den Bahnen, die Freizügigkeit, — alles dies zieht die in den größeren Städten durch Vergnügungen festgehaltene Bevölkerung an sie und dies hat der Agitation großen Vorschub geleistet. Noch viel stärker wurde dies, wie wir das neue Preßgesetz schufen, wobei ich von Hause aus bevorworte, um jeder Verdächtigung der Reaktion zu entgehen, daß ich nicht die Absicht habe, dieses anzufechten, ich will nur die Diagnose der Krankheit geben. Das neue Preßgesetz schaffte plötzlich vor allen Dingen die Kaution ab, es schaffte den Stempel ab. Bis dahin war ein gewisses Kapital und mit dem Kapital vielleicht ein gewisses Maß von Bildung vorhanden und erforderlich, um eine Zeitung in's Leben zu rufen; heutzutage kann man mit 100 bis 150 Mark dem Unternehmen näher treten und von Bildung ist ja gar kein Bedürfniß, man braucht bloß abzuschreiben, was einem geliefert wird, und das bekommt man von der Agitation geliefert, was gedruckt werden soll und solche Blätter, die einmal in der Woche erscheinen, und die der Betheiligte, der sie empfängt, der Arbeiter auf dem Lande oder in der kleinen Stadt, um so länger liest, und um so mehr zirkuliren läßt und sich um so deutlicher einprägt, was darin steht — der Mann liest kein zweites Blatt, ich weiß nicht, wie die wohlfeilsten Abonnements sind, sie werden 20 Silbergroschen nicht übersteigen — ich weiß nur, daß die Gefälligkeit der kaiserlichen Post sie zu einem Porto von 4 Silbergroschen das ganze Jahr lang viel Hundert Meilen weit durch das ganze Land fährt, so weit sie gehen wollen: die Facilität des Verkehrs, dieser Appell an den gemeinen Mann und seine gefährlichsten Instinkte, waren früher nicht so leicht, die ist durch unser Preßgesetz außerordentlich gestiegen; sie ist gleichzeitig gestiegen durch die außerordentliche Milde unseres Strafgesetzes und wenn wir sie bis zu 's

schweren Verbrechen sich aufschwingen gesehen haben, wie geschehen, so trägt dazu auch nicht unwesentlich bei, daß der Glaube an die Vollstreckung einer erkannten Todesstrafe geschwunden ist. Wird der Mörder nicht hingerichtet, was steht ihm dann bevor? Gefängniß. Die Hoffnung bleibt ihm, daß ein gelungener Putsch seiner politischen Freunde ihn freimachen kann und ihn aus einem Sträfling zu einem Helden der Partei stempelt; es schwebt ihm auch die dunkle Hoffnung auf eine Amnestie vor, daß man beim Regierungswechsel oder sonst eine Anzahl Menschen, über deren Unschädlichmachung man sonst froh ist, wieder auf die Gesellschaft loslassen werde. Das ist meines Erachtens eines der mächtigsten Motive, welches auf die Verwegenheit des Verbrechens einen ganz wesentlichen Einfluß hat, und ich bin Seiner Majestät und Seiner kaiserlichen Hoheit außerordentlich dankbar, daß wir an Hödel endlich mal ein Beispiel gesehen haben, daß die Obrigkeit das Schwert noch zu handhaben versteht.

Wenn auf diese Art und Weise es nun eigentlich nicht so sehr zu verwundern ist, daß die Gefahr angeschwollen ist, wenn wir sehen, daß der ungeheure Schwindel in den Geschäften in den ersten Jahren nach dem Kriege von einem vollständigen Verfall der Geschäfte gefolgt ist, und viele Leute, die eine Zeit lang einen großen Verdienst gefunden hatten, denselben nicht mehr haben, so kann es eigentlich nicht verwundern, daß die Sache unter so exzeptionellen Verhältnissen, unter so neuen Verhältnissen, wie unsere ganze deutsche Gesetzgebung, wo so manches durch die Plötzlichkeit unserer Verschmelzung in Verstimmung geblieben ist und wo alle mit der Regierung unzufriedenen Elemente sich in einem großen Körper vereinigen, den ich den negativen nennen will, der für jede legislative Operation der Regierung unzugänglich ist, — da kann man sich eigentlich nicht wundern, daß die Gefahr zu der Höhe angeschwollen ist, die vorliegt, und daß wir hier in Berlin zwischen 60 000 und 100 000 wohlorganisirte, in Vereinen gegliederte Männer haben, die sich offen zum Kampfe gegen die bestehende Ordnung und zu dem Programm, wie wir es kennen, bekennen. Daß unter diesen Umständen die Gewerbsthätigkeit, der Kredit, der Aufschwung der Industrie in Berlin leiden muß, ist ganz natürlich, denn für den, der hier ein Kapital anlegen soll, oder der einem Anderen ein Kapital leihen soll, in der beunruhigten Phantasie eines auf Verlust vorbereiteten Eigenthümers hat doch diese Masse, diese Organisation von 60 000 bis 100 000 Menschen den Charakter einer feindlichen Armee, die in unserer Mitte lebt und die nur noch nicht den Moment gefunden hat, wo sie über den Eigenthümer, den leichtfertigen Kapitalisten, der hier etwas anlegen will, Gericht halten kann, um ihm das wohlerworbene Eigenthum zu entziehen oder zu beschränken oder ihm die Verfügung darüber überhaupt zu nehmen. Also die Frage der Verbesserung unseres Verkehrswesens, oder die Verbesserung der Lage der Arbeiter — will ich lieber sagen — und die Frage der Sozialisten, das sind zwei Bestrebungen, die sich gegenseitig ausschließen; so lange die sozialistischen Bestrebungen diese bedrohliche Höhe haben wie jetzt, wird aus Furcht vor der weiteren Entwickelung das Vertrauen und der Glaube im Innern nicht wiederkehren und deshalb wird die Arbeitslosigkeit auch so lange, wie die Sozialdemokratie uns bedroht, mit geringen Ausnahmen anhalten. Die Arbeiter selbst hätten es in der Gewalt, wenn sie sich von den Agitatoren lossagen, das Vertrauen früher wiederkehren zu lassen, als es bei der Haltung, die

sie jetzt eingenommen haben, möglich ist. Die Furcht, die ich nicht theile, daß im Kern des Volkes die Ideen aus Schillers Räubern schon vollständig von den Arbeitern aufgenommen seien, drückt auf das öffentliche Vertrauen. Um dasselbe zu heben, glaube ich, daß es nothwendig ist für den Staat, die Macht der Agitatoren zu brechen. Es ist ja heutzutage die Stellung eines sozialistischen Agitators ein ausgebildeter Gewerbszweig wie jeder andere; man wird Agitator, Volksredner, wie man früher Schmied oder Zimmermann wurde, man ergreift dieses Gewerbe und steht sich dabei unter Umständen sehr viel besser, als wenn man bei dem ursprünglichen geblieben wäre, hat ein angenehmes und freies, vielleicht auch angesehenes Leben in gewissen Kreisen. Aber das hindert nicht, daß wir gegen die Herren, die diese Gewerbthätigkeit ergriffen haben, uns im Stande der Nothwehr befinden, und je zeitiger wir diese Nothwehr eintreten lassen, um desto weniger Schaden für die Freiheit der Uebrigen und für die Sicherheit und den inneren Frieden werden wir, glaube ich, damit zu Ende kommen.

Diese Gefahren sind mir nicht neu. Meine Stellung und meine Erlebnisse bringen mich dazu, gefährliche Blätter mit mehr Aufmerksamkeit zu lesen, als es von Seiten der meisten hier Anwesenden der Fall sein mag, und wer die sozialistische Presse in den letzten Jahren hier verfolgt hat, der mußte ja doch die Gewaltthat, den Mord, den Königsmord, die Abschaffung des Königthums zwischen den Zeilen durchblicken sehen in so mancher Nummer, und so entgeistet in der Beurtheilung solcher Sachen, wie unser Strafrichter das zum Theil auffaßt, so buchstäblich ist der Leser dieser Zeitung nicht, der hat ein feineres Verständniß wie der Strafrichter für diese Nüancen, der weiß, was die Presse sagen will, wenn auch der Strafrichter das nicht zugibt.

Mich hat die Lektüre aber doch noch nicht gerade auf die Wendung der Sache vorbereitet, die eine tief betrübende und für unser nationales Gefühl demüthigende ist. Ich konnte nicht glauben, daß ein Monarch, der mehr wie irgend ein lebender, und ich möchte wohl sagen, auch ein der Vergangenheit angehöriger gethan hat mit Einsetzung seines Lebens, seiner Krone, seiner monarchischen Existenz, um die Wünsche und Bestrebungen seiner Nation zu verwirklichen, der dies mit einem gewaltigen Erfolge und dabei auch ohne jede Ueberhebung gethan hat, der dabei ein milder, volksfreundlicher Regent geblieben ist, eine populäre Figur, wenn der von hinten mit Hasenschrot zusammengeschossen wird, — ja, meine Herren, da reicht jedes andere Verbrechen ja gar nicht an dieses heran, da ist man wirklich auf jedes andere auch gefaßt. Dieser Blitz bei Nacht — doch wie bekannt, es geschah ja am Tage — hat weithin die Situation beleuchtet und hat auch in den Wählerkreisen der ganzen Monarchie hinein geleuchtet, glaube ich, — ich halte für richtig, was ein Artikel der Nationalzeitung vor kurzem sagte, daß die Wähler aller Abgeordneten, also auch des Zentrums und der Fortschrittspartei, mit alleiniger Ausnahme der Sozialdemokraten, von ihren Abgeordneten erwartet haben, daß sie der Regierung gegen Beseitigung dieser Gefahr beistehen würden. Ich habe ja darüber mit den Herren nicht zu rechten, wie sie sich mit ihren Wählern auseinandersetzen; wenn alle Parteien das Versprechen gegeben haben, so kann ich einigen wenigstens die Quittung, daß sie es erfüllt, nicht ausstellen. Ich bin vielleicht auch nicht zu dieser Ausstellung berufen, nur ich erkläre, meine Ueberzeugung sagt: was sie ihren Wählern

versprochen haben, haben sie durch ihre bisherige Stellung zu dem Gesetz nicht erfüllt. Ich nehme davon in der Fortschrittspartei den Herrn Abgeordneten Hänel aus, der seinerseits zum ersten Mal den Bann der Fortschrittspartei, den Bann der Negation, den ein anderer Abgeordneter des preußischen Landstags auf diese Partei geworfen hat, in einer erfreulichen Weise durchbrochen hat mit einem positiven Antrage, meines Erinnerns der erste Antrag von dieser Bedeutung, der je aus dem Schooße der Fortschrittspartei gekommen ist. Aber ich frage Sie alle, die Zeitungen lesen, hat er den Anschluß seiner sonstigen politischen Freunde dabei gefunden? Ich bin dem Herrn Abgeordneten Hänel schuldig, ihn nicht in die Behauptung einzuschließen, daß die Fortschrittspartei an und für sich nur eine Partei der Negation sei, die, so lange sie existirt, noch keinen positiven Vorschlag zur Verwirklichung ihrer Theorien gemacht hat, und die dadurch auch eine gewisse Verwandtschaft mit der sozialistischen Partei hat, daß sie bekämpft, was besteht, ohne daß sie sagt, was sie an die Stelle setzen will, aber ich nehme den Herrn Abgeordneten Hänel wie gesagt aus.

Nun, wenn wir den Erwartungen der Wähler näher treten, so befindet die Regierung und diejenigen, die mit ihr gehen wollen, sich in einer außerordentlich schwierigen parlamentarischen Lage. Das parlamentarische System fungirt leicht und elegant; wenn nur zwei Parteien bestehen, wie es in England nur Whigs und Torys gab, so wäre nicht zweifelhaft, wie die Sache sich zu gestalten hätte. Eine hatte stets eine Mehrheit. Es trat in England eine Zeit ein, wo, man kann wohl sagen, fünf Fraktionen bestanden, die freilich zu dem Zorn gegen einander, den der Deutsche aus der Assoziation zu einem Korps, auf der Universität oder in den Fraktionen im Reichstage hat, zu dem gegenseitigen Haß sich nicht aufgeschwungen haben, und die doch immer in erster Linie die Landesinteressen und erst in zweiter Linie das, was den rivalisirenden Fraktionen Unannehmlichkeiten bereitet, in Anschlag brachten; es gab aber damals doch keine anderen Ministerien in England wie Koalitionsministerien, die Engländer haben eingesehen, daß darunter das konstitutionelle Prinzip leidet und ihr gesunder Sinn hat sie wieder dahin gebracht, daß sie nur zwei Parteien von irgend einer Bedeutung haben, ich glaube die anderen, die ich englische Nihilisten nennen möchte, brauche ich nicht mitzuzählen, aber sie haben zwei große Parteien, von denen jede an sich unter Umständen die Majorität im Parlament hat. Wenn es bei uns eine solche Fraktion gäbe, so wäre es für den Minister, der regiert, ein Vergnügen, sich dieser Fraktion anzuschließen, ihr, wenn nicht äußerlich so doch innerlich anzugehören und mit ihr gemeinschaftlich zu arbeiten. Von diesem Ideal sind wir aber weit entfernt, wir haben jetzt etwa acht Fraktionen, von denen ich kaum zwischen zweien eine so sympathische Vermittelung kenne, daß an eine Verschmelzung zu denken wäre, der Deutsche hält sich streng an den Korpsgeist und hält sich gesondert, wir haben uns zwar der geschlossenen Firma von Fortschritt, Zentrum, Polen, Welfen in allen Situationen der letzten Jahre gegenüber befunden, aber wenn die nun wirklich einmal die Majorität hätten und sollten ihrerseits eine Regierung bilden, würde die Fortschrittspartei mit dem Zentrum doch nicht zusammengehen können, die Polen vielleicht mit den Welfen? Zentrum und Welfen vertragen sich wunderbar, Zentrum und Sozialisten haben vielfach

mit Eifer übereingestimmt, es ist das aber nicht blos beim Zentrum der Fall gewesen, auch andere Abgeordneten haben von den Sozialisten Stimmen geworben und erhalten; auch das Zentrum hat in allen Fällen mit Ausnahme von einem immer für den Kandidaten gestimmt, von dem zu vermuthen war, daß er der Regierung der feindlichere sein werde. Wenn ich sage mit Ausnahme von einem, so ist das der Abgeordnete für Mühlhausen, für den die Wähler des Zentrums gestimmt haben, aber doch erst dann, nachdem man ganz sicher war, daß er auch ohne sie gewählt werden würde. Auch andere Kandidaten haben aber, wenn sie einige Tausend Sozialisten in den Wahlbezirken vorfanden, die Sympathien derselben sorgfältig geschont und vielleicht Versprechungen gegeben, daß sie nicht so scharf gegen sie vorgehen würden. Aber item wir befinden uns in der traurigen Lage auf Seiten der Regierung, daß wir bei Verständigung mit dem Reichstag uns drei Siebentel des Gebiets absolut verschlossen finden. Es ist das wie beim Manöver das Terrain, was nicht betreten werden darf. Wir haben von der Fortschrittspartei, vom Zentrum, wir haben von den circa 150 Abgeordneten, die sich mit diesen beiden halten, unter keinen Umständen und für keine Vorlage, die wir zu machen im Stande sind, eine Unterstützung zu erwarten, auch für die gegenwärtige nicht, darüber sind wir vollständig klar. Unsere Operationsbasis beschränkt sich auf die vier Siebentel des Reichstags, welche durch die drei Fraktionen der Nationalliberalen und der beiden Konservativen gebildet werden. In jedem anderen Lande würde die Thatsache, daß drei Siebentel der Landesvertretung überhaupt die Existenzbasis, auf der sich die Regierung ohne Zerfall des Ganzen bewegen kann, negiren würde, — mit Worten gewiß nicht, meine Herren, aber mit der That, ich rechne immer mit der That — den strengsten Zusammenschluß der übrigen, die überhaupt die bestehenden Institutionen halten und vertreten wollen, zur Folge haben. Bei uns in Deutschland ist aber der Korpsgeist in der Politik derselbe, der ja auch veranlaßt, daß zwei Regimenter in einer Garnison, die aus denselben Orten rekrutirt werden, garnicht ohne Stichelreden ausrücken können, ohne im Manöver auf einander einzuhauen, bloß weil sie verschiedene Farben, verschiedene Namen tragen, schwarzes oder weißes Lederzeug, — wer von Ihnen Soldat gewesen ist, wird das erfahren haben — feindet sich an und will dem Anderen nichts gönnen. Meine Herren, dieser Geist ist es, den wir leider alle von der Universität einigermaßen mitbringen. Aber diese Erinnerungen von dort dürfen sich doch nicht auf das politische Leben übertragen, und ich kann nur die Bitte an diese drei Fraktionen richten, daß die Herren nicht der Regierung, sondern dem Lande und ihren Landsleuten den Dienst erweisen, sich unter einander zu verständigen, und das alle diejenigen, die überhaupt die staatliche Entwickelung des Reichs auf der jetzigen Basis wollen, sich näher aneinander anschließen und sich nur über ganz unabweisliche Differenzen, aber niemals über die Frage einer Priorität, einer Rivalität trennen.

Meine Herren, ich kann diesen Gegenstand nicht verlassen, ohne dagegen zu remonstriren, daß mir bei Gelegenheit der Auflösung eine Tendenzpolitik Schuld gegeben worden ist, als wenn ich irgend welche Reaktion oder Systemumwandlung erstrebt hätte. Ich habe bei der Auflösung nichts erstrebt, als daß die Abgeordneten sich mit ihren Wählern über die Situation besprechen möchten, und habe die Hoffnung gehabt, daß Sie wie

— Antaeus hieß er ja wohl, durch Berührung der heimatlichen Erde gestärkt wiederkommen möchten. Daß Sie es nicht Alle gethan haben, thut mir leid, aber Tendenzpolitik ist mir fremd, die habe ich allenfalls getrieben, ehe ich in den Staatsdienst trat, wo ich auch ein zorniges Fraktionsmitglied war, aber für einen preußischen, einen deutschen Minister, ist das ganz unmöglich. Ich habe bestimmte, positive, praktische Ziele, nach denen ich strebe, zu denen mir mitunter die Linke, mitunter die Rechte geholfen hat, nach meinem Wunsch beide gemeinschaftlich helfen sollten. Aber wer die Ziele mit mir erstrebt, — ob man sie sofort erreicht, oder nach langjähriger, gemeinschaftlicher Arbeit ihnen näher kommt und sie schließlich erreicht, darauf kommt es so sehr nicht an — ich gehe mit dem, der mit den Staats- und mit den Landesinteressen nach meiner Ueberzeugung geht; die Fraktion, der er angehört, ist mir vollständig gleichgiltig. Ich habe ja angenehme und unangenehme Erlebnisse mit verschiedenen Fraktionen gehabt, und ich muß mich, welches auch einem jeden Manne, der Eifer für sein Geschäft hat, natürliche Empfindlichkeit sein mag, wenn ich im Stich gelassen werde, bei dieser oder jener Gelegenheit, derselben vollständig entschlagen in meinem Amte. Ich kann mich von der Menschlichkeit, empfindlich zu sein, nicht lossagen; ich räume aber ein, daß ich als Minister nicht das Recht habe, empfindlich zu sein, sondern ich muß den Beistand annehmen, der mir geboten wird. Von diesen drei Fraktionen also erwarte ich die Annahme des Gesetzes, mit welchem wir die Gefahr, die uns droht, bekämpfen wollen, und wir hatten zu diesem Behufe eine Vorlage gemacht, die mir als eine mäßige und sogar unzulängliche erschien. Ihrer Kommission ist sie zu weitgehend erschienen. Wir werden uns über das verständigen müssen, was annehmbar ist. Wenn Sie die Gefahr mit uns anerkennen, Ihre Wähler auch, Sie wollen aber das, was wir, die verbündeten Regierungen, zur Bekämpfung dieser Gefahr von Ihnen erbitten, nicht bewilligen, nun, so ist mir das der Beweis, daß Sie nicht das vollständige Vertrauen zu uns haben, um uns das Maß von, nennen wir es Diktatur, zu geben, was wir zur erfolgreichen Bekämpfung des Uebels brauchen. Dieses Vertrauen läßt sich nicht erzwingen, es läßt sich vielleicht erwerben durch eine sorgfältige loyale Ausführung des Gesetzes, das Sie uns geben sollen. Mein Bestreben wird dahin gerichtet sein; deshalb aber muß ich von Ihnen verlangen ein Gesetz, in dem wir uns mit der Erreichung des Zweckes ehrlich und ohne gewaltthätige Auslegung bewegen können, denn ich bin fest entschlossen, über die loyale Ausführung des Gesetzes zu wachen. Haben Sie nicht das Vertrauen zu uns und speziell zu mir, der ich im Reich die Hauptverantwortlichkeit trage, daß dieses Gesetz seinen Intentionen gemäß ausgeführt wird, haben Sie die Befürchtung, daß wir es nicht brauchen werden, um uneingestandene Zwecke damit zu erreichen, kurz und gut, fürchten Sie sich mehr vor mir und vor der Anwendung des Gesetzes, mehr vor den vereinigten Regierungen als vor den Sozialdemokraten, ja dann, meine Herren, weiß ich, was ich zu thun habe, dann muß ich Personen Platz machen, zu denen Sie mehr Vertrauen haben, oder die andere Mittel zur Bekämpfung der Gefahr anwenden wollen, als ich nach meinem politischen Urtheile anzuwenden bereit bin.

Ich habe über §. 1 gesprochen, indem ich sage, daß ich Vereine, die positive Zwecke verfolgen, die eingestanden sind, deren Ziel möglich ist, nicht bekämpfe. Wenn wir nicht Brücken hätten bauen wollen, von denen

wir hofften, daß sie auch von den Herren, die einen Mißbrauch von Seiten der Regierung fürchten, betreten werden würden, so würde nach meiner Ansicht der §. 1 sehr viel einfacher gefaßt werden können; er würde nach meiner Ansicht lediglich zu lauten gehabt haben: Vereine, in welchen sozialdemokratische Tendenzen zu Tage treten, werden verboten. In der jetzigen Fassung, die ich nicht bekämpfe, denn sie ist die Fassung des Bundesrathes, und wenn ich auch nicht dabei geweseu bin, so füge ich mich ihr doch, da ist dem hinzugefügt das Kriterium von Untergrabung oder Umsturz. Das klingt ja fast so, als ob andere nichtsozialdemokratische Vereine, welchen diesen Umsturz betreiben, dadurch ein Privilegium bekommen sollten, es klingt außerdem so, als wenn dieses ganze Gesetz so nothwendig und geboten, wie wir es halten, doch der richtigen Grundlage entbehrt; denn wenn ich an die Thatsache glaube, daß die Bestrebungen, welche sozialdemokratische heißen, an und für sich schon als Umsturz und Untergrabung anzusehen seien, so hätten wir kein Recht zu diesem Gesetze in dieser Ausschließlichkeit, in dieser Art von bill of attainder gegen eine bestimmte Richtung; aber von dieser Einfachheit der Fassung hat vielleicht die Befürchtung abgehalten, daß man nicht klar feststellen könne, wer Sozialdemokrat ist und wer nicht. Welche Tendenzen sind sozialdemokratisch? Das ist eine Aengstlichkeit, die dem Richterstande angehört. Jeder Laie ist nicht zweifelhaft, welche Abgeordneten sozialdemokratisch sind, welche Zeitung sozialdemokratisch ist, wer sozialdemokratisch gewählt hat, welcher Verein sozialdemokratisch ist, wie kommt es, daß jetzt, da man dem Gesetz näher tritt, das Einfachste, der allen Leuten sonst verständliche Ausdruck jetzt zweifelhaft wird, daß blau nicht mehr blau, roth nicht mehr roth ist? Kein Mensch ist darüber im Zweifel, was und wer sozialdemokratisch ist.

Meine Herren, ich bemerke indeß nur beiläufig, vielleicht um eine Anknüpfung für die Zukunft zu haben; wenn Sie uns dieses Gesetz nicht in dem Maße geben, wie wir es brauchen, so gibt es ja darüber verschiedene Abstufungen. Die eine ist die, daß wir es cum beneficio inventarii annehmen, aber gleich dabei erklären, zur Erreichung des Zwecks, den wir erstreben, genügt es nicht, und wir werden in der Lage sein, bei dem nächsten Zusammentritt schon Nachtragsvorlagen zu machen. Aber wir wollen, ich wenigstens bin jetzt von der Vollkommenheit auch der Regierungsvorlage, von der Thatsache, daß sie erschöpfend sei, nicht in dem Maße überzeugt, daß ich mir schon ganz sicher bin, daß dieses umfänglich gezimmerte Schiff in dem ganz neuen Fahrwasser gleich richtig fahren wird. Ich glaube, die Erfahrung wird uns erst belehren, welche Maschinentheile uns versagen, und wir werden vielleicht genöthigt sein, Ihnen wiederum mit einer Vorlage näher zu treten zur Aufbesserung dessen, was Sie uns heute bewilligen, ich glaube, selbst dann, wenn Sie uns die ganze Regierungsvorlage bewilligt hätten, aber ganz sicher, wenn Sie davon um ein erhebliches abweichen. Es gibt gewisse Sätze in diesem Gesetz, die namentlich Bezug haben auf eine Einschränkung der Freiheiten in der Freizügigkeit und in der Presse, die ich vorher als die Hauptfaktoren der plötzlichen und fruchtbaren Entwickelung andeutete, gewisse Bedingungen der Einschränkungen dieser schädlichen Einwirkung, ohne die ich das Gesetz für die Regierung überhaupt für unbrauchbar halten würde. Ich beschränke diesen Anspruch auf das Mäßigste und Unentbehrlichste.

Mein Bestreben geht über dieses Gesetz und diese Vorlage hinaus, dahin, wo möglich aus den drei Fraktionen, die überhaupt an den staatlichen Zwecken der Regierung in befreundeter Weise mitarbeiten und aus der Regierung zusammen eine feste sich gegenseitig in allen Theilen vertrauende Phalanx zu bilden, die im Stande ist allen Stürmen, denen unser Reich ausgesetzt ist, wirksamen Widerstand entgegen zu setzen.

Nach dem Abgeordneten Hänel.

Der Herr Vorredner hat sich über Vorwürfe gerechtfertigt, die ich ihm gar nicht gemacht habe. Wir haben gewisse deutsche Sprüchwörter, wenn sich einer getroffen fühlt, die ich hier gerade wiederholen will, aber er sagte, er hätte mir keine Vorwürfe machen wollen. Ich habe ihm jedenfalls die Vorwürfe, die er jetzt accentuirt hat, nicht gemacht. (Unruhe.) Warten Sie doch ab, bis ich die Sache entwickle; ich berufe mich auf die stenographischen Berichte für das, was ich sagen werde:

Einmal habe ich ihm durchaus keine Sympathien für die Kommune vorgeworfen, sondern ich habe eine gewisse Anerkennung dafür ausgesprochen, daß er für die der Kommune gegenüberstehende französische Regierung vollkommen freiwillige, von jedem Interesse unabhängige, lediglich auf Wohlwollen beruhende Sympathien habe; die Kommune war der Gegner der französischen Regierung. Ich will mich auf die Einzelheiten nicht einlassen, nur gegen das, was der Herr Vorredner noch anführte, nochmals wiederholen, daß ich gesagt habe, ich habe in meinem Leben französische Agenten in Deutschland gekannt, die unter dem Vorwand, einer oppositionellen Partei anzugehören, im Dienst der französischen Regierung standen, und das war vor 1870, vielleicht mag es auch deren noch heut geben, — das aber habe ich nicht behauptet, ich habe ausdrücklich gesagt, ich habe sie im Kriege von 1870 als solche erkannt, die als Catone der Republik passirten und mir 1870 als kaiserliche Agenten offenbar geworden sind. Darauf habe ich gesagt: auf den Herrn Vorredner kann das ja, da er Abgeordneter ist, gar keine Anwendung finden; — ich habe nicht gesagt, ich würde ihm den Vorwurf machen, wenn er nicht Abgeordneter wäre, sondern mein Schluß war ganz anders; wenn der Herr Vorredner sich in derselben Kategorie befinden sollte, so ist die Frankfurter Wählerschaft ja viel zu klug, um das nicht auf den ersten Blick zu erkennen, und dann hätte sie ihn nicht gewählt. So war mein Argument gemeint. Also ich hatte den Herrn Vorredner vollständig exkulpirt. Wenn dann der Herr Vorredner mit dem qui s'excuse s'accuse die Sache wieder aufgenommen hat, so bedauere ich das, aber ich berufe mich auf den stenographischen Bericht, ich habe ausdrücklich gesagt: bei den Abgeordneten ist das nicht möglich, weil ich den Wähler, und namentlich den Frankfurter — das sind ja ganz feine, gescheute Leute — für viel zu klug halte, um einen französischen Agenten zu wählen, also ist es nicht möglich, daß der Herr Abgeordnete in diese Kategorie fällt. Ich meine also, vollständiger kann man den Verdacht nicht abwehren, als hätte ich mit den Leuten, die ich vor 1870 kennen gelernt habe, und dem Herrn Redner irgend welche Analogie machen wollen. Ich habe nur angeführt, daß das Journal des Herrn Redners ganz ausgezeichnet unterrichtet ist, es hat manchmal früher, als ich durch diplomatische Berichte, die Intentionen der französischen Re-

gierung erkannt, das ist eine Geschicklichkeit des Zeitungsredakteurs, die sehr beneidenswerth ist, und die ich jedem anderen, der mir in anderen Sachen sympathischer ist, auch wünschen möchte; aber den Vorwurf, gegen den der Herr Vorredner sich entschuldigt und behauptet, er widerstreite das, den habe ich ihm nicht gemacht. (Ruf: zur Sache) Meine Herren, die Sie mich „zur Sache“ rufen, dazu haben Sie in keiner Weise das Recht, ich nehme hier das Wort kraft der Erlaubniß des Präsidenten und des verfassungsmäßigen Rechts. Ich bitte den Herrn, der mir „zur Sache“ zugerufen hat, sich zu nennen, damit er seine Gründe anführt. Ich bitte den Herrn Präsidenten mich zu schützen, ich bin nicht von der Sache abgewichen, wie der Herr Vorredner.

Die zweite Berathung der Sozialistenvorlage.

(„Provinzial-Correspondenz“ vom 16. October.)

Dieselbe hat die Hoffnung auf eine volle Verständigung derjenigen Parteien, welche der Absicht und Richtung der Vorlage grundsätzlich zustimmen, mit den Regierungen noch nicht zur Erfüllung gebracht: nach den bisherigen Beschlüssen könnte die Erfüllung sogar zweifelhafter erscheinen als beim Beginn der zweiten Berathung. Während die in der Kommission erreichte Annäherung zwischen den konservativen Gruppen und den Nationalliberalen die Aussicht zu eröffnen schien, daß auf dem bereits gewonnenen Boden noch eiu weiterer Ausgleich über einige Punkte, auf welche die Regierung und mit ihr die Konservativen den größten Werth legen, zu erzielen sein würde, ist vielmehr bei der Berathung und Beschlußfassung im Reichstage selbst der Widerspruch in Bezug auf diese Punkte von Neuem zu so entschiedenem Ausdruck gelangt, daß eine weitere Vereinbarung darüber zunächst unmöglich erschien.

Der Reichskanzler hat in der ersten Sitzung der jetzigen Berathung unter Hinweis auf die Vereinigung aller grundsätzlich widerstrebenden Elemente die Bitte an die drei regierungsfreundlichen Fraktionen gerichtet, nicht der Regierung, sondern dem Lande den Dienst zu erweisen, sich näher an einander zu schließen und sich zu verständigen, um die zunächst drohende Gefahr zu bekämpfen und darüber hinaus eine feste Phalanx zu bilden, die im Stande sei, allen Stürmen, denen das Reich ausgesetzt ist, wirksamen Widerstand entgegenzusetzen.

Dieser Appell wurde von dem angesehensten Wortführer der nationalliberalen Partei, dem Abgeordneten v. Bennigsen, mit der Versicherung erwidert, daß er sich unter Wahrung der Selbstständigkeit der liberalen und der konservativen Parteien den patriotischen Wünschen des Kanzlers insoweit nur anschließen könne, daß vor allen Dingen der gemeinsame Boden des Vaterlandes und eine gemeinsame Thätigkeit auf diesem Boden unter allen Parteien, die sich überhaupt eine praktische politische Thätigkeit zur Aufgabe machen, festgehalten werden müsse — und je schwieriger die Verhältnisse seien, wenn man gemeinsam eine so große Gefahr bekämpfen solle wie die Sozialdemokratie, um so mehr sei zu verlangen, daß sich Staatsmänner und Parteien bewähren.

So vorsichtig und zurückhaltend die Worte des nationalliberalen Redners waren, so konnte doch als die entschiedene Absicht und der Zweck derselben von dem Hauptorgan der Partei bezeichnet werden: „jene Grundlagen des Vertrauens wieder zu gewinnen, von denen aus eine gemeinsame Wirksamkeit überhaupt allein denkbar ist“. Die Befestigung des Vertrauens sei von dem versöhnenden und ausgleichenden Einfluß der Zeit und von gemeinschaftlicher Arbeit zu erwarten, — zunächst gerade bei dem Sozialistengesetz.

„Denn wie sollte eine solche Maßregel durchgeführt werden, wenn zwischen den Elementen, die sie unterstützen und die gemeinsam nur eine relativ geringe

Mehrheit herstellen, ein innerer Gegensatz, statt gemildert und soviel wie möglich aufgehoben, nur geschärft werden sollte. Dieses Verhältniß bildet einen praktischen Vereinigungspunkt, bei welchem auf den Vorschlag des Reichskanzlers das praktische Experiment zum ersten Mal und, wie wir hoffen, mit Erfolg gemacht wird.

Das praktische Experiment schien während der ersten Sitzungen in der That gelingen zu sollen. Als nach einer zweitägigen lebhaften Berathung der erste grundlegende Paragraph des Gesetzes in Betreff des Verbots sozialdemokratischer Vereine zur Abstimmung gelangte, stellte sich eine Mehrheit von etwa 50 Stimmen für die Vorlage heraus: mit den beiden konservativen Gruppen stimmten einmüthig die Nationalliberalen, die Gruppe Löwe, alle keiner Fraktion angehörenden Liberalen und einige Elsässer für das Gesetz, — gegen dasselbe mit den Sozialdemokraten und den süddeutschen Volksparteien, die Ultramontanen mit den Welfen und Polen, die Fortschrittspartei und die elsässer Protestpartei.

Auch bei den Bestimmungen über das Verbot sozialdemokratischer Versammlungen hielten die Gruppen der Mehrheit im Wesentlichen einig zusammen: ein Versuch von fortschrittlicher Seite, sozialdemokratische Wahlversammlungen von den Bestimmungen des Gesetzes auszunehmen, wurde, obwohl der Abgeordnete Lasker mit etwa 12 Parteigenossen sich für denselben erklärte, mit einer Mehrheit von 200 gegen 167 Stimmen zurückgewiesen.

Das bis dahin bewahrte Einvernehmen zwischen den regierungsfreundlichen Parteien erfuhr dagegen bei der Berathung der Bestimmungen über die sozialdemokratische Presse eine Unterbrechung.

Zu den Punkten, über welche in der Kommission eine volle Vereinbarung mit der Regierung nicht erreicht worden war, gehörte, wie jüngst schon angedeutet, die Frage des gänzlichen Verbots sozialdemokratischer Zeitschriften. Die Kommission hatte dasselbe gegen den lebhaften Widerspruch der Regierung davon abhängig gemacht, daß nach Erlaß des Gesetzes erst eine einzelne Nummer der Zeitschrift verboten worden sei. Von konservativer Seite wurde nun die Wiederherstellung des Regierungsvorschlags und die Beseitigung der von der Kommission aufgestellten Vorbedingung beantragt.

Der preußische Minister des Innern Graf zu Eulenburg empfahl dringend die Annahme des konservativen Antrags. Er führte aus:

„daß es sich nach der ganzen Bestimmung des Gesetzes bei dem Verbot einer Zeitschrift überhaupt nicht um den zufälligen Inhalt einer einzelnen Nummer, sondern um den ganzen Zusammenhang des bisherigen Inhalts und Wirkens des Blattes handele. Es sei ja wohl möglich, daß sozialdemokratische Blätter nach Erlaß des Gesetzes den Versuch machen, den Folgen des Gesetzes zu entgehen, aber doch gewiß nicht in dem Sinne, daß diese Zeitschriften eine andere Tendenz annehmen, sondern nur in dem Sinne, daß sie mit der größten Kunst versuchen werden, diese Tendenzen zu verhüllen, auf diesem Wege die Anwendung des Gesetzes zu vereiteln, dasselbe Gift aber, um dessen Bekämpfung es sich hier handelt, ungehindert in die weitesten Kreise zu bringen.

„Darum, sagte der Minister, bitte ich Sie: beeinträchtigen Sie die Wirksamkeit des Gesetzes nicht, es handelt sich bei dem Erlaß dieses ganzen Gesetzes um den Ausspruch der gesetzgeberischen Faktoren, Sie mit eingeschlossen, ihre Wähler mit eingeschlossen, daß ein Ende gemacht werden soll der gemeingefährlichen sozialdemokratischen Agitation. Diesem Verlangen der Wählerschaft, des Volkes wird entsprochen, wenn wir mit dem Erlaß des Gesetzes in der That ein Ende machen können dieser verderblichen Literatur, diesen verderblichen periodischen Zeitschriften, nicht aber dann, wenn wir Wochen oder Monate lang mit ihnen Versteckens spielen daraufhin, ob es ihnen künstlich gelingt, ihre Tendenzen kürzer oder länger zu verhüllen."

Die nationalliberale Partei blieb jedoch entschieden bei dem Kommissionsantrage stehen, und verwarf in Gemeinschaft mit den Gegnern des Gesetzes den konservativen Antrag.

Nachdem hierauf der Kommissionsantrag ebenso unter Mitwirkung der

Konservativen abgelehnt war, kam die ursprüngliche Regierungsvorlage zur Abstimmung, wurde aber wiederum durch die Mehrzahl der Nationalliberalen und durch die grundsätzlichen Gegner des Gesetzes abgelehnt.

Hiernach ist über die sozialdemokratische Presse vorläufig ein Beschluß überhaupt nicht zu Stande gekommen, und es bleibt der dritten Lesung vorbehalten, diese Lücke auszufüllen.

Ein Gleiches ist bei der Bestimmung über die Ausweisung sozialdemokratischer Agitatoren eingetreten. Die Kommission hatte hier einen Zusatz beschlossen, wonach eine Beschränkung des Aufenthalts nur außerhalb des Wohnorts zulässig sein soll. Die Konservativen beantragten in Uebereinstimmung mit der Regierungsvorlage die Weglassung dieses Zusatzes. Der preußische Minister des Innern befürwortete lebhaft diesen Antrag: er erklärte, daß sein Bestreben fort und fort auf Verständigung gerichtet sei, aber nur auf einem Boden, auf dem das Gesetz seine Wirksamkeit behalte. Nichts sei gefährlicher, als eine stumpfe Waffe. Die Bestimmung wegen der Ausweisung sozialdemokratischer Agitatoren werde selten zur Anwendung kommen; das Vorhandensein derselben im Gesetz werde schon die Agitation vielfach schwinden lassen und vielen Bezirken Ruhe schaffen. Wenn man den Zweck des Gesetzes wirklich wolle, dürfe man der Regierung diese wirksame und nothwendige Waffe nicht vorenthalten.

Bei der Abstimmung wurde wie in dem vorigen Falle und mit ebenso wechselnden Mehrheiten zuerst der Antrag der Konservativen, dann der Kommissionsantrag und schließlich der Regierungsvorschlag abgelehnt: es bleibt mithin auch hier eine Lücke auszufüllen.

So bleibt denn ungeachtet der ausgedehnten Verhandlungen der zweiten Lesung erst der dritten Lesung die zu erhoffende Vereinbarung vorbehalten: dieselbe konnte noch erschwert erscheinen durch eine Namens der nationalliberalen Partei bei §. 16 (in Betreff der Ausweisung) abgegebene Erklärung, nach welcher ein weiteres Entgegenkommen über die Kommissionsbeschlüsse hinaus nicht zu erwarten sei. Der preußische Minister des Innern Graf zu Eulenburg erinnerte jedoch mit Wärme und mit Zuversicht daran, daß zwischen den Regierungen und den Parteien, welche auf ihre Vorschläge im Allgemeinen eingehen wollen, von vorn herein ein stilles Einverständniß darüber obwaltet, sich nicht durch vorgängige absolute Erklärungen über die Unannehmbarkeit einzelner Bestimmungen die Möglichkeit weiterer Verständigung zu verschließen, — die Regierung sei bei dieser stillschweigenden Verabredung stehen geblieben und dürfe annehmen, daß es auch auf anderer Seite der Fall sei. Von nationalliberaler Seite wurde dies im Allgemeinen bestätigt. Von konservativer Seite wurde hervorgehoben, daß es sich bei den streitigen Punkten nicht um Bestimmungen handele, welche in der Kommission wirklich bereits zwischen den Nationalliberalen und den Konservativen vereinbart gewesen seien, sondern um Anträge, welche die Nationalliberalen mit Hülfe der Gegner des ganzen Gesetzes durchgebracht haben. Die Bereitwilligkeit der Konservativen eine Verständigung zu suchen, dauere aber noch ebenso fort wie vorher: denn es handele sich hier nicht um Opfer, die eine Partei bringe, sondern um das Zustandekommen eines Gesetzes, an dem Alle dasselbe Interesse haben. Wiederholt wurde die bestimmte Hoffnung ausgesprochen, daß namentlich auch über die beiden offen gebliebenen Punkte in der dritten Lesung eine Verständigung erzielt werde.

Man hofft im Reichstage, die zweite Lesung am Mittwoch, die dritte nach einer Pause womöglich am Sonnabend zu Ende zu führen. Ob es bis dahin gelingen kann, hängt freilich nicht blos von der Verständigung unter den zustimmenden Parteien, sondern auch von dem Verhalten der Gegner ab.

Trotz aller augenblicklichen Schwierigkeiten aber darf die Annahme als wohlbegründet gelten, daß in der Mehrheit des Reichstages das Bewußtsein über die Nothwendigkeit eines festen und wirksamen Einschreitens gegen die sozialen Gefahren durch den Verlauf der jüngsten Verhandlungen nur bestärkt worden ist, und

daß nicht minder das Bedürfniß erkannt wird, auch über den nächsten Zweck hinaus eine feste, sich gegenseitig vertrauende Mehrheit aus konservativen und liberalen Elementen zur Wahrung einer stetigen und segensreichen Entwickelung des Reiches zu sichern.

Die parlamentarische Verständigung.

(„Provinzial-Correspondenz" vom 23. October.)

Die parlamentarische Verständigung über das Sozialistengesetz, welche in der zweiten Lesung nicht vollständig erreicht werden konnte, ist nach Abschluß derselben, zunächst in vertraulichen Besprechungen zwischen den Führern der konservativen Gruppe, der Nationalliberalen und der Gruppe Löwe vorbereitet und sodann in der dritten Lesung von einer erheblichen Mehrheit bestätigt worden.

Aus der zweiten Lesung, welche am 16. geschlossen wurde, waren vornehmlich drei Hauptpunkte streitig geblieben: die Frage, ob ein sozialdemokratisches Blatt erst nach dem Verbot einer einzelnen Nummer oder auch ohne dasselbe gänzlich verboten werden kann, — ferner die Frage, ob sozialdemokratische Agitatoren auf Grund einer Verurtheilung auch aus ihrem Wohnorte ausgewiesen werden können, — endlich die Frage der Geltungsdauer des Gesetzes.

Am 17. wurde zwischen den erwähnten Fraktionen, sowie mit der Regierung eine vertrauliche Vereinbarung dahin erzielt, daß es in Bezug auf das Verbot der Zeitungen und auf die Geltungsdauer des Gesetzes bei den Kommissionsvorschlägen verbleiben, in Bezug auf die Ausweisung aus dem Wohnort aber ein Vermittelungsantrag zur Annahme gelangen sollte. Außerdem wurde in Betreff der Zusammensetzung der Beschwerdekommission nach den Wünschen der Regierung und der Konservativen angenommen, daß der Kaiser den Vorsitzenden und einen Stellvertreter ernennt.

In einer Sitzung des Bundesraths unter dem Vorsitze des Reichskanzlers wurde das vorgängige Einverständniß mit der in Aussicht stehenden Lösung konstatirt.

Die also vereinbarten Anträge wurden bei der dritten Lesung (am 18.) von den erwähnten Gruppen gemeinschaftlich eingebracht. Noch einmal wurde Seitens der Gegner des Gesetzes, der Sozialdemokraten selbst, sowie der Ultramontanen und der Fortschrittspartei, der Versuch gemacht, neue lebhafte Erörterungen hervorzurufen, — Seitens der nationalliberalen Partei dagegen wurde nochmals die unerläßliche Nothwendigkeit des Gesetzes und der Vereinbarung über dasselbe auf dem von der Regierung vorgeschlagenen Boden entschieden vertheidigt. Am 19. wurde unter Annahme der von den Gruppen der Mehrheit vereinbarten Anträge die Berathung zu Ende geführt, und sodann in einer weiteren Sitzung am Nachmittage die Schlußabstimmung über das ganze Gesetz vorgenommen.

Mit 221 gegen 149 Stimmen, also mit einer Mehrheit von 72 Stimmen, wurde das Gesetz angenommen: für dasselbe stimmten die beiden konservativen Gruppen, sämmtliche Nationalliberalen, die Gruppe Löwe, einige Mitglieder der Fortschrittspartei und einzelne keiner Fraktion angehörende Abgeordnete, — gegen dasselbe die Mehrzahl der Fortschrittspartei, die gesammte ultramontane Partei nebst den Partikularisten und Polen, sowie die Sozialdemokraten.

Unmittelbar nach der Abstimmung erfolgte der Schluß der Session durch den Reichskanzler Fürsten Bismarck.

19. October. Die Annahme des Sozialisten-Gesetzes.

(„Provinzial-Correspondenz" vom 23. October.)

Die Annahme des Sozialistengesetzes im deutschen Reichstage bezeichnet den endlichen befriedigenden Abschluß eines langen politischen und parlamentarischen

Kampfes; seit dem ersten Mordversuch gegen unseren Kaiser im Mai haben die Erörterungen über die Nothwendigkeit des Einschreitens gegen die sozialdemokratische Agitation nicht einen Augenblick geruht.

In der tiefen Wirkung, welche jene erste verbrecherische That hervorgebracht, hatte die Regierung von vornherein eine ernste Mahnung an Alle, welche über dem Wohl des Gemeinwesens zu wachen haben, erkannt und verkündet, gemeinsam nach den Mitteln und Wegen zu forschen, um den Gefahren, welche der Gesellschaft von weiterer Verbreitung aufreizender und zerrüttender Lehren drohen, rechtzeitig vorzubeugen.

Die damalige Vorlage der Regierungen wurde vom Reichstage nach kurzer Berathung zurückgewiesen: noch schwebten allseitig die lebhaften Erörterungen über diese Ablehnung, als der zweite, leider nicht völlig mißlungene Mordversuch gegen den Kaiser der Regierung mit erhöhtem Ernst die Verpflichtung auferlegte, für die Sicherheit von Staat und Gesellschaft einzutreten. Die Regierung beschloß, sich zu dem Zweck zunächst „an das Gewissen der Nation zu wenden", um von den neu zu wählenden Vertretern derselben den Schutz für das bedrohte Gemeinwesen zu erlangen, den die bestehenden Gesetze nicht in genügendem Maße gewährten.

Die Regierung wünschte und hoffte, wie Fürst Bismarck jüngst bezeugt hat, daß die Abgeordneten durch die Berührung mit dem Volksgeiste gestärkt wiederkommen möchten. Die Regierung war eben tief und fest davon überzeugt, daß ihre Bestrebungen nicht blos dem Interesse des Gesammtwohls der Nation entsprachen, sondern daß die große Mehrheit des Volkes ihre Ziele billigte: sie durfte daher zuversichtlich erwarten, daß auch die Mitglieder der früheren Reichstagsmehrheit in erheblicher Anzahl um so bereitwilliger die unentbehrlichen Mittel zum Schutze der bedroheten Gesellschaft gewähren würden, „wenn sie ihre Auffassungen und Bestrebungen in den unmittelbaren Verkehr mit dem Volksbewußtsein, in der Berührung mit den Wünschen, Bedürfnissen und Hoffnungen der staatserhaltenden Kräfte der Nation erfrischt und gestärkt haben."

Wie berechtigt diese Auffassung war, das ist in den letzten Berathungen auch von den Wortführern der liberalen Partei ausdrücklich bestätigt worden. Der Abgeordnete von Bennigsen wies zur Begründung der veränderten Stellung der Liberalen darauf hin, wie „Niemand bestreiten könne, daß die rasch auf einander folgenden Angriffe auf das Leben Sr. Majestät des Kaisers das deutsche Volksbewußtsein in seinen innersten Grundlagen aufgerührt und erschüttert haben. Diesem Eindruck haben sich die Wählerschaften nirgends entziehen können, auch nicht die Gewählten". Dieser Eindruck war, wie er weiter ausführte, so mächtig, daß nicht bloß die Nationalliberalen genöthigt waren, demselben Folge zu geben, sondern bis zu einem gewissen Punkte auch die Fortschrittspartei, wie der Antrag derselben in der Kommission bewiesen habe. Nachdem aber die Regierung, wie sie nach ihrer Verantwortlichkeit glaubte handeln zu müssen, „in Uebereinstimmung mit den in der Bevölkerung vielfach und deutlich hervorgetretenen Aeußerungen" den in der Vorlage bezeichneten Weg beschritten habe, war eine Verständigung auf einem anderen Boden ausgeschlossen.

Auch der Abgeordnete Lasker bezeugte, daß der schwere Schlag, welcher das deutsche Volk in seinem Kaiser durch das zweite Attentat betroffen hat, überall „die Umschau hervorgerufen, wie der Krankheit abgeholfen werden könne. — In Deutschland erhob sich die Forderung, die Friedensgefahr, die Verspottung der Gesetze dürfe nicht länger geduldet werden. Den Abgeordneten wurde theils geradezu zugemuthet, für ein Ausnahmegesetz zu stimmen, theils wurde die Art der Abhülfe ihrer besseren Weisheit empfohlen." — — — „So lange wir mit dem Leben des Volkes in Verbindung bleiben, sagte der liberale Abgeordnete weiter, müssen wir die Thatsachen anerkennen, welche eben von mächtigem Eindrucke sind und sich so erwiesen haben auf allen Seiten des Hauses."

Die Hoffnung der Regierung von dem neuen Reichstage ist in der That erfüllt worden: eine Mehrheit von 70 Stimmen, zahlreicher als es irgend erwartet werden konnte, hat der Regierung außerordentliche Vollmachten zur wirksamen Bekämpfung der Ausschreitungen der Sozialdemokratie ertheilt.

Wenn die verlangten Waffen nicht in allen Beziehungen in vollständigem und zweifellos genügendem Umfange gewährt sind, so hat doch der Reichstag auf keinem von der Regierung bezeichneten Gebiete sozialdemokratischer Wirksamkeit die Mittel der Abhülfe an und für sich und in der von der Regierung vorgeschlagenen Richtung versagen wollen.

Die Regierung dagegen hat ihrerseits in der Feststellung der Bürgschaften, durch welche eine mißbräuchliche Anwendung des Gesetzes auf andere, den Zielen desselben fremde Gebiete ausgeschlossen werden sollte, das vollste Entgegenkommen gegen die Wünsche des Reichstages bethätigt.

So ist denn durch das vertrauensvolle Zusammenwirken der verschiedenen Gruppen der staatserhaltenden Mehrheit des Reichstages ein Gesetzentwurf vereinbart worden, mit welchem nach den Worten des Reichskanzlers die Regierungen den ernsten Versuch unternehmen können, die Krankheit zu heilen, von welcher das deutsche Gemeinwesen ergriffen ist, um so mehr, als durch den Verlauf der Berathungen zugleich das Vertrauen begründet worden ist, daß dieselbe Mehrheit nöthigen Falls bereit sein werde, zur vollen Erreichung des Zieles die gewährten Vollmachten zu ergänzen und weiter auszudehnen.

Ueber das Gesetz selbst und den Inhalt desselben wird freilich kein Patriot, welcher Partei er auch angehöre, Freude oder Genugthuung empfinden, — und ebenso wenig kann die Ausführung und Anwendung desselben den Regierungen und den Behörden eine erwünschte Aufgabe sein. Für Alle, die an dem Werke der Gesetzgebung betheiligt waren, für die Regierungen nicht minder, als für die Parteien im Reichstage, handelte es sich um die Erfüllung einer schweren und peinlichen Pflicht für die Gegenwart und die Zukunft des Vaterlandes: nur das Bewußtsein der gemeinsamen ernsten Verantwortung konnte die mannigfachen und widerstreitenden Bedenken überwinden lassen, welche zuerst der Verständigung entgegenzustehen schienen.

Diese gemeinsame Bethätigung des Patriotismus wird, so Gott will, ein neues und festes Band für alle staatserhaltenden Parteien auch zu weiterer fruchtbringender Thätigkeit für das Vaterland werden.

Auf allen Seiten ist klar erkannt und offen ausgesprochen worden, daß das neue Gesetz vor Allem den Boden wieder frei machen solle für eine segenbringende positive Thätigkeit auf dem Gebiete der Volkswirthschaft und der ernsten Fürsorge des Staates für alle berechtigten und besonnenen sozialen Bestrebungen.

Möge die Wirkung des Gesetzes sich bald so erfolgreich bewähren, daß diese ernsten und wahrhaft ersprießlichen Bestrebungen wieder einen allseitig günstigen Boden in unserem Volke finden.

19. October. Schluß der Reichstagssession durch den Reichskanzler Fürsten Bismarck. Nach Verlesung der Allerhöchsten Botschaft sagt derselbe:

„Meine Herren, die Kaiserliche Botschaft ist verlesen. Wenn Sie mir gestatten wollen, am Schlusse der Sitzung noch einige Worte zu Ihnen zu reden, so ist es vorzugsweise, um dem Gefühl den Ausdruck zu geben, mit welchem die verbündeten Regierungen die Thatsache begrüßen, daß die Meinungsverschiedenheiten, welche am Anfang unserer Sitzung das Schicksal

ihrer Vorlage im Ganzen oder doch in den wesentlichsten Theilen zu bedrohen schienen, auf dem Wege gütlicher Verständigung der Betheiligten ihre Erledigung gefunden haben, so daß ich mich nach der heutigen Abstimmung und vermöge der vertraulichen Besprechung, welche wir im Bundesrath in den letzten Tagen gehabt haben, in der Lage befinde, voraussehen zu können, daß Ihr heutiger Beschluß im Bundesrath einstimmige Annahme finden werde. Ich will damit nicht sagen, daß alle verbündeten Regierungen gleichmäßig überzeugt wären, daß die Mittel, die Sie in ihre Hand legen, vollständig ausreichen würden, um die Zwecke, zu deren Erreichung das Gesetz eingebracht worden ist, überall zu erreichen, sondern nur, daß alle Regierungen entschlossen sind, den aufrichtigen Versuch zu machen, mit den Mitteln, welche dieses Gesetz ihnen gewähren wird, die Krankheit zu heilen, von der unser Gemeinwesen ergriffen ist. Sollte die Erfahrung den Beweis liefern, daß dies nicht ausreichend der Fall ist, so werden die verbündeten Regierungen in der Lage sein, sich wiederum vertrauensvoll an Ihre Unterstützung zu wenden, um da nachzuhelfen, wo die jetzigen Mittel nach der Ueberzeugung der Regierung nicht ausreichen sollten. Sie werden das thun, sei es auf dem Wege der Reform unserer allgemeinen Gesetzgebung, was das Erwünschteste sein würde, sei es durch Vervollständigung des eben votirten Gesetzes; das letztere aber wird voraussichtlich der Fall sein in Bezug auf die Dauer, für welche dieses Gesetz eben gegeben ist; denn Niemand unter uns hat sich der Hoffnung hingeben können, daß die hiermit beginnende Heilung der Schäden in drittehalb Jahren vollendet sein werde. Die verbündeten Regierungen schöpfen aber aus dem Verlaufe dieser Sitzung die Zuversicht, daß auch dann, nachdem sie durch loyale Ausführung des Gesetzes das Vertrauen des Reichstags gerechtfertigt haben werden, die Hülfe und der Beistand, die Mitwirkung des Reichstags in dem Maße des Bedürfnisses ihnen nicht fehlen wird. In diesem Vertrauen, meine Herren, bleibt mir nur noch übrig, die formale Aufgabe, welche mir die Allerhöchste Botschaft ertheilt, zu vollziehen, und erkläre ich im Namen der verbündeten Regierungen auf Befehl Sr. Majestät des Kaisers die Sitzungen des Reichstags hiermit für geschlossen."

Die Ausführung des Sozialisten-Gesetzes.

(„Provinzial-Correspondenz" vom 30. October.)

„Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündigung in Kraft", so lautet der Schlußparagraph des Sozialistengesetzes.

Der am 22. October erfolgten Verkündigung ist die Ausführung in der That auf dem Fuße gefolgt. Noch an demselben Tage erließ für Preußen der Minister des Innern die erforderlichen Anordnungen und Vorschriften für die Behörden. In der betreffenden Anweisung betont er vorweg: „Soll der Zweck des Gesetzes erreicht werden, so müssen die Mittel, welche dasselbe zur Abwehr der aus der sozialdemokratischen Agitation für die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung erwachsenen Gefahren gewährt, mit Ernst und Entschiedenheit, nicht minder aber mit Umsicht und vollster Loyalität gebraucht werden. Demnach ist sorgfältig darauf zu achten, daß das Gesetz nicht gegen andere, als sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Bestrebungen angewendet werde, und gegen diese nur dann, wenn die in dem Gesetze angegebenen Merkmale ihrer Gemeingefährlichkeit vorhanden sind."

Mit der thatsächlichen Ausführung des Gesetzes wurde zunächst von dem Polizei-Präsidenten von Berlin bereits am Tage nach der Verkündigung nach allen Seiten entschieden vorgegangen: es erfolgte unverweilt die Schließung mehrerer sozialdemokratischer Vereine, das Verbot einer Anzahl sozialdemokratischer Schriften, sowie das Verbot einer Nummer der „Berliner Freien Presse" und gleichzeitig das gänzliche Verbot dieses Hauptorgans der Sozialdemokratie in Berlin. Der Versuch der Herausgeber, durch Versendung eines Blattes unter anderem Namen das Verbot zu umgehen, wurde unverweilt vereitelt.

Diesem Vorgehen in der Hauptstadt folgte alsbald eine gleichmäßige Anwendung des Gesetzes in den Provinzen, namentlich an den Hauptsitzen der Sozialdemokratie.

Ebenso wurde in anderen deutschen Staaten das Gesetz ohne Zögern in Vollzug gesetzt. Wie die „Berliner Freie Presse", so wurde in Leipzig das andere Hauptblatt der Partei „Vorwärts" verboten. Damit sind die beiden Quellen beseitigt, aus welchen die sozialdemokratische Presse in den Provinzen vorzugsweise ihre Nahrung erhielt; ein großer Theil der kleineren Blätter ist gleichfalls verboten oder freiwillig aufgegeben worden.

Inzwischen ist die Reichskommission, welcher das Gesetz die Entscheidung über gewisse Beschwerden zuweist, vom Bundesrath gewählt und zum Vorsitzenden derselben vom Kaiser der preußische Minister des Innern, Graf zu Eulenburg, zum Stellvertreter desselben der Unter-Staatssekretär Bitter ernannt worden. Die Kommission wird bereits am 31. zusammentreten.

Die rasche und thatkräftige erste Durchführung des Gesetzes hat augenscheinlich nach allen Seiten einen bedeutenden moralischen Eindruck gemacht.

Ein liberales Blatt hebt „die allgemeine, übereinstimmende, wir möchten sagen ausnahmslose Billigung hervor, welche das Gesetz in den Wählerschaften der Reichstagsmehrheit gefunden hat," und fügt hinzu: „Es ist für Jemanden, der sich nicht absichtlich blind macht, keinem Zweifel mehr unterworfen, daß im Augenblick der Verkündung die ganz überwiegende Mehrheit der Nation hinter dem Gesetze stand. Ja, so groß ist die Befriedigung über den Erlaß des Gesetzes, daß die Befürchtung erweckt werden könnte, übertriebene Hoffnungen knüpften sich daran. Wir wollen nicht aus den Stimmungen der ersten Tage, in welchen die Befriedigung darüber hervortritt: daß ein ernster Schritt geschehen ist, allzu weittragende Schlüsse ziehen. Daß aber hier der Volkswille recht eigentlich zu seiner Geltung gekommen ist, kann festgehalten werden und darüber sollten sich doch diejenigen am wenigsten täuschen, welche diesen Willen als die letzte und einzige Autorität erkennen und verehren."

Weiteres Einschreiten gegen die sozialdemokratische Agitation.

(„Provinzial-Correspondenz" vom 4. Dezember.)

In Ausführung des Sozialistengesetzes ist in sämmtlichen Bundesstaaten mit Entschiedenheit und Festigkeit gegen die Vereine und Zeitungen, welche unter die Bestimmungen des Gesetzes fallen, vorgegangen worden, und jedem Versuch zur Umgehung desselben entgegengetreten worden. Vorbehaltlich der Entscheidung auf die eingereichten Beschwerden ist in den 6 Wochen seit der Publikation des Gesetzes wohl der größte Theil der Zeitschriften und Bücher, sowie der Vereine und Genossenschaften, welche durch sozialdemokratische Bestrebungen auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung hinwirken, unterdrückt worden.

Hiermit sind die nach außen tretenden Kundgebungen der Sozialdemokratie, wie sie seit Jahren in Vereinen und Versammlungen und in der sozialdemokratischen Presse geübt worden waren, zwar im Wesentlichen beseitigt und ihre äußere Organisation zerstört.

Aber die Regierungen, sowie der Reichstag hatten von vorn herein nicht

angenommen, daß jene Mittel für sich allein ausreichen würden, um der auf Erregung des Klassenhasses und auf eine gewaltsame Umgestaltung der bestehenden staatlichen und sozialen Verhältnisse gerichteten Agitation überall ein Ziel zu setzen. Namentlich war man überzeugt, daß der Erfolg des Gesetzes nur ein ungenügender sein könne, Falls das Treiben der berufs- und gewerbsmäßigen Agitatoren ferner geduldet werden müßte: nur die öffentliche Agitation würde alsdann verhindert, dagegen die geheime ungestört fortbetrieben werden. Auch im Reichstage wurde grundsätzlich anerkannt, daß eine erfolgreiche Bekämpfung der sozialdemokratischen Ausschreitungen nicht ohne Gewährung besonderer Vollmachten gegen die Agitatoren zu erwarten sei.

Weiter aber sind den Regierungen noch besondere Ausnahmebefugnisse für solche Bezirke und Ortschaften ertheilt, welche durch sozialdemokratische Bestrebungen so weit unterwühlt sind, daß dadurch die öffentliche Sicherheit bedroht ist. In wesentlicher Uebereinstimmung mit den Gesichtspunkten der Regierungsvorlage sagt der Kommissionsbericht:

„Die Mehrheit der Kommission glaubte, daß es durch die vorhandene Sachlage angezeigt sei, Maßregeln zur Bewahrung der öffentlichen Sicherheit in solchen Bezirken und Ortschaften ins Auge zu fassen, welche durch die sozialdemokratische Agitation bereits so stark unterwühlt seien, daß die gewöhnlichen, den Behörden zustehenden Präventivmittel zur Abwendung der Gefahr nicht mehr ausreichen. Diese Maßregeln seien nicht sowohl direkt gegen die Sozialdemokratie gerichtet, als vielmehr allgemeine Sicherungsmaßregeln gegen etwaige Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung, nachdem dieselbe durch sozialdemokratische Ausschreitungen gefährdet erscheine. Man machte geltend, daß auch außerhalb des Aufruhrzustandes und gleichsam vor demselben Thatsachen vorkommen können, aus denen eine schwere Gefährdung der öffentlichen Sicherheit sich ergebe und die geeignet seien, das Publikum in gerechte Besorgniß vor dem baldigen Ausbruch öffentlicher Gewaltthätigkeiten zu versetzen.“

Um für solche Fälle auch ohne Verhängung des Belagerungs- oder Kriegszustandes, welcher im Falle des Aufruhrs den Regierungen viel weitergehende Befugnisse ertheilt, die öffentliche Sicherheit aufrecht erhalten zu können, sind durch das neue Gesetz die Landesbehörden ermächtigt, mit Genehmigung des Bundesraths Anordnungen zur Einschränkung des Versammlungsrechts, zum Verbot der Verbreitung von Druckschriften auf öffentlichen Wegen, zur Ausweisung von Personen, von denen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung zu besorgen ist, — endlich zur Beschränkung des Besitzes, des Tragens und des Verkaufs von Waffen — zu treffen.

Daß es sich auch hierbei vor Allem um eine Maßregel zur Verhütung größerer Gefahren und noch einschneidenderer Maßregeln handelt, hat der Berichterstatter der Kommission mit folgenden Worten dargelegt:

Die einfache Konsequenz der Ablehnung dieses Paragraphen würde dahin führen, daß man im einzelnen Falle die Gefahr so lange heranwachsen lassen müßte, ohne ihr entgegentreten zu können, bis endlich in Wahrheit der Belagerungszustand selbst erklärt werden müßte. Ich verstehe in der That nicht, wie man bei diesem Paragraphen und bei anderen Paragraphen immerhin der Regierung nicht eher die geforderten Maßregeln in die Hand geben will, als bis die Gefahr möglicherweise so groß ist, daß zu ihrer Beseitigung nur noch Maßregeln hinreichen würden, welche in ihrer Ausführung eine außerordentliche Schädigung des allgemeinen Wohls zur Folge haben würden. — Es hat bei einer früheren Debatte einer der Herren auch gesagt, man solle erst abwarten, bis die Katastrophe eingetreten sei. Ja, meine Herren, wenn wir so lange warten sollen, bis die Katastrophe eingetreten ist, bis sie mit Aufbietung der Militärmacht unterdrückt wird, da bin ich überzeugt, daß bei der Unterdrückung selbst so tiefe Schäden für die materielle Wohlfahrt im Volk herbeigeführt werden würden, daß das Volk es der Regierung sehr wenig Dank wissen würde, daß sie so lange gezögert hat, bis diese ultima ratio hat angewendet werden können. Es scheint mir die Aufgabe

der Regierung, wie der Gesetzgebung zu sein, bei Zeiten Vorsorge zu treffen, daß das Uebel nicht einen Umfang und eine Gestalt gewinne, daß es nur möglich ist, unter Aufbietung der äußersten Kräfte des Staates die bürgerliche Gesellschaft vor dem Ruin oder schwerer Schädigung zu schützen. Ich kann daher behaupten, daß in der Kommission von der großen Mehrheit derselben an der Berechtigung dieser Maßregeln, wie an ihrer Nothwendigkeit und Zulässigkeit nicht gezweifelt worden ist.

Die Voraussicht der Gesetzgebung hat sich auch in dieser Beziehung als begründet erwiesen: das Treiben der sozialdemokratischen Agitatoren hat die preußische Regierung genöthigt, die Zustimmung des Bundesraths zu einer Verordnung im erwähnten Sinne für die Stadt Berlin und die nächste Umgebung in Anspruch zu nehmen.

Aus mannigfachen Anzeichen war zu entnehmen, daß die Leiter der sozialdemokratischen Bewegung keineswegs beabsichtigten, von der agitatorischen Verfolgung ihrer Tendenzen Abstand zu nehmen, daß sie vielmehr in demselben Geiste wie bisher nur den veränderten Verhältnissen entsprechend mit anderen Mitteln den Kampf gegen die gesellschaftliche Ordnung fortzuführen gedenken, und daß sie Berlin mit seiner nächsten Umgegend zum Mittelpunkte ihrer Thätigkeit ausersehen haben. Die thatsächlichen Wahrnehmungen bestätigten die Richtigkeit jener Andeutungen. An die Stelle der offenen Agitation ist die geheime Propaganda getreten: die öffentlichen Versammlungen sollen durch verborgene auf eine geringe Anzahl von Personen beschränkte Zusammenkünfte, die offene Vereinsthätigkeit durch Bildung geheimer Vereinigungen in kleinen Kreisen ersetzt werden, welche durch Vertrauensmänner mit einander in Verbindung stehen und von den Führern der Partei die Parole erhalten. Die Zwecke der geheimen Organisation aber sind dieselben wie die der bisherigen öffentlichen: die neue Verzweigung soll zugleich dazu dienen, um sozialdemokratische Zeitungen und Flugblätter, die vom Auslande her als Ersatz für die unterdrückten Blätter bezogen werden sollen, zur massenhaften Verbreitung zu bringen. Zu diesem Zwecke, sowie zur Besoldung der geschäftsmäßigen Agitatoren werden durch jene Vereinigungen zugleich im Stillen Beiträge gesammelt.

Es sind überdies bestimmte Anzeichen vorhanden, daß die Leiter der hiesigen Sozialdemokratie mit den Nihilisten und den radikalen Internationalen in Verbindung stehen.

Daß die Agitation vorzugsweise in Berlin konzentrirt werden soll, ergiebt sich auch aus der neueren Uebersiedelung eines der hervorragenden Agitatoren aus der Provinz nach Berlin.

Hiernach konnte es keinem Zweifel unterliegen, daß Berlin und seine Umgebung in Folge der weit vorgeschrittenen und unablässig fortgesetzten Unterwühlung, zumal bei der großen Anzahl der Sozialdemokraten, so wie der Führer und Agitatoren nach menschlicher Erwägung einer drohenden Gefahr für die öffentliche Sicherheit ausgesetzt ist.

Dem gegenüber alle vom Gesetze in die Hand der Regierung gelegten Mittel in Anwendung zu bringen, um dem wirklichen Eintritt der Gefahr vorzubeugen, erschien als ein Gebot der Nothwendigkeit, als eine dringende Pflicht zum Schutze des Gemeinwesens, — die Erfüllung derselben aber wurde um so dringlicher Angesichts der bevorstehenden Rückkehr Sr. Majestät des Kaisers, welche nach den bei uns und neuerdings in anderen Staaten gemachten Erfahrungen jede gesetzlich zulässige Sicherung der öffentlichen Ordnung unbedingt erforbert.

Der Bundesrath hat dem Antrage Preußens, daß die im §. 28 des Sozialistengesetzes vorgesehenen Anordnungen für die Stadt Berlin, die Stadtkreise Potsdam und Charlottenburg und die Kreise Teltow, Nieder-Barnim und Ost-Havelland auf die Dauer Eines Jahres getroffen werden dürfen, zugestimmt.

Demzufolge hat das preußische Staatsministerium unter dem 28. November angeordnet, — daß Personen, von denen eine G e f ä h r d u n g der ö f f e n t l i c h e n

Sicherheit oder Ordnung zu besorgen ist, der Aufenthalt in Berlin und dem erwähnten Bezirke versagt werden kann, — ferner daß in demselben Bereiche das Tragen von Stoß-, Hieb- und Schußwaffen, sowie der Besitz, das Tragen, die Einführung und der Verkauf von Sprenggeschossen (im Allgemeinen und mit bestimmt bezeichneten Ausnahmen) verboten sein soll. Von den beiden weiteren Befugnissen, einerseits zur Beschränkung des allgemeinen Versammlungsrechts, und zum Verbot der Verbreitung von Druckschriften auf öffentlichen Wegen u. s. w., hat die Regierung in der vorliegenden Verordnung keinen Gebrauch gemacht.

Von den getroffenen Anordnungen muß nach dem Gesetze dem Reichstage bei seinem nächsten Zusammentreten Rechenschaft gegeben werden. Bei der Berathung des Gesetzes war in der Kommission des Reichstages in erster Lesung beschlossen worden, daß diese Rechenschaft sowohl dem Reichstage, als der Landesvertretung des Bundesstaates zu ertheilen sei. In der zweiten Lesung aber kam die Ueberzeugung zur Geltung, daß dieser Beschluß der Sachlage nicht entspreche, indem bei einer an zwei Volksvertretungen zu gebenden Rechtfertigung widersprechende Beschlüsse leicht vorkommen können und hiermit ein unausgleichlicher Konflikt herbeigeführt werden würde.

Wenn hiernach dem zur Zeit versammelten Landtage gegenüber eine eigentliche Rechenschaftslegung Seitens der Regierung ausgeschlossen ist, so muß die Regierung doch den größten Werth darauf legen und, soweit möglich, dahin zu wirken suchen, daß ihr Vorgehen in einer so wichtigen Angelegenheit auch eine richtige und vertrauensvolle Würdigung innerhalb der preußischen Landesvertretung finde.

Die Regierung hat soeben bei der Eröffnung des Landtags ausdrücklich das vertrauensvolle Zusammenwirken aller staatserhaltenden Kräfte von Neuem angerufen, um die traurigen Verirrungen, zu deren äußerer Einschränkung die Reichsgesetzgebung die unerläßlichen Handhaben gewährt habe, in ernster Fürsorge für das allseitige Gedeihen des Volkes allmälig auch innerlich zu überwinden.

Die unerläßliche Vorbedingung für die Bethätigung dieser Fürsorge und für die Möglichkeit eines wirksamen Erfolges derselben ist aber, daß einerseits den staatserhaltenden Kräften die Zuversicht in Bezug auf die Grundlagen alles staatlichen Wirkens gestärkt, daß andererseits die irregeleiteten Kreise der Bevölkerung der Herrschaft des Wahns und einer verderblichen Agitation wieder entrissen werden.

Die Regierung ist sich bewußt, nicht blos den höchsten staatlichen Interessen, sondern auch dem Interesse der der Agitation vorzugsweise ausgesetzten Klassen der Bevölkerung zu dienen, wenn sie auch die schärfsten Waffen des Gesetzes energisch anwendet, um dem unheilvollen Treiben, welches die Sicherheit der Residenz, wie des ganzen Staats bedroht, sobald als möglich ein Ende zu machen.

---

15. Der Streit mit Nicaragua.

1878. Denkschrift vom März 1878 betreffend zwei bewaffnete Angriffe auf Kaiserliche Konsularbeamte in Leon (Nicaragua) im October und November 1876.

In der Nacht des 23. October 1876 wurden in Leon, Nicaragua, auf den damaligen Kaiserlichen Konsulatsverweser, Herrn Paul Eisenstuck, als derselbe mit seiner Familie heimkehrte, auf offener Straße drei Pistolenschüsse abgefeuert.

Obschon in einer Voruntersuchung des Falles am 28. October die Identität der Thäter festgestellt worden, unterblieb die Anstrengung eines ordentlichen Gerichtsverfahrens. Es war notorisch, daß der Delinquent, ein gewisser Herr Francisco Leal, den Plan verfolgte, seine Frau, die Stieftochter des Paul Eisenstuck, welche wegen Mißhandlung zu ihren Eltern zurückgekehrt war und die Ehescheidung beantragt hatte, gewaltsam wieder in seinen Besitz zu bringen. Diese Notorietät ist später durch den höchsten Gerichtshof ausdrücklich konstatirt worden, und ebenso die Gesetzwidrigkeit jenes Vorhabens.

Die Schritte des Kaiserlichen Geschäftsträgers bei seiner ersten Anwesenheit in Leon, seine persönliche Verwendung bei dem Präsidenten der Republik, der ausdrückliche Hinweis darauf, daß die Straflosigkeit jenes Attentats leicht zur Wiederholung ermuthigen könne, blieben fruchtlos. — Dagegen wurde am 29. November Abends Herrn Leal von der Polizeibehörde zur Ausführung seiner Absicht ein Detachement Polizeisoldaten zur Verfügung gestellt. Um 10 Uhr Abends überfiel er mit diesen Polizeisoldaten den mit seiner Familie und zwei Freunden von einer Gesellschaft heimkehrenden Kaiserlichen Konsul Moritz Eisenstück, stürzte sich in der Dunkelheit zuerst auf diesen und später auf dessen Bruder Paul Eisenstuck, welch' Letzterer Frau Leal am Arm führte. Im Handgemenge wurde der Konsul mehrfach mit Kolbenstößen mißhandelt, ebenso seine Frau und seine Schwägerin. Herr Paul Eisenstuck ward von Leal zu Boden geworfen und erhielt mehrfache Verletzungen, namentlich eine stärkere Kopfwunde. Frau Leal ward inzwischen von einigen Soldaten fortgeschleppt und befindet sich seitdem in der Gewalt des Angreifers. Während der Letztere ungehindert davoneilte, wurden der Konsul und die Seinigen von den Polizeisoldaten als Gefangene fortgeführt und erst durch die Dazwischenkunft einer Privatperson wieder freigelassen.

Der Konsul begab sich mit seinem noch aus einer Kopfwunde blutenden Bruder sofort zu dem gerade in Leon anwesenden Präsidenten der Republik, um die unverzügliche Anordnung geeigneter Maßregeln zu beantragen, richtete am folgenden Tage, dem 30. November, eine Note mit demselben Antrage an den Minister der Auswärtigen Angelegenheiten und beantragte endlich am 2. Dezember durch öffentlichen Notar gemeinschaftlich mit seinem Bruder beim Kriminalrichter

schriftlich eine gerichtliche Untersuchung. Aber auch in diesem Falle blieb es lediglich bei einer Voruntersuchung.

Der Kaiserliche Geschäftsträger begab sich zum zweiten Male nach Managua. Er erreichte durch mühevolle Verhandlungen endlich die ihm durch Note vom 8. Januar 1877 bestätigte Zusage, daß der Präfekt des Departements Leon und der höchste Gerichtshof daselbst unter demselben Datum angewiesen worden seien, die Angelegenheit zu untersuchen und über das Verfahren der betheiligten Behörde zu berichten.

Es ist vorweg zu bemerken, daß in beiden Fällen die Thatsache des erfolgten bewaffneten Angriffs, im zweiten Falle unter Betheiligung eines Detachements Polizeisoldaten, und die Identität des Thäters, resp. Urhebers, von Seiten der Regierung von Nicaragua amtlich zugegeben worden ist, ohne daß dieselbe sich bewogen gefunden hätte, irgend eine Aeußerung ihres Bedauerns über die Thatsache und über die Absicht einer gesetzmäßigen Verfolgung der Thäter an die Kaiserliche Regierung gelangen zu lassen.

Nachdem die fortgesetzte Verschleppung eines ordentlichen Gerichtsverfahrens und eine glaubwürdige Mittheilung, wonach die Prüfung des Verhaltens der Behörden durch den höchsten Gerichtshof dennoch unterbleiben solle, den Kaiserlichen Geschäftsträger veranlaßt hatte, in einer vertraulichen Note vom 7. Januar die Erledigung in Erinnerung zu bringen, erhob der Herr Minister in einer gleichfalls vertraulichen Antwort vom 10. desselben Monats gegen Herrn von Bergen den weder materiell noch formell berechtigten Vorwurf voreiliger und parteiischer Berichterstattung an die Kaiserliche Regierung und kündigte demselben an, daß das Berliner Kabinet demnächst auf direktem Wege befriedigende Aufschlüsse erhalten werde. Diese Aufschlüsse erfolgten jedoch nicht; dagegen begann in der offiziellen Presse Nicaraguas und in einem unter Leitung des Konsuls von Nicaragua in Panama stehenden Blatte eine für den Kaiserlichen Geschäftsträger persönlich beleidigende Polemik. Die „Gaceta de Nicaragua“ brachte gleichzeitig Artikel gegen Herrn Paul Eisenstuck, welche diesen nöthigten, wegen Beleidigung und Verläumdung klagbar zu werden. Eine ordentliche Rechtsprechung konnte derselbe auch in diesem Falle nicht erreichen. Das kompetente Gericht erkannte am 12. Mai dahin, daß diese Klage dem Souveränen-Kongreß zu überweisen sei, da der Redakteur der amtlichen Zeitung gleichzeitig das Amt eines Ministers der Auswärtigen Angelegenheiten bekleide. Herr Rivas legte dem Kongreß eine Auswahl von Aktenstücken über den Fall Eisenstuck vor, darunter die ganz vertraulichen Schreiben des Kaiserlichen Geschäftsträgers, und verlas am 26. Mai eine Erklärung, in welcher er u. A. den Kaiserlichen Geschäftsträger öffentlich der Ungerechtigkeit und Ueberstürzung beschuldigte. Der Kongreß entschied darauf daß, „da der klagende Theil (Herr Paul Eisenstuck) nicht persönlich erschienen sei, der Kongreß sich nicht für kompetent erachte, diese Angelegenheit ex officio zu behandeln.“ Die Vorenthaltung einer amtlichen Mittheilung dieser Entscheidung bis unmittelbar vor dem Schluß der Session beraubte Herrn Paul Eisenstuck der Möglichkeit, seine Klage gegen das amtliche Blatt zu vertreten.

Während diese Zwischenfälle den Gegenstand einer besonderen Korrespondenz zwischen dem Minister Rivas und dem Kaiserlichen Geschäftsträger bildeten, erhielt der Letztere auch in den Monaten Januar bis März keine Mittheilung darüber, ob und wie der ihm mittelst Note vom 8. Januar ertheilten Zusage wegen Untersuchung der beiden Attentate vom 23. October und 29. November durch den höchsten Gerichtshof in Folge gegeben werde. Dagegen konstatirte ein hier zu Ende März eingegangener Bericht des Kaiserlichen Konsulats zu Leon vom 23. Februar, daß auch bis dahin, also während eines Zeitraums von über 6 Wochen seit dem Erlaß jener Weisungen an den dortigen höchsten Gerichtshof und Präfekten, die angegriffenen Personen keine Vorladung, ja nicht einmal eine Nachricht über ein gerichtliches oder administratives Verfahren erhalten hatten.

Da auch die am 10. Januar angekündigten direkten Aufschlüsse ausblieben,

konnte nunmehr das Auswärtige Amt nicht länger zögern, dem Kaiserlichen Geschäftsträger Instruktionen für eine nachdrücklichere Behandlung der Sache zu ertheilen. Dies geschah mittelst zweier vom 1. April v. J. datirten Erlasse, wovon der eine zur Mittheilung an die Regierung von Nicaragua bestimmt war, während der andere, vertrauliche Erlaß einige Gesichtspunkte zur Verwerthung bei den Verhandlungen über unsere Genugthuungsforderungen enthielt. Der Haupterlaß resumirte die sich aus der Berichterstattung des Kaiserlichen Geschäftsträgers und des Kaiserlichen Konsuls ergebenden Thatsachen, die um so mehr als feststehend angesehen werden mußten, als auch der Minister Rivas in seinen Noten, insbesondere in derjenigen an den Konsul vom 16. Dezember 1876, die Angriffe selbst nicht in Zweifel gezogen, sogar die Thäterschaft eingeräumt, sich vielmehr bemüht hatte, die Angelegenheit als eine bloße Familiensache hinzustellen, um sodann jede Verantwortlichkeit der Regierung für die Verfolgung der Schuldigen und die internationale Seite der Frage abzuleugnen. Es kam daher darauf an, denselben baldigst darüber aufzuklären, daß Deutschland diese Auffassung nicht gelten lassen werde, und wir, was auch das Ergebniß der am 8. Januar v. J. angeordneten Prüfung des bisherigen Verfahrens der Behörden durch den höchsten Gerichtshof sein möchte, jedenfalls die landesgesetzliche Bestrafung der Schuldigen, namentlich der an der Mißhandlung des Kaiserlichen Konsuls betheiligten Beamten, sowie eine internationale Genugthuung erwarteten.

Der Erlaß bezeichnete die Forderungen, auf deren Erfüllung in angemessener Frist der Geschäftsträger durch mündliche oder schriftliche Unterhandlung mit dem Kabinet von Managua hinzuwirken habe.

Die in den Instruktionen vom 1. April ausgedrückte Hoffnung, daß die Schuldigen inzwischen zur Verantwortung gezogen sein möchten, sollte sich leider nicht erfüllen. Am 31. Mai lief ein Telegramm des Herrn von Bergen ein, welches besagte, daß das Verfahren des höchsten Gerichtshofes mit einer vollständigen Rechtsverweigerung geendigt habe. Die nächste Aufklärung hierüber brachte ein Bericht vom 6. Mai, demzufolge auch bis zum 25. April der Konsul in Leon ohne jede amtliche Mittheilung über ein dort stattgehabtes Verfahren geblieben war. Sodann ergab sich, daß der Kaiserliche Geschäftsträger am 18. Mai eine Note des Ministers Rivas vom 30. April erhalten hatte, welcher mehrere Auszüge aus Berichten des höchsten Gerichtshofes über ein Verfahren beigefügt waren, das mit Niederschlagung der ex officio eingeleiteten Untersuchungen und Verweisung der Angegriffenen auf den Weg des Injurien-Prozesses beendigt worden war. Die begleitende Note des Ministers behandelte die Sache als hiermit erledigt; denn Herr Rivas beschränkte sich auf die Bemerkung, daß die in jenen Berichten angeführten Thatsachen keiner Erörterung bedürften; dieselben stellten fest, daß das Verfahren der Behörden ein solches gewesen sei, wie es die Pflicht, für die Ordnung und die Sicherheit der Bürger zu wachen, ihnen auferlege.

Aus der Prüfung jener, mit einem Berichte des Kaiserlichen Geschäftsträgers vom 18. Mai hierher gelangten Dokumente ergab sich nun Folgendes:

Jene Entscheidung des höchsten Gerichtshofs wurde in Betreff des Angriffs vom 23. October 1876 damit motivirt, „daß es doch nicht erwiesen erscheine, daß die Absicht vorlag, einen Mord zu begehen, oder ein anderes Vergehen, welches ein Verfahren ex officio erfordere." In seinem Bericht an den Justiz-Minister, vom 29. Januar 1877, spricht der höchste Gerichtshof die Ueberzeugung aus, „daß es sich um einen harmlosen Skandal handele, vielleicht bestimmt, aus rein häuslichen Anlässen das Gemüth einer Familie zu beeinflussen", was nur bedeuten kann: auf die Entschlüsse der Familie durch Schrecken und Furcht einzuwirken. Danach würde in Nicaragua eine in der übrigen civilisirten Welt strafbare Handlung erlaubt sein. Dies ist indeß nicht der Fall. Ein nächtlicher Ueberfall mit tödtlichen Waffen ist auch nach den Gesetzen Nicaraguas eine unter das Strafgesetzbuch fallende Handlung. Der höchste Gerichtshof erkennt an einer anderen Stelle auch die Gesetzwidrigkeit der Selbsthülfe des Herrn Leal zum Zwecke der Wiedererlangung seiner Ehefrau ausdrücklich an. Gleichwohl sind der

Delinquent vom 23. October 1876 und sein Komplice, oder Begleiter, nicht einmal unter dem Gesichtspunkte der Ruhestörung und des unbefugten Tragens einer Schußwaffe verfolgt worden.

Nach Ablauf mehrerer Monate, während deren die Entscheidung verschleppt worden, wird den Ueberfallenen zugemuthet, gegen den Angreifer wegen Privatinjurien zu klagen. Die Entscheidung ignorirt außerdem die Thatsache, daß Herr Paul Eisenstuck, nach der am 15. November 1876 erfolgten Aufhebung des Belagerungszustandes, die Ueberweisung der Sache von dem Militärgouverneur an den Kriminalrichter ausdrücklich beantragt, daß dieser aber am 22. November sich wegen einer persönlichen Schuld gegen den Kläger für inkompetent erklärt hatte, und daß hierauf die Sache, ungeachtet aller Vorstellungen des Klägers und des Kaiserlichen Vertreters, wieder liegen geblieben war.

Zu alledem kommt noch, daß die Angegriffenen und deren Zeugen bei der ganzen Prozedur, welche zur Niederschlagung des ex officio Verfahrens führte, nicht vor Gericht vernommen worden sind, und daß dessunerachtet die Entscheidung wesentlich auf die Erwägung gestützt wurde: daß die früheren, außergerichtlichen Depositionen des Herrn Paul Eisenstuck und seiner Gattin in Betreff der Richtung der 3 Revolverschüsse an einem Widerspruch litten. Inhaltlich jener außergerichtlichen Aussagen sind nämlich von den 3 Kugeln 2 nahe an Herrn Paul Eisenstuck vorbeigegangen. Der angebliche Widerspruch, welchen indeß Herr Paul Eisenstuck seinerseits nur auf einen Schreibfehler im Protokoll zurückführt, bezieht sich auf die dritte Kugel und zwar in der Weise, daß, je nachdem man an der betreffenden Stelle des Protokolls „no“ oder „lo“ liest, nicht auch diese Kugel von Herrn Leal, sondern von dessen Begleiter, Herrn Infante, abgefeuert worden sein würde. Man hat nun diesen Zweifel benutzt, um Herrn Infante ohne Weiteres als Komplicen zu behandeln und deshalb vom Zeugeneid zu entbinden. Um so nothwendiger würde die gerichtliche Vernehmung der Angegriffenen und die Konfrontation derselben mit den Delinquenten gewesen sein, um den subjektiven Thatbestand möglichst festzustellen.

Das Verfahren der Gerichtsbehörden in Ansehung des nächtlichen Ueberfalls vom 23. October 1876 ist somit nach allgemeinen Rechtsbegriffen und nach Maßgabe der Gesetze Nicaraguas für uns eine Justizverweigerung.

Bezüglich des Vorfalls vom 29. November 1876 ist zunächst zu konstatiren, daß auch hier das erst im Januar eingeleitete ex officio Verfahren ohne eine gerichtliche Vernehmung der Mitglieder der Familie Eisenstuck und der von denselben namhaft gemachten Zeugen beendigt worden ist.

Die Niederschlagung des gerichtlichen Verfahrens wird in diesem Falle folgendermaßen begründet:

Die bei dem Handgemenge vorgekommenen Verletzungen des Herrn Paul Eisenstuck und des Herrn Francisco Leal seien keine schweren Verwundungen gewesen und kompensirten sich gegen einander; es lägen daher nur Realinjurien vor, für welche ein ex officio Verfahren ausgeschlossen sei, wegen deren es aber den beiden Parteien freistehe, den Weg der Privatklage zu beschreiten.

Auf Grund eingezogener Gutachten Nicaraguanischer Juristen kommen hier folgende gesetzliche Bestimmungen in Betracht.

Das Gesetz vom 2. April 1851 verordnet:

> „In Abänderung des Artikels 453 des Strafgesetzbuchs, daß, wenn bei einem materiellen Insult Blutvergießen oder schwerer Schaden stattfindet, der Prozeß ex officio zu führen ist.“

Das Gesetz, betreffend die Geschworenen vom 25. Mai 1871, bestimmt in seinem Art. 2:

> „Jede Wunde oder schwerer körperlicher Schaden, welcher in einem nächtlichen Anfall oder Ueberfall in unbewohnter Gegend beigebracht wird, wird als ein materieller Insult unter erschwerenden Umständen (insulto material reagravado) betrachtet.“

Die Thatsache, daß Herr Paul Eisenstuck eine blutige Kopfwunde, und daß der Konsul Moritz Eisenstuck und dessen Frau Verletzungen durch Kolbenstöße davontrugen, die Letztere sich in Folge davon wochenlang krank und selbst in Gefahr befand, ist durch beeidigte ärztliche Gutachten festgestellt worden.

Der Umstand, daß der Angreifer einige Verletzungen davon getragen hat, kann unmöglich die Rechtswirkung haben, daß der Angegriffene mit dem Angreifer auf demselben Fuße behandelt und auf das Rechtsmittel des Injurienprozesses beschränkt wird.

Jene Entscheidung ignorirt aber vollständig die Person des Kaiserlichen Konsuls, Herrn Moritz Eisenstuck, sowie die Gattinnen beider Brüder Eisenstuck, welche theils durch Herrn Leal, theils durch die denselben begleitenden Polizeisoldaten gröblich mißhandelt worden sind. Hinsichtlich dieser Personen konnte unmöglich von einer Kompensirung gegenseitig zugefügter Realinjurien die Rede sein.

Ferner übergeht jene Entscheidung die Eingangs erwähnte und dokumentarisch feststehende Thatsache, daß die beiden Brüder Eisenstück für alle Fälle am 2. Dezember 1876 die Sache bei dem ordentlichen Richter anhängig gemacht hatten.

Jetzt nun, nachdem die Untersuchung vor dem Präfekten ohne Folge geblieben, und von dem Kriminalrichter die nach seiner eigenen Erklärung von ihm ex officio zu führende Untersuchung nicht eher angestrengt worden war, als bis ihm hierzu im Januar der Befehl des höchsten Gerichtshofes zuging, jetzt behauptet man, die Herren Eisenstuck hätten früher keine Klage eingereicht, und man verweist sie auf den Weg der Privatklage wegen Realinjurien, ohne ihnen auch nur die Gelegenheit gegeben zu haben, die dem Kriminalrichter schriftlich angezeigten Thatsachen vor Gericht zu vertreten. — —

Obgleich der Minister Rivas in einer Note an den Kaiserlichen Geschäftsträger vom 1. Mai, welche die Eingangs erwähnten Zwischenfälle betraf, aufs Neue direkte Mittheilungen nach Berlin in Aussicht gestellt hatte, ließen dieselben auch jetzt auf sich warten.

Unter diesen Umständen lag für das Auswärtige Amt keine Veranlassung vor, die inzwischen abgegangenen Instruktionen für den Kaiserlichen Geschäftsträger vom 1. April in irgend einer Hinsicht abzuändern, oder etwa deren Ausführung durch den Telegraphen aufzuhalten.

Herr von Bergen erwartete seinerseits in Guatemala bis um die Mitte Juni vergebens eine Nachricht aus Leon oder Managua, welche auf die Geneigtheit der Regierung von Nicaragua hätte schließen lassen, der Rechtsverweigerung ein Ende zu machen und der Kaiserlichen Regierung für die Mißhandlung des Kaiserlichen Konsuls durch die Mitschuld der Polizeibehörde eine Genugthuung anzubieten. Dagegen erfuhr er, daß der Polizeimeister in Leon am 8. Mai Herrn Paul Eisenstuck wegen unbefugten Tragens einer Schußwaffe am Abend des 29. November zu einer Geldbuße verurtheilt habe, während Herr Leal und sein Begleiter Herr Infante selbst für das unbestrittene Abfeuern von 3 Revolverschüssen am Abend des 23. October auch ferner straflos geblieben sind.

Am 19. Juni 1877 trat Herr von Bergen in Begleitung des zur Unterstützung seiner Schritte ermächtigten amerikanischen Minister-Residenten, Mr. Williamson, die Reise von Guatemala nach Managua an. Am selben Tage richtete der großbritannische Vertreter, Mr. Sidney Locock, eine Note an die Regierung von Nicaragua, in welcher er Namens seiner Regierung den Anspruch Deutschlands auf Reparation, zu dessen Vertretung Herr von Bergen sich nach Managua begebe, für unbestreitbar erklärte.

Am 25. Juni in Corinto eingetroffen, meldete der Kaiserliche Geschäftsträger dem Minister Rivas telegraphisch, daß er auf speziellen Befehl der Kaiserlichen Regierung im Begriff stehe, nach Managua zu kommen, worauf er die Antwort erhielt, daß er daselbst willkommen sein würde. Am 27. dort eingetroffen, bat er am 28. früh Morgens schriftlich um eine Stunde, zu welcher er

eine Mittheilung der Kaiserlichen Regierung in Betreff zweier strafbarer Anfälle gegen Konsularbeamte des Deutschen Reiches machen könne. Herr Rivas antwortete, er sei diesen und den folgenden Tag verhindert, würde ihn aber am 30. Juni, Mittags 1 Uhr, anhören.

Unter gewöhnlichen Verhältnissen würde in der Hinausschiebung einer von einem fremden Vertreter nachgesuchten Konferenz um einige Tage nichts Beleidigendes gefunden werden können. Es ist indeß in Central-Amerika Sitte, daß die fremden Vertreter der Großmächte spätestens am Tage nach ihrer Ankunft durch den auswärtigen Minister empfangen werden. Außerdem kommt bei der Beurtheilung des vorliegenden Falles besonders in Betracht, daß der Besuch und dessen außerordentlicher Zweck 2 Tage vorher angekündigt waren. — —

Dem amerikanischen Minister-Residenten ward auf seine offizielle Note, in welcher er den Zweck seiner Ankunft anzeigte, die Antwort zu Theil, der Minister würde gelegentlich, „oportunamente“, dem Präsidenten davon Kenntniß geben. Auf ein anderes Schreiben des Herrn Williamson, in welchem derselbe dem Minister anzeigte, er hoffe demselben den folgenden Tag einen Besuch abstatten zu können, ertheilte Herr Rivas die Antwort, daß er am 29. nicht im Stande sei, über irgend eine Zeit zu verfügen, daß er indeß den amerikanischen Minister-Residenten am 30. um 3 Uhr zu empfangen gedenke. Herrn Williamson ward hierdurch sogar die Gelegenheit zu einem vorläufigen Etiquettenbesuch abgeschnitten.

Die Vertreter Deutschlands und Nordamerikas glaubten sich nicht in die Rolle fügen zu sollen, nach einer 9tägigen mühevollen Reise und nach vorheriger Ankündigung ihres Besuchs, unter äußerlich nichts weniger als angenehmen Verhältnissen, abzuwarten, bis die Beendigung offizieller Festlichkeiten, von welchen sie nur zufällig Kenntniß erhielten, dem Minister der Auswärtigen Angelegenheiten gestatten werde, sie zur Erledigung ihrer Aufträge zu empfangen. Der Kaiserliche Geschäftsträger hielt sich deshalb genöthigt, dem Minister am 28. Juni Abschrift und Uebersetzung der Instruktion vom 1. April mittelst Note zu übersenden, wenn er eine am 30. Juni 12 Uhr Mittags ablaufende Frist von 48 Stunden setze, innerhalb deren er eine rückhaltlose Zusage, daß bezüglich der fraglichen Angelegenheit eine gerichtliche Untersuchung vor dem ordentlichen Richter unter Vernehmung der geschädigten Personen und deren Zeugen unverzüglich angeordnet werden solle, sowie eine Annahmeerklärung der in der Instruktion aufgeführten Genugthuungsforderungen verlangte, widrigenfalls er am Mittag des 30. Juni abreisen werde. Da hierauf keine Antwort einlief, so richteten beide Vertreter am 30. Juni früh Morgens Kollektivschreiben an den Minister und den Präsidenten, um sich über den ihnen seit ihrer Ankunft bewiesenen Mangel an Rücksicht und Höflichkeit zu beschweren. — —

Auf das am 2. Juli von Herrn Tomas Ayon, der einen Vertrauensperson, an den Präsidenten gerichtete zweite Telegramm, welches das Verlangen einer von dem Präsidenten an Jeden der beiden Herren zu richtenden telegraphischen Einladung wiederholte, erfolgte in der Nacht vom 2. zum 3. Juli eine telegraphische Antwort des Ministers Rivas, welche u. A. besagte, er dürfe den Präsidenten nicht wecken, mit dem Beifügen, „laßt sie nur reisen, Gott ist gut und groß ist auch die Gerechtigkeit unserer Sache.“

Die beiden Vertreter verließen nunmehr Nicaragua am 3. Juli, um nach Guatemala zurückzukehren.

Es erhellt aus Vorstehendem, daß die Verantwortung dafür, daß die Vertreter Deutschlands und Amerikas die Republik verließen, ohne Gelegenheit zu Verhandlungen über die Sache gehabt zu haben, nicht sie trifft, sondern den Minister Rivas.

Nachdem nunmehr ein halbes Jahr ohne jede Entschuldigung in der Hauptsache von Seiten des Kabinets von Managua gegenüber der Kaiserlichen Regierung verflossen war, ging hier am 30. Juni 1877 eine Note des Geschäftsträgers von Nicaragua, Herrn James L. Hart in London, ein, worin sich derselbe im Auftrage seiner Regierung zu Verhandlungen mit der Kaiserlichen Regierung

zur Ordnung der Angelegenheit und zur Mittheilung der ihm zur Aufklärung derselben übersandten Dokumente erbot. Der Inhalt seiner Note ließ indeß nicht sowohl den Auftrag, in der Sache selbst befriedigende Erklärungen zu machen, als die Absicht erkennen, den Kaiserlichen Geschäftsträger zu verunglimpfen. Es konnte daher von einer Verhandlung mit Herrn Hart auf dieser Grundlage kein Nutzen erwartet werden, und sein Erbieten ward unter dem 3. Juli höflich abgelehnt. Die von ihm hierauf am 13. Juli übersandten Schriftstücke waren in der That nur knappe Auszüge aus den hier bereits bekannten und oben besprochenen Dokumenten. Gleichwohl ward ihm in einer Note vom 25. Juli die Aussetzung weiterer Entschließungen mit Rücksicht darauf zugesagt, daß ein am 13. Juli hier eingelaufenes Telegramm des Herrn Rivas vom 3. deff. M. die Uebersendung neuen Materials angekündigt hatte. Eine am 11. August hier eingegangene Depesche des Herrn Rivas vom 3. Juli bezog sich indeß nur auf den letzten Zwischenfall in Managua. Dieselbe ward am 25. August dahin beantwortet, daß die Kaiserliche Regierung über jene Vorgänge bereits durch Herrn von Bergen vollständig unterrichtet, und daß dieser ermächtigt sei, die Mittheilungen entgegen zu nehmen, zu welchen sich die Regierung der Republik Nicaragua in Beantwortung der diesseitigen Vorstellungen in der Sache veranlaßt sehen möchte. Es ward gleichzeitig von Neuem die Hoffnung ausgesprochen, daß durch solche Mittheilungen diese unerwünschte Angelegenheit zu einem den beiderseitigen Interessen entsprechenden, befriedigenden Abschluß gelangen möge.

Inzwischen traf hier am 30. August die angekündigte Depesche des Herrn Rivas vom 11. Juli ein, in welcher derselbe jedoch keine neuen Aufschlüsse und irgendwie befriedigende Erklärungen machte, vielmehr lediglich auf Grund der oben erörterten Dokumente die Behauptung, daß die Behörden Nicaragua's in keiner Beziehung ihre Pflichten versäumt hätten, aufrecht erhielt und die deutschen Beschwerden als unbegründet, demgemäß unsere Forderungen als ungerechtfertigt bezeichnete. Es liege weder der Fall einer Rechtsverweigerung, noch der von Beleidigungen deutscher Konsularbeamten vor. Es handle sich vielmehr nur um Privatinjurien, veranlaßt durch Familienzwistigkeiten zwischen den Herrn Paul Eisenstuck und Leal. Auch Herr Moritz Eisenstuck sei nicht in seiner Eigenschaft als Konsul, sondern nur als Bruder des Paul Eisenstuck in die Sache verwickelt, und stehe Beiden der Weg der Privatklage offen, den sie sich aber geweigert hätten zu beschreiten. Der Kaiserliche Geschäftsträger habe der Regierung bei seiner Ankunft in Nicaragua zugemuthet, Herrn Leal ohne Weiteres zu verhaften, habe prätendirt, daß die auf Diensteid abgegebenen Erklärungen des Kaiserlichen Konsuls den Vorrang vor dem Ergebniß gerichtlicher Untersuchungen hätten, und habe seiner Regierung über die Sache vorschnell und parteiisch berichtet.

Daß diese Behauptungen mit den Thatsachen im Widerspruch stehen, ist durch das vorstehende Resumé und den Wortlaut der an Herrn Rivas gerichteten Noten des Kaiserlichen Geschäftsträgers erwiesen.

Die Depesche ignorirt alle vergeblichen Versuche der Brüder Eisenstuck, eine prompte Rechtsprechung nach Maßgabe der Landesgesetze zu erwirken, sowie alle Schritte, zu welchen Herr von Bergen sich genöthigt sah, bis die ihm am 8. Januar 1877 mitgetheilte Ueberweisung der Sache an den höchsten Gerichtshof erfolgte.

Bezüglich des Vorgangs vom 23. October 1876 behauptet Herr Rivas, nicht ein einziger Zeuge habe bestätigt, daß die Herren Leal und Infante am 23. October Schüsse auf den Herrn Paul Eisenstuck und seine Familie abgefeuert hätten. Des Umstandes, daß die beiden gedachten Herren als Angreifer und Komplice nicht zeugeneidlich vernommen worden sind, und daß man Herrn Paul Eisenstuck und sämmtlichen Personen seiner Begleitung gerichtliches Verhör versagt hat, geschieht an der betreffenden Stelle keine Erwähnung; an einer anderen Stelle wird die stattgehabte außergerichtliche Vernehmung der Angegriffenen mit einer gerichtlichen verwechselt, welche nie stattgefunden hat.

Hinsichtlich des Angriffs vom 29. November 1876 findet sich in der Depesche die Behauptung, es habe Niemand bezeugt, daß die Patrouille der Familie Eisenstuck Kolbenstöße versetzt habe, vielmehr sei von Allen versichert, daß die Patrouille sich darauf beschränkte, das Handgemenge zwischen derselben und Leal zu verhindern; eine nur negative Behauptung, welche besten Falls auf nicht-eidliche Aussagen der Polizeisoldaten selbst und der, Herrn Leal begleitenden Freunde gestützt wird, welcher aber verschiedene dem Auswärtigen Amte vorliegende eidliche Zeugenaussagen unbetheiligter Personen positiv entgegenstehen. Es sind dies einestheils diejenigen Aussagen, welche die Herren Eisenstuck, nach ihrer Erfahrung mit der Klage wegen des Angriffes vom 23. October 1876, vorsichtig genug gewesen waren, über den Vorgang vom 29. November 1876 durch den hierzu befugten Ersten Alkalden von Leon am 3. Dezember aufnehmen zu lassen, anderntheils die dem Kaiserlichen Konsulat kürzlich außergerichtlich zugänglich gemachten Aussagen einzelner im Januar vor dem Kriminalrichter vernommener Zeugen. Diese Aussagen gehen dahin, daß die beiden Brüder Eisenstuck und deren Damen, als sie das Detachement Soldaten erblickten, zu entfliehen versuchten, durch die Soldaten jedoch gewaltsam festgehalten wurden. Einige dieser Aussagen lassen in Verbindung mit dem erwähnten ärztlichen Gutachten keinen Zweifel darüber zu, daß die den Angegriffenen zugefügten Verletzungen und Kontusionen von Kolbenschlägen und Stößen der Polizeisoldaten herrührten.

In einer in Managua amtlich veröffentlichten Cirkulardepesche an die Regierungen der Hispano-Amerikanischen Republiken vom 31. Juli hat der Minister von Nicaragua die in seiner Depesche vom 11. Juli enthaltene Behauptung wiederholt, es sei deutscherseits gefordert worden, daß man den auf Amtseid abgegebenen Erklärungen des Herrn Moritz Eisenstuck, weil derselbe Konsul sei, mehr Glauben schenken solle, als anderen, vor Gericht aufgenommenen Zeugenaussagen. Die Unterstellung ist thatsächlich unbegründet, da der Kaiserliche Geschäftsträger und sodann der Erlaß vom 1. April, wie bereits erwähnt, nur in Ermangelung gerichtlich aufgenommener Zeugenaussagen, bis zum Beweise des Gegentheils die von dem Kaiserlichen Konsul unter Amtseid abgegebenen Erklärungen als ausreichende Grundlage für die erhobenen Beschwerden und die daran geknüpften Forderungen behandelt. Daß aber dem Kaiserlichen Konsul die Gelegenheit vorenthalten blieb, seine außergerichtlichen Aussagen vor Gericht zu beweisen, dies steht fest und widerspricht den ersten Grundsätzen der Gerechtigkeit.

Im Uebrigen machen es die obigen Erörterungen über die Auszüge aus den Berichten des höchsten Gerichtshofs entbehrlich, die in der Depesche des Ministers Rivas vom 11. Juli enthaltenen Behauptungen noch eingehender zu beleuchten.

Es wird genügen, in folgenden Sätzen das Ergebniß der stattgehabten Prüfung des gesammten Materials zusammen zu fassen.

1. Die beiden Brüder Eisenstuck haben in Bezug auf die gerichtliche Behandlung der beiden Attentate vom 23. October und 29. November 1876 keinerlei Privileg für sich in Anspruch genommen, sondern nur die strenge Anwendung der Landesgesetze verlangt und in beiden Fällen die erforderlichen Anträge bei der kompetenten Behörde eingereicht.
2. Auch ohne diese Anträge würden, da es sich um bewaffnete Ueberfälle zur Nachtzeit handelte, auch nach Nicaraguanischem Gesetz die Gerichte verpflichtet gewesen sein, ex officio zu verfahren.
3. Die Gerichte haben in beiden Fällen die Einleitung der Untersuchung wochenlang verschleppt.
4. Der Kaiserliche Geschäftsträger war berechtigt und verpflichtet, wegen jener Verschleppung eines ordentlichen Gerichtsverfahrens bei der Regierung von Nicaragua zu reklamiren und über die gethanen Schritte der Kaiserlichen Regierung zu berichten.
5. Die Fruchtlosigkeit seiner Vorstellungen wegen des ersten Attentats mit

fertigt vollkommen den nach dem zweiten Attentat hierher gerichteten Antrag, durch die Entsendung eines Kriegsschiffes die Fürsorge der Kaiserlichen Regierung für den Schutz und das Ansehen ihrer konsularischen Vertreter zu bekunden.

6. Bei dem endlich in Folge der Vorstellung des Kaiserlichen Geschäftsträgers von Mitte Januar bis Anfangs April stattgehabten ex officio Verfahren sind die angegriffenen Personen und deren Zeugen gerichtlich nicht vernommen worden. Hierin und in der Verweisung der angegriffenen Personen auf den Weg der Injurienklage gegenüber von Handlungen, welche sich unter dem Gesichtspunkt der Körperverletzung, durch Privatpersonen und Beamte begangen, sowie von Handlungen wider die öffentliche Ordnung als Verbrechen und Vergehen darstellen, welche unter das Strafgesetz fallen und daher von Amtswegen zu verfolgen sind, liegt eine vollendete Rechtsverweigerung.
7. Die Regierung von Nicaragua ist verantwortlich für die konstatirte Rechtsverweigerung Seitens der Gerichtsbehörden und in noch höherem Grade wegen der Nichtausführung der Entscheidung des obersten Gerichtshofes, wonach die Verwaltungsbehörde in Leon zur Aburtheilung der an dem Vorfall vom 29 November mitschuldigen Polizeibeamten resp. Soldaten kompetent und verpflichtet ist.
8. Die Frage würde daher eine internationale sein, auch wenn die angegriffenen Personen nicht Konsularbeamte des Reichs wären, da dieses allen seinen Angehörigen im Ausland in erster Linie Schutz gegen Rechtsverweigerung schuldet.
9. Der amtliche Charakter der Angegriffenen macht es erforderlich, außer einer den Landesgesetzen entsprechenden Verfolgung und Bestrafung der Angreifer, eine internationale Genugthuung zu verlangen.

Die zur gütlichen Beilegung der Angelegenheit gepflogenen Verhandlungen sind bis heute erfolglos geblieben.

Berlin, den 9. März 1878.

Nachtrag vom Mai 1878.

Im Verfolg meines Erlasses vom 26. März d. J. erhalten Euere &c. hierneben Abschrift eines die Erledigung unserer Differenz mit Nicaragua betreffenden Protokolls d. d. Corinto, den 31. März d. J. und Uebersetzung eines Urtheils des höchsten Gerichtshofes zu Leon vom 5. April d. J. gegen den höheren Beamten, welchen für das zweite Attentat vom 29. November 1876 unter Mitwirkung von Polizeisoldaten die Verantwortung trifft. Indem ich Sie ersuche, der dortigen Regierung gefälligst davon mittels Note Kenntniß zu geben, lasse ich in Ergänzung dieser Aktenstücke die nachstehenden Mittheilungen folgen:

Der Kaiserliche Geschäftsträger für Central-Amerika war unter dem 12. Februar telegraphisch angewiesen worden, Anfangs März in Panamá zu sein, um die für alle Fälle Ende Januar dorthin gesandten schriftlichen Instruktionen in Empfang zu nehmen, und um sich von dort mit einem Kaiserlichen Geschwader an die Westküste von Nicaragua zu begeben.

Nachdem seine Ankunft, der Mißerfolg der letzten Versuche unbetheiligter Regierungen, Nicaragua zum Erbieten freiwilliger Erfüllung der deutschen Forderungen zu bestimmen, und das Eintreffen S. M. Schiffe „Elisabeth", „Leipzig" und „Ariadne" in Panamá, S. M. Schiff „Medusa" in Colon durch Telegramme vom 9. März feststanden, erhielt der Höchstkommandirende der Kaiserlichen Kriegsschiffe, Kapitän zur See

1878.

v. Wickede, am 11. März mit Allerhöchster Ermächtigung den telegraphischen Befehl, zur Ausführung der auch ihm im voraus zugefertigten schriftlichen Instruktionen zu schreiten.

Am 14. März brachen die Schiffe auf.

Die „Elisabeth", „Leipzig" und „Ariadne" warfen am 19. März Anker in der Bay von Corinto. Am 19. gingen Korvettenkapitän Stubenrauch und Lieutenant zur See Lanfermunn nebst dem als Dolmetscher aus Panamá mitgenommenen Herrn O. Wirsing ans Land, um das deutsche Ultimatum nach Managua zu bringen.

Auf Bitten offiziöser Unterhändler, welche sich Herrn v. Bergen gegenüber bereit erklärt hatten, das Kabinet von Managua zur Annahme des Ultimatums zu bewegen, wurde zunächst die Fortsetzung der Reise und sodann die Abgabe des Ultimatums in Managua etwas und so lange verzögert, bis eine Verständigung über die zweite, auf Bestrafung der Schuldigen gerichtete Forderung erreicht war. Es gelang aber Herrn v. Bergen, im Wege telegraphischer Korrespondenz die Regierung zu überzeugen (was man dort in Abrede gestellt), daß sie verfassungsmäßig das Recht und die Pflicht habe, von ihrem Oberaufsichtsrecht auch gegenüber den Gerichtsbehörden Gebrauch zu machen, und daß daher die von ihr verlangte Zusage „der Einleitung eines ordentlichen Verfahrens gegen die an jenen beiden Angriffen betheiligten Personen", so wenig wie die Verpflichtung, „binnen längstens 14 Tagen dem Geschäftsträger wenigstens die Bestrafung des Beamten mitzutheilen, welcher am 29. November 1876 Herrn Francisco Leal ein Detachement Polizeisoldaten zur Ausführung des gesetzwidrigen Angriffs auf die Familie Eisenstuck zur Verfügung gestellt hat", der Exekutive einen verfassungswidrigen Eingriff in die Befugnisse der Justizgewalt zumuthe.

Man einigte sich schließlich über eine andere Fassung der zweiten Forderung.

Am 23. März Mittags 1 Uhr nahm der Minister Rivas das Ultimatum in Empfang. Der Wortlaut desselben liegt in Abschrift bei.

Am 24 März 1½ Uhr langte in Corinto die telegraphische Meldung des Korvettenkapitäns Stubenrauch an, daß das Kabinet sich den Forderungen des Ultimatums zu fügen verspreche, und daß er in Folge dessen durch Vermittelung des Ministers den Kommandanten S. M. Schiff „Medusa" den hierfür bereit gehaltenen Befehl zur Sistirung der Feindseligkeiten vor Greytown zugefertigt habe.

Am 30. März trafen die zur Ceremonie des Saluts kommandirten Truppen von Nicaragua in Stärke von 280 Mann mit Offizieren und einem Musikkorps und mit drei Feldgeschützen unter dem Befehl des Obrest Mendez in Corinto ein.

Am 31 früh erschien der Spezialbevollmächtigte Medina an Bord der „Elisabeth" zur Vorzeigung seiner Beglaubigungsschreiben. In seiner Begleitung befand sich auch der Präfekt von Leon.

Am selben Morgen erfolgte zunächst auf Grund der stattgehabten Verabredungen die Baarauszahlung der als Reparation für die Beleidigung und Mißhandlung der Kaiserlichen Konsularbeamten verlangten Summe von 30 000 Dollars, sodann Nachmittags die Salutirung der deutschen Flagge genau in Gemäßheit der vierten Bedingung des Ultimatums, worauf die Flagge Nicaraguas von Bord der „Elisabeth" in üblicher

Weise salutirt wurde, und schließlich die Unterzeichnung des Eingangs erwähnten Protokolls durch den Kaiserlichen Geschäftsträger und den Spezialbevollmächtigten von Nicaragua.

Am 6. April erhielt Herr v. Bergen eine Note des Ministers Rivas mit beglaubigter Abschrift des in Uebersetzung beiliegenden Urtheils gegen den Ex-Alkalden von Leon, Balladares.

Gleichzeitig ging ihm die Nachricht zu, daß die liegen gebliebene Untersuchung gegen den Sergeanten, welcher das Polizei-Detachement am 29. November 1876 geführt hatte, wieder aufgenommen sei. Außerdem ließen der Präsident und der Minister dem Kaiserlichen Geschäftsträger die Versicherung ertheilen, sie würden nicht ruhen, bis alle Schuldigen bestraft seien. Ob diese Zusicherung sich hinsichtlich der schuldigen Privatpersonen erfüllen wird, erscheint geringfügig, nachdem die Schuld selbst feierlich anerkannt und der zumeist schuldige Beamte streng bestraft worden ist, das frühere Verhalten der Gerichts- und Verwaltungsbehörden nicht mehr als unanfechtbar und tadellos hingestellt wird, sondern die von denselben geführten Untersuchungen und gefällten Entscheidungen als der Revision fähig und bedürftig anerkannt worden sind; denn hiermit zerfallen alle früheren Rechtsdeduktionen und die darauf gestützten Klagen über unberechtigte Forderungen eines mächtigen gegen einen unschuldigen schwächeren Staat in sich, zumal die Landesregierung Reparation für die angegriffenen und beleidigten Konsularbeamten des Reichs und internationale Genugthuung für die deutsche Flagge gewährt hat.

Die Mäßigung der Kaiserlichen Regierung, welche auch nach dem Erscheinen eines Geschwaders, trotz der dem Reich durch die Entsendung des letzteren auferlegten Opfer, die vor Jahresfrist gestellten Forderungen nicht erhöht hat, ist selbst in Nicaragua anerkannt worden. Auch hat sich ergeben, daß das Kabinet von Managua nicht nur diplomatisch isolirt war, sondern sogar im eigenen Lande eine große Partei gegen sich hatte, es ihm daher schwer gefallen sein würde, für den ursprünglich beabsichtigten Widerstand in dem Lande nachhaltige Unterstützung zu finden.

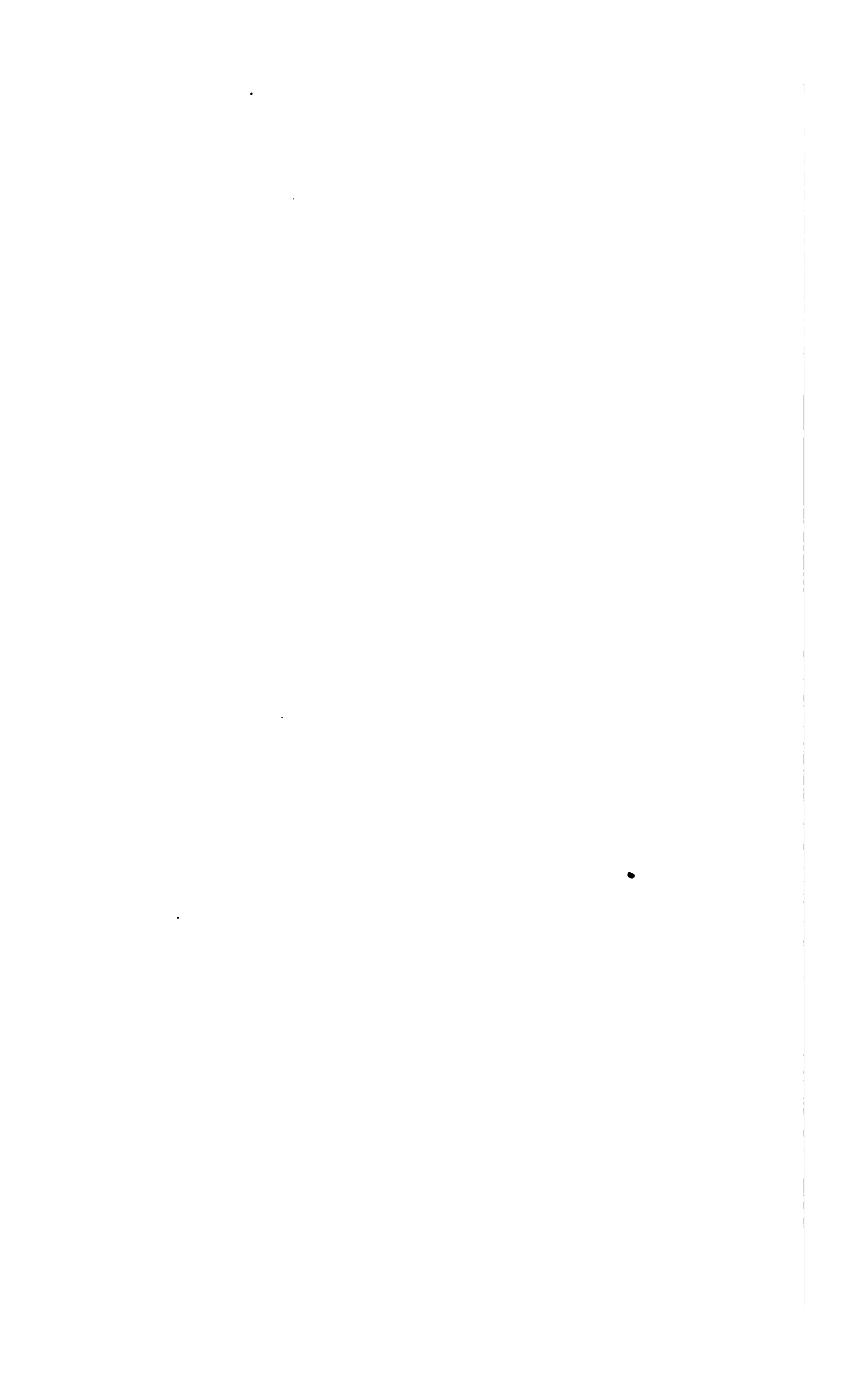
Wir hoffen deshalb um so mehr, daß diese ehrenvolle Lösung, deren Erreichung ohne Gewalt gewiß auch dem Geschick und der Mäßigung des diplomatischen Vertreters des Reichs und des Geschwader-Chefs zu danken ist, nicht nur den Interessen Deutschlands, sondern auch der Rechtssicherheit und Stellung der Ausländer und der fremden Vertreter in Nicaragua überhaupt, welche neuerdings auch anderen Regierungen zu vielen Klagen Anlaß gegeben hatte, zum dauernden Nutzen gereichen werde.

Euere rc. rc. sind ermächtigt, der dortigen Regierung, wenn Sie es wünscht, Abschrift dieses Erlasses und seiner Anlagen mitzutheilen.

Der Reichskanzler.

In Vertretung:
(gez.) Bülow.

Die
Aera der Wirthschaftsreform.



16. Die Steuerreform.

Von der Landtagssession.

1878. 19. November. Eröffnung der Landtagssession.

Aus der Thronrede:

„Die Staatsregierung nimmt für die beginnende Session Ihre Mitwirkung vor Allem zur Lösung der Schwierigkeiten in Anspruch, welche auf dem Gebiete der Finanzverwaltung hervorgetreten sind. Zwar hat das letzte Verwaltungsjahr, wie Sie aus der Ihnen alsbald vorzulegenden Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben desselben ersehen werden, wiederum noch einen nicht unerheblichen Ueberschuß ergeben. Allein die abermalige Erhöhung des Matrikularbeitrages für das Reich nimmt diesen Ueberschuß fast vollständig in Anspruch, so daß nur ein geringfügiger Betrag davon für die Ausgaben des nächsten Jahres zur Verfügung bleibt. Bei diesen Ausgaben ist außer dem erhöheten Matrikularbeitrag für das Reich ein beträchtlicher Mehraufwand zur Verzinsung der öffentlichen Schuld und für einige andere unabweisliche Bedürfnisse vorzusehen, während Ersparungen nur in geringem Umfange thunlich erscheinen, wenn die Schädigung wichtiger Interessen und die Verkümmerung erfreulicher Entwickelungen vermieden werden soll. Große einmalige Einnahmen, wie sie in den diesjährigen Etat eingestellt werden konnten, sind für das nächste Jahr auch nur in annähernder Höhe nicht vorhanden, die regelmäßigen Einnahmequellen des Staates aber lassen unter dem leider noch fortdauernden Druck, der so lange schon auf fast allen Gebieten der Erwerbsthätigkeit lastet, ein irgend ins Gewicht fallendes Mehrerträgniß nicht in Aussicht nehmen. Die Einnahmen reichen daher auch zur Deckung der ordentlichen Ausgaben nicht hin.

Die zur nothwendigen baldigen Beseitigung dieses Mißverhältnisses erforderlichen Mittel werden auf dem dem Reiche überwiesenen Gebiete der Besteuerung zu suchen und, wie die Staatsregierung fest vertraut, zu finden sein; — bis dahin aber wird es nöthig sein, die zur Ergänzung der Einnahmen des nächsten Staatshaushalts-Etats erforderlichen Mittel im Wege der Anleihe zu beschaffen.

Der nach diesen Gesichtspunkten aufgestellte Etat und ein denselben ergänzendes besonderes Anleihegesetz werden Ihnen unverzüglich vorgelegt werden.

In der Etatsaufstellung kommen mehrere Aenderungen in den Ressortsverhältnissen der Ministerien zum Ausdruck, deren Bedürfniß schon seit längerer Zeit hervorgetreten war. Die bedeutende Zunahme einzelner Geschäftszweige, die dadurch hervorgerufene übermäßige Belastung der betreffenden Ministerien und die Erwägung, daß gleichartige Angelegenheiten richtiger unter gemeinsamer Leitung zu vereinigen sind, haben dahin geführt, mit einer veränderten Eintheilung vorzugehen. Insoweit durch diese Veränderungen die anderweitige Regelung einzelner gesetzlicher Kompetenzbestimmungen bedingt ist, wird Ihnen ein darauf bezüglicher Gesetzentwurf vorgelegt werden“.

Die preußischen und die Reichsfinanzen.

Rede des Finanzministers Hobrecht bei der Vorlegung des Staatshaushalts-Etats.

Es ist in der Thronrede schon darauf hingewiesen worden, daß das abgeschlossene Wirthschaftsjahr 1877/78 mit einem Ueberschuß abgeschlossen hat. Der Etat für 1877 78 enthält ein Gleichgewicht von Einnahme und Ausgabe mit 657,500,000 Mark. In Wirklichkeit sind die Einnahmen um 7,400,000 Mark zurückgeblieben, es sind dagegen an den Ausgaben Ersparnisse von 12,600,000 Mark gemacht, diese zusammengenommen und eine kleine Einnahme aus der Lauenburger Restverwaltung von 200,000 Mark zugerechnet giebt einen Ueberschuß des abgelaufenen Jahres von 5,400,000 Mark. — — —

Dieser Ueberschuß kommt leider dem Haushaltsetat für das nächste Jahr nicht zu statten. Der Reichshaushalts-Etat für das laufende Jahr hat eine Erhöhung der Matrikularbeiträge um 5,119,345 Mark gebracht, es wird dadurch der Ueberschuß des vergangenen Jahres bis auf einen unerheblichen Rest in Anspruch genommen.

In den Etat des laufenden Jahres konnte noch ein Ueberschuß aus dem Vorjahre von 16,446,000 Mark eingestellt werden, außerdem eine letzte Zahlung aus der französischen Kriegskontribution von 16¼ Millionen. Es blieb noch ein Ueberschuß von über 30 Millionen zur Bestreitung der einmaligen und außerordentlichen Ausgaben. Sie wissen, daß außerdem eine Anleihe zu diesem Zweck im Betrage von 42 Millionen aufgenommen worden ist.

Hiernach ließ sich vorhersehen, daß die Aufstellung des Staatshaushalts-Etat für das nächste Jahr mit bedeutend größeren Schwierigkeiten zu kämpfen haben würde, als sie bei der letzten Etatsberathung hervorgetreten sind.

Die Gesammtausgaben belaufen sich auf 717,325,308 Mark, es bleibt also (gegenüber der Gesammteinnahme von 642,575,308 Mark) im Ganzen ein Betrag von 73,750,000 Mark Defizit (durch die voraussichtlichen Einnahmen nicht gedeckt).

Für die Beurtheilung unserer ganzen Finanzlage und für die Entscheidung darüber, wie diesem Defizit zu begegnen sei, tritt die Frage in den Vordergrund, ob wir es mit einem vorübergehenden, durch die ungünstigen Zeitumstände hervorgerufenen Mißverhältnisse zwischen den Einnahmen und Ausgaben zu thun haben, oder ob den gesteigerten und immer noch steigenden Bedürfnissen des Staates gegenüber eine dauernde Unzulänglichkeit der Einnahmen wird angenommen werden müssen. Es ist ja natürlich, daß diese Frage nur bedingungsweise beantwortet werden kann, die Antwort wird mehr oder minder von willkürlichen Muthmaßungen abhängen; aber die Finanzverwaltung hat jedenfalls die Pflicht, alle die Monate, welche auf die Beantwortung der Frage bestimmen-

einwirken können, so scharf als möglich ins Auge zu fassen, sie wird sich jedenfalls nur mit größtem Widerstreben dazu bequemen, anzuerkennen, daß der Zustand, der in Preußen durch so lange Jahre möglich gewesen ist, daß die ordentlichen Einnahmen ausgereicht haben zur Deckung der nothwendigen Ausgaben, daß dieser Zustand unter den jetzigen Verhältnissen ohne extraordinäre Mittel, ohne Eröffnung neuer Einnahmequellen, nicht mehr zu erreichen sei. Es ist gewiß auch mit einem hohen Grade von Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß in den nächsten Jahren eine Steigerung in unseren Einnahmen eintreten wird.

(Der Minister begründet diese Hoffnung näher in Bezug auf die Domänenverwaltung, die Forstverwaltung, die Stempelsteuer, die direkten Steuern und die Bergwerksverwaltung — und fährt dann fort:)

Meine Herren, ich habe damit die Betriebsverwaltungen und Ueberschußverwaltungen aufgezählt, deren Erträge für die Einnahmen unseres Staatshaushalts-Etat vorzugsweise bestimmend und maßgebend sind, ich habe da bei allen sicher nicht zu ungünstig eine Steigerung, eine Zunahme vorausgesetzt, aber diese Zunahme ist auch abhängig von einer Zunahme des Verkehrs im Allgemeinen, sie ist abhängig von der Zunahme der Bevölkerung, von der Steigerung der produktiven Arbeit in unserem Volke, von der Zunahme des Wohlstandes.

Will man auf eine dauernde Beseitigung des jetzigen Mißverhältnisses, des jetzigen Verhältnisses zwischen den Einnahmen und Ausgaben im Staate rechnen, so wird man also annehmen müssen, daß auch bei den Ausgaben entweder ein Stillstand oder doch ein sehr wesentlich vermindertes Tempo des Wachsens eintreten werde.

Nun wird man aber der bisherigen Finanzverwaltung das Zeugniß nicht versagen können, daß sie Steigerungen im Ausgabe-Ordinarium selbst in den Jahren der glänzendsten Einnahmen nur mit der größten Vorsicht und nur unter dem Druck einer zwingenden Nothwendigkeit zugestanden hat. Will man richtig rechnen, so wird man von der Annahme ausgehen müssen, daß auch bei den Ausgaben nach demselben Verhältniß wie bei den Einnahmen eine Steigerung eintreten wird nach Maßgabe der Zunahme der Bevölkerung, der Zunahme des Wohlstandes.

Es ist Ihnen ein Promemoria erinnerlich, welches im Winter des Jahres 1868/69 der damalige Finanzminister aufstellte, in dem er eine der gegenwärtigen sehr ähnlichen Lage der preußischen Finanzverwaltung darlegte, indem er darauf hinwies, daß in den unmittelbar vorhergegangenen Jahren im allgemeinen wirthschaftlichen Interesse eine ganze Reihe indirekter Abgaben der verschiedensten Art aufgehoben worden seien. Seit jener Zeit ist nun eine Reihe ähnlicher Maßregeln ausgeführt worden, und aus demselben Grunde ist eine Reihe von Einschränkungen in unseren Einnahmen erfolgt. Ich führe an die Aufhebung der Schlacht- und Mahlsteuer, die Kontingentirung der Klassensteuer, die Beseitigung des Zeitungsstempels, die Aufhebung der Chausseezölle, die Verminderung und Beseitigung einiger Stempelabgaben, Verminderung der Gewerbesteuer u. s. w. Diese Ausfälle sind ungefähr auf 35 Millionen Mark jährlich zu veranschlagen; irgend welche nennenswerthe Mehreinnahmen demgegenüber sind in dieser Zeit nicht eingetreten. Dagegen ist in Folge des ungeheueren Aufschwungs der allgemeinen wirthschaftlichen Verhältnisse das Maß der Ansprüche, die allseitig an die Leistung des Staates gemacht werden, auf ein Niveau gestiegen, welches bedeutend höher liegt, als vor einem Jahrzehnt. Es ist also kein Wunder, wenn gegenwärtig die Schwierigkeiten verdoppelt sind. Es hat auch Seitens der Staatsregierung nicht an Bemühungen gefehlt, diesem vorherzusehenden Uebel zu begegnen. Es ist dies zuletzt in den durch meinen Herrn Amtsvorgänger vorbereiteten Gesetzentwürfen geschehen, die dem Reichstag Anfangs dieses Jahres vorgelegt wurden. In den Motiven des Gesetzes über eine Erhöhung der Tabaksteuer ist ausdrücklich hervorgehoben, es werde die Aufgabe der Reichs-Finanzverwaltung sein, dafür zu sorgen,

daß die eigenen Einnahmen des Reiches vermehrt und dadurch die Matrikularbeiträge der einzelnen Staaten herabgesetzt werden, daß die einzelnen Staaten in den Stand gesetzt werden, durch Ueberschüsse, die ihnen überwiesen werden, theils lästige Steuern zu beseitigen, theils die Kommunen durch Ueberweisung von Steuern oder durch Steuerreformen zu erleichtern. **Ich halte dieses Ziel fest** und ich glaube, daß die ganze Entwickelung unserer Verhältnisse dahin weist, in einer Ausbildung der dem Reich überwiesenen Zölle und Verbrauchssteuern die Hülfsmittel zu suchen, um den nicht blos in Preußen, sondern auch in anderen Bundesstaaten hervorgetretenen Schwierigkeiten in der Finanzlage zu begegnen, und um uns in den Stand zu setzen, im Interesse der Kommunalverbände Steuerreformen herbeizuführen.

Meine Herren! Die direkten Steuern in Preußen, also die Grund- und Gebäudesteuer, die Gewerbesteuer, die Klassen- und Einkommensteuer sind an sich gewiß nicht unverhältnißmäßig hoch, was sie aber dem Steuerzahler drückend macht, das ist der Umstand, daß Gemeinden, Kreise und Provinzen darauf angewiesen sind, ihre Bedürfnisse durch Zuschläge zu diesen Steuern zu decken, und daran kann und wird auch die Reform der Kommunalsteuergesetzgebung nichts Wesentliches ändern. Die Einkommensteuer hat gewiß Vorzüge, aber diese bleiben nur so lange, als die Steuer nicht eine unbequeme Höhe erreicht; übersteigt die Steuer ein gewisses Maß, so verwandeln sich diese Vorzüge in eben so viele Nachtheile, in ihr Gegentheil um; dann giebt es keine Steuer, die so ungerecht und unbillig drückt und keine Steuer, die in solchem Umfange nach meiner Ueberzeugung mit so übler sittlicher Wirkung defraudirt wird, wie die Einkommensteuer.

Ich glaube also, daß der Staat, weit entfernt, in einer etwa höheren Anspannung der direkten Steuern ein Mittel zur Abhülfe des gegenwärtigen Zustandes zu suchen, vielmehr darauf hingewiesen ist, nach Möglichkeit für eine Erleichterung auf diesem Gebiete im Interesse der Kommunen zu sorgen.

Ich glaube, daß diese Forderung von Jahr zu Jahr mit steigender Schärfe an ihn herantreten wird. Denn mehr noch, als auf dem Gebiete der Staatsverwaltung, sind in den Gemeinden in allen Kommunalverbänden die Ansprüche an die Leistungen der Korporationen gestiegen. Dem gegenüber wird der Staat aber auch die Verpflichtung anerkennen müssen, für die Erleichterung der Kommunen in finanzieller Beziehung zu sorgen und eine Reform der direkten Steuern in dem eben angegebenen Interesse durchzuführen, die ja doch für den Staatshaushalts-Etat nur die Wirkung haben kann, daß die Einnahmen aus den direkten Steuern eine Einschränkung erfahren.

So weist, meine Herren, dieses Reformbedürfniß ebenso, wie das gegenwärtige Defizit im Staatshaushalt darauf hin, die Abhülfe da zu suchen, wo sie jedenfalls auf die dem Steuerzahler am wenigsten drückende Weise gewährt werden kann, nämlich auf dem Gebiete der dem Reich überwiesenen indirekten Steuern.

Hier tritt ja zu der großen Schwierigkeit, die in der sachlichen Verschiedenheit der Meinungen besteht, auch noch die formelle hinzu, daß wir es mit zwei verschiedenen Vertretungskörpern zu thun haben, dem einen, der das Maß des Bedürfnisses feststellen, und dem andern, der die Mittel der Abhülfe gewähren soll; dem einen, der zu bewilligen, dem andern, der sein volles Recht der Mitwirkung an der Verwendung zu beanspruchen hat.

Aber ich habe die Ueberzeugung, daß, wenn Sie eingehend und sachlich den Etat berathen und bei dieser Berathung dazu kommen, im Allgemeinen dem Urtheil zuzustimmen, welches ich über die Lage unserer Finanzen angedeutet habe, daß es dann Ihnen auch nicht schwer werden wird, diese formale Schwierigkeit durch Ihre Beschlüsse zu beseitigen, die Brücke zu bauen zwischen den betheiligten Körperschaften und die Entschließung der Reichsinstanz in einer wirksamen Weise vorzubereiten.

Für die Feststellung des nächstjährigen Staatshaushalts-Etats kann ja die Entschließung der Reichsbehörden von keinem Einfluß mehr sein. Hier ist also eine besondere Aushülfe zur Beseitigung des augenblicklichen Mißverhältnisses nothwendig. Das Gleichgewicht zwischen den Einnahmen und Ausgaben wieder herzustellen, giebt es hier nur das eine Mittel der Anleihe.

Die Theilung des Handelsministeriums.

(Aus der bez. Denkschrift.)

Die in der Rede zur Eröffnung des Landtages angekündigten Veränderungen in den Geschäftskreisen mehrerer Ministerien betreffen einestheils die Uebertragung der Domainen- und Forstverwaltung von dem Finanzministerium auf das Ministerium für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten, anderntheils eine Theilung des Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten. In diesen beiden Beziehungen waren Anträge Seitens der Regierung bereits in der letzten Landtagssession gestellt worden, aber nicht mehr zu eingehender sachlicher Erörterung gelangt.

Die allgemeinen Gesichtspunkte, welche für die Uebertragung der Domainen- und Forstverwaltung auf das landwirthschaftliche Ministerium geltend gemacht wurden, schienen schon damals wesentliche Zustimmung zu finden, und sind jetzt in einer dem Staatshaushalts-Etat beigefügten Denkschrift noch näher ausgeführt.

In Betreff des Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten hält die Regierung an der Nothwendigkeit der Theilung fest, macht jedoch über die Art und Weise der künftigen Eintheilung veränderte Vorschläge.

Der Geschäftsbericht des Ministeriums umfaßt gegenwärtig in 5 Abtheilungen

1. das Berg-, Hütten- und Salinenwesen,
2. das Eisenbahnwesen, und zwar:
   a) die Angelegenheiten der Staatsbahnen und der unter der Verwaltung des Staats stehenden Privatbahnen,
   b) die Staatsaufsicht über die Angelegenheiten der übrigen Privatbahnen,
3. das Bauwesen,
4. Handels- und Gewerbe-Angelegenheiten.

Die nähere Darlegung der Aufgaben der verschiedenen Abtheilungen ergiebt, daß das Ressort des Ministeriums sich gegenwärtig über ein überaus weites Gebiet erstreckt und Verwaltungszweige verschiedener Art in sich begreift, die für die Entwickelung des Verkehrswesens und des gewerblichen Lebens wie für die Landeswohlfahrt im Allgemeinen von hervortretender Bedeutung sind und mannigfache Aufgaben von großer Wichtigkeit mit sich bringen. Die sachgemäße Erledigung derselben erheischt die Thätigkeit eines zahlreichen Beamtenpersonals und stellt bei der Mannigfaltigkeit der zu einem Ressort verbundenen Angelegenheiten so große Ansprüche an die Kräfte und an die Zeit des leitenden Ministers, daß eine Person auf die Dauer nicht im Stande ist, das Arbeitsfeld so zu beherrschen, wie solches im Interesse des Landes nothwendig erscheint.

Den hieraus sich ergebenden Uebelständen sollte nach dem früheren Entwurfe durch die Errichtung eines eigenen Eisenbahn-Ministeriums abgeholfen werden. Die Staatsregierung hat die Bedenken, welche bei den Verhandlungen im Hause der Abgeordneten über diesen Gesetzentwurf erhoben wurden, eingehend erwogen und glaubt, wenngleich von der Zweckmäßigkeit der damaligen Vorlage auch jetzt noch überzeugt, doch auch in der Abzweigung der Angelegenheiten von Handel und Gewerbe und Einschränkung des bisherigen Ministeriums auf ein Ministerium der öffentlichen Arbeiten, umfassend die Bau-Abtheilung, die beiden Eisenbahn-Abtheilungen und die Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung, ein Auskunftsmittel finden zu können.

Allerdings wird dem so gestalteten Ministerium noch eine unverhältnißmäßig große Geschäftslast verbleiben; dieser Uebelstand aber durch andere Vortheile aufgewogen werden. Für die Erhaltung der bisherigen Verbindung des Bauwesens mit der Eisenbahnverwaltung spricht nicht allein die in wesentlichen Beziehungen vorhandene Gleichartigkeit der Ausbildung der zahlreichen technischen Organe beider Verwaltungszweige, sondern vor Allem der Umstand, daß die Verbindung des Eisenbahnwesens mit der Verwaltung der übrigen Verkehrsmittel: der Wege, soweit sie noch der staatlichen Fürsorge unterliegen, der Ströme, Kanäle und Häfen, eine größere Fruchtbarkeit des Ressorts für das wirthschaftliche Gedeihen des Landes verheißt.

Durch die Vereinigung unter einen Ressortchef werden die Verwaltung des Eisenbahnwesens und die Staatsbauverwaltung bei ihren Maßnahmen vor Einseitigkeit leichter bewahrt bleiben, und es wird dadurch die Hebung und Erleichterung des Verkehrs nach einheitlichen Gesichtspunkten des Mehreren gesichert. Der Einfluß dieser Rücksichten erfährt bezüglich der Eisenbahnverwaltung durch das Verbleiben der Bergabtheilung bei dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten eine Verstärkung, insofern die Montan-Industrie auf die Benutzung der Eisenstraßen nicht weniger als der Wasserwege angewiesen ist.

Für die Verwaltung von Handel und Gewerbe, soweit dieselbe noch Sache des Einzelstaates, soll ein besonderes Ministerium für Handel und Gewerbe aus der Abtheilung für Handel und Gewerbe in dem jetzigen Handelsministerium errichtet werden, als dessen Chef derjenige preußische Staatsminister gedacht ist, welcher als Präsident des Reichskanzler-Amts die Handels- und Gewerbeangelenheiten bei dem Reiche verwaltet, — analog dem in mancher Hinsicht gleichartigen Vorgange bezüglich der Vereinigung der Verwaltung des preußischen „Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten“ und der Leitung der Geschäfte des „Auswärtigen Amtes“ beim Reiche in der Hand des Reichskanzlers bezw. des Staatssekretärs.

Nachdem in der Reichsverfassung die Fürsorge für Handel und Gewerbe in den wichtigsten Beziehungen dem Reiche übertragen worden ist, beschränkt sich die Thätigkeit des Einzelstaates auf diesem Gebiete neben der Förderung bestimmter lokaler Interessen auf die Unterstützung der Reichsverwaltung und die Vorbereitung der von ihr für erforderlich erachteten reichsseitigen Gesetze und Verordnungen. Unverkennbar wird die Aufgabe der Reichsverwaltung erleichtert, vereinfacht und kräftig gefördert, wenn in persönlicher Verbindung der Chef des betreffenden Reichsamts das preußische Ministerium für Handel und Gewerbe leitet — während umgekehrt auch die Verwaltung des Letzteren aus dieser Vereinigung Vortheile ziehen wird. Mehrausgaben dürften von dieser Einrichtung nicht wohl erwachsen, da der Präsident des Reichskanzleramts bereits aus der Reichskasse das Ministergehalt empfängt und fortbeziehen wird.

Diese Erwägungen treffen auf das zur Zeit vom Handelsministerium ressortirende technische Unterrichtswesen nur in Betreff der wissenschaftlichen Vorbereitung der Seeschiffer und Steuerleute zu, welche durch ihre gesammten Verhältnisse in vielfacher Beziehung zum Reiche stehen.

Die übrige technische und gewerbliche Unterrichtsverwaltung des jetzigen Handelsministeriums, nämlich die polytechnischen Schulen, die mittleren und die niederen gewerblichen Unterrichts-Anstalten verschiedener Art, die gewerblichen Zeichnenschulen und die Förderung des Kunstgewerbes durch Unterricht und Anlegung von Museen sind indeß lediglich ein Gegenstand der Fürsorge des Einzelstaates. Die Staatsregierung glaubt, daß es sich unter diesen Umständen empfiehlt, diesen Theil der Geschäfte des jetzigen Handelsministeriums dem neuen nicht zu belassen, dieselben vielmehr mit der allgemeinen Unterrichtsverwaltung und der Pflege der schönen Künste zu verbinden und demgemäß an das Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten zu überweisen. Die gewerblichen Fortbildungsschulen sind bereits vor einigen Jahren wegen ihrer engen Beziehungen zur allgemeinen

Fortbildungsschule und zur Volksschule vom Handelsministerium auf das Unterrichtsministerium übertragen worden. Die Provinzial-, Kunst- und Bauhandwerkerschulen, von deren Mehrzahl die gewerblichen Zeichnenschulen sich fast nur durch den Namen unterscheiden, gehören schon lange demselben Ressort an. Da die Baukunst an den technischen Hochschulen einen der wichtigsten Gegenstände des Unterrichts ausmacht, so müssen auch diese Anstalten derselben Stelle untergeordnet sein, welcher die Pflege der Kunst obliegt. Auch für andere Fächer der technischen Hochschulen, außer der Architektur, besonders für die Mathematik und die Naturwissenschaften bestehen Beziehungen zur allgemeinen Unterrichtsverwaltung, welche, abgesehen von räumlichen und finanziellen Hindernissen, die Theilung der polytechnischen Schulen unter mehreren Ressorts ausschließen. Diesen Anstalten werden aber auch die Gewerbeschulen folgen müssen.

Die gewerblichen Zeichnenschulen, die Baugewerk- und Werkmeisterschulen berühren sich mit der Fortbildungs- und Volksschule.

Nicht weniger eng endlich hängen das Kunstgewerbe und die zu seiner Hebung bestimmten Anstalten, denen auch die Königliche Porzellan-Manufaktur beizuzählen ist, mit der sogenannten hohen Kunst zusammen. Es wird beabsichtigt, Einrichtungen zu treffen, durch welche das Interesse, welches die Staatsbau- und Eisenbahnverwaltungen an der Ausbildung der Architekten, Ingenieure und Maschinentechniker haben, zur Geltung gelangt und der Handels- und Gewerbeverwaltung ermöglicht wird, in den für sie wichtigen Fragen des technischen Unterrichtswesens mitzuwirken, so daß die Interessen dieser beiden Ressorts auch künftig vollständig gesichert sein werden.

Berathungen über die veränderte Eintheilung der Ministerien.

Die Aenderungen in der Eintheilung der Ministerien, welche Seitens der Regierung schon im vorigen Frühjahr in Aussicht genommen waren, damals aber vom Abgeordnetenhause nicht mehr in nähere Berathung genommen wurden, sind in etwas anderer Gestalt von Neuem bei der Aufstellung des Staatshaushalts-Etat für das nächste Jahr zu Grunde gelegt und durch eine besondere Denkschrift begründet worden.

Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses hat die in Aussicht genommenen Veränderungen auf Grund der erwähnten Denkschrift eingehend berathen.

Die Vereinigung der Verwaltung der Domänen und Forsten mit dem Ministerium für Landwirthschaft, welche schon bei den Erörterungen im Frühjahr fast allseitig als zweckmäßig anerkannt worden war, fand auch jetzt die Zustimmung der großen Mehrheit der Kommission.

Was die Theilung des bisherigen „Ministeriums für Handel und Gewerbe“ betrifft, so wurde seitens der Regierung noch Folgendes geltend gemacht:

„Nach Seiten der Gesetzgebung liegt der Schwerpunkt bezüglich der meisten Zuständigkeiten der Handelsabtheilung gegenwärtig bei dem Reiche. Beispielsweise die hervorragende Stellung, welche früher dieser Abtheilung auf dem Gebiete des Zollwesens zugefallen ist, darf gegenwärtig gar nicht mehr in Anspruch genommen werden. Dagegen bestehen gerade in Folge dieser veränderten Verhältnisse die lebhaftesten Beziehungen zwischen dem Reichskanzleramt und der Handelsabtheilung des preußischen Ministeriums. Ersteres entbehrt der eigenen Verwaltung in Handels- und Gewerbesachen, bedarf aber der Zuführung der aus solcher Verwaltung erwachsenden Kenntniß der thatsächlichen Verhältnisse; das entsprechende Material für die Gesetzgebung kann nur durch die Landesverwaltung beschafft werden. Ist dies nun auch bisher schon geschehen, so läßt sich doch nicht in Zweifel ziehen, daß eine nähere Verbindung des Reichskanzleramts mit der Landesverwaltung des größten deutschen Staats die erheblichste

geschäftliche Erleichterung gewähren und die geeignetste sachliche Förderung herbeiführen wird.

In Betreff des künftigen Ministeriums der öffentlichen Arbeiten hob der Minister Maybach hervor, daß der Umfang desselben immerhin noch ein zu bedeutender sein werde, zumal auf dem Gebiete des sich immer mehr ausdehnenden Eisenbahnwesens der Verwaltung noch große und schwierige Aufgaben, auch organisatorischer und gesetzgeberischer Natur, bevorständen. Es könne ein solcher Zustand nur hingenommen werden in der Erwartung, daß die Wirksamkeit des Reiches auf dem Gebiet des Eisenbahnwesens die durchaus nothwendige Erweiterung erfahre, wodurch für das preußische Eisenbahnministerium eine entsprechende Entlastung gewonnen werde. Diese Erweiterung werde von der Regierung eifrigst angestrebt, insbesondere dahin, daß der von derselben im Jahre 1876 bei Vorlage des Gesetzes wegen Uebertragung des preußischen Staats-Eisenbahnbesitzes auf das Reich eingenommenen und von den beiden Häusern des Landtags gebilligten Stellung gemäß, auch die Staatsaufsicht über das Eisenbahnwesen in weitem Umfange auf das Reich übergehe. Es seien zu dem Ende entsprechende Gesetzentwürfe, und zwar: der Entwurf eines Reichsgesetzes über das Eisenbahnwesen, dazu eines Entwurfs über die Errichtung eines Reichseisenbahnrathes, wie eines solchen über die Errichtung eines Eisenbahnverwaltungs-Gerichtshofes ausgearbeitet.

Dem Reiche gebühre die volle Aufsicht über das Eisenbahnwesen, als einer in erster Linie der öffentlichen Wohlfahrt gewidmeten nationalen Transportanstalt. Die großen Schwierigkeiten der Aufgabe unterschätze die Staatsregierung übrigens nicht. Dieselben lägen bekanntlich weniger auf dem eigentlich technischen, als auf einem anderen Gebiete.

Der Minister erklärte, daß eine Resolution, wie sie vorgeschlagen war, welche die Regierung ermuntern solle, auf dem seit 1876 in Aussicht genommenen Wege kräftig fortzuschreiten, der Regierung nur genehm sein könne.

Bei der Berathung im Hause selbst erklärte sich die Mehrheit gleichfalls mit den von der Staatsregierung geltend gemachten Auffassungen und mit sämmtlichen Anträgen der Kommission einverstanden.

In Betreff der Personalverbindung des preußischen Handelsministeriums mit der betreffenden Reichsverwaltung wurde namentlich betont, daß damit der Reichspolitik der größte Vorschub geschehe.

„Wir müssen dies thun (sagte der Abgeordnete Miquél), weil dem Reiche Vorschub zu leisten die vornehmste Aufgabe des preußischen Staates ist. Wir können dies thun, weil hier wie in anderen Fragen ein wohlverstandenes preußisches Interesse in vollem Einklange mit den Reichsinteressen besteht; denn es ist durchaus unwiderleglich, daß es kein preußisches Gewerbe und keinen preußischen Handel mehr giebt, sondern nur noch ein deutsches Gewerbe und einen deutschen Handel, und daß also die Beförderung von Handel und Gewerbe, die Gesetzgebung, die Maßregeln zur Hebung desselben seit Erlaß der Reichsverfassung Aufgabe des Deutschen Reichs geworden sind."

Dezember. Der kleine Belagerungszustand in Berlin.

Virchow und die guten Revolutionäre.

Die Erörterung über die außerordentlichen Sicherheitsmaßregeln für Berlin hat einem der hervorragenden Führer der Fortschrittspartei Anlaß zu einer leb-

überraschenden und befremdlichen Aeußerung über Revolution und Revolutionäre gegeben.

Auf die Rede, in welcher der Minister des Innern die Gründe der Regierung für die getroffenen Maßregeln dargelegt, erwiederte zunächst der fortschrittliche Abgeordnete Dr. Virchow; derselbe räumte ein, daß der Minister, da das Sozialistengesetz einmal gegeben sei, die volle Verpflichtung habe, dasselbe auszuführen, und daß er an des Ministers Stelle vielleicht ebenso gehandelt haben würde. Er hielt sich aber veranlaßt, im Namen der Berliner Abgeordneten vor dem Lande zu erklären, daß die Stadt Berlin speziell ein solches Gesetz nicht verdiene. Wenn Berlin der Heerd des Sozialismus geworden sei, so sei vor Allem die frühere Nachsicht der Polizei gegen die Sozialdemokratie daran Schuld. Wenn man aber für die jetzigen strengen Maßregeln die augenblickliche Epidemie des Fürstenmords geltend mache, so fehle doch die Berechtigung, um die aus Berlin ausgewiesenen Personen bezichtigen zu können, daß sie auch nur entfernt auf die Verwirklichung oder die Anpreisung des Königsmords hingewirkt haben.

Und nun fügte der fortschrittliche Führer die bemerkenswerthen Worte hinzu:

„Ja, meine Herren, es ist da ein großer Unterschied zwischen Revolutionär und Neigung zum Königsmord. Es giebt in vielen großen Städten Europas viele, ich kann wohl sagen, gute Revolutionäre, gewisse Radikale, die immer bereit sind, dabei zu sein, wenn es ein Bischen weiter geht, die ihr Leben einsetzen für die Sache, und denen es nachher nicht darauf ankommt, bei Gelegenheit eines Kampfes auch Andere zu tödten. Aber dieselben Personen, meine Herren, wären doch nicht zu haben, wenn es sich darum handelte, einen Mordversuch zu machen auf eine bestimmte Person. Das ist doch ein großer Unterschied, und es heißt doch in der That sich versündigen an dem guten Ruf der Revolutionäre, wenn man sie einfach zu Königsmördern stempeln will. So kann ich ja auch sagen, unter den Leuten, welche hier die großen Aufzüge machten, waren sicherlich viele Revolutionäre, die keinen Augenblick zweifelhaft gewesen sein würden, wenn es sich darum gehandelt hätte, den Straßenkampf zu beginnen. Aber, meine Herren, ganz anders liegt die Sache, wenn es sich darum handelte, die Waffen zu erheben, um einen einzelnen Mann anzufallen, wenn es auch nicht der Kaiser des Deutschen Reiches wäre."

Gegen diese Aeußerung wurde von konservativer Seite entschieden Verwahrung eingelegt.

Der fortschrittliche Abgeordnete Dr. Hänel bestritt dem Grafen Bethusy die Berechtigung zu der feierlichen Verwahrung gegen die Worte des Dr. Virchow: dieser habe durch seine Rede keinen Anlaß zu der Deutung gegeben, daß er eine gewaltsame Revolution, eine Revolution überhaupt gerechtfertigt hätte, — er habe nur davor gewarnt, daß man allgemeine revolutionäre Pläne und Anschauungen nicht verwechseln sollte mit Gelüsten zum Meuchelmord.

Der konservative Abgeordnete von Rauchhaupt trat zuvörderst der Behauptung von der Schuld der Berliner Polizei an dem Anwachsen der Sozialdemokratie entgegen. Die Polizei habe früher eben nach Lage der Gesetzgebung kein Recht, kein Mittel zum Einschreiten gehabt.

„Wäre es möglich gewesen, mit den bestehenden Gesetzen die Sozialdemokratie niederzuhalten, dann wäre das Sozialistengesetz nicht nothwendig gewesen."

Ueber die Aeußerung Dr. Virchow's in Betreff der Revolutionäre sagte der Abg. von Rauchhaupt:

„Herr Virchow hat von guten Revolutionären im Gegensatze zu Königsmördern gesprochen. Ich frage, was hat er mit dieser Unterscheidung aussprechen wollen? Hält er einen Revolutionär für gut und nur einen Königsmörder für schlecht? Ist das politische Fortschrittsmoral?"

Nachdem in der Sitzung vom 13. der freikonservative Abgeordnete Dr. Lucius auf die Worte des Abgeordneten Dr. Virchow mit der Bemerkung hingewiesen hatte: man höre reden von Berechtigung der Sympathie mit anständigen Re-

volutionären und von dem Unterschiede zwischen Straßenkämpfen und Attentaten auf den Monarchen, — als ob man überhaupt zweifelhaft sein könnte in Verurtheilung beider, — da kam Dr. Virchow selbst nochmals auf seine Aeußerung zurück und verwahrte sich dagegen, daß man ihm unterschiebe, er habe von anständigen Revolutionären gesprochen. Er wiederholte einen Theil seiner Worte, nämlich:

„Es giebt in vielen Großstädten Europas viele, ich kann wohl sagen, gute Revolutionäre, gewisse Radikale, die immer bereit sind dabei zu sein, wenn es ein Bischen weiter geht, die ihr Leben einsetzen für die Sache und denen es dabei nicht darauf ankommt, bei Gelegenheit eines Kampfes einen Anderen zu tödten. Aber diese Personen sind weit davon entfernt einen einzelnen Mord zu begehen, namentlich einen Königsmord" — und fügte hinzu: „Deshalb, habe ich gesagt, sei es allerdings nicht gerechtfertigt, Revolutionäre und Königsmörder einfach zusammen zu werfen. Ich halte jeden dieser Sätze in seiner Vollständigkeit aufrecht, und ich bestreite den Herren auf jener Seite vor allen Dingen das Recht das Wort „gut" im Sinne von „moralisch gut" zu nehmen."

„Ich habe nichts weiter thun wollen, als konstatiren — und das, glaube ich, sind wir den angegriffenen Männern schuldig — daß es in ganz Europa eine Reihe von Personen giebt, die immer Revolution machen, die insofern gute Revolutionäre sind, ich hätte auch sagen können, richtige Revolutionäre."

„So waren unter den Theilnehmern an den großen Aufzügen sicherlich viele Revolutionäre, die keinen Augenblick zweifelhaft gewesen wären, wenn es sich darum gehandelt hätte, den Straßenkampf zu beginnen."

Beim Jahreswechsel.

(„Provinzial-Correspondenz" vom 27. Dezember.)

Wir scheiden von einem Jahre tiefer Erschütterung und mächtiger politischer Bewegung: das Jahr 1878 wird den preußischen und deutschen Patrioten als eine Zeit lebhaften Schmerzes und tiefer nationaler Beschämung im Gedächtniß bleiben, als eine Erinnerung, die wir „mit Thränen, aber vergeblich" aus unserer Geschichte verlöschen möchten.

Aber nicht dem erneuten Rückblick auf die traurigen Ereignisse und Anzeichen, die alle Herzen und Geister so mannigfach bewegt haben, sollen diese Zeilen gewidmet sein, sondern dem Ausblick auf eine neue Entwickelung und Wirksamkeit, welche, so Gott will, aus jenen trüben Erfahrungen hervorgehen soll.

So schmerzlich und beschämend die Ereignisse des Frühjahrs gewesen sind, so haben sie doch den Glauben und die Zuversicht in Bezug auf die Grundlagen unseres staatlichen und gesellschaftlichen Lebens nicht zu erschüttern vermocht: gerade unter den schweren Sorgen und Aufgaben, die sich aus der augenblicklichen Erschütterung ergaben, hat sich vielmehr das Bewußtsein von der Kraft jener Grundlagen neu belebt, zugleich mit dem Bewußtsein der gemeinsamen Pflicht, auf dem Boden unserer geschichtlich bewährten Einrichtungen mit vollem sittlichen Ernst die Heilung der vorhandenen Schäden und eine weitere Entwickelung zum Heil und Gedeihen der Gesammtheit anzustreben.

Wenn sich, wie so oft in der Geschichte Preußens, auch nach diesen neuesten schweren Erfahrungen das gnädige Walten Gottes, welches aus dem Bösen Gutes erweckt, bereits erkennen läßt, so ist es vor Allem in der mächtigen Belebung, Stärkung und Sammlung aller Kräfte, welchen die Erhaltung und kräftige Entwickelung des Staatswesens auf den altbewährten politischen und sittlichen Grundlagen ernstlich am Herzen liegt.

Nicht blos die Liebe und Treue für den Kaiser, nicht blos das Bewußtsein von der segensvollen Bedeutung des Königthums für Staat und Volk sind in [illegible]

weitesten Kreisen von Neuem gestärkt und erhöht worden, sondern das staatliche Gefühl und Bewußtsein überhaupt hat sich unter dem Eindruck der drohenden Gefahr zu neuer Kraft und Klarheit entwickelt.

Das Wort von der Gemeinschaft der staatserhaltenden Kräfte hat seine Bedeutung nicht im Sinne irgend einer Parteipolitik, sondern als Bezeichnung einer unbefangenen, frei von allem Parteiwesen sich entwickelnden positiven Stimmung und Richtung des Volksbewußtseins.

Weithin in allen bürgerlichen Kreisen ist die Ueberzeugung lebendig geworden, daß die Gebrechen und Schwierigkeiten der Zeit nicht durch die weitere Entwickelung der Lehrmeinungen politischer Parteien geheilt und überwunden werden können, sondern nur durch eine feste Gemeinschaft praktischen Wollens und Strebens für eine gesunde Entwickelung auf den verschiedenen Gebieten des wirthschaftlichen und sittlichen Volkslebens.

Als die höchste der staatlichen und bürgerlichen Aufgaben und Pflichten ist jetzt, nachdem die Ausschreitungen revolutionärer Bestrebungen äußerlich bewältigt sind, auf allen Seiten die allmälige innere Heilung der irregeleiteten Gesinnungen erkannt: durch die Erkenntniß dieser Aufgaben aber werden alle bürgerlichen Kreise mehr und mehr auf die naturgemäßen Bedingungen der Erfüllung, auf die Anerkennung und Kräftigung der Grundlagen wahrer Sittlichkeit, auf die Belebung echter Gottesfurcht und die Wiederbefestigung ernster Zucht und Sitte in allen Verhältnissen hingewiesen. Die Mahnungen, welche unser Kaiser und König gerade in dieser Beziehung in so dringlicher Weise an die berufenen Kreise und an das ganze Volk gerichtet hat, haben in den ernsten Stimmungen dieser Zeit lebhaften Wiederhall gefunden und können nicht ohne tiefere und nachhaltige Wirkung bleiben.

Der neubelebte sittliche Ernst aber wird sich vornehmlich in der wirklichen treuen Fürsorge für die Hebung der Wohlfahrt des Volkes bethätigen müssen: wenn es im Interesse der Gesammtheit nöthig war, zunächst mit der Strenge und Schärfe des Gesetzes der Verführung der Volksmassen zu widersinnigen Ansprüchen und unerfüllbaren Hoffnungen entgegenzutreten, so ist die Verpflichtung um so dringender geworden, den betreffenden Volkskreisen mehr und mehr die Ueberzeugung wieder zu gewähren, daß ihre wirklichen Interessen und berechtigten Ansprüche in der gesammten Behandlung der staatlichen Fragen und Aufgaben und in der weiteren Entwickelung der Gesetzgebung volle Berücksichtigung finden.

Im engsten Zusammenhange mit dieser sozialen Aufgabe hat unsere Regierung seit Jahren die Neugestaltung und Wiederbefestigung der volkswirthschaftlichen Verhältnisse aufgefaßt. Die Verbreitung der sozialen Irrlehren hätte ja nimmermehr eine so rasche und gefahrdrohende Ausdehnung gewonnen, wenn nicht die wirthschaftlichen Nothstände der letzten Jahre ihr die Wege in weitere, früher davon unberührte Kreise gebahnt hätten. Je mehr die Ueberzeugung und Zuversicht begründet ist, daß die Wiederkehr eines neuen wirthschaftlichen Aufschwungs am wirksamsten dazu beitragen werde, der weiteren Irreleitung den Boden zu entziehen, um so eifriger ist die Regierung bemüht, die Grundlagen wirthschaftlichen Gedeihens von Neuem zu sichern. Der Reichskanzler Fürst Bismarck hat wiederholt darauf hingewiesen, daß er nach der politischen Befestigung des Deutschen Reiches seine größte Aufgabe in der festen Begründung einer wahrhaft nationalen Wirthschaftspolitik finde. Unter Festhaltung gewisser großer Gesichtspunkte, die vor Allem gerade der Fürsorge für die Erleichterung der weiteren Volkskreise entsprechen, sucht der Kanzler mit unablässigem Eifer nach den Wegen der Verständigung mit der Volksvertretung. Wenn die Hoffnungen, mit welchen in dieser Beziehung das gegenwärtige Jahr begrüßt wurde, noch nicht in Erfüllung gegangen sind, so war doch die Arbeit des Jahres insofern nicht vergeblich, als der Boden für die schließliche Verständigung nach mehreren Seiten hin bereitet und das Bewußtsein über die Dringlichkeit derselben erhöht worden ist.

1878.

Neue ernste Erwägungen in Bezug auf die Lösung der großen volkswirthschaftlichen Fragen sind gleich für den Beginn des kommenden Jahres in Aussicht genommen: möge es gelingen, einen neuen festen Boden für die gedeihliche Entwickelung des wirthschaftlichen Lebens wieder zu gewinnen.

1879. Das friedliche Vermächtniß des Jahres 1878.

(„Provinzial-Correspondenz" vom 2. Januar.)

Es wäre ein schweres Unrecht der geschichtlichen Wahrheit gegenüber, ein Unrecht nicht minder in der Beurtheilung unserer Zustände, Aussichten und Hoffnungen, wenn wir von dem Jahre 1878 blos mit der Erinnerung an die schweren inneren Prüfungen, die dasselbe uns gebracht hat, scheiden wollten: die Sorgen, die uns in dieser Beziehung unablässig in Anspruch nahmen, hatten einen freien und unbefangenen Ausblick auch in Bezug auf die auswärtigen Dinge nicht aufkommen lassen — und doch wird das Jahr 1878 in der allgemeinen Geschichte vornehmlich durch eine große Thatsache bezeichnet sein, welche als ein bedeutsamer Erfolg und Fortschritt der gemeinsamen Friedenspolitik der europäischen Staaten gelten und auf welche namentlich auch die deutsche Politik mit Freude und Genugthuung zurückblicken darf.

Beim Schluß des Jahres 1877, inmitten des Krieges zwischen Rußland und der Türkei, wurde darauf hingewiesen, wie es jener Politik, welche ihren gewichtigsten Ausdruck in der Drei-Kaiser-Vereinigung gefunden habe, zu danken sei, daß die orientalische Frage, von deren Anregung man früher stets den Beginn eines Weltkrieges erwartete, zunächst auf den Kampf der unmittelbar betheiligten Mächte beschränkt geblieben war, und wie die Hoffnung berechtigt erscheine, daß dieselbe einer Lösung ohne weitere kriegerische Verwickelungen in Europa werde entgegengeführt werden können. Der deutschen Politik sei dabei vermöge der unbefangenen Stellung Deutschlands zu den orientalichen Angelegenheiten vielfach die ebenso schwierige wie bedeutungsvolle Aufgabe vertraulicher Vermittelung zwischen den ihm befreundeten Mächten zugefallen.

Die damalige Hoffnung ist im Laufe des Jahres 1878 ungeachtet der drohenden Wendung, welche die Ereignisse unmittelbar vor der Entscheidung genommen hatten, zur Erfüllung gelangt, und der deutschen Politik war es vergönnt, die Aufgabe vertrauensvoller Vermittelung, welche sie sich von vornherein gestellt hatte, schließlich im Kreise der zum Friedenswerke in Berlin vereinigten Vertreter aller Mächte mit glücklichem Erfolge zu üben.

Die hocherfreuliche Thatsache, in welcher die neu errungene Stellung Deutschlands unter den europäischen Staaten zur vollen Bethätigung und Geltung gelangte, konnte in der Stimmung des deutschen Volkes nicht alsbald nach ihrer wahren Bedeutung ins Gewicht fallen, weil die unmittelbaren und überwältigenden Eindrücke der inneren Vorgänge und die mächtige politische Bewegung, welche sich an dieselben knüpfte, alles Andere in den Hintergrund drängten. War doch die Eröffnung des Berliners Kongresses in die ersten Wochen nach dem erschütternden zweiten Mordversuch gegen den Kaiser gefallen und der Abschluß des Berliner Friedens in die Zeit des heftigsten Kampfes der Parteien um die Wahlen.

Wenn sich die öffentliche Aufmerksamkeit später wieder der auswärtigen Lage zuwandte, so geschah es zunächst um der neuen Unsicherheit willen, welche sich an die Schwierigkeiten der Durchführung des Berliner Friedensvertrages knüpfte. Eine Zeit lang konnte es erscheinen, als sei der Bestand des mühsam erreichten Werkes von Neuem in Frage gestellt. Je mehr aber diese Gefahr hervortrat, desto entschiedener gelangten auf's Neue diejenigen Stimmungen und Bestrebungen der Großmächte zur Wirksamkeit, aus welchen die ursprüngliche Verständigung hervor-

gegangen war, und immer mehr bewährte sich die Zuversicht, daß das Berliner Friedenswerk, so wenig dasselbe eine durchgreifende Lösung der Orientfrage zur Aufgabe und zum Ergebnisse haben konnte, doch einen festen Boden für weitere friedliche Entwickelungen und Lösungen und damit eine neue Bürgschaft des Friedens überhaupt geschaffen hat.

In den letzten Wochen des abgelaufenen Jahres sind von allen betheiligten Mächten Kundgebungen der bestimmtesten Art und theilweise positive Schritte erfolgt, welche den gemeinsamen Willen und zugleich die allseitige Zuversicht in Bezug auf die weitere vollständige Durchführung des Berliner Vertrages bethätigen.

So ist denn beim Beginn des neuen Jahres der auswärtige Horizont reiner und klarer, als es seit langer Zeit der Fall gewesen ist, und soweit das Wiederaufleben des öffentlichen Vertrauens von den Beziehungen der Mächte abhängt, können wir mit lange entbehrter Zuversicht den weiteren Entwickelungen entgegensehen.

Von der Reichstagssession.

Die Disciplin im Reichstage.

Januar. Der Reichskanzler hat im Auftrage Sr. Majestät des Kaisers dem Bundesrath einen Gesetzentwurf, betreffend die Strafgewalt des Reichstages über seine Mitglieder, vorgelegt.

Die Denkschrift zur Begründung des Entwurfes lautet in ihrem allgemeinen Theile wie folgt:

Der Artikel 30 der Reichsverfassung bestimmt:

„Kein Mitglied des Reichstags kann zu irgend einer Zeit wegen seiner Abstimmung oder wegen der in Ausübung seines Berufs gethanen Aeußerung gerichtlich oder disziplinarisch verfolgt oder sonst außerhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden."

Die Regelung der Disziplin im Reichstag selbst ist nach Art. 27 der Reichsverfassung einer „Geschäftsordnung" vorbehalten.

Diese enthält in den §§. 42, 46, 60 und 61 folgende Bestimmungen:

„Kein Mitglied darf sprechen, ohne vorher das Wort verlangt und von dem Präsidenten erhalten zu haben.

Der Präsident ist berechtigt, die Redner auf den Gegenstand der Verhandlungen zurückzuweisen und zur Ordnung zu rufen. Ist das Eine oder das Andere in der nämlichen Rede zweimal ohne Erfolg geschehen, und fährt der Redner fort, sich vom Gegenstande oder von der Ordnung zu entfernen, so kann die Versammlung auf die Anfrage des Präsidenten ohne Debatte beschließen, daß ihm das Wort über den vorliegenden Gegenstand genommen werden solle, wenn er zuvor auf diese Folge vom Präsidenten aufmerksam gemacht ist.

Wenn ein Mitglied die Ordnung verletzt, so wird es von dem Präsidenten mit Nennung des Namens darauf zurückgewiesen. Das Mitglied ist berechtigt, dagegen schriftlich Einspruch zu thun, worauf der Reichs-

tag, jedoch erst in der nächstfolgenden Sitzung, darüber ohne Diskussion entscheidet, ob der Ordnungsruf gerechtfertigt ist.

Wenn in der Versammlung störende Unruhe entsteht, so kann der Präsident die Sitzung auf bestimmte Zeit aussetzen oder ganz aufheben. Kann sich der Präsident kein Gehör verschaffen, so bedeckt er sein Haupt und ist hierdurch die Sitzung auf eine Stunde unterbrochen."

Diese über die Ordnung in den Verhandlungen des Reichstags vorhandenen Bestimmungen erscheinen, wenn sie auch vielleicht ausreichen, um die Ordnung im Hause nothdürftig aufrecht zu halten, unzulänglich, um den schädlichen, ja unter Umständen gefährlichen Wirkungen von Ausschreitungen in den Aeußerungen und Reden von Abgeordneten außerhalb der Wände des Sitzungssaales vorzubeugen. Denn die Oeffentlichkeit der Verhandlungen, die verfassungsmäßig verbürgte Freiheit der Redner und der über ihre Reden verbreiteten Berichte von jedweder Verantwortlichkeit läßt auch solche Aeußerungen und Reden Abgeordneter Verbreitung in den weitesten Schichten der Nation finden, welche, wenn sie eben nicht unter dem Schutze der Unverantwortlichkeit der Rednertribüne gesprochen und unter der gleichen Unverantwortlichkeit der Presse verbreitet wären, die Redner und die Presse der strafgerichtlichen Verfolgung nach den Vorschriften des gemeinen Rechts aussetzen würden.

Daß ein solcher Rechtszustand beirrend auf das Rechtsbewußtsein im Volke einwirkt, ist eine nicht wegzuleugnende Erfahrung, und der hierin liegende Mißstand tritt in immer fühlbarerer Weise seit der Zeit hervor, seitdem die Wahlen einzelne Abgeordnete in den Reichstag geführt haben, welche sich für berechtigt erachten, die ihnen verfassungsmäßig zustehende Freiheit des Wortes zur Entwickelung von Theorien über den Staat und die bürgerliche Gesellschaft zu gebrauchen, welche den Bestand beider zu erschüttern geeignet sind.

Es darf daran erinnert werden, daß beispielsweise von der Rednertribüne des Reichstags die pariser Kommune und ihre Thaten gerechtfertigt, ja gepriesen worden sind, daß mehrfach der Reichstag wie die Regierungen geschmäht, ja daß selbst zu Gewaltthätigkeiten von der Tribüne provozirt worden ist.

Die Maßregeln, welche auf Grund der Geschäftsordnung die Präsidenten gegen derartige Ausschreitungen eintreten lassen konnten, mochten genügend sein, um als eine Ahndung der im Hause gestörten Ordnung angesehen zu werden, sie sind aber keineswegs ausreichend, um als eine Sühne des durch jene Ausschreitungen beleidigten Rechtsbewußtseins im Volke, wohin diese Ausschreitungen dringen, gelten zu können.

Deshalb wird sich die Gesetzgebung nicht länger der Aufgabe entziehen dürfen, auf eine Ergänzung des bestehenden Rechts nach der Richtung hin Bedacht zu nehmen, daß Ausschreitungen von Abgeordneten in ihren Reden und Aeußerungen einer schärferen Repression unterworfen werden.

Wenn die Gesetzgebung dabei an den Grundsätzen, aus welchen die Bestimmungen der Reichsverfassung über den Schutz der Abgeordneten in der freien und unabhängigen Ausübung ihres Berufs hervorgegangen sind, festhalten will, so wird sie eine Abhülfe nur in einer dem Reichstage

selbst über seine Mitglieder einzuräumenden Strafgewalt suchen können.

Hierbei wird es sich indessen nicht um Schaffung einer förmlichen Strafgerichtsbarkeit in dem Sinne handeln, daß der Reichstag die allgemeinen Strafgesetze an Stelle der ordentlichen Gerichte anzuwenden hätte. Denn zu einem Organ der Rechtsprechung eignet sich weder der Reichstag selbst, noch ein aus seiner Mitte gebildetes Gericht.

Die Gesetzgebung wird sich, wenn sie für den Reichstag eine Strafgewalt über seine Mitglieder neu schaffen will, an die dem Reichstag gegen seine Mitglieder zustehende Disziplinarbefugniß anzulehnen haben.

Auf das Einschlagen eines solchen Weges weist auch der Vorgang der Gesetzgebung einzelner deutscher Bundesstaaten und ferner das Beispiel anderer Länder, insbesondere Englands, der vereinigten Staaten und Frankreichs hin. Es ist dies ferner derjenige Weg, der von angesehenen deutschen Staatsrechtslehrern als der richtige empfohlen wird.

Allerdings wird auch durch eine so gestaltete Strafgewalt die durch das Verhalten eines Mitgliedes etwa erfolgte Verletzung eines Strafgesetzes an sich nicht vollständig gesühnt, und es kann daher dem Vorschlage entgegengesetzt werden, daß auch mit der Einführung einer dem Reichstag beizulegenden Strafgewalt das allgemeine Rechtsbewußtsein nach wie vor eine volle Befriedigung vermissen wird.

Das Ungenügende und Anstößige des jetzigen Zustandes liegt aber nicht sowohl darin, daß jedwede Ahndung nach den Satzungen des gemeinen Strafrechts ausgeschlossen ist, als vielmehr darin, daß gradezu eine Straflosigkeit verbürgt ist und auch die gröbsten Ausschreitungen im Hause ungeahndet bleiben und ungeahndet durch die Presse außerhalb des Hauses verbreitet werden dürfen.

Eine Ausgleichung dieses das Rechtsbewußtsein verletzenden Rechtszustandes will der Gesetzentwurf durch Einführung einer mit kräftigen Rügemitteln ausgestatteten Disziplinarstrafgewalt des Reichstags selbst herbeiführen. Dabei darf freilich nicht verkannt werden, daß diese Ausgleichung, wo eine schwerere Rechtsverletzung in Frage steht, noch keineswegs zureichend erscheint, die volle Sühne dieser vielmehr nur in dem Eintritte der strafrechtlichen Ahndung durch den Richter gefunden werden kann.

Die parlamentarische Disciplin und das Abgeordnetenhaus.

(„Provinzial-Correspondenz“ vom 29. Januar.)

Die Vorlage wegen der Strafgewalt im Reichstage, welche zunächst der Beschlußnahme des Bundesrathes unterliegt, um nach der voraussichtlichen Zustimmung desselben dem Reichstage zuzugehen, ist inzwischen in Folge eines Antrags der Centrumspartei zum Gegenstande einer vorgreifenden Erörterung im preußischen Abgeordnetenhause gemacht worden.

Der Antrag der Ultramontanen ging dahin: die Staatsregierung aufzufordern, die Bevollmächtigten Preußens zum Bundesrathe anzuweisen, daß sie dem Gesetzentwurfe über die Strafgewalt im Reichstage ihre Zustimmung nicht ertheilen.

Das Vorgehen der Ultramontanen stieß vom ersten Augenblicke bei allen anderen Parteien auf lebhaften Widerspruch, vornehmlich vom Standpunkte des allgemeinen Reichsinteresses, welches darauf hinweist, in die Behandlung von Reichsangelegenheiten, über welche die Reichsvertretung zu beschließen hat, nicht ohne zwingenden Grund die Einzellandtage hineinzuziehen. Die ultramontane Partei hat an ihrem Theil auch bei früheren Gelegenheiten die Einmischung der Sonderlandtage und speziell auch des preußischen Landtages in die allgemeinen Reichsfragen herbeizuführen gesucht, — aber das Abgeordnetenhaus hatte in Uebereinstimmung mit der Regierung solchen Versuchen wiederholt Widerstand geleistet, auch deshalb, um nicht durch ein Vorgehen in solcher Richtung ein bedenkliches Beispiel für andere Einzellandtage zu geben.

Dem Antrage der Centrumspartei gegenüber kehrte überdies die Erinnerung an die mannigfachen Ausschreitungen wieder, deren sich Redner dieser Partei in den Verhandlungen der letzten Jahre schuldig gemacht hatten. In dieser Beziehung sagte ein liberales Blatt:

„Nützlicher würde jene Partei jedenfalls handeln, wenn sie ihre Initiative dahin geltend machte, ihre eigenen Mitglieder in den Schranken der Gesetze und der Achtung vor dem Staatswesen festzuhalten, die gerade von ihnen am geflissentlichsten durchbrochen werden. So wird man sich einer Rede des Abg. Brüel erinnern, die den staatsrechtlichen Zustand in Hannover mit der napoleonischen Fremdherrschaft auf eine Linie stellte, und das nicht in augenblicklicher Aufwallung, sondern in einer wohlüberlegten Rede, die zweifellos einen bleibenden Stachel hinterlassen hat."

Hiernach hätte man sowohl nach dem Wesen des Antrags, wie auch im Hinblick auf die Seite, von welcher derselbe gestellt war, erwarten mögen, daß das Abgeordnetenhaus ihn auf dem kürzesten zulässigen Wege, d. h. durch Uebergang zur einfachen Tagesordnung, erledigen würde.

Als die Angelegenheit am 23. zur Berathung im Hause gelangte, wurde von den Nationalliberalen im Verein mit der Fortschrittspartei beantragt: „Unter Ablehnung des Antrages der Centrumspartei zu erklären:

1. daß die bestehenden Garantien der Redefreiheit, die selbständige Ordnung des Geschäftsganges im Parlament und der Disziplin seiner Mitglieder die unerläßlichen Grundlagen sowohl der preußischen Verfassung, wie der Reichsverfassung bilden;

2. daß gegenüber dem im Bundesrath eingebrachten Gesetzentwurf dem Deutschen Reichstag die Wahrung der ihm verfassungsmäßig zustehenden Rechte vertrauensvoll zu überlassen ist."

Nachdem der ultramontane Antragsteller dem Hause die Annahme seines Antrags empfohlen hatte, nahm der Vizepräsident des Staatsministeriums, Graf zu Stolberg zu einer kurzen Bemerkung Namens der Regierung das Wort. Die Frage, sagte er, ob es als zweckmäßig zu erachten sei, über Entwürfe von Reichsgesetzen, die bereits dem einen Faktor der Gesetzgebung vorlägen, schon vorher im preußischen Landtage ein Votum abzugeben, werde das Haus ja selbst durch die Abstimmung über den Antrag beantworten; was aber die Stellung, die Auffassung der Staatsregierung zu dieser Frage betreffe, so halte die Staatsregierung es in der Regel für nicht angemessen, über Entwürfe von Reichsgesetzen, während sie der Diskussion des Bundesraths unterlägen, sich außerhalb desselben zu äußern, und Namens des Staatsministeriums sei er daher in der Lage, die Erklärung abzugeben, daß, wenn hier Aeußerungen der Staatsregierung über den Inhalt des Gesetzes gewünscht werden sollten, die Regierung es ablehnen müsse, auf solche Erklärungen einzugehen.

Von konservativer Seite wurde hierauf die Erledigung der Angelegenheit durch Uebergang zur einfachen Tagesordnung vorgeschlagen: gegen den Antrag der liberalen Parteien wurde geltend gemacht, daß derselbe zwar dem Cen-

trumsantrage entgegentrete, aber den Absichten desselben doch insofern folge, als er die vor das Reich gehörige Frage thatsächlich zur weiteren Erörterung und Erklärung im Abgeordnetenhause bringe.

Das Haus lehnte jedoch mit großer Mehrheit den Uebergang zur einfachen Tagesordnung, für welchen nur die Konservativen stimmten, ab, und es wurde somit die weitere Besprechung der beiden vorliegenden Anträge eröffnet.

Der liberale Antrag wurde von dem Abgeordneten Lasker erläutert und befürwortet. Obwohl er auf die Frage selbst, die Vorlage des Kanzlers, sachlich nicht eingehen zu wollen erklärte, sprach er doch seine Uebereinstimmung mit dem ultramontanen Antragsteller darüber aus, daß der dem Bundesrathe vorliegende Antrag von der Redefreiheit nur den Schein lassen würde, — er sehe aber der Beschlußnahme im Reiche mit Ruhe entgegen, weil er überzeugt sei, daß die Vorlage niemals durchgehen werde; der Reichstag selbst würde damit das Ende der parlamentarischen Regierung in Deutschland verkünden. Einen Antrag an die preußische Regierung zu stellen, wäre zwecklos, weil dieselbe doch einem vom Reichskanzler mit seiner Verantwortlichkeit eingebrachten Antrage nicht entgegentreten werde. Dagegen wende sich der liberale Antrag an den Reichstag mit der Erklärung, daß die Redefreiheit unantastbar sei und bleiben müsse und mit dem Ausdruck der Zuversicht, daß der Reichstag dieselbe zu wahren wissen werde. „Das Urtheil über den Gesetzentwurf" sei somit „über jeden Zweifel klar".

Nach diesen Erklärungen hob der Führer der Ultramontanen, der Abgeordnete Windthorst, mit Genugthuung das sachliche Einverständniß der Liberalen mit dem Inhalt und der Absicht des ultramontanen Antrages hervor. Behufs größerer Klarheit verlangte er jedoch noch eine Zusicherung darüber, daß die Liberalen sich nicht etwa im Reichstage auf eine Verständigung mit der Regierung über einzelne Bestimmungen des Entwurfs einlassen. Diese Zusicherung glaubte ihm der zweite Redner der vereinigten Liberalen, der fortschrittliche Abgeordnete Hänel, in bündigster Weise geben zu können, indem er den Abgeordneten Windthorst und seine Parteigenossen zu Richtern für den Fall anrief, daß die Liberalen von Inhalt und Sinn des gegenwärtigen Beschlusses bei irgend einer Abstimmung abwichen.

Hiernach erklärte der Abgeordnete Windthorst, daß er lange nicht mit einer solchen Befriedigung auf eine Rede zurückgesehen habe, als auf die vorher von ihm gehaltene, da sie den Abgeordneten Hänel zu klaren und präzisen Erklärungen gebracht habe, nach welchen nicht zu bezweifeln sei, daß er (und wohl auch die übrigen Antragsteller) die Vorlage des Reichskanzlers absolut verwerfen.

Nach diesen Erklärungen wurde der Antrag der vereinigten Liberalen von der Mehrheit angenommen. Obwohl der Antrag der Centrumspartei damit der Form nach beseitigt war, so hatte doch „der Inhalt und die Tendenz" ihres Antrages durch den Beschluß der liberalen Mehrheit volle Bestätigung gefunden.

Was die Frage selbst betrifft, um die es sich handelte, so ist bemerkenswerth, daß in der ganzen Verhandlung neben der nachdrücklichen Wahrung der Redefreiheit gegen fremden Eingriff nicht mit einem Worte der Nothwendigkeit gedacht wurde, die Ausschreitungen der Redefreiheit durch Maßregeln auf dem Boden „der selbständigen Ordnung des Geschäftsganges im Parlament und der Disziplin seiner Mitglieder" zu bekämpfen.

Die größten liberalen Blätter haben wiederholt und bestimmt anerkannt, daß die Vorlage des Reichskanzlers einen „berechtigten Kern" habe, und daß gegen die Absicht derselben nichts einzuwenden sei, „insofern nur daran festgehalten werde, daß der Reichstag selbst oder ein von ihm eingesetztes Organ zur Entscheidung berufen sei", — daß eine Nothwendigkeit vorliege, „die Zügel der parlamentarischen Ordnung nach dem Beispiele anderer Staaten straffer anzuziehen" u. s. w. Die Vorgänge der letzten Wochen haben von Neuem die lebhaftesten Klagen

über die „mit System und Methode“ betriebene „Verrohung der politischen und parlamentarischen Sitten hervorgerufen. Der Präsident des Abgeordnetenhauses selber hat rund heraus erklärt, daß er auf Grund der Geschäftsordnung (welche in dieser Beziehung mit der des Reichstages übereinstimmt) nicht das Recht und insoweit auch nicht die Pflicht habe, dritte Personen gegen Beleidigungen im Hause in Schutz zu nehmen.

Nach dem Allen hätte es wohl nahe gelegen, daß in einer längeren Verhandlung über die von dem Reichskanzler angeregte Frage nicht lediglich der Argwohn, daß es auf Beschränkung der parlamentarischen Freiheit abgesehen, sondern auch das Anerkenntniß des „berechtigten Kerns“ seiner Vorlage, die Nothwendigkeit der Wahrung der parlamentarischen Würde zur Geltung gelangte.

Es liegt dem Kanzler fern, den Reichstag in seiner inneren Selbständigkeit, in der Wahrung und Uebung seines Hausrechts beeinträchtigen zu wollen, — seine Vorlage ist durchweg darauf gerichtet, dem Reichstage eben die volle und wirksame Uebung dieses Rechts zu ermöglichen. Wenn derselbe Zweck ohne Mitwirkung der Regierung erreicht werden kann und soll, so wird es unzweifelhaft sehr erwünscht sein, — aber von einem darauf gerichteten energischen Wollen der Betheiligten hat die jüngste Verhandlung neben der Abwehr der Vorlage des Kanzlers leider keine Andeutung, kein Anzeichen hervortreten lassen.

Die Reichstagsdisciplin und die Sozialdemokratie.

4. März. Rede des Fürsten Bismarck bei der ersten Berathung der Vorlage über die Strafgewalt im Reichstage.

(Nach dem Abg. Dr. Lasker.)

[Die Würde des Reichstages; — Schutz der Mitbürger; — Verhinderung von Agitationen; — Stimmung gegenüber der Sozialdemokratie.]

Ich betrachte es wesentlich als eine innere Angelegenheit des Reichstages, sich von den Mitteln, welche die Regierungen ihm darbieten, um seine eigene Würde, seine Jurisdiktion, seine Macht zu stärken, dasjenige anzueignen, was ihm gefällt. Und was Sie ablehnen, das wird eben nicht Gesetz; Sie sind ja voll berechtigt, davon anzunehmen, was Sie wollen, und ich kann nur sagen: beneficia non obtruduntur. Es wird die Zeit vielleicht kommen, wo Sie diese Vorlage in einem milderen Lichte betrachten und die Regierungen zu einer Erneuerung auffordern. Die Zeit, glaube ich, wird zu Gunsten der Freunde dieser Vorlage laufen.

Ich muß aber doch dem Herrn Vorredner, ohne tiefer auf die Sache einzugehen, auf einige Sätze erwiedern, und namentlich in Bezug auf den letzten Accent, mit dem er die Tribüne verließ, nämlich daß durch eine Annahme dieser Vorlage die Gleichheit zwischen den beiden Körperschaften gestört würde, — meine Herren, diese Gleichheit existirt gar nicht; wir gehören ja gar nicht zu der privilegirten Klasse, zu den Vierhundert, wir gehören zur misera plebs, die unter dem gemeinen Recht steht. Jedermann kann gegen uns klagen, wir sind durch kein Privilegium geschützt. Der Buchdrucker, der Preßagent, der unsere Reden hier abdrucken läßt, ist durch den Art. 22 der Verfassung geschützt, wir nicht, wir sind durch Art. 30

nicht geschützt, Art. 30 bezieht sich ausdrücklich nur auf Reichstagsabgeordnete. Ich habe im Anfang diesem populären Irrthum mich auch wohl früher hingegeben, seit ich aber vor den praktischen Geschäften Muße bekommen habe, den Sachen theoretisch etwas näher zu treten, habe ich gefunden, daß wir vom Bundesrathe nicht geschützt sind gegen jede Klage auf Grund des gemeinen Rechts, und seitdem bin ich sehr viel vorsichtiger in meinen Aeußerungen.

Der Zweck der Vorlage ist ein dreifacher: die Würde des Reichstages, der Schutz gegen Beleidigungen und die Abschneidung von Agitationen, die auf dem Privilegium des Artikel 22, der unanfechtbaren Veröffentlichung beruhen.

Was die Würde des Reichstages betrifft, so halten wir uns gar nicht für die Richter darüber, sondern wir haben Ihnen eben zur Auswahl gestellt aus dem Arsenal der Gesetzgebung, was Sie davon haben wollen, um damit die Stellung des Herrn Präsidenten und den Rückhalt, den er an der gesammten Körperschaft des Reichstags hat, zu stärken. Wenn ich an der Vorlage oder in Bezug auf die Vorlage vom ersten Anfang an eine Meinungsverschiedenheit hegte, die ich aber besseren Sachkundigen gegenüber nicht durchzusetzen gesucht habe, so war es die Einsetzung einer Kommission. Mir hätte es besser gefallen, wenn jederzeit das Plenum des Reichstags die erkennende Behörde wäre; indessen dergleichen läßt sich ja, wenn nicht bei dieser Vorlage, die Sie ja wohl ablehnen, aber doch vielleicht später durch Amendements sehr leicht einflechten.

Das Zweite aber ist doch schon etwas, worüber die Regierungen auch eine Ansicht haben mögen, nämlich der Schutz der Mitbürger gegen einen Mißbrauch des Privilegiums; der Ordnungsruf des Präsidenten ist ja eine sehr erfreuliche Genugthuung für Denjenigen, zu dessen Gunsten er eingelegt wird, und jedenfalls erfreulicher, als ein Erkenntniß eines Gerichtshofes auf 15 Mark Strafe für schwere öffentliche Beleidigung eines Ministers. Aber ist der Herr Präsident in der Lage, sich so in die Seele jedes Gekränkten hineinzuversetzen, daß er bei der schweren Aufgabe, die ihm obliegt, auch das genaue richterliche Gefühl und die Vorkenntniß, die Information über den Fall haben kann, der gerade die Beleidigung konstituirt. Ich glaube, daß das von dem Präsidenten gar nicht zu erwarten und zu verlangen ist. Die Regierungen sind also der Meinung, daß sie gegen solche Exzesse, die durch Mißbrauch des Privilegiums auf Kosten einzelner Privatleute vorkommen, ganz abgesehen von der Möglichkeit einer Majestätsbeleidigung, daß sie da dem Beleidigten Schutz schuldig sind, einen Schutz, den sie aber nicht gewähren können ohne Zustimmung des Reichstages. Der gute Wille im Reichstag, in dieser Beziehung Abhülfe zu schaffen, ist vielleicht bei der Mehrheit vorhanden; aber durch die Rede des Herrn Abg. Lasker bin ich auch daran zweifelhaft geworden.

Ein weiterer Grund, der uns zur Vorlage bestimmt hat, ist die Verhinderung derjenigen Agitationen, die durch den straffreien Abdruck von Reden, welche ausdrücklich zu diesem Behuf, um straffrei gedruckt und verbreitet zu werden, gehalten sind, im Lande hervorgerufen werden. In dieser Beziehung glaube ich nicht, daß der gegenwärtige Zustand ausreicht. Der Herr Abgeordnete sprach von einem Falle, wo der Herr Abgeordnete Hasselmann durch einen Ordnungsruf des Herrn

Präsidenten ganz genügend zur Befriedigung des Hauses zur Ruhe gebracht worden sei. Ich will die Rede des Herrn Abg. Hasselmann nicht wiederholen, welche der Präsident mit dem milden Ausdruck charakterisirte, daß sie grenzte an direkte Provokation zum Aufruhr. Ich glaube, sie war es schon vollständig, und es ist richtig, daß der Abgeordnete Hasselmann darüber zur Ordnung gerufen wurde. Welches war nun der Eindruck, den das auf den Abgeordneten Hasselmann machte? Er nahm noch einmal das Wort:

Nicht ich bin es, der provozirt, ich habe genügend erklärt, daß ich den Weg des Friedens vorziehe, ich ziehe ihn vor, ich bin aber auch bereit, mein Leben zu lassen. Noch einmal sage ich, und Fürst Bismarck möge einmal an den 18. März 1848 denken!

Ist das nicht eine Fortsetzung derselben Tendenz, die der Herr Präsident milde als eine an den Aufruf zum Aufruhr streifende bezeichnet hat? Nun, hier in diesen Mauern wird zwar kein Aufruhr entstehen, aber die Sozialdemokratie ist geschickt genug, um das Maß dazu zu finden, in welchem der Bericht als „vollständig" gilt, sie scheut auch die Kosten nicht, um ihn in dieser Vollständigkeit mit starkem und fettem Druck der Theile, die den Aufruf zum Aufruhr enthalten, in weiteren Kreisen zu verbreiten. Meine Herren, gegen diese Gefahr, gegen die Straflosigkeit der Verbreitung von Reden, die ausdrücklich zu Agitationen hier gehalten werden, hatten wir von diesem oder einem ähnlichen von Ihnen zu amendirenden Gesetze einige Abhülfe gehofft. Es ist doch noch etwas ganz Anderes, wenn es in hunderttausend Exemplaren in die Kreise der Analphabeten getragen wird, das, was hier von privilegirter Stelle ausgesprochen wird. Das ist die Gefahr, die ich fürchte, und der gegenüber ich Abhülfe gehofft habe.

Freilich die Temperatur, die ich hier für die sozialdemokratische Frage jetzt vorgefunden habe, ist, wenn wir zurückdenken an die Zeit der schweren Attentate, immerhin eine wesentlich abgekühlte, gewiß nur äußerlich. Das Maß von Entschiedenheit, auf welches wir von Seiten der Regierung in Bezug auf den Beistand des Parlaments im Herbste glaubten rechnen zu können in dem Kampfe gegen die Sozialdemokratie, der ja mit dem Gesetze von zwei Jahren Geltung nicht abgethan ist, liegt nicht vor, ich gestehe, und ich habe das aus den jüngsten Abstimmungen schon ersehen, darin hat eine Täuschung bei den verbündeten Regierungen stattgefunden. Wir hatten auf energischeren und entschiedeneren Beistand gerechnet, wir sind nicht der Meinung, daß dieser Kampf erledigt sei. Ich brauche blos auf die Wahl in Breslau hinzublicken und auf andere Wahlen. Die Organisation ist dieselbe geblieben. Bei der äußerst milden Ausführung des §. 28 des Sozialistengesetzes von Seiten der Regierungen sind die Verbindungen der Führer mit den Massen nirgends durchschnitten, außer versuchsweise in Berlin. Daß die üblichen Führer der lokalen Agitation außer Verbindung mit den von ihnen geleiteten Massen gesetzt werden könnten, war einer der Zwecke des Gesetzes. Das war erreicht in Bezug auf Berlin. Wir konnten es ja ohne die Zustimmung des Reichstags nicht fortsetzen. Nach dem Votum des Reichstags aber ist die Wiederherstellung dieser Verbindung eine Nothwendigkeit geworden. Nach der milden

Praxis, die das Gesetz bei den Regierungen gefunden hat, hat sich die Einführung des sogenannten kleinen Belagerungszustandes auf Berlin beschränkt. Ich hatte nicht bezweifelt, daß, sobald das Gesetz publizirt würde, auch überall da, wo die Sozialdemokraten die Mehrheit bilden, wo also, wenn wir das Gesetz nicht ganz unnöthig gemacht haben, und wenn es überhaupt nicht eine voreilige und übertriebene Aengstlichkeit von uns war, eine Gefahr vorhanden war, die Berechtigung der Regierung herzustellen wäre, unter möglichster Schonung der persönlichen Verhältnisse die Fäden, welche die Leiter der Bewegung mit den geleiteten Massen verknüpfen, zu durchschneiden. Der erste Anfang, der in dieser Beziehung — ich muß sagen schüchtern — gemacht ist, ist von Ihnen mißbilligt worden. Die Hoffnungen, die ich an die weitere Durchführung des Sozialistengesetzes knüpfte, haben dadurch allerdings einen schweren Stoß erlitten, und ich bin ziemlich entmuthigt, eine Sache fortzuführen, die ich ohne Beistand der parlamentarischen Majorität ja nicht durchsetzen kann.

Wir haben Ihnen die Hand dazu geboten, und wenn Sie diese Vorlage vollständig von der Hand weisen, so muß ich konstatiren, daß die von den Regierungen gebotene Hand nicht angenommen worden ist. Können Sie aus eigener Machtvollkommenheit etwas schaffen, was besser ist, was den Wünschen entspricht, die, wie ich glaube, in der Bevölkerung vorherrschen, das ist, Ruhe vor sozialistischen Agitationen und Schutz gegen Mißbrauch des Privilegs zu Kränkung Einzelner, können Sie dem in befriedigender Weise entgegenkommen, so werde ich mit dankbarem Beifall Ihren Bemühungen zuschauen, Ihnen behülflich sein, wo ich Ihnen behülflich sein kann, aber ich habe wesentliche Zweifel an dem Erfolge, auch dann, wenn die Herren in voller Majorität auch über die Wege einig wären, die zu betreten sind. Wir hätten gedacht, wir könnten uns die Initiative unsererseits ersparen, wenn beispielsweise, nach den für den Herrn Präsidenten, ich glaube, für die große Majorität höchst peinlichen Erscheinungen, die im Herbste vorigen Jahres und vorher vorgekommen sind, aus der Mitte des Hauses von irgend einer Seite ein Versuch zur Abhülfe gekommen wäre. Es ist ja eine unpopuläre Aufgabe, und deshalb, meine ich, liegt es der Regierung ob, sie zu erfüllen, denn die Regierung ist dazu da, um unpopuläre Beurtheilungen unter Umständen zu ertragen, während es für die Abgeordneten nicht immer annehmbar ist.

Der Herr Abgeordnete Lasker hat noch gesagt, ich hätte 1870 dem Strafgesetze zugestimmt. Ja, meine Herren, damals habe ich in dem Bedürfniß, die junge und zarte Pflanze der deutschen Einheit nach allen Seiten und mit allen Mitteln zu pflegen, Manchem zugestimmt, was weit entfernt von meiner politischen Ueberzeugung lag. Meine Aufgabe war es damals eben so wenig wie jetzt über wirthschaftliche Dinge nachzudenken, über dergleichen im Vergleich zur Konsolidirung des Deutschen Reiches kleinliche Fragen ängstlich zu sein. Jetzt können wir in Ruhe darüber diskutiren; hätten wir damals das Deutsche Reich nicht befestigt, da hülfe jetzt kein Diskutiren. Ich habe diese Fragen im Verhältniß zu der größeren Aufgabe, die mir oblag, als Kleinigkeiten behandelt und noch andere Konzessionen gemacht im Strafrecht und in anderen Dingen, die mir, wie Sie mir

wohl glauben können, nach meiner ganzen sonstigen Ueberzeugung sehr gegen den Strich gingen, aber in meiner Lage ist Eigensinn unter Umständen ein Verbrechen — in einer Lage, wo keine Verantwortlichkeit ist, kann man sich den Luxus erlauben.

Ich möchte Sie nur bitten, meine Herren, daß Sie diese unsere Vorlage nicht als eine ausschließlich parlamentarische ansehen, gegen Unordnungen gerichtet, die im Allgemeinen in unserem und in jedem Parlament vorkommen, — das im Großen und Ganzen können wir aushalten; aber die sozialistische Agitation ist ganz etwas Anderes, eine Agitation, die sich an die urtheilslosen Massen wendet, deren Begehrlichkeit durch den Nothstand und unerfüllbare Versprechungen angeregt ist. Dazu das Mittel, das gesetzlich unanfechtbare Mittel des Abdrucks jeder Rede abzuschneiden, war Hauptzweck dieses Gesetzes und der Gedanke ist uns deshalb auch nicht früher, sondern erst nach der Offenbarung der Macht und der Ziele des Sozialismus, wie wir sie in diesem vergangenen Jahre noch stärker als im vorvergangenen gehabt haben, als eine Nothwehr der Gesellschaft gegen die Gefahr, die uns von da droht, ist uns der Gedanke der Vorlage gekommen, und unsere Frage an Sie ist: wollen Sie uns in dem auf die kurze Zeit von zwei Jahren noch beschränkten Kampfe gegen die gefährlichen Tendenzen — nicht gegen die ungefährlichen, sondern gegen die gefährlichen Tendenzen — des Sozialismus ferner mit der Energie beistehen, auf die wir Hoffnung hatten zu den Zeiten der Wahlen und zu den Zeiten der Attentate, oder ist die Gefahr durch das augenblickliche wohlüberlegte Schweigen und Wohlverhalten der Sozialisten Ihnen anscheinend schon so ferne gerückt, daß Sie glauben, die Regierung mit ihrer Bitte um Beistand nach dieser Richtung hin im Stiche lassen zu können. Danach muß die Regierung ja das Maß von Erfolg, auf welches sie überhaupt im Kampfe gegen den Sozialismus rechnen kann, ihrerseits bemessen, und wir können ohne den Beistand des Reichstags nichts machen. Verlangen Sie nur nicht von uns, daß, wenn wir im Amte bleiben sollen, die Frage mit dieser einzelnen Ablehnung für uns erledigt sei. Wir müssen auf diesem Wege weiterzukommen suchen. Wir sind berechtigt, als Mitglieder der Regierung darüber unsere eigene Ueberzeugung zu haben, so gut wie irgend ein Abgeordneter, und wir wären schlechte Patrioten, wenn wir anders als nach pflichtmäßiger Ueberzeugung handeln wollten."

7. März. Ablehnung der Vorlage über die Strafgewalt im Reichstage.

(„Provinzial-Correspondenz" vom 12. März.)

Der Reichstag hat die Vorlage der verbündeten Regierungen in Betreff der Strafgewalt des Reichstages über seine Mitglieder

kurzweg abgelehnt: die Mehrheit der Versammlung verweigerte von vornherein jede nähere Prüfung des Entwurfs und deshalb auch die Ueberweisung an eine Kommission, beschloß vielmehr die alsbaldige zweite Lesung, mit der ausgesprochenen Absicht, auf diesem Wege die Vorlage kurzer Hand zu beseitigen. In der That wurden bei der zweiten Lesung nach einigen allgemeinen Erörterungen die ersten Paragraphen des Entwurfs und damit das Ganze ohne näheres sachliches Eingehen verworfen.

Das Ergebniß der Berathung ist, daß jede Maßregel, zu welcher eine Aenderung der Gesetzgebung nöthig wäre, schlechthin abgelehnt ist, — daß aber auch in Betreff etwaiger Aenderungen der Geschäftsordnung zunächst der Zweifel vorangestellt bleibt, ob solche überhaupt erforderlich sind.

Die Redner der liberalen Partei haben in der That jedes Bedürfniß einer Aenderung in Abrede gestellt. Der Abgeordnete Lasker hat u. A. behauptet, die Regierung habe sonst bei der Begründung von Gesetzentwürfen vorzugsweise den Nachweis des Bedürfnisses geführt, — bei der jetzigen Vorlage aber werde dies ganz und gar vermißt.

Das Bedürfniß war im Sinne der Regierungen namentlich im Zusammenhange mit der unerläßlichen Bekämpfung der sozialdemokratischen Agitation so unzweifelhaft, daß es für alle diejenigen, welche in diesem Kampfe die Regierungen zu unterstützen Willens sind, in der That nur jenes Hinweises zu bedürfen schien.

Dieser vorzugsweise entscheidende Gesichtspunkt wurde von liberaler Seite vom ersten Augenblicke dadurch in den Hintergrund gedrängt, daß man die Frage vor Allem zu einer Frage der Ehre und Würde des Reichstages zu machen suchte. Obwohl man auch auf liberaler Seite vielfach nicht umhin konnte, einen „berechtigten Kern" der Vorlage anzuerkennen, so wollte man doch in dem Vorgehen der Regierung, in der Vorlegung eines förmlichen Gesetzentwurfs eine Verletzung des „Hausrechts des Reichstages", einen Eingriff in seine selbständigen Befugnisse erkennen. Dieser Vorwurf wäre berechtigt, wenn der Zweck, welchen die Regierungen im Auge hatten, lediglich auf dem Boden der sebstständigen Disziplin des Reichstages und der Geschäftsordnung desselben zu erreichen gewesen wäre. Gerade der Punkt aber, auf welchen es am meisten ankam und welcher mit der Bekämpfung der sozialistischen Gefahr im engsten Zusammenhange steht, konnte gar nicht auf dem Wege der Geschäftsordnung, sondern nur durch ein neues Gesetz verändert werden: die Bestimmung nämlich, daß die Reichstagsreden auch in der Verbreitung durch die Presse unantastbar sein sollen.

Zur Münzreform.

19. Juni. Rede des Fürsten Bismarck auf eine Interpellation des Abgeordneten Delbrück:

„Beabsichtigt die Regierung, eine Abänderung der bestehenden Münzgesetze herbeizuführen?“

[Das Befremdliche der Interpellation; — die Sistirung der Silberverkäufe; — Lord Russell; — Folgen der Interpellation.]

Wenn ich mich an den Text der Interpellation halte, so kann ich zunächst zweifelhaft darüber sein, wer der darin bezeichnete Adressat ist, an den sie gerichtet ist. Die Interpellation sagt: „Beabsichtigt die Regierung, die Münzgesetze zu ändern?“ Der Ausdruck „die Regierung“ in Bezug auf Reichsgeschäfte kommt in der Verfassung nicht vor, und wenn er im außeramtlichen Gespräch gebraucht wird, so kann man darunter je nach den verschiedenen Funktionen des Reiches, um die es sich handelt, verschiedene Organe des Reiches verstehen. Wenn es sich um eine Initiative in der Gesetzgebung handelt, so kann aber darunter keinesfalls der Reichskanzler verstanden werden, da die Initiative in der Gesetzgebung bekanntlich einer jeden Regierung zusteht und innerhalb dieser Regierung die Anregung einer solchen Initiative wiederum jedem Mitgliede.

Wenn ich über die Absichten der Reichsregierung, worunter ich hier also verstehen würde: die verbündeten Regierungen, Auskunft geben sollte, so müßte ich sie alle darüber befragen, da sie mir Mittheilungen nicht gemacht haben. Es könnte mir dann leicht erwidert werden, daß ich doch abwarten möchte, bis solche etwa vorhandene Absichten sich verkörperten in Gestalt von Worten, wenigstens von Bemerkungen oder von Anträgen, daß sie es aber ablehnten, sich über ihre Gedanken katechisiren zu lassen.

Ich könnte dieselbe Antwort ja meinerseits auch hier geben, ich will indessen nur sagen, daß ich es nicht nützlich für das Reich halte, einen so schwierigen und für unsern Kredit, Geschäfts- und wirthschaftliches Leben so wichtigen Gegenstand, ohne geschäftlichen Anlaß beiläufig, gewissermaßen akademisch öffentlich zu besprechen und die Regierung en demeure zu setzen, daß sie sich amtlich ausspreche.

Der Herr Vorredner hat gesagt, es sei schon vor einigen Wochen die Absicht gewesen, eine solche Interpellation zu stellen. Man habe davon Abstand genommen in der Meinung, daß man durch Herbeiführung einer öffentlichen Diskussion über diese Frage der Reichs-Finanzverwaltung Unbequemlichkeiten und Schwierigkeiten bereiten könnte. Ich konnte diese Aeußerungen des Herrn Vorredners nur mit dem Gedanken begleiten, daß diese Erwägung eine sehr weise war. Warum sie nun seitdem verlassen worden ist, — was hat sich denn geändert? Daß in einem ausländischen Parlament die Sache besprochen ist in einer Weise, bei der Niemand behauptet hat, amtliche Nachrichten zu haben; macht das nun die Stellung dieser Interpellation, die Stellung dieser Frage für die Re-

gierung weniger unbequem, weniger schwierig? Der Herr Vorredner selbst theilte, wie er sagt, die Besorgniß nicht, die der Stellung der Interpellation zu Grunde lag, die ihr den Ursprung gegeben hat. Muß aber nicht die ganze Welt glauben, wenn sein Name unterzeichnet steht, wenn ein so bedeutender Staatsmann, der der Regierung so nahe steht und zu ihrer Beobachtung so leichte Mittel hat, dem es so leicht gewesen wäre, privatim bei mir Erkundigungen einzuziehen, wenn er die Zweifel an den Absichten der Regierung bis zu dem Maße theilt, daß er eine öffentliche amtliche Befragung der Regierung für nothwendig hält, muß die Welt nicht glauben, daß doch sehr viel mehr daran sein müßte, als er selbst hier zugegeben hat, als es wahrscheinlich der Fall sein könnte? Ich halte die Interpellation im Sinn und Zweck der Herren Interpellanten für nicht wohl überlegt.

Was in den Zeitungen steht, das vergeht bald. Zeitungen haben ein Bedürfniß einmal, mir gegenüber, dann als Material für ihre sittliche Entrüstung, — dazu brauchen sie Stoff, und die Herren, die eben ein so sonores Gelächter erschallen ließen, werden mir das bestätigen; sie brauchen auch sonst Stoff in dieser ereignißlosen Zeit, wo kaum irgendwo in der Welt ein mäßiger Krieg im Gange ist, in Europa Gott sei Dank gar keiner — werfen sie sich begierig auf jeden Stoff, das liest man und vergißt es wieder. Wenn aber 58 Herren von der Bedeutung wie Diejenigen, die dieser Interpellation durch ihre Namensunterschrift Nachdruck gegeben haben, durch Stellung derselben bekennen, daß auch sie zweifelhaft sind an den Absichten der Regierung, dann muß doch im Publikum die Meinung Platz greifen: diese Herren sind eingeweiht, das sind Sachkundige, die wissen mehr wie wir, da muß doch Grund sein, an den Intentionen der Regierungen zu zweifeln, sonst würden so bedeutende Finanz- und Staatsmänner, die ja jeden Tag zu vertraulichen Erörterungen Zugang zu jedem Minister gehabt haben würden, um ihrerseits ihre Besorgnisse zu zerstreuen, die würden nicht eine öffentliche Interpellation gestellt haben, die würden die Zweifel, die sie bekämpfen wollen, nicht sanktioniren, ja zum Theil durch ihre Unterschriften, durch ihre Interpellation erst schaffen.

Mir stellen Sie nun die Aufgabe, die Zweifel zu beseitigen, die Sie selbst schaffen, und zugleich mit der Verschärfung, daß diese Zweifel nachtheilig auf unsere wirthschaftlichen Interessen wirken, was ich ja gar nicht bestreite. Aber wenn Sie davon überzeugt sind, dann hätten Sie diesen Zweifeln nicht in Form einer so zahlreich unterzeichneten Interpellation Ausdruck geben sollen. Sie erwarten nun von mir, Sie schieben mir die Aufgabe zu, diese von Ihnen angeregten Zweifel aus dem Wege zu schaffen. Wenn ich auch sage, ich habe die Absicht nicht, kann ein Anderer sie nicht haben? Wenn ich sage, ich bin nicht überzeugt von der Nützlichkeit einer Aenderung in unserer Münzverfassung, könnte ich nicht beim näheren Studium der Frage, beim Anhören von Sachverständigen, bei Prüfung der Auffassung derjenigen Regierungen, die anderer Meinung darüber sind als die unsrige, könnte ich nicht zu der andern Ueberzeugung gelangen? Ist meine einfache Verneinung, daß ich jetzt keiner Absicht mir bewußt bin, auch keine kenne, ist sie eine hinreichende Entkräftung eines so stark accentuirten Zweifels in einem so wichtigen und ansehnlichen Zeugnisse, wie das der 58 Unterzeichner hier repräsentirt?

Sie schaffen da einen Zweifel, den ich durch meine einfache Verneinung mich außer Stande fühle, vollständig wieder aus der Welt zu schaffen; es wird immer aliquid haeriren von diesem Zweifel, und wenn Sie nachher die Schuld davon der mangelhaften Beantwortung der Minister zuschieben, dann, meine Herren, setzen Sie die Minister doch einigermaßen in die Lage, wie ein sehr hübsches Chamisso'sches Gedicht von dem Lemberger Juden sagt, der dem Steinwurfe eines Studenten auswich; der zertrümmerte eine Scheibe und der Jude wurde angehalten die Scheibe zu bezahlen, denn hätte er sich nicht gebückt, so wäre die Scheibe nicht zertrümmert worden. Ebenso geht es auch dem Minister; es wird durch die Stellung der Interpellation eine nachtheilige Wirkung erzielt; wenn der Herr Minister nicht geschickt, entschlossen oder nicht Willens ist, diese Wirkung wieder zu zerstören durch seine Aeußerung, so trifft ihn die Schuld. Ich bin ja an diese Argumentationen sonst vielfach gewöhnt, und von welcher Seite her sie nachher kommen werden, weiß ich nicht, aber kommen werden sie gewiß.

Ich kann dieser Interpellation gegenüber ja nur über die Thatsachen Auskunft geben. Ueber die geschäftliche Lage, wie sie zu meiner Kenntniß kommt, kann ich versichern, daß von keiner Seite, weder im Bundesrath, noch im preußischen Ministerium, ein Antrag auf eine Veränderung unserer Münzgesetzgebung gestellt worden ist, daß die Frage, ob einer zu stellen wäre, von keiner Seite auch nur zur Sprache gekommen und von keiner Seite mit einem Worte berührt worden ist. Die einzige thatsächliche Anknüpfung, der Krystallisationspunkt, an dem sich diese ganze Legende, einschließlich der Interpellation, gebildet hat, besteht in meinem an das Bank-Präsidium gerichteten Ersuchen, mit den Silberverkäufen einstweilen aufzuhören, indem ich für die Fortsetzung, ja für die Vergrößerung der Verluste, welche wir gegenwärtig bei dem fortwährenden Sinken des Silberpreises bis auf 47, während 61 der normale Werth sein würde, erlitten, — weil ich dafür die Verantwortlichkeit für meine Person nicht mehr tragen wollte.

Ich hatte dabei im Sinne, die Verantwortlichkeit für die Sistirung persönlich zu tragen bis zur nächsten Session, weil ich Sie in dieser mit einer so neuen und schwierigen Frage nicht belästigen wollte, und dann in der nächsten Session die Thatsachen offen Ihnen vor Augen zu legen, um zu gewärtigen, ob die Legislative beabsichtigt, dem Leiter der Exekutive andere Aufträge zu geben als bisher, oder ob sie die Fortdauer der Sistirung sanktionirt. Daß ich in der jetzigen Sitzung dergleichen nicht zur Sprache gebracht, glaubte ich, würden Sie mir Dank wissen, weil wir meiner Meinung nach genug andere Geschäfte und auch genug dringliche Geschäfte haben. Nachdem mir aber die Sache gegen meinen Wunsch gebracht wird, so bin ich genöthigt, das, was ich ein Jahr später hier vorlegen wollte, ein Jahr früher vorzulegen, und wenn die Herren eine Diskussion jetzt daran knüpfen wollen, so haben wir ja den ganzen Sommer vor uns, und ich bin auch nicht abgeneigt, auf jede weitere Erörterung der Frage einzugehen, — meine dienstliche Stellung nöthigt mich dazu.

Was sich nun an diese Inhibirung des Silberverkaufs geknüpft hat, das ist zunächst ein großes Mißvergnügen derjenigen Bankhäuser und anderer Geschäftstreibenden, die Gewinn von diesen Silberverkäufen hatten.

Daß dieses Mißvergnügen in Verbindung mit den andern vielen mißvergnüglichen Eindrücken, die ich das Unglück habe, in der Presse zu erregen, nun auch sich dahin verkörpert, daß man mir allerhand abenteuerliche Pläne von Reaktion auf diesem oder jenem Gebiete andichtet, daran bin ich ja gewöhnt; aber ich dachte, die Herren wären auch daran gewöhnt und stießen sich an solche Insinuationen und Verdächtigungen meiner Absichten nicht weiter und ließen sie ruhig passiren. Wenn das nicht ist, so schenken Sie den Verdächtigungen der Presse, die mich betreffen, nicht dieselbe Aufmerksamkeit, zu der ich durch rothes und blaues Anstreichen veranlaßt werde. Von diesen Herren Finanziers, wie sie in dem Schreiben des englischen Herrn Botschafters genannt werden, oder Finanzmännern, und zwar, meiner Erinnerung nach, nicht Finanzmänner in Deutschland allgemein, sondern in dieser Hauptstadt der Meinung wären, — also es hat in dieser Hauptstadt Finanzmänner gegeben, die sich dem englischen Herrn Botschafter gegenüber das Ansehen gegeben haben, als ob sie über die Absichten der Reichsregierung mehr wüßten, wie andere Leute — mein verehrter Freund und diplomatischer Mitarbeiter Lord Odo Russell hat diese zu seinen Ohren gekommenen Gerüchte pflichtmäßig nach England gemeldet, wie ja auch uns die Vertreter der Regierung im Auslande sehr häufig Gerüchte, die in der City von London oder in Paris über die Absichten der englischen oder französischen Regierung cirkuliren, als solche melden; dabei ist ja gar nichts Außerordentliches. Etwas verwunderlicher ist mir die Thatsache, daß ein nicht stärker verbürgtes Gerücht Gegenstand einer amtlich accreditirten öffentlichen Mittheilung wird; ich habe meinerseits in solchen Fällen, wenn ich Andeutungen von Stadtgerüchten über die Absichten einer fremden und namentlich einer uns so nahe befreundeten Regierung, wie der englischen, erhielt, doch dieser Mittheilung nicht eher einen amtlichen und öffentlichen Charakter verliehen, als bis sie mir auf anderem, sicherem Wege bestätigt wurde. Indessen ist es ja nicht meine Aufgabe, Gründe zu ermitteln, welche die englische Regierung dabei hat, von diesem vermuthlich in einem „Privatbriefe" von Lord Russell gemeldeten Gerücht einen so stark accentuirten Gebrauch zu machen; daß aber die Thatsache, daß die englische Regierung darin ein abweichendes Verfahren von dem unserigen im einzelnen Falle beobachtet, nun die Natur und die Wirkung der Interpellation für die Reichsregierung wesentlich geändert haben sollte, das kann ich denn doch nicht zugeben, und mir wäre es sehr erwünscht gewesen, wenn die Interpellation überhaupt nicht gestellt worden wäre oder wenn man mich doch vorher, was ja doch bei vielen meiner verehrtesten Bekannten, die jeden Tag Zutritt zu mir haben können, leicht gewesen wäre, wenn man mich vorher gefragt hätte: was werden Sie denn ungefähr antworten, werden Sie ein kategorisches „Nein" geben: nie und unter keinen Umständen! — Ja, auch das hat seine Unbequemlichkeiten. Wir wünschen, daß die Silberpreise stiegen. Wenn ich das „Nein" aussprach, so wird man sagen: gut, wir wollen nur warten, kommen müssen sie uns doch mit dem wohlfeilen Silber, da sie die Absicht haben, es später jedenfalls zu verkaufen; passen wir nur auf, daß wir den Preis nicht hoch gehen lassen und machen wir ein großes Geschrei bei jedem Unter-der-Hand-Verkauf, der von der deutschen Bank oder der deutschen Regierung etwa kommen kann, dann werden wir den Silberpreis rasch wieder herunterwerfen, so wie sie nur eine

Kiste von dem eingeschmolzenen Silber, was sie noch hat, verkaufen will.

Das also ist die Unbequemlichkeit, die mir die Herren verursachen, und ich wäre sehr dankbar, wenn sie diese Interpellation unterlassen hätten. In dem gesammten Bundesrath und in dem preußischen Ministerium sind die Zweifel an der Stetigkeit unserer Gesetzgebung, die durch die Interpellation ihren Ausdruck finden, Niemandem beigekommen. Im Uebrigen erlaube ich mir aber doch, die Herren darauf aufmerksam zu machen, daß je irgend eine Veränderung des Gesetzes gar nicht ohne Zustimmung des Reichstags erfolgen kann, jede gesetzgeberische Vorlage bedarf ja Ihrer Bestätigung, unsere heutigen Münzzustände beruhen auf Gesetz, und wenn wir ein neues Gesetz einbringen wollten, so würde es Ihnen auch an Zeit nicht fehlen, zur Abwehr und an den Mitteln, alle Vorbereitungen zu treffen, denn die Oeffentlichkeit würde doch rasch in Kenntniß gesetzt werden, wenn die erste Anregung vom Bundesrath in dieser Richtung erfolgte, oder auch nur, was der vertrauteste Weg wäre, durch ein Cirkular an die verschiedenen Regierungen ihre Meinung sondirt würde. Ich kann indeß versichern, daß ich bisher die Meinung nicht einer einzigen deutschen Regierung über diese Sache sondirt habe, nicht einmal die der preußischen, und daß ich, weil ich auf die Zweifel, die laut wurden, auf die Zeitungsgerüchte meinerseits gar kein Gewicht lege, daß ich nicht einmal meinen preußischen Kollegen und Finanz-Minister um seine Ansicht in dieser Sache zu fragen Gelegenheit gehabt habe. (Hört!)

Ich möchte also ... Die Herren schreien „hört", dadurch wollen sie wiederum insinuiren, — ich bin ja in Beziehung auf Insinuationen mir gegenüber heutzutage sehr hellhörig — mir gegenüber insinuiren, ich verführe also, ohne den preußischen Finanzminister zu fragen. Ich muß meine Gedanken daher richtig stellen. Ich habe damit sagen wollen, das Erste, wenn ich solche Gedanken hätte, wäre doch wohl, daß ich mit dem preußischen Finanz-Minister spräche, da ich ohne die 17 preußischen Stimmen im Bundesrath wenig machen kann und in dieser Beziehung ja wesentlich von dem preußischen Finanz-Minister abhängen würde. Also da bitte ich, dieses insinuante „Hört! hört!" richtig zu stellen dadurch, daß gerade der preußische Finanz-Minister die wichtigste Person ist, sehr viel wichtiger, als irgend eine andere.

Ich bitte Sie also, meine Herren, das Nichtvorhandensein der Zweifel an der Stetigkeit unserer Gesetzgebung dadurch anzuerkennen, daß Sie über diese Interpellation, — ich sage nicht zur Tagesordnung übergehen, aber eine weitere Diskussion der Frage daran nicht knüpfen. Wünschen Sie es aber, so bin ich bereit, Rede zu stehen, jedenfalls aber bitte ich, damit Sie beurtheilen können, ob ich mit Recht dieser Meinung nach die Silberverkäufe sistirt habe, zunächst um das Wort für den Herrn Bankpräsidenten, um die Thatsachen vorzutragen, welche mich bestimmt haben, diese Anordnung zu treffen.

Dann nach dem Abgeordneten Bamberger.

[Warum man nicht Fürst Bismarck vorher befragt hat? — Russell und Bleichröder.]

Ich nehme allerdings das Wort, aber keineswegs zu dem Zweck

den Herrn Vorredner auszulachen, dazu ist mir die Sache doch zu ernsthaft, sondern um meine Betrübniß darüber auszusprechen, daß er durch seine jetzige Rede eben den Eindruck, als ob gewichtige Finanzmänner und Kenner unserer Regierungsverhältnisse in der That Zweifel an der Stetigkeit unserer Gesetzgebung hätten, wesentlich gesteigert hat. Er hat zwar mehrmals die Interpellation unter gewissen Bedingungen als lächerlich bezeichnet, eine Andeutung, die ich mir niemals erlauben würde, aber er selbst hat sie gemacht. Aber ich frage: ist nicht die ganze letzte halbe Stunde seiner Rede ein Plaidoyer gewesen, wie es nur dann platzgreifen könnte, wenn hier von dieser Stelle bereits der Antrag zur Rückkehr auf die Doppelwährung vorläge? Er hat in der ganzen letzten Hälfte seiner Rede die Doppelwährung oder die Veränderungen bekämpft mit der ihm eigenthümlichen Beredsamkeit und mit dem vielen Material, was er hierzu gesammelt zu haben scheint, so daß Jeder, der diese Rede liest, den Eindruck haben muß: mein Gott, der Herr muß doch sehr überzeugt sein von der Tendenz der Regierung, daß er so dringlich sie abmahnt und hier eine Rede zu Gunsten der Goldwährung mit Citirung aller Staaten hält, die der Goldwährung anhängen, mit Darlegung einer Anzahl von bedeutenden Autoritäten für die Goldwährung, als ob von hier aus eine Vorlage dagegen schon gemacht wäre, als ob ich den Interpellanten geantwortet hätte, ja, es ist allerdings die Absicht. Dann wäre die Rede des Hrn. Abg. Bamberger allerdings ganz am Platze gewesen, aber da das nicht vorliegt, so bestärkt sie nur den falschen Eindruck, den meiner Befürchtung nach die Interpellation überhaupt machen wird.

Der Herr Abgeordnete hat im Anfang seiner Rede, der viel weniger wohllautend und sehr viel schärfer war als das Ende — er hat ja überhaupt die Gewohnheit, durch weichen, wohlwollenden Ton am Schluß einer sehr langen Rede den mitunter sehr verletzenden Anfang wieder in Vergessenheit zu bringen, und ich würde es kaum behalten haben, wenn ich es mir nicht aufgeschrieben hätte — sich mit einer Aeußerung von mir beschäftigt. Ich habe gesagt: die Herren hätten meines Erachtens wohlgethan, wenn sie mich vor Einbringung der Interpellation gefragt hätten über die Art, wie ich sie beantworten würde, — nicht darüber, ob sie mir genehm ist, denn das war wieder eine Andeutung eines diktatorischen Regiments und dergleichen — ich habe mich vorsichtig ausgedrückt und habe gesagt: ich hätte gewünscht, daß sie sich vorher bei mir erkundigt hätten, *wie* ich sie beantworten würde. Da sagt der Herr Vorredner: das ist den Thatsachen widersprechend, denn *vor* 3 *Monaten* habe ich dem Herrn Präsidenten des Reichskanzleramts etwas gesagt und habe von dem das und das gehört; — ganz andere Dinge, die gar nicht zur Sache gehören und die mit der Interpellation, die vor drei Monaten Niemand voraussehen konnte, nichts zu thun haben. Schon scheinbar näher kommt er der Widerlegung meines Vorwurfs, wenn er sagt, vor einigen Tagen, in der vorigen Woche, sei der Herr Präsident des Reichskanzleramts beauftragt worden, mir mitzutheilen, daß man beabsichtige, diese Interpellation zu stellen. Das geschah, und darauf habe ich damals unter vier Augen zu dem hier gegenwärtigen Herrn Präsidenten zuerst gesagt: ich kann mir das doch kaum denken, namentlich, daß *die* Herren dergleichen thun sollten, — ich kann es kaum glauben. Darauf habe ich

wiederholt die Bestätigung erhalten: ja, es ist die Absicht. Gut, — sage ich, — ich habe noch nie einen Handschuh liegen lassen, den mir Einer hingeworfen hat; ich habe dem Sinne nach, wie der Herr Vorredner ausführt, gesagt, die Interpellation wäre mir *unangenehm*, aber ich würde sie beantworten. Ich habe mich aber dem Herrn Präsidenten des Reichskanzleramts gegenüber unter vier Augen sehr viel stärker ausgedrückt; natürlich war der zu höflich, diese meine Worte den Herren so wiederzugeben, und sie sind auch nicht von der Art, daß sie sich von diesem Platze wiederholen ließen. Aber, habe ich gesagt, wenn die Herren die Interpellation stellen wollen, nun, dann — wie wir in Reihe und Glied sagten — dann „raus davor!“ — Eine Interpellation ist an und für sich, da wo die Privaterkundigung ausreicht, eine Demonstration, die mir einen feindseligen Eindruck macht. Ich habe bei Lesung der Unterschriften viele gefunden, auf deren Beistand und Freundschaft ich einen sehr hohen Werth lege; aber in der Hauptsache und auch namentlich in den anderen Fraktionen, auf die der Hr. Vorredner sich vorher bezog, außer der seinigen, sind es doch hauptsächlich diejenigen Herren, die wir bei den Abstimmungen über die Tariffragen stets in der Opposition zu sehen pflegen, ich will sie Ihnen nicht namentlich citiren. Ich habe also den Eindruck gehabt, daß vielleicht die Diskussion, die sich hierüber entspinnt, eine kleine Diversion zur Erholung vom Tarifkampf sein könnte, und in diesem Sinne habe ich den Herren anzudeuten gesucht, glauben Sie nicht, daß Sie mich ermüden können, — ich stehe im Dienst und da werde ich nicht müde, und ich bin bereit — wir haben den Sommer ja vor uns — hier weiter auch über diese Sachen zu diskutiren, wenn das Ihnen recht ist; — das habe ich damit andeuten wollen, daß auch diese Berechnung, die etwa der der Sache zu Grunde liegen könnte — ich will nicht sagen, zu Grunde liegt — mich immer auf dem Posten finden und mich nicht davon verdrängen wird. Aber was ich erwartet hätte: — ist denn der Weg zu mir weiter, als zu dem Herrn Präsidenten des Reichskanzleramts? Ich habe namentlich mit dem Herrn an der Spitze der Interpellation jahrelang in den intimsten amtlichen Verhältnissen gestanden, wo wir Alles mit einander besprochen haben; ich schmeichle mir noch heut zu Tage, in persönlich freundschaftlichem Verhältniß mit ihm zu stehen, es wäre also doch eine große Leichtigkeit gewesen, mich über die Sache zu befragen. Ich würde in vier Wänden mich vollständig unumwunden ausgesprochen haben, und unumwundener, als ich glaube, es vor der Oeffentlichkeit thun zu sollen. Den Vorwurf habe ich gemacht, daß Sie dies unterlassen haben, und daß Sie das unterlassen haben, hat der Hr. Abg. Bamberger in keiner Weise widerlegt, obschon er sich vorher das Ansehen gegeben hat, als hätte er diesen Vorwurf als einen unrechtmäßigen zurückgewiesen. Denn wenn er dem Herrn Präsidenten des Reichskanzleramts angekündigt hat, Sie würden die Interpellation stellen, wenn ich nicht vorher freiwillig eine Erklärung gebe, was mir übrigens nicht gemeldet worden ist, so ist es doch himmelweit verschieden davon, daß Sie mich *fragen*, was ich Ihnen antworten würde. Der Herr Vorredner hat mein Beispiel von dem Lemberger Juden sehr viel schneller verwirklicht, als ich glaubte, daß es möglich wäre: ich bin schuld, daß die Interpellation gestellt ist, ich habe sie durch freiwillige Beantwortung und Beschwichtigung *nicht* ver-

hindert; ja, es fehlt nur noch, daß er sagt: erst in Folge der Antwort, die ich auf die Interpellation gegeben habe, sei sie gestellt worden. So ungefähr dreht sich die Sache herum. Ich kann nicht alle, und namentlich ganz unmotivirte — ich will nicht den Ausdruck frivol gebrauchen, den der Herr Vorredner gebraucht hat — aber ganz unmotivirte Befürchtungen beschwichtigen — wie ich über die nachdenken soll und Zeitungen lesen und mir den Kopf zerbrechen, wie ich die beschwichtigen soll, das fällt mir nicht im Traum ein, und Hr. Bamberger mag fürchten, was er will, ich werde ihn nicht beruhigen. Ich thue meinen Dienst nach allen Richtungen hin und weiter nichts. Also deshalb zu sagen: wir haben die Interpellation stellen müssen, — ich glaube, er sagte, sie hätten Alles gethan, um die Interpellation zu vermeiden, nun, doch nicht Alles, Sie konnten sie einfach nicht stellen, dann wäre sie vermieden.

Zeitungsberichte, Zeitungen, — wer hat denn diese Artikel in den Zeitungen geschrieben? Ich will das nicht untersuchen, jede Zeitung nimmt sie, wenn sie geschickt und von sachkundiger Feder geschrieben sind. Der Herr Vorredner sagt, er hätte die Silberverkäufe gar nicht berühren wollen, aber seine ganze Argumentation knüpft er an die Gerüchte, die in Folge der Sistirung der Silberverkäufe entstanden sind und die allerdings für jeden redlichen Deutschen ein viel größeres Gewicht bekommen haben, seit sie in englischer Sprache herüberschallen, als wenn sie in unserer eigenen zum Ausdruck gelangen.

Der Herr Vorredner hat von meiner Andeutung, daß zunächst durch die Sistirung der Silberverkäufe Diejenigen, welche gewohnt waren, den Verkauf zu besorgen, empfindlich berührt waren, gesagt, er wolle das nicht als Insinuation bezeichnen. Ich habe damit in der That eine Insinuation nicht verbunden, sondern ich habe nur erklären wollen, wie auf ganz natürlichem Wege solche Redereien entstehen. Wenn der Herr Vorredner dagegen seinerseits insinuirt, daß der muthmaßliche Urheber dieser Gerüchte der britische General-Konsul, das Bankhaus Bleichröder sei, wenn durch skandalöse und schnöde Prozesse weltbekannt ist, daß dieses selbe Bankhaus mein Bankier und Geschäftsführer in Privatangelegenheiten ist, so ist mir dabei doch etwas die Empfindung geworden, als höre ich die Reichsglocke klingeln — nicht die des Herr Präsidenten, sondern eine andere — und ich möchte dem Herrn Vorredner doch empfehlen, mich auf dieses Gebiet nicht herauszufordern; ich habe nicht geglaubt, daß solche Anklänge hier in dieser Versammlung auch nur in der vorsichtigsten Andeutung möglich wären.

Mir ist bekannt, daß der Bankier Bleichröder ein Gegner der Goldwährung ist und immer gewesen ist, das wird auch wahrscheinlich dem Botschafter derselben Macht, für die Hr. Bleichröder Konsul ist, bekannt sein, und also wird er darauf weiter kein Gewicht legen. Wenn Hr. von Bleichröder nach wie vor nach seinem finanziellen Urtheil die Doppelwährung für richtig hält, so wird das für den Botschafter nichts Neues gewesen sein. Es müssen doch also noch andere Leute mit dieser Insinuation gekommen sein, auf die er Bezug nimmt, und ich kann das wiederholen, daß alle die Aktenstücke, die der Herr Vorredner nachher noch angeführt, von belgischen Zeitungen, belgischen Ministern, von englischen

Korrespondenten — er hat einmal, wenn ich recht verstanden habe, englisch vorgelesen, aber das kann uns nicht den mindesten Eindruck machen. Ich bestreite absolut, daß die Aufregung und die Befürchtung vor unüberlegten Schritten der Reichsregierung in dem Maße vorhanden gewesen ist, daß sie irgend einer Beruhigung bedurft hätte, und wenn die Interpellation keinen anderen Zweck gehabt hat, als diese Beruhigung für das Publikum herbeizuführen und die angeblich vorhandene Unruhe zu bekämpfen, dann sage ich nur: sie ist ein verfehlter Schritt gewesen.

Die Milde des Strafrechts.

8. März. Rede des Fürsten Bismarck.

Nach dem Abg. v. Bethmann-Hollweg.

Ich bin dem Herrn Vorredner für seine sachliche Kritik der Gesetzgebung, wie sie heute liegt, sehr dankbar und werde anordnen, daß die Rede, die wir so eben gehört haben, bei der Neubearbeitung des Seuchengesetzes und bei der damit zu verbindenden Revision der jetzt gültigen Bestimmungen benutzt werde und dazu Anlaß biete, bevor der herzustellende Gesetzentwurf in die öffentliche Diskussion im Bundesrathe und im Reichstage gelangen wird, sachkundige Vertreter der Landwirthschaft, namentlich aus solchen Bezirken, in welchen Seuchenfälle vorgekommen sind und die daher aus eigner Erfahrung beurtheilen können, wo dieser noch wenig probirte Schuh drückt oder nicht, daß die hinzugezogen werden mit ihrem gutachtlichen Urtheile. Ich glaube, daß aus der Darlegung des Herrn Vorredners aber doch hervorgeht, daß es für die Behandlung der Seuchen, wenn sie einmal unsere Grenze überschritten haben, an Sorgfalt nicht fehlt, im Gegentheil die Sorgfalt vielleicht eine zu weit getriebene ist und daher eine Minderung stattzufinden hat. Auf der andern Seite kann ich mich dem Eindruck nicht entziehen, daß unsere Grenzen gegen die Einschleppung der Seuchen bisher nicht hinreichend geschützt sind; ich möchte aber bitten, dafür das Reich nicht als verantwortlich anzusehen und die Mängel, die dabei hervortreten, nicht einem Mangel an Sorgfalt von Seiten des Reichs zur Last zu legen. Das Reich hat keine Exekutivmittel und keine eigenen Beamten, um den Grenzschutz zu üben und zu fördern. Ja, selbst die Zollbeamten, die bisher, sei es aus Mangel an Interesse, sei es aus anderen Gründen, nicht dem Einschleppen des Viehes auf den verbotenen Strecken dieselbe Sorgfalt widmen, die sie sonst dem Schmuggel angedeihen lassen, selbst die Zollbeamten unterliegen in dieser Beziehung nicht der Instruktion des Reiches, sondern der einzelnen Staaten. Es hat mir einen Eindruck gemacht, der mir manchen Zweifel angeregt hat, wenn ich gesehen habe und aus den Untersuchungen über die einzelnen Einschleppungsfälle entnommen habe, daß mit großer Wahrscheinlichkeit Jahr und Tag, ja mehrere Jahre hindurch auf denselben bestimmten Waldpfaden und Furthen die verbotene Einfuhr des Viehes stattgefunden hat, und es scheint mir doch fast unmöglich, daß die patrouillirenden Gendarmen, die pratouillirenden Grenzbeamten und der in seinem Kreise um-

herfahrende Landrath gar nicht auf den Verdacht kommen sollten, daß dort eine Umgehung der Verbotsgesetze, eine Uebertretung der Strafgesetze stattfinden sollte. Ist nun vielleicht die Abneigung gegen irgend eine Art von Denunziation größer als die Furcht vor der Gefahr der Verseuchung des eigenen Landes, ich weiß nicht, woran es liegt, es scheint mir aber absolut unmöglich, daß unser Verkehr, wie ich das angedeutet habe, sich so lange Zeit, wie es der Fall gewesen zu sein scheint, der Kenntniß der zur Beobachtung der Gesetzesüberschreitung angestellten Beamten habe entziehen können. Die neuesten Untersuchungen in Ostpreußen haben ja zur Genüge dargethan, daß Beamte auch selbst von nicht ganz niedrigster Stellung mit falschen Attesten bei diesen Einschleppungen, die uns so gefährlich gewesen sind, die unsern ganzen Viehhandel nach England zerstört haben — vor der Hand, — daß sie dabei mit Ausstellung von falschen Attesten thätig gewesen sind. Welches wird nun die Bestrafung sein dieser Uebertretungen, man kann wohl sagen angesichts der Kalamität, die dadurch über unser Land herbeigezogen ist, dieser Verbrechen, daß Jemand leichtsinnig, um einen Gewin zu suchen, das ganze Land der Gefahr der Seuche aussetzt? Nun, meine Herren, ich erlaube mir daran zu erinnern, wie das Gesetz wegen Bestrafung fahrlässiger oder verbrecherischer Einschleppung von Seuchen vorgebracht wurde, wie außerordentlich von der Seite, die für ihre Aufgabe hält, mehr für den Verbrecher wie für den ehrlichen Mann bei Stellung der Strafsätze sich zu interessiren — Partei nehmen will ich nicht sagen, — aber die mehr Angst haben, daß dem Verbrecher zu viel geschehe, als davor, daß die Gesellschaft unzulänglich beschützt sei. Es sind diese Strafsätze ganz außerordentlich gemildert worden, so daß sie in ihren Konsequenzen kaum noch den nöthigen abschreckenden Charakter haben, und ich glaube, wir werden durch die Erfahrung dazu gezwungen — ich thue es ja sehr ungern, einen gefaßten Beschluß des Reichstags nochmals vorzubringen — ihn zu ändern, und ich weiß, einen wie schwierigen Stand ich damit haben würde, aber ich mache darauf aufmerksam, daß die Strafgesetzgebung gegen die verbrecherische Einschleppung verdächtigen Viehes eine zu milde ist und daß wir da späterhin, — ich will nicht wünschen, daß wir sehr schwere Erfahrungen machen. Aber wenn sich dies häufiger wiederholt, so glaube ich, wird die Mehrheit unter Ihnen sich doch der Pflicht, den Geschädigten zu helfen, nicht entziehen können und wir werden dann vielleicht ein geneigteres Ohr finden. Einstweilen aber möchte ich nur bitten, das Reich nicht als verantwortlich anzusehen für diese Einschleppungen, für die Mißbräuche, die an der Grenze jedenfalls stattfinden müssen, um dergleichen zu ermöglichen, sondern lieber in den einzelnen Staaten durch die Landtage der Grenzstaaten ihre verantwortliche Verwaltung darüber zu interpelliren, wie dergleichen möglich ist. Wir im Reich haben nicht die Mittel, da wir nicht einmal über die Zollbeamten ein Verfügungsrecht haben.

Dann nach dem Abg. Dr. Lasker.

Ich rufe den Reichstag und alle Zuhörer zu Richtern an, wer ruhiger und sachlicher gesprochen hat, ich oder der Herr Abg. Lasker. Ich habe mich vollständig innerhalb der sachlichen Debatte bewegt, ich habe auch Niemanden persönlich genannt, ich habe namentlich den Herrn Abg. Lasker

nicht genannt, — ich glaube nicht, daß ich einen Namen genannt habe. Wenn der Herr Abg. Lasker sich zu der Bezeichnung derer meldet, die den Schutz des Verbrechers gegen Ungerechtigkeiten schärfer accentuiren als den Schutz des ehrlichen Mannes gegen die Verbrecher, so kann ich doch nicht dafür. Außerdem muß ich sagen, daß die Art, wie der Herr Abgeordnete mir einen belehrenden Verweis giebt, wie ich das schon öfter von ihm erfahren habe, himmelweit verschieden ist von der sachlichen Kritik, die ich hier geübt habe an der Hand unserer Gesetzgebung und im Interesse der Sicherheit unserer Viehzüchter, und ich möchte den Vorwurf dem Herrn Abg. Lasker geradezu zurückgeben, daß ich ihn hier auf frischer That ertappe, wie er eine ganz allgemein sachliche Bemerkung, sofern er den leisesten Stachel der Kritik für etwas, was er einmal im Leben gethan hat, darin findet, sofort zu einer zornigen Strafrede persönlicher Natur mir gegenüber benutzt, um mir zu beweisen, daß ich irgend Jemanden allgemein oder besonders verdächtigt hätte. Ich habe an den Abg. Lasker in dem Augenblick, wo ich sprach, gar nicht gedacht, und es wird mir jetzt erst vollständig gegenwärtig, daß er einer der Redner war, der, wenn ich nicht irre, den Begriff hineinbrachte, es solle demjenigen der Vieh schmuggelt, die gewinnsüchtige Absicht erst nachgewiesen werden. Ich glaube, es steht darin, ich will es nicht fest behaupten, aber es schwebt mir so vor. Ich bin auf diese Spezialien nicht vorbereitet, da ich an den bedauerlichen Vorgang einer persönlichen Diskussion mit dem Herrn Abg. Lasker heute nicht im entferntesten gedacht hatte. Er hat gesagt, er habe nur das Minimum heruntergesetzt. Das ist aber für unsere Richter überhaupt ein regelmäßiges Heruntersetzen des Durchschnitts der Strafe. Wann wird ein Richter je zum Maximum greifen, ehe die Spannung nicht so hoch getrieben ist in dem öffentlichen Gefühl, wie vielleicht durch die schweren Verbrechen des vorigen Jahres sie getrieben worden war. Aber in den gewöhnlichen Eigenthums- und eigennützigen Verbrechen ist es nur noch nie vorgekommen, daß der Richter sofort zum Maximum greift. Das Minimum heruntersetzen heißt also die Strafe heruntersetzen. Ich glaube auch nicht, daß in einer solchen Gesetzgebung, die recht sehr praktischer Natur ist zum Schutz unserer materiellen Interessen, die Herren Juristen das Hauptwort mitreden sollten, sondern die Interessenten.

Nach einer Entgegnung des Abg. Dr. Lasker.

Ich glaube, die Diskussion wird überall den Eindruck gemacht haben, daß die Grenze, die der Herr Abgeordnete zuletzt fixirte, nicht verlassen worden wäre, wenn der Herr Abgeordnete nicht das Wort ergriffen hätte; erst von dem Augenblicke hat sie meines Erachtens die Grenze, die der Herr Abgeordnete selbst bezeichnete, verlassen. Ich habe mich vollständig in sachlichen Grenzen bewegt. Der Herr Abgeordnete hängt sich an den einen Ausdruck, mit dem ich Diejenigen bezeichnet habe, die stets für die mildesten Strafbestimmungen, für die Herabsetzung der Strafbestimmungen sind, daran hängt er sich, um mich zu kennzeichnen, wie Jemanden, der ganzen Kategorien unüberlegte Vorwürfe macht. Ich halte das nicht für unüberlegt, sondern halte es für nothwendig, die Ausdrücke so scharf und prägnant zu brauchen, daß sie auch im Publikum einen Eindruck machen, um klarzustellen, daß das Maß von Schutz, auf welches alle ehrlichen

Leute Anspruch machen, bei der jetzigen Lage der Gesetzgebung uns nicht überall gewährt wird, daß unsere Gesetzgebung in ihren Strafbestimmungen zum großen Theil zu milde ist. Ich bin außerdem vollständig berechtigt, wenn ich davon spreche, Versuche der Gesetzgebung zu erneuern, daß ich mich ohne Nennung irgend eines Namens an diejenige Richtung wende, die meines Erachtens die früher vorgelegten Gesetze in ihrer Wirkung zu sehr abgestumpft hat, damit die Herren ihrerseits sich der Folgen dessen, was sie gethan haben, durch diese ihre Abminderung, recht klar bewußt werden. Ich weiß nicht, nach der Schärfe, mit der der Herr Abgeordnete mich angegriffen hat, muß ich allerdings glauben, daß ich das ihm gegenüber nicht erreicht habe, aber mir genügt es, wenn ich im Lande und wenn ich in der großen Mehrheit der Abgeordneten dies erreiche. Ich habe Niemanden persönlich genannt, Niemanden persönlich gekränkt, der Herr Abgeordnete hat sehr unerwartet plötzlich mit Schärfe und Heftigkeit des Angriffs mir vorgeworfen, meine Politik wäre nicht die richtige, um zum Ziele zu kommen. Meine Herren, darüber lassen Sie mich selbst urtheilen. Ich weiß sehr gut, wohin ich strebe, und was ich mit diesem Angriff gegen die zu milde Strafbestimmungen bezwecke, ist mir vollständig klar und wird auch seine Wirkung thun.

Die Ursachen der Auswanderung.

8. März. Rede des Fürsten Bismarck.

Nach dem Abg. Lingens.

Der Herr Abgeordnete hat den Wunsch ausgesprochen, über das Herkommen der Auswanderung je nach den Provinzen, aus denen sie hervorgehe, nähere statistische Auskunft zu erhalten. Ich halte diesen Wunsch für einen vollkommen berechtigten und werde für seine Erfüllung meinerseits veranlassen, was nothwendig ist. Ich lege um so mehr Werth darauf, als sich aus dieser Statistik zugleich die Frage des Herrn Abgeordneten nach den Gründen, die einen Deutschen veranlassen könnten sein Vaterland zu verlassen, bis zu einem gewissen Grade beantworten wird. Es wird nämlich aus der Statistik, soweit sie mir bekannt ist, und zwar auch wenn man Jahre in derselben zurückgreift, der merkwürdige Umstand sich ergeben, daß die meisten Auswanderer aus den am wenigsten bevölkerten Gegenden kommen, und daß diejenigen fast übervölkerten Länder, die vermöge der Entwicklung ihrer Industrie 10,000 und mehr Menschen auf der Quadratmeile nähren, ein sehr dürftiges Kontingent bilden. Ich glaube, der Herr Vorredner wird aus seiner fabrik- und industriereichen Heimath nicht den Eindruck mitbringen, daß dort sehr viele Anwesen von Auswanderern zum Verkauf kamen und die Auswanderer sehr zahlreich waren. Wenn er hingegen in den hauptsächlich auf den Betrieb der Landwirthschaft angewiesenen Provinzen wohnte, so würde diese Wahrnehmung häufiger vorkommen. Bei weitem die meisten der Auswanderer in den letzten Jahren sind aus Mecklenburg, Pommern, Westpreußen, Posen, kurz und gut aus Gegenden, die in vielen Fällen die Zahl von 2000 Menschen

auf die Quadratmeile nicht erheblich übersteigen, ja, in den mir bekannten Landstrichen meiner Varziner Heimath kaum 1200 übersteigen, und da gerade war die Auswanderung außerordentlich zahlreich. Was ist nun die Ursache davon? Die Ursachen werden uns vielleicht eingehender beschäftigen in einigen Monaten, wenn wir die Tariffragen prüfen, wenn wir die Vertheilung der Lasten prüfen zwischen der Landwirthschaft und zwischen den übrigen Theilen der Bevölkerung, zwischen der Bevölkerung, die von der Landwirthschaft lebt, und zwischen der, die nicht davon lebt. Ich will auf die Details jetzt nicht näher eingehen, ich will den Herren und auch dem Herrn Vorredner in Bezug auf seine Anfragen Rendezvous geben bei den Verhandlungen über die wirthschaftlichen Fragen, da werde ich ihm angeben, warum die Bevölkerung der rein wirthschaftlichen Provinzen bei uns in höherem Maße auswandere, als die der übervölkerten Fabrikgegenden. Ich werde daraus zu dem Schluß kommen, daß einerseits das landwirthschaftliche Gewerbe bei uns durch unser Abgaben- und Steuerwesen und verschiedene andere Einrichtungen ungleich beschwert ist. Ich werde ferner zu dem Schluß kommen, daß es für die rein landwirthschaftlichen Gegenden ein Segen sein würde, wenn sie in ihrem Umfange eine entwickeltere Industrie fänden, welche sich weiter bilden könnte, so daß beide sich gegenseitig unterstützen. In den vorwiegend industriellen Gegenden ist dem Arbeiter die Karriere nicht verschlossen, die Karriere zu den höchsten Vorbildern, die seine Phantasie ihm stellen kann. Der Marschallstab, den angeblich der französische Soldat in seinem Tornister trägt, befindet sich dort in der That in der Hütte des Arbeiters, wenn ich Leute wie Krupp, wie Diergardt, wie Borsig, ich könnte viele Andere nennen, Marschälle der Industrie nennen darf. Die Karriere ist dort nicht verschlossen, der Arbeiter in der Industrie hat die Möglichkeit, aufzusteigen, er steigt zuerst auf zu dem höheren Tagelohn als besserer Arbeiter, zu dem höheren Wochenlohn, er bekommt eine bessere Anstellung als Contremaitre, als Werkführer, und die Beispiele sind nicht so sehr selten, daß sie nicht die Hoffnung eines Jeden schmeicheln sollten, daß Einer unter ihnen sich zum leitenden Beamten, zum Associé, ja zum Herrn einer großen Industrie, eines großen Vermögens aufgeschwungen hat. Die Hoffnung, deren der Mensch bedarf, daß in dem gewöhnlichen Einerlei des Arbeiterlebens, wenn nicht für ihn, doch für seine Kinder etwas besser werden könne, die verläßt den industriellen Arbeiter nicht. Anders ist es in der Landwirthschaft: Der ländliche Arbeiter, wenn er in dem Alter ist, daß er heirathet und nachdenkt über seine Zukunft, so findet er in rein landwirthschaftlichen Gegenden, daß die Kluft zwischen ihm und der nächsten Stufe, zu der er aufsteigen könnte, für eine Generation eine unübersteigliche ist, daß es eine arbeitsame, glückliche, insofern, als er durch Krankheiten nicht zurückgebracht und gestört wird, eine in ihrem Erwerb glückliche Generation erfordert, um den Arbeiter eine Stufe vorwärts zu bringen und ihm zu einem kleinen Eigenthümer eines Anwesens mit einer Dachtraufe, aber was ihm selbst gehört, zu einem kleinen Stück eigenen Landes zu verhelfen. Er sieht vor sich, daß sein Nachbar, der 60 Jahre lang das Gewerbe eines ländlichen Arbeiters getrieben hat, eben in diesem Verhältniß geblieben ist. Eine große Schädigung der Entwickelung der ländlichen Verhältnisse hat in dieser Hinsicht die gesetzliche Aufhebung der Erbpacht gebracht, die ein Mittel war, Jemandem leicht

1879.

zu Land zu verhelfen und zu einem unantastbaren Grundbesitz und ein viel leichteres Mittel als die Theilung von Domainen, die man vorgenommen hat, und wo man die Theilstelle viel zu hoch gegriffen hat, nach dem Urtheil eines Jeden, der die ländlichen Verhältnisse kennt. Wenn man in unseren ausschließlich landwirthschaftlichen Provinzen den Erwerb von Grundeigenthum durch das System der Erbpacht, das keine Kapitalanlage erforderte, erleichterte, wenn es unserer Gesetzgebung später gelingt, Industrie, die nicht eine Konkurrentin der Landwirthschaft ist, in jenen Gegenden zu fördern, so daß Produzenten und Abnehmer für verschiedene Artikel dicht neben einander wohnen, dann, glaube ich, wird der Herr Vorredner nicht mehr über die hohen Ziffern der Auswanderung klagen. Sie sind ja in den letzten Jahren sehr viel vermindert; das hat aber meines Erachtens keine dauernden Gründe, sie würden unter gewissen Verhältnissen, die einseitig auch in Amerika eintreten könnten, ebenso gut wieder einen Aufschwung nehmen. Ich erlaube mir also dem Herrn Vorredner zu versprechen, daß die statistischen Nachrichten, die ihm fehlen, nachgeliefert werden sollen, und die Absicht auszusprechen, auf diese Statistik und die Wirkung unserer bisherigen Gesetzgebung auf die Auswanderung zurückzukommen, wenn wir die wirthschaftlichen Fragen hier behandeln werden.

1878. 12. Juni. König Georg V. von Hannover stirbt in Paris. Der Sohn zeigt den Tod des Vaters durch folgendes Schreiben an:

Durchlauchtigster, Großmächtigster Fürst!
Freundlich lieber Bruder und Vetter!

Mit tiefbetrübtem Herzen, erfülle ich die traurige Pflicht, Eurer Majestät, die Anzeige zu machen, daß es Gott in seinem unerforschlichen Rathschlusse gefallen, meinen vielgeliebten Vater, Seine Majestät Georg V., König von Hannover, königlichen Prinzen von Großbritannien und Irland, Herzog von Cumberland, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg ꝛc., zu Paris am 12. Juni dieses Jahres nach längerem Leiden aus dem Leben abzurufen. In Folge dieses mich und mein Haus tief erschütternden Todesfalles sind alle Rechte, Prärogative und Titel, welche dem Könige, meinem Vater, überhaupt und insbesondere in Beziehung auf das Königreich Hannover zustanden, kraft der in meinem Hause bestehenden Erbfolgeordnung auf mich übergegangen. Alle diese Rechte, Prärogative und Titel halte ich voll und ganz aufrecht. Da jedoch der Ausübung derselben in Beziehung auf das Königreich Hannover thatsächliche, für mich selbstverständlich nicht rechtsverbindliche Hindernisse entgegenstehn, so habe ich beschlossen, für die Dauer dieser Hindernisse den Titel „Herzog von Cumberland, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg“ mit dem Prädikate „königliche Hoheit“ zu führen. Indem ich auch hiervon Mittheilung mache, wird es einer besonderen Erwähnung nicht bedürfen, daß meine und meines, in voller Selbstständigkeit verharrenden Hauses Gesammtrechte

durch den zeitweiligen Nichtgebrauch der dieselben bezeichnenden Titel und Würden in keinerlei Weise aufgehoben oder eingeschränkt werden können. Ich verbleibe Eurer Majestät freundlich williger Bruder und Vetter.

Gmünden, im Juli 1878.

Ernst August.

An des Königs von Preußen Majestät.

---

21. Dezember. Vermählung des hannoverschen Thronprätendenten Ernst Augusts, Herzogs von Cumberland mit der Prinzessin Thyra von Dänemark in Kopenhagen. Eine Deputation der Ritterschaft des vormaligen Königreichs Hannover überreicht dem Brautpaar eine Adresse nachfolgenden Inhalts und wird dabei sowohl von Seite des königlich dänischen Hofes als von Seite der offiziellen Welt, namentlich des Ministers des Auswärtigen, mit besonderer Aufmerksamkeit behandelt.

„Durchlauchtigster Herzog!
Gnädigster Herzog und Herr!

Die frohe und verheißungsvolle Kunde von der Verlobung Eurer königl. Hoheit mit der königlichen Prinzessin Thyra von Dänemark hat des tiefgebeugten hannoverschen Volkes Herz getroffen wie ein heller Sonnenstrahl, der dunkles Gewölk durchbricht. Inniger als je fühlt in der gegenwärtigen Zeit gewaltsamer Trennung Hannovers Volk dem angestammten Herrscherhause und Eurer königl. Hoheit, dem Haupte und Erben dieses Hauses, in Allem sich verbunden, was das Herz bewegt: Freud und Leid. Können wir jetzt nicht auf dem Boden der Heimath, in dem Erbe der Väter, Eure königl. Hoheit mit lautem Jubel begrüßen, so quillt nur um so heißer das stille Flehen unseres Herzens, daß Gott der Allmächtige über dem neuen Bunde schützend und schirmend seine Segenshand halten und daraus reiches Heil wolle erblühen lassen für das königliche Haus, wie für Hannovers Land und Volk bis in die fernste Zukunft hinein. Treue in Liebe, fest in Hoffnung, bringen wir so voll Ehrfurcht Eurer königl. Hoheit mit der erlauchten Braut Hannovers Gruß und Glückwunsch aus der Ferne. Durchlauchtigste gnädigste Prinzessin! In der Zeit schwerer Trübsal, mit welcher der Herr das hannoversche Land und Volk heimgesucht hat, hören wir zum ersten Male wieder eine Friedensbotschaft, die gute Botschaft, welche an den Namen Eurer königl. Hoheit sich anknüpft. Begrüßen wir schon deshalb diesen Namen als das vielbedeutende Zeichen einer besseren Zukunft, so tragen wir Euerer königl. Hoheit die volle Liebe, die unverbrüchliche Treue und die ehrfurchtsvolle Ergebenheit entgegen, mit welcher wir dem angestammten Fürstenhause durch allen Wechsel von Glück und Unglück verbunden geblieben sind. In schweren Tagen haben Ew. königl. Hoheit Ihr Geschick an das des theuren Hauptes und Erben dieses Fürstenhauses zu knüpfen beschlossen, mit welchem wir gerade in solcher Zeit je länger je mehr zu fester und treuer Anhänglichkeit uns verbunden wissen. Wir haben daraus die beglückende Bürgschaft genommen, daß Ew. königl. Hoheit dem hohen Herrn durch böse wie durch gute Tage in treuer Liebe zur Seite stehen und mit den reichen Gaben, welche Gott Ihnen verliehen, seinem Leben Friede, Freude

Ehre und Schmuck bringen werden. Könnten jetzt Eure königl. Hoheit in die Städte und Dörfer des hannoverschen Landes einziehen, so würden Alle mit überwallender Freude der geliebten Braut, der erlauchten Gemahlin des Herzogs Ernst August entgegen jauchzen. Voll tiefer Wehmuth und mit bitterem Schmerze entbehren wir solchen Glückes. Aber Eure königl. Hoheit mögen doch schon jetzt einen Einzug bei uns halten, — es ist Alles dazu bereit — den Einzug in das Herz eines treuen Volkes. Weit geöffnet zum festlichen Empfange stehen seine Thore. Geruhen Eure königl. Hoheit nur huldreich dieser neuen Heimath Sich zuzuneigen, in welcher eine in Leid bewährte Liebe Sie mit heißem Willkommen begrüßt."

Welfische und dänische Demonstrationen in Kopenhagen.

Ueber die Vorfälle in Kopenhagen gelegentlich der Heirath des Herzogs von Cumberland wird offiziös geschrieben:

„Eine Correspondenz der „Magdeb. Ztg." behandelt das welfische Zwischenspiel in Kopenhagen, indem sie sich für recht genau unterrichtet ausgiebt. Dies scheint aber durchaus nicht der Fall zu sein. Wenn die Correspondenz meint, im Auswärtigen Amt werde dem Zwischenfall keinerlei Bedeutung beigelegt, der Herzog von Cumberland sei eine gleichgiltige Privatperson, durch die sich das Reich nicht gekränkt und verletzt fühle, so geht er um den Hauptpunkt herum. Es handelt sich um die Taktlosigkeiten amtlicher Kreise in Kopenhagen und nicht um den Herzog von Cumberland. Die Haltung dieser amtlichen Kreise aber mit dem Correspondenten für eine Sache des Geschmacks zu erklären, ist eine Naivetät, die stark an Unwissenheit grenzt. Für das Verhalten der Staaten untereinander existirt ein Codex geschriebener und ungeschriebener Regeln, deren Verletzung auf einen an sich noch so gleichgiltigen Anlaß hin auffällig bleibt. Der, gegen den die Verletzung gerichtet war, kann oft den Fall als gleichgiltig behandeln, es ist darum noch nicht unerlaubt und nicht überflüssig, eine solche Unschicklichkeit zu rügen. Hier kommt nun noch hinzu, daß durch ein Verhalten, wie das der Kopenhagener amtlichen Kreise Illusionen erneuert werden, deren Fortdauer allerdings dem deutschen Reiche nicht gleichgiltig ist. Ganz sinnlos ist der Vergleich des Correspondenten zwischen eben diesen Vorgängen und jenem Ehrengeschenk, was einst preußische Absolutisten dem König Franz von Neapel überreichten. Den König Victor Emanuel ließ diese Demonstration aus Deutschland allerdings kalt, aber es würde ihn durchaus nicht kalt gelassen haben, wenn eine Deputation aus Neapel in Berlin einen offiziellen und freundlichen Empfang gefunden hätte."

Der „National-Ztg." geht von einer durch politische und nationale Stellung von dem Verdacht der Voreingenommenheit durchaus enthobenen Seite aus Kopenhagen vom 6. l. M. folgende Zuschrift zu:

Das „Dagbladet" läßt es sich in dieser Zeit angelegen sein, unsere Regierung und unseren Hof von dem Vorwurf zu reinigen, daß sie eine aus Anlaß der Vermählung der Prinzessin Thyra mit dem Herzog von Cumberland hier eingetroffene welfische Deputation empfangen und ihr verschiedene Freundlichkeiten erwiesen hätten, während alle anderen Blätter, darunter die offiziöse „Berl. Ztg." und die ministerielle „Dagens Nyheder" über diesen Punkt ein unverbrüchliches Schweigen bewahren. Das „Dagbladet" behauptet, sich genau danach erkundigt zu haben, was es mit den hier bei der Vermählung anwesenden Hannoveranern für eine Bewandtniß gehabt habe. Nach diesen Erkundigungen, deren Richtigkeit ich selbstverständlich dahingestellt sein lassen muß, sollen diese Herrn mit Genehmigung des Königs von dem Herzoge von Cumberland ausdrücklich eingeladen und wie des Königs Privatgäste behandelt worden sein. Das „Dagbladet" sagt ferner, daß Nichts darüber zur Kenntniß der „Regierung" gekommen sei, ob jene Hannoveraner die Ueberbringer von schriftlichen oder mündlichen Glückwünschen seitens

ihrer Landsleute gewesen seien. Diese Voraussetzung des „Dagbladet", daß, wenn die Hannoveraner die Ueberbringer einer Adresse gewesen wären, unsere Regierung davon unterrichtet sein würde, ist doch wirklich gar zu naiv, und nicht minder naiv die Schlußfolgerung, daß, weil die Regierung von einer solchen Adresse keine Kenntniß habe, dieselbe auch nicht existire. Es scheint fast so, als ob das „Dagbladet" von dem Gegentheil unterrichtet worden ist und diese Thatsache dann in seiner Weise, d. h. recht ungeschickt vertuschen will. Wenn übrigens die „eingeladenen" Gäste so ganz und gar aller offiziellen Eigenschaften entbehrten, sie war es seitens des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten gewiß wenig korrekt gehandelt, daß er die Herren in seiner Dienstwohnung und nicht in dem Privathotel, wo er wohnt, zur Tafel zog. Die Diners, welche der genannte Minister im Ministerialgebäude giebt, haben alle einen offiziellen Charakter und müssen einen solchen haben, weil er die Repräsentationsgelder, welche der Staat ihm zuweist, dazu verwendet. Wollte also der Minister jenen Hannoveranern eine Freundlichkeit erweisen, so durfte er sie, wenn sie durchaus nur Privatpersonen waren, nicht auf dem Amalienborger Palais bewirthen, wo er selbst nur als Minister des Aeußeren und nicht als Privatperson auftreten kann. Entweder hat also der Minister sich eines Versehens schuldig gemacht — welches dann auf die ganze Regierung zurückfällt — oder es wurden die Hannoveraner wie eine Deputation behandelt und dann hat die „Nordd. Allg. Ztg.", gegen welche das „Dagbladet" so heftig zu Felde zieht, allerdings Recht.

1879. Aufhebung des Artikels V des Prager Friedens über Nord-Schleswig.

Nachdem die in Artikel V. des zwischen Sr. Majestät dem Deutschen Kaiser und König von Preußen und Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich, König von Böhmen und apostolischen König von Ungarn, am 23. August 1866 zu Prag abgeschlossenen Friedens enthaltenen Bestimmungen in Betreff der Modalität, einer Retrocession der nördlichen Distrikte Schleswigs an Dänemark, zur vertragsmäßigen Durchführung noch nicht gelangt sind;

nachdem Se. Majestät der Deutsche Kaiser und König von Preußen den Werth zu erkennen gegeben hat, welchen Er auf die Beseitigung dieser Modalität des Friedens legen würde;

andererseits Se. Majestät der Kaiser von Oesterreich und König von Ungarn die Schwierigkeiten würdigt, welche sich der Durchführung des in jenem Artikel niedergelegten Prinzipes entgegenstellen;

nachdem endlich Se. Majestät der Kaiser von Oesterreich und König von Ungarn einen Beweis Seines Wunsches zu geben gewillt ist, die zwischen den beiden Mächten bestehenden freundschaftlichen Bande noch enger zu schließen:

so haben die Hohen Kontrahenten übereinstimmend für nothwendig erkannt, eine Revision des oben bezeichneten Artikels eintreten zu lassen. Se. Majestät der Deutsche Kaiser und König von Preußen und Se. Majestät der Kaiser von Oesterreich und König von Ungarn haben zu diesem Zwecke zu Ihren Vertretern ernannt:

Se Majestät der Deutsche Kaiser und König von Preußen

den Prinzen Heinrich VII. Reuß, Allerhöchst Ihren Botschafter und General-Adjutanten rc.,

Se. Majestät der Kaiser von Oesterreich und König von Ungarn den Grafen Julius Andrássy von Csik-Szent-Király und Krasznahorka, Allerhöchst Ihren Minister des Kaiserlichen Hauses und des Aeußern ꝛc.,

welche nach Vorlegung ihrer in guter und richtiger Form befundenen Vollmachten über nachstehende Artikel sich vereinigt haben.

Artikel I.

Die in dem zwischen Sr. Majestät dem König von Preußen und Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich, König von Böhmen und Apostolischen König von Ungarn, am 23. August 1866 zu Prag abgeschlossenen Friedensvertrage niedergelegte Vereinbarung, wonach der Uebertragung der Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich durch den Wiener Friedensvertrag vom 30. Oktober 1864 erworbenen Rechte auf die Herzogthümer Holstein und Schleswig an Se. Majestät den König von Preußen eine Modalität hinzugefügt ist, wird hiedurch aufgehoben, so daß die Worte im Artikel V. des genannten Vertrages vom 23. August 1866:

„mit der Maßgabe, daß die Bevölkerungen der nördlichen Distrikte von Schleswig, wenn sie durch freie Abstimmung den Wunsch zu erkennen geben, mit Dänemark vereinigt zu werden, an Dänemark abgetreten werden sollen"

außer Gültigkeit gesetzt werden.

Artikel II.

Die Ratifikationen des gegenwärtigen Vertrages sollen zu Wien binnen einer Frist von drei Monaten oder wenn möglich früher ausgewechselt werden.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten gegenwärtigen Vertrag unterzeichnet nnd mit dem Insiegel ihrer Wappen versehen.

So geschehen in Wien am 11. Oktober 1878.

H. VII. Reuß. (L. S.) — Andrássy. (L. S.)

Vorstehender Vertrag ist von Sr. Majestät dem Deutschen Kaiser und Könige von Preußen und Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich und Könige von Ungarn ratifizirt und sind die Ratifikationen ausgetauscht worden.

(„Provinzial-Correspondenz" vom 5. Februar.)

Der Artikel V. des Prager Friedens hat der preußischen Regierung vom ersten Augenblicke mannigfache Ungelegenheiten bereitet, indem aus demselben namentlich die dänisch-redenden Unterthanen Sr. Majestät des Königs in Nord-Schleswig vermeintliche Ansprüche und Rechte herleiten wollten.

Schon bei der Verhandlung über die Gründung des Norddeutschen Bundes wurde von den Abgeordneten der nordschleswigschen Wahlbezirke der Antrag gestellt, dem ersten Artikel der Bundesverfassung hinzuzufügen:

„Zum Bundesgebiet nicht gehörig sind diejenigen Distrikte des Herzogthums Schleswig, deren Bevölkerungen das Recht der freien Abstimmung über ihre Zugehörigkeit vertragsmäßig gewährt ist."

Fürst Bismarck erklärte darauf (am 18. März 1867), daß es ein Irrthum wäre, anzunehmen, daß die Grenze des Norddeutschen Bundes nicht feststände: „es ist bis auf Weiteres, sagte er, diejenige Grenze, die im Wiener Frieden zwischen Dänemark auf der einen und Preußen und Oesterreich auf der anderen Seite stipulirt worden ist.“

Er trat weiter der Behauptung entgegen, daß irgend ein Einwohner von Schleswig aus dem Vertrage, den Preußen mit Oesterreich abgeschlossen, ein Recht ableiten könnte auf die Abstimmung.

„Nur Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich hat das Recht, von uns die Ausführung des Prager Friedens zu fordern, in welchem Maße, das läßt der Inhalt des Friedensvertrages unbestimmt.“ — —

„Die Grenze, die wir nicht überschreiten dürfen und wollen, wird gezogen durch das Interesse des preußischen Staates an seiner militärischen Sicherheit: eine Grenze, durch die unsere strategische Sicherheit nach jener Richtung hin beeinträchtigt würde, die uns in die Verlegenheit setzen könnte, das mit schwerem Blut und Anstrengung gewonnene Düppel nochmals zu nehmen, würden wir unter keinen Umständen anerkennen und zugeben können, dazu sind wir auch nicht verpflichtet.“

Weiter erklärte Fürst Bismarck es von vorn herein für eine Vorbedingung jeder Gebietsabtretung, daß das Geschick der Deutschen in den abzutretenden Bezirken durch einen Vertrag mit Dänemark sichergestellt werde.

Die österreichische Regierung nahm in der Angelegenheit von vorn herein eine sehr zurückhaltende Stellung ein. Schon in einer österreichischen Depesche vom 28. März 1867 wurde ausdrücklich hervorgehoben, daß die Bestimmung wegen Wiederabtretung der nördlichen Distrikte Schleswigs an Dänemark nicht auf Veranlassung der österreichischen Regierung in das Prager Friedensinstrument aufgenommen worden sei. Diese Bestimmung existire indessen, und sie lasse Oesterreich gewissermaßen als Sachwalter für ein Interesse erscheinen, zu dessen Vertretung es ohne dieselbe sich nicht den Beruf zuschreiben würde.

Neuerlich habe aber Fürst Bismarck ausdrücklich betont, daß Oesterreich allein legitimirt sei, die Erfüllung des Art. V. des Prager Vertrages zu verlangen. Diese öffentliche Erklärung habe wohl auch den Zweck gehabt, es nicht zu einer Intervention dritter Mächte in dieser Angelegenheit kommen zu lassen.

Bei längerem Offenhalten der Frage könnte jedoch dieser Zweck, dem Oesterreich sich vollkommen anschließe, leicht verfehlt werden, und die österreichische Regierung finde sich deshalb verpflichtet, den in Rede stehenden Punkt des Friedensvertrages in diesem Sinne vertraulich in Anregung zu bringen.

Die preußische Regierung hat in der That seit dem Jahre 1867 wiederholt versucht, durch vertrauliche Verständigung mit der dänischen Regierung die Grundlagen für die Ausführung des Art. V. zu gewinnen. In einer Depesche des preußischen Gesandten in Kopenhagen an den dänischen Minister vom 18. Juni sind als unerläßliche Vorfragen die nöthigen Bürgschaften für den Schutz der in dem abzutretenden Gebiet wohnenden Deutschen und die Uebernahme eines verhältnißmäßigen Antheils an der Schuldenlast der Herzogthümer bezeichnet. Anstatt der gehofften Erklärungen hierüber hatte die dänische Regierung nur auf die bestehenden Gesetze und Verträge hingewiesen, neben denen jede weitere Bürgschaft überflüssig sein würde. Die preußische Depesche dagegen erinnerte daran, daß die Ursachen der Störung des in früheren Zeiten bestandenen guten Einvernehmens hauptsächlich in dem Umstande lagen, daß die dänische Regierung nach der Umgestaltung der älteren Verfassung der Monarchie nicht mehr im Stande war, den deutschen Unterthanen der dänischen Krone denselben Schutz ihrer Nationalität und Sprache zu gewähren, dessen dieselben sich ehemals erfreut hatten. Zur Sicherstellung der von beiden Seiten erstrebten freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Dänemark sei es daher rathsam, nicht von Neuem die Keime ähnlicher Zerwürfnisse zu legen, wie es diejenigen waren, welche früher den Frieden beider Länder und dadurch den Europas gefährdeten.

Demgemäß werde die ausdrückliche Anfrage an die dänische Regierung gerichtet, ob sie sich im Stande glaube, Einrichtungen zu treffen und Maßregeln in Aussicht zu stellen, welche für den Schutz und die Sicherung der nationalen Eigenthümlichkeit der in den etwa abgetretenen Gebietstheilen einzeln oder in Gemeinden wohnenden Deutschen bestimmte Bürgschaften geben, und welcher Art, in individueller, lokaler und kommunaler Beziehung, diese Garantien sein würden?

Je mehr die preußische Regierung wünsche, durch den Abschluß dieser Angelegenheit sowohl der Stimmung der Bevölkerung Rechnung zu tragen, als auch der dänischen Regierung einen Beweis ihrer freundschaftlichen Gesinnungen zu geben, um so mehr müsse sie erwarten, daß die letztere durch ein entsprechendes Entgegenkommen ihr die Beschleunigung möglich machen werde.

Während die auf diesem Boden geführten Verhandlungen sich immer aufs Neue als aussichtslos erwiesen, erneuerten sich andererseits unablässig die Versuche, innerhalb der Bevölkerung Nord-Schleswigs unberechtigte Ansprüche und Erwartungen und damit zugleich einen Gegensatz gegen die rechtlich und thatsächlich bestehenden Verhältnisse zu nähren. Jahr aus Jahr ein wiederholten sich die Proteste und die Eidesverweigerung der in den nordschleswigschen Bezirken gewählten Abgeordneten gegenüber der preußischen und deutschen Reichsverfassung, — und bei jeder in Europa aufsteigenden Verwickelung wiesen die Gegner des Deutschen Reichs auf die nordschleswigsche Frage als auf einen vermeintlich schwachen und gefahrdrohenden Punkt der preußischen und deutschen Politik hin.

So war es denn ein unzweifelhaftes Interesse Preußens, eine lästige Bestimmung des Prager Friedens, auf welche Oesterreich selbst von vorn herein keinen Werth gelegt hatte, durch vertrauliches Einverständniß mit der uns jetzt eng befreundeten Macht zu beseitigen. Die Verhandlungen darüber waren schon seit längerer Zeit im Gange, und der Vertrag ist (wie das Datum des 11. October bekundet) in der Zeit der Kaiserlichen Stellvertretung durch den Kronprinzen zum Abschlusse gelangt und demnächst durch den Kaiser und König ratifizirt worden.

Abgesehen von der großen Wichtigkeit der Sache selbst, zumal auch in ihren Beziehungen nach manchen anderen Seiten, ist der Abschluß des Vertrages in der That ein vollgültiger und bedeutsamer Beweis des Wunsches Sr. Majestät des Kaisers von Oesterreich, „die zwischen den beiden Mächten bestehenden freundschaftlichen Bande noch enger zu schließen", und wird in solchem Sinne nicht bloß von der Regierung unseres Kaisers und Königs, sondern auch von dem preußischen und deutschen Volke dankbar gewürdigt werden.

Erklärung des ungarischen Ministerpräsidenten Tysza im ungarischen Unterhause.

Er habe von der in Rede stehenden Angelegenheit seit längerer Zeit Kenntniß und habe dem Schritte, dessen Richtung und Zweck er nur billigen könnte, bereitwilligst zugestimmt. Denn der Sinn des Ganzen sei der, daß die Monarchie dem großen Nachbarstaate gegenüber auf eine Bestimmung verzichte, welche sie, wie die verflossenen 12 Jahre bewiesen, ohnehin nicht zur Geltung bringen wollte. Zur Verwirklichung derselben sei sie Keinem verpflichtet gewesen. Im eigenen Interesse aber habe es vom Gesichtspunkte der österreich-ungarischen und noch mehr der ungarischen Politik gebilligt werden können, daß die Klausel, welche ja zu einer neuen Einmengung in die inneren Angelegenheiten Deutschlands hätte Anlaß bieten können, durch diesen Vertrag vernichtet wurde. Von einem anderen Gesichtspunkte aus aber habe ihn, den Minister, auch die Ansicht geleitet, daß, wenn eine Großmacht von einem ihr vor längerer Zeit zugesicherten Rechte nicht Gebrauch machen wolle, es viel korrekter sei, auf dasselbe einfach zu verzichten, als es stillschweigend aufrecht zu erhalten, es nicht zur Geltung zu bringen, eventuell aber im Falle von Verwickelungen Anlaß zu geben, daß

andere Mächte, welche ein Interesse daran haben könnten, daß jene Vertragsklausel zur Geltung gebracht werde, die Monarchie in unangenehme Verhältnisse verwickelten, und daß die Aufrechterhaltung einer solchen Klausel die Quelle späterer Verwickelungen werden könne. Hiermit glaube er auch die Frage beantwortet zu haben, was das Auswärtige Amt zu dieser Konzession bewogen und ob es irgend einen Gegendienst habe und welchen. Er glaube, daß hier die Forderung eines Gegendienstes weder am Platze, noch an der Zeit gewesen wäre, denn, wenn eine Macht, mit der Oesterreich-Ungarn in Freundschaft lebe, die Aufhebung einer Klausel wünschte, deren Erhaltung durchaus nicht in Oesterreich-Ungarns Interesse lag, in Zukunft aber Unannehmlichkeiten verursachen könne, so hätte man hierfür als Gegendienst etwas anderes, als die festere Gestaltung des guten nachbarlichen Verhältnisses weder wünschen, noch erwarten, noch fordern können. Hier könne also von keinerlei Gegendiensten die Rede sein, sowie auch dieser Vertrag in keinerlei Richtung als Gegendienst betrachtet worden sei, oder betrachtet werden könne. Denn was die so oft erwähnten und auch heute vorgebrachten bosnischen und herzegowinischen Angelegenheiten betreffe, so habe Deutschland bezüglich derselben nie einen Gegendienst erwartet und man dasselbe auch diesseits nie zu einem Dienst in dieser Richtung angegangen worden. Wohl aber sei es Deutschland gewesen, welches mehrere Jahre vor dem Berliner Vertrage, wie heute schon Jedermann wisse, mit andern Mächten Oesterreich-Ungarn auf die Okkupation hingewiesen habe. So viel er wisse, kenne man in Frankreich die Gesinnungen der österreichisch-ungarischen Monarchie Frankreich gegenüber viel zu gut, als daß bei den Franzosen ein Verdacht entstehen könne. Er wisse, daß Männer der französischen Republik es schwerlich übel nehmen werden, wenn aus dem Vertrage eine Stipulation weggelassen werde, welche seiner Zeit weder der Wunsch Frankreichs, noch Deutschlands, noch Oesterreichs, noch Dänemarks war, sondern der direkte und persönliche Wunsch des damals die Stelle eines Vermittlers spielenden Napoleon III.

Schließlich hat der Minister-Präsident gegenüber den kundgegebenen Ideen über das Recht der Nationalität zu erwägen, ob es gerade die österreichische Monarchie und speziell Ungarn sei, in deren Interesse die Aufrechterhaltung des Prinzips des Plebiszits nach Volksstämmen liege; er glaube nicht; auch dieser Gesichtspunkt rechtfertige vielmehr die Annullirung der fraglichen Klausel.

Deputation aus Nord-Schleswig.

Der Kaiser erwiderte etwa Folgendes:

Er freue sich überaus, die Deputation bei sich zu empfangen. Er habe bedauert, daß die Sache der Aufhebung des Artikels V. vom Prager Frieden so lange habe auf sich warten lassen, ehe sie zum Abschluß gekommen. Jetzt seien die Umstände günstiger gewesen zur Aufhebung des durch einen längst heimgegangenen Souverain in den Vertrag hineingekommenen Passus. Versuche zur Einigung seien vielfach gemacht worden, hätten aber zu keinem Resultat geführt. Er freue sich aufrichtig, daß die Angelegenheit jetzt abgemacht sei, und bitte er, den Einwohnern Nordschleswigs seinen Kaiserlichen Gruß zu entbieten.

1878. 6. Dezember. Vermählung der Gräfin Marie v. Bismarck mit dem Grafen Kuno von Rantzau.

---

17. Die Reform der Wirthschaftspolitik.

1878. Ankündigungen der Provinzial-Correspondenz.

Die Reichstagsmehrheit und die wirthschaftliche Politik des Fürsten Bismarck.

(Vom 10. April.)

„Wieder einen festen Boden für die parlamentarischen Beziehungen und die gemeinsamen Arbeiten zu bereiten," — das wurde jüngst als eine der wichtigsten Aufgaben der Regierung in ihrem neu befestigten Bestande bezeichnet; zunächst in Bezug auf den preußischen Landtag, aber bei der engen Wechselwirkung der politischen Strömungen und Stimmungen zwischen Landtag und Reichstag selbstverständlich auch in Bezug auf die Reichsangelegenheiten.

Es sind an jenen Satz mehr oder weniger weit gehende Folgerungen in Betreff der Absichten der Regierung und der von ihr einzuschlagenden Wege geknüpft worden, Folgerungen, zu denen die Ankündigung an und für sich keinen Anhalt bietet: dieselbe faßt nur die dringende Nothwendigkeit überhaupt ins Auge, den anscheinend erschütterten Boden zu gemeinsamer fruchtbringender Wirksamkeit wieder neu zu befestigen. Auf welchen Wegen dies zu erreichen sein wird, darüber konnte eine bestimmte Ankündigung in diesem Augenblicke um so weniger beabsichtigt sein, als die weitere Entwickelung naturgemäß nicht von den Wünschen und Plänen der Regierung allein, sondern wesentlich auch von der Stellung und dem Verhalten der dabei in Betracht kommenden politischen Parteien abhängen muß.

Die Nothwendigkeit der Bildung einer festen und zuverlässigen Mehrheit im Reichstage ist keineswegs erst neuerdings und nicht blos seitens der Regierung, sondern seit Jahren von den bedeutendsten Wortführern der nationalen Politik im Reichstage erkannt worden.

Vor vier Jahren schon, als es sich um die wichtige Entscheidung über die Friedensstärke des deutschen Heeres handelte, führte der Abgeordnete von Bennigsen in feierlicher Rede aus, daß nicht blos die Frage des Reichsheeres, sondern auch ganz andere Bedürfnisse es nothwendig machen, „die Reichsregierung durch eine festgeschlossene nationale Mehrheit zu unterstützen, — in welcher alle diejenigen, die überhaupt entschlossen sind, mit einer energischen und nationalen Regierung zu gehen, einerlei, ob sie konservativ oder liberal sind, zusammengehen."

Dieselbe Ueberzeugung hat Herr von Bennigsen im vorigen Jahre bei den Verhandlungen über die Beurlaubung des Reichskanzlers Fürsten Bismarck mit ausdrücklicher Bezugnahme auf die nächsten wichtigen Aufgaben des Reichs geltend gemacht.

Herr von Bennigsen sagte zunächst (im Gegensatze gegen die Auffassungen der Fortschrittspartei):

„Wir, die Vertreter der Nation, können dem Kanzler dafür dankbar sein, daß er bei dem Zustande seiner Gesundheit, bei den Schwierigkeiten, die eine Thätigkeit an so hervorragender Stelle nothwendig nach den verschiedenen Seiten mit sich führen muß, daß er sich da hat bewegen lassen durch die ganze Lage, in der Deutschland sich befindet, — vorzugsweise in seiner Stellung zu den anderen Mächten angesichts der drohenden Verwickelungen im Orient, aber auch nicht allein aus diesem Grunde, sondern auch bei den großen Schwierigkeiten, denen wir noch zu begegnen haben in den inneren deutschen politischen Angelegenheiten — — wenn der Herr Reichskanzler in patriotischer Erwägung aller dieser Aufgaben, die keinem anderen Manne in der Weise zur Lösung gestellt werden können, als gerade ihm, sich hat bewegen lassen, das Abschiedsgesuch nicht aufrecht zu erhalten, sondern im Wesentlichen einen Urlaub und eine Ausspannung von den laufenden Geschäften anzutreten, — so möchte ich gerade glauben, daß die Veranlassung für den Reichstag, mindestens für alle Parteien, die der Politik des Reichskanzlers nahe stehen und dieselbe unterstützen wollen, gewesen wäre, der Befriedigung über diesen Ausgang der Krisis einen unumwundenen Ausdruck zu geben.“ — —

Herr von Bennigsen berührte sodann die von der Fortschrittspartei von Neuem angeregte Forderung verantwortlicher Reichsministerien, um geltend zu machen, daß diese Fragen, so lange der Kanzler im Amte sei, nicht anders als mit voller Rücksichtnahme auf ihn, den einzigen verantwortlichen und hervorragenden Reichsbeamten, und in vollem Einverständnisse mit ihm geordnet werden können.

„Die Lösung dieser Fragen bei uns ist nicht so leicht wie in einem Einheitsstaat. Nicht allein die Frage, wie die Reichsregierung in sich geordnet werden soll, wie die Verantwortlichkeit der einzelnen Träger von Ministerien gegenüber dem Reichstag beschaffen sein soll, wie das Verhältniß des Kanzlers zu diesen Ministern sein soll, sondern auch die Frage des Verhältnisses des Reichsministeriums zu den Einzelstaaten, zum Bundesrath und dessen Ausschüssen muß gelöst werden.

Es ist allerdings Vieles in dem verfassungsmäßigen Verhältniß der Regierungen zu dem Kaiser und dem Kanzler und dem Reichstage nicht so rasch entwickelt, als wir wünschen möchten. Das, was noch zu ordnen ist, erscheint im Verhältniß zu demjenigen, was man in den letzten zehn Jahren erreicht hat, nicht überwiegend groß. Vergleicht man das Resultat dieser zehnjährigen Gesetzentwickelung mit den Verfassungszuständen in Deutschland, mit den Einrichtungen, der Zerfahrenheit und Uneinigkeit nicht blos in politischen Dingen, nein, mit dem Mangel an Uebereinstimmung auf allen Gebieten der Gesetzgebung, auch der wichtigsten, wo das Zusammenwirken und Zusammenarbeiten der Bevölkerung eine einheitliche Gesetzgebung nöthig erscheinen läßt, dann sind die Fortschritte, die in weniger als einem halben Menschenalter auf diesem Gebiete unter der Herrschaft der jetzigen Verfassung gemacht worden sind, so ungeheuer, daß ich jedes Mitglied der Versammlung auffordere, mir eine Zeit ähnlichen Umfanges aus der Geschichte irgend eines Volkes, geschweige denn des deutschen, zu nennen, in dem so Großes auf so weiten Gebieten erreicht worden ist. Wir wollen also zu dem guten Sterne und zu dem guten Glücke Deutschlands das Vertrauen haben, daß uns das, was uns noch fehlt, auch noch werden kann, und daß es in nächster Zukunft möglich sein wird, an die Lösung dieser Frage zu gehen. Nach des Kanzlers Rückkehr werden meine politischen Freunde gern auf diese Fragen eingehen, in seiner Abwesenheit jedoch nicht. Nach 1866 hegte man in Deutschland bei den Einzelstaaten die Sorge einer Entwickelung und Führung in den Einheitsstaat hinein, und nachher hat sich das Verhältniß so gestaltet, daß gerade der deutsche Kanzler der bestimmte und feste Hal-

für diese Regierungen gewesen ist. Das Vertrauen, welches der Kanzler in dieser Richtung gewonnen hat, ist so unentbehrlich für die weitere Gestaltung der Dinge in Deutschland, daß ein Ersatz in der Hinsicht nicht möglich wäre.

Wenn ich es mir versagen muß, auf eine nähere Erörterung der Frage im Einzelnen einzugehen, so kann ich doch nicht umhin, auf ein und das wichtigste Verhältniß hinzuweisen, welches im Hause im letzten Monat auch sehr deutlich hervorgetreten ist; das ist das Verhältniß der deutschen Finanzen zu den Finanzen der einzelnen Länder. Diese Frage ist gerade in diesem Augenblicke, wo wir uns so sehr viel beschäftigt haben mit den Erörterungen über direkte und indirekte Steuern, Ueberlastung einzelner Kreise der Bevölkerung, über die Schwierigkeiten, in welche die Finanzen der großen deutschen Bundesstaaten gerathen sind oder in nächster Zeit kommen werden — gerade jetzt ist dieses Verhältniß ein so brennendes geworden, und ich glaube, in der Richtung wird man schon im nächsten Winter versuchen müssen, irgend eine Abhülfe herbeizuführen, und nach meiner Auffassung ist eine Regelung dieser Verhältnisse auf anderer Grundlage nicht möglich, als daß eine enge Verbindung einer verantwortlichen Reichs-Finanzverwaltung mit der Finanzverwaltung des großen deutschen Staates hergestellt wird.

Wir wollen hoffen, daß der Reichskanzler, wenn er durch den Urlaub, der ihm jetzt gewährt ist, seine Gesundheit gekräftigt sieht, wenn er inzwischen auch die großen völkerrechtlichen Angelegenheiten leitet von seinem Urlaube aus, wenn er dann zurückkehrt, mit uns weiter zusammen arbeiten wird an der Entwickelung des Deutschen Reiches und seiner Zustände auf der einmal gewonnenen verfassungsmäßigen Grundlage, die Niemand von uns, am wenigsten meine politischen Freunde, antasten will, und daß er dann die im Einzelnen praktisch hervorgetretenen Mängel und Lücken auf Grundlage der Verfassung mit uns in Uebereinstimmung mit den übrigen verbündeten Regierungen zu heilen sich vornehmen wird."

Dies waren die Gesichtspunkte, die Erwartungen und die Verheißungen, welche Namens der nationalliberalen Partei beim Schlusse der vorjährigen Session in Bezug auf die weitere innere Reichspolitik betont wurden.

Die Finanzreform und die Reichsidee.

(Vom 17. April.)

Das Hauptblatt der nationalliberalen Partei in Berlin ist in den letzten Wochen bemüht, die Bedeutung der Finanzreform im Reiche, wie sie seit Jahr und Tag in anscheinender Uebereinstimmung mit dem Reichskanzler in umfassender Weise erstrebt wurde, jetzt auf ein möglichst geringes Maß zurückzuführen, augenscheinlich um damit im voraus die ablehnende Stellung der Partei gegenüber den finanziellen Plänen des Kanzlers zu begründen.

Das Bedürfniß und die Nothwendigkeit der Finanzreform im Reiche beruht nach der Auffassung des Fürsten Bismarck und der verbündeten Regierungen auf zwei gleichmäßig berechtigten Forderungen: die eine ist die der Selbstständigkeit der Reichs-Finanzverwaltung und zu diesem Zweck der Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reiches, damit das Reich nicht ferner genöthigt sei, „die Beiträge vor den Thüren der Einzelstaaten einzusammeln", — die zweite Forderung ist die, daß die Vermehrung der Reichseinnahmen auf dem Wege stärkerer Heranziehung gewisser dazu vorzugsweise geeigneter indirekter Steuern erfolge, um damit zugleich die immer steigenden Anforderungen der direkten Besteuerung im Staate, sowie in den Kreis- und Kommunalverbänden vermindern zu können.

Das war der Sinn, in welchem eine umfassende und grundsätzliche Finanz-

reform angestrebt werden sollte, — und in welchem der Kanzler eine sichere Mehrheit aus den Reihen der konservativen und liberalen Parteien zu gewinnen hoffte.

Auch der Abgeordnete von Bennigsen hat in der jüngst angeführten Rede, welche gewissermaßen den Ausgangspunkt der bezüglichen Verhandlungen bildet, jene beiden Seiten der Finanzreform gleichmäßig betont: er erklärte die Regelung des Finanzwesens des Reiches im Zusammenhange mit dem Finanzwesen der Einzelstaaten für eine so brennende Frage gerade mit Rücksicht auf die lebhaften Erörterungen „über direkte und indirekte Steuern, Ueberlastung einzelner Kreise der Bevölkerung, über die Schwierigkeiten, in welche die Finanzen der großen deutschen Bundesstaaten gerathen sind oder in nächster Zeit gerathen werden.“

Im schroffsten Gegensatze zu dieser Auffassung wird jetzt in der „National-Zeitung“ die Behauptung aufgestellt, daß es sich bei der Finanzreform nur darum handele, daß das Reich sich eine selbstständige Finanzverwaltung gebe „Die Reichsidee erschöpfe sich ganz und vollständig in dem Ziele, daß sämmtliche Bedürfnisse des Reiches aus eigenen Steuern aufgebracht werden“ Nur „die Begehrlichkeit der Finanzverwaltungen“ gehe weiter und wolle „für jetzige und zukünftige Bedürfnisse, für die Unzulänglichkeit knapper Wirthschaftsjahre und für die vermuthlichen Mehrausgaben einer behäbigeren Wirthschaftsperiode“ aus der Finanzreform reichliche Mittel gewinnen.

In der That hat der Reichskanzler bei einer „umfassenden Finanzreform“, wie er sie sich denkt, nicht blos die nothdürftige Deckung der Bedürfnisse des Augenblickes, sondern eine feste dauernde Begründung einer segensreichen Finanzpolitik des Reiches, zugleich unter Erleichterung der Einzelstaaten und unter möglichster Schonung der Steuerkraft des Volkes im Auge.

Ueber diese Bedeutung der Finanzreform an und für sich waltete bis vor Kurzem auch in nationalliberalen Kreisen anscheinend volles Einverständniß: nur die politischen Voraussetzungen und Bedingungen unterlagen der Erörterung.

Aus der großen Anzahl von Beweisstücken, welche darüber aus dem letzten Halbjahre vorliegen, sei heute nur ein Artikel der „National-Zeitung“ vom Anfang Januar erwähnt, in welchem dieselbe es zunächst als eine „absolute Täuschung“ bezeichnete, „aus dem Mangel an Nachrichten über den Fortgang der zu Varzin angeknüpften Verhandlungen (mit Herrn von Bennigsen) auf deren Stockung oder gar deren Scheitern zu schließen“ und sich dann über den Hauptgegenstand dieser Verhandlungen also äußerte:

„Die Steuerreform steht schon seit Beginn des Reiches auf der Tagesordnung, sie wird jetzt um so dringender, als die Einnahmen des Reiches unter der ungünstigen wirthschaftlichen Lage erheblich leiden. Die Aufgabe einer jeden Regierung, sei es der bisherigen oder irgend einer neuen, die an ihre Stelle tritt, ist in erster Linie so im Augenblick eine finanzielle. Die Aufgabe einer liberalen Regierung müßte es sein, die konstitutionellen Garantien zu schaffen, deren Mangel bis jetzt der Steuerreform im Reich entgegenstand, und Finanzvorlagen vorzubereiten, die nicht wie fast alle bis jetzt vorgeschlagenen Maßregeln nahezu einstimmig und mit wenig Achtung abgelehnt werden könnten. Eine festere und umfassendere Begründung der Reichsfinanzen ist geradezu Lebensfrage für das Reich geworden, sie wird anderseits von den Einzelstaaten eingehende Unterstützung und nichts weniger als Widerstand gegenwärtig zu erwarten haben. So liegt hier unbedingt einer der springenden Punkte der gegenwärtigen Lage; nur die Regierung bleibt möglich, die sich diesen Bedürfnissen gewachsen zeigt.“

Der „Hannoversche Courier“ (sagt die „Nat. Ztg.“ weiter) macht die mögliche Lösung der Steuerreformfrage zum Gegenstand bemerkenswerther Erörterungen. Den Kern der Bestrebungen des Fürsten Bismarck in der Finanzfrage faßt das Blatt wie folgt zusammen:

„Wie der Kanzler überhaupt die Befestigung des Reiches, das er gegründet, als seine Lebensaufgabe betrachtet, so auch in Bezug auf die Finanzen desselben; er will dem Zustande ein Ende machen, daß das Reich für die Deckung seiner Ausgaben nur zum Theil eigene Einnahmen besitzt, zum anderen Theil dafür auf Beiträge der Einzelstaaten angewiesen ist; als einem Staatsmanne, der nicht blos den Augenblick, sondern die Zukunft bedenkt, wird ihm die Möglichkeit vorschweben, daß Zeiten des Krieges oder anderer Gefahr eintreten können, in denen die Matrikularbeiträge so sehr in die Höhe geschraubt werden müßten, daß sie ein schneidiges Agitationsmittel aller partikularistischen Parteien abgeben könnten; und er wird andererseits erwägen: daß das Reich, wäre es durch ergiebige eigene Einnahmen finanziell selbstständig, durch nützliche, den Volkshaushalt fördernde Verwendungen die Anhänglichkeit aller Klassen an den jungen nationalen Staat stärken und vertiefen könnte."

Als diejenige Steuer, fährt die „National-Ztg." fort, an welche nach den vielen bisher gemachten überallhin tastenden fruchtlosen Versuchen in erster Reihe zu denken sei, wenn es sich um eine durchgreifende Steuerreform handelt, bezeichnet der „Hann. Cour." die Tabaksteuer. Darüber, daß die Schwierigkeiten für die Liberalen einem derartigen Projekt des Reichskanzlers gegenüber wesentlich in konstitutionellen Bedenken liegen, sind wir niemals im Zweifel gewesen. Dieser Gedanke findet auch in dem angezogenen Artikel mit folgenden Sätzen eine Stelle:

„Der Ertrag der im Reiche zu eröffnenden Geldquellen wird, wenn man diese nicht vernutzen, sondern wirklich ausbeuten will, **weit über das momentane Bedürfniß des Reiches hinausgehen, auch über das Mehrbedürfniß, welches in Preußen im Gefolge des Unterrichtsgesetzes in erheblicher Höhe eintreten muß**; dadurch entsteht die Gefahr, daß in Preußen und anderen Einzelstaaten, wo die gesetzlichen Einnahmen ohne jährliche Neubewilligung erhoben werden, in Folge der Ersparung an Matrikularbeiträgen dem Volke mehr Steuern würden abverlangt werden, als zur Bestreitung der Ausgaben erforderlich sind. Hiergegen eine konstitutionelle Gewähr zu schaffen, darauf kommt es an; der Zusammenhang zwischen der Regierungs- resp. Kanzlerkrisis und der Finanzfrage ist dieser: die parlamentarische Mehrheit muß in die Lage gebracht werden, ohne konstitutionelle Bedenken an der Vollendung eines ausreichenden Reichsfinanzsystems mitwirken zu können; für das Ergreifen der Maßregeln, welche dazu im Einzelstaat nothwendig sein werden, muß sie eine Gewähr **in den Personen** erhalten."

Gegen die konstitutionellen Bedenken würde das „vermuthete" Regierungsprogramm Folgendes als Gegengewicht bieten können:

„Zunächst den nationalen Gewinn, das Reich finanziell zu befestigen; ferner den politischen, konstitutionellen Fortschritt, daß das preußische Abgeordnetenhaus zur Beseitigung der oben berührten konstitutionellen Schwierigkeit das Recht erhielte, künftig die — jetzt feststehende — Klassen- und Einkommensteuer alljährlich nur in dem nothwendigen Betrage zu bewilligen, so daß in besseren Zeiten, wenn die Einnahmen im Allgemeinen wieder steigen, vielleicht so viel an direkten Steuern erlassen werden kann, wie jetzt an indirekten mehr erhoben würde; endlich den materiellen Vortheil, daß, wenn eine ausgiebige Tabaksbesteuerung alsbald Ueberschüsse erzielt — was sehr wohl möglich ist — die untersten Stufen der Klassensteuer wegfallen und ein Theil der Grund- und Gebäudesteuer den Gemeinden übertragen, die Kommunalsteuern also herabgesetzt werden können; und zu alledem die Befriedigung für den Kulturfortschritt der Nation so wichtiger Geldbedürfnisse, wie die, welche in Preußen durch das neue Unterrichtsgesetz, durch die beabsichtigte Hebung der Schule, andererseits durch die vielfach verlangte Verbesserung der Verkehrsmittel entstehen müssen."

Der beachtenswerthe Artikel, sagt die „National-Zeitung", schließt mit der

Bemerkung: „Wir denken, das wäre ein Finanzprogramm, mit welchem Fürst Bismarck und die Liberalen wohl in einiger Zuversicht vor das Land treten könnten."

In diesen gemeinschaftlichen Ausführungen des Berliner Hauptorgans der Partei und desjenigen Blattes, welches während jener Zeit als Vertrauensorgan der im Vordergrunde stehenden Persönlichkeit galt, liegt klar zu Tage, daß die nationalliberale Partei damals ganz und gar nicht der Meinung war, daß „die Reichsidee" sich in dem nächsten Ziele der Finanzreform, der Selbstständigkeit der Reichsfinanzverwaltung ganz und vollständig erschöpfe. Damals wurde die Ueberschreitung des unmittelbaren Bedürfnisses nicht als bloße „Begehrlichkeit der Finanzverwaltungen", sondern als das Streben eines Staatsmannes angesehen, „der nicht blos den Augenblick, sondern die Zukunft bedenkt", — damals galt es als ein mit dem Reichskanzler zu erstrebendes Ziel, mit Hülfe ergiebiger eigener Einnahmen des Reichs nicht blos „durch nützliche, den Volkshaushalt fördernde Verwendungen die Anhänglichkeit aller Klassen an den jungen nationalen Staat zu stärken und zu vertiefen", sondern auch „weit über das momentane Bedürfniß des Reiches, auch über das in Preußen zunächst eintretende Mehrbedürfniß hinaus", den Ertrag der im Reiche zu eröffnenden Geldquellen wirklich auszubeuten.

Ausdrücklich wurde auch der Tabak als diejenige Steuerquelle bezeichnet, welche die wünschenswerthen ergiebigen Erträge über das augenblickliche Bedürfniß hinaus bringen können, und man erhob gegen dieses Projekt des Kanzlers keinen wirthschaftlichen Widerspruch, sondern wesentlich nur „konstitutionelle Bedenken", in Bezug auf welche man sich aber auch mit einer „Gewähr in den Personen" zufrieden geben zu wollen schien.

Auf diese „konstitutionellen Bedenken" und die entsprechenden „politischen Garantien" wird des Näheren zurückzukommen sein: sie stehen aber offenbar auf einem ganz anderen Blatte, als die jetzt geltend gemachten Bedenken gegen die Ausdehnung der Steuerreform an und für sich.

Die gesammte Haltung der national-liberalen Presse im letzten Jahre hat den Beweis gegeben, daß sie eine umfassende und tiefgreifende Steuerreform sowohl vom Standpunkte der allgemeinen Reichspolitik und um der Reichsidee willen, als auch im wirthschaftlichen Interesse der Bundesstaaten und der kommunalen Verbände in Uebereinstimmung mit dem Kanzler als nothwendig erkannt hatte: das jetzige Verhalten steht im offenkundigen Widerspruch mit den seit Jahr und Tag anerkannten und verkündeten wirthschaftlichen Aufgaben.

Die Finanzreform und die Fraktionspolitik.

(Vom 24. April.)

Die Frage der Tabaksteuer wird in nächster Zeit den Reichstag von Neuem beschäftigen. Den dringendsten Anlaß dazu bietet der Gesetzentwurf, durch welchen die Bundesregierungen die Ermächtigung zu eingehenden Ermittelungen über den Umfang und die Bedeutung der Tabakfabrikation und des Tabakhandels nachsuchen.

Die Vorlage geht von folgenden Erwägungen aus:

Bei der ersten Berathung des Reichstags über den Gesetzentwurf wegen höherer Besteuerung des Tabaks ist von vielen Seiten anerkannt worden, daß für die Zukunft eine noch stärkere Erhöhung des Ertrages der Tabaksteuer, als der Entwurf sie in Aussicht nimmt, zu erstreben, und daß zu diesem Zwecke die Benutzung auch anderer Formen der Besteuerung, als der im Entwurf bezeichneten, in's Auge zu fassen sein werde.

Für die Vorbereitung einer solchen Gesetzgebung, welche die weitere Erhöhung der Tabaksteuer auf einem anderen, als dem in jenem Entwurf betretenen Wege, sei es durch Einführung des Tabakmonopols, sei es durch Einführung einer Fabrikatsteuer, bezweckt, werden neue und vollständigere statistische Grundlagen, als die jetzt vorhandenen unerläßlich sein.

Hinsichtlich des Tabakbaues liegt schon jetzt in der amtlichen Statistik des Reichs ein umfassendes statistisches Material vor.

Dagegen ist es nöthig, über den Umfang und die Bedeutung der inländischen Tabakfabrikation und zugleich auch des Tabakhandels genaueren Aufschluß zu erhalten, als ihn die Gewerbestatistik bisher gewährt. In dieser Richtung erscheint es nothwendig, umfassende statistische Erhebungen möglichst bald anzuordnen.

Da es aber durch die Verhandlungen des Reichstags zur allgemeinen Kenntniß gelangt ist, daß die Absicht besteht, den Tabak zu einer höheren Besteuerung heranzuziehen, so liegt die Gefahr nahe, daß bei solchen statistischen Erhebungen manche der Betheiligten, von irrigen Voraussetzungen hinsichtlich des Zwecks der Maßregel ausgehend, geneigt sein werden, zur Wahrung vermeintlicher Privatinteressen Angaben zu machen, welche nach der einen oder der anderen Seite hin von der Wahrheit abweichen. Gegenüber dieser Gefahr erscheint es nöthig, nicht nur den betreffenden Gewerbetreibenden die Verpflichtung zur Ertheilung wahrheitsgemäßer Auskunft aufzuerlegen und für unrichtige Angaben eine Strafe anzudrohen, sondern auch die Möglichkeit einer amtlichen Prüfung der von den Betheiligten gemachten Angaben sicher zu stellen. Hierzu bedarf es einer Ermächtigung durch ein ausdrückliches Gesetz.

Um für die Prüfung der Frage, ob demnächst zur Einführung des Tabakmonopols oder etwa einer hohen Fabrikatsteuer überzugehen sei, außer dem Material, welches die hier in Rede stehenden statistischen Erhebungen liefern werden, noch weitere Anhaltpunkte zu gewinnen, wird es sich empfehlen, das amerikanische System der Fabrikatsteuer in seiner Einrichtung und seiner Wirkung an Ort und Stelle durch Kommissarien näher beobachten zu lassen.

Auf Grund der in Aussicht genommenen statistischen Erhebungen und kommissarischen Ermittelungen sollen demnächst weitere Erwägungen stattfinden, um dem Reichstag wo möglich in dessen nächster Session eine Vorlage zu machen, welche, je nach dem Ergebniß jener Ermittelungen, entweder die Einführung des Monopols oder eine annähernd den gleichen Ertrag wie das Monopol versprechende Besteuerung des Tabaks beantragt.

Angesichts der Ankündigungen über die Stellung, welche die größte liberale Fraktion des Reichstages der Vorlage der Bundesregierungen gegenüber einnehmen werde, erscheint es von Wichtigkeit, an die Haltung zu erinnern, welche die große Mehrheit des Reichstages bei der ersten Berathung über die Steuergesetze mit Bezug auf die Inbetrachtnahme weiter gehender Projekte beobachtet hat, und durch welche die Regierungen eben zu der weiteren Vorlage veranlaßt worden sind.

Schon der erste Redner der nationalliberalen Partei, der Abgeordnete von Stauffenberg, hob hervor, daß der zunächst vorgelegte Gesetzentwurf über die Erhöhung der Tabaksteuer eine abschließende Bedeutung nicht haben solle. Er wies auf den Satz in den Motiven des Entwurfes hin:

> Auch der Einführung des Tabaksmonopols stehen nach verschiedenen Richtungen hin sehr große Schwierigkeiten entgegen, deren Beseitigung umfassende Vorbereitungen erheischt und jedenfalls für die nächste Zeit nicht in Aussicht genommen werden kann. Um schon jetzt einen höheren Ertrag der Tabakbesteuerung zu erzielen, erübrigt deshalb nur, das bisher geltende System beizubehalten. —

Herr von Stauffenberg fuhr dann fort: es sei bekannt, daß zwei Staaten im Bundesrath den Antrag gestellt haben, Nachforschungen über die Einführung

des Monopols zu machen, — deshalb werde eine Beruhigung der Interessenten mit dieser Vorlage in keiner Weise herbeigeführt. Er fügte hinzu: „mir scheint es deshalb kaum zweifelhaft, daß auf dieser Grundlage weder eine Ausfüllung der Bedürfnisse des augenblicklichen Budgets, noch eine dauerhafte Steuerreform gemacht werden kann.“

Die Frage des Bedürfnisses nach einer Steuerreform werde von ihm und seinen Freunden voll und ganz bejaht, nicht freilich vom Standpunkte der Reichsverwaltung allein, sondern wesentlich mit Rücksicht auf die Verhältnisse der Einzelstaaten und insbesondere auf die Verhältnisse der Kommunen.

Unter Steuerreform verstehe er „die nach einem umfassenden Plane angelegte, für eine geraume Zeit endgültige Gestaltung der dem Reich zustehenden Steuern, die den einzelnen Staaten gestattet, ihre Steuern systematisch zu reformiren, sie aufzuheben, wo sie obsolet geworden sind, und neue Steuern, welche sie außerdem umlegen müssen, zu ersparen.“

Dies sei mit den geringen Erträgen der jetzigen Entwürfe, besonders der Tabaksteuervorlage nicht zu erreichen, — die Entlastung der Einzelstaaten würde eine zu unbedeutende sein, mit solch geringen Erträgen sei eine wirkliche Steuerreform nicht durchführbar. Es sei nun nicht Sache des Reichstages, seinerseits Steuerpläne zu entwickeln, — es sei richtig, daß der Tabak im Allgemeinen ein sehr besteuerungsfähiger Gegenstand ist, es sei sicher, daß eine Reihe großer Kulturstaaten es möglich gemacht habe, den Tabak in ausgiebiger Weise zu besteuern, — daß er ein entbehrlicher, für viele Personen wenigstens entbehrlicher Genußgegenstand ist, der nicht zu den Nahrungsmitteln gehört; das sei alles ganz richtig; doch sei davor zu warnen, jetzt in dieser Beziehung bestimmte Steuerpläne auf's Tapet zu bringen. „Unsere Kenntniß in diesen Dingen ist wirklich nur Stückwerk, wir kennen weder ganz genau den Umfang, welchen die einheimische Industrie in dieser Richtung gewonnen hat — es sagen uns auch die Motive, daß alle die umfassenden Vorbereitungen in dieser Beziehung noch gar nicht abgeschlossen sind; wir kennen auch die gegenwärtigen Steuerverhältnisse durchaus nicht so genau, um uns nach irgend einer Richtung hin zu engagiren.“

Herr von Stauffenberg machte sodann den bekannten politischen Vorbehalt, daß jede umfassende Steuerreform abhängig sein müsse von der „vollen Wahrung der konstitutionellen Rechte der Landesvertretung im Reiche und in den einzelnen Staaten.“

Nachdem sodann ein Redner der Reichspartei, der Abg. von Kardorff, sich persönlich entschieden als Anhänger des Tabaksmonopols ausgesprochen hatte, führte ein süddeutscher Nationalliberaler, der Abg. Kiefer aus, daß „derjenige Weg, der zuerst nähere Aufklärung bringen müsse, das Studium der amerikanischen Gesetzgebung und Verwaltung sei. Man müsse dies aber mit allem Ernst, aller Vorsicht, aller Behutsamkeit durcharbeiten und namentlich prüfen, welche Abweichungen die Verschiedenheiten der Verhältnisse in Deutschland gegenüber den amerikanischen erfordern.“

Der konservative Abg. von Wedell-Malchow, der auch seinerseits anerkannte, daß „größere Einnahmen für das Reich, und dadurch bedingt die Steuerreform für die einzelnen Staaten und endlich die Möglichkeit, die Kommunalverbände zu erleichtern, für Deutschland dringend nöthig seien,“ — schloß aus dem Gange der Verhandlung, daß der Reichstag die jetzige Tabaksteuervorlage ablehnen werde, — und es bleibe danach nichts Anderes übrig, als daß die Reichsregierung die beiden einzigen vorhandenen Wege zu einer höheren Besteuerung, Monopol und Fabrikatsteuer, noch einmal in ernste Erwägung zieht und demnächst mit einer entscheidenden Vorlage an das Haus herantritt.

Auch der Abgeordnete Lasker tadelte an der jetzigen Vorlage zunächst, daß sie nicht „großartig" genug angelegt sei. „Das ist der Anspruch, den ich an denjenigen stelle, welcher die Reichsregierung vertritt, daß er, wenn er an die Steuerreform herantritt, diese mit so großartigen Maßregeln unternehme, daß er die einzelnen Staaten zwinge, ihren Widerspruch aufzugeben bei den einzelnen Bestandtheilen der Reform, gegen welche sie von ihrem partikularen Standpunkte Widerspruch erheben." — — „Für mich, muß ich sagen, daß die große Reform der Tabaksteuer sehr schlecht ausgenutzt wird, wenn sie nicht in Verbindung gebracht wird mit solchen Reformen zu Gunsten des Reichs, für welche Preußen schon jetzt vollständig geeignet und gewillt ist, gegen welche aber, wenn sie von den Vortheilen der Tabaksteuer losgelöst werden, immer eine Koalition der kleineren Staaten aus dem einen oder anderen Grunde sich findet. — — — Lassen wir nicht eine große Gelegenheit wieder unbenutzt vorübergehen. Wer davon durchdrungen ist, daß das Reich einer weittragenden Steuerreform bedarf, darf nicht das einzige Mittel aus den Händen geben, welches stark genug ist, diejenigen Bestandtheile der Reform mit zu tragen, die nicht auf den gleichen Beifall aller Einzelstaaten rechnen können." — —

Der Abg. Lasker erklärte dann weiter: eine Initiative für ein Steuersystem aus dem Reichstage sei nicht möglich. Es komme darauf an, die Vortheile und Nachtheile der verschiedenen Systeme abzuwägen. „Wie viele Personen im Hause sind technisch vorbereitet, über die drei genannten Systeme eine Verhandlung fruchtbar zum Abschluß zu bringen und die schwere Verantwortlichkeit zu übernehmen, das eine oder andere System für die vortheilhafteste Grundlage der zukünftigen Besteuerung zu erklären". — „Ich bin nicht der Hoffnung, daß es möglich sein würde, auch nur technisch unter den drei in Frage gekommenen Systemen gewissenhaft zu einem Abschlusse zu kommen und zu erklären, wir wollen das eine oder andere System annehmen. Für das Tabakmonopol, welches sehr stark in Konkurrenz gestellt ist schon durch den Ausspruch des Herrn Reichskanzlers, liegen, auch nur zur Entscheidung der Vorfrage, die Vorbereitungen nicht im entferntesten Maße vor. Denn selbst ein Gesetz, welches die Regierung ermächtigt, Ermittelungen über Umfang und Tragweite der Industrie anzustellen, ist doch erst ein vorbereitender Schritt zur Beschaffung des Materials, welches uns belehren soll, was das Monopol uns gewährt und was dafür zu leisten ist."

Er machte sodann im Anschlusse an Hrn. von Stauffenberg auch seinerseits geltend, daß eine Steuerreform nicht in Aussicht zu nehmen sei, so lange nicht das Steuerbewilligungsrecht im Reich und in allen Einzelstaaten gewahrt sei.

Nachdem der Abgeordnete diesen politischen Gesichtspunkt weiter ausgeführt, faßte er am Schlusse seiner Rede das Gesammtergebniß und den Gewinn der Verhandlung dahin zusammen:

„Ein sehr erheblicher Theil dieses Hauses — ich glaube die Mehrheit — hat bereits ausgesprochen, daß er auf dem Standpunkte steht, das Reich möglichst selbstständig in seinen Einnahmen stellen zu wollen. Dies ist allerdings ein bedeutendes Ergebniß. So theoretisch bis jetzt der Satz klingt, so giebt er doch eine solide Grundlage.

Ebenso glaube ich sagen zu dürfen, daß eine Mehrheit des Hauses anerkennt, daß der Tabak innerhalb eines großen finanziellen Plans und in definitivem Abschluß dieses Plans ein sehr besteuerbares Objekt sei. Für diese Ansicht ist die Mehrheit sogar noch größer als die früher erwähnte, denn ich habe aus der Mitte des Hauses nur einen einzigen Redner, den Herrn Abgeordneten Richter, gehört, der mit Entschiedenheit gegen eine Erhöhung der Tabaksteuer überhaupt sich aussprach. Immerhin ist es ein bedeutsames Zeichen, daß die große Mehrheit des Hauses den

Tabak als ein stärker besteuerbares Objekt anerkannt hat, und daß die Mehrheit des Hauses die Ausbildung des Systems der eigenen Einnahmen im Reich nicht allein für ein finanziell, sondern noch in einem höheren Sinn für ein politisch und national erstrebenswerthes Ziel hält."

Angesichts dieser Verhandlungen war die Regierung unzweifelhaft zu der Annahme berechtigt, daß es der nationalliberalen Partei vorbehaltlich der politischen Forderungen voller und ganzer Ernst sei mit einer „weittragenden" Steuerreform im Reiche, „zugleich mit Rücksicht auf die Verhältnisse der Einzelstaaten und der Kommunen", — daß für eine solche „große" Reform vor Allem die Tabaksteuer in möglichst reicher Ausbeutung in Anspruch zu nehmen sei, und daß zu solcher Ausnutzung die Einführung des Tabakmonopols oder des amerikanischen Systems geeigneter erscheine, als die vorgeschlagene bloße Erhöhung der bisherigen Tabaksteuer.

Wenn der Reichstag, nach den Ausführungen des Abg. Lasker, noch nicht in der Lage war, unter den in Frage gekommenen Systemen „gewissenhaft zu einem Abschlusse zu gelangen" und für das eine oder andere System „die schwere Verantwortung zu übernehmen", — so war doch nach allen jenen Aeußerungen sicher nicht zu erwarten, daß die nationalliberale Partei, in Bezug auf die beiden hauptsächlichen Systeme, kurzer Hand einen vorgreifenden, schlechthin abweisenden Beschluß fassen könnte. Es war vielmehr ausdrücklich auf ein Gesetz, „welches die Regierung ermächtigt, Ermittelungen über Umfang und Tragweite der Industrie" als vorbereitender Schritt namentlich zur Belehrung des Reichstages anzustellen, hingewiesen. — Dieses Gesetz ist nun vorgelegt und harrt der Berathung im Reichstage.

Die nationalliberale Presse aber kündigt an, daß die Fraktion bereits den Beschluß gefaßt habe, den beabsichtigten Ermittelungen zwar nicht entgegenzutreten, sich aber dabei im Voraus gegen die Einführung des Tabakmonopols, sowie jeder anderen Besteuerungsform des Tabaks, welche annähernd soviel einbringen würde als das Monopol, zu erklären, und die Ausdehnung der Untersuchung auf das Monopol abzulehnen.

Dieser Fraktionsbeschluß wird nicht etwa auf die sogenannten konstitutionellen Bedenken gestützt, sondern vorzugsweise auf den Widerspruch gegen „eine ausgreifende und radikale Finanzpolitik."

Dieselben Politiker also, welche das bisherige Projekt verwerfen, weil es nicht „großartig", nicht „weittragend" genug sei, — erklären sich jetzt gegen eine „ausgreifende" Finanzpolitik. Dieselben Männer, welche vor sechs Wochen den Reichstag nicht für technisch vorbereitet hielten, um ein Urtheil über die verschiedenen Systeme abzugeben, sind jetzt in der Fraktion ohne Weiteres erleuchtet genug, um gerade das System, für welches der Ausspruch des Reichskanzlers anscheinend sehr stark in's Gewicht fallen sollte, schlechthin abzulehnen, — das Gesetz, welches den Reichstag belehren sollte „was das Monopol gewährt und was dabei zu leisten ist," soll jetzt auf das Monopol gar nicht ausgedehnt werden.

Der Widerspruch zwischen der obigen Reihe von Aeußerungen und der jetzigen Ankündigung ist so greifbar, so absolut, daß es vorläufig erlaubt sein wird, den angekündigten Beschluß nicht für einen ernsthaft gemeinten zu halten, demselben vielmehr die Bedeutung eines politischen Schachzuges beizulegen.

Sollte er ernst gemeint sein, so würde er eine neue Bestätigung für die von der „National-Zeitung" am 30. October v. J. ausgeführte Nothwendigkeit sein, „die Axt an die Wurzel des Uebels, die Fraktionspolitik, zu legen"; — eine neue Erinnerung an die damals ausgesprochene Mahnung, daß „das Parlament kein Sprechsaal für Ideen sein darf, die in jedem Zweifelsfalle nach allen Richtungen der Windrose auseinandergehen, sondern eine Körperschaft zur Befriedigung realer öffentlicher Bedürfnisse."

Die constitutionellen Bürgschaften bei der Steuerreform.

(Vom 1. Mai.)

Die jüngst ausgesprochene Vermuthung, daß es sich bei dem Fraktionsbeschlusse über die Tabaksenquête nicht um einen ernsthaften sachlichen Gegensatz handeln könne, sondern möglicher Weise nur um einen politischen Schachzug, gründete sich auf die bereits mehrfach erwähnte Thatsache, daß die nationalliberale Partei neben der allgemeinen Zustimmung zu dem Plane einer umfassenden Finanzreform und neben der Ueberzeugung, daß für eine solche Reform vornehmlich auch eine ausgiebige Besteuerung des Tabaks in Betracht kommen müsse, allerdings als Bedingung der Reform die Gewährung politischer Bürgschaften für die Beseitigung konstitutioneller Bedenken hingestellt hatte.

Ueber das eigentliche Wesen dieser Bedenken, sowie über die Natur und Ausdehnung der zu verlangenden sachlichen oder persönlichen Bürgschaften gingen die Ansichten in der Partei selbst offenbar sehr weit auseinander. Es zeigte sich dies ebenso sehr in den bereits mitgetheilten sehr dunkelen vorgängigen Aeußerungen der Presse, wie bei den Berathungen im Reichstage selbst.

Es erscheint nöthig, auf diese Erörterungen schließlich noch einen Blick zu werfen.

Dieselben knüpften sich in der Sitzung vom 22. Februar zunächst an eine Aeußerung des konservativen Abgeordneten von Helldorff, welcher auf „die sogenannten konstitutionellen Bedenken gegen alleiniges Begründen der Reichseinnahmen auf Verbrauchssteuern und Zölle“ hinwies und hinzufügte:

„Als Ideal schwebt gewissermaßen unseren liberalen Politikern ein jährliches Steuerbewilligungsrecht vor. Ich verkenne gar nicht den Werth, den dieses Recht der Volksvertretung hatte, namentlich in früheren Zeiten, wo es sich darum handelte, das junge verfassungsmäßige Leben gegenüber einer tyrannischen Gewalt zu erhalten. Jetzt will es mir fast scheinen, als wäre das doch ein Rüstzeug aus der Rumpelkammer älterer Zeit, als wäre das ein Ding, was mehr primitiven Zuständen entspricht, an dem viele noch mit pietätvoller Treue hängen. Ich meine, meine Herren, daß in Zeiten, wie die jetzige, wo von keiner Seite die Erhaltung der verfassungsmäßigen Zustände angegriffen wird, wo wir von allen Seiten bereit sind, für sie einzutreten, daß in Zeiten, wie diese, das Schwergewicht des Budgetrechts nicht in der jedesmaligen Einnahmebewilligung, sondern in der Ausgabebewilligung und in der Kontrole des gesammten Finanzhaushalts liegt.“

Der folgende nationalliberale Redner Frhr. v. Stauffenberg (aus Bayern) äußerte sich nun wie folgt:

„Was mir noch absolut nothwendig zu sein scheint, wenn eine Steuerreform in diesem Hause auf eine Mehrheit rechnen will, das ist die volle Wahrung der konstitutionellen Rechte der Landesvertretung im Reich und in den einzelnen Staaten. Der Herr Vorredner hat diese Dinge als Rüstzeug aus der Rumpelkammer bezeichnet.

Aber wir, die wir z. B. in Bayern seit dem Jahr 1818 unter der Herrschaft eines konstitutionellen Systems leben, welches nicht blos das Ausgabebewilligungsrecht, sondern auch das Einnahmebewilligungsrecht vollständig feststellt, wir wissen genau zu schätzen, meine Herren, von welch außerordentlicher Wichtigkeit für die ruhige und gedeihliche Entwickelung eines Staatslebens diese Bestimmung ist.“

Der Redner führte aus, daß es sich nicht blos um die konstitutionellen Befugnisse des Reichstages, sondern namentlich auch in den Einzelnstaaten, und ganz besonders in Preußen handele, um zu sichern, daß über die Summen, welche vom Reiche an Preußen überwiesen würden, eine Bestimmung nicht ohne die

Landesvertretung getroffen werden könnte, — was in Preußen nicht ganz zweifellos sei. Er wiederholte dann: „So viel glaube ich sicher sagen zu können, daß, ohne daß diese Verhältnisse befriedigend geordnet sind, eine Steuerreform weder in diesem Hause, noch nach meinem Ermessen auch in einem neu gewählten Hause auf eine Mehrheit wird rechnen können."

Darauf erwiderte der konservative Abgeordnete von Wedell-Malchow:

„Ich möchte bemerken, daß, wenn es später auf die konstitutionellen Garantien ankommt, ich glaube, für mich und für einen großen Theil meiner politischen Freunde versichern zu können, daß wir in dieser Beziehung gewiß zu jeder einigermaßen für uns annehmbaren Verständigung bereit sein werden. Wir halten aber dafür, daß diese Verständigung nicht im Reichstag, sondern in den Landtagen zu machen sein wird. Ich bitte Sie aber dringend, hier nicht aus diesem konstitutionellen circulus vitiosus mehr Schwierigkeiten der Angelegenheit in den Weg zu legen, als unumgänglich nothwendig sind."

Dagegen wurde von Seiten des fortschrittlichen Abg. Richter die Forderung des Abg. von Stauffenberg in Betreff des Steuerbewilligungsrechts freudig begrüßt, und zwar ausdrücklich wegen des politischen Werthes desselben. Das Steuerbewilligungsrecht in seiner besonderen politischen Seite zeige auch dann seinen Werth, wenn kein Gebrauch davon gemacht werde. Daß aber schon die Möglichkeit des Gebrauchs unter Umständen sehr werthvoll sein könne, das habe man so eben in Frankreich gesehen.

Seitens der Regierung wurde bei jener Berathung eine Erklärung in Bezug auf jene konstitutionellen Bürgschaften nicht abgegeben.

Was aber die Absichten der Regierung in Bezug auf die Verwerthung der etwaigen Mehreinnahmen von dem Tabaksmonopol betraf, so hieß es in dem von dem Finanzminister Camphausen verlesenen Schriftstück vom Februar 1877:

„Von der Einführung des Tabaksmonopols in Deutschland würden Beträge erwartet werden können, welche nicht allein gestatteten, die Steuer von nothwendigen Verzehrungsartikeln, namentlich die Salzsteuer aufzuheben, sondern auch für Preußen die Möglichkeit gewährten, auf die als drückend empfundenen direkten Steuern zum Theil zu verzichten und sie den Kreis- und Kommunalverbänden zu überweisen."

Unmittelbar nach dem Abschluß jener Berathung wurde von nationalliberaler Seite verkündet, daß die Verhandlungen zwischen hervorragenden Mitgliedern der Partei und der Regierung abgebrochen seien, unter den Gründen wurde angegeben, „daß auf die Forderungen staatsrechtlichen und politischen Inhalts Seitens der Regierung auch nicht mit einer Silbe eingegangen worden sei", — und es wurde verkündet, daß die Führer der Partei in Uebereinstimmung mit der gesammten Fraktion entschlossen seien: „so lange die von ihnen für nöthig gehaltenen konstitutionellen Bürgschaften nicht zugestanden seien, sich weder auf persönliche noch auf sachliche Verpflichtungen einzulassen."

Gleichzeitig unterlag die Forderung der konstitutionellen Bürgschaften, wie sie vom Abg. von Stauffenberg unter allseitiger Zustimmung der liberalen Parteien bezeichnet worden waren, der lebhaftesten Erörterung, da Herr von Stauffenberg anscheinend das jährliche Steuerbewilligungsrecht, wie es in Bayern besteht, auch für Preußen empfohlen und damit die Aenderung eines Verfassungsartikels, auf welchen in Preußen seit der Begründung der Verfassung auf Seiten der Regierung und der konservativen Parteien der größte Werth gelegt wird, angeregt hatte.

Durch die scharfen Angriffe, welche die Forderung in dieser Auslegung erfuhr, sah sich der Abg. von Bennigsen, welcher sich an der Berathung über die Tabaksteuer persönlich nicht betheiligt hatte, nunmehr veranlaßt, bei der Berathung des Stellvertretungsgesetzes am 5. März seinerseits auf die Steuerfrage und die Forderung der konstitutionellen Bürgschaften zurückzukommen.

Er sprach zunächst über die Nothwendigkeit einer stärkeren Anspannung der indirekten Steuern.

„In dieser Hinsicht, sagte er, glaube ich mit meinen politischen Freunden ganz übereinstimmend aussprechen zu können, daß die einzige Möglichkeit einer Lösung der Finanzkalamität der Einzelstaaten ist, wenn man hier reiche Steuerquellen eröffnet durch stärkere Anspannung der indirekten Steuern. Aber ich bin mit dem Herrn Abgeordneten von Stauffenberg vollkommen einverstanden: wenn es sich lediglich darum handelt, durch eine Gesetzesvorlage im Reich größere Einnahmen aus indirekten Steuern herbeizuführen, und wenn nicht gleichzeitig gesichert ist, daß dadurch Steuerreformen in den einzelnen Staaten möglich werden, gesichert in verschiedener Form, — auf die Einzelheiten will ich jetzt nicht eingehen — wenn das nicht möglich ist, so wird schwerlich jemals ein Kanzler oder Reichs-Finanzminister mit Aussicht auf Erfolg eine solche Steuervorlage im Reichstag einbringen.

Die Steuervorlage muß so große Summen bringen nach meiner und meiner Freunde Auffassung, daß damit wirklich Erleichterungen möglich sind in den einzelnen Staaten. Sie müssen die Matrikularbeiträge entweder ganz beseitigen, oder zum großen Theil, im weiteren Verlauf vielleicht sogar die Möglichkeit gewähren, an einzelne Staaten noch Summen abzuführen, was ich durchaus nicht für eine extravagante Annahme halte. Eine wirkliche Reform des ganzen Steuersystems schließt eine vollkommene Voraussicht der ganzen Rückwirkung dieser Maßregel auf die einzelnen Staaten ein. Meine Herren, das macht nothwendig eine gewisse Verbindung der Leitung des Reichsfinanzwesens mit der Leitung eines einzelnen Staats, und da ist naturgemäß der preußische Staat derjenige, wo eine solche Verbindung am besten herzustellen ist. — —

Auf diesem Wege wird dann auch — das will ich nur beiläufig sagen — besser wie bisher garantirt sein, daß diejenigen Voraussetzungen, welche etwa nothwendig sind, damit hier die Bewilligung einer Steuervorlage seitens der Mehrheit des Reichstags erfolgt, in den einzelnen Ländern herbeigeführt werden."

Herr von Bennigsen kam sodann auf die erwähnte Aeußerung des Abg. von Stauffenberg zurück, von der er gehört habe, daß sie „Mißverständnissen ausgesetzt gewesen sei." Er ließ sich jedoch auf eine Erläuterung der Forderung in Betreff des Steuerbewilligungsrechts seinerseits nicht ein, — sagte vielmehr nur, daß jede größere Finanzreform auf Schwierigkeiten stoßen werde, wenn nicht soviel wenigstens klar gestellt wird und gesichert erscheint, „und ich will das auf das möglichste und äußerste einschränken, daß die großen Mehreinnahmen, welche aus den indirekten Steuern durch neue Reichsgesetze gewonnen werden sollen, mit den sich ergebenden Erleichterungen, welche sie an den Matrikularbeiträgen oder durch direkte Zuführungen von Summen aus dem Reich den Einzelstaaten gewähren, — daß diese Mehreinnahmen respektive die Minderausgaben zu denjenigen Erleichterungen durch Uebertragung von Steuern an die Kommunen oder durch jährliche Erleichterungen in den Personalsteuern benutzt werden, welche die Landesvertretung in den einzelnen Ländern für nöthig erachtet. Ich möchte glauben, wenn man sich mit der Frage einmal näher beschäftigt und sie beschränkt auf dieses praktische Gebiet, dann muß sie lösbar sein."

Es ist ersichtlich, daß diese Verweisung der konstitutionellen Bürgschaften auf das praktische Gebiet weit verschieden ist von den Forderungen in Bezug auf das Steuerbewilligungsrecht, wie sie der Abg. von Stauffenberg anscheinend im Sinne hatte, und wie sie der Abg. Richter ohne jeden Widerspruch weiter deutete.

Im Laufe der Berathung nahm Fürst Bismarck Gelegenheit, seinerseits auf die Frage der konstitutionellen Bürgschaften einzugehen.

Auch der Reichskanzler war, wie Herr von Bennigsen der Ansicht, daß die in Rede stehenden Bedenken durch die enge Verbindung der Finanzverwaltung im Reiche und in Preußen eine sehr viel leichtere Erledigung finden werden. Als

unmöglich aber erklärte er, daß die Bestimmungen über die Finanzwirthschaft in Preußen gleichzeitig mit vom Reichstage getroffen würden.

„Ich würde mich, wenn hier im Reich Beschlüsse über die preußische Verfassung in der Weise getroffen werden sollten, daß die Bewilligung von Reichssteuern abhängig gemacht würde von Einrichtungen innerhalb Preußens, im Namen Sr. Majestät des Königs von Preußen dagegen verwahren müssen. Die Revision und Abänderung der preußischen Einrichtungen steht dem preußischen Landtage zu; sie wird aber da auch ganz unzweifelhaft in dem gewollten Wege erfolgen. Ich weiß gar nicht, wie man sich die Sache anders denken könnte, wenn Preußen jetzt mit einem Mal über sein Budget hinaus 60 Millionen mehr bekäme; wenn es dann nicht den Weg beschritte, der von den darüber sprechenden Herren gewünscht ist, so müßte man ja voraussetzen, daß ein im medizinischen Sinn geisteskrankes Ministerium in Preußen regierte! Was soll denn Preußen mit dem Gelde machen? Es kann es doch nicht vergraben, auch nicht verschenken, es muß in irgend einer Weise darüber bestimmt werden! Nun kann die preußische Regierung auch nicht über einen einzigen Thaler bestimmen, ohne die Einwilligung des Landtags. Es wird also der ganz natürliche und nothwendige Fall eintreten, daß die preußische Regierung dem Landtag den Vorschlag macht, so und so viel Steuern an die Provinzen, Kreise und Gemeinden abzuschreiben, so und so viel Steuern nachzulassen, weil sie entbehrlich sind.

Wenn allerdings die Verbesserung der Reichssteuern davon abhängig bleiben sollte, wenn die Herstellung eines Zustandes, in welchem das gesammte Steuerbündel leichter zu tragen ist als bisher, davon abhängig gemacht werden sollte, daß vorher gewisse politische Bedingungen erfüllt werden, dann werden wir uns in einem trügerischen Zirkel befinden und nicht dazu kommen. Ich kann mir aber doch nicht denken, daß jemand die Verantwortung übernehmen wollte, eine unzweifelhafte Verbesserung in unserem ganzen wirthschaftlichen Leben darum hintenanzuhalten, weil eine gewisse politische Klausel in einem der Reichsländer existirt, die nicht nach seinem Sinn geregelt ist. Ich glaube, die Unthunlichkeit dafür würde ganz einleuchten, wenn man den Spieß umkehrt und annimmt, die Regierung wollte ihrerseits die Besserung der wirthschaftlichen Lage, die Entwickelung von fruchtbringenden und zweckmäßigen Steuervorlagen, davon abhängig machen, daß zuerst eine politische Konzession gemacht würde, also zum Beispiel, daß in Bayern das Steuerbewilligungsrecht vermindert würde. — —

Ich möchte daher ein Vorurtheil bekämpfen, welches sich, wie ich fürchte, in unserer öffentlichen Meinung festsetzt, nämlich, daß Regierung und Volksvertretung zwei Körper wären, die ein verschiedenes Interesse hätten, und daß man mit Genehmigung einer Vorlage der Regierung eine Gefälligkeit erweisen könnte, welche diese mit einer Gegenkonzession beantworten müsse. Das halte ich für eine Verschiebung der Verhältnisse; wir leben unter demselben Dach, wir haben dasselbe Interesse, und eine Verkümmerung der Regierungsgewalt, ein Verfallen unseres wirthschaftlichen Lebens, — ich weiß nicht, warum mir das mehr am Herzen liegen sollte, als einem unter Ihnen; was Sie aushalten, kann ich auch aushalten; wir haben das gleiche Interesse, zu bessern, wenn das Dach durchregnet, und können uns nicht als zwei Parteien hinstellen, von denen die eine sagt: gieb mir erst das, dann will ich dir jenes geben.

Wir erstreben und wollen alle dasjenige Maß von Freiheit und Unabhängigkeit und freier Bewegung der Volksvertretung, was mit der Sicherheit und Stetigkeit unserer Einrichtungen überhaupt nur irgend verträglich ist, und etwas anderes erstreben Sie auch nicht, wir haben dieselben Ziele, und wenn wir über diese Wahrheit ganz zweifellos einig sind, dann, glaube ich, wird auch diese kranke Blässe des Mißtrauens schwinden."

Vergleicht man diese Erklärung des Reichskanzlers mit denen der nationalliberalen Redner, so ergiebt sich, daß der Widerspruch des Kanzlers sich wesentlich nur gegen die Forderung des Abg. von Stauffenberg richtete, — nicht gegen die ausgesprochene Forderung des Abg. von Bennigsen. Ueber das was Letzterer sachlich gesichert wissen will, darüber, daß „die Mehreinnahmen zu denjenigen Erleichterungen durch Uebertragung von Steuern an die Kommunen oder durch jährliche Erleichterungen in den Personalsteuern benutzt werden, welche die Landesvertretung in den einzelnen Ländern für nöthig erachtet," — hierüber herrscht grundsätzliches Einverständniß mit dem Kanzler. Nur darin weichen die Meinungen ab, daß Fürst Bismarck die Erfüllung dieser Forderung bereits für gesichert hält durch das Budgetrecht des Landtags und es deshalb ablehnt, der Regierung weitere politische Bedingungen auferlegen zu lassen, durch welche die verfassungsmäßigen Rechte der Krone beeinträchtigt werden könnten.

Bei der Beschränkung auf das praktische Gebiet, wie sie der Abg. von Bennigsen versuchte, schrumpft hiernach die Frage über die konstitutionellen Bürgschaften erheblich zusammen, und wenn diese praktische Auffassung der Dinge zur durchgreifenden Geltung gelangt wäre, so würde es kaum möglich sein, daß bei der wiederholt dargelegten Gemeinschaft über die großen nationalen und wirthschaftlichen Zielpunkte und bei der in der Steuerdebatte zuerst hervorgetretenen Bereitwilligkeit, sich über die Wege zum gemeinsamen Ziele auf Grund eingehender Untersuchungen zu verständigen, — diese Verständigung schließlich an jener Frage der konstitutionellen Bürgschaften scheitern sollte.

So lebhaft und scharf die Erörterungen der letzten Wochen über die hervorgetretenen Widersprüche gewesen sind, so ist doch im Hinblick auf die früher festgestellten gemeinsamen Gesichtspunkte die Hoffnung nicht aufzugeben, daß bei den Erwägungen über die zunächst einzuschlagenden Wege schließlich die Rathschläge einer praktisch-nationalen Politik von Neuem den Ausschlag geben.

Die „Provinzial-Correspondenz" ist bei ihren Betrachtungen über die Stellung der Parteien zur Steuerreform von dem an die Spitze gestellten Satze ausgegangen, daß es eine der wichtigsten Aufgaben der Regierung in ihrem neu befestigten Bestande sei, „wieder einen festen Boden für die parlamentarischen Beziehungen und die gemeinsamen Arbeiten zu bereiten," — „den anscheinend erschütterten Boden zu gemeinsamer fruchtbringender Wirksamkeit wieder neu zu befestigen." Auf welchen Wegen dies aber zu erreichen sein werde, das müsse „wesentlich auch von der Stellung und dem Verhalten der dabei in Betracht kommenden politischen Parteien abhängen."

Möge der schließliche Verlauf der Session die Hoffnung neu bestärken, daß es auch jetzt noch möglich sei, für eine nationale wirthschaftliche Politik, wie sie der Reichskanzler auf dem Herzen trägt, eine feste Mehrheit in der Reichsvertretung zu finden, eine Mehrheit, „in welcher Konservative und Liberale in der Unterstützung einer energischen und wahrhaft nationalen Regierung entschlossen zusammengehen."

Im Anschlusse an die oben ausgesprochene Hoffnung sei hier an die Worte erinnert, welche die „National-Zeitung" am letzten Weihnachtstage schrieb, um das deutsche Volk vor verdrießlichen und verstimmten Auffassungen zu warnen:

„Die Situation", sagte sie, „ist politisch — nicht düster, nicht ernst, nicht gefahrdrohend — sie ist nur verdrießlich und ungemüthlich. Die Elemente sind alle noch vorhanden, die so Großes und Unvergängliches in frohem Zusammenwirken geschaffen haben, der greise, pflichtgetreue väterliche Herrscher des Landes, der kühne und erfahrene Staatsmann, sein erster Rath, die Bevölkerung in ihrer unermeßlichen Mehrzahl voll Vertrauen in jene Führung und bereit, in dem Geiste weiterzuarbeiten, der den Beginn des

neuen Reiches bezeichnet. Alle diese Elemente sind vorhanden, ihnen gesellt sich die Mehrheit der Volksvertretungen zu, in staatlicher Gesinnung, in Klarheit über die Aufgaben, wie über die Mittel zu deren Lösung wachsend — und trotz alledem fühlt die Nation sich wie unter einem Drucke, in einer undefinirbaren, aber sehr empfindlichen Spannung.

In solchen Augenblicken, wie der gegenwärtige, enthüllen sich eigenthümliche Charakterzüge unserer Nation, und was man der gegenwärtigen Zeit Schlimmes nachzusagen sich bemüht — unser Volk läßt es an Einem sicher nicht fehlen, an der Pietät, an dem schönen Vertrauen, das nach so ereignißreichen und großen Jahren mehr wie je Fürst und Volk verbindet, an der dankbaren Erwägung dessen, was der berühmte Staatsmann, der an der Spitze der Geschäfte steht, dem Vaterland geleistet hat. Wir sind genug optimistische Schwärmer, um zu unterstellen, daß gerade in der Festhaltung dieser Ideen die zur Zeit in unserem Vaterlande obschwebenden Fragen am besten gelöst werden. Auch wissen wir wohl, daß eine Nation nicht für Tage und Wochen arbeitet, sondern was sie beginnt, tiefe unauslöschliche Furchen zieht. Die kindische Ungeduld, die sich nicht zu bemeistern vermag, ist keiner Berücksichtigung werth."

Und wenige Tage darauf schrieb dasselbe Blatt:

„Mit den Worten „Regierungslosigkeit, Unfertigkeit der Zustände, Zerfahrenheit der Ansichten" haben wir, hat die Stimme hervorragender Abgeordneter und die öffentliche Meinung die augenblickliche Lage zum Oefteren bezeichnet. Aber mit diesen Worten ist auch ein lächerlicher Mißbrauch getrieben worden. Den sich überschlagenden Uebertreibungen gegenüber mußte man sich besinnen, daß wir denn doch in dem bestverwalteten Staate des Kontinents und vielleicht der Welt leben, daß wir noch alle Ursache haben, mit gleichem Vertrauen in unsere nächste Zukunft hinaus, wie mit Stolz auf die jüngste Vergangenheit zurückzusehen."

Nun denn, — auch seit der Jahreswende sind in Preußen und Deutschland so wesentlich veränderte Zustände nicht eingetreten, daß die Bevölkerung „in ihrer unermeßlichen Mehrzahl" jenes Vertrauen und die freudige Bereitwilligkeit, unter derselben Führung und in demselben Geiste weiterzuarbeiten, aufgegeben haben sollte. Vielmehr glaubt die Regierung in wichtigen Fragen des praktischen Lebens Bahnen betreten zu haben, welche das Vertrauen und die Bereitwilligkeit nur noch steigern können.

Darauf beruht die ruhige Zuversicht der Regierung auch für die nächste Zukunft.

Die Erklärung der volkswirthschaftlichen Vereinigung.

„In den weitesten Kreisen des deutschen Reichs sieht man mit Spannung einer endlichen klaren Entschließung der verbündeten Regierungen rücksichtlich der Grundlagen des deutschen Handelsverkehrs mit dem Auslande entgegen. Es lag deshalb nahe und ist vielfach verlangt worden, daß der augenblicklich versammelte deutsche Reichstag die hiermit zusammenhängenden Fragen behufs Feststellung der handelspolitischen Wege und Ziele der Reichsregierung in den Bereich seiner Verhandlungen zöge. Die unterzeichneten Reichstagsmitglieder geben dem Bedauern Ausdruck, daß ein solches Vorgehen nicht möglich war, weil der Zweck der diesmaligen Zusammenberufung des Reichstags lediglich der Beschlußfassung über das Sozialistengesetz galt und weil die Erhebungen über die wirthschaftliche Lage und die Lebensbedingungen mehrerer der wichtigsten Gewerbszweige Deutschlands noch nicht abgeschlossen sind. Um aber dem Mißverständniß vorzubeugen, daß es in der Vertretung des deutschen Volkes an dem nöthigen Interesse für berechtigte handelspolitische Forderungen des Landes und an dem festen Wil-

fehle, diese Forderungen zur Geltung zu bringen, hatten wir uns zu der Erklärung verpflichtet, daß wir lediglich aus den angedeuteten Gründen während der gegenwärtigen Session die vom Lande erwartete Anregung nicht gegeben haben und nicht geben konnten, daß wir aber angesichts der Handelspolitik der meisten Deutschland umgebenden Länder — in Erkenntniß der den Volkswohlstand schädigenden Mängel des deutschen Zolltarifs und bei der Fortdauer der auf der deutschen Gewerbthätigkeit und Landwirthschaft lastenden Krisis — eine auf das Resultat sorgfältiger Prüfungen und sachgemäßer Abwägungen gestützte Reform des deutschen Zolltarifs für nothwendig halten und demgemäß entschlossen sind, für dieselbe in der nächsten ordentlichen Session des deutschen Reichstags einzutreten. Obschon von verschiedenen handelspolitischen Gesichtspunkten ausgehend, finden sich die Unterzeichneten doch in dem Grundgedanken vereinigt, daß die schwierigen Fragen der deutschen Handelspolitik nicht lediglich nach den Schlagwörtern von Freihandel und Schutzzoll gelöst werden können, daß es vielmehr entscheidend darauf ankommt, die wirklichen und vermeintlichen Gegensätze der Interessen mit Sachkenntniß, Umsicht und Vaterlandsliebe auszugleichen."

(204 Unterschriften.)

Nach der Annahme der Sozialisten-Vorlage.

(Vom 30. October.)

Nachdem die außerordentliche Aufgabe erfüllt ist, welche der Reichsgesetzgebung durch die gefahrdrohenden Bestrebungen einer verblendeten Partei gestellt war, treten von Neuem und mit erhöhter Bedeutung und Dringlichkeit diejenigen Aufgaben in den Vordergrund, welche vor den traurigen Zwischenfällen des Mai und Juni den Gegenstand allseitiger Erwägung und mannigfachster Geisteskämpfe bildeten, die Fragen des wirthschaftlichen Wohls und Gedeihens unseres Volkes.

„Mit erhöheter Bedeutung und Dringlichkeit," — denn Niemand kann sich verhehlen, daß unter den Pflichten positiven Wirkens und Helfens für die ärmeren und bedrängten Volksklassen, zu welchen sich alle Parteien ohne Ausnahme bekannt haben, daß unter den Voraussetzungen eines allmähligen Gesundens unseres Volkslebens, soweit dazu die staatliche Gesetzgebung helfen kann, die Fürsorge für eine ersprießliche wirthschaftliche Entwickelung im Reiche, in Staat und Kommune in erster Linie steht.

Die Regierung hat Angesichts der Nothwendigkeit einer energischen Bekämpfung der Sozialdemokratie, in welcher sie nicht blos eine dringende Verpflichtung des Augenblicks, sondern zugleich eine Bedingung für die Wiederbelebung des öffentlichen Vertrauens und für einen neuen Aufschwung des gewerblichen und wirthschaftlichen Lebens der Nation erkannte, von vornherein die Erwartung ausgesprochen, in dem neuen Reichstage auch eine bereitwillige und kräftige Unterstützung für die seit Jahren vorbereiteten Reformen auf dem wirthschaftlichen Gebiete zu finden.

Man wird dem Reichskanzler die Gerechtigkeit nicht versagen, daß er die Nothwendigkeit dieser Reformen nicht blos im Interesse der Befestigung des Reiches, sondern ganz besonders auch im Hinblick auf die Erleichterung und das Wohl des Volkes von jeher erkannt und dringend befürwortet hat. Schon im Norddeutschen Bunde hatte er im Jahre 1869 als das Ziel seines Strebens hingestellt, die Mittel für die Staatsbedürfnisse mit dem möglichst geringsten Druck für die Steuerpflichtigen und namentlich für die unvermögenden Volksklassen aufzubringen. Nach der umfassenden Wiederaufrichtung und politischen Befestigung des Deutschen Reichs aber hat er wiederholt verkündet, daß ihm Nichts so sehr am Herzen liege, wie die Förderung des wirthschaftlichen Wohls des Volkes, die Begründung einer wirthschaftlichen Politik auf wahrhaft nationaler Grundlage. Er hat bei den Verhandlungen im vorigen Jahre von Neuem die Ueberzeugung ausgesprochen, daß

wir in der Entwickelung unseres Steuersystems, namentlich im Hinblick auf dessen Rückwirkung auf unsere wirthschaftlichen Verhältnisse hinter allen großen europäischen Staaten zurückgeblieben sind, — er hat die Anbahnung einer umfassenden Steuerreform, durch welche der Druck der Steuern für das Volk erleichtert wird, als sein letztes ideales Ziel bezeichnet.

Wie auf dem Gebiete der Steuerpolitik, so ist auch in der Zollpolitik des Reiches das Streben des Kanzlers (wie wiederholt ausgesprochen worden) darauf gerichtet, die Behandlung der Zollfragen nicht nach den Auffassungen und Geboten bloßer Lehrmeinungen, sondern vor Allem nach den Anforderungen der thatsächlichen Lage der Dinge, nach den wirklichen Bedürfnissen des Volkes und unter Wahrung voller Gegenseitigkeit unter den Völkern zu gestalten.

Während der letzten Wahlbewegung ist zur Abwehr der gegen die Regierung gerichteten Verdächtigungen das Ziel und Streben der Regierungspolitik mit folgenden Worten bezeichnet worden:

„Die Staatsregierung will weder auf dem politischen, noch auf dem Steuer- und Wirthschaftsgebiete die Reaktion. Sie will auf allen diesen Gebieten die vernünftige Entwickelung. Gegen die Zuchtlosigkeit, die Erschütterung der monarchisch-konstitutionellen, der gesellschaftlichen und Eigenthums-Ordnung will sie ein energisches, unsere Kultur und Gesittung und den Fortschritt der industriellen Arbeit schützendes Eingreifen; in Bezug auf die Steuerverhältnisse will sie eine verständige, das Reich wie die Einzelstaaten fördernde, dem Volke die Steueraufbringung erleichternde Reform; den handelspolitischen Fragen gegenüber die Wahrung der nationalen Gesammtinteressen im Sinne der Entwickelung seit 1818 und seit der Gründung des Zollvereins, ohne Voreingenommenheit durch die Lehrsätze der volkswirthschaftlichen Parteien, die über der vermeintlichen Folgerichtigkeit ihrer Meinungen die praktischen Interessen der Nation übersehen.“

Es wurde daran der Ausdruck der Hoffnung geknüpft, daß aus den Wahlen eine Reichstagsmehrheit hervorgehen werde, „welche nicht blos in der zunächst dringlichen Abwehr der Gefahren für Staat und Gesellschaft, sondern ebenso sehr auf dem Gebiete der wirthschaftlichen Reform der Kaiserlichen Regierung volles Vertrauen und den festen Willen zu freudigem Zusammenwirken entgegenbringe.“

Nachdem diese Hoffnung in Bezug auf die erste unmittelbar dringende Aufgabe in der soeben abgelaufenen Session des neuen Reichstages im Wesentlichen erfüllt worden ist, tritt jetzt die zweite positive und dauernd bedeutsame Aufgabe in den Vordergrund der politischen Fürsorge und allseitigen Verantwortlichkeit.

Aus den Reichstagskreisen selbst ist noch unmittelbar vor dem Schlusse der Session eine wichtige Kundgebung einer aus Abgeordneten der verschiedensten Richtungen gebildeten „freien volkswirthschaftlichen Vereinigung“ erfolgt, welche sich zunächst in Bezug auf die Handelspolitik in grundsätzlicher Uebereinstimmung mit den erwähnten Bestrebungen der Regierung dahin ausspricht, „daß die schwierigen Fragen der deutschen Handelspolitik nicht lediglich nach den Schlagwörtern von Freihandel und Schutzzoll gelöst werden können, daß es vielmehr entscheidend darauf ankomme, die wirklichen und vermeintlichen Gegensätze der Interessen mit Sachkenntniß, Umsicht und Vaterlandsliebe auszugleichen.“

Diese Erklärung hat bereits die Unterschrift von 203 Abgeordneten, also mehr als der absoluten Mehrheit des Reichstages erhalten: in dieser Zahl haben zunächst die Vertreter der konservativen Parteien und des Centrums das Uebergewicht, aber es befindet sich darunter auch eine beträchtliche Zahl nationalliberaler Abgeordneter, sowie die fortschrittliche Gruppe Löwe. In der nationalliberalen Presse wird überdies ausdrücklich anerkannt, daß „eine erhebliche Mehrheit der Reichstagsmitglieder“ (über die Zahl der 203 hinaus) den Standpunkt der „freien

volkswirthschaftlichen Vereinigung", soweit derselbe in jener Erklärung dargelegt sei, theile und sich ihrem Vorgehen anzuschließen bereit sei. Das Land erwarte seit Langem und in steigender Ungeduld die Vereinbarung eines festen handelspolitischen Programms unter gebührender Berücksichtigung der realen Verhältnisse und der vorhandenen Bedürfnisse. Das Ergebniß der veranstalteten Enquêten und thatsächlichen Erhebungen werde überall, wo es sich um praktische Entscheidung bestimmter Fragen handele, auch für den Reichstag eine Unterlage seiner Entschließungen abgeben, von welcher derselbe sich, gleichviel wohin bisherige Neigungen und vorgefaßte Meinungen der Mitglieder neigen mochten, nicht allzuweit zu entfernen vermöge.

Diese Erklärungen und Ankündigungen, so allgemein sie zunächst der Natur der Sache nach gehalten sind, scheinen doch einen entschiedenen und bedeutsamen Wendepunkt in der Behandlung der wirthschaftlichen Fragen zu bezeichnen; sie dürfen als erste hoffnungsreiche Anzeichen gelten, daß die Regierung in dem neuen Reichstage auch für ihre wirthschaftlichen Bestrebungen die Stütze einer Mehrheit finden werde, welche entschlossen ist, die Behandlung der wirthschaftlichen Fragen „nicht nach den Auffassungen und Geboten bloßer Lehrmeinungen, sondern vor Allem nach den Anforderungen der thatsächlichen Lage der Dinge und nach den wirklichen Bedürfnissen und praktischen Interessen des Volkes zu gestalten."

12. November. Antrag Preußens beim Bundesrath auf eine Zollreform.

Die finanziellen, volkswirthschaftlichen und handelspolitischen Verhältnisse, welche auf die gegenwärtige Gestaltung des Vereins-Zolltarifs von entscheidendem Einflusse gewesen sind, haben im Laufe der letzten Jahre wesentliche Veränderungen erfahren.

Die finanzielle Lage des Reichs wie der einzelnen Bundesstaaten erheischt eine Vermehrung der Reichseinnahmen durch stärkere Heranziehung der dem Reich zur Verfügung stehenden Einnahmequellen. Bei den im vorigen Sommer zu Heidelberg stattgehabten vertraulichen Besprechungen über die im Reich anzustrebende Steuerreform ist denn auch die Ueberzeugung einmüthig zum Ausdruck gelangt, daß das System der indirekten Besteuerung in Deutschland weiter auszubilden sei, und es ist daselbst über die vorzugsweise ins Auge zu fassenden Finanzartikel allseitiges Einverständniß erzielt worden.

Außerdem erfordert die derzeitige Lage der deutschen Industrie sowie das mit Ablauf der Handelsverträge in den großen Nachbarstaaten und in Amerika zu Tage getretene Bestreben nach Erhöhung des Schutzes der einheimischen Produktion gegen die Mitbewerbung des Auslandes eine eingehende Untersuchung der Frage, ob nicht auch den vaterländischen Erzeugnissen in erhöhtem Maße die Versorgung des deutschen Marktes vorzubehalten und dadurch auf die Vermehrung der inländischen Produktion hinzuwirken, sowie zugleich Verhandlungsmaterial zu schaffen sei, um später zu versuchen, ob und inwieweit sich im Wege neuer Verträge die Schranken beseitigen lassen, welche unsere Exportinteressen schädigen.

Die Ergebnisse der im Gang befindlichen Enquêten über die Lage

der Eiseninbustrie, sowie der Baumwoll- und Leinenindustrie werden nützliche Grundlagen schaffen für die Beantwortung der Frage der Zweckmäßigkeit einer Erhöhung oder Wiedereinführung von Zöllen auf die Erzeugnisse der in Frage stehenden Industrien.

Ueber einige weitere bereits in Anregung gekommene Aenderungen des autonomen Zolltarifs, welche zum Theil eine korrektere Fassung des Tarifs, zum Theil die Beseitigung von Mißverhältnissen zwischen den Zollsätzen von Halbfabrikaten und Ganzfabrikaten, zum Theil Erhöhungen des Schutzes einzelner Industriezweige gegenüber der Konkurrenz des Auslandes bezwecken, sind Vorarbeiten gefertigt, welche den betreffenden Ausschüssen des Bundesraths werden vorgelegt werden.

Es wird dabei nicht ausgeschlossen sein, daß auch noch für andere Erzeugnisse die Einführung höherer Eingangszölle angeregt werde. — — —

Um die Lösung der vorstehend angedeuteten Fragen thunlichst zu beschleunigen und der für die betheiligten Erwerbszweige drückenden Ungewißheit über die künftige Gestaltung unseres Tarifwesens möglichst bald ein Ende zu machen, erscheint die Einsetzung einer besonderen Komission angezeigt, welche unter Benutzung des vorhandenen, sowie desjenigen Materials, welches durch die Enquêten geschaffen und jener Kommission zu überweisen sein würde, die Revision des Zolltarifs vorzubereiten und die erforderlichen Anträge bei dem Bundesrath zu stellen hätte.

Die Aufgabe der Kommission würde danach auf den gesammten Inhalt des Tarifs, mit Ausnahme derjenigen Finanzartikel, über welche auf der Heidelberger Ministerkonferenz Einverständniß erzielt ist und welche einer gesonderten Bearbeitung bereits unterliegen, sich zu erstrecken haben.

Die Kommission würde aus Beamten des Reichs und der hauptsächlich betheiligten Bundesstaaten zusammenzusetzen sein.

Auch wird es sich empfehlen, sowohl der zu berufenden Kommission, als auch den Subkommissionen das Recht einzuräumen, Sachverständige zu vernehmen oder schriftliche Gutachten einzuziehen, und durch Requisition der Landesbehörden Ermittelungen zu veranlassen.

15. Dezember. Schreiben des Fürsten Bismarck an den Bundesrath (über die Nothwendigkeit einer Steuerreform).

Nachdem der Bundesrath auf Grund der Vorlage vom 12. November l. J. die Einsetzung einer Kommission zur Revision des Zolltarifs beschlossen hat, beehre ich mich, nachstehend die Gesichtspunkte darzulegen und zur geneigten Erwägung zu stellen, welche mir bei dieser Revision als leitende vorschweben, und in deren Richtung ich amtlich zu wirken bestrebt bin.

In erster Linie steht für mich das Interesse der finanziellen Reform: Verminderung der direkten Steuerlast durch Vermehrung der auf indirekten Abgaben beruhenden Einnahmen des Reichs.

Wie weit Deutschland in der finanziellen Entwickelung seines Zollwesens hinter anderen Staaten zurückgeblieben ist, zeigt die unter 1 anliegende Uebersicht. Das hier dargestellte Verhältniß würde sich noch ungünstiger für Deutschland gestalten, wenn zu den für Oesterreich-Ungarn, Frankreich und Italien aufgeführten Beträgen der Einnahme an Grenz-

zöllen die Summen hinzugefügt würden, welche diese Staaten an Stelle des Zolls vom ausländischen Tabak in der Form des Monopolertrags beziehen, und welche zu Gunsten der Gemeinden als Oktroi erhoben werden.

Es beruht nicht auf Zufall, daß andere Großstaaten, zumal solche mit weit vorgeschrittener politischer und wirthschaftlicher Einwickelung, die Deckung ihrer Ausgabe vorzugsweise in dem Ertrag der Zölle und indirekten Steuern suchen.

Die direkte Steuer, welche in einem für jeden einzelnen Steuerpflichtigen im Voraus festgestellten Betrage dem einzelnen Besteuerten abgefordert und nöthigenfalls durch Zwang von ihm beigefordert wird, wirkt ihrer Natur nach drückender als jede indirekte Abgabe, die in ihrem Betrage sowohl der Gesammtheit, als dem Einzelnen gegenüber an den Umfang des Verbrauchs besteuerter Gegenstände sich anschließt und, soweit sie den einzelnen Konsumenten trifft, von diesem in der Regel nicht besonders, sondern in und mit dem Preise der Waaren entrichtet wird. In dem größten Theile Deutschlands haben die direkten Steuern einschließlich der Kommunalabgaben eine Höhe erreicht, welche drückend ist und wirthschaftlich nicht gerechtfertigt erscheint. Am meisten leiden unter derselben gegenwärtig diejenigen Mittelklassen, deren Einkommen sich etwa in der Grenze bis zu 6000 ℳ bewegt, und welche durch exekutorisch beigetriebene oder über ihre Kräfte gezahlte direkte Steuern noch häufiger als die Angehörigen der untersten Steuerklassen in ihrem wirthschaftlichen Bestande untergraben werden. Soll die Steuerreform, wie ich es für erforderlich halte, in ihren Erleichterungen bis zu diesen Grenzen reichen, so muß sie bei der Revision des Zolltarifs auf einer möglichst breiten Grundlage beginnen. Je ergiebiger man das Zollsystem in finanzieller Hinsicht gestattet, um so größer werden die Erleichterungen auf dem Gebiete der direkten Steuern sein können und sein müssen.

Denn es versteht sich von selbst, daß mit der Vermehrung der indirekten Einnahmen des Reiches nicht eine Erhöhung der Gesammtsteuerlast bezweckt werden kann. Das Maß der Gesammtsteuerlast ist nicht durch die Höhe der Einnahmen, sondern durch die Höhe des Bedarfs bedingt, durch die Höhe der Ausgaben, welche im Einverständniß zwischen Regierung und Volksvertretung als dem Bedürfniß des Reichs oder Staats entsprechend festgestellt wird. Höhere Einnahmen zu erzielen, als zur Bestreitung dieses Bedürfnisses unbedingt erforderlich sind, kann niemals in der Absicht der Regierungen liegen. Dieselben haben nur dahin zu streben, daß das Erforderliche auf die relativ leichteste und erfahrungsmäßig minder drückende Weise aufgebracht werde. Jede Steigerung der indirekten Einnahmen des Reichs muß deshalb die nothwendige Folge haben, daß von den direkten Steuern oder von solchen indirekten Steuern, deren Erhebung von Staats wegen etwa aus besonderen Gründen nicht mehr wünschenswerth erscheint, soviel erlassen oder an Kommunalverbände überwiesen wird, als für die Deckung der im Einverständnisse mit der Volksvertretung festgesetzten Staatsausgaben entbehrlich wird.

Nicht in Vermehrung der für die Zwecke des Reichs und der Staaten nothwendigen Lasten, sondern in der Uebertragung eines größeren Theiles der unvermeidlichen Lasten auf die weniger drückenden indirekten Steuern

besteht das Wesen der Finanzreform, zu deren Verwirklichung auch die Zolltarifrevision dienen soll.

Um eine dieser Rücksicht entsprechende Grundlage für die Revision zu gewinnen, empfiehlt es sich meines Erachtens, nicht blos einzelne Artikel welche sich dazu besonders eignen, mit höheren Zöllen zu belegen, sondern zu dem Prinzip der Zollpflichtigkeit aller über die Grenze eingehenden Gegenstände, welche in der preußischen Zoll-Gesetzgebung vom Jahre 1818 an als Regel aufgestellt war und später in der allgemeinen Eingangsabgabe des Vereins-Zolltarifs bis zum Jahre 1865 seinen Ausdruck fand, zurückzukehren.

Von dieser allgemeinen Zollpflicht würden diejenigen für die Industrie unentbehrlichen Rohstoffe auszunehmen sein, welche in Deutschland gar nicht (wie z. B. Baumwolle), und nach Befinden auch die, welche nur in einer ungenügenden Quantität oder Qualität erzeugt werden können.

Alle nicht besonders ausgenommenen Gegenstände sollten mit einer Eingangsabgabe belegt sein, die nach dem Werthe der Waaren und zwar unter Zugrundelegung verschiedener Prozentsätze, je nach dem Bedarfe der einheimischen Produktion, abzustufen wäre. Die hiernach zu bemessenden Zollsätze würden auf Gewichtseinheiten, wie dies in dem bestehenden Zolltarif die Regel ist, zurückzuführen und danach zu erheben sein, soweit nicht nach der Natur des Gegenstandes eine Erhebung des Zolls per Stück (wie bei dem Vieh) oder unmittelbar nach dem Werth (wie bei Eisenbahnfahrzeugen, eisernen Flußschiffen) sich mehr empfiehlt.

Nach den Veröffentlichungen des kaiserlichen statistischen Amts (Statistik des deutschen Reiches, Band XXXII. S. II. 93) betrug im Jahre 1877 der geschätzte Werth der Waareneinfuhr (Eingang in den freien Verkehr) rund 3877 Millionen Mark. Hiervon fallen laut Anlage 2 auf bisher zollfreie Artikel rund 2853 Millionen Mark.

In dieser Summe ist der Werth einer Reihe von Artikeln enthalten, welche auch in Zukunft zollfrei zu lassen sein werden, weil sie unter die oben bezeichnete Kategorie der für die Industrie unentbehrlichen Rohstoffe fremder Herkunft fallen, oder weil sie, wie gemünztes Metall, sich ihrer Natur nach nicht zu einem Gegenstande der Verzollung eignen. Außerdem würden die Positionen in Abzug zu bringen sein, für welche etwa auch in Zukunft die Freiheit der Durchfuhr anderen Ländern vertragsmäßig gewährleistet oder im Interesse des inländischen Verkehrs gesetzlich zugelassen werden soll. Es kommt ferner in Betracht, daß die Belegung jetzt zollfreier Artikel, auch mit einer mäßigen Eingangsabgabe, doch Einfluß auf den Verbrauch dieser Artikel üben kann.

Welcher Betrag hiernach an der obigen Summe von 2853 Millionen Mark abzusetzen wäre, um den Gesammtwerth der jetzt zollfreien, nach meinem Vorschlag künftig der Zollpflicht unterliegenden Gegenstände zu ermitteln, — dies läßt sich mit irgend welcher Zuverlässigkeit nicht berechnen. Wollte man indessen auch annehmen, daß selbst die Hälfte der obengenannten Summe — was ohne Zweifel zu hoch gegriffen ist — als Werth auch künftig zollfreier Ein- und Durchfuhr in Abzug kommen müßte, so bliebe immerhin noch eine, jetzt zollfreie, künftig und nach den ursprünglichen bis 1865 gültigen Grundsätzen Preußens und des Zollvereins zollpflichtige Einfuhr im Werthe von etwa 1400 Millionen Mark. Wird ferner angenommen, daß die hiervon künftig zu erhebenden Eingangsabgaben auf

nur durchschnittlich 5 pCt. des Werths betrügen, so würde sich die Vermehrung der jährlichen Zolleinnahmen auf 70 Millionen Mark belaufen.

Dieser Vermehrung der Zolleinnahme würde eine wesentliche Erhöhung der Zollerhebungs- und Verwaltungskosten nicht gegenüberstehen, da eine wenn auch nur summarische Revision der die Zollgrenze passirenden zollfreien Güter jetzt ebenfalls stattfindet. Die bestehenden Einrichtungen an der Zollgrenze und im Innern würden voraussichtlich auch zur Verzollung aller jetzt zollfreien, künftig zollpflichtigen Gegenstände ausreichen oder doch nicht in sehr erheblichem Maße zu erweitern seien; sie würden durch Vermehrung der zollpflichtigen Artikel vielfach nur noch besser ausgenützt und einträglicher gemacht werden, als es jetzt der Fall ist.

Wenn hiernach vom finanziellen Gesichtspunkte aus, auf welchen ich das Hauptgewicht lege, die von mir befürwortete Wiederherstellung der Regel allgemeiner Zollpflicht sich empfiehlt, so läßt ein solches System sich meines Erachtens auch in volkswirthschaftlicher Beziehung nicht anfechten.

Ich lasse dahingestellt, ob ein Zustand vollkommener, gegenseitiger Freiheit des internationalen Verkehrs, wie ihn die Theorie des Freihandels als Ziel vor Augen hat, dem Interesse Deutschlands entsprechen würde. So lange aber die meisten der Länder, auf welche wir mit unserm Verkehr angewiesen sind, sich mit Zollschranken umgeben und die Tendenz zur Erhöhung derselben noch im Steigen begriffen ist, erscheint es mir gerechtfertigt und im wirthschaftlichen Interesse der Nation geboten, uns in der Befriedigung unserer finanziellen Bedürfnisse nicht durch die Besorgniß einschränken zu lassen, daß durch dieselben deutsche Produkte eine geringe Bevorzugung vor ausländischen erfahren.

Der jetzt bestehende Vereinszolltarif enthält neben den reinen Finanzzöllen eine Reihe von mäßigen Schutzzöllen für bestimmte Industriezweige. Eine Beseitigung oder Verminderung dieser Zölle wird, zumal bei der gegenwärtigen Lage der Industrie, nicht rathsam erscheinen; vielleicht wird sogar bei manchen Artikeln im Interesse einzelner besonders leidender Zweige der heimischen Industrie, je nach dem Ergebniß der im Gange befindlichen Enquêten, eine Wiederherstellung höherer oder Erhöhung der gegenwärtigen Zollsätze sich empfehlen.

Schutzzölle für einzelne Industriezweige aber wirken, zumal wenn sie das durch die Rücksicht auf den finanziellen Ertrag gebotene Maß überschreiten, wie ein Privilegium und begegnen auf Seiten der Vertreter der nicht geschützten Zweige der Erwerbsthätigkeit der Abneigung, welcher jedes Privilegium ausgesetzt ist. Dieser Abneigung wird ein Zollsystem nicht begegnen können, welches innerhalb der durch das finanzielle Interesse gezogenen Schranken der gesammten inländischen Produktion einen Vorzug vor der ausländischen Produktion auf dem einheimischen Markt gewährt. Ein solches System wird nach keiner Seite hin drückend erscheinen können, weil seine Wirkungen sich über alle produzirenden Kreise der Nation gleichmäßiger vertheilen, als es bei einem System von Schutzzöllen für einzelne Industriezweige der Fall ist. Die Minderheit der Bevölkerung, welche überhaupt nicht produzirt, sondern ausschließlich konsumirt, wird durch ein die gesammte nationale Produktion begünstigendes Zollsystem scheinbar benachtheiligt. Wenn indessen durch ein solches System die Gesammtsumme der im Inlande erzeugten Werthe vermehrt und dadurch der Volkswohlstand im Ganzen gehoben wird, so wird dies schließ-

lich auch für die nicht produzirenden Theile der Bevölkerung und namentlich für die auf festes Geldeinkommen angewiesenen Staats- und Gemeindebeamten von Nutzen sein; denn es werden der Gesammtheit dann die Mittel zur Ausgleichung von Härten zu Gebote stehen, falls sich in der That eine Erhöhung der Preise der Lebensbedürfnisse aus der Ausdehnung der Zollpflichtigkeit auf die Gesammteinfuhr ergeben sollte. Eine solche Erhöhung wird jedoch in dem Maße, in welchem sie von den Konsumenten befürchtet zu werden pflegt, bei geringen Zöllen voraussichtlich nicht eintreten, wie ja auch umgekehrt nach Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer die Brod- und Fleischpreise in den früher davon betroffenen Gemeinden nicht in einer bemerkbaren Weise zurückgegangen sind.

Eigentliche Finanzzölle, welche auf Gegenstände gelegt sind, die im Inlande nicht vorkommen und deren Einfuhr unentbehrlich ist, werden zum Theil den Inländer allein treffen. Bei Artikeln dagegen, welche das Inland in einer für den einheimischen Verbrauch ausreichenden Menge und Beschaffenheit zu erzeugen im Stande ist, wird der ausländische Produzent den Zoll allein zu tragen haben, um auf dem deutschen Markt noch konkurriren zu können. In solchen Fällen endlich, in denen ein Theil des inländischen Bedarfs durch auswärtige Zufuhr gedeckt werden muß, wird der ausländische Konkurrent meist genöthigt sein, wenigstens einen Theil und oft das Ganze des Zolles zu übernehmen und seinen bisherigen Gewinn um diesen Betrag zu vermindern. Daß Grenzzölle auf solche Gegenstände, welche auch im Inlande erzeugt werden, den ausländischen Produzenten für das finanzielle Ergebniß mit heranziehen, geht aus dem Interesse hervor, welches überall das Ausland gegen Einführung und Erhöhung derartiger Grenzzölle in irgend einem Gebiet an den Tag legt. Wenn im praktischen Leben wirklich der inländische Konsument es wäre, dem der erhöhte Zoll zur Last fällt, so würde die Erhöhung dem ausländischen Produzenten gleichgültiger sein.

Soweit hiernach der Zoll dem inländischen Konsumenten überhaupt zur Last fällt, tritt er hinter den sonstigen Verhältnissen, welche auf die Höhe der Waarenpreise von Einfluß sind, in der Regel weit zurück. Gegenüber den Preisschwankungen, welche bei bestimmten Waarengattungen durch den Wechsel im Verhältniß von Angebot und Nachfrage oft binnen kurzer Zeit und bei geringer örtlicher Entfernung der Marktplätze von einander bedingt wird, kann ein Zoll, der etwa 5 bis 10 pCt. vom Werth der Waare beträgt, nur einen verhältnißmäßig geringen Einfluß auf den Kaufpreis üben. Andere Momente, wie die Ungleichheiten der Frachtsätze bei den Differenzialtarifen der Eisenbahnen, wirken in dieser Beziehung viel einschneidender vermöge der Einfuhrprämie, die sie dem Auslande, oft zum vielfachen Betrage jedes vom Reiche aufzulegenden Zolles, auf Kosten der deutschen Produktion gewähren. Ich bin deshalb auch der Ueberzeugung, daß mit der Revision der Grenzzölle eine Revision der Eisenbahntarife nothwendig Hand in Hand gehen muß. Es kann auf die Dauer den einzelnen Staats- und Privat-Eisenbahnverwaltungen nicht die Berechtigung verbleiben, der wirthschaftlichen Gesetzgebung des Reiches nach eigenem Ermessen Konkurrenz zu machen, die Handelspolitik der verbündeten Regierungen und des Reichstags nach Willkür zu neutralisiren und das wirthschaftliche Leben der Nation den Schwankungen auszusetzen, welche

im Gefolge hoher und wechselnder Einfuhrprämien für einzelne Gegenstände nothwendig eintreten.

Die Rückkehr zu dem Prinzip der allgemeinen Zollpflicht entspricht der jetzigen Lage unserer handelspolitischen Verhältnisse. Nachdem der Versuch, mit Oesterreich-Ungarn einen neuen Tarifvertrag zu vereinbaren, respektive den bisherigen zu prolongiren, gescheitert ist, sind wir (abgesehen von den in den Verträgen mit Belgien und der Schweiz enthaltenen Tarifbestimmungen) in das Recht selbstständiger Gestaltung unseres Zolltarifs wieder eingetreten. Bei der bevorstehenden Revision des Zolltarifs kann nur unser eigenes Interesse maßgebend sein. Dieses Interesse wird vielleicht demnächst zu neuen Verhandlungen über Tarifverträge mit dem Ausland führen. Sollen aber solche Verhandlungen mit der Aussicht auf einen für Deutschland glücklichen Erfolg begonnen werden, so ist es nöthig, vorher auf dem autonomen Wege ein Zollsystem zu schaffen, welches die gesammte inländische Produktion der ausländischen gegenüber in die möglichst günstigste Lage bringt.

Dem Bundesrath stelle ich ergebenst anheim, die vorstehenden Bemerkungen der Kommission, welche behufs Revision des Zolltarifs zufolge des Beschlusses vom 12. d. M. eingesetzt wird, zur Erwägung gefälligst überweisen zu wollen.

von Bismarck.

---

16. Dezember. **Handelsvertrag mit Oesterreich.**

Die seit dem 2. d. M. in Berlin gepflogenen kommissarischen Verhandlungen wegen unseres Handelsvertrages mit Oesterreich-Ungarn haben zum Abschlusse eines neuen Handelsvertrages geführt, welcher am 16. d. M. hier unterzeichnet worden ist. Derselbe soll an die Stelle des mit dem 31. Dezember d. J. ablaufenden Handels- und Zollvertrages vom 9. März 1868 treten. Seine Gültigkeit ist auf die Dauer eines Jahres beschränkt. Als der wesentlichste Unterschied von dem bisherigen Vertrage ist hervorzuheben, daß dem neuen Vertrage keine, die beiderseitige Zollgesetzgebung bindende Vertragstarife beigefügt sind, jedem der beiden vertragenden Theile vielmehr die volle Freiheit der autonomen Regelung seines Zolltarifs gewahrt bleibt. Beide Theile haben sich jedoch für die Dauer des neuen Vertrages wechselseitig alle Rechte der meistbegünstigten Nation zugesichert. Das Zollkartell ist einstweilen aufrecht erhalten. Im Uebrigen hat man sich dahin vereinigt, die gedeihliche Fortentwickelung derjenigen Handels- und Verkehrsbeziehungen, welche in der Nachbarschaft beider Reiche wurzeln und durch die bisherigen vertragsmäßigen Vereinbarungen Pflege und Förderung gefunden haben, auch für die Dauer des neuen Vertrages sicher zu stellen, soweit solches mit der Wahrung der von jedem der beiden Theile zu berücksichtigenden eigenen Landesinteressen vereinbar erachtet werden konnte. In diesem Sinne sind der Veredelungsverkehr, sowie auch der Verkehr mit roher ungebleichter Leinwand durch entsprechende Bestimmungen des neuen Vertrages geregelt worden.

(R. u. St.-Anz.)

1879. Die Finanzreform und die constitutionellen Bürgschaften.

(„Provinzial-Correspondenz“ vom 8. Januar.)

Während auf dem Gebiete der Reichsverwaltung die Vorberathungen eifrig gefördert werden, um dem Reichstage in seiner nächsten Session Vorschläge zu einer umfassenden Reform der deutschen Wirthschaftspolitik machen zu können, wird auch der preußische Landtag in den nächsten Wochen bei den Staatshaushaltsberathungen voraussichtlich die Fragen erörtern, welche sich aus dem Zusammenhange der Finanzpolitik Preußens und des Reiches ergeben.

Die Lösung der Schwierigkeiten, welche das Mißverhältniß zwischen den Einnahmen und Ausgaben des preußischen Budgets darbietet, ist nur vorübergehend durch eine Anleihe, für die Zukunft aber auf dem Boden des Reichsfinanzwesens durch eine Vermehrung der Einnahmen aus den Zöllen und indirekten Steuern in Aussicht genommen.

Die Berathung des preußischen Etats und seiner dauernden Erfordernisse wird daher naturgemäß Erwägungen über die voraussichtlichen Folgen veranlassen, welche jene Vermehrung der Reichseinnahmen für die weitere Gestaltung und Entwickelung des Steuerwesens in Preußen haben kann und muß.

Abgesehen von den praktischen Finanzfragen, die sich daraus ergeben, ist bei den vorjährigen Steuerberathungen vornehmlich die Frage der sogenannten konstitutionellen Bürgschaften lebhaft verhandelt worden, die Frage, in welcher Weise bei einer bedeutenden Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reiches die bisherigen Rechte der Volksvertretungen in Bezug auf die Bewilligung der Einnahmen und Ausgaben gewahrt und gesichert werden können.

Vor dem Beginn der bezüglichen Erörterungen erscheint es angemessen, einen Rückblick auf die vorjährigen Verhandlungen zu werfen, nicht in der Absicht, diejenigen Momente von Neuem zu betonen, welche damals eine trennende Wirkung übten, vielmehr in der Ueberzeugung, daß die Erinnerung an den schließlichen Verlauf der damaligen Erörterungen geeignet ist, die Aussicht und Hoffnung auf eine Verständigung zwischen der Regierung und der Landesvertretung auch über diesen Punkt zu stärken.

(Hier folgt der Rückblick auf die obigen (S. 577 gegebenen) Verhandlungen, dann:)

Aus diesem Meinungsaustausch durfte man die Beruhigung entnehmen, daß die Frage der konstitutionellen Bürgschaften, wenn ihre Lösung auf dem Boden der praktischen Politik versucht würde, zu so tiefgehenden Widersprüchen kaum führen kann, daß daran das gemeinsame Streben nach einer umfassenden Reform der nationalen Wirthschaftspolitik scheitern sollte.

In solcher Ueberzeugung wurde während des letzten Wahlkampfes an dieser Stelle gesagt:

„Die Steuerreform setzt voraus, daß Regierung und Volksvertretung aufrichtig und wahr mit einander verfahren; daß man mit voller Offenheit im Einzelnen sich darüber verständigt, welche Erleichterungen für die Bundesstaaten durch die Mehreinnahmen im Reiche erzielt werden sollen. Es kann durch die Steuergesetze selbst dafür gesorgt werden, daß die höheren Erträge der Reichssteuern den Einzelstaaten nach einem gewissen, den Verhältnissen und dringlichen Reformen entsprechenden Theile zu Gute kommen. In allen diesen Dingen ist die Verständigung leicht, wenn man den ernsten Willen hat, sich mit der Staatsregierung zu verständigen.“

Der jetzige Finanzminister Hobrecht hat sich bei der Vorlegung des neuen Staatshaushaltsetats erneut und entschieden zu dem wiederholt bezeichneten Ziele der nationalen Wirthschaftsreform, bekannt:

„Ich halte dieses Ziel fest sagte er, und ich glaube, daß die ganze Entwickelung unserer Verhätnisse dahin weist, in einer Ausbildung der dem Reich überwiesenen Zölle und Verbrauchssteuern die Hülfsmittel zu suchen, um den nicht blos in Preußen, sondern auch in anderen Bundesstaaten hervorgetretenen Schwierigkeiten in der Finanzlage zu begegnen, und um uns in den Stand zu setzen, im Interesse der Kommunalverbände Steuerreformen herbeizuführen. — —

Hier tritt zu der großen Schwierigkeit, die in der sachlichen Verschiedenheit der Meinungen besteht, auch noch die formelle hinzu, daß wir es mit zwei verschiedenen Vertretungskörpern zu thun haben, dem einen, der das Maß des Bedürfnisses feststellen, und dem andern, der die Mittel der Abhülfe gewähren soll; dem einen, der zu bewilligen, dem andern, der sein volles Recht der Mitwirkung an der Verwendung zu beanspruchen hat.

Aber ich habe die Ueberzeugung, daß es Ihnen nicht schwer werden wird, diese formale Schwierigkeit durch Ihre Beschlüsse zu beseitigen, die Brücke zu bauen zwischen den betheiligten Körperschaften und die Entschließung der Reichsinstanz in einer wirksamen Weise vorzubereiten."

Mögen die bevorstehenden Berathungen diese Hoffnung bestätigen! Dieselben können der Natur der Sache nach nur vorläufige, nur eben vorbereitende sein, aber sie werden unzweifelhaft von Einfluß und Gewicht für die schließlichen positiven Gestaltungen sein, in dem Maße, in welchem der Geist einer ernst praktischen Politik dabei zur Geltung gelangt. An dem Willen der Regierung, die Verständigung zu fördern, wird es nicht fehlen.

---

12. Februar. Thronrede Se. Majestät des Kaisers bei der Eröffnung des Reichstags.

Indem Ich Sie willkommen heiße, drängt es Mich, auch von dieser Stelle Meinen Dank für Gottes Gnade zu wiederholen, die Mich in Gefahr beschirmt und von schweren Leiden geheilt hat. Ich spreche zugleich Meinem Sohne, dem Kronprinzen, nochmals Meine Anerkennung seiner Führung der Regierungsgeschäfte aus und danke Ihnen, geehrte Herren, für die Unterstützung, welche Sie den verbündeten Regierungen gewährt haben, um im Wege des Gesetzes einer gegen die Grundlagen unseres staatlichen und Kultur-Lebens gerichteten Agitation Einhalt zu thun. Ich darf demnach auch für die Zukunft in gleichem Maße auf Ihre Mitwirkung rechnen, soweit die Heilung unserer sozialen Schäden sich als unvollendet erweisen sollte.

Die verbündeten Regierungen berathen über die Mittel, welche die Gesetzgebung zu gewähren vermag, um Uebelstände, unter denen wir auf wirthschaftlichem Gebiete leiden, zu heben oder zu mindern.

Die Vorschläge, welche ich meinen Bundesgenossen theils gemacht habe, theils zu machen beabsichtige, haben zunächst den Zweck, durch Beschaffung neuer Einnahme-Quellen für das Reich die einzelnen Regierungen in den Stand zu setzen, daß sie auf Forterhebung derjenigen Steuern zu verzichten vermögen, welche sie und ihre Landesvertretungen als die am schwersten aufzubringenden erkennen. Zugleich bin ich der Meinung, daß unsere wirthschaftliche Thätigkeit in ihrem gesammten Umfange auf diejenige Unterstützung vollen Anspruch hat, welche die Gesetzgebung über Steuern und Zölle ihr zu gewähren vermag, und in den Ländern, mit denen wir verkehren, vielleicht über das Bedürfniß hinaus

gewährt. Ich halte es für meine Pflicht, dahin zu wirken, daß wenigstens der deutsche Markt der nationalen Produktion insoweit erhalten werde, als dies mit unseren Gesammt-Interessen verträglich ist, und daß demgemäß unsere Zollgesetzgebung den bewährten Grundsätzen wiederum näher trete, auf welchen die gedeihliche Wirksamkeit des Zollvereins fast ein halbes Jahrhundert beruht hat, und welche in unserer Handelspolitik seit dem Jahre 1865 in wesentlichen Theilen verlassen worden sind. Ich vermag nicht zu erkennen, daß thatsächliche Erfolge dieser Wendung unserer Zollpolitik zur Seite gestanden haben. Die Vorlagen in der angedeuteten Richtung werden insoweit und sobald die Einigung der verbündeten Regierungen über dieselben stattgefunden haben wird, Ihrer Beschlußnahme unterbreitet werden.

Die Ungewißheit, in welcher die Schlußbestimmung von Artikel V des Prager Friedens von 1866 die Zukunft der Einwohner der nördlichen Distrikte von Schleswig erhielt, hat Mich, nachdem die Lösung dieser Frage in wiederholten Unterhandlungen mit Dänemark nicht gelungen war, veranlaßt, mit Seiner Majestät, dem Kaiser von Oesterreich und König von Ungarn in Verhandlung über eine Abänderung jenes Artikels zu treten. Den gegenseitigen freundschaftlichen Beziehungen beider Reiche entsprechend, ist eine Vereinbarung beider Höfe in dem gewünschten Sinne zu Stande gekommen und am 11. Januar d. J. ratifizirt worden, deren Wortlaut zu Ihrer Kenntniß mitgetheilt werden wird.

Die Steuerreform im Reiche und die Entlastung der Einzelstaaten.

(„Provinzial-Correspondenz“ vom 12. Februar.)

Die soeben beginnende wichtige Berathung im Abgeordnetenhause wird, wenn sich die bisherigen Erwartungen erfüllen, dazu dienen, „die Brücke zu bauen“ zwischen den speziell preußischen und den Reichsinteressen, um die Entschließungen im Reiche über eine wirksame Finanz- und Steuerreform vorzubereiten.

Die Berathung knüpft sich an den von der Budget-Kommission erstatteten allgemeinen Bericht über die Finanzlage Preußens. Die Erörterungen, welche über den gesammten Staatshaushalt zugleich in seinem Zusammenhange mit den Reichsfinanzen gepflogen worden sind, haben schließlich zu der Annahme mehrerer Resolutionen geführt, welche 1. auf Ersparnisse bei den laufenden Ausgaben der Staatsverwaltung, 2. auf die Einschränkung kostbarer Neubauten, 3. auf die Vermeidung des Ankaufs von Eisenbahnen seitens des Staats gerichtet sind, ferner 4. auf eine Abänderung des Gesetzes über die Klassen- und Einkommensteuer, um zu ermöglichen, daß jährlich soviel an Klassen- und Einkommensteuer in Ansatz gebracht werde, als zur jedesmaligen Deckung des Ausgabebedarfs erforderlich ist, 5. auf eine Erklärung, daß die im Interesse des Deutschen Reiches und Preußens angestrebte Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reichs nur dann im preußischen Staatsinteresse liege, wenn die volle Gewähr dafür gegeben wird, daß der hierdurch, sei es durch Herabminderung der Matrikularbeiträge unter den im Etat von 1879/80 vorgesehenen Satz, sei es durch direkte Ueberweisung verfügbarer Einnahmen vom Reich, für Preußen disponibel werdende Betrag, insoweit über denselben nicht mit Zu-

stimmung der Landesvertretung im Etat eine anderweitige Verfügung getroffen ist, jährlich unverkürzt zur Herabminderung der Klassen- und klassifizirten Einkommensteuer verwendet werde.

Den Erwägungen in der Kommission, welche zu diesem Ergebnisse geführt hatten, lagen Anträge des Vorsitzenden und des Berichterstatters zu Grunde. Der erstere ging dabei von folgenden allgemeinen Gesichtspunkten in Bezug auf den Zusammenhang der Finanzlage Preußens und des Reiches aus:

„Die Finanzverwaltungen der Einzelstaaten des Deutschen Reiches befinden sich sämmtlich mehr oder weniger im Nothstande. Die Steigerung der Einnahmen hat seit Begründung des Reiches mit der Vermehrung der dauernden Ausgaben nicht Schritt gehalten. Während die letzteren seit 1871 im Reiche um mehr als 100 Millionen Mark, die regelmäßigen Einnahmen nur um 20 Millionen gestiegen sind, hat im preußischen Staate in demselben Zeitraume die Erhöhung der Staatsverwaltungsausgaben gegen 70 Millionen, die Vermehrung der regelmäßigen Einnahmen nur 20 Millionen Mark betragen.

Im Reiche, wie im preußischen Staate erfolgte die Vermehrung der Ausgaben stetig und von Jahr zu Jahr. Was die Einnahmen betrifft, so blieben sie im Reiche nach einem die Schätzung weit übersteigenden Ergebnisse unmittelbar nach dem Kriege, in den folgenden Jahren mehr oder weniger unverändert, während im preußischen Haushalte der Höhepunkt der Einnahmen in die Jahre 1872 bis 1874 fällt und von da ab allmälig zurückgeht. Im Reiche trat daher die finanzielle Bedrängniß früher ein, wie im preußischen Staate. Während das erstere seit 4 Jahren seine Reserven zu Hülfe nehmen und schließlich zu einer Wiedererhöhung der Matrikularumlagen sich entschließen mußte, ist das Defizit im preußischen Haushalte erst im laufenden Jahre, im verstärkten Maße für das bevorstehende Etatsjahr eingetreten.

Dieses Defizit darf nach der Lage und Entwickelung der preußischen Finanzen als ein in nächstliegender Zeit vorübergehendes nicht angesehen werden.

Die eingehenden Berathungen der Budgetkommission haben dargethan, daß an dem Ausgabeetat zur Zeit nennenswerthe Abstriche nicht zu machen sind. Die wichtigsten Einnahmequellen befinden sich nicht in aufsteigender Linie.

Es wird die Aufgabe der Staatsverwaltung sein, in Zukunft der weiteren Vermehrung der dauernden Ausgaben Schranken zu setzen, auf Ersparnisse, zumal durch Verminderung des Beamtenpersonals, ernstlich Bedacht zu nehmen. Auf der anderen Seite ist zu hoffen, daß die Erträgnisse unserer Betriebsverwaltungen im Laufe der Jahre sich wieder günstiger gestalten, daß bei weiterer kräftiger Förderung der produktiven Anlagen im Lande der nationale Wohlstand und damit die Finanzeinnahmen sich wieder heben werden.

Aber auch bei der vorsichtigsten und glücklichsten Finanzleitung wird hiervon die ausgleichende Wirkung erst allmälig und in einer längeren Reihe von Jahren eintreten, während es inzwischen auch an Veranlassungen zu Mehrausgaben nicht fehlen wird, welche auf wichtigen Gebieten der inneren Verwaltung bereits angekündigt sind und über kurz und lang sich als unvermeidlich erweisen werden.

Einer soweit aussehenden Zukunft gegenüber die Bedürfnisse unseres Staatshaushaltes noch längere Jahre auf die Anleihe zu verweisen, eine Wirthschaft mit Schulden zu führen, entspricht nicht den Ueberlieferungen unseres Staatswesens, und gewiß auch nicht der Meinung unserer Bevölkerung.

Die Abhülfe kann bis zur Wiederkehr besserer Zeiten für unsere Betriebsverwaltungen nur auf steuerlichem Gebiete gefunden werden. Als das zunächstliegende Mittel zur Beseitigung der Verlegenheiten in den Einzelstaaten bietet sich die Ermäßigung oder Beseitigung der Matrikularbeiträge dar, die Einschränkung der thatsächlichen Erhebung der Matrikularumlagen durch Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reichs. Die Forderung ist unter ähnlichen

Verhältnissen schon im Norddeutschen Bunde gestellt; die Entwickelung unserer Finanzlage, die Wiedererhöhung der Matrikularbeiträge in den letzten Jahren hat darauf zurückgeführt.

Ueber den Satz selbst, „daß die Vermehrung der eigenen Reichseinnahmen im Interesse des Reichs und der Einzelstaaten liege," bestand dabei zwischen der Regierung und den Landesvertretungen anscheinend kaum ein Zwiespalt. Eine maßvolle Vermehrung der indirekten Steuern, um die Matrikularumlagen einzuschränken und die sonst als nothwendig erkannten Mehrbedürfnisse des Reichs zu decken, würde an sich voraussichtlich die Zustimmung der Mehrheit des letzten Reichstags gefunden haben. Nur über die Grundsätze der Durchführung, die zu wählenden Steuerobjekte, und die Vorbehalte, welche im Interesse der Steuerzahler und im Interesse der einheitlichen Verbindung der Reichs- und Landes-Finanzverwaltung zu machen waren, gingen die Ansichten auseinander. — — —

Im Hinblick auf die Vorgänge im Reiche und auf die unabweisbare Nothwendigkeit der Ordnung unserer Finanzlage ist eine fundamentale Reform der direkten Steuern im preußischen Staate dringend geboten, sie erscheint geboten im Interesse des Reiches, im Interesse der Finanzverwaltung der Einzelstaaten und im Interesse der Steuerzahler. — —

Den großen Schwankungen gegenüber, welchen die Ergebnisse der Betriebsverwaltungen im preußischen Staate unterliegen, folgt mit Nothwendigkeit, daß der auf Steuern beruhende Einnahmeetat unseres Landes eines beweglichen Momentes bedarf.

Diese Forderung ist um so berechtigter und unabweisbarer, als auch die Möglichkeit nicht ausgeschlossen ist, daß die im Reiche dauernd bewilligten indirekten Steuern zu Erträgen führen, welche den völligen Erlaß der Matrikularumlagen oder selbst über das Maß derselben hinaus noch eine Vertheilung an die Einzelstaaten gestatten. Schon mit Rücksicht auf diese Möglichkeit, welche um so näher liegt, je umfassender die Reformpläne im Reiche zur Durchführung gelangen, dürfte sich nur eine Minderzahl preußischer Mitglieder im Reichstage finden, welche ohne eine sichere Aussicht auf die Einführung quotisirter (je nach dem Bedarf zu bestimmenden) Personalsteuern in Preußen zur Vermehrung der indirekten Steuern ihre Zustimmung geben werden."

Bei der Berathung der Anträge in der Kommission gab der Finanzminister Hobrecht eine Erklärung folgenden wesentlichen Inhalts ab:

„Die Staatsregierung habe den dringenden Wunsch, mit dem preußischen Landtage eine Vereinbarung über die in Preußen festzustellenden Vorbedingungen einer Reichsfinanzreform zu treffen. Er könne in den zunächst gestellten Anträgen jedoch die geeignete Grundlage für eine wirksame Vereinbarung nicht erkennen. Zur Erfüllung des in den Anträgen gemachten Vorschlages sei eine Umgestaltung der Klassen- und Einkommensteuer durch Gesetz nothwendig und an die Berathung eines solchen Gesetzes könne man ernstlich nur herantreten, wenn die zu einer dauernden Herabminderung dieser Steuer erforderlichen Mittel gesichert wären. Im gegenwärtigen Augenblicke könne sich das Verlangen der Landesvertretung nur darauf richten, Sicherheit dafür zu erhalten, daß die aus neuen Bewilligungen im Reiche für Preußen sich ergebenden Ueberschüsse zu entsprechenden Erlassen an den direkten Steuern, namentlich an der für das betreffende Jahr veranlagten Klassen- und Einkommensteuer verwendet werden müßten, soweit über dieselben nicht mit Zustimmung der Landesvertretung behufs der Deckung der Staatsausgaben Verfügung getroffen werde. Eine Vereinbarung auf dieser Grundlage und in diesem Umfange entspreche auch den Motiven in ihrem letzten Theile, insoweit darin verlangt werde, daß der Volksvertretung die Mitwirkung bei der Disposition über den Mehrbetrag an Steuern insbesondere zum Zwecke der Erleichterung bei den direkten Abgaben nicht vorenthalten werden solle. Sollte das Abgeordnetenhaus eine Zusicherung in diesem Sinne fordern, so wolle er persönlich dafür eintreten, daß eine solche Seitens der Königlichen Staatsregierung ertheilt werde."

In Folge der Erklärungen des Finanzministers nahm die Kommission statt der ursprünglich gestellten Anträge die oben mitgetheilte Resolution an, welche voraussichtlich „die Brücke" zur Verständigung über die Wahrung der preußischen Budgetinteressen gegenüber der Finanzreform im Reiche bilden wird.

Fürst Bismarck und die bisherige Handelspolitik.

21. Februar. Rede des Fürsten Bismarck bei der ersten Berathung der Handelsverträge mit Oesterreich im Reichstage.

[Fürst Bismarck und der französische Handelsvertrag von 1862; — unsere Beziehungen zu Frankreich; — Fürst Bismarck und Minister Delbrück; — die neue Wendung in der Handelspolitik.]

(Nach dem Abgeordn. Richter.)

Ich rechne auf die Zustimmung des Hauses, wenn ich von der Tonart, in der dieser Abgeordnete die Gewohnheit hat, von mir zu sprechen, gänzlich absehe.

Er hat mich im Widerspruch mit mir selber darzustellen versucht, dadurch, daß er mir die Verantwortlichkeit für den französischen Vertrag von 1862 zuschrieb, mit dessen Grundsätzen meine jetzige Politik in Widerspruch tritt.

Meine Herren, wenn ich in Widerspruch mit mir selber zu treten hätte, so würde ich es für mein eigenes Ansehen außerordentlich beklagen; wenn ich aber sehe, daß es im Dienste des Landes nothwendig ist, würde ich keinen Augenblick anstehen, den Weg, den ich für irrthümlich erkenne, zurückzugehen, meinen Irrthum offen einzugestehen und entweder Anderen, die es besser verstehen, Platz zu machen, oder, wenn es von mir verlangt würde, selbst die Sache besser zu machen, als früher. Ich will vom Besseren und Schlechteren hier aber nicht sprechen. Der Herr Abgeordnete hat die Worte der Thronrede angeführt, für welche ich mit voller Verantworlichkeit eintrete, und in der die Thatsache zitirt worden ist, daß der damals eingeleiteten Politik praktische Erfolge nicht zur Seite stehen, ich glaube, milder kann man sich nicht ausdrücken. Die Thatsache, daß ihr solche nicht zur Seite stehen, kann von andern Gründen herrühren, eine Thatsache ist es aber. In Allem, was ich gleich sagen werde, fällt es mir nicht ein, meine Verantwortlichkeit auch da, wo sie formell ganz und voll eintritt, voll zu übernehmen und wenn der Weg, auf dem ich, wenn ich ganz allein, die Politik geführt hätte, ein irrthümlicher war, würde ich diesen Irrthum bekennen und bitten, mir zu helfen, ihn gut zu machen. Aber der Herr Abgeordnete Richter hat sorgfältig das Datum des französischen Handelsvertrages verschwiegen. Er hat das Datum meines ersten Erscheinens ganz genau genannt, er wird gewiß einen Blick in die Gesetzsammlung geworfen haben, wo der französische Handelsvertrag unter dem Datum des 2. August 1862 als vollständig abgeschlossen und unterzeichnet von meinem Vorgänger, dem Grafen Bernstorff, dem Fürsten Latour, dem Freiherrn von Pommer-Esche und dem Herrn Leclerc — von französischer Seite vollständig fertig vor meiner Zeit vorlag. Ich war in der Zeit nicht einmal in Paris Gesandter, sondern in Peters-

burg. Mit diesem Datum, 2. August 1862, befindet sich der Vertrag in der Gesetzsammlung und ich bin erst Ende September überhaupt, Minister geworden und nach den Einrichtungen des preußischen Ministerium ist es nicht Beruf des auswärtigen Ministers überhaupt, auch nicht in ganz ruhigen und regulären Zeiten, von Hause aus sich mit Handelsverträgen zu beschäftigen und Einfluß auf Tarifpositionen zu üben.

Ich selbst habe bei meinem Eintritt in den inneren Dienst im Jahre 1862 Ende September eine lediglich politische Aufgabe gehabt, eine Aufgabe, die mir wenig Zeit ließ, mich um einzelne Positionen eines Tarifs zu bekümmern. Wenn ich aber nach dem Maßstabe dieser Aufgabe meine Stellung zu dem damaligen Handelsvertrage erwäge, so finde ich, daß ich, als ich Minister wurde, die Erbschaft übernahm des Kampfes mit Oesterreich um die Hegemonie in Deutschland auf civilem und friedlichem Gebiete; daneben eine mäßige Verstimmung mit Rußland und die einzige Macht, mit der wir uns verhältnißmäßig gut standen, war Frankreich. In Bezug auf Rußland brachte ich meinerseits persönlich bessere Traditionen mit, und in der Zeit als ich ziemlich einsam — ich kann wohl sagen, einer Welt von Zorn und Haß gegenüberstand, habe ich mein Ziel nicht aus den Augen verloren, sondern zuerst diese Beziehungen zu Rußland befestigt durch den Vertrag gegen den polnischen Aufruhr, den die Herren Gesinnungsgenossen des Abg. Richter damals unter dem Namen „Seeschlange" auf das Heftigste bekämpften, wie sie überhaupt durch Parteinahme für die polnische Revolution, mit der sie wohl jetzt nicht mehr in derselben Beziehung stehen, mir das Leben nach Möglichkeit schwer machten.

Eine zweite Frage war für mich, im Hinblick auf die Aufgabe, über die ich mir bei Eintritt in den Ministerialdienst vollständig klar war, die Auseinandersetzung mit Oesterreich um die Hegemonie in Deutschland, war die Beziehung zu Frankreich; die war günstig in Folge dieses Handelsvertrages. Es war vorauszusehen, daß wir zur Verfallzeit einen starken Kampf zu bestehen haben würden über die Frage, ob der sogenannte großdeutsche Zollverein eingeführt werden, ob es Oesterreich gelingen sollte, unsern preußischen Zollverein zu sprengen oder nicht und zur Vertheidigung unserer Interessen in dieser Frage fand ich diesen Handelsvertrag als eines der wesentlichsten Werkzeuge und Waffen vor. Gesetzten Falls, ich hätte damals, was mir gar nicht eingefallen ist, Tarifpositionen geprüft und mir eine Stellung beigelegt in Bezug auf die Handels- und Wirthschaftspolitik und ich wäre zu der Ueberzeugung gekommen, die ich jetzt habe, daß dieser Weg nicht richtig sei, — war damals von mir zu erwarten, daß ich meine ganze politische Aufgabe im ersten Entstehen tödten würde, indem ich Frankreich gegenüber einen einfachen Vertragsbruch vornahm? — dennn anders konnte ich diesen Vertrag nicht ändern. Gewiß nicht! ich hatte allen Grund, dieses gute Einvernehmen zu erhalten. Es ist mir das gelungen, nicht blos in der kurzen Zeit, in der ich in Paris Gesandter war, persönlich, sondern auch in den recht schwierigen Zeiten durch die polnische Krisis hindurch, in der Frankreich uns gegenüber stand, doch die Beziehungen, und nicht am wenigsten an der Hand dieses Handelsvertrages so zu pflegen, daß

wir schon in der dänischen Frage eine freundliche Haltung von Frankreich uns zur Seite hatten, die den Velleitäten anderer Mächte, uns den Kampf mit Dänemark nicht allein ausfechten zu lassen, von Hause aus den Boden entzog. Ja, noch mehr, in dem weiteren Kampfe, der 1865 mit Oesterreich drohte und 1866 ausbrach, wäre ganz gewiß die Zurückhaltung Frankreichs nicht bis zu dem Zeitpunkt fortgesetzt worden, bis zu dem sie sich in der That glücklicher Weise für uns fortgesetzt hat, wenn ich nicht die Beziehungen zu Frankreich in jeder mir möglichen Weise gepflegt hätte; dadurch entstand eine wohlwollende Beziehung mit dem Kaiser Napoleon, der seinerseits lieber mit Preußen Verträge hatte, wie mit anderen, aber allerdings nicht darauf rechnete, daß der Krieg 1866 den Verlauf nehmen würde, den er nahm. Er rechnete darauf, daß wir geschlagen würden und daß er uns dann mit Wohlwollen, aber nicht ganz ohne Entgelt schützen würde. Aber es ist meiner Ansicht nach politisch ein Glück, daß er bis zu der Schlacht von Sadowa, bis zu der Enttäuschung über die gegenseitige militairische Stärke uns wohlgesinnt und mir persönlich namentlich wohlgesinnt blieb.

Nun hat der Herr Abg. Richter nachzuweisen gesucht, ungefähr, wenn ich es in einem seiner Tonart mich annähernden Jargon ausdrücken wollte, daß ich so dumm, wie ich mich damals stellte, doch nicht gewesen wäre, denn ich hätte gleich im Anfang eine Rede gehalten, im Herrenhaus Anfangs Oktober 1862, die offenbar zeigte, daß ich wirthschaftliche Tendenzen schon damals in diesem Sinne verfolgte. Meine Herren, ich würde stolz darauf sein, wenn ich damals schon wirthschaftliche Tendenzen überhaupt gehabt hätte. Ich muß zu meiner Schande eingestehen, daß ich sie noch nicht hatte. . . . . . Ich will nur die Thatsache klarstellen, daß der Herr Abg. Richter aus Allem, was ich etwa bis zur Herstellung des Norddeutschen Bundes gethan habe, bis ich Bundeskanzler wurde, daß er daraus gar keine Verantwortlichkeit für das System, von dem ich annehme, daß es sich nicht bewährt hat, für mich ableiten kann.

Die weitere Zeit — da bin ich weit entfernt, zu bestreiten, daß die formale Verantwortung auf mir lastet und auf mir ganz ausschließlich. Ich wäre ja berechtigt gewesen, die Politik, die der damalige Herr Präsident des Reichskanzler-Amts (Delbrück) trieb, zu durchschneiden, wenn ich wirklich überzeugt gewesen wäre, daß sie nachtheilig für unser wirthschaftliches Leben wäre. Es hätte das wahrscheinlich zu einem vorzeitigen Ausscheiden des Herrn Präsidenten aus dem Reichskanzler-Amt geführt, aber meine formale Berechtigung dazu war ja ganz unzweifelhaft. Wenn ich aber für eine Aufgabe, wie die Konsolidirung des Deutschen Reiches in seinen ersten Anfängen oder des Norddeutschen Bundes als Vorakt zum Deutschen Reiche, um die Mitwirkung eines Staatsmannes von der Bedeutung in seinem Gebiete, wie Herr Delbrück es ist, mich bewarb und sie erhielt, so liegt doch ganz klar und wir brauchen uns darüber in kein Silbenstechen einzulassen, ich bin auch nicht unbescheiden genug, um das zu bestreiten, daß ich damit nicht die Prätension verbinden konnte, daß der Herr Präsident Delbrück die wirthschaftlichen Geschäfte, in denen er die erste Autorität in ganz Deutschland war, nach meiner Leitung und meiner Anweisung führen sollte, sondern es war natürlich cum grano

salis gegeben, daß ich, wie es auch in der That der Fall war, vertrauensvoll mich seiner Führung überließ, und ich bin auch weit entfernt zu sagen, daß ich dieses Vertrauen bereue. Die mächtige Hülfe, welche die Mitwirkung einer Kraft, wie die des Herrn Delbrück, der ersten Einrichtung des Reichs gewährt hat, war durch nichts Anderes zu ersetzen. Wir hatten keinen Mann von seiner Bedeutung. Ich habe meinerseits mich damals in eine Beurtheilung wirthschaftlicher Fragen nicht eingelassen, sondern ich habe die bedeutendsten Leute und Staatsmänner, die mir ihre Hülfe gewähren wollten, zu werben gesucht, um dieses Werk, was ich übernommen hatte, mit mir in Gemeinschaft durchzuführen. Es ist ja ganz zweifellos, daß ich mitunter in wirthschaftlichen Fragen nicht der Ansicht des damaligen Herrn Präsidenten gewesen bin, und wenn mir die Verständigung darüber nicht gelungen ist, ich weiß nicht, wie die Fälle sich erledigt haben, ich vermuthe, daß in den meisten Fällen ich nachgegeben haben werde, weil ich politisch und an meiner Meinung gern Opfer brachte, um diese so ungewöhnlich bedeutende Mitwirkung der Sache, der ich diente, zu erhalten.

Daß meine Meinung, wenn ich schließlich ganz auf mich selbst gestellt bin, eine andere ist wie die, der ich bis dahin gefolgt war, ja das schäme ich mich in keiner Weise zu bekennen. Ich habe früher die Ansicht nicht ganz getheilt, bin aber der Autorität gefolgt, weil ich nicht glaubte, meine Ansicht durchsetzen zu müssen in allen Dingen, die ich nicht verstehe. — Ich weiß nicht, wie weit, wenn die Verhandlungen über unsere Tarifreform kommen, meine Meinungen und die des Herrn Delbrück auseinandergehen; aber sie mögen so weit auseinandergehen sachlich, wie sie wollen, die Differenzen werden niemals hindern, daß ich mich der großen Aufgaben, an denen wir gemeinsam und mit Erfolg gearbeitet haben, der mächtigen Unterstützung, die dabei Deutschland dem Herrn Abg. Delbrück zu danken hat, jeder Zeit mit Achtung und Wohlwollen erinnere.

Ich bin als Kanzler, allein gelassen, verpflichtet, meine Meinung zu haben, nicht bloß berechtigt, ich bin verpflichtet, nach meiner Meinung zu handeln; ich bin genöthigt gewesen, den Sachen näher zu treten, über die wir verhandeln, ich habe meine Ueberzeugung inzwischen vollständig festgestellt und werde darnach handeln, auch wenn ich einen sofortigen Erfolg nicht finden sollte; ich werde dann denselben Weg von Neuem versuchen, wenn ich in meinem Amte bleibe, was ich ja nicht weiß.

Wenn aber der Herr Abg. Richter mir vorgehalten hat, es sei mein Ideal gewesen, den Zolltarif auf wenige Finanzzölle zurückzuführen, — ja, so ist das ganz richtig, das ist das sogenannte englische System. Ich habe es befürwortet, aber sagen Sie selbst, meine Herren, habe ich darin bei irgend Jemand Gegenliebe gefunden, ist mir darin irgend Jemand nur einen Finger breit entgegen gekommen? Ist nicht der erste Versuch mit dem Tabak ..... (Zuruf: Monopol!) — ja, meine Herren, ich bin heute noch für das Monopol — mit dem Tabak dieses System einzuleiten, ist er nicht mit einer Unfreundlichkeit aufgenommen, die mir ganz neu war, in den Fraktionen, mit denen ich früher in Beziehung gestanden habe? Der Minister Camphausen ist darüber zurückgetreten, wie er

1879.

mir persönlich gesagt hat, ich berufe mich auf sein Zeugniß wegen der „Abschlachtung“ — es war sein Ausdruck — die hier öffentlich von der Partei der Nationalliberalen und des Fortschritts mit ihm vorgenommen sei.

Ich muß sagen, daß dieser Versuch von mir ganz ehrlich gemacht worden ist, und daß mein ganzes Bestreben rein auf sachlichem Gebiet eine unfreundliche Erwiderung gefunden hat, die ich mir eigentlich nur aus politischen Gründen erklären kann. Ich weiß nicht, was man für Motive hat, daß man die wirthschaftlichen Gebiete so mit den politischen kombinirt.

Ich habe in diesen Sachen im Hause und außer dem Hause erleben müssen, daß ein großer Theil der Angriffe, die der Sache gelten sollten, sich gegen meine Person zuspitzen. Es ist das Bedürfniß, mich als einen dilettantischen, wie sie sich ausdrücken, genialen — — — nun, ich verstehe den Ausdruck, auf der Universität würde man wissen, was darauf folgt, wenn man einen genial nennt. — Nun, meine Herren, ein Vierteljahrhundert lang habe ich an der Vorbereitung und dem Aufbau des Deutschen Reichs gearbeitet und 17 Jahre sehen Sie mich nun als Minister vor der Oeffentlichkeit. Ich bin, ehe ich überhaupt in das Amt trat, in derselben Weise beurtheilt worden in Bezug auf jede politische Befähigung, wie ich jetzt beurtheilt werde in Bezug auf mein Recht, ich möchte sagen meine Pflicht, in wirthschaftlichen Dingen mitzureden. — — — Noch als ich Minister war, erinnere ich mich, daß in den damaligen liberalen Blättern die Wendung stand: wie kann man nur „diesem Menschen“ — und nun folgt eine Charakteristik von mir — die erste Stelle in Deutschland anvertrauen! Ich weiß nicht, ob ich mich aus der Versehung dieser ersten Stelle in Deutschland, die nachgerade 17 Jahre in meinen Händen ist, länger als jemals ein Minister in konstitutioneller Zeit der Oeffentlichkeit und allen Stichen und Kritiken derselben gegenüber gestanden hat — ob die zur Zufriedenheit erfüllt worden ist, ob in dem absprechenden und wegwerfendem Urtheile über mich der Abg. Richter Recht bekommt vor der Mit- und Nachwelt, oder ob mir zuerkannt wird, daß ich, nachdem ich 17 Jahre lang an der Spitze der Gesammtgeschäfte stehe, auch ein Recht zu einer Meinung über wirthschaftliche Fragen habe, darüber erwarte ich getrost das Urtheil meiner Mitbürger, — ich will von Nachwelt nicht sprechen, das ist mir zu pathetisch. —

Ich sehe voraus, daß über diese Fragen große tiefgreifende Kämpfe der wirthschaftlichen Interessen der Freihändler, der Seestädte, wie der Herr Vorredner sie vertritt, um berechtigte Interessen gegenüber der Industrie, vielleicht auch gegenüber der Landwirthschaft stattfinden werden. Das ist ganz unvermeidlich. Ein Kampf kündet sich im Militär an durch Artillerie. Um Jedermann zu benachrichtigen, ist das vielleicht nützlich. Nehmen Sie die Art, wie ich prozedirt habe, als Signalschüsse, aber nehmen Sie sie noch nicht als einen Kampf. Der Kampf wird uns Jahre hindurch beschäftigen, aber ich hoffe, er wird zum Heil, zum Glück, zur Wohlfahrt unseres Vaterlandes führen.

1879.

Die Aussichten der Finanz- und Zollreform.

(„Provinzial-Correspondenz“ vom 9. April.)

Der Reichstag hat so eben den ersten Theil seiner Session beschlossen. — Unmittelbar vor dem Eintritt einer längeren Ruhefrist sind die ersten Vorlagen in Betreff der Wirthschaftsreform an denselben gelangt, welche den Gegenstand der hochbedeutsamen Arbeiten des zweiten Theils der Session bilden sollen: die Vertretung des Deutschen Reichs tritt hiermit an die Lösung einer der höchsten Aufgaben heran, die ihr bisher gestellt waren, einer Aufgabe, welche mehr als irgend eine andere alle Kreise der Bevölkerung in ihren unmittelbarsten Interessen und in ihrer Wohlfahrt berührt.

In der Thronrede zur Eröffnung des Reichstages kündigte Se. Majestät der Kaiser diese bedeutendste Aufgabe der Session an.

Das Wesen und der leitende Gedanke der hiermit in Aussicht genommenen wirthschaftlichen Reform war in dem Schreiben des Reichskanzlers Fürsten von Bismarck an den Bundesrath vom 15. Dezember v. J. bestimmter bezeichnet worden.

Diese grundsätzliche Kundgebung des Kanzlers hat, wie es nicht fehlen konnte, eine mächtige und tiefgehende Bewegung nicht blos in allen politischen Kreisen, sondern unzweifelhaft auch im Volke selbst hervorgerufen. Die Bewegung und Aufregung steigerte sich theilweise bis zu einer gewissen Verwirrung des Parteiwesens, weil die Gegensätze, um die es sich bei den wirthschaftlichen Fragen und Interessen handelt, nicht in dem Rahmen der politischen Parteien aufgehen, von welchen das öffentliche Leben bisher beherrscht war, und weil die Parteiführung jener mächtig erregten Volksbewegung zum Theil rathlos gegenüberstand.

Bisher hatte es im Großen und Ganzen freilich als selbstverständlich gegolten, daß die Parteien des politischen Liberalismus auch in wirthschaftlichen Fragen den freihändlerischen Grundsätzen und Bestrebungen, dem vollsten und freiesten Gehenlassen alles wirthschaftlichen Verkehrs im Innern und mit dem Auslande, ohne jede einschränkende oder schützende Einwirkung der Staatsgewalt huldigten, während die konservativen Parteien auch auf dem wirthschaftlichen und gewerblichen Gebiete dem Staate das Recht und die Pflicht einer schützenden und pflegenden Fürsorge zuerkennen. Jenen Ueberlieferungen der liberalen Parteien entsprach es, daß die Absichten des Reichskanzlers, soweit sie sich als eine Abwendung von den bisherigen, entschieden freihändlerischen Bahnen ankündigten, zunächst den lebhaftesten Widerspruch der gesammten liberalen Parteipresse fanden, ein Widerspruch, der sich unter der Einwirkung anderer rein politischer Beziehungen und Erörterungen allmälig zu einer immer größeren Gereiztheit und Leidenschaftlichkeit steigerte.

Unter dem Eindrucke dieser tiefgehenden Verstimmungen trat der Reichstag im Februar zusammen, und es schien zunächst wenig Hoffnung vorhanden zu sein, daß über die Pläne des Kanzlers eine befriedigende Verständigung zu erreichen sein werde, namentlich daß eine größere Zahl der gemäßigten Liberalen, die bis dahin die Politik des Reichskanzlers in allen wichtigen Abschnitten unterstützt hatten, sich seinen Absichten in Bezug auf eine umfassende Zollreform anschließen würden. Es kam vielmehr im Reichstage zuerst eine kleinmüthige und mißtrauische Auffassung zur Geltung, welche sogar eine erneute Auflösung der Versammlung noch vor der Berathung der wirthschaftlichen Fragen als bevorstehend erachtete.

Inzwischen aber war im deutschen Volke selbst eine Bewegung entstanden, die von ganz entgegengesetzten Stimmungen ausging.

In fast allen Gegenden Deutschlands, in Preußen wie in Bayern, Sachsen, Württemberg u. s. w. zeigte sich in weiten Kreisen ein volles Verständniß und freudige Zustimmung in Bezug auf die Ziele, welchen der Kanzler einen für Jedermann verständlichen Ausdruck gegeben hatte. Aus allen Berufsklassen, von Vertretern der Industrie und der Landwirthschaft, die seit langer Zeit zum ersten Mal die Gemeinschaft ihrer Interessen fühlten und sich die Hand reichten, ge-

langten an den Fürsten Bismarck Kundgebungen des Dankes, welche Zeugniß davon ablegten, wie richtig er die Bedürfnisse und Wünsche der Volkskreise erfaßt hat und wie großes Vertrauen ihm für die Erfüllung seiner großen Aufgabe entgegengebracht wird.

Als ein erstes bedeutsames Ergebniß dieser Bewegung tritt zunächst hervor, daß es dem thatkräftigen Vorgehen und dem mächtigen Ansehen des Kanzlers gelungen ist, die bisherige Herrschaft unbedingt freihändlerischer Lehrmeinungen zu brechen, und damit der unbefangenen Erwägung der wirklichen Volksbedürfnisse freieren Raum zu schaffen.

Die Wirkung dieser Wandelung im öffentlichen Geiste mußte sich weiter auch auf die eigentlich politischen und parlamentarischen Kreise ausdehnen: in der That scheint in den Stimmungen und Aussichten in Bezug auf die wirthschaftlichen Pläne des Kanzlers auch im Reichstage eine erfreuliche Klärung und Wendung bereits eingetreten zu sein, — und von Tag zu Tag wächst die Hoffnung, daß außer den parlamentarischen Gruppen, welche von vornherein die Wirthschafts- und Zollreform auf ihre Fahne geschrieben hatten, auch ein beträchtlicher Theil gemäßigter Liberaler sich an dem wahrhaft nationalen und volksfreundlichen Reformwerke betheiligen werde.

(„Provinzial-Correspondenz" vom 23. April.)

Die wiederholt ausgesprochene Hoffnung, daß die Wirthschafts- und Zollreform, wie sie in ihren wesentlichen Zügen vom Reichskanzler angeregt und vorbereitet, sodann vom Bundesrathe in grundsätzlicher Uebereinstimmung mit dem Fürsten Bismarck gestaltet worden ist, schließlich auch die Zustimmung einer beträchtlichen Mehrheit des Reichstages (vorbehaltlich der Vereinbarung über die einzelnen Punkte) finden werde, beruht vor Allem auf der Erwägung und Zusammenfassung bestimmter Thatsachen und Kundgebungen, welche im Laufe der letzten Jahre auf dem Gebiete der wirthschaftlichen Politik hervorgetreten sind.

Die Nothwendigkeit und Dringlichkeit einer umfassenden wirthschaftlichen Reform ist in der That von den verschiedensten Gruppen der Reichsvertretung, mit alleiniger Ausnahme der Forschrittspartei, längst erkannt und verkündet worden, wenn auch die einzelnen Parteien mit mehr oder minder großer Lebhaftigkeit je für die eine oder andere Seite der umfassenden Reform eingetreten sind, welche der Reichskanzler seinerseits in ihrem ganzen inneren Zusammenhange und in ihrer allseitigen Bedeutung für die Gesammtwohlfahrt der deutschen Nation erfaßt und zur Lösung durch die Reichsgewalten gestellt hat.

Der Zusammenhang der bisher vereinzelt ins Auge gefaßten finanziellen und wirthschaftlichen Aufgaben ist in der That so unverkennbar, daß eine wirklich befriedigende und gerechte Lösung sich nicht auf ein Gebiet allein erstrecken kann.

Und darauf beruht auch die Zuversicht, daß die verschiedenen Gruppen, welche theils vom Standpunkte einer selbständigen nationalen Finanzpolitik, theils nach den Gesichtspunkten der unmittelbaren wirthschaftlichen Bedürfnisse des Volkes zunächst die eine oder die andere Seite der Reform betont und unterstützt haben, sich schließlich mit der Regierung verständigen werden, um das Werk der wirthschaftlichen Erneuerung in seinem vollen Zusammenhange aufzunehmen und durchzuführen.

Bei den öffentlichen Erörterungen über die Reformaufgaben steht neuerdings fast überall die Frage der Zollreform so ausschließlich im Vordergrunde, daß die früheren Vorgänge und Verhandlungen in Bezug auf die Vorbereitung einer Wirthschaftsreform, welche zunächst auf die Finanz- und Steuerreform hinzielte, fast wie vergessen erscheinen, obwohl die allgemeinen Gesichtspunkte, von denen der Kanzler damals ausging und welchen sich ein großer Theil der liberalen

Partei mehr und mehr anzuschließen schien, dieselben sind, welche auch den jetzigen Plänen der Regierung zu Grunde liegen.

Nicht erst von heute und gestern datiren die Verhandlungen über die Nothwendigkeit einer Reform der staatswirthschaftlichen Verhältnisse in Deutschland, nicht erst seit dem Dezember vorigen Jahres hat der Kanzler seine Auffassungen, Wünsche und Bestrebungen in dieser Beziehung zu erkennen gegeben. Wenn auch seine wirthschaftlichen Gedanken erst in neuerer Zeit eine allseitig feste Gestalt angenommen und in dem Schreiben vom 15. Dezember einen bestimmten klaren Ausdruck gefunden haben, so hatte er doch schon seit der Errichtung des Norddeutschen Bundes und noch bestimmter nach der Gründung des Deutschen Reiches seine Fürsorge für die Hebung des ökonomischen Gedeihens des nationalen Gemeinwesens wesentlich in derselben Gesammtrichtung und nach denselben Zielen bekundet, wie sie in den jetzigen Vorlagen in allseitigem Zusammenhange umfassender hervortreten.

Das Reich auf eigene Einnahmen zu stellen, statt vor den Thüren der Einzelstaaten Beiträge einsammeln zu müssen, — in einem eigenen gemeinsamen Finanzsystem ein kräftiges Bindemittel der nationalen Gemeinschaft zu finden, — das verkündete Fürst Bismarck je und je als die Aufgabe einer wohlerwogenen Reichspolitik, — und als seine praktischen Zielpunkte bezeichnete er: daß die Mittel, deren das Reich bedarf, so aufgebracht werden, wie es den Steuerzahlenden am bequemsten und am leichtesten ist. „Das Ideal, nach dem ich strebe, sagte er, ist möglichst ausschließlich durch indirekte Steuern den Staatsbedarf aufzubringen." Er richtete sein Augenmerk zunächst und vor Allem auf eine Anzahl von Verbrauchssteuern und sogenannten Finanzzöllen, von Gegenständen, deren massenhafter Verbrauch besonders reiche Erträge in Aussicht stelle, — in erster Linie auf den Tabak, „dessen Schwimmkraft" vielleicht andere Artikel mittragen werde.

Während der Kanzler diese Ziele von jeher offen und bestimmt verkündet hatte, durfte er sich in Bezug auf dieselben in den letzten Jahren zugleich einer gewissen grundsätzlichen Uebereinstimmung und Bereitwilligkeit der Mehrheit des Reichstages versichert halten.

Als Fürst Bismarck im Frühjahr 1877 sich zeitweilig von der Leitung der Geschäfte zurückzog und zu dauerndem Rücktritt entschlossen schien, da gab der Abgeordnete von Bennigsen in jener oft erwähnten bedeutsamen Rede nicht blos dem Vertrauen der Reichsvertretung zu dem Kanzler und der Ueberzeugung von seiner Unentbehrlichkeit für die Lösung der weiteren Aufgaben des Reiches überhaupt den stärksten und wärmsten Ausdruck, sondern als die dringendste dieser Aufgaben bezeichnete er die Regelung der finanziellen und wirthschaftlichen Fragen, welche Angesichts der Erörterungen über direkte und indirekte Steuern, Angesichts der Ueberlastung einzelner Kreise der Bevölkerung, sowie der Finanzschwierigkeiten der großen deutschen Bundesstaaten, brennend geworden seien. Herr von Bennigsen sprach damals die bestimmte Hoffnung aus, daß, wenn der Kanzler neu gekräftigt zu den Geschäften zurückkehre, jene Aufgaben in gemeinsamer Arbeit mit ihm gelöst werden würden.

Diese feierliche Kundgebung des Vertrauens und der Zuversicht des parlamentarischen Führers durfte Angesichts der klar vorliegenden Auffassungen und Zielpunkte des Kanzlers unzweifelhaft als eine Bürgschaft für die grundsätzliche Bereitwilligkeit zu gemeinsamem Vorgehen in jener Richtung gelten.

Wenn durch die Irrungen und Verstimmungen, welche sich im vorigen Jahre an die Berathung der damaligen Steuervorlagen knüpften, die Erfüllung jener Aussicht zunächst vereitelt wurde, so hat doch noch im Augenblick des Scheiterns der Abgeordnete von Bennigsen von Neuem die Ueberzeugung seiner Partei dahin ausgesprochen, daß die einzige Möglichkeit einer Lösung der Finanzschwierigkeiten der Einzelstaaten sei, wenn man „reiche Steuerquellen durch stärkere Anspannung der indirekten Steuern im Reiche eröffne" — „die Steuervorlagen müßten nach seiner und seiner Freunde Auffassung so groß

Summen bringen, daß damit wirklich Erleichterungen möglich seien in den einzelnen Staaten. Sie müßten die Matrikularbeiträge entweder ganz beseitigen oder zum großen Theile, im weiteren Verlaufe vielleicht sogar die Möglichkeit gewähren, an einzelne Staaten noch Summen abzuführen, was durchaus nicht eine extravagante Annahme sei."

Nur müsse sicher gestellt werden, daß die Mehreinnahmen im Reiche auch wirklich zu Erleichterungen in den Einzelstaaten durch Uebertragung von Steuern an die Kommunen oder durch jährliche Erleichterungen in den Personalsteuern benutzt werden, welche die Landesvertretungen für nöthig erachten.

Indem Fürst Bismarck nicht bezweifelte, daß diese von liberaler Seite gewünschte Sicherstellung auf dem Boden der Thatsachen ohne Schwierigkeit erfolgen würde, durfte er um so mehr an der Zuversicht festhalten, sich über die finanziellen Aufgaben selbst auf den erwähnten Grundlagen mit der Reichsvertretung zu verständigen. Durch die thatsächlichen Entwickelungen auf dem finanziellen und wirthschaftlichen Gebiete, durch die Regungen des öffentlichen Geistes, sowie endlich durch die Vorgänge auf dem sozialen Gebiete wurde er in der Ueberzeugung von der Richtigkeit seines Strebens und von der Nothwendigkeit einer energischen Verfolgung des Ziels weiter bestärkt.

Alsbald beim Wiederbeginn der parlamentarischen Arbeiten wurden Seitens der Regierung die Aufgaben der Finanz- und Wirthschaftsreform in dringendster Weise wieder aufgenommen und zunächst die preußische Landesvertretung aufgefordert, „die Brücke zu der schließlichen Lösung bauen zu helfen". Bei diesen Verhandlungen wies der Finanzminister von vornherein auf die im vorigen Jahre dargelegten Zielpunkte der Regierung hin.

„Ich halte dieses Ziel fest", sagte er, „und ich glaube, daß die ganze Entwickelung unserer Verhältnisse dahin weist, in einer Ausbildung der dem Reich überwiesenen Zölle und Verbrauchssteuern die Hülfsmittel zu suchen, um den nicht blos in Preußen, sondern auch in anderen Bundesstaaten hervorgetretenen Schwierigkeiten in der Finanzlage zu begegnen."

Die eingehenden Erörterungen in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses führten zu den bekannten Anträgen in dem Generalbericht, als deren Sinn und Absicht von dem der liberalen Partei angehörigen Berichterstatter ausdrücklich bezeichnet wurde, daß die Kommission es für ihre Pflicht gehalten habe, Seitens der preußischen Landesvertretung die Hindernisse der Finanzreform im Reiche zu beseitigen. Durch Annahme der Resolutionen werde das Haus nicht blos dem preußischen, sondern auch dem deutschen Vaterlande einen wesentlichen Dienst erweisen.

Durch die sodann im Hause selbst von dem Finanzminister auf Grund einer Allerhöchsten Ordre gegebenen Erklärungen über die Wahrung der Rechte der Landesvertretung wurde die Uebereinstimmung zwischen der Regierung und dem Hause noch bestimmter festgestellt und von der großen Mehrheit des Hauses durch die förmliche Kundgebung der „dankbaren Annahme der mit Allerhöchster Ermächtigung abgegebenen Erklärung der Regierung" besiegelt.

Die Bedenken vom Standpunkte des konstitutionellen Rechts gegen die beabsichtigte Vermehrung der Reichseinnahmen durften hiermit als beseitigt gelten, und es war von dieser Seite der Finanzreform im Reiche freie Bahn geschaffen.

Wie sollte nach diesen Vorgängen der Kanzler sich nicht Seitens der Reichstagsmehrheit und namentlich auch Seitens aller Derjenigen, welche mit ihm bisher an dem Ausbau und der selbständigen Befestigung des nationalen Gemeinwesens gearbeitet haben, eines bereitwilligen Entgegenkommens für die Lösung der wirthschaftlichen Reformaufgaben, zunächst mindestens für denjenigen wichtigen Theil seiner Pläne versichert halten, welchen er seit Jahren unter allmälig wachsender Zustimmung entwickelt und vorbereitet hatte.

Aber die Hoffnung auf die zu erwartende Unterstützung darf sich darüber hinaus auch auf den weiteren Theil der Wirthschaftsreform, auf die Verständigung über die Reform unseres Zollsystems richten, weil dieselbe einerseits im engsten Zusammenhange mit der Finanz- und Steuerreform steht, weil sie andererseits unter den obwaltenden wirthschaftlichen Verhältnissen Deutschlands und Angesichts der handelspolitischen Entwickelung anderer Staaten ein unabweisliches Erforderniß nationaler Politik geworden ist.

Glücklicher Weise sprechen die Anzeichen der Bewegung im deutschen Volke immer entschiedener dafür, daß die Bestrebungen des Kanzlers auch auf diesem Gebiete von günstigem Erfolge gekrönt sein werden.

(„Provinzial-Correspondenz" vom 30. April.)

Die Nothwendigkeit einer umfassenden Finanz- und Steuerreform ist, wie jüngst ausgeführt worden, von der Mehrheit des Reichstages und besonders auch von der gemäßigt liberalen Partei entschieden anerkannt worden: man war mit dem Reichskanzler grundsätzlich einig darüber, daß die Steuerreform, wie der Abgeordnete von Stauffenberg sagte, „eine nach einem umfassenden Plane angelegte, für eine geraume Zeit endgültige Gestaltung der dem Reiche zufließenden Steuern sein müsse, die den einzelnen Staaten gestattet, ihre Steuern systematisch zu reformiren, sie aufzuheben, wo sie veraltet sind, und neue Steuern, welche sie außerdem umlegen müßten, zu ersparen", — die Steuervorlagen müßten, wie der Abgeordnete von Bennigsen verlangt, aus den indirekten Steuern reiche Einnahmequellen eröffnen, um nicht blos die Matrikularbeiträge größtentheils oder gänzlich zu beseitigen, sondern auch noch Summen an die einzelnen Staaten abzuführen. Als Vorbedingung für die Reform im Reiche wurde gefordert, es müsse klar und gesichert erscheinen, daß die großen Mehreinnahmen im Reiche wirklich zu den Erleichterungen in den Einzelstaaten benutzt werden, welche die Landesvertretung in den einzelnen Ländern für nöthig erachte.

In Uebereinstimmung hiermit sagt der Reichskanzler in seinem Schreiben vom 15. Dezember:

„Jede Steigerung der indirekten Einnahmen des Reichs muß die nothwendige Folge haben, daß von den direkten Steuern oder von solchen indirekten Steuern, deren Erhebung von Staatswegen etwa aus besonderen Gründen nicht mehr wünschenswerth erscheint, soviel erlassen oder an Kommunalverbände überwiesen wird, als für die Deckung der im Einverständnisse mit der Volksvertretung festgesetzten Staatsausgaben entbehrlich wird.

Nicht in Vermehrung der für die Zwecke des Reichs und der Staaten nothwendigen Lasten, sondern in der Uebertragung eines größeren Theils der unvermeidlichen Lasten auf die weniger drückenden indirekten Steuern, besteht das Wesen der Finanzreform."

Nachdem sodann auf dem Boden der preußischen Verhältnisse die Bürgschaft für die Ausführung dieser Absichten, soweit es für jetzt möglich ist, durch eine ausdrückliche Allerhöchste Kabinetsordre gegeben war, ist beim Beginn der Reichshaushaltsberathungen Namens der nationalliberalen Partei offen erklärt worden, daß damit eine der Hauptbedingungen der stets als nothwendig erkannten Steuerreform der Erfüllung und Lösung sehr nahe geführt sei, so daß man nunmehr an die sachliche finanzielle Prüfung der Vorlagen werde herantreten können.

Jenes grundsätzliche Einverständniß über die Nothwendigkeit einer Reform bezog sich freilich nur auf die eigentliche Finanz- und Steuerreform.

Der Reformplan des Kanzlers war jedoch nicht mehr blos auf die Reform der inneren vom deutschen Volke zu entrichtenden Steuern gerichtet, sondern

zugleich auf eine entsprechende Aenderung der dem Auslande gegenüber zu erhebenden Zölle. Den dringenden Anlaß zu dieser Erweiterung der Wirthschaftsprogramme hatte einerseits die zunehmende Nothlage der deutschen Gewerbethätigkeit, andererseits der Ablauf der Handelsverträge mit großen Nachbarstaaten gegeben; je mehr bei den Verhandlungen über die Erneuerung derselben sich das Bestreben der anderen Staaten geltend machte, zum Schutze ihrer Produktion die Zollschranke zu erhöhen, desto unerläßlicher wurde die Pflicht der deutschen Zollpolitik, unserer heimischen Industrie gleichfalls eine wirksamere Fürsorge und Rücksichtnahme zuzuwenden und das Augenmerk darauf zu richten, daß „den vaterländischen Erzeugnissen in erhöhtem Maße die Versorgung des deutschen Marktes vorbehalten und dadurch die Vermehrung der inländischen Produktion gefördert werde."

Indem Fürst Bismarck sein Reformprogramm auf dieses Gebiet der deutschen Wirthschaftspolitik ausdehnte, konnte er nach gewichtigen Kundgebungen aus den Kreisen der Reichsvertretung heraus der Zustimmung eines bedeutenden Theils derselben von vorn herein gewiß sein.

Bereits am Schlusse der kurzen Herbstsession im Oktober v. J. war eine von Reichstags-Abgeordneten gebildete „volkswirthschaftliche Vereinigung", welche 204 Mitglieder, also mehr als die Hälfte des Reichstags zählte, mit einer Erklärung folgenden Inhalts hervorgetreten: In den weitesten Kreisen des Deutschen Reiches sehe man mit Spannung einer endlichen klaren Entschließung der verbündeten Regierungen rücksichtlich der Grundlagen des deutschen Handelsverkehrs mit dem Auslande entgegen. — — — — Angesichts der Handelspolitik der meisten Deutschland umgebenden Länder in Erkenntniß der den Wohlstand schädigenden Mängel des deutschen Zolltarifs und bei der Fortdauer der auf der deutschen Gewerbthätigkeit lastenden Krisis — sei eine auf das Ergebniß sorgfältiger Prüfungen und sachgemäßer Abwägungen gestützte Reform des Zolltarifs nothwendig, und die Mitglieder seien in dem Grundgedanken vereinigt, „daß die schwierigen Fragen der deutschen Handelspolitik nicht lediglich nach den Schlagwörtern von Freihandel und Schutzzoll gelöst werden können, daß es vielmehr entscheidend darauf ankomme, die wirklichen und vermeintlichen Gegensätze der Interessen mit Sachkenntniß, Umsicht und Vaterlandsliebe auszugleichen."

Unter den Mitgliedern der neuen volkswirthschaftlichen Vereinigung gehörte die Mehrzahl den beiden konservativen Parteien und dem Centrum an. Das angekündigte Bestreben der Vereinigung entsprach in der That den Grundsätzen und Forderungen, welche diese Parteien schon früher und namentlich bei den Wahlen im vorigen Sommer verkündet hatten.

Die deutsch-konservative Partei hatte in ihrem Programm vom 20. Juni 1878 eine Besserung der zerrütteten wirthschaftlichen Verhältnisse als Gegenstand ihres Strebens bezeichnet und zur Erreichung desselben auf dem Gebiete des industriellen und landwirthschaftlichen Betriebes auf eine Handelspolitik hingewiesen, „wie sie dem alten Zollverein zu seiner Blüthe verholfen habe und die Produktion des Landes vor weiterem Rückgang bewahren könne. Eine solche Handelspolitik müsse Hand in Hand gehen mit einer Steuerreform, welche durch eine Eröffnung ausgiebiger Quellen von indirekten Steuern eine Entlastung des Volkes von direkten Steuern herbeiführe."

Die (freikonservative) deutsche Reichspartei sagte in dem Programm vom 21. Juni v. J.: „Wir wünschen die guten Traditionen der Handelspolitik des deutschen Zollvereins festzuhalten und die Zolltarife geregelt zu sehen nach dem Maße der zunehmenden Kräftigung der deutschen Gewerbthätigkeit und des vertragsmäßigen Entgegenkommens der Nachbarstaaten. Wir halten fest an dem bisher vertretenen Standpunkte, daß eine durchgreifende Reform unserer Steuergesetzgebung unerläßlich ist. Wir erstreben die Selbstständigkeit des Reiches in seinen Finanzen, die Beseitigung der die Einzelstaaten bedrückenden Matrikularbeiträge und die Entlastung der Reichsangehörigen von direkten Steuern durch eine ausgiebige Benutzung der indirekten Steuerquelle.

Der Aufruf der Centrumsfraktion vom Juni vorigen Jahres verlangte in allgemeiner Weise „die Umkehr zu einer gesunden Wirthschaftspolitik, auf daß Handel, Gewerbe und Industrie wieder frei erblühen", — „die Hebung des allgemeinen Wohlstandes in Landwirthschaft wie Gewerbe durch weise Fürsorge für deren Interessen". —

Neben den konservativen Fraktionen und dem Centrum umfaßte die neue Vereinigung von liberaler Seite zunächst die Mitglieder der früher fortschrittlichen sogenannten „Gruppe Löwe", ferner nahezu ein Drittheil der Nationalliberalen.

In dem Wahlaufrufe der nationalliberalen Partei vom 16. Juni 1878 war gesagt: „Die Zollfragen haben niemals einen Theil unseres politischen Programms gebildet. Ueber manche derselben gehen auch in unseren Reihen die Ansichten auseinander; aber einig sind wir darüber, daß die Handelspolitik nach festen Gesichtspunkten und dauernden Grundsätzen geleitet werden muß, daß nur das allgemeine Interesse des Landes bestimmend sein darf, und daß die großen Grundzüge der durch ein halbes Jahrhundert erprobten Politik nicht durch unsichern Experimente verdrängt werden dürfen."

Unmittelbar nach dem Erscheinen der Erklärung der „volkswirthschaftlichen Vereinigung" hob das Berliner Hauptorgan der Nationalliberalen hervor, daß jedenfalls auch über die Zahl der 204 Unterzeichner hinaus eine erhebliche Zahl von Reichstagsmitgliedern den Standpunkt jener Erklärung theile und sich ihrem Vorgehen anzuschließen bereit sei. Daraus folge freilich nicht, daß sich eine Mehrheit für eine Umkehr der Handelspolitik in schutzzöllnerischer Richtung bereits herausgebildet habe.

„Das Land," hieß es dann weiter, „erwartet seit langem und in steigender Ungeduld die Vereinbarung eines festen handelspolitischen Programms unter gebührender Berücksichtigung der realen Verhältnisse und der vorhandenen Bedürfnisse. Allerseits wird die Nothwendigkeit anerkannt, aus der herrschenden Ungewißheit über die fernere Richtung der deutschen Zollpolitik herauszukommen."

Dieser Sehnsucht des Volkes nach endlicher Gewißheit hat der Reichskanzler durch seine wichtige Kundgebung vom 15. Dezember v. J. zu entsprechen gemeint, und von vorn herein konnte man sich auch auf liberaler Seite nicht verhehlen, daß die Stimmung der Geister dem umfassenden Plane des Fürsten Bismarck entgegenkomme. „Aus der Tiefe und dem Umfang der Bewegung", die jener Kundgebung folgte, entnahm man vor Allem die Ueberzeugung, daß die Zeit herangekommen sei, wo die seit Jahren hängenden Fragen endlich zum Abschluß kommen müssen.

„Der Wunsch, der auf allen Lippen ist, geht dahin, daß, wenn nicht die beste, doch endlich einmal irgend eine Lösung gefunden werde als Grundlage, auf welcher sich die beunruhigten wirthschaftlichen Verhältnisse einrichten können."

Kurz darauf wurde das Verhalten erwogen, welches die liberale Partei gegenüber dem Programm des Kanzlers zu beobachten habe.

„Eines ist vollkommen klar (hieß es da): der Weg einer populären Agitation führt nicht zum Ziele. — — Der Eindruck, welchen das Schreiben vom 15. Dezember im Volke gemacht, ist keineswegs ein solcher, daß man erwarten dürfte, unter dem Banner des unbedingten Kampfes gegen dieses Programm eine stattliche Partei zu sammeln. Noch weniger möchten wir dazu rathen, die Waffen des Spottes und Hohnes anzuwenden; es ist einer politischen Partei noch niemals gut bekommen, den Fürsten Bismarck scherzhaft zu nehmen. Der Brief vom 15. Dezember zeigt, daß er auf dem Wege, den er eingeschlagen hat, bereits viel weiter gekommen ist, als man dies vor sechs Monaten für möglich gehalten hätte.

Vor Allem wollen wir den Blick fest auf das gerichtet halten, was uns mit dem Fürsten Bismarck verbindet. Sein Streben, das Reich finanziell unabhängig zu machen, es von der Nothwendigkeit

zu befreien, von den Einzelstaaten Stipendien anzunehmen, ist auch das unsrige ..... Die liberale Partei hatte dieses Ziel schon früh in die Augen gefaßt. Später hatte sie es mehr als billig aus den Augen verloren. Gegen schädliche Mittel wollen wir uns verwahren; aber daß das Ziel nicht aus den Augen verloren werde, dafür zu sorgen liegt auch uns die Pflicht ob." — —

Ein späterer Aufsatz an derselben Stelle warnte vor den „rosigen Träumen", die sich im öffentlichen Bewußtsein an die Pläne des Kanzlers knüpften, und denen gegenüber an das Mögliche und Erreichbare zu erinnern sei.

„Versucht man, sich ein Bild von der Zukunft zu machen, und dabei das Sicherere vorauszunehmen, so darf man mit großer Wahrscheinlichkeit als den Hauptniederschlag der jetzigen wirthschaftlichen Bewegung eine beträchtliche Erhöhung der indirekten Steuern in Rechnung setzen. Wir haben uns schon vorlängst in den geeigneten Grenzen mit einem solchen Verlauf einverstanden erklärt. Wir waren dabei der Ansicht gewesen, es handle sich um Maßregeln, deren Unpopularität nur durch die Einsicht in die Nothwendigkeit und Zweckmäßigkeit mühsam überwunden werden könnte. Heute hat es den Anschein, als wollte eine populäre Hochflut das schon so oft gestrandete Boot der indirekten Steuern mit Schnelligkeit und Eleganz über die Barre bringen. Das Stichwort „indirekte Steuern" ist ausgegeben und in zahlreichen Kreisen sieht man es mit einem wahren Enthusiasmus aufgenommen."

Es wurde dem Kanzler zugestanden: er habe zu gestalten gewußt, was unklar in den Köpfen von Millionen spukte, — das gebe seinem Beginnen den Nachdruck.

Während so selbst in einem Blatte, welches die Zollpolitik des Kanzlers in wesentlichen Theilen bekämpft, über die Aufnahme seiner Pläne im Volke geurtheilt wird, sind inzwischen Seitens gewichtiger gewerblicher Körperschaften, sowie aus großen Versammlungen, an denen Männer der verschiedensten Parteien betheiligt waren, die lebhaftesten Kundgebungen für die Durchführung des wirthschaftlichen Programms hervorgetreten, — und gleichzeitig haben sich hervorragende Wortführer der liberalen Partei in Nord- und Süddeutschland, welche sonst auch auf dem Gebiete der Handelspolitik grundsätzlich der freihändlerischen Richtung huldigten, offen und bestimmt für die Nothwendigkeit erklärt, unter den obwaltenden Verhältnissen die Zollpolitik des Fürsten Bismarck zu unterstützen.

Das Programm: wesentlich Finanzzölle, aber zugleich möglichste Berücksichtigung der ökonomischen Interessen der großen Volksklassen und möglichste Sorge für die Bedürfnisse der Industrie und für die Fähigkeit des Reiches, günstige Verträge mit dem Auslande abzuschließen, dieses Programm (erklärt Dr. Bluntschli) sei den Wünschen der Nation entsprechend.

Eine liberale Versammlung in München billigt einstimmig das Bekenntniß des Abgeordneten von Schauß, welcher sagte:

„Der Reichskanzler hat nach meiner Ueberzeugung in zwei Grundgedanken ganz absolut Recht — und ich gebe ihm deshalb Recht, weil ich in meinem ganzen Leben zu denen gehörte, welche zum Ausgangspunkt politischen Denkens die Größe und Kraft des deutschen Vaterlandes nehmen. Der eine Grundgedanke ist, daß das Reich finanziell selbständig und unabhängig von den Partikularstaaten stehen müsse. In der zweiten Frage bin ich der Meinung, daß wenn man das deutsche Reich mächtig genug den Nachbarstaaten gegenüberstellen will, es unumgänglich nothwendig ist, die Reichsregierung in den Besitz der Mittel zu setzen, durch welche allein erreicht werden kann, daß günstige Verträge mit den Nachbarstaaten abgeschlossen werden."

Der Abgeordnete von Treitschke hat jüngst Worte der Mahnung an Freunde und Gegner gerichtet, worin es heißt:

„Wir brauchen ergiebige Finanzzölle und auch einige Schutzzölle für jene Zweige der nationalen Produktion, welche an sich lebensfähig und wirklich nur

durch übermächtige fremde Konkurrenz in Noth gerathen sind. Wir werden aber Beides nur erreichen, wenn alle Parteien sich mit einiger Entsagung rüsten und einsehen, daß Angesichts der tausend widersprechenden Interessen, welche in einem Zolltarif Berücksichtigung verlangen, Jeder ohne Ausnahme einzelne unwillkommene Zollsätze mit in den Kauf nehmen muß."

Diese und zahlreiche andere Zeugnisse besonnener und maßvoller Auffassungen innerhalb der nationalliberalen Partei begründen die Hoffnung, daß dieselbe nicht blos getreu ihren seit Jahren bekundeten Bestrebungen dem Kanzler in Durchführung der Finanz- und Steuerreform fest zur Seite stehen, sondern daß ein großer Theil der Partei trotz mancher Abweichung der handelspolitischen Auffassungen sich bereit finden lassen werde, die nationalen und patriotischen Bestrebungen des Fürsten Bismarck auch darin zu unterstützen, daß der deutschen Wirthschaftspolitik ihre volle Kraft und Selbständigkeit gesichert und der deutschen Gewerbthätigkeit nach allen Seiten die gebührende Rücksichtnahme gewährt werde.

Die verbündeten Regierungen haben ihrerseits, durchdrungen von der Nothwendigkeit, dem gegenwärtigen Zustande der Ungewißheit und Unsicherheit, der ebenso wie der gegenwärtige Nothstand selbst in drückender Weise auf Handel und Verkehr und auf unseren gesammten Verhältnissen lastet, sobald als möglich ein Ziel zu setzen, und beseelt von der Ueberzeugung, daß die Pläne des Kanzlers in ihrer Gesammtrichtung und in ihren wesentlichen Theilen jedenfalls dem gemeinsamen Vaterlande zu dauerndem Segen gereichen werden, ihre Zustimmung zu den Vorlagen, nachdem dieselben in Ausschüssen und Kommissionen mit Eifer und Gewissenhaftigkeit vorberathen waren, nach kurzer Erwägung beschlossen. Gewiß hat manche der Regierungen in einzelnen Punkten andere Wünsche und Bedürfnisse gehabt; aber eine jede von ihnen hat sich dem überwiegenden Gesammtinteresse des Reiches und der Nothwendigkeit eines baldigen Abschlusses der wirthschaftlichen Fragen untergeordnet und dem Gesammtplan als einem Kompromiß, einem Ausgleich der verschiedenen Interessen und Ansprüche, zugestimmt.

Einen gleichen Patriotismus, eine gleiche Hingebung an die große deutsche Gemeinschaft werden auch die entscheidenden Parteien im Reichstage bewähren wollen: ebenso durchdrungen von der Nothwendigkeit, zu einer endlichen Lösung der lang andauernden Krisis und Unsicherheit zu gelangen, werden sie sich der Pflicht der Selbstverleugnung nicht entziehen, abweichende Ansichten und Wünsche im Einzelnen dem Gelingen des Ganzen und der gemeinsamen Verständigung über dasselbe zu opfern.

Seit der Gründung des Deutschen Reichs war die Vertretung der Nation noch niemals vor eine Aufgabe gestellt, welche so tief in alle Lebensverhältnisse des gesammten Volkes eingreift, wie die wirthschaftliche Reform: wenn dieselbe gelingt, so wird sie zugleich einen letzten festen Kitt in die Fugen der deutschen Staatsgemeinschaft legen und dem Reiche die Möglichkeit gewähren, seinen höchsten Zweck, die Förderung der Wohlfahrt aller Deutschen, zu erreichen.

Die untrüglichen Anzeichen der Stimmungen aus allen Theilen des Reichs lassen erkennen, wie das deutsche Volk in den weitesten Kreisen von der Zuversicht erfüllt ist, daß die nationale Vertretung auch bei der wirthschaftlichen Festigung des Reichs unter allseitiger vertrauensvoller Verständigung der erprobten Führung des Reichskanzlers folgen werde, welcher seinerseits fest davon durchdrungen ist, daß das begonnene Werk „zum Heil, zum Glück und zum Gedeihen unseres Vaterlandes führen werde."

Aus der Begründung der Zolltarifvorlagen.

Die Eisenzölle.

Die Ermäßigung und theilweise Aufhebung der Eisenzölle im Jahre 1873 bezeichnet den Wendepunkt der Auffassungen und Bestrebungen in der Zollpolitik. Als jenes Gesetz erlassen wurde, befand sich die Eisenproduktion auf der

Höhe eines plötzlichen, fast beispiellosen Aufschwungs. Nicht lange nach Erlaß des Gesetzes aber gaben sich bereits Zeichen eines wirthschaftlichen Rückschlags zu erkennen, welcher in hervorragender Weise gerade die Eisenindustrie betraf.

Noch war der festgesetzte Termin für die Aufhebung der letzten Eisenzölle (der 1. Januar 1877) nicht herbeigekommen, — und unter dem Druck jenes Rückschlages entwickelte sich ein lebhafter Kampf für und gegen die Verschiebung dieses Termins. Die Vorschläge der Regierung, durch Erhebung einer Ausgleichungsabgabe der Eisenindustrie wenigstens einigen Schutz zu gewähren, fanden jedoch nicht die Zustimmung des Reichstages.

Die fortgesetzten und gesteigerten Klagen der Eisenindustrie veranlaßten den Bundesrath im Sommer 1878 zur Einsetzung einer Kommission behufs Untersuchung der gegenwärtigen Lage der deutschen Eisenindustrie, insbesondere mit Bezug auf die Rückwirkung der seit 1873 eingetretenen Zolländerungen.

Die Erhebungen der Kommission haben ein klares Bild von der hochbedrängten Lage der Eisenindustrie geliefert. Die Ueberproduktion, welche nicht nur in Deutschland, sondern auch anderwärts, insbesondere in England große Ausdehnung gewonnen, hat die Preise aller Eisengattungen auf ein zum Theil hinter den Selbstkosten erheblich zurückbleibendes Maß herabgedrückt. Durch entsprechende Verminderung der Produktion läßt sich nach den Angaben der gehörten Sachverständigen Abhülfe nicht schaffen; wäre eine solche Einschränkung des Betriebes auch ausführbar, so würde die englische Produktion in der Lage sein, die entstehende Lücke sofort durch vermehrte Einfuhr auf den durch Zölle nicht geschützten deutschen Markt auszufüllen, ohne daß dabei eine Besserung der Preise eintreten würde. Die Ueberlegenheit der englischen Konkurrenz beruht nach den Darlegungen der Sachverständigen auf den geringeren Produktionskosten und den günstigeren Transportbedingungen. Auch die französische Guß-Eisenindustrie erfreut sich einer künstlich geschaffenen Ueberlegenheit auf dem deutschen Markt.

Die Eisenproduzenten erblicken sämmtlich in der Wiedereinführung und theilweisen Erhöhung der Eisenzölle das unabweisliche Mittel zur Hebung des Nothstandes. Auch die Vertreter derjenigen Industriezweige, deren Aufgabe die weitere Verarbeitung des Eisens zu Maschinen, Werkzeugen und anderen Gebrauchsgegenständen ist, befürworten dieses Verlangen.

Die Bedrängniß, unter welcher die Eisenproduktion nunmehr seit Jahren in fortwährend gesteigertem Grade leidet, ohne daß eine Wendung zum Besseren in Aussicht steht, ist freilich wohl nicht in erster Linie auf jene Zollveränderung zurückzuführen; das fast übereinstimmende Urtheil der Sachverständigen aller Interessengruppen geht jedoch dahin, daß die Zollbefreiungen die Mitwerbung ausländischen Eisens auf dem deutschen Markt wesentlich erleichtert und dadurch zu einer unnatürlichen Herabdrückung der inländischen Eisenpreise mitgewirkt haben.

Die Ueberproduktion an Roheisen hat glaubwürdigen Nachrichten zufolge in England zu einer Ansammlung von Beständen geführt, welche die Hoffnung auf eine baldige Besserung der Lage unserer Hochofenindustrie nicht aufkommen lassen.

Der zur Zeit auf dem gesammten englischen Roheisenmarkt befindliche Vorrath wird von sachkundiger, uninteressirter Seite auf 1500 Millionen Kilogramm veranschlagt. Die neuerdings eingetretenen Zahlungseinstellungen bedeutender englischer Bankinstitute sind zum wesentlichen Theil auf diese Ansammlung unverkäuflicher Eisenvorräthe und die damit zusammenhängende übermäßige Kreditanspannung zurückzuführen. Eine Anzahl bedeutender Hochofenwerke ist durch die Bankerutte in Mitleidenschaft gezogen, die Eisenvorräthe dieser Anlagen müssen nach zu den schlechtesten Preisen losgeschlagen werden, und hierfür bietet Deutschland, welches Eisen zollfrei einzuführen gestattet, einen besonders günstigen Markt. Will die deutsche Eisenindustrie ohne Zollschutz die Konkurrenz mit diesem Eisen im Inlande aufnehmen, so ist sie genöthigt, dem englischen Eisen mit den Preisen selbst weit unter die eigenen Produktionskosten zu folgen.

Daß die englische Konkurrenz auch auf dem Gebiete des Stabeisens und der Eisenbahnschienen um mehr als 20 Mark per Tonne in den Produktions-

und Verfrachtungskosten der inländischen Industrie überlegen ist, haben selbst die einer Wiedereinführung der Eisenzölle abgeneigten Vertreter der Eisenbahninteressen zugegeben, und es ist in Berücksichtigung dieser Verhältnisse in letzter Zeit bei der Submission von Schienen von einer großen Zahl deutscher Eisenbahnverwaltungen den inländischen Werken der Zuschlag zu Preisen ertheilt worden, welche die Forderung englischer Mitbewerber um den genannten Betrag überstiegen. Muß hierin der deutliche Beweis erblickt werden, daß die inländische Industrie auf dem deutschen Markt bei zollfreier Einfuhr den Kampf mit der englischen Mitbewerbung nicht erfolgreich zu bestehen vermag, so muß ihr der nothwendige Schutz nicht im Wege freiwilliger Begünstigung von Seiten der Eisenbahnverwaltungen und auf deren Kosten, sondern naturgemäß durch eine angemessene Zollbelastung des ausländischen Eisens zu Theil werden.

Hiernach erscheint eine Wiedereinführung der Eisenzölle als eine unabweisliche Forderung der nationalen Wirthschaftspolitik.

Daß der Fortbestand einer leistungsfähigen inländischen Roheisenproduktion eine Lebensfrage für die gesammte inländische Eisenindustrie ist, haben auch diejenigen in der Eisenenquête gehörten Sachverständigen, deren Interessen ein Roheisenzoll unmittelbar nicht entspricht, fast ausnahmslos erklärt. Die hohe Bedeutung der Hochofenindustrie giebt sich auch nicht nur in der großen Zahl der bei derselben betheiligten Personen, sondern auch in der Rückwirkung auf andere wichtige Erwerbszweige zu erkennen. Die Prosperität nicht nur der Eisenbahnen, sondern auch des Kohlenbergbaus ist in hervorragender Weise von der Lage der inländischen Eisenindustrie abhängig. Man wird es deshalb als geboten ansehen müssen, die inländische Hochofenindustrie gegen die erdrückende Mitwerbung des Auslandes auf dem inländischen Markte durch einen ausreichend bemessenen Zoll zu schützen.

Die Getreidezölle.

Nach dem Zolltarif von 1818 betrug der Eingangszoll auf Weizen 1½ Sgr., auf Roggen und Gerste ½ Sgr., auf Hafer und Buchweizen ¼ Sgr. pro Scheffel. Diese Sätze wurden im Jahre 1824 in den östlichen preußischen Provinzen für Weizen, Roggen, Gerste, Hafer und Buchweizen auf 5 Sgr., in den westlichen Provinzen für Weizen auf 2, für die übrigen Getreidearten auf 1 Sgr. erhöht. Im Jahre 1827 wurde für alle Provinzen Preußens der gleichmäßige Satz von 5 Sgr. angenommen.

Dieser Tarif bildete die Grundlage des deutschen Zollvereins und ist über ein Vierteljahrhundert in Gültigkeit gewesen.

Während der Herrschaft desselben entwickelte sich die einheimische Getreideproduktion in dem Maße, daß die Länder des Zollvereins nicht nur die eigenen Bewohner mit Cerealien ausreichend versorgen, sondern auch mit Erfolg auf ausländischen Märkten konkurriren konnten.

Die Ausfuhr überstieg die Einfuhr in den Jahren

1843 bis 1845	jährlich	um	4,279,371 Scheffel,
1846 „ 1848	„	„	3,809,832 „
1849 „ 1853	„	„	8,825,846 „

Nachdem bereits durch den Handels- und Zollvertrag vom 19. Februar 1853 zwischen Preußen und Oesterreich die Zollbefreiung der gegenseitigen Einfuhr von Getreide vereinbart worden war, erfuhr im Jahre 1856 auch der Zollvereinstarif eine wesentliche Ermäßigung. Die Sätze wurden für Weizen auf 2, für die übrigen Getreidearten auf ½ Sgr. herabgesetzt. Von 1866 ab kam für alle Staaten des Zollvereins der Getreidezoll vollständig in Wegfall.

Die Mehrausfuhr, welche, wie erwähnt, in den Jahren 1849—1853 durchschnittlich 8,825,846 Scheffel betragen hat, sank 1855 auf 2,133,069 Scheffel herab.

Weiterhin aber fand eine Mehreinfuhr statt und zwar 1860 von 210,847

Scheffel, 1870 von 7,383,261 Scheffel, 1877 von 33,353,748 Centner, 1878 von 28,452,482 Centner.

Die Gründe für die Rückkehr zur Zollpflicht der landwirthschaftlichen Produkte sind theils finanzpolitischer, theils wirthschaftlicher Natur.

In ersterer Beziehung ist daran zu erinnern, daß der Zweck der Finanzreform des Reiches in der Erschließung eigener Einnahmequellen und in der Entlastung der Steuerpflichtigen rücksichtlich der besonders schwer empfundenen direkten Steuern besteht, so wie, daß dieser Zweck füglich nicht anders und wirksam erreicht werden kann, als wenn im Wege der indirekten Besteuerung vorwiegend solche Artikel betroffen werden, deren Masseneinfuhr und Verbrauch einen erheblichen Ertrag verspricht.

Die Empfindung, daß die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer in Preußen ein finanzpolitischer und wirthschaftlicher Fehler gewesen, wird heute auch in Kreisen getheilt, welche sich früher in ausgesprochener Gegnerschaft zu jenen Steuern befanden. Es bedarf für Niemanden eines Beweises mehr, daß die direkten Steuern nicht beliebig erhöht werden können, sondern daß es für dieselben eine Grenze giebt, die ungestraft nicht überschritten werden darf. Auf der anderen Seite zeigen die Erfahrungen, welche namentlich in Hamburg und Bremen gemacht sind, daß selbst eine Konsumtionsabgabe, welche die von den verbündeten Regierungen vorgeschlagenen Zollsätze um das Doppelte und Dreifache überschreitet, von der Bevölkerung ohne Beschwerde getragen wird.

In Hamburg wird pr. 100 Kgr. eine Eingangsabgabe erhoben: für Weizen von 2,59 Mark, für Roggen, Gerste und sonstiges Getreide 1,03 Mark, für Fleisch, Schinken, Speck 3,75 Mark.

Aehnlich in Bremen.

Daß die Belästigung des Verkehrs, welche mit der Erhebung solcher Eingangsabgaben verbunden ist, weit weniger empfindlich wirkt, wenn jene Erhebung an den Landesgrenzen, als wenn sie an den Thoren einzelner Städte erfolgt, bedarf keiner weiteren Ausführung.

Abgesehen von den Vorzügen, welche gegenüber den direkten, die Persönlichkeit des Steuerzahlers unmittelbar mit unausweichbarer Härte treffenden Abgaben die Konsumtionssteuern in finanzieller Hinsicht bieten, sprechen aber auch wirthschaftliche Gesichtspunkte für die Wiedereinführung der Getreidezölle.

Durch den Wegfall der letzteren in Verbindung mit der Erweiterung der Eisenbahnnetze und den zu Gunsten der ausländischen Produktion eingeführten Differenzialtarifen ist das massenhafte Einströmen fremden Getreides zur Regel geworden. Der jüngste Verwaltungsbericht des Landwirthschaftsministers äußert sich hierüber folgendermaßen: „Galizien, Polen, Ungarn, Rumänien, das südliche Rußland, sogar die Türkei und Amerika — fast ausschließlich Länder mit zur Zeit noch unbegrenzter Produktionsfähigkeit und geringen Produktionskosten — überschütten mit ihren Bodenerzeugnissen gerade diejenigen Märkte, welche bisher die Hauptabsatzgebiete der preußischen Landwirthschaft, so besonders der östlichen Provinzen, waren. Selbst bei weniger günstigen Ernten jener Länder stellen sich die Preise derart, daß das fremde Getreide dem einheimischen in Folge der niedrigen Produktions- und Transportkosten erfolgreich Konkurrenz macht. Polnischer, ungarischer und amerikanischer Weizen und russischer Roggen bestimmen bei uns den Preis.

Erwägt man, daß die Produktionskosten in Deutschland im Laufe des letzten Jahrzehntes in demselben Maße gestiegen, wie die Getreidepreise in Folge des Angebots aus billiger produzirenden Gegenden gefallen sind, daß ferner ungefähr gleichzeitig mit der Aufhebung der Getreidezölle der inländische Grundbesitz durch Grund-, Gebäude- und Einkommensteuer mit etwa 10 bis 14 Prozent seines Ertrags, zu welchem Satze noch die Kommunalzuschläge in fast gleicher Höhe hinzukommen, belastet ist, so erscheint es vollkommen erklärlich, daß der Getreidebau, welcher bis zu den sechsziger Jahren den Hauptfaktor der landwirthschaftlichen Produktion in Deutschland bildete, seit jener Zeit wesentlich zurückgegangen ist.

1879.

Die Thatsache ist unleugbar, daß sich der Anbau von Getreide in Deutschland von Jahr zu Jahr verringert.

Der landwirthschaftliche Betrieb hat eben aufgehört, lohnend zu sein. Hunderte von größeren Pächtern, Tausende von kleineren Besitzern in allen Theilen des Reiches haben ihre Wirthschaften aufgeben müssen. Die Ertragsfähigkeit der Grundstücke selbst ist in Folge der zahlreichen Subhastationen vermindert, und dem Acker werden aus Mangel an Mitteln nur ungenügend die nothwendigen Dungstoffe zugeführt. Die Ernteerträge sind unter diesen Umständen vielfach um fast 20 pCt. heruntergegangen.

Die Gefahr liegt nahe, daß Deutschland bei fortschreitender Entwerthung des Grund und Bodens hinsichtlich seiner Ernährungsverhältnisse vollständig abhängig vom Auslande wird. Zu welchen Konsequenzen ein solcher Zustand führen kann, liegt auf der Hand. Mißernten sind in Ländern wie Rußland, Rumänien, Amerika häufiger, und wenn sie eintreten, allgemeiner wie bei uns. Sie würden eine momentane, vollständige Stockung der Zufuhr hervorrufen können. Die gleiche Wirkung würde ein unglücklicher Krieg, eine andauernde Blockade haben. Auf der anderen Seite wäre ein Aufhören der inländischen Getreide-, namentlich der Roggenproduktion gleichbedeutend mit der Zahlungseinstellung des weitaus größeren Theiles aller Landwirthe und in Folge dessen mit einem Zusammenbruche unseres ganzen Kreditsystems. Dem nationalen Wohlstande würden dann die tödtlichsten Wunden geschlagen werden.

Es liegt deshalb nicht allein im Interesse der Landwirthe, sondern der Gesammtbevölkerung überhaupt, daß der Kornbau dem Lande erhalten bleibt.

Die vorgeschlagenen Tarifsätze sind so niedrig gegriffen, daß sie als eigentliche Schutzzölle nicht bezeichnet werden können. Ihre Wirkung wird deshalb auch nicht darin bestehen, die Einfuhr des fremden Getreides in erheblichem Maße zu verringern oder gar auszuschließen.

Die Produktionsbedingungen in Ländern mit großen Flächen billigen, jungfräulichen Bodens, mit niedrigen Löhnen und nicht nennenswerthen öffentlichen Abgaben ermöglichen eine so wohlfeile Herstellung der Früchte, daß ein sehr reicher Gewinn auch dann noch dem Importeur verbleiben wird, wenn er einen im Vergleich zu den gewöhnlichen Preisschwankungen gar nicht in Betracht kommenden Zoll zu tragen hat.

Allein die vorgeschlagenen Tarifsätze versprechen nach einer Richtung hin der einheimischen Landwirthschaft zu Hülfe zu kommen. Es ist mehr wie Vermuthung, daß in Folge der absoluten Zollfreiheit der Getreideeinfuhr der deutsche Markt der Ablagerungsplatz für die Ueberproduktion anderer Länder geworden ist, und daß Deutschland seit längerer Zeit erheblich mehr Getreide aufnimmt, als es in Wirklichkeit aufzunehmen brauchte, wenn die inländische Produktion zur vollen Entfaltung käme. — —

Die Ueberfüllung des deutschen Marktes durch das Angebot unverkäuflicher ausländischer Ueberschüsse übt den empfindlichsten Druck auf die einheimische Landwirthschaft aus; die Konkurrenz wird das Maß ihrer Berechtigung erst dann finden, wenn jenes Angebot eine auch nur geringe Zollabgabe nach sich zieht.

Gelingt es, dem deutschen Getreidebau das Absatzgebiet zurückzuerobern, welches durch die Ueberproduktion des Auslandes verloren gegangen ist, so wird ein Anreiz gegeben sein, Flächen von Neuem unter den Pflug zu bringen, welche jetzt wüst liegen oder in unvollkommener Benutzung stehen.

Im engsten Zusammenhange mit diesen Erwägungen steht die Preisfrage. Nicht darauf kommt es für die Landwirthschaft an, die Preise des Getreides künstlich höher zu schrauben, sondern darauf, für das inländische Produkt einen Abnehmer zu finden, welcher wenigstens so viel zahlt, daß sich das Produziren überhaupt noch lohnt. Ist im Inlande ein sicherer Absatzmarkt vorhanden, so wird es an inländischen Produkten nicht fehlen, selbst wenn die Preise, absolut betrachtet, noch unter die jetzigen geringen heruntergehen sollten. Die relative Preiserhöhung, welche in der Erweiterung des Absatzes liegt, wird immer die Hauptsache bleiben.

In der That ist es durchaus zweifelhaft, ob von den vorgeschlagenen Zollsätzen eine absolute, direkte Preiserhöhung erwartet werden kann.

Der Durchschnittspreis für Weizen an den verschiedenen Großhandelsplätzen Deutschlands ist in einem und demselben Monat derartig verschieden gewesen, daß für Weizen an dem einen Ort 211,20 Mark, an dem anderen 157,80 Mark gezahlt wurden. Das macht auf 1000 Kilogramm einen Unterschied von 53,40 Mark oder auf 100 Kilogramm von 5,34 Mark. Ebenso bedeutend sind die Preisdifferenzen beim Roggen. Derselbe kostete im Januar dieses Jahres in Lindau 160 Mark, in Königsberg 104 Mark, macht auf 100 Kilogramm 5,60 Mark Unterschied; nicht minder bei Hafer und Gerste.

Wenn die Preise schon im Großhandel in einem solchen Maße verschieden sich gestalten, so werden sie selbstverständlich im Detailverkehr noch mehr von einander abweichen. Ein Zoll von 0,50 oder 1,00 Mark pro 100 Kilogramm kann derartigen Differenzen gegenüber in Wirklichkeit nicht in Betracht kommen, und die inländische Konkurrenz wird schon Sorge dafür tragen, daß die Zollerhöhung nicht zum Vorwande einer Preiserhöhung gemacht wird.

Noch weniger aber wie auf die Preise des Getreides läßt sich ein Einfluß der Zollerhöhung auf den Preis der Backwaare erwarten. Ein solcher ist um so unwahrscheinlicher, je erheblicher die Preisunterschiede zwischen dem Rohstoff und dem zum Genusse bestimmten Produkte sich stellen.

Charakteristisch ist die Thatsache, daß größere Bäckereien bei der Feststellung ihrer Preise für Backwaaren Preisänderungen bei dem Rohprodukt unter 3 Mark pro Centner gar nicht zu berücksichtigen pflegen, woraus sich denn auch erklärt, daß nach Aufhebung der Mahlsteuer, also nach Wegfall einer Abgabe von 2 Mark für den Centner Weizen, von 50 Pfennig für Roggen, das Brod nicht billiger geworden ist.

Die Befürchtung, es könne durch die vorgeschlagenen Zollsätze eine Vertheuerung nothwendigster Lebensmittel eintreten, erscheint als vollständig grundlos. Aber selbst zugegeben, ein solcher Fall sei möglich, so würde sie sicherlich durch eine entsprechende Vermehrung der inländischen Produktion aufgewogen, und es würden die arbeitenden Klassen durch die Hebung der gesammten nationalen Erwerbsthätigkeit und durch die daraus resultirende Vermehrung der Nachfrage nach Arbeitskräften, sowie durch eine entsprechende Erhöhung der Löhne reichlich entschädigt werden.

Die vorgeschlagenen Zollsätze entsprechen im Allgemeinen dem bis zum Jahre 1856 in Geltung gewesenen Tarif.

Für Roggen und Buchweizen, als die von den weniger wohlhabenden Volksklassen verbrauchten Früchte, und für Mais, einen Artikel, welcher, wie sich aus der seit dem Jahre 1872 um das Zehnfache gestiegenen Einfuhr ergiebt, von wesentlicher Bedeutung für mannigfache wirthschaftliche Zwecke geworden ist, sowie endlich für die Gerste, deren Bezug aus dem Auslande im Interesse eines wichtigen Gewerbebetriebes nicht entbehrt werden kann, wird ein niedrigerer Zollsatz von 0,50 Mark für 100 Kilogramm vorgeschlagen.

Die deutsche Forstwirthschaft.

In der Wiedereinführung angemessener Zölle auf Bau- und Nutzholz liegt das Schwergewicht der Anforderungen, welche die deutsche Forstwirthschaft im Interesse ihrer Selbsterhaltung an die deutsche Zollpolitik zu stellen hat.

Nicht weniger als 26 Prozent des deutschen Bodens sind der Waldkultur gewidmet. Die deutsche Forstwirthschaft steht auf der Höhe der Zeit und liefert die verschiedenen Arten von Bau- und Nutzholz in vorzüglicher Qualität. Die Verhältnisse sind der Art, daß die deutsche Forstwirthschaft im Stande wäre, im Großen und Ganzen den einheimischen Bedarf an Bau- und Nutzholz zu decken,

so daß nur eine mäßige Zufuhr von Ban- und Nutzholz ans dem Auslande, namentlich im Falle eines gesteigerten Verbrauchs angemessen erschiene.

Statt dieses naturgemäßen Verhältnisses hat sich unter dem System der Zollfreiheit des Holzes ein volkswirthschaftlich höchst bedenklicher Zustand entwickelt. Während nämlich die Zufuhr fremden Holzes ganz außerordentlich zugenommen hat, liegt die deutsche Forstwirthschaft darnieder.

Die Ursachen sind nicht in der Zollfreiheit des Holzes allein zu suchen. Aber immerhin bildet diese einen der Faktoren, welche die heutige schlimme Lage der deutschen Forstwirthschaft veranlaßt haben. Anderweitige Ursachen ergeben sich bei einem Ausblicke auf die Herkunftsländer des Holzes, welches zumeist aus Rußland, Ungarn, Galizien, den untern Donauländern und aus Schweden stammt.

Ist schon in Folge der ausgedehnten, bis in die neuere Zeit unausgenutzten Forsten in diesen Ländern der Werth des Holzes ein sehr geringer, und hat es Angesichts dieses Umstandes nur der mehr und mehr eingetretenen Eröffnung von Verkehrswegen bedurft, um eine mächtige Konkurrenz für die deutsche Forstwirthschaft hervorzurufen, so wirken zur Verschärfung dieses Verhältnisses noch andere Umstände mit. Die Waldwirthschaft in einigen jener Länder erscheint im Gegensatze zur rationellen deutschen Forstwirthschaft als eine gewerbsmäßige Devastation, verbunden mit Holzverwerthung um jeden Preis. Außerdem kommen auch hier, und zwar in noch ausgiebigerem Maße als bei der Gerberlohe, die Nachtheile der Differential- und Ausnahmetarife in Betracht. Die Wirkungen aller dieser Verhältnisse auf die deutsche Holzverwerthung liegen offen zu Tage. Abgesehen von dem Verlust ausländischer Absatzgebiete, welche die deutsche Produktion seiner Zeit naturgemäß erworben und in langjähriger Tradition festgehalten hatte, ist dieselbe sogar von der ausländischen Konkurrenz auf den inländischen Märkten selbst in solchen Landstrichen verdrängt worden, für deren Versorgung durch die heimische Holzerzeugung besonders günstige Bedingungen vorhanden sind. Es genügt in dieser Beziehung, darauf hinzuweisen, wie ungarische und galizische Hölzer bis nach Westfalen und an den Rhein, schwedische, und zwar nicht selten vollständig vorgezimmert, bis in das Herz von Deutschland vorgedrungen sind.

Der seit mehr oder weniger geraumer Zeit bemerkliche Rückgang in den Erträgnissen der meisten deutschen Staatsforsten ist, wenn auch andere Umstände mitwirkten, wesentlich auf die bezeichneten Verhältnisse zurückzuführen. Gleiche und zum Theil noch ungünstigere Resultate zeigt die Privatforstwirthschaft, welche allenthalben darniederliegt.

Der Umstand, daß ein ansehnlicher Theil der deutschen Forsten im Staatsbesitze sich befindet, ist für die volkswirthschaftliche und finanzielle Würdigung der Holzzölle von wesentlicher Bedeutung. Die dauernde Verminderung der Rente aus den Staatsforsten muß zur Erhöhung der Steuerlast in den einzelnen Staaten führen. Die zweifelhafte Ersparung, welche für die Holzkonsumenten von der Nichteinführung eines Holzzolles erwartet wird, müßte durch die finanzielle Schädigung der Steuerzahler aus Anlaß der dauernden Abminderung der Rente aus den Staatsforsten weitaus überboten werden.

Bei anderen Industrien und selbst bei anderen Arten der Bodenbenutzung wird man es zwar mit Recht sehr beklagenswerth finden, wenn eine bisher gut entwickelte einheimische Produktion der fremden Konkurrenz erliegt; aber man wird unter Umständen die Möglichkeit einer solchen Wandelung und des Ersatzes einer bestimmten Art von Gewerbsthätigkeit oder Bodenbenutzung durch eine andere zugeben können.

Nur bei dem Walde erscheint in der Mehrzahl der Fälle schon die Möglichkeit, im Ganzen aber sicher die Zulässigkeit eines Wechsels der Bodenbenutzung theils aus natürlichen Ursachen, theils auch direkt durch die Forstgesetze der verschiedenen deutschen Staaten ausgeschlossen. Aus den verschiedenartigsten Gründen, deren Gewicht allseitig anerkannt ist, erscheint die Erhaltung des deutschen Waldbestandes unbedingt nöthig. Mannigfaltige Maßnahmen der Gesetzgebung und

Verwaltung in den deutschen Staaten erstreben dieses Ziel; denselben würde aber die unentbehrliche wirthschaftliche Grundlage fehlen, wenn nicht zugleich auch die deutsche Zollpolitik es sich angelegen sein ließe, dem deutschen Walde, der unbedingt erhalten werden muß, und dessen Besitzer in der Dispositionsbefugniß über den Holzbestand verschiedenartigen gesetzlichen Beschränkungen unterliegen, auch angemessenen Werth und Ertrag nach Möglichkeit zu sichern. Das ganze rationelle System der deutschen Forstwirthschaft beruht gleichfalls auf dieser Voraussetzung. Bei weiterer Fortdauer ungehinderter fremder Konkurrenz wäre die Gesetzgebung nicht im Stande, den Wald da, wo seine Kultur nicht mehr lohnt und andere Bodenbenutzung möglich ist, zu erhalten, und da, wo überhaupt nur Waldbau möglich erscheint, also auf dem sogenannten absoluten Waldboden, die Ersetzung geordneter Forstwirthschaft durch planlose Ausbeutung und Waldverwüstung zu verhindern.

Die besondere Berücksichtigung der deutschen Forstproduktion durch alle Zweige der Gesetzgebung erscheint hiernach als eine von vornherein feststehende und berechtigte Forderung, deren Nothwendigkeit nicht erst zoll- und handelspolitisch zu beweisen ist.

Die Kampfzölle.

Der Gesetzentwurf, betreffend den deutschen Zolltarif, enthält in §. 5 folgende Bestimmung:

„Waaren, welche aus Staaten kommen, welche deutsche Schiffe oder Waaren deutscher Herkunft ungünstiger behandeln, als jene anderer Staaten, oder welche deutsche Erzeugnisse mit einem erheblich höheren Einfuhrzoll belasten, als solcher von ausländischen Erzeugnissen bei der Einfuhr in das deutsche Zollgebiet erhoben wird, können, soweit nicht Vertragsbestimmungen entgegenstehen, mit einem Zuschlage bis zum Doppelten der tarifmäßigen Eingangsabgabe belegt werden. Die Erhebung eines solchen Zuschlages wird nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths durch Kaiserliche Verordnung angeordnet."

Zur Begründung dieser Bestimmung ist Folgendes ausgeführt:

„Der neue Tarif soll, wie der jetzt bestehende, allen fremden Staaten gegenüber gleichmäßig gelten. Von diesem Grundsatz abzuweichen, kann unter Umständen geboten sein. Wenn ein auswärtiger Staat durch seine Zoll- und Handelspolitik Deutschland dadurch benachtheiligt, daß er deutsche Schiffe oder Waaren ungünstiger behandelt als diejenigen anderer Staaten, oder daß er die Einfuhr deutscher Erzeugnisse außer Verhältniß zu unserem Verhalten erschwert, so wird es in der Regel nicht möglich oder doch nicht rathsam sein, die Abhülfe für solche Beschwerden auf dem Wege der allgemeinen Politik zu suchen. Die Wege der letzteren sind von der Handelspolitik unabhängig und tragen ihre Gesetze und ihre Gegenseitigkeit in sich. Die wirthschaftlichen Einrichtungen können in keinem Lande den Wechselfällen der Politik untergeordnet werden. Die Abwehr gegen handelspolitische Benachtheiligungen kann nur auf handelspolitischem Gebiete stattfinden. Als das allein wirksame Mittel bietet sich hier die ausnahmsweise Einführung von Differenzialzöllen auf die Produkte derjenigen Länder dar, deren Zoll- und Handelssystem zu der Beschwerde Anlaß giebt.

Die Ergreifung dieses Mittels wird ohne Weiteres als gerechtfertigt erscheinen in allen Fällen, wo dasselbe nur als Vergeltungsmaßregel gegen eine der deutschen Flagge oder deutschen Waaren im Ausland zugefügte differenziell ungünstige Behandlung sich darstellt.

Im Interesse der Durchführung einer wirksamen nationalen Handelspolitik liegt es, die Möglichkeit eines Zollzuschlags auch für den Fall offen zu halten, daß ein fremder Staat, ohne die deutschen Erzeugnisse ungünstiger als diejenigen anderer Länder zu behandeln, auf die Einfuhr solcher Artikel, deren Export für Deutschland besonders wichtig ist, unverhältnißmäßig hohe Zölle legt. Eine derartige Zollbelastung kann für Deutschland in der Wirkung ebenso nachtheilig sein,

wie eine formelle Zurücksetzung gegen andere Staaten. Dies wird insbesondere dann stattfinden, wenn die Artikel, welche Deutschland in das betreffende Land auszuführen in der Lage ist, für dritte Staaten wenig oder gar nicht in Betracht kommen. — —

Das Maß des Zuschlags setzt der Entwurf in der Weise fest, daß der Zoll bis auf das Doppelte seines tarifmäßigen Betrages erhöht werden kann, daß also der Zuschlag 100 Prozent des Zolls betragen darf. Soll die Maßregel wirksam sein, so wird eine knappere Bemessung des Maximalbetrags des Zuschlags nicht rathsam erscheinen. Eine gelindere Retorsion würde weder die Kraft haben, Benachtheiligungen der deutschen Interessen fern zu halten, noch den bestehenden Beschwerden Abhilfe zu verschaffen.

Die Natur des Zuschlags als eines handelspolitischen Kampfmittels bringt es mit sich, daß sowohl Beginn als Ende der Maßregel von der durch die auswärtigen Beziehungen bedingten Entschließung der Regierung abhängen muß und deshalb nur auf dem Wege der Verordnung herbeigeführt werden kann. Es geht nicht an, für jeden einzelnen Fall den Weg der Gesetzgebung zu betreten. Von selbst aber versteht es sich, daß die Befugniß, welche §. 5 in die Hände des Kaisers und des Bundesraths legt, nur in Ausnahmefällen und zwar nur dann zur Ausübung kommen wird, wenn eine so starke Benachtheiligung deutscher Interessen durch fremde Zollpolitik vorliegt, daß selbst Repressalien, wie sie von Seiten des betheiligten auswärtigen Staats ergriffen werden könnten, im Vergleich zu dem bestehenden Zustande als das geringere Uebel erscheinen.

Die obige Aeußerung des Professor Bluntschli zu Heidelberg (Führers der nationalliberalen Partei in Baden) in einem „Verständigung oder Auflösung“ überschriebenen Aufsatz in der „Deutschen Revue“ über die deutsche Finanzreform lautet folgendermaßen:

1. Es muß dafür gesorgt werden, daß das Reich finanziell auf eigene Füße gestellt wird, und alle Matrikularbeiträge der Sonderstaaten aufhören. Aber wohl gemerkt, nicht blos im Prinzip, sondern in der That und Wahrheit.

2. Das ist nur möglich durch Erhöhung der indirekten Abgaben, insbesondere der Zölle und der Verbrauchssteuern, unter denen der Tabak jedenfalls als ein besonders steuerfähiges Objekt wesentlich betroffen werden muß. Die Art der Besteuerung ist immer nur von sekundärer, nicht von primärer Bedeutung.

3. Dem doktrinären Fanatismus mit seinem Feldgeschrei: „Hie Schutzzoll, hie Freihandel“, muß entschieden entgegengetreten werden. In dieser Hinsicht ist das Programm des Reichskanzlers: „Wesentliche Finanzzölle, aber zugleich möglichste Berücksichtigung der ökonomischen Interessen der großen Volksklassen und möglichste Sorge für die Bedürfnisse der Industrie und für die Fähigkeit des Reiches, günstige Verträge mit dem Auslande abzuschließen“, den Wünschen der Nation entsprechend.

4. Die sogenannten konstitutionellen Bedenken und Rücksichten auf das Budgetrecht können wohl berücksichtigt werden, ohne alle Gefahr. Hier wird eine Verständigung leicht sein, nach den vorläufigen Aeußerungen des preußischen Finanzministers. Die ganze Sache ist überdem lange nicht so wichtig für die Praxis, als sie gelegentlich dargestellt wird und im Hinblick auf den früheren Konflikt von 1866 in Preußen Vielen scheinen mag.

5. Nie darf der Streit um Einzelnes so geführt werden, daß die Wirksamkeit der ganzen Reform in Frage gestellt wird.

6. Ganz verwerflich ist das kleinliche und schädliche Sparsystem, das neuerdings in der Budgetkommission empfohlen wird. Die Thatkraft der Nation und der Muth der deutschen Industrie bedürfen vielmehr der kräftigen Unterstützung des Reiches, nicht der Hemmung. In dieser Hinsicht ist von den Franzosen

Vieles zu lernen, welche trotz der Milliarden-Entschädigung, die sie zu bezahlen hatten, sofort große Etats-Unternehmungen wagten und das verwüstete Paris neu und schön herstellten. Gerade weil die Industrie leidet und allgemeine Muthlosigkeit um sich greift, muß der Staat vorangehen in der Schaffung großer, fruchtbarer Werke. Das wird förderlich und belebend auf alle Gewerbe wirken. Wir müssen mit den besten Leistungen auch der vorgeschrittenen Nationen wetteifern und Bestes schaffen. Nicht „billig und schlecht" sei die Parole, sondern „ausgezeichnete Arbeit und gute Bezahlung".

---

2. Mai. Rede des Fürsten Bismarck bei der ersten Lesung der wirthschaftlichen Vorlagen.

[Der alte Zollverein; — das Heydtsche Steuerbouquet; — warum bisher keine Reform; — die Matrikularbeiträge ungerecht; — die direkten Steuern; — die Steuern auf Grundbesitz; — ein mäßiger Schutzzoll; — Täuschung der Verträge.]

Wenn die verbündeten Regierungen durch ihre Vorlagen und durch die Motive dazu die Debatte eröffnet, das erste Wort gesprochen haben und die Erwiderung darauf erwarten dürfen, so ist es mir doch nach der Stellung, welche ich zu diesen Vorlagen von Hause aus genommen habe, ein Bedürfniß, auch diese Stellung persönlich mit wenigen einleitenden Worten zu rechtfertigen und meine Auffassung der Gesammtvorlagen, ihrer Motivirung und ihrer Nothwendigkeit in Kurzem vor Ihnen darzulegen.

Das Bedürfniß einer Finanzreform in Deutschland ist ja ein altes und nicht blos seit der Zeit vorhandenes und lebendiges, seit wir mit dem Worte Deutschland wieder einen staatlichen Begriff verbinden, sondern es war meines Erachtens lange vor 1866, es war seit 1848 vielleicht in allen Landestheilen, namentlich aber in dem größten Bundesstaat, in Preußen, lebhaft empfunden.

Unsere Finanzgesetzgebung, ich spreche nicht von der wirthschaftlichen, hat seit den Jahren 1818 und 1824, in Preußen wenigstens — ich kann, wenn ich von den einzelnen Reichsländern und ihrer Beziehung zur Reichsfinanz spreche, hier nur über meine engere Heimath mit Sicherheit urtheilen — in Preußen also, sage ich, hat diese Gesetzgebung, vom finanziellen Standpunkt beurtheilt, geruht; die Gesetze, die seit 1824 mit Ausnahme der untergeordneten in Preußen erschienen sind, waren mehr von politischer als finanzieller Tragweite; ich rechne dahin die Einkommensteuer, die im Jahre 1851 eingeführt wurde, und die einem, wie ich gern zugestehe, berechtigten Verlangen entsprach, die größeren Vermögen in höherem Maße als bei der alten Klassensteuer heranzuziehen. Es kam dann 1861 die Grundsteuer und die Gebäudesteuer, im Uebrigen aber ist meines Wissens vom preußischen Finanzministerium eine Initiative zu irgend einer finanziellen Reform der seit 1824 gültigen Situation nicht ausgegangen, auch keine mißlungene. Es erklärt sich das ja durch das Verhältniß, in welchem die Staaten zum Zollverein standen, und durch die Lage der Zollvereinsverhandlungen während des größten Theils dieser Epoche, wenigstens bis zum Anfang der funfziger Jahre; der Zollverein, der den Schlüssel zu den indirekten Steuern besaß, war eine lösbare Schöpfung, die sich auf

dauernde Steuerverfassungen nicht wohl einrichten konnte, da alle zwölf Jahre ihre Existenz in Frage gestellt wurde, und dieser mehr äußerliche Umstand rechtfertigt logisch die Thatsache, daß die Ausbildung unseres indirekten Steuerwesens im Vergleich mit anderen europäischen Ländern in dieser Zeit wesentlich zurückgeblieben ist.

Ich bitte die wirthschaftliche Seite der Sache und die finanzielle hierbei nicht zu konfundiren, ich habe zunächst nur die finanzielle in Aussicht.

Eine Möglichkeit, auch die indirekten Steuern in der Weise zu pflegen, wie es in anderen Staaten geschieht, trat erst ein mit der Schöpfung des Norddeutschen Bundes, des Zollvereinsparlaments, resp. des Deutschen Reichs.

Wenn ich für meine Person nicht damals der Aufgabe einer finanziellen Reform näher getreten bin, so kann ich außer den Abhaltungen, die für mich in politischen Geschäften und auch zum Theil in der mangelnden Gesundheit lagen, dafür anführen, daß ich es nicht als eine Aufgabe betrachtete, die in erster Linie dem Reichskanzler obläge, eine finanzielle Reform anzubahnen; es hat sich die Praxis auch parallel mit dieser Auffassung bewegt, indem Sie sich erinnern, daß der erste Versuch einer finanziellen Reform, bei dessen Anregung ich betheiligt war, sich entwickelte in dem sogenannten Steuerbouquet des königlich preußischen Finanzministers Frhrn. v. d. Heydt, der selbst und persönlich für die Sache eintrat; seine Vorlage wurde abgelehnt hauptsächlich mit der Motivirung, daß einzelne Finanzmaßregeln dem Lande nicht nützlich wären, sondern daß es nothwendig sei, eine volle durchgreifende Reform an Haupt und Gliedern in den Finanzen vorzunehmen. Aehnlich sind demnächst einzelne Vorlagen des Nachfolgers des Ministers v. d. Heydt, des Ministers Camphausen, mit ähnlichen Gründen bekämpft worden. Für mich war, wenn ich der Sache persönlich nahe treten sollte, eine Vorbedingung die, daß ich mit den Finanzministern der einzelnen, wenigstens der größeren, Bundesstaaten und namentlich mit dem Preußens über die Hauptprinzipien der vorzunehmenden Reform mich im Einklang befände, da ich nicht vorgehen wollte auf die Gefahr hin, die Stimmen meiner preußischen Kollegen nicht hinter mir zu haben. Dies war bis vor einem Jahr nicht vollständig der Fall, und soweit es prinzipiell der Fall war, war doch eine Einigung in concreto nicht zu erreichen. Nachdem diese für mich unerläßliche Vorbedingung hergestellt war, bin ich einem Geschäft näher getreten, von dem Andere noch mehr, wie ich, überzeugt waren, daß es mir persönlich eigentlich nicht oblag. Ich habe mich dabei, je mehr ich mich hineinarbeitete, von der Nothwendigkeit der Reform nur um so voller überzeugt und namentlich von ihrer Dringlichkeit.

Der heutige Zustand der deutschen Gesammtfinanzen, worunter ich nicht blos die Reichsfinanzen, sondern die Gesammtheit der Finanzen des Reiches und der einzelnen Länder verstehe — denn bei dem organischen Zusammenhang derselben lassen sie sich nicht getrennt behandeln und betrachten —, ist derart, daß er meines Erachtens auf das Dringlichste zu einer baldigen und schleunigen Reform auffordert. Das erste Motiv, welches mich in meiner politischen Stellung als Reichskanzler nöthigt, für die Reform einzutreten, ist das Bedürfniß der finanziellen Selbstständigkeit des Reichs. Dieses Bedürfniß ist bei der Herstellung der Reichsverfassung schon anerkannt worden. Die Reichsverfassung setzt voraus, daß der Zustand der Matrikularbeiträge ein vorübergehender sein werde, welcher so

lange dauern solle, bis Reichssteuern eingeführt wären. Es wird für denjenigen, der in dieser beschäftigten Zeit Muße dazu gewinnt, gewiß erfreulich sein, die Verhandlungen nachzulesen, die in dem verfassunggebenden Reichstage darüber gepflogen wurden, und namentlich die sehr eindringliche und überzeugende Rede, die Herr Miquel damals gegen die Matrikularumlagen hielt. Ich gehe nicht so weit wie er in seinen Bezeichnungen; er nannte damals die Matrikularumlagen — die Umlagen, wie er sich kurz ausdrückte — gleichbedeutend mit der finanziellen Anarchie in ganz Deutschland. Das möchte ich nicht in diesem Wortlaut unterschreiben, aber gewiß ist, daß es für das Reich unerwünscht ist, ein lästiger Kostgänger bei den Einzelstaaten zu sein, ein mahnender Gläubiger, während es der freigebige Versorger der Einzelstaaten sein könnte bei richtiger Benutzung der Quellen, zu welchen die Schlüssel durch die Verfassung in die Hände des Reichs gelegt, bisher aber nicht benutzt worden sind.

Diesem Zustand muß, glaube ich, ein Ende gemacht werden, denn die Matrikularumlage ist ungerecht in ihrer Vertheilung, wie damals Herr Miquel sagte; 30-, oder wie er sagte, 100,000 Bewohner von Thüringen oder Waldeck können nicht ebensoviel bezahlen an Matrikularbeiträgen wie 30- oder 100,000 Bewohner von Bremen oder Hamburg. Die Konsolidation des Reichs, der wir ja Alle zustreben, wird gefördert, wenn die Matrikularbeiträge durch Reichssteuern ersetzt werden; sie würden auch nicht verlieren, wenn diese Steuern so reichlich ausfallen, daß die Einzelstaaten vom Reich empfangen, anstatt daß sie bisher in einer nicht immer berechenbaren und für sie unbequemen Weise zu geben hatten.

Ein zweites Motiv, weshalb mir der gegenwärtige Zustand der Aenderung nothwendig bedürftig erscheint, liegt in der Frage: ist die Last, die im staatlichen und Reichsinteresse nothwendig aufgebracht werden muß, in derjenigen Form aufgelegt, in welcher sie am leichtesten zu tragen wäre, oder ist sie es nicht. Diese Frage muß ich nach meiner Ueberzeugung und wie Sie aus der Vorlage ersehen werden, wird sie von den verbündeten Regierungen in ihrer Allgemeinheit absolut verneint. Wir streben überhaupt nicht einen höheren Ertrag an, eine höhere finanzielle Einnahme, insoweit nicht der Reichstag und die Landtage die Nothwendigkeit mit uns erkennen und Ausgaben votiren, zu deren Deckung die Mittel beschafft werden müssen. An sich wüßte ich nicht, was das Reich mit einem Ueberschuß an Geldern anfangen sollte, wir haben es gehabt an den Milliarden und sind bei der Verwendung derselben in eine gewisse Verlegenheit gerathen.

Diesen Zustand aber künstlich auf Kosten der Steuerpflichtigen zu erzeugen, indem wir in jedem Jahre mehr einnehmen wie ausgeben, kann einer vernünftigen Staatsverwaltung an sich nicht zugemuthet werden. Der Verdacht, der in dieser Beziehung stellenweise in der Presse ausgesprochen wird, ist ungerecht und ich kann sagen absurd. Wir verlangen nicht mehr, als wir jetzt haben, und als wir nach Ihrem und der Landtage Votum mehr haben sollen, wir wünschen aber, daß das, was nach Ihrem und der Landtage Votum nothwendig aufgebracht werden muß, in der Form aufgebracht werde, in welcher es für die Kontribualen am leichtesten zu tragen ist. Die verbündeten Regierungen sind der Ueberzeugung, daß in dieser Beziehung die bei uns vermöge der Verhältnisse,

die ich vorhin nannte, im Zollverein so lange vernachlässigte Quelle der indirekten Steuern diejenige ist, welche das Tragen der Last, der wir uns in irgend einer Weise unterziehen müssen, am meisten erleichtern kann. Ich werfe also dem jetzigen Zustande vor, daß er zuviel von den direkten Steuern verlangt, zu wenig von den indirekten, und ich strebe danach, direkte Steuern abzuschaffen und das Einkommen, was sie gewähren, durch indirekte Steuern zu ersetzen. Wenn ich auch hier nur mein näheres Heimathland, Preußen, in das Auge fassen kann, zweifle ich doch nicht, daß in den meisten, vielleicht in allen Bundesstaaten ähnliche Verhältnisse stattfinden werden. Die Belastung der direkten Steuern hat meines Erachtens in Preußen eine Höhe erreicht, mit Hülfe der Zuschläge, die für die Provinz, den Kreis, die Gemeinde erfordert werden, daß diese Höhe nicht fortbestehen kann, und daß, wo irgendwie wegen Ausdehnung der Selbstverwaltung oder aus anderen Gründen größere Kosten erforderlich sind, diese nach jetzigem System nicht aufgebracht werden können. Ich kann ja über das, was ich in Preußen erstrebe, kein bestimmtes Programm aufstellen, ich kann nur sagen, für welches Programm ich meinen Einfluß in Preußen, soweit er reicht — und er ist geringer, als die Meisten annehmen — geltend machen werde. Wir bezahlen in Preußen an Grundsteuer bisher etwa 40 Millionen Mark, an Gebäudesteuer in diesem Augenblick — es pflegt ja bei ihr von Zeit zu Zeit eine Erhöhung einzutreten, ich weiß nicht, ob wir 21 Millionen jetzt schon bezahlen oder bezahlen sollen. Die Erhöhung dieser Gebäudesteuer schwebt über den Besitzern der städtischen und ländlichen Gebäude fortschreitend, sowie früher, vor der Kontingentirung, die Klassensteuer; diese beiden Posten, schon zusammen etwa 60 Millionen, wären meines Erachtens der Provinz, dem Kreis und der Gemeinde zu überweisen und diese dadurch von der Nothwendigkeit zu entbinden, in der sie sich befinden, gerade zu dieser Steuer und anderen ähnlichen Zuschläge zu zahlen, die in den einzelnen Gemeinden mehrere hundert Prozent betragen. Ich will nicht von Berechnungen sprechen, die mir vorliegen, nach welchen die städtischen Budgets einzelner Städte, und zwar der 170 größten Städte, zusammen von 100 pCt. resp. bis über 2000 pCt. der direkten Steuern aufzubringen haben. Ich vermuthe, daß darin manche Lasten sein werden, wie der Ankauf von Gas- und Wasserleitungen, die eigentlich nicht zu den Steuern gehören; immer aber ist gewiß, daß die Zuschlagsteuern in einzelnen Gemeinden 4 bis 500 pCt. betragen, in städtischen Gemeinden. Da ist eine Erleichterung meines Erachtens ganz unabweislich, und wenn man die genannten beiden Staatssteuern, zu denen sie Zuschläge zahlen, überweist, so würde man ungefähr 60 Millionen Mark überweisen, während die Zuschläge, die sie bisher bezahlen, 58 betragen, was sie aber nicht hindert, daß sie außerdem noch Kommunalsteuern im Gesammtbetrage, zu diesen zugerechnet, von 139 Millionen aufbringen, und daß dabei, wie ich glaube, die 26 Millionen, die für Kreis- und Provinzsteuern in den östlichen Provinzen gezahlt werden, noch nicht mit eingerechnet sind, daß also noch lange nicht eine Kostenfreistellung der Gemeinde stattfindet, aber doch eine wesentliche Sublevation.

Dann glaube ich, daß, immer nur von Preußen und Denjenigen, die gleiche Steuern mit Preußen haben, gesprochen, daß die Klassensteuer mit ihren 42 Millionen gänzlich in Wegfall kommen soll, soweit sie vom

Staate erhoben wird. Wollen einzelne Gemeinden sie für sich erheben, so ist das ihre Sache; aber ich könnte unter Umständen sogar für ein Gesetz stimmen, welches den Gemeinden das untersagt; denn ich halte diese direkte Steuer, auf Klassen gelegt, welche überhaupt mit der Noth des Lebens nach ihrer Vermögenslage zu kämpfen haben, Klassen bis zu 1000 Thaler Einkommen, wobei diese 1000 Thaler Einkommen nicht der Arbeiter hat, der in Kleidung und Wohnung nicht genirt ist, sondern es muß dafür Steuer zahlen, der mit diesen 1000 Thaler Einkommen seine Stellung schon schwer aufrecht erhalten kann, diese Art direkter Steuer, die nach mehr oder weniger Willkür des Veranlagenden von Jemand erhoben wird, die er bezahlen muß, nicht nach seiner Bequemlichkeit, sondern zu einem bestimmten Termin, wo die Exekution, wo die ganze Schmach der Exekution vor den Nachbaren vor seinen Augen steht, wenn er sie nicht zahlt, eine Steuer, die mehr als irgend eine andere denjenigen, die die Erregung der Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen sich zu ihrer Aufgabe stellten, zum Mittel und Hebel diente, diese Steuer sollte meines Erachtens vollständig wegfallen, am allermeisten in großen Städten wegfallen, wo man sie für die vielvermißte Mahl- und Schlachtsteuer eingeführt hat.

Ich stimme, wobei ich von Hause aus erklären muß, daß ich für dieses Detail der Zustimmung der preußischen Kollegen nicht sicher bin und auch nicht sage, ich stehe und falle mit diesem Programm, sondern ich sage, es ist ein Ziel, nach dem ich strebe, und für das ich die Zustimmung meiner preußischen Kollegen zu gewinnen suchen werde.

Mir ist in den westlichen europäischen Staaten eine ähnliche Steuer wie die Klassensteuer, eine direkte Steuer auf diese vermögenslosen und zum Theil mit den Schwierigkeiten der Zeit in übler Lage kämpfenden Klassen der Staatsbürger nicht bekannt; nur in Rußland ist mir in Erinnerung die Kopfsteuer, die, wie mir vorschwebt, 112 oder 118 Millionen Rubel jährlich beträgt, also nächst der Branntweinsteuer der stärkste Posten des russischen Einnahmebudgets, eine Steuer, die pro Kopf zwischen 1 Rubel 18 Kopeken und 2 Rubel variirt, diese Steuer, die einzige, die mir in ähnlicher Weise bekannt ist, und wo die Sicherheit, mit der sie eingeht, doch nur dadurch verbürgt ist, daß jede Gemeinde solidarisch verantwortlich ist für die Steuerquote, die auf sie fällt, wie auf die gesammten der Gemeinde angehörigen Individuen, und daß die Gemeinde ausgepfändet wird vom Staate, wenn die Steuer nicht bezahlt wird, daher ist die Steuer eine verhältnißmäßig sicher eingehende; nichtsdestoweniger habe ich, ich weiß nicht, ob aus Zeitungen, aber jedenfalls aus den mir zugänglichen Berichten die Nachricht, daß die russischen Finanzmänner diese direkte Steuer für hart halten, die einzige, die sie haben, und damit umgehen, sie durch indirekte Steuern zu ersetzen. Ein Staat, wie Rußland, der augenblicklich nach den schweren Kriegen, die er geführt hat, in keiner glänzenden Finanzlage sein kann, trägt doch seinerseits dem Unterschiede zwischen direkten und indirekten Steuern soweit Rechnung, daß er es sich zur Aufgabe stellt, die einzige große direkte Steuer, die er noch heute hat, und die auf dem Volke lastet, zu beseitigen. Ich halte die Klassensteuer für eine Steuer, die abgeschafft werden sollte. Die Einkommensteuer, die mit ihr in Verbindung steht, sollte meines Erachtens in der Weise revidirt werden, daß sie einen geringeren Ertrag giebt wie

jetzt. Sie giebt jetzt, soviel ich mich erinnere, circa 31 Millionen Mark, und die Richtung, in der ich ihren Ertrag herabsetzen möchte, ist folgende:

Von dem Einkommen, welches aufhört klassensteuerpflichtig zu sein, von 1000 bis zu einem Einkommen von 2000 Thalern, — ich bitte um Entschuldigung, wenn ich der Kürze und Verständlichkeit wegen noch in Thalern, noch nicht in Mark rede — also zwischen 1 und 2000 Thaler Einkommen sollte meines Erachtens nur fundirtes Einkommen eine Steuer bezahlen. Ich nenne fundirtes Einkommen dasjenige, was erblich übertragbar ist, dasjenige, was aus dem Besitz von zinstragenden Papieren oder Kapitalien oder aus Landgütern und Grundbesitz hervorgeht, und ich möchte dann noch einen Unterschied zwischen verpachtetem und selbstbewirthschaftetem Grundbesitz machen, der das Einkommen von Pacht bezieht und nebenher noch ein Geschäft betreiben kann, also günstiger gestellt ist, als derjenige, der im Schweiße seines Angesichts paterna rura bearbeitet. Für die beizubehaltenden Kategorien der Einkommensteuer über 2000 Thaler ist meines Erachtens derselbe Unterschied festzuhalten, aber nicht so, daß das täglich zu erwerbende und zu gewinnende Einkommen ganz steuerfrei bleibt, sobald es über 2000 Thaler beträgt, daß es aber jedenfalls einen geringeren Satz bezahlt, als den jetzigen, und jedenfalls ein geringeren Satz als das fundirte Einkommen. Wer als Kaufmann, als Industrieller, als Handwerker sich ein Einkommen durch tägliche Arbeit verdient, der Gefahr laufen kann, daß es ihm morgen verringert wird, welches sich nicht auf seine Kinder übertragen läßt, ist ungerecht besteuert, wenn grade so viel vom Manne bezahlt werden soll, wie von dem, der blos die Scheere zu nehmen und die Koupons abzuschneiden oder blos eine Quittung zu schreiben braucht für den Pächter, der ihm das Pachtgeld bezahlt. Ich bin deshalb der Meinung, daß die Steuer für das nicht fundirte Einkommen heruntergesetzt werden sollte, ich bin ferner der Ansicht, daß ein Staatsbeamter eine staatliche Einkommensteuer nicht bezahlen darf. Es ist das eine unlogische Auflage, die mir als solche schon erschien, wie ich mich erinnere, in der Zeit, wie sie gemacht wurde. Ich kann sie nur identifiziren mit der direkten Steuer, die der Staat etwa auf die Koupons seiner eigenen Schulden legen würde. Er schuldet dem Beamten das Gehalt, zieht ihm aber unter dem Vorwande der Staatssteuer — ich spreche nicht von der Gemeindesteuer, es ist der Beamte in einer anderen Lage einer Gemeinde gegenüber; aber vom Staate finde ich es als ein unrichtiges Verfahren, daß er dem Beamten einen Theil des Gehalts als Steuer für den Finanzminister wieder abzieht. Entweder der Beamte ist ausreichend bezahlt, was ich von den wenigsten bei uns sagen kann, oder er ist nicht in dem Fall, oder er ist zu hoch bezahlt. In dem Fall, daß er zu hoch bezahlt ist, mag man ihm einen Theil des Gehaltes entziehen, ist er ausreichend bezahlt, so ist es gut, ist er aber nicht ausreichend bezahlt, so ist es eine außerordentliche Härte, ihm durch die Steuer noch einen Theil des Gehaltes zu verkürzen.

Ich bin in diesem Theile meines Vortrages etwas weitläufiger geworden, weil ich den Eindruck gewonnen habe, daß über die Absichten der Reichsregierungen — ich bin ja nicht die Regierung, es giebt nur Reichsregierungen — der Reichsregierungen nach dieser Richtung, nach der Richtung der Verwendung dessen, was einkommen könnte, dessen, was durch das Hinwegfallen der Matrikularbeiträge flüssig werden würde, daß dar-

über die verschiedensten und wunderlichsten Meinungen bestehen. Es wird jedem Staate überlassen sein können, mit seinem Landtage darüber sich zu einigen, was er mit den disponibel werdenden Einnahmepositionen zu machen hat, in dem Falle, daß er keine Matrikularbeiträge mehr bezahlt, in dem noch günstigeren von mir erhofften und erstrebten Falle, daß das Reich in der Lage sein wird, aus seinen indirekten Einnahmequellen noch an die einzelnen Staaten herauszuzahlen; also was der einzelne Staat mit seiner Quote anfängt, wird er mit seinem Landtage abzumachen haben. Ich habe beispielsweise dargelegt, was mir, da ich zugleich preußischer Minister bin, in Bezug auf Preußen vorschwebt. Ich will nicht sagen, daß es sofort und glatt zu geschehen hätte, aber worauf ich meine Bestrebungen in Preußen richten werde, ohne daß meine Wünsche gerade absolut, schnell und vollständig befriedigt werden müssen, ich arbeite nach der Seite hin.

Ich komme dann auf einen anderen Mangel, an dem meines Erachtens die Erhebung unseres Einkommens leidet, und ich muß mich leider auch da mehr auf die preußischen Verhältnisse einschränken, da die Verhältnisse im ganzen Reich zu ungleichartig sind, indessen das, was für Preußen gültig sein wird, hat mutatis mutandis auch in allen nördlichen Staaten Geltung, die der preußischen Gesetzgebung seit längerer Zeit parallel gegangen sind, vielleicht auch in den südlichen. Es ist das die ungleiche Vertheilung der Last, wie sie jetzt vorhanden ist, zwischen unbeweglichem und beweglichem Vermögen; der ländliche und der städtische Grundbesitz sind durch die Art, wie heut zu Tage die finanziellen Bedürfnisse in Preußen erhoben werden, wesentlich prägravirt im Vergleich mit dem beweglichen Besitz. Die Steuern, die ich vorher anführte als neu eingeführt, zu denen die Grundsteuer kaum gehört, denn die Grundsteuer hat seit dem Jahre 1861 für den Staat kaum eine Erhöhung erlitten, sie ist anders vertheilt worden, die Erhöhung ist wenigstens verhältnißmäßig geringfügig, diese Steuern treffen ja mit ihrem Hauptgewicht den Grundbesitz.

In den Reden, die wir avant la lettre hier über die Fragen gehört haben, die uns heute beschäftigen, und in den Artikeln der Zeitungen ist ja sehr viel von der Nothwendigkeit wohlfeilen Getreides und wohlfeiler Nahrungsmittel die Rede. Ich weiß nun nicht, ob es gerade ein Mittel gewesen ist, diese Wohlfeilheit herbeizuführen, wenn man den inländischen Getreideproduzenten mit einer Grundsteuer belegte, die 10 pCt. des Reinertrages nominell — ich will sagen: in Wirklichkeit nur 5 pCt. des damaligen höheren Reinertrages, aber da, wo eine Verschuldung auch nur bis zur Hälfte ist, ein Fall, der leider bei uns sehr häufig ist in großen und kleinen Besitzungen, doch 10 pCt. beträgt.

Derselbe Landwirth, der diese Grundsteuer bezahlt und sie abrechnen muß von dem Ertrage des von ihm zu Markte gebrachten Getreides, der hat außerdem nun noch für die landwirthschaftlichen Gebäude, die er braucht, eine Gebäudesteuer zu zahlen, in der eine gewisse Schraube liegt, die alle Jahre wächst, und ich weiß nicht, wie hoch noch wachsen wird, wenn sie nicht kontingentirt wird, und wo meiner Erfahrung nach unter Vorwänden, die ich mir nicht aneignen möchte, Zunahme der Nutzung bei Zurückgang der ganzen Landwirthschaft, fast in jedem Jahre Erhöhungen vorkommen.

Dieselbe Gebäudesteuer schlägt also nochmals denselben Rohprodu-

zenten, der durch die Grundsteuer betroffen ist. Dann kommt die Einkommensteuer, die ohne Rücksicht darauf, daß sein Einkommen aus Grund und Boden durch die Grundsteuer schon einmal, durch die Gebäudesteuer zum zweiten Mal besteuert worden ist, ihm noch durch die Einkommensteuer für dasselbe Einkommen aus den Gebäuden belastet, die wesentlich nur das Handwerkzeug zur Benutzung des Grundes und Bodens sind, für den er auch bereits steuert. Es ist dies nicht nur eine doppelte Steuer, es ist eine dreifache Besteuerung desselben Einkommens.

Die Besteuerung, soweit sie in der Grundsteuer liegt, beläuft sich also auf 5 pCt. bei einem schuldenfreien Gute, auf 10 pCt. bei einem Gute, was zur Hälfte verschuldet ist. Die Gebäudesteuer beträgt etwas über die Hälfte der Grundsteuer; sie ist auf 21,000,000 Mark gewachsen. Man kann also annehmen, daß auch sie, wenn nicht ganz den halben Betrag der Grundsteuer, doch mindestens 2 bis 5 pCt. auch von dem Ertrage des Getreidebaues vorweg nimmt, soweit sie auf landwirthschaftlichen Gebäuden beruht. Die Einkommensteuer nimmt sicher ihre 3 pCt. davon. Sie haben also, wenn Sie das addiren, in der Minimalposition, die ich angenommen habe, eine Belastung der inländischen Getreideproduktion von 5, von 2, und von 3, macht 10, für den unverschuldeten Grundbesitz. Ist er zur Hälfte verschuldet, so steigt diese Belastung auf gegen 20 pCt., und die Verschuldungen, die vorhanden sind, wollen Sie doch den Leuten nicht so hoch anrechnen und nicht als Ergebniß von Verschwendung! Sie können zurückgehen auf die Entstehung der meisten Schulden. Wenn sie nicht aus Gütertheilung entstanden sind, sowohl bei den Bauern-, wie bei den Rittergütern, so haben sie zum größten Theil ihren Ursprung in den Verwüstungen, denen Norddeutschland und namentlich das nordöstliche Deutschland in den französischen Kriegen im Anfang dieses Jahrhunderts ausgesetzt gewesen ist, und in der allgemeinen Rathlosigkeit und Noth, die über die Besitzer der östlichen Landestheile geriethen, als ihnen durch die Ablösungsgesetze, jene vernünftigen Gesetze, aber für den Augenblick schwer drückenden, die vorhandenen Arbeitskräfte entzogen wurden, sie neue nicht bekamen und kein Kapital hatten! Also man kann die vorhandene Verschuldung mehr dem politischen Gange zurechnen, den Bestrebungen, die Preußen für die Stellung, die es hat, und die schließlich zur Konsolidirung des gesammten Deutschlands geführt hat und dem gesammten Deutschland zu Gute gekommen ist, verfolgt hat. Für dieselbe Aufgabe ist der an und für sich kümmerliche Grundbesitz der östlichen Provinzen vielfach im Feuer der Verschuldung gewesen. Ich überlasse das den Statistikern, — ich bin kein Freund von statistischen Zahlen, weil ich den Glauben an sie bei näherem Studium verloren habe, — aber ich überlasse es den Statistikern, zu erwägen, wie es sich auf den Scheffel Roggen ausrechnen läßt diese circa 10 bis 20 pCt. an Staatssteuern, die der Grundbesitz vorweg zu tragen hat im Vergleich mit dem beweglichen Einkommen, welches seinerseits nur drei Prozent Einkommensteuer bezahlt. Rechnen Sie zu beiden noch dazu die kommunalen, Kreis- und provinzialen Zuschläge, Sie werden mir zugeben, daß 100 pCt. Zuschlag günstige Verhältnisse sind, und daß diese Zuschläge in den ackerbautreibenden Provinzen vorzugsweise auf der Landwirthschaft ruhen, so haben Sie für die einheimische Landwirthschaft eine Besteuerung der Getreideproduktion, die zwischen 20, 30, ja selbst mehr Prozent variirt, und Dem gegenüber findet

die Einfuhr alles ausländischen Getreides unverzollt statt. Wenn es wirklich ein Glück einer Nation ist, vor allen Dingen wohlfeiles Getreide zu haben, und wenn es rechtzeitig erkannt wäre, etwa im Jahre 1861, wie die Grundsteuer eingeführt wurde, so sollte man annehmen, daß man damals anstatt der Grundsteuer eher eine Prämie auf den Getreidebau im Lande gezahlt hätte, und wenn man keine Prämie zahlte, es doch im höchsten Interesse der öffentlichen Ernährung gefunden hätte, daß der inländische Getreidebau mindestens steuerfrei wäre, damit er recht wohlfeil den Konsumenten versorgen könne. Statt dessen ist kein Gewerbe im ganzen Lande so hoch besteuert, wie die Landwirthschaft. Bringen Sie die Landwirthschaft heute herunter auf die Gewerbesteuer, auf die durchschnittliche Steuer jedes anderen Gewerbes, und Sie werden sie um mindestens ¾ dessen, was sie heute trägt, erleichtern müssen, vielleicht um sehr viel mehr.

In allen anderen Produktionen ist die erste Aufgabe des Gesetzgebers auch schon früher immer gewesen, den inländischen Produzenten etwas besser zu behandeln als den fremden. In den landwirthschaftlichen Produkten ist es gerade umgekehrt. Es ist vielleicht der Glaube an die Unerschöpflichkeit der Bodenrente, daß der Boden immer noch etwas bringt, weil nur ein Mann, der ihn selbst im Schweiße seines Angesichts bebaut hat, die Grenzen kennt, in denen der Boden noch rentirt. Es ist vielleicht auch das Gefühl, daß die Repräsentanten und Interessenten der Landwirthschaft hauptsächlich die wenigen Besitzer von Latifundien seien, die man hier in Berlin unter Umständen, sei es im Reichstage, sei es bei Borchardt oder sonst zu sehen bekommt und die, weil sie reiche Leute sind, auch noch reiche Leute im allgemeinen Nothstande bleiben, daß das die Repräsentanten der Landwirthschaft wären.

Meine Herren, es giebt in ganz Preußen nur 15,000 Rittergüter, und wenn ich annehme, daß davon 3—4000 wohlhabenden Leuten gehören, so ist das nicht viel. Es giebt aber in Preußen allein und im Reiche noch mehrere Millionen von Grundeigenthümern. Die statistischen Nachrichten sind so widersprechend, so ungenau und, wie mir scheint, so absichtlich und tendenziös gruppirt, daß es sehr schwer wäre, die Zahl der Grundeigenthümer genau herauszufinden, aber auf 3—4 Millionen belaufen sie sich ganz sicher. Diese Grundeigenthümer haben ihre Angehörigen, und um das Wohl und Wehe dieser Masse der Bevölkerung, mögen Sie sie auf ½ oder ⅔ der Nation veranschlagen, auch darüber hat die Statistik keine Sicherheit, ist es, die meines Erachtens vom Gesetzgeber Gerechtigkeit und gleiche Behandlung mit den übrigen Gewerben verlangt.

Es ist ferner ein vierter Vorwurf, den ich der augenblicklichen Gesetzgebung mache, und das ist ja einer der gewichtigsten, der uns vielleicht in unseren Diskussionen mehr beschäftigen wird, wie die rein finanzielle Seite der Sache; das ist derjenige, daß die jetzige Veranlagung unserer indirekten Steuern der einheimischen, vaterländischen Arbeit und Produktion nicht das Maß von Schutz gewährt, was ihr gewährt werden kann, ohne die allgemeinen Interessen zu gefährden.

Ich lasse mich hier auf einen Streit zwischen Schutzzoll und Freihandel überhaupt nicht ein. Bisher sind wir noch alle Schutzzöllner gewesen, auch die größten Freihändler, die unter uns sind, denn keiner hat bisher noch weiter heruntergehen wollen, als der heute zu Recht be-

stehende Tarif, und dieser Tarif ist noch immer ein mäßig schutzzöllnerischer und mäßig und schutzzöllnerisch ist auch die Vorlage, die wir Ihnen machen. Einen mäßigen Schutz der einheimischen Arbeit verlangen wir. Wir sind weit entfernt von irgend einem System der Prohibition, wie es in den meisten Nachbarländern stattfindet, wie es in unserem früheren Hauptabnehmer Amerika stattfindet, Zölle von 60—80 pCt. ad valorem im Durchschnitt. Alles das, was wir Ihnen geben als Schutzzoll, bleibt innerhalb der Grenze der finanziellen Besteuerung, mit Ausnahme desjenigen, wo das Unterlassen eines höheren Schutzes erhebliche augenblickliche Nachtheile für zahlreiche Klassen unserer Mitbürger nach sich ziehen würde. Es ist kein tendenziöser Schutztarif, den wir Ihnen vorschlagen, es ist kein prohibitiver, es ist nicht einmal die volle Rückkehr zu dem Maß von Schutzzoll, was wir im Jahre 1864 besaßen. Die vergleichenden Uebersichten der Tarife von 1864 und von heute sind in Ihren Händen, und sie werden wahrscheinlich gleich mir überrascht sein beim ersten Anblick, wenn Sie die Höhe des Abhanges sehen, den wir allmälig herabgegangen sind. Daß wir das gethan haben, und daß ich es mitgethan habe, obschon die Neigung, mich nun in specie für die Gesetzgebung verantwortlich zu machen auf diesem Gebiete, eine stark tendenziöse ist, die ich vollständig ablehnen könnte, — ich bin aber nicht schüchtern genug, um irgend eine Verantwortlichkeit, die mir nach dem Buchstaben des Gesetzes obliegt, abzulehnen. Ich glaube auch, daß die Strömung für minderen Schutz, ich will nicht sagen für Freihandel, denn so weit ist noch keiner von uns gegangen und kein Staat, vollen Freihandel, lediglich Finanz- und Konsumtionszölle ohne jeglichen Schutz der Industrie, so weit ist noch Niemand gegangen; aber die Strömung für allmälige Verringerung der Schutzzölle war um die 60er Jahre höher unter der Führung des damals leitenden Staates in Europa, unter Führung Frankreichs, war eine so starke, daß man wohl glauben konnte, sie werde sich konsolidiren und werde außer England und Frankreich noch andere Staaten mit in ihren Strom ziehen, daß man wohl Bedenken haben konnte, dieser Strömung zu widerstreben, die einem Ziel näher führt, das an sich, wenn es erreichbar wäre, in seiner Idealistik ja ein sehr hohes wäre, daß jedem Lande die Entfaltung der Kräfte, die ihm eigenthümlich sind, überlassen werden könnte, und alle Grenzen offen sein müßten denjenigen Produkten, die anderswo brauchbarer und besser hergestellt werden könnten, wie bei uns. Das ist ein Ideal, was deutscher, ehrlicher Schwärmerei ganz würdig ist. Es mag auch erreichbar sein in zukünftigen Zeiten, und ich verstehe deshalb vollkommen, daß man Bedenken hatte, einer Strömung, die dem entgegen führte, Opposition zu machen. Ich kann noch weiter hinzufügen, daß die Ueberzeugung von der Zukunft, welche diesen Bestrebungen blühte, meiner Erinnerung nach in den sechziger Jahren eine so starke war, daß jeder Versuch der Regierung damals, ihr entgegen zu treten, mißlungen wäre. Wir wären in keinem Parlament, in keinem Reichstag, so lange wir ihn hatten, in keinem Landtag damit durchgekommen, wenn wir im Jahre 1861 eine Schutzzollpolitik, eine mehr schützende Politik, als die damalige, hätten betreiben wollen, und ich erinnere Sie, mit welcher Freudigkeit von großen Majoritäten damals die Herabminderungen der Zölle aufgenommen sind. Sie können den Regierungen daraus, wenn sie den Versuch gemacht haben, ob die Ideale sich verwirklichen, ob man ihnen

näher kommen könne, keinen Vorwurf machen. Keine deutsche Regierung konnte darauf rechnen, daß alle übrigen in kurzer Zeit hinter ihr abschwenken würden. Die einzige ist noch England, und das wird auch nicht lange dauern, aber Frankreich, Amerika haben diese Linie vollständig verlassen, Oesterreich, anstatt seine Schutzzölle zu mindern, hat sie erhöht, Rußland hat dasselbe gethan, nicht blos durch die Goldwährnng, sondern auch in anderer Beziehung. Also allein die Düpe einer ehrlichen Ueberzeugung zu sein, kann man Deutschland auf die Dauer nicht zumuthen. Wir sind bisher durch die weit geöffneten Thore unserer Einfuhr die Ablagerungsstätte aller Ueberproduktion des Auslandes geworden. Bei uns können sie einstweilen Alles deponiren, und es hat, wenn es erst in Deutschland ist, immer einen etwas höheren Werth als im Ursprungslande, wenigstens so denken die Leute, und die Masse der Ueberführung Deutschlands mit der Ueberproduktion anderer Länder ist es, was unsere Preise und den Entwickelungsgang unserer Industrie, die Belebung unserer wirthschaftlichen Verhältnisse meines Erachtens am allermeisten drückt. Schließen wir unsere Thüren einmal, errichten wir die etwas höhere Barrière, die wir Ihnen hier vorschlagen, und sehen wir zu, daß wir mindestens den deutschen Markt, das Absatzgebiet, auf dem die deutsche Gutmüthigkeit vom Auslande jetzt ausgebeutet wird, der deutschen Industrie erhalten. Die Frage eines großen Exporthandels ist immer eine außerordentlich prekäre; neue Länder zu entdecken giebt es nicht mehr, der Erdball ist umschifft, und wir können kauffähige Nationen von irgend welcher erheblichen Ausdehnung, an die wir exportiren können, nicht mehr finden. Der Weg der Handelsverträge ist ja unter Umständen ein sehr günstiger, es fragt sich nur bei jedem Vertrage: qui trompe-t-on ici? — wer wird übervortheilt? Einer in der Regel, und man kommt erst nach einer Anzahl von Jahren dahinter, wer es eigentlich ist. Ich erinnere nicht an unsere Verträge, sondern nur an die, die zwischen Frankreich und England bestehen, wo beide sich auch gegenseitige Täuschung vorwarfen, aber ich erinnere daran, daß unsere Staatsmaschine in steuerlicher Beziehung viel weniger in der Hand der Regierung liegt, um die Intentionen des Landes gegen den Vertrag und trotz des Vertrages so zu fördern, wie es in den meisten unserer Nachbarländer der Fall ist. Unsere ganze Steuerhebung und Verwaltung ist publici juris, und es kann eine erlaubte oder unerlaubte Abweichung von den Vertragsbestimmungen bei uns niemals stattfinden; während bei unseren Nachbaren die Thätigkeit des Beamten — Frankreich nicht ausgenommen, und Frankreich steht doch unseren Verhältnissen am nächsten an — eine solche bleibt, daß dort die Vortheile des Vertrages durch die administrative Einwirkung mehr erschwert werden können, als es bei uns je der Fall sein wird, dem andern Kontrahenten die Ausbeutung des Vertrages zu erschweren. Aber jeder Handelsvertrag ist ja immer ein erfreuliches Zeichen der Freundschaft; in der Völkerwirthschaft kommt es blos darauf an, was darin steht. Handelsverträge an sich sind gar nichts, sie können so übel sein wie möglich, es kommt darauf an, was darin steht, und können wir es erreichen, daß uns ein Staat mehr abkauft als wir ihm, so werde ich, wenn das nicht ein großes Derangement in unsere inneren Angelegenheiten und unsere jetzige Produktionslage bringt, einem solchen Vertrage gewiß nicht entgegentreten. Ob wir bei den Verträgen Vortheile gehabt haben, oder nicht, ist eine Sache, die sich jeder sicheren

Berechnung entzieht. Thatsache ist, daß wir uns in leidenden Zuständen befinden, und zwar meiner Ueberzeugung nach mehr, wie irgend eins unserer schutzzöllnerischen Nachbarläuder. Wenn die Gefahr des Schutzzolles so groß wäre, wie sie von den begeisterten Freihandelanhängern geschildert wird, müßte Frankreich längst seit Colbert ein ruinirtes, ein verarmtes Land sein, vermöge der Theorien, nach denen es lebt. Nichtsdestoweniger sehen wir, daß Frankreich dieselbe drückende Lage, in der sich die zivilisirte Welt befindet, mit mehr Leichtigkeit erträgt, daß es, wenn wir sein Budget ansehen, was um 1¼ Milliarden seit 1871 gewachsen ist, nicht blos durch Schulden, daß es leistungsfähiger geblieben ist als Deutschland, und die Klagen über das Darniederliegen der Geschäfte sind weniger groß.

Wir sehen dasselbe bei unseren östlichen Nachbaren, Oesterreich und Rußland, wir sehen namentlich Rußland prosperiren, hauptsächlich, glaube ich, vom deutschen Gelde.

Nach den amtlichen Nachrichten, die mir vorliegen, ist in dem westlichen Rußland, was hauptsächlich beim Korn- und Holzverkauf nach Deutschland interessirt ist, die Prosperität nie in dem Maße vorhanden gewesen wie heute, wo das übrige Europa leidet. Ich habe Verwandte und Bekannte dort viele, mir sind Beispiele genannt worden von dem ungeheuerlichen Steigen des Bodenwerths, so daß in manchen Fällen der frühere Kaufpreis von vor 20 Jahren die jetzigen Revenüen ungefähr bildet, sobald eine Eisenbahn in der Nähe liegt, sobald ein mäßiger Holzbestand ist, oder sobald große fruchtbare Steppen in der Nähe sind, die ausgebeutet werden können durch den Eisenbahntransport. Die Einlagen in den Sparkassen, die Einlagen in der Bank im westlichen Rußland, die Abschlüsse der dortigen Fabriken, — mir sind von großen Fabriken Abschlüsse bekannt mit 35 pCt. und 10 pCt. Reservezurücklage, von russischen Industrieen, — ja, das ist eine geschützte Industrie, die Valuta ist niedrig und doch leistungsfähig in dem Lande, wo sie ist, und das deutsche Geld für Korn und Holz fließt in einem Maße zu, wie es nie geahnt worden ist, — kurz und gut, das sonst verrufene Polen, das Rußland, welches einen schweren und kostspieligen Krieg geführt hat und in seinen Finanzen nicht vollständig geordnet ist, schreitet fort in der Wohlhabenheit — ich glaube auf Kosten des deutschen Produzenten und in Wirkung unserer Gesetzgebung — ich glaube es. In allen diesen Fragen halte ich von der Wissenschaft gerade so wenig, wie in irgend einer anderen Beurtheilung organischer Bildungen. Unsere Chirurgie hat seit 2000 Jahren glänzende Fortschritte gemacht, die ärztliche Wissenschaft in Bezug auf die inneren Verhältnisse des Körpers, in die das menschliche Auge nicht hineinsehen kann, hat keine gemacht, wir stehen demselben Räthsel heute gegenüber, wie früher. So ist es auch mit der organischen Bildung der Staaten. Die abstrakten Lehren der Wissenschaft lassen mich in dieser Beziehung vollständig kalt, ich urtheile nach der Erfahrung, die wir erleben. Ich sehe, daß die Länder, die sich schützen, prosperiren, ich sehe, daß die Länder, die offen sind, zurückgehen, und das große mächtige England, der starke Kämpfer, der, nachdem er seine Muskeln gestärkt hatte, auf den Markt hinaustrat und sagte: wer will mit mir kämpfen? ich bin zu jedem bereit, — auch dieses geht zum Schutz-

zoll allmälig zurück und wird in wenigen Jahren bei ihm angekommen sein, um sich wenigstens den englischen Markt zu bewahren.

Nach meinem Gefühl sind wir, seitdem wir unsere Tarife zu tief heruntergesetzt haben, — eine Schuld, von der ich, wie gesagt, mich nicht eximire — in einem Verblutungsprozeß begriffen, der durch die verrufene Milliardenzahl um ein paar Jahre aufgehalten worden ist, der ohne diese Milliarden aber wahrscheinlich schon vor 5 Jahren soweit gekommen wäre wie heute. Angesichts dieser Sachlage, wie ich sie beurtheile, es liegt kein Grund vor, persönliche Empfindlichkeit in eine Sache einzumischen, die wir, wenn wir ehrlich sein wollen, Alle nicht beherrschen; so wenig wie die Frage des menschlichen inneren Körpers, von der ich sprach, so wenig, behaupte ich, giebt es Einen, der mit unfehlbarer Gewißheit sagen könnte, dies ist die Folge der und der wirthschaftlichen Maßregel. — Deshalb möchte ich bitten, jede persönliche Empfindlichkeit in diesen Fragen aus dem Spiel zu lassen, und ebenso die politische Seite; die Frage, die vorliegt, ist keine politische, sondern eine rein wirthschaftliche Frage; wir wollen sehen, wie wir dem deutschen Körper wieder Blut, wie wir ihm die Kraft der regelmäßigen Cirkulation des Blutes wieder zuführen können, aber meine dringende Bitte geht dahin, alle Fragen der politischen Parteien, alle Fragen der Fraktionstaktik von dieser allgemeinen deutschen reinen Interessenfrage fern zu halten, und wenn wir dem deutschen Volke etwas zu geben haben, so sage ich: bis dat qui cito dat und qui non cito dat, der schädigt unsere ganze Volkswohlfahrt in hohem Grade. Ich glaube, daß diese Ueberzeugung die Verhandlungen des hohen Hauses beherrschen sollte, daß das deutsche Volk vor allen Dingen Gewißheit über seine wirthschaftliche Zukunft verlangt, und daß selbst eine schnelle Ablehnung dessen, was Sie nicht wollen, immer, auch in der Meinung der Regierung, noch günstiger ist, als ein Hinziehen der Ungewißheit, in der Niemand weiß, wie die Zukunft sich gestalten wird.

Zur finanziellen Seite der Zollreform.

(Bei der Berathung der Anträge wegen Sicherung des Durchfuhrhandels und des Zollersatzes.)

„Ich möchte doch auch bitten, die finanzielle Seite der Sache etwas mehr in Betracht zu ziehen. Ich habe diese ganze Vorlage betrieben und persönlich eingeleitet im Sinne einer ausgedehnten finanziellen Reform, um den verbündeten Regierungen und dem Reiche selbst die Mittel zu geben, die ihnen fehlen, um Finanzquellen zu eröffnen, um drückende direkte Steuern durch weniger drückende indirekte zu ersetzen. Wo sollen aber die Mittel dazu herkommen, wenn nicht nur die Hauptsteuervorlagen, die gerade, die das Geld bringen sollen, um die Klassensteuer zu ermäßigen, in meinem Sinne, um sie ganz zu beseitigen, insbesondere um die Grundsteuer und die Grundsteuerbeischläge für die Landwirthschaft zu vermindern, um die Landwirthschaft im Innern zu entlasten, wo sollen denn die Beiträge dazu herkommen, wenn die wichtigsten Finanzartikel, wie Bier, Tabak, ein so eifriges Entgegenkommen finden, wie bisher, so daß wir fürchten müssen, daß wir mit denen in dieser Session wenigstens den Finanzministern keine weitere

Quelle eröffnen können. Wo sollen denn die Mittel dazu herkommen, um unsere Steuern zu erleichtern, wenn die ertragreichsten kein Entgegenkommen finden, und wenn bei diesen, wo wir bisher noch Hoffnung auf ihr Durchgehen hatten, die finanzielle Wirkung, der finanzielle Ertrag dadurch beschränkt wird, daß ein sehr wesentlicher Theil der Einfuhr in die Lage gesetzt wird, daß der Zoll, der dafür erhoben wird, wieder vergütet werden muß, und daß sie dem Finanzminister nur eine geringe Einnahme geben, und daß namentlich auf diese Weise die steuerliche Belastung unseres Kornbedarfs nicht gerechter vertheilt wird zwischen dem Auslande und dem Inlande, sondern daß der Theil, der auf das Ausland gelegt wird, möglichst geschmälert und verkleinert wird, daß wir also um so viel weniger Mittel haben, um die Landwirthschaft im Innern zu erleichtern; der ganze Reformplan der verbündeten Regierungen liegt ja offen vor und liegt auch in der ganzen Oeffentlichkeit Jedermann zur Prüfung vor, und ich glaube, daß er im Lande im Durchschnitt eine günstigere Aufnahme gefunden hat, als hier in diesem Hause. Wenn es uns nicht gelingt, ihn zu verwirklichen, werden die Regierungen sich sagen können, daß sie das ihrige, um die bestehenden Steuern zu erleichtern, um neue Quellen zu eröffnen, gethan haben. Ohne Ihre Unterstützung aber, meine Herren, würden wir natürlich nicht zu unserem Ziele gelangen."

8. Mai. Dann gegen den Abgeordneten Dr. Lasker.

[Lasker's grundlose Vorwürfe; — die Besteuerung der Landwirthschaft und der Industrie; — der Freihandel und der Tarif des alten Zollvereins; — die früheren Finanzminister; — Nothwendigkeit gegenseitigen Nachgebens.]

Ich hatte heute früh noch nicht die Absicht, in der allgemeinen Debatte wiederum das Wort zu ergreifen, weil meine Ueberzeugung, und ich glaube, auch die der Mehrzahl der Zuhörer, durch die Gegengründe, die gegen meine Darlegungen seitdem angeführt worden sind, nicht erschüttert war; die meisten derselben bestanden, wie ich das gewohnt bin, weniger in einer Kritik der Sache, als in argumentis ad hominem, in Demonstrationen gegen meine Person (ah! ah!), und es ist mir das ja ziemlich gleichgültig. Ja, meine Herren, an dieser Stelle, von welcher dies „ah" ausgeht, sind diese Demonstrationen zu Hause, und es veranlaßt mich dies, nochmals Akt davon zu nehmen, damit man weiß, von woher dergleichen kommt, und daß von dort aus die sachlichen Diskussionen mit oratorischen Ausschmückungen betrieben werden, die den Frieden und die Verständigung zu fördern nicht geeignet sind, es ist das gerade in der Gegend der Fall, wo diese Interjektionen mich eben unterbrochen haben, und ich sage also, ich hätte darauf so sehr viel Werth nicht gelegt, weil ich es der öffentlichen Meinung besser selbst überlasse, ob sie über meinen Verstand und meinen Charakter günstiger denken will oder nicht, und ob sie ihr Urtheil über mich von meinen politischen Gegnern entnehmen will oder nicht. Ich bin ja, wie Sie wissen, leider in der Presse, und zwar von verschiedenen Parteien, einem solchen Maße von groben Ehrenkränkungen, von lügenhaften Verleumdungen ausgesetzt gewesen, daß ich in der Beziehung doch ziemlich abgehärtet bin, und hier

im Reichstag, auch dort, wo die Herren unruhig werden, kommt ja dergleichen nicht vor, aber natürlich, die mildere wohlwollende Kritik, der ich hier unterzogen werde, im Vergleich zu der Presse, gegen die bin ich ziemlich abgehärtet. Ich würde also auch darauf nicht reagirt haben, wenn ich nicht heute, ohne die Absicht herzukommen, benachrichtigt worden wäre, daß der Herr Abg. Lasker über mich verschiedene Bemerkungen gemacht hat mit der Gesinnung für mich, die ich kenne und zu schätzen weiß, die aber doch ein Maß voll Verstimmung mir gegenüber zeigt, welches ich gern mildern möchte, wenn es mir gelingt. Ich kann sonst nach dem Maß der Verstimmung, welches aus der Haltung des Herrn Lasker spricht, immer einen günstigen Barometerstand für meine Politik und für die Politik, die ich glaube im Namen des Reichs verfolgen zu sollen, entnehmen, und insofern könnte mich das Symptom ja beruhigen, wenn nicht meine persönliche Vorliebe für einen so langjährigen Gegner, von dem ich schließlich sagen kann nach jenem französischen alten Lied: on se rapelle avec plaisir des coups de poing qu'on s'est donnés, mich das Bedürfniß empfinden ließe, seine Meinung in einigen Beziehungen richtig zu stellen.

Der Herr Abgeordnete hat, wenn die Notizen, die ich bekommen habe, richtig sind, gesagt: mein Schriftwechsel mit dem Baron Thüngen habe Alles überholt, was bisher an agrarischen Extravaganzen geleistet sei. Liegt darin nicht eine kleine rhetorische Extravaganz, eher als die agrarische, die mir vorgeworfen wird? Ich habe mich zu dem Schreiben nicht blos berechtigt, sondern auch verpflichtet gehalten. Die Nation hat das Recht, zu wissen, wie ich über die einzelnen Fragen denke, und ich freue mich, wenn die Kenntniß hiervon eine möglichst öffentliche und verbreitete wird, denn ich habe darüber nichts zu verbergen. Ich habe mich ausgesprochen gegenüber den sehr scharf accentuirten Klagen des Baron Thüngen über die Vernachlässigung der landwirthschaftlichen Interessen in der Tariffrage, um ihm nachzuweisen, daß ich unter Umständen eine höhere Verzollung der landwirthschaftlichen Produkte gewünscht hätte, in Bezug auf das Getreide nicht viel höher, denn der Zoll für Getreide, namentlich für die Getreidegattung, die am meisten als Nahrungsmittel dient, für den Roggen, soll meiner Meinung nach kein Schutzzoll, sondern ein Finanzzoll sein, und er wird gerade so gut vom Auslande gezahlt werden, wie heute die Mainzer Lederfabrikanten sich beschweren, daß sie jetzt für ihren Import in Spanien einen Zoll bezahlen müssen, von dem sie früher frei gewesen sind, und beim Getreide noch viel mehr, weil wir eine so außerordentliche Konkurrenz für den Import von wohlfeilem Getreide nach Deutschland haben. Indessen, das gehört ja in die Spezialdebatte über die Getreidezölle. Wenn ich einem Korrespondenten, der zu mir im Namen von 11,000 kleinen Grundbesitzern spricht, Rede stehe und ihm Auskunft gebe über die Motive, die mich geleitet haben, so ist dergleichen früher doch von Niemandem angefochten worden, und ich glaube, der Herr Abg. Lasker als Jurist sollte doch auch wissen, daß man kein Urtheil ohne Gründe giebt. Früher hat man es immer am Minister zu schätzen gewußt, wenn er nicht zugeknöpft war und seine Meinung offen aussprach in Betreff der Interessen des Landes, auf deren Wohl und Wehe er irgend einen Einfluß haben könnte, und ich sollte meinen, man sollte das an mir schätzen, anstatt es als eine „agrarische Extravaganz"

zu bezeichnen, als einen „Krieg“ zwischen Landwirthschaft und Industrie, zwischen Land und Stadt. Ja, das sieht doch noch anders aus! Man nennt gern jeden Kampf Krieg, der einem unangenehm ist. Es handelt sich hier um eine Rivalität der Interessen und um ein Ringen der Interessen mit einander, noch lange nicht um Krieg, es bleibt zwischen Landsleuten, und der Bürgerkrieg, der der Phantasie des Herrn Lasker vorschwebt, ist nicht da.

Wenn ich es nun mir zur Aufgabe stelle, in diesem Kampf der Interessen der Seite, die bisher meines Erachtens unterlegen hat, der Seite der Landwirthschaft und des Grundbesitzes — ich bitte das Herrn Lasker wohl zu erwägen, ich habe neulich fast nie von der Landwirthschaft, ich habe vorwiegend von städtischem und ländlichem Grundbesitz gesprochen, und der städtische Häuserbesitz leidet unter den Kalamitäten der Steuer, auf die ich nachher zurückkomme, ebenso wie der ländliche —, wenn sich da ein Minister findet, der seinerseits für den Theil, der bisher in diesem Kampfe zurückgedrängt wird, der unterlegen hat, der Ambos gewesen ist seit 50 Jahren und sich nun einmal gegen die Hämmer sträubt, wenn für den ein Minister eintritt, sollte man das dankend anerkennen und nicht sagen, ich triebe die Finanzpolitik eines Besitzers. Ja, ich kann dem Herrn Abg. Lasker eben so gut sagen, er treibt die Finanzpolitik eines Besitzlosen; er gehört zu denjenigen Herren, die ja bei der Herstellung unserer Gesetze in allen Stadien der Gesetzmachung die Majorität bilden, von denen die Schrift sagt: sie säen nicht, sie ernten nicht, sie weben nicht, sie spinnen nicht, und doch sind sie gekleidet — ich will nicht sagen wie, aber jedenfalls sind sie gekleidet.

Die Herren, die unsere Sonne nicht wärmt, die unser Regen nicht naß macht, wenn sie nicht zufällig ohne Regenschirm ausgegangen sind, die die Mehrheit bei uns in der Gesetzgebung bilden, die weder Industrie, noch Landwirthschaft, noch ein Gewerbe treiben, es sei denn, daß sie sich damit vollständig beschäftigt fühlen, das Volk nach verschiedenen Richtungen hin zu vertreten, und daß sie das das ganze Jahr lang thun, die verlieren leicht den Blick und das Mitgefühl für diejenigen Interessen, die ein Minister, der auch Besitz hat, also auch zu der misera contribuens plebs gehört, der auch regiert wird und fühlt, wie die Gesetze dem Regierten thun — wenn der offen auszusprechen sich nicht scheut, was er wahrnimmt, so sollte er doch vor dergleichen Andeutungen gesichert sein, daß er hier die Finanzpolitik des Besitzenden vielleicht im eigenen Interesse triebe.

Ich habe in der Beziehung in der Presse ziemlich grobe Andeutungen gelesen, auf die ich nicht zurückkommen will, auf die zurückzukommen unter meiner Würde ist. Aber ich möchte doch die Herren bitten, sich das klar zu machen, daß die Nichtbesitzer, Nichtindustriellen, Nichtlandwirthe in den ministeriellen Stadien nothwendig die Mehrheit bilden, und daß die Gesetze vom Hause aus die Farbe der Theorie und des Bureaus in ihren Vorlagen nur dann nicht haben, wenn einigermaßen Erfahrung im praktischen Leben bei dem, der sie macht, damit verbunden ist. Sie werden mir auch zugeben, daß in den gesetzgebenden Versammlungen Deutschlands die Zahl derjenigen, die keinen Besitz, kein Gewerbe, keine Industrie haben, welche sie beschäftigt, auf welche sie angewiesen werden, also die Zahl derselben, die vom Gehalt, vom Honorar, von der Presse, von der Advokatur leben, kurz und gut der Gelehrtenstand, ohne eine Stellung im

Nährstande, irgend eine Art von Lehrstand, daß der die Majorität bildet. In dieser Stellung möchte ich dem Herrn Abg. Lasker und denjenigen, welche neben ihm durch ihre überlegene Beredtsamkeit, durch den Einfluß auf ihre Kollegen diese Majoritäten zu leiten gewohnt sind, und welche sich diesem Geschäft das ganze Jahr hindurch theils in der Presse, theils in parlamentarischen Leistungen zum Danke des Vaterlandes widmen, denen möchte ich doch ans Herz legen, daß noblesse oblige. Wer auf diese Weise jahrelang im Besitz der Macht in den Fraktionen gewesen ist, der muß auch an den denken, der dem Amboß dient, wenn der Hammer der Gesetzgebung fällt, und das vermisse ich bei dem Herrn Abg. Lasker, wenn er sagt, ich hätte einen Krieg zwischen der „Landwirthschaft und Industrie" eröffnet. Daß der besteht, ist hoffentlich nicht mehr wahr, ich hoffe beide sehen endlich ein, daß es ihr Interesse ist, zusammenzugehen. Aber zwischen Land und Stadt, das ist auch nicht in dem Maße richtig. Der Kampf, den ich nicht eröffnet habe, aber in dem ich seit Jahren mitkämpfe, so viel ich kann, so viel mir meine Geschäfte und — was ich doch auch bei den Betrachtungen, daß ich nicht früher mit dergleichen Vorlagen gekommen wäre, zu erwägen bitte — so viel mir Krankheit, Krankheit, die ich im Dienst erworben habe, dazu Zeit läßt, ist der Kampf für Reformen.

Der Herr Abg. Lasker hat dann nach meinen Notizen gesagt: größere Uebertreibungen, wie der Herr Reichskanzler in seiner Rede über die Steuerüberbürdungen gemacht hat, habe er nie aus dem Munde eines Abgeordneten gehört. Der Herr Abg. Lasker übertreibt gewiß nie, und was mir so vorschwebt als etwas rhetorisch stark aufgetragen, das sind gewiß keine Uebertreibungen gewesen, die meinen sollen aber noch größer sein, als alle, die er gehört. Nun, wenn sie so groß sind, daß kein Anderer heranreicht, dann müßte doch irgend eine Zahl, irgend ein Satz mir nachgewiesen sein, in dem ich übertrieben hätte. Ich habe mich auf dem Gebiete der Ziffern bewegt und derjenigen Ziffern, die für Jeden zugänglich sind, die in dem Gesetze liegen, ich habe gesagt: die Grundsteuer beträgt nach der Absicht des Gesetzes 10 pCt. Ist das eine Uebertreibung? Nein, es ist der klarste Inhalt des Gesetzes. Ich habe gesagt, ich will sie in Wirklichkeit, da wo das Gut schuldenfrei ist, auf 5 pCt. herabsetzen. Ist das eine Uebertreibung? Im Gegentheil, es ist eine sehr schüchterne bescheidene Veranschlagung, und die schuldenfreien Güter sind bei uns leider selten. Ich habe bestimmte Sätze von der Gebäudesteuer genannt, auf die ich nachher komme, ich habe die Einkommensteuer genannt, ich bin durch ein schlichtes Additionsexempel nicht auf die Ziffer, die der Herr Abgeordnete ex propriis mir leiht, nämlich auf 40 pCt. Steuern gekommen, sondern ich habe gesagt 20 bis 30 pCt. Kann mir der Herr Abgeordnete auch nur einen Bruchtheil einer Zahl invalidiren, so wollte ich zugeben, ich hätte um diesen Bruchtheil übertrieben. Er kann das nicht, und ich kann ihm also sagen, ich habe nie ähnliche Uebertreibungen wie die seine aus dem Munde eines Abgeordneten gehört.

Ich verlasse diesen Gegenstand lieber, um innerhalb der parlamentarischen Grenzen zu bleiben.

Er fragt, ist es möglich, daß ein Gewerbebetrieb bestehen kann bei einer Besteuerung von 40 pCt. Ich freue mich, daß er in seiner weiten juristischen und gesetzgeberischen Praxis nie einen Gewerbebetrieb kennen

gelernt hat, der höher belastet ist, auch nicht über 40 pCt. seiner Revenüen an Zinsen zu zahlen gehabt hat, aber wenn er sich ein klein wenig innerhalb der Thore von Berlin und außerhalb im ganzen Lande umsehen wollte, so, glaube ich, würde er diejenigen, die 60 pCt. ihrer Einnahmen und noch mehr an Zinsen bezahlen und dabei doch in ihrem Erwerb bestehen, in großer Menge finden. Wie kommt ein so feiner Kenner der Menschen und unseres Landes dazu, zu sagen: bei 40 pCt. ist es gar nicht möglich, zu bestehen. Ich erinnere daran, daß die mehr oder weniger amtlichen Erhebungen, die in Frankreich über die Belastung des Grundbesitzes stattgefunden haben, zu der Ziffer geführt haben, daß in Frankreich das ländliche Grundeigenthum 44 pCt. seines Einkommens zu den öffentlichen Lasten beizusteuern habe, daß das städtische Grundeigenthum mit 14 pCt. besteuert sei, und daß das bewegliche Eigenthum keine 4 pCt. zahle. So stellen sich die Verhältnisse in Frankreich; so schlimm stellen sie sich bei uns nicht überall. Aber wenn der Herr Abg. Lasker sagt, bei 40 pCt. Belastung könne kein Gewerbe bestehen, so kennt er das Geschäft nicht, wenigstens dieses nicht, und wenn er mir unterschiebt, ich hätte von 40 pCt. gesprochen, so täuscht ihn sein Ohr oder Gedächtniß; er hätte aber die Rede schon lesen können. Ich habe von 20 bis 30 pCt. gesprochen und kann das um so eher behaupten, als ich das Rechenexempel hier wiederholen könnte. Wenn man so etwas öffentlich hier vor dem Lande sagt, dann sollte man auch von Seiten eines Abgeordneten, der öffentlich zum Volke spricht und mit der weitschallenden Stimme, die dem Herrn Abg. Lasker in seiner Stellung eigen ist, wohl davor gesichert sein, daß der erste Beamte des Reichs und des Staats in dieser Weise dem Volke dargestellt wird als Einer, der in leichtfertiger Weise Unwahrheiten sagt und sich vor keiner Uebertreibung fürchtet. Dabei ist dieser Vorwurf hingestellt ohne eine Spur, ohne einen Versuch von Beweis.

Der Herr Abgeordnete hat mir ferner vorgeworfen, ich kennte die Gesetzgebung des Landes nicht. Wenn man mir hier vorwirft, ich kennte die Gesetzgebung meines Landes nicht, so weiß ja jeder Mensch, daß ich nicht jedes Gesetz kennen kann; aber der Vorwurf hier von einem Abgeordneten in öffentlicher Rede und von dem Vertreter der öffentlichen Gerechtigkeit, als welchen sich der Abg. Lasker so oft gezeigt hat, indem er sein Censorenamt dem Ministerium gegenüber geübt hat, — dieser öffentliche Vorwurf hier: er kennt die Gesetze nicht, das heißt doch: er weiß nicht so viel von den Gesetzen, wie er seiner Stellung nach wissen müßte. Das ist doch eine Art, mich in der öffentlichen Meinung herunterzudrücken, in meinem Fleiß, in meiner Gewissenhaftigkeit, mit der ich mich auf amtliche Sachen vorbereite, die, glaube ich, der Herr Abgeordnete, wenn er für mich ebenso viel Gerechtigkeit noch übrig hätte, nicht, wie für sich selbst, aber für seine Fraktionsgenossen, dann nicht versuchen würde. Ich halte es nicht nützlich, die höchste Behörde auf diese Weise und in einem so schonungslosen Tone, selbst dann, wenn man Recht zu haben glaubt, vor dem Lande gewissermaßen öffentlich an den Pranger zu stellen und seinen ganzen Triumpf darin zu suchen, Jemanden, der einmal, brauchbar oder unbrauchbar, wie er sein mag, die Geschäfte des Landes trägt, und den der Herr Abgeordnete keine Hoffnung hat, jetzt zu beseitigen oder durch einen Besseren zu ersetzen, den auf diese Weise — ich will keinen unhöflichen Ausdruck gebrauchen — — — sonst würde ich

ihm sagen: Ich halte es nicht für richtig, auf diese Weise in der öffentlichen Meinung ein schlechteres Urtheil über die leitenden Staatsmänner hervorzurufen, als an und für sich bei einer ruhigen und rechtlichen Prüfung sich vertheidigen läßt, und namentlich bei der hohen Empfindlichkeit, die der Herr Abg. Lasker gegen jede Meinungsverschiedenheit sogar jederzeit hat, — schaudernd habe ich es selbst erlebt. Ich möchte ihn auch bitten, etwas mehr die Empfindlichkeit Anderer zu schonen — ich sehe ja von meiner amtlichen Stellung vollständig ab und stelle diejenige des Herrn Abg. Lasker vollkommen ebenso hoch und mit Vergnügen höher als die meinige. Aber beobachten wir doch die Form der Höflichkeit, die wir beobachten, sobald wir uns auf der Straße oder an einem dritten Ort begegnen; nehmen wir nicht an, daß, wo wir öffentlich und vor dem Lande reden, wir uns von dieser Sitte dispensiren dürfen, und daß das die Sache fördert oder die persönlichen Beziehungen unter uns oder selbst das Ansehen dessen, der es thut. Der Herr Abgeordnete sagt also, „ich kennte die Gesetze des Landes nicht; landwirthschaftliche Gebäude sind frei." Darauf sage ich, daß für ihn kein geringerer Vorwurf ist als der Mangel an Gesetzeskenntniß, er kennt die Landwirthschaft nicht und weiß nicht, was ein landwirthschaftliches Gebäude ist. Ich habe eine Liste hier meiner Gebäudesteuer auf einem pommerschen Gut. Da sind 149 Positionen besteuerter landwirthschaftlicher Gebäude aufgeführt, deren Steuern zusammen um etwa 20 pCt. erhöht worden sind in diesem Jahre, und deshalb wird mir die Liste eingereicht.

Ich will, da wir doch weiter mit dem Herrn Abgeordneten zu diskutiren haben, in dieser Sache ihm mittheilen, was ungefähr ein landwirthschaftliches Gebäude ist, beispielsweise das Wohnhaus eines Rieselmeisters. Er wird mir zugeben, das gehört zur Landwirthschaft, oder z. B. ein Zieglerwohnhaus (Rufe: Wohnhaus! das gehört nicht dazu.) Gut, dann will ich es streichen, bleiben immer noch 148. Dann z. B. ein Tagelöhnerwohnhaus. (Rufe: Wohnhaus!) Ich verstehe nicht — ich will einen Augenblick schweigen, wenn Sie sich dann aussprechen wollen. — Und wäre es mir sehr interessant zu wissen, was Sie sagten, aber es war nicht artikulirt genug, um es zu verstehen. Ich nehme selbst auf die unbilligsten Wünsche Rücksicht. Es kommen dann 10 bis 12 landwirthschaftliche Tagelöhnerhäuser und andere, das sind bei weitem die meisten der 148, es kommen Gebäude mit Stall, die höher zahlen als die anderen, aber alle für landwirthschaftliche Arbeiter und Pächter. Ich will Sie mit den Einzelheiten nicht ermüden, die Liste steht zu Jedermanns Ansicht. Ich frage, ist die Wohnung eines ländlichen Arbeiters, die man nothwendig zum Begriff der Landwirthschaft braucht, ein landwirthschaftliches Gebäude oder nicht, ist es eine Besteuerung der Landwirthschaft, wenn solche Gebäude, sobald ein Stall ist, höher besteuert werden; ist es eine Besteuerung der Landwirthschaft, wenn eine Erhöhung der Besteuerung wegen der Größe des Hofraums eintritt, die doch nur für den technischen Betrieb der Landwirthschaft gewählt wird, und auf dem eine Menge Sachen vorgeht. Also ich glaube, die Beschuldigung der Unwissenheit in Bezug auf die Gesetzgebung trifft mich hier nicht. Wenn der Herr Abg. Lasker in Betreff der Unwissenheit auf dem Gebiet der Landwirthschaft, und der Lage der Landwirthschaft über die er mit Sicherheit spricht, sich ebenso ausweisen kann, so soll es mir lieb sein. Er hat ferner gesagt, kein Bauer zahle eine Ein-

kommensteuer. Das trifft meine Rede nicht. Ich habe die Einkommensteuer, weil sie von Reichen bezahlt wird, beibehalten wollen, ich will nur die Klassensteuer abschaffen, in dem Maße, in welchem wir Ersatz durch die indirekten Steuern bekommen werden. Ich hoffe, mich darüber auch später, wenn der Zeitpunkt gekommen sein wird und ich noch Minister sein sollte, mit meinem preußischen Kollegen zu verständigen. Ich bin und bleibe der Ueberzeugung, daß die Klassensteuer gar nicht bestehen sollte, daß sie abgeschafft werden sollte im ganzen Umfange, und daß wir uns bemühen sollten, indirekte Steuern zu dem hohen Belauf zu finden, daß wir im Stande sind, die Klassensteuer zu erlassen. Der Herr Abgeordnete sagt nun, die Klassensteuer betrage nicht 3 pCt., das habe ich auch nicht behauptet. Ich habe von der Einkommensteuer gesprochen. Ob sie in ihren höchsten Positionen so sehr viel darunter ist, weiß ich doch nicht. Ich habe die Liste nicht im Kopfe, wie viel Jemand Klassensteuer bezahlt, der 1000 Thaler Einkommen hat, also die höchste Klassensteuer. (Ruf: 24 Thaler!) Wenn es 24 Thaler sind, so sind 24 Thaler von Tausend nach meiner Rechnung fast 2½ pCt.; das ist also doch so sehr weit von 3 pCt., die ich nannte, nicht entfernt, weiter aber von 1 bis 2 pCt., die der Abg. Lasker anführte, um diese Steuerbelastung herunterzudrücken und nachzuweisen, daß sie eine Belastung nicht ist. Auch hier schützen mich die Ziffern gegen den Vorwurf der Uebertreibung.

„Die ganze Rechnung des Reichskanzlers ist irrig und unzuverlässig.“ Meine Herren, diese Behauptung ist einfach eine unrichtige, eine falsche, die der Herr Abgeordnete macht. Meine Darstellung ist nicht irrig. Ich bitte, mir den Irrthum nachzuweisen. Und „unzuverlässig“, das bedauere ich, daß das hier so hingegangen ist. Wenn Jemand hier vom Regierungstische einen Abgeordneten unzuverlässig nennen wollte, ich glaube, es würde sofort die vielbestrittene Frage der präsidialen Disziplin entgegentreten.

Ich muß dagegen protestiren, daß mir der Vorwurf der Unzuverlässigkeit gemacht wird. Es ist das ein gradezu beleidigender Vorwurf. Unzuverlässig, d. h. man kann auf seine Angaben kein Gewicht legen. Ich verwahre mich gegen diesen Vorwurf und werde meinerseits dieses Wort nicht als in dem parlamentarischen Sprachgebrauch übergegangen ansehen und nicht gegen Andere damit operiren.

Der Reichstag dürfe also nach der Meinung des Herrn Abg. Lasker auf keine Reform eingehen, welche auf so schwacher Basis steht, wie er es von meiner Zuverlässigkeit scheint anzunehmen. Ich hoffe aber, der Reichstag wird der Führerschaft des Herrn Lasker nicht folgen.

Da ich einmal das Wort habe, so kann ich nicht umhin, es zu benützen, um einem Vorurtheil zu widersprechen, welches namentlich hier aus dem Munde eines sachlich sonst sehr wohlinformirten und gewiß zuverlässigen Abgeordneten, des Herrn Oechelhäuser, zu Tage trat. Die Herren werden sich erinnern — ich hatte damals leider auf dem hiesigen Standpunkt ihn nicht recht verstehen können, sonst würde ich ihm gleich die Bemerkung gemacht haben, daß er in Bezug auf den geschichtlichen Theil seines Rückblicks sich im Irrthum befindet. Der Herr Abgeordnete schloß damit, daß er sagte, er wolle der Fahne von 1818 folgen, und sah in dieser Fahne eine Vertretung des Freihandels, eine Vertretung der großen Finanzmänner, welche in der früheren Geschichte, sagen wir Preußens oder des Zollvereins, von hervorragendem Namen sind. Der Herr Ab-

geordnete befindet sich ohne Zweifel im Irrthum in Bezug auf die Jahreszahl. Ich kann aber eine Jahreszahl, die seiner Auffassung entspräche, überhaupt nicht finden. Die Herren Freihändler müssen von dem Gedanken, daß der Ruhm unserer Vorfahren es verlange, daß wir Freihändler werden, sich losreißen. Es ist das nicht der Fall. Im Jahre 1818 war preußischer Finanzminister ein Ehrenmann, glaube ich, aber kein berühmter Gesetzgeber auf dem Gebiete der Finanzen, es war Herr v. Klewitz, und wie die Zölle im Jahre 1818 waren, dafür habe ich eine Liste mitgebracht. Wenn das das Ideal ist, was dem Hrn. Abg. Oechelhäuser vorschwebte, so kann ich ihm dahin doch nicht folgen, er geht mir im Schutzzoll zu weit.

Ich habe hier eine übersichtliche Liste, von der ich bedaure, daß sie nicht mehr gelesen wird, und ich will, um Sie nicht zu ermüden, und wenn dies der Fall sein sollte, bitte ich überzeugt zu sein, daß die Ermüdung eine gegenseitige ist, und daß ich auch meinen Antheil tragen muß; aber hier also von 1818—1821 waren beispielsweise die vier letzten Baumwollenpositionen, die in dem von uns vorgeschlagenen Tarif 40, 60, 100 und 125 Mark betragen, 142, 183, 183, 183, es war ferner das Blei mit 3⅓ pCt. besteuert, und es ist jetzt frei, Bleiwaaren, die jetzt 12 Mark tragen sollen, waren damals mit 73 Mark bezahlt, feine Bürstenwaaren, welche jetzt und künftig mit 12 Mark besteuert sind, wurden mit 73 Mark besteuert. Ich übergehe das Meiste und ziehe nur die interessantesten Positionen heraus. Es waren die letzten und höchsten Positionen Eisenwaaren, jetzt und künftig 30, und 1818 waren es 73 Mark; feine Stahl- und Eisenwaaren jetzt 12 Mark, 1818 73 Mark, geschliffene und gefirnißte jetzt 3 Mark, damals 19 Mark und grobe Eisen- und Stahlwaaren ebenso 19 Mark pro Centner, Hohlglas jetzt 1,50, damals 3,25, wobei ich zu dem Beispiele meines geehrten persönlichen, und wie ich überzeugt bin, auch in der Hauptsache politischen Freundes Delbrück noch bemerke, daß die Einfuhr leerer Flaschen und gefüllter Flaschen doch nicht in einem großen Gegensatz steht, wenn man die leeren Flaschen, die man zollfrei einbringen will, füllen, korken und nachher den Kork bezahlen will, das ist eine ziemlich theure Manipulation, und die gefüllten Flaschen wieder entkorken und spülen wollte, es würde dann mehr herauskommen, als der Zoll beträgt. Auf weißes Glas, rohes und geschliffenes betrug die Steuer 1818 16,75 und jetzt 12 Mark, dann Brennholz, was jetzt steuerfrei ist, zahlte damals 25 Pf., Seide und Floretseide jetzt 450 und 220, damals 513, 35, Leder aller Art jetzt 12, damals 24, Handschuhe jetzt 50, damals 238 Mark, Wein und Most jetzt 12, damals 47,70. Meine Herren, ich will Sie nicht ermüden, ein Jeder kann ja den Tarif nachlesen, ich will blos den historischen Irrthum bekämpfen, als wollten wir jetzt höhere Sätze erstreben, als früher stattgefunden haben. Das Jahr 1818 ist meiner Ueberzeugung nach auch in den Augen des Herrn Oechelhäuser entlarvt, ich glaube nicht, daß man es in freihändlerischer Beziehung anziehen kann.

Wenn ich nun aber weiter gehe, das eigentliche wirksame Ziel des Zollvereins, unter welchem wir uns 40 Jahre einer ziemlich ungetrübten Prosperität, trotz schwerer innerer Wirren im Jahre 1848, doch im Großen und Ganzen erfreut haben, so waren auch damals die Zölle bei weitem höhere, als die wir Ihnen jetzt vorschlagen. Für diese höheren Zölle stand eine Anzahl bedeutender Finanzmänner ein, und meines

Wissens auch die einzigen, die wir seit langer Zeit gehabt haben. Es waren das, in erster Linie will ich den ältesten, ich glaube, er hielt auch am längsten aus, von ihnen nennen. Es war Rother, dann Maßen und Motz, die beiden M, 1817 war es von Klewitz, 1825, 1830, 1834 waren es Herr von Motz und Maßen und Graf Alvensleben.

Zwischen und mit ihnen war Rother thätig, der großen Einfluß auf die Gestaltung gehabt hat, und eben auch kein Fachmann war. Sie kennen sein Herkommen, er war Regimentsschreiber und wurde zur Stelle ausgehoben auf dem Wege der Kantonalpflicht, und es war kein Gelehrter, wie sie heute die Gesetzgebung beherrschen. Motz war Landrath und auch kein Fachmann. Dann aber von 1842 an ist eine Zahl von Namen, bei der, glaube ich, ein finanzieller Reformer sein Herz bei keinem wird erwärmen können. Es ist zuerst Bodelschwingh, dann ein Finanzmann, der ein sehr ausgezeichneter Oberpräsident und Minister war, der in Finanzgesetzen keine feste Spur hinterlassen hat, wenn auch in vielen Dingen, Herr v. Flottwell, dann Duesberg, Hansemann, Bonin, dann ein Mann von Geist, Kühne, der aber schon anfing, die Finanzwirthschaft politisch zu betreiben. Meiner Ueberzeugung nach trieb er sie nicht mehr sachlich, sondern es war schon eine Politik nach einer bestimmten Richtung darin, der ordnete er die Finanzen bis zu einem gewissen Grade unter. Dann kommen die Herren Rabe, v. Bodelschwingh, v. d. Heydt, Camphausen, Hobrecht. Nun, meine Herren, wo da in der Vergangenheit dieser feierliche Appell an die Fahne des freien Verkehrs sich anknüpfen soll, weiß ich nicht, wenn Sie nicht gerade die eigentlichen Zollvereinsstifter von 1824 meinen, und die Schutzzölle dieser Zollvereinsstifter reichen ja bis zum Jahre 1864: sie haben sich von 1822—64 immer auf schützender Höhe erhalten; in Baumwollen-Waaren 138 auf 150 in der höchsten Position, und jetzt waren wir in der bei 78 angekommen und streben auf 125, also lange nicht so hoch wie in der Hauptzeit des Prosperirens des Zollvereins. Die Erinnerung an den Zollverein spricht also für unsere Reform. Wir wollen die alte Zollvereinspolitik, die ruhmreiche und wirksame Zollvereinspolitik, wieder in ihre alten Rechte einsetzen, und ich hoffe von ihr denselben Segen, den das Land lange Jahre hindurch von ihr gehabt hat. Ich habe in der ganzen Debatte die Erwähnung eines Gebietes vermißt, ohne welches der Zolltarif doch keine Selbstständigkeit, keine Sicherheit und keine Wirkung hat, das ist die Frage der Eisenbahntarife. Sie liegt ja nicht hier in diesem Gesetze; sie schwebt auf einem anderen Gebiete, aber sie sollte wo möglich auch gleichzeitig gelöst werden, denn es ist ganz unmöglich eine Zollpolitik unabhängig von der Eisenbahnpolitik zu treiben. So lange die Tendenz unserer Eisenbahnen gewesen ist, uns Alles, was Einfuhr ist, wohlfeiler hereinzufahren, als sie das, was Ausfuhr ist, herausfahren, so lange ist sie ein Gegenzoll gegen unsern Zolltarif, steht uns als Einfuhrprämie gegenüber, die beispielsweise im Getreide, wie ich mich — der Herr Abg. Dr. Lasker wird sich daran erinnern — in dem Briefe des Herrn v. Thüngen geäußert habe, sehr häufig das Doppelte, manchmal das Drei- und Vierfache des Zolles betragen kann. So lange wir diesen Krebsschaden unserer Produktion haben, daß jede Ausfuhr von uns nach höheren Tarifen gefahren wird als die Einfuhr, daß jedes deutsche, einheimische, nationale Gut theurer gefahren wird als das ausländische, so lange wir davon nicht erlöst werden, kann in Massengütern

kein Grenztarif helfen, werden wir ohnmächtig bleiben gegen eine Macht, welche in die Hand einzelner Gesellschaften oder in die Hand einzelner Zweige der Staatsverwaltung gelegt ist und gelegt war. Zu meiner großen Freude hat in Preußen in der Eisenbahnpolitik eine Umkehr seit Jahr und Tag schon stattgefunden, in den übrigen Staatsbahnen der verbündeten Staaten hoffe ich, daß diese bald geschehen wird, wenn auch bisher der Thaler, der aus Eisenbahnrevenüen kommt, noch einen höhern Werth zu haben scheint wie derjenige, der aus andern Finanzquellen herrührt. Vielleicht sind die Eisenbahnminister in den Einzelstaaten mächtiger als die Finanzminister, ich weiß nicht, woran das liegt, manche dieser Länder fahren zum Schaden, namentlich in ihren Forsten fahren sie ertraglos und sind genöthigt, darnach den in den Staatsforsten ausfallenden Betrag durch, wie es jetzt liegt, direkte Steuer von den Unterthanen wieder einzuziehen.

Mir ist neuerlich schon die Klage vorgekommen, daß eine sächsische Papierfabrik eine Lieferung für ein englisches Journal an Papier hat. Das Journal ist, wenn ich nicht irre, der „Globe,“ eines der großen Massenjournale, und das Quantum ist täglich so groß, daß diese Fabrik eines eisenbahnbesitzenden Landes nun in der Lage ist, sich darüber zu beschweren, daß sie jedes ausländische Produkt wohlfeiler ins Land hineingefahren bekommen könnte als ihr auszuführendes Papier nach der Seegrenze; und ich glaube, wenn diese Beschwerden, daß die Ausfuhr bei uns zu theuer gefahren wird, allgemeiner verlauten, werden wir Abhülfe finden; ich habe mich deshalb absichtlich bemüht, den Beschwerden so viel Oeffentlichkeit wie möglich zu geben.

Ich kann meine Auseinandersetzung damit schließen, daß ich an dem ganzen Programm festhalte, wenn ich auch einzelne Positionen anders gewünscht hätte, und davon ist ja auch in meiner Korrespondenz mit Herrn v. Thüngen die Rede. Aber wir haben zu einer Vorlage nur dadurch kommen können, daß wir kompromittirten, der eine in Diesem, der andere in Jenem nachgab. Ich bereue das auch nicht. Mir liegt nicht an Einzelheiten; mir liegt es an der Gesammtheit, und dieselbe Erwägung, denselben Gesichtspunkt möchte ich auch den Herren Abgeordneten empfehlen, die vielleicht mit ⅞ der Vorlage einverstanden sind, dann aber etwas haben, wo sie persönlich anderer Meinung sind, mitunter vielleicht ganz isolirt in ihrer Fraktion stehen.

Die Möglichkeit, daß jeder Einzelne sich eine Vorlage genau nach seiner persönlichen Einsicht über das, was nach seiner Ueberzeugung das Beste wäre, bildet, liegt nicht vor, nicht einmal in der einflußreichen amtlichen Stellung, deren ich mich erfreue, noch viel weniger in der Stellung eines einzelnen Abgeordneten, und die Stimme desjenigen, der nicht für die Vorlage stimmt, weil sie ihm zu ein achtel nicht gefällt, geht gerade so gut verloren und fällt in das Lager der Gegner, wie die, welche dagegen stimmen, weil ihnen das ganze System und die ganzen Zielpunkte nicht gefallen.

Ich möchte deshalb auch in dieser Richtung zur Einigkeit ermahnen und möge der Einzelne, der mit dem größeren Theil der Vorlagen einverstanden ist, es doch machen wie ich, und dem Uebrigen nicht so genau ins Gesicht sehen und sich sagen: „Das Beste ist des Guten Feind.“

Ich kann auch nicht Alles haben, was ich erstrebe, ich frage nur, ist

das, was gebracht wird, in seiner Gesammtheit, in seiner Gesammtwirkung besser, als das Bestehende?

Wenn ich es allein machen könnte, wenn ich allein die Majorität des Bundesraths in mir trüge, würde ich vielleicht Manches anders gemacht haben; aber ich muß es eben so nehmen, wie es vorliegt.

Ich kann also damit schließen, daß ich meine Stellung zu der Sache in keiner Weise, namentlich nicht durch mich persönlich treffende Argumente, aber auch nicht durch die vorgebrachten sachlichen erschüttert finde, und daß ich nach wie vor an den Zwecken festhalte, die ich aufstellte: das Reich selbstständiger zu stellen, die Gemeinden zu erleichtern, den zu hoch besteuerten Grundbesitz durch indirekte Steuern zu erleichtern, zu diesem Behufe die Abschaffung der Klassensteuer, ich wiederhole es, in ihrem vollen Umfange, zu erstreben. Und demnächst als den letzten und nicht den geringsten Zweck: der einheimischen nationalen Arbeit und Produktion im Felde sowohl wie in der Stadt, und in der Industrie sowohl wie in der Landwirthschaft den Schutz zu gewähren, den wir leisten können, ohne unsere Gesammtheit in wichtigen Interessen zu schädigen.

Die Stellung der deutschen Einzelregierungen zur Zoll- und Finanzreform.

9. Mai. Rede des K. Sächsischen Bundesbevollmächtigten v. Nostiz-Wallwitz.

Im Laufe der Verhandlung sind eine Reihe von Angriffen, ziemlich herber Art, gegen die verbündeten Regierungen, und insbesondere auch gegen die Regierungen der deutschen Mittelstaaten aus dem Hause erhoben worden, und ich möchte diese Angriffe nicht ganz unbeantwortet lassen.

Es hat zunächst der Abg. Bamberger den verbündeten Regierungen und ihrem Organe, dem Bundesrath, den Vorwurf gemacht, daß dieselben bei der Berathung der Zolltarifvorlage einen argen Mangel an Selbständigkeit bewiesen. Der Vorwurf würde doch nur dann begründet sein, wenn die verbündeten Regierungen in ihrer Mehrheit mit den Ansichten des Herrn Reichskanzlers in Bezug auf die bei den gegenwärtigen Verhältnissen im Deutschen Reiche einzuhaltende Zollpolitik sich im Widerspruch befunden hätten und wenn sie mit den Vorschlägen der Tarifkommission im Großen und Ganzen nicht einverstanden gewesen wären. Wenn der Abg. Bamberger den Bundesregierungen einen Vorwurf daraus machen will, daß bei der Feststellung des Tarifentwurfes, welcher Ihnen gegenwärtig vorliegt, ein beschleunigtes Verfahren beobachtet worden ist, so wäre es ja gewiß wünschenswerth gewesen, zu diesem Behufe mehr Zeit übrig zu haben. Indessen waren, wenn nicht sämmtliche Regierungen, so doch die große Mehrzahl derselben mit dem Herrn Reichskanzler darin einverstanden, daß es dringend nöthig sei, eine Entscheidung über die deutsche Zollpolitik so rasch als möglich herbeizuführen und daß es unzulässig gewesen sein würde, diese Entscheidung bis zum nächsten Jahre, bis zum Wiederzusammentritt des Reichstages zu vertagen.

Einen weiteren Vorwurf hat der Herr Abg. Richter den verbündeten Regierungen und speziell den Regierungen der deutschen Mittelstaaten daraus gemacht, daß sie für Beseitigung der Matrikularbeiträge eintreten. Ja, meine Herren, dieser Vorwurf beruht meines Erachtens doch auf etwas schwachen Gründen. Ich bitte Sie, einmal den Art. 70 der Reichsverfassung anzusehen. Nach Art. 70 der Reichsverfassung sind die durch die eigenen Einnahmen des Reichs nicht ge-

ſchten Mittel zur Beſtreitung der Ausgaben des Reichs von den einzelnen Bundes-
ſtaaten im Wege der Matrikularbeiträge einzuſchießen. Hieraus folgt, daß, ſobald
der Ausgabe-Etat bewilligt iſt, ſobald feſtſteht, welche Einnahmen aus den Finanz-
quellen des Reiches in die Reichskaſſe fließen werden, der Fehlbedarf unweigerlich
von den einzelnen Staaten aufzubringen iſt. Es hat in dieſer Beziehung nach
der Auffaſſung des Bundesraths der Reichskanzler und die Reichsfinanzver-
waltung einen unbedingten Anſpruch an die Kaſſen der Einzel-
ſtaaten. Ich ſtehe nicht an, hier auszuſprechen, daß, ſobald die Ausgaben feſt-
geſtellt waren, ſobald die Einnahme-Etats feſtgeſtellt waren, und für den Bundes-
rath die Ueberzeugung konſtatirt war, daß höhere Einnahmen nicht der Reichskaſſe
zufließen würden, ich ſage, wenn das der Fall war, ſo iſt im Bundesrath die
Einſtellung der Matrikularbeiträge in den Reichshaushalts-Etats jeder Zeit nur
als eine Form- und Rechnungsſache angeſehen worden.

Nun hat allerdings der Herr Abg. von Bennigſen am Dienſtag ausgeführt,
daß, kraft des dem Reichstage zuſtehenden Rechtes, die Matrikularbeiträge in den
Etat einzuſtellen, es dem Reichstage gelungen ſei, die Matrikularbeiträge in er-
heblichem Maße im Laufe der letzten Jahre abzumindern. Zunächſt möchte ich
bemerken, daß die Erzielung dieſes günſtigen Ergebniſſes zum großen Theile nur
dem Umſtande zu verdanken iſt, daß theils vorhandene Beſtände aufgezehrt,
theils Ausgaben, welche aus laufenden Mitteln beſtritten werden ſollten, auf
Anleihen verwieſen, theils endlich Ausgaben auf ſpätere Jahre zurückgeſtellt
worden ſind.

Der eigentlichen Abſtriche von Ausgaben waren verhältnißmäßig wenige,
und mir ſcheint, es liegt hier doch eigentlich eine Verwechſelung der Begriffe vor,
wenn man ſagt, daß dieſe Abſtriche erfolgt ſind, weil der Reichstag und der
Bundesrath das Recht hatten, die Matrikularbeiträge in den Etat einzuſtellen.
Mir ſcheint, dieſe Abſtriche ſind lediglich deshalb bewirkt worden, weil dem
Reichstage das Recht zuſtand, die Ausgaben zu bewilligen. Nun
kann ich doch nicht annehmen und ich glaube auch, daß Niemand hier im Hauſe
und am allerwenigſten Herr v. Bennigſen die Anſicht hegt, daß die Vertreter
der verbündeten Regierungen und die Budgetkommiſſion künftig die Ausgabeetats
einer weniger ſtrengen, weniger gewiſſenhaften Prüfung unterwerfen ſollten, wenn
wirklich alle Matrikularbeiträge durch die von Ihnen erwarteten Bewilligungen
beſeitigt werden ſollten, wenn es möglicherweiſe, ich ſage mit gutem Bedacht
möglicherweiſe, ſich darum handeln ſollte, Einnahme-Ueberſchüſſe oder überhaupt
Einnahmen zu Gunſten der Einzelſtaaten zu erzielen. Ich kann wenigſtens ver-
ſichern, daß die Finanzminiſter der Einzelſtaaten ebenſo lebhafte Genugthuung
empfinden würden, wenn es künftig dem Reichstage gelingen ſollte, ihnen die
Mittel zur Herabſetzung der Landesſteuern zu verſchaffen, gleichviel ob dies durch
die Herabminderung der Matrikularbeiträge oder durch Erzielung von Einnahmen
zu Gunſten der Einzelſtaaten herbeigeführt werden ſollte.

Im Allgemeinen kann ich mich aber des Eindrucks nicht ganz erwehren,
daß der von dem Abg. Richter ſo lebhaft verfochtene Standpunkt, die Betonung
der Machtſtellung denn doch einigermaßen auf der Anſicht beruht, daß zwiſchen
dem Reich und den Einzelſtaaten, zwiſchen den Regierungen und den Regierten
ein unlösbarer Gegenſatz beſteht. Ich bin nun allerdings in dieſer Be-
ziehung durchaus anderer Anſicht als der Herr Abg. Richter. Ich bin der
Anſicht, was finanziell dem Reiche frommt, frommt im Schlußeffekt
auch den Einzelſtaaten. Ebenſowenig kann ich zugeben, daß die
deutſchen Fürſten und die von ihnen erwählten Rathgeber andere
Intereſſen haben, andere Intereſſen verfolgen können als die ge-
wählten Vertreter des Volkes hier in dieſem Saale. Daß hier über
dieſe Intereſſen, über die Mittel, die Wohlfahrt des Reiches zu fördern, ver-
ſchiedene Anſichten beſtehen und immerfort beſtehen werden, ja, meine Herren,
das beruht in den menſchlichen Verhältniſſen; das beweiſt ja auch der Deutſche
Reichstag ſelbſt.

Die erste Lesung der Zollvorlagen.

(„Provinzial-Correspondenz“ vom 14. Mai.)

In der Sitzung vom 8. gab der Regierungskommissarius Geheime Rath Burchardt einige thatsächliche Aufklärungen zur Widerlegung des von dem Abgeordneten Delbrück erhobenen Vorwurfs, daß die Vorlagen ohne Sachkenntniß und Umsicht gearbeitet seien, er wies nach, daß vielmehr die Angaben des genannten Abgeordneten selbst vielfach auf Irrthum beruheten.

Darauf hielt der Abgeordnete Lasker eine lange Rede voll der schärfsten Angriffe gegen den Reichskanzler und dessen jetzige Zollpolitik. Er warnte davor, auf die Worte des Meisters zu schwören, der doch selbst eingestehe, früher [illegible] auf Fehler gemacht zu haben, — er warf dem Kanzler vor, in seinem Briefwechsel mit dem Freiherrn von Thüngen das Programm der agrarischen Partei nicht etwa in seiner berechtigten, sondern in seiner agitatorischen Bedeutung zu dem seinigen gemacht zu haben, — damit werde ein grundsätzlicher Krieg zwischen Stadt und Land eröffnet, der sich auch auf das politische Gebiet ausdehne. Er meinte dringend davor warnen zu müssen, demjenigen Glauben zu schenken, was der Reichskanzler über die Besteuerungsverhältnisse der Landwirthschaft gesagt habe, die Angaben seien wenig zuverlässig, — größere Uebertreibungen, wenn auch unbewußt, seien noch niemals ausgesprochen worden. — — Der Reichskanzler kenne die Gesetze seines Landes, die er zur Grundlage seiner Finanz- und Wirthschaftspolitik mache, in wichtigen Punkten nicht. — Der Schutz für den Grundbesitz soll aufgebracht werden durch Zölle auf die nothwendigsten Lebensbedürfnisse. Es sei eine Finanzpolitik der Besitzer gegen die Nichtbesitzer; kein civilisirtes Land habe eine solche Politik bewußt eingeleitet. Der Redner sagte schließlich, auch er sei für Abschaffung der Matrikularbeiträge, sofern sich eine passende Steuer dafür finde, aber er wolle keine Ueberschüsse im Reiche für die Einzelstaaten; er verlange ferner wirkliche, nicht scheinbare konstitutionelle Bürgschaften.

Dieser Rede trat zunächst der Präsident des Reichskanzleramtes, Minister Hofmann, entgegen. Derselbe führte aus: Der bisherige Gang der Verhandlung habe zu der Erwartung berechtigt, daß es gelingen werde, über die Zolltarifvorlage zu einer Verständigung zwischen den Regierungen und der Mehrheit des Hauses zu gelangen. Diese Zuversicht sei auch durch die Rede des Abg. Lasker nicht erschüttert worden und zwar gerade wegen des Inhalts seiner Rede. In Zeiten, wo eine große Umgestaltung der Gesetzgebung auf volkswirthschaftlichem Gebiete eine Nothwendigkeit sei, wo alle Verhältnisse dahin drängen, eine Reform zu beschließen, in solchen Zeiten trage derjenige den Sieg davon, der mit einem positiven Reformprogramm auftrete, nicht der, der blos zu verneinen wisse. Der Abg. Lasker negire jede eigentliche Reform des deutschen Steuersystems, und doch waren die verbündeten Regierungen mit dem Reichstag schon in den letzten Sessionen darüber einverstanden, daß die Beseitigung der Matrikularbeiträge nicht das letzte Ziel der als nothwendig erkannten Reform sein könne. Der eigentliche Kernpunkt des Reformbedürfnisses liege darin, daß wir in der Entwickelung unserer indirekten Steuern zurückgeblieben sind, daß wir durch unsere [illegible] Lage genöthigt waren, die finanziellen Bedürfnisse der Staaten durch einseitige Entwickelung des direkten Steuersystems zu befriedigen, daß sich daraus ein Mißverhältniß zwischen indirekten und direkten Steuern herausgebildet hat, und daß wir dies Mißverhältniß ändern müssen. Dazu aber brauchen die Einzelstaaten mehr Geld, als wir ihnen zuwenden können, wenn wir nur die Matrikularbeiträge beseitigen. Wenn wir uns hierauf beschränkten, so würde für Preußen gerade nur das bestehende Defizit gedeckt sein; aber zu irgend einer Reform im preußischen Steuersystem wären keine Mittel vorhanden. Vollständig negativ habe sich auch der Abg. Lasker gegenüber der volkswirthschaftlichen Seite der vorgeschlagenen Reform verhalten. Er habe auf diesem Gebiete [illegible] einen positiven Gedanken nicht entwickelt.

Der Präsident des Reichskanzleramts machte ferner in eindringlichen Wor-

den Abgeordneten Lasker darauf aufmerksam, daß es durchaus nicht schön sei, wenn ein Abgeordneter seine wirkliche oder vermeintliche Ueberlegenheit im Reden in so scharfer und verletzender Weise geltend mache. Es liege jedenfalls im Interesse einer ruhigen sachlichen Behandlung der Dinge, wenn er künftig weniger verletzend auftrete. —

Der Reichskanzler Fürst Bismarck, welcher inzwischen im Hause erschienen war, ergriff sodann das Wort, um zuvörderst die persönlichen Angriffe des Abgeordneten Lasker zurückzuweisen.

Nach der Abfertigung des Abgeordneten Lasker ging der Reichskanzler zu der Darlegung über das Verhältniß des neuen Tarifs zu den Sätzen im alten Zollverein über.

Der Präsident des Reichstages von Forckenbeck versuchte im weiteren Verlaufe der Sitzung den Vorwurf der Beleidigung des Reichskanzlers von dem Abgeordneten Lasker abzuwenden, indem er hervorhob, daß dieser nicht das Wort „unzuverlässig“ gebraucht, sondern nur von „wenig zuverlässigen Angaben“ gesprochen habe. Fürst Bismarck bemerkte darauf: er sehe hiernach, daß thatsächlich die Sache im Ganzen so liege, wie er vorausgesetzt; — er habe seinen Aeußerungen weder etwas hinzuzufügen, noch etwas daran zurückzunehmen.

Die Stellung der Centrumspartei zur Wirthschaftsreform wurde in derselben Sitzung durch den Abgeordneten Windthorst nochmals näher bezeichnet: Deutschland befinde sich jetzt in einer Zeit, wie sie auf große Erschütterungen folge, wo die Industrie eines mäßigen Schutzes bedürfe, damit sie wieder erstarke und den Wettkampf mit anderen Nationen aufnehmen könne. Wenn alle Nationen um Deutschland herum ihre Grenzen mit einem Schutzgürtel versähen, so könne man es den Deutschen nicht zumuthen, allein Deutschlands Thore dem Auslande offen zu halten. Er wies die Behauptung zurück, daß das Centrum über seine Haltung mit der Regierung verhandelt habe: in den kirchlichen Fragen halte dasselbe an seiner Stellung fest, bis den Beschwerden der Kirche Abhülfe geschafft sei. Trotzdem könnte die Partei dem Reichskanzler theilweise mit aller Energie auf dem betretenen Wege folgen. Er hoffe, der Reichskanzler werde daraus entnehmen, wie wenig es richtig sei, das Centrum als Gegner des Reichs zu betrachten. Dasselbe wolle keine Opposition um der Opposition willen treiben, wo es sich um die lebendigsten Interessen der Nation handle, werde es die Regierung unterstützen. Die Vorlagen zerfielen in zwei Theile, das wirthschaftliche und das finanzielle Gebiet. In wirthschaftlicher Beziehung sei das Centrum bereit zur Unterstützung der Vorlagen im Großen und Ganzen: die Volksvertretung dürfe sich einer so mächtigen Bewegung, wie sie jetzt durchs Land gehe, nicht entziehen. Die Partei stimme mit der wesentlichen Richtung des Tarifs überein und hoffe auf eine schleunige Erledigung zum Wohle des deutschen Vaterlandes. Was die Finanzzölle betreffe, so werde das Centrum sie nur so weit bewilligen, als der Betrag aus den Schutzzöllen zur Deckung der von den Finanzministern nachzuweisenden Bedürfnisse nicht ausreichen. Zugleich aber müsse man die Sicherheit gewinnen, daß die Einnahmen aus den Finanzzöllen in der That nicht anderweitig als zum Ersatz für die Matrikularbeiträge und für die nachgewiesenen Bedürfnisse des Reiches verwendet werden.

In der Sitzung vom 9. legte zunächst der sächsische Minister von Nostiz die Stellung der Einzelregierungen zu der Wirthschaftspolitik des Reichstages und namentlich auch in Bezug auf die Abschaffung der Matrikularbeiträge dar. Der Abgeordnete Graf Stolberg von der deutsch-konservativen Partei erklärte seine und seiner Freunde entschiedene Zustimmung zu der Regierungspolitik, weil diese allein den jetzigen Bedürfnissen des Vaterlandes entspreche, und bat schließlich das Haus, nicht an Fragen, wie die der konstitutionellen Bürgschaften, die Aufgabe der Wirthschaftsreform scheitern zu lassen. Er erinnerte daran, daß wenn in der Zeit des preußischen Konflikts das Abgeordnetenhaus die Macht gehabt hätte, dem Ministerium die Mittel zu verweigern, es heute keinen

Reichstag und kein geeinigtes Deutsches Reich geben würde. Schließlich erneuerte der nationalliberale Abgeordnete Rickert die Angriffe vom entschieden freihändlerischen Standpunkte und trat namentlich für die durch die neue Zollpolitik in ihren Lebensinteressen bedrohten Ostseeprovinzen ein. Nach kurzen Erwiderungen der Regierungskommissarien wurde sodann die Berathung geschlossen und zur Abstimmung über die geschäftliche Behandlung der Tarifvorlage geschritten.

Der von nationalliberalen Abgeordneten gestellte Antrag, wonach die finanzpolitischen Punkte getrennt von den zollpolitischen einer besonderen Kommission überwiesen werden sollten, wurde abgelehnt, dagegen der Antrag der volkswirthschaftlichen Vereinigung, wonach eine Reihe von wichtigen Zöllen alsbald im Reichstage selbst, die übrigen Sätze in einer Kommission weiter berathen werden sollen, mit einer Mehrheit von 20 Stimmen angenommen.

Nach dem Abschlusse der ersten Lesung der Tarifvorlage kamen die beiden Gesetze über die Brausteuer und die Tabaksteuer zur allgemeinen Berathung.

Der Entwurf wegen der Brausteuer wurde von dem Präsidenten des Reichskanzler-Amtes, Minister Hofmann, dahin erläutert, die verbündeten Regierungen hätten diese Vorlage nicht nur aus finanziellen Gründen eingebracht, sondern auch als einen Schritt auf dem in der Verfassung bezeichneten Wege zur Gemeinschaft der Bier- und Branntweinsteuer in ganz Deutschland, die der Reichstag ja wohl auch als ein verfassungsmäßig zu erstrebendes Ziel ansehen werde. In der vorigen Session sei die Beseitigung der jetzt bestehenden inneren Zollschranken in Deutschland für Bier und Branntwein einstimmig als wünschenswerth anerkannt. Auf dieses Ziel weise die nationale Wirthschaftspolitik zur Nothwendigkeit hin.

Der Entwurf wurde nach kurzer Berathung einer Kommission überwiesen.

Die Berathung in Betreff der Tabaksteuer wurde von dem preußischen Finanzminister Hobrecht durch einige Worte eingeleitet, welche an die vorjährigen Verhandlungen anknüpften, die abgebrochen worden seien, als es sich um die Frage der Wahl des geeignetsten Systems für die Besteuerung handelte. Die Untersuchungen der eingesetzten Enquêtekommission hätten dahin geführt, daß nur die Wahl zwischen dem Monopol und der Rohtabaksteuer übrig bleibe. Die verbündeten Regierungen haben sich für die Rohtabaksteuer entschieden, vornehmlich weil das Monopol auf längere Zeit hinaus nur geringe und ungenügende Erträge liefern würde. Die Enquêtekommission habe bei der Rohtabaksteuer drei Sätze des Zolls (50, 60 und 70 Mark für den Centner) und dem entsprechend Steuersätze für den inländischen Tabak (33, 40, 50 Mark) als durchführbar bezeichnet. Wenn sich die Regierungen nicht für den höchsten Satz entschieden haben, obwohl sie darüber einig und auch mit dem Reichstag einig sind, daß der Tabak gerade ein Verbrauchsartikel sei, der sich vor allen anderen Dingen zu einer ausgiebigen und starken Besteuerung eignet, und bei dem man kaum eine andere Grenze als die des finanziellen Interesses zu ziehen hätte, — wenn sie sich doch darauf beschränkt haben, den Mittelsatz zu empfehlen, so beruht dies auf der Erwägung, daß es sich empfiehlt, den Sprung nicht zu stark zu machen, und zweitens vorzugsweise in der Rücksicht einer möglichsten Schonung des inländischen Tabakbaues.

Der Minister schloß mit den Worten: „Wer die Möglichkeit einer Reform unserer direkten Steuer auch in dem allerbescheidensten Umfange nicht von vornherein von der Hand weisen, sie nicht hindern will, der wird sich nicht entschlagen können, dieser Erhöhung unserer indirekten Einnahmen seine Zustimmung zu geben."

Die Vorlagen wurden gleichfalls einer Kommission zur Vorberathung überwiesen.

Die Tarifkommission.

Die Tarifkommission des Reichstages, welche aus 28 Mitgliedern bestehen soll, setzt sich nach den im voraus getroffenen Vereinbarungen zusammen aus 4 Mitgliedern der deutsch-konservativen Partei (die sämmtlich Anhänger der Finanz- und Steuerreform, 3 zugleich Freunde der Zollreform sind,) 5 Mitgliedern der frei-konservativen Reichspartei (sämmtlich entschiedenen Anhängern der gesammten Wirthschaftsreform), 8 Mitgliedern der Centrumspartei (sämmtlich Freunde der Zollreform, bedingungsweise auch der Finanzreform), 8 Nationalliberalen (worunter 2 entschiedene Anhänger der Zoll- und Finanzreform, 4 Anhänger der Finanz- und bedingungsweise der Zollreform, 2 entschiedene Gegner der Vorlage) und aus 3 Mitgliedern der Fortschrittspartei (Gegnern der Reform) bestehen. Die Kommission zählt 18 entschiedene Anhänger der Zollreform und 4 Mitglieder, die ihr bedingungsweise zustimmen, 6 entschiedene Gegner derselben, — 15 grundsätzliche Anhänger der Finanzreform und 8 Mitglieder, die ihr unter Bedingungen zustimmen, 5 Gegner derselben.

Es unterliegt kaum einem Zweifel, daß die Berathungen in der Kommission, wie im Reichstage selbst zu einer Verständigung über die Tarifvorlage im Großen und Ganzen führen werden.

Die Eisenzölle.

(„Provinzial-Correspondenz“ vom 21. Mai.)

Die Frage der Eisenzölle kam in der Sitzung des Reichstags vom 15. zur Berathung.

In der Tarifvorlage ist für Roheisen aller Art, Brucheisen u. s. w. ein Zoll von 1 Mark auf 100 Kilogramm angesetzt (während der Tarif von 1860 einen Zoll von 2 Mark, der von 1865 — 1½ Mark enthalten, seit 1873 Zollfreiheit bestanden hatte). Aus dem Reichstage wurde ein Antrag auf künftige Ansetzung eines Zolls von 50 Pfennig statt 1 Mark gestellt.

Der Regierungs-Kommissarius, Geheimer Rath Burchardt, hob sodann die Nothwendigkeit einer Abhülfe der Nothstände der Eisenindustrie in dringlichster Weise hervor.

„Selbst die entschiedensten Freihändler,“ sagte er, „haben anerkannt, daß auf wichtigen Produktionsgebieten — wie auf dem der Baumwollenwaaren, der Wollenwaaren, der Thonwaaren, der Glaswaaren — Zölle nothwendig und nützlich sind, und ebenfalls, daß man mit Zollermäßigungen allmälig vorgeht, wenn man auch die Rohmaterialien freigiebt, soweit es sich um den Veredlungsverkehr handelt. Nun wich die Ermäßigung der Eisenzölle davon ab, nicht blos Roheisen, auch Materialeisen und die Fabrikate sollten frei sein; bis auf die feinen Eisenwaaren ist vollständige Zollfreiheit eingeführt worden. Haben andere Länder es auch unternommen, diesen wichtigen Produktionszweig frei zu geben? Nein, nur in England hat eine solche Freigebung stattgefunden; Frankreich, Oesterreich, Spanien, Italien, ganz zu schweigen von Rußland und Nordamerika, kurz alle größeren Länder erheben Zölle. Der Schritt, den wir unternommen haben, gab zu großen Bedenken Anlaß; aber er war ungefährlich zu einer Zeit, wo die Konsumtion kaum von der Produktion befriedigt werden konnte, wo also jedenfalls in Deutschland eine Ueberproduktion nicht stattfand. Die Produktion wurde gewissermaßen von der in jenen Jahren sich namenlos steigernden Konsumtion gezwungen, ihr zu folgen, um die Quantitäten herzustellen, deren der inländische Konsum bedurfte. Als aber dann der Eisenkonsum sank, suchten die Anstalten, die produzirten, durch Mehrproduktion ihre Existenz zu erhalten. Eng-

land ist uns nun unzweifelhaft überlegen. Es produzirt nahezu das Vierfache von dem, was Deutschland produzirt, es führt nahezu das Dreifache von dem aus, was Deutschland ausführt, es importirt den 15. Theil des deutschen Imports. England ist geschützt durch seine Lage, seine Kapitalkraft, seine Wasserverbindung und durch seine Rohmateralien.

Angesichts der Thatsache, daß die englische Roheisen-Erzeugung unter günstigeren Verhältnissen arbeitet, als die deutsche, war es sehr gewagt, zur Zeit die Zölle fallen zu lassen, und es wäre unverantwortlich, die Zollfreiheit für Roheisen in Deutschland bestehen zu lassen. Die Wiedereinführung der Eisenzölle ist vor Allem darin begründet, daß man der inländischen Industrie den Muth erhalten muß, den Kampf, den sie führt, auch weiter zu führen. Die verbündeten Regierungen sind nach eingehender Erwägung und auf Grund der von ihnen angestellten Untersuchungen zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Wiedereinführung der Eisenzölle nothwendig sei, um die Existenzfähigkeit der deutschen Eisenproduktion zu sichern. Sie hoffen, daß der Reichstag mit überwiegender Majorität sich diesem Ausspruch anschließen wird.“

Nach zweitägiger Verhandlung, in welcher die Regierungsanträge von freihändlerischer Seite, namentlich von den Abgeordneten Bamberger und Richter entschieden bekämpft, von den Abgeordneten Stumm und Berger mit besonderer Lebhaftigkeit vertheidigt wurden, kam es am Freitag zur ersten entscheidenden Abstimmung.

Nachdem zunächst der abschwächende Antrag (einen Zoll von 50 Pfennig statt 1 Mark anzusetzen) mit einer Mehrheit von 192 gegen 125 Stimmen abgelehnt worden war, wurde der Regierungsvorschlag mit 218 gegen 88 Stimmen angenommen: für denselben stimmten die beiden konservativen Fraktionen (mit wenigen Ausnahmen), die gesammte Centrumspartei, über 30 Nationalliberale (mit dem Abgeordneten von Bennigsen), die Elsässer u. A., gegen denselben der größere Theil der Nationalliberalen, die gesammte Fortschrittspartei, die Polen.

Im weiteren Verlauf der Berathung wurden sodann auch die übrigen Vorschläge der Regierungen in Bezug auf die Eisenzölle ohne wesentliche Veränderung angenommen.

Zur Verhandlung über die Eisenzölle.

Rede des Abgeord. Stumm:

„Ich bin überzeugt, daß weder die Industrie durch die landwirthschaftlichen Zölle, noch die Landwirthschaft durch die Industriezölle belastet wird. Wir sollten auf dem Grundsatze stehen, der in Frankreich stets geherrscht hat: „Wenn es jedem Einzelnen gut geht, geht es eben Allen gut.“ — Ich muß entschieden gegen die Auffassung protestiren, daß es sich hier um ein Kaufgeschäft zwischen Industrie und Landwirthschaft, um eine Art Bestechung handle, die wir an den Agrariern und diese an uns ausgeübt haben. Es handelt sich einfach darum, ob die Industrie in der Lage ist, bei wiederhergestellter Konsumtionsfähigkeit eine Erhöhung von 5 Sgr. per Centner zu vertragen oder nicht? Und da sage ich, daß es für die Industrie und speziell für die industriellen Arbeiter viel wichtiger ist, daß der Arbeiter wieder etwas verdient, und zwar in Groschen, als daß er in Pfennigen seine Lebensbedürfnisse theuer bezahlt. Diese 5 Sgr. Roggenzoll bilden nach meiner Rechnung allerhöchstens 2 Pfennige für den täglichen Konsum für eine Arbeiterfamilie von 4 Köpfen. Wenn ich der Ueberzeugung wäre, daß nicht blos bei der Eisenindustrie, sondern auch bei anderen Industriezweigen der Lohn pro Tag um nicht mehr als 2 Pf. steigen würde, so würde ich sagen: Die ganze Zollfrage ist nicht des Geschreis werth, welches wir darüber machen. Ich bin aber überzeugt, daß durch die neue wirthschaftliche Politik der Wohlstand und die Erwerbsfähigkeit in einer

Weise zunehmen wird, daß wir es mit einer Erhöhung der Löhne nach Groschen zu thun haben werden und dem gegenüber kann es auf wenige Pfennige oder gar Bruchtheile von ihnen nicht ankommen. Durch die Einführung der Getreidezölle wird keinem Arbeiter in Deutschland zu nahe getreten, aber noch viel weniger ist es umgekehrt für die Landwirthschaft durch Einführung des Roheisenzolles von 5 Sgr. der Fall. Ein geringerer Zoll als der von 5 Sgr. hat gegenüber der heutigen Technik absolut keinen Werth, man würde mit ihm nur unseren Gegnern Waffen in die Hand geben. Ich bitte deshalb, die Regierungsvorlage anzunehmen, dadurch die schweren Schäden gut zu machen, welche die frühere Gesetzgebung einem bis dahin blühenden Erwerbszweig zugefügt hat, und es diesem so zu ermöglichen, die tief eingreifenden und kostspieligen Umwandlungen vorzunehmen, welche die neuesten Fortschritte der Technik ihm gebieterisch auferlegt."

Rede des Abgeord. Berger:

„Was ist aus all den Voraussetzungen geworden, auf Grund deren das Gesetz wegen Aufhebung der Eisenzölle erlassen wurde? Gleich nach der Berathung des Gesetzes im Juli 1873 erfolgte der fürchterliche Rückschlag; die Petitionen baten um Abstandnahme von der Zollaufhebung, sie predigten tauben Ohren. Bamberger sagte damals: Ja, das Klappern der Mühle hält jeder Müller für die Harmonie der Sphären. Solche Redewendungen mögen ja unter Umständen recht schön sein, aber wenn man sie einer nothleidenden Bevölkerung in die offene Wunde hineinstreicht, wirken sie wahrhaftig nicht angenehm.

Die freihändlerische Partei bestritt stets den Nothstand. Jetzt sind die Klagen aus dem ganzen Lande so eindringlich geworden, daß Sie sie heute hören müssen. Der Umschlag im Lande hat nicht auf sich warten lassen. Wie hat sich die freihändlerische Mehrheit vermindert und die schutzzöllnerische Minderheit vermehrt. Der Abgeordnete Richter hat so oft gesagt, die Wahlen im Jahre 1878 seien lediglich unter dem Eindruck des Sozialistengesetzes gehalten worden. Weit gefehlt, so weit ich unterrichtet bin aus meinem Wahlkreis, kann ich sagen, daß sämmtliche Wähler fest entschlossen waren, nicht blos mit dem Sozialistengesetz vorzugehen, sondern auch der zeitherigen Wirthschaftspolitik eine andere Wendung zu geben. Sie stellen dann die Sache so vor, als wenn lediglich der Kanzlerbrief vom 15. Dezember die jetzige Wendung hervorgerufen hätte. Ich bin der Letzte, die großen Verdienste des Reichskanzlers verkleinern zu wollen, aber das Verdienst, diese mächtige Bewegung allein dadurch hervorgebracht zu haben, kann ich ihm nicht zusprechen. Von der freihändlerischen Seite stellt man die Sache so dar, als wenn das gegangen wäre wie im Jahre 1813, wo es hieß, der König rief und Alle, Alle kamen, so heute, der Kanzler rief und Alle, Alle kamen. Nein, Alle, Alle riefen und dann kam erst der Kanzler. Dann soll es der durchschlagende Einfluß der Industriellen gewesen sein, der den Fürsten Bismarck auf andere Wege gebracht und die Regierungen umgestimmt hätte. Es ist höchst interessant, daß in keinem Parlament so wenig Industrielle sich befinden, als im deutschen Parlament. Der Abgeordnete Bamberger hat gestern gesagt, es sei eine Fabel, wenn man behaupte, Deutschland sei nicht stark, es könne eine Konkurrenz nicht ohne mäßigen Schutz der nationalen Arbeit aushalten, im Gegentheil, es sei wirthschaftlich stark, namentlich in der Eisenindustrie, nur England sei stärker. Das Haus hat das „nur England" ruhig mit angehört, aber was würden Sie sagen, wenn ich behauptete, Bayern ist der größte Militärstaat im Deutschen Reiche, nur Preußen ist noch stärker. Gerade so ist es hier. Deutschland ist recht stark, stärker als Rußland, Schweiz, Holland, Belgien, auch als Oesterreich, steht auch auf gleicher Linie mit Frankreich, nur England macht eine Ausnahme, was drei- oder viermal so stark ist. Die englischen und schottischen

Eisendistrikte liegen unmittelbar am Meere, Eisen und Kohlen liegen zusammen, die Eisenwerke können ihre Produkte unmittelbar in die Seeschiffe laden. Unsere oberschlesischen Werke dagegen liegen 100 bis 120 Meilen von der Meeresküste, inmitten der streng verschlossenen Grenzen Oesterreichs und Rußlands, die Saarbrückener und Aachener Eisendistrikte liegen an der belgischen und französischen Grenze. Alle liegen weit vom Meere und haben keine Kanäle; und da sollen sie mit der Massenproduktion Englands konkurriren. — Wenn man von Ueberproduktion spricht, so kann ich aus eigenster Wahrnehmung in meiner Heimath bestätigen, daß die Werkbesitzer und Aktionäre am klügsten gethan hätten, schon vor drei bis vier Jahren ihre Fabriken zu schließen, es aber aus Mitgefühl für ihre Arbeiter unterlassen haben. Hätten sie es gethan, dann hätten Sie jetzt keine Petitionen mehr von ihnen um Wiedereinführung des Schutzzolls; dann ständen aber als Petenten vor Ihnen die Arbeiter, die keine Arbeit mehr hätten, und die Kommunen, welche alle diese Tausende von Arbeitern aus ihren Mitteln unterstützen müßten."

„Der Abgeordnete Richter sollte an seinen unmittelbaren Vorgänger in der Vertretung des Kreises Hagen (den Abgeordneten Harkort) denken. Derselbe hat das Mandat 25 Jahre treu verwaltet und war in seinen früheren Jahren Freihändler; später hat er sich eines Besseren belehrt und ist heute in seinen alten Tagen ein eifriger Verfechter des Eisenzolls. Endlich hätte der Abgeordnete Richter sich auf den bekannten Führer und langjährigen Chef seiner Partei, den Abgeordneten Waldeck, berufen können. Derselbe erklärte im Jahre 1865: „Ich kann die Theorie, welche die ganze Welt gewissermaßen als eine Familie ansieht und es für gleichgültig hält, ob im eigenen Lande eine ganze Bevölkerung, die sich auf eine alte Industrie stützt, zu Grunde geht, während die Bedürfnisse aus einem anderem Lande geholt werden — diese Theorie kann ich für die Praxis nicht als unbedingt maßgebend halten. Die Länder, die sie jetzt aufgestellt haben, sind erst dann dazu übergegangen, nachdem die entgegengesetzten Theorien mehr als Jahrhunderte hindurch konstant angewandt worden waren und dadurch auf die Entwickelung der Industrie einen bedeutenden Einfluß ausgeübt hatten."

Die vorläufige Erhebung neuer Zölle.

(„Provinzial-Correspondenz" vom 21. Mai.)

Im Hinblick auf die hohe Wahrscheinlichkeit, daß der Entwurf des neuen Zolltarifs in seinen wesentlichen Theilen die Zustimmung des Reichstages finden werde, haben sich die verbündeten Regierungen veranlaßt gesehen, einen weiteren Gesetzvorschlag zu machen, um die Möglichkeit zu sichern, den neuen Zoll für einzelne Gegenstände durch beschleunigtes Verfahren im Bundesrathe und im Reichstage schon vor der Feststellung und dem Inkrafttreten des Tarifs vorläufig zu erheben.

Es handelt sich dabei um den Schutz der Staatsinteressen und der Bevölkerung gegen die Ausbeutung durch die geschäftliche Spekulation während der Uebergangszeit.

Bis jetzt gilt die Bestimmung, daß Veränderungen des Zolltarifs in der Regel mindestens acht Wochen vor dem Inkrafttreten zur öffentlichen Kenntniß gebracht werden sollen. In der That ist es ein im Allgemeinen völlig berechtigtes Interesse des Handels, Aenderungen der für den Preis der Waare mitbestimmenden Eingangszölle und die daran sich knüpfenden Wirkungen auf Konsumtion, Konkurrenz u. s. w. längere Zeit vor ihrem Inkrafttreten in den Kreis seiner Berechnungen ziehen zu können und nicht plötzlich in seinen Dispositionen von denselben überrascht zu werden. Allein einerseits bedarf es dazu sicherlich nicht immer

einer so langen Frist zwischen der Publikation und dem Inkrafttreten einer Tarifänderung; andererseits kann jenes Interesse selbst nicht immer als das überwiegende und ausschlaggebende anerkannt werden, tritt vielmehr unter Umständen in offenbaren Gegensatz zu anderen nicht geringeren Interessen.

Es liegt in der Natur der Sache, daß, sobald eine erhebliche Tarifänderung mit Wahrscheinlichkeit erwartet wird, mag auch das Maß derselben noch zweifelhaft sein, die Spekulation sich des Geschäftes in dem betreffenden Artikel bemächtigt, und das Streben nach schleuniger Ausnutzung der gewährten Frist eine Einfuhr veranlaßt, welche weder zur Deckung des Bedarfs in naher Zukunft erforderlich, noch in sonstigen Verhältnissen des regelmäßigen Geschäfts begründet ist. Solche Vorgänge können unter Umständen den von der Gesetzgebung, also im allgemeinen Interesse des Reichs gewollten Erfolg theilweise vereiteln. Sie entziehen der Reichskasse auf Jahr und Tag die beabsichtigten Steuererträge zu Gunsten Einzelner und ohne daß den Konsumenten ein entsprechender Vortheil zuwüchse. Sie sind aber auch geeignet, der inländischen Produktion schwere Schädigungen zuzufügen. Da die letztere nicht plötzlich in solchem Maße sich verstärken läßt, um in einigen Wochen oder Monaten Vorräthe für Jahre voraus herzustellen, so werden die inländischen Produkte früher von der dem höheren Zollsatze entsprechenden inneren Steuer ergriffen, als die gleichnamigen ausländischen, die Grundlagen der Konkurrenz also zu Ungunsten der inländischen Produktion verschoben. — Endlich haben meist doch nur kapitalskräftige Unternehmer das Maß von Geldmitteln und Kredit zur Verfügung, welches erforderlich ist, um große Vorräthe auf einmal anzuschaffen und bis zu günstiger Gelegenheit oder zu allmäliger Verwendung zu lagern. Die ohnehin schon ungünstigere Lage der kapitalsärmeren Konkurrenten kann also noch weiter verschlechtert und bis zu ernstlicher Gefährdung ihrer geschäftlichen Existenz herabgedrückt werden, indem jene in den Stand gesetzt sind, ihre zu den früheren geringeren Sätzen verzollten Vorräthe zu Preisen zu verkaufen, welche ihnen noch einen Gewinn abwerfen können, während sie für die Anderen schon jede Möglichkeit einer Konkurrenz ausschließen.

Es kann deshalb in gewissen Fällen eine allseitig erkannte Aufgabe der Regierung und des Reichstages sein, wegen drohender Gefährdung überwiegender Interessen die Frist zur Ausbeutung einer in Angriff genommenen Tarifänderung so viel als möglich abzukürzen. Diese Aufgabe kann aber nach Lage der Geschäftsordnung des Reichstages nicht erfüllt werden, da für die Feststellung eines dahin zielenden Gesetzentwurfs im günstigsten Falle mindestens eine Woche erforderlich ist. Bei der dermaligen Entwickelung der Kommunikationsmittel genügt aber in den meisten Fällen die Frist einer Woche, um außerordentlich bedeutende Vorräthe einer bestimmten Waare über die Grenze des Zollgebiets einzuführen.

Es bedarf daher, um den obigen Zweck zu sichern, einer veränderten Behandlung der betreffenden Anträge.

Der vorgelegte Gesetzentwurf ist deshalb dahin gerichtet, daß es nur einer *einmaligen* Berathung und Zustimmung des Reichstages bedürfen soll, um in Verbindung mit der Zustimmung des Bundesrathes den Reichskanzler zu der Anordnung zu ermächtigen, daß Eingangszölle von bis dahin zollfreien Gegenständen und Erhöhungen bestehender Zölle vorläufig in Hebung gesetzt werden, sobald dem Reichstage wegen Einführung derselben ein Gesetzentwurf vorgelegt worden ist.

Die Entscheidung darüber, unter welchen Voraussetzungen und Bedingungen die in Rede stehende Ermächtigung zu beantragen und zu ertheilen sein möchte, wird in jedem einzelnen Falle nach den Umständen zu treffen sein; nach dem Ergebnisse der Prüfung kann die Zustimmung gewährt oder versagt werden. Der Gesetzentwurf soll lediglich die *Möglichkeit* eröffnen, in den Fällen, wo nach der übereinstimmenden Ansicht des Bundesraths und des Reichstages die unverzügliche vorläufige Anwendung neuer Abgaben oder erhöhter Abgabensätze erfor-

derlich oder zweckmäßig ist, dieselbe in wirksamer Weise zur rechten Zeit durchführen zu können.

Die nach Zustimmung des Reichstages erlassene Anordnung muß jedoch von selbst mit dem Zeitpunkte wieder außer Kraft treten, wo der Gesetzentwurf, dessen auf neue oder erhöhte Abgaben bezügliche Bestimmungen vorläufig in Anwendung gesetzt worden waren, Gesetzeskraft erlangt, oder wo feststeht, daß er Gesetzeskraft zunächst nicht erlangen wird.

Der Gesetzentwurf kam am 19. Mai zur ersten Berathung im Reichstage. In einer kurzen einleitenden Rede bemerkte der Präsident des Reichskanzleramtes, Staatsminister Hofmann: „Wenn auch die gegenwärtige Tarifvorlage die nächste Veranlassung des Gesetzentwurfs sei, so läge es doch in der Absicht der Regierungen, gleichzeitig die betreffende Frage allgemein zu regeln. Dem Bemühen der Spekulation, durch rechtzeitige Einführung großer Mengen von Waaren vor dem gesetzlichen Eintritt des Zolles oder eines erhöhten Zolles auf dieselben diesen zu umgehen und aus der zu erwartenden Preissteigerung möglichst Vortheil zu ziehen, müsse begegnet werden. Klugheit und Gerechtigkeit erforderten gleicherweise solche Maßregeln, welche jene Spekulation verhinderten. Er hoffe, daß der Gesetzentwurf die Billigung des Hauses finden werde. Die Regierungen hätten sich zwar nicht verhehlt, daß eine Abweichung von dem verfassungsmäßigen Grundsatze herbeigeführt werde, wonach der Reichstag seine Geschäftsordnung selbst regle; aber in den vorgesehenen Fällen sei ein rasches Handeln der gesetzgebenden Faktoren unumgänglich. Es sei daher wohl anzunehmen, daß der Gedanke des Gesetzentwurfs, im Großen und Ganzen die Billigung des Hohen Hauses finden würde. Es könnte nicht die Absicht des Reichstages sein, daß die Beschlüsse, die jetzt in zweiter Lesung über den Zolltarif gefaßt werden, sofort Veranlassung werden zur Spekulationseinfuhr, daß dadurch die Wirkungen des Gesetzes abgeschwächt werden, und wenn der Gedanke des Gesetzes an sich die Billigung des Hauses finde, dann werde es nicht schwer sein, über die Modalitäten und über die Mittel sich zu verständigen, die nothwendig sind, um den gewünschten Zweck zu erreichen.

Die Vorlage fand Seitens der maßgebenden Parteien im Reichstage entschiedene Billigung in Bezug auf ihre Absichten, dagegen lebhaften Widerspruch in Betreff der vorgeschlagenen Mittel.

Der Abgeordnete von Bennigsen erklärte, daß die Tendenz des Gesetzentwurfs gewiß die Billigung der Mehrheit namentlich auch seiner politischen Freunde, ob Freihändler oder Schutzzöllner, finden werde. Man wundere sich sogar, daß ein ähnlicher Gesetzentwurf nicht schon früher vorgelegt sei. Unmittelbar nach den Osterferien schon sei die nationalliberale Partei bereit gewesen, Maßregeln in dem Augenblick zu ergreifen, wo eine bedeutende Erhöhung eines Zolles bevorstehe, um Spekulationen und Geschäfte zu verhindern, welche sowohl die gesunde Konkurrenz, als den Fiskus schwer schädigen könnten. Die Vorlage aber, wie sie in den Hauptbestimmungen erscheine, könne nicht angenommen werden. Auch ohne Aenderung der Rechte des Reichstages in Bezug auf seine Geschäftsordnung, auch im gegenwärtigen Gange der Geschäfte könne ein Entwurf in drei Tagen Gesetz sein. Jedenfalls aber sei anzuerkennen, daß der Reichstag die Verpflichtung habe, das Seinige zu thun, um weiter für den Fiskus und für die legitime gesunde Konkurrenz nützliche Einrichtungen zu treffen dadurch, daß man höhere Zölle vorläufig erhebe. Am wichtigsten erscheine dies beim Tabak. Da bis zum Abschluß des Tabaksteuergesetzes noch 6 bis 8 Wochen verfließen würden, so seien er und seine Freunde bereit, zu überlegen, wie weit eine Sperrmaßregel möglich sei. Er stelle es dem Hause anheim, entweder im Plenum zu berathen, oder von einer Kommission berathen zu lassen, welcher oder welche Artikel dieser Maßregel unterworfen werden sollten. Bei schleuniger Berichterstattung werde man wahrscheinlich schon Ende dieser Woche Beschluß fassen können.

Auch der Abg. Windthorst erklärte, die Tendenz der Regierungsvorlage

sei an sich nicht unberechtigt, doch sei ein solcher Eingriff in die Verkehrs- und Handelsbeziehungen sehr bedenklich. Darum müsse die Sache einer Kommission überwiesen werden und zwar am Besten der Tarifkommission.

Diesem Vorschlage entsprechend wurde die Vorlage der Tarifkommission zu schleuniger Vorberathung überwiesen (und Seitens derselben zur Annahme empfohlen).

Ein thatsächlicher Schritt in der Zollreform.

(„Provinzial-Correspondenz" vom 5. Juni.)

Die Absichten der verbündeten Regierungen und der Reichstagsmehrheit in Bezug auf die wirthschaftliche Reform sind in einer wichtigen Beziehung bereits zu vorläufiger Verwirklichung gelangt.

Der Reichstag hat in seiner letzten Sitzung vor Pfingsten dem Gesetz wegen vorläufiger Erhebung von Zöllen auf Grund des in Aussicht genommenen neuen Zolltarifs in einer Gestalt, mit welcher sich die Regierungen einverstanden erklärt hatten, seine Zustimmung ertheilt. Nicht eine allgemeine und bleibende gesetzliche Maßregel ist vereinbart worden, sondern nur eine Vollmacht zur vorläufigen Hebung der neuen Sätze von gewissen Artikeln, bei denen es im allgemeinen Interesse besonders dringlich erscheint, nämlich von Eisen, Materialwaaren und Petroleum, und nur auf Grund der bereits in zweiter Lesung im Reichstage gefaßten Beschlüsse.

Das in solcher Gestalt vom Reichstage angenommene Gesetz ist unverweilt auch vom Bundesrathe genehmigt und unterm 30. Mai veröffentlicht worden und sofort für den einen der bezeichneten Gegenstände, für Roheisen und Eisenwaaren, auf Grund der in dieser Beziehung bereits in zweiter Lesung beschlossenen Sätze in Kraft getreten.

Die schließliche rasche Verständigung über das Sperrgesetz ist eine neue Bürgschaft, daß der Reichstag in seiner Mehrheit die Durchführung der Wirthschafts- und Zollreform mit aller Entschiedenheit sichern will. Um so mehr ist zu hoffen, daß nunmehr auch die weiteren Berathungen, deren Schwerpunkt zunächst in den Kommissionen liegt, thunlichst gefördert werden.

Die viel verbreitete Annahme, daß das Einvernehmen, welches bisher unter den Freunden der wirthschaftlichen Reform erfolgreich obgewaltet hat, den sogenannten Finanzzöllen gegenüber seine Kraft verlieren werde, dürfte sich sehr bald als irrigerweisen, umsomehr als die Freunde der Wirthschaftsreform nicht blos von dem entscheidenden Werth, welchen die Regierung auf die Finanzreform im Deutschen Reiche legt, sondern auch von dem nothwendigen inneren Zusammenhange der Wirthschafts- und der Finanzreform durchdrungen sind. Der Reichstag hat überdies auch außerhalb der Parteien, welche jetzt vor Allem die wirthschaftliche Reform unterstützen, schon seit Jahren in grundsätzlicher Uebereinstimmung mit dem Reichskanzler gerade die Nothwendigkeit einer umfassenden Finanzreform im Interesse des Reiches, sowie der Einzelstaaten anerkannt. Die Bedenken, welche von politischen Gesichtspunkten der Durchführung der Finanzreform entgegenzustehen scheinen, dürften in vertrauensvollem Entgegenkommen ihre Erledigung finden.

---

21. Mai. [Die inländische und ausländische Getreideproduction; — wen besteuern wir? — die Kornpreise und die Brodpreise; — das russische Getreide; — der Transitzoll; — was nützt der Zoll der Landwirthschaft? — stiefmütterliche Behandlung der Landwirthschaft.]

(Nach dem Abgeord. Dr. Delbrück.)

Ich will im Laufe meiner Ausführung auf diese Details nicht zurückkommen, und deshalb in Betreff der letzten Worte des Herrn Vorredners gleich darauf aufmerksam machen, daß in dem ungewöhnlichen Steigen der Domänenpachten in ihrem Durchschnitt hauptsächlich diejenigen Domänen ins Gewicht fallen, welche Zuckerrübenbau und Zuckerfabrikation haben und daß nur dadurch, durch die ungewöhnlich günstige Konjunktur, durch die hohe Stufe, welche dieses Gewerbe durch den Schutz, welcher ihm zu Theil geworden ist, erschwungen hat, diese hohe Steigerung erklärlich wird. Im Uebrigen liegt die vorletzte Periode, die der Herr Vorredner anführt, ja in der Zeit, wo die Getreidepreise höher waren wie heute, wo die Eisenbahnentwickelung der großen östlichen Getreideländer noch nicht die Wirkung auf unsern Markt erreicht hatte wie jetzt. Im Allgemeinen aber hat der Herr Vorredner in seinem ganzen Plaidoyer gegen unsere Vorlage hauptsächlich das Argument geltend gemacht, daß das Getreide theurer wird, daß die Kornpreise steigen werden. Er hat dies als eine Kalamität angesehen, die vor allen Dingen vermieden werden müsse. Nun dabei drängt sich die Frage auf: sind niedrige Getreidepreise in wirthschaftlicher Beziehung an sich als Glück anzusehen? Wir Alle erinnern uns und auch der Herr Vorredner, daß vor 12 und 20 Jahren die Kornpreise sehr viel höhere bei uns waren, als heute, weil die große Konkurrenz des Auslandes, von der ich eben sprach, uns noch nicht überkommen war und daß dennoch damals in allen Zweigen der gewerblichen Thätigkeit, vielleicht gerade in Folge der höheren Kornpreise, ein stärkeres Leben pulsirte, als am heutigen Tage, wo bei niedrigen Kornpreisen Alles darniederliegt. Wenn wir als richtig annehmen, daß niedrige Kornpreise ein Glück sind, worauf der Herr Vorredner sein Argument hauptsächlich basirt, so müßten die Länder im Osten, welche die wohlfeilsten Getreidepreise haben, die Länder der unteren Donau, an der Theiß, Galizien und der südliche Theil des europäischen Rußlands in wirthschaftlicher Beziehung die glücklichsten, wohlhabendsten, kräftig entwickeltsten Länder in Europa sein. Wir müßten auch innerhalb des Deutschen Reiches einen erheblichen Unterschied empfinden im wirthschaftlichen Wohlbehagen, in unserer Vermögens-Entwickelung. Denn was auch der Herr Vorredner über den verschiedenen „Standart“ der einen und der andern Orte gesagt hat, so ist die Wahrnehmung nicht blos heute, sondern in allen statistischen Darlegungen seit 30 Jahren kann man sie sehen, das ist ganz unzweifelhaft, daß wir den höchsten Getreidepreis im Westen des deutschen Reiches haben und daß sie nach Osten gradatim abnehmen. Es müßten deshalb, wenn der Satz richtig wäre, daß wohlfeile Preise an und für sich glücklich für eine Nation sind, auch die Wohlhabenheit und das wirthschaftliche Behagen nach Osten hin allmälig steigen und Ostpreußen würde nach meiner Rechnung 25 pCt. bis 30 pCt. glücklicher sein müssen als das Elsaß und der Breisgau.

Es ist außerdem eine Erscheinung, die gegen diese Ansicht des Herrn Vorredners spricht, daß die höchsten Kornpreise in Europa gerade in den Ländern dauernd und erfahrungsmäßig existiren, in welchen alle Zweige der gewerblichen Thätigkeit am kräftigsten entwickelt sind, im Westen Deutschlands, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, namentlich im Norden Frankreichs und in England. Es wird also auch dort der Nachweis geliefert, daß im Gegentheil die besseren Einnahmen des Landwirthes wahrscheinlich die Grundlagen sind einer Belebung der Thätigkeit des ganzen gewerblichen Lebens, und ich bin überzeugt, wenn unsere Landwirthe ihr Korn, ich will nicht sagen, theurer, aber sicherer verkaufen — ich komme auf diesen Punkt nachher noch zurück — daß der Absatz gesicherter ist, daß wir dann auch sofort in Folge dieses Tarifes überhaupt, dessen Wirkung sich ja in einiger Hebung der geschäftlichen Thätigkeit schon antizipirt, schon jetzt fühlbar macht, daß wir dann auch bei uns zu einer kräftigen Erneuerung unserer wirthschaftlichen Thätigkeit gelangen werden. Wenn diese Ueberzeugung, daß wohlfeile Getreidepreise an und für sich ein wirthschaftliches Glück sind, wenn die den Herren, die auf dieser Basis plaidiren, vielleicht aus wirthschaftlicher Ueberzeugung, vielleicht aus politischen oder aus anderen Gründen, kurz und gut, die dieses Argument geltend machen, wenn es damit so vollständig Ernst wäre, dann hätte man meines Erachtens doch damit anfangen müssen, daß man die Belastung, unter welcher wir im Inlande zu unserem Bedarf an Getreide gelangen, im Allgemeinen und in Betreff des viel größeren Quantums Getreide vermindern, welches im Innern unseres Landes entsteht. Kurz, wenn wohlfeiles Getreide vor allem das Ziel ist, nach welchem wir zu streben haben, dann hätten wir längst die Grundsteuer abschaffen müssen, denn sie lastet auf dem Gewerbe, welches das Getreide im Inlande erzeugt, und welches 400 Millionen Centner erzeugt im Vergleich zu den 27 bis 30 Millionen, die wir einführen. Daran hat aber Niemand gedacht, im Gegentheil, man hat in Zeiten, wo die Theorie schon dieselbe war wie jetzt, die Grundsteuer in ganz Deutschland, so viel ich weiß, allmälig gesteigert, in Preußen im Jahre 1861 um 30 pCt gesteigert, indem sie von 30 Millionen auf 40 Millionen erhöht wurde, also ein sehr viel erheblicherer Zuschlag, als hier als Zoll auf die fremde Getreideeinfuhr gelegt werden soll, und es sind seitdem eine Anzahl anderer direkter Steuern, welche unsere landwirthschaftliche Produktion nothwendig vertheuern müssen, dazu gekommen, namentlich ist klar, daß die in neuester Zeit erst lebhaft entwickelte Gemeindefinanz in ihren wesentlichsten Theilen auf den Grundbesitz, auf die Kornproduktion gelegt worden ist. Ich habe mir über diese Frage aus einer Provinz, von der ich entfernt wohne und wo ich weniger bekannt bin, aus der Rheinprovinz, eine Zusammenstellung kommen lassen, wie hoch sich ungefähr die Lasten belaufen, unter deren Druck unser Getreide dort produzirt wird, und deren Baarzahlung doch von dem Preise, zu dem der deutsche Landmann sein Getreide verkauft, in Abzug gebracht werden muß, wenn er nicht andere Hülfsquellen hat, die er aus der Tasche hinzuschießen kann, um diese Baarzahlung zu leisten. Ich habe da z. B. hier sechs Güter aus dem Kreise Solingen, deren direkte Abgaben (sie bestehen in wirklich erhobenen Staats-Grund- und Gebäudesteuern, welche in Staats-Einkommensteuer und in Kommunal-Grund- und Gebäudesteuer, in Kommunal-Einkommensteuer, in Einkommen-

steuer hier zusammengestellt sind), sie belaufen sich in Prozentsätzen von jenem Einkommen, welches der Berechnung der Einkommensteuer zu 3 pCt. zu Grunde gelegt ist, also nicht etwa von fingirtem Einkommen, sondern von wirklichem Einkommen, wie die Gemeinde die Einkommensteuerkraft ihrer Mitglieder sehr wohl zu erkennen weiß, berechnet, indem die Einkommensteuer mit rund 3 pCt. figurirt. Es beläuft sich beim ersten Gute die wirklich erhobene Staats-Grundsteuer auf 7,33 pCt. des Einkommens, des wirklich zur Erhebung der Einkommensteuer von 3 pCt. berechneten Einkommens. Dann 3 pCt. Einkommensteuer, wie sich von selbst ergiebt, beide staatliche Steuern, bei der Grund- und Gebäudesteuer eingerechnet, von den ländlichen Gebäuden, betragen 10,33 pCt. Dazu kommt Kommunal-Grund- und Gebäudesteuer mit 9,22 pCt., dann Kommunal-Einkommensteuer mit 6 pCt., die Kirchen-Einkommensteuer mit 1 pCt., zusammen 27,50 pCt. von dem wirklichen Einkommen, wie es der Einkommensteuer-Berechnung zu Grunde liegt.

Das zweite Gut in Solingen hat 21,51 pCt., das dritte 22,15 pCt., das vierte 22,16 pCt., das fünfte 19,82 pCt., das sechste 20,61 pCt. Wenn ich nun diese Liste weiter durchgehe, im Kreise Mühlheim, im Kreise Köln, Jülich, Cleve, so stoße ich auf Prozentsätze von dem wirklichen der Einkommensteuer zu Grunde liegenden Einkommen von 16 pCt. 21,64, 24,13, 18,53, 18,94, 25,42 — das ist der Kreis Neuß — von 21,60, im Kreis Düsseldorf, von 23,15 im Kreis Düsseldorf, von 18,44 Kreis Mettmann, von 24,13 im Kreise Mettmann nochmals, von 24,66 u. s. w. Im Kreise Bonn 25,28. Ich kann also mit einiger Sicherheit wohl annehmen, daß man die durchschnittliche Belastung, unter welcher bei uns das landwirthschaftliche Gewerbe betrieben wird, an Staats- und Kommunalsteuern auf 20 pCt. desjenigen Einkommensatzes, welcher bei uns bei Veranlagung der Einkommensteuer zu Grunde gelegt wird, abschätzen kann, eine, wie Sie mit Recht finden werden, ganz exorbitante Besteuerung. Bedenken Sie, um einmal einen Maßstab zu gewinnen, die einzige Belastung unseres Getreidekonsums, welche jetzt an der Grenze auf das ausländische Getreide gelegt werden soll, verallgemeinert auch auf das inländische Getreide, was im Inlande zu Markte gebracht wird; denken Sie sich, daß der Landwirth von jeder anderen auf der Getreideproduktion lastenden Steuer befreit würde, und daß dafür ihm als Aequivalent der Vorzug würde, mit dem Auslande gleichgestellt zu werden, und auch nur für jeden Scheffel Getreide, den er zu Markte bringt und verkauft, 25 Pfg. für Roggen, oder 50 Pfg. für den Weizen zu zahlen hätte, denken Sie sich das in der Anwendung auf ein Gut von, ich will sagen, 300 Morgen guten Bodens, bei dem also ein wirklicher Pachtwerth von 1500 Thalern, 5 Thlr. pro Morgen, in der Rheinprovinz kein ungewöhnlicher, bei dem eine Grundsteuerbelastung von 1 Mark auf den Morgen wahrscheinlich sein wird, wir haben sie ja in der Provinz Sachsen, wo ich angesessen bin, bis zu 25 Silbergroschen und höher, in einigen Fällen auf 1 Thaler pro Morgen, das ist also keine hohe Rechnung. Dieses Gut von 300 Morgen mit 1500 Thaler Pachtwerth, wird also nach diesem Durchschnitt voraussichtlich 300 Thaler direkte Abgaben zu bezahlen haben an den Staat, an die Gemeinde, an den Kreis, die auf der landwirthschaftlichen Produktion lasten. Für diese 300 Thaler würde er schon 3600 Ctr. Roggen, oder 1800 Ctr. Weizen zu Markte bringen können.

und erst dann würde er auf dasselbe Steuerquantum für seinen Verkauf kommen. 3600 Ctr. Roggen sind 4500 Scheffel, 1800 Ctr. Weizen 2000 und Jedermann, der von der Landwirthschaft auch nur annähernd eine entfernte Vorstellung hat, wird wissen, daß auf einem Gut von 300 Morgen nicht 4500 Scheffel Roggen gebaut, geschweige denn verkauft werden können. Wenn der Mann sehr geschickt und sehr sparsam wirthschaftet, so wird er zwischen 6 und 900 Scheffel in der einen oder anderen Getreidegattung zu Markte bringen können. 1000 ist schon recht gut; er hat also das Vier- oder Fünffache nach den jetzigen Steuerlasten auf der inländischen Produktion und dabei bringt die inländische, wie die Statistik angiebt, 400,000,000 Ctr., also 13 Mal mehr wie die ausländische.

Wenn nun das Verhältniß in dieser Ungerechtigkeit zum Nachtheil der inländischen Kornproduktion sich darstellt, so möchte ich weniger an Ihr finanzielles Reformbedürfniß, als an Ihr Gerechtigkeitsgefühl appelliren. Soll die Gesammtlast, die für unsere Finanzen auf unsern Kornbedarf gelegt werden kann und gelegt wird, in diesem Uebermaß allein auf der inländischen Produktion liegen und soll die ausländische zu dieser Last gar nicht herangezogen werden? Wenn man auf irgend ein anderes Gewerbe, dem nicht 20,000,000 Menschen ihre Existenz verdanken, sondern sehr wenige verhältnißmäßig, ich will einmal sagen auf Leder, dieselbe Theorie anwendete, daß die inländische Lederfabrikation mit einer Höhe von 20 pCt. des Reinertrags des Gewerbes besteuert würde, das ausländische aber nicht nur frei eingeht, sondern nach Möglichkeit prämiirt, gefördert, rasch und wohlfeil gefahren würde, ja würde man da nicht eine gewaltige Ungerechtigkeit gegen die inländische Lederfabrikation finden, und hat der inländische Landwirth, weil er sehr zahlreich ist, weil er vielleicht sehr viel geduldiger ist, nicht ebenso viel Anspruch auf eine gerechte und gleichmäßige Behandlung?

Sie müssen bei diesem Tarif doch nicht allein die Einzelheiten dieser Tarifvorlage im Auge behalten, sondern die gesammte Zoll- und Steuerreform, die wir damit erstreben und wovon dieser Tarif einen Theil bildet. Ich erinnere namentlich die Gegner der Vorlage daran, wie oft uns einzelne Steuervorlagen darum abgelehnt worden sind, weil von uns mit Recht verlangt wurde: legt den Plan einer gesammten und prinzipiellen Reform vor, aber kommt uns nicht mit einzelnen Steuervorlagen! Nun, wir suchen dieser Aufgabe gerecht zu werden. Sie wird uns dadurch erschwert, daß die einzelnen Finanzvorschläge, die wir machen, und die Steuervorschläge auch heute nicht mit viel mehr Wohlwollen und mehr Entgegenkommen aufgenommen werden wie damals und daß meine Hoffnungen, die ich auf das Gelingen des ganzen Reformplans setzte, sich erheblich haben herabmindern müssen; aber ich bitte Sie doch, diesem Tarif die Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, daß Sie ihn unter dem Gesichtspunkt der gesammten Zoll- und Steuerreform und nicht blos an sich betrachten.

Es ist ja in der gesammten Finanzreform bisher nicht unsere Absicht, dem Getreidebedarf in seiner Gesammtheit eine höhere finanzielle Leistung abzufordern, als bisher. Wir beabsichtigen nur einen Theil der direkten Steuern, die jetzt, wie ich vorhin nachwies, auf dem Landwirth lasten, in Form, wenn Sie wollen, eines Konsumtionszolles, an die Grenze zu verlegen, der dort das auswärtige Getreide trifft, so daß in der Gesammt-

heit der Belastung des Kornbedarfs eine Erhöhung nicht nothwendig eintritt, sondern nur ein sehr schwacher Versuch einer ausgleichenden Gerechtigkeit angesichts der Nachtheile, unter denen die Produktion von Getreide im Inlande bisher leidet gegenüber den Privilegien der Steuerfreiheit und anderen, deren sich die ausländische Getreideproduktion bei uns erfreut. Ich bin der Meinung, daß dieser Zoll an und für sich auf den Preis noch keinen Einfluß haben wird, und während der Herr Vorredner das als ein Glück betrachten würde, an das er nicht glauben mag, sehe ich mit einem gewissen Bedauern darauf, denn ich muß mich fragen: rückt der Augenblick nicht näher, wo unsere Landwirthschaft überhaupt nicht mehr bestandsfähig ist, weil das Getreide auf einen Preis gedrückt wird, zu welchem es in Deutschland nach den Verhältnissen der Abgaben, den Kosten des Lebens, der Verschuldung nicht mehr produzirt werden kann. Ja meine Herren, wenn das eintritt, so geht dabei nicht blos die Landwirthschaft zu Grunde, dabei geht der preußische Staat, das Deutsche Reich zu Grunde, ganz einfach. Sobald die Landwirthschaft nicht mehr bestehen kann, fängt zuerst an der Kredit — und alle die Herren, die ihre Forderungen in Hypotheken und Pfandbriefen haben, werden zuerst von dem Ruin der Landwirthschaft leiden — es wird die landwirthschaftliche Thätigkeit in Verfall gerathen, ich will kein schwarzes Bild von Wüsten u. dgl. machen, aber allmälig schränkt sich die Thätigkeit ein. Ich kann Ihnen ein Beispiel aus meiner eigenen Erfahrung angeben.

Wie in Preußen die gutsherrlichen, bäuerlichen Ablösungen stattfanden, so war namentlich in Hinterpommern, aber auch in anderen östlichen Provinzen, ein Nothstand an Arbeitshand und Kapital, um sich Arbeit zu beschaffen. In Folge dessen trat die Thatsache ein, daß große Flächen von früherem Acker, die in allen alten Karten noch vor 60 Jahren und noch nach der Ablösung in den ersten Zeiten als Acker stehen, heut zu Tage Wald sind, es ist angepflogener Wald, man sieht noch heute, wie der Anflug zunächst die Ackerfurchen, dann allmälig die höheren Böden erfaßt hat, denn es steht jetzt 60- bis 80 jähriger Wald darauf, der bisher einen Ertrag nicht gehabt hat, auch keinen giebt, der frühere Acker war aber doch immer Acker. Nun, ich brauche die Formen ja nicht zu schildern, in denen die Landwirthschaft und mit ihr unsere ganze staatliche und nationale Existenz zu Grunde gehen könnten, denn es wird nicht geschehen. 20 Millionen deutsche Landwirthe lassen sich eben nicht zu Grunde richten, es kommt blos darauf an, daß sie zu dem Bewußtsein kommen, was ihnen bevorsteht, und sie werden sich mit den gesetzlichen und verfassungsmäßigen Mitteln dagegen zu wehren suchen.

Wenn ich also behaupte, daß diese Zölle, in deren niedrigen Ansätzen, wie sie jetzt sind, die Preise nicht steigen werden, so fühle ich mich vielmehr in der Lage, mich darüber bei den Landwirthen zu entschuldigen, als es den Uebrigen, Nicht-Landwirthen, zu beweisen gilt, warum sie nicht steigen werden.

Ich kann der Ansicht des Herrn Vorredners nicht folgen, ich vermuthe, daß die Preise nicht steigen werden, wenigstens nicht wesentlich, weil der Preis des Getreides bei uns garnicht abhängt von dem Zoll, den man auflegt, sondern von der Ernte, vor allen Dingen in den großen Kornländern des östlichen Europa's und Amerika's, einigermaßen auch von der Ernte in Deutschland, aber doch lange nicht in dem Maße, wie von diesen

großen Ernten in Rußland, Ungarn, Amerika. Auf diese Ernten bleibt aber unser Zoll ohne jeden Einfluß, denn das Getreide wächst dort, wir mögen einen Zoll erheben an der Grenze oder nicht, es läßt sich dadurch vom Wachsen weder abhalten noch befördern. Ist in diesen großen Getreideländern eine Mißernte, so wird es eben nicht kommen, ist eine gute Regelernte, so wird es uns trotz Zoll doch kommen müssen, und darin divergire ich von dem Herrn Vorredner. Er sagt, diese Getreideproduzenten könnten mit größter Leichtigkeit andere Käufer finden, wenn wir ihnen den Preis nicht zu Dank machen. Das ist vollkommen irrthümlich und mir nur erklärlich, weil der Herr Vorredner mit den Erscheinungen auf dem Kornmarkt nicht durch eigene Leiden und Freuden vertraut ist. Wir sind heute im Ganzen in der Lage in der Welt, daß viel mehr Getreide gebaut werden kann, als verbraucht wird, daß schon jetzt das Angebot im Ganzen größer ist, als der Verzehr. Der Verzehr ist beschränkt, der Mensch kann im Brod nicht mehr thun, als sich satt essen, er kann das nicht zweimal im Tage leisten. Die Produktion in den fruchtbaren Ländern des europäischen Ostens und des amerikanischen Westens ist noch eine ganz unbeschränkte und kann sich beliebig steigern, und wir können den Zoll, wie mir Kornhändler gesagt haben, bis zu 1 Mark steigern, sie würden gerade so viel Getreide liefern, als bisher, denn bis über 1 Mark hätten sie vollständig Spielraum, den Urproduzenten einen Abzug zu machen. Auf letzterem bleibt es schließlich sitzen, er bekommt soviel weniger, für ihn aber haben wir in Deutschland nicht zu sorgen. Das ist die Ansicht der Kornhändler, mit denen ich seit Monaten, seit Jahr und Tag darüber gesprochen habe, von denen ich manche persönlich kenne, sowohl russische wie deutsche. Die deutschen sagen mir, wir geben dem Petersburger Zwischenhändler soviel weniger, und auch der verliert es nicht einmal, der giebt dem russischen Bauern und dem russischen Produzenten, der ihm das Getreide meist auf dem Halm verkauft, schon im Juni in dieser Jahreszeit, um rascher Geld zu bekommen, so viel weniger. Aber ich könnte beinahe sagen, ich fürchte, der Zoll wird ganz einfach den Produzenten abgezogen, und wir werden dieselben Massen Getreide, bis auf wenige Modifikationen, auf die ich nachher komme, doch bekommen. Es ist aber damit nicht, wie der Herr Vorredner annahm, der Landwirthschaft noch gar kein Dienst erwiesen. Ihr ist schon ein ganz erheblicher Dienst erwiesen, auch wenn der Preis nicht steigt und sie den geringen Gewinn, die geringe Lebensfähigkeit, die sie bei jetzigen Preisen hat, nur *gesichert* hat, wenn ihr überhaupt nur der *deutsche Markt* gesichert wird, wenn die Konkurrenz des Auslandes auf dem deutschen Markt um eine Kleinigkeit erschwert wird. Dies ist eine Kleinigkeit im Verhältniß zu den Schwankungen der Kornpreise, wie wir sie in den Jahren gesehen haben, wir haben sie schon öfter noch einmal so hoch wie jetzt gehabt, ohne daß unser Brod theurer geworden ist. Wenn da dem inländischen Produzenten nur die Möglichkeit gegeben wird, daß er den inländischen Markt zu demselben jetzigen Preise für sich sicher hat, so würde er auch dafür schon dankbar sein. Wir sind jetzt auf dem Lande ja in der Lage, daß die Müller auf unseren eigenen Pachtmühlen den Roggen nicht mehr von uns nehmen, sondern, da sie zugleich Bäcker in der Regel sind, uns das aus russischem Roggen gebackene Brod ins Haus auf dem Lande verkaufen. Ich selbst esse in Friedrichsruh russisches Brod und beschwere mich weiter

nicht darüber, denn ich bin dort sehr wenig Landwirth, mein Ackerbau, den ich besitze in der Gegend, ist sehr gering, aber die Thatsache liegt so und die Konsumenten reißen sich nicht etwa um das Korn, sondern es wächst mehr, als gebraucht wird, die Produzenten suchen nach Absatz. Wenn wir mehr äßen, als wächst, so würde man freilich sehr hinterher sein, das letzte Korn, was in der Welt noch existirt, für sich zu bekommen, das liegt aber eben, wie ich auch speziell für Deutschland nachzuweisen versuchen werde, nicht vor, sondern es ist Ueberführung des Marktes mit Getreide in regelmäßigen Jahren in der ganzen Welt vorhanden, in England, Frankreich und Deutschland, und nun gar in den Produktionsländern erst recht, wenn die Leute da Alles verzehren wollten, was sie bei sich bauen, so müßte ihre Bevölkerung sich verzehnfachen. Der Herr Vorredner sagte und führte gegen diese Vermuthung das an, es wären die Vorräthe, die hier lagerten, außerordentlich gering, er gab ein paar tausend Wispel an, die am Ende des Jahres hier gelagert hätten; — da möchte ich darauf aufmerksam machen einmal, daß das Ende des Jahres nicht der Termin ist, wo die Hauptzufuhr herankommt, denn auf den Kanälen, zu Wasser kommt das Getreide lange nicht in dem Maße wie auf den Eisenbahnen, und da ist es namentlich der Winter, wo alle Frachten billiger sind und wo man in Rußland das Getreide gedroschen hat, da wird das Getreide verfahren, und ich bin überzeugt, daß zwischen Januar und April die größten Vorräthe herankommen. Es kommt aber dabei auf die Roggenvorräthe gar nicht an, sondern wir müssen gleichzeitig ins Auge fassen die Roggenvorräthe und *Mehlvorräthe*, denn diejenige Form der Korneinfuhr, welche unsere Landwirthschaft augenblicklich am meisten belästigt, ist meines Erachtens die Einfuhr zur Verwandlung in Mehl im Inlande, wie sie theils zu Schiff von Petersburg via Riga und Libau nach Kiel, Lübeck und Stettin stattfindet, meines Wissens aber die *größere* Quantität auf den Eisenbahnen aus dem Innern von Rußland, den Gegenden des Mittelpunkts, die sich von Kursk-Arjol und bis an die untere Wolga, Samarow, bis Nischnei hinauf nördlich und östlich von Moskau erstrecken — aus diesen kommen mit den Eisenbahnen zu ganz außerordentlich wohlfeilen Frachten die Getreidemassen hier an, gehen zum Theil schon über Alexandrowo, die wohlfeilsten gehen, so viel ich gehört habe, über Breslau, aus der Gegend, die sich von Kiew bis Nischnei nach Deutschland erstreckt, hier werden sie in riesigen Dampfmühlen in Mehl verwandelt. Hier in Berlin ist mir gesagt worden, daß die tägliche Verarbeitung von Roggen in Mehl auf den Mühlen, die theils dem Weichbildbezirk von Berlin, theils dem nächsten Eisenbahn- und Kanalrayon angehören, zwischen 4 bis 500 Wispel, also 8 bis 10,000 Centner täglich beträgt. Diese Mehlmasse geht dann mit der Eisenbahn über das Land und tödtet, wie ich aus persönlicher Bekanntschaft weiß, den kleinen Mühlenbetrieb, soweit er von der Eisenbahn erreichbar ist. Wieviel Vorräthe nun in diesem Mehl stecken, das weiß ich nicht und das entzieht sich auch der Berechnung; ich glaube, jedenfalls aber mehr als was überhaupt in der Zeit bis zum Nachschub hier gemahlen wird. Insofern halte ich also die Berechnung des Herrn Vorredners nicht für richtig, ebenso wenig wenn er gesagt hat, daß die Ansicht, daß der Bäcker nicht den Hauptaufschlag macht in Roggen, will ich es nicht behaupten, in Weizen ist jedenfalls der Verdienst größer, inwie-

weit den Bäcker die Schuld trifft, weiß ich nicht, aber ich gönne ihm seinen Gewinn, aber die Meinung des Herrn Vorredners, daß in den Zwischenstationen, ehe das Mehl an den Bäcker gelangt, mehr als nöthig hängen bleibt, ist doch nur theilweise richtig. Es giebt z. B. Brodfabriken, die mit Riesenmühlen identisch sind, die direkt ihren Roggen aus Rußland importiren und Kornhandel, Mehlfabrikation und Brodfabrikation an einer Hand betreiben und bei denen ich glaube, daß doch ein sehr großer Gewinnst stattfindet. Außerdem wenn keiner von den Zwischenhändlern sehr reich wird, so liegt das darin, weil ihrer so viele sind. Wo heutzutage eine Stelle ist, an der man sieht, daß etwas verdient werden kann, da drängen sich ja gleich hunderte von Konkurrenten heran, bis der Verdienst so verkleinert und zertheilt ist, daß für den Einzelnen in der That nicht viel übrig bleibt. Die meisten oder wenigstens hier die Kinder der städtischen Bevölkerung ziehen ein kaufmännisches Leben, wenn es auch gering nährt, wenn es aber zu keiner anstrengenden körperlichen Thätigkeit zwingt, einem Gewerbetrieb mit täglicher Arbeit vor.

Sie Alle werden Bekanntschaft haben nach der unteren Volksklasse hin, wenigstens ich habe sie und habe dort immer gefunden, daß das Ideal eines Mannes von der Volksklasse, eines Dieners, der sich etwas erspart hat, nicht etwa ist, ein kleines Gut in seiner Heimath zu kaufen, sondern in Berlin einen Viktualienhandel anzulegen — darauf spart er — und dann mit seinen Gästen zu reden und mitzutrinken und ihnen das Bier zu bringen. Das ist heutzutage viel eher das Ideal, als sich, wie es früher war, einen kleinen eigenen Hof zu kaufen und dort das Land zu bearbeiten und Korn zu bauen. Diese Tendenz bewirkt also, daß, wo durch den Zwischenhandel etwas zu verdienen ist, und Jemand einen schönen Verdienst hat, gleich zehn bereit sind, ihn darin zu beschränken und mit ihm zu theilen.

Wenn nun ich schon zugebe — vielmehr behaupte, daß dieser Zoll auf den Kornpreis keine Einwirkung haben wird, so bestreite ich auf das Allerbestimmteste, daß die Kornpreise und die Brodpreise in irgend einem nachweisbaren Zusammenhange stehen, und behaupte, wenn nicht Hungersnoth zwingend einwirkt, daß durch den Ueberfluß und Wohlfeilheit des Korns kein Wachsen des Brodgewichtes und kein merkliches Sinken der Brodpreise eintritt. Die Brodpreise sind heute bei diesen niedrigen Kornpreisen dieselben, das heißt, das Gewicht des Brotes ist dasselbe, wie es in den Jahren war, wo das Korn noch einmal so theuer war, als heut, das heißt, im Laufe der fünfziger und sechsziger Jahre, und die Herren, die daran zweifeln wollen — — ich will nicht von den Brödchen sprechen, die wir auf den Tisch des Hauses niedergelegt haben, es kann ja Jeder, wenn er nach Hause kommt, das erste beste Brod abwiegen und das Gewicht vergleichen mit den Preisen, das kann ja Jeder sich berechnen, damit will ich Sie nicht aufhalten. Meine Erkundigungen über die Brodpreise stammen aus direkter Quelle, nicht aus den Kreisen, in denen wir leben, sondern aus den Kreisen der Handwerker, der Diener, der kleinen Leute, und ich kann Jedem, der näheres darüber zu wissen wünscht, vollständig Rede stehen. Ich glaube deshalb, daß, wenn der Preis des Getreides durch diesen außerordentlich niedrigen Zoll auf Korn, der unter fünf Prozent des Werthes bleibt, nicht affizirt wird, daß auch unser Handel in keiner Weise davon beeinträchtigt werden kann, wenigstens in

keinem höheren Maße, als er es der Gerechtigkeit im Ausgleich der gleichen Vertheilung der Lasten schuldig ist. Etwas wird der Handel dem Kaiser und seinem Finanzminister doch auch wohl von seinem Verdienst abgeben können. Es ist ja für uns Alle erfreulich, wenn unsere Kornhändler reich werden, aber wir können darüber das Prinzip der vertheilenden Gerechtigkeit in den öffentlichen Lasten nicht opfern. Ich glaube auch, daß ihnen ihr Verdienst ungeschmälert bleibt, und wenn die beiden Hauptbeschwerden gewogen werden, die Erschwerung der Mischung des russischen Getreides mit deutschem in unseren Ostseestädten und die Erschwerung des Transits, wo man wieder unterscheiden muß zwischen dem Ostseetransit und zwischen dem südwestlichen Transit, der hauptsächlich durch Süddeutschland, durch Baiern auf Mannheim geht, — wenn man die näher ins Auge faßt, so glaube ich, daß die Herren künftig den verzollten Roggen gerade so gut werden mischen können, wie bisher den unverzollten, und ich glaube nicht einmal, daß sie 25 Pfg. weniger am Zentner verdienen werden, sondern daß der Zoll, wie ich schon vorhin sagte, von dem, der sein Korn nothwendig los sein muß und der keinen anderen Abnehmer hat, wird bezahlt werden müssen.

Die Veränderung der Absatzwege aus Rußland — also ich will einmal sagen von Danzig nach Libau, wovon jetzt viel die Rede ist, damit kann man Leute bange machen, die das Geschäft und die Geographie nicht kennen.

Es sollen heute zum Beispiel einige Königsberger Firmen sagen: sie können sich nur halten dadurch, daß sie Kommanditen in Libau errichten. Darüber würde ich mich freuen, wenn unsere Landsleute auch in Libau Geld verdienten, gleichviel ob in Libau oder in Königsberg, ich gönne es ihnen in beiden Fällen. Aber man muß Libau kennen und sich doch klar machen, daß das Ausgraben eines Hafenbassins an der Westküste von Kurland, und das Anlegen einer Eisenbahn dahin noch keinen Handelsplatz und noch keinen Absatzhafen schafft.

Was ist es denn, was den russischen nnd namentlich westrussischen und polnischen Kornverkehr nach unseren Ostseestädten zieht? Es ist keineswegs, daß sie in Rußland keine guten Häfen hätten; sie haben in Riga, in Petersburg Häfen und es hat Libau einen Hafen wie Stolpmünde oder Rügenwalde, wer das kennt, aber das genügt nicht zum Handel und meines Erachtens kann Rußland viel Geld auf Libau verwenden, aber keinen Handelsplatz daraus machen. Was sie nach Danzig und Königsberg hinzieht, das ist der *große* Handelsplatz, die große Kaufmannschaft, das große *Kapital*. Wer hat denn Kapital zum Kornhandel in Libau? Das Kapital kommt aus den deutschen Ostseehäfen, und deshalb hat Danzig, hat Königsberg, weil sie das Geld hergeben, mit dem den russischen Bauern das Korn abgekauft wird, und einen Vorschuß machen, deshalb hat Danzig und Königsberg diesen Handel und wird ihn deshalb auch behalten, denn einen Handelsplatz können selbst die gewaltigen Kräfte des russischen Reichs nirgends improvisiren, am allerwenigsten in Libau oder Windau, wenn sie auch die Eisenbahn nach Windau legen, was mitunter etwas früher eisfrei wird, aber selten, weil es nördlicher liegt. Aber sie haben ja einen guten Hafen in Riga und es geht auch Getreide von dort nach Lübeck, um hier gemischt zu werden, oder nach Danzig oder Stettin, aber es ist doch unbedeutend. Die Rigaer Kaufmannschaft

kann sich an Kräften mit der Königsberger, Danziger, Hamburger nicht messen, sie braucht das Kapital der deutschen Häfen und die kaufmännischen Verbindungen derselben nothwendig, um ihr Korn zu verwerthen, und wo soll denn, wenn Sie die Karte ansehen, das Korn aus dem Königreich Polen, aus der oberen Weichsel, aus Galizien, anders hin, als daß es durch Deutschland geht, und ebenso aus Westrußland, abgesehen davon, daß das russische Korn in seiner natürlichen Gestalt immer einen erheblich minderen Werth gegen das deutsche haben wird, mit Ausnahme des Südens, wo die Gunst des Klimas eine andere Gattung Korn herzustellen möglich macht, als im Norden, das geht aber größtentheils über Odessa weg und kommt nicht zu uns. Das russische Korn, das zu uns kommt, wird fast immer der Mischung bedürfen, oder es wird sich mit einem sehr viel niedrigeren Preise, als das deutsche, auf den englischen und deutschen Märkten begnügen müssen. Wenn Sie die Preislisten ansehen, so werden Sie da, wo russischer Roggen ehrlich angeboten wird, denselben 10 bis 15 Mark auf die Tonne wohlfeiler angeboten finden als den deutschen; der deutsche ist an und für sich mehr werth, nicht weil der Roggen Rußlands, wenn man ihm die volle Reife läßt, schlechter ist — in Polen namentlich ist z. B. der Weizen von Sandomir, der „hochbunte" polnische, ist ein sehr viel besseres Produkt als der deutsche, und der ungarische ist noch besser — aber der russische Roggen kommt nicht trocken in die Scheune oder in den Handel. Diese Ungunst des russischen Klimas muß das russische Getreide tragen, wir nehmen sie ihm ab durch die Mischung; das russische Getreide wird nicht vollkommen reif, oder doch nicht trocken in den nördlichen Bezirken von Rußland; wo sich die deutschen und skandinavischen Einflüsse hin erstreckt haben, da ergänzt man diese Ungunst des Klimas durch das Darren des Getreides in heizbaren Scheunen, wo, bevor das Getreide zum Dreschen kommt — ich glaube, sie nennen es Riegen — die Bündel auf einen mäßig erwärmten gewölbten Raum geworfen werden, und dann sich das Korn mit mehr Leichtigkeit vom Halme löst, welches unreif oder feucht eingekommen ist. Wo diese Behandlung nicht herrscht, da kommt ein großer Theil des russischen und polnischen Getreides an und für sich unreif, jedenfalls unvollkommen trocken in den Verkehr. Diese unvollkommene Trockenheit äußert einmal die Wirkung, daß das Getreide, wenn es nachher getrocknet ist, nicht den vollen Werth hat, den es vorher hatte, namentlich aber auch auf den Wittinnen ankommt und wie sie die dortigen Fahrzeuge nennen; wer gesehen hat, wie die Getreidemassen auf den Strömen herunter geflößt werden, der glaubt, ein grünes Feld zu sehen, das Korn grünt aus, dann wird es, um von den Kornkeimen befreit zu werden, im Freien ausgeschüttet, und es wird so behandelt, daß die Keime abgestoßen werden, Getreide aber, was aufgekeimt ist, kann den Nahrungswerth nicht mehr haben, als wenn es noch nicht gekeimt hatte, und der Keim noch nicht abgestoßen war; nachher wird dem russischen Getreide ein höherer Werth wieder dadurch verliehen, daß es mit deutschem vermischt wird, und dieses vermischte Produkt wird dann fälschlich als deutsches Korn mit Lokalnamen, „Stettiner Mischung, Danziger Mischung" im Auslande verkauft und drückt den Standartwerth unseres deutschen Getreides, die Reputation desselben wesentlich herunter, indem man diese halbe Mischung — ich will nicht sagen Fälschung, aber es erinnert dies doch an die übeln

deutschen Lieferungen, über die in Ostasien geklagt wurde, daß die Waaren nicht durchgängig von gleicher Qualität waren. Ist das ein nationaler Vortheil für uns? Ich will es unentschieden lassen, ich glaube, es wird den Herren in den Seestädten nicht benommen werden, denn die Russen können in Libau ihr Getreide nicht mischen und dazu nicht deutsches Getreide dorthin fahren, was scheunentrocken ist, um es mit dem russischen zu mischen. Ich glaube also, das russische Getreide, wenn es überhaupt wächst, hat einen Zwangskurs, eine gebundene Marschroute, die es nothwendig auf die Wege der deutschen baltischen Häfen weist. Es ist deshalb hier das Mittel gegeben, wo die Kampfzölle zur Eröffnung der russischen Grenze unter Umständen wirksam werden könnten. Der Herr Abg. v. Treitschke hat gestern angeführt, daß dieses System versucht wurde und nicht zum Ziele geführt hat. Ich vermuthe, er hat angespielt auf eine Episode, die in den Jahren zwischen 1823 und 1825 spielte, wo Preußen von Rußland auf Grund der polnischen Theilungsverträge verlangt hatte, daß vollkommen freier Verkehr in den ehemals polnischen Ländern stattfinden solle, also daß eine russische Grenzsperre innerhalb des alten polnischen Reichs nicht zulässig wäre, und wo Rußland die Verpflichtung hierzu ablehnte, und wo man in Preußen empfindlich wurde, und nun einen Zoll von fünf Silbergroschen — nicht auf den Centner, sondern auf den Scheffel, der vier Fünftel bei Roggen und ⁵/₆ bei Weizen ist, legte. Nicht etwa, weil der Danziger Handel darunter gelitten hätte, und weil die Russen nun ihr Getreide anderswo exportirt hätten, hat dieses Verhältniß aufgehört; wohin sollten sie es denn bringen? es gab keine Eisenbahnen, es gab keine Chausseen. Der einzige Weg, auf dem das russische Getreide aus dem dortigen Gebiet des Niemen, der Weichsel und des obern Dnieper durch die Kanäle heraus konnte, war allein der Niemen, die Weichsel und die Warthe, der Wasserweg, und es wurde nicht etwa, weil man in Preußen den Handel leidend fand, sondern weil Kaiser Alexander sich persönlich an König Friedrich Wilhelm III. wandte, und hierein eine Abweichung von der Tradition in der politischen Freundschaft zwischen Preußen und Rußland fand, auf diesem Wege wurde es durchgesetzt, mit einer leisen fast unmerklichen Wendung, daß beim Transport „zu Wasser“ diese Zölle nicht Anwendung finden sollten, und so wurde die ganze Sache todtgemacht; denn anders als wie zu Wasser, auf dem Niemen, der Weichsel und der Warthe war kein Transit möglich. Denken Sie sich das ganze Land mit seinen sandigen bergigen Wegen ohne Chausseen, ohne Eisenbahnen; es war kein Handel als auf dem Wasserwege möglich, und er wurde wieder gestattet, nicht aber, weil wir es wirthschaftlich nicht hätten durchführen können, sondern weil wir es unserer Politik nicht entsprechend fanden, den Kaiser Alexander I. zu verstimmen.

Diese Transitfahrt in Westpreußen berührt die deutsche Landwirthschaft nicht in dem Maße, wie der Transit, der sich in der Richtung auf die Nordsee und die französische Grenze und namentlich durch Bayern bewegt. Aber die Amendements, die darauf gerichtet sind, im Interesse dieses baltischen Transits und dieser Mischungen gesetzliche Bestimmungen in den Tarif hineinzubringen, halte ich doch hier nicht angebracht. Sie bezwecken nicht eine Tarifposition, sondern eine Veränderung des Zollgesetzes von 1869. Nach dem Zollgesetz von 1869 ist, wenn ich nicht irre,

im 6. Artikel bestimmt, daß der Transit frei sein soll, und dann ist gesetzlich bestimmt, in welcher Art der Transit ausgeführt werden kann, mit anderen Worten, was Transit sei und wie es zu verstehen sei. Wenn Sie darin etwas wollen, müssen Sie einen Antrag auf Aenderung des Zollgesetzes von 1869 bringen. Hier im Tarif hat eine solche gesetzliche beiläufige Bestimmung oder Resolution oder Empfehlung an den Bundesrath meines Erachtens keinen Platz; denn das Zollgesetz von 1869 giebt dem Bundesrath schon die nöthigen Machtvollkommenheiten, um den Handel zu erleichtern, seine gesetzlichen Bestimmungen können auf dem beiläufigen Wege nicht geändert werden.

Sollen sie geändert werden, so ist die Frage, soll der Transit überhaupt frei bleiben, soll die Freiheit nicht lokalisirt werden, denn der Transit in ostwestlicher Richtung schädigt die deutschen und namentlich die süddeutschen Interessen in großer Erheblichkeit. Wir liegen in Deutschland inmitten zwischen dem Korn und Holz produzirenden Osten Europas und zwischen dem Korn und Holz kaufenden Westen Europas. Wir sind dabei leistungsfähig nach beiden Richtungen; wir könnten dem Osten Industriewaaren liefern, wenn er sich nicht gegen uns verschlösse, und wir haben früher dem Westen landwirthschaftliche Produkte geliefert, haben uns aber selbst diesen Handel todt gemacht, indem wir dem Konkurrenten durch Abschaffung des Transithandels, also durch Gewährung der Transitfreiheit, die Konkurrenz erleichterten und ihm außerdem schnell und wohlfeil bis an die Grenzen des kaufenden Staates hinfuhren, damit er dort durch wohlfeile Produktion konkurrire und dem deutschen Verkäufer in Mannheim u. s. w. den Absatz ruinirte. Ich appellire an die Herren, die aus Baiern hier sind, welchen Handel mit landwirthschaftlichen Produkten Süddeutschland in früherer Zeit mit Vieh sowohl, wie mit Korn nach Frankreich hatte — vom Holzabsatz kann ich heute nicht sprechen, aber da werden namentlich die bairischen Herren noch mehr davon zu sagen wissen, wie die norddeutschen — dieser ganze Absatz ist uns durch das, meines Erachtens in dieser abstrakten Allgemeinheit nicht richtige Prinzip der Transitfreiheit verdorben. Wir haben dem Konkurrenten mit der dem deutschen Charakter eigenen wissenschaftlichen Großmuth die Konkurrenz erleichtert. Das ist mehr kosmopolitisch als national. Ich will über die Transitfrage noch nicht entscheiden, nur würde ich dringend bitten, alle Amendements, die dahin gerichtet sind, gesetzliche Aenderungen des bestehenden Zolles von 1869 bei dieser Gelegenheit durchzubringen, abzulehnen, und möchte ich empfehlen, daß, um diese beiden Verhältnisse, Zollausführungsgesetz und Tarif, nicht in große Verwirrung zu bringen, wir uns der Aenderung des Gesetzes durch Tarif enthalten; die verbündeten Regierungen müssen den höchsten Werth darauf legen, daß diese Amendements, die irgend eine Aenderung des Zollgesetzes bezwecken, abgelehnt werden.

Ich hatte mir noch einige Notizen über die Rede des Herrn Vorredners gemacht, aber ich glaube, ich kann über sie hinweggehen bis auf das Eine, was eine Entkräftung des Beispiels mit der Mauth von 10 verschiedenen Rittergütern betrifft. Es ist nicht mein Beispiel und ich kann es in allen seinen Konsequenzen nicht durchführen, aber die Bemerkung des Herrn Vorredners, daß das Gut, was sich durch einen Chausseezoll belastet findet, eben auch einen anderweiten Verkauf wählen könnte, trifft hier nicht ganz zu. Ich würde lieber gegen das Beispiel anführen, daß

derjenige, der den Chausseezoll zahlt, 2- bis 3mal mehr aufladen kann, als derjenige, der ohne Chaussee fährt, und daß die Rechnung sich dadurch ausgleicht. Aber die Möglichkeit, sich einen anderen Abnehmer zu wählen, findet bei Rußland, Galizien, Ungarn in dem Maße gar nicht statt. Wenn die 42 Millionen Deutschen nicht mit unter den Abnehmern sind, dann setzen jene so viel nicht ab, als sie bauen können und wollen. Wir thun also wenigstens gut, unsere Grenzen gegen Ueberführung zu verschließen.

Ich komme nun zu einer anderen Frage, mich den landwirthschaftlichen Interessenten gegenüber darüber zu rechtfertigen, warum wir denn eine solche Vorlage gemacht haben; wenn sie die Preise nicht steigert, nützt sie dann dem Landwirthe gar nichts? Ich habe schon erwähnt, daß sie ihnen insofern nützen kann, auch ohne die Preise zu steigern, wenn sie ihnen den deutschen Markt in ausgedehnterem Maße als bisher sichert, daß nicht, wie wir das jetzt erlebt haben, die Kornverkäufer herumfahren müssen in den verschiedenen Marktstädten, um ihren Roggen abzusetzen, und daß sie ihn vom Markte wieder nach Hause nehmen müssen, oder, wenn sie ihn einem Kaufmann anbieten, mit freundlichem Hohnlächeln ein Gegenangebot zu einem geringeren Preise bekommen. Das wäre schon ein sehr erheblicher Gewinn. Aber, wie schon anfangs gesagt, haben die verbündeten Regierungen bei dieser Vorlage einen eigentlichen Schutzzoll nicht erstrebt. Ich wenigstens bin von Hause aus davon ausgegangen, daß die Vorurtheile zu ungeklärt und die öffentliche Meinung und die alles übertönende Stimme der großstädtischen Presse zu laut gegen diese Zölle sein würde, als daß sie verstanden und überlegt werden würden, und ich habe mir gedacht, man muß durch die That überzeugen, daß sie diesen Einfluß nicht haben können. Ich habe deshalb der Kommission von Hause aus empfohlen, man möchte für Getreide nur den Finanzzoll, d. h., die distributive Gerechtigkeit, die Vertheilung eines Theiles der Lasten der inländischen Landwirthschaft nach Maßgabe des gesammten Steuerreformplanes auf das Ausland erstreben, einen eigentlichen Schutz aber nur für die Viehprodukte erstreben. Auch das ist mir in unvollkommenem Maße nicht gelungen. Ich halte die Viehzölle, und namentlich bei den besseren Rindviehsorten und beim Fettvieh, für die doch die Nothlage, der Nothstand und der arme Mann nicht so geläufig ins Feld geführt werden kann, für wesentlich zu niedrig. (Rufe: Schmalz!)

Wie befehlen die Herren? Rinderschmalz? Ich bitte doch die Herren, mich nicht mit Privatgesprächen zu belästigen, sie haben ja Zeit, nach mir das Wort zu nehmen. Ich habe gar keine Verpflichtung, mich mit Ihnen privatim zu unterhalten.

Die Viehzölle halte ich nicht für völlig ausreichend, aber da gestehe ich zu, sie sollen einen Schutz gewähren, und sie sind höher wie die Kornzölle. Von den Kornzöllen aber erwarte ich doch Eines: einmal, daß das Gefühl der Ungerechtigkeit in der ungleichen Belastung der Besteuerung sich mildert, wenn die Gesammtreform der Finanzen zur Durchführung kommt, und daß die Landwirthschaft um so viel, als die Kornzölle bringen, mindestens später, wenn andere Finanzzölle durchgehen, und sie mehr in der Grundsteuer dadurch entlastet werde, daß die Gemeindezulage nicht mehr zur Staatsgrundsteuer geschlagen wird, sondern direkt aus der Staatssteuer genommen werde. Das würde für die Landwirthschaft, wenn sich das durchführen läßt, eine Entlastung ihres Betriebes

von durchschnittlich der einen Hälfte der 20 pCt. sein, mit denen sie bisher belastet ist. Soviel wird dieser Kornzoll, wenn es auch bei seinem Ertrage wesentlich auf die Frage ankommt, wie man den Transit behandelt, doch nicht bringen können, sondern es werden da andere Steuerreformen mit hinzutreten müssen. Aber es ist doch immer der gute Wille der Gesetzgebung sichtbar, daß das landwirthschaftliche Gewerbe mit der gleichen Gerechtigkeit, wie die übrigen, behandelt werden soll. Dann aber sehe ich in diesen Kornzöllen, wenn ich so sagen darf, einen Ordnungszoll, der etwas Ordnung in die Einfuhr bringt. Bisher, wo die Einfuhr ganz absolut frei ist, da werden beliebige Massen fremden Kornes zu uns hereingefahren, weil jeder Centner Korn, der in Deutschland liegt, schon einen höheren Werth hat, als wenn er in Ungarn, Rußland oder Galizien liegt, und die Aussicht ihn vielleicht verkaufen zu können, ist hier größer. Ich muß auch dem Herrn Vorredner widersprechen, der sagte, daß es nicht Konsignationsgeschäft wäre, ich gebe es nach dem Wortlaut zu, aber wir wollen über den kaufmännischen Ausdruck nicht rechten, ich will lieber mich so ausdrücken: es sind zum großen Theil Hoffnungsgeschäfte, d. h. Einfuhr des Roggens auf Anlaß und Bestellung der deutschen Kornhändler resp. der Großmüller. Sie werden angelockt zu dieser Masseneinfuhr, zu dieser Uebereinfuhr durch die Beschaffenheit der Eisenbahntarife. Wer 100,000 Ctr. gleichzeitig anmeldet, erhält den wohlfeilsten Tarif, d. h. in Massen wird die Fracht billiger gelassen von den Eisenbahnen, um möglichst viele Massen in den Eisenbahnverkehr hineinzuziehen. Die Versuchung ist außerordentlich groß, daß Einer der vielleicht nur 3000 Wispel unterbringen kann, sich 5000 bestellt, um den erheblich niedrigeren Tarif, den die 5000 Wispel-Männer für ihre Mühlen und Kornhandlungen haben, zu gewinnen, ja bei der wagehalsigen Spekulation, mit der der Berliner Kornhandel vertraut ist, ist es möglich, daß, wer nur 1000 Wispel oder gar nichts sicher unterbringen kann, 5000 bestellt in dem Glauben, wenn es einmal im Lande ist, wird er es schon los werden. Ich glaube, daß wir auf diese Weise unter einer Ueberführung mit Getreide leiden, die nothwendig sich etwas mildern, sich einschränken muß, wenn diese Herren, die diese 5000 Wispel kontrahiren, dafür einen Zoll von 25,000 Mark erlegen müssen, und erst dann ihre Chance abwarten können. Ich glaube, daß das, was ich ohne die Herren, die ihren Gewinn dabei suchen, zu beleidigen, eine leichtsinnige Einfuhr von Getreide nennen möchte, erheblich vermindert wird durch den Zoll. Ob das auf die Erhöhung der Preise wirken wird, ist mir sehr zweifelhaft, aber es wird vielleicht einem weiteren Herunterdrücken vorbeugen, denn durch die fortgesetzte Mehreinfuhr, von mehr als wir konsumiren und brauchen überhaupt, müssen die Preise viel mehr gedrückt werden, als durch irgend welche andere Umstände. Es ist ein bekannter Grundsatz, daß 1 pCt. Waare über den Bedarf am Markte um 2 pCt. drückt, und ein fehlendes Prozent, wieder 5 bis 10 pCt. steigert. Aber dieser Druck von den überschießenden Prozenten findet bei uns meiner Ueberzeugung nach ganz zweifellos statt, und die jährliche Einfuhr übersteigt unseren Bedarf, ich will nicht behaupten um das ganze Quantum der Einfuhr in jedem Jahre, aber sie übersteigt ihn. Ich habe hier in einer Schrift, die mir von freihändlerischer Seite zugeschickt worden ist, eine Darstellung dieser Verhältnisse, die sie zu erklären und zu entschuldigen sucht, aus der ich entnehme, daß beispielsweise die Einfuhr von Getreide,

oder, ich will sagen, der Ueberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr vom Jahre 1872 sich blos bei Weizen und Roggen, von allen anderen Getreidesorten sehe ich vollständig ab, um 17 Millionen Ctr. gesteigert hat. In dem ersten Jahre 1872, wie ich mich noch erinnere, war ein Ueberschuß der Ausfuhr an Weizen von 200,000 vorhanden, nachher im letzten Jahre ein Ueberschuß der Einfuhr auch in Weizen von einem sehr viel größeren Quantum. Im Ganzen beträgt die Zunahme des Ueberschusses der Einfuhr von Weizen und Roggen über die Ausfuhr 17 Millionen Ctr. Dabei ist nun gesagt, dies erkläre sich aus der großen Zunahme der Bevölkerung. Die Zunahme der Bevölkerung ist angegeben auf 1,660,000 Köpfe in der Zeit, wir wollen in runden Summen sagen 1,700,000. Diese Bevölkerung von 1,7 Millionen ist meiner Ueberzeugung nach vollständig gesättigt mit 6,000,000 Ctr. Roggen und Weizen. Die Ansätze, die heut zu Tage in der politisch sehr tendenziösen Statistik, wie sie in Preußen gemacht wird, angenommen werden, von 9 Ctr. pro Kopf, sind geradezu unsinnig die von 5 Ctr., die der Herr Vorredner angab, halte ich für zu hoch gegriffen. Die Konsumtion der Städte, die immerhin etwas weniger Brod essen mögen, weil sie mehr Fleisch essen, hat nach den Untersuchungen der Mahl- und Schlachtsteuer nur 125 Kilogr. = 250 Pfund, also gerade die Hälfte von dem, was der Herr Vorredner sagte, pro Kopf ergeben. Ich richte mich da auch nach meinen eigenen ländlichen Erfahrungen und da weiß ich ganz genau, daß in den Deputaten, die ich zu geben habe, und bei so gutem und kräftigem Essen, wie der pommersche Arbeiter, der Kopf, Mann, Frau, Kind mit 4 Scheffel Roggen berechnet wird und daß das reichlich ist, wird mir Jeder zugeben, der auf dem Lande wirthschaftet, und auf dem Lande wird mehr Brod gegessen als in den Städten.

Indessen, ich will auch noch höher gehen, selbst über den Satz, den dieser freihändlerische Herr hier anführt, mit 345 Pfund Getreide pro Kopf. Ich will also annehmen blos für Weizen und Roggen 345, und dies auch noch nach oben abrunden auf 350 Pfund. 4 Scheffel sind, wie bekannt, 320 Pfund Roggen. Ich gehe also 30 Pfund höher, auf 3½ Ctr., dann habe ich die Konsumtion der Mehrgeborenen, der Vermehrung der Bevölkerung auf 5 bis 6 Millionen Ctr., und es bleibt nur eine weitere Mehreinfuhr von 11 Millionen Ctrn. übrig, für die der Konsument wenigstens sich nicht in dem Zuwachs der Bevölkerung findet, wenn man nicht allen neugeborenen Kindern den Magen mit Brod überfüllt. 11 Millionen Ctr. sind es, wenn man die Konsumtion von 3½ rechnet zwischen 3 und 4 Millionen Jahresportionen eines Kopfes der Bevölkerung. Wenn also in jedem Jahre uns auch nur diese 3 bis 4 Millionen Jahresportionen zuviel zugeführt werden, sich ein bis drei Jahre herumtreiben bei uns im Lande und ganz unabsetzbar auch zu Schleuderpreisen sind, dann wieder in der Mehrausfuhr nach anderen Gegenden hin bei uns figuriren, so muß das eine Ueberführung von Getreide bei uns veranlassen.

Ich will noch eine andere Rechnung anstellen, mit der ich auf dasselbe Resultat komme. Ich fordere Jeden auf, mir aus der Erfahrung, namentlich aus der der Landwirthe oder aus der Statistik der mahlsteuerpflichtigen Städte zu widerlegen, daß die Konsumtion von Weizen und Roggen, — wohlverstanden, ich spreche von keinen anderen Gattungen, als von denen, die hauptsächlich zur menschlichen Nahrung dienen, — 3½ Ctr. pro Kopf

übersteigt. Bis zum Gegenbeweis bleibe ich bei meiner Behauptung. Da finde ich, daß die 40 Millionen Deutsche, wenn sie recht hungrig sind, 140 Millionen Ctr. Weizen und Roggen im Jahre essen können; aber rechnen wir die Neugebornen noch hinzu, so kommen wir auf einen Verbrauch von etwa 146 bis 150 Millionen Ctr. Roggen und Weizen.

Nun wie viel bauen wir vou diesen beiden Brodfrüchten? — Daß das, was wir bauen, vollständig im Lande bleibt, geht daraus hervor, daß in beiden Fruchtgattungen die Ausfuhr von der Einfuhr erheblich überstiegen wird.

Also wir bauen auf einer verhältnißmäßig geringen Ackerfläche für die 54 Millionen Hektaren, die das Deutsche Reich enthält, mit Winterkorn, Weizen und Roggen, nur etwa 8,200,009 Hektaren. Davon befinden sich in Preußen — und ich muß das sondiren, weil mir nur über Preußen die weiteren statistischen Data genau zugänglich geworden sind — 1 Million Hektaren Weizen und 4¼ Millionen Hektaren Roggen; also im Ganzen ⁹/₁₁ Roggenbau und ²/₁₁ Weizenbau in Preußen. In Süddeutschland ist das Verhältniß anders. Die Fläche, die mit Roggen und Weizen bebaut wird, ist mir bekannt; es sind 1,200,000 Hektaren, die mit Weizen bestellt werden, und 1,500,000, die mit Roggen bestellt werden, zusammen etwa 2,700,000 Hektaren, also ziemlich genau die Hälfte von den 5¼ Millionen, die in Preußen damit bestellt werden. Diese Weizen- und Roggenbestellung in Preußen liefert nun nach den Tabellen des statistischen Büreaus einen jährlichen Ernteertrag im Durchschnitt des ganzen Staates in Roggen und Weizen ziemlich genau von derselben Millionenzahl wie das deutsche Volk bei 3½ Ctr. Konsum pro Kopf verzehren kann, d. h. von 146,000,000, worunter 34,000,000 und einige Weizen und etwas über 111,000,000 Ctr. an Roggen. Wenn ich nun, da ich vorhin fand, daß das, was in Süddeutschland an Roggen und Weizen bestellt wird, ungefähr die Hälfte von dem preußischen, oder das außerpreußische reichlich die Hälfte von dem preußischen betrug, so kann ich bei den besseren Bodensorten, den besseren Ernten und zum Theil der besseren Wirthschaft doch annehmen, daß sie mindestens ebenso viel bringen verhältnißmäßig, daß sie also die Hälfte von den 146, sagen wir der Rundung wegen — es kommt auf eine Hand voll Noten nicht an — 150,000, ich will es bei der Halbirung abrechnen, daß sie 70 Millionen Ctr. Roggen und Weizen aufbringen. So haben wir also das Gesammtprodukt der eigenen Ernte mit 220,000,000 Scheffel derjenigen Korngattungen, welche zur menschlichen Nahrung verwendet werden. Wir müssen dazu zurechnen die Uebereinfuhr, die Sie auf 30,000,000 angegeben haben in diesen beiden Getreidegattungen ganz allein ohne die andern, das macht 250,000,000. Es ist noch ein kleines Item von zwei Früchten, die vorzugsweise zur menschlichen Nahrung dienen, das ist Buchweizen und Hülsenfrüchte, die beide zusammen noch 15,000,000 Ctr. ergeben. Ich komme also dabei auf 265 Million Ctr., die zur menschlichen Nahrung dienen und die in Deutschland zur Konsumtion gelangen. Nun muß ich abrechnen die Saat von 8 Million Hektaren, die wahrscheinlich der Statistiker nicht abgerechnet hat. Das wird ungefähr mit 25 Million Ctr. gedeckt sein und es bleiben mir immer noch 42 Million Ctr. Dahinter steht eine Produktion von 500 Million Ctr. Kartoffeln, die ja zum großen Theile

zur Brennerei, zur Fütterung, aber doch auch einen sehr beträchtlichen Theil menschlicher Nahrung liefert.

Ich will nun zugeben, daß auch von diesem Roggen noch ein Theil zur Brennerei u. dgl. verbraucht wird, aber lange nicht in dem Maße, wie man glaubt. Die Kornbrennerei ist immer mehr eingeschränkt worden bei uns. Ich habe ganz sichere statistische Daten darüber nicht finden können. Eins, was mir nicht ganz glaubwürdig war, beschränkte es auf 5 Millionen Centner, ich halte es für etwas zu niedrig, es kommt sehr viel nicht darauf an. Jedenfalls wird in vielen Gegenden an nicht berechneten Getreidegattungen, Hafer, Gerste mindestens eben so viel zur menschlichen Nahrung verwendet, sei es in Brod, sei es auch nur in Gestalt von Grützen und Suppen, die auf dem Lande ja sehr viel genossen werden. Ich behalte aber immer meiner Rechnung nach 240 — 250 Millionen Centner, die die deutsche Bevölkerung essen soll, während sie meines Erachtens nicht mehr als 140 Millionen Centner von diesen Getreidegattungen essen kann. Ich überlasse dieses Problem den Statistikern zur Lösung, nur müssen sie es sich nicht so bequem machen, daß sie ganz einfach ihren aus der Luft gegriffenen Konsumtionssatz von 9 Centner pro Kopf anführen. Damit ist man dann leicht fertig. Es wird dann bestimmt noch Konsumtionen zu geben, die ich nicht habe anführen können und die ich im Augenblick übergehe, aber dafür ist der Spielraum, den ich ihnen lasse, auf ca. 100 Millionen Centner, deren Verwendung Sie uns nachweisen sollen, ehe Sie behaupten, daß wir Hunger leiden würden, wenn heute die fremde Einfuhr ganz gestrichen würde. Wir würden sie nicht brauchen, wir würden keinen Hunger, keine Noth leiden, wenn sie fehlte, aber unser Handel würde einigermaßen leiden, und es ist das ja nicht beantragt.

Es ist in diesem freihändlerischen Werk, was mir hier vorliegt, jener außerordentliche Zuwachs der Ausfuhr, der zu dem Zuwachs der Bevölkerung in keinem Verhältniß steht, damit erklärt, daß der Verbrauch von Korn für andere Verwendung, also beispielsweise für Bier, Branntwein, zugenommen hätte, daß weniger Getreide im Inlande gebaut sei wegen des Rüben- und Kartoffelbaus. Nun, das ist Alles so hingeredet, um auf Jemand, der das in der Stadt liest, Eindruck zu machen, aber das Bier wird doch überwiegend und ziemlich ausschließlich von der Gerste gebraut, und die Gerste ist in dieser Rechnung von Weizen und Roggen nicht mit einbegriffen, und der Branntwein wird wesentlich von Kartoffeln gebrannt, und von Kartoffeln mit dem gewaltigen Zuschuß von 500 Millionen Centner habe ich gar nicht gesprochen. Was aber die Bezugnahme auf die Abnahme des Körnerbaus wegen des Rüben- und Kartoffelbaus betrifft, so zeigt das wieder die Unbekanntschaft mit den landwirthschaftlichen Verhältnissen. Jeder, der Rübenzucker kennt, weiß, daß von dem Augenblick an, wo volle Rübenkultur eingeführt wird, auf demselben Gut mehr Getreide wächst, als vorher, weil stärkere Kornernten gemacht werden, Ernten, wie man sie vorher sich nicht hat träumen lassen, wegen der tieferen Kultur. Ebenso ist bekannt, daß Leute, die von der Brennerei keinen Gewinn haben und suchen, lediglich zur Kultivirung ihres Gutes, also um mehr Körner darauf zu bauen, eine Brennerei anlegen. Der Rüben- und Kartoffelbau verhindert den Getreidebau nicht, und ich bleibe bei der Behauptung, daß wir unter einer Ueberführung mit Korn, vielleicht schon durch unsere eigene

Kornproduktion, aber nur deshalb leiden, weil der deutsche Markt zum großen Theil von dem ausländischen Import absolvirt wird.

Ich kann bei der Erwägung dieser Frage die Bemerkung nicht unterdrücken, daß bei der gesammten Gesetzgebung der letzten 20 Jahre und aus anderen Gründen, auch in der weiter zurückliegenden Zeit die landwirthschaftliche Produktion, das Gewerbe der Korn- und Vieherzeugung zu kurz gekommen ist und stiefmütterlich behandelt worden ist.

Daß das in den alten Zeiten der Fall war, aus denen unsere ersten Steuergesetzgebungen im Jahre 1824 und vorher stammen, das war ja erklärlich, weil damals die Landwirthschaft fast vorwiegend das exportirende Gewerbe war. Es war das Etwas, was wir aus den Zuständen des landwirthschaftlichen Staates so zu sagen mit herübergenommen hatten, und ich bin dabei genöthigt, durch die Rede des Herrn Abg. v. Treitschke von gestern nochmals dem Irrthum zu widersprechen, als hätten wir im Jahre 1818 eine ganz besonders freigebige und freihändlerische Gesetzgebung gehabt. Ich will Ihnen nicht den Tarif nochmals vorlesen, er ist in vielen Positionen noch einmal so hoch wie der, den wir Ihnen vorschlagen, jedenfalls viel höher als der, der bis 1864 noch galt, und der ist wieder noch höher als der, den wir Ihnen jetzt vorschlagen.

Das Getreide war an der Grenze mit Ausnahme der kurzen Zeit, die aber doch auch in der Zeit von 1818 — diese Anspannung gegen Rußland von 1823 war ja sehr verwandt mit den Traditionen von 1818 — aber das Getreide — vor einer Vertheuerung fürchtete man sich nicht, denn bekanntlich zahlte der Roggen bei der Einfuhr in die hauptsächlich konsumirenden Städte 50 Pfg., ich weiß nicht pro Centner oder gar pro Scheffel, und der Weizen zahlte 20 Sgr., also das Vierfache von dem, was wir Ihnen vorschlagen, also auch bei dem Getreide war die damalige Gesetzgebung, um wohlfeilere Preise herzustellen, nicht so sehr besorgt, aber die Art, wie die Landwirthschaft in unsere neue Steuergesetzgebung eingeführt ist, rührt schon aus den Zeitverhältnissen her, die jetzt nicht mehr stattfinden und von deren Konsequenz man sich losmachen sollte, wenn man wirklich die Produktion des Getreides im Inlande billiger machen will. Es ist die Grundsteuer aber nicht das einzige Gravamen, es ist die Doppelbesteuerung, daß das Einkommen aus dem Grundbesitz einmal mit 3 pCt. besteuert wird und vorher schon mit der Grundsteuer mit durchschnittlich dem Doppelten von der Einkommensteuer von 6 — 7 pCt. ohne Rücksicht auf die Schuld. Es liegt aber die Ungunst der Verhältnisse für die Landwirthschaft auch auf einem anderen Gebiete, in der Stempel- und Sportelgesetzgebung. Nehmen Sie an, wenn Sie ein Gut verkaufen, wie hoch ist der Stempel im Vergleich zu anderen Geschäften! Wenn Sie ein Gut verpachten — so ist es wenigstens in Preußen, und das ist die größte fiskalische Ungerechtigkeit, von der ich je gehört habe —, wenn Sie ein Gut auf 30 Jahre verpachten, so müssen Sie die ganze Pachtsumme, die bis zum dreißigsten Jahre fällig ist, an dem Tage, wo Sie die Pacht abschließen, verstempeln ohne jede Discontirung, als ob die ganze Summe Ihnen heute schon zuginge — unter vielen anderen Sporteln und unter dem ganzen Hypothekenwesen, aber auch unter der Ungunst der sonstigen Gesetzgebung. Ich will nur von den Eisenbahntarifen sprechen, die uns die Einfuhr der landwirthschaftlichen Produkte wohlfeiler besorgen als die Ausfuhr, aber auf der anderen

Seite die Armenpflege in Verbindung mit den jetzigen Bestimmungen des Freizügigkeitsgesetzes — das hat zur Folge, daß die schwersten Theile der Armenpflege wesentlich auf die landwirthschaftlichen Gemeinden abgelastet werden. Auf dem Lande wachsen die Arbeiter auf, werden in ihrer Kindheit erzogen, mit erheblichen Kosten in der Schule unterrichtet, ihre Mütter, wenn sie Wittwen sind, unterhalten und von dem Augenblick an, wo sie zum Militärdienst ausgehoben werden, gehen sie in die großen Städte, da gefällt es ihnen besser und die Landgemeinde hört meist erst dann wieder von ihnen, wenn bei irgend einem Unglücksfall oder bei einer bösen Krankheit eine Charitérechnung von 100 oder 200 Thalern mit dem Manne wieder ankommt, dann kommt er wieder, er muß auf dem Lande verpflegt werden nach Maßgabe des Unterstützungswohnsitzes und sobald er gesund ist, geht er, und sucht in derselben Stadt sein Brod immer mit der sicheren Assekuranz, daß die Angehörigkeitsgemeinde ihn im Alter pflegen muß. Nun haben die Landwirthe im Ganzen den Vorzug, eine geduldige und staatlich treue, konservativ erhaltend gesinnte Bevölkerung zu sein — ich will nicht sagen, daß sie nicht auch wesentlich liberal sein könnten, ich mache in dieser Beziehung zwischen den Liberalen und Konservativen nicht den Unterschied, daß die Liberalen nothwendig zerstörend wirken müßten, sondern ich will den Ausdruck „konservativ“, weil er eine Fraktionsbezeichnung ist, zurücknehmen und sagen, sie haben eine erhaltende Tendenz und geben dem Staate Sicherheit; sie geben dem Staate die Sicherheit der Steuerkraft, sie sind in Gefahren, die eintreten, die zuverlässige Quelle, auf welche der Staat zurückgreifen muß, mag es in Kriegslieferungen sein, mag es in Pferdeställen sein. Der Grundbesitz liegt immer vor Gottes Sonne offen da, und die Hand des Fiskus greift in Gefahren zu, wo sie findet, was sie braucht, da sind sie auch die Exponirten. Sie trägt das Alles geduldig, die landwirthschaftliche Bevölkerung, vielleicht weil ihr der ganze Zusammenhang der Dinge und der Uebel, unter denen sie leidet, nicht vollständig zum Bewußtsein gekommen ist. Was ich dazu thun kann, es zum Bewußtsein zu bringen, das will ich thun, nicht der Agitation wegen, sondern der Gerechtigkeit wegen.

Wir wollen Alle mit gleichen Schultern tragen und die Gerechtigkeit in Vertheilung der Lasten soll sein für Alle, auch für den geduldigen Landmann. Aber ich habe das Vertrauen, daß, wenn das Bewußtsein einmal durchgedrungen ist, die Vertreter der Landwirthschaft in ruhiger Festigkeit auch den Kampf nicht einstellen werden, bis sie Gerechtigkeit erlangt haben.

27. März. Weitere Rede des Fürsten v. Bismarck bei der zweiten Lesung über die Holzzölle.

„Ich würde in so vorgerückter Stunde nicht das Wort ergreifen, wenn der Herr Redner nicht wiederholt auf meine Person und meine Aeußerungen Bezug genommen hätte, obschon ich in dieser Debatte meinerseits noch gar nicht das Wort ergriffen und gar nicht gesprochen habe.

Der Herr Redner hat zurückgegriffen in die Debatte über die Getreidezölle und meine Aeußerungen von damals; ich will ihm auf dieses

Gebiet nicht folgen, sondern mich lediglich an das Holz halten, bei dem wir uns augenblicklich befinden, und da der Reihe nach, wie ich sie mir notirt habe, einige der Einwendungen und Angaben beantworten, die der Herr Vorredner gegen die Vorlage gemacht hat, und Einiges, was ich für unrichtig darin halte, richtig zu stellen suchen.

Was zunächst seine Beschwerde darüber anbelangt, daß die weichen und die harten Hölzer gleich hoch verzollt würden, so hatten wir geglaubt, daß die Herren Holzhändler in dem Heruntersetzen des Zolles auf harte Hölzer die Konzession wohl erkennen würden, die wir damit machen wollten. Wir haben den mittleren Durchschnitt zwischen weichen und harten Hölzern von früher gewählt, um grade die Zählung, die Abfertigung zu erleichtern. Was sie an den weichen Hölzern mehr zu verzollen haben, haben sie an dem harten weniger, und nach den Auseinandersetzungen des Herrn Vorredners, welcher sachkundig ist, muß man ja annehmen, daß die harten Hölzer beim Fluß- und Seeverkehr und dem Export nach England ihnen die Hauptsache bilden und die weichen Hölzer blos zur Verkoppelung, um der mangelnden Schwimmkraft der harten aufzuhelfen, benutzt werden. Es ist hiermit eine Konzession beabsichtigt. Sollten die Herren wünschen, daß auf die weichen Hölzer ein niedrigerer Zoll wie der vorgeschlagene gesetzt würde, so müßte die Regierung sich vorbehalten, den auf die harten Hölzer ursprünglich bestandenen auch wieder herzustellen. Wir glaubten aber, daß das im Interesse der Abfertigung gerade günstiger ist, daß nicht untersucht wird, was weich, was hartes Holz ist, wie ja z. B. nach dem alten preußischen Zollgebrauch die Buche zum weichen Holze gerechnet wurde, während sie sonst nach der Forstterminologie gewöhnlich zum harten zählt. Indessen kommt das ja hier nicht in Betracht, weil das Buchenholz zu wenig importirt wird.

Der Herr Vorredner hat dann mit besonderer Emphase die d e u t s c h e Nationalität des Holzhandels die deutsche Nationalität betont, er sprach von dem deutschen Holzhandel, von deutschen Holzhändlern, und ich möchte da den Schlüssen entgegentreten, die ein Laie daraus ziehen könnte, als ob diese Herren d e u t s c h e s Holz verführen und verkauften, und als ob das d e u t s c h e Holz durch ihre Vermittlung einen Absatz fände, als ob die 8 pCt., mit denen sie am Londoner Markt betheiligt sind, aus deutschem Holze beständen. Nach dieser Richtung hin sind die Herren eher russische Holzhändler als deutsche, sie sind in ihrer Eigenschaft als Landsleute uns ja immer willkommen, und wir freuen uns, wenn sie am russischen Holze etwas verdienen; aber deutsche Holzhändler in dem Sinne, daß sie deutsche Produkte exportiren —, den Ruhm kann ich ihnen doch nicht zugestehen. Diese nationale Seite der Sache sollten sie lieber nicht berühren, denn sie erinnern uns daran, daß wir mit Schmerzen sehen, wie unsere einheimischen Eisenbahnen, die zum großen Theil mit dem Gelde der Steuerpflichtigen, jedenfalls mit dem Gelde der Deutschen gebaut sind, Verkehrsanstalten des Auslandes geworden sind, die hauptsächlich zum Nutzen unserer ausländischen Nachbarn, viel weniger zum Nutzen der inländischen, deutschen Produktion dienen. Sie erinnern uns ferner daran, was wir ja geographisch nicht ändern können, daß unsere deutschen Seestädte, vermöge der Wendung, die das Geschäft genommen hat, wesentlich zu Emporien des östlichen Auslandes geworden sind und mit den Produkten unserer ausländischen Nachbarn, welche so glücklich gewesen

sind, ihre Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen, bei uns durchfahren und für die Produzenten der gleichartigen deutschen Produkte nur einen Blick kühlen Mitleids haben gegenüber dem Vortheil, den sie an dem ausländischen Holz machen.

Wenn der Herr Vorredner davon gesprochen hat, daß viele Arbeiter beim Flößen und bei der sonstigen Behandlung des Holzes ihr Brod fänden, so glaube ich, wird das immer auch bei Annahme des Zolls der Fall bleiben. Ich möchte ihn aber doch bitten, eine vergleichende Statistik darüber anzustellen, welche Masse von Arbeitern in den inländischen Wäldern brodlos geworden ist dadurch, daß diese inländischen Wälder nicht mehr rentabel sind und den früheren Absatz nicht mehr haben. Ich habe dabei namentlich die Provinz Schlesien im Sinne, wo durch die schlesischen Wälder der Länge nach die österreichischen geschnittenen Hölzer durchfahren vor den Augen der brodlosen Arbeiter, die früher in den schlesischen Wäldern eine reichliche, tägliche, ihnen angenehme und vom Vater auf den Sohn vererbende Beschäftigung fanden, zum größten Theil als Holzhauer und als Beaufsichtiger der ganzen Entwickelung, die mit der Verwerthung des Holzes verbunden ist, als Sägemüller, aber zum ebenso großen Theil auch als Unternehmer im Kleinen für den Transport, der innerhalb unserer Wälder nach den Schneidemühlen und Bahnhöfen hin stattfindet. Alle diese kleinen Leute, die ein Pferd im Sommer auf ihrem Acker beschäftigen, im Winter aber gar keine Beschäftigung für das Pferd haben, die verdienten erhebliches Geld den ganzen Winter hindurch mit den Holzfuhren, die in geschäftsfreie Zeit fielen, und diese Leute haben ihre Pferde abschaffen müssen, weil sie sie im Winter nicht mehr ernähren können. Und diese schlesischen Wälder, die sonst von Arbeitern wie ein Ameisenhaufen wimmelten, sind todt und still, nicht blos zum Kummer des leitenden Oberförsters oder des Privatbesitzers, sondern namentlich zur drückenden Sorge für die Armenpflege und für die Arbeiter, die früher zu Hunderttausenden in allen jetzt ertraglosen inländischen Wäldern ihre Nahrung fanden, deren Zahl doch ganz anders ins Gewicht fällt, als die Zahl der Floßarbeiter, die zum großen Theil, wir kennen ja alle die Flissacken, Ausländer sind und an der Spitze gewöhnlich einen Regimenter haben, der unserer Nationalität angehört.

Der Herr Vorredner sagte, es sei nicht richtig, daß das russische Holz, wenn es überhaupt heraus will, bei uns durchmuß. Er hat dabei Angaben gemacht, die ich ja in ihrer Richtigkeit nicht alle prüfen kann; aber die eine, die er machte in Bezug auf den Absatz, den Dnieper entlang über Cherson, da wird er doch nur Anklang finden bei Leuten, die den Dnieper nicht kennen. Es ist möglich, daß kleine Quantitäten Brennholz den Dnieper über die Wasserfälle weg hinabgeflößt werden können, aber wie die künstlich verbundenen Flöße von großen Nutzhölzern diese Wasserfälle und Stromschnellen heruntergebracht werden sollen, das weiß ich nicht, die würden in Trümmern ankommen, und da würde von einem irgendwie rentablen Handel mit Nutzholz nicht mehr die Rede sein können. Also mit solchen Aussichten darf der Herr Vorredner uns nicht zu ängstigen versuchen; der Dnieper hat für den großen Holzhandel und für die großen Flöße keine andere Mündung als nach Norden seinem Strom entgegen durch die Sümpfe und Kanäle, die ihn verbinden nicht blos mit dem Niemen, sondern auch nach der Weichselseite mit dem Bug. Was zum

Dünagebiet gehört, das geht schon jetzt die Düna herunter, und was da zu flößen ist — denn es wäre ja sehr wunderbar, wenn man Holz, was im Dünagebiet liegt, nun auf das Niemengebiet oder auf das Weichselgebiet im Landwege übertragen wollte, um es anderwärts zu flößen — also das fällt ganz außerhalb unserer Berechnungen.

Ich freue mich, daß der Herr Vorredner nicht das alte Schreckbild für den Holzhandel wieder aufgewärmt hat, von dem Umweg aus dem Niemen heraus über Kowno mit der Libauer Bahn, sondern daß er es blos auf Faßdauben und Stabhölzer beschränkt hat, die aber doch auf den großen Flößen bequemer schwimmen, aber die großen Hölzer lassen sich ja gar nicht herausnehmen aus dem Strome, und wer die Ufer von Kowno kennt, wo die Hölzer 100—150 Fuß heraufzuschaffen sein würden, wird zugeben, daß die Flöße durch diese Arbeit selbst schon entwerthet werden würden. Die großen Hölzer sind nicht einmal auf den Eisenbahnen fahrbar, sondern sind auf den Wassertransport absolut angewiesen, und deshalb haben sie eine Zwangsroute, nothwendig nach unseren Häfen hin und können diese Bahn nur insoweit verlassen, als sie nach ihrer geographischen Vertheilung überhaupt zum Dünagebiet und nicht zum oberen Dnieper-, Bug- oder Memelgebiet hin gravitiren, und selbst die sehr waldreichen Gegenden der Wilia werden doch auch dem Strom folgen aus der Memel herunter und werden nicht nach der Düna, in deren nächsten Nähe sie entspringt, übergehen können.

Der Herr Vorredner hat dann den dringenden Wunsch ausgesprochen, wir möchten mit mehr Einigkeit und weniger Schärfe diskutiren; ja, meine Herren, die Schärfe kommt daher, daß Behauptungen aufgestellt und vor der Oeffentlichkeit accentuirt werden als ganz sichere, die der andern Seite unbegründet erscheinen, und denen der Andere dann aus seiner Ueberzeugung als unbegründet widerspricht. Im Uebrigen sachlich ist das ja eine Angelegenheit, die uns politisch nicht erregen sollte, aber es ist ein altes Sprüchwort, daß in Geldsachen die Gemüthlichkeit aufhört, und daß hier eine Geldfrage für den einen oder den andern Theil der Unterthanen vorliegt, wo die Geldlast und die Geldvortheile nach Ansicht der verbündeten Regierungen etwas gleicher vertheilt werden sollen, als sie in den letzten funfzig Jahren vertheilt gewesen sind. Auch das finanzielle Interesse habe ich ja oft hervorgehoben, aber mögen Sie daraus, daß ich es oft hervorhebe, doch nicht schließen, daß dabei das Reich in erster Linie interessirt sei. Das Reich erhält, wenn Sie die Finanzzölle nicht bewilligen, doch sein Geld; für das Reich ist es einerlei, ob die Einkünfte, die wir haben, aus den Matrikularbeiträgen, also aus der Grund- und Klassensteuer der Einzelstaaten, kommen oder aus den Zöllen des Reichs, das sieht man dem Thaler nicht mehr an, wenn er in die Reichskasse kommt; es ist vielmehr nur im Interesse der einzelnen Staaten und der Regierungen, daß ich die Finanzfrage so oft accentuire, daß ich die Finanzfrage so hervorhebe. Deshalb kann ich auch die Hoffnung nicht unterdrücken, daß ich in der dritten Lesung eine festere und entschlossenere Unterstützung von Seiten der Finanzminister der einzelnen Staaten in dieser Frage haben werde, denn ich als Reichskanzler bin zu leicht zu desinteressiren, wie ich schon bemerkt habe, da das Reich durch die Verfassung so glücklich situirt ist, daß die Anderen sich bemühen müssen, die Herren Finanzminister der einzelnen Staaten, wo sie das Geld auftreiben,

das als Matrikularbeitrag abzuführen ist, und meine Bemühungen sind ja durch mäßige und abgenutzte Kräfte begrenzt, und es wird der Moment kommen, wo ich meinerseits den Karren nicht weiter hinaufschieben kann, wenn ich nicht entschlossenen Beistand habe.

Der Herr Vorredner hat gesagt, die russischen Waldbesitzer würden, wenn man diesen Zoll, so minim er auch ist — er beträgt ja, wenn ich den Festmeter weiches Holz zu 20 Mark Werth rechne, und den Festmeter hartes Holz zu 30 Mark, was ungefähr 6 bis 10 Sgr. auf den Kubikfuß Nutzholz von beiden Sorten sein würde, nur 2 bis 3 pCt. des Werths. Aber daß der russische Waldbesitzer unter Umständen auch dieses Opfer noch bringen wird, das geht mir daraus hervor, daß die Preise, die unsere Holzhändler dort für Wälder von gleichartigem Bestande zahlen, je nach Verlegenheit des Besitzers, je nach dem Leichtsinn des Besitzers, je nach seinem Geldbedürfniß außerordentlich verschieden sind; es werden Quadratmeilen zu 100,000 Rubel ausgeholzt, es werden Quadratmeilen zu 5000 Rubel ausgehandelt und zu 10,000 Rubel, und es haben Holzhändler, mit denen ich darüber sprach, und die ich nach dem Preise der Schwelle oder anderer einzelner Hölzer fragte, mir gesagt: das können wir im Einzelnen nicht berechnen, das erfahren wir, wenn wir im folgenden Jahre oder in zwei Jahren die Rechnung aufmachen, da kommen wir dahinter, wie das abgewickelte Geschäft war, aber im Augenblick kann ich keine Auskunft darüber geben, welchen Bruchtheil eines Pfennigs eine Schwelle auf die Quadratmeile Wald kostet. Also im einzelnen auf die Schwelle wird der russische Besitzer nichts nachlassen, aber auf die Quadratmeile kann er statt 100,000 Rubel 50,000 Rubel nehmen oder 30,000 oder 5000; das werden die Herren mit der Geschicklichkeit, die sie in den Verhandlungen mit den dortigen Waldbesitzern gezeigt haben, sehr bald ermitteln.

Der Holzzoll, grade weil das Holz gebunden ist an diesen Wasserweg, eignet sich Rußland gegenüber ganz vorzüglich zu einem Kampfzoll, und ich bitte den Herrn Vorredner doch zu glauben, daß die verbündeten Regierungen in dieser Beziehung, wo es sich um die Pflege und die Wohlfahrt Deutschlands handelt, nicht von derjenigen Schüchternheit beseelt sind, die befürchtet, es könnte, wie er sagt, aus dem Walde so herausschreien, als wie man hineinschreit, und es würden wieder Kampfzölle gegen uns gebraucht werden. Unser ganzer Holzzoll ist schon nichts als eine Repressalie. Unsere Nachbaren, Rußland und Oesterreich, haben alle Repressalien längst vorweg genommen; was bleibt ihnen übrig? Sie haben seit einem halben Jahrhundert die höchsten Zölle, die möglich sind, vorweg genommen, förmlich Prohibitivzölle, und wenn man einmal durch Prohibitivzölle abgeschlossen ist, dann ist mehr nicht thunlich; es ist gerade so, wie Jener sagte beim Schrotverkauf: dieses schießt noch tödter! so ist es auch bei den bestehenden Prohibitivzöllen anwendbar: wir sind ausgeschlossen, können noch ausgeschlossener nicht werden. Der Herr Vorredner sagte ferner, daß er wohl zugeben wolle, daß vorübergehend einige Quantitäten Holz in Deutschland geblieben wären, die Hauptsache wäre aber der Transit. Ja, von dem Standpunkt des Vertreters des Seehandels mag ihm der ganze Verkehr im *Binnenlande* entgangen sein. Was in Stettin und Danzig *ausgeht*, das mag ja wesentlich Transit sein, denn die schönen Zeiten, wo man in Stettin die inländischen Hölzer, die im

Odergebiet wuchsen, exportirt hat, sind vorbei, sie sind den Leuten zu theuer, sie kaufen anderswo wohlfeiler. Auch bis nach Stettin, bis Hamburg erstreckt sich die Eigenschaft unserer Hauptseestädte, Emporien für das Ausland, für Oesterreich und Rußland geworden zu sein und ihr ganzes Geschick und ihren Handel immer mehr von den dortigen Zuständen abhängig zu fühlen als von den deutschen, und wir können ja nicht erwarten, daß sie freiwillig unser Holz kaufen, wenn sie doch, wie Herr v. Frankenberg sehr richtig bemerkte, das grobe Holz im Gegensatz zu dem feinen Holz, das heißt zu dem, was kleinere Jahrringe hat, — wenn sie das wohlfeiler kaufen, so ist das eben auch für den Käufer eine Ueberraschung, ich will auch hier nicht sagen Täuschung, wo er später dahinter kommt, daß es sich nicht so lange hält, wie die heimische gute Kiefer, die ja überhaupt das beste Nutzholz ist, was es giebt. Und wenn namentlich bei unsern Behörden häufig Werth darauf gelegt wird, amerikanisches Holz Pitsch Pine wäre besser, dauerhafter, so begreife ich nicht, wo sie das erprobt haben. Wir haben von unsern Eichen und Kiefern in den Dächern alter Häuser, Kirchen und Rathhäuser den Beweis von 200, 300, 500, 600 Jahren in den alten Kirchendächern, wie sich unser heimisches deutsches Holz hält, aber von Pitsch Pine weiß Niemand, ob es 10 Jahre dauert oder nicht, ob es namentlich bei seinem Harzreichthum bei allen Trockenbauten nicht eine sehr gefährliche Qualität hat, nämlich die, daß kein Firniß diesen Harzreichthum abhält, unter der Sonne, in der Wärme auszuschwitzen und auf diese Weise den Schutz illusorisch zu machen, den der Firniß bilden soll.

Viele Sachen sind sehr leicht Einem einzureden. Jemand, der eine große Menge Pitsch Pine gekauft hat, weiß einen Baubeamten zu finden, der sagt, dies ist das Beste, und der Baubeamte weiß einen Verwaltungsbeamten zu finden, der auf sein Urtheil hört, und die Behörde stellt ein Attest aus, ohne geprüft zu haben, Pitsch Pine sei besser. Und dies ist bei dem geringen Verbrauch der Behörden noch lange nicht so übel in der Wirkung, als das Beispiel ist. Alle Unternehmer glauben dann, die Behörden finden es, und es muß also feiner, besser, jedenfalls ausländischer sein, als unser Holz.

Diese „vorübergehenden" Quantitäten, die in Deutschland bleiben — ich verstehe das nicht recht, wenn sie vorübergehen, so bleiben sie eben nicht, aber ganz sicher ist, daß sie zum meisten Theil bleiben; sie gehen durch den Thorner Grenzpaß nach dem Bromberger Kanal hinauf und gelangen durch den Genthiner Kanal bis nach Magdeburg, und dort ist ein Hauptemporium, gegen welches z. B. die Harzhölzer — eine unserer waldreichsten Provinzen — nicht mehr aufkommen können, namentlich weil auch dort die Behörden Zeugnisse ausstellen, das ausländische Holz sei besser, das böhmische sei besser, was eine baare Unwahrheit ist, denn das böhmische wächst auch auf besserem Boden, wie die märkische Kiefer. Jedermann weiß, daß es kein besseres und zäheres Bauholz — und auch früher war im ganzen Holzhandel darüber kein Zweifel — giebt als die Kiefer aus dem Oder- und Elbegebiet, da kommt keine Fichte und keine Tanne dagegen.

Also ich muß bestreiten, daß das meist Transit ist, denn das Hauptquantum bleibt im Lande und drückt entweder den Absatz Nord- und Süddeutschlands nach Frankreich und Belgien, oder drückt den Absatz im

Inlande, und die Waldverwüstung, die daraus schließlich bei uns entstehen muß, wenn der Wald keinen Ertrag mehr giebt, hat Graf von Frankenberg schon vorher nachgewiesen.

Ich will nur noch hinzufügen, wie es kommen wird: Der Waldbesitzer wird sein Holz zwar noch verkaufen, er wird aber keine Schonung mehr anlegen, weil er sich sagt, dies ist keine rentable Anlage mehr, und der Wald wird Einen Umtrieb noch haben, und wenn der zu Ende ist, wird er eine Wüste und Sandfläche sein, die dem Lande schadet, anstatt ein Vortheil für das Land zu sein. Ich glaube ein Forstbesitzer, welcher genau rechnen wollte, der wird überhaupt keinen Wald mehr anlegen, wenn er kein besonderes pretium affectionis dafür hat; es giebt ja Gott sei Dank noch solche Holznarren in Deutschland, und zu denen gehöre ich selbst, die Freude haben am Wachsthum des Waldes, ohne sich die Kosten Zins auf Zins zu berechnen, aber wenn es nicht mehr lohnt, Holz zu ziehen, so wird und muß der Wald verfallen, sie haben keinen Zwang auf die menschliche Natur, um den Wiederaufbau des abgeholzten Waldes zu erzwingen.

Dann sagte der Herr Vorredner in Bezug auf die Zollabfertigung, daß die „Register“ schwer verwendbar wären. Ja bei unserer ganzen Zoll- und Steuerverwaltung da ist ja bisher allerdings die Voraussetzung, daß Jeder, mit dem der Fiskus zu thun hat, ein Dieb ist, bis er das Gegentheil beweist, und bevor der Beweis nicht geführt wird, ist es besser, ihn von Hause aus als solchen zu behandeln, damit man durch Vorsicht jede Schädigung des Fiskus verhindert. Dieser alte fiskalische Zug zieht sich seit Jahrhunderten durch unsere ganze Zollgesetzgebung. Auf die Existenz ehrlicher Leute im Lande rechnet die Zollgesetzgebung überhaupt nicht. Ich halte diese Voraussetzung für nicht zutreffend, nämlich wenn man falsche Konossements und Register unter Strafe stellt als Betrug, sobald sich dies beim Ausladen ausweist, so glaube ich, kann man das Hauptgewicht auf die Register legen, die jeden Transport begleiten müssen, wo die Stücke numerirt sein müssen, und der Kaufmann weiß genau, wieviel abgefertigt sind. Das ist also so außerordentlich schwierig nicht, und es ist doch in früheren Zeiten der Zoll erhoben worden, ohne den Handel erheblich belästigt zu haben. Und was der Herr Vorredner sagte von der Benutzung des Augenblicks, die an der Zollstätte so wichtig wäre, daß man nicht schnell genug mit der Abfertigung vorgehen könnte, weil inzwischen Hochwasser kommen oder das Wasser sich verlaufen könnte, meine Herren, ehe das Wasser der Weichsel bei Thorn abläuft, können sie vollkommen alles Holz der Welt verzollt haben. Es sind das doch keine Bäche und Kanäle, wie im oberen Flußgebiet in Rußland; da mag die Wassernoth oder Hochwasser aufhalten und unangenehm berühren. Aber sind sie bei Schmaleninken oder Fordon angekommen, an den großen Zollpässen der Memel und der Weichsel oder auch nur an der Warthe dann — will ich zwar nicht sagen, daß die Sache Zeit hätte, im Gegentheil, ich glaube, der Handel muß schnell gefördert werden, und es werden sich Mittel finden lassen, den Holzzoll schnell zu erheben, aber das Wasser läuft nicht ab, und wenn der Transit in seiner Beobachtung größere Schwierigkeiten hat, — ja, meine Herren, über zwei Prozent des Geschäfts können diese Schwierigkeiten sich immer nicht belaufen, und sie werden vorziehen, den Zoll zu bezahlen, dann sind sie aller Plackereien überhoben.

und können mit dem Holz manipuliren, wie sie wollen. Und sie sollten doch auch vom Holz dem Kaiser geben, was des Kaisers ist und einen kleinen Zoll für ihn übrig haben!

Hoffnung der Liberalen.

(„Kölnische Zeitung" vom 7. Juni.)

Mehr als die noch ausstehenden Schutzzollpositionen werden die Finanzzölle und Steuergesetze den Reichstag, nachdem er am Montag aus den Pfingstferien wieder zusammengetreten sein wird, für den Rest der Session beschäftigen. Die Stellung des Centrums, welches für die Schutzzölle und namentlich auch die „Kornzölle" den Ausschlag gegeben hat, ist in Betreff der eigentlichen Steuerreformvorlagen noch sehr unsicher und der Kanzler wird voraussichtlich hier der Hülfe der Nationalliberalen wahrscheinlich noch bedürfen und unter den schon bekannten Bedingungen dieselbe auch finden. Das Centrum scheint noch durchaus nicht gewillt, „den Preis zu zahlen, ehe es der Waare sicher ist". Bei allen Abstimmugen haben die Ultramontanen den Zweck im Auge: die Beseitigung der „Maigesetze" und zunächst des Ministers Falk. Jetzt, wo sie einen wichtigen Bestandtheil jener Mehrheit bilden, auf die sich der Reichskanzler stützt, werden sie immer zuversichtlicher. Die Nationalliberalen aber haben für ihre Unterstützung zur Durchsetzung einer zweckmäßigen Steuerreform niemals fremdartige, außerhalb der Sache selber liegende Bedingungen gestellt. Sie haben ihre Auffassung der Sache schon um Weihnachten 1877 dem Reichskanzler mitgetheilt, — und wie damals so stehen sie voraussichtlich auch noch heute!

Die gemäßigt-liberale Zeitschrift „Im neuen Reich" schreibt so eben: „Daß die nationalliberale Partei als solche bei ihrer unheilvollen Zerklüftung in der Tagesfrage zusehends an Gewicht verlor, war zum Schmerz ihrer Freunde längst erkennbar; sie hatte aufgehört, die werthvollste Bundesgenossin und der gefürchtetste Gegner zu sein. Dennoch hat die Thatsache, daß jetzt das Bündniß der konservativen Parteien mit dem Centrum fertig ist und die Nationalliberalen in die Stellung der verneinenden Minderheit gedrückt hat, ein peinliches Aufsehen machen müssen." Unseres Erachtens bezeichnet indeß diese unliebe „Thatsache" wohl nur einen flüchtigen Moment im Flusse der parlamentarischen Dinge. Es kommt jetzt vor Allem wohl nur darauf an, daß die „unheilvolle Zerklüftung", welche rücksichtlich der bisherigen Schutzzollfragen leider nicht zu vermeiden war, rücksichtlich aller wesentlichen Fragen zur Steuerreform vermieden werde, d. h. daß hier die Fraktion endlich vor dem Lande ihre gemäßigt-liberalen Prinzipien fest und geschlossen vertrete.

Hier tritt die politische Frage vollberechtigt neben die wirthschaftliche. Hier müssen sich die wirthschaftlichen Parteien, die sich auf dem Gebiete der Zolltarifpolitik trennen möchten, wiederfinden. Eine Erhöhung der eigenen Einnahmen des Reichs zur Entbehrlichmachung der Matrikularumlagen unter Festhaltung des gegenwärtigen konstitutionellen Besitzstandes, das war bis jetzt das Programm, und wir sehen keinen Grund, warum dasselbe jetzt nach irgend einer Richtung aufgegeben werden sollte.

Trotz aller Siege auf dem Gebiete der Schutzzölle haben sich auf dem Gebiete der Steuerreform die Aussichten für die betreffenden bundesräthlichen Vorlagen kaum gebessert. Die Tabaksteuerkommission hat die Zoll- und Steuersätze einstweilen auf einen Betrag herabgesetzt, der, wäre er ernstlich gemeint, von der Regierung nur als Ironie aufgefaßt werden könnte. Die Brausteuerkommission hat den Gesetzentwurf wegen „Erhöhung" der Brausteuer durch Festhalten des

bisherigen Steuersatzes abgelehnt. In der Tarifkommission endlich herrscht Einverständniß darüber, daß die eigentlichen Finanzzölle erst an letzter Stelle zur Berathung kommen sollen. Dabei wird, wie gesagt, die Haltung des Centrums von Tag zu Tag zweifelhafter. Alles Entgegenkommen, so wird richtig gesagt, beantworten die Herren auf finanzpolitischem Gebiete mit hartnäckiger Zugeknöpftheit oder mit allerlei Wenn und Aber, mit stets neuen Bedingungen und Verklausirungen, die allesammt nur den Eindruck der Verschleppungstendenz machen können. Das Centrum scheint, wie das immer mehr und mehr offenbar wird, die Finanzzölle als Gegenleistung gegen Zugeständnisse, welche es auf einem ganz anderen Gebiete fordert, behandeln zu wollen. Diese Zugeständnisse können aber weder zur Zeit noch überhaupt in dem Umfange gemacht werden, in welchem sie gefordert werden dürften. Wie die „Germania“ ihre Leser belehrt, bleiben — trotz des Entgegenkommens der Konservativen in formellen Fragen, trotz der Freundlichkeit des Reichskanzlers gegen den neugewählten Vicepräsidenten des Reichstags und gegen den Abg. Windthorst, trotz aller Gerüchte über den Rücktritt Falk's — drei bedenkliche Hindernisse für ein dauerndes Zusammenwirken mit der Regierung bestehen. „Das erste und bedeutendste ist der Kulturkampf, dessen Ende sich ungeachtet aller Verheißungen noch nicht absehen läßt. Das zweite Hinderniß ist die Vorliebe der Konservativen für den Polizeistaat und Absolutismus in der staatlichen, für ungebührliche Stärkung der preußischen Präponderanz in der Reichsentwicklung. Hier zeigt die vielbesprochene Frage der konstitutionellen und föderativen Garantieen den Zwiespalt. Wir glauben, daß in dieser Beziehung eine Eintracht mit der Rechten nur herzustellen ist durch den praktischen Sinn und die Geschicklichkeit des Fürsten Bismarck. Das dritte, vielleicht bedeutendere Hinderniß bietet die Höhe der beanspruchten neuen Einnahmen, an deren Fersen die schwierige Frage des Militäraufwandes sich heftet.“ So erklärt das Organ des Centrums. Unter den genannten Hindernissen befinden sich aber offenbar mehrere, in Bezug auf welche die Grundsätze der Nationalliberalen dem Fürsten Bismarck und den Konservativen bei weitem annehmbarer erscheinen werden, als die des Centrums.

Das erste und zweite der drei „Hindernisse“ des Centrums stehen einer Verständigung zwischen dem Reichskanzler und den Nationalliberalen über die Steuerreform gar nicht im Wege, schon deßhalb nicht, weil die Nationalliberalen dergleichen fremdartige Bedingungen gewiß nicht unnöthig werden hereinziehen wollen. In Betreff des „Kulturkampfes“ bestand ja bisher überhaupt kein wesentlicher Meinungszwiespalt zwischen ihnen und dem Reichskanzler. In Betreff des „Polizeistaates“ gehen allerdings die Meinungen leider noch mehrfach auseinander; aber den verlangten Steuerbewilligungen wird daraus kein Hinderniß erwachsen, sobald über die „konstitutionellen Garantieen“ für das Budgetrecht des Reichstages eine leidliche Verständigung erzielt ist, die kaum schwierig sein kann. Eine noch bedeutendere Schwierigkeit bietet wohl nur die „Höhe“ und setzen wir hinzu, die Umlagevertheilung der beanspruchten neuen Einnahmen. Vor anderthalb Jahren schon war in dieser Hinsicht eine Verständigung versucht worden. Die Nationalliberalen erklärten sich bereit, dem Reiche erhebliche neue Einnahmen aus indirekten Verbrauchssteuern, die auf die Gegenstände eines breiten „Volkslurus“ aufgelegt werden sollten, zu bewilligen unter der Bedingung, daß einestheils die gewerbliche Produktion dieser Gegenstände nicht allzu rücksichtslos behandelt, namentlich kein Monopol gefordert werde, und daß anderentheils der Ertrag dieser neuen Steuer vom Bismarck'schen „Volkslurus“ auch wirklich alsbald verwendet werde zur Herabsetzung der — zumal durch die kommunalen Zuschläge —, allzu drückend gewordenen direkten Steuern. Bei dem ersten Anwendungsversuche scheiterte freilich die vermeintlich erreichte Verständigung. Die durch den Minister Camphausen ausgearbeitete und im Reichstage vertretene Vorlage zur höheren Tabakbesteuerung zerschellte, nachdem Herr Camphausen sich, durch den Kanzler gedrängt, das Geständniß hatte entreißen lassen, daß dieselbe als eine Etappe zum

Tabakmonopol von ihm und dem Kanzler gemeint sei. Das war denn wider die vermeintliche Abrede und bewog die Nationalliberalen zur einmüthigen Verwerfung. Damit war aber der vereinbarte Grundgedanke der Steuerreform doch keineswegs ganz aufgegeben. Im August vorigen Jahres entwarfen zu Heidelberg die Finanzminister der bedeutenderen Gliederstaaten des Reichs einen neuen Ausführungsplan, der neben dem Tabak noch andere tragfähige Gegenstände heranzog, und in der Herbstsession des preußischen Landtags erläuterte Herr Hobrecht den maßgebenden Grundgedanken in Betreff des festzuhaltenden Verhältnisses zwischen direkten und indirekten Steuern in einer Weise, welche von allen Gemäßigt-Liberalen nur beifällig aufgenommen werden konnte. Könnte sich der Reichskanzler jetzt nun entschließen, auf diesen maßvollen Hobrecht'schen Grundgedanken zurückzukommen und die neuen oder erhöhten Verbrauchssteuern nur auf Gegenstände des wirklichen „Volksluxus“, d. h. auf Gegenstände, „welche von den breiten Klassen der Bevölkerung, und zwar möglichst ihren Erwerbsverhältnissen entsprechend verbraucht werden, und bei welchen eine Einschränkung im Verbrauche Nachtheile für die Gesundheit und die Arbeitskraft der Betreffenden nicht zur Folge hat“, zu legen und dies in einem Betrage, der nicht die betreffenden Produzenten allzu unverhältnißmäßig belastet, so würde die Verständigung mit den Nationalliberalen noch immer leicht sein. In Betreff der Tabaksteuervorlage zweifeln wir diesmal nicht an solcher Verständigung. In Betreff der Brausteuer hoffen wir ein Gleiches für eine nächste Session, wo dieselbe im richtigen Zusammenhange mit den Branntweinsteuern wiedererscheinen wird. In Betreff der Finanzzölle werden die Spezialberathungen zweiter und dritter Lesung hoffentlich noch zu einigen Abänderungen führen, welche den oben dargelegten Prinzipien entsprechen; bei der Schlußabstimmung der dritten Lesung aber, wo die gebilligten Finanzzölle in unlöslichem Zusammenhange mit ganzen Bündeln von unnöthigen Schutzzöllen und selbst mit den grundsätzlich verworfenen Korn- und Fleischzöllen erscheinen werden, wird dem Kanzler voraussichtlich das Centrum zugleich mit den Konservativen so wie so, d. h. auch ohne Kulturkampf-Konzessionen, die entscheidende Mehrheit geben. — —

— — Aber für eine sehr erkleckliche Erhöhung der Tabakbesteuerung und später auch der Brausteuer wird die nationalliberale Fraktion hoffentlich ihre Hülfe nach wie vor willig leisten. Es ist jedoch sehr zu wünschen, daß die Fraktion nach den Ferien bald und öffentlich eine feste Stellung nehme. Die Fraktion hat, wie wieder und wieder erinnert werden muß, 1867 sich vereinigt zu „unabhängiger Unterstützung“ der nationalen und liberalen Politik des Fürsten Bismarck; sie hat aber nur darin gefehlt, daß sie, wie schon früher gesagt wurde, „zu lange vergessen hat, daß nichts stützen kann, was Widerstand zu leisten nicht im Stande ist“.

Der Vorgang Forckenbeck.

19. Mai. Niederlegung des Reichstags-Präsidiums.

(„Provinzial-Correspondenz“ vom 21. Mai.)

Der bisherige Reichstags-Präsident von Forckenbeck hat sein Amt so eben niedergelegt. In dem Schreiben, durch welches er dies dem Reichstage mittheilt, giebt er als Grund seines Entschlusses einerseits den Gegensatz an, in welchen er in Bezug auf tief greifende Fragen mit der Mehrheit des Reichstages gekommen ist, andererseits die Nothwendigkeit, nach dem Rathe seines Arztes einen längeren Urlaub zur Wiederherstellung seiner Gesund-

heit zu nehmen. Er hat deshalb gleichzeitig um einen Urlaub von 4 Wochen vom 23. d. M. ab gebeten.

Dieser Schritt des Herrn von Forckenbeck hat einen lebhaften Eindruck im Reichstage und in allen politischen Kreisen gemacht; abgesehen von der allseitigen Ueberzeugung, daß seine in einer Reihe von Jahren erprobte und im höchsten Maße gewürdigte Kraft in der schwierigen Leitung der Geschäfte des Reichstages schwer zu ersetzen sein wird, mußte die Begründung seines Entschlusses, welche ausdrücklich auf den Gegensatz über die schwebenden politischen Fragen hinweist, die parlamentarische Erregung im Augenblicke noch steigern.

Herr von Forckenbeck hatte über den entschiedenen und lebhaften Widerspruch, in welchem er sich zu den Auffassungen und Bestrebungen der Mehrheit, die sich zur Durchführung der Wirthschaftsreform vereinigt hat, befindet, schon durch eine vor einigen Tagen bei einem öffentlichen Festmahl gehaltene Rede sich unumwunden und in einer Weise geäußert, welche keinen Zweifel darüber bestehen ließ, daß er sich nicht mehr als den berufenen Vertreter des Reichstages in seiner jetzigen Parteigruppirung ansehen konnte. Er hat dieser Ueberzeugung entsprechend gehandelt, und Niemand wird ihm daraus von irgend einem Standpunkte einen Vorwurf machen können.

Inwieweit sein Rücktritt vom Präsidium, zumal im Zusammenhange mit den politischen Vorgängen, die seinen Entschluß anscheinend zur Reife gebracht haben, von weiter gehender Bedeutung für die Entwickelung des Parteiwesens werden kann, das wird sich erst im Verlaufe der Bewegung, welche sich an die jetzigen Verhandlungen des Reichstages knüpft, bestimmter beurtheilen lassen.

Die Präsidentenwahl und die Mehrheit im Reichstage.

(„Provinzial-Correspondenz" vom 28. Mai.)

Der Rücktritt der bisherigen Reichstags-Präsidenten von Forckenbeck und von Stauffenberg und die darauf erfolgte Wahl des konservativen Abgeordneten von Seydewitz zum Präsidenten und des dem Centrum angehörigen Abgeordneten von Franckenstein zum ersten Vizepräsidenten haben der liberalen Presse Anlaß zu den lebhaftesten Aeußerungen politischen Unmuths und schwerster Besorgniß in Bezug auf die weitere Entwickelung unserer inneren Verhältnisse gegeben: man will in diesen Vorgängen einen Wendepunkt der gesammten Politik des Deutschen Reiches, den Beginn einer freiheitsfeindlichen Haltung der Regierung und sogar eine schwere Gefährdung der Stellung Deutschlands nach außen erkennen.

Es bedarf nur eines unbefangenen Blickes auf die Thatsachen, welche den Ausgangspunkt dieser unheilvollen Verkündigungen bilden, um den völligen Ungrund derselben zu erkennen. Sie hätten vielleicht einen wenigstens äußerlichen Schein von Berechtigung, wenn die Veränderung in der Leitung des Reichstages irgendwie von der Regierung oder von den Parteien, welche die Regierung zur Zeit in ihrer Wirthschaftspolitik unterstützen, veranlaßt oder gewünscht worden wäre, — jede Berechtigung zu dem plötzlichen Aufschrei ist aber schon dadurch ausgeschlossen, daß der Wechsel im Präsidium sowohl, wie die Art der Wiederbesetzung desselben lediglich durch das freie Verhalten und politisch berechnete Vorgehen gerade der liberalen Parteien herbeigeführt worden ist.

Was ist denn in Wahrheit geschehen?

Der bisherige der nationalliberalen Partei angehörige Präsident des Reichstages hat unerwartet außerhalb des Reichstages eine Rede gehalten, welche seinen Gegensatz gegen die wirthschaftlichen Bestrebungen der Reichstagsmehrheit und seine Befürchtungen wegen der Folgen derselben in einer Art und Weise verkündete, welche die Niederlegung seiner Stellung als Vertrauensmann und Vertreter des Reichstages zur Folge haben mußte und hatte.

Als es sich nun um die Neuwahl des ersten Präsidenten handelte, schien

zunächst die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß ein anderer Führer der nationalliberalen Partei, der in der wirthschaftlichen Frage nicht in grundsätzlichem Gegensatze zur gegenwärtigen Mehrheit steht und persönlich nicht minder als Herr von Forckenbeck ein Mann allseitigen Vertrauens ist, der Abgeordnete von Bennigsen, an seine Stelle berufen würde. Diese Möglichkeit wurde jedoch sofort Seitens der nationalliberalen Partei zurückgewiesen, deren Organe den Gegensatz, der zunächst nur auf dem Boden der wirthschaftlichen Ueberzeugungen hervorgetreten war, mit der größten Beflissenheit und Schärfe auf das allgemeine politische Gebiet zu übertragen suchten, und von vornherein ankündigten, daß von dem Eintritt eines Nationalliberalen in das Präsidium nicht die Rede sein könne. Wie sehr die liberalen Parteien die Frage des Präsidiums zu einer politischen Parteisache machten, zeigte sich auch darin, daß alsbald auch der Rücktritt des ersten Vize-Präsidenten Freiherrn von Stauffenberg als unbedingt bevorstehend angekündigt wurde und in der That nach wenigen Tagen eintrat. Gleichzeitig wurde von liberaler Seite beschlossen, daß man sich an den Neuwahlen für das Präsidium überhaupt nicht betheiligen wolle, daß vielmehr die Parteien, welche vorzugsweise die Wirthschaftspolitik des Reichskanzlers unterstützten, die Präsidentenwahl unter sich abzumachen hätten.

Ebenso wie der Wechsel im Präsidium durch den freien Entschluß der Liberalen erfolgte, so führte also das Verhalten der liberalen Partei absichtlich und unausweichlich zu der Nothwendigkeit, daß die neuen Präsidenten lediglich durch Verständigung unter den Konservativen und der Centrumspartei gewählt wurden.

So ist es in der That geschehen, weil es eben gar nicht anders geschehen konnte: die Veränderung des Präsidiums an und für sich und die neue Gestaltung desselben aus den Parteien der wirthschaftlichen Mehrheit sind in Wahrheit eine That der liberalen Partei, und sollte es sich dabei wirklich um eine so „schwere Verantwortlichkeit vor dem deutschen Volke", ja sogar „vor dem Richterstuhle der Geschichte", handeln, wie jetzt in gewissen aufgeregten Blättern zu lesen ist, so würde die liberale Partei die Verantwortlichkeit für das „nationale Unheil" nicht von sich abwälzen können.

Die Parteien der gegenwärtigen Reichstagsmehrheit haben ihrerseits die Lage einfach angenommen, wie sie ihnen entgegengebracht wurde. Je schärfer und herausfordernder der Gegensatz gegen das von ihnen gemeinschaftlich durchzuführende Werk der wirthschaftlichen Reform hervortrat, je mehr versucht wurde, ihre darauf zielende Gemeinschaft zum Anlaß einer heftigen politischen Agitation zu machen, desto dringender war für sie der Anlaß, sich zur Vollendung ihrer nächsten bedeutsamen Aufgaben fest zusammenzuschließen und sich über die unmittelbaren Nothwendigkeiten der ihnen geschaffenen Lage vertrauensvoll zu verständigen. Sie haben in der That auch hierin praktische Politik getrieben und vor Allem jede Hoffnung der Gegner auf eine Spaltung über Personen- oder Fraktionsfragen vereitelt.

Wenn die Wiederbesetzung des Präsidiums durch eine Einigung zwischen den Deutsch-Konservativen, der freikonservativen Reichspartei und dem Centrum erfolgen mußte, so entsprach es lediglich der Natur der Dinge, daß neben dem bereits vorhandenen Vize-Präsidenten aus der Reichspartei (Dr. Lucius), die eine der beiden freigewordenen Stellen mit einem Deutsch-Konservativen, die andere mit einem Mitgliede der Centrumspartei besetzt wurde. Das Centrum, die stärkste der drei Parteien, überließ die erste Präsidentenstelle willig einem Konservativen (Abgeordneten von Seydewitz) und erhielt seinerseits die Stelle des ersten Vize-Präsidenten (für den Abgeordneten Freiherrn von Frankenstein). Diese Vereinbarung kam bei den Abstimmungen im Reichstage ohne Weiteres zur Geltung, indem die gesammte liberale Partei sich durch Abgabe weißer Zettel der wirklichen Betheiligung an den Wahlen enthielt.

Angesichts dieser Enthaltung war das Ergebniß ein ganz selbstverständliches, und wenn dabei etwas „Unerhörtes" geschehen ist, so war es eben jene freiwillige Enthaltung der Liberalen.

Die neue Präsidentenwahl an und für sich und das Verhalten der jetzigen Mehrheit bei derselben haben zu den düsteren Auffassungen und Verkündigungen keinen Anlaß oder Anhalt gegeben: bei der ihnen aufgezwungenen neuen Wahl haben die Parteien der Mehrheit nur dasselbe feste und klarbewußte Zusammenhalten bewährt, welches ihr Auftreten während der wichtigen Verhandlungen dieser Session überhaupt bezeichnet.

Der Unmuth der Gegner in der liberalen Presse richtet sich auch in Wahrheit nicht so sehr gegen das Ergebniß der Präsidentenwahl, wie gegen jene feste Vereinigung selbst, welche das Gelingen der wirthschaftlichen Pläne des Kanzlers zu sichern scheint. Im Zusammenhange mit den an und für sich völlig wirkungslosen Bestrebungen und Kundgebungen des sogenannten Berliner „Städtetages" sollte Seitens der absolut freihändlerischen Elemente der Nationalliberalen im Verein mit den agitatorischen Kräften der Fortschrittspartei der Versuch gemacht werden, den gemäßigten Theil der Liberalen, welcher die Wirthschaftsreform im Wesentlichen unterstützt, durch politische Beweggründe davon abzuziehen. Hierzu schien besonders der Hinweis auf die jetzige Parteigruppirung im Reichstage und auf das entschiedene Hervortreten derselben bei den neuen Präsidentenwahlen geeignet: namentlich die Wahl eines Centrumsmanns in das Präsidium, meinte man, würde „Manchen in die Augen beißen" und „die Situation wie durch einen Blitzschlag erhellen", — selbst die Stellung Deutschlands dem Auslande gegenüber könnte nicht durchgreifender umgewandelt werden, als wenn das Reich anfange, „mit seinen Gegnern zu paktiren", — deshalb sei diese Präsidentenwahl „eine Haupt- und Staatsaffaire in des Wortes eigenster Bedeutung." Mit einiger Naivetät wurde hinzugefügt: „man fürchte nicht den Vorwurf der Uebertreibung vor dem Forum unparteiischer Geschichte."

Ohne der „unparteiischen Geschichte" vorzugreifen, darf man dagegen vertrauen, daß der gesunde Sinn des deutschen Volkes durch die Vorführung so weit aussehender Gefahren sich über die nächsten rein praktischen Gesichtspunkte der Frage nicht beirren lassen wird.

Für jetzt handelt es sich um die Stellung der Parteien zur Wirthschaftsreform, und in dieser Beziehung war vor wenigen Wochen gerade in demselben Blatte zu lesen: „Wir haben aus dem Umstande, daß das Centrum für die Wirthschaftspolitik des Fürsten Bismarck eintritt, niemals weder dem Centrum, noch seinen Verbündeten einen Vorwurf gemacht. Wir glauben, daß es sich in dieser Frage nicht durch konfessionelle Motive, sondern durch seine sachlichen Anschauungen leiten läßt."

Wenn aber diese rein sachliche Stellung, welche das Centrum in einer der wichtigsten nationalen Fragen einnimmt, naturgemäß auch zu einer vertrauensvolleren Behandlung der großen kirchlichen Fragen führen kann, so wird das deutsche Volk auch darin nicht einen Grund zur Besorgniß, sondern vielmehr zu patriotischer Hoffnung finden, in Uebereinstimmung wiederum mit jenem Blatt, welches vor Kurzem schrieb:

„Ein Ausgleich mit Rom auf den Grundlagen des Kronprinzlichen Schreibens würde auch unter den Unterstützern der seitherigen Regierungspolitik mit voller Befriedigung begrüßt werden. Wer Deutschlands Geschichte kennt, der weiß, welche schweren Uebel seit Jahrhunderten durch religiöse Zwistigkeiten, offen oder verdeckt, über die Nation gebracht worden sind, und er wird die Herstellung des Religionsfriedens als eine hocherwünschte That ansehen".

Aber wie gesagt, darum handelt es sich bei der jetzigen Frage nicht, — es handelt sich ausschließlich um die große Aufgabe der nationalen Wirthschaftsreform, und von dieser wird sich das deutsche Volk so wenig wie die Reichstagsmehrheit durch politische Schreckbilder abziehen lassen. Gegenüber solchen Versuchen ist an die Mahnung des Abgeordneten von Bennigsen an die liberalen Gegner der Vorlage zu erinnern, daß sie „die Sache doch nicht so tragisch ansehen" mögen und an den schließlichen Ausdruck seiner Hoffnung, „daß auf Grundlage der

neuen Zölle — der finanziellen Ordnung im Reich und der Verbesserung der Steuerverhältnisse in den Einzelländern ein Boden geschaffen wird für unsere wirthschaftliche Thätigkeit, noch günstiger als der, welcher jetzt vorhanden ist."

Die Urtheile der Parteipresse über Forckenbeck's Niederlegung des Präsidiums.

Die „Germania" schreibt:

Wenn Fürst Bismarck am heutigen Abend seine politische Wochenrechnung abschließt, so hat er allen Grund, zufrieden zu sein; denn die letzten acht Tage darf er zu den erfolgreichsten Wochen seiner inneren Politik zählen. Selten wohl hat Jemand wider seinen Willen dem Gegner einen größeren Dienst erwiesen, als Derjenige, der in seinem mehr kühnen als klugen Sinne die Idee des Städtetages faßte. Der anscheinend so einfache und unverfängliche Protest einiger Communalbehörden fiel wie ein Funke in die gefüllten Minen; die Explosion erfolgte in einem Augenblicke, wo man sie nicht erwartete. Ehe, als sie dachte und wünschte, mußte die „liberale" Partei auch formell den Verzicht auf die Machtstellung vollziehen, welcher sie die Thatsachen schon seit einigen Monaten beraubt hatten. Und kaum war die Umwälzung vollzogen, da drückte ihr der Reichskanzler den rechten Stempel auf die Stirn, indem er dem Pronunciamento der „liberalen" Bürgermeister die Mobilmachungsordre für die landwirthschaftlichen Kreise, dem frondirenden Städtetag eine Liga der konservativen Bauern, den bisher bevorzugten Interessen des beweglichen Capitals, der Speculation und des Handels die Interessen des Grundbesitzes und der produktiven Hände, der semitisch-„liberalen" Herrschaft des Geldes und der Phrase die national-konservativen Kräfte und Rechte der ehrlichen Arbeit, des gemeinnützigen Besitzes, der christlichen Weltanschauung und des gesunden Menschenverstandes siegreich entgegensetzte.

Nachdem man seit zwei Decennien nur „liberale" Präsidenten im preußischen Landtage, wie im Reichstage die Glocke schwingen gesehen, meinten viele Leute, es müsse so sein. Wer hätte damals, als die Konservativen wie eine kleine, versprengte Corporalschaft zaghaft im Schatten des Bundesrathstisches sich versteckten, zu prophezeien gewagt, daß sie nach einigen Jahren dem Hause seinen Präsidenten stellen würden? Noch in dieser Legislaturperiode, als die „Liberalen" schon arg decimirt aus dem Wahlkampfe heimkehrten, gelang es ihnen, dem Hause zwei der Ihrigen als Präsidenten aufzuoctroyiren. Und jetzt — ein konservativer Präsident und ein ultramontaner Vizepräsident an Stelle der Herren v. Forckenbeck und Stauffenberg! Diese Umwälzung im Bureau des Reichstages ist, so überraschend sie auch gekommen, doch nichts weiter, als die Consequenz und der Ausdruck der Verschiebung der Machtverhältnisse unter den Parteien. Die „liberale" Partei hat die Galvanisirung ihrer entschlafenen Herrschaft endlich aufgegeben und den Todtenschein sich ausstellen lassen. Daß sie den Entschluß, der Wahrheit die Ehre zu geben, ganz freiwillig gefaßt, möchten wir gern zu ihrer Ehre annehmen; aber leider legen die Umstände den Verdacht nahe, daß Herr v. Forckenbeck sich über die ganze Tragweite und die unmittelbare Wirkung seiner Rede auf dem Banket des Städtetages und seiner Nomination zum Präsidenten der Antikornliga unglücklichen Namens bis zum Montag Abend nicht klar gewesen ist.

Das Centrum, welches bis jetzt bloß in der Schutzzollfrage in der Mehrheit steht und zugleich mit der Regierung harmonirt, würde, wenn es die Leitung der Geschäfte übernommen hätte, vielleicht schon bei der Finanzfrage und erst recht bei allen Dingen, in welche der „Culturkampf" hineinspielt, sowohl bei der Regierung als bei den wechselnden und zweifelhaften Mehrheiten des Reichstags das gehörige Entgegenkommen für seine Geschäftsführung vermißt haben.

Zwar sind zweifellos die Berührungspunkte zwischen der deutsch-konservativen Fraktion und dem Centrum vermehrt und die Adhäsion derselben verstärkt

worden; umsomehr, als der neugewählte Präsident v. Seydewitz zu dem Theile der Konservativen gehört, welcher in der Gegnerschaft gegen den „Culturkampf" dem Centrum am nächsten steht. Aber demgegenüber bleiben einerseits die sachlichen Differenzen mit der deutsch-konservativen Partei bestehen, und andererseits hat die Präsidentenwahl die Kluft zwischen dem Centrum und der „culturkämpferischen" Mehrheit der Deutschen Reichspartei beträchtlich erweitert oder wenigstens grell beleuchtet.

Der „Hannoversche Courier" schreibt:

Mit dem Rücktritt Forckenbeck's vom Präsidium des Reichstages findet in unserer *inneren Politik eine Periode*, welche *thatsächlich schon seit längerer Zeit erschöpft und ausgelebt war, auch ihren äußerlichen Abschluß: die Periode des positiven Zusammenwirkens einer von den Liberalen bestimmten parlamentarischen Majorität mit dem Fürsten Bismarck.* Die Mehrheit ist im Reichstage, sowohl im norddeutschen, als im deutschen, sehr häufig dem Zahlenverhältniß nach keine lediglich liberale gewesen; dennoch war vom ersten Zusammentritt jenes verfassunggebenden norddeutschen Reichstags, den Kaiser Wilhelm begrüßte als eine „Versammlung, wie seit Jahrhunderten keinen deutschen Fürsten umgeben", bis zum 20. Mai d. J. der Präsident immer ein liberaler, vor Forckenbeck Simson, durch dessen Berufung ausgesprochen wurde, was das liberale Präsidium seitdem bedeutet. Die preußische Staatsgewalt, auf welche die Aufgaben der Reichsregierung übergegangen waren, blieb in den Personen der meisten ihrer Träger *konservativ*, vor allen *blieb es der Kanzler*; nur weil er die Unterstützung der Liberalen nicht entbehren konnte und wollte, nur darum — es ist in der officiösen Presse oft genug ausgesprochen worden und vom Standpunkte einer so durchaus realistischen Politik, wie die des Fürsten Bismarck, aus auch ganz natürlich — haben wir eine zehnjährige Aera freisinniger Gesetzgebung gehabt. — —

Mancherlei Umstände haben zusammengewirkt, um den Umschwung herbeizuführen. Zuerst wurde der Muth aller Gegner der neuen Gesetzgebung gehoben durch jene immer wiederkehrende Erscheinung, daß man leicht *wegen einzelner Unvollkommenheiten* neuer Einrichtungen ihre Vorzüge und zugleich den Druck vergißt, den die beseitigten, alten Institutionen geübt; die Energie und die numerische Stärke der Liberalen wurde dadurch verringert, während die Zuversicht ihrer Gegner wuchs. Mit *Hilfe der Liberalen*, zu deren Schaden es nur geschehen konnte — das ist einmal so in der Geschichte, die nur Ursachen und Wirkungen kennt —, hat Fürst Bismarck *die Konservativen allmählig für den nationalen Staat gewonnen und die Klerikalen zur Anerkennung desselben gezwungen*; sobald das geschehen war, bedurfte er der Liberalen nicht mehr — eben deshalb aber mußten diese begreifen, daß es nunmehr für sie galt, in der *Opposition zu vertheidigen*, was sie im *Zusammenwirken* mit dem Reichskanzler *erlangt hatten.*

Die „Frankfurter Zeitung" schreibt:

Die gestern beim Bankett des *deutschen Städtetages* von dem Präsidenten des Reichstages und Oberbürgermeister der Stadt Berlin, Herrn *v. Forckenbeck* gehaltene Rede wird heute in politischen und parlamentarischen Kreisen lebhaft besprochen und kommentirt. Herr v. Forckenbeck forderte in seinem Toast das freie, thatkräftige deutsche Bürgerthum gegenüber der hereinbrechenden wirthschaftlichen und wie zwischen den Zeilen zu lesen ist, politischen Reaktion zu einem gemeinsamen Zusammengehen und einer dauernden Vereinigung auf. So haben sich die Zeiten im deutschen Vaterlande geändert. *Es ist noch nicht so lange her, als Herr v. Forckenbeck bei einem Festmahle in Breslau der nationalliberalen Partei, wie allen liberalen Elementen überhaupt*

zurief, man möge jetzt ausruhen und dafür sorgen, daß eine gewisse Stabilität in unsere Gesetzgebung und Verwaltung komme, damit das Volk die Früchte derselben der letzten Jahre in Ruhe genießen könne. Und heute erschallt der Ruf an das deutsche liberale Bürgerthum zu thatkräftiger Arbeit. Heute sollen sich alle getrennten Elemente einigen, heute, wo Deutschland mit seiner traditionellen Wirthschaftspolitik bricht, und in Preußen eine Sistirungs-Aera der unter so großen Hoffnungen begonnenen Verwaltungsreform in Aussicht gestellt wird. Schwer wird es heute sein, die in alle Winde versprengten liberalen Elemente wieder zu sammeln, nachdem ein großer Theil derselben sich unterdeß der Herrschaft des allmächtigen Kanzlers unterworfen hat. Herr v. Forckenbeck spricht davon, es sei Zeit, daß das deutsche Bürgerthum gegenüber Bestrebungen, die sich jetzt mit allen Kräften regen, sich zusammenfasse und sein volles Gewicht in die Wagschale der Entscheidung lege; die Zeit sei nahe, in der eine liberale Partei, als Kern das deutsche Bürgerthum in sich fassend, auf die weitere Entwickelung des deutschen Reiches Einfluß gewinnen werde. Es sind dies beherzigenswerthe Worte eines Mannes, der es verschmäht, sich jenen Genossen anzuschließen, die ihren Segen zur gegenwärtigen Regierungspolitik gaben. Es ist bemerkenswerth, daß der in der Fortschrittspartei weit links stehende Abg. Löwe den Präsidenten des Reichstags als zukünftigen Führer des liberalen Bürgerthums bezeichnete. Wie wünschenswerth es auch wäre, daß alle Elemente, die wirklich noch liberal sind, sich zu einer gemeinsamen parlamentarischen Partei und einer geschlossenen Opposition gegen das jeweilige Regime vereinigten, so darf man doch für die nächste Zukunft keine großen Hoffnungen daran knüpfen oder gar von einer Fusion des linken Flügels der Nationalliberalen und der Fortschrittspartei sprechen. Heute wenigstens erklären noch die freihändlerischen Führer der Nationalliberalen, daß an eine Sprengung der Fraktion nicht gedacht werden könne, da die Partei ihre politische Mission noch nicht erfüllt habe. Kann denn in Wahrheit von einer liberalen Partei gesprochen werden, in deren Mitte man noch immer Elemente wie Gneist, Völk, Hölder mit ihrem Gefolge findet? Ehe man nicht an eine Purifikation herantritt, wird der Ruf nach Bildung einer wirklich liberalen Partei nur eine Legende bleiben. Herr v. Forckenbeck hat noch in seiner Rede darauf hingedeutet, daß er bei der jetzt im Reichstag vollzogenen Parteiverschiebung wohl schwerlich das Präsidium behalten werde, eine Eventualität, auf die wir vor einigen Tagen bereits an dieser Stelle hindeuteten. Herr von Forckenbeck ist nicht mehr der Vertreter der Mehrheit des Reichstages und will das Feld der koalirten Fraktion der Konservativen und des Centrums überlassen.

Die „Volks-Zeitung" schreibt:

Neben einem Schutzzollsystem, wie es in dieser Vollständigkeit und Rücksichtslosigkeit auch ein nur halbcivilisirter Staat der Erde nicht aufzuweisen vermag, neben 130 Millionen Mark neuer Steuern und Zölle, einer Schwächung des Einflusses der Volksvertretung auf den Reichstag sind überall die Angriffe vorbereitet, um Breschen auch in die Gewerbefreiheit zu legen. Drei Anträge von Seydewitz untergraben die Freiheit des Handwerks, indem sie den Innungen obrigkeitliche Rechte über alle Gewerksgenossen beilegen wollen, verkümmern die Theaterfreiheit und suchen Einschränkungen der Wanderlager und des Auktionswesens herbeizuführen. Die Anträge sind in der Kommission von der klerikalkonservativen Mehrheit angenommen und nur wegen Schluß der Session im Plenum nicht mehr zur Erledigung gelangt. Dasselbe gilt von dem Antrag Stumm, welcher die Fabrikarbeiter obligatorisch in Zwangskassen zur Altersversorgung einfügen will. Auch jener neue Kautschukparaprapĥ im Strafgesetzbuch, welcher als Ausläufer der Agitation gegen die „Wucherfreiheit" zuletzt von der Kommission zurechtgebraut war und es in das Ermessen des Richters stellte, zwischen mehr oder minder moralischem Gewinn in Geldgeschäften die Grenze zu ziehen,

ist nur wegen Schluß der Session nicht zur Erledigung gelangt. Dagegen hat jene von der Mehrheit stürmisch erkämpfte Abendsitzung noch die Gewerbeordnungsnovelle zur Reife gebracht, welche neben den Pfandleihern und Rückkaufshändlern die Gastwirthe sammt und sonders in den Grundbedingungen ihres Geschäftslebens durch die Einführung der sogenannten Bedürfnißfrage bei Konzessionsertheilungen in das Belieben der Polizeibehörden stellt.

Die Durchführung der Münzreform ist sistirt und auch in dieser Beziehung die ganze Zukunft ins Unsichere gestellt. Verfassungsänderungen verschiedener Art sind in Vorbereitung. Die Verlängerung der Wahlperiode auf 4 oder 5 Jahre, die Einführung zweijähriger Budgetperioden soll ein weiteres Mittel sein, die Bedeutung der Volksvertretung zu mindern und zu schwächen. —

Gegen diesen Andrang der Reaktion vermag nur eine geschlossene, rücksichtslose und systematische Opposition Widerstand zu leisten, eine Opposition, die sich nicht darauf beschränkt, von Paragraph zu Paragraph, von Tarifnummer zu Tarifnummer zu diskutiren, sondern welche der Quelle nachgeht, von wo alle diese Dinge kommen. Der verstorbene Ziegler hat am 19. November 1869 ein Wort ausgesprochen, welches alsbald von immer weiteren Kreisen des Volkes wiederholt, nach nicht allzulanger Zeit in Erfüllung gegangen ist. Jenes Wort paßt auch heute wieder, wenngleich es sich nicht mehr um Mühler, sondern um einen Anderen und Höheren handelt. Auch jetzt „können wir diskutiren so viel wir wollen, es hilft zu nichts." „Es giebt keine andere Hilfe, als daß man angesichts der Lage des Landes sich aufrafft zu dem, was wir sein sollen, zu Männern, die furchtlos und frei aussprechen, was das Land empfindet."

„„Der Herr Reichskanzler Fürst Bismarck muß fort von seinem Platze!"" —

Als der verstorbene Ziegler im Abgeordnetenhause mit Bezug auf Mühler dasselbe gesagt, da schloß er seine Rede mit einem warnenden Appell an die nationalliberalen Freunde, die immer noch bereit seien, im Einzelnen mitzuwirken. Er könne dies nicht. Durch Eingehen und Diskussion gerathen wir immer tiefer hinein, so sagte er. Einst habe Benjamin Constant in den 30er Jahren in derselben Weise „gebaut, geglaubt, gehofft, vertraut, immer wieder mitgewirkt und als er endlich sah, wo diese Sachen hinausliefen, da ist er auf der Tribüne mit dem Ausruf zusammengebrochen: Gott und Menschen müssen mich richten, daß ich dazu beigetragen, solche Zustände herbeizuführen." —

Die „Schlesische Zeitung" schreibt:

Die dialektischen Leistungen eines belangreichen Theiles der spezifisch nationalliberalen Parteipresse rivalisiren zur Stunde mit allem, was die ultramontane Publicistik in den heißesten Tagen des Kulturkampfes geboten hat, was zur Zeit der Hochflut des preußischen Verfassungskonfliktes an Ausbrüchen der Parteileidenschaft und des politischen Pessimismus zutage gefördert worden ist. Selbst in angesehenen, sich sonst einer maßvollen Sprache befleißigenden Blättern lesen wir, daß das Deutsche Reich vor dem Centrum kapitulirt habe, daß mit der konservativklerikalen Majorität eine gewaltige Reaktion über Deutschland hereinbrechen und alles niederlegen werde, was die Nation seit anderthalb Jahrzehnten an Einheit und Freiheit errungen hat. Je heftiger der Sturm ist, um so kürzere Zeit wird er andauern, und — dessen sind wir gewiß — die Nation wird von demselben wenig oder gar nicht erfaßt werden. Die Macht der Phrase ist tief erschüttert, das deutsche Volk hat infolge der bitteren Erfahrungen, die es seit dem gewaltigen Krach von 1873 auf sozialem und wirthschaftlichem Gebiete gemacht, den Glauben an alle abstrakten Doktrinen verloren, es will eine praktische das Leben konkret erfassende Politik. Es zittert auch nicht vor dem phantastischen Gespenst der Reaktion, mag dasselbe heraufbeschworen werden, von wem es immer wolle. Seit fast anderthalb Jahrzehnten sieht es sich „gut und libera

regiert, und mit vollem Rechte setzt es in die Einsicht derer, die in Reich und Staat das Steuer führen, das feste Vertrauen, daß sie nicht leichtfertig des Landes inneren Frieden auf's Spiel setzen oder gar das große Werk der nationalen Einigung, ihr eigenes weltgeschichtliches Ruhmesdenkmal, in seinen Fundamenten erschüttern werden.

Zwei, höchstens drei Wochen noch, und die Ergebnisse der schweren politischen Arbeit dieses Frühlings werden als greifbare Thatsachen vorliegen. Die rauhe Wirklichkeit entspricht nie unseren Idealen, vollkommen zufrieden werden darum nur wenige sein, der großen Gesammtheit aber wird es bald fühlbar werden, daß der im Ganzen erzielte Gewinn die mannigfachen Opfer, mit denen er erkauft wurde, weit überwiegt. Wäre zunächst nichts anderes erreicht als das Eine, daß endlich der schweren Beunruhigung ein Ziel gesetzt ist, die jedem soliden Geschäftsbetrieb seit Jahren Fesseln anlegte und nur einer wüsten Spekulation sich förderſam erwies, schon damit wäre sehr viel gewonnen. Mehr noch als das handelspolitische System selbst ist die Stetigkeit des Systems von Bedeutung für Handel und Wandel. So, wie die Verhältnisse seit Jahren lagen, konnte es nicht andauern, das fühlte ein jeder, darum waltete Unsicherheit auf allen gewerblichen Gebieten. Sollte der nationale Wohlstand nicht mit jedem Tage tiefer sinken, sollten schließlich nicht die schwersten sozialen Gefahren über Deutschland hereinbrechen, dann mußte unsere Zollpolitik unbedingt eine Aenderung erfahren, gewissen großen Gewerbszweigen, vor allem unserer durch Zulassung einer schrankenlosen Konkurrenz des Auslandes großentheils brach gelegten Eisenindustrie, mußte wenigstens die Möglichkeit erschlossen werden, die feiernden Hände wieder zu beschäftigen. Ganz abgesehen von den schweren sittlichen Gefahren, die mit einer Jahre langen Arbeitslosigkeit untrennbar verbunden sind, und von der Noth, dem bitteren Elend zahlloser Familien, bedenke man was es heißt, wenn auch nur eine halbe Million Menschen Jahre hindurch feiert. Jeder verlorene Arbeitstag bedingt dabei einen Verlust von drei Fünftelmillionen Mark, und schon in einer Zeitdauer von fünf Jahren beträgt der Verlust, von allem Handelsgewinn abgesehen, eine volle Milliarde. Das Produkt der Arbeit geht dem Lande verloren, die Menschen aber müssen ernährt werden, sei es in Armen-, Kranken- oder Zuchthäusern, sei es als Bettler an unseren Thüren. Mag uns der Schutzzoll, den wir allerdings stets nur als ein in gewissen Grenzen nothwendiges Uebel gelten lassen, auch das Leben um etwas vertheuern, so dürfen wir diesen Tribut um der endlichen Beseitigung solcher Uebel willen bereitwillig auf uns nehmen. Von denen aber, die heute im Reichstage als der siegende Theil dastehen, erhoffen wir allerdings, daß sie in letzter Stunde noch zu dem Entschlusse gelangen, die der Gesammtheit auferlegten Opfer nicht über die Grenzen des Nothwendigen hinausgehen zu lassen. Der überaus hoch bemessenen Eisenzölle, welche in zweiter Lesung auf Grund der Tarifvorlage bewilligt wurden, bedarf es nicht; das erkennt man auch, wie schon der Antrag v. Wedell-Malchow zeigte, auf konservativer Seite im allgemeinen an. Wenn nun die Dinge so liegen, daß man bei der Schlußabstimmung für diesen hohen Zoll nur bei einer Verdoppelung des Getreidezolls stimmen zu können erklärt, dann möge man auf diese Verdoppelung verzichten und auf einer Herabminderung der Eisenzölle mit Entschiedenheit bestehen. Durch weises Maßhalten können die konservativen Parteien den Boden nur befestigen, den sie sich in der öffentlichen Meinung seit Jahren bereits errungen haben.

Die handelspolitische Bedeutung des seinem Abschlusse entgegeneilenden Reformwerkes wird von seiner finanzpolitischen noch weit überragt, und der praktische Gewinn, der mit dem eben abgeschlossenen Kompromiß erzielt wurde, kann nicht hoch genug angeschlagen werden. Schon zur Begleichung des letzten preußischen Budgets bedurfte es einer Anleihe von 67 Millionen. Was sollte aus Preußen, was aus Deutschland werden, wenn wir auf der damit betretenen abschüssigen Bahn weiter wandelten? Unsere Finanzen sind vortrefflich, aber sie

würden bald ruinirt sein, und unsere Steuern würden in's Unerschwingliche mach[en], wenn hier nicht schleunigst Halt geboten würde. Mit einer Beseitigung des Deficits aber, das unser Finanzminister bereits als ein permanentes bezeichnete, ist es noch keineswegs gethan. Unsere direkten Steuern lasten schon heute viel[fach] maßlos schwer — wird doch in einzelnen Gemeinden neben allen anderen Steu[ern] mehr als der fünfte Theil jedes Einkommens an direkter Personalsteuer erhobe[n] — sie reichen aber nicht mehr, um die unabweisbarsten Bedürfnisse des St[aate]s und der Gemeinden zu befriedigen. Jetzt endlich ist Hoffnung auf Besse[run]g. Das Kompromiß zwischen den Parteien der Majorität soll dahin gehen, daß et[w]a 135 Millionen aus Schutz- und Finanzzöllen erzielt werden sollen. Da[vo]n würden zunächst die Matrikularbeiträge bestritten werden, der Rest aber de[n] Einzelstaaten zufallen. Die Einnahmen Preußens, das etwa ³/₅ der Einwohne[r] des Reiches zählt, verbessern sich also um etwa 80 Millionen, sodaß nach Ab-rechnung seines, der bisherigen Matrikularquote gleichkommenden Deficits no[ch] 36 Millionen zur Verfügung blieben. Diese Summe würde freilich bei w[eite]m nicht ausreichen, um allen Staatsbedürfnissen in vollkommenerer Weise zu genüg[en] und gleichzeitig die Grund- und Gebäudesteuern den Gemeinden zu überwei[sen] oder gar noch direkte Staatssteuern zu erlassen. Aber diese Summe wird [da]n selbst steigen, sobald Handel und Industrie wieder in Schwung kommen. Die Bergwerke, die Forsten werden höhere Erträge liefern und ebenso die Einkomme[n], die Stempel- und manche andere Steuer. Wir dürfen also die Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuern an die Gemeinden, mit welcher erst die Basis f[ür] ein rationelles Komunalbesteuerungswesen gegeben sein wird, in nicht ferner [zu] erhoffen, und diese Hoffnung allein schon entschädigt uns in reichem Maße da[für], daß wir unsere Cigarre, unser Bier, unseren Kaffee, selbst unser Petroleum [um] ein Geringes höher werden bezahlen oder mit diesen Gegenständen ein klein we[nig] sparsamer haushalten müssen. Wir werden alle diese Dinge noch immer sehr [vie]l billiger kaufen, als sie fast im gesammten Europa im Preise stehen.

Von einer Würdigung der realen Wirkungen des großen Reformwerkes, welches durch die eben im Reichstage zwischen der Regierung, den konservativen Fraktionen und dem Centrum angebahnte Verständigung als gesichert betrachtet werden darf, war bisher schon in der liberalen Parteipresse wenig zu finden, heute ist davon am allerwenigsten die Rede. Sobald aber die Dinge erst praktisch geworden sind, wird ihre Bedeutung erkannt werden, und alle Schlagworte und Phrasen, welche zur Stunde aus den großen liberalen Parteiorganen bis in's kleinste Winkelblättchen hinein ihren Weg finden, werden wirkungslos verhallen. Schon vor den „200 Millionen neuer Steuern“, mit denen Herr Eugen Richter die Bauern zu schrecken suchte, hat sich im Lande Niemand gefürchtet, Jedermann wußte, daß in Preußen und Deutschland doch nur um des Landes selbst willen Steuern auferlegt werden, nicht aber um Maitressen zu füttern, Soldatenspiel zu treiben oder gar leichtfertig Krieg zu führen. Noch viel weniger wird man mit allen Jammerrufen über das Fehlen konstitutioneller Garantien, über den Verzicht auf die Finanzhoheit des Reiches ꝛc. ꝛc. den Geist des Mißvergnügens in die Nation hineinzutragen vermögen. Vor den Augen eines Jeden, der mit den politischen Dingen einigermaßen vertraut ist, kann die schwere Niederlage, welche die Nationalliberale Fraktion erlitten hat, nicht drastischer illustrirt werden, als gerade durch das Kapitel von den „konstitutionellen Garantien“. Die [illegible] konstitutionellen Garantien — viele hundert Parlamentsreden und hunderttausende von Zeitungsartikeln beweisen es — hat man bis in die jüngsten Tage hinein liberalerseits in den Matrikularbeiträgen erkannt, weil diese dem Reichstage neben seinem unbegrenzten Ausgabebewilligungsrecht noch ein aus-reichendes Einnahmebewilligungsrecht gewährten. Der Gedanke einer Steuerreform, welche die Matrikularbeiträge in Wegfall bringen sollte, stieß gerade dieserhalb von vornherein auf Widerstand und fand erst Zustimmung, als mit Herrn von Bennigsen über die Ministerportefeuilles verhandelt wurde. Jetzt aber sollten anderweite konstitutionelle Garantien an Stelle der [illegible]

die Matrikularbeiträge gewährten geschaffen werden. Ein und dreiviertel Jahre hindurch strengte man zu diesem Zwecke alle Geisteskräfte an und fand doch keinen Ausweg. Da endlich trat Herr von Bennigsen mit dem unglücklichen Vorschlag einer alljährlichen Feststellung der Salzsteuer und des Kaffeezolles auf, inzwischen aber hatten sich die Parteien der Majorität über einen Modus der Verrechnung der Steuererträge geeinigt, bei dem die so lange als konstitutionelles Machtmittel gefeierten Matrikularbeiträge unverändert beibehalten wurden. Heute noch über den Mangel an konstitutionellen Garantien zu klagen, haben jene Herren wahrlich kein Recht. Hätten sie den Bogen nicht allzustraff angespannt, es hätte sich manches günstiger gestalten können, was uns nicht minder unerwünscht gekommen ist als ihnen selbst.

Die Wirthschaftsreform und die Parteien.

(„Provinzial-Correspondenz“ vom 18. Juni.)

Die nächsten Wochen werden von tiefgreifender Bedeutung für die inneren Verhältnisse im Deutschen Reiche sein, — sie müssen die schließlichen parlamentarischen Entscheidungen über die großen, das Gesammtwohl des Volkes berührenden Fragen und damit zugleich neue Grundlegungen für die weitere politische Entwickelung nach mehrfacher Richtung bringen.

Angesichts dieser nahenden Entscheidung steigert sich unverkennbar der praktische Ernst und das Bewußtsein der Verantwortung bei den großen zur Mitwirkung berufenen Parteien, — der bloße Parteieifer und politische Streit tritt bei allen gewissenhaften Politikern zurück hinter der Erwägung der staatlichen Pflicht, hinter der Anerkennung der gewaltigen positiven Interessen des nationalen Gemeinwesens und des Volkswohls.

Von den beiden eng zusammenhängenden Seiten der umfassenden Wirthschaftsreform ist bisher nur die eine, die Frage des Schutzes der nationalen Interessen auf dem Gebiete des Zolltarifs, Gegenstand vorläufiger parlamentarischer Beschlüsse gewesen, aber auch diese können entscheidende Bedeutung und Kraft erst im Zusammenhange mit den noch ausstehenden Beschlüssen über die andere Seite, über die Finanzreform, erhalten.

Welchen Werth die Reichsregierung von jeher auf diesen Theil der reformatorischen Aufgabe gelegt hat, ist aus den jahrelangen Erörterungen vollkommen bekannt und besonders von dem Reichskanzler in jedem Stadium der Verhandlungen von Neuem verkündet worden. Die finanzielle Kräftigung und Selbständigmachung des Reichs und die damit gleichzeitig zu erreichende Berücksichtigung der ökonomischen Interessen der Einzelstaaten und der großen Volksklassen, das waren die Ziele, welche Fürst Bismarck noch früher als die veränderte Zollpolitik fest ins Auge gefaßt hatte und zu deren Durchführung er sich der Mitwirkung einer großen Mehrheit des Reichstags versichert halten durfte.

An dieser Zuversicht hält die Regierung auch für ihren bedeutend erweiterten wirthschaftlichen Plan fest, — ja sie darf vertrauen, für das schließliche Gelingen ihres nationalen Werks eine noch breitere und festere Grundlage ebenso in den großen parlamentarischen Parteien, wie im Volksbewußtsein gewonnen zu haben.

Mit klarem Bewußtsein hat die Regierung unmittelbar nach dem vorjährigen ersten Scheitern ihrer finanziellen Reformpläne die Wiederaufnahme derselben in erweiterter Gestalt und die Hoffnung auf das schließliche Gelingen angekündigt.

Man hat neuerdings versucht, die jetzige Wirthschaftspolitik des Kanzlers nicht als eine selbständige und folgerichtige Entwickelung seiner eigenen Pläne, sondern als das Ergebniß der Nachgiebigkeit gegen mächtige wirthschaftliche Partei-

verbindungen darzustellen, — man hat namentlich auch behauptet, daß die jetzige Richtung der Wirthschaftspolitik des Kanzlers zur Zeit der Wahlen im Juli v. J. noch nicht bekannt gewesen sei.

Dem gegenüber ist an eine Kundgebung zu erinnern, welche die „Provinzial-Correspondenz“ bereits unterm 10. April v. J. enthielt, und welcher damals in der gesammten Presse eine große Bedeutung im Sinne der Regierung zugeschrieben wurde:

„Fürst Bismarck hat wiederholt verkündet, daß ihm nach der politischen Befestigung des Deutschen Reichs Nichts so sehr am Herzen liege, wie die Förderung des wirthschaftlichen Wohls des Volkes, die Begründung einer wirthschaftlichen Politik auf wahrhaft nationaler Grundlage. Er hat noch jüngst die Ueberzeugung ausgesprochen, daß wir in der Entwickelung unseres Steuersystems, namentlich im Hinblick auf dessen Rückwirkung auf unsere wirthschaftlichen Verhältnisse, hinter allen großen europäischen Staaten zurückgeblieben sind, — er hat die Anbahnung einer umfassenden Steuerreform, durch welche der Druck der Steuern für das Volk erleichtert wird, als sein *letztes ideales Ziel* bezeichnet.

Wie auf dem Gebiete der Steuerpolitik, so ist des Kanzlers Streben auch in der *Zollpolitik des Reiches* darauf gerichtet, die Behandlung der Zollfragen nicht nach den Auffassungen und Geboten bloßer Lehrmeinungen, sondern vor *Allem nach den Anforderungen der thatsächlichen Lage der Dinge und nach den wirklichen Bedürfnissen des Volkes* zu gestalten. Unsere Handelspolitik huldigt in weitestem Maße dem System des Freihandels, und die Vorzüge desselben an und für sich sollen nicht bestritten werden, insofern dabei die *Gegenseitigkeit* unter den Völkern gewahrt ist, — ohne Gegenseitigkeit schädigt der Freihandel denjenigen, der sich „edel“ dem Prinzip zu opfern bereit ist. Ein schlagendes Beispiel der Vortheile einer richtigen wirthschaftlichen Politik bietet Frankreich dar, welches trotz aller politischen Umwälzungen der reichste Staat des europäischen Festlandes geworden ist, weil es in wirthschaftlichen Dingen nur nationale Gesichtspunkte und Interessen kennt.

Wenn gleiche Gesichtspunkte in der Finanzpolitik des Deutschen Reiches zur Geltung gelangen, so wird es sich in erster Linie um *Erhöhung der sogenannten Finanzzölle* handeln; insofern dabei durch Revision des Zolltarifs gleichzeitig die Möglichkeit gegeben ist, zum *Schutze der heimischen Industrie* beizutragen, wird die Finanzpolitik nicht aus Liebe zur Theorie und aus Furcht vor handelspolitischen Schlagworten ängstlich davor zurückschrecken dürfen.

Für eine solche Politik, von deren segensreichen Folgen für das Wohl des deutschen Volkes der Reichskanzler tief überzeugt ist, hofft er eine feste Mehrheit in der Reichsvertretung zu gewinnen, eine Mehrheit, „in welcher (nach den Worten des Abg. *von Bennigsen*) Konservative und Liberale in der Unterstützung einer energischen und wahrhaft nationalen Regierung entschlossen zusammengehen.“

Dieser Kundgebung lagen ersichtlich dieselben Gedanken und Zielpunkte zu Grunde, welche sodann nach dem Scheitern der Zollverhandlungen mit Oesterreich festere Gestalt gewannen und in dem Schreiben des Kanzlers vom 15. Dezember v. J. einen bestimmteren Ausdruck fanden. Die damaligen Aeußerungen bekundeten aber in ihrem Zusammenhange zugleich, daß die Regierung auch für ihr erweitertes Programm auf eine Mehrheit rechnete, in welcher die Männer der gemäßigtliberalen Partei eine bedeutende Stelle einnehmen würden, daß es daher der Regierung fern lag, ihrerseits auf das Zusammengehen mit denjenigen Liberalen, auf welche sie sich bis dahin stützen zu können geglaubt hatte, zu verzichten.

Allerdings hat sich der Kreis der Parteien, mit deren Hülfe die Regierung ihr Reformwerk durchzuführen hoffen darf, über die Gruppen hinaus, auf welche sie vor Jahr und Tag rechnen konnte, erheblich erweitert; während damals vor Allem eben eine Mehrheit aus den konservativen und den gemäßigtliberalen Parteien in Betracht kam, ist für den Plan in seiner umfassenderen Richtung an-

das gesammte deutsche Wirthschaftsleben die katholische Centrumspartei mit eingetreten, welche sich bis dahin von jeder Mitwirkung an den positiven Gestaltungen im Deutschen Reiche fern gehalten hatte. Es ist heute kein Anlaß, den Gründen näher zu treten, welche das Centrum veranlaßten, statt seiner früheren verneinenden Stellung sich die Unterstützung der Regierung in einer ihrer wichtigsten Aufgaben angelegen sein zu lassen; einer der Gründe und gewiß einer der entscheidendsten war gewiß, daß die Führer der Partei rechtzeitig und klar erkannt hatten, wie sehr die Auffassungen und Bestrebungen des Reichskanzlers für das wirthschaftliche Wohl der deutschen Nation freudigen Anklang in den weitesten Schichten der Bevölkerung gefunden hatten.

Die Thatsache des Hervortretens des Centrums zu positiver Mitarbeit an den nationalen Aufgaben ist aber, ganz abgesehen von den unmittelbar vorliegenden Fragen, insofern von allgemeinerer Bedeutung, als es in allen politischen Kreisen seit Jahren als ein unnatürlicher Zustand und als ein Hemmniß der nationalen Entwickelung empfunden worden war, daß eine der größten Parteien im Reichstage alle sonstigen Erwägungen politischer und praktischer Interessen den Gesichtspunkten einer rein konfessionellen Agitationspolitik untergeordnet hatte.

In der Bereitwilligkeit des Centrums, die Wirthschaftspolitik der Regierung in wichtigen Beziehungen zu unterstützen, war daher vom Standpunkt der nationalen Politik an und für sich kein Grund zu schweren politischen Sorgen, vielmehr ein Fortschritt und Gewinn der nationalen Entwickelung zu erblicken: nur durch die unberechtigte Vermischung der absolut freihändlerischen Bestrebungen mit den Gesichtspunkten der eigentlichen Politik konnte es geschehen, daß sich fast die gesammte Vertretung der liberalen Partei durch die ersten Ergebnisse des Zusammengehens des Centrums mit der Regierung zu einer tiefen Erregung und in derselben theilweise zur Ankündigung einer rein verneinenden Stellung in Bezug auf die schwebende Aufgabe hinreißen ließ.

Doch Angesichts der näher rückenden Entscheidung scheint unter dem Einflusse besonnener Führer, wie gesagt, das Bewußtsein der ernsten staatlichen Pflicht und der politischen Verantwortung wieder mehr zur Geltung zu gelangen.

Wenn bisher derjenige Theil der Tarifvorlage, welcher vornehmlich den Schutz der nationalen Arbeit zum Gegenstande hat, durch das feste Zusammenwirken der Konservativen, des Centrums und eines geringeren Theils der Nationalliberalen ohne erhebliche Schwierigkeit zur Feststellung gelangt ist und weiter gelangen wird, so wird dagegen die Vereinbarung über die sogenannten Finanzzölle Gegenstand schwieriger sachlicher und politischer Erwägung und Verständigung, zunächst in der Kommission, sein müssen.

Die Centrumsfraktion, welche in Bezug auf die Schutzzölle von vornherein entschieden mit der Regierung zu gehen entschlossen war, hatte dagegen die Bewilligung der Finanzzölle zunächst nur für das äußerste Bedürfniß in Aussicht gestellt, die von dem Kanzler erstrebte weitergehende Finanzreform aber bekämpfen zu müssen geglaubt. Unter allen Umständen will sie für den Fall der Erhöhung der eigenen Einnahmen des Reiches gewisse politische Bedingungen und Bürgschaften in Bezug auf die Verwendung fordern. Die nationalliberale Partei, welche in ihrem größeren Theil die Schutzzölle bekämpft, dagegen in ihrer überwiegenden Mehrzahl die angestrebte Finanzreform grundsätzlich billigt, knüpft daran auch ihrerseits die Forderung konstitutioneller Bürgschaften in Verfolg der bereits im preußischen Landtage von der Regierung ertheilten Zusicherungen.

So schwierig und weit aussehend hiernach der Abschluß des Gesammtwerkes noch erscheint, so sind doch in der bisherigen Entwickelung hoffnungsvolle Vorzeichen für die schließliche allseitige Verständigung zu finden. Je weiter die Erfüllung der mannigfachen Hoffnungen herbeizurücken scheint, welche sich an die Durchführungen der Reform in ihrem vollen Zusammenhange einerseits für die unmittelbaren Volksinteressen, andererseits für die nationale Entwickelung knüpfen, um so weniger werden Diejenigen,

welche von ihren verschiedenen Standpunkten bis dahin mitgewirkt haben, schließlich die Verantwortung für ein Scheitern vor dem deutschen Volke auf sich nehmen wollen und können.

Die Regierungen werden ihrerseits gewiß Alles daran setzen, um die Verständigung und Ausgleichung der Gegensätze in Bezug auf ein Werk zu fördern, in welchem sie mit dem Kanzler eine der höchsten Aufgaben für das Gedeihen des Deutschen Reiches erblicken.

Die Verhandlungen über die Zoll- und Finanzreform.

(„Provinzial-Correspondenz" vom 2. Juli.)

Die Verhandlungen über die Zoll- und Finanzreform reifen einem baldigen Abschlusse entgegen. Während der Reichstag selbst die in der Tarifkommission vorberathenen Zölle in zweiter Lesung erörtert und meist nach den Anträgen derselben genehmigt, sind in der Kommission nunmehr die Finanzzölle und die an deren Bewilligung sich knüpfenden politischen Fragen Gegenstand der Berathung und der Verhandlung zwischen den Parteien geworden.

Es standen sich zwei verschiedene Anträge gegenüber, durch welche Vorsorge getroffen werden soll, daß bei einer etwa zu bewilligenden bedeutenden Vermehrung der Reichseinnahmen einerseits die verfassungsmäßigen Rechte des Reichstages in Bezug auf die Finanzen, andererseits die Interessen und Bedürfnisse der Einzelstaaten gewahrt werden.

Von dem nationalliberalen Abgeordneten von Bennigsen wurde beantragt, Bestimmungen dahin zu treffen: 1. daß die Höhe des Zollsatzes für Kaffee und für Salz, sowie der Abgabe für Salz künftighin nicht dauernd feststehe, sondern alljährlich durch den Reichshaushalts-Etat festgesetzt werde, — 2. daß die Ueberschüsse, die sich im Etat nach Feststellung der Einnahme und Ausgabe herausstellen, an die einzelnen Bundesstaaten nach Maßgabe ihrer Bevölkerung überwiesen werden.

Von dem Mitglied der Centrumspartei Frh. von Franckenstein dagegen wurde beantragt: 1. daß der Mehrbetrag der Zölle und der Tabaksteuer über den dreijährigen Durchschnitt des bisherigen Betrages den Bundesstaaten überwiesen werde, vorbehaltlich der Abrechnung zwischen der Reichskasse und den Einzelstaaten mit Bezug auf die von diesen an das Reich zu entrichtenden Matrikularbeiträge; 2. daß die Abgabe von Salz und die Zollsätze von einigen anderen Gegenständen vom 1. April 1881 nicht mehr dauernd feststehen, sondern nur alljährlich festgesetzt werden sollen.

Ob der eine oder der andere dieser beiden Anträge eine Mehrheit auf sich vereinigen sollte, hing von der Stellung der konservativen Fraktionen ab. Diese sprachen sich von vornherein gegen die Forderung aus, daß gewisse Zölle und Abgaben nur auf Zeit und in wechselnder Höhe bewilligt werden sollten, weil die jährlich wiederkehrende Feststellung zu fortwährenden politischen Kämpfen und zugleich zu bedenklichen Spekulationen in den geschäftlichen Kreisen führen würden. Da sich die Centrumspartei bereit erklärte, auf diesen Theil ihres Antrages zu verzichten, während die liberale Partei ihrerseits an der entsprechenden Forderung festhielt, so verständigten sich die Konservativen mit dem Centrum über den anderen Theil des Antrags, wonach die künftigen Ueberschüsse der Zolleinnahme den Einzelstaaten vorbehaltlich der Abrechnung über die Matrikularbeiträge zugewiesen werden sollen. Es würden hiernach die Matrikularbeiträge der Form nach und als Gegenstand der Abrechnung zwischen dem Reiche und den Einzelstaaten bestehen bleiben, — der Sache nach würden die Mittel zur Aufbringung derselben aus den auf dem Gebiete der Reichsgesetzgebung liegenden indirekten

Abgaben fließen und die Einzelstaaten thatsächlich entlastet werden. Deshalb glaubten die konservativen Fraktionen, in sachlicher Konsequenz der bisher angestrebten Finanzreform, diesem Theile des Antrages zustimmen zu können.

Die Verständigung über diese politische Frage ist selbstverständlich unter der Voraussetzung erfolgt, daß auf dem Gebiete der Finanzzölle in der That so beträchtliche Mittel bewilligt werden, daß damit die Durchführung der angestrebten Finanzreform und die wesentliche Erleichterung in den Einzelstaaten wirklich erreicht werden kann. Hierüber schweben die Verhandlungen noch zwischen den Konservativen und der Centrumspartei.

Die Regierung hat sich eben deshalb an jenen Vorverhandlungen ihrerseits bisher nicht betheiligt, da für sie die Frage von durchaus entscheidender Bedeutung ist, ob neben den Schutzzöllen auch die Finanzzölle so ausgiebig bewilligt werden, daß ihr Gesammtplan zur Ausführung gelangen kann.

Verlauf der Verhandlungen.

(„Provinzial-Correspondenz" vom 9. Juli.)

Der Reichstag gelangte in der verflossenen Woche in der Fortsetzung der Berathung über den Zolltarif zur Verhandlung über die Finanzzölle, die Zölle auf Gegenstände, welche vermöge ihres massenhaften Verbrauchs schon bei sehr mäßiger Verzollung erhebliche Beträge einbringen, daher zur Erhöhung der Reichseinnahmen ohne wesentliche Belastung der Einzelnen besonders geeignet erscheinen.

Auf diesen Zöllen vor Allem beruht das Wesen der Finanzreform, wie es seit Jahren vom Reichskanzler erstrebt und vornehmlich dahin gerichtet ist, durch eine mäßige Erhöhung der indirekten Steuern und Zölle und durch die sich steigernden Erträge derselben zur Erleichterung und theilweisen Aufhebung der direkten Steuern in Staat und Kommune zu gelangen.

Während es noch vor Kurzem zweifelhaft erschien, ob dieselbe Mehrheit, welche dem Kanzler bisher in Bezug auf die Schutzzölle zur Seite steht, ihm auch bei der Erhöhung der Finanzzölle folgen würde, war kürzlich in der Tarifkommission eine weitere Verständigung unter den bis dahin geeinigten Parteien erfolgt, um auch auf diesem Gebiet den Erfolg der Regierungsabsichten und damit den Gesammterfolg der Finanz- und Wirthschaftsreform zu sichern.

Diese vorherige Vereinbarung hat denn bewirkt, daß die Erörterung und der Abschluß im Reichstage selbst ohne bedeutenden Zeitaufwand erfolgen konnte.

Nach der früheren Stellung der nationalliberalen Partei zu der Frage der Finanzzölle hatte die Regierung hoffen dürfen, gerade bei diesem Theil der Reform die entschiedene Unterstützung des größten Theils derselben zu finden. Nachdem jedoch in der Tarifkommission die sogenannten konstitutionellen Bürgschaften für die Erhaltung der Budgetrechte des Reichstages in anderer Form beschlossen worden waren, als es Seitens der nationalliberalen Partei beantragt war, sagte sich die Fraktion (anscheinend nach lebhaften inneren Kämpfen) ihrer überwiegenden Mehrheit nach von der Unterstützung der Finanzzölle los, und nur eine kleinere Zahl von National-Liberalen stimmte mit den Konservativen und dem Centrum für die Bewilligung jener Zölle. Trotzdem betrug die Mehrheit, welche sich für die Bewilligung erklärte, bei den wichtigsten Sätzen beinahe 80 Stimmen und gab erneut Zeugniß von der festen Einigung, welche sich im Laufe der gemeinsamen Arbeiten an der Wirtschaftsreform zwischen den Gruppen der Mehrheit zur Erreichung des großen Zieles gebildet hat und die Bürgschaft des schließlichen vollständigen Gelingens gewährt.

Unter den Gegenständen, auf welche neue oder erhöhte Zölle gelegt werden sollen, erregte besonders das Petroleum lebhafte und scharfe Erörterungen. Petroleum war früher der allgemeinen Eingangsabgabe unterworfen gewesen, im

Jahre 1865 wurde es durch Aufhebung dieser allgemeinen Abgabe von jedem Eingangszoll befreit. Spätere Versuche, dasselbe wieder mit einem Zolle zu belegen, scheiterten im Zollparlament. Die vermehrte Bedeutung, welche der Artikel inzwischen noch gewonnen, und die erheblichen Preisschwankungen, welchen er unterlegen hat, ohne daß dieselben den Verkauf irgendwie beeinträchtigt hätten, weisen auf das Petroleum als einen besonders geeigneten Gegenstand für einen Finanzzoll hin. Der von der Regierung vorgeschlagene Satz von 6 Mark für 100 Kilogramm würde einen erheblichen Druck nicht ausüben und eine Verminderung des Verbrauchs schwerlich zur Folge haben, und ist jedenfalls im Vergleich zu den in anderen Staaten eingeführten Zöllen sehr mäßig. Frankreich hat einen Zoll für mineralische Leuchtöle von 37 Franken (beinahe 30 Mark), Italien einen Zoll von 56 Lire, Oesterreich von 3 Gulden, also ebenso hoch, wie bei uns vorgeschlagen ist, — ebenso ist Petroleum in den meisten übrigen Staaten Europas mit einem Eingangszoll belegt. Frankreich hat im Jahre 1876 vom Petroleumzoll über 16 Millionen Franken, Italien über 13 Millionen eingenommen. Für das deutsche Zollgebiet würde sich, mit Rücksicht auf den durchschnittlichen Verbrauch, bei dem erwähnten Zollsatz ein Ertrag von etwa 15 Millionen Mark erwarten lassen.

Die Kommission hatte den Antrag der Regierung zur Annahme empfohlen, derselbe fand jedoch lebhaften Widerspruch von Seiten einiger Redner der nationalliberalen, der Fortschritts- und der sozialdemokratischen Partei, welche behaupteten, daß durch den Petroleumzoll besonders der ärmere Theil der Bevölkerung betroffen werde. Dem gegenüber wurde von einem Regierungsvertreter ausgeführt, daß zur Durchführung der Gesammtreform auch solche Gegenstände mit heranzuziehen seien. Die Reform bestehe eben darin, daß durch sie ermöglicht werden soll, daß keine neuen direkten Steuern eingeführt zu werden brauchten, welche ohne diese Reform unvermeidlich gewesen wären. Man spreche so viel vom Licht des armen Mannes. Seien denn die zahlreichen Steuerexekutionen, welche gegen denselben vollstreckt werden müßten, keine Belastung des armen Mannes? Deutschland befinde sich in einer derartig bedrängten Finanzlage, daß ohne eine ausgiebige Vermehrung der Einnahmen nicht weiter gewirthschaftet werden könne, wolle man nicht eine heillose Verwirrung herbeiführen. Der Petroleumzoll sei absolut unentbehrlich, wenn die Finanzreform durchgeführt werden solle.

Der Reichstag trat dieser Ansicht bei und genehmigte den Zoll mit 171 gegen 92 Stimmen.

In Verfolg der Berathung über die Finanzzölle kam am 7. auch der Gesetzentwurf wegen der Besteuerung des Tabaks zur Berathung. Die Regierung hatte in der Kommission von Neuem erklärt, daß unter den Finanzzöllen der Tabak in Betreff seiner Verwendbarkeit und Ertragsfähigkeit allen anderen voranstehe. Aber eben nur deshalb könne nur ein Gesetz, welches einen entsprechend hohen Ertrag sichere, als etwas Dauerndes angesehen werden. Die Vorlage der Regierung sei ein ernster Versuch, einen dauernden Zustand zu schaffen. Je klarer es durch das Gesetz festgestellt werde, daß mit demselben große und dauernde Einnahmen geschaffen werden, desto mehr beseitige man die Nothwendigkeit und Wahrscheinlichkeit anderer Einrichtungen, also auch des Monopols. Der einfache Hinweis auf andere Länder genüge, um zu zeigen, daß die jetzt in Aussicht genommenen Erträge sehr wohl aus dem Tabak gezogen werden können.

Die Vorlage beantragte als Eingangszoll 120 Mark auf 100 Kilogramm und eine Steuer von 80 Mark auf den inländischen Tabak: in der Kommission hatte sich die Mehrheit nur zur Bewilligung von 85 und 45 Mark verstanden. Die Regierung hatte ferner eine Lizenzsteuer für den Handel mit Tabak — sowie die Nachbesteuerung für den in letzter Zeit in Menge angehäuften Tabak beantragt. Diese beiden Forderungen waren in der Komission abgelehnt worden.

Der Reichstag schloß sich den Anträgen der Kommission in allen Beziehungen an und genehmigte mit diesen Veränderungen den Gesetzentwurf.

Das eigentliche Tarifgesetz, welches über die Einführung des neuen Tarifs und den Ertrag der Zölle Bestimmung trifft, kam am 7. zur zweiten Lesung.

Bei dieser Gelegenheit wurde von den Freunden der Reform gegenüber den Angriffen von freihändlerischer Seite wiederholt und entschieden geltend gemacht, daß der neue Tarif dringend nothwendig sei im Interesse der Volkswirthschaft, und damit die deutschen Arbeiter lohnenden Erwerb finden. Was die Finanzreform betreffe, so wurde mit Entschiedenheit der von liberalen Rednern erhobene Vorwurf zurückgewiesen, daß es sich irgendwie darum handle, die besitzenden Klassen zu begünstigen und die ärmeren Klassen zu benachtheiligen. Es sei die Absicht, nicht blos die Grundsteuer, sondern auch die Personalsteuer zu ermäßigen, die Grundsteuer aber solle nicht erlassen, sondern auf die Gemeinden übertragen werden. Daß die Nothwendigkeit zu höheren Einnahmen vorliege, könne Niemand bestreiten, — durch direkte Steuern könne und wolle man den fehlenden Bedarf nicht beschaffen, es dürfe daher nur auf die indirekten Steuern gegriffen werden.

Im Verlaufe der Berathung des Zolltarifgesetzes gab am 8. der Paragraph über die sogenannten Kampfzölle Anlaß zu den lebhaften Debatten. Derselbe wurde nach den Anträgen der Kommission dahin lautend angenommen:

„Waaren, welche aus Staaten kommen, welche deutsche Schiffe oder Waaren deutscher Herkunft ungünstiger behandeln, als diejenigen anderer Staaten, können, soweit nicht Vertragsbestimmungen entgegenstehen, mit einem Zuschlage bis zu 50 pCt. des Betrages der tarifmäßigen Eingangsabgabe belegt werden. Diese Anordnung ist dem Reichstage sofort, oder, wenn derselbe nicht versammelt ist, bei seinem nächsten Zusammentritte mitzutheilen. Dieselbe ist außer Kraft zu setzen, wenn der Reichstag die Zustimmung nicht ertheilt."

Die Regierungsvorlage hatte die Maßregel auch auf Staaten ausgedehnt wissen wollen, welche deutsche Erzeugnisse mit einem erheblich höheren Einfuhrzoll belasten, als solcher von ausländischen Erzeugnissen bei der Einfuhr in das deutsche Zollgebiet erhoben wird. Ein Versuch, diese Bestimmung wieder aufzunehmen, wurde mit geringer Mehrheit abgelehnt.

Die Frage der Transitläger, besonders für Getreide und Holz, welche für unsere Ostseehäfen von großer Bedeutung ist, war in der Kommission Gegenstand eingehender Verhandlungen gewesen, welche zu der Aufnahme der Bestimmung geführt hatte, daß Transitläger ohne amtlichen Mitverschluß und ohne Einschränkung der Behandlung, Umpackung und Mischung der Waaren mit der Maßgabe bewilligt werden sollen, daß bei der Ausfuhr der Prozentsatz der darin enthaltenen ausländischen Waare als zollfreie Durchfuhr anzusehen ist.

Ein Verbesserungsantrag des Abg. von Varnbüler will diese Transitläger für Getreide und Holz nur dann unbedingt bewilligen, wenn die darin lagernden Waaren ausschließlich für das Ausland bestimmt sind, nicht ohne Weiteres, wenn sie theils für das Inland, theils für das Ausland bestimmt sind.

Der Reichskanzler Fürst Bismarck sprach sich für den Antrag in dieser Gestalt aus und sagte dabei:

Den verbündeten Regierungen liegt es außerordentlich ferne, irgend welche blühende Geschäftsthätigkeit im Lande durch einen Eingriff mit rauher Hand plötzlich zu stören, die Besitzverhältnisse innerhalb der geschäftlichen Betriebsamkeit umzustürzen; wir wissen ja, welche bedeutenden Werthe, welche große Thätigkeit in dem Transithandel mit Getreide stecken, und man würde aufhören, im deutschen Sinne eine Regierung zu sein, wenn man solche Realitäten, die vorhanden sind, ignoriren und lediglich der Konsequenz eines gesetzgeberischen Gedankens zu Liebe plötzlich zerstören würde. Gerade aber, weil eine Zerstörung des Transithandels den Regierungen ferne liegt, so hätten sie gewünscht, zu einer Unterscheidung berechtigt zu sein in der Behandlung derjenigen Läger, welche dem Transit ausschließlich dienen sollen, und derjenigen Läger, welche sich die Konkurrenz mit der landwirthschaftlichen Thätigkeit des Inlandes vorbehalten.

Der Reichstag trat der Auffassung des Reichskanzlers bei, indem er mit einer Mehrheit von 167 gegen 154 Stimmen den Antrag Varnbüler annahm.

Veröffentlichung des Briefwechsels mit Herrn v. Thüngen.

Auf eine dem Fürsten Bismarck durch den Freiherrn v. Thüngen (in Bayern) übersandte Zustimmungsadresse, in welcher ausgesprochen war, daß die Landwirthschaft in dem neuen Tarif noch keinen ausreichenden Schutz finde, erwiderte der Kanzler:

Ich theile Ihre Ansicht, daß die Getreidezölle als Schutz der Landwirthschaft nach Verhältniß zu den direkten Lasten, welche sie trägt, ungenügend sind; sie werden vielleicht nur die gute Folge haben, daß Ordnung und Uebersicht in die Korneinfuhr kommt und daß namentlich die Ueberfüllung Deutschlands mit unverkauftem Korn sich vermindert. Ich habe aber in den Verhandlungen mit den Regierungen und der Tarifkommission mehr nicht erreichen können. Ein noch größeres Gewicht indessen, als auf den Zoll, lege ich auf die Eisenbahntarife, durch welche Einfuhrprämien gegeben werden, welche nicht selten das Vier- und Fünffache des 50-Pfennigzolles erreichen. Wenn es gelingt, diese Ungerechtigkeit zu beseitigen, so verspreche ich mir davon eine größere Wirkung, als von der Verdoppelung oder selbst Vervierfachung der jetzt beantragten Zölle.

Verhandlungen des Fürsten Bismarck mit Franckenstein, Bennigsen u. A.

28. Juni. Demission der Minister Hobrecht und Falk.

29. Juni. Demission des Ministers Dr. Friedenthal.

Veränderungen im Staatsministerium.

Die Entlassungsgesuche des Kultusministers Dr. Falk und des Ministers für Landwirthschaft, Domänen und Forsten Dr. Friedenthal sind von Sr. Majestät dem Könige (unter Belassung des Titels eines Staatsministers für dieselben) genehmigt und an die Stelle derselben

der bisherige Ober-Präsident der Provinz Schlesien von Puttkamer zum Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten und

der Rittergutsbesitzer Dr. Lucius zum Minister für Landwirthschaft, Domänen und Forsten berufen worden.

Der Präsident des Reichskanzler-Amts, Staats-Minister Hofmann, ist nunmehr zugleich zum preußischen Minister für Handel und Gewerbe ernannt worden.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten, Maybach, ist zugleich zum Chef des neu errichteten Reichsamts für die Verwaltung der Reichs-Eisenbahnen ernannt worden.

Finanzminister Hobrecht.

(„Provinzial-Correspondenz“ vom 9. Juli.)

Der Finanzminister Hobrecht, welcher auf seinen Wunsch so eben aus dem Staatsdienste scheidet, hatte seine Stellung in schwieriger Zeit übernommen und

damit vor Allem einen Beweis seiner Hingebung für die staatlichen Interessen geben wollen.

Nach dem Rücktritt des Finanzministers Camphausen, inmitten der unklaren Parteistimmungen und -Verstimmungen, welche dem Scheitern der damaligen Finanzpläne und dem Scheitern der Hoffnung auf Bildung einer festen parlamentarischen Mehrheit für dieselben folgten, übernahm es der frühere Ober-Bürgermeister von Berlin, in dem zunächst betheiligten Ministerium an der schwierigen Aufgabe mitzuwirken, einen neuen Boden für die parlamentarischen Beziehungen und für die Vorbereitung künftiger finanzieller Lösungen zu gewinnen.

Bei der ersten Berathung, in welcher der Faden der vorher abgebrochenen Verhandlungen über die Finanzreform wieder aufgenommen wurde, erklärte der Finanzminister Hobrecht: „Was meine persönliche Stellung betrifft, so weiß ich, daß die Aufgabe, an der ich mitarbeite, eine hohe und wichtige ist, nach meiner Ueberzeugung eine wahrhaft volksthümliche, ich weiß, daß die Arbeit, die ich daran setzen werde, nicht verloren sein wird, gleichviel ob es mir oder ob es erst einem geschickteren und glücklicheren Nachfolger gelingt, sie praktisch zu verwerthen; aber ich gehe doch mit der Hoffnung an die Arbeit, daß die Majorität des Reichstages, deren sachlicher Mitwirkung beim Ausbau der Reichsgesetzgebung schon die Ueberwindung so großer Schwierigkeiten gelungen ist, auch in diesem Falle den verbündeten Regierungen ihre Hülfe nicht versagen wird."

Der damalige Reichstag sollte nicht berufen sein, zur Lösung der Finanzreform weiter mitzuwirken, da die erschütternden Vorgänge des vorjährigen Frühlings eine Auflösung des Reichstages herbeiführten.

Indem aber die schweren Erfahrungen jener Zeit die Regierung um so entschiedener dahin drängten, die längst als nothwendig erkannte finanzielle Reform und mit derselben zugleich eine wirthschaftliche Reform im Deutschen Reiche zur Durchführung zu bringen, fanden bereits im Herbst vorigen Jahres jene vertraulichen Besprechungen der deutschen Finanzminister in Heidelberg statt, welche zu dem einmüthigen Anerkenntniß der unbedingten Nothwendigkeit führten, das System der indirekten Besteuerung, welches in seinen wesentlichen Theilen vom Reiche beherrscht wird, weiter auszubilden.

Der Minister Hobrecht kündigte bei der Vorlegung des preußischen Staatshaushalts im Abgeordnetenhause im November v. J. an, daß er jenes schon früher aufgestellte Ziel entschieden festhalten wolle. „Ich glaube", sagte er, „daß die ganze Entwickelung unserer Verhältnisse dahin weist, in einer Ausbildung der dem Reiche überwiesenen Zölle und Verbrauchssteuern die Hülfsmittel zu suchen, um den nicht blos in Preußen, sondern auch in anderen Bundesstaaten hervorgetretenen Schwierigkeiten in der Finanzlage zu begegnen, und um uns in den Stand zu setzen, im Interesse der Kommunalverbände Steuerreformen herbeizuführen." Er erklärte es deshalb als die nächste Aufgabe, bei der Berathung des preußischen Staatshaushalts die Brücke zu bauen zwischen der Landesvertretung und der Reichsvertretung, um die Entschließungen zur Erreichung jenes Ziels in der Reichsinstanz in wirksamer Weise vorzubereiten.

Es ist bekannt, wie es dem Minister gelang, durch seine auf Grund einer Allerhöchsten Ordre gegebenen Erklärungen über die Wahrung der Rechte der Landesvertretung zunächst in der Budget-Kommission und sodann im Abgeordnetenhause selbst die Verständigung herbeizuführen, welche eben jene Brücke zur schließlichen Lösung bauen sollte. Die damaligen Verhandlungen und der befriedigende Ausgang derselben erhöheten jedenfalls die Zuversicht, mit welcher die Regierung demnächst im Reichstage an die Durchführung ihrer großen Aufgabe herantreten konnte, — wenn auch im weiteren Verlaufe der Verhandlungen ein großer Theil der liberalen Partei, welcher an jener vorgängigen Verständigung Theil genommen hatte, die entscheidende Mitwirkung zur Finanzreform versagte.

Der Minister Hobrecht hat sich an den Erörterungen im Reichstage insofern betheiligt, als er bei der allgemeinen Berathung den Nachweis führte, wie

die nach den Vorlagen der verbündeten Regierungen in Aussicht genommenen Beträge, wenn sie unverändert bewilligt würden, nur eben hinreichen würden, die zunächst vorhandenen und allseitig anerkannten Bedürfnisse zu befriedigen, nämlich die thatsächlich vorhandenen Defizits zu decken und gewisse dringend wünschenswerthe Steuerreformen, namentlich eine Reform der Klassen- und Einkommensteuer und die Ueberweisung eines Theils der Grund- und Gebäudesteuer an die kommunalen Verbände durchzuführen.

Indem der Minister Hobrecht für diese unmittelbaren Zwecke der Finanzpolitik des Reichskanzlers sein volles Einverständniß zu erkennen gab, deutete er zugleich an, daß die letzten Ziele und Pläne des Kanzlers, namentlich in Bezug auf die Umgestaltung und Aufhebung der direkten Steuern in Preußen, wohl weiter gingen, als die seinigen, fügte aber alsbald hinzu, daß dies Fragen seien, um deren Lösung es sich zur Zeit noch gar nicht handele, die für jetzt nur eine allgemeine grundsätzliche, keine praktische Bedeutung haben.

Inzwischen scheint jedoch diese Verschiedenheit der Auffassungen über die künftige Gestaltung der preußischen Finanzpolitik den Minister Hobrecht vorzugsweise dazu bestimmt zu haben, seinen Abschied zu erbitten.

Die Minister Falk und Friedenthal*).

(„Provinzial-Correspondenz" vom 23. Juli.)

Die Berufung des Kultusministers Dr. Falk am 22. Januar 1872 eröffnete einen bedeutsamen Abschnitt auf dem Gebiete der kirchenpolitischen Entwickelung Preußens und Deutschlands. Der Kampf, dessen Durchführung vom Standpunkte der staatlichen Interessen die Aufgabe des neuen Ministers wurde, ist zwar nicht erst von ihm aufgenommen worden. Es genügt daran zu erinnern, daß der Konflikt in Braunsberg, die Aufhebung der katholischen Abtheilung im Kultusministerium, die ersten grundsätzlichen Erklärungen des Staatsministeriums gegenüber den Bischöfen, sowie die Vorlegung des Schulaufsichtsgesetzes schon vor dem Eintritt des Ministers Falk erfolgt waren. Seine Berufung hatte aber den offenkundigen und ausgesprochenen Zweck, dem Vorgehen der Staatsregierung in der unvermeidlich gewordenen Auseinandersetzung volle Klarheit, Stetigkeit und Entschiedenheit zu sichern.

Es wäre nicht an der Zeit und würde auch den patriotischen Gesichtspunkten, welchen der Minister Falk selbst bei der Einreichung seines Entlassungsgesuchs gefolgt ist, nicht entsprechen, durch ein Zurückgehen auf die einzelnen Akte der Kirchengesetzgebung in den letzten sieben Jahren die Wunden zu erneuern, an deren Heilung jetzt von den betheiligten Seiten mit der Hoffnung auf Erfolg gearbeitet wird.

Wohl aber erscheint es angemessen, an die Erklärungen zu erinnern, welche der scheidende Minister selbst in Bezug auf die Möglichkeit des kirchlichen Friedens gegeben hat.

Bei der Berathung der Anträge der Centrumspartei wegen Wiederherstellung der früheren Verfassungsartikel (15, 16 und 18) sagte der Minister Falk unter Zurückweisung dieser Anträge (am 11. Dezember v. J.):

„Die Staatsregierung hat in dem ganzen Verlauf der schweren Verhandlungen, welche wir in den letzten 6 bis 7 Jahren geführt haben, keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie den Kampf nicht um des Kampfes willen, sondern um des Friedens willen führt. Als ich die ersten sogenannten Maigesetze auf den Tisch dieses Hauses niederlegte, habe ich mit vollem Nachdruck diesem Gedanken Ausdruck gegeben, und nicht blos in meinen Worten, sondern auch in den Worten maßgebenderer Persönlichkeiten ist derselbe Gedanke bei den vielfachsten Gelegenheiten zum Ausdruck gekommen. Der Präsident des Staatsministeriums hat eine

*) Vgl. in Bezug auf Minister Falk den folgenden Abschnitt 18.

Gelegenheit wahrgenommen, um Ihnen zu sagen, er hoffe auf den Frieden zu einer Zeit, wo einmal ein friedliebender Papst da sein wird. Nun meine Herren, der Fall ist eingetreten. Der Papst Leo hat seine friedliebende Gesinnung vielfach bekundet, und damit war nicht blos die Gelegenheit für die Staatsregierung erwachsen, sondern die Pflicht, der Frage näher zu treten, ob sich jetzt durch Erörterungen eine Basis für den Frieden gewinnen ließe; sie konnte sich dieser Aufgabe nicht entziehen. Aber, meine Herren, die Natur dieser Basis war auch eine gegebene, sie findet ihren Ausdruck in dem Ihnen allen bekannten Schreiben Seiner Kaiserlichen und Königlichen Hoheit des Kronprinzen an Seine Heiligkeit den Papst. Dort ist als Basis für den Frieden bezeichnet worden die Wegweisung der prinzipiellen Fragen, die zu prinzipiellen Gegensätzen führten, aus den Erörterungen heraus, die Verweisung auf den Boden thatsächlicher Entwickelung. Die Aufmerksamkeit würde zunächst auf solche Punkte zu lenken sein, deren Ausgleichung möglich ist auf der einen Seite ohne Verletzung der Gesetze und auf der anderen Seite ohne Verletzung der kirchlichen Prinzipien. Und, meine Herren, der Raum dafür ist gar kein enger, ich darf Sie nur erinnern an das, was in andern Ländern als zulässig gilt, ich darf Sie nur erinnern, wie viele und empfindliche Bestimmungen der sogenannten Maigesetze sofort unanwendbar werden, wenn nur ein Weniges geschieht, und manches Andere würde sich noch vorfinden.

Wenn nun dem so ist, wenn auf beiden Seiten der redliche Wille besteht, zu einem Frieden zu gelangen, so meint man, daß der Friede nun so schnell auch kommen könne. Meine Herren, die friedliebende Gesinnung und das redliche Wollen des Friedens reicht unter so schweren Verhältnissen nicht aus, es kommt vieles in Betracht. — — Was für einen Charakter muß denn der Friede haben, wenn er für den Staat möglich sein soll? Es muß eben ein möglicher Friede sein, nicht einer, wie ihn die Herren mit ihrem Antrage wegen der Verfassungsartikel wollen, nicht ein solcher, der auf eine Unterwerfung des Staats hinausläuft, nicht ein solcher, der das Unternehmen des Staats aufgiebt, in das er eingetreten ist um der Restituirung seiner selbst willen, um der Wiederherstellung und Erhaltung seiner Fähigkeit willen, allen Konfessionen gerecht zu werden. Die Weltgeschichte lehrt es —: nach gemessenem Zeitraume kommen dieselben Fragen wieder in Betracht, und da sollte die Staatsregierung das, was sie mühsam errungen hat, in diesen schweren Kämpfen ohne Weiteres dahingeben?

Diesen Standpunkt kann die Regierung nicht aufgeben; innerhalb dieser Linien wird sie es an Entgegenkommen nicht fehlen lassen, innerhalb dieser Linien wird sie nicht ablassen, Uebereinstimmung zu suchen mit der anderen Seite, und wird nicht aufhören, dahin zu wirken, daß sie diese Uebereinstimmung finde. — — —"

Als die damalige Rede des Ministers dahin mißdeutet worden war, daß sie eine Ankündigung weiterer Kämpfe, nicht eine Rede zum Frieden gewesen sei, kam der Minister Falk (im Januar d. J.) darauf zurück, um dieser Deutung entschieden zu widersprechen. Zugleich aber nahm er Gelegenheit, an eine neuere Aeußerung des Papstes anzuknüpfen, in welcher die Erwartung ausgesprochen worden war, daß die Katholiken den Gesetzen des Staates, welche nicht gegen den Glauben und gegen ihre Pflichten gingen, Folge leisten würden. „Folgen Sie dieser Mahnung — — sagte der Minister; wenn Sie diesen Anfang machen, so würden wir nicht blos dem Frieden nahe, sondern mitten darin sein."

Inzwischen hat sich die Stellung der Centrumspartei zwar nicht auf dem Gebiete des kirchlichen Streites selbst, wohl aber in Betreff der allgemeinen Beziehungen zur Staatsregierung wesentlich verändert: die Regierung hat zur Durchführung einer der wichtigsten Aufgaben für die Wohlfahrt und die Befestigung des Reichs die Unterstützung der Centrumspartei gefunden.

Daß hierdurch auch die Hoffnung auf die Beilegung des kirchlichen Konflikts gestärkt wird, ist von dem Reichskanzler so eben mit den Worten bestätigt worden: „Ich muß auch hier sagen: ich halte Konflikte wohl unter Umständen für tapfer durchzukämpfen, aber nie für eine auf die Dauer zu erstrebende Institution, und

wenn sich Mittel und Wege bieten, die Schärfe der Gegensätze zu mildern, ohne daß man an die Prinzipien der eigentlichen Streitfrage rührt, wenn man sich gegenseitig kennen und durch gemeinsames Arbeiten an einem gemeinsamen und hohen Zweck sich gegenseitig achten lernt — so liegt es doch wahrlich nicht in meiner Berechtigung als Minister, solche Wege zu verschließen und von der Hand zu weisen."

Der Minister Falk hat diese Auffassung des Kanzler ebenso entschieden getheilt, wie er mit demselben über die Grundlagen eines möglichen Friedens eines Sinnes war. In allen bisherigen Vorverhandlungen über die Einleitungen zu jenem Ziel hat der Kanzler auf das vertrauliche Einverständniß mit dem Kultusminister den größten Werth gelegt und sich desselben durchweg versichert.

Als jedoch die Möglichkeit ernster Friedensverhandlungen näher zu treten schien, gab der Minister Falk ungeachtet jenes sachlichen Einverständnisses immer mehr der persönlichen Erwägung und dem Zweifel Raum, ob nach den siebenjährigen heißen Kämpfen, in welchen seine Person stets im Vordergrunde der staatlichen Aktion gestanden hatte und deshalb auch der Mittelpunkt aller Angriffe war, er grade im Stande sein werde, auch das Friedenswerk persönlich zu fördern.

Dieser Zweifel vor Allem hat den Entschluß des Ministers reifen lassen, jetzt aus dem Amte zu scheiden. Wohl mögen noch andere Erwägungen mit Bezug auf die mannigfachen Schwierigkeiten und Meinungskämpfe auf anderen kirchenpolitischen Gebieten, auch in Betreff der evangelischen Kirche, dabei mitgewirkt haben, aber der Minister selbst hat bei der Begründung seines Wunsches vornehmlich jene Seite hervorgehoben, und seine Entschließung ungeachtet der erneuten Feststellung seines grundsätzlichen Einverständnisses mit der kirchlichen Politik des Kanzlers aufrecht erhalten.

Dem Minister Dr. Friedenthal wird bei seinem Scheiden aus dem bisherigen Berufskreise von allen Seiten bezeugt, daß er das landwirthschaftliche Ministerium durch die Hingebung, Einsicht und Energie, mit welcher er sich der Leitung desselben widmete, zu einer Bedeutung erhoben hat, welche dasselbe bis dahin nicht erreicht hatte. Das bewußte Streben des Ministers ging darauf, das landwirthschaftliche Ministerium mehr und mehr zum Träger aller Interessen zu entwickeln, welche sich an die Bodenproduktion und deren Verbesserung unmittelbar oder mittelbar knüpfen — „die staatliche Pflege der Landeskultur in der weitesten Bedeutung des Wortes" hat in der Verwaltung des Ministers Dr. Friedenthal eine allseitig eifrige und erfolgreiche Förderung gefunden. Der Bericht, welchen derselbe über die ersten drei Jahre seiner Thätigkeit als Minister im Frühjahr 1878 an Se. Majestät den König erstattet hat, ist nicht blos ein persönliches Denkmal, sondern in seiner alle Zweige der Thätigkeit des Ministers umfassenden Darstellung zugleich von grundlegender Bedeutung für die gesammte weitere Entwickelung der landwirthschaftlichen Verwaltung. In Folge jenes Berichts und „unter dem Eindrucke des anschaulichen Bildes der gedeihlichen Entfaltung aller Kräfte zum Wohle der preußischen Landwirthschaft" sprach der König dem Minister „volle Anerkennung für seine ersprießliche, in allen Zweigen der Landwirthschaft reformirende und fördernde Thätigkeit" aus. Von dieser Thätigkeit und von deren Erfolgen auf dem Gebiete der Verwaltung sowohl, wie im Bereiche der Gesetzgebung hat auch das seitdem verflossene Jahr Zeugniß gegeben.

Die Regierung und das Land waren dem Minister Friedenthal auch darum zu großem Danke verpflichtet, daß er sich im Herbst 1877, zur Zeit der einstweiligen Beurlaubung des damaligen Ministers des Innern, des älteren Grafen zu Eulenburg, unter schwierigen und erregten Verhältnissen zur Uebernahme der Verwaltung dieses Ministeriums mit voller persönlicher Verantwortlichkeit bereit finden ließ und durch seine Erklärungen wesentlich dazu beitrug, die Beruhigung zu gewähren, daß die Regierung die Reform der Verwaltung im Wesentlichen in dem Sinne und Geiste, in welchem sie im Jahre 1872 begonnen war, jedoch unter Berücksichtigung der bei der Ausführung gemachten Erfahrungen, sowie der Verschiedenheiten der einzelnen Theile der Monarchie zur weiteren Durchführung zu bringen beabsichtige.

Die Anerkennung, welche das erfolgreiche Wirken des Ministers Dr. Friedenthal in reichem Maße fand, hat wesentlich dazu beigetragen, daß die schon früher mehrfach angeregte Erweiterung des landwirthschaftlichen Ministeriums durch die Verbindung mit der Verwaltung der Domänen und Forsten nunmehr unter allseitiger Zustimmung zur Ausführung gelangte.

Die Thatsache, daß der Minister Friedenthal sein auf Gesundheitsrücksichten begründetes Abschiedsgesuch inmitten der entscheidenden Berathungen über die Finanzreform einreichte, hat zu der irrthümlichen Auslegung Anlaß gegeben, daß derselbe ein Gegner dieser Reform gewesen: er hatte aber den Plänen des Reichskanzlers auf eine wirthschaftliche und finanzielle Reform zugestimmt — die Tariffragen, welche die landwirthschaftliche Verwaltung näher berühren, waren in dem Entwurf der verbündeten Regierungen im Einverständnisse mit ihm festgestellt worden, er hat seine Stimme als Abgeordneter dem gesammten Tarif, nur mit Ausnahme der in der dritten Lesung beschlossenen Erhöhung der Getreidezölle, gegeben, und in Betreff des Franckensteinschen Antrages, den man besonders als Grund seines Rücktritts angeführt hatte, die ausdrückliche Erklärung abgegeben, daß derselbe nicht im Mindesten zu seinen Entschließungen beigetragen habe, daß er vielmehr ebenso wie der Minister Falk für diesen Antrag stimmen werde, wie dies in der That geschehen ist.

Fürst Bismarck und die liberale Partei beim Abschluß der Wirthschaftsreform.

9. Juli. Rede des Fürsten Bismarck.

[Praktische Politik und Parteipolitik; — Fürst Bismarck und die liberale Partei; — die Finanzreform und der Franckensteinsche Antrag.]

Wenn man jahrelang nur an praktische Geschäfte gewöhnt ist, so wird es Einem schwer, sich vorher eine Vorstellung zu machen von den Schwierigkeiten, mit denen Jemand der deutschen Presse und dem deutschen Parlamente gegenüber zu kämpfen hat, wenn er eine einfache, praktische, wirthschaftliche Maßregel vorschlägt, deren Nothwendigkeit theils in ihrem gesammten Umfange, theils in ihren wesentlichsten Abschnitten von der großen Mehrheit der Bevölkerung absolut anerkannt ist. Ich habe mir in dem heutigen Stadium meines dauernden und seit 18 Jahren niemals unterbrochenen Strebens, die deutsche Einheit herzustellen und zu konsolidiren, die Aufgabe gestellt, so viel an mir ist, dazu mitzuarbeiten, daß die deutschen Finanzen in einen Zustand gelangen, der sowohl das Reich, als auch die Einzelstaaten in die Lage bringt, den nothwendigen Anforderungen unserer Budgets zu genügen. Diese Lage war bisher nicht vorhanden; Sie haben die Vorlagen darüber aus allen bedeutenden Bundesstaaten bekommen, Sie kennen den Finanzzustand unseres Reiches, Sie kennen den Zustand der gesammten deutschen Finanzen, der außer Zusammmenhang, in Trennung der Reichsfinanzen von den Finanzen der Einzelstaaten, ja gar nicht zu behandeln ist.

Der ganze Streit, um den es sich hier handelt, macht mir — allerdings liegt mir alle Theorie in dem langjährigen praktischen Leben, das ich geführt habe, ziemlich fern — macht mir ungefähr den Eindruck, wie das bekannte Wort bonnet blanc oder blanc bonnet, oder ob ich spreche

von einem schwarzen Tuchrock oder von einem Rock von schwarzem Tuch, weiter finde ich einen Unterschied nicht; jeder weitere Unterschied, den Sie hineinlegen, ist eingebildet, widerspricht der Sachlage und widerspricht unserer Verfassung. Nach der Art, wie die Erregung bei uns durch eine unerhörte und verlogene Preßagitation gesteigert worden ist, wenn in dem Publikum und in den Lesern, die nichts wie ein einzelnes Hetzblatt lesen, falsche Ansichten darüber entstanden sind — will ich mich bemühen, nicht diese Ansichten zu widerlegen, das ist ja gar nicht möglich, wer Recht behalten will, der wird nicht überzeugt werden, — sondern nur meinen Ideengang, und wie ich zu demselben gekommen bin, Ihnen klar darzulegen. Wir befinden uns hier in der Lage, etwa umgekehrt von der bekannten Fabel des Menenius Agrippa, wo die Glieder sich beklagten und den Magen nicht mehr ernähren wollten, da er seinerseits nichts thäte: hier verweigert der Magen bisher seine Schuldigkeit, den Gliedern die Nahrung, die sie zu ihrem Bestehen nothwendig haben, zufließen zu lassen. Das Reich hat alle Haupt-Finanzquellen in Beschlag und hat die Schlüssel davon, und haben sich bisher wenigstens die Organe des Reichs, von denen unsere Bewilligungen abhängig sind, nicht darüber einigen können, auf welchem Wege diese Quellen flüssig gemacht werden können. Ich arbeite an der Reform unserer Steuern in meiner Stellung, die viele Leute für eine einflußreiche halten, für eine einflußreichere gewiß, als sie ist, mit großer Mühe und gegen die Schwierigkeiten, die mir mein eigener Gesundheitszustand schafft, gegen die größeren Schwierigkeiten, die mir die Friktionen der mitwirkenden Kräfte geschaffen haben, um den finanziellen Uebelständen, unter denen wir ganz zweifellos leiden, abzuhelfen. Aber seit der Zeit des Ministers von der Heydt und seit seinen Vorlagen werden Sie sich erinnern, daß jeder Versuch dazu mißlungen ist, und ohne meine Anregung ist ein solcher Versuch bisher überhaupt niemals in Scene gesetzt worden, und wenn meine Anregung jetzt nicht stattgefunden hätte, so wären wir überhaupt nicht dazu gekommen, über diese brennende Lebensfrage schon zu verhandeln. Also ich habe hier nicht leichtfertig und plötzlich etwa aus irgend welchen Hintergedanken, die ich nicht eingestände, Vorschläge gemacht, sondern ich habe rein praktische, materiell hausbackene, lange erwogene Vorschläge darüber gemacht, wie wir unsere Finanzeinrichtungen auf einen besseren Fuß bringen können. Ich habe mich dabei gegen jede Aenderung, sofern sie nur den Charakter einer Mitwirkung zum gemeinen Ziele hat, offen und empfänglich gezeigt. Ich habe im Anfang auch geglaubt, wir würden leichter zum Ziele kommen, als dies der Fall gewesen ist, es würde früher eine Verständigung stattfinden. Zu dieser ist aber von liberaler Seite nicht in dem Maße, wie ich erwartete, die Hand geboten, und es fehlt uns heute in unserer entscheidenden Verhandlung an jeder Vorlage von liberaler Seite, wie die Herren sich etwa denken, daß diese Finanzfrage gelöst werden könnte. So viel ich weiß, liegt gar kein Vorschlag, als die reine Negation vor, die reine Negation dessen, was von Anderen allenfalls gemacht werden könnte. Wir haben die Negation von einem hervorragenden Mitgliede der Fortschrittspartei allerdings als Programm offen proklamiren hören, und in meiner Erfahrung hat die Fortschrittspartei es noch nie möglich gemacht, zu einer positiven Meinung zu kommen, bis die Regierung eine ausgesprochen hatte, der sie widersprechen konnte. Po-

sitive Pläne und Vorschläge über das aber, was zu geschehen hätte, sind nie vorgekommen, und wenn neulich ein hervorragender Redner dieser Partei sagte, alle Unruhe im Reiche käme von mir, und wenn ich nur erst beseitigt wäre, würde alles paradiesisch vortrefflich gehen, so könnte ich das, wenn ich überhaupt persönlich werden wollte, in viel höherem Maße zurückgeben. Alle Unruhe im Reiche und alle Schwierigkeiten, zu gedeihlichen, ruhigen Zuständen zu kommen, kommen meines Erachtens von der Fortschrittspartei und Denen, die mit ihr sympathisiren in den anderen Fraktionen, und das zu behaupten, bin ich in viel höherem Maße berechtigt, als jene Insinuation gegen meine Person es war.

Die Stellung zum Franckensteinschen Antrage wird hier als Probirstein behandelt in Bezug auf die Reichstreue oder Nichtreichstreue. Meine Herren, zur Stellung von diesem Dilemma haben Sie gar keine Berechtigung. Sehen Sie doch zurück auf meine Vergangenheit. Ich werde den Franckensteinschen Antrag befürworten, — zuzustimmen habe ich ja in dieser Versammlung nicht, — und zwar habe ich mich dazu erst seit Kurzem entschlossen, seit wenigen Tagen, ich habe mich am vergangenen Sonntage bedingt dazu entschlossen, ich habe mich definitiv dazu erst entschlossen, nachdem ich in einer Gesammtprüfung der Wege, welche die Herren, die heute in der Opposition sind, gehen, mich überzeugt habe, daß sie Wege eingeschlagen haben, die ich niemals gehen kann, und die die verbündeten Regierungen nicht gehen können. Die Kundgebungen, die außerhalb dieses Hauses von sehr hervorragenden Mitgliedern einer großen Partei stattgefunden haben, die Reden und Argumentationen, wie sie neulich zur Bekämpfung des Zolls auf Petroleum hier vorgebracht worden sind, — ja, meine Herren, die nöthigen mich, zu Rath zu gehen mit meinem eigenen Pflichtgefühl gegenüber der Gesammtheit des Reichs. Mit Bestrebungen, die sich dergestalt kennzeichnen, kann ich nicht gehen, können die verbündeten Regierungen nicht gehen, mit denen kann das Reich nicht bestehen, sie sind Untergrabungen des Reichsbestandes gerade so gut, wie die sozialdemokratischen Untergrabungen, die wir durch das Gesetz vom Herbst bekämpfen wollen, sie sind mindestens die Vorbereitungen dazu, und ich habe daraus die Ueberzeugung gewinnen müssen, daß, wenn eben Leute, die früher mitunter, sogar häufig der Reichsregierung ihre Unterstützung geliehen haben, wenn dort latent die zerstörenden Kräfte schlummern, die bei einer geringen Anreizung — es genügt dazu bei so geschulten Parlamentariern, daß sie in die Minorität kommen gegen ihr Erwarten — so in zornige Leidenschaftlichkeit umschlagen, ja dann schwindet das Vertrauen, welches ich früher auf die Möglichkeit gesetzt habe, mit Charakteren dieser Art in Zukunft zusammenstehen zu können, in der Weise, daß die Regierung Anderer Unterstützung annimmt und ihnen dafür den Einfluß gewährt, der mit dieser Unterstützung nothwendig verbunden ist — ein anderes Verhältniß kann keine Fraktion von den existirenden erstreben, denn keine von ihnen hat an sich die Majorität, jede muß kompromittiren mit den anderen.

Die Behauptung, daß die Finanzhoheit des Reichs durch den Franckensteinschen Antrag verloren ginge, muß ich für eine gänzlich unbegründete und aus der Luft gegriffene halten. Die Finanzhoheit des Reichs ist in der Verfassung begründet, in verschiedenen Paragraphen; keiner dieser Paragraphen

erleidet durch die Annahme des Franckensteinschen Antrages auch nur die mindeste Aenderung. Auf die Erhaltung der Matrikular-Umlagen ist ja bisher von liberaler Seite ein sehr hoher Werth gelegt worden, und es ist gesagt worden, wir müssen für dieselben einen Ersatz haben; wenn auch die Verfassung uns ein Einnahmebewilligungsrecht nicht giebt, so haben wir es bisher vermöge der Verfassung doch faktisch genossen, und wir wollen es nicht aufgeben, wenn wir nicht einen Ersatz dafür haben. Auf die Matrikular-Umlagen und ihre eventuelle Beibehaltung wird also von liberaler Seite ein außerordentlich hoher Werth gelegt. Ich war deshalb wohl darauf gefaßt, da ich mir die verschiedenen Mittel durchdacht hatte, in welchen man konstitutionelle Garantien finden könnte, so war ich auch auf dieses wie auf andere gekommen, und erwartete einen Antrag, wie den Franckensteinschen, wohl von der nationalliberalen Seite. Um die konstitutionelle Wirkung der Matrikular-Umlagen beizubehalten, was mir im Ganzen nicht erwünscht war, gab es ja kein einfacheres Mittel, als daß man sie in ihrem ganzen bisherigen Umfange bestehen ließ und dem Reich dafür in sein Ausgabebudget gesetzlich einen Posten schrieb, der zur Erleichterung der nothleidenden Einzelstaaten bestimmt war und denen die Mittel gab, diese Mehrumlagen zu leisten. Dann bleibt eben das Heft der Finanzverwaltung in den Händen des Reichstages.

Ich bin ja seit lange gewohnt, daß man, wenn die Gründe aus der Gegenwart nicht reichen, mit der Verdächtigung meiner Absichten für die Zukunft mich bekämpft. Ich erinnere Sie daran, daß lange Jahre stets gesagt worden ist, ich strebte nach Krieg zu irgend welchen Zwecken. Es hat das erst ein Ende genommen, seitdem die Stellung Deutschlands zur orientalischen Frage, seitdem die Stellung Deutschlands auf dem Kongreß zu Berlin, der gerade vor einem Jahre uns auch zu einer Sommersitzung mich wenigstens nöthigte, — seitdem die den unwiderleglichen Beweis geliefert haben, daß alle jene Insinuationen Lügen und Verleumdungen waren, die zum geringsten Theil in Deutschland ihren Ursprung hatten. Seitdem ist es Sitte geworden, seit ungefähr Jahr und Tag, Reaktion zu schreien und auf diese Weise den Teufel an die Wand zu malen. Durch das Verdächtigen der Reaktion, durch das Anschuldigen können Sie unter Umständen einen Minister, der schüchterner ist, als ich bin, veranlassen, daß er gerade, um sich der Feindschaft zu erwehren, in die ihn der Verdacht der Reaktion bringt, bewußt oder unbewußt, zu den Mitteln der Reaktion greift und Anlehnung da sucht, wo er für den Augenblick weniger Feindschaft findet. In der Lage bin ich nicht. Ich bin dem Ende meiner Laufbahn zu nahe, um zu Gunsten irgend einer Zukunft noch meine Gegenwart zu verderben.

Seit einem Jahre, seit etwas länger als einem Jahre habe ich in dem Wohlwollen, welches mir früher von liberaler Seite zu Theil wurde, eine merkliche Abkühlung gefunden. Sie gab sich kund durch eine fühlbare Zurückhaltung, durch Reserve, durch eine kühle Hoheit, die andeutete, ich müßte Ihnen kommen. Ich hatte das Gefühl, daß sie von mir Dinge verlangen wollten, die ich nicht leisten könnte. Eine Fraktion kann sehr wohl die Regierung unterstützen und dafür einen Einfluß auf sie gewinnen, aber wenn sie die Regierung regieren will, dann zwingt sie die Regierung, ihrerseits dagegen zu reagiren. Ich habe mich, wenn auch nicht angegriffen,

so doch verlassen und isolirt gefühlt, ich habe das noch mehr gefühlt bei der ersten sozialdemokratischen Vorlage, und ich habe damals gehofft, daß die sehr verschiedenartigen Elemente, die in einer großen und dem Namen nach die Regierung unterstützenden Fraktion vereinigt waren, sich sondern würden. Es ist das nicht gelungen, und so lange das nicht gelingt, werden Sie jede Regierung, namentlich aber die verbündeten Regierungen, immer vorsichtig in ihrer Anlehnung finden und nicht so vertrauensvoll, als dies früher der Fall gewesen ist.

Ich habe, seit ich Minister bin, nie einer Fraktion angehört, auch nicht angehören können, ich bin nacheinander von allen gehaßt, von einigen geliebt worden. Es ist das à tour de rôle herumgegangen. Als ich zuerst im Jahre 1862 das preußische Minister-Präsidium übernahm, da ist in Aller Angedenken, bis zu welcher — ich kann wohl sagen — vaterlandsfeindlichen Höhe sich der Haß mir gegenüber verkörperte und bis zu gewissem Maße auch gegen die höheren Einflüsse, die mich auf dem Posten erhielten. Ich habe mich dadurch nicht beirren lassen und habe auch nie versucht, mich dafür zu rächen, ich habe von Anfang meiner Carrière an nur den einen Leitstern gehabt: durch welche Mittel und auf welchem Wege kann ich Deutschland zu einer Einigung bringen und, so weit dies erreicht ist, wie kann ich diese Einigung befestigen, fördern und so gestalten, daß sie aus freiem Willen aller Mitwirkenden dauernd erhalten wird. Zu diesen Mitwirkenden rechne ich aber auch die Regierungen, und halte es für Deutschland für einen ganz außerordentlich großen Vorzug im Vergleich mit anderen Ländern unitarischer Verfassung, daß das dynastische Element auch außerhalb Preußens noch eine Gewalt hat, die zu den Stützen der Ordnung gezählt werden muß, und die wir, wenn wir deren Band unitarisch zerreißen wollten, durch keine andere gleich starke Bindekraft würden ersetzen können.

Als wir aus dem Kriege 1866 zurückkamen, wäre es ja für mich in der Stellung, die ich damals, in kleinerem Kreise einflußreicher wie heute, einnahm, sehr leicht gewesen, ja, ich habe sogar mit Mühe mich dessen zu erwehren gehabt, zu sagen: jetzt ist Preußen größer geworden, die Verfassung ist dafür nicht berechnet, wir müssen sie neu vereinbaren, kurz, die kühnste und einschneidenste Reaktionspolitik mit dem Erfolg, der noch von Königgrätz an den Dingen klebte, mit vollen Segeln zu treiben. Sie wissen, daß ich das Gegentheil gethan habe, und daß ich mir dadurch zuerst die Abneigung eines großen Theils meiner älteren politischen Freunde zugezogen habe, und es hat mich schwere Kämpfe gekostet, das Gegentheil, die Indemnität, das Fortsetzen des konstitutionellen Systems durchzuführen. Habe ich das aus Liebe zum konstitutionellen System gethan? Meine Herren, ich will mich nicht besser machen, als ich bin, ich muß das ganz bestimmt verneinen. Ich bin kein Gegner des konstitutionellen Systems, im Gegentheil, ich halte es für die einzig mögliche Regierungsform — aber wenn ich geglaubt hätte, daß eine Diktatur in Preußen, daß der Absolutismus in Preußen der Förderung des deutschen Einigungswerkes nützlicher gewesen wäre, so würde ich ganz unbedingt zum Absolutismus gerathen haben. Aber ich habe mich nach sorgfältigem Nachdenken, — und ich habe schwere und mir theure, nahestehende Einflüsse zu bekämpfen gehabt, — dafür entschieden: nein, wir müssen auf der Bahn des Verfassungsrechts

weiter gehen, was außerdem meinen inneren Empfindungen und meiner Ueberzeugung von der Gesammtmöglichkeit unserer Politik entspricht.

Es entstand dann für mich, thatsächlich aus den Beziehungen der kirchlichen Frage zur polnischen, der Konflikt über die kirchlichen Angelegenheiten. Dieser Kampf beraubte mich der natürlichen Unterstützung der konservativen Partei, auf die ich hätte rechnen können, und die Wege, die ich, um die Verfassung des deutschen Reiches auszubauen und in Wirksamkeit zu setzen, um ihr durch praktische Belebung eine Bürgschaft der Dauer zu gewähren, — die Wege, die ich dazu gehen mußte, wären wahrscheinlich andere geworden, wenn die konservative Partei mich nicht damals im Stich gelassen hätte. Es kam dazu der schwere Kampf, der ein augenblickliches Hochglühen der tausendjährigen Streitfrage zwischen Staat und Kirche, zwischen Kaiser und Papst veranlaßte, der Streitfrage, die in unserer Geschichte seit 1000 Jahren jederzeit gelegen hat, zeitweise ist sie lebhafter geworden, zeitweise stiller. Ich habe in diesem Konflikt gekämpft mit der Lebhaftigkeit, die mir, wie ich hoffe, in allen Sachen, wo es sich meinem Bewußtsein nach um das Wohl meines Vaterlandes und um die Rechte meines Königs handelt, so lange ich lebe, eigenthümlich bleiben wird, aber ich muß auch hier sagen: ich halte Konflikte wohl unter Umständen für tapfer durchzukämpfen, aber nie für eine auf die Dauer zu erstrebende Institution, und wenn sich Mittel und Wege bieten, die Schärfe der Gegensätze zu mildern, ohne daß man an die Prinzipien der eigentlichen Streitfrage rührt, wenn man sich gegenseitig kennen und durch gemeinsames Arbeiten an einem gemeinsamen und hohen Zweck sich gegenseitig achten lernt, — ja, so liegt es doch wahrscheinlich nicht in meiner Berechtigung als Minister, solche Wege zu verschließen und von der Hand zu weisen.

Wenn ich nach 1871 durch diese von mir nicht abhängigen Erscheinungen und Kämpfe enger an die liberale Fraktion gedrängt wurde, als es für den Minister und für den Reichskanzler auf die Dauer vielleicht haltbar ist, wenigstens gerade so weit, wie es möglich war, so habe ich dadurch die Beziehungen zu den übrigen Kreisen des Reichs und der Bevölkerung doch unmöglich für immer aufgeben können. Ich habe geglaubt und habe das in der Sozialistendebatte noch entwickelt, wir würden, vom rechten Flügel ab gezählt, in drei Bataillonen, vielleicht getrennt, marschiren und doch vereint fechten können. Diese meine Vorausberechnung hat sich leider nicht bestätigt, und die Umstände, nicht mein Wille, haben es so gedreht, daß die Herren, die mich früher häufig und nach ihrer Seite unterstützten, die Kämpfe nicht ausschloß, daß die mir gegenüber in ihrer Presse, in ihrer angesehensten und anerkanntesten Presse, in einen Zorn und in eine Sprachweise verfallen sind, die mich vollständig degoutiren und abwendig machen mußte. Es haben ähnliche Vorfälle auch vor versammeltem Reichstage stattgefunden, daß durch einzelne hervorragende Mitglieder der Reichskanzler in einer Weise abgekanzelt worden ist, kann ich wohl sagen — öffentlich, wie es ein Mitglied einer befreundeten Fraktion wohl niemals ohne Mißbilligung der Fraktion gethan haben würde.

Alles das sind Gründe, die mich gegenüber diesen meinen früheren — ich hoffe auch wieder zukünftigen — Kampfgenossen in dieselbe Stim-

mung setzen, die sie mir gegenüber bekundet und öffentlich ausgesprochen haben, kühl bis ans Herz hinan. Ich kann — die Regierung kann doch den einzelnen Fraktionen nicht nachlaufen, sondern sie muß ihre eigenen Wege gehen, die sie für richtig erkennt; in diesen Wegen wird sie berichtigt werden durch die Beschlüsse des Reichstags, sie wird der Unterstützung der Fraktionen bedürfen, aber der Herrschaft einer Fraktion wird sie sich niemals unterwerfen können!

Unter diesen Umständen bin ich dazu gekommen, nachdem die Lücke, die das Ausscheiden meines Herrn Kollegen Delbrück im Reichskanzleramt ließ, mich nöthigte, mich enger, näher als bisher mit den wirthschaftlichen Fragen zu befassen — bin ich zu Ueberzeugungen gekommen, an deren Durchführung ich von dem Augenblick, wo sie bei mir feststanden, die ganze Kraft des Einflusses, der mir amtlich vertraut ist, gesetzt habe. Ob ich auf der Bahn Niederlagen erleiden mag, ob ich wieder von vorn anfangen muß — ja so lange ich Minister bleibe, werde ich in diesen Bestrebungen nicht nachlassen, mein Vorbild ist darin Robert Bruce in seiner Geschichte mit der Spinne, an deren stetem Wiederaufklimmen nach dem Herunterfallen er sich ermuthigte, um seinerseits das, was er für Recht und seinem Vaterland für nützlich hielt, auch bei den übelsten Aussichten nicht aufzugeben; für das, was ich unternommen habe, liegen aber die Aussichten nicht einmal übel und entmuthigend, und es wäre meines Erachtens ein Verrath an der Sache, die ich im Namen des Vaterlandes hier vertrete, und die ich nicht frivol unternommen habe, wenn ich wegen solcher Quisquilien, meiner Ansicht nach, wie sie die eine Theorie von der anderen unterscheiden, das Ziel sollte unerreicht lassen in dem Augenblick, wo ich die Hand danach ausstrecken konnte.

Wie ich höre, hat der Herr Abgeordnete von Bennigsen darauf aufmerksam gemacht, daß ich in einer früheren Rede die Matrikularumlagen als nachtheilig bekämpft. Meine Herren, lieber wäre mir die ganze Sache allerdings ohne Matrikularumlagen, aber ich habe doch eben nicht die Wahl, die Dinge so zu machen, wie ich sie mir an die Wand malen kann. Wenn ich von der liberalen Seite ohne Unterstützung, ohne Anhalt, ohne bestimmte annehmbare Vorschläge bleibe, so muß ich den von anderer Seite kommenden Vorschlag prüfen, was giebt er denn? Nun, er giebt mir in dem Sinne, wie ich die Matrikularumlagen bekämpft habe, die volle Abstellung derselben und der Uebelstände, die ich gerügt habe. Ich habe gesagt, bisher sei das Reich ein lästiger Kostgänger bei den einzelnen Staaten, ein mahnender Gläubiger, während es der freigebige Versorger der einzelnen Staaten sein müßte bei richtiger Benutzung der Quellen, zu welchen der Schlüssel durch die Verfassung in die Hände des Reichs gelegt, bisher aber nicht benutzt worden ist. Meine Herren, dieser „freigebige Versorger“ wird das Reich durch die Annahme des Franckensteinschen Antrages, der sich von dem früher in der Kommission vorgelegten Bennigsenschen bezüglich der Versorgung der Staaten nur dadurch unterscheidet, daß man den einzelnen Staaten ein höheres Maß der Selbstbestimmung in der Verwendung dessen, was ihnen zugestanden wird, beläßt. Das Reich ist nicht mehr ein lästiger Kostgänger, sondern ein Kostgänger, der ein gutes Kostgeld bezahlt und darüber hinaus sich freigebig erweist, es ist ein Kostgänger wie ein König, der bei einem Privatmann wohnt, und das Reich steht in voller Berechtigung seiner Finanzhoheit da, wenn es sich der

Pflicht unterzieht, durch Flüssigmachung der Quellen, die unter seinem Verschluß liegen, der Finanznoth der einzelnen Staaten aufzuhelfen. Das System der bisherigen Matrikularbeiträge hatte das Ergebniß, daß das Reich die Einzelstaaten durch Versagung der Zuflüsse, die aus den indirekten Steuerquellen kommen könnten, aushungerte und dabei doch in jedem Jahre als mahnender Gläubiger die Matrikularumlagen verlangte; — durch die heute in Aussicht genommene Reichshülfe aber schwindet die Finanznoth der Staaten und des Reiches, die ja die einleitende Begründung meines ganzen Vorgehens in dieser Frage gebildet hat; die Finanznoth wird zum Theil gehoben, und wenn auch nicht in dem Maße, daß alle die Reformen an den direkten Steuern, die Erleichterung der nothleidenden Gemeinden sofort ausgeführt werden können, die mir vorschweben, so doch, daß, wie ich glaube und hoffe, ein erheblicher Theil davon schon bald, sobald nur die Ertragslosigkeit der Tabaksteuer überwunden sein wird, die an dem Mangel der Nachsteuer liegt, dieses Reformwerk in Angriff genommen werden kann.

Wie nun dadurch die Finanzhoheit des Reichs geschädigt werden sollte, dafür suche ich vergeblich nach irgend einem Verfassungsparagraphen. Der beruht meines Erachtens auf ganz unberechtigten Behauptungen. Können Sie den Verdacht haben, daß Preußen sich gegen das Reich auflehnt, vielleicht in Verbindung mit noch einigen anderen mächtigen Partikularstaaten? Ja, dann wollen wir überhaupt nur das letzte Geläut auf dem Dome ansagen für das Reich. Das ist aber eine Voraussetzung, die doch unmöglich ihren Deduktionen zu Grunde liegen kann.

Das Reich wird vermöge eines Gesetzes, welches es sich selbst giebt, eine ständige Ausgabe in sein Budget aufzunehmen haben, deren Betrag den einzelnen Staaten zur freien Verwendung zufließt. Es bedarf daher auch nicht der Art. 70 der Verfassung einer Aenderung, welcher verlangt, daß zunächst die Ueberschüsse zur Verwendung kommen sollen, da die Ueberschüsse sich erst dann ergeben, wenn alle Ausgaben bestritten sind, und wenn das Reich sich eine Ausgabe gesetzlich auferlegt, mag sie für das germanische Museum, mag sie für die Gesammtheit der Einzelstaaten votirt werden, so muß immer diese Ausgabe erst geleistet werden, ehe Ueberschüsse entstehen können.

Ich möchte auch hier wiederum für die Herren die Ermahnung anknüpfen, doch bei so einfachen und die kühlste Ueberlegung fordernden Fragen, wie Zölle, Wirthschaftsangelegenheiten, Finanz- und Budgetsachen, den zornigen Kampf der Fraktionen nicht so weit zu treiben, daß die Interessen des Reichs darunter leiden, und daß, wenn die Regierungen sich dadurch einschüchtern ließen, auch in diesem Jahre wiederum der erste Schritt zu einer finanziellen Verbesserung nicht zu Stande käme. Von Seiten der Regierungen kann ich ganz bestimmt versichern, daß sie sich durch die meines Erachtens unzutreffenden Angriffe von dem Wege, den sie betreten haben und über den sie sich am vergangenen Sonntag vorläufig verständigt haben, nicht werden irre machen lassen, und ich für meinen Theil werde den Weg, den ich im Interesse des Vaterlandes für den rechten erkenne, unbedingt bis ans Ende gehen, unbeirrt; — mag ich Haß oder Liebe dafür ernten, das ist mir gleichgültig.

Die Entscheidung über die Wirthschaftsreform.

(„Provinzial-Correspondenz" vom 16. Juli.)

Die Entscheidung über die deutsche Wirthschaftsreform ist in der denkwürdigen **Sitzung** vom 9. Juli gefallen. Mit der Beschlußnahme über die sogenannten „konstitutionellen" oder „föderativen" Bürgschaften, d. h. über die verfassungsmäßige Verwendung der zu erwartenden Mehreinnahmen entschied sich auch die endgültige Stellung der Parteien zu den Zoll- und Finanzfragen selbst. Seitens der Tarifkommission war die Einfügung einer Bestimmung in das Tarifgesetz beantragt, nach welcher der Ertrag der Zölle und der Tabaksteuer, welcher die Summe von 130 Millionen Mark in einem Jahre übersteigt, den einzelnen Bundesstaaten nach dem Maßstabe der Matrikularbeiträge überwiesen werden soll, vorbehaltlich der Abrechnung zwischen der Reichskasse und den Einzelstaaten.

Der Abgeordnete von **Bennigsen** kündigte Namens der nationalliberalen Partei an, daß sie diese Bestimmung ablehnen und im Falle der Annahme derselben durch die Mehrheit gegen den ganzen Tarif stimmen werde. Seine Partei hätte darauf verzichtet, den in der Kommission gestellten Antrag auf Gewährung „konstitutioneller" Bürgschaften durch Einführung beweglicher, je nach dem jährlichen Bedarf wechselnder Zölle wieder vorzubringen, weil die zweckmäßige Auswahl der dazu geeigneten Artikel an und für sich sehr schwer und nur möglich sei, wenn die Mehrheit über den Grundsatz solcher beweglicher Zölle im Voraus einverstanden sei. Nachdem aber die Vertreter der beiden konservativen Parteien in der Kommission es ausdrücklich abgelehnt haben, dem Reichstag ein solches Recht alljährlich veränderter Bewilligung zuzugestehen, und nachdem die Centrumspartei dieser entschiedenen Auffassung der Konservativen gegenüber auch ihrerseits jenen Anspruch habe fallen lassen, stehe eine feste Mehrheit dagegen fest. Die Liberalen lehnten aber, wie er weiter ausführte, jede Theilnahme an der neuen Lage, welche durch den Rücktritt dreier Minister beleuchtet werde, ab. In Betreff der Bedeutung des Franckensteinschen Antrags an und für sich erklärte der Abg. von **Bennigsen**: er sei kein Freund von Uebertreibungen und von großen Worten, es werde ihm nicht einfallen, zu sagen (wie es in den nationalliberalen Blättern seit Wochen geschehen), daß durch die Annahme dieses Antrags die Grundlage der Reichsverfassung erschüttert werde, daß die Reichsverfassung in ihren Wurzeln gestört sei, — nur werde das Verhältniß der Reichsgewalt zu den Vertretungen in den einzelnen Staaten verschoben. Der Redner berief sich sodann auf die früheren Aeußerungen des Reichskanzlers, wonach die Matrikularbeiträge abgeschafft werden müßten, damit das Reich nicht ferner ein lästiger Kostgänger bei den Einzelstaaten sei, während es der freigebige Versorger derselben sein könnte.

Gegenüber der Berufung des Abgeordneten von **Bennigsen** auf den Rücktritt mehrerer Minister erklärte zunächst der Minister Dr. **Friedenthal**, daß der Franckensteinsche Antrag zu seinen Entschließungen nicht im allermindesten beigetragen habe, und daß er **für** denselben stimmen werde. Ein Gleiches nehme er vom Minister Dr. Falk an.

Der Reichskanzler Fürst **Bismarck***) führte sodann in eingehender Rede aus, wie seine seit Jahren verfolgten Bestrebungen auf Verbesserung der deutschen Finanzen stets vergeblich gewesen seien, weil ihm von liberaler Seite niemals die Hand dazu geboten worden sei. Von der Fortschrittspartei und den ihr verwandten Elementen sei noch niemals ein positiver Vorschlag ausgegangen, sondern stets nur die Verneinung dessen, was die Regierung gewollt habe. Nach einem Rückblick auf seine Beziehungen zur liberalen Partei, welche in den letzten Jahren immer weniger zur Unterstützung der Regierung bereit gewesen sei, erklärte der Kanzler, daß er es für einen Verrath an der im Interesse des Vaterlandes unternommenen Sache angesehen hätte, unter solchen Umständen nicht den ihm von anderer Seite gemachten Vorschlag (den Franckensteinschen Antrag) näher zu prüfen, — dieser Vorschlag aber gewähre ihm die Abstellung der Uebelstände, die

*) Des Zusammenhangs wegen wiederholt.

er an den Matrikularbeiträgen gerügt habe. Das Reich werde danach eben nicht mehr ein lästiger Kostgänger, ein mahnender Gläubiger bei den Einzelstaaten, sondern in Wahrheit ihr freigebiger Versorger sein, — die Finanznoth des Reichs und der Einzelstaaten schwinde damit, und die Reformen an den direkten Steuern könnten, wenn auch noch nicht in vollem Maße durchgeführt, doch in Angriff genommen werden. Alle Behauptungen wegen Verletzung der Reichsverfassung wies der Kanzler entschieden zurück und forderte die Parteien auf, den zornigen Kampf der Fraktionen nicht so weit zu treiben, daß die Interessen des Reichs darunter leiden.

Der Abgeordnete Lasker erwiderte die Rede des Reichskanzlers durch die Ankündigung, daß seine Partei, welche seit 1866 den Fürsten Bismarck unterstützt habe in der Hoffnung, nicht blos ein Deutsches Reich, sondern ein liberal regiertes Deutsches Reich zu erhalten, — bei der jetzigen Richtung entschieden eine Oppositionsstellung einnehmen müsse, wenn auch nicht eine Opposition unter allen Umständen, aber eine berechtigte Opposition, um Zeugniß für ihre Grundsätze abzulegen vor dem ganzen deutschen Volke.

Dagegen wurde von konservativer Seite hervorgehoben, daß an ein Zusammengehen mit der nationalliberalen Partei deshalb gar nicht zu denken war, weil die Führer selbst nicht wußten, wie viele von der Partei für die Finanzzölle hinter ihnen standen. Das Streben der Liberalen sei viel mehr auf parlamentarische Machterweiterung gerichtet gewesen, als darauf, Ruhe und Stetigkeit in die Verhältnisse zu bringen.

Der Reichstag erklärte sich mit 211 gegen 122 Stimmen für den Franckensteinschen Antrag, für welchen die beiden konservativen Fraktionen mit dem Centrum gegen die gesammten liberalen Parteien stimmten.

Die dritte Berathung des Zolltarifs begann am 10. unter dem Eindruck der bereits festgestellten Sicherheit des Gesammterfolgs, — und Angesichts der Thatsache, daß für den Tarif in seiner Gesammtrichtung eben eine feste Mehrheit einzutreten entschlossen war, gaben manche Abgeordnete, welche bis dahin nach ihren volkswirthschaftlichen Auffassungen einzelne Theile des Tarifs bekämpft hatten, welche aber die politische Nothwendigkeit, dem Haushalte des Reichs und der Einzelstaaten durch Finanzzölle die dringend erforderlichen Einnahmequellen zu eröffnen, höher stellten als jene Bedenken, ihren bisherigen Widerstand auf und erklärten, daß sie es unter den obwaltenden Umständen für eine Pflicht gegen Kaiser und Reich erachteten, schließlich für die Tarifvorlage zu stimmen.

Namentlich trat in der nationalliberalen Partei, deren Gesammthaltung schon seit Wochen auf Grund innerer Kämpfe den größten Schwankungen unterlegen hatte, eine Trennung ein, indem mehrere Abgeordnete, besonders aus Süddeutschland, erklärten, die Annahme des Franckensteinschen Antrages sei kein ausreichender Grund, um die Reform im Ganzen zurückzuweisen, welche wohlthätig für Industrie und Landwirthschaft wirken und die finanzielle Lage der Einzelstaaten verbessern werde.

Unter fortgesetzt lebhaften Kämpfen wurden sodann die früheren Beschlüsse über den Tarif von der Mehrheit aufrecht erhalten, in einzelnen Punkten, namentlich die Getreidezölle, mit 186 gegen 160 Stimmen erhöht.

Vor der Schlußabstimmung über das Tarifgesetz wurden noch einmal lebhafte Erklärungen gewechselt.

Namens eines (freilich geringen) Theils der Nationalliberalen erklärte der Abgeordnete Dr. Gneist: es handele sich um einen Beschluß, der eine Hauptgrundlage der Volkswirthschaft und der Staatswirthschaft für die nächste Zukunft legen müsse, — es handele sich um eine staatliche Nothwendigkeit, das Reich müsse existiren, athmen und sich bewegen mit den unabweisbar nothwendigen Finanzkräften. Einer solchen Nothwendigkeit müsse jede Partei ihr Programm unterordnen. Wenn die Regierung durch die Verfassung gezwungen sei, für die nothwendigen Mittel die Zustimmung des Reichstages zu gewinnen, so könne man dem Leiter eines so unermeßlich schwierigen Staatswesens nicht daraus einen Vorwurf machen, daß er keine dauernde Verbindung mit der einen oder anderen

Partei eingehe, sondern mit denen verhandele, welche das Nothwendige gewähren. Man dürfe dem leitenden Staatsmanne Frieden und Vertrauen nicht kündigen, weil er Verhandlungen mit anderen Parteien anknüpfe in einem Staatswesen, welches sich auf das Programm einer Partei nun einmal nicht stützen lasse.

Mit großer Wärme sprach schließlich der Abgeordnete von Treitschke, um die vielfach im Lande theils künstlich, theils wirklich verbreiteten Besorgnisse zu beschwichtigen, als sei von der Annahme des Tarifgesetzes mit dem Franckensteinschen Satze der Beginn einer reaktionären Zeit, oder eines Ueberwiegens der Einzelstaaten gegenüber der Reichspolitik zu erwarten. Er habe aus seiner ehrlichen unitarischen, auf den Einheitsstaat gerichteten Gesinnung niemals ein Hehl gemacht, — aber die jetzigen Besorgnisse habe er nicht einen Augenblick getheilt. Es sei lediglich ein Streit um Worte. Der neuen Bestimmung liege in Wahrheit keine partikularistische Idee zu Grunde, vielmehr die Idee, daß die Theile vom Ganzen leben und erhalten werden sollen. Das sei gerade ein Reichsgedanke und der Sache nach werde durch dieses Gesetz die Reichsmacht gestärkt.

„Wenn Sie glauben," fuhr der Redner fort, „daß der schlichte Mann im Reiche, der Bürger und Bauer sich wegen dieses Paragraphen in nachhaltige Erregung versetzen lassen, dann sage ich Ihnen bestimmt: Sie kennen unser Volk schlecht! — Wenn ich heute in unserer Presse lese von einer Kapitulation dieses glorreichen Deutsches Reiches, wenn ich lese, die Kaiserflagge sei gestrichen von den Rheinbund-Königen oder der leitende deutsche Staatsmann habe, verführt von einem bedeutenden Mephistopheles plötzlich den Entschluß gefaßt, sein eigenes Werk mit eigenen Händen zu zerstören, dann erinnere ich mich an ein bitteres Wort, das einst König Wilhelm III. von Oranien sprach. Als dieser Befreier Englands von dem Volke, das er gerettet hatte, nichts als Hohn und Undank und Schmähungen zum Lohn empfing, da rief er einmal grimmig: „Heute, da ich lebe, lästern sie mich, bin ich einst gestorben, dann werden sie versuchen, mich mit ihren Fingernägeln aus der Grube wieder herauszugraben." — Zum ersten Male seit Jahrhunderten ist dies deutsche Volk in Wahrheit frei, gehört in Wahrheit sich selber, und wenn ein Volk so zum ersten Male den Schlaf aus seinen Wimpern schüttelt und seine gewaltigen Glieder reckt und dehnt, dann dürfen Sie sich nicht wundern, daß es in seinem Haushalt kurze Zeit etwas bunt und wild zugeht. Halten wir doch fest in diesem Glauben an unser Volk! Trotz aller Gährungen und Verdrusses des Augenblicks wird der Reichsgedanke, der auch in diesem Gesetze, wenngleich verhüllt, sich ausspricht, seinen Siegeszug halten."

In der Schlußabstimmung wurde der Zolltarif nebst dem Tarifgesetze mit einer Mehrheit von 217 gegen 117 Stimmen angenommen: außer den beiden konservativen Parteien und der Centrumspartei stimmten 16 bisherige Mitglieder der nationalliberalen Partei, sowie die elsässisch-lothringischen Abgeordneten für das Gesetz, dagegen die Mehrzahl der Nationalliberalen, die Fortschrittspartei und die Sozialdemokraten gegen dasselbe.

Nachdem hiermit die Aufgabe der Session erfüllt war, verlas der Reichskanzler Fürst Bismarck eine Allerhöchste Botschaft, durch welche er beauftragt worden, den Reichstag im Namen der verbündeten Regierungen zu schließen, und fügte hinzu:

„Erlauben Sie mir, daß ich am Schlusse der Berathungen dem Dank der verbündeten Regierungen dafür Ausdruck gebe, daß Sie einem großen und wesentlichen Theil der von uns gebrachten Vorlagen Ihre Genehmigung ertheilt und zur Herbeiführung der Genehmigung die Diskussion bis hierher durchgeführt haben. Erlauben Sie mir daran die Hoffnung zu knüpfen, daß die Meinungsverschiedenheiten, welche in dieser Diskussion zu Tage getreten sind, keine dauernden sein werden, daß die Arbeiten der Zukunft, die uns im Beginn des nächsten Jahres

bevorstehen, uns bereit finden werden, mit vereinten Kräften weiter zu arbeiten. — Im Namen der verbündeten Regierungen erkläre ich auf Befehl Sr. Majestät des Kaisers den Reichstag für geschlossen."

---

9. Juli. Fürst Bismarck verläßt Berlin.

August. Fürst Bismarck begiebt sich nach Gastein.

16. September. Fürst Bismarck geht nach Kissingen.

Samoa und der Schutz deutscher Handels-Unternehmungen in der Südsee.

(Nach der Denkschrift.)

Der Schutz der deutschen Handelsunternehmungen in der Südsee bildet seit einer Reihe von Jahren den Gegenstand erhöhter Fürsorge der Reichsregierung, wovon der vor drei Jahren mit den Tonga-Inseln abgeschlossene Freundschaftsvertrag ein ernstes öffentliches Zeugniß gab.

Dem Reichstage ist in seiner gegenwärtigen Session ein weiteres Ergebniß jener Fürsorge in einem Freundschaftsvertrage mit den Samoa-Inseln vorgelegt worden. Die reichen und interessanten Schriftstücke, welche zur Erläuterung der Vorlage beigefügt sind, geben ein Bild von der Ausdehnung und Bedeutung der auf jener Inselgruppe zu vertretenden deutschen Interessen. Es springt daraus vor Allem die Thatsache in die Augen, daß gegenwärtig der Handel Deutschlands auf den Südsee-Inseln demjenigen aller anderen Nationen überlegen ist und daß von den letzteren große Anstrengungen gemacht worden sind, um demselben den bisher unter manchen Opfern und Gefahren, durch Fleiß, Ausdauer und Geschick errungenen Vorsprung wieder abzugewinnen und ihn möglichst aus dem Felde zu schlagen. Die deutsche Regierung hat es daher als eine nationale Pflicht erachtet, die deutschen Unternehmungen im Stillen Ocean nicht lediglich ihrem eigenen Schicksal zu überlassen. Die zunächst angeordnete Entsendung und theilweise dauernde Stationirung Kaiserlicher Kriegsschiffe zum Zeigen der Kriegsflagge, oder zur Sühne und Verhütung von Gewaltthätigkeiten seitens uncivilisirter Inselvölker erhöhte mit dem Ansehen des deutschen Namens die Sicherheit der deutschen Handelsflagge in jenen Meeren. Gleichzeitig aber war darauf Bedacht zu nehmen, daß diese erfreuliche Entwickelung nicht durch Eingriffe von dritter Seite gestört werde.

Der schnelle und unvergleichliche Aufschwung des deutschen Handels gerade in der Südsee erklärt sich zumeist dadurch, daß derselbe sich dort auf einem neutralen, d. h. außerhalb der Machtsphäre anderer Seestaaten liegenden Gebiete frei entfalten konnte. Sollte die von dem Reich bisher befolgte, der Erwerbung eigener Kolonien abgewandte Politik nicht verlassen werden, so war es um so nothwendiger, diesem Gebiete seine Neutralität möglichst zu erhalten und innerhalb desselben rechtzeitig den Grundsatz der vollen Gleichberechtigung Deutschlands mit anderen Nationen zur allseitigen Anerkennung zu bringen. In diesem Sinne wurden im Sommer 1876 der deutsche Konsul für die Samoa- und Tonga-Inseln und der Kommandant S. M. S. „Hertha" angewiesen, zunächst mit diesen beiden Inselgruppen Meistbegünstigungsverträge abzuschließen.

Die Tonga-Inseln erfreuten sich schon seit längerer Zeit einer geordneten Regierung unter dem Könige Georg I. (George Tubou); der Abschluß eines jenen Zweck sichernden Vertrages stieß dort auf keine Schwierigkeiten. Der unter dem

1. November 1876 abgeschlossene Vertrag hat, wie aus den der Regierung vorliegenden Berichten hervorgeht, den von dem deutschen Handel daran geknüpften Erwartungen entsprochen. Für die Ausübung des erworbenen Rechts zur Anlegung einer Kohlenstation für die Kaiserliche Marine sind die vorbereitenden Schritte geschehen.

Die in der Denkschrift zum Vertrage mit Tonga ausgesprochene Hoffnung, daß es schon bald gelingen würde, auch den Vertrag mit Samoa zum Abschluß zu bringen, sollte sich leider nicht so leicht erfüllen. Die Schwierigkeiten lagen zum Theil in den auf Samoa herrschenden Streitigkeiten, welche es unmöglich machten, eine die Erfüllung vertragsmäßiger Verpflichtungen hinreichend verbürgende Regierungsgewalt zu finden.

Es kam daher vor Allem darauf an, die Herstellung geordneter Zustände auf dieser Inselgruppe zu fördern. Die in den Jahren 1873—75 unter Mitwirkung der fremden Konsulate gemachten Versuche der Samoa-Häuptlinge, ein geordnetes Staatswesen herzustellen, wurden leider durch Sonderbestrebungen gestört, welche im wesentlichen darauf hinausliefen, die Inselgruppe in der einen oder anderen Weise an England oder an Amerika zu bringen.

Es war daher geboten, diesen Bestrebungen die Spitze abzubrechen. Die zu dem Zwecke in London und Washington gethanen Schritte hatten das befriedigende Ergebniß, daß die beiden Kabinette uns zusagten, ihre beiderseitigen Vertreter in Samoa zur wirksamen Kooperation mit den Kaiserlich deutschen Vertretern behufs Herstellung geordneter Zustände und Anknüpfung von Vertragsbeziehungen auf dem Fuße der Gleichberechtigung anzuweisen.

Leider blieben diese Abreden ohne praktischen Erfolg, da mancherlei Zwischenfälle ein solches Zusammenwirken vereitelten, und die vereinzelte Einwirkung auf die streitenden Parteien sich nicht einmal stark genug erwies, um dem Ausbruch offener Feindseligkeiten vorzubeugen, geschweige denn die Organisirung einer von ganz Samoa anerkannten Regierung zu erreichen. Unter diesen Umständen mußten die deutschen Vertreter sich zur Zeit darauf beschränken, für den Fall erneuter Kämpfe die Deutschen und deren Niederlassungen durch Neutralisirung der betreffenden Distrikte gegen Gewaltthätigkeiten zu sichern. Nachdem sie diesen Zweck durch Uebereinkommen mit beiden Kriegsparteien, der Taimua- und der Puletua-Partei, erreicht hatten, begaben sie sich zur Vertragsverhandlung nach Tonga. Seitdem verschärften sich alle Gegensätze auf den Samoa-Inseln. Das versöhnliche Auftreten des englischen Kommodore Hoskins blieb nur von vorübergehender Wirkung. Die Taimua wandte sich zu Anfang 1877 gleichzeitig an die Königin von England und an den Präsidenten der Vereinigten Staaten um Schutz („protection"). Bei der Unbestimmtheit des Wortlauts der Petitionen und bei der Auslegung derselben durch Mittelspersonen, welche darunter Annektion oder Protektorat verstanden, mußte die größte Verwirrung entstehen. Gleichzeitig schrieb die Puletua-Partei an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, die Samoaner wünschten nichts Anderes, als zuverlässige konsularische Vertreter und Gleichstellung aller Nationen. Bei dieser Sachlage konnten der deutsche Konsul und der Kommandant des deutschen Schiffs „Augusta" wiederum nur auf eine einstweilige Sicherung der deutschen Interessen Bedacht nehmen, und zwar handelte es sich diesmal gleichzeitig um volle Achtung der deutschen Niederlassungen durch die wieder zu den Waffen greifenden Samoa-Parteien und um Verhütung einer Benachtheiligung Deutschlands und seiner Angehörigen durch etwaige Abmachungen zwischen der zur Herrschaft gelangenden Partei und Dritten.

Dieser doppelte Zweck wurde durch die mit der Taimua und mit der Puletua im Juli 1877 abgeschlossenen Uebereinkünfte erreicht.

Der unmittelbar hierauf entbrennende neue Kampf endigte in wenig Tagen mit dem Sieg der Taimua-Partei.

Die fortdauernde Unsicherheit der Verhältnisse veranlaßte den englischen Generalkonsul für West-Polynesien, Sir Arthur Gordon, gemeinsam mit dem deutschen Konsul über die Grundlagen einer geordneten Regierung und einer vertragsmäßigen Regelung der Beziehungen Samoa's zu England und zu Deutsch-

land in Unterhandlung zu treten. Diesen Bemühungen setzte jedoch der amerikanische Konsul Widerstand entgegen und versuchte, die Samoa-Inseln lediglich unter den Schutz seiner Regierung zu nehmen.

Da ein im Juni 1878 zwischen Samoa und Nord-Amerika abgeschlossener Vertrag in einer die Rechte Deutschlands beeinträchtigenden Weise ausgelegt wurde, so hielten unsere Vertreter den Augenblick für gekommen, um mit Entschiedenheit auf Erfüllung der in der Uebereinkunft vom 3. Juli 1877 enthaltenen Zusage, betreffend die Gleichberechtigung Deutschlands, zu bestehen. Nach erneuter Ablehnung ihrer freundschaftlichen Vorstellungen nahmen sie die beiden Häfen Saluafata und Falealili mit der Erklärung in Beschlag, dieselben nicht eher herauszugeben, als bis jene Uebereinkunft durch Abschluß eines Meistbegünstigungsvertrages zwischen Samoa und dem Deutschen Reich erfüllt sein werde. Die Maßregel wurde, Dank der Umsicht und Entschlossenheit des Korvetten-Kapitäns von Werner (auf dem deutschen Schiff „Ariadne") und der bewährten Sachkenntniß des Kaiserlichen Konsuls Weber ohne Blutvergießen ausgeführt. Der Abschluß des Vertrages erfolgte gleichwohl auch jetzt nicht, da die Beschlagnahme der beiden Häfen mit Rücksicht auf andere, von S. M. S. „Ariadne" zu erfüllende Aufgaben in der Südsee nicht thatsächlich aufrecht erhalten werden konnte.

Nachdem die Berichterstattung über diese Vorgänge bei der deutschen Regierung eingelaufen, ward zunächst die Entsendung des deutschen Kanonenboots „Albatroß" von der ostasiatischen Station nach der Südsee veranlaßt, und wurden die Kaiserlichen Vertreter angewiesen, die Beschlagnahme der beiden Häfen bis zur Erreichung des beabsichtigten Zwecks aufrecht zu erhalten. Gleichzeitig richtete die Kaiserliche Regierung geeignete Mittheilungen nach London und Washington, um bei beiden befreundeten Regierungen jedem Mißverständniß über die Tragweite jener Maßregel vorzubeugen. Die Regierung der Vereinigten Staaten ließ in Folge dessen die deutsche Regierung wissen, daß Konsul Griffin nunmehr definitiv von Samoa versetzt, und daß sie mit Rücksicht auf die Instruktionen des neuen Konsuls, Mr. Dawson, ein besseres Einvernehmen unter den Vertretern auf Samoa erwarte. Die großbritannische Regierung benachrichtigte unsere Regierung, daß ihre Vertreter angewiesen seien, die Bemühungen des deutschen Konsuls zum Abschluß eines Meistbegünstigungsvertrages mit Samoa mit ihrem ganzen Einfluß zu unterstützen und überhaupt mit demselben in allen Beziehungen zusammenzuwirken.

Die Vertragsverhandlungen wurden nun sofort wieder eröffnet, und da der Konsul gemeinschaftlich mit Korvetten-Kapitän von Werner die Vertragsinstrumente gehörig vorbereitet hatte, so konnte die Unterzeichnung schon am 24. Januar erfolgen. Unmittelbar nach dem Vertragsabschluß wurde die Beschlagnahme der beiden Häfen wieder aufgehoben.

Das Einvernehmen zwischen den drei Konsulaten hat sich seitdem in erfreulicher Weise befestigt, und es hat den Anschein, daß an die im vorigen Jahre versuchte Verständigung über geeignete Landes- und Munizipalgesetze nunmehr mit guten Aussichten wieder angeknüpft werden kann.

In dem vorliegenden Vertrage ist der Grundsatz der vollständigen Gleichberechtigung Deutschlands mit jeder anderen Nation zur Anerkennung gelangt.

Die Besorgniß, daß die samoanische Regierung die Deutschen und ihren Handel mit Abgaben und Zöllen benachtheiligen möchte, ist endgültig beseitigt. Der Vertrag bestätigt ausdrücklich die Eigenthumstitel der Reichsangehörigen an den von ihnen auf Samoa ordnungsmäßig erworbenen Ländereien und sichert ihnen das Recht zur Herbeischaffung der für die Ausbeutung dieser Ländereien unentbehrlichen Arbeitskräfte. Hiermit wird denjenigen Bemühungen ein Ziel gesetzt, welche darauf gerichtet waren, den deutschen Ansiedlern die Früchte langjähriger Arbeit durch tendenziöse Anfechtung ihrer Rechte streitig zu machen, oder die fernere Ausbeutung der, eine wesentliche Grundlage und Sicherheit für ihre Handelsunternehmungen bildenden Plantagen zu erschweren.

Uebereinkünfte mit einzelnen anderen unabhängigen Inselgruppen, welche der Kommandant der „Ariadne“ abgeschlossen hat, sind eine erwünschte, ja nothwendige Ergänzung des Vertrages mit Samoa, da diese Gruppe den Centralpunkt der meisten deutschen Unternehmungen in der Südsee bildet, und das ganze Geschäft, wie namentlich die Verwerthung der deutschen Plantagen auf Samoa, lahmgelegt sein würde, wenn die übrigen unabhängigen Inselgruppen mit ihren Hülfsquellen und Bedürfnissen von anderen Nationen in der einen oder anderen Weise monopolisirt und die Deutschen in ihrem freien Verkehr mit denselben gestört würden.

Der Vertrag wurde im Reichstage auf allen Seiten mit großer Genugthuung und Anerkennung begrüßt und fand fast einstimmige Genehmigung.

Die Münzreform und die Silberverkäufe.

19. Juni. Rede des Präsidenten der Reichsbank von Dechend im Reichstage.

„Wenn ich die erfolgte Sistirung der Silberverkäufe begründen soll, so bin ich genöthigt, freilich sehr gegen meinen Wunsch, auf die Resultate der bisherigen Silberverkäufe näher einzugehen; ich werde mich aber auf das Nothwendigste beschränken. Es sind bis jetzt Silbermünzen eingeschmolzen resp. verkauft worden — auf Millionen abgerundet — 629 Millionen resp. 539 Millionen. Der Verlust an diesen Verkäufen beträgt 14⅛, in Zahlen 89,484,073 Mark. Davon gehen indessen 24,572,000 Mark ab für Abnutzung und minderwerthige Ausprägungen der Münzen, der eigentliche Verkaufsverlust beträgt nur 64,911,980 Mark. Das Silber ist hierbei durchschnittlich verkauft worden zu 54½ Pence per Unze Standard abzüglich der Kosten. Seitdem ist der Preis des Silbers aber sehr erheblich gesunken und in den letzten sieben Monaten vom 14. Oktober v. J. bis zum 19. Mai d. J., dem Tage der Sistirung der Silberverkäufe, war der Preis nur 50 Pence per Unze Standard und er ist zeitweise auch noch unter 50 Pence bis auf 48¾ Pence gesunken. Das ergiebt für unsere Verkäufe einen Verlust von mehr als 21 pCt. Auch wir haben uns diesen Preis gefallen lassen müssen. Das in diesem Jahre verkaufte Silber im Betrage von 28 Millionen hat hiernach einen weiteren Verlust von 7 Millionen ergeben, und es stellen sich dadurch die Gesammtverluste an dem bisher verkauften Silber auf 96½ resp. 72 Millionen. Wie viel das Reich noch an Silber zu verkaufen hat und was das Reich daran noch verlieren wird, läßt sich der Natur der Sache nach ziffermäßig nicht bestimmen, weil Niemand weiß und wissen kann, wie viel von den Thalern, welche seit dem Jahre 1750 ausgeprägt sind — und um die Thaler handelt es sich nur noch allein —, wie viel von diesen Thalern im Laufe der Jahre eingeschmolzen oder verloren gegangen ist. Einen ziemlich sichern Anhalt für die Schätzung gewährt aber die bei der Einziehung der gleichartigen, demselben Zwecke dienenden Zwei-Thalerstücke gemachte Erfahrung. Hierbei hat sich ergeben, daß von denselben 17 pCt. nicht wieder zum Vorschein gekommen sind, wenigstens nicht rechtzeitig. Wendet man denselben Maßstab auf die Thalerstücke an, so würden noch ungefähr 476 Millionen einzuziehen und zu verkaufen sein, und sich ein weiterer Verlust ergeben zwischen 90 bis 100 Millionen, wenn wir das Silber zu dem Preise verkaufen wollten und müßten, zu welchem wir es in den letzten fünf Monaten verkauft haben. — Meine Herren, ich bin an große Zahlen gewöhnt, ich kann mir auch sehr wohl vorstellen, daß eine Maßregel, wie die Münzreform, ohne große Opfer nicht durchzuführen war, aber, meine Herren, ich bin dennoch vor dieser Zahl erschreckt, und ich glaube beinahe, daß hier im Hause wenige Herren nicht dieses Gefühl theilen werden. Es ist sehr möglich, daß die Summe sich einigermaßen vermindert, aber viel kann es nicht sein, und ich meine, wir haben alle Ursache, aus dem Grunde etwas vorsichtiger mit dem Verkauf umzugehen. Als das Münzgesetz im Jahre 1873 hier berathen wurde, war der Preis des

Silbers in London, der sich 25 Jahre lang ganz konstant zwischen $60\frac{1}{4}$ und 62 pCt. gehalten hatte, unter dem Einfluß dieser Verhandlungen bereits wesentlich gesunken von 61 bis auf $59\frac{3}{4}$, und sicher ist, daß man schon damals auf einen noch weiteren Rückgang und die damit verbundenen Opfer gefaßt gewesen ist, aber ich glaube nicht, daß irgend einer der Herren an einen so kolossalen Rückgang gedacht hat, und darum hielt ich es für meine Pflicht, meinen Herrn Chef, den Reichskanzler, auf diesen Umstand aufmerksam zu machen und die Sistirung der Silberverkäufe auf das Dringendste zu empfehlen. Meine Herren, daß diese Maßregel zweckmäßig, ja dringend nothwendig war, halte ich auch jetzt noch für unbestritten. Ob sie den Erfolg haben wird, den Preis des Silbers dauernd zu heben, bis annähernd auf den früheren Satz von 60 Pence per Unze, steht freilich dahin. Ist es wahr, was die Fachleute fast aller Länder uns zum Vorwurfe machen, daß hauptsächlich unser Silber an dem Fall der Silberpreise schuld sei und daß, wenn wir nicht fort und fort ungeheuere Summen Silber auf den Markt brächten, die Silberpreise schon längst wieder die frühere Höhe erreicht haben würden, so muß sich das jetzt zeigen, aber unter allen Umständen, meine Herren, verlieren wir nichts durch die Sistirung der Verkäufe, denn wir würden ohnedies nichts verkaufen, da der einzige große Silberkäufer in den letzten Jahren, Oesterreich-Ungarn, den Markt inzwischen verlassen hat. Die Thatsache, daß die bloße Ankündigung der Maßregel den Silberpreis in wenigen Tagen um circa 6 pCt. in die Höhe gebracht hat, von $49\frac{1}{4}$ bis auf 53 pCt., und daß der Preis sich auch jetzt noch zwischen 52 und 53 pCt. hält, beweist jedenfalls, einen wie mächtigen Einfluß das deutsche Silber auf den Markt ausgeübt und daß wir wohl thun, erst abzuwarten, welche Wirkung die Maßregel weiter ausüben wird, und ich meine, daß eine Ausgabe von 100 oder auch nur 80 Millionen bedeutend genug ist, um wenigstens das Ergebniß dieses Versuchs abzuwarten. Ich glaube, Sie thäten sehr wohl daran, die Reichsregierung in dieser ihrer Absicht zu unterstützen. Sie würden dem Lande wie der ganzen Welt dadurch einen sehr wesentlichen Dienst leisten, wenn Sie den Markt von der Angst vor dem deutschen Silber bleibend befreiten und überhaupt kein Silber weiter ankaufen ließen. Wir leiden unter den Thalern, die noch im Kurs sind, in keiner Weise, und ich bin überzeugt, daß selbst die Süddeutschen sich dieselben mit Vergnügen noch einige Jahre gefallen lassen würden, wenn sie erfahren, daß dadurch eine erhebliche Ausgabe dem Reiche erspart wird und das Ausland wird uns dafür segnen, wenn wir den Alp, der nun schon seit länger als 6 Jahren auf allen Verhältnissen lastet, bleibend von ihm nehmen. Ich kann nur wiederholt dringend empfehlen, es bei der getroffenen Anordnung zu belassen."

Februar. Die Eisenbahntarife und die wirthschaftlichen Interessen.

(Antrag beim Bundesrath.)

Der Reichskanzler Fürst **Bismarck** hat einen weiteren Schritt im Zusammenhange seiner Bestrebungen für die Förderung der Interessen des öffentlichen Verkehrs gethan, indem er Namens des Bundespräsidiums den Antrag bei dem Bundesrathe gestellt hat, die Ausarbeitung eines **Gesetzes zur Regelung des Güter-Tarifwesens auf den deutschen Eisenbahnen** zu beschließen, und zu diesem Behufe zunächst einen **Ausschuß zu berufen**, welcher aus einem Vertreter des Präsidiums und aus einer vom Bundesrathe näher zu bestimmenden Zahl von Vertretern derjenigen Bundesstaaten, welche eine eigene Staatsbahn-Verwaltung besitzen, zu bestehen hätte.

Die Reichsverfassung bestimmt in Artikel 45: dem Reiche steht die Kontrole über das Tarifwesen zu. Dasselbe wird namentlich dahin wirken: 1. daß baldigst auf allen deutschen Eisenbahnen übereinstimmende Betriebs-Reglements eingeführt werden; 2. daß die möglichste Gleichmäßigkeit und Herabsetzung der Tarife erzielt werde.

In Uebereinstimmung mit den Absichten der Reichsverfassung wurde von einer Untersuchungskommission, welche im Jahre 1874 versammelt war, einstimmig ausgesprochen, daß die möglichst baldige Einführung einer einheitlichen Tarifordnung auf allen Bahnen Deutschlands als ein unabweisliches Bedürfniß anzusehen sei.

Nachdem in den folgenden Jahren noch mehrfache Berathungen stattgefunden hatten, wurde durch eine Konferenz deutscher Eisenbahnverwaltungen in Berlin im Februar 1877 im Wege der Vereinbarung zwischen den Staats- und Privatbahnverwaltungen ein System der Frachtberechnungen festgestellt, welches im Wesentlichen bisher besteht.

Die Erfahrungen aber, welche mit demselben bis jetzt gemacht worden sind, haben zur Genüge erwiesen, daß dessen Einführung nur einen geringen Fortschritt auf der Bahn der Bestrebungen zur Reformirung des deutschen Eisenbahn-Tarifwesens bezeichnet, und daß dasselbe, vom Standpunkte der Einheitlichkeit aus, von nur zweifelhaftem Werthe ist. Abgesehen davon, daß die getroffenen Vereinbarungen noch keineswegs durchweg ins Leben geführt sind, ist auch auf denjenigen Verkehrsgebieten, bezüglich deren die Einführung als beendet anzusehen ist, die Zufriedenheit der Interessenten mit dem kaum eingeführten Zustande weit hinter dem erwarteten Maße zurückgeblieben.

Die Regulirung der Frachtpreise der Eisenbahnen als öffentliche Verkehrswege, bei deren Benutzung die gleiche Behandlung Aller nicht beeinträchtigt oder künstlich beschränkt werden darf, ist für die wirthschaftlichen Interessen der Nation von weittragendster Bedeutung. Die Reichsregierung wird sich der Ausübung der ihr verfassungsmäßig obliegenden Pflichten, einen den Anforderungen der nationalen Wirthschaft entsprechenden Zustand auf diesem Gebiet herbeizuführen, nicht länger entziehen dürfen, nachdem sich erwiesen hat, daß die bisher eingeschlagenen Wege nicht zum Ziele führen, und nachdem auf anderen Gebieten von minder umfassender Bedeutung die dem Reiche verfassungsmäßig zugewiesene Regelung bereits zu Ende geführt ist.

Die Eisenbahnen sind vom Staate monopolisirte, mit besonderen Vorrechten ausgestattete öffentliche Verkehrswege und können nur von einem Unternehmer befahren werden. Durch die ihnen konzessionsmäßig verliehenen Rechte der Expropriation, der Ausübung polizeilicher Funktionen, der Aufnahme öffentlicher Anleihen u. s. w. hat der Staat den Eisenbahnen einen Theil der staatlichen Hoheitsrechte eingeräumt. Die Verleihung dieser Hoheitsrechte ist nicht im Interesse des Bahneigenthümers, sondern in demjenigen des Gemeinwohls erfolgt; hieraus folgt aber, daß die Ausübung des Bahnbetriebes nicht der Willkür der Bahnverwaltungen überlassen werden darf, sondern daß derselbe nach den Bedürfnissen des Gemeinwohls und des öffentlichen Verkehrs geregelt werden muß.

Nach dieser Richtung hin stimmt die Lage der Eisenbahnen genau mit der staatsrechtlichen Stellung und den, ausschließlichen Interessen des

Gemeinwohls dienenden, Aufgaben der übrigen öffentlichen Verkehrsanstalten überein.

Den desfallsigen Erwägungen würde es auch entsprechen, wenn bei der Bemessung der Transportpreise nicht vorherrschend die Rücksichten der Rentabilität maßgebend wären. Für den Staat darf nicht blos die Rücksichtnahme auf die Höhe der Verzinsung des Anlegekapitals bei der Bemessung der Eisenbahntarife ausschlaggebend sein, sondern er hat außerdem auch die aus der wirthschaftlich richtigen Ausübung des von ihm gewährten oder geübten Privilegiums hervorgehende Befruchtung des allgemeinen Verkehrs und die Zunahme des Wohlstandes der Bevölkerung, sowie die damit im Zusammenhange stehende Erhöhung der staatlichen Lebenskraft der Nation in Rücksicht zu nehmen.

Es gereicht jedenfalls zum Nachtheil der Gesammtinteressen, wenn die Privateisenbahnen diese Gesichtspunkte außer Acht lassen müssen, und es ergiebt sich hieraus eine Verstärkung der Gründe, welche gegen das System der Privateisenbahnen überhaupt sprechen.

Wenn es hiernach keinem Zweifel unterliegen kann, daß die Festsetzung der Tarifsätze nur der Staatsgewalt zugewiesen werden darf, welche allein im Stande ist, die Interessen des Allgemeinwohls auf diesem Gebiet mit erforderlichem Nachdruck zu wahren, so ist auch die Richtung, nach welcher hin eine Regelung des Tarifwesens in Deutschland gegenwärtig vorzunehmen sein wird, durch die heutige Lage der deutschen Eisenbahnverhältnisse vorgezeichnet.

Die Thatsachen liegen jedenfalls vor, daß durch besondere, hierauf berechnete Tarife einzelnen Geschäftszweigen direkt ein höherer Aufschwung gegeben, eine lokale Produktion unmittelbar gefördert, selbst eine neue Industrie bewußt ins Leben gerufen worden ist, gleichwie dadurch unbestreitbar die Preise bestimmter Waaren in bestimmten Lokalitäten herabgedrückt werden können. Es kann den einzelnen Bahnverwaltungen das Recht aber nicht zustehen, gegenüber den hundertfach verwickelten Faktoren und Bedingungen der Produktion und Konsumtion einer Volksgemeinschaft des 19. Jahrhunderts eine nach allen Seiten regelnde und beherrschende Thätigkeit, gewissermaßen gleich einer eingreifenden Vorsehung sich vindiziren zu wollen. Es darf nicht von ihnen abhängen, an irgend einem Punkte des Vaterlandes durch künstliche Bildungen, wie die Ausnahmetarife, Industrien großzuziehen nnd gleichzeitig an anderen Orten die von der Natur gegebenen Erwerbszweige zu bedrücken oder selbst zu unterdrücken.

Unter diesen Gesichtspunkten ist davon auszugehen, daß der Tarif, ohne gewaltsame Verschiebungen der bestehenden Voraussetzungen der Produktion und Konsumtion herbeizuführen, den Anforderungen entsprechen muß: daß er in seiner Anlage klar ist und Jedermann in den Stand setzt, die Fracht für eine Sendung leicht zu berechnen; — daß er die Gleichberechtigung der Reichsangehörigen in allen Wirthschaftsgebieten sichert; — daß er die Benachtheiligungen beseitigt, welche bei dem gegenwärtigen System auf dem Verkehr des kleinen Gewerbebetriebes lasten; — daß er bei seiner Anwendung die Entstehung schädlicher, die Kosten des Eisenbahntransports durch unwirthschaftlichen Betriebsaufwand erhöhender Bildungen nicht begünstigt, sowie die Integrität der Beamten nicht gefährdet.

Diesen Anforderungen wird durch das bestehende Tarifsystem nicht entsprochen.

Die Nothwendigkeit der baldigen Herstellung eines geordneten Zustandes im deutschen Eisenbahn-Tarifwesen tritt in so dringender Weise hervor, daß zur Ausführung der gesetzlichen Regelung der Erlaß eines allgemeinen Reichs-Eisenbahngesetzes, welcher mit anderen noch nicht spruchreifen Fragen zusammenhängt, nicht abgewartet werden kann. Die gesonderte Ordnung des Tarifwesens unterliegt keinem Bedenken, da dasselbe ohnehin eine getrennte Materie auf dem Gebiete der Eisenbahngesetzgebung bildet und einer unabhängigen Behandlung fähig ist.

Indem daher Fürst Bismarck die Reform des Eisenbahn-Tarifwesens bei dem Bundesrathe anregt, glaubt derselbe nur an der Erfüllung einer Pflicht mitzuarbeiten, welche der Gesetzgebung des Reiches, der Nation gegenüber, obliegt.

Die Eisenbahnen und die Landeswohlfahrt.

Rede des Handelsministers Maybach mit Bezug auf den Antrag der Kommission des Abgeordnetenhauses:

„die Staatsregierung aufzufordern, vom Ankauf von Vollbahnen unter den gegenwärtigen finanziellen und wirthschaftlichen Verhältnissen Abstand zu nehmen."

— — „Es ist wiederholt die Aufforderung an mich gerichtet, mit einem Programm hervorzutreten, mit einer Denkschrift, wie ich mir das Eisenbahnwesen und die Eisenbahnverwaltung in Zukunft geordnet denke. Indessen, meine Herren, was sind Programme? Wollen Sie ein Programm mit meinem Namen verbinden, so kann das allerdings insofern geschehen, als ich, so lange ich in der Eisenbahnverwaltung thätig bin — und das ist ein Vierteljahrhundert — niemals den Gedanken verleugnet habe, weil ich ihn eben aus der praktischen Anschauung als richtig erkannt habe, daß das, was man gewöhnlich unter Staatseisenbahnsystem versteht, für einen Staat wie Preußen das Richtige sei. Indessen die Modalitäten der Ausführung, das Tempo, der Umfang der Maßregeln, welche zur Ausführung dieses Gedankens zu ergreifen sind, werden sich, wie es bei praktischen Leuten natürlich nicht anders sein kann, nach Zeit und Umständen richten, und dabei wird ganz gewiß in erster Reihe mit die Finanzlage des Staats in Erwägung kommen. — — — —

Ich bringe den Passus der letzten Thronrede in Erinnerung, welcher lautet:

„Im Interesse der Landeswohlfahrt erweist sich eine kräftigere Zusammenfassung und Ordnung des Eisenbahnwesens, sowie die Ergänzung des vaterländischen Eisenbahnnetzes in verschiedenen Theilen des Staates als unerläßlich. Sofern, wie gehofft wird, die behufs demnächstiger Ueberführung wichtiger Aktien Eisenbahn-Unternehmungen in die Hände des Staats und für den Bau einiger besonders bringlicher Eisenbahnlinien eingeleiteten Vorarbeiten bei Zeiten zum Abschluß gelangen, wird Ihnen eine desfallsige Vorlage zugehen."

Dieser Passus bezeichnet den Standpunkt der Staatsregierung, welche an dem festhält, was sie im Jahre 1876 gelegentlich der Vorlage wegen Uebertragung des Eigenthumsrechts des preußischen Staats an das Reich ausgesprochen hat, nämlich daß sie, sofern das Reich auf die preußische Anerbietung nicht eingehen möchte, es für nothwendig halte, im eigenen Lande mit denjenigen Maßregeln vorzugehen, welche das eigene Interesse gebietet. Ich darf als bekannt

voraussetzen, daß der Gedanke, Reichseisenbahnen ins Leben zu führen in dem Umfange, wie sie das Gesetz vom 6. Juni 1876 ins Auge gefaßt hat, bei unseren verbündeten Regierungen nicht den Anklang gefunden hat, auf den man glaubte rechnen zu dürfen. Es liegt keinerlei Anlaß vor, nach irgend einer Seite einen Druck zu üben. Wir wollen ja alle Rücksicht nehmen auf die verbündeten Regierungen; indessen es wird uns nicht zu verdenken sein, daß wir uns in unserem Hause selbst vorläufig so einrichten, wie es unserem Interesse entspricht. Die Staatsregierung hat mit jenem Satz aussprechen wollen, und sie wiederholt es durch meinen Mund, und zwar in einem Beschluß, den das Staatsministerium gefaßt hat, daß sie die Durchführung des Staatseisenbahnsystems sich zur Aufgabe stellen will in demjenigen Umfange, welcher in jener Vorlage von 1876 bezeichnet worden ist, d. h. in Bezug auf die Hauptlinien des Eisenbahnnetzes.

Meine Herren, wie stehen denn die Dinge heute? Ich stimme dem, was hier gesagt worden: „wir haben in Bezug auf diese Frage nicht mehr freie Hand," vollkommen bei. Wir befinden uns in der That in dem Staatseisenbahnsystem, in dem Sinne, den ich vorhin bezeichnet habe; allerdings gebe ich zu, nicht in einem vollkommenen Staatseisenbahnsystem, sondern in einem, wenn ich den Ausdruck gebrauchen darf, verkrüppelten, und zwar nicht zum Nutzen weder der Staatsbahnen noch der Privatbahnen. Sie haben seiner Zeit die Zustimmung gegeben zur Ausführung der großen Linie von Berlin nach Wetzlar. Sie hatten ein Netz im Osten, Sie hatten ein Netz im Westen, welches durch die Staatsbahnen der einverleibten Länder verstärkt worden war. Es fehlte aber die richtige Verbindung; eine solche sollte hergestellt werden, und diese Verbindung war die Linie Berlin-Wetzlar. Sie ist damals bezeichnet worden als das Rückgrat des Systems, welches noch der Ausführung bedürfe. Es ist das richtig, es ist aber blos der Rückgrat, es fehlen noch die Rippen, vielleicht auch etwas Fleisch. Wenn Sie die Karte betrachten, so werden Sie finden, daß zwischen dem Staatseisenbahnnetz des Ostens und demjenigen des Westens, insofern sich die Richtung nach dem Unterrhein bewegt, eine sehr bedenkliche, übele Lücke sich befindet. Die Verbindung des östlichen und des westlichen Netzes empfiehlt sich aus technischen, wirthschaftlichen und finanziellen Gründen. — —

Wenn Sie mich nun fragen, ja wie denkt ihr denn mit dem Erwerb solcher Bahnen vorzugehen? Der Gedanke ist der, daß wir dem schwankenden Kredit solcher Gesellschaften den guten Kredit des Staats zu einem billigen Preise substituiren in Form einer Rente. Diese Rente würde nach der Auffassung der Regierung und nach den angestellten Erörterungen nicht allein kein Nachtheil sein für die Staatskasse, sondern sie würde bei vollster Rücksichtnahme auf die Verhältnisse der Aktionäre im Stande sein, dem Staat einen Vortheil zuzuführen, indem, wie gesagt, wirthschaftliche Ersparnisse ermöglicht werden, die nicht gering anzuschlagen sind, dadurch, daß wir z. B. Doppelbauten ersparen können.

Sie werden weiter fragen: wie kann man sich eine Organisation eines so großen Eisenbahnnetzes denken? Wir sinnen darüber nach, wie wir die Organisation der Staatsbahnen, nicht im Sinne der Centralisation, wenigstens nicht über das Maß hinaus, was für gewisse Gegenstände centralisirt werden muß, sondern im Sinne der Decentralisation zu bewirken gedenken. Wir wünschen Behörden zu haben, welche, mit den nöthigen Befugnissen ausgestattet, ein angemessenes Verkehrsgebiet in einfacher, beweglicher Weise leiten, — und das nicht allein, sie sollen in Bezug auf die Maßregeln, die sie im wirthschaftlichen Interesse ergreifen, Fühlung behalten mit den Bedürfnissen des Lebens, sie sollen nicht vom grünen Tisch aus regieren, sie sollen mit denjenigen Vertretern des Verkehrs, welche bei der Entwickelung des Eisenbahnwesens ein lebhaftes Interesse haben, in fruchtbringender Verbindung bleiben. — — —

Die Budgetkommission schlägt Ihnen nun vor, Sie sollen in den verschiedenen Resolutionen die Regierung auffordern, abzusehen unter den gegenwärtigen finanziellen und wirthschaftlichen Verhältnissen vom Erwerb von Vollbahnen. Zu

meine Herren, ich muß gestehen, daß dieser Antrag für den Handelsminister in gewisser Beziehung etwas Anmuthendes hat; er verheißt ihm eine gewisse Ruhe in den nächsten Jahren, und bei der Ueberlastung der jetzigen Zeit könnte ich mir ja schon diese Ruhe gefallen lassen. Allein, meine Herren, Ruhe auf diesem Gebiet ist Rückschritt: ich kann deshalb auf eine solche Ruhe nicht eingehen.

Die Vorbereitungen, welche von uns getroffen waren, um mit einer ausführlicheren Vorlage an das Hohe Haus zu treten, sind bisher zu meinem Bedauern noch nicht so weit gefördert, daß es möglich sein würde, namentlich bei dem vorgerückten Stande der Session, in dieser Session noch vor Sie gebracht zu werden.

An diese Vorlage würde sich allerdings geknüpft haben eine Vorlage über die Ausführung und Subventionirung verschiedener Sekundärbahnlinien, welche wir als den Ausbau des jetzigen Eisenbahnnetzes zur Wohlfahrt des Landes für erforderlich erachten; wir hegen die Hoffnung, aus den Mitteln, welche uns noch zu Gebote stehen, aus Ersparnissen und ebenso aus den Mitteln, welche uns durch den Erwerb von Privatbahnen und durch den Umstand, daß der Staat gerade durch solche Erwerbungen besondere Mittel zur Verfügung erhalten könnte, das Sekundärbahnwesen in Preußen erheblich zu fördern, sei es, indem man Linien, für die andere Unternehmer mit Rücksicht auf die geringe Leistungsfähigkeit der betreffenden Landestheile sich nicht finden, für Staatsrechnung unter Beihülfe der Interessenten baut, sei es, indem man eine Subvention an Privatunternehmer gewährt, die den Interessenten es möglich macht, die betreffenden Sekundärbahnlinien zur Ausführung zu bringen.

Die aus allen Theilen des Landes nicht blos an mich, sondern schon an meinen Vorgänger in großer Menge gelangten Anträge beweisen mir, wie sehr das Land das Bedürfniß hat, solcher Verkehrswege theilhaftig zu werden. Wir haben uns bemüht, mit den Ressorts des Reichs — mit der Post- und Telegraphenverwaltung und mit der Militärverwaltung — uns zu verständigen über diejenigen Erleichterungen, welche wir zur Förderung des Sekundärbahnwesens glauben in Anspruch nehmen zu müssen. Diese Verständigung ist gelungen; wir haben eine feste Basis für die Zukunft gewonnen.

Wenn die Regierung ausspricht, daß sie in dem vorhin angedeuteten Sinne sich dem Staatseisenbahnsystem zuwendet, so befindet sie sich, wie ich glaube, im Einklang mit den besten Traditionen der preußischen Verwaltung, mit dem ganzen bisherigen Gange der Gesetzgebung, mit der Entwickelung des Eisenbahnwesens und auch mit der Haltung dieses Hohen Hauses selbst. Gestatten Sie mir, meine Herren, zu diesem Zwecke einen kurzen Rückblick auf den Verlauf der Entwickelung unseres Eisenbahnwesens, namentlich auch in Bezug auf die Gesetzgebung.

(Nach einem Rückblick auf die wichtigsten Thatsachen und Aeußerungen bis zu dem Berichte der Eisenbahn-Untersuchungskommission von 1873, welcher sich entschieden im Sinne der oben bezeichneten Eisenbahnpolitik aussprach, fuhr der Minister fort:)

Nun sind Bedenken verschiedener Art ausgesprochen worden, wenn auch nicht gerade gegen das Prinzip, so doch gegen die Opportunität. Man sagt, sind denn die jetzigen Zeiten geeignet für solche großen Unternehmungen? ist nicht die wirthschaftliche, die finanzielle Lage des Landes so, daß wir abstehen müssen von allen weiteren Engagements? Meine Herren, die Staatsregierung ist nicht dieser Meinung, wirthschaftlich nicht, weil, wenn wir etwas nothwendig haben, wir gerade bedürfen einer Verbesserung unseres Eisenbahntransportwesens, im Interesse unserer Industrie, unserer Produktion, um konkurrenzfähig zu sein, — wir bedürfen billiger und gut eingerichteter Transportwege, und da gerade kann die Erweiterung des Staatseisenbahnsystems ganz außerordentlich nützliche Dienste leisten. Die Zusammenfassung desselben, die Möglichkeit, Einrichtungen zu treffen auf großen Strecken, ein großer Nutzen, wird es uns in den Stand setzen, für die Zukunft Einrichtungen zu treffen,

welche dem Verkehr durch billige und gut eingerichtete Transportwege eine recht nöthige Erleichterung verschafft.

Sie sagen nun aber, ja die bisherigen Finanzresultate der Staatsbahnen sind doch zu betrübend, sie sind belastend für den Staat, sie enthalten eine Belastung der Steuerzahler. Ihre Kommission hat Ihnen ausgerechnet, daß die Staatsbahnen in der vollen Ausdehnung sich sogar nur mit 3,8 pCt. verzinsen werden. Diese Berechnung kann ich doch nicht anerkennen. Ich habe auch Berechnungen anstellen lassen, diese schließen mit anderen Resultaten. Es stellt sich danach heraus, daß der gesammte Ueberschuß der Staats-Eisenbahnen vom Jahre 1852 bis inklusive 1877—78, nach Abzug der Verzinsung der darauf verwendeten Anleihen und der Tilgung, noch ein Ueberschuß verblieben ist, der an die Staatskasse hat abgeführt werden können von über 140 Millionen Mark. Sie werden mir zugeben, daß, so betrachtet, das Resultat doch kein so übles ist.

Ich will noch eine andere Berechnung geben, welche die Summen enthält, die 1873 bis 1878 für das Eisenbahnwesen im Ganzen zur Verwendung gekommen sind: die Rechnung stellt sich so, daß noch immerhin ein Ueberschuß des Eisenbahnwesens verbleibt, der der Staatskasse zur Erleichterung der Steuerzahler baar zugeflossen ist, von 235 Millionen Mark.

— — War etwa die Anlage der Kriegskontribution in Staatseisenbahnen eine schlechte? Wenn wir aus der Kriegskontribution Linien hergestellt haben und noch herstellen, welche das Land melioriren, welche die Steuerkraft heben, welche die Vertheidigungsfähigkeit des Landes bessern, haben wir dann die Kriegskontribution etwa schlecht angewendet? Ich glaube, meine Herren, wir hätten kaum einen besseren Zweck finden können.

Ich möchte nach allem dem auf das dringendste bitten, für welche Resolution Sie sich auch entscheiden mögen, daß Sie sich in einem Sinne aussprechen, der für uns, für die Regierung ermuthigend ist auf dem Wege, den sie beschritten hat, daß Sie uns vor der, ich kann sagen, Kalamität bewahren, von dem Wege, der nun einmal mit Ihrer Zustimmung betreten ist, wiederum auf einen anderen einzulenken. Es ist ja ein Uebelstand, daß in der preußischen Eisenbahnpolitik wiederholt ein Schwanken vielleicht bemerkbar gewesen; dieses Schwanken dürfen wir aber nicht weiter fortsetzen, wir schädigen damit das Land. Will die Majorität dieses Hauses, die 1876 der Regierung auf dem betretenen Wege ihren Beifall gewährt hat, dazu übergehen, jetzt eine Schwenkung vorzunehmen, meine Herren, die Regierung macht sie nicht mit. Für mich selbst würde immer der Gedanke werthvoll sein, wenn ich nicht unterstützt werde durch die Zustimmung, sei es dieses Hohen Hauses, sei es des folgenden, an welches die betreffenden Vorlagen gelangen, daß ich wenigstens das Gute erstrebt habe, daß ich mir bewußt bin, was ich will, und daß ich mich schließlich mit dem Worte werde trösten müssen: in magnis voluisse sat est.

Zur Frage der Eisenbahntarife.

(„Provinzial-Correspondenz“ vom 26. März.)

Zur Vorbereitung der Beschlußnahme über diesen Präsidial-Antrag hielt der Kanzler es für förderlich, den Versuch zu machen, vor dem Eintritt in die verfassungsmäßige Geschäftsbehandlung, zwischen den hohen Regierungen, welche durch den Besitz von Staatsbahnen direkt betheiligt sind, eine freie Verständigung über die Behandlung des Antrages herbeizuführen. Der dankenswerthen Zustimmung der betreffenden Regierungen zu diesem Vorschlage ist eine Konferenz gefolgt, welche unter Theilnahme von Vertretern der Regierungen von Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Oldenburg und der Reichs-Eisenbahnverwaltung stattgefunden hat. Ueber das Ergebniß dieser Vorverhand-

lungen ist dem Bundesrathe im Anschluß an das Konferenzprotokoll eine weitere Mittheilung des Reichskanzlers folgenden Inhalts zugegangen:

Ungeachtet allen, bei den ersten Erwägungen einer umfassenden Reform, natürlichen Meinungsverschiedenheiten, tritt nach dem Gesammteindruck der im Protokolle niedergelegten Auffassungen und Vorschläge aus der Vorbesprechung die Neigung entgegen, den dem Präsidialantrage zu Grunde liegenden Bestrebungen entgegenzukommen.

Dieselben zielen darauf ab: 1. das gesammte Gütertarifwesen nach möglichst gleichartigen Grundsätzen gemeinsam zu ordnen; 2. die im Interesse des Verkehrs unentbehrliche Klarheit und Uebersichtlichkeit in der Tarifirung zu schaffen und zu sichern; 3. gesetzlichen Schutz dafür zu gewähren, daß die deutschen Eisenbahnen in erster Linie nicht fremdländischen Verkehrsinteressen dienstbar werden, sondern, ihrer Bestimmung bei der Anlage entsprechend, vorzugsweise dem deutschen Verkehr, der deutschen Produktion und dem Absatz der Erzeugnisse der letzteren förderlich werden.

In letzterer Beziehung wird es als eine Aufgabe des Tarifgesetzes anzusehen sein, Uebelständen, wie sie, in Schädigung deutscher Interessen, durch mißbräuchliche Anwendung der Differentialtarife zu Gunsten des Auslandes hervorgerufen sind, nachhaltig vorzubeugen und für den Verkehr von und nach der deutschen Grenze Bestimmungen vorzusehen, welche eine willkürliche Begünstigung des Auslandes gegen das Inland ausschließen.

Der Reichskanzler hat den Antrag vom 7. Februar unter dem Eindruck gestellt, daß bisher im Betriebe der deutschen Bahnen das Streben nach finanziellen Erträgen die Aufgabe der Förderung der volkswirthschaftlichen Interessen zu weit in den Hintergrund drängt und daß die nationalen Verkehrsinteressen dem Siege in einer Konkurrenz geopfert werden, welche auf die Dauer den soliden und regelmäßigen Betrieb der Bahnen selbst gefährdet, jedenfalls aber die Landesinteressen schädigt, für deren Förderung die Bahnen von den Regierungen gebaut oder privilegirt worden sind. Er glaubt nicht zu irren, wenn er annimmt, daß bisher die Frachten für die Einfuhr fremder Erzeugnisse im Durchschnitt wohlfeiler sind, als diejenigen für die Ausfuhr inländischer oder für deren Transport von einem deutschen Orte zum andern. Die Einfuhrprämien, die auf diesem Wege dem Auslande gewährt werden, die hohe Belastung des inneren deutschen Verkehrs im Vergleich mit dem des Auslandes nach und durch Deutschland, die Nachtheile, unter denen die deutsche Ausfuhr nach Westen unter den hohen Tarifen leidet, die sie im Vergleich mit der wohlfeiler beförderten Durchfuhr von Osten nach Westen zu tragen hat, lasten schwer auf unserm Wohlstande. Die früher so beträchtliche deutsche Ausfuhr nach West- und Südeuropa erliegt der Konkurrenz der osteuropäischen Durchfuhr in Folge der Begünstigung der letzteren durch die Differentialtarife deutscher Bahnen.

In der Aufgabe der verbündeten Regierungen liegt es, diesen Uebelständen nach Möglichkeit abzuhelfen und durch Reform dahin zu streben, daß deutsche Güter auf deutschen Bahnen unter allen Umständen mindestens ebenso günstig behandelt und nicht theurer gefahren werden als fremde.

Dieses ist eines der wesentlichsten und im wirthschaftlichen Interesse das dringlichste unter den Resultaten, welche bei der Verhandlung über den Antrag auf gesetzliche Regelung der Tarifverhältnisse zu erstreben sein werden.

18. Der kirchliche Frieden.

1878. 7. Februar. Papst Pius IX. stirbt.

(„Provinzial-Correspondenz“ vom 13. Februar.)

Pius IX. ist am 7. Februar 1878 gestorben, — der erste Papst, der auf Grund eines neuen Lehrsatzes der katholischen Kirche den Anspruch persönlicher Unfehlbarkeit geltend machte, — der letzte Papst, der zugleich weltlicher Herrscher war.

In diesen beiden Thatsachen ist die große, weltgeschichtliche Bedeutung der Herrschaft des Papstes Pius IX. begriffen; — wenn noch hinzugefügt wird, daß unter keinem seiner Vorgänger die Ereignisse und Entwickelungen, welche den heiligen Stuhl berührten, oder von demselben ausgingen, in höherem Maße in der Person des Papstes selbst ihren Mittelpunkt hatten, als unter Pius, so ist es erklärlich, daß die Kunde von dem Hingange desselben, so lange sie nach dem Laufe der menschlichen Dinge schon erwartet werden mußte, einen tiefen und erschütternden Eindruck macht selbst inmitten der gewaltigen und spannenden Ereignisse, welche in diesem Augenblicke die Welt bewegen und erregen.

Im Sinne und Geist des Verstorbenen waren die beiden Seiten der päpstlichen Herrschaft, die weltliche und die geistliche, grundsätzlich eng verbunden, und inmitten der Entwickelung, welche zu dem gänzlichen Verluste der weltlichen Herrschaft führte, sprachen die auf feierlichen Anlaß versammelten Bischöfe, im Sinne des Papstes aus: „Wir erkennen an, daß die weltliche Herrschaft des heiligen Stuhles eine Nothwendigkeit und durch den deutlichen Willen der göttlichen Regierung eingesetzt ist. Wir erklären unbedenklich, daß diese Herrschaft für das Heil der Kirche und für die freie Führung der Seelen unerläßlich ist.“

Daß der Verlust dieser unerläßlichen Herrschaft dennoch grade unter diesem eifrigen und thatkräftigen Papste eintrat, hat auf sein weiteres Verhalten auch in geistlichen Dingen den verschiedenen weltlichen Mächten gegenüber unzweifelhaft einen großen Einfluß geübt: die Hoffnung, den einen oder anderen Staat als Stütze für die Wiedergewinnung jener Herrschaft willig zu machen, war wesentlich maßgebend auch für die geistlichen Beziehungen.

Inwieweit freilich das weltliche Regiment in Wahrheit für die Leitung der Seelen nach den Grundsätzen der katholischen Kirche unentbehrlich ist, inwieweit der Verlust jener Herrschaft auch das geistliche Ansehen der Päpste zu beeinträchtigen vermag, das wird sich erst unter seinen Nachfolgern bestimmter zeigen können; denn Pius selbst stand, als der Verlust eintrat, bereits in so hohem und gewaltigem kirchlichen Ansehen, daß seine geistliche Stellung jener äußeren Stütze gewiß nicht mehr bedurfte.

Man hat vielfach die Verkündigung der Unfehlbarkeit und die darin enthaltene Erhöhung des geistlichen Ansehens des Papstes als einen Ersatz für den Verlust der weltlichen Regierung bezeichnet und auf die innere Festigung des bei

Weitem größten Theils der katholischen Welt hingewiesen; aber es fragt sich doch, ob die Zustände und Entwickelungen, welche durch das Vaticanische Konzil herbeigeführt worden sind, auf die Dauer zur inneren Stärkung oder nicht vielmehr zur Schwächung der katholischen Kirche führen werden. Auch in dieser Beziehung sind die bisherigen vermeintlichen Erfahrungen schwerlich von durchgreifend maßgebender Bedeutung; denn auch hierbei hat die große persönliche Verehrung und gewaltige Autorität, welche Pius IX. in den weitesten katholischen Kreisen genoß, unbedingt einen sehr bedeutenden Einfluß geübt.

Erst die Zukunft wird erkennen lassen, ob Pius IX. in einer Herrschaft, welche länger gewährt hat, als die irgend eines Papstes vor ihm, mit seinem gewaltigen Kämpfen und Ringen wirklich erreicht hat, was er für das Papstthum und für die Kirche erstrebte.

Fern sei es, in diesem Augenblicke die schweren Kämpfe und Zerwürfnisse zu betonen, welche aus der erwähnten Gestaltung der römischen Kirchenverhältnisse gerade für Deutschland in den Beziehungen zwischen Staat und Kirche entstanden sind. Es wäre müßig, irgend welche Vermuthungen darüber aufzustellen, ob auf den „kriegerischen" Papst diesmal ein „friedlicher" Papst folgen werde: es fehlen alle sicheren Anhaltspunkte, um die Entscheidung der Kardinäle, welche sich in nächster Woche im Konklave zur Papstwahl vereinigen, vorherzusehen.

Das Eine steht jedoch fest: wie immer die Papstwahl ausfallen möge, die kirchliche Gesetzgebung, zu welcher Preußen und das Deutsche Reich sich in den letzten Jahren veranlaßt gesehen haben, giebt die Bürgschaft, daß die staatlichen Interessen und Erfordernisse unter allen Umständen gewahrt werden.

3. März. Wahl und Krönung des Papstes Leo XIII.

Franchi (gemäßigt) Staatssekretär.

Schreiben des Kaisers und des Kronprinzen an den Papst.

Ueber den Schriftwechsel, welcher Seitens unseres Kaisers und neuerdings des Kronprinzen mit dem Papst Leo XIII. stattgefunden hat, berichtet der „Reichs und Staatsanzeiger" Folgendes:

Die Benachrichtigung von Seiner Erhebung auf den Päpstlichen Stuhl, in welcher Seine Heiligkeit der Papst Leo XIII. zugleich sein Bedauern darüber ausspricht, nicht die guten Beziehungen vorzufinden, welche einst zwischen Preußen und dem päpstlichen Stuhl bestanden hätten, ist von Sr. Majestät durch folgendes Schreiben beantwortet worden:

Berlin, den 24. März 1878.

Guilielmus Dei Gratia Imperator et Rex Leoni XIII., Summo Ecclesiae Romano-Catholicae Pontifici Salutem. (Wilhelm von Gottes Gnaden Kaiser und König bietet Leo XIII., dem Haupt der römisch-katholischen Kirche, seinen Gruß.)

Ich habe das Schreiben vom 20. v. M., durch welche Ew. Heiligkeit mich von Ihrer Erhebung auf den Päpstlichen Stuhl in Kenntniß zu setzen die Güte haben, durch Vermittelung der verbündeten Regierung Sr. Majestät des Königs von Bayern mit Dank erhalten. Ich beglückwünsche Sie aufrichtig dazu, daß die Stimmen des heiligen Kollegiums sich auf Ihre Person vereinigt haben und wünsche Ihnen von Herzen eine gesegnete Regierung der Ihrer Obhut anvertrauten Kirche.

Ew. Heiligkeit heben mit Recht hervor, daß Meine katholischen Unterthanen gleich den anderen der Obrigkeit und ihren Gesetzen die Folgsamkeit beweisen, welche den Lehren des gemeinsamen christlichen Glaubens entspricht. Ich darf in Anknüpfung an den Rückblick, den Ew. Heiligkeit auf die Vergangenheit werfen, hinzufügen, daß Jahrhunderte hindurch der christliche Sinn des deutschen Volkes den Frieden im Lande und den Gehorsam gegen dessen Obrigkeit treu bewahrt hat und für die Sicherstellung dieser werthvollen Güter auch für die Zukunft Bürgschaft leistet.

Gern entnehme ich den freundlichen Worten Ew. Heiligkeit die Hoffnung, daß Sie geneigt sein werden, mit dem mächtigen Einfluß, welchen die Verfassung Ihrer Kirche Ew. Heiligkeit auf alle Diener derselben gewährt, dahin zu wirken, daß auch diejenigen unter den Letzteren, welche es bisher unterließen, nunmehr dem Beispiel der ihrer geistlichen Pflege befohlenen Bevölkerung folgend, den Gesetzen des Landes, in dem sie wohnen, sich fügen werden.

Ich bitte Ew. Heiligkeit, die Versicherung Meiner größten Hochachtung genehmigen zu wollen.

Guilielmus Imperator et Rex.

ggz. von Bismarck.

Nachdem der Papst in einer Erwiderung vom 17. April der Hoffnung auf Erneuerung des früher bestandenen guten Einvernehmens wiederholt Ausdruck gegeben, und als Mittel zur Erreichung desselben die Abänderung verschiedener in Preußen bestehender gesetzlicher und verfassungsmäßiger Bestimmungen bezeichnet hatte, hat Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz nachstehendes Schreiben an Se. Heiligkeit gerichtet:

Berlin, den 10. Juni 1878.

Ew. Heiligkeit für die auf Anlaß des Attentates vom 2. d. M. bewiesene Theilnahme Selbst zu danken, ist der Kaiser, Mein Herr Vater, leider noch nicht im Stande; gern lasse Ich es daher eine Meiner ersten Obliegenheiten sein, an Seiner Statt Ihnen für den Ausdruck Ihrer freundlichen Gesinnung aufrichtig zu danken.

Der Kaiser hatte mit Beantwortung des Schreibens Ew. Heiligkeit vom 17. April gezögert in der Hoffnung, daß vertrauliche Erläuterungen inzwischen die Möglichkeit gewähren würden, auf den schriftlichen Ausdruck prinzipieller Gegensätze zu verzichten, welcher sich bei Fortsetzung des Schriftwechsels im Sinne des Schreibens Ew. Heiligkeit vom 17. April nicht vermeiden läßt. Nach Inhalt des letzteren muß Ich leider annehmen, daß Ew. Heiligkeit die in dem Schreiben Meines Herrn Vaters vom 24. März ausgedrückte Hoffnung nicht glauben erfüllen zu können, daß Ew. Heiligkeit den Dienern Ihrer Kirche den Gehorsam gegen die Gesetze und gegen die Obrigkeit ihres Landes empfehlen würden.

Dem dagegen in Ihrem Schreiben vom 17. April ausgesprochenen Verlangen, die Verfassung und die Gesetze Preußens nach den Satzungen der römisch-katholischen Kirche abzuändern, wird kein preußischer Monarch entsprechen können, weil die Unabhängigkeit der Monarchie, deren Wahrung Mir gegenwärtig als ein Erbe Meiner Väter und als eine Pflicht

gegen Mein Land obliegt, eine Minderung erleiden würde, wenn die freie Bewegung ihrer Gesetzgebung einer außerhalb derselben stehenden Macht untergeordnet werden sollte. Wenn es daher nicht in Meiner, und vielleicht auch nicht in Ew. Heiligkeit Macht steht, jetzt einen Prinzipienstreit zu schlichten, der seit einem Jahrtausend in der Geschichte Deutschlands sich mehr als in der anderer Länder fühlbar gemacht hat, so bin Ich doch gern bereit, die Schwierigkeiten, welche sich aus diesem von den Vorfahren überkommenen Konflikte für beide Theile ergeben, in dem Geiste der Liebe zum Frieden und der Versöhnlichkeit zu behandeln, welcher das Ergebniß Meiner christlichen Ueberzeugungen ist. Unter der Voraussetzung, Mich mit Ew. Heiligkeit in solcher Geneigtheit zu begegnen, werde Ich die Hoffnung nicht aufgeben, daß da, wo eine grundsätzliche Verständigung nicht erreichbar ist, doch versöhnliche Gesinnung beider Theile auch für Preußen den Weg zum Frieden eröffnen werde, der anderen Staaten niemals verschlossen war.

Genehmigen Ew. Heiligkeit den Ausdruck Meiner persönlichen Ergebenheit und Verehrung.

Friedrich Wilhelm, Kronprinz.
ggz. von Bismarck.

August. Besprechungen des Fürsten Bismarck mit dem Cardinal Masella.

Fürst Bismarck und der kirchliche Frieden.

(„Provinzial-Correspondenz" vom 14. August.)

Die Nachricht, daß der Reichskanzler Fürst Bismarck in Kissingen wiederholt Besprechungen mit dem päpstlichen Nuntius in München gehabt hat, ist in den letzten vierzehn Tagen Gegenstand lebhafter Erörterungen in der Presse gewesen: es lag auf der Hand, daß es sich bei der Zusammenkunft um eine zunächst vertrauliche Verständigung über die möglichen Wege zur Anbahnung des kirchlichen Friedens handeln mußte, und es konnte nicht fehlen, daß sich an die Thatsache solcher Besprechungen die mannigfachsten Vermuthungen und Gerüchte knüpften, an denen selbstverständlich die Stellung und Wünsche der Parteien in Bezug auf die kirchliche Politik einen wesentlichen Antheil haben.

Kein Verständiger wird erwartet haben oder in diesem Augenblicke erwarten, daß über den Inhalt und den Verlauf jener vertraulichen Erörterungen alsbald Näheres in die Oeffentlichkeit gebracht werde: der sicherste Weg, jede Aussicht auf Erfolg im voraus zu vereiteln, wäre die Hereinziehung der Parteien mit ihren Leidenschaften. Diejenigen, welche am lautesten verlangen, daß die Oeffentlichkeit über den Gang und Stand der Verhandlungen unterrichtet werde, gehören zu denjenigen politischen Kreisen, welche das geringste wirkliche Interesse für das Gelingen eines Friedenswerkes haben.

Wenn hier auf die Angelegenheit überhaupt schon mit einigen Worten eingegangen wird, so geschieht es lediglich in der Absicht, dem von einem Theil der Presse geflissentlich verbreiteten Irrthum entgegenzutreten, als liege in dem Einlassen auf Verhandlungen an und für sich eine Verleugnung der Seitens der Regierung bisher verkündeten grundsätzlichen Auffassung ihrer Aufgabe und Pflicht in Bezug auf die kirchliche Politik: es kommt darauf an, von vornherein festzustellen, daß Fürst Bismarck, wenn er an seinem Theile ernst und gewissenhaft die Hand zum Frieden bietet, damit nur erfüllt, was

er inmitten des lebhaftesten Kampfes jeder Zeit klar und bestimmt verkündet hatte.

In derselben Rede, in welcher der Reichskanzler das berühmte Wort sprach: „Seien Sie außer Sorge, — nach Kanossa gehen wir nicht," — fügte er unmittelbar darauf hinzu:

„Die Regierungen des Deutschen Reiches suchen emsig, suchen mit der ganzen Sorgfalt, die sie ihren katholischen wie ihren evangelischen Unterthanen schulden, nach den Mitteln, um in einer möglichst friedlichen, in einer die konfessionellen Verhältnisse des Reichs möglichst wenig erschütternden Weise aus dem jetzigen Zustande in einen annehmlicheren zu gelangen." Im Laufe der Rede gab er noch einmal dieser Ueberzeugung und Absicht Ausdruck: „die Regierung schuldet den katholischen Mitbürgern, daß sie nicht müde werde, die Wege aufzusuchen, auf denen die Regelung der Grenze zwischen der geistlichen und der weltlichen Gewalt, der wir im Interesse unseres inneren Friedens absolut bedürfen, in der schonendsten und konfessionell am wenigsten verstimmenden Weise gefunden werden können."

Dieselbe Gesinnung wie damals beim Beginn des Kampfes hat Fürst Bismarck auch in den späteren Stadien desselben immer wieder bekundet.

In einer Rede vom Jahre 1875, in welcher er zunächst nachwies, daß durch die Veränderung der katholischen Kirchenverfassung in Folge der vatikanischen Beschlüsse die Bürgschaften weggefallen seien, welche der preußische Staat früher für die Beachtung der staatlichen Rücksichten Seitens der katholischen Geistlichkeit zu besitzen geglaubt habe, — erklärte er weiter: Der kirchliche Friede hänge davon ab, daß zuvor unsere Gesetzgebung von den Fehlstellen gereinigt sei, mit denen sie seit 1840 in allzu großem Vertrauen unwirksam geworden sei. Es sei gewissermaßen Bresche in die für den allgemeinen Frieden des Staats nothwendigen Bestimmungen gelegt. Diese Bresche müsse überschüttet und ausgefüllt werden.

„Sobald das geschehen ist", fügte der Kanzler hinzu, „werde ich kein eifrigeres Bemühen haben, als den Frieden, selbst mit dem Centrum, namentlich aber mit dem sehr viel mäßiger gesinnten römischen Stuhle zu suchen, und ich hoffe ihn dann auch mit Gottes Hülfe zu finden, — denselben Frieden, unter dem unsere Väter Jahrhunderte lang in einem starken Staate und geschützt in diesem starken Staate durch unsere Dynastie mit einander in konfessioneller Einigkeit gelebt haben." —

Der Kanzler begründete seine Hoffnung demnächst noch weiter mit den Worten:

„Wie uns die Geschichte kriegerische Päpste und friedliche, fechtende und geistliche zeigt, so hoffe ich, wird doch auch wieder einmal demnächst die Reihe an einen friedliebenden Papst kommen, und mit dem sich Friede schließen lassen wird. Daranf ist meine Hoffnung gerichtet und dann hoffe ich wiederum einen Antonelli zu finden, der einsichtsvoll genug ist, um dem Frieden mit der weltlichen Macht entgegen zu kommen."

Nun denn: die Hoffnung auf einen friedlichen Papst schien mit der Einsetzung Leo's XIII. in Erfüllung gehen zu sollen, und in dem (leider so eben verstorbenen) Kardinal-Staatssekretär Franchi schien auch die versöhnliche und einsichtsvolle Gesinnung Antonelli's wieder zur Geltung zu gelangen.

Die jüngst veröffentlichten Schreiben unseres Kaisers und des Kronprinzen haben bezeugt, daß die Hoffnung auf eine friedliche Verständigung schon bald nach der Erhebung Leo's XIII. auf den päpstlichen Stuhl wieder zur Anregung kam.

Das Schreiben des Kronprinzen vom 10. Juni d. J. schloß mit den Worten: „Wenn es nicht in Meiner, und vielleicht auch nicht in Ew. Heiligkeit Macht steht, jetzt einen Prinzipienstreit zu schlichten, der seit einem Jahrtausend in der Geschichte Deutschlands sich mehr als in der anderer Länder fühlbar gemacht hat, so bin Ich doch gern bereit, die Schwierigkeiten, welche sich aus diesem von den

Vorfahren überkommenen Konflikte für beide Theile ergeben, in dem Geiste der Liebe zum Frieden und der Versöhnlichkeit zu behandeln, welcher das Ergebniß Meiner christlichen Ueberzeugungen ist. Unter der Voraussetzung, mich mit Ew. Heiligkeit in solcher Geneigtheit zu begegnen, werde ich die Hoffnung nicht aufgeben, daß da, wo eine grundsätzliche Verständigung nicht erreichbar ist, doch versöhnliche Gesinnung beider Theile auch für Preußen den Weg zum Frieden eröffnen werde, der anderen Staaten niemals verschlossen war."

Wenn in dem Geiste dieses Schreibens und der in demselben bezeichneten Voraussetzungen Fürst Bismarck jetzt in vorbereitende Erörterungen mit einem Vertrauensmann des Papstes über die möglichen ersten Schritte zur Anbahnung eines Ausgleichs auf dem Boden der Thatsachen eingetreten ist, so steht dies nach obigen Andeutungen in vollem Einklange mit seiner bisherigen Gesammtauffassung der kirchlichen Aufgaben der Regierung.

Ob und inwieweit sein aufrichtiges Streben zum Ziele führen mag, das hängt nicht von ihm allein ab.

Franchi stirbt. Cardinal Nina wird Staatssekretär.

27. August. Schreiben des Papstes an den Cardinal Nina.

(„Provinzial-Correspondenz" vom 2. October.)

Papst Leo XIII. hat an den Kardinal Nina ein Schreiben gerichtet, um ihm beim Antritt des neuen Amtes seine Gedanken über die wichtigsten Aufgaben der nächsten Zeit zu erkennen zu geben. Der Papst erwähnt, daß er gleich im Beginn seiner Herrschaft die Blicke auf die Lage und Bedürfnisse der Völker gerichtet und sich auch an diejenigen, welche die Geschicke der Nationen leiten, gewandt habe, um sie dringend aufzufordern, in diesen Zeiten, wo es so sehr noththue, die kräftige Stütze, welche ihnen die Kirche darbiete, nicht zurückzuweisen. Es heißt dann in Bezug auf die Beziehungen zu Deutschland:

„Es ist Ihnen wohl bekannt, Herr Kardinal, daß Wir, um diesem Antriebe Unseres Herzens Folge zu leisten, Uns auch an den mächtigen Kaiser der edlen deutschen Nation, welche wegen der den Katholiken geschaffenen schwierigen Lage ganz besonders Unsere Fürsorge erheischte, gewendet haben. Dieses Wort, einzig und allein von dem Wunsche eingegeben, Deutschland den religiösen Frieden wiedergegeben zu sehen, fand eine günstige Aufnahme von Seite des erhabenen Kaisers und hatte das erfreuliche Ergebniß, daß es zu freundschaftlichen Unterhandlungen führte, bei denen es nicht unsere Absicht war, zu einem einfachen Waffenstillstand zu gelangen, welcher den Weg zu neuen Konflikten offen ließe, sondern nach Entfernung der Hindernisse einen wahren, soliden und dauerhaften Frieden zu schließen. Die Wichtigkeit dieses Zieles, das von der hohen Weisheit jener, welche die Geschicke jenes Reiches in ihren Händen haben, richtig erwogen wurde, wird dieselben, wie Wir vertrauen, dahin führen, Uns die Freundeshand zu reichen, um es zu erlangen. Die Kirche würde ohne Zweifel glücklich sein, bei jener edlen Nation den Frieden wiederhergestellt zu sehen, aber auch das Reich würde darüber nicht weniger glücklich sein und würde, nachdem die Gewissen beruhigt sind, in den Söhnen der katholischen Kirche wie ehedem seine treuesten und hochherzigsten Unterthanen finden."

Diese Kundgebung bestätigt von Neuem in erfreulicher Weise den ernsten Willen des Papstes Leo für die Wiederherstellung des kirchlichen Friedens, sowie die Ueberzeugung desselben, daß ein gleiches Streben auf Seiten der deutschen Regierung besteht.

Mit dieser Stellung des Papstes aber steht in schroffem und höchst auffallendem Widerspruche die Haltung, welche die ultramontane Presse jenen friedlichen Absichten und Aussichten gegenüber beobachtet.

Der kirchliche Frieden und die Centrumspartei.

(„Provinzial-Correspondenz“ vom 6. November.)

Seit den ersten Nachrichten aus Kissingen über die Besprechungen, welche der deutsche Reichskanzler dort mit dem päpstlichen Nuntius in München, Masella, gehabt hat und in welchen man allseitig einen ersten Versuch vertraulicher Verständigung über die möglichen Wege zur Anbahnung des kirchlichen Friedens erblickte, — ist Angesichts dieser Friedensaussicht die Haltung keiner anderen Partei so eigenthümlich und befremdlich gewesen, wie die des ultramontanen Centrums, in der Presse sowohl wie im Parlament.

Die Möglichkeit des Friedens, der Wunsch und das Streben nach Anbahnung desselben hätte ja, so sollte man glauben, auf keiner Seite freudiger begrüßt werden sollen, als in den katholischen Kreisen: je tiefer in denselben die Nachtheile des Kampfes für das kirchliche Leben und Interesse empfunden, in je lebhafteren Farben der Druck der vermeintlichen Verfolgung, die Wirkungen der Zerrüttung in den Diözesen und Gemeinden geschildert wurden, um so aufrichtiger müßte doch jeder Hoffnungsstrahl einer Aenderung dieser traurigen Zustände begrüßt werden. Auch dürfte man gerade auf Seiten der Ultramontanen das volle Vertrauen zu der Weisheit, Umsicht und Festigkeit des Papstes und seiner Vertrauensmänner erwarten, daß sie die Hand zum Frieden und selbst zu Verhandlungen gewiß nicht bieten würden, wenn sie nicht an die Möglichkeit einer den wirklichen Interessen der katholischen Kirche entsprechenden Verständigung ernstlich glaubten.

Man wußte zumal, daß Erwägungen und Erörterungen über diese Möglichkeit zwischen dem Papst und dem Deutschen Kaiser schon seit der Erhebung Leo's XIII. auf den päpstlichen Stuhl stattgefunden hatten: wie wäre es denkbar gewesen, daß dieser einen seiner Vertrauten zu den Besprechungen mit dem deutschen Kanzler ermächtigt hätte, wenn er selbst nicht auf Grund des vorgängigen Meinungsaustausches eine gewisse Hoffnung auf günstigen Erfolg gehegt hätte.

Aber weder der Wunsch, noch die Hoffnung des Papstes auf kirchlichen Frieden schienen in der ultramontanen Partei in Deutschland irgend einen Wiederhall zu finden: ihre Wortführer ließen es sich vielmehr angelegen sein, den Glauben an die Möglichkeit eines Friedens mit der deutschen Regierung von vorn herein zu ersticken.

Um sich in dieser Beziehung nicht in offenen Widerspruch mit der Auffassung und dem Urtheil Roms zu setzen, wurde in den ultramontanen Blättern mit allem Eifer bestritten, daß die Anregung zu den vertraulichen Besprechungen von päpstlicher Seite ausgegangen sei, — es wurde behauptet, Fürst Bismarck habe die Verhandlungen lediglich zur Erreichung augenblicklicher politischer Zwecke angeknüpft.

Diese Behauptung wurde jedoch durch den Papst selber Lügen gestraft: in dem bekannten Schreiben an den Kardinal Nina sprach Leo XIII. aus, daß sein eigener Wunsch, Deutschland den religiösen Frieden wiedergegeben zu sehen, eine günstige Aufnahme auf Seiten des Deutschen Kaisers gefunden habe, und daß daran die weiteren freundschaftlichen Verhandlungen sich geknüpft haben. Der Papst bezeugte zugleich, daß die Wichtigkeit des Ziels von der Weisheit derer, welche die Geschicke des Deutschen Reiches in Händen haben, richtig gewürdigt werde. Er fügte hinzu: die Kirche würde glücklich sein, den Frieden in Deutschland wiederhergestellt zu sehen, — das Deutsche Reich aber würde, nachdem die Gewissen beruhigt worden, in den Söhnen der katholischen Kirche, wie in früherer Zeit, seine treuesten Unterthanen finden.

Nach dieser Kundgebung war es nicht mehr möglich, an dem Wunsche und Willen des Papstes selbst zu zweifeln, und seitdem sind die ultramontanen Wortführer in der That bemüht, alle Friedensliebe und alles Verdienst um die Friedensverhandlungen dem Papst allein zuzuschreiben. Angesichts seiner Aeußerung über

die richtige Würdigung seines Wunsches, die er auf Seite der deutschen Regierung gefunden, und Angesichts der Thatsache, daß er diese Aeußerung im August, mehrere Wochen nach den Kissinger Besprechungen gethan, hätte man erwarten dürfen, daß Katholiken, denen es mit der Ehrfurcht vor dem Papste und mit der Achtung vor seiner Erkenntniß und Weisheit Ernst ist, auch ihrerseits einiges Vertrauen zu dem redlichen Willen der deutschen Regierung gefaßt und die Hoffnung auf Wiedergewinnung des Friedens auf jede Weise gefördert hätten. Aber das Gegentheil ist in der ultramontanen Presse und auf Seiten der Führer des Centrums im Reichstage eingetreten: statt der Anerkennung des ernsten Willens, täglich neue Verdächtigungen und Schmähungen des Strebens des Reichskanzlers, statt einer Förderung der Friedenshoffnungen das immer erneute Bestreben, eine friedliche Lösung „mit dieser Regierung" als unmöglich darzustellen, — und zur Unterstützung dieser Behauptung die wiederholte Versicherung, daß die Verhandlungen thatsächlich abgebrochen seien.

Und in demselben Augenblicke, wo zwischen der päpstlichen Kurie und dem Deutschen Reiche vertrauensvolle Verhandlungen schweben, welche nach der Erwartung des Papstes auch das Ergebniß haben sollen, die Katholiken zu erneuter Bewährung ihrer Treue gegen Kaiser und Reich zu führen, in demselben Augenblicke geben die Ultramontanen im Reichstage das merkwürdige Schauspiel, daß die angeblich zuverlässigsten Vertheidiger von Altar und Krone, im Verein mit den entschiedensten Gegnern ihrer Auffassungen und Grundsätze, der Regierung den Arm zu lähmen suchen in dem unerläßlichen Kampfe gegen Bestrebungen, welche das Christenthum und die Kirche ebenso heftig anfeinden und bedrohen, wie Staat und Thron und die bürgerliche Gesellschaft, und welche von dem päpstlichen Stuhle jeder Zeit auf's Schärfste verurtheilt worden sind.

Dieses auffällige Verhalten ist nur erklärlich durch den Charakter, die Zusammensetzung und die Leitung der Centrumspartei, welche sich seit Jahren als Vertreterin der kirchlichen Interessen der deutschen Katholiken gebehrdet, in welcher aber in Wahrheit noch ganz andere, rein politische Gesichtspunkte maßgebend sind, die mit den wirklichen Interessen der römischen Kirche absolut Nichts gemein haben, deren leidenschaftliche Geltendmachung aber von vorn herein den kirchlichen Kampf verbittert und vergiftet und damit der katholischen Bevölkerung unsäglichen Schaden bereitet hat.

Die schlaue und künstliche Vermischung der ultramontanen Interessen mit denen des früheren (streng lutherischen) welfischen Fürstenhauses, die Leitung der ganzen Partei durch einen in allen Künsten und Wegen der Politik bewanderten ultramontanen Welfenführer hat die schweren und verhängnißvollen Verirrungen der Partei und das gehässige Treiben ihrer Presse herbeigeführt.

Fürst Bismarck hat auf die Gefahren, welche jene sonderbare Vermischung der Interessen in sich barg, vom ersten Augenblicke bestimmt hingewiesen. In der ersten Rede, welche er über die katholische Bewegung, über „die Mobilmachung der Partei" hielt (im Januar 1872), sagte er: bei der Rückkehr aus Frankreich habe er sich gefragt, ob dieses streitbare Korps mit der Regierung oder gegen die Regierung werde gehen wollen. Er sei zweifelhaft geworden, als er die Wahl der Führer gesehen habe, als ein so kampfbereites und streitbares Mitglied (wie der Abg. Windthorst) sofort an die Spitze trat, ein Mitglied, welches von Anfang an ungern und mit Widerstreben der preußischen Gemeinschaft beigetreten sei, das niemals durch seine Haltung bekundet habe, daß es diesen Widerwillen überwunden habe, ein Mitglied, von dem es zweifelhaft sei, ob ihm die Neubildung des Deutschen Reiches willkommen sei. Der Reichskanzler sagte dann weiter:

„Wie ich ferner gefunden habe, daß die Fraktion im Reichstage sich bereitwillig Elemente aneignete, deren fortdauernder prinzipieller Widerspruch gegen den preußischen Staat und gegen das Deutsche Reich notorisch war, Protestanten, die nichts mit dieser Partei gemein hatten, als die Feindschaft gegen das Deutsche Reich und Preußen, in ihre Mitte aufnahm, daß sie Billigung und Anerkennung

fand bei allen den Parteien, die, sei es vom nationalen, sei es vom revolutionären Standpunkt aus, gegen den Staat feindlich gesinnt — da bin ich mir immer klarer in der Besorgniß geworden, daß wir durch diese Partei zu der bedauerlichen Situation kommen würden, in der wir uns befinden."

Einige Zeit darauf wiederholte Fürst Bismarck dieselben Besorgnisse.

„Sie werden, rief er dem Centrum zu, zum Frieden mit dem Staate leichter gelangen, wenn Sie sich der welfischen Führung entziehen, und wenn Sie in Ihre Mitte namentlich welfische Protestanten nicht aufnehmen, die gar nichts mit Ihnen gemein haben, wohl aber das Bedürfniß haben, daß in unserm friedlichen Lande Streit entstehe, denn die welfischen Hoffnungen können nur gelingen, wenn Streit und Umsturz herrscht."

Die Centrumspartei aber hat den ihr von der welfischen Führung von Anbeginn aufgeprägten Charakter fort und fort beibehalten und ist je länger je mehr ein Sammelpunkt aller partikularistischen Feindschaft gegen Preußen und das deutsche Reich geworden: noch in den jüngsten Verhandlungen hat ein protestantisch-welfischer Anhänger des Centrums sich erdreistet, die Herrschaft unseres Königs in Hannover und die dadurch erzeugten Gefühle mit der früheren Fremdherrschaft Napoleons auf eine Linie zu stellen.

Bei solcher Gesinnung kann es nicht Wunder nehmen, wenn die politischen Führer der katholischen Fraktion und ihre Presse jede Hoffnung und Aussicht auf kirchlichen Frieden möglichst von sich weisen und Alles thun, was in ihren Kräften steht, um die Stimmungen immer auf's Neue zu verbittern und die Ausgleichung zu erschweren.

Dieses ränkevolle Treiben findet bereits auch in ernst katholischen Organen anderer Länder die gebührende Würdigung und Beleuchtung: eines der bedeutendsten kirchlichen Blätter in Frankreich knüpft an die Behauptung von dem Abbruch der Verhandlungen zwischen Rom und Berlin an, um auszuführen, daß allerdings „die systematisch feindselige Haltung des Centrums gegen ein konservatives Gesetz, das Bündniß des Centrums mit den Sozialisten im Reichstage" eine neue Gereiztheit habe erzeugen müssen; aber der deutsche Kanzler werde nicht die deutsche Geistlichkeit für die Haltung des Centrums verantwortlich machen — er könne über den Kopf des Centrums hinweg mit Rom verhandeln. Die Politik des Vatikans sei eine Politik des Friedens; es würde des Papstes unwürdig sein, die Fragen der deutschen Kirche dem Willen einer parlamentarischen Gruppe unterzuordnen. Man habe erstaunen müssen, daß gewisse Blätter, welche dem Papst ergeben zu sein vorgeben, lieber dem Centrum, einer politischen Partei gefolgt seien, als dem dringenden, in dem Schreiben an den Kardinal Nina feierlich ausgesprochenen Wunsche des Papstes, — aber der Wille des Papstes sei nicht von politischen Gruppen und Journalen abhängig. Die Weisheit des Papstes Leo XIII. werde das Heil der Kirche in Deutschland zu wahren wissen. Das politische Interesse des Fürsten Bismarck befinde sich mehr als je im Einklange mit dem religiösen Interesse des deutschen Klerus. Deshalb dürfe man mit größtem Vertrauen in die Zukunft blicken."

So das streng kirchliche und dem päpstlichen Stuhle treu ergebene französische Blatt, welches vermöge seiner ganzen Stellung als ein unbefangener, gewiß nicht zu Gunsten der deutschen Regierung parteiischer Zeuge gelten kann. Möchte dessen Stimme auch in den ernst katholischen Kreisen Deutschlands Beachtung finden, namentlich in der katholischen Geistlichkeit, deren höchstes Interesse erfordert, sich und die ihrer geistlichen Fürsorge befohlene katholische Bevölkerung endlich von der verderblichen Herrschaft der Centrumspartei und ihrer Organe zu befreien.

Wenn das aufrichtige Streben der deutschen Regierung im Verein mit einem friedliebenden Papste für die Wiederherstellung des kirchlichen Friedens in Deutschland in Wahrheit und dauernd gelingen soll, so muß durch die berufenen kirchlichen Autoritäten und aus der katholischen Bevölkerung heraus dem verwirrenden

und vergiftenden Treiben der Partei ein Ziel gesetzt werden, deren einflußreichsten Führern das Interesse der Kirche nur der Deckmantel für politisch unterwühlende Zwecke ist und welche der Erwartung des Papstes in Bezug auf die Treue der katholischen Unterthanen des deutschen Reichs durch ihr ganzes Verhalten offen Hohn sprechen.

Die Anträge der Centrumspartei und der kirchliche Frieden.

11. Dezember. Rede des Kultusministers Dr. Falk im Abgeordnetenhause

[bei der Berathung des Antrages wegen Abänderung des Gesetzes über die geistlichen Orden, — zugleich mit Bezug auf den Antrag wegen Wiederherstellung der Artikel 15, 16 und 18 der Verfassung].

Ich habe Namens der Staatsregierung das Ersuchen zu stellen, daß das Hohe Haus den vorliegenden Antrag (wegen der geistlichen Orden) verwerfen möge.

Die Gründe dazu berühren einmal die Beziehungen, welche durch das sogenannte Ordensgesetz geschaffen worden sind, und dann beruhen sie auf wichtigen allgemeinen Gesichtspunkten.

Sie wissen Alle, daß es in dem Gesetz vom 31. Mai 1875 in §. 1 heißt: der Kultusminister sei ermächtigt, die Auflösung von Niederlassungen, welche sich dem Unterricht und der Erziehung gewidmet haben, bis längstens nach Ablauf von vier Jahren — und dieser Ablauf tritt am 3. Juni des nächsten Jahres ein — zu verschieben, ich sage, er sei ermächtigt, Ausstand für derartige Auflösungen bis zum genannten Termin zu gewähren, und zwar, wie es heißt, „um für deren Ersatz durch anderweite Anstalten und Einrichtungen Zeit zu lassen.“

Finde ich in dem Antrage der verehrten Herren zunächst den Gedanken ausgedrückt, daß es sich um eine Fristverlängerung auf unbestimmte Zeit im Sinne dieser Vorschrift handele, so habe ich zu sagen: dafür besteht **kein Bedürfniß**. Es gab bei Erlaß des Gesetzes 44 Genossenschaften im preußischen Staate, die sich theils ausschließlich, theils in einer Beschäftigung der Erziehung und dem Unterricht der Jugend widmeten, und zwar wurde diese Thätigkeit geübt in 819 Lehr- und Erziehungseinrichtungen. Von diesen 819 Einrichtungen sind es 767, die bis zum 1. October dieses Jahres aufgelöst worden, und nur 52 bestehen noch in diesem Augenblick an 27 Niederlassungen, von denen, weil sie sich auch und vielleicht wesentlich mit der Krankenpflege beschäftigen, acht für immer bestehen bleiben werden. — — —

Die Anordnungen sind überall so getroffen, daß bis zum 1. April oder 1. Mai nächsten Jahres ein vollständiger Ersatz geschaffen werden kann, und diese Anordnungen werden durchgeführt werden trotz des Widerstandes, der den bestgetroffenen Vereinbarungen gegenüber — ich weiß nicht, ob in einem direkten oder instinktiven Einklang mit dem vorliegenden Antrage — der Staatsregierung entgegengesetzt wird. — — —

Um der Zukunft willen wird die Staatsregierung in Bezug auf die Schulen nichts wieder aufgeben von dem, was sie durch die Gesetzgebung der letzten sechs bis sieben Jahre gewonnen hat. Ich sage das nicht blos in Bezug auf diesen Punkt, ich sage das, um vielleicht die Debatte abzuschneiden in Bezug auf gewisse Velleitäten, die in Petitionen auftreten, das **Schulaufsichtsgesetz** abzuändern; **das ist eine für die Staatsregierung ganz undiskutirbare Frage.**

Meine Herren, wenn ich Ihnen also mit aller Bestimmtheit ein „Nein“ der Staatsregierung gegenüber diesem Antrage abgebe, so weiß ich sehr wohl, daß man sagen wird: sehet ihr diese Staatsregierung, das Wort „Frieden“ hat sie auf den Lippen, aber wie es innerlich mit ihr bestellt ist, das ist ganz anders, sie will von Frieden nichts wissen.

Ich gebe Ihnen auch noch etwas Weiteres zu, ich gebe Ihnen zu, daß Sie außerordentlich geschickt Ihren ersten Antrag zur Debatte gestellt haben. Denn es ist wahr, dieser Antrag ist populär innerhalb der katholischen Bevölkerung. Ich weiß, als davon die Rede war, Staat und Kirche würden sich zum Frieden vereinigen, daß da Fälle auf diesem Gebiete, von denen ich meinte, sie seien abgethan, sofort wieder ihr Leben fanden, daß neue Eingaben erschienen, die auf jene Vereinbarungen hinwiesen und sagten: nun, da bleiben doch die Ordensschwestern und sie kommen alle wieder. Meine Herren vom Centrum, Ihr Antrag ist auch noch nach anderen Stellen hin geeignet, Sympathien zu erregen. Und deswegen wiederhole ich, der Antrag ist geschickt gewählt, und wenn er allein stünde, dann würden Sie vielleicht es nicht schwer haben, in weiteren Kreisen Ihre Friedensliebe und den Ernst, der es Ihnen mit dieser Friedensliebe ist, zu erweisen und zur Ueberzeugung zu bringen.

Deshalb, weil ich das nicht zugeben kann, weil damit ein falsches Licht auf die Position der Staatsregierung und ein viel zu günstiges Licht auf Sie geworfen würde, darum muß ich den Hintergrund auch etwas spezieller ins Auge fassen, auf dem der Antrag sich bewegt.

Der Hintergrund, das ist der Antrag auf Wiederherstellung der Artikel 15, 16 und 18 der Verfassung. Nun, meine Herren, ich bin vollkommen davon durchdrungen, daß Ihnen, sachlich genommen, der Antrag ernst ist.

Ebenso unzweifelhaft ist es mir, daß der Friede, der auf solchen Grundlagen zu Stande käme, Ihnen der beste und genehmste wäre. Aber das begreife ich nicht, wie Sie anderen Leuten die Ueberzeugung beibringen wollen, daß Sie auf diesem Wege in Ernst Frieden herbeizuführen gedenken.

Meine Herren, was wollen Sie mit Ihrem Verfassungsänderungsantrag? Sie wollen zunächst einen Vorschlag der Staatsregierung ungeschehen machen, den sie in jener Zeit nicht blos um der prinzipiellen Klarstellung willen hier einbrachte, sondern um endlich einmal eine unbestrittene gesetzliche Basis zu erhalten.

Sie kennen das große Gewicht, welches die Staatsregierung darauf legte und auch darauf, gegenüber allen Eventualitäten, die der Lauf der Geschichte bringt, einen Boden zu haben, auf dem sie mit Sicherheit vorwärts gehen könnte, wenn es eben nothwendig sei, noch neue Gesetze zu machen. Aber noch ein Weiteres: Diese Wiederherstellung der Artikel würde alle die Gesetze, die sogenannten Maigesetze, ohne Ausnahme über den Haufen werfen, wenigstens in allen ihren wesentlichen Bestimmungen.

Sie muthen also der Staatsregierung einen Frieden zu auf der Basis der unbedingten Unterwerfung.

Nun, meine Herren, einen solchen Vorschlag kann man wohl einem Gegner machen, der niedergeworfen am Boden liegt und an Händen und Füßen geknebelt ist, aber nicht einem Gegner gegenüber, der aufrecht steht und aufrecht stehen bleibt.

Und, meine Herren, ist das so, so scheint es mir klar zu sein, daß jeder verständige Mensch sich an seinen fünf Fingern abzählen kann: da ist ein Frieden unmöglich. Und die Herren sind ja so klug, daß ich sagen muß, sie sagen sich das selbst. Und fasse ich die Dinge so auf, dann kann ich nur fortfahren: wer wird Ihnen denn glauben können, daß Sie wirklich Frieden wollen?

Meine Herren vom Centrum, wenn der Vorwurf gegen Sie erhoben ist, Sie wollten keinen Frieden und seien darum ein Hinderniß des Friedens, so wird der Ihnen bei solchen Verhältnissen unauslöschlich anhaften.

Die Staatsregierung hat in dem ganzen Verlauf der gelind ausgedrückt schweren Verhandlungen, welche wir in den letzten 6 bis 7 Jahren geführt haben, keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie den Kampf nicht um des Kampfes willen, sondern um des Friedens willen führt. Ich weiß ganz genau

daß, als ich die ersten sogenannten Maigesetze auf den Tisch dieses Hauses niederlegte, ich mit vollem Nachdruck diesem Gedanken Ausdruck gegeben habe, und nicht blos in meinen Worten, sondern auch in den Worten maßgebenderer Persönlichkeiten ist derselbe Gedanke bei den vielfachsten Gelegenheiten zum Ausdruck gekommen.

Meine Herren, es hat der Präsident des Staatsministeriums eine Gelegenheit wahrgenommen, um Ihnen zu sagen, er hoffe auf den Frieden zu einer Zeit, wo einmal ein friedliebender Papst da sein wird. Nun, meine Herren, der Fall ist eingetreten. Der Papst Leo hat seine friedliebende Gesinnung vielfach bekundet, und damit war nicht blos die Gelegenheit für die Staatsregierung erwachsen, sondern die Pflicht, der Frage näher zu treten, ob sich jetzt durch Erörterungen eine Basis für den Frieden gewinnen ließe; sie konnte sich dieser Aufgabe nicht entziehen. Aber, meine Herren, die Natur dieser Basis war auch eine gegebene, sie findet ihren Ausdruck in dem Ihnen allen bekannten Schreiben Seiner Kaiserlichen und Königlichen Hoheit des Kronprinzen an Seine Heiligkeit den Papst. Dort ist als Basis für Frieden bezeichnet worden die Wegweisung der prinzipiellen Fragen, die zu prinzipiellen Gegensätzen führten aus den Erörterungen heraus, die Verweisung auf den Boden thatsächlicher Entwickelung. Die Aufmerksamkeit würde zunächst auf solche Punkte zu lenken sein, deren Ausgleichung möglich ist auf der einen Seite ohne Verletzung der Gesetze und auf der anderen Seite ohne Verletzung der kirchlichen Prinzipien. Und, meine Herren, der Raum dafür ist gar kein enger, ich darf Sie nur erinnern an das, was in anderen Ländern als Zulässigkeit gilt, ich darf Sie nur erinnern, wie viele und empfindliche Bestimmungen der sogenannten Maigesetze sofort unanwendbar werden, wenn nur ein Weniges geschieht, und manches Andere würde sich noch vorfinden.

Wenn nun dem so ist, wenn auf beiden Seiten der redliche Wille besteht, zu einem Frieden zu gelangen, so meint man — und es ist das eine recht weit verbreitete Meinung — daß der Friede nun so schnell auch kommen könne, daß er wo möglich in wenigen Wochen da sei. Meine Herren, die friedliebende Gesinnung und das redliche Wollen des Friedens reicht unter so schweren Verhältnissen nicht aus, es kommt vieles in Betracht. Worin liegt denn die Hauptschwierigkeit? Nach der einen Seite hin will ich es nicht weiter ausführen, es scheint mir doch aber nicht unwerth zu sein zu bemerken: auch der friedfertigste Träger der Kurie bleibt doch immer Träger der Kurie. Und, meine Herren, was für einen Charakter muß denn der Friede haben, wenn er für den Staat möglich sein soll? Es muß eben ein möglicher Friede sein, nicht einer, wie ihn die Herren mit ihrem Antrage wegen der Verfassungsartikel wollen, nicht ein solcher, der auf eine unbedingte Unterwerfung des Staats hinausläuft, nicht ein solcher, der das Unternehmen des Staats aufgiebt, in das er eingetreten ist, um der Restituirung seiner selbst willen, um der Wiederherstellung und Erhaltung seiner Fähigkeit willen, allen Konfessionen gerecht zu werden. Wenn ein solcher Friede kommen sollte, dann würde sich vielleicht kein Ausdruck hart genug finden, um den Eintritt in dieses Unternehmen zu brandmarken und zu kennzeichnen. Denken Sie aber noch Eins, meine Herren, wenn ein solcher Friede geschlossen würde — die Weltgeschichte lehrt es uns —: nach gemessenem Zeitraume kommen dieselben Fragen wieder in Betracht, und da sollte die Staatsregierung das, was sie mühsam errungen hat, in diesen schweren Kämpfen ohne Weiteres dahingeben? Nein, meine Herren, das Mindeste, was Sie ihr dann entgegenhalten könnten, wäre das Wort „unverantwortlich“.

Meine Herren, diesen Standpunkt kann die Regierung nicht aufgeben; innerhalb dieser Linien wird sie es an Entgegenkommen nicht fehlen lassen, innerhalb dieser Linien wird sie nicht ablassen, Uebereinstimmung zu suchen mit der anderen Seite und wird nicht aufhören, dahin zu wirken, daß sie diese Uebereinstimmung finde.

Meine Herren, man hat nun im Laufe der Zeit der Staatsregierung verschiedene Rezepte gegeben, mit denen die Heilung der Schäden eintreten könne. Da ist der Vorschlag, durch Nichtanwendung der Gesetze die Sache einschlafen zu lassen.

Es ist allerdings wohl nicht nöthig, in einem preußischen Landtage davon zu sprechen, daß Gesetze ohne Aufhebung blos dadurch, daß sie unangewendet bleiben, einschlafen.

Nun, wenn dieses eine Mittel nicht angeht, dann heißt es von vielen Seiten: dann muß die Staatsregierung aus eigener Erwägung dahin kommen, die Gesetze zu ändern, und, meine Herren, wir sind recht reichlich bedacht worden mit Vorschlägen von allen Seiten, wie diese Gesetze geändert werden könnten durch ein einseitiges Vorgehen der Staatsregierung. Ich bin wiederholt in der Lage gewesen, Ihnen die Voraussetzungen zu bezeichnen, bei deren Eintritt die Staatsregierung sich die Frage vorlegen könne, ob und was etwa an den sogenannten Maigesetzen zu ändern sei. Wenn ich auf den Grundgedanken dieser verschiedenen Aeußerungen hinsehe, so ist es doch wohl der gewesen, daß die Voraussetzung die sei, daß auch mit dem Ergebniß einer solchen Prüfung ein gesicherter Friede eintreten werde. Nun, meine Herren, an diesem Standpunkt muß auch heute die Regierung festhalten, sie kann nicht eher an die Beantwortung dieser Frage gehen, so lange der Friede blos gesucht wird, und nicht die Garantie gefunden ist, daß er eintritt. Es liegt auf der Hand, daß diese Garantie, dieser Gewinn bestimmter und zweifelloser Aussicht nicht ohne Einfluß auch auf das Maß einer solchen Prüfung und Erörterung ist.

Die Regierung würde ohne die von mir angedeutete bestimmte Zuversicht ihrer Verantwortung nicht gerecht werden. Sie kann sich von der Ueberzeugung nicht trennen, daß mindestens eine große Gefahr, wenn nicht die unbedingte Gewißheit vorhanden ist, daß sie ohne jede Garantie nutzlos die Position aufgeben würde, die sie in so schwerem Ringen gewonnen hat. Sie würde, wenn sie ohne jene Voraussetzung Konzessionen, wenn sie Aenderungen eintreten ließe, nicht weiter sein als früher. Sie stände der Gefahr gegenüber, daß man das Geänderte schönstens, vielleicht dankbar acceptirte, aber wie würde es stehen mit der Beweisung des Dankes durch die That? Wo ist eine Garantie für solche That? Es ist die Ueberzeugung der Regierung, daß das gewünschte einseitige Vorgehen ihrerseits, nicht, wie es da und dort in den öffentlichen Stimmen heißt, als eine That der Gerechtigkeit angesehen werden würde, die die Bevölkerung gut und günstig zu stimmen geeignet sei; nein, meine Herren, man würde es immer nur betrachten als eine That der Schwäche, der Hülfsbedürftigkeit.

Es wird überall geschildert, in welcher traurigen Verfassung der Staat sich befinde, daß es allerhöchste Zeit sei, wenn er nicht zu Grunde gehen wolle, um in Unterhandlungen einzutreten, nachzugeben, Gesetze zu ändern. Meine Herren, wer möchte wohl leugnen, welche Schwierigkeiten, welche Last der Staatsregierung aus dem kirchenpolitischen Kampfe erwächst; wie viel draußen im Lande an Nachtheil, an Unfrieden vorhanden ist. Aber so ist es denn doch nicht, wie Sie, die Herren vom Centrum predigen, sondern es ist so, daß das getragen werden muß gegenüber der großen Aufgabe, die in dieser Angelegenheit seitens des Staats zu lösen ist. Dennoch ist die Stimme, die Sie auf diesem Gebiete führen, eine gar kräftige und laute; Sie unterstützen sie durch Heranziehung von Stimmen aus anderen Lagern.

Man bindet an den Kulturkampf Ereignisse, die gar keinen Zusammenhang mit demselben haben oder doch weitaus durch andere Dinge, wenigstens in der Hauptsache, herbeigeführt werden. Man macht ihn für Vieles verantwortlich, wofür er gar nicht verantwortlich ist. Nun, meine Herren, so gestützte und gekräftigte Stimmen der Herren im Centrum tragen weit, und mir wenigstens ist es nicht zweifelhaft, daß es in Rom Ohren giebt, die diese Stimmen sehr gut hören und deren Träger darauf Bedacht nehmen, den Schall dieser Stimmen weiter zu tragen, an Stellen, die noch maßgebender sind, als die Personen, die unmittelbar hörten.

Die Staatsregierung ist sich recht wohl bewußt, daß sie im gegenwärtigen Augenblicke in Beziehung auf die Beilegung des Kampfes — die ihr sehr, sehr dringend erwünscht ist — sich in einer schweren Situation befindet. Diese Schwierigkeit liegt eben in den Verhältnissen. Man sieht ja im Lande viele Nachtheile, man sieht Maßnahmen, die vielleicht nicht immer so hart sein müßten, aber unter Umständen auch nicht anders als hart sein können. Man sieht, wie eine große Zahl von Pfarreien verwaist, und bedenkt dabei freilich nicht, daß z. B. gerade bei diesem Punkte die Staatsregierung machtlos in der Förderung ist, während bei geordneter Verfassung in den Bisthümern es kirchlicherseits die allerleichteste von allen Maßnahmen wäre, diesem Zustande abzuhelfen. Unter solchen Eindrücken ist es wohl erklärlich, daß auch Faktoren, die der Staatsregierung sonst nahe stehen, diesen Eindrücken unterliegen und den großen Gesichtspunkt, um den es sich handelt, zeitweise verlieren. Ich sage mit Ruhe: nur zeitweise; bei diesen Elementen wird die kühlere Erwägung immer wieder zum Durchbruch kommen. Die Staatsregierung hat mit aus diesem Grunde seinerzeit die Schritte, welche die von ihr für nothwendig erachteten Gesetze zum Abschluß brachten, so bald als möglich gethan. Meine Herren, von der Nothwendigkeit dieses Abschlusses ist sie auch in diesem Augenblicke noch durchdrungen; sie glaubt, aussprechen zu dürfen, daß gerade der Besitz dieser Gesetze eine unabweisliche Nothwendigkeit für sie ist, wenn sie überhaupt mit Ernst zu einem gedeihlichen Frieden kommen will. Darum wird die Staatsregierung diese Position, so lange eben nicht die Voraussetzungen erfüllt worden sind, von denen ich gesprochen habe, sondern die Erfüllung noch gesucht wird, festhalten, — festhalten auch gegen die Strömung."

Kundgebung des Papstes an den früheren Erzbischof von Köln Melchers.

„Seit Beginn unseres Pontifikats haben wir gesucht, die guten Beziehungen zwischen den Fürsten und Völkern einerseits und der Kirche andererseits wiederherzustellen. Besonders aber haben wir unsern Geist der edlen deutschen Nation sofort zugewendet, damit nach Beseitigung der religiösen Zwistigkeiten dieselbe wieder die Wohlthaten eines dauerhaften Friedens erlangen könnte. Von unserer Seite haben wir alles Mögliche gethan, um diesen Zweck zu erreichen, aber Gott allein weiß, ob das begonnene Werk ein glückliches Ergebniß haben wird. In jedem Falle werden wir mit demselben Eifer in unserer schwierigen Mission bis an das Ende unseres Lebens ausharren. Die soziale, politische und religiöse Ordnung ist durch die subversiven Lehren und ausschweifenden frechen Gesinnungen verblendeter Menschen überall so bedroht, daß wir die Pflichten unseres apostolischen Amtes zu verabsäumen glauben würden, wenn wir es unterließen, der zum Tode schwachen Gesellschaft die wirksamen Mittel zu reichen, welche die Kirche besitzt, um die Gesellschaft zu heilen. So werden wir für die deutsche Nation fortfahren zu wirken in Mitten der Hindernisse aller Art, denn unsere Seele wird niemals Ruhe finden, so lange der kirchliche Friede in Deutschland nicht wiederhergestellt ist.

Damit unser Streben einen schnellen Erfolg erziele, wenden wir uns an den deutschen Episkopat, damit er sich bemühe, die Gläubigen den Lehren der Kirche immer zugänglicher zu machen. So werden die Gläubigen, Dank ihrer Haltung und Dank ihrer vollen Unterwerfung unter die Gesetze, welche nicht im Widerspruche mit dem Glauben und den Pflichten gegen die katholische Kirche stehen, sich würdig zeigen, die Wohlthaten des Friedens wieder zu erlangen und lange zu genießen. Wir flehen zu Gott, daß er seinen Stellvertreter auf Erden und die

Bischöfe erleuchte und daß er, der die Herzen der Könige in seiner Hand hat, dem edlen und mächtigen deutschen Kaiser und seinen Rathgebern wohlwollende Gesinnungen einflöße."

1879. Zum kirchlichen Frieden.

(„Provinzial-Correspondenz" vom 15. Januar.)

Der Kultusminister Dr. Falk hatte bei der Berathung der Anträge der Centrumspartei in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 11. Dezember v. J. darauf hingewiesen, daß dieses Vorgehen des Centrums mit Anträgen zur Aufhebung der neuen kirchlichen Gesetzgebung nicht geeignet sei, die Ueberzeugung zu gewähren, daß es demselben wirklich um Herbeiführung des kirchlichen Friedens zu thun sei. Die Regierung habe ihrerseits den schweren Kampf von Anfang an nicht um des Kampfes willen, sondern um des Friedens willen geführt, sie habe deshalb durch die Gesetzgebung den Boden zu gewinnen gesucht, auf welchem ein dauernder Friede möglich sei. Mit dem friedliebenden Papst Leo sei nun die Hoffnung auf kirchlichen Frieden wieder eingekehrt und die Regierung habe die Pflicht erkannt, die Mittel und Wege zum Frieden zu erwägen. In dem Schriftwechsel zwischen dem Papst und dem Kronprinzen sei als die richtige Grundlage erkannt worden die Wegweisung grundsätzlicher Fragen und die Hinweisung auf den Boden thatsächlicher Entwickelung. Unmöglich könne die Regierung die Bürgschaften, die sie für einen dauernden Frieden errungen habe, ohne Weiteres dahingeben. Innerhalb dieser Linien aber werde sie es an Entgegenkommen nicht fehlen lassen, und nicht ablassen, Uebereinstimmung zu suchen mit der Kurie und dahin zu wirken, daß sie diese Uebereinstimmung finde.

Die Wortführer der Centrumspartei in der Kammer und die der Presse hatten die Rede des Ministers von vorn herein dahin mißdeutet, daß es eine Ankündigung weiteren Kampfes, nicht eine Rede zum Frieden gewesen sei.

Als nun ähnliche Aeußerungen bei der Berathung des Kultusetats von ultramontanen Rednern wiederholt wurden, gab der Minister Dr. Falk in der Sitzung vom Januar folgende weitere Erklärungen ab:

„Es kommt mir vor, als hätte ich zu demjenigen, was ich vor vier Wochen etwa hier ausgeführt habe, weder etwas Erklärendes noch Ergänzendes in der Hauptsache hinzuzusetzen. Geändert hat sich seitdem nichts. Ich muß aber auch weiter bitten, meine Worte in der Fassung zu verstehen, in der sie gegeben sind, und nicht Folgerungen daran zu knüpfen, die nicht mit Nothwendigkeit daraus gefolgert werden müssen. Sie können sich denken, daß die wichtigsten jener Worte nicht ohne reifliche Erwägung auch der Fassung, in die sie gekommen sind, ausgesprochen worden sind, und wenn dem so ist, dann werden Sie auch darüber keinen Zweifel haben, daß, was ich damals sagte, ich heute aufrecht halte. Wenn man so spricht, wie ich gesprochen habe, so kann man nur gesprochen haben in der festen Ueberzeugung, daß das, was gesprochen wurde, aufrecht erhalten wird und bleibt.

Meine Herren, es ist auch heute, wenigstens in indirekter Weise angedeutet worden, daß die Regierung nicht zum Frieden gekommen sei, anderen Orts hat man gesagt, sie wolle ihn nicht; und es ist ja dann ganz erklärlich, wenn die andere Seite hier im Landtag, die Herren von der Centrumspartei neue Mahnungen in dieser Richtung an die Staatsregierung und speziell an den Kultusminister richten. Ich darf daraus gewiß das Recht hernehmen, auch meinerseits eine Mahnung an die Herren von der Centrumspartei zu richten.

Es ist Ihnen und den Katholiken überhaupt von der bedeutendsten Stelle gesagt worden, es würde von Ihnen erwartet, daß Sie den Gesetzen des Staates, die nicht gegen den Glauben und die Pflichten der Katholiken gingen, Folge leisten würden.

Nun, meine Herren, folgen Sie doch dieser Mahnung, fangen Sie damit an, an den Stellen, wo Sie selbst nicht bestreiten können, daß weder der Glaube, noch die Pflichten der Katholiken verletzt werden. Ja, meine Herren, ich erinnere an vergangene Verhandlungen, wo Sie selbst das nicht bestritten haben. Wenn Sie diesen Anfang machen, so würden wir nicht blos diesem Frieden nahe, sondern mitten darin sein. Ich möchte glauben, daß Sie doch auch bei den Katholiken Deutschlands nicht so ganz ohne Anklang mit solchem Thun wären. Freilich, wenn ich die verschiedenen Stimmen Ihrer Presse erwäge, so finde ich die äußersten Gegensätze. Es ist für mich eigenthümlich gewesen, in einem und demselben Augenblick möchte ich beinahe sagen, ihre scharfen Gegensätze recht genau kennen zu lernen. Eine Nummer der „Neuen Zeitung" in Mainz predigte, — ich weiß nicht, ob fröhlichen Krieg, jedenfalls weiteren Krieg und verkündigte: Jede Wunde für die Kirche giebt zwei für den Staat. Und unter dem 14. Dezember vorigen Jahres, also nach jenen meinen Auslassungen, veröffentlichte ein bedeutendes Blatt Süddeutschlands, das Ihre (des Centrums) Interessen vertritt, die „Augsburger Postzeitung", ein neues Programm, aus dem ich mir erlaube, Ihnen einen Satz zu verlesen:

„Wir wissen uns daher in vollem Einklange mit Papst und Bischöfen, wenn auch wir mit allen Kräften in unserem Wirkungskreise dahin zu arbeiten suchen, daß das Wohl der Kirche mehr in der Förderung ihrer ewigen Interessen, als in der Verschärfung und Verbitterung des kirchenpolitischen Kampfes in unserem Vaterlande angestrebt werde, da ihr sonst gerade von denen die schmerzlichsten Wunden beigebracht würden, die sich angeblich zu ihrem Schutze erheben."

Beherzigen Sie diese Worte!

---

19. Elsaß-Lothringen.

1879. Zur weiteren Entwicklung der elsaß-lothringischen Einrichtungen.

21. März. Rede des Fürsten Bismarck im Reichstage bei der Berathung des Antrages des Abg. Schneegans:

„den Reichskanzler zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß Elsaß-Lothringen eine selbständige im Lande befindliche Regierung erhalte."

[Das erste Vertrauen und die Wahlen; — 200 Meilen weit; — die Verantwortung; — Verlegung der Regierung nach Straßburg; — Statthalter; — die Vertretung.]

Ich glaube, es wird die Diskussion erleichtern und klären, wenn ich jetzt schon das Wort ergreife, nachdem wir ein Für und nicht ein volles Dawider aus dem Reichslande gehört haben.

Ich kann nicht leugnen, daß die ganze Entwicklung des ersten Herrn Redners überwiegend wohlthuend auf mich gewirkt hat und es noch mehr gethan haben würde, wenn er es hätte unterlassen können, am Schlusse seiner Rede einen gewissen Appell nach Paris hin zu richten, der hier kein Echo finden kann, wenn er es hätte unterlassen können, in diesem Theil seiner Rede seine Heimath als ein künftig neutrales Land darzustellen, auf dem die französischen Sympathien gleichberechtigt mit den deutschen sein würden. Diese getheilte Liebe, meine Herren, können wir nicht annehmen.

Der Herr Vorredner hat an die mehrfachen Aeußerungen erinnert, mit denen ich im Jahre 1871 den autonomen Wünschen, die sich jetzt kundgeben, entgegengekommen bin, in der Hoffnung damals, daß sie sich früher schon zum Ausdruck bringen würden in dieser Versammlung. Ich kann sagen, sie kommen spät, aber sie kommen, und mir persönlich sind sie willkommen. Ich bin ja nicht berechtigt, in meiner Eigenschaft als Reichskanzler hier zu sprechen, ich spreche in der eines Ministers von Elsaß-Lothringen, aber ich spreche doch im prinzipiellen Einverständniß mit Sr. Majestät dem Kaiser, soweit es Elsaß-Lothringen anbelangt, und würde mich nicht speziell in der Sache äußern können, wenn ich mich davon nicht vergewissert hätte. Dieses Einverständniß Sr. Majestät, in diesem Falle meines territorialen Landesherrn, genügt aber nicht, um dem, was ich späterhin über die Zukunft, über die minimalen Bedingungen, die der erste Herr Redner formulirt hat, sagen werde, volle authentische Kraft zu gewähren. Dazu ist erforderlich eine gemeinsame Thätigkeit der gesetzgebenden Faktoren, und zwar vor Allem der verbündeten Regierungen

im Bundesrathe. Ich kann nur das hier sagen, was ich bei Sr. Majestät dem Kaiser, wie ich glaube, mit Erfolg und bei den verbündeten Regierungen mit Hoffnung, befürworten will; ich glaube, daß der erste Herr Redner darin ein weites Entgegenkommen finden wird. Wenn ich nicht mehr ganz auf dem Punkte, ich könnte sagen, meiner ersten Jugendliebe zu den Reichslanden stehe, nicht mehr ganz auf dem für mein damaliges Alter schon kaum anwendbaren Ausdruck einer begeisterten Hoffnung, die ich daran knüpfte, in der glücklichen Empfindung, diese alten Reichslande wiedergewonnen zu sehen, so ist das doch wohl erklärlich nach den Zeiten, die wir inzwischen erlebt haben. Ich kann hier auf alle Elemente, die zu meiner Entmuthigung mitgewirkt haben, nicht eingehen, der Herr Vorredner hat sie, zum Theil, in übertriebener Form erwähnt; ich will nur das Eine nennen. Der erste Mehlthau, der auf meine Hoffnungen fiel, das waren die ersten Wahlen in Elsaß-Lothringen, die Erinnerung an den Protest, den wir hier im Namen, angeblich im Namen der ganzen Bevölkerung, aus dem Munde des Herrn Teutsch und unter Zustimmung seiner sämmtlichen damaligen Kollegen hören mußten. Es war das dieselbe Tonart, wie wir sie noch heute aus dem Munde der geistlichen Vertreter dieses Landes, der Herren Winterer, Simonis und Guerber zu hören bekommen, und die doch unter ihren Wählern zahlreich vertreten sein muß, wir können annehmen, daß diese geistichen Herren uns die Stimmung, welche sie zu vertreten haben, doch geläutert durch christliche Milde, die dem Geistlichen eigen ist, hier vorgetragen haben. Wir müssen also befürchten, daß die Wähler den laienhaften Zorn, der dem Geistlichen nothwendig fehlt, den Priestern der Versöhnung und des Friedens, in diesem Hause schärfer zum Ausdruck bringen würden, als die Geistlichen, die priesterlichen Vertreter, es ihres Kleides und der Würde und ihrer christlichen Mission angemessen finden. Wenn ich darauf zurückgehe, wenn ich mir diese Stimmung vergegenwärtige, wenn ich mir vergegenwärtige, daß sie im Lande vorhanden sein muß und noch immer vorhanden sein muß, sonst hätten die Herren nicht gewählt werden können, deren Abneigung gegen jede Annäherung doch die Grenze, die sich der zweite Herr Redner zog, und die für seinen Standpunkt schon ein erhebliches Entgegenkommen bildet, weit hinter sich zurückläßt, wir werden daher doch immer Alles, was wir diesem Lande an Autonomie konzediren, Alles, was ich im Jahre 1871 nach Ausweis meiner damaligen öffentlichen Rede bereit war zu konzediren, immer unter dem Gesichtspunkt betrachten müssen, ob es mit der Sicherheit der Reichslande, ob es mit der Sicherheit des Reichs auch in weniger friedlichen Zeiten, wie sie im Augenblick vorhanden und in den nächsten Jahren zu hoffen sind, verträglich sein wird. Ich bin ganz bereit, bei den verbündeten Regierungen zu befürworten, daß wir den Reichslanden das höchste Maß von Selbständigkeit gewähren, was mit der militärischen Sicherheit des Reichs auf dieser Seite verträglich ist. Das ist ein orakelhaftes Wort, was in sich selbst seine Grenzen verändern kann, was aber doch das Princip ausdrückt, nach dem wir allein handeln können und handeln müssen — unsere Urtheile über das Maß dessen, was wir geben wollen, können ja sehr verschieden sein. Ich habe damals unter dem Eindruck der Abkühlung, die ich durch das Auftreten des vorhin bezeichneten Protestabgeordneten erfuhr, mich weiter von den Geschäften des Elsaß zurückgezogen und bin mir selbst bedenklich geworden, ob es richtig war, daß ich als Reichskanzler zu den

andern Aufgaben, die ich hatte, zu den allgemeinen auch die eines alleinigen und regierenden Ministers eines Landes von anderthalb Millionen Einwohnern übernahm, und zwar eines Landes, das, wie der erste Herr Redner richtig bemerkte, dadurch die Verwaltung erschwert, daß es so weit von dem Sitze des Souveräns und des Reichskanzlers abliegt. Wir haben uns zuerst geholfen durch Abbürdung eines Theiles der ministeriellen Befugnisse auf den Ober-Präsidenten, aber der Mangel ist allerdings der, daß die Leitung und die Hauptleitung der dortigen Politik einem Beamten anheimfällt, der nicht selbständig der verantwortliche Vertreter seiner Handlungen ist, auf dem die ministerielle Verantwortlichkeit nicht ruht, sondern der Reichskanzler trägt sie für ihn und die Schwierigkeiten, die ein solches dualistisches Verhältniß bietet, hat ja der erste Herr Redner drastischer vielleicht, als für den Zweck der Annäherung nöthig war, geschildert. Ich bin nicht berufen, hier öffentlich in die Einzelheiten seiner Kritik einzugehen, vielleicht wird das mein Kollege neben mir in einem späteren Stadium der Berathung thun, ich will mich hier nicht mit der Vergangenheit, nicht mit der Widerlegung von Rekriminationen, sondern mehr mit der Zukunft beschäftigen.

Nach dem entmuthigenden Gefühle, mit dem ich dieser ganzen Aufgabe, für mich als Reichskanzler doch nothwendig Nebenaufgabe, gegenüberstand, habe ich mich gefreut, auf dem Wege des Stellvertretungsgesetzes die Verantwortlichkeit von mir abbürden zu können, und ich möchte in diesem Punkte den ersten Herrn Redner berichtigen — es steht in Gestalt des mich vertretenden Ressortchefs kein unverantwortlicher, sondern ein verantwortlicher Minister gegenüber, die Verantwortlichkeit geht mit der Stellvertretung auf die Herren über, die mich vertreten, sonst würde es keine Vertretung sein. Aber es bleibt ja richtig, daß die 200 Stunden, wie der Herr Vorredner sagt, die zwischen der hiesigen Verwaltung und Elsaß-Lothringen liegen, die Theilung, die zwischen der Ministerialbefugniß und der Ober-Präsidialbefugniß so gemacht ist, daß die Hauptaccente der Geschäfte doch schon jetzt mehr in Straßburg liegen, als hier in Berlin, — so gemacht ist, daß nach den mir aus den Akten gewordenen Mittheilungen kaum einige 100 Nummern aus der ganzen Verwaltung jährlich überhaupt hier zur Entscheidung gelangen. Daß diese Theilung keine richtige ist, und daß Derjenige, der die Verantwortlichkeit trägt, auch den Geschäften näher stehen sollte: damit konzedire ich schon eins der hauptsächlichsten Principien für meine Person, die der Herr Vorredner angeregt hat. Für mich, für meine Stellung als Reichskanzler, werde ich ja nachher die Frage richten: wird die Trennung eine vollständige, oder bleibe ich bis zu einem gewissen Maße noch verantwortlich? Mir wäre es erwünscht, wenn sie vollständig wäre; denn ich kann eine Verantwortung für Dinge, die ich nicht kontroliren kann, und für Personen, die ich doch nicht ad nutum revoziren kann in ihrer Ernennung, auf die Dauer nicht tragen. Die Geschäfte haben mitunter eine Wendung genommen, die ich nicht ändern konnte, obschon ich sie nicht billige, und deshalb wäre es mir am liebsten, ich würde von jeder Beziehung zu diesem mit meinen sonstigen Reichsgeschäften eigentlich nicht nothwendig in Verbindung stehenden Nebenamt befreit. Es sollte dieses Amt eben kein Nebenamt sein. Wer Minister dieses Landes sein will, der muß es meines Erachtens als Hauptamt und als einziges Amt haben.

1879.

Ich bitte die Herren um Verzeihung, wenn ich mit etwas Ermattung spreche. Wie so Viele von Ihnen, bin auch ich sehr unter Erkältung leidend, und wenn es mir diese Sache gerade nicht zum Zwang gemacht hätte, so würde ich vorgezogen haben, heute nicht unter Ihnen zu erscheinen. Deshalb bitte ich um Nachsicht, wenn ich nicht mit voller Geläufigkeit mein Thema beherrsche. Ich komme zu dem, was der Herr Vorredner die Minimalbedingung nannte, und ich habe schon erwähnt, daß ich mit dem mich als elsassischer Minister in der Hauptsache und principiell einverstanden zu erklären berechtigt bin und es auch thue. Ich habe den verbündeten Regierungen die Fragen, die sich daran knüpfen, vorgelegt. Die Zeit ist aber zu kurz, seitdem dies geschehen ist, als daß schon eine Verständigung darüber erfolgt sein könnte. Ich hatte mir vorgenommen, überhaupt diesen Fragen nicht näher zu treten, als bis sie aus dem Lande selbst angeregt würden. Das ist jetzt geschehen; und ich habe seitdem erst den verbündeten Regierungen meine Ansicht mit Genehmigung Sr. Majestät des Kaisers mitgetheilt. Die Beschlüsse sind zu erwarten, und ich werde dafür thätig sein, daß sie im Sinne des Planes ausfallen, den ich im Skelett darlege. — Es ist zunächst der Frage näher getreten, ob es richtig gewesen ist und ob es nützlich ist, dabei zu verharren, daß Elsaß und Lothringen ein Land und eine gemeinsame Verwaltung bilde. Ich sehe diese Frage als eine offene an. — Es ist die Homogenität der Landschaft wesentlich vermindert dadurch, daß sie beide verschmolzen sind. Es ist möglich, daß Elsaß an sich und gesondert schneller und fester konsolidiren könnte, als wenn es mit dem heterogenen Elemente Lothringen gekuppelt bleibt, und es ist ja die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, für jeden dieser beiden Landestheile eine gesonderte Regierung einzurichten. Ich muß indessen gestehen, daß ich zu dieser Frage, die sorgfältige politische und militärische Erwägungen erfordert, eine Stellung nicht zu nehmen beabsichtige in diesem Augenblicke und namentlich nicht, bevor ich weiß, wie die verbündeten Regierungen sich darüber aussprechen. Anders liegt es mit den anderweiten Wünschen, die der Verlegung der Regierung in der Hauptsache nach Straßburg, der Initiative des Landtages, der Verstärkung desselben und der konsultativen Stellung im Bundesrathe. Was zunächst eine Verlegung der Regierung von Berlin nach Straßburg betrifft, der Regierung, die heut zu Tage in der vermöge des Stellvertretungsgesetzes selbständigen verantwortlichen Abtheilung des Reichskanzler-Amts, die dem Namen nach Elsaß-Lothringen führt, besteht, so ist die thatsächlich leicht möglich. Diese vollständig getrennte, in ihrer Verantwortlichkeit unabhängige Behörde kann einfach nach Straßburg versetzt werden. Ich bevorworte, daß unter dem, was ich anführen werde, nach der Lage der Gesetzgebung für die Reichslande kaum eine einzige Maßregel sein wird, die ohne einen Akt der Reichsgesetzgebung vollzogen werden könnte. Die Gesetzgebung ist eine so mannigfaltige und beruht so sehr auf den einzelnen Voraussetzungen, die jetzt existent sind, daß wahrscheinlich für die Kaiserliche Verordnung in allen den Fragen, die ich erwähnen werde, kein Spielraum sein wird, sondern das Ganze wird ein Akt der Gesetzgebung sein müssen. Also die Verlegung der durch die Stellvertretung selbständigen Abtheilung für Elsaß-Lothringen wäre gesetzlich leicht zu machen. Ich glaube aber aus Gründen, die wir in der weiteren Verhandlung der Gesetzgebung prüfen werden, nicht, daß es thunlich ist, die so zu sagen kahle Abtheilung dahin zu

schicken. Ich glaube, wir müssen ihr eine Spitze von größerem Gewichte geben, wir müssen einen Statthalter dort einrichten, worunter ich nicht eine selbständige fürstliche Existenz, sondern einfach was das Wort besagt: einen Statthalter verstehe, auf den aber ein Theil auch der Rechte, die nach französischem Gesetz dem Landesherrn zustehen, übertragen werden kann. Das französische Recht erfordert bekanntlich das persönliche Einschreiten des Landsherrn, seine eigene Unterschrift in sehr viel weiterer Ausdehnung wie irgend eine analoge deutsche Einrichtung und ich glaube, daß ein großer Theil der monarchischen Rechte, so wie sie nach französischem Rechte liegen, in der Ausübung ohne Schaden einem Statthalter übertragen werden kann. Ich halte es auch für dringend nothwendig, daß die Landestheile, mag man das Elsaß allein oder Elsaß und Lothringen meinen, einen bestimmten, festen sozialen und politischen Mittelpunkt haben und eine Behörde mit mehr Machtvollkommenheit als der Ober-Präsident, die unter Umständen mehr zu geben und zu nehmen im Stande, im Lande sei und im direkten Verkehr von Mann zu Mann mit den Einwohnern stehe und rede — mit andern Worten: ich stimme für die Herstellung einer Statthalterei mit einem verantwortlichen Ministerium, das 3 bis 4 Abtheilungen haben kann, ohne daß es gerade 3 bis 4 Beamte mit Ministerrang zu haben braucht, sondern ähnlich wie ein Großherzogthum mit analoger Größe, mit Ministerial-Direktoren, die dort wohnen. Die schwierige Aufgabe ist die Verbindung dieser Organisation mit dem Landesherrn, der seine Residenz dahin nicht verlegen kann, wenigstens nur sehr vorübergehend. Da wird es also unabweislich sein, daß bei dem Landesherrn sich mindestens ein Kabinets-Rath befindet, der den Vortrag hat und die Unterschriften herbeiführt, soweit Kaiserliche Unterschriften erforderlich sind. Die Frage ist nun: soll dieser Kabinets-Rath in irgend eine Beziehung zu dem Reichskanzler treten oder nicht? Ich kann darin eine Meinung nicht bestimmt äußern, sondern nur sagen, daß der Wunsch Sr. Majestät des Kaisers sein würde, den Reichskanzler nicht absolut ausgeschlossen zu sehen, sondern sich die Möglichkeit zu wahren, über die Zweckmäßigkeit Allerhöchster Vollziehungen mit dem Reichskanzler in Verbindung zu treten. Indessen, es kann das ja auch eine rein persönliche Beziehung sein, und ich habe meinerseits nichts dawider, so weit Se. Majestät der Kaiser es befehlen würde, aus der Stellung eines Reichskanzlers in die eines Kabinets-Raths oder eines Adjutanten zurückzutreten. Eine amtliche Klarlegung dieses Punktes wäre kaum erforderlich und für mich kaum erwünscht, weil dann doch die Verantwortlichkeit schließlich immer wieder schwerer auf mich anrücken würde, und ich möchte mich so weit davon abstellen, wie ich will, — es würde immer bleiben, daß post equitem sedet atra cura, sie würde mir folgen. Die zweite Frage ist die, die der erste Herr Redner gestellt hat, die der Initiative des Landesausschusses, eine Frage, die ich unbedenklich zu bejahen bereit bin, ebenso wie die der Verstärkung des Ausschusses. Es ist nur die Frage, wie diese Verstärkung zu gewinnen sein wird, ob durch Zusammenziehung der zwei oder drei Bezirksvertretungen oder ob durch eine Ergänzung aus einem andern Wahlmodus, sei es aus den Kreistagen oder wie sonst. Aber im Prinzip, um dessen Klarlegung es sich heute doch nur handelt, habe ich kein Bedenken an diesen beiden Punkten der Initiative und der Verstärkung. Ehe wir den Details näher treten, würden ja formulirte Paragraphen, gefaßte gesetzge-

berische Vorlagen an den Bundesrath treten müssen. Eine der schwierigsten Fragen ist die Stellung des Reichslandes zum Bundesrath. Jede Berechtigung für das Reichsland, Mitglieder des Bundesraths zu ernennen, wenn sie ebenso ausgeübt werden soll wie für die übrigen Bestandtheile des Reichsgebiets, würde in letzter Instanz nichts weiter sein als eine Vermehrung der preußischen Stimmen von 17 auf 19 oder 20, je nachdem man 2 oder 3 nimmt, denn Se. Majestät der Kaiser kann unmöglich die bundesräthliche Vertretung für die Reichslande persönlich anders konstruiren wollen, als die für das Königreich Preußen und für beide beruht die Bestimmung schließlich auf dem persönlichen Willen und der persönlichen Entscheidung des Monarchen, sie mag durch ministerielle Verantwortlichkeit gedeckt oder getragen sein, wie sie wolle. Die preußischen und die elsässischen Vertreter im Bundesrathe würden nicht gegen einander stimmen können. Eine Verschiebung der jetzigen Stimmverhältnisse im Bundesrath wäre eine wesentliche Verfassungsänderung und ich mag für deren Initiative die Verantwortung nicht auf mich nehmen, ich glaube, sie würde auch wenig Aussicht auf Erfolg haben und von den preußischen 17 Stimmen einige an die Reichslande abzutreten, würde eben ja nur rein Formsache sein, da sie doch nicht anders instruirt werden können, als die übrigen 15 oder 14 Stimmen, und schon jetzt der Kaiser instruirt, und dabei in seiner Eigenschaft als Inhaber der landesherrlichen Rechte des Elsaß doch auch den Beruf in sich fühlen wird, die Interessen der Elsässer wahrzunehmen. Stimmberechtigte Mitglieder des Bundesraths aber von Seiten des Landesausschusses zur Vertretung der Landesinteressen ernennen zu lassen, würde in den Bundesrath ein neues Element hineinbringen, zu dem ich 1871 vielleicht noch Glauben und Vertrauen gehabt hätte, dem aber, angesichts der Vertreter, die wir heute in der Mehrheit noch haben und die ich vorher namentlich genannt habe, ich nicht den Muth haben würde, ein Gewicht im Senat der deutschen Bundesgenossen einzuräumen. Etwas anderes ist aber die Frage der Möglichkeit, die Interessen des Landes im Schooße des Bundesraths geltend zu machen, mit anderen Worten, es beschäftigt mich die Frage sehr lebhaft, ob und unter welchen Formen es möglich sein wird, dem Reichslande, also der Landesvertretung das Recht zu geben, daß sie hier eine konsultative Vertretung im Bundesrathe ausübt. Daß es in der Möglichkeit liegt, die Wünsche des Landes auch bei der Vorberathung der Gesetze im Stadium des Bundesraths mit der Autorität der öffentlichen Meinung, oder der Stimmung der Landesvertretung im Bundesrathe geltend zu machen; — so weit ich überhaupt in der Lage bin, mich über die Frage, die uns beschäftigt, zu äußern, erkläre ich, daß ich auch diesem Anspruche zustimmen würde; ich gebe auch die Hoffnung nicht auf, obschon das eine große verfassungsmäßige Neuerung ist, daß er auch im Bundesrath bei den verbündeten Regierungen Anklang finden würde, denn im Grunde liegt darin eine Theilung der Macht, die bisher der Kaiser landesherrlich allein ausübte mit dem Bundesrath. Es liegt darin die Zulassung eines Einflusses der übrigen verbündeten Staaten auch in den vorberathenden Stadien der Verwaltung und Gesetzgebung, es liegt darin die Herstellung einer, wenn man will, Beschwerdeinstanz gegen die Landesregierung, denn die Vertreter des Elsasser Landesausschusses würden in dem Falle sein, jederzeit eine Anregung jeder Frage im Bundesrath wenigstens herbeizuführen, es würde eine sehr wirksame Be-

schwerdeinstanz sein, bei der die Beschwerde sofort an eine große und amtliche Glocke gehängt werden kann. Außerdem wäre es vielleicht nützlich, daß die Landesvertretung einen — ich könnte sagen diplomatischen Vertreter beim Kaiser hier hätte, mag es zusammenfallend mit dem Bundesrath sein, mögen es zwei sein, aber ich meine, die Beiden müßten sich theilen oder müßten gemeinschaftlich ausüben das Recht des Appells, der Beschwerde, der Initiative, des Antrags bei dem Kaiser als Landesherrn und bei dem Repräsentanten der Gesammtsouveränetät, dem Bundesrath. In welcher Weise die Mitgliedschaft für dieses berathende oder diese beiden berathenden Mitglieder im Bundesrathe konstatirt wird, amtlich und kalendermäßig das ist eine Frage der Form, über die man leicht hinwegkommen wird. Wenn es überhaupt gelingt, dieses Programm, wie ich es hier sehr zusammenhängend und schlecht stylisirt augenblicklich skizzire, aber doch verständlich — wenn es gelingt, die Zustimmung der Regierung und dieses hohen Hauses zu gewinnen, so glaube ich, daß darin ein erhebliches Entgegenkommen liegen wird. Ich würde diese Konzession meinerseits ohne Besorgniß für die Sicherheit des Reiches machen, weil die militärischen Verhältnisse in der Hand des Reiches und des obersten Kriegsherrn bleiben und auch die übrigen staatlichen Attributionen, und weil ich, wenn die Sache sich nicht bewährt, die Konzession nicht als eine unwiderrufliche betrachte; auf demselben Wege der Gesetzgebung, auf dem sie geschaffen wird, kann sie, wenn sie sich nicht bewähren sollte, wieder aufgehoben, und wenn sie sich bewährt, vervollständigt und erweitert werden, und ich hoffe, daß das Letztere in dem Maße der Fall sein wird, in welchem sich in Elsaß der gesunde Sinn der Bevölkerung von unten herauf durcharbeitet und sich der Herrschaft bemächtigt im Gegensatz zu einer großen Anzahl von Parisern möchte ich sagen, die im Elsaß geblieben sind — nicht Franzosen, denn zwischen Franzosen und Parisern unterscheide ich erfahrungsmäßig sehr scharf — der Elemente, die dort in den gebildeten Klassen — zu Hause sind, oder doch in diesen allein ihren Ausgangspunkt und ihren Halt haben. Alle meine Nachrichten stimmen darin überein, daß in der Massenbevölkerung, namentlich aber in der ländlichen, die für uns Vertrauen erweckende Gestaltung der Dinge wesentlich im Wachsen und im Zunehmen begriffen ist, auch namentlich durch die beginnende und werdende Wirkung, welche die allgemeine Wehrpflicht ausübt auf Diejenigen, welche ihren Militärdienst durchgemacht haben und in ihre Heimath zurückkehren, und ich bin überzeugt, daß unser guter Wille, der ja unvermindert ist, wenn auch bei mir wenigstens der Muth und die Hoffnung auf die Zukunft nicht derselbe ist, wie 1871 — daß unser unverminderter guter Wille mit der Zeit die Sprödigkeit der Kreise, die uns bisher widerstreben, überwinden wird, wenn wir sie ruhig bei ihrer Arbeit lassen. Ich möchte, daß wir es über uns gewinnen, sie nicht zu sehr zu stören, weder durch Einwirkung unserer gesetzgebenden Körperschaften, noch durch Einwirkung unserer Büreaukratie. Ich habe noch heute Vertrauen zu dem deutschen Keim, der ungestört, wenn auch überwuchert von dem glänzenden Firniß der französischen hundertjährigen Angehörigkeit, doch unzerstört vorhanden ist, und glaube, daß die früher französisch gezogene, von uns frisch gestützte deutsche Eiche kräftig wieder ausschlagen wird, wenn wir Ruhe und Geduld haben, und wenn es uns gelingt, die Fehler unseres eigenen Charakters — am Zuvielregieren, möchte ich sagen, zurückzuhalten und

zu mäßigen und uns der ruhigen Beobachtung des Wachsthums mehr hinzugeben als dem Bedürfniß, an der Pflanze zu modeln und zu schneiden. Ich werde es dankbar erkennen, wenn von den verschiedenen Standpunkten aus, die im Reichstage vertreten sind, den ersten Ideen, die ich hiermit Ihrer Kritik unterbreite, beleuchtend näher getreten wird, und werde sehr gern bereit sein, da, wo ich zu unvollständig, lückenhaft und unzusammenhängend gewesen bin, nähere Auskunft zu geben.

Zur Vertretung von Elsaß-Lothringen im Bundesrath.

27. März. Weitere Aeußerungen des Fürsten Bismarck bei der fortgesetzten Berathung des Antrags vom Abg. Schneegans u. Gen.

Ich bin den Herren, die heut gesprochen haben, sehr dankbar, daß sie meine Bitte erfüllt haben, mir im Namen der verschiedenen Fraktionen mitzutheilen und öffentlich mitzutheilen, wie sie die oberflächliche Skizze, die ich von den Absichten der Reichsregierung bei der ersten Verhandlung über diesen Gegenstand geben konnte, aufgefaßt haben. Der Zweck meiner Anwesenheit bei dieser Sitzung mußte ein wesentlich informatorischer sein, und den habe ich ja zu meiner großen Genugthuung erreicht und mich darüber gefreut, daß wir hier über eine Frage verhandeln, in Bezug auf welche die Meinungen der verschiedenen hier vertretenen Richtungen sich weniger kampfbereit gegenüberstehen, als in Bezug auf manche andere. Ich habe eine sehr wesentliche Abweichung von der Skizze, die ich mir zu geben erlaubte, eine so große Abweichung, daß ich heute schon erklären möchte, ich verzweifelte daran, die Kluft, die mich von ihr trennte, übersteigen zu können, habe ich nicht wahrgenommen, wenn ich die von den Herren Abgg. Windthorst und von Schorlemer vertretenen Anträge, sofort auf eine, den übrigen Bundesstaaten gleichbedeutende konstitutionelle Verfassung einzugehen, wenn ich die nicht als dringliche Anträge ansehe. Im Uebrigen aber habe ich auch in der Fraktion, der diese beiden genannten Herren angehören, eine Bekämpfung dessen, was in Arbeit ist, nicht aus ihren Reden entnommen und verzweifle nicht daran, daß wir zu einem Ergebniß werden kommen können, welches im Reichstage einer großen Majorität sich erfreuen wird. Ich kann mich darüber bestimmter erst aussprechen, wenn ich die Ansichten der verbündeten Regierungen in weiterem Umfange erst kenne, als es bisher der Fall war. Ich habe bisher nur Gelegenheit gehabt, in vertraulichen Besprechungen, zum Theil mit den Landesherren selbst, Aeußerungen darüber zu vernehmen, und noch keine, die nicht im Prinzip zustimmend gewesen wäre, aber die Majorität hat sich erst im Bundesrath festzustellen; dort wird sich auch feststellen, inwieweit die Wünsche des Herrn Abg. Hänel erfüllbar sein werden, daß der Bundesrath zu einer Vereinfachung der Landesregierung die Hand biete, so daß die Landesregierung sich mehr als bisher zwischen dem Träger der landesherrlichen Rechte, Sr. Majestät dem Kaiser, und den Landesvertretungen von Elsaß-Lothringen abspinnt und daß die Mitwirkung des Bundesraths parallel

mit der des Reichstags da eintrete, wo die Reichsgesetzgebung angerufen werden muß, was ja ebensowohl von Seiten des Landes und seiner Vertreter wie von Seiten der Bundesregierungen und des Reichskanzlers der Fall sein kann. Es liegt auch in meiner Ansicht nicht, daß diese höchste Kompetenz der Reichsgesetzgebung aufgegeben werde, sondern nur, daß das Reich aus der Verwaltung und den gewöhnlichen Regierungsgeschäften, auch aus der laufenden Gesetzgebung sich mehr zurückziehe, daß aber die Reichsgesetzgebung in ihrem Zusammenwirken von Reichstag und Bundesrath doch die Instanz bleibe, an die von beiden Seiten appellirt werden kann, sowohl vom Lande wie von der Regierung, wenn beide Theile unter sich sich nicht vereinbaren können.

Daß die Bevölkerung von Elsaß-Lothringen ihre Vertretung im Bundesrath finde, halte ich nicht für eine republikanische Einrichtung, sondern im Gegentheil für einen genauen Ausdruck des wirklich stattfindenden Verhältnisses, indem dort die Vertreter der Bevölkerung sich — und es ist, glaube ich, der einzige direkte Berührungspunkt — mit dem wirklichen Souverän in seiner Gesammtvertretung im Bunde, in unmittelbarer Berührung finden, nicht gleichberechtigt mit ihm, sondern, in Achtung des monarchischen Prinzips an dieser Stelle, wo die Souveränetät in ihrer korporativen Vertretung ihr Wort zu sprechen hat, nur mit konsultativer Stimme während sie ihren, immer nicht republikanischen Ausdruck hier im Reichstag durch volles Votum findet. Ich glaube, daß die Einrichtung und der Vorschlag die Charakterisirung eines republikanischen nicht verdient hat und diese Andeutung sie nicht mit Recht trifft.

Ich lege hauptsächlich aus zwei Gründen Werth auf die Betheiligung der Bevölkerung am Bundesrath. Einmal ist es, wie mir die Herren aus den Reichslanden wiederholt versichert haben, im ganzen Lande als eine, wie sie sich französisch ausdrücken, question de dignité empfunden, also als eine der Imponderabilien in der Politik, die oft viel mächtiger wirken, als die Fragen des materiellen und direkten Interesses, und die man nicht mißachten soll in ihrer Bedeutung; wenn es bei uns nicht blos, sondern in der ganzen Welt noch, ich glaube, eine Majorität von Staatsbürgern giebt, die nicht absolut abgestumpft sind gegen eine Ordensverleihung, so ist das doch ein imponderabile im höchsten Maße. Eine Empfindung, die dadurch befriedigt wird, und wenn sie — eine äußere Auszeichnung kann man es nicht nennen, sondern die äußere Gleichstellung eines der hervorragendsten Volksstämme im deutschen Reich mit den übrigen wäre, so würde ich das schon für einen Fortschritt ansehen. Ich glaube aber nicht, daß blos die Form betheiligt ist, ich halte es im Gegentheil nach der jetzigen Zusammensetzung des Bundesraths für einen Mangel, daß die Vertretung des Reichslandes in Bezug auf die allgemeine Reichsgesetzgebung, ganz unabhängig von der Landesgesetzgebung von Elsaß-Lothringen, lediglich durch die centralen Reichsbehörden stattfinde, die doch das eigentliche Landesinteresse bis in seine lokale Verzweigung hinein nicht mit der Kenntniß vertreten können, wie es in den übrigen Bundesländern durch deren Landes-Ministerien, die im Lande wohnen, der Fall ist. Ich erinnere blos an die uns bevorstehenden Verhandlungen über die Zolltarifgesetzgebung. Da wäre es sehr erwünscht, auch eine Stimme des Elsässer Landes — mit wenigen Ausnahmen des industriereichsten, das wir im Reiche haben — schon im Stadium des Bundesraths hören zu können,

und nicht ausschließlich auf die Eindrücke der Reichs-Centralbeamten in dieser Beziehung beschränkt zu sein. Jedenfalls wird das Land dort ein sehr wichtiges Recht in seiner Betheiligung an der gesammten Reichsgesetzgebung, wie sie in Artikel 4 der Verfassung aufgezählt ist, zu üben berufen sein.

Ich unterschätze durchaus nicht die Bedeutung, die der Hr. Abg. Windthorst dem konsultativen Votum beilegte. Ich glaube, daß ohne wirkliches Abstimmungsrecht ein konsultatives Votum sich durch das Gewicht seiner Gründe, durch die Bedeutung und das Ansehen dessen, der es ausspricht, sehr wohl im Bundesrath Geltung zu verschaffen im Stande sein wird. Ich halte das nicht für einen Fehler, sondern für einen Gewinn, wenn es der Fall sein wird, und glaube nicht, daß deshalb, weil ein konsultatives Votum schon an sich Bedeutung hat, das Bedürfniß, das konsultative in ein dezisives zu verwandeln, so dringend sein wird, daß man ihm nicht widerstehen könnte, und wenn es noch so dringend wäre, wird man ihm widerstehen.

Ich habe in Bezug auf die im Laufe der Rede ausgesprochenen kritischen Bemerkungen nur noch eine kurze Erwiderung.

Der Hr. Abg. Dr. Hänel motivirte die weitere volle Betheiligung des Reichskanzlers an den Angelegenheiten mit dem Bedürfniß, daß hier im Reichstage eine verantwortliche Persönlichkeit erscheine, welche die im Reichslande befolgte Politik vertrete. Ich weiß nicht, ob das gerade nothwendig der Reichskanzler sein muß. Der Weg von Straßburg hierher ist nicht so weit, daß der dortige leitende Minister oder ein verantwortlicher Vertreter des dortigen Ministers nicht während der Reichstagsitzung hier sein könnte und nicht während der Bundesrathssitzungen hier sein könnte. Denn es wird doch immer die bisherige Vertretung der Reichslande im Bundesrath durch den Vorsitzenden des Reichskanzler-Amtes für Elsaß-Lothringen nicht ausfallen können, und es wird einer der Minister in Straßburg gerade so gut die Reise nach Berlin machen müssen, wie die Herren Minister in Stuttgart und München, was ja zu wichtigen Verhandlungen des Bundesraths nicht zu vermeiden, und wird daher ein verantwortlicher Minister immer, auch wenn es nicht der Reichskanzler ist, hier die Verwaltung zu vertreten haben. Die Stellung des Reichskanzlers zu dieser Sache als verantwortlicher Minister ist sehr schwierig: Ich habe bisher schon Eindrücke gehabt, daß meine Verantwortlichkeit weiter reicht, als mein Einfluß; beide decken sich nicht, und es würde das in noch höherem Maße der Fall sein, wenn ich den Dingen so weit fern träte, wie bisher beabsichtigt ist.

Ich will mich noch einer Ansicht des letzten Herrn Redners anschließen, das ist in Bezug auf die Anwendung von Aeußerungen gereizter Stimmung aus der Vergangenheit auf die Gegenwart. Ich möchte anheimgeben, daß wir da nicht zu genau in den Archiven und den Bibliotheken nachsuchen, um irgend Jemand zu beweisen, daß er vielleicht vor 8 Jahren unter anderen Verhältnissen, unter anderen Hoffnungen und Aussichten eine Aeußerung gethan hätte, die er heute nicht wiederholen würde. Ich stelle mich zu solchen der Vergangenheit angehörigen Erscheinungen bei einem Lande, das 200 Jahre und wohl darüber einer anderen Herrschaft angehört hat, nicht anders als gegenüber einem hannoverschen Offizier, der sich bei Langensalza tapfer geschlagen hat. Er hat dafür meine Achtung,

aber ich bin weit entfernt, ihn daran zu erinnern, daß seine damalige Ansicht mit seiner jetzigen Stellung vielleicht nicht vereinbar wäre. Es ist nur zu wünschen, daß dergleichen Aeußerungen, die einer vorübergegangenen Periode der ersten Erregung angehören, sich nicht in zu später Periode und bei den jüngsten Wahlen noch wiederholten und darin stehen die angeführten Aeußerungen sich nicht vollkommen gleich.

Ich wollte dann noch den von einem Herrn Redner mir gemachten Vorwurf beantworten, daß ich nicht früher, wenn ich Mißstände erkannt hätte, zu ihrer Abhülfe nicht eingeschritten bin. Ich beziehe mich nur auf das zurück, was ich in der vorigen Sitzung über diesen Gegenstand gesagt habe, daß ich mich entschlossen hätte, abzuwarten, bis aus dem Lande Anregungen zu neuen Einrichtungen kommen, und daß ich der Ansicht gewesen wäre, es sei nicht ferner nützlich, dem Lande Wohlthaten oktroyiren zu wollen, die vielleicht von Niemandem im Lande als solche betrachtet würden. Dieses Moment ist eingetreten, es ist aus dem Lande eine Anregung gekommen, und darin ist, gaube ich, die Lage verändert, und in dem Maße verändert, daß ich die Zurückhaltung, in der ich mich seit mehreren Jahren — Sie erinnern sich, daß ich vor länger als zwei Jahren um meinen Abschied gebeten habe, daß ich Jahr und Tag allen Geschäften fremd geblieben bin, und ich kann hinzufügen, daß ich den elsaß-lothringischen länger als diese beiden Jahre fremd geblieben bin — es ist die Anregung aus dem Lande der Grund, warum ich aus dieser Zurückhaltung heraus der Sache näher getreten bin, weil ich das in meinem Gewissen geboten fand, gegenüber einer Anregung, die doch immerhin von einem Viertel der Gesammtvertretung beider Länder und fast der Hälfte der Volksvertretung, von Elsaß allein gerechnet, ausgeht.

Im Uebrigen werden die Herren es natürlich finden, daß ich, in Uebereinstimmung mit den Aeußerungen des Hrn. Abg. Windthorst am Anfang seiner Rede, auf das Detail erst dann eingehe, wenn uns ein Gesetzentwurf ausgearbeitet vorliegt. Ich kann mich über den Inhalt desselben hier nicht in verbindlicherer Weise aussprechen, als ich in der vorigen Sitzung es gethan habe. Ich habe da nach einer vulgären Redensart meinen Sack vollständig vor Ihnen ausgeschüttet von allem dem, was ich bisher darinnen hatte. Daß die Formulirung dessen, was hier Alle im Prinzip übereinstimmend oder mit mäßigen Modifikationen anerkennen, immer noch eine außerordentlich schwierige sein wird, daß die Schwierigkeiten des Weges, der vor uns liegt, erst dann sich vollständig fühlbar machen werden, wenn es darauf ankommt, eine in der Sprache der Gesetzgebung gültige und annehmbare Form für die Empfindungen und Willensregungen, die uns beseelen, zu finden, das brauche ich nicht zu sagen; ich hoffe aber, wenn ich Ihnen Rendezvous gebe zu der Zeit, wo die Vorlage, die wir schon in Arbeit haben, dem Bundesrath vorgelegt und von ihm modifizirt oder gebilligt sein wird, so daß wir Ihnen die amtliche Vorlage bringen können, und daß wir dann dieselbe sachliche, wohlwollende und versöhnliche Stimmung bei allen Fraktionen wiederfinden werden, die ich in der heutigen Debatte mit Freuden erkannt habe.

1879.

Statthalterschaft für Elsaß-Lothringen.

(„Provinzial-Correspondenz“ vom 5. Juni.)

Beim Beginn der gegenwärtigen Reichstagssession war von elsaß-lothringischen Abgeordneten der Antrag gestellt worden: daß Elsaß-Lothringen eine selbständige im Lande befindliche Regierung erhalte.

Der Reichskanzler Fürst Bismarck hatte diesem Antrage gegenüber in einer bedeutsamen Rede seine Bereitwilligkeit erklärt, „den Reichslanden das höchste Maß von Selbständigkeit zu gewähren, das mit der militärischen Sicherheit des Reiches auf jener Seite verträglich sei.“ Er habe bereits den verbündeten Regierungen die Fragen, die sich an die Verwirklichung dieser Absicht knüpften, vorgelegt und erwarte Behufs weiteren Vorgehens deren Beschlüsse. Der Kanzler gab damals (am 21. März) in scharfen Zügen ein Bild, wie er sich die neue Gestaltung denke, — und seine Andeutungen fanden im Reichstage so wesentliche Zustimmung seitens der verschiedenen Fraktionen, daß er im weiteren Verlauf eine erhöhte Zuversicht auf eine Verständigung mit der großen Mehrheit aussprechen konnte. Auf Grund der damaligen Erörterungen wurde der Antrag der Elsaß-Lothringer (am 27. März) mit allen Stimmen gegen eine angenommen.

Die Vorarbeiten für die Ausführung der neuen Einrichtungen haben inzwischen soweit geführt, daß der Kanzler im Auftrage des Kaisers dem Bundesrathe einen Gesetzentwurf in Betreff der künftigen Verfassung und Verwaltung Elsaß-Lothringens vorlegen konnte, durch welchen dem erwähnten Antrage der elsaß-lothringischen Abgeordneten in dem Umfange entsprochen werden soll, in welchem die verbündeten Regierungen die Ausführung mit dem Interesse des Reichs verträglich und für das Interesse des Landes dienlich erachtet.

Der Entwurf läßt die staatliche Form, welche das Reichsland bei der Einverleibung erhalten hat, und das darin gegründete Verhältniß zum Reich im Wesentlichen unverändert; er schlägt dagegen wesentliche Aenderungen vor in der Einrichtung und Gliederung der Landesverwaltung, in der Gestaltung der bisherigen Landesvertretung und deren Theilnahme an der gesetzgebenden Gewalt und in der Vertretung der reichsländischen Interessen im Bundesrath.

Die Aenderungen in der Einrichtung der Verwaltung haben den Zweck, den Sitz der Regierung in das Land selbst zu verlegen und sowohl den Kaiser in den Stand zu setzen, einen Theil der Befugnisse des Staatsoberhauptes einem Stellvertreter zu übertragen, als den Reichskanzler von der ihm übertragenen konstitutionellen Verantwortlichkeit für die Leitung der Landesverwaltung zu entlasten.

Die Aenderungen bestehen in: der Berufung eines Statthalters, — der Errichtung eines Ministeriums mit dem Sitze in Straßburg und der Einrichtung eines Staatsrathes daselbst.

Der Statthalter soll berufen sein, landesherrliche Befugnisse auszuüben, soweit er dazu durch Auftrag des Kaisers ermächtigt wird; er tritt zugleich an die Stelle des Reichskanzlers, mit den Rechten und Pflichten, welche diesem bezüglich der Verwaltung Elsaß-Lothringens durch Gesetze und Verordnungen übertragen sind.

Die dem Kaiser eingeräumte Befugniß, einem Statthalter die Ausübung der Staatsgewalt in Elsaß-Lothringen zu übertragen, soll nicht die Bedeutung einer Entäußerung dieser Gewalt haben, sondern nur die Möglichkeit gewähren, die Vornahme bestimmter einzelner Regierungsakte, welche das Staatsoberhaupt nach den bestehenden Gesetzen zu vollziehen hat, einem Stellvertreter zu übertragen. Der Kaiser bleibt nach wie vor und im vollen Umfange der rechtliche Träger der Staatsgewalt. Demgemäß ist die Einsetzung eines Stellvertreters in des Kaisers freie Entschließung gestellt, und ebenso Art und Umfang der Gewalten, mit deren Ausübung der Statthalter zu betrauen sein möchte, sowie die Wahl der Person und die Dauer ihrer Vollmacht. Unbeschadet dieses Grundsatzes wird die letztere von erheblichem Umfange sein können, da nach dem in Elsaß-Loth-

ringen in Geltung gebliebenen Rechte dem Staatsoberhaupte die Vollziehung einer großen Anzahl von Akten vorbehalten ist, welche nur lokale oder spezielle Interessen berühren, und mehr dem Bereiche der Verwaltung als der Regierung angehören.

Welche einzelne landesherrlichen Befugnisse dem Statthalter zu delegiren sein werden, soll durch Kaiserliche Verordnung festgestellt werden. Es ist vorausgesetzt, daß diese Verordnung, sowie die Allerhöchsten Erlasse, durch welche ein Statthalter eingesetzt oder abberufen wird, vom Reichskanzler gegengezeichnet werden.

Aus dem Wesen der Kaiserlichen Stellvertretung folgt, daß der Statthalter für die von ihm in Vertretung des Staatsoberhauptes vollzogenen Regierungsakte gleich seinem Machtgeber nicht verantwortlich sein kann, und daß sie deshalb zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung eines verantwortlichen Ministers bedürfen.

Nach der bestehenden Organisation liegt die oberste Leitung der gesammten Landesverwaltung in den Händen des Reichskanzlers, welcher rechtlich alle ministeriellen Befugnisse in sich vereinigt und die konstitutionelle Verantwortlichkeit gegenüber dem Bundesrath und Reichstag trägt. Die Bearbeitung der Geschäfte geschieht durch das Reichskanzler-Amt für Elsaß-Lothringen, dessen Vorstand mit der Vertretung des Reichskanzlers für den Bereich der Landesverwaltung betraut ist. Die oberste dem Reichskanzler unmittelbar unterstellte Verwaltungsbehörde in Elsaß-Lothringen bildet der Oberpräsident mit ausgedehnten, die Einheitlichkeit der Landesverwaltung sichernden Befugnissen. Da schon bei Einrichtung der Verwaltung die Nothwendigkeit erkannt wurde, die lokale Verwaltung möglichst zu stärken und im Lande selbst zu konzentriren, so wurden die Machtvollkommenheiten des Oberpräsidenten erheblich weiter bemessen, als dies bei den preußischen Oberpräsidenten, von welchen der Name entlehnt wurde, der Fall ist; es wurden ihm außerdem die Befugnisse ganz oder theilweise übertragen, welche nach der Uebung sowohl des deutschen als des französischen Staatsrechts den Ministerien zugehören.

Der Oberpräsident übt zur Zeit neben seinen Funktionen als oberste Landesverwaltungsbehörde ministerielle Befugnisse im Bereiche der gesammten Verwaltung des Innern, der öffentlichen Arbeiten, des Handels, der Gewerbe und der Landwirthschaft, des Kultus, des Unterrichtswesens mit Ausnahme der Universität, welche der oberen Leitung und Aufsicht des Reichskanzlers unterstellt ist, und im Bereiche der Finanzverwaltung, soweit sie die direkten Steuern, die Domanialnutzungen und das Kassen- und Rechnungswesen betrifft.

Diese Einrichtung ist mit dem Nachtheil verbunden, daß der bisherige (der Reichskanzler) verantwortliche Minister für die gesammte Verwaltung einzustehen hat, obwohl die bedeutsamsten und wichtigsten Theile derselben seiner Leitung und wirksamen Kontrole entrückt sind und daß die Verhandlungen mit der elsaß-lothringischen Landesvertretung nicht durch den verantwortlichen Minister, sondern durch den Oberpräsidenten geführt werden.

Diesen Schwierigkeiten soll die jetzt beabsichtigte Einrichtung Abhülfe schaffen. Da der Reichskanzler selbst seinen Amtssitz nicht nach Straßburg verlegen kann, da aber nach seinem maßgebenden Urtheil der wachsende Umfang der Geschäfte und die Verantwortung für deren gedeihliche Führung mit der Erfüllung der Pflichten, welche das Amt des Reichskanzlers im Uebrigen ihm auferlegt, je länger desto mehr unverträglich wird, so bietet sich als Lösung der Aufgabe nur, daß die Obliegenheiten des Reichskanzlers in elsaß-lothringischen Angelegenheiten von seiner Person gelöst und dem Statthalter in Straßburg anvertraut werden.

Eine Folge derselben ist es, daß die dem Reichskanzler unterstellte, zur Bearbeitung der elsaß-lothringischen Angelegenheiten bestimmte Reichsbehörde, das Reichskanzler-Amt für Elsaß-Lothringen, ebenfalls von Berlin nach Straßburg verlegt wird und in dem Ministerium für Elsaß-Lothringen aufgeht, dessen Errichtung der Entwurf vorsieht. Wird demnach die ministerielle

Thätigkeit des Reichskanzlers von Straßburg aus wahrgenommen, so besteht kein Grund weiter, einen Theil derselben auf den Oberpräsidenten zu übertragen; ebensowenig aber für die Erhaltung des Oberpräsidenten als besonderer Instanz, da die Einheitlichkeit der Landesverwaltung, um derenwillen vornehmlich das Oberpräsidium eingerichtet wurde, ebensowohl bei der Handhabung durch das Ministerium gesichert ist.

Die innere Verfassung des Ministeriums ist derjenigen des bisherigen Reichskanzler-Amts für Elsaß-Lothringen darin gleich, daß der als Staatssekretär an der Spitze stehende Beamte die Rechte und die ministerielle Verantwortlichkeit eines Stellvertreters des Reichskanzlers hat.

Es würde jedoch nicht angänglich sein, die gesammten Geschäfte des Ministeriums in der Hand des Staatssekretärs ausschließlich zu vereinigen; der Umfang derselben und ihre Verschiedenartigkeit lassen es vielmehr gerathen erscheinen, die Bearbeitung in mehreren Abtheilungen in Aussicht zu nehmen, welche von eigenen Vorständen — Unterstaatssekretären — geleitet werden.

Die Ernennung des Staatssekretärs, der Ministerialvorstände und der im Ministerium anzustellenden Räthe soll dem Kaiser vorbehalten bleiben.

Die künftigen Einrichtungen zur Gesetzgebung für Elsaß-Lothringen.

Bei der Neugestaltung der staatlichen Einrichtungen von Elsaß-Lothringen ist eine der schwierigsten Fragen die Regelung der Stellung zum Bundesrath. Die Gründe, aus welchen es nicht angänglich ist, dem Reichslande eine Vertretung im Bundesrathe mit beschließender Stimme im Bundesrathe einzuräumen, sind vom Reichskanzler schon bei den früheren Berathungen dargelegt worden.

„Jede Berechtigung für das Reichsland, Mitglieder des Bundesraths zu ernennen, wenn sie ebenso ausgeübt werden soll wie für die übrigen Bestandtheile des Reichsgebiets, würde in letzter Instanz nichts weiter sein als eine Vermehrung der preußischen Stimmen von 17 auf 19 oder 20. Eine Verschiebung der jetzigen Stimmverhältnisse im Bundesrath wäre eine wesentliche Verfassungsänderung, und ich mag für deren Initiative die Verantwortung nicht auf mich nehmen, ich glaube, sie würde auch wenig Aussicht auf Erfolg haben. Etwas Anderes ist aber die Frage der Möglichkeit, die Interessen des Landes im Schooße des Bundesraths geltend zu machen."

Der Ausführung des damals angeregten Gedankens, Elsaß-Lothringen eine Betheiligung an den Berathungen des Bundesraths mit berathender Stimme in dem Sinne einzuräumen, daß Delegirte, welche vom Landesausschusse zu wählen sein möchten, mit dieser Vertretung zu betrauen wären, sind entscheidende Bedenken entgegengetreten.

Eine Vertretung Elsaß-Lothringens im Bundesrath ist jedoch jedenfalls nöthig, sowohl um die Vorlagen aus dem Bereich der Landesgesetzgebung, welche an den Bundesrath zur Berathung und Beschlußfassung gelangen, Namens der Regierung zu vertreten, als um die Interessen des Landes zur Geltung zu bringen, welche durch die in das Gebiet der Reichsgesetzgebung fallenden Beschlüsse berührt werden.

Der Gesetzentwurf schlägt zu diesem Zwecke vor, daß zu den Berathungen des Bundesraths Kommissare zugelassen werden sollen, welche bezüglich der Landesgesetzgebung in ähnlicher Weise, wie bisher die Kommissare aus dem Reichskanzleramt für Elsaß-Lothringen und dem Reichs-Justizamte, die dem Bundesrath in diesem Bereich zu machenden Vorlagen zu vertreten haben würden, soweit dies nicht von den Bevollmächtigten zum Bundesrath geschehen möchte, welche von dem Kaiser zu preußischen Bevollmächtigten ernannt werden. Diesen Kommissarien

soll aber auch zustehen, an den Berathungen des Bundesraths über Gegenstände der Reichsgesetzgebung sich zu betheiligen, um dabei die Interessen des Reichslandes zur Geltung zu bringen.

Als ein wichtiges Glied der Verwaltungseinrichtungen erscheint der neu zu schaffende Staatsrath. Derselbe soll zunächst ein berathendes und begutachtendes Organ in ähnlicher Weise sein, wie der französische Staatsrath es bildet. Derselbe wird aber unter den eigenthümlichen Verhältnissen in Elsaß-Lothringen noch weiteren Nutzen gewähren.

Die allseitige und gründliche Erwägung der an die gesetzgebenden Faktoren zu bringenden Regierungsvorlagen wird mehr gesichert, wenn die Vorbereitung nicht blos dem einzelnen Ministerialressort überlassen, sondern wenn die Vorberathung einem Kollegium übertragen ist, in welchem Gesetz- und Geschäftskenntniß, Einsicht in die Bedürfnisse des Landes und eine gesicherte, möglichst dem politischen Parteikampf entrückte Lebensstellung sich zusammenfinden. Anregung und erster Entwurf werden sachgemäß auch hierbei dem betreffenden Minister in der Regel zufallen; die nothwendige Prüfung aber, ob die Gedanken des Gesetzes nützlich und fördersam seien, ob sie mit der bestehenden Gesetzgebung im Einklang stehen, welche Rückwirkung sie auf die in anderen Ressorts verwalteten Interessen des Landes ausüben werden, endlich, ob sie in der Fassung den gewollten Ausdruck gefunden haben, reicht in ihren Ansprüchen über das einzelne Ressort hinaus.

Von nicht geringerer sachlicher Bedeutung ist die Theilnahme des Staatsraths an der Berathung allgemeiner, zur Ausführung von Gesetzen bestimmter Verordnungen, welche von der Regierung selbstständig erlassen werden, weil er hierbei die gesetzgebenden Faktoren gewissermaßen ersetzt. Neben diesen, der Begutachtung des Staatsraths zu unterstellenden Entwürfen von Gesetzen und Verordnungen soll er auch mit der gutachtlichen Berathung anderer administrativer Anordnungen befaßt werden.

Die Zusammensetzung des Staatsraths muß seiner vorläufig auf gutachtliche Thätigkeit beschränkten Aufgabe entsprechen. „Die Theilnahme des Staatssekretärs und der Ministerialvorstände ist nach dem Wesen dieser Thätigkeit nothwendig. Durch ihre amtliche Stellung sind ferner zur Betheiligung die Vorstandsbeamten des Oberlandesgerichts berufen. Die Berufung anderer acht Mitglieder ist dem Kaiser vorbehalten, jedoch für drei derselben dem Landesausschuß ein Vorschlagsrecht eingeräumt, ohne dasselbe auf den Kreis der Abgeordneten zum Landesausschuß zu beschränken. Es liegt dabei der Wunsch zu Grunde, schon in den ersten Stadien der Gesetzgebungsarbeit die Regierung durch Männer berathen zu sehen, welche mit den Verhältnissen und Bedürfnissen des Landes bekannt, als Vertrauensmänner seiner Vertretung anzusehen sind. Mindestens eins der vom Kaiser aus Allerhöchstem Vertrauen zu ernennenden Mitglieder soll dem Richterstande, eins den ordentlichen Professoren der Kaiser Wilhelms-Universität in Straßburg angehören.

Die Landesvertretung von Elsaß-Lothringen wird in der veränderten Verfassung eine Erweiterung ihrer Mitgliederzahl und ihrer Befugnisse erhalten.

Der Landesausschuß von Elsaß-Lothringen, welcher durch den Kaiserlichen Erlaß vom 29. Oktober 1874 zur gutachtlichen Berathung von Entwürfen zu Landesgesetzen und von Verwaltungsmaßregeln allgemeiner Bedeutung berufen worden ist, besteht zur Zeit aus 30 Abgeordneten, von denen jeder der 3 Bezirkstage 10 aus seinen Mitgliedern auf drei Jahre wählt. Die Zahl der Mitglieder hat sich als zur Bewältigung der Geschäfte nicht ausreichend gezeigt, insbesondere seit der Landesausschuß beschließende Befugnisse erhalten hat, wenn vermieden werden soll, daß die Sessionen eine übermäßige Ausdehnung erfahren. Es ist daher eine Vermehrung der Mitgliederzahl etwa auf das Doppelte der jetzigen wiederholt in Anregung gebracht worden. Der Entwurf entspricht diesem als berechtigt zu erachteten Wunsche, indem er die Zahl der Mitglieder auf 58 zu erhöhen vorschlägt. Und zwar sollen von den 28 hinzutretenden Abgeordneten gewählt werden: 4 von den Bezirksvertretungen, 4 von den Gemeinderäthen der

Stadtgemeinden Straßburg, Metz, Mülhausen und Colmar und 20 von den Gemeindevertretungen in den 20 Landkreisen.

Das Recht des Landesausschusses soll dahin erweitert werden, daß ihm die Befugniß für Gesetzvorschläge im Bereiche der Landesgesetzgebung und die Befugniß zur Entgegennahme und Berathung von Petitionen eingeräumt wird. Im Uebrigen behält es bei den über die Landesgesetzgebung getroffenen Bestimmungen sein Bewenden. Danach bedürfen auch fortan alle Landesgesetze der Zustimmung des Bundesraths und können Landesgesetze wirksam auch im Wege der Reichsgesetzgebung, also ohne Mitwirkung des Landesausschusses, erlassen werden. Dadurch, und durch die Bestimmung, daß auf letzterem Wege erlassene Landesgesetze nur im Wege der Reichsgesetzgebung aufgehoben oder geändert werden können, bleibt die gesetzgebende Gewalt des Reichs dagegen gesichert, daß etwaige weitere Aenderungen in der politischen Verfassung des Reichslandes ohne ihre Zustimmung vorgenommen werden können. (Prov.-Corr.)

---

2. August. Ernennung des Feldmarschalls Frh. v. Manteuffel zum Statthalter und Bestimmung des 1. October für das Inslebentreten der neuen Verfassung für Elsaß-Lothringen.

Anhang.

1849. 18. Oktober. Rede des Abgeordneten **v. Bismarck-Schönhausen** (in der Zweiten Kammer) über die Handwerkerfrage.

(Nach dem Abg. Schöpplenberg.)

Fürchten Sie nicht, meine Herren, daß ich Ihnen eine lange Rede halten werde, wenn ich die Versammlung bitte, gerade der Berathung dieses Gesetzes eine ganz besondere Aufmerksamkeit zu schenken, wenn ich Sie bitte, gerade dies Gesetz mit ganz besonderer Gründlichkeit zu behandeln. Namentlich die Herren, welche fester als ich an die Wahrheit des Sprüchworts glauben, daß vox populi jedesmal vox Dei sei, möchte ich bitten, in dieser Angelegenheit sich nicht gegen ihren eigenen Götzen aufzulehnen, und zu bedenken, daß das Volk dieser Debatte mit gespannterer Aufmerksamkeit folgt, als allen spitzfindigen Streitigkeiten über Theorieen des Konstitutionalismus und allem Markten und Feilschen über dieses oder jenes Recht der Krone, und daß es einen üblen Eindruck machen würde, wenn wir dieses Gesetz in einer Sitzung in Pausch und Bogen abmachten, während wir über doctrinaire Paragraphen der Verfassung oft zwei bis drei Sitzungen hindurch stundenlange gelehrte Reden halten.

Wenn ich mich gegen das Gesetz habe einschreiben lassen, so war es weniger meine Absicht, das Gesetz anzugreifen, als einige der Anträge des Abgeordneten Fröhner zu vertheidigen; und ich befinde mich in dem Falle, denselben Weg einzuschlagen, den mein Vorgänger, obgleich er für das Gesetz sprach, eingeschlagen hat. Wenn die Anträge des Abgeordneten Fröhner fallen sollten, so würde ich das Gesetz noch immer als einen kleinen, aber dankenswerthen Schritt der Umkehr zu gesunden Verhältnissen betrachten. Ich hätte geglaubt, der Erwähnung überhoben zu sein, daß eine Noth der Handwerker und ein Bedürfniß der Abhülfe überhaupt vorhanden sei; ich würde dies für allgemein anerkannt gehalten haben, wenn nicht der geehrte Abgeordnete aus dem Siegkreise (der Abgeordnete Wülfing) widersprochen hätte. Es ist möglich, daß in jenen glücklicheren westlichen Provinzen diese Noth nicht so groß ist. Die Wohlhabenheit ist dort größer, die Steuern sind dort im Verhältniß zum Vermögen geringer.

Wir werden Gelegenheit haben, das näher nachzuweisen, was Sie jetzt in Verwunderung setzt. Die Verkehrsverhältnisse sind dort leichter

und lebhafter als bei uns. Wenn indeß der Abgeordnete aus dem Siegkreise seine Behauptung dadurch unterstützt, daß der Handwerker das Doppelte von dem verdiene, was der ländliche Tagelöhner verdient: so ist das eine Anschauung, die vom grünen Tische herrührt, aber nicht aus dem praktischen Leben.

Der Handwerker in Berlin kann nicht leben, wenn er nicht das Drei- oder Vierfache von dem hat, was der Tagelöhner in der Provinz verdient. Der Letztere erhält hier zu Lande einen Tagelohn von 6 bis 8 guten Groschen. Ein Berliner Holzhauer dagegen verdient, wenn er mit seiner Frau einen Vormittag arbeitet und beispielsweise einen Klafter Holz kleinmacht und einträgt, anderthalb bis zwei Thaler, und braucht dies, um bei schwerer Arbeit zu bestehen. Ein Berliner Schneider für ein Kleidermagazin verdient mit seiner Familie zwanzig Silbergroschen, wenn es gut geht, und dabei werden Sie mir zugeben, daß der Handwerker, in Betracht der Auslagen zu seiner Ausbildung und des Betriebs-Kapitals, das in seinem Handwerkzeuge und in seiner Werkstatt steckt, ein höheres Tagelohn zu erwarten hat, als der Arbeiter; sonst mag er sich, wie man zu sagen pflegt, das Lehrgeld wiedergeben lassen.

Die Gründe, welche der Verarmung des Handwerkerstandes unterliegen, sind zum Theil der Natur, daß sie außerhalb des Bereichs der Gesetzgebung sich befinden; sei es, daß sie auf veränderten Konsumtions- und Verkehrsverhältnissen beruhen, sei es, daß sie ihren Ursprung aus den Errungenschaften der vorjährigen Revolution herleiten, ich will dies unberührt lassen. Jedenfalls beruhen sie zum Theil auf dem Druck, den das Kapital auf die Arbeit ausübt, und auf der Ueberproduktion, die eine Folge der Gewerbefreiheit gewesen ist. In dieser Beziehung sucht das Gesetz Abhülfe zu schaffen, indem es durch Bestimmung eines gewissen Lebensalters und durch Prüfungen den Zudrang zu den Gewerben erschwert und die leichtsinnige Selbständigkeit junger Leute auf einen späteren Termin hinausschiebt. Ich erwarte von diesen Prüfungen ebenfalls nicht, daß dadurch verborgene Talente an das Licht gezogen werden, indessen scheint mir auch keine Gefahr darin zu liegen, welche gegen die Vortheile einer Verminderung der Konkurrenz in die Wagschaale fiele, die den einmal etablirten Handwerker nöthigt, seinen eigenen Antheil an dem Preis seiner Produkte auf das Minimum, ja unter das Minimum zu reduziren, welches nöthig ist, um einen Menschen vor dem langsamen Verhungern zu schützen. Ich hege auch nicht die Furcht, daß durch eine Prüfung einer Vervollkommnung der Mühlen in den Weg getreten werde, denn wenn es auch das Gesetz den Mechanikern unter Umständen erschwert, Müller zu werden, so hindert sie es doch nicht, auf dem Felde der Mühlen-Baukunst ihre Fertigkeit auszuüben. Ferner muß ich den geehrten Abgeordneten (den Abgeordneten Wülffing), welcher sagte, daß man bei den Berliner Bürgern, im Verhältniß zu ihrem Vermögen, sehr elegante Möbel fände, auf einen faktischen Irrthum aufmerksam machen, wenn er daraus den Schluß zieht, daß die Möbel-Magazine zu einem schwunghaften Vertrieb der gewerblichen Produkte dienen. Abgesehen von der Vorliebe der Berliner für oberflächliche und unsolide Eleganz, möchte ich daraus eher schließen, daß diese Möbel durch die Magazine bis zu einem solchen Preise herabgedrückt sind, daß sie selbst dem Unvermögenden erschwingbar erscheinen. Bei der speziellen Diskussion über den §. 23 werde

ich mir vorbehalten, den Beweis zu versuchen, daß nur durch den Innungszwang die Handwerker vor einer übertriebenen Konkurrenz geschützt werden können, daß nur durch diesen Zwang die Mehrzahl der Meister gegen die Unterdrückung durch einzelne mit großen Betriebskapitalen versehene Patentmeister geschützt werden können, welche die Arbeitstheilung bis zu dem Grade ausbeuten, daß der einzelne Geselle, der eine Zeit lang bei ihnen gearbeitet hat, dann unfähig wird, sein Handwerk selbstständig zu betreiben, indem die anhaltende und ausschließliche Beschäftigung bei Anfertigung einzelner Theile und Theilchen der Gegenstände seines Gewerbes ihn zur Maschine herabsinken läßt. Ich bedaure, daß uns der Herr Minister des Handels (v. d. Heydt) in seinem Ausspruche die Hoffnung genommen hat, zu einer Aenderung des Gesetzes nach der konservativen Seite hin; ich bedaure, daß gerade hier, wo die Meinung des Volkes der konservativen Richtung günstig ist, es das Ministerium für gut findet, sich dieser Richtung entgegen zu stellen, während ich auf anderen Gebieten eine Festigkeit der Art ihm gern gewünscht hätte. Einstweilen kann ich indessen nicht ohne Andeutung darüber hinweg gehen, daß, wenn man sich nicht fürchtet, die Freiheit des Einzelnen in anderen Beziehungen zu beschränken, wenn man kein Bedenken trägt, den Schutzzöllnern durch die Gesetzgebung zu Hülfe zu kommen, warum man Bedenken tragen will, die Existenz des Handwerkerstandes durch gesetzlichen Zwang zu schützen. Der Aktionair von Eisenbahnen verlangt eine Garantie seiner Zinsen, der Fabrikant, der Bergwerksbesitzer, der Schiffsrheder, der Weinbauer u. s. w. verlangen, in ihrer Industrie durch Zoll-Gesetze auf Kosten ihrer Abnehmer geschützt zu werden, warum wollen Sie nicht der zahlreicheren und genügsameren Klasse, dem Handwerkerstande, diesen Vorzug auch einräumen? Die Fabriken bereichern den Einzelnen, erziehen uns aber die Masse von Proletariern, von schlecht genährten, durch die Unsicherheit ihrer Existenz dem Staate gefährlichen Arbeitern, während der Handwerkerstand den Kern des Mittelstandes bildet, eines Gliedes, dessen Bestehen für ein gesundes Staatsleben so nothwendig ist, daher die geforderten Opfer nicht dagegen in Betracht kommen, dessen Erhaltung mir vollkommen eben so wichtig erscheint, wie die Schöpfung eines freien Bauernstandes zu Anfang dieses Jahrhunderts, der zu Liebe man sich nicht scheute, tiefe Eingriffe in Recht und Eigenthum zu machen. Es ist wahr, die Gewerbefreiheit mag manche Bequemlichkeit für das Publikum darbieten, sie liefert wohlfeile Waaren, aber an dieser Wohlfeilheit klebt vergiftend das Elend und der Jammer des Handwerkers, der seinem Ruin entgegengeht, und ich glaube, es möchten uns unsere wohlfeilen Röcke aus dem Kleiderladen zuletzt unbehaglich auf dem Leibe sitzen, wenn ihre Verfertiger daran verzweifeln müssen, sich auf ehrliche Weise zu ernähren.

Es mag sein, daß der Zunftzwang, wenn er von den Handwerkern richtig benutzt wird, dahin führt, daß wir in vielen Fällen bessere, im Ganzen aber theuere Arbeit zu bezahlen haben werden; indessen wenn es Recht ist, daß wir das wohlfeile englische Eisen theuerer bezahlen, um den schlesischen Bergmann zu erhalten, wenn es Recht ist, daß wir den Rothwein von Bordeaux, das naturgemäße Getränk des Norddeutschen, theuerer bezahlen, um den saueren Reben von der Ahr und der Nahe aufzuhelfen, so scheint es ebenso billig, daß wir zum Schutz der Hand-

werker, eines der unentbehrlichsten Glieder im Staatsorganismus, Maßregeln ergreifen, selbst dann, wenn diese Maßregeln für den Einzelnen drückend, beschränkend oder mit Kosten verbunden sein sollten. Ich stimme im Wesentlichen dem Antrage des geehrten Abgeordneten für Berlin bei, indessen nicht in allen seinen Theilen, so z. B. muß ich mir meine Meinung über die Handwerker-Beschäftigung beim Militair und in den Strafanstalten als theilweis abweichend vorbehalten. Dagegen möchte ich es mit ihm als einen großen Gewinn ansehen, wenn dem Unwesen der Lizitationen und Submissiönen einigermaßen gesteuert würde, einen Gewinn nicht allein für den Handwerker, sondern auch für den Staat, denn hier liegt meines Wissens der einzige wunde Fleck der sonst so hochstehenden Integrität der preußischen Beamtenwelt. Mancher Meister würde uns wunderbare Geschichten erzählen können, die uns an skandalöse Prozesse unter dem Régime Ludwig Philipps erinnern würden, wenn er zu sprechen wagte und sagen wollte, wohin ein Theil des Gewinnes geht. Ich spreche aus Erfahrung; Beispiele kann ich der Natur der Sache nach ohne gerichtlichen Beweis nicht nennen.

Wenn ich indeß mit den Wünschen des Herrn Abgeordneten für Berlin einverstanden bin, so bin ich doch nicht mit ihm zusammengehend in der Argumentation, namentlich möchte ich es für einen kühnen Schluß halten, wenn er sagt, wir wären deshalb so lange die Beute der auflösenden Gesetzgebung aus der Stein-Hardenbergschen Zeit gewesen, und das Gewerbe habe darunter deshalb so lange gelitten, weil man sich davor gefürchtet habe, die Freiheit in materieller Beziehung zu beschränken, um sie um so sicherer in politischer Beziehung zu unterdrücken. Mir liegt ein Grund der Zögerung der Gesetzgebung viel näher, es ist das, was man den Geheimeraths-Liberalismus nennt, der manchem hohen Staats-Beamten früherer Zeit den Namen eines Königlich preußischen Hof-Jakobiners zugezogen hat. Es liegt dies in der Neigung eines großen Theils der preußischen Büreaukratie für Nivellirung und Centralisirung. Der mittelalterliche Beigeschmack, der kräftigen und geschlossenen Innungs-Korporationen anklebt, ist fast eben so unangenehm, wie die verwegenen Neuerungs-Gelüste der rothen Demokratie.

19. October. Rede über den Innungszwang.

(Nach dem Abg. Harkort.)

Ich muß zuerst Ihre Nachsicht in Anspruch nehmen, indem ich nicht geglaubt habe, daß die Debatte mit einer solchen Schnelligkeit bis zu diesem Punkte vorschreiten werde, und mich daher nicht mit der Gründlichkeit vorbereitet habe, welche die Achtung vor der hohen Versammlung erfordert haben würde. Ich habe aus den Argumenten der Mehrzahl der verehrten Vorredner, sowie aus dem Gesetz selbst entnehmen können, daß der Nutzen der Zunftbildung im Allgemeinen hinreichend erkannt ist. Die Meinungsverschiedenheit besteht nur darin, daß die Einen glauben, den Vortheil zu erreichen, wenn der Beitritt zu einer Innung einem jeden Gewerbetreibenden freigestellt würde, während ich mit den Anderen der Ansicht bin, daß die Vortheile gänzlich illusorisch werden, wenn der Beitritt zur Innung nicht zur Zwangspflicht gemacht wird. Geschieht dies

letztere nicht, so wird die erste Bedingung, welche nöthig ist, um eine auf Handwerkerehre gegründete, kräftige Korporation hervorzubringen, die Sicherung ihrer Dauer fehlen.

Die Vortheile, welche eine Zunft dem Einzelnen bietet, beruhen auf der Möglichkeit von Ausgaben, und zwar darauf, daß diese Ausgaben nachhaltig gesichert sind; nur dadurch ist es möglich, daß die Korporationen der Innungen dem Einzelnen, welcher der Verarmung ausgesetzt sein könnte, durch Kredit, durch wohlfeilere Beschaffung der Rohstoffe und dergleichen unter die Arme greifen können. Ist die Dauer der Zunft dadurch in Frage gestellt, daß Jeder, der sich reich genug fühlt, um sich nicht an die Zunft anlehnen zu wollen, sich als Patentmeister etabliren kann, oder wenn ein Jeder, der irgend etwas gelegentlich, etwa bei einem Zweckessen, übel nimmt, austreten kann, so ist es auch möglich, daß eines guten Tages eine Zunft plötzlich, ehe Jemand es erwarten konnte, aufhört. Einrichtungen also, welche die Sicherheit der Dauer einer solchen Innung voraussetzen, können nicht getroffen werden. Ich will nur auf einige Vortheile, welche die Zünfte dem Einzelnen gewähren, näher eingehen, und darzuthun versuchen, daß diese Vortheile wegfallen, wenn der Innungszwang nicht eintritt. Das Erste, was man sich von den Zünften verspricht, ist eine gründlichere Ausbildung des Handwerkers in seinem Fache, als sich leider in vielen Fällen bisher vorgefunden hat. Ich finde einen Hauptgrund dieses Mangels an gediegener Ausbildung in der Befugniß, eine unbeschränkte Anzahl von Lehrlingen zu halten. Nur durch einen Beschluß der Zunft ist es möglich, sofern nicht das Gesetz dasselbe im Allgemeinen bestimmt, daß die Zahl der Lehrlinge beschränkt wird. Ich führe hier nur als Beispiel das Gewerk der Klempner in Berlin an, welches etwa aus 300 besteht, von denen nur etwa 260 der Innung beigetreten sind, welches den Beschluß gefaßt hat, daß Niemand mehr Lehrlinge halten darf, als er Gesellen hält, und wenn er mehr als einen Gesellen hält, so muß er auch weniger Lehrlinge als Gesellen halten.

Viele Meister halten aber jetzt einen Gesellen und drei Lehrlinge und benutzen diese Letzteren zu häuslichen Arbeiten, als Dienstmädchen u. s. w.; so kommt es, daß Lehrlinge bis kurz vor dem Antritt der Wanderschaft fast nichts von der Werkstatt gesehen haben, daß sie als unfähige und untüchtige Gesellen in das Leben treten, von keinem Meister gebraucht werden können, und erst im Gesellenstande, wo sie geldwerthe Arbeiten liefern sollen, die Lehrlingszeit durchmachen müssen. Dem kann nur begegnet werden, wenn von Seiten der Innung die Zahl der zu haltenden Lehrlinge bestimmt wird, und wenn jeder Meister verpflichtet ist, sich dem Beschlusse der Innung an seinem Orte in dieser Beziehung zu fügen. Steht es einem Patentmeister frei, sich fortwährend die wohlfeilere Arbeit durch die Lehrlinge ungemessen zu verschaffen, so wird dies Andere, welche neidisch darauf sind, zum Austritt aus der Innung bewegen, indem jetzt Jedermann nur zu sehr geneigt ist, einen in die Augen springenden augenblicklichen Vortheil auf Kosten einer gesicherten Zukunft für das Ganze und somit auch für den Einzelnen zu erkaufen.

Ein zweiter Uebelstand, welchen ich auch nur durch den Zunftzwang beseitigen zu können glaube, ist die maßlose Konkurrenz. Es heißt heute überall, die Menge muß es bringen, und es kommt daher wesentlich darauf an, wer am besten hungern kann, der hungert seinen Kon-

kurrenten bankerott; wer die unsolidesten Waaren liefert, der macht seinen Nebenbuhler todt. Auch dem kann meines Erachtens nur dadurch begegnet werden, daß die Innung in den Stand gesetzt werde, die Qualität für die Gegenstände, die fabrizirt werden, allgemein zu bestimmen und einen dieser Qualität entsprechenden Preis zu verabreden, der so normirt sein wird, daß der Handwerker dabei bestehen und nöthigenfalls zurücklegen kann. Es springt in die Augen, daß auch solche Beschlüsse illusorisch sein werden, wenn einzelne Patentmeister sich ihnen nicht zu unterwerfen brauchen.

Einen dritten Grund für den Ruin der Handwerker finde ich in dem Kampfe gegen die Ueberlegenheit eines großen Betriebskapitals. Dieser Ueberlegenheit des Kapitals kann nur durch die Assoziation der Innung begegnet werden, indem die Assoziation in den Stand gesetzt ist, diejenigen Vortheile, welche einem großen Kapitale sich darbieten, zu verschaffen; z. B. die großen und massenhaften Einkäufe von Rohprodukten und andere Ersparnisse, welche ich wohl nicht näher anzuführen brauche. Es liegt aber, wie ich am Eingange meiner Rede bemerkt habe, auf der Hand, daß die Assoziationen, welche sich mit Unterstützung der Einzelnen auf diese Weise betheiligen wollen, nur dann wirksam sein werden, wenn sie ihre Dauer gesichert sehen, wenn sie im Stande sind, Lokale zu acquiriren, Schulden zu machen, Geschäfte auf Zeit abzuschließen, ohne annehmen zu müssen, daß die ganze Innung plötzlich unvermuthet in ihr Nichts verschwindet. Ich sehe auch nur in dem Innungszwange die Mittel, einer übertriebenen Arbeitstheilung entgegenzutreten, einer Arbeitstheilung, die so weit geht, daß, — ich will nur das Schneiderhandwerk anführen — einzelne Gesellen sich nicht mit dem Anfertigen von Röcken, von Beinkleidern oder Westen allein beschäftigen, sondern daß einzelne Gesellen den ganzen Tag nichts weiter thun, als Knopflöcher ausnähen oder Knöpfe ansetzen. Es ist ganz klar, daß ein solcher Geselle verkümmert und zum Knecht des reichen Meisters wird, der ihn beschäftigt; denn wollte er austreten, so würde er sich selbstständig nicht ernähren können, da er nur in diesem Theile seines Handwerks geübt ist, und wo würde er gleich wieder einen anderen Meister finden, der gerade einen Gesellen braucht, der nur Knöpfe ansetzen kann. Ich sehe keine andere Möglichkeit, Diesem anders zu begegnen, als durch den Innungszwang, wenn die Innung berechtigt ist, Beschlüsse zu fassen über die Zahl der Gesellen, die ein jeder Meister halten darf, und über den Wechsel derselben. Dies Alles sind anscheinend harte Beschränkungen, und wir haben vorher von einem Kollegen (dem Abgeordneten Bauer), den ich übrigens nicht ganz von der Spezies des Liberalismus, welcher er sich nicht angehörig fühlte, ausnehmen kann, vernommen, daß der Zwang eines jeden Rechtsstaates unwürdig sei. Ich möchte diesem verehrten Kollegen für den Kreis Saatzig, welcher behauptete, daß Wohlthaten nicht obtrudirt werden können, erwidern, daß er hinreichend Gelegenheit gehabt hat, sich in seiner eigenen, der Generalkommission angehörigen Amtsthätigkeit überzeugen zu können, daß Wohlthaten allerdings aufgedrungen werden und oft zum Gedeihen und zum Wohle des preußischen Staates obtrudirt worden sind, ganz besonders in Gestalt der Gemeinheitstheilungen und dergleichen. Der verehrte Kollege fürchtet ferner, daß sich durch den Zunftzwang der verrufene Kastengeist wieder ausbilden würde. Ein Kastengeist findet nur da statt, wo eine Kaste besteht, welche jeden Anderen ihrer

Natur nach ausschließt, oder ihm den Eintritt verwehren kann, wie sich z. B. alten stiftsmäßigen Adel Niemand geben konnte, der nicht darin geboren war.

Ich will aber nicht so weit gehen, daß ein Widerspruch gegen den Eintritt eines Meisters stattfinden soll, der sich qualifizirt hat und unbescholten ist, sondern ich verlange nur den Zwang zu seinem Beitritt. Ich muß darauf zurückkommen, was ich gestern erwähnte, daß ich den Zunftzwang mit dem Schutzzolle identifizire, und zugleich erklären, daß die Gründe, welche der Abgeordnete für Krefeld (der Abgeordnete von Beckerath) dagegen angeführt hat, mich nicht überzeugen konnten, daß ich in dieser Vergleichung Unrecht hatte. Der Herr Abgeordnete für Krefeld sieht in dem Schutzzolle den Schutz der Fabriken gegen das Ausland, ich hingegen sehe darin den Schutz gegen die Freiheit der Inländer, da zu kaufen, wo es ihnen am wohlfeilsten und bequemsten scheint, also einen Schutz des Inlandes gegen das Inland. Der Schutzzoll und Zunftzwang legen einem Theil der Bevölkerung zum Vortheil des anderen Opfer auf, nämlich die Verpflichtung, die Waaren theurer zu bezahlen als sonst, um den anderen Theil der Bevölkerung in Brod zu erhalten und zu schützen. Der Schutzzoll hat dabei noch den Nachtheil im Vergleich, daß er im Wesentlichen nur einzelne Fabrikbesitzer bereichert. Das ist aber auch sein einziges Resultat, denn ich habe nie gesehen, daß die Fabrikarbeiter, so glücklich und glänzend uns auch der verehrte Abgeordnete aus Westfalen (der Abgeordnete Harkort) das Loos derselben geschildert hat, große Kapitalien zurückgelegt oder sich bereichert hätten. Ich habe dagegen sehr wohl erlebt, daß ländliche Tagelöhner aus den mir gründlich bekannten Rittergütern der östlichen Provinzen, nachdem sie ihre kräftigsten Jahre durcharbeiteten, im Stande waren, sich eine Kolonistenstelle oder einen kleinen Bauerhof zu kaufen. Auf den Rittergütern der östlichen Provinzen kenne ich keine Armen, aber ich wünschte wohl, ich könnte dasselbe von den westlichen Fabrikbezirken sagen.

Ich erwähnte also, der Schutzzoll diene dazu, die Fabrikanten zu bereichern. Der Zunftzwang hingegen soll dazu dienen, von dem ganzen großen Gewerbestande Elend und Anarchie abzuhalten, und ich wünschte, daß wir diese Kategorien von Elend und Anarchie zum Auslande rechnen könnten, gegen welches uns der verehrte Abgeordnete für Krefeld so gern schützen will.

Ich kann mich nicht überzeugen, daß wir eines Schutzes gegen die Auswüchse übertriebener inländischer Konkurrenz nicht mit demselben Rechte bedürfen, wie eines Schutzes gegen das Ausland. Es ist mir ein überraschender Widerspruch gewesen, daß gerade in den Provinzen, wo die Schutzzöllner heimisch sind, sich die meisten und lebhaftesten Stimmen gegen die Gewerbefreiheit erheben. Ich kann dies unmöglich dem Grunde zuschreiben, daß die Fabrikherren einen ähnlichen Schutz, wie sie auf Kosten der Abnehmer genießen, nicht auch dem Handwerker gönnen sollten. Der Zwang, dessen Ausübung ich verlange, könnte vorzugsweise drückend sein für den Handwerkerstand selbst, aber Sie Alle haben sich aus den Petitionen und aus dem praktischen Leben überzeugen können, daß die Majorität der Handwerker in ähnlichem Verhältniß, wie ich dies über die Zunftbildung der Klempner Berlins anführte, von etwa 5 zu 1 diesen Zunftzwang eingeführt wünscht, und Sie, die Sie eine so große Achtung

vor Majoritäten haben, die Sie unser ganzes Staatsleben nach Majoritäten lenken wollen, warum wollen Sie dieser Majorität der Handwerker keine Beachtung schenken, die jedenfalls kompetentere Richter in ihren eigenen Angelegenheiten sind, als unsere Majoritäten oft in Staatsangelegenheiten.

Dem übrigen Publikum wird dann ein weiterer Zwang nicht auferlegt, als eben eine mit Verbesserung verbundene Vertheuerung mancher Bedürfnisse des Lebens, wenn etwa Innungen sich entschließen, bestimmte Preise für bestimmte Qualitäten festzusetzen. Und ich glaube, wir Alle sind bereit, wenn ein so wichtiger, zu unserem staatlichen Bestehen nothwendiger Stand, wie der Handwerkerstand ist, vor dem Verderben geschützt werden kann, ein Opfer zu bringen, namentlich wenn das Opfer in nichts weiter besteht, als in Geld; und gerade die Schutzzöllner, die von unserem Gelde leben, welches der Fiskus uns absordert, damit sie es in die Tasche stecken können, sollten doch recht bereit sein, den Handwerkern gleiche Vortheile in Bezug auf ihre eigenen Taschen einzuräumen. Ich glaube, daß die politischen Vortheile, die wir durch Schöpfung der Innungen erreichen, die mir im Vordergrunde stehen, die ich aber, weil ich glaube, damit noch weniger Anklang bei Ihnen zu finden, in meiner Rede unerörtert lasse, allein schon höher anzuschlagen sind, als die paar Groschen, die uns dabei verloren gehen.

Weiteres habe ich zur Sache nicht zu bemerken, da ich schon gestern darüber gesprochen habe. Ich würde Ihnen das Amendement des Abgeordneten Fröhner und dann die demselben zunächst stehenden empfehlen.



